



Barteld (Hannover)



Dr Berndt (Steffin)



Dr Böhner



Frau Dönhoff



Fischbeck



Hoff



Dr Gottschalk (Gummersbach)



Graue



Greßler



Dr Grund



Dr Grzimek



Sartmann



Hauff (Rathenow)



Heesch (Schleswig)



Herrmann (Breslau)



Hoff



Dr Höpker-Ashoff



Hourty



Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Dritte Reihe
Die Weimarer Republik

*Im Auftrag der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien
herausgegeben von*

*Dieter Langewiesche, Klaus Tenfelde
und Andreas Wirsching*

Band 11

Linkliberalismus in Preußen
Die Sitzungsprotokolle
der preußischen Landtagsfraktion
der DDP und DStP 1919–1932

Erster Halbband

Droste Verlag Düsseldorf

Linksliberalismus in Preußen

Die Sitzungsprotokolle
der preußischen Landtagsfraktion
der DDP und DStP
1919–1932

Eingeleitet und bearbeitet von
Volker Stalman

Erster Halbband
März 1919 bis Dezember 1922

Die Edition »Linkliberalismus in Preußen. Die Sitzungsprotokolle der preußischen Landtagsfraktion der DDP und DStP 1919–1932« wurde von der Fritz Thyssen Stiftung gefördert.

Abbildungen Vor- und Nachsatz: Fotos von 36 demokratischen Abgeordneten

Handbuch für den Preußischen Landtag. Ausgabe für die 1. Wahlperiode (von 1921 ab), Berlin 1921: Barteld (Hannover), Berndt (Stettin), Frau Dönhoff, Fischbeck, Goll, Gottschalk (Gummersbach), Grund, Hartmann, Herrmann (Breslau), Hoff, Höpker Aschoff, Jansen (Solingen), Kochmann, Mackenthun, Nuschke, Otto (Charlottenburg), Preuß, Riedel, Schiffer, Wendorff, Westermann, Wiglow.

Handbuch für den Preußischen Landtag. Ausgabe für die 2. Wahlperiode (von 1925 ab), Berlin 1925: Bohner, Graue, Greßler, Grzimek, Heesch (Schleswig), Hourtz, Frau Klausner (Berlin), Kniest, Meincke, Merten (Berlin), Schmiljan, Wachhorst de Wente.

Handbuch für den Preußischen Landtag. Ausgabe für die 3. Wahlperiode (von 1928 ab), Berlin 1928: Hauff (Rathenow), Zeitlin.



Copyright © 2009

Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e.V., Berlin
www.kgparl.de

Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2009
ISBN 978-3-7700-5288-2

Vorwort

Diese Edition macht eine erstklassige Quelle zur Geschichte des Parlamentarismus und des Linksliberalismus in Preußen der Weimarer Republik zugänglich. Der vorliegende Band erschließt über 800 Sitzungsprotokolle der preußischen Landtagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei und (ab 1930) der Deutschen Staatspartei von 1919 bis 1932. Die Protokolle der preußischen Demokraten spiegeln das Ringen der politischen Vertreter des Linksliberalismus um die demokratische Ausgestaltung im größten deutschen Land wider, das sich nach 1918 von einem Hemmfaktor politischer Modernisierung zum Bollwerk der Demokratie zu entwickeln vermochte. Die Protokolle vermitteln interessante Einblicke in die politischen Entscheidungsprozesse und die innerparteiliche Tektonik. Sie reflektieren in Nahaufnahme die Entwicklung einer Partei, deren Niedergang die schleichende Erosion der parlamentarischen Grundlagen des Weimarer Staates wie in einem Brennspiegel erkennen läßt.

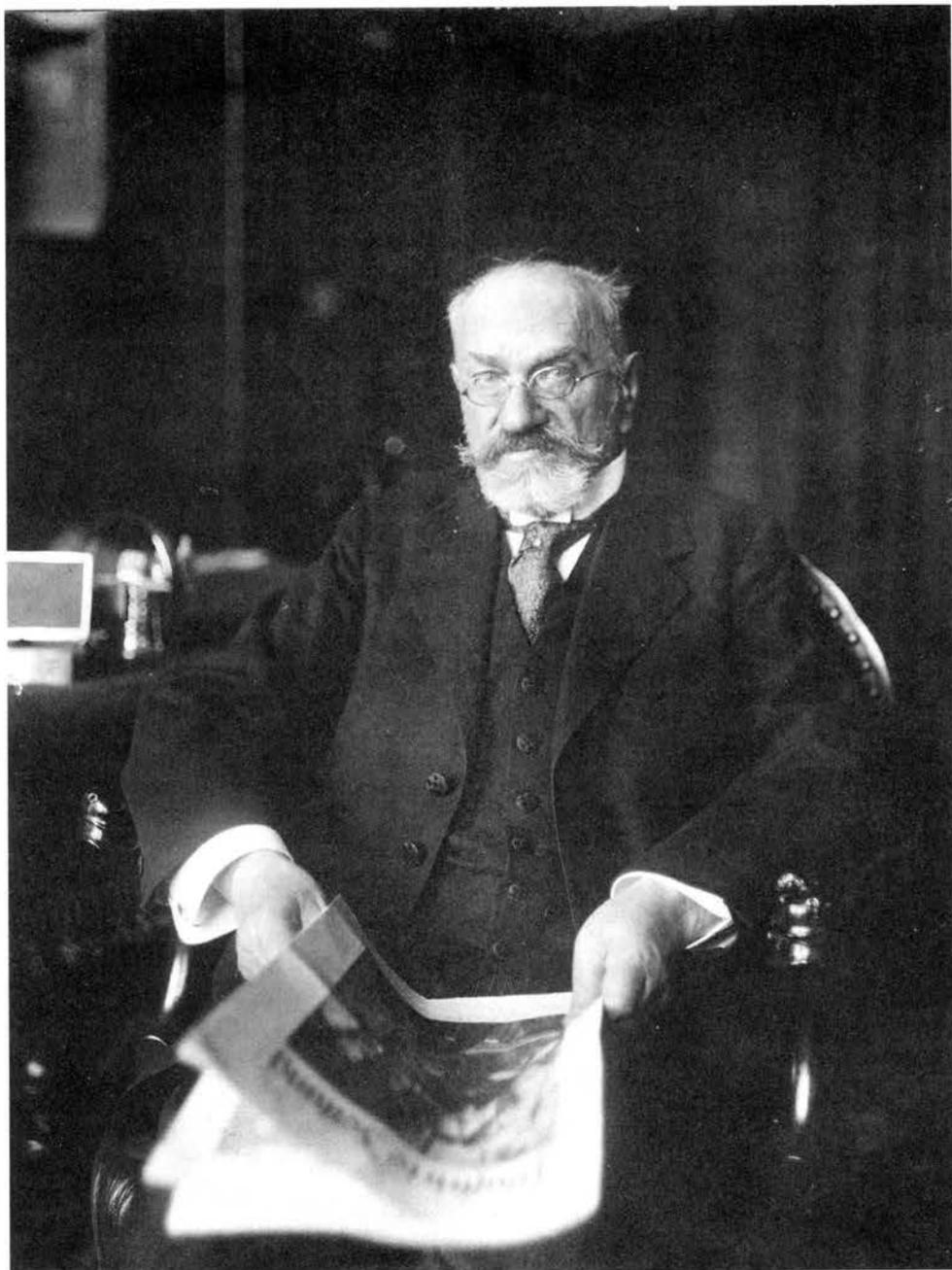
Diese in zwei Bänden vorliegende Edition ist Bestandteil der seit 1970 von der Parlamentarismus-Kommission herausgegebenen dritten Reihe der »Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien« zur Weimarer Republik. Sie knüpft an die bereits 1980 von Lothar Albertin und Konstanze Wegner veröffentlichten Sitzungsprotokolle der Führungsgremien der Parteiorganisation der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei an.

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Archive, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen, die dieses Projekt unterstützt haben. Gedankt sei insbesondere dem Bundesarchiv in Koblenz, das den der Edition zugrundeliegenden Bestand und weitere Überlieferungen zugänglich gemacht hat. Ein besonderer Dank gilt schließlich der Fritz Thyssen Stiftung, ohne deren finanzielle Förderung diese Edition nicht zustande gekommen wäre.

Editionen sind ein wichtiges Markenzeichen der Parlamentarismus-Kommission, deren Mitglieder ehrenamtlich tätig sind. Das Forschungsinstitut der Kommission mit Sitz in Berlin verdankt seine Existenz der institutionellen Förderung durch den Deutschen Bundestag. Diese ist Voraussetzung dafür, daß die Kommission auch künftig ihren spezifischen Beitrag zur Erforschung der Parlaments- und Parteiengeschichte und damit auch zur politischen Bildung zu leisten vermag.

Berlin, im Februar 2009

Andreas Wirsching



Robert Friedberg (um 1917)
Foto: Bundesarchiv 146-2009-0077

Inhalt

Vorwort	V
Einleitung	
I. Vorbemerkungen	XI
II. Die Fraktion	XIV
1. Die soziale Zusammensetzung	XIV
2. Die Frauen in der Fraktion	XVIII
III. Organisation und Geschäftsgewohnheiten der Fraktion	XXIII
1. Sitzungsintensität, Sitzungsverlauf, Ausschüsse und Fraktionsdisziplin	XXIII
2. Der Fraktionsvorstand	XXVIII
3. Die Fraktionsvorsitzenden	XXXV
IV. Themen der preußischen Gesetzgebung	XLI
1. Die preußische Verfassung	XLIII
2. Die Verwaltungsreform	XLVIII
3. Die Finanz- und Wirtschaftspolitik	LI
4. Die Beamtenpolitik und die Demokratisierung der Verwaltung	LVI
5. Die Bildungs- und Kirchenpolitik	LXII
V. Das Verhältnis der Fraktion zur Regierung und zu den Koalitions- und Oppositionsparteien	LXIX
1. Die Regierungsbildungen	LXIX
2. Die Fraktion und die Regierung	LXXX
3. Kooperation bei legislativer Arbeit	LXXXIX
4. Fraktion und Partei	XCIII
5. Fraktion und Koalitionspartner	C
6. Fraktion und Opposition	CII
VI. Schlußbetrachtung	CV
VII. Die Sitzungsprotokolle der preußischen Landtagsfraktion der DDP und der DStP 1919–1932	CIX
Die demokratischen Abgeordneten und Minister Preußens	
Kurzbiographien der Abgeordneten	CXI
Die demokratischen Minister des preußischen Staatsministeriums 1918–1933	CXXIV

Einrichtung der Edition

A. Hinweise zur Edition	CXXV
B. Verzeichnis der Archivalien	CXXVIII
C. Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	CXXX
D. Verzeichnis der Abkürzungen	CXXXIX

Dokumente

Sitzungsprotokolle März 1919 – Dezember 1922	1
Dokumente 1 bis 348	

Zweiter Halbband

Dokumente

Sitzungsprotokolle Januar 1923 – März 1932	617
Dokumente 349 bis 835	
Personenregister	1219
Sachregister	1247

Die Sitzungsprotokolle
der preußischen Landtagsfraktion
der DDP und DStP
1919–1932

Einleitung

von Volker Stalman



Alexander Dominicus (1927)
Foto: Bundesarchiv 183-2009-0420-500

I. Vorbemerkungen

Die vorliegenden Sitzungsprotokolle der Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) bzw. der Deutschen Staatspartei (DStP) im Preußischen Landtag von 1919 bis 1932 geben einen instruktiven Einblick in die Geschichte des Linksliberalismus in Preußen und damit in die Handlungszwänge und -spielräume einer Partei, deren Niedergang und Ende die Abwendung weiter Teile des liberalen Bürgertums von der republikanischen Staatsform und letztlich auch den Untergang der in Weimar errichteten Demokratie umschreiben. Die Protokolle vermögen wichtige Einsichten in die Architektur und das innere Getriebe einer führenden Koalitions- und Regierungspartei in Preußen, in die Beschlußvorbereitung und die Genese zentraler Entscheidungen im politischen Raum zu vermitteln.

Die Bedeutung der Edition erwächst aus dem politischen Gewicht, das der DDP/DStP in Preußen als Partei einer geistigen Elite mit Politikern wie dem Staatsrechtler Hugo *Preuß* oder dem langjährigen preußischen Finanzminister und ersten Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts der Bundesrepublik Deutschland, Hermann *Höpker Aschoff*, zukam. Die Partei gehörte sämtlichen Kabinetten an und verfügte dadurch trotz ihres relativ geringen Mandatsanteils seit 1921 über beträchtlichen Einfluß im größten deutschen Land, das sich nach 1918 von einem Hemmfaktor politischer Modernisierung zum Vorbild demokratischer Stabilität und zum Bollwerk der Demokratie entwickelte. Während im Reich zwischen 1919 und 1933 einundzwanzig Regierungen einschließlich des ersten Kabinetts *Hitler* aufeinander folgten, zählte man in Preußen nur sieben. Darunter befanden sich zudem nur drei Minderheitskabinette, im Vergleich zu dreizehn im Reich. Die stabilen Regierungsverhältnisse in Preußen bis 1932 ermöglichten auch im Reich nach 1923 eine relative Konsolidierung im Innern, da Preußen das mit Abstand größte deutsche Land war und etwa zwei Drittel der Bevölkerung und drei Fünftel des Territoriums des Deutschen Reiches umfaßte. Die im Reich bereits 1920 abgewählte »Weimarer Koalition« stellte, von kurzen Ausnahmen abgesehen, bis 1932 in Preußen unter Führung der SPD die Regierung. Zwischen 1921 und 1925 konnte sie zudem um die rechtsliberale DVP zu einer »Großen Koalition«, die im Reich aufgrund ihrer inneren sozialen und wirtschaftlichen Gegensätze nur kurze Zeit Bestand hatte, erweitert werden. Sämtlichen Preußen-Koalitionen gehörte die DDP bis zum »Preußen-Schlag« vom 20. Juli 1932 an, als Reichskanzler Franz von *Papen* durch ein staatsstreichartiges Manöver die preußische Regierung Otto *Braun* absetzen ließ.

In den preußischen Regierungen besetzten Politiker der DDP/DStP wichtige Ministerposten: Otto *Fischbeck* und Walther *Schreiber* das Handelsministerium (1918-1921 und 1925-1933), Rudolf *Oeser* das Ministerium für öffentliche Arbeiten (1919-1921), Alexander *Dominicus* das Innenministerium (1921), Hugo *Wendorff* das Landwirtschaftsministerium (1921-1925) und Hermann *Höpker Aschoff* das Finanzministerium (1925-1931). Zu nennen ist auch der parteilose, der DDP aber nahestehende Carl Heinrich *Becker*, der 1921 und von 1925 bis 1930 dem Kultusministerium vorstand. Oftmals bekleideten die Politiker vor oder während ihrer Ministertätigkeit das Amt des Fraktionsvorsitzenden der Partei im Preußischen Landtag, wie *Dominicus* (ab 1920), *Oeser* (ab 1921) und *Schreiber* (ab 1925).

Die Mandatsentwicklung der DDP/DStP in Preußen folgte weitgehend der im Reich, wenngleich die Mandatsstärke der Partei im Land immer leicht unter der im Reich lag.

War die Partei im Preußischen Landtag 1919 mit 16,2 % der Mandate noch drittstärkste Parlamentsfraktion, so fiel sie nach dem Kapp-Putsch auf 6,1 % (1921), bis schließlich die Landtagswahl von 1932 sie auf das Niveau einer Splitterpartei mit 0,5 % der Mandate und zwei Abgeordneten reduzierte.¹

Wenn die großen spannungsgeladenen Entscheidungen jener Zeit auch im Reich und nicht auf Landesebene getroffen wurden, so bargen die verbliebenen Themenfelder doch noch genügend Konfliktstoff. Dies galt nicht nur für die Innenpolitik und das Problem der Demokratisierung und Republikanisierung der Verwaltung, sondern auch für die Finanz-, Bildungs- und Kulturpolitik. Insgesamt konnte sich jedoch die Bilanz der demokratischen Regierungsarbeit sehen lassen. »Für die Zeit zwischen 1918 und 1933«, so schließt Joachim *Stang* seine Monographie über den preußischen Linksliberalismus, »kann somit durchaus von einem eigenständigen, erfolgreicherem preußischen Weg des Liberalismus gesprochen werden, wenngleich sich der Niedergang der preußischen DDP/DStP, wie er sich in den Wahlergebnissen widerspiegelt, nicht von der Entwicklung des Linksliberalismus im Reich unterschied.«²

Die Geschichte des deutschen Linksliberalismus in der Weimarer Republik war in der Vergangenheit bereits Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Betrachtungen.³ Das quelleditorische Fundament legten Lothar *Albertin* und Konstanze *Wegner* 1980 mit der Publikation der Sitzungsprotokolle der Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei von 1918 bis 1933.⁴ Allerdings wurde erst spät die hohe Aggregationsebene des Reichs verlassen und die Entwicklung in den deutschen Ländern in den Blick genommen. So bemühte sich, anknüpfend an die wegweisende Monographie von Horst *Möller* über den preußischen Parlamentarismus, die 1994 erschienene Studie von Joachim *Stang*, die Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei in Preußen näher auszuleuchten und das bisher gewonnene Bild preußischer Landesgeschichte farbenreicher auszugestalten.⁵ Insgesamt gesehen steckt jedoch die Erforschung der regionalen Entwicklung der deutschen Parteien während der Weimarer Republik noch in den Anfängen und bedarf dringend der weiteren wissenschaftlichen Aufarbeitung.

Mit Hilfe der Sitzungsprotokolle der preußischen Landtagsfraktion der DDP bzw. DStP lassen sich Entwicklungen im preußischen Liberalismus insbesondere in ihren Rückwirkungen auf die Parlamentsarbeit präziser fassen. Sie vermitteln wichtige Einblicke in die politischen Entscheidungsfindungsprozesse und die innerparteiliche Tektonik der Partei und vermögen damit einen wichtigen und instruktiven Beitrag zur Erforschung der Geschichte der demokratischen Partei in Preußen sowie des preußischen Parlamentarismus und der preußischen Politik zu leisten.

Die einleitenden Darlegungen versuchen, anknüpfend an die Studie *Stangs*, eine erste Textauswertung der Quelle vorzunehmen, die als Grundlage für weitere wissenschaftliche Tiefenbohrungen dienen soll. Die Einleitung orientiert sich am herkömmlichen Gliederungsschema der von der Parlamentarismuskommission herausgegebenen Quellenbände. So wird in einem ersten Schritt die Fraktionsstruktur in den Blick genommen

¹ STANG, S. 380.

² Ebd., S. 364.

³ Angesichts der Vielzahl der Monographien über die Geschichte der DDP bzw. DStP sei hier nur auf folgende Arbeiten verwiesen: FISCHENBERG; GOTTSCHALK; ALBERTIN, Liberalismus; STEPHAN, Aufstieg; BOWERS; SCHUSTERREIT; SCHNEIDER, Die Deutsche Demokratische Partei; MATTHIAS/MORSEY; FRYE, Liberal Democrats; JONES, German Liberalism; LANGEWIESCHE, S. 233–286.

⁴ LINKSLIBERALISMUS.

⁵ MÖLLER, Parlamentarismus; STANG.

und die soziale Zusammensetzung sowie die Stellung der weiblichen Abgeordneten fokussiert. Im folgenden Kapitel sollen die Organisations- und Geschäftsgewohnheiten der Fraktion thematisiert und die innere Struktur, die Arbeits- und Funktionsweise wie auch die personelle Konstellation, d.h. die Frage nach der Wahl und der Rolle des Fraktionsvorstands, näher umrissen werden. In einem weiteren Kapitel stehen die inhaltliche Tätigkeit der Fraktion und damit die Themenschwerpunkte der preußischen Gesetzgebung im Mittelpunkt der Überlegungen. Angesprochen werden die Verfassungsgebung, die Verwaltungsreform, die Wirtschafts- und Finanzpolitik, das Problem der Demokratisierung der Verwaltung sowie die Bildungs- und Kulturpolitik. Die Frage nach der Rolle der Fraktion im politisch-parlamentarischen Spannungsfeld konturiert eine letzte Dimension dieser Untersuchung. Dabei sollen nicht nur die Regierungsbildungen, sondern auch die Interaktion zwischen Fraktion und Regierung sowie das Verhältnis zwischen der Fraktion und den Koalitions- und Oppositionsparteien behandelt werden.

II. Die Fraktion

1. Die soziale Zusammensetzung

Der Anspruch der Demokraten, eine »wahre Volkspartei«¹ zu sein, fand in der sozialen Zusammensetzung der preußischen Landtagsfraktion keine Entsprechung. Die Fraktionen der Preußischen Landesversammlung und der ersten drei Landtage waren nur bedingt sozial repräsentativ. Sie waren in erster Linie Vertretungsforen des gehobenen Bildungsbürgertums, in denen höhere Beamte und Angehörige der freien Berufe eindeutig überrepräsentiert waren. Die mangelnde soziale Repräsentativität der Landtagsfraktionen verdeutlicht letztlich das Unvermögen der Partei, ihre historisch determinierten Grenzen zu transzendieren und ihr soziales Einzugsfeld zur Massen- und Volkspartei zu erweitern.

Da die Berücksichtigung der 1932 gewählten zwei demokratischen Abgeordneten die Ergebnisse zur sozialen Struktur der Landtagsfraktionen der DDP verzerren würde, sollen im folgenden nur die Fraktionen der Preußischen Landesversammlung und der ersten drei Preußischen Landtage untersucht werden.²

Die größte soziale Gruppe in der demokratischen Landtagsfraktion stellten die Beamten, die einen Durchschnittsanteil von fast 40 % erreichten. Der Beamtenanteil schwankte zwischen 1919 und 1932 erheblich und erreichte 1921/24 mit 34,5 % seinen niedrigsten und 1925/28 mit 48,1 % seinen höchsten Wert. Unter den Beamten dominierten die höheren Beamten mit einem durchschnittlichen Fraktionsanteil von 13,5 %. Stellten die höheren Beamten 1919/21 nur 4,6 % der demokratischen Abgeordneten, so stieg ihr Anteil bereits 1921/24 auf 15,4 %, um im Preußischen Landtag von 1928/32 sogar einen Wert von 19 % zu erreichen. Der Grund für diesen Anstieg dürfte in der erfolgreichen Personalpolitik der preußischen Regierung im Zuge der Republikanisierung der Verwaltung zu suchen sein. Die politischen Beamten, zu denen die Ober-, Regierungs- und Polizeipräsidenten, die Polizeidirektoren, die Landräte und die Vizepräsidenten bei Ober- und Regierungspräsidien zählten, waren zwischen 1919 und 1932 mit Ausnahme der Legislaturperiode von 1921/24 mit jeweils zwei Abgeordneten vertreten und stellten einen von 1919 bis 1928 von 1,5 auf 9,5 % steigenden Anteil.³

Den höheren Beamten folgten die Lehrer und Rektoren mit einem Fraktionsanteil von 9,3 % im Mittel. Die Bedeutung der im Schuldienst Beschäftigten nahm jedoch spürbar ab und sank zwischen 1919 und 1928 von 13,8 % auf 4,7 %. Von nicht geringem Einfluß waren auch die Hochschullehrer, die 1919 mit 7 von 65 Abgeordneten einen Anteil von 10,6 % erreichten und nicht zuletzt mit dem Staatsrechtler Hugo *Preuß* bei der Verfassungsgebung eine herausragende Rolle spielten. Zu den demokratischen Professoren zählten neben *Preuß* der Jurist Hans *Crüger* (Halle), die Theologen Rudolf *Otto*

¹ So *Otto Nuschke* in seinem am 19. Juli 1919 gehaltenen Geschäftsbericht auf dem ersten Parteitag der DDP vom 19. bis 22. Juli 1919 in Berlin, in: BERICHT ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DES 1. PARTEITAGS DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN PARTEI abgehalten in Berlin vom 19. bis 22. Juli 1919, Berlin 1919, S. 15, insgesamt S. 9–17.

² Vgl. auch STANG, S. 114–141.

³ Unter den vier zwischen 1919 und 1932 in den Landtag gewählten politischen Beamten der DDP-Fraktionen befanden sich zwei festbesoldete Stadträte, ein Landrat und ein Beigeordneter für das Schulwesen der Stadtgemeinde Barmen. Vgl. STANG, S. 124, Anm. 21.

(Marburg), Martin *Rade* (Marburg) und Ernst *Troeltsch* (Berlin) sowie die Mediziner Emil *Abderhalden* (Halle) und Arthur *Schloßmann* (Düsseldorf). Den Professorentitel trug auch Robert *Friedberg*, der jedoch aufgrund seines zuletzt bekleideten Postens als Vizepräsident des Königlich-Preußischen Staatsministeriums als höherer Beamter geführt wird. Die Hochschullehrer verschwanden nach 1921 mit Ausnahme von *Preuß*, der 1925 verstarb, aus der Fraktion.

Nach den Beamten stellten die Angehörigen der freien Berufe die zweitgrößte soziale Gruppierung in den demokratischen Landtagsfraktionen, die zwischen 1919/21 und 1928/32 einen Durchschnittsanteil von 13,1 % ausmachten. Den höchsten Wert erzielten die Freiberufler, bei denen es sich mit Ausnahme eines Facharztes um Rechtsanwälte und Notare handelte, in der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung mit zehn Abgeordneten (15,2 %) – unter ihnen auch der spätere preußische Handelsminister Walther *Schreiber*. Der Anteil der Freiberufler innerhalb der Fraktion sank zwar 1925/28 auf 7,4 %, erreichte jedoch 1928/32 mit 14,3 % und drei Abgeordneten nahezu wieder den Ausgangswert von 1919/21.

Die übrigen Berufsgruppen spielten gegenüber den Beamten und Freiberuflern eine untergeordnete Rolle. Die Gruppe der Selbständigen aus Handel und Handwerk war in den demokratischen Fraktionen mit 7,6 % im Mittel vertreten, die Landwirte kamen auf durchschnittlich 5,9 %, die Unternehmer auf 3,8 %. Gering war auch der Anteil der Angestellten an den Fraktionen, der im Durchschnitt bei 3,8 % lag und sich vor allem auf leitende Angestellte beschränkte. Die Arbeiterschaft wurde mit der Ausnahme der Legislaturperiode 1919/21, als ein Arbeiter unter den demokratischen Abgeordneten zu finden war, nicht repräsentiert.

Einen relativ hohen Anteil erreichten noch die Gewerkschaftsfunktionäre mit einem Prozentsatz von durchschnittlich 6,9 %. Zu ihnen gehörten Oswald *Riedel*, Generalsekretär des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes und Vorstandsmitglied im Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, Karl *Ommert*, Vorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsarbeiter, und Gustav *Hartmann*, Vorsitzender des Gewerkschaftsrings Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände. Der Anteil der Verbandsvertreter aus Handel, Handwerk, Industrie und Landwirtschaft lag demgegenüber im Schnitt bei 5,1 %. In den DDP-Fraktionen fand sich mit Robert *Jansen*, der der Reichsgeschäftsstelle der Partei vom Februar 1920 bis zum Oktober 1922 vorstand, nur in der Landtagsperiode von 1921 bis 1924 ein Parteifunktionär.

Ein geringer Anteil entfiel auf Redakteure und Schriftsteller mit durchschnittlich 4,2 %. Waren sie 1919/21 noch mit drei Abgeordneten (4,5 %) in der Fraktion vertreten, so erhielt seit 1921 nur noch der Hauptschriftleiter der »Berliner Volkszeitung«, Otto *Nuschke*, ein Mandat. Zu vernachlässigen ist mit durchschnittlich 2,1 % auch die Gruppe der Geistlichen, da nur im zweiten und dritten Landtag mit dem evangelischen Pfarrer Dietrich *Graue* ein Geistlicher für die DDP im Parlament saß.

Die soziale Zusammensetzung der demokratischen Fraktionen zeigt, in welchem Maße die dem Anspruch nach als Volkspartei auftretende DDP letztlich als ein Vertretungsorgan der bürgerlichen Bildungsschicht fungierte und den Charakter einer »bildungsbürgerlichen Intellektuellen-Partei«⁴ trug. Selbst das Besitzbürgertum und der alte und neue Mittelstand fanden sich in den Fraktionen nur ungenügend vertreten, die Arbeiterschaft war faktisch nicht existent. Widersprach schon das enge soziale Bezugsfeld der demokratischen Eliten im Parlament dem Wunsch nach gesamtgesellschaftlicher

⁴ MÖLLER, Parlamentarismus, S. 293.

Repräsentation, so offenbarte die Beschränkung auf das Bildungsbürgertum auch die Schwierigkeit, das sozial und politisch äußerst heterogene Bürgertum als Ganzes anzusprechen und vertreten zu können. Der Konkurrenzdruck anderer Parteien wie der rechtsliberalen DVP, der konservativ-monarchistischen DNVP oder der auf spezifische mittelständische Interessen fixierten Wirtschaftspartei erschwerte der DDP das weitere Vordringen in bürgerliche Wählerschichten und offenbarte letztlich die Fragilität ihres sozialen Parteifundaments.

Das Bildungsniveau der demokratischen Abgeordneten war relativ hoch. Die große Mehrheit hatte eine höhere Schule besucht, nur 8 der insgesamt 93 zwischen 1919 und 1932 ins Parlament gewählten Abgeordneten (8,6 %) verfügten lediglich über einen Volksschulabschluß. 47 Abgeordnete (50,5 %) hatten zudem studiert, von denen 26 (28 %) ihr Studium mit einer Promotion abschlossen und acht (9,7 %) ihr zudem eine Habilitation folgen ließen.

In konfessioneller Hinsicht waren die demokratischen Fraktionen eine eindeutig protestantische Kraft. Der durchschnittliche Anteil der Protestanten an der Gesamtheit der demokratischen Abgeordneten lag zwischen 1919 und 1932 bei 80,6 %, während die Katholiken mit einem Durchschnittswert von 9,6 % nur ein kleines Grüppchen bildeten. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die DDP die einzige bürgerliche Fraktion war, in der Abgeordnete jüdischen Glaubens vertreten waren. Nur in den Fraktionen von SPD und USPD fanden sich noch jüdische Abgeordnete. Im Durchschnitt betrug der Anteil jüdischer Abgeordneter in den demokratischen Fraktionen der Jahre 1919 bis 1932 8,2 %. In der Preußischen Landesversammlung (9,1 %) und im Preußischen Landtag von 1925 bis 1928 (11,1 %) hatte die DDP sogar die höchsten Werte aller Fraktionen aufzuweisen. In dem Maße, in dem die Partei zu einer Splitterpartei absank und sie unter den jüdischen Wählern an Attraktivität verlor, schwand auch der Anteil jüdischer Abgeordneter an der Fraktion. So gehörte der Fraktion in der dritten Wahlperiode 1928-1932 mit Bernhard *Falk* nur noch ein jüdisches Mitglied (4,8 %) an.⁵

Innerhalb der DDP bekleideten jüdische Deutsche oder Deutsche jüdischer Herkunft führende Positionen. So standen zwischen 1920 und 1930 Carl *Petersen* und Erich *Koch-Weser*, die beide jüdische Mütter hatten, der Partei als Vorsitzende vor. Liberale jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft waren, wie Hugo *Preuß*, Walther *Rathenau*, Erich *Koch-Weser* oder Georg *Gothein*, Reichsminister gewesen. Auch im Reichstag spielten Juden in der DDP eine wichtige und herausgehobene Rolle. So schwankte der jüdische Anteil unter den demokratischen Reichstagsabgeordneten in den dreizehn Jahren der Weimarer Republik zwischen 12 und 25 Prozent, so daß der jüdische Bevölkerungsanteil, der nicht einmal ein Prozent betrug, in der DDP/DStP deutlich überrepräsentiert war.⁶ Auch die Fraktionsführungen in den parlamentarischen Körperschaften des Reichs und Preußens lagen teilweise in den Händen jüdischer Demokraten oder Demokraten jüdischer Herkunft. So wurde die Reichstagsfraktion lange Jahre von Eu-

⁵ Vgl. STANG, S. 135; vgl. ferner die entsprechenden Angaben in: STATISTISCHES JAHRBUCH für den Preußischen Staat 16 (1920), S. 426; STATISTISCHES JAHRBUCH für den Preußischen Staat 18 (1922), S. 375; STATISTISCHES JAHRBUCH für den Preußischen Staat 22 (1926), S. 233; STATISTISCHES JAHRBUCH für den Preußischen Staat 26 (1930), S. 439; HANDBUCH für die Verfassunggebende Preußische Landesversammlung, 1919, S. 132; HANDBUCH für den Preußischen Landtag 1921, S. 440; HANDBUCH für den Preußischen Landtag 1925, S. 234; HANDBUCH für den Preußischen Landtag 1928, S. 492. Zur sozialen Zusammensetzung der demokratischen Fraktion der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung vgl. auch Martin WENCK, Die Demokratie in Deutschland. I. Preußen, in: Das Demokratische Deutschland 1 (1919), Nr. 10, S. 222-224.

⁶ Vgl. FRYE, »Jewish Problem«, hier S. 149.

gen *Schiffer*, *Carl Petersen* und *Ludwig Haas* angeführt, während die Führung der preußischen Landtagsfraktion von 1928 bis 1930 *Bernhard Falk* oblag. Auch der erste Fraktionsvorsitzende *Robert Friedberg* war jüdischer Herkunft, allerdings 1884 zum protestantischen Glauben übergetreten.⁷

Berührungspunkte zwischen Juden und Liberalen bildeten darüber hinaus der »Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens«, dessen Vorstand *Ludwig Haas* angehörte, und der »Verein zur Abwehr des Antisemitismus«, der unter dem Vorsitz *Georg Gotheins* stand. Enge Verbindungen bestanden auch zur demokratischen Presse, die sich in der Hand namhafter jüdischer Verleger befand. Die Verlage *Mosse* und *Ullstein* in Berlin sowie der *Simons-Sonnemann-Zeitungskonzern* in Frankfurt a.M. vertraten mit ihren Flaggschiffen, der »*Vossischen Zeitung*«, dem »*Berliner Tageblatt*« und der »*Frankfurter Zeitung*«, weitgehend die politische Linie der Partei. Es mag somit nicht überraschen, daß die Partei zumal anfangs bevorzugt von Deutschen jüdischen Glaubens gewählt wurde. Nach Schätzungen des demokratischen Geschäftsführers *Reinold Issberger* sollen in den ersten Jahren der Republik fast zwei Drittel der jüdischen Wahlberechtigten für die DDP gestimmt haben.⁸ Dadurch gerieten die Demokraten andererseits rasch in das Schußfeld der Antisemiten, die die Partei als »Judenpartei« beschimpften und diffamierten.⁹

Neben der konfessionellen Zusammensetzung ist auch die Altersstruktur der demokratischen Fraktionen hervorhebenswert. Denn in den demokratischen Fraktionen waren die über 40jährigen deutlich überrepräsentiert. Der Anteil der Abgeordneten im Alter zwischen 40 und 59 Jahren lag zwischen 1919 und 1932 bei 68 %. Der Anteil der über 60jährigen, der in der Regel über 10 % lag, stieg zudem seit 1925 kontinuierlich an und belief sich in der dritten Legislaturperiode von 1928 bis 1932 sogar auf 38 %, während der Anteil der unter 40jährigen von 1919 bis 1932 von 12,2 auf 0 Prozent fiel. Die Überalterung der demokratischen Parlamentsfraktion entsprach dem allgemeinen Trend, der alle bürgerlichen Fraktionen erfaßte. Insgesamt lag das statistische Durchschnittsalter der demokratischen Fraktionen und der übrigen bürgerlichen Fraktionen zwischen 1919 und 1932 bei etwa fünfzig Jahren: Zentrum (51,5 Jahre), DDP (50,9), DVP (49,9) und DNVP (49,2). Niedrigere Durchschnittswerte erzielten dagegen SPD (46,7) und USPD (45,6), während die radikalen Flügelparteien, die besonders Jungwähler anzusprechen vermochten, sogar als betont junge Kräfte im Parlament auftraten. So lagen die Werte der NSDAP bei 40 und der KPD bei 37,8 Jahren.¹⁰ Der schleichende Alterungsprozeß der Fraktion resultierte letztlich aus dem gestiegenen Mitgliedschaftsalter der demokratischen Landtagsabgeordneten. Während 1919 nur 28,8 % der Abgeordneten über parlamentarische Erfahrung verfügten, stieg dieser Anteil 1921 auf 76,9, sank 1925 auf 59,3, um 1928 sogar auf 90,5 % hochzuschnellen. 1928 fanden sich unter den

⁷ Vgl. ebd.; *Philip Bernard WIENER*, Die Parteien der Mitte, in: *Werner E. Mosse* (Hrsg.), *Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*, Tübingen 1965, S. 289–321, hier S. 289–306.

⁸ *Reinold ISSBERNER*: *Demokratisches ABC Buch*, Berlin 1920, S. 43.

⁹ Vgl. *FRYE*, »*Jewish Problem*«, hier S. 145 f. und passim. Jüdische Demokraten wie *Max Weber* beklagten sich darüber, daß jüdische Parteimitglieder an herausragenden Stellen gesetzt und damit zur Zielscheibe antisemitischer Hetze würden. Vgl. das Schreiben von *Max Weber* an *Carl Petersen*, 14.4.1920, in: *StA Hamburg, NL Carl Petersen*, 622–1/80 – L 53. Auch abgedruckt in *Bruce B. FRYE*, *A Letter from Max Weber*, in: *The Journal of Modern History*, 39/2 (1967), S. 119–125.

¹⁰ Vgl. *STANG*, S. 136 f. Vgl. ferner die entsprechenden Angaben in den Landtagshandbüchern: *HANDBUCH für die Verfassunggebende Preußische Landesversammlung 1919*, S. 130; *HANDBUCH für den Preußischen Landtag 1921*, S. 438; *HANDBUCH für den Preußischen Landtag 1925*, S. 232; *HANDBUCH für den Preußischen Landtag 1928*, S. 490.

21 demokratischen Abgeordneten nur zwei Parlamentsneulinge gegenüber 47 von 66 Abgeordneten im Jahre 1919.¹¹ Die Alterungstendenzen in der DDP, die letztlich aus der mangelnden Attraktivität demokratischer, vernunftbezogener Politikentwürfe unter Jungwählern, teilweise auch aus dem altbackenen Auftreten des demokratischen Führungspersonals resultierten, erklären letztlich das Bemühen um eine Verjüngung der Partei, die 1930 ihren sichtbaren Ausdruck im Zusammenschluß mit dem Jungdeutschen Orden fand.

Insgesamt gesehen präsentierte sich die preußische Landtagsfraktion der DDP/DSStP als eine vornehmlich protestantische und bildungsbürgerliche Kraft. Als hemmend erwies sich die Beschränkung des sozialen Einzugsfelds auf das gebildete Bürgertum, das sich vor dem Hintergrund der Inflation und der Weltwirtschaftskrise für extreme Parolen besonders anfällig zeigen und den Demokraten rasch den Rücken kehren sollte. Bemerkenswert war der relativ hohe Anteil jüdischer Abgeordneter oder Abgeordneter jüdischer Herkunft, die führende Stellungen in der Fraktion zu bekleiden und die Politik der Partei wesentlich mitzugestalten wußten. Die nachlassende Resonanz und Attraktivität der Partei bei den Wählern fand schließlich ihren Niederschlag in der am Lebens- und Mitgliedschaftsalter der Abgeordneten ablesbaren, schleichenden Überalterung der Fraktion, die gegenüber den jung und dynamisch wirkenden Parteien der extremen Rechten und Linken einigermmaßen altmodisch wirken mußte.

2. Die Frauen in der Fraktion

»Die Deutsche demokratische Partei« so formulierte 1919 Elly *Heuss-Knapp* euphorisch, »ist die Partei der Frauen!« Denn der alles überwölbende Gedanke der Demokratie sei der Glaube an die Gleichberechtigung aller Menschen vor dem Recht, an die Würde des Menschen und an den Wert der Persönlichkeit. Diese demokratisch-liberalen Ideen seien letztlich auch die Grundlagen der Frauenbewegung gewesen, so daß letztlich keine Partei besser als die DDP die Belange und Interessen der weiblichen Bevölkerung vertreten könne.¹²

Der emphatisch verkündete Anspruch, eine Partei der Frauen zu sein, brach sich allerdings mit der Wirklichkeit. So war der durchschnittliche Frauenanteil in den demokratischen Fraktionen von 1919 bis 1932 mit 4,8 % ausgesprochen gering und lag deutlich unter der Frauenquote des preußischen Parlaments, die bei 8,4 % lag. In fast sämtlichen Landtagsfraktionen waren Frauen zahlreicher vertreten als in der DDP. Ausnahmen bildeten allein NSDAP und Wirtschaftspartei, in deren Parlamentsvertretungen sich keine weiblichen Abgeordneten fanden.¹³

Insgesamt saßen in den demokratischen Fraktionen zwischen 1919 und 1932 unter den 93 preußischen Landtagsabgeordneten der Demokraten nur vier weibliche Abgeordnete

¹¹ Vgl. STANG, S. 137 f.; vgl. auch HANDBUCH für die Verfassungebende Preußische Landesversammlung 1919, S. 131; HANDBUCH für den Preußischen Landtag 1921, S. 439; HANDBUCH für den Preußischen Landtag 1925, S. 233; HANDBUCH für den Preußischen Landtag 1928, S. 491.

¹² Elly HEUSS-KNAPP: Die Frauen und die Demokratie, in: Das Demokratische Deutschland, 1. Jg., 1919, S. 151–153. Die Reichstagsabgeordnete und Sozialpädagogin Marie Elisabeth *Lüders* wies in der Sitzung des Parteausschusses vom 29. April 1928 darauf hin, daß es allein bei den Demokraten eine Tradition des Eintretens für die Rechte der Frauen gegeben habe. Vgl. LINKSLIBERALISMUS, Nr. 145, S. 443–452, hier S. 449.

¹³ Vgl. STANG, S. 139–141.

te: Martha *Dönhoff*, Dr. Margarete *Heine*, Dr. Paula *Hertwig* und Dr. Gertrud *Klausner*.

Von allen konnte Martha *Dönhoff* am längsten ihr Mandat behaupten. Von 1919 bis 1932 gehörte sie dem Preußischen Landtag an. Geboren 1875 in Witten hatte sie sich nach dem Besuch einer höheren Mädchenschule als Vorsitzende des Rheinisch-westfälischen Frauenverbandes und später als Vorsitzende des Reichsfrauenausschusses der Partei einen Namen zu machen gewußt. In der Fraktion bekleidete sie von 1919 bis 1932 das Amt des Schriftführers.¹⁴

Ihre Fraktionskolleginnen saßen dagegen nur für jeweils eine Legislaturperiode im Parlament. Die Königsberger Oberlehrerin Dr. Margarete *Heine* wurde nur in die Preußische Landesversammlung und die Berliner Studienrätin Dr. Gertrud *Klausner* nur in den zweiten Landtag von 1925 bis 1928 gewählt. Dr. Paula *Hertwig*, außerordentliche Professorin an der medizinischen Fakultät der Universität Berlin seit 1927, wiederum wurde erst bei der Märzwahl 1933 über die Landesliste der SPD in den Preußischen Landtag entsandt.

Margarete *Heine* war 48 Jahre alt, als sie 1919 in die verfassunggebende Preußische Landesversammlung gewählt wurde. Nach ihrer Promotion war sie im Schulwesen an der städtischen Königin-Luise-Schule in Königsberg als Oberlehrerin tätig.¹⁵ Die 1877 in Berlin geborene Gertrud *Klausner*, die der jüdischen Konfession angehörte, war nach ihrem Universitätsstudium in Berlin und Paris, das sie 1907 mit der Promotion abschloß, in den höheren Schuldienst eingetreten und Studienrätin am Kleist-Lyzeum in Berlin geworden.¹⁶ Paula *Hertwig* wiederum stand im 44. Lebensjahr, als sie 1933 für die Deutsche Staatspartei in das preußische Parlament gewählt wurde. Die 1889 in Berlin geborene und der evangelischen Konfession angehörende Demokratin lehrte als außerordentliche Professorin für Vererbungslehre an der Universität Berlin. Sie zeichnete sich zudem als Inhaberin des Verdienstkreuzes für Kriegshilfe aus.¹⁷

Nicht unerwähnt bleiben soll, daß sich unter den infolge Tod oder Mandatsniederlegung eines Abgeordneten ins Parlament einziehenden 13 Nachrückern der Partei vier Frauen befanden: In der Preußischen Landesversammlung rückte die Lehrerin Vera *Beutler* aus Memel für den im Januar 1920 verstorbenen Karl *Kanzow* nach.¹⁸ Die Studienrätin Mathilde *Drees* wiederum gelangte im Januar 1924 in den ersten Preußischen Landtag¹⁹, die Verbandsvorsitzende Else *Fisch* erst nach Ablauf der Sitzungsperiode. Im dritten Landtag nahm die Schriftleiterin und Berliner Stadtverordnete Dr. Frieda *Wunderlich* im März 1930 ihren Platz in der Fraktion ein.²⁰

Die demokratischen Frauen, *Dönhoff*, *Heine*, *Hertwig* und *Klausner*, die mit Ausnahme *Klausners* der protestantischen Konfession angehörten, waren in der Regel etwas jünger als ihre Fraktionskollegen. Auch ist auffallend, daß ihr Bildungsniveau deutlich über dem Fraktionsdurchschnitt lag. Alle weiblichen Abgeordneten hatten eine höhere Schule besucht, 75 % oder drei der vier promoviert und eine Mandatsträgerin (25 %)

¹⁴ HANDBUCH für den Preußischen Landtag, 1928, S. 513. Vgl. auch den Nachlaß Martha *Dönhoffs* im Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung in Gumpersbach.

¹⁵ HANDBUCH für die Verfassunggebende Preußische Landesversammlung 1919, S. 63.

¹⁶ HANDBUCH für den Preußischen Landtag 1925, S. 283.

¹⁷ HANDBUCH für den Preußischen Landtag 1933, S. 336.

¹⁸ Vgl. BERLINER TAGEBLATT, 55, 30.1.1920.

¹⁹ Vgl. Dok. Nr. 413.

²⁰ Vgl. Dok. Nr. 756.

auch habilitiert. Frauen mußten letztlich, wollten sie in die politische Arena einziehen und in dieser Männerdomäne bestehen, über Zusatzqualifikationen wie jugendliche Attraktivität und überdurchschnittlich gute Ausbildung verfügen. Aber selbst diese waren oftmals keine Garanten für politischen Erfolg.

Ein Blick auf die Wahlvorschlagslisten mag dies illustrieren. Zu den drei Landtagswahlen von 1921, 1924 und 1928 wurden insgesamt 851 demokratische Kandidaten aufgestellt, unter denen sich 135 Frauen (15,9%) befanden. Von den gewonnenen 74 Mandaten entfielen jedoch nur 4 (5,4%) auf weibliche Abgeordnete. Dies hing im wesentlichen damit zusammen, daß weiblichen Kandidaten in der Regel hintere Listenplätze zugewiesen wurden.²¹

Eine Ausnahme bildete allein Martha *Dönhoff*, die ihre erfolversprechende Platzierung ihrer herausgehobenen Stellung innerhalb der Partei als Vorsitzende des Reichsfrauenausschusses und als Mitglied des Fraktionsvorstands, der sie seit 1919 als Schriftführerin angehörte, zu verdanken hatte. Auf den Landeswahlvorschlägen der Jahre 1921, 1924 und 1928 belegte sie den relativ sicheren zweiten Platz.²² Auf den Wahlkreisvorschlägen waren Frauen zwar schon an dritter oder vierter Stelle zu finden, doch hieß dies nicht viel, da sie in der Regel bei der Mandatsverteilung leer ausgingen. Auf der Landesliste kamen sie, sieht man einmal von Martha *Dönhoff* ab, erst auf den bedeutungslosen Plätzen 10 oder 12.²³

Von den demokratischen Frauen gelangte nur Martha *Dönhoff* in eine Führungsposition. Ihre Wahl zur Schriftführerin und damit zum Mitglied des Fraktionsvorstands verdeutlicht die begrenzten Aufstiegsmöglichkeiten der weiblichen Fraktionsmitglieder. Keine von ihnen wurde in wirklich entscheidende Positionen berufen. Die Führungsämter in der Partei oder in der Regierung und Verwaltung blieben ihren männlichen Kollegen vorbehalten. Der Aufstieg der Sozialpädagogin und Reichstagsabgeordneten Gertrud *Bäumer*, die zur Ministerialrätin im Reichsministerium des Innern ernannt und zu einem der drei stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt wurde, blieb eine Ausnahme in der Partei.²⁴

Die bereits in der Fraktionssitzung im März 1919 vorgetragene Bitte Margarete *Heimes*, »bei Besetzung der Regierungsstellen daran zu denken, daß demokratische Frauen berücksichtigt werden und nicht etwa wichtige Gebiete den sozialdemokratischen und Zentrumsfrauen allein zufallen«, fand kaum Beachtung.²⁵ Zwar wurde der wenige Tage später von *Dönhoff* und *Heime* gestellte Antrag, »die Fraktionsvorsitzenden zu beauftragen, auf eine Berücksichtigung der Frauen bei Besetzung der Ämter hinzuwirken«, von der Fraktion angenommen, doch blieb er weitgehend folgenlos.²⁶ Bei der Nominierung der in Vorschlag zu bringenden parlamentarischen Unterstaatssekretäre wurden die beiden Frauen der Fraktion nicht berücksichtigt.²⁷ Auch gingen die weiblichen

²¹ Vgl. STANG, S. 140.

²² Vgl. HANDBUCH für den Preußischen Landtag 1921, S. 426; ebd., 1925, S. 490 f., hier S. 490; ebd., 1928, S. 450 f., hier S. 450.

²³ Vgl. HANDBUCH für den Preußischen Landtag 1921, S. 327–423, 426; ebd., 1925, S. 345–483, 490 f.; ebd., 1928, S. 277–442, 450 f.

²⁴ Zu Gertrud *Bäumer* vgl. Angelika SCHASER, Helene Lange und Gertrud *Bäumer*: eine politische Lebensgemeinschaft, Köln 2000, bes. S. 211–248; ferner Werner HUBER, Gertrud *Bäumer*. Eine politische Biographie, München 1970.

²⁵ Dok. Nr. 11.

²⁶ Dok. Nr. 19.

²⁷ Vgl. Dok. Nr. 12.

Abgeordneten bei der Besetzung der Referentenposten des 1919 neu eingerichteten preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt leer aus.²⁸

Frauen blieben in der Fraktion auf ihre traditionellen Rollen festgelegt. Die ihnen zugewiesenen Politikfelder beschränkten sich auf den Bereich der Sozial- und Kulturpolitik, mit anderen Worten auf die von Männern definierten »frauenspezifischen Themen«, wobei sicherlich auch zu bedenken ist, daß sich diese Zuweisungen mit eigenen Präferenzen gedeckt haben mochten. Bei der Besetzung der Landtagsausschüsse wurden sie in der Regel in den Unterrichts- und Bevölkerungsausschuß oder minder wichtige Ausschüsse wie den für Eingaben entsandt.²⁹ Diese Rollenverteilung wurde auch weitgehend bei der Besetzung der Fraktionsausschüsse beibehalten.³⁰ Ein entscheidender Einfluß auf wichtige politische Entscheidungen blieb ihnen letztlich versagt.

Dennoch sollte man das Gewicht der demokratischen Frauen nicht allzu gering veranschlagen, da sie auf dem wichtigen Feld der Frauengleichberechtigung Impulse zu geben vermochten. Verwiesen sei auf die im November 1919 eingebrachte Kleine Anfrage über die Gleichstellung der Geschlechter bei der Besetzung der Staatsämter³¹ oder die im Februar 1920 gestellte Forderung nach Zulassung der Frauen zu den juristischen Prüfungen.³² Im April 1927 legte die Fraktion auf Initiative von Margarete *Heine* auch einen Antrag über die Weiterführung des Geburtsnamens durch verheiratete Frauen vor.³³

Wenngleich sich die demokratischen Frauen in die bestehenden Partei- und Machtstrukturen einzuordnen und die geschlechterspezifischen Rollenzuweisungen zu akzeptieren schienen, empfanden sie ihre geringe Repräsentanz in Partei und Fraktion sowie ihre geringen Einflußmöglichkeiten als ungenügend. Bereits nach der preußischen Landtagswahl von 1921 wurden in der im November stattfindenden Sitzung des Parteausschusses verschiedentlich Klagen über die mangelhafte Unterstützung der Frauen durch die Partei laut.³⁴ Nach der Landtagswahl-niederlage der Partei in Sachsen führte Martha *Dönhoff* in der Sitzung des Parteausschusses im April 1929 Beschwerde über »die Deklassierung, die den bisherigen weiblichen Abgeordneten der DDP bei der Aufstellung der Wählerliste zugebracht war. Frauen müssen nun einmal an die führenden Stellen der Partei gesetzt werden. Gerade an den Frauen haben wir noch zu erziehen; wir haben aber doch schon manches in diesen zehn Jahren staatsbürgerlicher Frauenarbeit erreicht. Wenn die Frauen sich nicht beiseite schieben lassen wollen, dann handeln sie nur im Sinne der Politik, deren hervorragendes Merkmal die Selbstbehauptung ist. Werden die Frauen in der Partei zurückgedrängt, so empfinden sie das als einen schweren Konflikt, da sie sich die Frage stellen, ob sie dann in der Partei noch weiter mitzuwirken imstande sind.« Dennoch glaubte Martha *Dönhoff* in der Parteiführung und in den Parteiorganen auch weiterhin Unterstützung für ihren Standpunkt

²⁸ Vgl. Dok. Nr. 74, 92, 115, 122, 138 und 158.

²⁹ Vgl. Dok. Nr. 12 (*Heine*: Unterricht; *Dönhoff*: Bevölkerungspolitik), Dok. Nr. 227 (*Dönhoff*: Bevölkerungspolitik), Dok. Nr. 449 (*Dönhoff*: Bevölkerungspolitik, *Klausner*: Ausschuß für Eingaben), Dok. Nr. 665 (*Dönhoff*: Bevölkerungspolitik, Leibesübungen).

³⁰ Vgl. Dok. Nr. 448 (*Klausner*: Unterrichtswesen, Beamtenfragen (einschließlich Polizei), *Dönhoff*: Wohnungswirtschaft, Wohlfahrt).

³¹ Vgl. Dok. Nr. 96.

³² Vgl. Dok. Nr. 125 und 127.

³³ Vgl. Dok. Nr. 604.

³⁴ Sitzung des Parteausschusses vom 11. November 1921, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 87, S. 216–226, hier S. 226.

finden zu können.³⁵ Ihre Zurückhaltung verdeutlicht letztlich exemplarisch die Bereitschaft vieler Frauen, die von Männern dominierten Machtverhältnisse in der Partei hinzunehmen und eigene Interessen und Zielsetzungen zugunsten der Partei zurückzustellen.

Kritischere Töne fand demgegenüber die Sozialpädagogin und langjährige Reichstagsabgeordnete Marie-Elisabeth *Lüders*, die nach der Gründung der Staatspartei sich im September 1930 darüber beklagte, daß mit Rücksicht auf den Jungdeutschen Orden »die Frauen in der Staatspartei absolut preisgegeben worden« seien.³⁶ Die Haltung der Partei zu den Frauen, so befand sie vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Wahlerfolge im März 1931 mißmutig, sei doch »zum mindesten eine recht schweigsame.«³⁷

Diese, wenn auch mit unterschiedlicher Heftigkeit vorgetragenen Klagen reflektieren die Grenzen weiblicher Einfluß- und Handlungsmöglichkeiten im politischen Raum. Obschon der Liberalismus die staatsbürgerliche Freiheit und Gleichheit des Individuums auf seine Fahnen geschrieben hatte, stand er lange Zeit der politischen Gleichberechtigung der Frauen innerlich ablehnend gegenüber. Die 1910 gegründete linksliberale Fortschrittliche Volkspartei hatte trotz wiederholter Bemühungen der weiblichen Mitglieder eine derartige Forderung nie erhoben.

Der seit 1908 mögliche Eintritt der Frauen in die Parteien und die Einführung des Frauenwahlrechts 1918/19 verhalf den Frauen keineswegs zur faktischen Gleichberechtigung in der Politik. An den bürgerlich-liberalen Vorbehalten gegenüber weiblicher Mitbestimmung im politischen Leben hatte sich nicht viel geändert. Charakteristisch für die Einstellung zahlreicher demokratischer Abgeordneter zu dieser Frage dürfte der Kommentar von Alexander *Dominicus* auf die politischen Ambitionen der Frau Rudolf *Oesers* sein, für deren »Ehrgeiz nach einer berechtigten hohen politischen Rolle« er nur die bezeichnende Bemerkung »Dumme Gans!« übrig hatte.³⁸ Das Weiterbestehen männlich beherrschter Machtstrukturen in den Parteien und die Trennung der Politikfelder führten letztlich nicht nur zur subalternen Integration der Frauen, sondern auch zur Zuweisung marginaler Politikbereiche.³⁹

³⁵ Sitzung des Parteiausschusses vom 28. April 1929, in: ebd., Nr. 152, S. 495–507, hier S. 501 f.

³⁶ Sitzung des Parteivorstandes vom 27. September 1930, in: ebd., Nr. 170, S. 581–597, hier S. 593.

³⁷ Sitzung des Gesamtvorstandes vom 15. März 1931, in: ebd., Nr. 176 b, S. 632–642, hier S. 639.

³⁸ Tagebucheintragung von Alexander *Dominicus* vom 8.10.1921, in: Landesarchiv Berlin, NL *Dominicus*, E. Rep. 200–41, Nr. 26, S. 65.

³⁹ Vgl. Angelika *SCHASER*, Bürgerliche Frauen auf dem Weg in die linksliberalen Parteien (1908–1933), in: *HZ* 263 (1996), S. 641–680; dies., Helene Lange und Getrud Bäumer, 2000, S. 233–248; *FREVERT*, Frauen-Geschichte, S. 163–180; dies., »Mann und Weib«, S. 125–132.

III. Organisation und Geschäftsgewohnheiten der Fraktion

1. Sitzungsintensität, Sitzungsverlauf, Ausschüsse und Fraktionsdisziplin

Die demokratischen Abgeordneten trafen sich regelmäßig während der Tagungsperiode des preußischen Parlaments. In der Zeit der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung fanden fast täglich vor den Vollsitzungen Fraktionsbesprechungen statt, bei wichtigen anstehenden Entscheidungen kam die Fraktion gelegentlich auch am gleichen Tag mehrmals zusammen. Bestimmte Wochentage wurden für diese Zusammenkünfte nicht festgelegt.

Mit den Jahren ließ jedoch die Häufigkeit der Fraktionssitzungen nach. Fanden während der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung von März 1919 bis Januar 1921 insgesamt 200 Fraktionsberatungen bei 219 Vollsitzungen des Parlaments statt, so traf sich die Fraktion in der Zeit des ersten Landtags vom März 1921 bis Oktober 1924 223mal, während sich das Parlament zu 360 Vollsitzungen zusammenfand. Vom Januar 1925 bis März 1928 wiederum tagten die demokratischen Abgeordneten 197mal, während der zweite Landtag 374 Vollsitzungen abhielt. Von Juni 1928 bis zur letzten Sitzungsniederschrift am 15. März 1932 fanden 156 Fraktionsberatungen statt, während der dritte Landtag von Juni 1928 bis April 1932 zu 285 Vollsitzungen zusammenkam. Die Sitzungshäufigkeit ging somit kontinuierlich von Jahr zu Jahr zurück. Kamen die demokratischen Abgeordneten 1919 noch zu 102 Sitzungen zusammen, so fanden 1931 nur mehr 35 Fraktionsberatungen statt.

Die Zusammenkünfte erfolgten in der Regel während der Parlamentssession, so daß die Oster-, Pfingst- und Weihnachtsferien sowie die Sommerpause des Parlaments tagungsfrei blieben. Erst in den Jahren 1929 bis 1931 kamen die Abgeordneten in den Ferien auch vor wichtigen Entscheidungen oder Ereignissen zu Sondersitzungen zusammen. So versuchten die Abgeordneten während der Pfingstpause am 13. Juni 1929, eine gemeinsame Haltung der Fraktion zum preußischen Konkordat festzulegen. Gegenstand der während der Sommerpause stattfindenden Sitzung vom 13. September des gleichen Jahres war wiederum der bevorstehende Preußentag in Berlin. Ebenfalls während der Sommerferien kam die Fraktion am 23. September 1930 zusammen, um ihre Stellungnahme zur neugegründeten Deutschen Staatspartei abzusprechen. Im darauffolgenden Jahr wurden am 5. und 25. September 1931 Sondersitzungen in Frankfurt am Main anberaumt, die sich unter anderem mit dem im selben Monat stattfindenden außerordentlichen Parteitag beschäftigten.¹

Die sinkende Sitzungsintensität der Fraktion resultierte letztlich aus dem abnehmenden Interesse und dem geringen Wert, den die Abgeordneten den Fraktionszusammenkünften beimaßen. Dieses Desinteresse fand auch in der mangelnden Sitzungsbeteiligung der Abgeordneten seinen Ausdruck. Aufgrund des Fehlens der nur für wenige Sitzungen vorliegenden Anwesenheitslisten kann die Teilnahme der Fraktionsmitglieder an den Fraktionszusammenkünften nur auf indirektem Wege, d. h. über die Ergebnisse der fraktionsinternen Abstimmungen und Vorstandswahlen, erschlossen werden. Bei den fünf Sitzungen, für die Anwesenheitslisten vorliegen, schwankte der Anteil der Teil-

¹ Vgl. Dok. Nr. 718, 728, 773, 809 und 810.

nehmer an der Gesamtzahl der Mitglieder zwischen 43,9 und 84,8 Prozent.² Nach den Berechnungen von Joachim *Stang* waren selbst bei entscheidenden Fraktionssitzungen in der Regel nicht mehr als zwei Drittel der demokratischen Landtagsabgeordneten anwesend.³ So nahmen an der Sitzung vom 24. Juni 1919, in der die Haltung der Fraktion zum Versailler Vertrag festgelegt werden sollte, nur 42 der 66 Fraktionsmitglieder teil.⁴ Als nach dem gescheiterten *Kapp*-Putsch die Fraktion am 27. März 1920 über die Frage der Beteiligung an der neugebildeten Regierung *Otto Braun* zur Abstimmung schritt, waren sogar nur 24 der 66 Abgeordneten anwesend.⁵ Generell dürfte die Sitzungsbeteiligung der Fraktionsmitglieder relativ niedrig gewesen sein.

Bereits am 23. Mai 1919 kritisierte Arthur *Schloßmann* den »üblichen schwachen Besuch der Fraktion«, der den Einfluß der Demokraten im Parlament mindern würde, und beantragte das »Auslegen einer Anwesenendenliste in den Fraktionssitzungen, um auf besseren Besuch hinzuwirken«. Dieser Antrag fand in der Sitzung jedoch nur wenig Gegenliebe. Abgeordnete wie *Otto Ruer* hielten zwar einen »Besserungsversuch für nötig«, wandten sich jedoch gegen eine derartige »polizeiliche Kontrolle«. ⁶ Die Führung von Anwesenheitslisten unterblieb.

Erneute Vorstöße in den Jahren 1923 und 1926 blieben offensichtlich ebenfalls ohne Erfolg. So brachte der Fraktionsvorsitzende *Walther Schreiber* im Februar 1923 erneut »die Auslage einer Anwesenheitsliste« in Vorschlag, ohne daß das Sitzungsprotokoll jedoch Aufschluß darüber geben würde, ob ein entsprechender Fraktionsbeschluß letztlich auch gefaßt wurde.⁷ Ein letzter Anlauf wurde am 11. November 1926 unternommen, als die Fraktion die Einführung von Anwesenheitslisten ab dem 30. November beschloß. Doch auch dieser Entschluß fand in den Protokollen keinen Niederschlag.⁸ Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Anwesenheitslisten gesondert aufbewahrt wurden und schließlich verloren gegangen sind. Doch selbst wenn Listen geführt wurden, hatten sie nur wenig Einfluß auf die Sitzungsbeteiligung. Der Besuch der Fraktionssitzungen ließ auch weiterhin zu wünschen übrig. So beklagte sich der Fraktionsvorsitzende *Bernhard Falk* im Februar 1931 darüber, daß »einige Fraktionsmitglieder es derartig an Interesse für die Arbeit fehlen lassen«, daß die »Durchführung« der Fraktionssitzungen »ernstlich gefährdet« sei.⁹

Der Ablauf der Sitzungen folgte einem festen Schema, das sich nicht zuletzt anhand der relativ ausführlichen Protokolle der ersten Jahre aufzeigen läßt. Die Zusammenkünfte fanden gewöhnlich vormittags vor den Vollsitzungen des Landtags statt. In der Regel eröffnete der Fraktionsvorsitzende die Sitzungen und steckte mit der Feststellung der Tagesordnung den allgemeinen Rahmen der Beratungen ab. Manchmal folgte ein Bericht über die Sitzung des Fraktionsvorstands, der Reichstagsfraktion oder der Spitzengremien der Partei. Häufig wurde auch zu Beginn der Sitzungen über die Verhandlungen des interfraktionellen Ausschusses der Koalitionsparteien referiert. Auch aus dem

² Vgl. Dok. Nr. 1, 2, 3, 4 und 809.

³ Vgl. *STANG*, S. 176 f.

⁴ Vgl. Dok. Nr. 42.

⁵ Vgl. Dok. Nr. 149.

⁶ Vgl. Dok. Nr. 32. Auch *Schloßmanns* Parteikollege *Emil Goll* verwahrte sich gegen die von *Schloßmann* in Vorschlag gebrachte »Kontrolle«.

⁷ Vgl. Dok. Nr. 357.

⁸ Nur für die Fraktionssitzung vom 5. September 1931 in Frankfurt a.M. liegt eine Anwesenheitsliste vor. Vgl. Dok. Nr. 809.

⁹ Vgl. Dok. Nr. 788. Als weiteres Beispiel kann die Fraktionssitzung vom 21. Oktober 1930, Dok. Nr. 777, angeführt werden, in der der Vorsitzende »die unvollständige Besetzung der Fraktion« rügte.

Ältestenrat wurde Bericht erstattet und damit der geplante Ablauf der nachfolgenden Plenartage bekannt gegeben. Da die Sitzungen des Ältestenrats oftmals gleichzeitig mit den Fraktionszusammenkünften stattfanden, kam es nicht selten vor, daß über die Beschlüsse des Senats erst kurz vor Ende der Sitzung berichtet werden konnte.

Diesen Referaten schloß sich meist die Beratung der verschiedenen Tagesordnungspunkte des Landtagsplenums an, bei der die verschiedenen Gegenstände, Gesetzentwürfe, Ausschußvorlagen, Anfragen oder Anträge, besprochen und das Abstimmungsverhalten der Fraktion festgelegt wurde. Dabei wurden auch die Fraktionsredner bestimmt und die Grundzüge der im Plenum zu haltenden Reden abgesteckt, um durch die Einbindung der unterschiedlichen Ansichten und Meinungen ein einheitliches Auftreten der Fraktion zu gewährleisten. Einen festen Platz im Sitzungsablauf hatten auch die Berichte über die Verhandlungen der Landtagsausschüsse, nicht zuletzt des wichtigen Hauptausschusses.

Der Beratung des Plenums folgte die politische Aussprache, die sich mit der allgemeinen politischen Situation in Preußen und im Reich, mit Koalitionsverhandlungen oder geplanten Gesetzesvorhaben beschäftigte. An den Sitzungen nahmen gelegentlich auch Außenstehende, Mitglieder des Staatsrats, der Reichstagsfraktion, der Parteigremien oder der Partei angehörende oder nahestehende Angehörige der Ministerialbürokratie teil.¹⁰ Sachkundige Gäste wurden gerne zu einem Referat geladen.¹¹ Daneben spielten in den Fraktionsberatungen die demokratischen Staatsminister eine bedeutende Rolle. *Fischbeck, Oeser, Dominicus, Wendorff* und später vor allem *Schreiber* und *Höpker Aschoff* gaben in den Verhandlungen den Ton an, berichteten über aktuelle Themen, über die Verhandlungen des Staatsministeriums und über Gesetzesprojekte, für die sie die Zustimmung der Fraktion zu erhalten hofften.

Zum Schluß wurden, meist unter der Rubrik »Verschiedenes«, von Abgeordneten in Vorschlag gebrachte Anträge oder Anfragen behandelt. Gelegentlich wurde dieser Punkt auch zu Sitzungsbeginn erörtert. Auch Mitteilungen des Fraktionsgeschäftsführers wurden zur Kenntnis genommen oder Einladungen zu Tagungen und Versammlungen unterschiedlichster Organisationen ausgesprochen und Fraktionsvertreter benannt.

Mit *Karl Brammer*, seit 1925 Herausgeber des »Demokratischen Zeitungsdienstes« und Referent in der Presseabteilung der Reichsregierung, war auch des öfteren ein Vertreter der Parteipresse in den Sitzungen anwesend, um für eine »dem Standpunkt der Fraktion gerecht werdende Behandlung [...] in der Presse Sorge zu tragen.«¹² Für die Öffentlichkeitsarbeit war auch der Abgeordnete *Otto Nuschke*, der von 1931 bis 1933 der Reichsgeschäftsstelle der Partei vorstand, zuständig.¹³

Die Fraktionssitzungen waren nicht öffentlich und vertraulich. Gleichwohl drangen mitunter Vorgänge aus den Sitzungen an die Öffentlichkeit, was um so ärgerlicher war, wenn, wie im Oktober 1926 im Falle des Abfindungsvertrags mit dem Hause Hohen-

¹⁰ So beispielsweise *Wilhelm Abegg*, Ministerialrat und Dirigent der Polizeiabteilung, seit 1923 Ministerialdirektor und zwischen 1926 und 1932 Staatssekretär im preußischen Innenministerium. Vgl. Dok. Nr. 304, 553, 749 und 824.

¹¹ So nahmen beispielsweise an der Fraktionssitzung vom 13. Juni 1929, in der die Stellungnahme der Fraktion zum preußischen Konkordat festgelegt wurde, mehrere Hochschullehrer teil. Vgl. Dok. Nr. 718.

¹² Vgl. Dok. 720. Zu *Brammer* vgl. auch Dok. Nr. 514, 566, 582, 639, 738, 809 und 811.

¹³ Vgl. Dok. Nr. 811.

zollern, über fraktionsinterne Differenzen berichtet und das unerfreuliche Bild einer zerstrittenen, in Sachfragen nicht einigen Fraktion gezeichnet wurde.¹⁴

Angesichts der Fülle und Komplexität der Gesetzgebungsmaterien und der zumindest in den ersten Jahren nicht unbeträchtlichen Größe der Fraktion wurde die Sacharbeit an kleine, spezialisierte Gremien und Arbeitskreise delegiert. In diesen fraktionsintern gebildeten Kommissionen wurden die verschiedenen Gegenstände beraten, die Stellungnahme der Fraktion vorbereitet und Richtlinien für das weitere Vorgehen erarbeitet. Die Vorgaben dieser Ausschüsse wurden anschließend in der Fraktion besprochen.

Die Bildung und Besetzung der Fraktionsausschüsse fand explizit nur in einem Sitzungsprotokoll seinen Niederschlag. Dennoch verfügte die Fraktion bereits im März 1919 über mehrere Kommissionen, die entweder auf Dauer oder nur für bestimmte Zwecke eingerichtet wurden. So setzte man am 8. März 1919 zwei Kommissionen für die Verhandlungen mit dem Zentrum über kulturelle Fragen sowie zu Verhandlungen mit anderen Parteien über die Regierungsbildung ein.¹⁵ Daneben existierten unter anderem eine landwirtschaftliche Kommission sowie eine der Vorbereitung der Fraktionsanträge dienende Antragskommission.¹⁶ Um eine effizientere Fraktionsarbeit gewährleisten zu können, wurde am 12. März 1921 mit der »Aufstellung bestimmter Interessengebiete« eine Arbeitsteilung in der Fraktion »vorgenommen, deren Angelegenheiten sich einzelne Abgeordnete der Fraktion besonders annehmen« sollten.¹⁷ Am 5. Januar 1925 wurden schließlich insgesamt 12 Fraktionsausschüsse gebildet, unter denen sich auch ein für die Pflege des Fraktionsklimas zuständiger Geselligkeitsausschuß befand. Insgesamt handelte es sich um Ausschüsse für innere und kommunale Verwaltung, für Rechtswesen, für Unterrichtswesen, für Handel und Gewerbe, für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Siedlung, für Wohnungswirtschaft, für Finanz- und Steuerfragen, für Beamtenfragen, für Wohlfahrt und für das Hohenzollernvermögen sowie einen Presse- und den bereits erwähnten Geselligkeitsausschuß.¹⁸

Einen besonderen Stellenwert kam in den Fraktionssitzungen den Berichten aus den Landtagsausschüssen zu. Im Juni 1928 wünschte sogar ein Abgeordneter regelmäßige Sondersitzungen der Fraktion, in denen über die Vorgänge in den Ausschüssen berichtet werden sollte.¹⁹ Wenn diese Forderung auch nicht umgesetzt wurde, so spielten die Berichte aus den für die Gesetzesimplementierung in vielerlei Hinsicht vorentscheidenden Arbeitskreisen eine zentrale Rolle. So überrascht es denn auch nicht, daß die Fraktion auf eine enge »laufende Fühlung mit den Ausschußmitgliedern« großen Wert legte.²⁰

Die Besetzung der ständigen Parlamentsausschüsse erfolgte zu Beginn jeder Legislaturperiode in einer der ersten Fraktionssitzungen.²¹ Die Ausschußmitglieder wurden in der Regel auf Vorschlag des Fraktionsvorstands gewählt²², doch bemühte man sich, die

¹⁴ Vgl. Dok. Nr. 566.

¹⁵ Vgl. Dok. Nr. 2.

¹⁶ Vgl. Dok. Nr. 5 und 9. Am 27. März 1919 wurde zudem eine Kommission zur Behandlung der Sozialisierungsfrage eingesetzt. Vgl. Dok. Nr. 17.

¹⁷ Vgl. Dok. Nr. 220.

¹⁸ Vgl. Dok. Nr. 448.

¹⁹ Vgl. Dok. Nr. 667.

²⁰ Vgl. Dok. Nr. 680.

²¹ Vgl. Dok. Nr. 12, 227, 449 und 665.

²² Vgl. Dok. Nr. 12.

Wünsche und Neigungen der Fraktionsmitglieder zu berücksichtigen.²³ So faßte die Fraktion im Juni 1928 auch den Beschluß, »daß jedes Mitglied der Fraktion beim Vorliegen besonderer berechtigter Interessen die Vertretung in jedem Ausschuß für sich in Anspruch nehmen« könne.²⁴

In den wichtigen Ausschüssen, dem Hauptausschuß, dem Ältestenrat und dem Ständigen Ausschuß, wurde die Fraktion in der Regel durch den Fraktionsvorsitzenden und einem weiteren Mitglied des Vorstands vertreten. Dies konnte vor dem Hintergrund der rückläufigen Mandatsstärke zu einer zu starken Beanspruchung des Fraktionsvorsitzenden führen und die Koordination der verschiedenen, ihm obliegenden Aufgaben erschweren. So wurde der Vorsitzende der Landtagsfraktion Bernhard *Falk* im Juni 1928 in nicht weniger als fünf Ausschüsse gewählt, in den Hauptausschuß, den Ständigen Ausschuß, den Ausschuß für Verfassungsfragen sowie als Stellvertreter in den Ältestenrat und den Ausschuß für Rechtswesen.²⁵

Die Bemühungen der Fraktionsführung um ein geschlossenes Auftreten der Fraktion im Parlament waren weitgehend erfolgreich. Die von Joachim *Stang* durchgeführte Untersuchung des Stimmverhaltens der demokratischen Abgeordneten bei namentlichen Abstimmungen zeigt eine relativ große Geschlossenheit der Fraktion.²⁶ Dies mag bei der Unabhängigkeit und Individualität der demokratischen Fraktionsmitglieder überraschen. Andererseits verdeutlicht dies auch das Durchsetzungsvermögen der Fraktionsführung und letztlich auch die Einsicht der Abgeordneten in die Notwendigkeit eines einheitlichen Erscheinungsbildes.

Fraktionsdisziplin wurde bereits am 14. März 1919 von Rudolf *Oeser*, einem der drei gleichberechtigten Fraktionsvorsitzenden, bei der Vorstellung der vom Vorstand verabschiedeten Richtlinien zur Fraktionsgeschäftsführung eingefordert. Es sei »erforderlich, daß sich die Fraktionsmitglieder darüber klar würden, daß es nicht die Aufgabe der Fraktionsarbeit sei, Reden zu halten und zu hören, daß es vielmehr nur darauf ankomme, die Hauptgesichtspunkte festzulegen, nach denen die Fraktion im Plenum handle. Nach draußen müsse jedenfalls die Fraktion stets geschlossen auftreten.«²⁷ In der Folgezeit blieben Appelle an die Disziplin der Abgeordneten nicht aus. So bat der Fraktionsvorsitzende Robert *Friedberg* seine Kollegen, »nicht im Draufgängertum und Handeln nach persönlichem Impuls und der Stimmung der Wähler den Ausdruck der Demokratie zu sehen«, sondern im verantwortlichen Handeln und der Unterstützung der von der Fraktion mitvertretenen Regierungspolitik.²⁸

Einfluß auf die Fraktionsdisziplin wurde vor namentlichen Abstimmungen auch über sogenannte Stimmführer genommen, die für bestimmte Themenfelder in der Fraktion zuständig waren und das Abstimmungsverhalten der Fraktion im Plenum zu koordinieren hatten.²⁹ Dieses anfangs meist von den Fraktionsvorsitzenden ausgeübte Amt entsprach dem Wunsch der Fraktion nach stärkerer Führung bei Abstimmungen.³⁰ So versprach der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Alexander *Dominicus* auf die Klage des Abgeordneten Hugo *Wenke* hin, daß der Vorstand darauf bedacht sei, »die Ver-

²³ Vgl. Dok. Nr. 73.

²⁴ Vgl. Dok. Nr. 665.

²⁵ Vgl. ebd.

²⁶ Vgl. STANG, S. 142–175.

²⁷ Vgl. Dok. Nr. 5.

²⁸ Vgl. Dok. Nr. 28.

²⁹ Vgl. Dok. Nr. 522 und 539.

³⁰ Klagen über mangelnde Führung kamen bereits im Mai 1919 auf. Vgl. Dok. Nr. 26.

antwortung für die Abstimmungen zu tragen und daß er bei Abwesenheit des Vorsitzenden ein anderes Vorstandsmitglied mit der Führung beauftragen werde.«³¹

Nicht jeder Abgeordnete war bereit, sich in das unbequeme Korsett der Fraktionsdisziplin einzufügen. Der von Joachim *Stang* detailliert nachgezeichnete Fall des Abgeordneten Heinz Julius *Mackenthun*, der im Februar 1921 in den Preußischen Landtag gewählt wurde, verdeutlicht die der Fraktionsführung durch das freie Abgeordnetenmandat gezogenen Grenzen der Einflußnahme.³² Der 37 Jahre alte *Mackenthun* war Direktor mehrerer Werke der elektrotechnischen Branche im In- und Ausland und besaß darüber hinaus noch eine Porzellanfabrik, ein Elektrizitätswerk und Grundbesitz. In seinem Heimatort Lamspringe (Provinz Hannover) gehörte er als Senator dem Magistrat an. Seiner beherrschenden Stellung in der Region hatte er vermutlich nicht nur seinen Posten als Bezirksvorsitzender der DDP für den Regierungsbezirk Hildesheim, sondern auch seine Wahl ins Landesparlament für den Wahlkreis Ost-Hannover zu verdanken.³³ Doch seinen Abgeordnetenpflichten kam er nur in sehr ungenügendem Maße nach. So nahm er nur an sieben der 124 namentlichen Abstimmungen während seiner Abgeordnetenzeit teil, 46 blieb er ohne Entschuldigung fern.³⁴ Versuche der Fraktionsführung, *Mackenthun* zum Mandatsverzicht zu bewegen, blieben lange erfolglos, bis der Abgeordnete schließlich am 22. Januar 1924, »infolge längerer Krankheit« auf sein Mandat verzichtete.³⁵

2. Der Fraktionsvorstand

Das Führungs- und Beschlußorgan der Fraktion war der Fraktionsvorstand. Ihm oblag die Organisation und Leitung der Arbeit der Gesamtfraktion und ihrer Arbeitskreise in technischer und politischer Hinsicht. Seine Aufgabe war es, die Fraktionssitzungen vorzubereiten, die Tagesordnung der zu beratenden Gegenstände festzulegen und durch die Sitzungen zu führen. Im Plenum behandelte Vorlagen und Vorschläge schienen zuerst im Vorstand durchberaten worden zu sein, bevor sie in den Fraktionssitzungen zur Diskussion anstanden. Dadurch vermochte der Vorstand erste Positionsbestimmungen vorzunehmen, die inhaltliche Richtung festzulegen und die Stellungnahme der Fraktion zu präjudizieren. Zudem schienen Personalfragen, die die Besetzung der Fraktions- oder Landtagsausschüsse oder des Fraktionsvorstands betrafen, im Vorstand vorentschieden worden zu sein, um anschließend der Fraktion zur Abstimmung unterbreitet zu werden, die in der Regel den Vorgaben des Vorstands folgte. Diese Führungsfunktion begründete die herausgehobene Position des Vorstands innerhalb der Fraktion.

Rückschlüsse auf die Arbeit und Funktionsweise dieses Führungsgremiums können allerdings nur indirekt gezogen werden. Denn in den Sitzungsprotokollen finden sich nur zwei Fraktionsvorstandssitzungen, die am 10. April und 6. Mai 1919 stattfanden und in denen über die Bestimmung der für die Plenarausschüsse zu benennenden

³¹ Vgl. Dok. Nr. 72.

³² Vgl. STANG, S. 182 f.

³³ Zu *Mackenthun* vgl. das HANDBUCH für den Preußischen Landtag 1921, S. 280.

³⁴ Vgl. STANG, S. 182. *Mackenthun* saß auch als Stellvertreter im Ausschuß für Handel und Gewerbe. Vgl. Dok. Nr. 240.

³⁵ Zitat: SBpLT 1921/24, Bd. 15, Sp. 20613. Vgl. Dok. Nr. 379, 393, 403, 404, 407 und 413.

Fraktionsvertreter und über die Personalvorschläge zur Fraktionsvorstandswahl beraten wurde.³⁶ Auf vier weitere Fraktionsvorstandssitzungen wurde darüber hinaus noch im Text verwiesen.³⁷ Diese ungenügende Quellsituation läßt letztlich keine Aussagen über die Tagungshäufigkeit, die Frage des Teilnehmerkreises, insbesondere die nach der Teilnahme des demokratischen Regierungspersonals, oder den behandelten Tagesordnungspunkten zu.

Anzunehmen bleibt, daß der Fraktionsvorstand zumindest anfangs, als fast täglich Fraktionssitzungen stattfanden, einmal in der Woche zusammenkam. Da die Vorstandssitzung vom 10. April 1919 am Donnerstag, die vom 6. Mai am Dienstag stattfand, läßt sich nicht eindeutig sagen, ob bestimmte Wochentage dafür ausersehen waren. Die Regelmäßigkeit der Vorstandssitzungen scheint vor dem Hintergrund der sinkenden Mandatsstärke und der damit verbundenen wachsenden Bedeutung informeller Entscheidungsstrukturen rasch nachgelassen zu haben. So läßt bereits die im November 1920 geäußerte Forderung eines Fraktionsmitglieds nach häufiger anzuberaumenden Fraktionsvorstandssitzungen eine zu geringe und mit den Jahren offensichtlich weiter abnehmende Sitzungsintensität dieses Gremiums vermuten.³⁸ Am 12. Juni 1928 wurde immerhin beschlossen, daß der Vorstand nach jeder Ausschußsitzung des Landtags »die bemerkenswerten Vorgänge« diskutieren sollte, »die im Umdruck mitgeteilt und, wenn erforderlich,« in den Fraktionssitzungen »besprochen werden« sollten.³⁹ Ob dieser Beschluß auch umgesetzt wurde, ist jedoch anhand des Quellenbestandes nicht verifizierbar.

Die Rolle des Vorstands als eines Sach- und Personalfragen vorbereitenden Organs läßt sich dagegen anhand der Protokolle deutlich nachzeichnen. Wichtige politische Themen, wie Fragen der preußischen Personalpolitik oder der Gesetzgebung, wurden in den Vorstandssitzungen vorberaten.⁴⁰ Auch wurde dem Vorstand, der Kenntnis der Qualifikationen und Vorlieben der Fraktionsmitglieder besaß, die Benennung der Mitglieder der Landtagsausschüsse überlassen, deren Vorschläge von der Fraktion in der Regel akzeptiert wurden.⁴¹ Als am 9. Juni 1928 die Besetzung der Ausschüsse unter den Vorbehalt gestellt wurde, »daß jedes Mitglied der Fraktion beim Vorliegen beson-

³⁶ Vgl. Dok. Nr. 21 und 25.

³⁷ Vgl. die Fraktionssitzung vom 20. Februar 1920, Dok. Nr. 133, über die Vorstandssitzung vom 19. Februar 1920, in der vor dem Hintergrund des *Erzberger*-Prozesses über die »Vermengung von Staatsämtern und wirtschaftlicher Tätigkeit« beraten wurde und der Beschluß gefaßt wurde, die Stellung zum Fall *Erzberger* der Partei zu überlassen. In der Fraktionssitzung vom 25. Juni 1929 wurde über eine Fraktionsvorstandssitzung berichtet, die zur Pressemeldung, daß der preußische Ministerpräsident der DVP im Falle ihres Regierungseintritts das vom Demokraten *Walther Schreiber* geführte Handelsministerium angeboten habe, Stellung genommen hatte. Vgl. Dok. Nr. 720. Auf eine weitere Fraktionsvorstandssitzung, in der die Verteilung der Sitze im Hauptausschuß bei der Etatberatung vorberaten worden war, wurde am 12. Dezember 1929 verwiesen. Vgl. Dok. Nr. 736; ferner Dok. Nr. 745.

³⁸ Vgl. Dok. Nr. 192.

³⁹ Vgl. Dok. Nr. 667.

⁴⁰ Vgl. Dok. Nr. 696 über die im Vorstand zu beratenden Fragen der preußischen Personalpolitik; Dok. Nr. 720 über eine Pressemitteilung zu den Koalitionsverhandlungen; Dok. Nr. 748 über den Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden *Falk*, bestimmte Fragen der Gemeindeverfassung im Fraktionsvorstand vorzubereiten.

⁴¹ Vgl. Dok. Nr. 12: »Die Benennung der Mitglieder des Ausschusses zur Untersuchung der Unruhen in Berlin usw. wurde dem Fraktionsvorstand überlassen.« Vgl. ferner Dok. Nr. 631. In der Fraktionssitzung vom 26. März 1930 wurde beschlossen, daß die »neu zugeteilten 2. Sitze in den 29er Ausschüssen [...] vom Fraktionsvorstand vergeben werden« sollten. Vgl. Dok. Nr. 757.

derer berechtigter Interessen die Vertretung in jedem Ausschuß für sich in Anspruch nehmen kann«, wurde dem Vorstand immerhin die Entscheidung im Zweifelsfall übertragen.⁴²

Die Stellung des Fraktionsvorstands war innerhalb der Fraktion weitgehend unumstritten. Beschlüsse und Vorgaben fanden in der Regel die Billigung der Fraktion. Spannungen im Binnenverhältnis zwischen Fraktion und Vorstand traten erst im Zuge des allgemeinen Niedergangs und Einflußverlustes der Partei in Preußen auf. Als Anfang 1930 aus koalitionspolitischen Rücksichten der den Demokraten nahestehende Kultusminister Carl Heinrich *Becker* einem Sozialdemokraten weichen und die Demokraten zwei Oberpräsidien an SPD und DVP zu verlieren drohten, machte die innerhalb der Fraktion herrschende Verärgerung über diese Entwicklung auch vor dem Vorstand nicht Halt. So übten in der Fraktions Sitzung vom 4. Februar 1930 mehrere Abgeordnete Kritik an der Politik der Fraktionsführung. Die Forderung der Abgeordneten *Grzimek* und *Riedel* nach einer Neuwahl des Vorstands »zur Klärung der Kraftverteilung in der Fraktion« fand jedoch keine Zustimmung.⁴³ Die Loyalität mit der Führung überwog und auch das Bewußtsein in die Mitverantwortung der Gesamtfraktion für die Politik der DDP im Lande war letztlich stärker.

Das weitgehend spannungsfreie Verhältnis zwischen Vorstand und Fraktion mochte seinen Grund nicht nur in der Kompetenz und Autorität der Fraktionsvorsitzenden, sondern auch im überschaubaren Umfang der beständig schrumpfenden Landtagsfraktion, den damit verbundenen kurzen Kommunikationswegen und einem vermutlich relativ intensiven Informationsaustausch gehabt haben.

Ein Zeichen für das dem Vorstand entgegengebrachte Vertrauen war die relativ weitgehende personelle Konstanz in der Zusammensetzung des Führungsgremiums, das ein hohes Maß an politischer Kontinuität ermöglichte. Eine Änderung im Fraktionsvorstand erfolgte in der Regel nur durch das Ableben des Abgeordneten, das Ausscheiden aus dem Landtag oder die freiwillige Niederlegung des Postens durch Übernahme eines Ministeriums oder eines politischen Amtes. Eine Ausnahme blieb der am 7. März 1919 gewählte vorläufige Fraktionsvorstand, dem neben dem Vorsitzenden Karl *Kanzow* nur die beiden Schriftführer Oscar *Meyer* und Martha *Dönhoff* angehörten.⁴⁴ Das Provisorium endete bereits am 13. März 1919, als die Abgeordneten Dr. Robert *Friedberg*, Rudolf *Oeser* und D. Martin *Rade* einstimmig zu gleichberechtigten Vorsitzenden gewählt wurden. Die Schriftführer *Meyer* und *Dönhoff*, die noch Unterstützung durch Robert *Jansen* erhielten, wurden in ihrem Amt bestätigt. Schatzmeister wurde Julius *Kopsch*. Ob damals bereits *Meyer* das Amt eines Geschäftsführers, das er später ausüben sollte, übertragen wurde, geht aus dem Sitzungsprotokoll nicht hervor.⁴⁵

Änderungen in der Zusammensetzung des Vorstands ergaben sich rasch. So schied Rudolf *Oeser* mit seiner Ernennung zum preußischen Minister für öffentliche Arbeiten am 25. März 1919 aus dem Vorstand aus und wurde durch den Abgeordneten Alexander *Dominicus* ersetzt.⁴⁶ Am darauffolgenden Tag wurde nach der Ernennung Oscar

⁴² Vgl. Dok. Nr. 665.

⁴³ Vgl. Dok. Nr. 744; das Zitat: *Grzimek*.

⁴⁴ Vgl. Dok. Nr. 1. Am 12. März 1919 setzte die Fraktion eine »Kommission für die Vorbereitung der Konstituierung« ein, die die Personalvorschläge für die Besetzung des Vorstands ausarbeiten sollte. Vgl. Dok. Nr. 3.

⁴⁵ Vgl. Dok. Nr. 4 und 15.

⁴⁶ Vgl. Dok. Nr. 14.

Meyers zum Unterstaatssekretär im preußischen Innenministerium der Posten des Geschäftsführers *Walther Schreiber* übertragen.⁴⁷

Auch erwies sich die Konstruktion eines aus gleichberechtigten Vorsitzenden bestehenden Führungsgremiums als nicht besonders praktikabel, so daß bereits am 7. Mai bei der Neuwahl des dreiköpfigen Präsidiums eine Hierarchisierung vorgenommen wurde. Zuvor hatten mehrere Abgeordneten das Fehlen einer »starke[n] Leitung innerhalb der Fraktion« beklagt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es bei der Neubesetzung des Präsidiums »zu einer Erneuerung der Arbeitsweise und des Verhaltens der Fraktionsmitglieder« sowie zu einer Teilung der Aufgabenbereiche kommen möge. Auf Vorschlag des Fraktionsvorstands wurden schließlich *Friedberg* als erster Vorsitzender, *Dominicus* als erster und *Schmiljan* als zweiter stellvertretender Vorsitzender gewählt.⁴⁸

Im folgenden Jahr wurde durch den Tod des Fraktionsvorsitzenden Robert *Friedberg* am 20. Juni 1920 eine Neuwahl erforderlich. *Friedberg*, der in den ersten beiden Jahren als letzter Vorsitzender der Nationalliberalen Partei und als Vizepräsident des königlich-preußischen Staatsministeriums von 1917/18 der unumstrittene Führer der Fraktion gewesen war, hatte aus gesundheitlichen Gründen bereits am 13. April 1920 sein Amt als Vorstandsvorsitzender zur Verfügung gestellt.⁴⁹ Bei der Neuwahl des Vorstands am 5. Juli 1920 wurde schließlich der bisherige erste stellvertretende Vorsitzende Alexander *Dominicus* zum Fraktionsvorsitzenden gekürt. Der bisherige zweite Stellvertretende Alfred *Schmiljan* rückte zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden auf, während als neues Mitglied Reinhold *Otto* zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde.⁵⁰ An der Besetzung der Schriftführer, des Geschäftsführers und des Schatzmeisters änderte sich dagegen nichts.

Die Wahl zum ersten Preußischen Landtag vom Februar 1921, die zu einem signifikanten Rückgang der Landtagsmandate der DDP führte, tangierte auch die Zusammensetzung des Vorstands. Als bei der Konstituierung des vorläufigen Vorstands der Fraktion am 8. März 1921 die bisherigen Vertreter gebeten wurden, ihre Ämter weiter zu versehen, bezog sich dies nicht mehr auf Alfred *Schmiljan*, der nicht wieder in den Landtag gewählt wurde. So bekleideten *Dominicus* und *Otto* als erster und zweiter Vorsitzender sowie *Dönhoff* und *Schreiber* als Schriftführer und Geschäftsführer weiterhin ihre Ämter.⁵¹ Die Tage von *Dominicus* als Fraktionsvorsitzender waren jedoch bereits gezählt: Am 21. April erfolgte seine Berufung zum preußischen Innenminister. Bei der Neuwahl des Vorstands am 4. Mai 1921 kam es zu einer fast vollkommenen Neubesetzung. So wurden auf Zuruf Rudolf *Oeser* als erster, *Walther Schreiber* als zweiter und Robert *Jansen* als dritter Vorsitzender gewählt. Ferdinand *Hoff* avancierte zum Schriftführer und Robert *Jansen* zum Schatzmeister.⁵² Da *Otto Nuschke* seine Wahl zum Geschäftsführer wegen Arbeitsüberlastung nicht annahm, wurde am 10. Mai 1921 Hermann *Höpker Aschoff* mit diesem Posten betraut, dem am 3. Oktober 1922 August *Gottschalk* folgte.⁵³ Rudolf *Oeser* konnte seinen Pflichten als Fraktionsvorsitzender nicht lange nachkommen, da er bereits im November 1922 in die Reichsregierung beru-

⁴⁷ Vgl. Dok. Nr. 15.

⁴⁸ Vgl. Dok. Nr. 26.

⁴⁹ Vgl. Dok. Nr. 163.

⁵⁰ Vgl. Dok. Nr. 165.

⁵¹ Vgl. Dok. Nr. 218.

⁵² Vgl. Dok. Nr. 238.

⁵³ Vgl. Dok. Nr. 238 (zu *Nuschke*), 242 und 332.

fen wurde, um dort das Amt des Innenministers und später das des Verkehrsministers zu bekleiden. Von einer Neuwahl des Vorstands nahm man allerdings Abstand. Der Vorsitz in den Fraktionssitzungen fiel gleichwohl fortan an Walther *Schreiber*.

Nach den Wahlen zum zweiten Preußischen Landtag wurde die Stellung *Schreibers* als faktischer Fraktionsführer bei der Konstituierung des Fraktionsvorstands am 5. Januar 1925 bestätigt. Stellvertretend zur Seite wurden ihm Hermann *Höpker Aschoff* als erster stellvertretender und seit dem 18. Februar Bernhard *Falk* als zweiter stellvertretender Vorsitzender gestellt.⁵⁴ Robert *Jansen*, der bisherige dritte Vorsitzende, hatte kein Landtagsmandat mehr erringen können.⁵⁵ Nachdem der bisherige Geschäftsführer *Höpker Aschoff* in der Hierarchie des Fraktionsvorstands aufgerückt war, wurde sein Posten mit Oswald *Riedel* neu besetzt. »In unserem Freunde *Riedel*«, erinnerte sich *Falk* später, »hatten wir einen Mann gefunden, der sich dieser bedeutungsvollen und schwierigen Aufgabe mit grosser Hingabe und mit vorbildlichem Fleiß und Erfolg widmete. Er brauste zwar bisweilen auf, wenn er mit dem Gang der Dinge nicht einverstanden war, ließ sich aber leicht beguetigen. Er ist mir immer ein treuer Freund geblieben.«⁵⁶ Schriftführer blieb Ferdinand *Hoff*, dem am 12. Mai 1925 noch die bewährte Kraft Martha *Dönhoff* sowie Emil *Goll* als Unterstützung beigegeben wurden.⁵⁷

Da *Höpker Aschoff* und Walther *Schreiber* bereits am 18. Februar 1925 zu preußischen Ministern für Finanzen und für Handel und Gewerbe ernannt wurden und ihren Fraktionsverpflichtungen nur mehr in ungenügendem Maße nachkommen konnten, rückte der Fraktionsneuling Bernhard *Falk* rasch in die Rolle des eigentlichen Fraktionschefs ein.⁵⁸ Seine Fraktionsführung fand bei seinen Kollegen Anerkennung und Respekt, so daß er nach der Wahl zum dritten Landtag am 8. Juni 1928 auch zum eigentlichen Vorsitzenden gewählt wurde. An der Zusammensetzung des Vorstands änderte sich insgesamt wenig. *Höpker Aschoff* und *Schreiber*, die auch im neuen Kabinett ihre Ministerposten behielten, blieben aufgrund ihrer Autorität, ihres Einflusses und ihrer Sachkenntnis auch weiterhin im Fraktionsvorstand und bekleideten die Posten des zweiten und dritten Vorsitzenden.⁵⁹ Der alte Vorstand blieb somit, wengleich mit geänderter Hierarchie, im Amt. Auch an der Besetzung des Geschäftsführers änderte sich nichts. Martha *Dönhoff* blieb ebenfalls weiterhin als Schriftführerin im Amt, wengleich an Stelle ihrer bisherigen Kollegen Ferdinand *Hoff* und Emil *Goll* der Abgeordnete Theodor *Bohner* trat.⁶⁰

Bei der Betrachtung der Fraktionsvorstände stellt sich die Frage, ob und inwiefern auf eine ausgewogene und adäquate Besetzung dieses Leitungsgremiums Wert gelegt wurde. Für das Bemühen um eine repräsentative Vertretung spricht die Tatsache, daß offensichtlich auf die Berücksichtigung der weiblichen Fraktionsmitglieder geachtet wurde, da mit Martha *Dönhoff* eine Frau konstant im Vorstand vertreten war. Andererseits

⁵⁴ Vgl. Dok. Nr. 447 und 466.

⁵⁵ Zu *Jansen* vgl. auch STEPHAN, Aufstieg, S. 221.

⁵⁶ Bernhard *Falk*, Lebenserinnerungen, in: BA Koblenz, Kleine Erwerbungen Nr. 385, Bl. 179.

⁵⁷ Vgl. Dok. Nr. 484.

⁵⁸ *Falk* schrieb zwar in seinen Erinnerungen, daß er »an *Schreibers* Stelle – ich glaube einstimmig und ohne Abstimmung – zum Vorsitzenden der Fraktion gewählt« wurde. BA Koblenz, Kl. Erw. 385, Bl. 178. Doch vermerkt das Sitzungsprotokoll vom 18. Februar 1925 nur die Wahl *Falks* zum »3. Fraktionsvorsitzenden«. Vgl. Dok. Nr. 466.

⁵⁹ Zu Walther *Schreiber* und Hermann *Höpker Aschoff* vgl. Bernhard *Falk*, Lebenserinnerungen, in: BA Koblenz, Kl. Erw. 385, Bl. 178.

⁶⁰ Vgl. Dok. Nr. 664 und 665.

Fraktionsvorstände der DDP in Preußen⁶¹

Verfassunggebende Preußische Landesversammlung 1919/21

Fraktionsvorsitzende:	Karl <i>Kanzow</i> (vorläufig)	ab 7. 3. 1919
Neuwahl:	Robert <i>Friedberg</i>	ab 13. 3. 1919
	Rudolf <i>Oeser</i> (gleichberechtigt)	
	Martin <i>Rade</i> (gleichberechtigt)	
für Oeser:	Alexander <i>Dominicus</i>	ab 25. 3. 1919
Neuwahl:	Robert <i>Friedberg</i> (Vors.)	ab 7. 5. 1919
	Alexander <i>Dominicus</i> (1. Stellv.)	
	Alfred <i>Schmiljan</i> (2. Stellv.)	
Neuwahl:	Alexander <i>Dominicus</i> (Vors.)	ab 5. 7. 1920
	Alfred <i>Schmiljan</i> (1. Stellv.)	
	Reinhold <i>Otto</i> (2. Stellv.)	
Geschäftsführer:	Oscar <i>Meyer</i>	vermutlich ab 7. 3. 1919
für Meyer:	Walther <i>Schreiber</i>	nach dem 26. 3. 1919
Schriftführer:	Martha <i>Dönhoff</i>	ab 7. 3. 1919
zusätzlich:	Robert <i>Jansen</i>	ab 13. 3. 1919
Schatzmeister:	Julius <i>Kopsch</i>	ab 13. 3. 1919

1. Preußischer Landtag 1921/24

Fraktionsvorsitzende:	Alexander <i>Dominicus</i> (Vors.)	
		bestätigt am 8. 3. 1921
	Reinhold <i>Otto</i> (2. Vors.)	
Neuwahl:	Rudolf <i>Oeser</i> (Vors.)	ab 4. 5. 1921
	Walther <i>Schreiber</i> (1. Stellv.)	
	Robert <i>Jansen</i> (2. Stellv.)	
Geschäftsführer:	Walther <i>Schreiber</i>	bestätigt am 8. 3. 1921
Neuwahl:	Otto <i>Nuschke</i> (lehnt ab)	4. 5. 1921
Neuwahl:	Hermann <i>Höpker Aschoff</i>	ab 10. 5. 1921
Neuwahl:	August <i>Gottschalk</i>	ab 5. 10. 1921
Schriftführer:	Martha <i>Dönhoff</i>	bestätigt am 8. 3. 1921
Neuwahl:	Ferdinand <i>Hoff</i>	ab 4. 5. 1921
Schatzmeister:	Robert <i>Jansen</i>	ab 4. 5. 1921

⁶¹ Vgl. auch STANG, S. 396 f., mit kleineren Fehlern.

2. Preußischer Landtag 1925/28

Fraktionsvorsitzende:	Walther <i>Schreiber</i> (Vors.)	ab 5. 1. 1925
	Hermann <i>Höpker Aschoff</i> (1. Stellv.)	
	Bernhard <i>Falk</i> (2. Stellv.)	ab 18. 2. 1925
Geschäftsführer:	Oswald <i>Riedel</i>	ab 5. 1. 1925
Schriftführer:	Ferdinand <i>Hoff</i>	ab 5. 1. 1925
Zusätzlich:	Martha <i>Dönhoff</i>	ab 12. 5. 1925
	Emil <i>Goll</i>	

3. Preußischer Landtag 1928/32

Fraktionsvorsitzende:	Bernhard <i>Falk</i> (Vors.)	ab 8. 6. 1928
	Walther <i>Schreiber</i> (1. Stellv.)	
	Hermann <i>Höpker Aschoff</i> (2. Stellv.)	
Geschäftsführer:	Oswald <i>Riedel</i>	ab 8. 6. 1928
Schriftführer:	Martha <i>Dönhoff</i>	ab 8. 6. 1928
	Theodor <i>Bohner</i> (Stellv.)	ab 9. 6. 1928

machen die berufliche und regionale Zusammensetzung des Gremiums deutlich, daß eine ausgeglichene Vertretung letztlich nie gelang und vielleicht auch der Intention der in erster Linie auf die Kompetenz und Qualifikation der Kandidaten achtenden Fraktion nicht entsprach.

Blickt man auf die berufliche Zusammensetzung, so fällt auf, daß die in der Fraktion ohnehin stark vertretenen Berufsgruppen der Beamten und der freien Berufe und Redakteure auch im Vorstand dominierten und sich in etwa die Waage hielten. Neben dem Richter Hermann *Höpker Aschoff* und dem Schöneberger Oberbürgermeister Alexander *Dominicus* fanden sich mehrere Beamte aus dem Bildungsbereich wie Seminardirektor August *Gottschalk*, Mittelschullehrer Ferdinand *Hoff* und Oberstudiendirektor Theodor *Bohner*, denen auch in gewisser Weise Stadtschulrat Reinhold *Otto* zugeordnet werden kann. Die freien Berufe vertraten die Rechtsanwälte Walther *Schreiber* und Bernhard *Falk*, die seit 1921 bzw. 1925 kontinuierlich im Vorstand saßen. Unter der Berufsbezeichnung »Redakteur« können mit Blick auf ihre frühere berufliche Tätigkeit Otto *Nuschke*, aber auch der Hauptgeschäftsführer der Partei, Robert *Jansen*, sowie der preußische Minister für öffentliche Arbeiten, Rudolf *Oeser*, rubriziert werden. Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre waren Robert *Jansen* und Oswald *Riedel*, Generalsekretär des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes und Vorstandsmitglied im Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, der den Arbeitnehmerflügel der Partei im Leitungsgremium der Fraktion vertrat. Selbständige waren eindeutig unterrepräsentiert: Nur im zweiten Landtag von 1925/28 arbeitete der Gastwirt Emil *Goll* der Fraktionsführung als Schriftführer zu. Hervorzuheben bleiben schließlich noch die in den Fraktionsvorständen vertretenen Minister wie Rudolf *Oeser*, Alexander *Dominicus*, Walther *Schreiber* und Hermann *Höpker Aschoff*, die nicht nur für Kompetenz und Sachkunde im Vorstand sorgten, sondern auch den Einfluß der Fraktion in der Regierung zu garantieren vermochten.

In regionaler Hinsicht mißlang eine ausgewogene Besetzung des Vorstands. So waren insgesamt einige Regionen wie Sachsen (Magdeburg-Erfurt) mit Rudolf *Oeser*, Walther *Schreiber* und Theodor *Bohner* sowie Brandenburg/Potsdam mit Reinhold *Otto*, Robert *Jansen*, Otto *Nuschke* und Oswald *Riedel* überrepräsentiert. Andere demokratische Hochburgen waren dagegen deutlich schwächer vertreten: Aus Hessen-Nassau und Schleswig-Holstein saß mit Emil *Goll* bzw. Ferdinand *Hoff* nur in der dritten Legislaturperiode 1925/28 je ein Abgeordneter im Vorstand. Schlesien wurde bei der Besetzung des Gremiums überhaupt nicht berücksichtigt. Dagegen dominierten Regionen, in denen die Partei unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielte, wie Rheinland und Westfalen mit Hermann *Höpker Aschoff* (Westfalen-Süd), August *Gottschalk* (Köln-Aachen), Alexander *Dominicus* (Westfalen-Nord), Bernhard *Falk* (Köln-Aachen) und Martha *Dönhoff* (Arnsberg). Die Fraktion schien zwar um eine regional repräsentative Zusammensetzung des Leitungsgremiums bemüht gewesen zu sein. Doch schien die Qualifikation der Kandidaten und damit die Leistungs- und Handlungsfähigkeit des Vorstands Priorität genossen zu haben.

3. Die Fraktionsvorsitzenden

Der Fraktionsvorsitzende bekleidete die wichtigste innerhalb der Fraktion zu vergebende Funktion. Ihm oblag die Leitung der Demokraten im preußischen Parlament und die Vertretung nach außen, damit die Verhandlungen mit den Koalitionsfraktionen und der Regierung. Dieses Amt wurde gerne mit ehemaligen Ministern wie Robert *Friedberg* und Rudolf *Oeser* besetzt, die über genügend Autorität und Sachwissen, aber auch über die Kenntnis der internen Strukturen großer Verwaltungen verfügten. Da die kleine, aber einflußreiche Fraktion ständig in der Regierung vertreten war und Ministerposten besetzen konnte, stellte der Posten des Fraktionsvorsitzenden für einige auch ein Sprungbrett in ihrer weiteren Karriere dar. So wurden Alexander *Dominicus* und Walther *Schreiber* unmittelbar nach ihrer Wahl 1921 und 1925 zu preußischen Ministern ernannt und vertraten die Fraktion fortan im preußischen Staatsministerium.

Erster, wenn auch nur vorläufiger und nur wenige Tage amtierender Fraktionsvorsitzender war der Berliner Landgerichtsdirektor a. D., Karl *Kanzow*, der als Vertreter des Parteivorstands die Konstituierung der Fraktion vorzubereiten half. Der 1858 in Stettin geborene *Kanzow* hatte als Staatsanwalt in Königsberg und später am Landgericht 1 in Berlin gearbeitet und dort schließlich den Posten eines Landgerichtsdirektors übernommen. Nach seiner Pensionierung Ende 1911 ließ er sich 1913 für die Fortschrittliche Volkspartei ins preußische Abgeordnetenhaus wählen, wo er zu einem der versiertesten rechtspolitischen Sprecher der Partei avancierte.⁶²

Aufgrund seiner parlamentarischen Erfahrung vermochte *Kanzow* in der schwierigen Übergangsphase 1919 Kontinuität zu garantieren. Er hatte auch die unverbindlichen Besprechungen mit den Volksbeauftragten Preußens in Weimar geführt und gehörte der mit der Führung der Koalitionsverhandlungen betrauten Kommission an.⁶³ Aber er war ein Mann des Übergangs, der als Vertreter der Parteigremien handelte und vielleicht auch politisch zu unbedeutend war, als daß er sich gegenüber altbewährten Politikern hätte behaupten können. Gesundheitlich war er überdies stark beeinträchtigt. Im

⁶² Zu *Kanzow* vgl. den Nachruf im BERLINER TAGEBLATT, 55, 30.1.1920.

⁶³ Vgl. Dok. Nr. 1 und 2.

Januar 1920 sollte ihn schließlich der Tod ereilen. Wertschätzung erfuhr *Kanzow* nicht nur in Künstlerkreisen wegen seiner wertvollen Sammlungen. »Im Kampfe gegen den Antisemitismus«, so schrieb das »Berliner Tageblatt« in einem Nachruf, »spielte dieser aufrechte, feingebildete, politisch kluge und hochgeachtete Mann eine hervorragende Rolle. Auch in der Leitung der Deutschen demokratischen Partei waren bis zu seiner Erkrankung sein Rat und seine organisatorische Betätigung ungemein wertvoll.«⁶⁴

Mit der Konstituierung der Fraktion am 13. März 1919 fiel die Wahl des Fraktionsvorsitzenden schließlich auf Robert *Friedberg*. Der damals 68jährige *Friedberg* war in jenen dreizehn Jahren zwischen 1919 und 1932 im Grunde der einzige, der aufgrund seines parlamentarischen und gouvernementalen Erfahrungsschatzes in der Fraktion über eine unumstrittene Stellung und auch über die Partei hinaus in Parlament und Öffentlichkeit über großes Ansehen verfügte. Sein früher Tod am 20. Juni 1920 stellte für die Entwicklung der Partei in Preußen einen schweren Rückschlag dar, da er doch in vielem einen Fluchtpunkt der Orientierung und der Integration dargestellt hatte.

Friedberg, der einer bedeutenden Gelehrtenfamilie entstammte und als außerordentlicher Professor für Staatswissenschaften in Halle lehrte, hatte sich früh mit 35 Jahren ins preußische Abgeordnetenhaus wählen lassen, dem er als Abgeordneter der Nationalliberalen Partei von 1886 mit einer kurzen Unterbrechung bis 1918 angehörte. Von 1893 bis 1898 saß er auch im Reichstag. Die Anerkennung, die ihm in der Partei und in der Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses zuteil wurde, fand ihren Niederschlag in seiner Wahl zum preußischen Fraktionsvorsitzenden im Jahre 1913 und zum Parteivorsitzenden der Nationalliberalen Partei vier Jahre später. »Es war die Krönung seines Lebens«, schrieb sein demokratischer Parteifreund, der Leiter der Reichsgeschäftsstelle Werner *Stephan*, »als er 1917, im Zeichen der beginnenden Parlamentarisierung, zum stellvertretenden Ministerpräsidenten berufen wurde, um in Preußen die längst überfällige Wahlrechtsreform zu erzwingen und damit zugleich der Demokratisierung des größten deutschen Landes den Weg zu bereiten. Er scheiterte damit an einer starken Minderheitsgruppe der nationalliberalen Landtagsfraktion. Aber gerade, daß diese Männer vom rechten Flügel ihm eine Niederlage bereitet hatten, hinderte *Friedberg* daran, mit ihnen in einer Deutschen Volkspartei zusammenzuarbeiten, in der sie den Kern bilden würden.«⁶⁵ Für *Friedberg* gab es deshalb im Dezember 1918 nur eine Wahl: Im Gegensatz zu Gustav *Stresemann*, dem Repräsentanten des rechten Parteiflügels, sprach er sich für ein Aufgehen der Nationalliberalen Partei in einer geeinten liberalen Partei aus und trat schließlich in die DDP ein. Seine Aufgeschlossenheit gegenüber der neuen Staatsordnung, seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der SPD wie auch sein großes politisches Renommee ließen ihn rasch zum unumstrittenen Führer der Partei in Preußen und zum Vorstandsvorsitzenden der DDP von Juli 1919 bis April 1920 werden.

Der Respekt, der *Friedberg* in Preußen entgegengebracht wurde, zeigte sich auch darin, daß er bereits mit der Einführung einer abgestuften Rangordnung im Präsidium am 7. Mai 1919 zum ersten Vorsitzenden avancierte. Noch am 13. März 1919 hatte die Fraktion bei ihrer Konstituierung drei gleichberechtigte Fraktionsvorsitzende gewählt und *Friedberg* den langjährigen linksliberalen Abgeordneten Rudolf *Oeser* und den Theologen Martin *Rade* zur Seite gestellt. Da sich jedoch diese Konstruktion, mit der der nationalliberale Einfluß austariert werden sollte, als wenig praktikabel erwies und *Friedberg* auch rasch bei seinen einstigen linksliberalen Gegnern Anerkennung fand,

⁶⁴ BERLINER TAGEBLATT, 55, 30. I. 1920.

⁶⁵ STEPHAN, Aufstieg, S. 26, ferner auch S. 126. Vgl. auch THIEME, Nationaler Liberalismus, passim.

war *Friedbergs* Wahl zum Führer der preußischen Landtagsfraktion nahe liegend und konsequent.⁶⁶

Der frühe Tod *Friedbergs*, der sich, gesundheitlich schwer angeschlagen, bereits im April 1920 von seinen Ämtern zurückgezogen hatte, stellte für die Partei einen herben Verlust dar. Denn *Friedberg* war aufgrund seiner Erfahrung und seines großen Ansehens in gewisser Weise unersetzlich und hätte gerade auch im Reichstagswahlkampf 1920 als wichtiger »Kronzeuge gegen *Stresemann*«⁶⁷ der Partei nützliche Dienste erweisen können. Er war ein politischer Führer, der »Hochachtung und Autorität weit über die eigenen Reihen hinaus« besaß.⁶⁸

Nachfolger *Friedbergs* im Amt des Fraktionsvorsitzenden wurde am 5. Juli 1920 Alexander *Dominicus*.⁶⁹ Der 47 Jahre alte Politiker hatte in der kommunalen Verwaltung Karriere gemacht, wurde 1902 Beigeordneter der Stadt Straßburg und im Februar 1911 Oberbürgermeister von Schöneberg. Hatte er sich in Straßburg mit sozial- und bildungspolitischen Fragen beschäftigt, widmete er sich in Schöneberg vor allem der Bildung der Gesamtgemeinde Groß-Berlin und rief zu diesem Zweck 1917 den »Bürgerausschuß Groß-Berlin« ins Leben. Als Abgeordneter der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung sollte er am Zustandekommen des Groß-Berlin-Gesetzes im Jahre 1920 wesentlichen Anteil haben. *Dominicus*, der dem preußischen Parlament bis zum Oktober 1924 angehörte, stand der demokratischen Fraktion nur bis zum 4. Mai 1921 vor, da er bereits Ende April 1921 zum preußischen Innenminister im Minderheitskabinett *Stegerwald* ernannt wurde. Dieses Amt bekleidete er allerdings nur wenige Monate bis zum Rücktritt des Kabinetts *Stegerwald* und der Bildung der großen Koalition unter *Otto Braun* im November 1921. Durch seine weitgehend herkömmlichen Einstellungskriterien folgende Personalpolitik traf er nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern auch in seiner eigenen Fraktion auf Kritik, in der die »Richtigkeit der Methode *Dominicus* durch Nachsicht und vorsichtiger Behandlung die Beamtschaft zu gewinnen«, offen in Frage gestellt wurde.⁷⁰ »*Dominicus*«, meinte sein Parteikollege *Werner Stephan*, »war sicherlich ein guter Verwaltungsfachmann, aber im Grunde doch ein unpolitischer Beamter ohne Verständnis für die bewegenden Kräfte des Staates. Daß durch entschlossene Personalpolitik die neue demokratische Ordnung stabilisiert werden müsse, vermochte er nicht zu begreifen.«⁷¹

In der Folgezeit sollte er sich immer mehr von seiner Partei entfremden und vor dem Hintergrund einer allgemeinen Parteikrise schließlich im Oktober 1924 als Vertreter eines Rechtskurses die DDP verlassen. Als Vorsitzender des Deutschen Luftfahrtverbands (1926-1933) und der Deutschen Turnerschaft (1927-1933) bekleidete er fortan im vorparlamentarischen Raum weithin sichtbare Ämter. Im »Dritten Reich« fand er zwischen 1939 und 1941 als Geschäftsführer des Flugtechnischen Instituts in Reut bei Stuttgart Beschäftigung und stand anschließend dem Kindererholungsheim Heuberg auf der Schwäbischen Alb vor.⁷²

⁶⁶ Vgl. Dok. Nr. 4 und 26.

⁶⁷ STEPHAN, Aufstieg, S. 166.

⁶⁸ Ebd., S. 495.

⁶⁹ Vgl. Dok. Nr. 165.

⁷⁰ So *Walther Schreiber* in der Fraktionssitzung vom 30. September 1921. Vgl. Dok. Nr. 265, auch Dok. Nr. 268. Vgl. MÜLLER, *Dominicus*, S. 100-106.

⁷¹ Vgl. STEPHAN, Acht Jahrzehnte, S. 136.

⁷² Zu *Dominicus* vgl. MÜLLER, *Dominicus*; *Karl BROSSMER*: *Alexander Dominicus (1873-1945)*. Oberbürgermeister, Vorkämpfer der Leibesübungen, Staatsminister, Karlsruhe 1952.

Auf *Dominicus* folgte am 4. Mai 1921 der 62jährige Rudolf *Oeser*, der bereits von März bis Mai 1919 als gleichberechtigter Fraktionsvorsitzender neben *Friedberg* und *Rade* dem Leitungsgremium angehört hatte.⁷³ *Oeser* hatte zuvor vom 25. März 1919 bis 21. April 1921 dem preußischen Ministerium für öffentliche Arbeiten vorgestanden. Seine »große Zeit«, so schrieb Werner *Stephan*, hatte er »als oppositioneller Abgeordneter und Journalist in der wilhelminischen Epoche gehabt.«⁷⁴ Der promovierte Nationalökonom hatte lange Jahre als Redakteur bei der »Frankfurter Zeitung« gearbeitet und war 1917 Direktor der »Ostsee-Zeitung« und der Stettiner Druckerei GmbH geworden. Als Abgeordneter der Freisinnigen Volkspartei und später der Fortschrittlichen Volkspartei hatte er seit 1902 mit einer kurzen Unterbrechung zwischen 1908 und 1913 dem preußischen Abgeordnetenhaus und auch von 1907 bis 1912 dem Reichstag angehört. Seinen parlamentarischen Erfahrungen und seiner Autorität als ehemaliger Minister hatte er letztlich seine Wahl zum Vorsitzenden zu verdanken. Während seiner Zeit als Fraktionsvorsitzender von Mai 1921 bis Januar 1925 bekleidete er verschiedene weitere Ämter: So engagierte er sich von April 1921 bis 1922 als Landeshauptmann der Provinz Sachsen und übernahm im November 1922 das Reichsinnen- und im August 1923 das Reichsverkehrsministerium. Nach seinem Rücktritt als Verkehrsminister im Oktober 1924 wurde er zum Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft ernannt. Aufgrund seines Wirkens als Reichsminister konnte er seinen Verpflichtungen als Fraktionsvorsitzender nur noch in sehr ungenügendem Maße nachkommen. So nahm *Oeser* seit seiner Ernennung zum Reichsminister im November 1922 nachweisbar an nur sechs Fraktionssitzungen teil.⁷⁵ Der Vorsitz in den Fraktionssitzungen fiel fortan an seine Stellvertreter *Schreiber* und *Jansen*. Dennoch unterblieb eine Neuwahl des Fraktionsvorstands, vermutlich weil *Oeser*, der auch im Parteausschuß und -vorstand saß, als Reichsminister den für die Fraktion wichtigen Konnex zur Reichsregierung und zur Reichstagsfraktion herstellte und damit über wichtige Einblicke in Entscheidungsprozesse und -abläufe auf Reichsebene verfügte. Bis zu seinem Tod am 3. Juni 1926 hatte er wesentlichen Anteil am Wiederaufbau und der Verreichlichung des durch Krieg und Revolution zerrütteten deutschen Eisenbahnwesens.⁷⁶ »Daß es ihm gelang, über die inflationsbedingten Streiktendenzen hinweg dem öffentlichen Wohl und dem Interesse der Volksgesamtheit Geltung zu verschaffen, war eine beträchtliche Leistung, die auch vom Reichspräsidenten *Ebert* hoch anerkannt wurde.«⁷⁷

Da *Oeser* seit November 1922 kaum noch an den Zusammenkünften der Fraktion teilnahm, fiel Walther *Schreiber* noch vor seiner Wahl zum ersten Fraktionsvorsitzenden am 5. Januar 1925 die Führung der preußischen Demokraten zu.⁷⁸ *Schreiber* war 1925 mit 41 Jahren der jüngste Fraktionsführer. Nach dem Studium der Rechte und der anschließenden Promotion hatte er sich 1911 als Rechtsanwalt in Halle (Saale) niedergelassen. Sein politisches Engagement setzte mit Kriegsende ein, als er in die neu gegründete DDP eintrat und zum ersten Vorsitzenden des DDP-Vereins Halle/Saale und zum zweiten Vorsitzenden des Bezirkverbands Merseburg aufstieg. Bereits im Januar 1919 gelang ihm der Sprung ins preußische Parlament, dem er bis 1933 angehören sollte. Wie schon für *Oeser* stellte auch für *Schreiber* das Amt des Vorsitzenden nur eine Etappe in

⁷³ Vgl. Dok. Nr. 238.

⁷⁴ STEPHAN, Acht Jahrzehnte, S. 111.

⁷⁵ Vgl. Dok. Nr. 349, 361, 364, 376, 400 und 432.

⁷⁶ DER DEMOKRAT, 12, 17.6.1926, S. 248; vgl. auch SEIDENFUS.

⁷⁷ STEPHAN, Acht Jahrzehnte, S. 111 f.

⁷⁸ Vgl. Dok. Nr. 447.

seiner beruflichen Karriere dar. Bereits am 18. Februar 1925 wurde *Schreiber*, der auch dem Parteausschuß und -vorstand angehörte, zum preußischen Handelsminister ernannt und gehörte in dieser Eigenschaft dem preußischen Staatsministerium bis zum sogenannten »Preußen-Schlag« v. *Papens* im Juli 1932, formell bis zum März 1933 an. Sein Ansehen und seine Autorität als Minister litten allerdings erheblich unter seiner Führungsschwäche. So hielt Otto *Braun Schreiber* »nicht eben [für] die stärkste Persönlichkeit« in seinem Kabinett. Zudem sei er vollkommen auf die Hilfe seiner Mitarbeiter im Ministerium angewiesen.⁷⁹ Sein demokratischer Fraktionskollege Günther *Grzimek* beklagte sich sogar einmal darüber, daß *Schreiber* eine regelrechte »Niete« sei.⁸⁰ Im Kabinett zählte *Schreiber* mithin nicht zu den einflußreichsten Ministern und es mochte nicht verwundern, daß in den Gesprächen mit der DVP über eine Regierungserweiterung offen über seinen Posten verhandelt wurde.⁸¹

Nach dem Zweiten Weltkrieg zählte *Schreiber* zu den Mitbegründern der CDU und leitete seit 1947 den CDU-Landesverband Berlin. Der Stadtverordnetenversammlung und dem Abgeordnetenhaus Berlin gehörte er von 1946 bis 1958 an. Einen letzten Höhepunkt seiner politischen Laufbahn stellte schließlich seine Amtszeit als Regierender Bürgermeister West-Berlins von 1953 bis 1955 dar.

Nach der Ernennung *Schreibers* zum Handelsminister und des ersten stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Hermann *Höpker Aschoff* zum Finanzminister im Februar 1925 fiel Bernhard *Falk*, dem zweiten Stellvertreter, die Fraktionsführung zu. Anders als *Dominicus*, *Oeser* und *Schreiber* sollte es ihm nicht mehr vergönnt sein, sein Fraktionsamt mit einem Ministerposten zu krönen.

Bernhard *Falk*, 1867 als Sohn jüdischer Eltern im rheinischen Bergheim/Erft geboren, war seit 1893 als Rechtsanwalt zuerst am Amts- und Landgericht Elberfeld, später am Oberlandesgericht Köln tätig. Früh begann er sich in der Nationalliberalen Partei im Kreise der Jungliberalen zu engagieren und stieg bald zu hohen Ämtern auf, wurde stellvertretender Vorsitzender des nationalliberalen Vereins in Köln und des nationalliberalen Provinzialverbandes für die Rheinprovinz. In der Kölner Kommunalpolitik eröffnete sich ihm als Abgeordneter der Kölner Stadtverordnetenversammlung von 1908 bis 1930 und seit 1915 als Vorsitzender der liberalen Fraktion ein wichtiges Wirkungsfeld. 1918 trat er der DDP bei und wurde im darauffolgenden Jahr in die Nationalversammlung gewählt. Von 1925 bis 1932 gehörte er dem Preußischen Landtag an. Unmittelbar nach seiner Wahl wurde er zum dritten, 1928 zum ersten Fraktionsvorsitzenden gewählt. De facto stand er aber bereits 1925 der Fraktion vor. 1939 emigrierte *Falk* nach Brüssel, wo er 1944 verstarb.⁸² Der langjährige Geschäftsführer der Partei,

⁷⁹ So der persönliche Referent Otto *Brauns*, Herbert *Weichmann*, 1972 in einem Gespräch mit Hagen *Schulze*. Vgl. SCHULZE, Braun, 1977, S. 477.

⁸⁰ FEDER, S. 68, zum 23. August 1926.

⁸¹ Vgl. ebd., S. 218, zum 6. Juli 1929.

⁸² Fritz WAHL, Bernhard Falk. Ein rheinischer Patriot, in: Den Unvergessenen. Opfer des Wahns 1933 bis 1945, Heidelberg 1952, S. 105–122. Vgl. auch die Lebenserinnerungen Bernhard *Falks*, in: BA Koblenz, Kl. Erw. 385. Ferner: Walter HAMMER, Hohes Haus in Henkers Hand. Rückschau auf die Hitlerzeit, auf Lebensweg und Opfergang Deutscher Parlamentarier, Frankfurt/M. 21956, S. 44; Ernest HAMBURGER, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848–1918, Tübingen 1968, S. 141; M.D.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation. Herausgegeben und eingeleitet von Katharina Lübke und Martin Schumacher, Düsseldorf 1991, Nr. 314, S. 210; Klaus LUIG, »... weil er nicht arischer Abstammung ist.« Jüdische Juristen in Köln während der NS-Zeit, Köln 2004, S. 174–176.

Werner *Stephan*, schildert *Falk* in seinen Erinnerungen als »alte[n] Nationalliberalen voll rheinischem Humor und unverwüstlicher Lebenskraft, aber im interfraktionellen Ausschuß der drei Regierungsparteien nicht sehr erfolgreich.« So sei »mancher Erfolg, den die beiden demokratischen Minister im Kabinett erzielten, im Landtag wieder verloren« gegangen.⁸³

⁸³ STEPHAN, *Acht Jahrzehnte*, S. 148.

IV. Themen der preußischen Gesetzgebung

Die demokratische Partei spielte in der preußischen Landespolitik eine zentrale Rolle. Da sie in sämtlichen preußischen Regierungen von 1919 bis 1932 vertreten war, übte sie einen ihren Mandatsanteil im Parlament weit übersteigenden Einfluß im preußischen Gesetzgebungsprozeß aus. Die DDP leistete einen bemerkenswerten Beitrag zum Wiederaufbau des größten deutschen Landes nach dem Krieg und damit zur Stabilisierung der deutschen Republik. So erwarb sich Rudolf *Oeser*, Minister für öffentliche Arbeiten von 1919 bis 1921, große Verdienste um den Wiederaufbau und die Reorganisation des durch Krieg und Revolution zerrütteten und 1921 auf das Reich übertragenen preußischen Eisenbahnwesens. Auch die demokratischen Handelsminister, Otto *Fischbeck* und Walther *Schreiber*, trugen wesentlich zur wirtschaftlichen Erholung des Landes bei.

Allerdings war die demokratische Handschrift oftmals nur sehr undeutlich zu erkennen. Während sie bei der Verfassungsgebung noch weithin sichtbar war, wurde sie bald selbst in jenen Sachbereichen und Ressorts, denen demokratische Minister vorstanden, nur mehr verschwommen wahrgenommen. In der Personalpolitik folgte Innenminister Alexander *Dominicus* 1921 weitgehend den herkömmlichen Einstellungskriterien und unterlief damit zum Ärger vieler Fraktionsmitglieder die seit 1919 unternommenen Bemühungen um Demokratisierung und Republikanisierung des Beamtenapparats. Landwirtschaftsminister Hugo *Wendorff* wiederum erschöpfte sich zwischen 1921 und 1924 in der Verwaltung seines Ressorts, ohne eigene Akzente setzen und die gerade von der Partei vehement geforderte Siedlungspolitik voranbringen zu können. Finanzminister Hermann *Höpker Aschoff* schließlich, der anfangs aufgrund seiner Sachkenntnis und seiner Kompetenz ohne Frage einer der profiliertesten Vertreter der Partei in der preußischen Regierung war, trug durch seine rigide Sparpolitik in den späten zwanziger Jahren wesentlich zur wirtschaftlichen Krisenverschärfung und letztlich auch zur Entfremdung breiter Schichten von Partei und Republik bei. Am deutlichsten fanden demokratische Inhalte noch in der Bildungspolitik unter dem parteilosen, aber der DDP nahestehenden Kultusminister Carl Heinrich *Becker* ihren Niederschlag.

Bei aller Kritik an der Tätigkeit der demokratischen Staatsminister darf nicht vergessen werden, daß die Last der Sachprobleme nach dem verlorenen Weltkrieg Handlungszwänge schuf, die die Aktionsräume der politisch Handelnden spürbar eingrenzten und die Umsetzung eigener Zielvorstellungen erheblich erschwerten, wenn nicht unmöglich machten.

Insgesamt hatte die Fraktion vom Zusammentritt der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung am 13. März 1919 bis zum Ende der dritten Legislaturperiode im März 1932 ein großes Arbeitspensum zu bewältigen. 823 Gesetze wurden in diesem Zeitraum vom preußischen Parlament verabschiedet, wobei die umfassendste legislative Tätigkeit mit 331 Gesetzen in der ersten Wahlperiode des nach der neuen Verfassung gewählten Preußischen Landtags von 1921 bis 1924 erfolgte. Die Zahlen der in den übrigen Wahlperioden verabschiedeten Gesetze fielen demgegenüber etwas ab: So wurden in der Zeit der verfassunggebenden Landesversammlung 1919-1921 164 Gesetze, zwischen 1925 und 1928 noch 209, aber zwischen 1928 und 1932 nur mehr 119 verabschiedet. Die Gründe für die Häufung der gesetzgeberischen Arbeit in der ersten Wahlperiode sind sowohl in der Notwendigkeit der Durchsetzung des neuen Verfassungsrechts,

als auch in den vor allem durch die Geldentwertung erforderlichen legislativen Änderungen in den Jahren 1922 und 1923 zu suchen. Allein in diesen Inflationsjahren wurden 232 Gesetze beschlossen. Der in der vierten Wahlperiode 1928/1932 zu beobachtende Rückgang in der Gesetzgebung resultierte wiederum aus der vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise notwendigen Zurückstellung ausgabenwirksamer Gesetze.¹

Neben dem Gesetzgebungsverfahren beschäftigte sich der Landtag auch mit der Beratung von Uranträgen und Anfragen. Mit der Einbringung von Anträgen konnten die Landtagsfraktionen selbst initiativ werden und verschiedene Themen auf die Tagesordnung setzen. Zwischen 1921 und 1932 wurden nicht weniger als 3061 Uranträge im Landtag eingebracht (1921/24: 650, 1925/28: 1216, 1928/32: 1195). Nur ein kleiner Teil dieser Anträge hatte Gesetzesvorlagen zum Inhalt. Dies lag daran, daß die Regierungsfractionen dem Staatsministerium in zunehmenden Maße die Gesetzesinitiative überließen und die Oppositionsparteien sich auf die Stellung von agitatorisch und demagogisch ausgerichteten Uranträgen beschränkten. Enthielten in der ersten Wahlperiode von 1921 bis 1924 noch 128 der 650 Uranträge Gesetzesvorlagen, so waren es zwischen 1928 und 1932 nur noch 75 von 1195 Anträgen. Initiativen einzelner Regierungsfractionen wurden nicht selten von den übrigen Koalitionspartnern unterstützt, allerdings gab es auch Anträge, die wie im Fall der Erhöhung der Diäten der Abgeordneten und des Landtagspräsidenten sowohl von den Regierungs-, als auch von den Oppositionsfractionen eingebracht wurden. Seltener waren demgegenüber Anträge, die, wie der vorgelegte Gesetzentwurf zur Änderung des Personal-Abbau-Gesetzes vom Oktober 1924, von einzelnen Koalitionsfractionen und einer oder mehreren Oppositionsfractionen eingebracht wurden. Diese Initiativen reflektieren nicht nur die gerade in Einzelfällen möglichen unterschiedlichen Kooperationsmöglichkeiten innerhalb des Landtags, sondern können auch die innerhalb des Regierungslagers herrschenden politischen Differenzen zum Ausdruck bringen.²

Dem Landtag stand neben der Einbringung von Anträgen auch das Recht der Interpellation zu, von dem er mit Hilfe der sogenannten Kleinen und Großen Anfragen ausgiebig Gebrauch machte. Der enorme zahlenmäßige Anstieg der Kleinen Anfragen von 788 in der Zeit der verfassunggebenden Landesversammlung auf 3460 in der dritten Wahlperiode war vor allem dem Verhalten der antirepublikanischen Oppositionsparteien zuzuschreiben, die dieses der Auskunft und Kontrolle dienende Instrument rasch zu agitatorischen Zwecken mißbrauchten.³

Auf die Einführung der Kleinen Anfragen hatte vor allem die DDP bei der Beratung der im November 1921 verabschiedeten Geschäftsordnung des Landtags Wert gelegt, um den Landtag von unwichtigen und zweitrangigen Angelegenheiten entlasten zu können.⁴ Denn im Gegensatz zu den Großen Anfragen mußten die Kleinen Anfragen nicht im Plenum beraten, sondern nur mündlich oder schriftlich von der Regierung beantwortet werden. Die Zunahme der aus propagandistischen Gründen eingebrachten Anträge und Anfragen wurde allerdings schon früh als Belastung empfunden.⁵ So forderte der demokratische Landtagsabgeordnete Oswald *Riedel* im Mai 1922 anlässlich der Beratung des Landtagsetats im Hauptausschuß zu einer größeren Sparsamkeit bei

¹ Vgl. MÖLLER, *Parlamentarismus*, S. 427 f.

² Vgl. ebd., S. 409–429, bes. S. 410–414.

³ Vgl. STEFFANI, S. 361; MÖLLER, *Parlamentarismus*, S. 404.

⁴ Vgl. die Sitzung des Ältestenrats vom 21. März 1919, 12.35 bis 13.26 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I Nr. 44, Bd. 3.

⁵ Vgl. die Sitzung des Ältestenrats vom 21. Februar 1920, 11.05 bis 12.17 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I Nr. 44, Bd. 2.

der Einbringung der Anfragen auf: »leider sei es seit dem letzten Jahre, wo er diese Anregung schon gegeben habe, nicht besser, sondern schlechter geworden. Viele kleine Anfragen ließen sich durch einen kleinen Gang zur Behörde erledigen, und auch die großen Anfragen seien vielfach überflüssig.«⁶

Im folgenden sollen einige Themen der preußischen Gesetzgebung, die breiten Raum in den Sitzungsprotokollen einnehmen, angesprochen werden. Dazu gehören die Verfassungsgebung, die Frage der Verwaltungsreform, die Finanz- und Wirtschaftspolitik sowie die Bildungs- und Kirchenpolitik.

1. Die preußische Verfassung

Ziel der am 26. Januar 1919 gewählten verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung war die Beratung und Verabschiedung einer Landesverfassung, die Preußen ein stabiles politisches Fundament geben sollte. So vordringlich diese Aufgabe auch sein mochte, so konnte die preußische Verfassung doch erst am 30. November 1920 verabschiedet werden. Die Verzögerungen resultierten zum einen aus den im *Kapp*-Putsch vom März 1920 und der damit verbundenen Regierungskrise kulminierenden politischen Unruhen wie auch aus der Notwendigkeit der Berücksichtigung der Vorgaben der im August 1919 verabschiedeten Reichsverfassung.

Während der Verfassungsberatungen schälten sich zwei Fragen als Kernprobleme heraus: die Einrichtung eines Staatspräsidenten und die Einführung einer Zweiten Kammer. Die erste Frage war bereits bei der Beratung der am 20. März 1919 eingebrachten und verabschiedeten Notverfassung, des »Gesetzes zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen«, lebhaft diskutiert worden. Mit der vorläufigen Neuordnung der Verfassungsverhältnisse sollten Regierung und Parlament eine feste Arbeitsgrundlage erhalten und damit auch die Stellung der Regierung und des Verwaltungsapparats gegenüber den zwar durch die Wahlen vom Januar geschwächten, aber noch bestehenden revolutionären Räten aufgewertet werden.⁷ Am 12. März 1919 hatte sich das preußische Kabinett, einer Forderung der sozialdemokratischen Fraktion folgend, für den Wegfall der Institution des Staatspräsidenten im Entwurf ausgesprochen.⁸

Die DDP-Fraktion war in dieser Frage gespalten. Während zahlreiche demokratische Abgeordnete vehement für die Einsetzung eines Staatspräsidenten mit dem Recht zur Berufung der Regierung optierten, befürchteten andere wie Rechtsanwalt Dr. Conrad *Berndt*, daß ein preußischer Staatspräsident »einen Gegenpol gegen die Reichsgewalt bilden und gegenrevolutionären Strömungen Vorschub leisten könnte«. Mehrere Abgeordnete wie der Fraktionsvorsitzende Robert *Friedberg* plädierten deshalb für die Einsetzung eines Direktoriums oder eines Kollegiums, dem das Recht zur Berufung

⁶ Ausschnitt aus der Niederschrift der 137. Sitzung des Hauptausschusses vom 19. Mai 1922, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I Nr. 25 a, Bd. 1 (Akten betreffend förmliche Anfragen vom 15. März 1919 bis 30. Januar 1934). Vgl. ferner GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 25 a, Bd. 1 (Akten enthaltend Urschriften zu den Akten über kleine Anfragen, vom Dezember 1927 bis 30. Januar 1934, über die Beantwortung kleiner Anfragen), sowie ebd., Bd. 2 (Akten über kleine Anfragen, vom 24. Mai 1932 bis 30. Januar 1934; behandelt nur Anfragen der NSDAP).

⁷ Das Gesetz zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen vom 20. März 1919, in: URSACHEN UND FOLGEN, Bd. 3, Nr. 580, S. 92–94; SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 103, S. 137–139. Vgl. auch MÖLLER, Parlamentarismus, S. 80–93.

⁸ Vgl. die Sitzung der Regierung in der Landesversammlung am 12. März 1919, in: PPS, Bd. 11/I (1918–1925), Nr. 19, S. 58, TOP 2; MÖLLER, Parlamentarismus, S. 81.

der Regierung obliegen sollte. Die Fraktion sah zwar in der Sitzung von einem Beschluß ab, doch schien sie sich dem sozialdemokratischen Willen zu beugen und mit den Worten von Johannes *Scherer* »zunächst für die Übergangszeit den Versuch machen [zu wollen], ohne Staatspräsidenten auszukommen.«⁹

Die Notverfassung vom 20. März 1919 sah schließlich von der Einrichtung eines Staatspräsidenten ab und übertrug das Recht zur Berufung der Staatsregierung dem Präsidenten der Landesversammlung. Die Ausübung der vollziehenden Gewalt oblag der Regierung, der aus den Ministern bestehenden kollegialen Behörde unter Vorsitz des Ministerpräsidenten. Sie übte auch die bisher der Krone zustehenden Befugnisse mit Ausnahme des landesherrlichen Kirchenregiments, das auf drei von der Staatsregierung zu bestimmende Staatsminister evangelischen Glaubens übergehen sollte, aus.¹⁰

Die Notverfassung hatte in der Frage des Staatspräsidenten ein wichtiges Präjudiz für die weiteren verfassungspolitischen Beratungen geschaffen. Denn auch der im Innenministerium unter dem damaligen sozialdemokratischen Minister Wolfgang *Heine* ausgearbeitete Verfassungsentwurf verzichtete auf ein derartiges Verfassungsorgan.¹¹ Man sah zu Recht, daß eine solche Staatsspitze die ohnehin vorhandenen Antagonismen zwischen dem Reich und Preußen weiter verschärfen würde, da das Nebeneinander zweier Präsidenten in Berlin Spannungen und Rivalitäten begünstigen mußte.

Während das Innenministerium noch mit der Ausgestaltung der Verfassung beschäftigt war, kam die Fraktion wiederholt zur Beratung des neuen Organisationsstatuts, dessen Grundzüge sich allmählich abzuzeichnen begannen, zusammen. Kritisiert wurde insbesondere das Fehlen eines neben Parlament und Staatsministerium stehenden weiteren Verfassungsorgans.¹² Während eine vom Zentrum befürwortete Erste Kammer¹³ keine Fürsprecher fand, wurde vereinzelt noch an der Institution eines Staatspräsidenten festgehalten, für den Walther *Schreiber* in der Fraktionssitzung vom November 1919 die Stellung eines Gouverneurs und den Titel eines »Statthalters« empfahl. Conrad *Berndt* kam demgegenüber auf die bereits im März erörterte Lösung eines Kollegiums mit dem Recht zur Berufung der Minister und der Auflösung des Landtags zurück.¹⁴

Die Fortsetzung der verfassungspolitischen Grundsatzdebatte erfolgte am 9. Dezember unter Beteiligung mehrerer Mitglieder der Reichstagsfraktion und der Parteiführung, unter ihnen Reichsinnenminister Erich *Koch-Weser* und der Vorsitzende des Parteiausschusses, spätere Parteivorsitzende und Hamburger Bürgermeister Carl *Petersen*. In der Sitzung, die sich auch mit der Frage der Herstellung eines deutschen Einheitsstaates beschäftigte, sprach sich *Koch* für eine Personalunion des Reichs- und preußischen Staatspräsidenten und eine gemeinsame Regierung aus. Doch stieß dieser Vorschlag in der Fraktion auf Kritik. So wandte der preußische Minister für öffentliche Arbeiten, Rudolf *Oeser*, ein, daß eine derartige Personalunion »das Mißtrauen der süddeutschen [Staaten] herausfordern« würde und es überdies vorerst wichtiger sei, daß »ein starkes Preußen als wirksamer Träger des Einheitsgedankens erhalten« bliebe. Die Fraktion hielt gleichwohl an der Auffassung fest, »als Ziel der Entwicklung den Verzicht auf die staatliche Selbständigkeit Preußens zu Gunsten des Reichs hinzustellen.« Diese Zielsetzung fand am 17. Dezember 1919 Eingang in der die baldige Verwirklichung des deut-

⁹ Dok. Nr. 6; vgl. auch Dok. Nr. 7.

¹⁰ Vgl. MÖLLER, Parlamentarismus, S. 80–93.

¹¹ Der Text in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2000, S. 3005–3009. Vgl. auch Dok. Nr. 87 und 91.

¹² Dok. Nr. 87.

¹³ Vgl. MÖLLER, Parlamentarismus, S. 117; HÖMIG, S. 79 f.

¹⁴ Dok. Nr. 91.

schen Einheitsstaates fordernden Resolution der Preußischen Landesversammlung.¹⁵ Bei der Formulierung der Direktiven für die interfraktionellen Besprechungen über die preußische Verfassung einigte man sich schließlich dahingehend, daß »neben dem Einkammersystem [...] ein weiterer maßgebender Faktor in der Regierung« angestrebt werden sollte.¹⁶

Mit dem von der Regierung eingeschlagenen Weg war man jedoch nicht zufrieden. So monierte der Fraktionsvorsitzende Robert *Friedberg* nach einer Besprechung mit dem preußischen Innenminister Wolfgang *Heine* und Vertretern der Mehrheitsparteien im Januar 1920, daß die Regierung »eine rein mechanische Lösung der Aufgabe, ein retardierendes Moment zu schaffen« plane. »Rät an, diesen Weg, der den Wünschen der Mehrheitssozialdemokraten entspricht, nicht mitzugehen«, sondern die »Schaffung einer Ersten Kammer oder eines Staatsrates ins Auge zu fassen.« Während die von *Friedberg* vermutlich aus Rücksicht auf das Zentrum erneut ins Spiel gebrachte Erste Kammer erwartungsgemäß keine Anhänger fand, da sie im Grunde bereits im Dezember 1919 ad acta gelegt worden war, sprach sich die Fraktion für »die Einrichtung eines Staatsrates nach dem Muster des Reichsrates für das Reich« aus. »Dieser Staatsrat soll keine zu große Zahl von Mitgliedern umfassen und eine Berücksichtigung der provinziellen Interessen garantieren.«¹⁷ Seine Kompetenzen sollten gleichwohl eng umschrieben sein, da er nur über ein suspensives Veto verfügen sollte.¹⁸ Erneut wurde deutlich, daß die DDP im Gegensatz zur SPD einem antiparlamentarischen Affekt folgend ein retardierendes Verfassungsmoment für unerlässlich hielt. Zudem wurde, anknüpfend an der von Hugo *Preuß* unterbreiteten Forderung nach Stärkung der provinziellen Selbstverwaltungsrechte, ein Vertretungsforum der preußischen Provinzen für zweckmäßig und sinnvoll erachtet.

Der am 25. Februar 1920 der Landesversammlung zugeleitete Verfassungsentwurf orientierte sich in den Grundzügen an der Notverfassung vom 20. März 1919. So wurde auf die Institution eines Staatspräsidenten verzichtet und die ursprünglich dem Staatspräsidenten zuge dachte Aufgabe der Berufung des Ministerpräsidenten dem Landtagspräsidenten und die der Landtagsauflösung dem Staatsministerium übertragen. Der Verfassungsentwurf sah neben dem Landtag noch die Bildung eines Finanzrates vor, der aus den preußischen Reichsratsmitgliedern, Finanzbeamten und einer Anzahl vom Landtag zu wählenden Mitgliedern bestehen sollte. Ihm kam das Recht zur Beanstandung von Gesetzen und Beschlüssen finanzieller Natur zu. Das ihm zustehende suspensive Veto gegen Landtagsbeschlüsse sollte der Landtag mit Zweidrittelmehrheit wieder aufheben können. Der Finanzrat stellte einen Kompromiß zwischen dem von der SPD favorisierten Einkammermodell und der vom Zentrum gewünschten Zweiten Kammer dar, doch vermochte er keinen richtig zu überzeugen. Ein eigenes Staatsorgan für die Vertretung der Provinzen fehlte im Entwurf, der auch am eng umschriebenen Kreis der den Selbstverwaltungskörperschaften überwiesenen Aufgaben festhielt.¹⁹

¹⁵ Vgl. den Antrag der Abg. Dr. *Friedberg*, *Gräf* (Frankfurt), Dr. Dr. *Porsch* und Genossen (DDP, SPD, Z) zur dritten Beratung der Haushaltspläne für 1919 (Grundlagen für den deutschen Einheitsstaat), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1467, S. 2147, vom 13. Dezember 1919. Er wurde am 17. Dezember 1919 von der Preußischen Landesversammlung angenommen. SBpLV 1919/21, Bd. 7, Sp. 8327f.

¹⁶ Dok. Nr. 108.

¹⁷ Vgl. Dok. Nr. 116.

¹⁸ Vgl. Dok. Nr. 128.

¹⁹ Vgl. den Entwurf einer Verfassung für Preußen, SBpLT 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2000, S. 3005–3009.

In den folgenden parlamentarischen Beratungen zeichnete sich der Ersatz des ungeliebten Finanzrats durch einen mit wesentlich weitergehenden Rechten ausgestatteten Staatsrat als Provinzialvertretung ab. Nicht zuletzt Hugo *Preuß*, der bedeutendste Verfassungsexperte der Partei, der führend an der Ausarbeitung der Reichsverfassung beteiligt und ein beredter Anhänger der Selbstverwaltungsidee war, machte sich für eine stärkere Berücksichtigung der provinziellen Interessen bei der Ausgestaltung der obersten Staatsorgane stark.²⁰ Der Einfluß der Demokraten in dem von Juni bis Oktober 1920 tagenden Verfassungsausschuß war nicht unbedeutend. Die Fraktion entsandte mit Hugo *Preuß* nicht nur einen der führenden Verfassungsrechtler, sondern konnte mit Conrad *Berndt* auch einen der Berichterstatter stellen.²¹ Mit Unterstützung des Zentrums konnten sich die Demokraten auch in der Frage des Staatsrats durchsetzen. Allerdings scheiterten sie damit, die Stellung des Staatsratspräsidenten, der über die Ernennung oder Miternennung der Minister und das Recht der Landtagsauflösung verfügen sollte, der Position eines Staatspräsidenten anzugleichen. Denn für die Berufung des Ministerpräsidenten wurde die Wahl durch den Landtag vorgesehen, während die Landtagsauflösung allein durch Beschluß des Parlaments oder einen Volksentscheid möglich sein sollte. Die Demokraten hatten auch dem Staatsrat die Befugnis der Landtagsauflösung zusprechen wollen.²² Die nur noch von der Rechten erhobenen Forderung nach Einsetzung eines Staatspräsidenten und einer Zweiten Kammer spielte im Ausschuß kaum noch eine Rolle und verfiel auch rasch der Ablehnung.²³ Auch konnten unter Mitwirkung der DDP die den Provinzen zustehenden Kompetenzen erweitert und schärfer gefaßt werden.²⁴

In der von Oktober bis November 1920 währenden zweiten und dritten Lesung stand die Frage der Landtagsauflösung im Vordergrund. Die Fraktion war in diesem Punkt gespalten. Während sich Oscar *Meyer* und Hugo *Preuß* dafür aussprachen, dem Staatsministerium die uneingeschränkte Befugnis zur Auflösung zu geben, hielt Conrad *Berndt* eine derartige Befugnis »für unvereinbar mit dem parlamentarischen System« und plädierte für die Annahme der Ausschußbeschlüsse. Doch die im Ausschuß getroffene Einigung, die dem Staatsministerium jeglichen Einfluß auf die Landtagsauflösung nahm, schien nicht zu überzeugen, so daß Alternativen, die in modifizierter Form das Mitspracherecht der Regierung sichern sollten, gesucht wurden. Während der Abgeordnete Otto *Ruer* »die Befugnis dem Staatsrat mit Zustimmung des Ministeriums zu übertragen« wünschte, schlug Wilhelm *Struwe* »seinerseits die Lösung vor, dem Ministerpräsidenten, Landtagspräsidenten und Vorsitzenden des Staatsrats gemeinsam die Auflösungsbefugnis zu geben.« Da in dieser Frage keine Einigung erzielt werden konnte, und *Preuß* die Notwendigkeit einer Verständigung der Regierungsparteien »à tout prix« betonte, ermächtigte die Fraktion schließlich ihre Ausschußvertreter, »falls Sozialdemokraten und Zentrum sich über Auflösung durch Staatsministerium einigen, dem zuzustimmen.« Andererseits hatte die Fraktion bereits alternative Lösungsvorschläge formuliert, die schließlich auch auf Antrag von Zentrum und DDP in

²⁰ Vgl. auch Dok. Nr. 152. Zu *Preuß* vgl. IMMEL; LEHNERT, Verfassungsdemokratie; LEHNERT, Vom Untertanenverband; MAUERSBERG.

²¹ *Berndt* war als Berichterstatter für die Abschnitte I–VI, VIII und IX zuständig, während der Zentrumsabgeordnete *Beyer* (Oberschlesien) für den Abschnitt VII (Finanzwesen) die Vertretung vor dem Plenum übernahm. Vgl. Dok. Nr. 159 und 164. Ferner VOGELS, S. 8, Anm. 1.

²² Vgl. Dok. Nr. 172.

²³ Zur ablehnenden Haltung der Fraktion zur Frage des Staatspräsidenten vgl. auch Dok. Nr. 189.

²⁴ Vgl. Dok. Nr. 173. Die Fraktion wurde laufend über den Gang der Ausschußberatungen unterrichtet. Vgl. Dok. Nr. 170–174, 177 und 189.

Form eines aus den Präsidenten des Staatsministeriums, des Landtags und des Staatsrats bestehenden Dreimännerkollegiums realisiert wurde.²⁵ Da für einen Auflösungsbeschuß Stimmenmehrheit erforderlich war, wurde mit dieser Änderung die Stellung der Regierung gegenüber dem Parlament deutlich gestärkt, da in der Regel sowohl der Regierungschef als auch der Landtagspräsident der stärksten Landtagsfraktion angehörten. Die Tatsache, daß diese Änderung auf Initiative der Demokraten und des Zentrums vorgenommen wurde, reflektiert erneut den Einfluß der Linkliberalen im Verfassungsgebungsprozeß.

Die preußische Verfassung wurde schließlich am 30. November 1920 mit den Stimmen der Demokraten, der Mehrheitssozialdemokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei verabschiedet. Nur Unabhängige Sozialdemokraten und Deutschnationale blieben bei ihrer Ablehnung. Insgesamt stellte das Verfassungswerk einen ausgewogenen Kompromiß zwischen den unterschiedlichen Interessen und Zielsetzungen der drei Koalitionsparteien dar. Wie schon bei den Beratungen über die Reichsverfassung im Jahr zuvor hatten die Demokraten einen nicht unwesentlichen Teil ihrer verfassungspolitischen Vorstellungen umzusetzen und damit einen bemerkenswerten Einfluß auf die Konzipierung des neuen Organisationsstatuts zu nehmen vermocht. Die Grundlinie der demokratischen Verfassungspolitik bestand in dem Bemühen, der Macht des Parlaments korrigierende Faktoren zur Seite zu stellen. Dieser Wunsch nach dem Einbau retardierender Momente entsprang einem unterschweligen antiparlamentarischen Affekt, der sich aus dem Mißtrauen gegenüber der Alleinherrschaft eines Verfassungsorgans und aus dem Zweifel in die Funktionsfähigkeit eines parteipolitisch segmentierten und scheinbar nur bedingt handlungsfähigen und verantwortungsbewußten Parlaments speiste. Während der Vorschlag einer Ersten Kammer in der Fraktion rasch verworfen wurde und die Demokraten mit ihrer Forderung nach Einsetzung eines Staatspräsidenten nicht durchzudringen vermochten, gelang ihnen, unterstützt vom Zentrum, mit dem Ausbau des im Regierungsentwurf vorgesehenen Finanzrats zu einem als Provinzialvertretung konzipierten Staatsrat ein wichtiger Erfolg, mit dem sie nicht nur dem Wunsch nach einem die Parlamentsmacht einhegenden Verfassungsorgan, sondern auch der gerade von *Preuß* vertretenen Forderung nach Ausbau der Selbstverwaltungsrechte der Provinzen Rechnung tragen konnten. Wenn der Fraktion auch mit dem Versuch, den Präsidenten des Staatsrats in die Position eines Staatspräsidenten einzurücken, kein Erfolg beschieden war, vermochte sie sich doch noch zuletzt in der Frage der Landtagsauflösung Gehör zu verschaffen. So fand die Forderung nach Mitsprache des Staatsministeriums in der bereits in der Fraktion erörterten Konstruktion des Dreimännergremiums Berücksichtigung.

Auch in Preußen war die DDP *cum grano salis* Verfassungspartei. So wirkten die der Partei angehörenden Staatssekretäre Friedrich *Freund* und Oscar *Meyer* an der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs im Innenministerium unter Wolfgang *Heine* (SPD) mit. Bei den Beratungen im Parlament konnte die DDP wiederum mit dem Staatsrechtler Hugo *Preuß* einen der namhaftesten deutschen Verfassungsexperten aufweisen. Ihren sichtbaren Ausdruck fand der demokratische Einfluß letztlich auch in der Wahl des Demokraten Conrad *Berndt* zum Berichterstatter des Ausschusses. Die demokratische Handschrift blieb bis zuletzt deutlich erkennbar.

²⁵ Vgl. den Antrag der Abg. Dr. Dr. *Porsch, Dominicus* und Genossen (Z, DDP) zur dritten Beratung des Entwurfs einer Verfassung des Freistaates Preußen (Nr. 3280), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3342, S. 5803; vgl. auch die Rede Oscar *Meyers* (Frankfurt) in der 180. Sitzung am 26. November 1920, in: ebd., Bd. 11, Sp. 13997–14004, hier S. 14003. Ferner HÖMIG, S. 81.

2. Die Verwaltungsreform

Ein vielfach diskutiertes Thema der preußischen Landespolitik stellte die Reform der preußischen Verwaltung dar, die auf eine Vereinheitlichung und Modernisierung der Verwaltungsstrukturen abzielte. Ungeachtet der zahlreichen Lösungsansätze konnte diese Frage während der Weimarer Republik keiner abschließenden Regelung zugeführt werden. In der Folgezeit sollten angesichts der unterschiedlichen Vorstellungen der beteiligten Kräfte und der rasch aufwachsenden Widerstände nur partielle Reformen, die die Demokratisierung, Vereinfachung und Anpassung einzelner Verwaltungsbereiche betrafen, umgesetzt werden.

An Konzepten für eine allgemeine Verwaltungsreform mangelte es freilich nicht. So hatte der letzte königlich-preußische Innenminister William *Drews*, der im Mai 1919 zum preußischen Staatskommissar für die Vorbereitung der Verwaltungsreform ernannt worden war, entsprechende Entwürfe vorgelegt. Da sie sich jedoch für eine wesentliche Ausweitung der Selbstverwaltungsrechte und die Abschaffung der behördlichen Mittelinstanzen, der Regierungspräsidien, aussprachen, stießen sie im Staatsministerium auf entschiedenen Widerspruch und blieben unberücksichtigt.²⁶ Doch das Thema blieb auf der Tagesordnung. Denn die preußische Verfassung vom November 1920 verhiess in ihren Artikeln 70 bis 75 eine Regelung der kommunalen und provinziellen Selbstverwaltung.²⁷

Diesem verfassungspolitischen Auftrag kam man jedoch nur in einzelnen Teilbereichen nach. So war der Gesetzentwurf zur vorläufigen Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts, der im Juli 1919 ohne größere Widerstände verabschiedet werden konnte, der Anpassung an die gewandelten Verhältnisse und der Demokratisierung der Verwaltung verpflichtet. Das Gesetz reformierte unter anderem das Gemeindevahlrecht und die Zusammensetzung der Magistrate und erließ Bestimmungen über die Neuwahl der Amtsvorsteher und der Deputationen und Kommissionen in den Kreisen und Gemeinden.²⁸ Es war ein »Notgesetz«, das, wie der Berichterstatter des Gemeindeausschusses, der Demokrat, Dr. Otto *Ruer*, befand, »einige Mißstände« beheben sollte, »die dringend der sofortigen Beseitigung im Gebiete des Gemeindeverfassungsrechts« bedurften.²⁹

In den folgenden Jahren gab es mehrere Anläufe, die wenigstens auf eine Reform der Städte- und Gemeindeordnung und eine Neugliederung der provinziellen Verwaltung abzielten. Dabei standen die Vereinheitlichung und Vereinfachung und damit die Leistungssteigerung der Verwaltung im Vordergrund und weniger die von der Verfassung angemahnte Erweiterung der Selbstverwaltungsrechte. Auf dem Gebiet der Städte- und Gemeindeordnungen stellte die intendierte Vereinheitlichung ein dringendes Desiderat dar. Bestanden doch in Preußen unterschiedliche Städteordnungen, deren bedeutendste die ostelbische Magistrats- und die rheinische Bürgermeisterverfassung waren. Auch die Zahl der regional unterschiedlichen Landgemeindeordnungen war hoch.³⁰

²⁶ Zu *Drews* vgl. EIMERS, S. 119–121; SCHULZ, Bd. 1, S. 257–262; Heinz Roland FRAENKEL, Der gegenwärtige Stand der preußischen Verwaltungsreform, jur. Diss., Breslau 1930, S. 21 f.

²⁷ Vgl. Abschnitt VIII der preußischen Verfassung von 1920 über die Selbstverwaltung, vgl. VOGELS, S. 174–182.

²⁸ Vgl. auch MÖLLER, Parlamentarismus, S. 475 f.

²⁹ Otto *Ruer* in der 48. Sitzung am 18. Juli 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 3, Sp. 3788–3793, hier S. 3788. Vgl. auch Dok. Nr. 56 und 59.

³⁰ Zum Problem der Verwaltungsreform vgl. MÖLLER, Die Verwaltung in den Ländern – Preußen, bes. S. 555–557.

In der DDP-Fraktion stand die Frage der Verwaltungsreform im Juli 1921 auf der Tagesordnung, als Conrad *Berndt* über die verschiedenen Aspekte der Reform ausführlich referierte. Noch einmal wurde die Notwendigkeit einer einheitlichen Ausgestaltung der Gemeindeverfassung, aber auch der Aufrechterhaltung und Stärkung der Selbstverwaltung, womit explizit auch eine Aufhebung der Gutsbezirke gemeint war, betont. Angesprochen wurden darüber hinaus noch weitere Punkte, die die Vereinfachung der Verwaltungsarbeit, eine Änderung des Disziplinargesetzes oder Personalfragen betrafen.³¹

Anfang Oktober 1921 kam die Fraktion erneut auf die geplante Verwaltungsreform zu sprechen.³² Hugo *Preuß* betonte bei einer erneuten Besprechung der Materie im Oktober 1922 vor allem die Notwendigkeit, daß der Landtag sich das Ziel setzen müsse, »eine Reform im Ganzen zu machen. Sonst würde Flickwerk entstehen. Staats- und Selbstverwaltung müßten zusammen geregelt werden.« Allerdings fanden auch anderslautende Stimmen Gehör, die wie Adam *Barteld* die Frage der Magistrats- oder Bürgermeisterverfassung den Provinzen überlassen wollten. Die Fraktion kam gleichwohl zu dem Ergebnis, daß eine einheitliche Verwaltungsgesetzgebung allgemein wünschenswert sei. In der Frage der Städteordnung sprach sie sich allerdings gegen eine Bevorzugung der rheinischen Bürgermeisterverfassung aus, während sie die Entscheidung über die Einrichtung von Landbürgermeistereien den staatlichen Mittelbehörden übertragen sehen wollte.³³

Dem ersten Entwurf einer Städte- und Landgemeindeordnung, der im Januar 1923 im preußischen Landtag beraten und einem Ausschuß überwiesen wurde, war kein Erfolg beschieden.³⁴ Das Scheitern der Vorlage resultierte letztlich aus den widerstreitenden Ansichten der Koalitionsfraktionen, die durch eine Reform ihre lokalen Machtpositionen bedroht sahen und am kommunalen Status quo festzuhalten gedachten. Auch in der demokratischen Fraktion stieß die Regierungsvorlage auf wenig Gegenliebe. So monierte *Preuß* mißvergnügt, daß der Reform jeder leitende Gedanke fehlen würde. »Die Denkschrift ist nach Form und Inhalt ärmlich. – Eine befriedigende Lösung ist nur im Rahmen einer Verwaltungsreform möglich.«³⁵

Einen ersten Bericht aus dem Ausschuß nahm die Fraktion im Februar 1924 entgegen. Doch die Ausführungen, die Alexander *Dominicus* über die Arbeiten des 22. Landtagsausschusses gab, ließen ebenso wenig Hoffnung auf eine rasche Verabschiedung der Vorlage aufkommen wie die anschließende Diskussion. So wiederholte *Preuß* seine Haltung, daß eine Neuordnung nur im Rahmen einer großen Verwaltungsreform angebracht sei, während Eugen *Schiffer* sich offen für eine Vorwegnahme dieser Reform aussprach.³⁶ Zwar diskutierte die Fraktion erneut am 2. Juli 1924 die Vorlage³⁷, aber zu einer zweiten Lesung sollte es in dieser Legislaturperiode nicht mehr kommen. Die Gegensätze zwischen, aber auch innerhalb der vier Regierungsfractionen waren letztlich zu groß.

³¹ Vgl. Dok. Nr. 256.

³² Vgl. Dok. Nr. 268.

³³ Vgl. Dok. Nr. 336; ferner Dok. Nr. 334.

³⁴ Zur ersten Lesung der bereits im März 1922 veröffentlichten Städte- und Landgemeindeordnung im Preußischen Landtag vom 18. bis 20. Januar 1923, vgl. SBpLT 1921/24, Bd. 10, Sp. 14080–14234. Zur Veröffentlichung der Vorlage im Staatsanzeiger im März 1922 vgl. Dok. Nr. 310.

³⁵ Vgl. Dok. Nr. 350.

³⁶ Vgl. Dok. Nr. 416.

³⁷ Vgl. Dok. Nr. 431.

Damit war das Thema allerdings noch nicht vom Tisch. Nach den Landtagswahlen setzte die Zentrumsfraktion diese Frage mit der Einbringung entsprechender Uranträge erneut auf die politische Agenda.³⁸ Doch angesichts der allerorten aufwachsenden Widerstände blieb sie hier erneut hängen, so daß Teilreformen notwendig wurden. Im Oktober 1925 wurde daraufhin das Wahlrecht für die Provinziallandtage und Kreistage einer gesetzlichen Neuregelung zugeführt.³⁹

Als ein Jahr später im Februar 1926 die zweite Lesung der Zentrumsanträge anstand, hatte sich an der Haltung der Fraktion wenig geändert. Ganz offen sprach Alfred *Schmiljan* die Meinung aus, daß die Fraktion am Zustandekommen der vorliegenden Städteordnung kein Interesse haben könne, und erinnerte an die Haltung des verstorbenen Fraktionskollegen Hugo *Preuß*, der eine Lösung nur im Rahmen einer umfassenden Verwaltungsreform für möglich gehalten hätte.⁴⁰ Man kann sich allerdings des Eindrucks nicht erwehren, als ob der beständig vorgebrachte Verweis auf die Vorrangigkeit einer allgemeinen Verwaltungsreform angesichts der bereits in der Frage der Städteordnung zum Ausdruck kommenden widerstreitenden Ansichten innerhalb der Fraktion und zwischen den Koalitionsfraktionen nur vorgeschoben war. Er schien letztlich eine bequeme Ausrede für die Vertagung eines kontroversen Fragenkomplexes und weniger der Versuch eines ernst gemeinten Lösungsvorschlags darzustellen.

So sprachen sich zahlreiche Abgeordnete, unter ihnen *Schmiljan* und *Barteld*, für eine Ablehnung der Vorlage aus, während Oswald *Riedel* seine Bedenken gegenüber einem derartigen Votum der Fraktion mit Blick auf den Zusammenhalt der Koalition zum Ausdruck brachte. Zwar wünschte auch er, daß der Fraktionsredner im Plenum die ablehnende Kritik der Partei deutlich machen sollte, doch warnte er vor einer Isolierung der Fraktion bei der Abstimmung. Zudem bezweifelte er, »daß die große Verwaltungsreform in absehbarer Zeit« kommen werde. Angesichts der kontroversen Standpunkte setzte die Fraktion einen Ausschuß ein, bestehend aus den Abgeordneten *Grefßler*, *Falk*, *Merten*, *Schmiljan* und *Kniest*, der die einzelnen, mit der Städteordnung verbundenen Fragen einer Klärung zuführen sollte.⁴¹

Als die zweite Lesung des Zentrumsantrags auf Annahme eines Entwurfs für eine Preußische Landgemeindeordnung im Juni 1927 begann, hatte sich an der ablehnenden Haltung der Fraktion wenig geändert.⁴² Auch die Überredungskünste der Regierungsvertreter, Staatssekretär Wilhelm *Abegg* und Oberregierungsrat Ernst Graf *Hardenberg*, zeitigten keinen Erfolg.⁴³ Wie zu erwarten war, fand sich im Landtag, in dem die Regierungsparteien SPD, Zentrum und DDP nur über 222 von insgesamt 450 Sitzen verfügten, keine Mehrheit für die Städte- und Landgemeindeordnung.⁴⁴

Übereinstimmung herrschte lediglich in der Beseitigung der dringendsten Notstände. So brachten die Regierungsparteien einen Antrag auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts ein, der im Kern auf die Auflösung der Gutsbezirke zielte. In Preußen bestanden 1927 noch etwa

³⁸ Vgl. Dok. Nr. 485.

³⁹ Vgl. MÖLLER, *Parlamentarismus*, S. 476.

⁴⁰ Vgl. Dok. Nr. 529.

⁴¹ Vgl. Dok. Nr. 530 und 532. Die Städte- und Gemeindeordnung beschäftigte die Fraktion erneut am 20. April 1926. Doch über die Einzelheiten der Diskussion schweigt das Protokoll. Es beschränkt sich darauf, den Fraktionsbeschluß, der die Notwendigkeit der Erhaltung der Bürgermeisterverfassung im Westen zum Ausdruck brachte, festzuhalten. Vgl. Dok. Nr. 540.

⁴² Vgl. Dok. Nr. 601. Am 20. Juni 1927 wurden die Ausschußbeschlüsse diskutiert. Vgl. Dok. Nr. 614.

⁴³ Vgl. Dok. Nr. 615.

⁴⁴ Vgl. MÖLLER, *Parlamentarismus*, S. 482–486.

12000 Gutsbezirke mit etwa 1,5 Millionen Bewohnern. Es handelte sich um letzte feudale Bastionen, in denen der Gutsbesitzer in seiner Eigenschaft als ein vom Landrat und Kreisausschuß bestätigter Amtsvorsteher die Polizeigewalt im Gutsbezirk ausübte und damit öffentlich-rechtliche Aufgaben wahrnahm. Den Einwohnern dieser Gutsbezirke, die der obrigkeitlichen Gewalt der Gutsbesitzer unterstellt waren, blieben auf lokaler Ebene politische Mitspracherechte versagt. Mit der Auflösung dieser Gutsbezirke sollten allerdings nicht nur diese feudalen Verwaltungsstrukturen demokratisiert, sondern auch die Verwaltung durch die Zusammenlegung der zahlreichen Klein- und Zwergbezirke zu leistungsfähigen Verwaltungseinheiten rationaler und effizienter gestaltet werden.⁴⁵

Die Forderung nach Aufhebung der Gutsbezirke war derart verbreitet, daß eine größere Diskussion über diesen Punkt nur in der Fraktionssitzung vom 2. Dezember 1927 stattfand, auf der die Frage der Festsetzung des Termins für die Gemeindevorwahlen besprochen wurde.⁴⁶ Mit dem Gesetz über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts vom 27. Dezember 1927 wurden schließlich die Gutsbezirke in Preußen aufgelöst und entweder mit Land- oder Stadtgemeinden zusammengelegt oder mit anderen Gutsbezirken zu einer neuen Gemeinde vereinigt. Insgesamt wurde mit dieser Reform ein wichtiger Demokratisierungsschub erreicht und ein wesentlicher Beitrag zur Rationalisierung der Verwaltung geleistet.⁴⁷

Dieser letzte Gesichtspunkt sollte auch bei der kommunalen Neuordnung des rheinisch-westfälischen Industriebezirks und des Rhein-Main-Gebiets sowie der Neuregelung des Eingemeindungsrechts und der Vereinheitlichung des Verwaltungs- und Polizeiverwaltungsrechts im Vordergrund stehen.⁴⁸ Auch das Groß-Berlin-Gesetz ist in diesem Kontext zu sehen.⁴⁹

3. Die Finanz- und Wirtschaftspolitik

Die Finanz- und Wirtschaftspolitik nahm in den Sitzungen der Landtagsfraktion der DDP einen breiten Raum ein. Dies lag nicht nur an der Bedeutung dieser Politikfelder, sondern auch an der Tatsache, daß die Partei lange Jahre über das Handels- und Finanzministerium verfügte. So amtierten Otto *Fischbeck* von Oktober 1918 bis November 1921 und Walther *Schreiber* vom Februar 1925 bis März 1933 als Handelsminister sowie Hermann *Höpker Aschoff* vom Februar 1925 bis zum Oktober 1931 als Finanzminister.

⁴⁵ Zu den Gutsbezirken vgl. MÖLLER, *Parlamentarismus*, S. 474; Christian ENGELI/Wolfgang HAUS (Hrsg.), *Quellen zum modernen Gemeindeverfassungsrecht in Deutschland*, Stuttgart u.a. 1975; Fritz STIER-SOMLO, *Handbuch des kommunalen Verfassungsrechts in Preußen*, Mannheim u.a. 1928. Nach der ersten Lesung am 6. Dezember 1927 wurde er dem 21. Ausschuß überwiesen und schließlich am 12. Dezember in zweiter und dritter Lesung angenommen. Vgl. Dok. Nr. 631.

⁴⁶ Vgl. Dok. Nr. 631.

⁴⁷ Vgl. MÖLLER, *Parlamentarismus*, S. 473–493; MÖLLER, *Die Verwaltung in den Ländern – Preußen*, hier S. 555 f. Der damalige sozialdemokratische Innenminister Albert *Grzesinski* kritisierte in seinen Erinnerungen Finanzminister *Höpker Aschoff*, der, da er die aus der Auflösung der staatlichen Gutsbezirke entstehenden Kosten nicht tragen wollte, durch seinen inhaltenden Widerstand im Kabinett die Durchführung des Gesetzes verschleppt hätte. GRZESINSKI, S. 195.

⁴⁸ Vgl. SCHULZE, Braun, S. 578; MÖLLER, *Parlamentarismus*, S. 491–493; MÖLLER, *Die Verwaltung in den Ländern – Preußen*, S. 540–557, hier S. 556.

⁴⁹ Zum Groß-Berlin-Gesetz vgl. Dok. Nr. 86, 90, 99, 101, 102, 121 und 154–157.

Der Finanzpolitik oblag es, die Lasten des verlorenen Krieges gerecht zu verteilen und die wachsenden staatlichen Leistungen mit dem finanziell Möglichen in Einklang zu bringen. Dies erzwang eine Neuregelung der Finanzverfassung und damit verbunden die Schaffung eines Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Mit der Finanzreform des Reichsfinanzministers Matthias *Erzberger* wurde 1919 die Finanzverfassung des Reichs auf eine neue Grundlage gestellt. War das Reich im Kaiserreich Kostgänger der Einzelstaaten gewesen, da es im wesentlichen nur über die indirekten Steuern und die Zolleinnahmen gebot und zur Deckung der Ausgaben auf die Zuschüsse der Gliedstaaten angewiesen war, kehrte sich dieses Verhältnis nach 1919 um.⁵⁰

Bereits die Weimarer Reichsverfassung hatte dem Reich in Artikel 8 die Steuerhoheit auf dem Gebiet der Steuerrechtssetzung übertragen. Im Einklang mit Artikel 83, der die Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern Reichsbehörden übertrug, wurde im September 1919 eine einheitliche Reichsfinanzverwaltung geschaffen. Die direkten Steuern wurden dem Reich unterstellt und mit der drastischen Anhebung des Spitzensatzes der stark progressiv gestalteten Einkommenssteuer von vier auf sechzig Prozent ausgebaut. Neben der Einkommens- und Körperschaftssteuer erhielt das Reich die Kapitalertrags-, Grunderwerbs-, Erbschafts- und Umsatzsteuer. Den Gemeinden wurde das Recht, Zuschläge zur Einkommenssteuer zu erheben, genommen. Mit diesem Zuschlagsrecht hatten die Gemeinden bisher über eine wichtige Einnahmequelle verfügt, die ihnen eine gewisse finanzpolitische Autonomie, ein Stück Unabhängigkeit verliehen hatte. Die Höhe der Zuschläge hatte allerdings je nach Wirtschaftskraft der Kommunen erheblich in einer Spannweite zwischen annähernd Null und 300 Prozent differiert, so daß Bürger mit vergleichbarem Einkommen im Reich unterschiedlich hart belastet worden waren.⁵¹

Mit der Reform der Finanzverfassung wurde auch eine Neuordnung des Verhältnisses zwischen Reich, Ländern und Gemeinden notwendig. Das Landessteuergesetz vom 30. März 1920 verteilte die Abgaben auf die verschiedenen Gebietskörperschaften und regelte die Zuständigkeiten der Länder und Kommunen in der Steuergesetzgebung. Es verpflichtete diese zur Erhebung bestimmter Steuern, wie der Grund-, Gewerbe- und Vergnügungssteuer, und sprach ihnen bestimmte Anteile an den wichtigsten Steuerarten zu. So wurden Länder und Gemeinden am Aufkommen der Einkommens- und Körperschaftssteuer mit jeweils zwei Dritteln, an der Grunderwerbssteuer mit 50, der Erbschaftssteuer mit 20 und an der Umsatzsteuer mit 15 Prozent beteiligt. Die Länder wurden nun zu »Kostgängern des Reichs«. Wichtig war, daß das Gesetz erstmals auch einen Finanzausgleich zwischen den Ländern vorsah, durch den die strukturschwachen Länder Überweisungen aus der Reichskasse erhalten sollten. Gleichzeitig wurden die Länder aufgefordert, einen Finanzausgleich zwischen den Gemeinden zu schaffen.⁵²

Diese 1920 getroffene Finanzausgleichsregelung konnte keine Seite richtig zufrieden stellen und stieß vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krisen und der sich ver-

⁵⁰ Zur Reichsfinanzreform *Erzbergers* vgl. ULLMANN, S. 101–105; EPSTEIN, S. 378 f.; ADERS, S. 55 f.; HOLTFRERICH, Rüstung, S. 206–208; SCHULZE, Steuerpolitik, S. 210–212; Gabriele HÖFLER, *Erzbergers Finanzreform und ihre Rückwirkungen auf die bundesstaatliche Struktur des Reiches vorwiegend am Bayerischen Beispiel*, Diss. Freiburg 1955.

⁵¹ Vgl. auch Dieter REBENTISCH, *Kommunalpolitik, Konjunktur und Arbeitsmarkt in der Endphase der Weimarer Republik*, in: Rudolf Morsey (Hrsg.), *Verwaltungsgeschichte. Aufgaben, Zielsetzungen, Beispiele*, Berlin 1977, S. 107–157, hier S. 108.

⁵² Zu den Beratungen über das Ausführungsgesetz zum Landessteuergesetz vgl. Dok. Nr. 165, 176, 195, 206, 207, 213 und 217. Vgl. auch ADERS, S. 56 f.; THIERAUF, S. 43 ff.; MENGES, S. 184–228, S. 230–252.

schlechternden Länder- und Gemeindefinanzen rasch auf Kritik. Die Klagen über die finanzielle Abhängigkeit Preußens vom Reich und die daraus erwachsenden Probleme rissen nicht ab.⁵³

Mehrmals mußte der Finanzausgleich deshalb in den folgenden Jahren geändert werden, ohne daß allerdings eine endgültige Regelung gefunden werden konnte. Dies mag unter anderem daran gelegen haben, daß während der Weimarer Republik eine umfassende Reichsreform, die die Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern geklärt und neu geordnet hätte, nicht zustande kam. Zudem stand die Ungewißheit über die Gesamtbelastung des Reichs durch die Reparationen lange Zeit einer definitiven Lösung im Wege. So behalf man sich vor 1933 mit Provisorien, die nie zur vollen Zufriedenheit aller funktionierten und nach kurzer Zeit wieder neu verhandelt werden mußten. Die Auseinandersetzungen um den Finanzausgleich belasteten letztlich in nicht unerheblichem Maße die Beziehungen zwischen Reich und Ländern.⁵⁴

In der demokratischen Fraktion, die im Oktober 1922 die mit dem Finanzausgleich verbundenen Probleme besprach, wurde besonders auf die Finanznot der Gemeinden eingegangen. Da der Landesgesetzgebung die Festsetzung der kommunalen Beteiligung an den Überweisungssteuern oblag, war das Bestreben, die Gemeindeanteile möglichst niedrig anzusetzen, naheliegend.⁵⁵ In der Fraktion wurde insbesondere Kritik an der komplizierten Verteilung der den Ländern und Gemeinden zustehenden Steueranteile geübt. Anlässlich der Beratungen des Ausführungsgesetzes zum Reichsfinanzausgleichsgesetz vom Juni 1923 sprach sich deshalb der finanzpolitische Sprecher der Partei, Hermann *Höpker Aschoff*, für eine Vereinfachung der Steuerverteilung aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Reich »in absehbarer Zeit eine gründliche Reform des gesamten Steuerwesens durchführen« werde.⁵⁶

In den folgenden Jahren kreiste die Diskussion vor allem um den Paragraphen 35 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG), der den strukturschwachen Ländern einen Mindestanteil an der Einkommens- und Körperschaftssteuer garantierte. Sollte das Steueraufkommen eines Landes hinter seinem prozentualen Anteil an der Reichsbevölkerung um mehr als 20 Prozent zurückbleiben, hatte es Anspruch auf Ausgleichszahlungen bis zu dieser Höhe aus einem sich aus den Reichseinnahmen aus der Einkommenssteuer speisenden Fonds.⁵⁷

Der preußischen Regierung war der Paragraph 35 FAG ein Dorn im Auge, da sie die überdurchschnittlich finanzschwachen Länder auf Kosten des Reichs und damit der übrigen Länder stärkte und letztlich dafür sorgte, daß im Grunde nicht lebensfähige Länder künstlich in ihrer staatlichen Unabhängigkeit erhalten wurden. Nutznießer dieser Bestimmung waren 1929 die Länder Anhalt, Lippe und Schaumburg-Lippe, die beiden Mecklenburg, Oldenburg und Bayern. Als Protagonisten einer umfassenden Reichsreform forderten deshalb Otto *Braun* und sein Finanzminister Hermann *Höpker Aschoff* im Vorfeld der Beratungen über die Finanzausgleichsnovelle zu Beginn des Jahres 1929

⁵³ So Rudolf *Oeser* in der Fraktionssitzung vom 25. Januar 1922, Dok. Nr. 292.

⁵⁴ Vgl. HEINDL, S. 76–124; WYSOCKI, S. 125–128; MENGES, S. 250–252, 272–293, 334–358.

⁵⁵ Vgl. Dok. Nr. 337.

⁵⁶ Vgl. Dok. Nr. 394. Vgl. die Rede des Abg. Dr. *Höpker Aschoff* (DDP) als Berichterstatter während der zweiten und dritten Lesung des Entwurfs in der 274. Sitzung am 11. Oktober 1923, in: SBpLT 1921/24, Bd. 14, Sp. 19546–19552, ferner Sp. 19572–19575, 19578, 19585.

⁵⁷ Vgl. ADERS, S. 93–99; MENGES, S. 357; Friedrich Karl SURÉN, Preußischer Finanzausgleich. Kommentar zum Preußischen Ausführungsgesetz zum Reichsfinanzausgleich. In der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Mai 1927, Berlin 1927.

die Streichung des Paragraphen 35. Damit hoffte man auch, dem Anschluß der kleineren norddeutschen Staaten an Preußen nachhelfen zu können.⁵⁸

Mit der Forderung nach Streichung des Paragraphen 35 vermochte sich Preußen nicht durchzusetzen. Dennoch wurde durch die neue Übergangsregelung des Finanzausgleichs, die durch die Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 in Kraft gesetzt wurde, der 1927 auf 33 Prozent erhöhte Ergänzungsanspruch der Länder nach Paragraph 35 auf 20 Prozent der Landesanteile gesenkt.⁵⁹ Da auch diese Neuordnung nur ein Provisorium geschaffen hatte, blieb das Problem eines gerechten Ausgleichs der Finanzbeziehungen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden weiter aktuell.⁶⁰

Während der Weimarer Republik stieg die Steuerbelastung infolge der Bewältigung der Kriegsfolgenlasten und der Übernahme neuer sozialer und ökonomischer Aufgaben und Verpflichtungen signifikant an. Betrug der Anteil der Steuern am Volkseinkommen im Jahre 1913 noch 9,7 Prozent, lag er 1925 bereits bei 18,1 Prozent und hatte sich damit fast verdoppelt.⁶¹ Bestehende Steuern wurden ausgebaut, ihre Hebesätze teilweise drastisch erhöht und neue Steuerarten zur Finanzierung eines sich erweiternden staatlichen Aufgabenfeldes geschaffen. So wurde zur Förderung des Wohnungsbaus im Jahre 1924 die sogenannte Hauszinssteuer geschaffen.

Diese Steuer wurde zum Ausgleich der Entlastung, die Hausbesitzer und die durch die Mietgesetzgebung geschützten Inhaber von Mietwohnungen durch die Entwertung der sie belastenden Geldschulden infolge der Inflation erhalten hatten, eingeführt. Mit der Hauszinssteuer sollte der Wohnungsbau, der durch Krieg und Revolution zum Erliegen gekommen war, angekurbelt werden. Die Steuer wurde als Zuschlag zur bestehenden Grundsteuer erhoben. Bemessungsgrundlage war die sog. gesetzliche Miete, die in Preußen seit 1919 festgesetzt und von 1924 bis 1926 von 30 auf 100 Prozent, bis 1931 auf 133 Prozent der Friedensmiete angehoben wurde. Das Reich schrieb Unter- und Obergrenzen der Anteile des Hauszinssteuerertrages vor, die für den Wohnungsbau (Mindestanteil 1925: 10, 1926/27: 15, ab 1927: 20 Prozent) und den allgemeinen Finanzbedarf herangezogen werden konnten. Innerhalb dieser Grenzen konnten die Länder die Anteile selbst bestimmen.⁶²

Die Notwendigkeit einer staatlichen Wohnungsbaupolitik wurde auch in der DDP-Fraktion gesehen. Eine freie Wohnungswirtschaft, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Walther *Schreiber*, sei angesichts gestiegener Baukosten, fehlender Kredite und zu erwartender drastischer Mietsteigerungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich. »Der Wohnungsbau kann nur durch eine staatliche Organisation in Gang gebracht werden.« Dafür müßten sofort Mittel flüssig gemacht werden, auch sei der Mieterschutz weiterhin notwendig. In der Debatte herrschte Einigkeit darüber, sich bei

⁵⁸ Vgl. SCHULZE, Braun, S. 599–601. Vgl. auch Dok. Nr. 695.

⁵⁹ Vgl. ADERS, S. 161; SCHULZE, Braun, S. 691 f.

⁶⁰ Vgl. Dok. Nr. 769, 770 und 788.

⁶¹ HOLTFRERICHS, Rüstung, S. 208.

⁶² Vgl. MÖLLER, Parlamentarismus, S. 493–497; ADERS, S. 99–103; allgemein zum Problem des öffentlichen Wohnungsbaus vgl. WITT; Michael RUCK: Die öffentliche Wohnungsbaufinanzierung in der Weimarer Republik. Zielsetzungen, Ergebnisse, Probleme, in: Massenwohnung und Eigenheim. Wohnungsbau und Wohnen in der Großstadt seit dem Ersten Weltkrieg, hrsg. von Axel Schildt und Arnold Sywottek, Frankfurt/M., New York 1988, S. 150–200; Friedrich Karl SURÉN (Ministerialrat im preußischen Innenministerium), Die Hauszinssteuer in Preußen (Preußische Verordnung zur Ausführung der 3. Steuernot-Verordnung des Reiches – Preußische Steuernot-Verordnung vom 1.4.1924...), Berlin 1924.

der Festlegung des Wohnungsbauanteils des Hauszinssteuerertrags an der Untergrenze von zehn Prozent zu orientieren.⁶³

Anfang 1926 legte Finanzminister *Höpker Aschoff* einen Entwurf zur Änderung der Preußischen Steuernotverordnung vor, der die Hauszinssteuer auf 40 Prozent der Friedensmiete festlegte, von denen 24 Prozent für den Finanzbedarf und 16 Prozent für den Wohnungsbau vorgesehen waren. Einen Hauptstreitpunkt innerhalb der Koalition stellte die im Regierungsentwurf vorgesehene und vor allem von der SPD monierte Befreiung der Landwirtschaft und die damit verbundene Benachteiligung der Großstädte dar.⁶⁴ In der Fraktion waren die Meinungen über eine Heranziehung der Landwirtschaft geteilt.⁶⁵ Nachdem im Hauptausschuß die Befreiung der Landwirtschaft gestrichen worden war und das Zentrum in der zweiten Lesung die Wiederherstellung der Regierungsvorlage beantragte, mußte den demokratischen Abgeordneten die Abstimmung frei gestellt werden, da eine Einigung über diese Frage nicht erzielt werden konnte.⁶⁶ Der Antrag wurde schließlich in der zweiten Lesung mit den Stimmen der großen Mehrheit der Zentrumsfraktion, der Rechtsparteien und fünf Demokraten angenommen.⁶⁷

Klärungsbedarf bestand auch in der Frage der Höhe der gesetzlichen Miete im Verhältnis zur Friedensmiete und der Aufteilung der auf Wohnungsbau und Finanzbedarf zu entfallenden Anteile.⁶⁸ Da die innerhalb der Regierung herrschenden Differenzen nicht beigelegt werden konnten, fand der Regierungsentwurf in der entscheidenden Abstimmung in der dritten Lesung am 26. März 1926 keine Mehrheit. Nachdem ein am folgenden Tag verabschiedetes Gesetz die weitere Erhebung der Hauszinssteuer in Preußen bis zum 1. Juli 1926 verlängerte und den Regierungsparteien eine Atempause verschaffte, wurde schließlich ein modifizierter Gesetzentwurf in Form eines von SPD, Zentrum und DDP eingebrachten Urantrags im Plenum am 2. Juli 1926 angenommen.⁶⁹ Die zwischen den Koalitionsparteien erreichte Einigung sah eine Staffelung der Steuersätze vor, die sowohl gewerblich genutzten Grundstückseigentümern, aber auch einkommenschwachen Einfamilienhausbesitzern zugute kommen sollte. Ferner sollte das Aufkommen aus der Hauszinssteuer nicht mehr im Verhältnis 60:40, sondern jeweils zur Hälfte auf allgemeinen Finanzbedarf und Wohnungsbau entfallen.⁷⁰ Obwohl die überwiegende Mehrheit der Demokraten die Notwendigkeit der Hauszinssteuer sah, machte sich allerdings vor dem Hintergrund der heftigen Agitation der Wirtschaftspartei in der Folgezeit ein gewisses Unbehagen in den Reihen der demokratischen Fraktion breit.⁷¹

⁶³ Dok. Nr. 419; vgl. auch Dok. Nr. 418. Zur Situation der preußischen Finanzen vgl. auch Dok. Nr. 425. Zu den Beratungen der vom Staatsministerium am 1. April 1924 erlassenen Verordnung zur Ausführung der Dritten Steuernotverordnung des Reichs vgl. Dok. Nr. 433, 434, 435 und 437. Als die am 28. März 1925 mit Gesetzeskraft erlassenen Steuernotverordnungen zur Änderung des Preußischen Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz sowie der Preußischen Steuernotverordnung im Landtag beraten wurden, wurden diese Themenkreise erneut in der Fraktion behandelt. Vgl. Dok. Nr. 476, 485 und 507.

⁶⁴ Vgl. MÖLLER, *Parlamentarismus*, S. 493–497.

⁶⁵ Vgl. Dok. Nr. 526.

⁶⁶ Vgl. Dok. Nr. 535 und 536.

⁶⁷ Vgl. MÖLLER, *Parlamentarismus*, S. 494.

⁶⁸ Vgl. Dok. Nr. 533. Vgl. auch Dok. Nr. 536, 537 und 539.

⁶⁹ Vgl. dazu auch Dok. Nr. 545, 550, 554 und 556.

⁷⁰ Vgl. MÖLLER, *Parlamentarismus*, S. 494–497.

⁷¹ Vgl. Dok. Nr. 583. Zur Frage der Hauszinssteuer vgl. auch Dok. Nr. 697, 698 und 787.

Die Haltung der Fraktion zu der 1929 einsetzenden Wirtschaftskrise muß als einigermaßen hilflos umschrieben werden. Durch die Sparpolitik ihrer Finanzminister in Preußen und im Reich trug sie Mitverantwortung für die krisenverschärfende Deflationspolitik *Brünings*, die ihren sichtbaren Ausdruck in dem erschreckend schnellen Anstieg der Arbeitslosenzahlen fand. Das Unbehagen an dieser Entwicklung artikuliert sich 1930 in der Formulierung alternativer Lösungswege, die die in der damaligen Diskussion stehenden Möglichkeiten zu bündeln versuchten. »In einer arbeits- und inhaltsreichen mehrtaegigen Fraktionssitzung«, so erinnerte sich der Fraktionsvorsitzende Bernhard *Falk*, »die wir im Herbst 1930 in Frankfurt a/M abhielten, arbeiteten wir einen grundsatzlichen Antrag (Nr. 5303 der Drucksachen) aus, der folgende Forderungen aufstellte: 1. Moeglichkeit der Vierzigstundenwoche, 2. Einfuehrung eines neunten Schuljahres, 3. Verbot der Zulassung auslaendischer Landarbeiter, 4. Arbeitsdienstpflicht fuer arbeitslose Jugendliche ohne Entgelt. Wie richtig wir gesehen hatten, ergibt sich daraus, daß sich das Wesentliche dieses Antrages spaeter in den Notverordnungen der Reichsregierung wiederfand.«⁷²

Dieser Vorschlag bewegte sich im Rahmen dessen, was in regierungsnahen Kreisen erörtert wurde. Man fühlte sich auch weiterhin wirtschaftsliberalen Vorstellungen verpflichtet und war, gerade vor dem Hintergrund der Inflationserfahrungen, von radikalen Lösungsansätzen, wie einer ausgabenorientierten Arbeitsbeschaffungspolitik, weit entfernt. Grundsätzliche Opposition am Kurs der Reichsregierung kam deshalb nicht auf. Die »Landtagsfraktion steht und stand hinter *Brüning*«, so betonte *Falk* noch im November 1931.⁷³ Als in der Fraktionssitzung vom 25. November 1931 im Beisein von Vertretern der Reichstagsfraktion und der Parteileitung die Gründe für den Aufstieg der radikalen Rechten und die eigenen Mißerfolge erörtert wurden, wurde nur von wenigen Kritik an der Wirtschaftspolitik geübt. So wies der Reichstagsabgeordnete Oscar *Meyer* auf die »eklatante[n] Fehlschläge der wirtschafts- und außenpolitischen Maßnahmen« der Regierung hin, während Adam *Barteld* sich darüber beklagte, daß das »Kabinett *Brüning* [...] sich dauernd heruntergearbeitet [habe] im Vertrauen der Wählerschaft, tatenloses »Stillhalten« nicht länger möglich«. Doch im Grunde schien der eingeschlagene Kurs unvermeidlich und die Richtigkeit der wirtschaftsliberalen Axiome und Theoreme unstrittig zu sein. Ein gewisses Unverständnis über das nicht politisch, sondern nur an seine wirtschaftliche Not denkende Wahlvolk war unüberhörbar.⁷⁴ Die in der Wirtschaftspolitik zum Ausdruck kommende gedankliche Unbeweglichkeit der demokratischen Fraktion und der Partei war fraglos einer der für den Niedergang der Partei wesentlich mitverantwortlichen Gründe.

4. Die Beamtenpolitik und die Demokratisierung der Verwaltung

Einen herausragenden Stellenwert nahm in den Fraktionssitzungen auch die Beamtenpolitik ein. In den dreizehn Jahren gehörte sie zu einem der am häufigsten diskutierten Themen. Zu diesem Themenkreis zählte das Problem der Republikanisierung und De-

⁷² Bernhard FALK, Lebenserinnerungen, in: BA Koblenz, Kl. Erw. Nr. 385, Bl. 199. Vgl. auch Dok. Nr. 775.

⁷³ Dok. Nr. 817. Allerdings hatte *Falk* noch im Mai 1930 die Politik der Regierung *Brüning* scharf kritisiert. Vgl. Dok. Nr. 765, Anm. 2.

⁷⁴ Dok. Nr. 818.

mokratisierung der Verwaltung ebenso wie Fragen der Altersgrenze oder der Besoldungsneuordnungen.

Die Republikanisierung des Beamtenapparats war für die junge Republik unverzichtbar, wollte sie über ein zuverlässiges Machtinstrument verfügen. Bereits der Erlass der preußischen Regierung vom 26. Februar 1919, der den monarchisch gesinnten Beamten mit mehr als zehnjähriger Dienstzeit die Möglichkeit einräumte, wegen der »Umgestaltung des Staatswesens« in den Ruhestand zu treten, war dieser Zielsetzung verpflichtet. Doch die Hoffnung, die dezidierten Gegner der Republik zum Ausscheiden bewegen zu können, erfüllte sich nicht. Nur wenige Beamte machten von dieser Option Gebrauch.⁷⁵ Durch die Artikel 129 und 130 der Reichsverfassung waren einer umfassenden Reorganisation der Verwaltung auch enge Grenzen gezogen. So garantierte Artikel 129 den Beamten ihre »wohlerworbenen Rechte«, d. h. neben Gehalt und Pension die Anstellung auf Lebenszeit und damit den Schutz vor willkürlicher Entlassung, während Artikel 130 den Beamten die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit zusicherte. Allerdings konnten die unmittelbaren, der Regierung direkt unterstehenden politischen Beamten, zu denen die Ober-, Regierungs- und Polizeipräsidenten, die Polizeidirektoren, die Landräte und die Vizepräsidenten bei Ober- und Regierungspräsidien zählten, jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden. Dieser Grundsatz wurde noch einmal in der Verordnung vom 26. Februar 1919 bekräftigt.⁷⁶

Von der Notwendigkeit der Republikanisierung und Demokratisierung der Verwaltung war auch die DDP überzeugt. Deshalb befürworteten die Demokraten bei der Besetzung der höheren Verwaltungspositionen auch eine stärkere Berücksichtigung des »Laienelements«, d. h. nicht juristisch geschulter Bewerber und Außenseiter. Doch hielten sie ein fachlich qualifiziertes Beamtentum für die Aufrechterhaltung einer funktionsfähigen Verwaltung für unverzichtbar. So stimmte Rudolf Oeser zwar im März 1919 der Forderung nach Demokratisierung der Verwaltung zu, wandte sich jedoch gleichzeitig entschieden gegen die Ernennung ungeeigneter Persönlichkeiten.⁷⁷ Diese Kritik richtete sich in erster Linie gegen den Koalitionspartner SPD, der wegen seines begrenzten Personalreservoirs bei der Besetzung der führenden Verwaltungspositionen weitgehend auf Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre zurückgreifen mußte.⁷⁸

Im Vergleich zur SPD vermochte die DDP im stärkeren Maße auf ausgebildete Juristen zurückzugreifen, die zumeist ehrenamtlich als Stadtverordnete oder Magistratsmitglieder oder hauptamtlich als Bürgermeister in der Kommunalverwaltung oder als Rechtsanwälte tätig waren. Andererseits konnten der Partei nur wenige Beamte aus der allgemeinen Staatsverwaltung zugerechnet werden, da die meist in Opposition zur Regierung stehenden Linksliberalen im Kaiserreich ebenso wie Sozialdemokraten und Katholiken von höheren Positionen in der Staatsverwaltung ausgeschlossen waren.⁷⁹

Aus dieser Benachteiligung im öffentlichen Dienst resultierte der Wunsch der Linksliberalen nach einer allgemeinen Demokratisierung der Verwaltung. So hatte die DDP wesentlichen Anteil an der am 8. Juli 1920 erfolgenden Verabschiedung der Gesetzes-

⁷⁵ Vgl. RUNGE, S. 57 f.

⁷⁶ Vgl. auch Dok. Nr. 9.

⁷⁷ Dok. Nr. 11. In der Fraktionssitzung vom 27. März 1919 betonte Alexander *Dominicus*, daß die Ernennung ungeeigneter Persönlichkeiten den »Beamtenkörper zerschlagen« würde. Vgl. Dok. Nr. 16.

⁷⁸ Vgl. RUNGE, S. 44–51; SCHULZE, Braun, S. 566–570. Der demokratischen Forderung nach Beschränkung der Auswahl der Beamten auf fachlich geschulte Bewerber lag freilich auch der Wunsch nach einer stärkeren Berücksichtigung eigener Kandidaten zugrunde. Vgl. Dok. Nr. 16 (Oscar Böer). Ferner Dok. Nr. 20, 60 und 92.

⁷⁹ Vgl. WUNDER, S. 93.

novelle über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst.⁸⁰ Nach dem auf Antrag der DDP geänderten Paragraphen 13 konnten außer den Gerichtsassessoren auch solche Personen, die keine Befähigung zum höheren Justizdienst erlangt hatten, in den höheren Verwaltungsdienst aufgenommen werden, wenn sie dafür nach ihrer fachlichen Vorbildung und mindestens dreijähriger Tätigkeit in einem öffentlichen Verwaltungsdienst besonders geeignet erschienen. Waren bislang nur Landräte, die fünf Jahre im Amt gewesen waren, den Assessoren gleichgestellt, konnten nun auch Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, Volksschullehrer oder mittlere Beamte in höhere Verwaltungsstellen berufen werden.⁸¹

Der Republikanisierung der Verwaltung diene *cum grano salis* auch das Gesetz vom 15. Dezember 1920 über die Einführung einer Altersgrenze für Staatsbeamte. Unmittelbare Beamte und Volksschullehrer sollten ebenso wie Richter und Hochschullehrer mit Vollendung des 65. bzw. 68. Lebensjahres in den Ruhestand treten dürfen. Dadurch sollte einer Überalterung der Beamtenschaft vorgebeugt, freie Stellen für die Wartegeldempfänger aus den Abtretungsgebieten geschaffen und Stellenanwärtern neue Perspektiven eröffnet werden. Darüber hinaus sollte das Gesetz aber auch eine Handhabe bieten, um ältere, der Monarchie verpflichtete Beamte aus dem Staatsdienst entfernen zu können. Nach Verabschiedung des Gesetzes wurden bis Ende 1922 immerhin insgesamt 2631 Beamte, darunter 800 höhere, zwangsweise in den Ruhestand versetzt.⁸²

In der demokratischen Fraktion war die im Gesetzentwurf vorgesehene Altersgrenze von 65 Jahren nicht unumstritten. So hielt ein Teil der Abgeordneten unter Führung Arthur *Schloßmanns* das Gesetz aus finanziellen Gründen für nicht vertretbar und plädierte deshalb, ebenso wie das Zentrum und die Rechtsparteien, für eine Heraufsetzung der Ruhestandsgrenze auf 68 bzw. 70 Jahre. Auch wurde die Ausdehnung des Gesetzes auf weitere Beamtengruppen, wie die Gemeindebeamten, entschieden abgelehnt. Doch die Fraktionsmehrheit wollte sich nicht gegen eine derart populäre Maßnahme stellen. Vielmehr faßte die Fraktion, einem Antrag Georg *Schümers* folgend, den Beschluß, das Gesetz auch auf Lehrer an höheren und mittleren Gemeindeschulen auszudehnen. Auf Vorschlag Adam *Bartelds* sollte auch die Einbeziehung der Kommunalbeamten durch Orts- oder Provinzialstatut ermöglicht werden.⁸³

Die Notwendigkeit der Demokratisierung und Republikanisierung der Verwaltung wurde durch den Kapp-Putsch vom März 1920 offenkundig. Die Umbesetzung des Beamtenapparats, die bis zu diesem Zeitpunkt nur schleppend vorangekommen war, wurde von der preußischen Regierung nun forciert betrieben.⁸⁴ In die Kritik geriet in jenen Tagen auch die Amtsführung der demokratischen Minister *Fischbeck* und *Oeser*, denen von Seiten der Sozialdemokraten vorgeworfen wurde, ihren konservativen Beamtenapparat weitgehend intakt gehalten zu haben.⁸⁵ Aber die Demokraten gaben nicht klein bei. Im Zuge der dem Putsch folgenden Regierungsumbildung gelang es ihnen, ihre Positionen in der Regierung zu behaupten.⁸⁶ Selbstbewußt traten die Demo-

⁸⁰ Vgl. auch Dok. Nr. 163. Ferner PIKART, *Preussische Beamtenpolitik*, hier S. 126 f.

⁸¹ Vgl. RUNGE, S. 58; PIKART, *Beamtenpolitik*, 1958, S. 126 f.

⁸² Vgl. RUNGE, S. 58.

⁸³ Dok. Nr. 196. Zum Dienstatersgesetz vgl. auch Dok. Nr. 166, 179, 193, 196–198.

⁸⁴ Vgl. RUNGE, S. 121–134; WUNDER, S. 122.

⁸⁵ Vgl. Dok. Nr. 147. *Fischbeck* verwies gegenüber der Fraktion auf die mangelnden rechtlichen Handhaben, um antirepublikanische, »überständige« Beamte entfernen zu können.

⁸⁶ Am 27. März 1920 konnte *Dominicus* die Fraktion darüber unterrichten, daß die Sozialdemokraten die Bedenken gegen *Fischbeck* und *Oeser* fallen gelassen hätten. Vgl. Dok. Nr. 149.

kraten auch bei der Umbesetzung der höheren Verwaltung ihrem Koalitionspartner gegenüber und lehnten es ab, sich ohne weiteres den sozialdemokratischen Personalvorschlägen zu beugen, verwahrten sich zudem gegen den anmaßenden Ton, den die Sozialdemokraten in den Verhandlungen zu führen begannen.⁸⁷ Die Partei vermochte letztlich erfolgreich im Zuge der Personalmaßnahmen ihre Parteigänger unterzubringen. Dies betraf das Oberpräsidium von Ostpreußen sowie die Regierungspräsidien von Minden, Gumbinnen, Magdeburg und Erfurt.⁸⁸

Die Beamtenpolitik spielte während der sechseinhalbmonatigen Amtszeit des preußischen Innenministers Alexander *Dominicus* im Jahre 1921 eine zentrale Rolle. *Dominicus*, der nach den preußischen Landtagswahlen am 21. April 1921 in das Minderheitskabinett *Stegerwald* (Z) berufen wurde⁸⁹, war von Anfang an darauf bedacht, bei den Stellenbesetzungen regulär vorgebildeten Laufbahnbeamten den Vorzug vor Außenseitern zu geben und sich mit dem Ziel der Bildung eines homogenen Verwaltungskörpers an den überkommenen Einstellungskriterien zu orientieren.⁹⁰

In den Tagebüchern des Innenministers finden sich zahlreiche abfällige und despektierliche Bemerkungen über sozialdemokratische Außenseiter, die zum einen Aufschluß geben über Stil, Auftreten und Selbstverständnis der neuen Amtsinhaber, zum anderen aber auch die ihnen von alten Karrierebeamten entgegengebrachte ostentative Geringschätzung reflektieren.⁹¹ Freilich hatte der dem rechten Flügel seiner Partei angehörende *Dominicus* ohnehin keine gute Meinung vom sozialdemokratischen Führungspersonal. Die »Sozen«⁹², wie er sie gerne nannte, seien zwar »ordentliche Leute«, aber eben doch »Kleinbürger, ohne jede Möglichkeit der Beherrschung ihrer Ressorts«, die in ihren Ministerien gerade mal »bis zur zweiten Tür sehen« könnten.⁹³ Die sozialdemokratischen Politiker erschienen ihm zudem »unglaublich ungebildet und inferior.«⁹⁴

Auch *Dominicus* erkannte die Notwendigkeit der Schaffung eines loyalen, republikanischen Beamtenapparats. Doch sollte dieser Wechsel im Personal der inneren Verwaltung nicht überstürzt erfolgen, sondern einen allmählichen und langfristigen Prozeß darstellen, bei dem aus Rücksicht auf die Funktionsfähigkeit und Homogenität der Verwaltungsmaschinerie von den jeweiligen Stelleninhabern auch weiterhin ein hohes

⁸⁷ Vgl. Dok. Nr. 159. In der Fraktionssitzung vom 26. März 1920 sprach sich die Fraktion für die Berufung eines Staatskommissars für die Aufgaben der Verwaltungs- und Personalfragen im Innenministerium aus. Vgl. Dok. Nr. 147.

⁸⁸ Vgl. RUNGE, S. 133 f.; STANG, S. 340–352, 400–406.

⁸⁹ Die preußische Landtagsfraktion wünschte für diesen Posten ursprünglich Eugen *Schiffer*. Vgl. den Tagebucheintrag von *Dominicus* zum 21. April 1921, in: Landesarchiv Berlin, NL *Dominicus*, E. Rep. 200–41, Nr. 26, S. 1.

⁹⁰ Vgl. MÜLLER, *Dominicus*, S. 100–106. Andererseits muß hervorgehoben werden, daß *Dominicus* den von seinem sozialdemokratischen Amtsvorgänger *Severing* kommissarisch eingesetzten Landräten seine Bestätigung nicht versagte. Vgl. STANG, S. 334–337.

⁹¹ So registrierte *Dominicus* kaum eine Woche nach Amtsantritt in einer Mischung aus Amüsement und Spott den Besuch des Bielefelder Landrats Franz *Stammer*, eines früheren Friseurs, der ihm stolz berichtete, wie er die Geschäfte meistern würde. Vgl. den Tagebucheintrag vom 27. April 1921, in: Landesarchiv Berlin, NL *Dominicus*, E. Rep. 200–41, Nr. 6, S. 4.

⁹² Vgl. beispielsweise den Tagebucheintrag vom 24. März 1920, in: ebd., Nr. 6.

⁹³ Vgl. den Tagebucheintrag vom 10. Mai 1921, in: ebd., Nr. 26, S. 9f.

⁹⁴ Vgl. das Tagebuch von *Dominicus* über seine Reise nach Weimar am 5. Juli 1919, auf der er von mehreren Sozialdemokraten unter Führung von *Leinert* und *Gräf* begleitet wurde. Der Präsident der Landesversammlung *Leinert* machte auf ihn einen »uranständigen Eindruck, ist auch wohl der klügste von diesen Leuten.« Ebd., Nr. 24, Zitat S. 1.

Maß an Fachkenntnis erwarten werden mußte.⁹⁵ Entscheidend war mithin nicht nur die Berufung neuer republikanischer Kräfte, sondern auch, und vielleicht wichtiger noch, die »Versöhnung der alten Beamten mit dem neuen Staate.«⁹⁶

Von der Übernahme des preußischen Innenministeriums durch einen Sozialdemokraten befürchtete *Dominicus* Schlimmes. Am 26. September 1921 notierte er über ein Gespräch mit seinem Parteifreund Eugen *Schiffer*, daß beide sich einig »in der Gefahr der Zerschlagung der preussischen Verwaltung und der Schupo«, der Schutzpolizei, gewesen seien, »die zurzeit in der Übertragung des Ministeriums des Innern an einen Sozialdemokraten liege, noch dazu nachdem *Severing*« auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Görlitz »sich so energisch für die radikale Demokratisierung der Verwaltung ausgesprochen hat.«⁹⁷

Nicht nur in der SPD, sondern auch in der eigenen Fraktion stieß die Personalpolitik von *Dominicus* auf eine sich immer deutlicher und häufiger artikulierende Kritik.⁹⁸ Bereits am 11. Mai wurden bei der Besprechung der politischen Verhältnisse in Pommern Stimmen laut, die das Erfordernis einer weiteren Republikanisierung der Verwaltung unterstrichen. Hintergrund war das Verhalten des konservativen Oberregierungsrats *Höhnen*, der gegen seinen direkten Vorgesetzten, den demokratischen Oberpräsidenten Julius *Lippmann*, schroff Stellung bezogen hatte. In der Diskussion ließ *Dominicus* keinen Zweifel über die in der Personalpolitik von ihm gesetzten Prioritäten. Er werde nur sachlich geeignete Stellenanwärter berücksichtigen können, da die innere Verwaltung durch die Ernennung von Parteileuten »ernsthaft gefährdet« würde.⁹⁹

Bei der neuerlichen Besprechung von Personalfragen im Juni stieß der Innenminister mit seiner Politik noch auf Verständnis, die Bedeutung von Qualifikationsbedingungen und die einer konsequenten Personalpolitik entgegenstehenden verfassungsrechtlichen Probleme wurden betont.¹⁰⁰ Doch die sich allein an der fachlichen Qualifikation der Bewerber orientierende Beamtenpolitik traf in der Fraktion auf wachsendes Unbehagen.¹⁰¹ Ende September mußte schließlich gar eine Beschwerde der Hannoveraner Parteileitung über die dortigen Stellenbesetzungen besprochen werden.¹⁰² Die Kritik sollte nicht mehr verstummen.

»In der Fraktion des Landtags«, schrieb *Dominicus*, »andauernde Philippiken für oder gegen die Personalpolitik von mir.«¹⁰³ So bestritt sein Fraktionskollege Walther *Schreiber* »die Richtigkeit der Methode *Dominicus*, durch Nachsicht und vorsichtiger Behandlung die Beamenschaft zu gewinnen. Entgegenkommen wird als Schwäche gedeut-

⁹⁵ Vgl. die Rede von Alexander *Dominicus* am 15. Juli 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 3, Sp. 3495–3501.

⁹⁶ So *Dominicus* in der Fraktionssitzung vom 29. September 1921. Vgl. Dok. Nr. 264.

⁹⁷ Vgl. die Tagebucheintragung vom 26. September 1921, in: Landesarchiv Berlin, NL *Dominicus*, E. Rep. 200–41, Nr. 26, S. 48 f., hier S. 48; vgl. auch die Eintragung vom 29. September 1921, in: ebd., S. 51 f.

⁹⁸ Vgl. Dok. Nr. 247, 250, 255, 256, 264 und 265. Zu der aus den Reihen der SPD vorgetragenen Kritik vgl. den Artikel der Sozialistischen Korrespondenz für In- und Ausland vom 18.10.1921, in: Landesarchiv Berlin, NL *Dominicus*, E. Rep. 200–41, Nr. 25. Der spätere sozialdemokratische Albert *Grzesinski* stieß sich an dem selbstgefälligen Auftreten von *Dominicus* (»mehr eitel als Demokrat«). GRZESINSKI, S. 180.

⁹⁹ Vgl. Dok. Nr. 243; ferner auch Dok. Nr. 242.

¹⁰⁰ Vgl. Dok. Nr. 250; ferner auch Dok. Nr. 247.

¹⁰¹ Vgl. Dok. Nr. 255.

¹⁰² Vgl. Dok. Nr. 264; ferner die Tagebucheintragung von *Dominicus* vom 29. September 1921, in: Landesarchiv Berlin, NL *Dominicus*, E. Rep. 200–41, Nr. 26, S. 51 f.

¹⁰³ Vgl. die Tagebucheintragung vom 30. September 1921, in: ebd., S. 53.

tet.« Die höheren Beamten würden ihrer Pflicht, den Staat zu schützen, nicht gerecht werden. Andere Fraktionsmitglieder pflichteten *Schreiber* bei. Nur wenige Abgeordnete sprangen *Dominicus* zur Seite.¹⁰⁴

Auch im Preußischen Landtag mußte sich der Innenminister Mitte Oktober 1921 heftiger Kritik erwehren. Die SPD hatte eine Große Anfrage eingebracht, in der Beschwerde über die einseitige Bevorzugung von regulären Laufbahnbeamten geführt wurde, die die in der Vergangenheit erzielten Fortschritte bei der Demokratisierung der Verwaltung wieder zunichte machen würde.¹⁰⁵ Mit dieser Interpellation versuchten die Sozialdemokraten allerdings auch, die eigenen Anhänger von der Notwendigkeit eines erneuten Eintritts in die preußische Regierung, der sie seit Anfang des Jahres nicht mehr angehörten, zu überzeugen. Für *Dominicus* stellte das Vorgehen der SPD aber auch einen »Schachzug« dar, »um mich in diesem Momente für die Wiederbestätigung im Amte unmöglich zu machen.«¹⁰⁶

Es mag mithin nicht überraschen, daß in den anschließenden Verhandlungen über eine Erweiterung des Minderheitenkabinetts um SPD und DVP zu einer großen Koalition der Stuhl des Innenministers zur Disposition stand.¹⁰⁷ Ende Oktober gab die demokratische Fraktion schließlich dem sozialdemokratischen Druck nach und erklärte sich mit allen gegen vier Stimmen mit der Bildung einer Übergangsregierung und dem Verzicht auf das Innenministerium einverstanden.¹⁰⁸ Da die Fraktion jedoch neben dem Handelsministerium auf ein zweites Ministerium bestand und den parteilosen Kultusminister *Becker* sich nicht anrechnen lassen wollte, Ministerpräsident *Stegerwald* jedoch auf einem einfachen Verzicht der Demokraten auf ihren Innenminister beharrte, erklärte die Fraktion die auf eine Verbreiterung der Regierungsbasis abzielenden Versuche für gescheitert und beschloß, ihre Minister, *Dominicus* und *Fischbeck*, aus der Regierung zurückzuziehen.¹⁰⁹ Dies war das Ende der Regierung *Stegerwald*. Am 5. November wurde der Sozialdemokrat Otto *Braun* zum preußischen Ministerpräsidenten gewählt.

In seinem Tagebuch versuchte *Dominicus* nach seinem Rücktritt, dem Ende seiner »Ministerherrlichkeit«, Bilanz zu ziehen und die Ergebnisse seiner Beamtenpolitik festzuhalten. »In der Personalpolitik im allgemeinen«, so *Dominicus*, »war ich bestrebt, Vertrauen draussen zu gewinnen und den Versuch zu einer friedlichen Zusammenarbeit zwischen alten Verwaltungsbeamten und den neu hereingekommenen outsiders zu machen. Ich gebe mich der Ueberzeugung hin, daß bei einer ruhigen und konsequenten Fortführung dieser Politik es möglich sein würde, einen neuen einheitlichen Verwal-

¹⁰⁴ Vgl. Dok. Nr. 265.

¹⁰⁵ Vgl. Dok. Nr. 271.

¹⁰⁶ Vgl. die Tagebucheintragung von *Dominicus* vom 6. Oktober 1921, in: Landesarchiv Berlin, NL *Dominicus*, E. Rep. 200–41, Nr. 26, S. 55. Ferner die Eintragung vom 14. Oktober 1921, in: ebd., S. 71 f.

¹⁰⁷ Gegen die »Auslieferung des M.d.I. an *Severing*« hatte *Dominicus* allerdings schwere Bedenken und verweigerte deshalb »die freiwillige Niederlegung des Postens auf die Gefahr des Verdachts der Kleberei.« Tagebucheintragung von *Dominicus* vom 28. Oktober 1921, in: ebd., S. 83 f., hier S. 84.

¹⁰⁸ *Dominicus* befand, daß »es der Fraktion angesichts der zu befürchtenden schweren innerpolitischen Kämpfe richtig erscheint, dass ein Sozialdemokrat in dem Ministerium des Innern sitzt.« Bei aller Anerkennung der in der Diskussion angeführten Gründe vermochte *Dominicus* der von der überwiegenden Mehrheit der Fraktion vertretenen Haltung nicht zuzustimmen, da er sie für »unkonsequent [sic] und schädlich« hielt. Tagebucheintragung von *Dominicus* vom 31. Oktober 1921, in: Landesarchiv Berlin, NL *Dominicus*, E. Rep. 200–41, Nr. 26, S. 87 f., hier S. 87. Vgl. auch Dok. Nr. 275.

¹⁰⁹ Vgl. die Tagebucheintragung vom 1. November 1921, in: Landesarchiv Berlin, E. Rep. 200–41, Nr. 26, S. 89–91.

tungsbeamtenstand in Preussen, der wieder von dem alten Staatsdienergeiste erfüllt sein würde und mit den nötigen Kenntnissen ausgerüstet sein müsste, zu schaffen.«¹¹⁰

Die von *Dominicus* in der Beamtenpolitik eingeschlagenen Wege wurden allerdings von dessen Nachfolgern *Severing* und *Grzesinski* rasch verlassen. Die Sozialdemokraten erachteten die Republikanisierung der Verwaltung für prioritär und ordneten dieser Zielsetzung die fachliche Qualifikation der Anwärter unter. Immerhin wurden in der Folgezeit alle Ober-, Regierungs- und Polizeipräsidenten mit Vertretern der Weimarer Koalitionsparteien besetzt und ein Großteil der Landratsämter neu besetzt. Der von den preußischen Oppositionsparteien wiederholt vorgebrachte Vorwurf der »Parteibuchbeamten« und der »Futterkrippenwirtschaft« fand in der Realität allerdings keine Bestätigung, da vor dem sogenannten Preußenschlag des Reichskanzlers Franz v. *Papen* im Juli 1932 nur etwa die Hälfte der politischen Beamten den Weimarer Koalitionsparteien, SPD, Zentrum und DDP, zuzuordnen waren. Insgesamt muß die nach 1921 von den Sozialdemokraten forciert betriebene Personalpolitik gerade mit Blick auf die Amtszeit von *Dominicus* als weitgehend erfolgreich bezeichnet werden, da sie Preußen und dem Reich ein demokratisches Fundament zu geben vermochte.¹¹¹

Die Personalpolitik kam in den Fraktionssitzungen wiederholt zur Sprache. Dabei stand allerdings meist der Wunsch nach einer stärkeren Berücksichtigung demokratischer Bewerber im Vordergrund, ob es sich nun um die Anstellung einer vortragenden Rätin im neu gegründeten Ministerium für Volkswohlfahrt handelte oder um die Besetzung der politischen Beamtenstellen. Insgesamt zeigt ein Blick auf die zahlreichen, den Reihen der DDP entnommenen politischen Beamten den gerade im Vergleich zur Mandatsstärke beträchtlichen Einfluß der Partei auf der Verwaltungsebene und den damit verbundenen Erfolg ihrer Personalpolitik.¹¹² In der Frage der Demokratisierung und Republikanisierung der Verwaltung fiel es der Fraktion, zerrissen zwischen der Einsicht in die Bedeutung der Fachqualifikation der Stellenanwärter und der Notwendigkeit der Schaffung eines zuverlässigen, republikanischen Beamtenkörpers, allerdings schwer eine konsequente Linie zu verfolgen.

5. Die Bildungs- und Kirchenpolitik

Da entsprechend dem deutschen Föderalismus die Bildungs- und Kirchenpolitik weitgehend dem Gestaltungsrecht der deutschen Länder unterlag, zählte sie zu den in den Protokollen behandelten Hauptthemen. Grundlage der Schulpolitik war ein in der Reichsverfassung festgehaltener dilatorischer Formelkompromiß, der letztlich den kleinsten gemeinsamen Nenner darstellte, auf den sich die Weimarer Koalitionsparteien 1919 hatten einigen können. Nach der Verfassung sollte zwar die für alle Bekenntnisse gemeinsame »Simultanschule« Regelschule sein, doch konnte auf Antrag der Erziehungsberechtigten eine konfessionelle oder bekenntnisfreie Schule eingerichtet werden. Eine endgültige Regelung war einem Reichsschulgesetz vorbehalten, das allerdings während der Weimarer Republik trotz wiederholter Anläufe angesichts der widerstreitenden Positionen der beteiligten politischen Kräfte nicht mehr realisiert werden

¹¹⁰ Vgl. die Tagebucheintragung zum 5. November 1921 zum »Schlussakt der Ministerherrlichkeit«, in: ebd., S. 92–96, hier S. 95.

¹¹¹ Vgl. SCHULZE, Braun, S. 564–572; RUNGE, S. 100–156.

¹¹² Vgl. STANG, S. 340–352.

konnte. Damit blieb der für die Bekenntnisschulen günstige schulpolitische Status quo erhalten.¹¹³

Die DDP hatte sich mit ihrer Forderung nach einer reichseinheitlich geregelten, simultanen Staatsschule nicht durchsetzen können und die Entscheidung in der Hoffnung auf eine später vorteilhaftere parlamentarische Situation vertagt.¹¹⁴ Innerhalb dieses verfassungsrechtlichen Rahmens versuchte die Partei gleichwohl, das Schulwesen modernen, bildungspolitischen Ansprüchen anzupassen.

Die Schulpolitik beschäftigte die Preußische Landesversammlung bereits im März 1919, als eine parlamentarische Initiative der Deutschnationalen die Aufhebung der geistlichen Ortsschulaufsicht forderte.¹¹⁵ Obschon die Demokraten mit dieser Forderung konform gingen¹¹⁶, mußten sie aus Rücksicht auf die Interessen ihres Koalitionspartners, der Zentrumspartei, vorsichtiger vorgehen. So erbaten sie am 14. März 1919 von der Regierung eine Erklärung, ob und wenn ja, in welchem Umfange die geistliche Ortsschulaufsicht in Preußen zur Zeit noch bestehen würde.¹¹⁷ Die Regierung nahm den Ball auf und legte kurz darauf eine Vorlage über die Aufhebung der Lokalschulinspektion vor, durch die der deutschnationale Antrag ersetzt wurde.¹¹⁸ Vergeblich versuchte das Zentrum in den folgenden Beratungen Restbestände des geistlichen Aufsichtsrechts zu wahren. So wurde unter anderem die Einrichtung von Schulbeiräten, denen neben Vertretern der Eltern, der Lehrer und der Gemeindebehörden auch jene der Religionsgesellschaften angehören sollten, in Vorschlag gebracht. Doch stieß die Partei mit diesen Anliegen in der Regierung auf entschiedenen Widerspruch. Obwohl die Demokraten der Einführung von Schul- und Elternbeiräten aufgeschlossen gegenüberstanden¹¹⁹, lehnten sie es ab, der Kirche, in einer wie auch immer gearteten Form, wieder Einfluß auf das Schulwesen zuzugestehen.¹²⁰ In der Überzeugung, daß eine Einigung mit dem Zentrum in dieser Frage nicht möglich sei, verhalf die DDP, zusammen mit der MSPD, der Regierungsvorlage zur Annahme.¹²¹

Zündstoff barg auch der im Juli 1919 der Landesversammlung zugeleitete Gesetzentwurf über die Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen, mit dem das letzte institutionelle Reservat der Kirche im staatlichen Bildungswesen beseitigt werden sollte.¹²² Die ablehnende Haltung des

¹¹³ Vgl. die Artikel 146 und 174 der Weimarer Reichsverfassung; ALBERTIN, Liberalismus und Demokratie, S. 287–293; GRÜNTAL, Reichsschulgesetz, S. 36–67; Willibald APELT, Geschichte der Weimarer Verfassung, München 1946, S. 329–337.

¹¹⁴ Vgl. ALBERTIN, Liberalismus und Demokratie, S. 287–293. Vgl. auch die Ausführungen des Abgeordneten *Cassel* über die bildungspolitischen Mindestforderungen der Partei für die Koalitionsverhandlungen in der Fraktionssitzung vom 8. März 1919, Dok. Nr. 2, nach denen die öffentlichen Schulen die Kinder aller Bekenntnisse vereinigen sollten.

¹¹⁵ Vgl. Dok. Nr. 20. Zur Aufhebung der Ortsschulaufsicht vgl. HÖMIG, S. 49–53; GRÜNTAL, Reichsschulgesetz, S. 55 f.; GIESECKE, S. 166–171.

¹¹⁶ Vgl. die in der Fraktionssitzung vom 8. März 1919, Dok. Nr. 2, erläuterten bildungspolitischen Grundsätze der Partei.

¹¹⁷ Vgl. Dok. Nr. 5 und 20; Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP), betr. die geistliche Ortsschulaufsicht, vom 14. März 1919, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 21, S. 94.

¹¹⁸ Vgl. Dok. Nr. 31.

¹¹⁹ Die Fraktion hatte bereits im März 1919 in ihren bildungspolitischen Richtlinien die Einrichtung von Lehrervertretungen sowie die fakultative Einführung von Elternbeiräten gefordert. Vgl. Dok. Nr. 2.

¹²⁰ Vgl. Dok. Nr. 31.

¹²¹ Vgl. auch Dok. Nr. 52, 54, 57 und 58.

¹²² Vgl. HÖMIG, S. 54–63; GIESECKE, S. 170 f.

Zentrums traf in den Reihen der Demokraten mittlerweile auf Verständnis. Nach der Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht erschien die obligatorische Mitgliedschaft der Geistlichen in den örtlichen Schulaufsichtsgremien vielen Fraktionsmitgliedern nicht mehr als völlig untragbar.¹²³ Im Ausschuß folgte die Fraktion freilich dem Standpunkt der Regierung, nach der die kraft ihres Amtes erfolgende Zugehörigkeit der Geistlichen zu den Schuldeputationen in Wegfall kommen sollte.¹²⁴ Angesichts dieser wenig entgegenkommenden Haltung seiner Regierungspartner weigerte sich das Zentrum, an der Beratung der Vorlage weiter mitzuwirken, so daß die Verhandlungen vertagt werden mußten.¹²⁵ Schützenhilfe erhielt das Zentrum im Januar 1920 durch ein Rechtsgutachten des Reichsjustiz- und des Reichsinnenministeriums, das zu dem Ergebnis kam, daß die Sperrvorschrift des Artikels 174 der Reichsverfassung auch auf dieses Gesetz Anwendung finden mußte. Nachdem der preußische Kultusminister *Haenisch* daraufhin die umstrittenen Bestimmungen aus dem Gesetzentwurf entfernt hatte, erhielt die modifizierte Vorlage am 7. Oktober 1920 die Zustimmung der Landesversammlung.¹²⁶

Ein weiteres bildungspolitisches Reformfeld bezog sich auf die Neuregelung der Lehrerausbildung. Zur Hebung des Volksschulunterrichts galt seit langem eine Reform der herkömmlichen seminaristischen Elementarausbildung der Lehrer als schulpolitisches Desiderat. Da einer reichseinheitlichen Regelung der Lehrerbildung gemäß Art. 143 Abs. 2 der Weimarer Reichsverfassung die praktische Durchsetzung verwehrt blieb, fiel ihre Neuordnung in die Zuständigkeit der Landeskultusbehörden, die auf diese drängende bildungspolitische Frage sehr unterschiedliche Antworten fanden. So hielten die süddeutschen Länder, Bayern, Württemberg und Baden, an der tradierten Seminarbildung fest, während sieben andere Länder unter Führung Sachsens eine mindestens vier Semester dauernde Ausbildung an einer mit einem pädagogischen Institut verbundenen wissenschaftlichen Hochschule vorschrieben. Demgegenüber ging Preußen mit der Gründung besonderer Hochschulen, den Pädagogischen Akademien, eigene Wege.¹²⁷

Die Reform der überlieferten Lehrerausbildung hatte sich auch die Deutsche Demokratische Partei auf ihre Fahnen geschrieben und sich damit eine von der Volksschullehrerschaft seit Jahrzehnten vehement erhobene Forderung zu eigen gemacht. Bereits in ihren bildungspolitischen Grundsätzen vom 8. März 1919 sprach sie sich dafür aus, die Lehrerausbildung auf eine neue, akademische Grundlage zu stellen. So sollte die allgemeine Bildung der Lehrer auf den zur Hochschule führenden allgemeinen Schulen, die pädagogische Fachbildung auf einer pädagogischen Hochschule oder auf einer zu diesem Zwecke zu erweiternden Universität erfolgen. Bis zu einer abschließenden Regelung sollte den Lehrern die Universität für ihre Weiterbildung offen stehen. Da sich die Partei am Leitbild der Simultanschule orientierte, hatte auch die pädagogische Ausbildung der Lehrer auf simultaner Grundlage zu erfolgen.¹²⁸

Die Lehrerausbildung wurde unter dem preußischen Kultusminister Carl Heinrich *Becker*, einem parteilosen, aber den Demokraten nahestehenden Professor für Orientalistik, zum Gegenstand legislativen Handelns. *Becker*, der 1921 und von 1925 bis 1930 dem Ministerium vorstand, war von der Notwendigkeit einer neuen Lehrerbildung

¹²³ Vgl. Dok. Nr. 52.

¹²⁴ Vgl. Dok. Nr. 93.

¹²⁵ Vgl. Dok. Nr. 109; ferner Dok. Nr. 179 und 182.

¹²⁶ SBpLV 1919/21, Bd. 10, Sp. 12850–12871.

¹²⁷ Zur Lehrerbildung vgl. MÜLLER, *Weltpolitische Bildung*, S. 266–277; WENDE, S. 69 f., 221–235; HUBER, *Verfassungsgeschichte*, Bd. 6, S. 966–973.

¹²⁸ Vgl. Dok. Nr. 2.

überzeugt, wollte jedoch vor dem Hintergrund der in der Verfassung festgeschriebenen Garantie der Bekenntnisschule am konfessionellen Prinzip festhalten.¹²⁹

Im Sommer 1925 wurde die Gründung von drei pädagogischen Akademien, einer katholischen in Bonn und zwei evangelischen in Elbing und Kiel, in die Wege geleitet. Da die Demokraten die konfessionelle Ausrichtung der Akademien nicht zu verhindern vermochten, brachten sie kurz darauf einen Antrag auf Einrichtung einer vierten pädagogischen Akademie auf simultaner Grundlage ein, der schließlich, ebenso wie ein gleichgerichteter Antrag der DVP, im Dezember 1925 im Landtag angenommen wurde.¹³⁰ Nachdem die Regierung im Februar 1926 ihre Genehmigung erteilt und der Staatsgerichtshof auf einen Antrag des Reichsinnenministeriums die Rechtsgültigkeit dieses Beschlusses bestätigt hatte, konnte die simultane Akademie in Frankfurt am Main zu Ostern 1927 ihre Pforten öffnen.¹³¹

Die Frage der Lehrerbildung sorgte auch weiterhin für Spannungen zwischen den Koalitionspartnern DDP und Zentrum. Die auf Drängen des Zentrums erfolgte Genehmigung einer katholischen Frauenakademie durch das preußische Staatsministerium im November 1927 stieß auf die einhellige Ablehnung der demokratischen Fraktionsmitglieder, die wegen des Prinzips einer gemeinsamen Lehrerbildung eine besondere Akademie für die Ausbildung weiblicher Volksschullehrer ablehnten.¹³² Aufgrund fehlender Mehrheiten konnte der Regierungsbeschluss schließlich nicht umgesetzt werden, und auch in den folgenden Jahren sollten entsprechende Bestrebungen des Zentrums scheitern.¹³³

Insgesamt konnten zwischen 1926 und 1930 fünfzehn Pädagogische Akademien in Preußen gegründet werden, neben zwölf evangelischen Akademien zwei katholische in Bonn und Beuthen und eine simultane in Frankfurt/Main.¹³⁴ Die Weltwirtschaftskrise setzte dieser hoffnungsvollen Entwicklung ein Ende. Bis 1933 mußte die Hälfte der Lehrerbildungsanstalten ihren Schulungsbetrieb wieder einstellen.¹³⁵

Die Demokraten konnten sich zugute halten, die Reform der Lehrerbildung weiter vorangetrieben und damit das Bildungsniveau der Volksschullehrer gehoben zu haben. Auch wenn die Demokraten sich vergebens gegen die Konfessionalisierung der Lehrerbildung wandten, vermochten sie doch mit der Gründung einer Akademie auf paritätischer Grundlage dem simultanen Prinzip teilweise zum Erfolg zu verhelfen. Auch konnten sie der Durchsetzung des Prinzips einer nach Geschlechtern getrennten Lehrerausbildung erfolgreich Paroli bieten.

¹²⁹ Vgl. Carl Heinrich BECKER, Die Pädagogische Akademie im Aufbau unseres nationalen Bildungswesens (1926), in: Helmuth Kittel (Hrsg.), Die Pädagogischen Hochschulen. Dokumente ihrer Entwicklung, Bd. 1 (1920–1932), Weinheim 1965, S. 135; Helmuth KITTEL, Die Entwicklung der Pädagogischen Hochschulen 1926–1932. Eine zeitgeschichtliche Studie über das Verhältnis von Staat und Kultur, Berlin 1957, S. 185; HÖMIG, S. 206 f.; WENDE, S. 232 f. Vgl. auch Dok. Nr. 275.

¹³⁰ Vgl. Dok. Nr. 517.

¹³¹ Vgl. HÖMIG, S. 207–209; WENDE, S. 232 f.

¹³² Vgl. Dok. Nr. 628, 670, 762 und 767. Vgl. auch die Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 2.11.1927, in: GSTA Berlin PK, Rep. 90 a B III 2 b Nr. 6, Bd. 176, Bl. 162.

¹³³ »Eine Trennung nach Geschlechtern und Konfessionen ist unheilvoll«, befand der Abgeordnete *Bobner* am 6. Mai 1930. Vgl. Dok. Nr. 762. Zur Ablehnung der Konfessionalisierung der Akademien auch Dok. Nr. 782.

¹³⁴ Vgl. Dok. Nr. 762, ferner Dok. Nr. 670 (über die Errichtung der ersten Akademie in Sachsen), Dok. Nr. 742 (über die Errichtung einer weiteren Akademie in Schleswig-Holstein), Dok. Nr. 782 (über das Vorhaben der Gründung von Akademien in Königsberg, Berlin-Spandau und Berlin-Köpenick).

¹³⁵ Vgl. Dok. Nr. 782, 828 und 829.

Zu einem der umstrittensten kulturpolitischen Themen der Weimarer Republik gehörte das preußische Konkordat. Eine Neuregelung der Beziehungen zwischen Staat und katholischer Kirche war nach 1919 notwendig geworden. Die Reichsverfassung hatte allen Religionsgesellschaften das Recht zur selbständigen Verwaltung ihrer Angelegenheiten sowie zur Besetzung ihrer Ämter ohne Mitwirkung des Staates zugesprochen und gleichzeitig die Ablösung der auf Gesetz, Vertrag oder besondere Rechtstitel beruhenden Staatsleistungen durch die Ländergesetzgebung nach reichsgesetzlichen Richtlinien vorgeschrieben.¹³⁶ Damit ergab sich für Preußen die Notwendigkeit, die bestehenden Verhältnisse der neuen Rechtslage anzupassen. Zudem mußten die Grenzen der Kirchenprovinzen den durch die Gebietsabtretungen veränderten Staatsgrenzen angepaßt werden. Auch bestand die Gefahr, daß das Reich, dem durch die Verfassung neue kulturpolitische Kompetenzen zugewachsen waren, mit einem Reichskonkordat vollendete Tatsachen schaffen und die schul- und kirchenpolitische Selbständigkeit der Länder deutlich einschränken konnte.¹³⁷

In den seit den frühen zwanziger Jahren laufenden Verhandlungen der preußischen Regierung mit der Kurie standen mehrere Fragenkomplexe im Mittelpunkt. Die erste Frage berührte die Form der Neuregelung des Verhältnisses, die sowohl in Gestalt einer beiderseitigen vertraglichen Vereinbarung, d. h. eines Konkordats, als auch im Wege einseitiger Landesgesetzgebung erfolgen konnte. Sodann kreiste die Diskussion um finanzielle, kirchenrechtliche und bildungspolitische Themen: die staatlichen Dotationen, die Zirkumskription der Bistümer und Kirchenprovinzen, die Bischofswahl und die Besetzung der Domkapitel, die Vorbildung der Geistlichen oder das Problem der Einbeziehung der Schulen.

Die DDP hatte sich bereits in ihren kulturpolitischen Richtlinien am 8. März 1919 dafür ausgesprochen, daß die Beziehungen zwischen Staat und Kirche »auf dem Wege der Vereinbarung und unter Vermeidung öffentlicher und persönlicher Schädigung mit dem Endziel beiderseitiger Selbständigkeit gesetzlich neu geordnet werden.«¹³⁸ Die vom Zentrum im Rahmen der Beratungen der preußischen Verfassung im November 1920 erhobene Forderung nach einem Konkordat fand deshalb in der demokratischen Fraktion durchaus wohlwollendes Verständnis.¹³⁹ Doch lehnten die Demokraten letztlich die vom Zentrum gewünschte Verfassungsbestimmung ab, nach der die bisher vom König gegenüber der katholischen Kirche ausgeübten Rechte einem Vertrag mit dem päpstlichen Stuhl vorbehalten bleiben sollten, da sie dadurch das Verhältnis zwischen Staat und Kirche präjudiziert sahen.¹⁴⁰ Überhaupt war die Abneigung gegenüber konkordatären Vereinbarungen mit der Kurie, die man für historisch überholt und überflüssig hielt, weit verbreitet. So nahm der Hamburger Parteitag der DDP im Frühjahr 1927 eine von Gertrud *Bäumer* eingebrachte Resolution an, die sich gegen ein (Reichs-) Konkordat wandte, da die Partei in einem derartigen Vertrag eine Beschränkung des staatlichen und parlamentarischen Handlungsspielraums, aber auch eine Gefährdung der Freiheit des geistigen Lebens sah.¹⁴¹

¹³⁶ Vgl. die Artikel 137, 138 und 173 der Weimarer Reichsverfassung.

¹³⁷ Zum preußischen Konkordat vgl. GOLOMBEK; HÖMIG, S. 184–204; WENDE, S. 268–293; vgl. auch Ludwig VOLK, Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933. Von den Ansätzen in der Weimarer Republik bis zur Ratifizierung am 10. September 1933, Mainz 1972, S. 1–58.

¹³⁸ Vgl. Dok. Nr. 2.

¹³⁹ Vgl. Dok. Nr. 199.

¹⁴⁰ Vgl. Dok. Nr. 200.

¹⁴¹ Der siebte ordentliche Parteitag der DDP am 21./24. April 1927 in Hamburg, in: BA Koblenz, R 45 III, Nr. 6, Bl. 1–406, hier Bl. 325. Ferner Otto BAUMGARTEN, Kirche und Staat. Kulturfragen

Vor dem Hamburger Parteitag im März 1927 versuchte auch die demokratische Fraktion ihre Haltung zu dieser Frage einer Klärung zuzuführen. In der Sitzung, an der auch Mitglieder des Reichstags und des Parteivorstands teilnahmen, wurde der innerhalb der Fraktion herrschende Dissens deutlich. Landtagsabgeordnete wie *Graue*, *Grzimek* oder *Schmiljan* lehnten ein Konkordat mit Blick auf die evangelische Kirche und die demokratische Wählerschaft, aber auch die der Partei nahestehende Lehrerschaft entschied ab und plädierten demgegenüber für eine vorrangige Behandlung des Reichsschulgesetzes. Selbst Befürworter eines Konkordats wie Finanzminister *Höpker Aschoff* waren von der Notwendigkeit der Ausklammerung schulpolitischer Fragen überzeugt. Die Fraktion einigte sich schließlich auf eine dilatorische Behandlung des Problems und hoffte, mit der baldigen Verabschiedung eines Reichsschulgesetzes in der Bildungspolitik vollendete Tatsachen schaffen zu können.¹⁴²

Doch die Verhandlungen zwischen Staat und Kirche nahmen ihren Fortgang, ohne daß die Fraktion noch hätte Einfluß nehmen können.¹⁴³ Kurz vor der Unterzeichnung des Vertrags zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Freistaat Preußen versuchte die Fraktion unter Beteiligung führender Mitglieder des Parteivorstands und namhafter Hochschullehrer die verschiedenen Argumente abzuwägen. Trotz zahlreicher Bedenken, die auch der Parteivorsitzende *Erich Koch-Weser* vorbrachte, rangen sich die demokratischen Abgeordneten zu einer zustimmenden Haltung durch.¹⁴⁴ Doch mit Rücksicht auf die Interessen der evangelischen Kirche, die DVP und die eigene Wählerschaft brachte die Fraktion während der Beratungen des Konkordats im Landtag eine Resolution für einen evangelischen Kirchenvertrag ein. Darin wurde das Staatsministerium aufgefordert, unverzüglich in Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen über Verträge einzutreten, die auf finanziellem und kirchenrechtlichem Gebiet eine paritätische Behandlung mit der katholischen Kirche sicherstellen würden.¹⁴⁵ Die Entschließung fand zusammen mit dem Konkordat schließlich am 9. Juli 1929 die Zustimmung der Landtagsmehrheit.¹⁴⁶

Mit dem Konkordat wurde eine für den preußischen Staat und die katholische Kirche vertretbare Neuregelung des beiderseitigen Verhältnisses gefunden. Die Bestimmungen betrafen die Zirkumskription und Organisation der Diözesen, die Garantie des kirchlichen Eigentums und die Regelung der staatlichen Dotationen an die preußischen Diözesen sowie die Möglichkeit des Studiums von Theologen an deutschen und ausländischen Hochschulen und Priesterseminaren. Bei der Besetzung kirchlicher Ämter wurde dem Staat auch weiterhin ein Mitspracherecht gewährt.¹⁴⁷

Der in der Landtagsentschließung vom 9. Juli 1929 geforderte evangelische Kirchenvertrag konnte schließlich am 11. Mai 1931 von den Vertretern der evangelischen Landeskirchen und der preußischen Regierung unterzeichnet werden. Einen Streitpunkt hatte vor allem die sog. Politische Klausel gebildet, die dem Staat nach dem Vorbild des Artikels 7 des Konkordats bei der Besetzung höherer kirchlicher Ämter ein Einspruchs-

der Demokratie, in: Anton Erkelenz (Hrsg.): Zehn Jahre Deutsche Republik. Ein Handbuch für republikanische Politik, Berlin 1928, S. 248–253, hier S. 252 f.

142 Vgl. Dok. Nr. 596 und 597; ferner Dok. Nr. 509 und 593.

143 Vgl. Dok. Nr. 673 und 677; ferner Dok. Nr. 670–672.

144 Vgl. Dok. Nr. 718; ferner Dok. Nr. 719 und 720.

145 Vgl. Dok. Nr. 722.

146 Vgl. auch Dok. Nr. 724 und 725.

147 Vgl. dazu auch Hermann HÖPKER ASCHOFF, Der Vertrag mit der Römischen Kurie, in: Die Hilfe 35, 1929, S. 317–319; Das Preußische Konkordat, in: Preußische Jahrbücher 217, 1929, S. 137.

recht einräumte. Am 13. Juni 1931 konnte der Vertrag mit den Stimmen der Deutschen Staatspartei, des Zentrums, der Deutschnationalen, der Volkspartei und einiger kleinerer Fraktionen bei gleichzeitiger Stimmenthaltung der Sozialdemokraten verabschiedet werden.¹⁴⁸

¹⁴⁸ Vgl. Dok. Nr. 737, 803 und 804. Vgl. auch RITTBERG; ADERS, S. 139–142; HÖMIG, S. 195, 199–204; SCHULZE, Braun, S. 557 f.; HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 6, S. 924–927.

V. Das Verhältnis der Fraktion zur Regierung und zu den Koalitions- und Oppositionsparteien

1. Die Regierungsbildungen

Die Koalitionsverhandlungen nehmen in den Sitzungsprotokollen einen breiten Raum ein. Eingehend wurde über die Gespräche mit den Koalitionsfraktionen referiert und Sach- und Personalfragen besprochen, wobei der personelle Aspekt, d.h. die Frage der Besetzung der verschiedenen Regierungspositionen, eindeutig überwog.

Die Bildung der Weimarer Koalition nach den preußischen Landtagswahlen vom 26. Januar 1919 war von einer gewissen Folgerichtigkeit. Da die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit verfehlt hatten, lag eine Zusammenarbeit jener Parteien, die bereits seit 1917 im Interfraktionellen Ausschuß kooperiert hatten und nach den Wahlen zur Nationalversammlung auch im Reich die Regierung stellten, nahe. Die sogenannte Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und Demokraten sollte mit Ausnahme der beiden kurzen, von Zentrum und DDP unterstützten Minderheitskabinette der Jahre 1921 und 1925 im Grunde bis 1932 Bestand haben und konnte zwischen 1921 und 1924 sogar um die DVP zur großen Koalition erweitert werden.¹

1919–1921

Rechnerisch wäre 1919 auch eine Koalition aus SPD und DDP möglich gewesen, doch sah man in der demokratischen Fraktion sehr wohl die aus einer Nichteinbeziehung des Zentrums resultierenden Gefahren für den Zusammenhalt des Reichs angesichts der in den katholischen Gebieten im Rheinland oder in Oberschlesien virulenten Loslösungsbestrebungen.² Eine programmatische Grundlage für eine gemeinsame Zusammenarbeit mit dem Zentrum zu finden, erwies sich angesichts der obwaltenden Antagonismen in der Bildungs- und Kulturpolitik als nicht einfach. Die Auseinandersetzungen kreisten vor allem um die Fragen der Konfessions- und Simultanschule, der Lehrerausbildung und der kirchlichen Überwachung des Religionsunterrichts.³ Da sich das Zentrum in den Fragen der Konfessionsschule und des Religionsunterrichts unachgiebig zeigte, lenkte die demokratische Fraktion ein und erklärte sich bereit, zugunsten einer Regierungsbeteiligung des Zentrums auf die Umsetzung eines Teils ihres kulturpolitischen Programms zu verzichten.⁴ In den Koalitionsverhandlungen gestand das Zentrum schließlich eine kommunale Regelung der Schulfrage dahingehend zu, daß die Errichtung von Simultanschulen auf Beschluß der Gemeinden möglich sein sollte. In den übrigen Kulturfragen behielt es sich seinen Standpunkt vor. Mit diesem Kompromiß konnten alle beteiligten Parteien ihr Gesicht wahren und mußten von ihren grundsätzlichen bildungspolitischen Positionen nicht Abstand nehmen.⁵

¹ Vgl. MÖLLER, *Parlamentarismus*, S. 324–393; STANG, S. 206–327. Auf die Koalitionsverhandlungen soll im folgenden nur kurz eingegangen werden, da Joachim Stang in seiner Dissertation dieses Problem bereits ausführlich thematisierte.

² Vgl. Dok. Nr. 1.

³ Vgl. Dok. Nr. 2. Ferner Dok. Nr. 3.

⁴ Vgl. Dok. Nr. 9.

⁵ Vgl. Dok. Nr. 11.

Mit der SPD konnten die Sachfragen schnell einer Klärung zugeführt werden. So sagten die Sozialdemokraten in der Frage der Arbeiter- und Soldatenräte eine Festlegung auf nichtpolitische Funktionen zu, während die Demokraten dem Grundsatz der Demokratisierung der Verwaltung zustimmten, sich gleichwohl gegen die Durchsetzung der inneren Verwaltung mit ungeeigneten Persönlichkeiten verwarnten. Schwierig und spannungsreich gestalteten sich die Verhandlungen über die Personalfragen, da die SPD von Anfang an die Schlüsselministerien für sich reklamierte und ihren künftigen Koalitionspartnern nur minder wichtige Ressorts zugestehen wollte: dem Zentrum das Justiz- und Wohlfahrtsministerium und den Demokraten die Ministerien für Handel und öffentliche Arbeiten. Die von der demokratischen Fraktion erhobene Forderung nach dem Innenressort und, im Falle der Ablehnung, dem Landwirtschaftsministerium wurde indes von den Sozialdemokraten als indiskutabel abgelehnt.⁶ Die Demokraten mußten sich somit mit dem Handels- und dem Eisenbahnministerium, d. h. dem Ministerium für öffentliche Arbeiten, begnügen, die mit Otto *Fischbeck* und Rudolf *Oeser* besetzt wurden. Als Entschädigung für ihre schwache Vertretung im Staatsministerium erhielten die Demokraten mehrere parlamentarische Unterstaatssekretäre, die mit Oscar *Meyer* im Innenministerium, Ernst *Troeltsch* und Carl Heinrich *Becker* (parteilos, aber der DDP nahestehend) im Kultusministerium den Einfluß der Partei wahren sollten. Diese neu geschaffenen Ämter fungierten letztlich als Kompensationsobjekte, durch die die beiden Koalitionspartner der SPD für ihre schwache Vertretung im Staatsministerium entschädigt werden sollten. Da die Forderung des Zentrums nach einem dritten Unterstaatssekretär nicht realisiert und *Becker* letztlich den Demokraten zugerechnet werden konnte, die DDP mithin drei der sechs Unterstaatssekretäre zu stellen vermochte, waren die Demokraten auf dieser Ebene sogar leicht überrepräsentiert.⁷

Während der Koalitionsgespräche zeichnete sich die DDP durch ein hohes Maß an Kompromißfähigkeit aus. Dem Ziel der Bildung einer tragfähigen Koalition aus SPD, Zentrum und DDP, durch die auch stabilisierende Wirkungen auf die Reichspolitik ausgehen sollten, ordnete die Partei eigene Forderungen in Sach- und Personalfragen unter. Aus dem Zurückstellen eigener Interessen und Überzeugungen sowie der Fähigkeit zwischen konträren Positionen vermitteln zu können, erwuchs die Bedeutung der jungen Partei, die ein »entscheidendes Bindeglied in der Koalition«⁸ darstellen sollte und den Brückenschlag zwischen dem Bürgertum und Arbeiterschaft geradezu versinnbildlichte.

Die Stabilität der preußischen Koalition zeigte sich bereits wenige Monate später, als im Juni 1919 nach dem Auszug der demokratischen Minister aus der Reichsregierung wegen der Annahme des Versailler Friedensvertrags⁹ die preußischen Demokraten sich weigerten, diesen Schritt in Preußen zu wiederholen. Die demokratische Fraktion begnügte sich mit der Annahme einer von den Regierungsparteien eingebrachten Landtagsresolution, in der der Friedensvertrag aufs schärfste verurteilt, gleichzeitig aber der Staatsregierung das Vertrauen ausgesprochen wurde.¹⁰ Das Fehlen außenpolitischer

⁶ Vgl. Dok. Nr. 11 und 12.

⁷ Vgl. Dok. Nr. 13 und 14; zur Einrichtung der parlamentarischen Unterstaatssekretäre vgl. Dok. Nr. 1, 11, 12, 19, 20 und 23. Zum Problem der parlamentarischen Staatssekretäre in Preußen 1919–1921, vgl. SCHNEIDER, Die Parlamentarischen Staatssekretäre; MEYER, S. 99–110; MÖLLER, Parlamentarismus, S. 327.

⁸ STANG, S. 219.

⁹ Vgl. SCHUSTEREIT, Linksliberalismus, S. 62–67; FRYE, S. 74–80.

¹⁰ Vgl. Dok. Nr. 41 und 42.

Kompetenzen und des damit verbundenen Konfliktpotentials erleichterte letztlich die Regierungsarbeit erheblich.

Auch der *Kapp-Lüttwitz*-Putsch vom 13. bis 17. März 1920 vermochte die Regierung nur kurzzeitig zu erschüttern. Im Gegensatz zur Reichsregierung, die mit Beginn des Staatsstreichs den demokratischen Vizekanzler Eugen *Schiffer* zur Führung von Verhandlungen mit den Putschisten in Berlin zurückließ und nach Stuttgart auswich, war die preußische Regierung in der Hauptstadt geblieben und zunächst inhaftiert worden.¹¹ Angesichts der Weigerung der Beamten, mit den Kappisten zusammenzuarbeiten, und des Generalstreiks der Gewerkschaften brach der Staatsstreich jedoch rasch zusammen. Damit war allerdings die politische Krise keineswegs beendet, denn die Forderung der durch den Streikerfolg gestärkten Gewerkschaften nach politischer Mitsprache, die im Bielefelder Abkommen vom 24. März 1920 ihren Niederschlag fand, stieß bei den Koalitionsparteien, namentlich bei den Demokraten, auf entschiedene Ablehnung.¹² Die im Punkt 1 des Abkommens vorgesehene Mitwirkung bei den Regierungsumbildungen im Reich und in Preußen traf bei den Demokraten als »mit der Verfassung und den demokratischen Grundsätzen der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung aller Bevölkerungsteile unvereinbar«¹³ auf entschiedenen Widerspruch. Auch wenn die demokratische Fraktion nicht gewillt war, in der Sache nachzugeben, so wollte sie zumindest der Form nach den Gewerkschaften entgegenkommen und erklärte sich bereit, über die Institution des Landtagspräsidenten mit den betreffenden Berufsorganisationen vor der Regierungsneubildung Fühlung aufzunehmen.¹⁴ Bereits am 23. März hatte die Fraktion jedoch deutlich gemacht, daß sie im Grunde eine Kabinetts-umbildung für nicht erforderlich hielt. Auch wies sie die von sozialdemokratischer Seite artikulierte Kritik an den beiden demokratischen Ministern *Fischbeck* und *Oeser* als unbegründet zurück und lehnte deshalb einen Rücktritt beider Minister kategorisch ab.¹⁵ Die nach dem Putsch erfolgende Umbildung der preußischen Regierung wurde somit als eine rein sozialdemokratische Angelegenheit angesehen. Überdies war man nicht gewillt, die sozialdemokratischen Personalvorschläge kritiklos zu akzeptieren. So konnte die demokratische Fraktion mit Unterstützung des Zentrums die Kandidaten des linken SPD-Flügels, Franz *Krüger* und Eduard *Gräf*, verhindern, mußte andererseits die Ernennung des ebenfalls ungeliebten Hermann *Lüdemann* als Nachfolger *Südekums* im Amt des Finanzministers akzeptieren. Gegen die Berufung Carl *Severings* zum Innenminister hatte man dagegen keine Bedenken.¹⁶

1921–1924

Die mit der Regierungsumbildung einhergehende Festigung der politischen Verhältnisse in Preußen war nur von kurzer Dauer. Denn die preußischen Landtagswahlen vom 20. Februar 1921 brachten den Regierungsparteien herbe Verluste. Zwar verfügten

¹¹ Zum *Kapp*-Putsch vgl. JANSEN, Militärputsch, S. 20 und 23; SCHUSTEREIT, Linksliberalismus, S. 72–94; ORLOW, *Kapp*-Putsch.

¹² Zur Konferenz der Gewerkschaften mit Vertretern der Reichsregierung und des preußischen Staatsministeriums und der Weimarer Koalitionsparteien am 18. März 1920 und den Stellungnahmen von Eugen *Schiffer* und Georg *Gothein* vgl. ERGER, Dok. 58, S. 350–352, hier S. 351; ADR. DAS KABINETT BAUER, S. 710–725; ALBERTIN, Liberalismus, S. 376. Vgl. auch TROELTSCH, S. 124f.

¹³ Resolution des Parteivorstands der DDP vom 25. März 1920, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 54, S. 118–120, hier S. 120.

¹⁴ Vgl. Dok. Nr. 147.

¹⁵ Vgl. Dok. Nr. 145; vgl. auch Dok. Nr. 146.

¹⁶ Vgl. Dok. Nr. 147, 148 und 149.

SPD, Zentrum und DDP zusammen mit 224 der 428 Mandate über die absolute Mehrheit der Mandate, aber die Bereitschaft zur Fortsetzung der Weimarer Koalition war bei den sozialdemokratischen Koalitionspartnern deutlich geschwunden. In den Überlegungen des Zentrums und vor allem der DDP spielte die Sorge vor einer weiteren Wählerabwanderung nach rechts und der damit verbundene Wunsch, den rechtsliberalen Wahlgewinner DVP in die Verantwortung zu nehmen und somit auch den rechten Flügel innerhalb der Koalition zu stärken, eine wichtige Rolle. So hielt der Fraktionsvorsitzende Alexander *Dominicus* eine Fortsetzung der alten Koalition angesichts der »Präponderanz der Sozialdemokraten im Ministerium« für inakzeptabel, da die Demokraten unter diesen Umständen zu einem »bedeutungslose[n] Anhängsel der Sozialdemokraten« absinken würden.¹⁷ Zudem bot sich mit der Regierungserweiterung in Preußen auch die Möglichkeit, das bürgerliche Minderheitskabinett aus Zentrum, DDP und DVP unter Reichskanzler *Fehrenbach* unter Einfluß der SPD zur großen Koalition auszubauen und damit eine weitgehende Übereinstimmung der Regierungen im Reich und in Preußen zu erreichen.

Zwei Tage nach der Wahl erklärte das Zentrum, in Preußen und im Reich eine große Koalition anstreben zu wollen.¹⁸ In diesen Ruf stimmte wenige Tage später auch die demokratische Fraktion ein¹⁹, aber bei aller Einigkeit über die Notwendigkeit einer Regierungserweiterung, gingen doch die Ansichten über die alte Koalition auseinander. Während der rechte Flügel eine Rückkehr zur Weimarer Koalition für »parteiverzichtend«²⁰ hielt, sprachen sich andere im Falle des Scheiterns der Einbeziehung der DVP für eine Fortsetzung der Weimarer Koalition aus.²¹

Da die SPD jedoch eine Zusammenarbeit mit der noch weithin monarchistisch gesinnten DVP ablehnte, trat das preußische Staatsministerium am folgenden Tag zurück. Gleichzeitig wurde der Landtag bis zum 7. April 1921 vertagt, so daß in der Zwischenzeit die Möglichkeit einer großen Koalition ausgelotet werden konnte. Die der DVP von Seiten der SPD gestellten Bedingungen für den Regierungseintritt, zu denen neben dem Bekenntnis zur republikanischen Verfassung unter anderem auch die Forderungen nach Demokratisierung des Verwaltungsapparats und nach Zurückweisung der Vermögensansprüche des ehemals regierenden Hauses Hohenzollern zählten, trafen rasch auf Ablehnung. Damit schien das Thema große Koalition vorerst erledigt zu sein.²² Da das Zentrum jedoch eine Rückkehr zur alten Koalition ablehnte, schlugen die Demokraten vor, eine Persönlichkeit zum Ministerpräsidenten zu wählen, »die ganz ungebunden an ihre Aufgabe« der Aufstellung eines Regierungsprogramms und der Regie-

¹⁷ So Alexander *Dominicus* auf der Sitzung des Parteausschusses am 12. März 1921, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 75 a, S. 166–171, hier S. 168.

¹⁸ Vgl. DIE PROTOKOLLE DER REICHSTAGSFRAKTION DER DEUTSCHEN ZENTRUMSPARTEI 1920–1925. Bearbeitet von Rudolf Morsey und Karsten Ruppert, Mainz 1981, S. 154, Anm. 7; MORSEY, S. 354–357; SCHULZE, Braun, S. 330–337; JANSEN, Regierungsbildung, S. 5.

¹⁹ Vgl. Dok. Nr. 218. Vgl. auch die DDP-Parteivorstandssitzungen vom 26. Februar und 12. März 1921, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 74 a und 75 a, S. 163–165, hier S. 164 f., und 166–171, hier S. 166 f.

²⁰ So *Hoff* in der Fraktionssitzung vom 8. März 1921, Dok. Nr. 218. Vgl. auch Alexander *Dominicus* auf der Sitzung des Parteausschusses am 12. März 1921, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 75 a, S. 166–171, hier S. 166–169.

²¹ So Conrad *Berndt* in der Fraktionssitzung vom 8. März 1921, Dok. Nr. 218.

²² Vgl. Dok. Nr. 222–225. Der damalige Geschäftsführer der preußischen DDP, Robert *Jansen*, schrieb, daß selbst die DDP die Forderungen nach Demokratisierung der Verwaltung und nach Zurückweisung der Hohenzollernschen Vermögensansprüche nicht uneingeschränkt hätte zustimmen können. Vgl. JANSEN, Regierungsbildung, S. 18.

rungsbildung herangehen sollte.²³ Das Zentrum wurde aufgefordert, einen geeigneten Kandidaten zu nominieren.²⁴ Der schließlich in Vorschlag gebrachte bisherige Wohlfahrtsminister Adam *Stegerwald* traf in der Fraktion allerdings nicht auf einhellige Zustimmung, vielmehr wurden von mehreren Seiten Bedenken vorgetragen, die sich sowohl auf die Person *Stegerwalds* als auch auf dessen politische Richtung bezogen.²⁵ Dennoch wurde der Zentrumspolitiker am 9. April 1921 mit den Stimmen der DDP zum Ministerpräsidenten gewählt. Da es ihm jedoch nicht gelang, SPD und DVP ins Boot zu holen, wurde knapp zwei Wochen später ein Minderheitskabinett gebildet, dem neben drei parteilosen Beamtenministern nur Vertreter von Zentrum und DDP angehörten. In dieser Regierung besetzte die DDP mit Otto *Fischbeck* das Handels- und mit Alexander *Dominicus* das Innenministerium.²⁶

Neue Impulse zu einer Regierungsumbildung gingen vom Reich aus. Der wegen des Londoner Ultimatums in der Reparationsfrage ausgelöste Rücktritt des Minderheitskabinetts Konstantin *Fehrenbach* (Z) und die Bildung einer Regierung der Weimarer Koalition unter Reichskanzler Joseph *Wirth* (Z) im Mai 1921 lösten auch in Preußen Überlegungen über eine Rückkehr zur alten Koalition aus. Doch waren die dem entgegenstehenden Vorbehalte letztlich bei den Demokraten noch zu ausgeprägt. So befürchtete der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Walther *Schreiber*, daß die Sozialdemokraten wieder ihre »alte Vormachtstellung« im preußischen Staatsministerium einnehmen und entsprechende Ansprüche stellen, mit anderen Worten, das von der DDP hoch geschätzte Innenministerium für sich reklamieren könnten. Deshalb hielt die Fraktion weiterhin am Ziel der Bildung einer großen Koalition fest und gedachte, die weitere Entwicklung in Ruhe abzuwarten. In der Fraktion waren indes auch kritische Stimmen zu vernehmen. So beklagte sich Hugo *Preuß*, daß die Demokraten anstatt »mit Freude eine starke demokratische Politik zu betreiben, dauernd auf [den] Eintritt der DVP hinwirken« würden und die Politik der demokratischen Fraktion inzwischen allein von der Taktik beherrscht sei.²⁷

Die große Koalition konnte schließlich im November 1921 umgesetzt werden. Die Ermordung des früheren Reichsfinanzministers und Zentrumspolitikers Matthias *Erzberger* im August und der damit einhergehende, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit stärkende Meinungsumschwung bei den Flügelparteien, SPD und DVP führten Ende September zu ersten Koalitionsgesprächen.²⁸ Die von der SPD erhobene Forderung nach dem Innenministerium war den Demokraten verständlicherweise sehr unangenehm, und es mag deshalb auch nicht verwundern, daß sie sich nach Kräften bemühten, in den Verhandlungen dieses Ressort zu behaupten. Doch die Demokraten hatten keine guten Karten. Auch versäumte es die SPD nicht, *Dominicus* durch scharfe Angriffe auf dessen Personalpolitik Mitte Oktober im Landtag unmöglich zu machen.²⁹ In den Verhand-

²³ So Hugo *Preuß* in der Fraktionssitzung vom 8. April 1921, Dok. Nr. 225. Diesen Vorschlag hatte *Preuß* bereits in der interfraktionellen Sitzung der bisherigen Regierungsparteien unterbreitet, die offensichtlich am selben Tag stattgefunden hatte. Vgl. ebd.

²⁴ Vgl. ebd.

²⁵ So befürchtete August *Gottschalk* am 9. April 1921, daß »*Stegerwald* eine bürgerliche oder Rechtsregierung bilden« könne. Dok. Nr. 226.

²⁶ Zur Bildung des Minderheitskabinetts *Stegerwald* vgl. Dok. Nr. 228, 229, 231–235. Ferner HÖMIG, S. 98–103; MORSEY, S. 356–358; MÖLLER, *Parlamentarismus*, S. 345–351; SCHULZE, *Braun*, S. 336 f.

²⁷ Dok. Nr. 245. Ferner Dok. Nr. 243.

²⁸ Zu den Koalitionsverhandlungen vgl. Dok. Nr. 266–268, 273, 274 und 275.

²⁹ Vgl. Dok. Nr. 271. Am 6. Oktober 1921 vermerkte Innenminister *Dominicus* in seinem Tagebuch: »Bei der Rückkehr nach Berlin finde ich eine Interpellation der Sozialdemokratie gegen mich wegen meiner Amtsführung bezüglich der Verhältnisse zu den schlesischen Orgesch vor. Natürlich nur ein

lungen wurden die Demokraten schließlich regelrecht überfahren. Als die Fraktion hören mußte, daß *Stegerwald* und *Severing* sich darauf geeinigt hatten, *Dominicus* durch einen Sozialdemokraten zu ersetzen, beschloß sie, der allgemeinen Entrüstung ihren Lauf lassend, ihre Minister aus der Regierung zurückzuziehen, worauf das gesamte Kabinett umgehend seinen Rücktritt erklärte.³⁰ An den inzwischen getroffenen Entscheidungen konnte die Fraktion jedoch nichts mehr ändern. Kurzzeitig kam sie noch einmal ins Spiel, als die DVP sich anfangs weigerte, *Otto Braun* als Ministerpräsidenten zu akzeptieren, und der Demokrat *Rudolf Oeser* als preußischer Regierungschef in der Diskussion stand, ohne daß er allerdings letztlich die Zustimmung des Zentrums und der DVP gefunden hätte.³¹

Am 5. November 1921 wurde *Otto Braun* schließlich zum preußischen Ministerpräsidenten gewählt. In der von ihm angeführten Regierung der großen Koalition mußte sich die DDP mit einem Ministerium begnügen, dem Landwirtschaftsressort, dem *Hugo Wendorff* in den nächsten Jahren vorstehen sollte.³² *Braun*, so befand der scheidende Minister *Dominicus*, sei »für diese ausserordentlich schwierige Rolle der Vermittlung und Zusammenhaltung der denkbar ungeeignetste Mann. Auch die sonstige Ministerliste ist ganz ausserordentlich wenig befriedigend, v. *Richter* als Finanzminister reicht dem vorzüglichen *Saemisch* nicht das Wasser, der Gymnasialdirektor *Boelitz* ist mit *Becker* als Kultusminister nicht in einem Atem zu nennen. *Wendorff*, der Demokrat, kommt sicher gegen *Warmbold* im Landwirtschaftsministerium nicht auf. Das Lächerlichste aber ist *Willi Siering*, der Schmied, ein braver, biederer Mann, total unklar und ungebildet als Handelsminister und Nachfolger von *Fischbeck*, und das in dem Augenblick, wo das preussische Handelsministerium berufen ist, das polnisch-deutsche Abkommen über die Industrie in Oberschlesien wesentlich zu beeinflussen, umso mehr zu beeinflussen, als an der Spitze des zuständigen Reichsressorts *Robert Schmidt* steht, eine ebenso komplette Null. Das Amüsante war, daß die Volkspartei Herrn *Lüdemann* als Handelsminister ablehnte und *Siering* vorzog aus dem kurzsichtigen und teuflischen Gesichtspunkte heraus, das *Siering* sich und seine Partei schleunigst in diesem Amte blamieren würde. Nach diesen Gesichtspunkten wird in der Preussischen Republik eine Ministerliste zusammengesetzt!«³³

1925–1928

Entgegen den Befürchtungen von *Dominicus* war *Braun* keineswegs der »denkbar ungeeignetste Mann«. Vielmehr hielt die große Koalition bis zum Ende der Legislaturperiode. Eine Fortsetzung der großen Koalition nach den preußischen Landtagswahlen vom 7. Dezember 1924 gelang jedoch nicht. Denn die DVP, die bei den Wahlen deutliche Stimmenverluste zu verzeichnen hatte, scherte aus der Regierung aus und arbeitete

Schachzug, um mich in diesem Momente für die Wiederbestätigung im Amte unmöglich zu machen.« Landesarchiv Berlin, Nachlaß *Dominicus*, E. Rep. 200–41, Nr. 26, S. 55. Vgl. auch die Eintragung vom 14. Oktober 1921, in: ebd., S. 71 f.

³⁰ Vgl. die Tagebucheintragung von *Dominicus* vom 1. November 1921, in: ebd., S. 89–91. Die Fraktionssitzung vom 1. November 1921 fehlt in den Fraktionssitzungsprotokollen.

³¹ Vgl. die Tagebucheintragung von *Dominicus* am 1. November 1921 sowie die Bemerkungen zum »Schlussakt der Ministerherrlichkeit«, in: ebd., S. 89–91, hier S. 90 f., sowie S. 92–96, hier S. 92 f. Vgl. auch Dok. Nr. 277, 278 und 279.

³² Anhand der Fraktionssitzungsprotokolle lassen sich die näheren Umstände, die zur Berufung *Wendorffs* führten, nicht nachvollziehen.

³³ Die Bemerkungen von *Dominicus* zum »Schlussakt der Ministerherrlichkeit«, in: Landesarchiv Berlin, Nachlaß *Dominicus*, E. Rep. 200–41, Nr. 26, S. 92–96, hier S. 93.

fortan auf eine Rechtsregierung unter Einschluß der DNVP hin. Formell begründete sie den Rücktritt ihrer Minister mit Verweis auf Artikel 45 der preußischen Verfassung, nach der die Neuwahl des Landtags auch eine Neuwahl des Ministerpräsidenten erforderlich machen würde.

Der Rechtsschwenk der DVP stieß in der demokratischen Fraktion auf Unverständnis und Kritik. Hugo *Preuß* wies die Argumentation der DVP entschieden zurück und bestritt die verfassungsrechtliche Notwendigkeit eines besonderen Vertrauensvotums.³⁴ Die Fraktion kam rasch dahingehend überein, daß ungeachtet des Rücktritts der DVP-Minister das Kabinett im Amt bleiben sollte.³⁵ Die Schwierigkeit war indes, daß die Weimarer Koalitionsparteien nur über 222 von insgesamt 450 Landtagsmandaten verfügten und somit keine absolute Mehrheit mehr hatten, mithin der weiteren parlamentarischen Unterstützung bedurften. Diese Notwendigkeit zeigte sich bereits am 23. Januar, als die namentliche Abstimmung über einen kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Regierung *Braun* ein Patt von 221 zu 221 Stimmen ergab. Da drei weitere Mißtrauensanträge der DNVP gegen die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder eine leichte Mehrheit fanden, trat das Kabinett noch am selben Abend zurück. Die demokratische Fraktion ließ sich jedoch nicht entmutigen. Fest entschlossen, eine Rechtsregierung zu verhindern, die angesichts der Zerrissenheit des Zentrums nicht unwahrscheinlich war, unterstützte sie die Sozialdemokraten in dem Bemühen, »eine republikanische Regierung auf die Beine zu stellen.«³⁶

Der kurz darauf unternommene Versuch *Brauns*, in Gesprächen mit DVP und Wirtschaftspartei die Möglichkeiten einer Regierungserweiterung zu sondieren, mußte nach wenigen Tagen als gescheitert angesehen werden.³⁷ Die Demokraten hatten bereits am 7. Januar erste Gespräche mit Vertretern der elf Mandate starken Wirtschaftspartei aufgenommen, doch mußte der Fraktionsvorsitzende Walther *Schreiber* bereits eine Woche später das Scheitern der Verhandlungen eingestehen.³⁸ Nachdem Anfang Februar der »Umweg über *Braun*«³⁹ sich nicht als gangbar erwiesen hatte, verständigten sich die Fraktionen von SPD, Zentrum und DDP darauf, einem Zentrumspolitiker eine Chance zu geben. Am 10. Februar 1925 wurde Wilhelm *Marx* zum Ministerpräsidenten gewählt.⁴⁰ Im Koalitionspoker vermochten sich die Demokraten mit ihrer Forderung nach zwei Ministerposten durchzusetzen und konnten im Kabinett *Marx* mit *Höpker Aschoff* den Finanz- und mit *Schreiber* den Handelsminister stellen. *Wendorff* als Landwirtschaftsminister zu halten, mißlang, was angesichts der Kritik, die die Landwirtschaftspolitik in den vergangenen Jahren in der Fraktion hervorgerufen hatte, einigen Abgeordneten sicher nicht ungelegen gekommen sein dürfte.⁴¹

Der naiv anmutende, als Zugeständnis an die DVP und den rechten Zentrumsflügel zu verstehende Versuch des neuen Ministerpräsidenten, eine »Volksgemeinschaft« von der

³⁴ Vgl. Dok. Nr. 448.

³⁵ Vgl. Dok. Nr. 449; vgl. auch Dok. Nr. 454–457.

³⁶ So der Fraktionsvorsitzende Walther *Schreiber* in der Fraktionssitzung vom 23. Januar 1925, Dok. Nr. 458.

³⁷ Vgl. Dok. Nr. 459–464.

³⁸ Vgl. Dok. Nr. 450 und 454.

³⁹ So Walther *Schreiber* in der Fraktionssitzung vom 6. Februar 1925, Dok. Nr. 464.

⁴⁰ Zu *Marx* vgl. HEHL, S. 326–334.

⁴¹ Vgl. Dok. Nr. 465 und 466. Der spätere Fraktionsvorsitzende Bernhard *Falk* schrieb in seinen Lebenserinnerungen, daß *Wendorff*, der 1924 nicht wieder in den Landtag gewählt wurde, »in der Fraktion eine starke Gegnerschaft« hatte. Vgl. Bernhard *FALK*, Lebenserinnerungen, in: BA Koblenz, Kl. Erw. Nr. 385, Bl. 177 f., Zitat Bl. 178.

SPD bis zur DNVP zu bilden, brach sich an den Realitäten. Sowohl DNVP als auch DVP weigerten sich, einer Regierung mit sozialdemokratischer Beteiligung beizutreten oder ein von *Marx* favorisiertes Beamtenkabinett aus Fachministern zu unterstützen. Nachdem ein von SPD, Zentrum und DDP gefordertes Vertrauensvotum am 20. Februar im Landtag keine Mehrheit gefunden hatte, trat *Marx* zurück, unternahm jedoch am 10. März einen zweiten Versuch.⁴² Einem erneut zur Diskussion gestellten Beamtenkabinett konnten die Demokraten zwar nicht viel abgewinnen, glaubten diese Lösung aber einer Landtagsauflösung mit anschließender Neuwahl, die für die Demokraten sicherlich wenig vorteilhaft ausgefallen wäre, auf jeden Fall vorziehen zu müssen.⁴³ Die Bildung eines Beamtenkabinetts knüpfte die Fraktion jedoch an drei Bedingungen: »1. Der Ministerpräsident muß ein republikanischer Politiker sein. 2. Ein Staatssekretär-Kabinett ist zu erstreben. 3. Der Ministerpräsident muß sich verpflichten, den Auftrag zurückzugeben, wenn sein Kabinett nicht die Zustimmung der republikanischen Parteien findet.«⁴⁴ Wenn schon ein Beamtenkabinett gebildet werden sollte, dann schien der Fraktion die Berücksichtigung von Staatssekretären empfehlenswert, die nicht nur über die nötige Fachkenntnis verfügten, sondern auch über die nötige Nähe zu den die Regierung stützenden Parteien unterhielten. Die erneute Wahl von Wilhelm *Marx* stand jedoch unter keinem guten Stern, denn das Zentrum hatte ihn noch am 10. März zum Kandidaten für die Reichspräsidentenwahlen aufgestellt, wodurch er für DNVP, DVP und Wirtschaftspartei als Ministerpräsident nicht mehr tragbar war. Am 19. März stieg *Marx* aus dem Rennen, und der Landtag wurde bis nach der am 29. März stattfindenden Reichspräsidentenwahl vertagt.⁴⁵

Als am 31. März die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten erneut auf der Tagesordnung stand, machten die Sozialdemokraten deutlich, daß für sie nur die Bildung eines politischen Kabinetts in Frage käme und sie ein Beamtenkabinett ablehnen würden. Damit trafen sie bei den Demokraten auf keinen Widerspruch.⁴⁶ Auch die Kandidatur *Brauns* fand letztlich die Zustimmung der demokratischen Fraktion. Da der auf den 26. April festgesetzte zweite Wahlgang zur Reichspräsidentenschaft noch bevorstand und die Möglichkeit bestand, daß ein Zentrumsmann die Mehrheit erhalten könnte, war die Neigung, einen Politiker dieser Partei in ein weiteres Führungsamt der Republik zu wählen, verständlicherweise ausgesprochen gering.⁴⁷

Die Demokraten hatten freilich auch zu verstehen gegeben, daß sie, für den Fall, daß ihnen der Ministerpräsidentenposten aufgedrängt würde, nicht ablehnen würden.⁴⁸ Und in der Tat wurde am 31. März nicht *Otto Braun*, sondern überraschend *Hermann Höpker Aschoff*, der weder im Landtag anwesend war, noch von seiner Fraktion auf dem Laufenden gehalten wurde, zum neuen Ministerpräsidenten gewählt.⁴⁹ Die Wahl *Höpker Aschoffs* ging auf einen Vorschlag des Zentrums zurück, das sich von einem demokratischen Regierungschef größere Chancen für eine Regierungserweiterung um

⁴² Vgl. Dok. Nr. 469.

⁴³ Vgl. Dok. Nr. 470.

⁴⁴ Vgl. Dok. Nr. 472.

⁴⁵ Vgl. Dok. Nr. 473.

⁴⁶ Vgl. auch die abfälligen Bemerkungen *Schreibers* zum Beamtenkabinett am 8. Mai 1925, in: Dok. Nr. 482.

⁴⁷ Vgl. Dok. Nr. 475.

⁴⁸ Vgl. ebd.

⁴⁹ Vgl. ADERS, S. 71–74; GRZESINSKI, S. 163–165.

die Wirtschaftspartei versprach.⁵⁰ Doch angesichts der überzogenen Forderungen der Wirtschaftspartei, die ein Ausscheiden *Severings* (SPD) und *Hirtsiefers* (Z) aus dem Kabinett wünschte, und den rasch einsetzenden Unstimmigkeiten zwischen DDP und SPD gab *Höpker Aschoff* am 2. April sein Mandat zurück. In der Fraktion war die Verärgerung über die oppositionelle Haltung der SPD gegenüber *Höpker Aschoff* groß, *Walther Schreiber* forderte gar einen sofortigen Beschluß, *Braun* nicht zu wählen, und hielt die Auflösung des Landtags für unvermeidlich.⁵¹ Viele Demokraten sahen sich zum »Schuhputzer des Zentrums und der Sozialdemokratie« degradiert.⁵² Doch der Sturm legte sich bald und man einigte sich darauf, der Wahl *Brauns* unter gewissen Bedingungen, zu denen auch das Ziel der Regierungserweiterung zählte, zuzustimmen.⁵³

Bei der Wahl zum Ministerpräsidenten entfielen schließlich 220 der 432 abgegebenen Stimmzettel auf *Otto Braun*, nur einer war unbeschrieben und ein weiterer ungültig. Mit Unterstützung der Weimarer Koalitionsparteien war *Braun* somit gewählt, und, obwohl den gerade auch von den Demokraten befürworteten Verhandlungen über eine Verbreiterung der Koalition⁵⁴ kein Erfolg beschieden sein sollte, konnte er sich bis zum Ende der Legislaturperiode behaupten.⁵⁵ Da *Braun* die Minister des Kabinetts *Marx* übernahm, war die DDP neben dem der Partei nahestehenden Kultusminister *Becker* mit Finanzminister *Höpker Aschoff* und Handelsminister *Schreiber* im Kabinett vertreten und verfügte somit auf der Regierungsebene über einen ihren Mandatsanteil weit übersteigenden Einfluß.⁵⁶ Die Furcht der oppositionellen Parteien vor Neuwahlen, aber auch die beständig wiederholte Zusicherung, auf eine Verbreiterung der Regierung hinarbeiten zu wollen, half der Regierung über die Runden.⁵⁷

Da sich die Regierung trotz der prekären Mehrheitsverhältnisse im Landtag zu behaupten vermochte, nahm die Bereitschaft der DDP, in Verhandlungen über eine Verbreiterung der Regierungsbasis zu treten, rasch ab. Den während der Legislaturperiode wiederholt unternommenen Bemühungen um eine Regierungserweiterung begegnete die demokratische Fraktion deshalb mit ostentativer Zurückhaltung.⁵⁸ Einer Zusammenarbeit mit der DVP, die angesichts des deutschnationalen Widerstands gegen die *Stresemannsche* Außenpolitik auch in Preußen wieder die große Koalition anstrebte, konnten die Demokraten nur wenig abgewinnen, da die Volkspartei »heute eigentlich nichts mit in die Ehe bringen« könne, »was als Morgengabe so groß und wichtig wäre, daß es die schweren Nachteile« einer solchen Koalition »wieder ausgleichen könnte«.⁵⁹

⁵⁰ Vgl. auch *Falk* in der DDP-Parteiausschußsitzung vom 5. April 1925, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 121, S. 342–349, hier S. 347 f.

⁵¹ Vgl. Dok. Nr. 476–478. Vgl. auch die Parteiausschußsitzung vom 5. April 1925, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 121, S. 342–349, hier S. 344, Anm. 7, und S. 347 f. Später mußte auch *Schreiber* zugeben, daß »*Braun* gegenüber *Marx* der Willensstärkere und Bessere« sei und es deswegen wünschenswert sei, daß *Braun* bliebe. Vgl. Dok. Nr. 482.

⁵² So *Falk* in der Sitzung des DDP-Parteiausschusses am 5. April 1925, eine Wendung *Fischbecks* aufgreifend, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 121, S. 342–349, hier S. 348.

⁵³ Vgl. Dok. Nr. 478.

⁵⁴ Vgl. Dok. Nr. 483.

⁵⁵ Zur Abstimmung über den erfolglosen Mißtrauensantrag der DNVP am 8. Mai 1925 vgl. auch Dok. Nr. 479–483.

⁵⁶ Zum Kabinett *Braun* vgl. SCHULZE, *Braun*, S. 477–479.

⁵⁷ Vgl. auch BRAUN, S. 174–176.

⁵⁸ Vgl. Dok. Nr. 545.

⁵⁹ So die VOSSISCHE ZEITUNG, 270, 11.11.1925. Das Zentrum schien allerdings in Preußen noch Interesse an einer Regierungserweiterung gehabt zu haben. Vgl. Dok. Nr. 490. In der demokratischen

1928–1932

Die preußischen Landtagswahlen vom 20. Mai 1928 stärkten schließlich die Position der Weimarer Koalitionsparteien, die mit 229 von 450 Mandaten die absolute Mehrheit im Landtag erringen konnten. Auch wenn SPD, Zentrum und DDP zusammen nur über eine verhältnismäßig knappe Mehrheit verfügten, einigten sie sich rasch auf eine Fortsetzung der Koalition.⁶⁰ Allerdings hielt die DDP »eine Annäherung an die DVP [für] erwünscht«. Denn der bei den Landtagswahlen sich fortsetzende Wählerschwund legte es nahe, die rechte Schwesterpartei DVP in die Pflicht zu nehmen und ihr die Mitverantwortung für unpopuläre Maßnahmen zu übertragen. Angesichts der bei den Maiwahlen andauernden Auszehrung der beiden liberalen Parteien war sogar vereinzelt der Ruf nach einer Verschmelzung beider Parteien und der Schaffung einer gesamtliberalen Kraft zu hören. Hinzu kam, daß die auch von *Braun* in seiner Regierungserklärung bekundete Bereitschaft, die Koalition zu gegebener Zeit um die DVP zu erweitern⁶¹, dem Wunsch nach Stabilisierung der Verhältnisse im Reich entsprang, wo sich nach den Reichstagswahlen vom Mai 1928 die Bildung einer großen Koalition abzuzeichnen begann. Deshalb wollte die DDP dem »Zustandekommen der großen Koalition, die als erste Stufe dafür anzusehen« sei, in Preußen »kein Hindernis« bereiten.⁶²

Als die DVP um die Jahreswende 1928/29 ihre Fühler auszustrecken begann, stieß allerdings ihre Forderung nach zwei Ministerien, dem Kultusministerium sowie einem weiteren Ressort, bei SPD und Zentrum auf entschiedene Ablehnung. Das den Rechtsliberalen von *Braun* neben einem Minister ohne Portefeuille offerierte Handelsministerium hielt wiederum die DVP für inakzeptabel. Die Gespräche kamen rasch ins Stocken.

Bei den Demokraten trafen die Koalitionsverhandlungen mit der DVP gerade mit Blick auf die laufenden Konkordatsverhandlungen auf Zustimmung.⁶³ Andererseits machten sie doch auch klar, daß die Regierungserweiterung »ohne zu weit gehende Opfer der demokratischen Partei« zu erfolgen hätte.⁶⁴ Die Fraktion sah sehr wohl, daß sie im Kabinett überrepräsentiert war. So stellten die Demokraten, die bei den Wahlen gerade einmal 4,5 Prozent der Stimmen hatten holen können, zwei, wird Kultusminister *Becker* ihr zugerechnet, sogar drei Minister im Staatsministerium, und damit ebenso viele Minister wie die dreimal so starke Zentrumsparlei. Die Sozialdemokraten, die mit 29 Prozent stärkste Kraft im Landtag waren, mußten sich sogar mit nur zwei Posten, dem des Ministerpräsidenten und des Innenministers, begnügen. Insofern war es in gewisser Weise unvermeidlich, daß die Demokraten in naher Zukunft Federn lassen mußten.

Als im Januar 1930 erneut Verhandlungen mit der DVP geführt wurden, ließ die demokratische Fraktion denn auch durchblicken, daß sie zwar bereit sei, Zugeständnisse zu machen, daß aber ein Revirement der Regierung nicht allein auf ihre Kosten erfolgen könne. Eine von der SPD seit geraumer Zeit gewünschte Umbesetzung des Kultusministeriums unter Parteirücksichten lehnte sie deshalb ab. So ließ sie die SPD wissen, daß bei einer Neubesetzung des Kultusministeriums auf die »Stimmung der evangelischen

Fraktion gab es auch weiterhin Anhänger einer großen Koalition wie *Höpker Aschoff*. Vgl. Dok. Nr. 524.

⁶⁰ Vgl. Dok. Nr. 664.

⁶¹ Die Erklärung des preußischen Ministerpräsidenten *Otto Braun* in der 2. Sitzung am 9. Juni 1928: SBpLT 1928/32, Bd. 1, Sp. 27–32.

⁶² Vgl. Dok. Nr. 666.

⁶³ So *Hermann Höpker Aschoff* in der Fraktionssitzung vom 5. Februar 1929, Dok. Nr. 692; vgl. auch die Parteivorstandssitzung vom 3. Juni 1929, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 153, S. 507–513.

⁶⁴ So *Ferdinand Hoff* in der Fraktionssitzung vom 5. Februar 1929, Dok. Nr. 692.

Bevölkerung Rücksicht genommen werden« müsse, »weil der derzeitige Staatssekretär dem katholischen Bekenntnis« angehöre. Das hieß nichts anderes, als daß die DDP den Kandidaten der SPD-Fraktion, den Dissidenten und früheren Katholiken Christoph König, einen Landtagsabgeordneten und Oberschulrat, für inakzeptabel hielt.⁶⁵ Mit dieser Haltung ging sie mit dem Zentrum, aber auch dem Ministerpräsidenten, der König für ungeeignet erachtete, konform.⁶⁶

Die SPD-Fraktion fühlte sich indes ob so viel demokratischen Selbstbewußtseins brüskiert.⁶⁷ Sie machte zudem unmißverständlich deutlich, daß sie nicht mehr gewillt sei, Becker im Parlament zu unterstützen. Am 30. Januar 1930, als auch die Verhandlungen mit der DVP als gescheitert angesehen werden mußten, trat Becker schließlich von seinem Amt als preußischer Kultusminister zurück. Sein Nachfolger wurde der bisherige Vizepräsident des Provinzialschulkollegiums der Provinz Brandenburg und Sozialdemokrat Adolf Grimme. In der demokratischen Fraktion versuchte der Fraktionsvorsitzende Falk seine Verhandlungsführung zu rechtfertigen und beteuerte, daß die »Rücksicht auf die politische Ruhe und den Rückhalt der Republik, die allein in Preußen verankert« seien, Richtschnur des Handelns der Fraktionsführung gewesen sei.⁶⁸ Auch der Parteivorstand gab dem Fraktionsvorstand Rückendeckung und bat die Fraktion »jeder Zurückdrängung des demokratischen Einflusses in Preußen bestimmten Widerstand entgegenzusetzen.«⁶⁹ Dennoch war der Unmut über das Verhalten der Sozialdemokraten in der Fraktion groß und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob eine gewisse Koalitionsmüdigkeit allmählich Platz zu greifen schien.

Dies mochte nicht überraschen, denn bei der Neubesetzung einiger Oberpräsidien hatte die DDP 1930 wiederum das Nachsehen. So gingen die demokratischen Oberpräsidien in Kassel und Stettin an einen Sozialdemokraten und einen Vertreter der DVP verloren. Als Ausgleich erhielten die Demokraten nur Magdeburg zugesprochen, dessen Oberpräsidium bisher von einem Sozialdemokraten geleitet worden war.⁷⁰ Der demokratische Machtschwund setzte sich im folgenden Jahr fort, als am 12. Oktober 1931 Finanzminister Hermann Höpker Aschoff zurücktrat. Die mit der Weltwirtschaftskrise verbundene katastrophale Haushaltslage, der Streit in der Frage der Beförderungssperre für preußische Beamte und auch die wachsenden Akzeptanzprobleme, mit denen sich Höpker Aschoff wegen seiner rigiden Sparpolitik in der Koalition und der eigenen Fraktion konfrontiert sah, waren für diesen Schritt ausschlaggebend.⁷¹

Mit Höpker Aschoff verlor die Fraktion ihren bedeutendsten und mächtigsten Vertreter im Kabinett. Allerdings begegnete sie dem Rücktritt mit gemischten Gefühlen, da die von Höpker Aschoff in Preußen mitgetragene Deflationspolitik Brüning's höchst unpopulär war und letztlich wesentlich zur Verschärfung der wirtschaftlichen Probleme beitrug. Die DDP, so bemerkte der Fraktionsvorsitzende Bernhard Falk in seinen Lebenserinnerungen, habe schwer daran getragen, »daß nicht nur der Reichsfinanzmini-

65 Vgl. Dok. Nr. 740. Staatssekretär im preußischen Kultusministerium war von 1925 bis 1932 der Zentrumspolitiker Aloys Lammers. Vgl. auch Dok. Nr. 738, 739 und 741.

66 Vg. SCHULZE, Braun, S. 560; HÖMIG, S. 230 f.; STANG, S. 314 f.

67 Vgl. auch Dok. Nr. 742.

68 Dok. Nr. 744.

69 Vgl. die Sitzung des Parteivorstands der DDP vom 8. Februar 1930, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 158, S. 522–527, hier S. 524.

70 Vgl. Dok. Nr. 744 und 745.

71 Zum Rücktritt Höpker Aschoff's vgl. ADERS, S. 167–178.

ster, sondern auch der preussische Minister der Finanzen aus ihren Reihen hervorgegangen war.«⁷²

Der Rücktritt *Höpker Aschoffs* bedeutete für die Fraktion zwar eine Einbuße an Prestige, aber eben doch auch eine Entlastung.⁷³ Insofern mochte es nicht überraschen, daß die Fraktion nur halbherzig neue Kandidaten für das Finanzministerium präsentierte. Die Ablehnung ihrer Vorschläge durch *Braun* brüskierte sie zwar, aber sie war ihr, wollte sie ehrlich sein, doch im Grunde recht.⁷⁴ Nachfolger *Höpker Aschoffs* wurde schließlich der parteilose Präsident der Zentralgenossenschaftskasse Dr. Otto *Klepper*.⁷⁵ Die durch die Weltwirtschaftskrise hervorgerufenen Probleme, die Bedrohung durch den Nationalsozialismus und die Unfähigkeit der Reichsregierung unter *Brüning*, auf diese Herausforderungen angemessene Antworten zu finden, zwangen dazu, die Interessen der Fraktion und der Partei denen des Allgemeinwohls, der Demokratie und der Republik unterzuordnen. Auch wenn in der Fraktion mitunter der Sinn der Weimarer Koalition und der Nutzen einer weiteren Regierungspartizipation in Frage gestellt wurde⁷⁶, hielt die Regierung bis zum Ende der Legislaturperiode. Bezeichnenderweise war just jener Walther *Schreiber*, dessen Posten seit Jahren zur Disposition stand, der letzte im Kabinett verbliebene Demokrat.

2. Die Fraktion und die Regierung

Die Fraktion bemühte sich nach Kräften die 1919 gebildete Weimarer Koalitionsregierung aus SPD, Zentrum und DDP, die zwischen 1921 und 1925 um die DVP zur großen Koalition erweitert werden konnte, zu unterstützen. Dennoch blieben im Laufe der Jahre gelegentliche Differenzen und Unstimmigkeiten nicht aus. Dies betraf sowohl das Verhältnis der Fraktion zu den Ministern der Koalitionspartner als auch zu denen der eigenen Partei.

Ministerpräsident der vom Präsidenten der Landesversammlung Robert *Leinert* am 25. März 1919 ernannten, ersten regulären preußischen Regierung war der Sozialdemokrat Paul *Hirsch*. *Hirsch* mangelte es an Führungsstärke und Durchsetzungsvermögen und er vermochte deshalb den Anforderungen, die sein Amt an ihn stellte, nur in ungenügendem Maße zu entsprechen. Insbesondere der schleppende Fortgang der Demokratisierung und Republikanisierung des Verwaltungsapparats wurde von *Hirschs* sozialdemokratischen Parteifreunden als besonders mißlich angesehen, so daß es nicht verwundern mochte, daß sein Rücktritt nach dem *Kapp*-Putsch vom März 1920 weit hin begrüßt wurde.⁷⁷ Mochten auch Sozialdemokraten mit dem Regierungsstil ihres Ministerpräsidenten unzufrieden sein, so kam unter den demokratischen Abgeordneten Kritik nicht auf. Der kurzzeitige Geschäftsführer der demokratischen Landtagsfraktion, Oscar *Meyer*, kam in seinen Erinnerungen zu einem von Anerkennung und Respekt getragenen Urteil. Sein Charlottenburger Stadtverordnetenkollege Paul *Hirsch* sei

⁷² Bernhard Falk, Lebenserinnerungen, in: BA Koblenz, Kl. Erwerbungen Nr. 385, Bl. 207.

⁷³ So Adam *Barteld* in der Fraktionssitzung vom 24. November 1931, Dok. Nr. 817.

⁷⁴ Vgl. die Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes der DDP vom 12. November 1931, in: LINKS-LIBERALISMUS, Nr. 185, S. 673 f. Als Kandidaten wurden die beiden Fraktionsvorsitzenden des Reichstags und Preußischen Landtags, August *Weber* und Bernhard *Falk*, vorgeschlagen.

⁷⁵ Zu Otto *Klepper* vgl. PUFENDORE.

⁷⁶ So Bernhard *Falk* in der Fraktionssitzung vom 19. Januar 1932, Dok. Nr. 825.

⁷⁷ Vgl. SCHULZE, Braun, S. 234 und 242.

»ein sympathischer Politiker« gewesen, »maßvoll, mit viel Wissen, besonders auf kommunalem Gebiet und grundständig.«⁷⁸

Hirschs Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten wurde im März 1920 der bisherige Landwirtschaftsminister *Otto Braun*, der bereits durch sein Eintreten für die Interessen der Landarbeiter in den Auseinandersetzungen mit den im Pommerschen Landbund organisierten Gutsbesitzern Führungsqualitäten unter Beweis gestellt hatte.⁷⁹ *Braun* war in der demokratischen Fraktion keineswegs unumstritten. Einzelne Abgeordnete hatten es anfangs ohnehin für bedenklich gehalten, das Landwirtschaftsministerium einem Sozialdemokraten zu überantworten.⁸⁰ In der Folgezeit wurde wiederholt Kritik an den Maßnahmen und dem Auftreten *Brauns* geübt, wobei man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, als ob die Kampagne der Konservativen gegen *Braun*, den »Minister gegen die Landwirtschaft«⁸¹, auch bei manchen Demokraten ihre Wirkung nicht verfehlte.⁸² Vielleicht mochte auch eine Rolle spielen, daß, wie der spätere Parteivorsitzende *Carl Petersen* im Februar 1919 monierte, die »Sozialdemokraten in der Regierung [...] in ihren Reden noch zu sehr die Parteistellung zum Ausdruck kommen« ließen.⁸³ Aufgrund seiner polarisierenden Wirkung hielten zumal dem rechten Flügel angehörende Demokraten wie *Alexander Dominicus Braun* für das Amt des Ministerpräsidenten für ungeeignet.⁸⁴ Doch vor dem Hintergrund der schwierigen politischen Verhältnisse lernte die Fraktion die Willensstärke *Brauns* zu schätzen.⁸⁵ *Braun*, so meinte *Oscar Meyer* in seinen Erinnerungen, sei nicht nur eine führungsstarke Persönlichkeit gewesen, sondern auch »ein kluger, zielklarer Politiker, der, mit einer kurzen Unterbrechung, bis zu seiner rechtswidrigen Absetzung durch *Papen* (1932) den preußischen Staat mit Festigkeit geleitet und als Bollwerk der Demokratie in Deutschland erhalten hat.«⁸⁶

Eine sozialdemokratische Domäne war das preußische Innenministerium, das 1921 nur für wenige Monate an den Demokraten *Alexander Dominicus* fiel. Prägend wirkte vor allem der Sozialdemokrat *Carl Severing*, der dem Ministerium von März 1920 bis April 1921, von November 1921 bis Oktober 1926 und erneut von Oktober 1930 bis Juli 1932 vorstand. Er löste seinen Parteifreund *Wolfgang Heine* ab, dessen zurückhaltende Personalpolitik auf Unverständnis und Kritik gestoßen war.⁸⁷

Severing hatte bereits als Reichs- und Staatskommissar bei der Befriedung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets 1920 seine Durchsetzungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Während seiner Amtszeit sollte die Demokratisierung der Verwaltung wesentliche Fortschritte machen. Auch konnte *Severing* mit dem Aufbau der Schutzpolizei

⁷⁸ MEYER, S. 102.

⁷⁹ Zu *Otto Braun* vgl. SCHULZE, *Braun*.

⁸⁰ So *Berthold Moritz* in der Fraktionssitzung vom 22. März 1919, Dok. Nr. 11.

⁸¹ BRAUN, S. 48.

⁸² Vgl. Dok. Nr. 66 und 69. Zur Agitation gegen *Braun* vgl. SCHULZE, *Braun*, S. 278–289; BRAUN, S. 15–23.

⁸³ Protokoll *Petersens* über eine gemeinschaftliche Sitzung von Vorstand und der Fraktion der Nationalversammlung in Erfurt am 4. Februar 1919, in: StA Hamburg, NL *Carl Petersen*, 622–1/80 – L 62.

⁸⁴ Tagebucheintragung zum 5. November 1921 von *Alexander Dominicus*, in: Landesarchiv Berlin, NL *Dominicus*, E.–Rep. 200–41, Nr. 26, S. 93.

⁸⁵ Vgl. Dok. Nr. 482. *Walther Schreiber* bezeichnete *Braun* gegenüber *Marx* als den »Willensstärkere[n] und Bessere[n]«. Wünschenswert, daß *Braun* bleibt.«

⁸⁶ MEYER, S. 109 f.

⁸⁷ Vgl. auch Dok. Nr. 126. Zum Verständnis der Personalpolitik *Heines* vgl. auch *Wolfgang Heine*, Die Beamten der Republik, in: Sozialistische Monatshefte 63 (1926), S. 610–614.

und der Bekämpfung anti-republikanischer Verbände wichtige Akzente setzen.⁸⁸ *Severing* fand in der Regel die Unterstützung der demokratischen Fraktion, obschon Angehörige des rechten Flügels, wie *Dominicus*, in der Demokratisierung des Beamtenapparats eine Gefährdung der Homogenität der preußischen Verwaltung sahen.⁸⁹ Doch vertrat *Dominicus*, der auch 1924 aus der Partei ausscheiden sollte, nicht die Meinung der Fraktion, die in der Folgezeit die Politik *Severings*, ungeachtet vereinzelter punktueller Differenzen⁹⁰, mittragen und ihn gegen deutschnationale Angriffe in Schutz nehmen sollte.⁹¹ Rückblickend befand *Oscar Meyer* jedoch, daß die »Energie von *Severing* [...] wohl immer überschätzt worden« sei.⁹² Im Vergleich zu *Albert Grzesinski*, dem Polizeipräsidenten von Berlin, der dem gesundheitlich angeschlagenen *Severing*, 1926 für vier Jahre im Amt des Innenministers folgen sollte, mochte dies stimmen. *Grzesinski* mußte allerdings vier Jahre später wegen einer von der Opposition hoch gespielten privaten Affäre wieder auf seinen früheren Posten zurückkehren.⁹³

In der Hand des Zentrums befanden sich seit dem März 1919 das Justizministerium und das Ministerium für Volkswohlfahrt sowie seit 1925 das Landwirtschaftsministerium. Dem Justizressort standen der Rechtsanwalt und Vorsitzende der Düsseldorfer Anwaltskammer, *Hugo am Zehnhoff*, und seit 1927 der Senatspräsident beim Kammergericht in Berlin, *Hermann Schmidt*, vor.⁹⁴ Die konservative Orientierung und die zurückhaltende Personalpolitik beider Zentrumsmitglieder ließ das Justizministerium zu einer Hochburg konservativer, monarchistisch gesinnter Beamter werden. Die Demokraten verfolgten diese Entwicklung mit deutlichem Unbehagen. So beklagte sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende *Bernhard Falk* im Januar 1925 offen über die Personalpolitik des Justizministers (»schlimm«) und gab dem Bedauern Ausdruck, daß seine Partei in diesem Ministerium nicht vertreten sei.⁹⁵

Nicht spannungsfrei gestaltete sich auch das Verhältnis zum Wohlfahrtsminister und christlichen Gewerkschafter *Adam Stegerwald*⁹⁶, den 1921 der Verbandssekretär des

⁸⁸ Zu *Severing* vgl. SEVERING, *Mein Lebensweg*; ders., 1919/20 im Wetter- und Watterwinkel. Aufzeichnungen und Erinnerungen des Staatsministers a.D. Carl Severing, ehemaligen Reichs- und Staatskommissars im Befehlsbereiche des VII. Armeekorps, Bielefeld 1927; Hans MENZEL, *Carl Severing*, Berlin 1932; Klaus NEUMANN, *Carl Severing. Von der Armenschule ins Ministeramt*, Münster 1991; Thomas ALEXANDER, *Carl Severing. Sozialdemokrat aus Westfalen mit preußischen Tugenden*, Bielefeld 1992; ders., *Carl Severing – ein Demokrat und Sozialist in Weimar*, 2 Teile, Frankfurt/M. 1996.

⁸⁹ Nach Ansicht *Otto Fischbecks* war *Severing* dagegen »der richtige Mann« für das Innenministerium. Vgl. Dok. Nr. 275; vgl. auch die Tagebucheintragung von *Alexander Dominicus* zum 29. September 1921, in: Landesarchiv Berlin, NL *Dominicus*, E.–Rep. 200–41, Nr. 26, S. 52. Ferner auch Dok. Nr. 317.

⁹⁰ So beklagte *Hugo Preuß* im Oktober 1924 die zu große Nachgiebigkeit des Innenministers gegenüber der DVP. Vgl. Dok. Nr. 439.

⁹¹ Vgl. Dok. Nr. 386, 387 und 778.

⁹² MEYER, S. 110.

⁹³ Vgl. GRZESINSKI; Thomas ALBRECHT, *Für eine wehrhafte Demokratie: Albert Grzesinski und die preußische Politik in der Weimarer Republik*, Bonn 1999.

⁹⁴ Vgl. auch HÖMIG, S. 7, 174, Anm. 13.

⁹⁵ Vgl. Dok. Nr. 455.

⁹⁶ Vgl. FORSTER; Rudolf MORSEY, *Adam Stegerwald 1874–1945*, in: Morsey, Rudolf (Hrsg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bd. 1, Mainz 1973, S. 206–219; Josef DEUTZ, *Adam Stegerwald. Gewerkschafter – Politiker – Minister. Ein Beitrag zur Geschichte der christlichen Gewerkschaften in Deutschland*, Berlin 1952; Helmut J. SCHORR, *Adam Stegerwald. Gewerkschafter und Politiker der ersten deutschen Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der christlich-sozialen Bewegung in Deutschland*, Recklinghausen 1966.

Christlichen Metallarbeiterverbandes in Essen, Heinrich *Hirtsiefer*⁹⁷, ablöste. Das Ministerium für Volkswohlfahrt war 1919 gegründet worden und umfaßte die bisher in verschiedenen Ministerien angesiedelten drei Abteilungen für Volksgesundheit, Wohnungs- und Siedlungswesen, Jugendwohlfahrt und allgemeine Fürsorge. *Stegerwald* setzte sich bei der Besetzung der Führungspositionen vor allem für die Berücksichtigung weiblicher Fachkräfte ein. So wurden im Herbst 1919 mit Meta *Kraus* und Helene *Weber* zwei in der Fürsorge und Frauenbildung erfahrene Frauen zu Referentinnen im Wohlfahrtsministerium ernannt, die der SPD bzw. dem Zentrum angehörten.⁹⁸ Wiederholt unternahm die demokratische Landtagsfraktion Versuche, auch eine Demokratin im Ministerium unterzubringen. Die Demokraten, so meinte der Abgeordnete Martin *Rade*, würden »allmählich unter den Schlitten geraten, wenn wir nicht mit mehr Energie für die Durchsetzung der Ministerien mit demokratischen Persönlichkeiten sorgen.«⁹⁹ Doch die Fraktion drang mit dieser Forderung bei *Stegerwald* letztlich nicht durch.¹⁰⁰

Mit Landwirtschaftsminister Heinrich *Steiger* wiederum, einem Landwirtschaftslehrer und Mitglied der Landwirtschaftskammer Hannover, konnten sich die Demokraten abfinden, da der bisher im öffentlichen Leben kaum hervorgetretene Zentrumspolitiker nicht »einseitig rechts eingestellt« sei.¹⁰¹

In den ersten Jahren der Republik befanden sich das Ministerium für öffentliche Arbeiten und das Handelsministerium in demokratischer Hand. Minister für öffentliche Arbeiten wurde im März 1919 Rudolf *Oeser*, der bis zur Verreichlichung der preußischen Eisenbahnen und der Auflösung seines Ministeriums 1921 auf seinem Posten blieb. Der Verkehrsminister erfreute sich selbst unter führenden Sozialdemokraten einiger Beliebtheit. *Oeser*, so urteilte *Braun*, sei ein »aufrechter Demokrat und angenehmer Mensch« gewesen.¹⁰² Bei seinem Amtsantritt war sich der 61jährige durchaus im klaren, daß die Übernahme des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, des Eisenbahnministeriums, wie man es auch nannte, »besondere Schwierigkeiten« barg. Die Fraktion hatte sich anfangs gegen die Übernahme des relativ unbedeutenden Ressorts gestäubt, auch weil man sich bewußt war, daß das Ministerium im Zuge der Überführung der Eisenbahnen an das Reich, wie Otto *Fischbeck* meinte, »einen ausgezeichneten Kaufmann« benötige.¹⁰³ Während seiner Amtszeit hatte *Oeser* vor allem mit dem »Emporkommen der radikalen Elemente«¹⁰⁴ in der Eisenbahnverwaltung zu kämpfen, die nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Einführung des Akkordlohnsystems wiederholt heftige Auseinandersetzungen provozierten.¹⁰⁵ In der Hoffnung, »im Zusammenwirken mit der Arbeiterschaft Besserung im gesamten Eisenbahnbetrieb zu erreichen«, riet der Minister seiner

⁹⁷ Vgl. auch Heinrich HIRTSIEFER, Die staatliche Wohlfahrtspflege in Preußen, und ders., Die Wohnungswirtschaft in Preußen, Eberswalde 1929.

⁹⁸ Vgl. Dok. Nr. 74.

⁹⁹ Vgl. Dok. Nr. 92; ferner Dok. Nr. 74.

¹⁰⁰ Vgl. Dok. Nr. 115, 122, 138 und 158. Die Personalpolitik spielte auch weiterhin in den Sitzungen der Landtagsfraktion eine wichtige Rolle, vgl. beispielsweise Dok. Nr. 690, 717 und 742. Nichtsdestotrotz stützten die Demokraten, unbeschadet gelegentlicher Differenzen, die Zentrumsminister gegen Attacken und Mißtrauensanträge der Opposition und waren um ein geschlossenes Erscheinungsbild der Koalition bemüht. Vgl. Dok. Nr. 593.

¹⁰¹ So Adam *Barteld* in der Fraktionssitzung vom 18. Februar 1925. Vgl. auch die unveröffentlichten Lebenserinnerungen Heinrich *Steigers*, in: GSTA PK Berlin, VI. HA, NL Heinrich Steiger, Nr. 1, vor allem S. 188–258.

¹⁰² BRAUN, S. 99.

¹⁰³ So *Oeser* und *Fischbeck* in der Fraktionssitzung vom 22. März 1919, Dok. Nr. 11.

¹⁰⁴ So *Oeser* in der Fraktionssitzung vom 26. März 1920, Dok. Nr. 147; vgl. auch Dok. Nr. 62 und 80.

¹⁰⁵ Vgl. Dok. Nr. 59, 62, 65, 80, 81 und 87.

Fraktion gerade »auch im Parteiinteresse zu vorsichtiger Haltung in allen Arbeiterfragen, um eine zukünftige demokratische Partei aus den besonnenen Elementen der Arbeiterschaft und dem Bürgertum zustande zu bringen.«¹⁰⁶ Sein zurückhaltendes Vorgehen stieß allerdings nicht bei allen Abgeordneten, die ein schärferes Vorgehen zum Schutz der Arbeitswilligen für notwendig erachteten, auf Zustimmung.¹⁰⁷ Auch wurde seine Personalpolitik moniert, von der »Sabotage des Ministers durch seine Geheimräte« wurde gar gesprochen.¹⁰⁸ Zudem beklagte man sich darüber, »daß jetzt die Minister weniger zu sprechen seien als früher unter der alten Ordnung.«¹⁰⁹ Als die Sozialdemokraten nach dem *Kapp*-Putsch im März 1920 den Rücktritt Oesers, der die Gewerkschaften durch Arbeitermaßregelungen verstimmt hatte, forderten¹¹⁰, blieben die Demokraten jedoch fest. Ein Rücktritt ihres Ministers kam für sie, ungeachtet der zurückliegenden Differenzen, nicht in Frage. Erst 1921 schied *Oeser* aus dem Amt und sollte noch mehrere führende Positionen bekleiden. So stand er von November 1922 bis August 1923 dem Reichsinnenministerium, von August 1923 bis Oktober 1924 dem Reichsverkehrsministerium und von 1924 bis zu seinem Tode 1926 als Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft vor.

Noch unter Kaiser Wilhelm II. war der Linksliberale *Otto Fischbeck* am 3. Oktober 1918 zum Handelsminister ernannt worden. *Fischbecks* schroffe, unnachgiebige Haltung gegenüber der Sozialdemokratie während seiner Zeit als Berliner Stadtrat hatte ihn in den Augen *Wilhelms II.* vermutlich für diesen Posten empfohlen. Die Sozialdemokraten begegneten ihm deshalb auch mit einiger Zurückhaltung, die sich während ihrer Zusammenarbeit in indignierte Ablehnung wandelte. Rückblickend gewann *Otto Braun* denn auch ein eher negatives Urteil über den Handelsminister: »Wirtschaftlich stark manchesterlich, politisch lau-demokratisch eingestellt, hemmte er alle Reformen und Maßnahmen, bei denen er sozialistisches Gedankengut witterte.«¹¹¹ Auch in der demokratischen Landtagsfraktion fand *Fischbeck* keine uneingeschränkte Zustimmung. So sprach sich *Walther Schreiber* bereits im März 1919 gegen ein Verbleiben *Fischbecks* im Amt aus, da er ihm »nicht die erforderliche Energie« zutraute. Doch stand er mit seiner Ansicht weitgehend allein.¹¹² *Fischbeck* blieb bis zum November 1921 im Amt. Seine starke Stellung hatte er vielleicht weniger seinem beruflichen Werdegang als Syndikus der Bielefelder Handelskammer und Berliner Stadtrat zu verdanken als seiner politischen Erfahrung. Seit 1895 saß er mit einer kurzen Unterbrechung für die Freisinnige bzw. die Fortschrittliche Volkspartei und später für die DDP im Reichstag, seit 1903 gehörte er dem preußischen Abgeordnetenhaus an. Zudem zählte er zu den Parteigründern, amtierte von Dezember 1918 bis Juli 1919 als Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses und war von 1919 bis 1930 Mitglied des Parteiausschusses.¹¹³ Diese dominante Position innerhalb der Partei erklärt die Unterstützung, die ihm seine

¹⁰⁶ So *Oeser* in der Fraktionssitzung vom 5. November 1919, Dok. Nr. 87.

¹⁰⁷ So *Oswald Riedel*, in: ebd.

¹⁰⁸ So *Oeser*, der sich der Kritik des Abgeordneten *Max Höfler* stellen mußte, in der Fraktionssitzung vom 25. Februar 1920, Dok. Nr. 137; vgl. auch Dok. Nr. 133.

¹⁰⁹ So *Oskar Cassel* in der Fraktionssitzung vom 20. Februar 1920, Dok. Nr. 133.

¹¹⁰ So *Alexander Dominicus* in der Fraktionssitzung vom 26. März 1920, Dok. Nr. 147. *Oswald Riedel* meinte gleichwohl, daß drei Viertel der Eisenbahnerschaft hinter dem Minister stünden. Ebd.

¹¹¹ BRAUN, S. 99.

¹¹² Vgl. Dok. Nr. 12. Eine gute Meinung von *Fischbeck* hatte *Alexander Dominicus*, der zusammen mit ihm dem Kabinett *Stegerwald* angehörte. Vgl. die Tagebucheintragung von *Dominicus* vom 26. April 1921, in: Landesarchiv Berlin, NL *Dominicus*, E. Rep. 200–41, Nr. 26, S. 4.

¹¹³ Zu *Fischbeck* vgl. auch STEPHAN, Acht Jahrzehnte, S. 158 f.

Fraktion zukommen ließ. Als die Sozialdemokraten nach dem *Kapp*-Putsch seinen Rücktritt forderten, mit der Begründung, »er habe seinen alten Beamtenapparat zu sehr intakt gehalten [...] und die Beiräte nicht genügend herangezogen«¹¹⁴, stellten sich die Demokraten erfolgreich quer.¹¹⁵

Das Landwirtschaftsministerium unterstand in der Zeit der großen Koalition zwischen 1921 und 1924 dem Demokraten Hugo *Wendorff*. *Wendorff* verfügte nicht nur als langjähriger Gutsvorsteher im mecklenburgischen Toitz über landwirtschaftliche Kenntnisse, sondern aufgrund seiner von November 1918 bis Juli 1920 währenden Tätigkeit als Ministerpräsident und zeitweiliger Landwirtschaftsminister von Mecklenburg-Schwerin auch über Verwaltungserfahrungen.¹¹⁶ Bereits im Kaiserreich hatte er die Fortschrittliche Volkspartei im Reichstag vertreten und war, wie er es einmal formulierte, »für die Partei und ihre parlamentarischen Vorgänger an führender Stelle meist in der vordersten »Drecklinie« stehend, tätig« gewesen.¹¹⁷ Mit seinem Amtsantritt verbanden nicht wenige Demokraten die Hoffnung, daß es gelingen könnte, die Bauernschaft enger an die Partei zu binden und damit auch die Zusammenarbeit mit dem 1909 gegründeten liberalen Deutschen Bauernbund unter Karl *Böhme* auf eine stärkere Grundlage zu stellen. In den vom Preußentag im November 1920 gebilligten Leitsätzen zur Agrarpolitik stellte die Partei den Abbau der Zwangswirtschaft und die Siedlungspolitik in den Mittelpunkt.¹¹⁸ Doch hatte die Vergangenheit bereits die Schwierigkeiten offenbart, die Interessen der agrarischen Produzenten und der Konsumenten miteinander in Einklang zu bringen. So mahnten bereits im Herbst 1919 mehrere Fraktionsmitglieder »zur Vorsicht bei Vertretung der Forderungen auf Abbau der Zwangswirtschaft.«¹¹⁹ Durch ihre wenig eindeutigen Positionen wie auch durch die Koalition mit der als »Todfeindin der deutschen Landwirtschaft«¹²⁰ verschrienen Sozialdemokratie verlor die DDP bald die Sympathien ihrer landwirtschaftlichen Wähler. Auch die Amtszeit Hugo *Wendorffs* vermochte diesen für die Partei negativen Trend nicht umzukehren, zumal sich *Wendorff* als zu »weich und indolent«¹²¹ erwies und sich zu einer von der Frak-

¹¹⁴ So Alexander *Dominicus*, die Forderung der Sozialdemokraten wiedergebend, in der Fraktionssitzung vom 26. März 1920, Dok. Nr. 147. Ein der DDP angehörender Mitarbeiter *Fischbecks*, der Referent für die Aufsicht über die Kommunen und die Handelskammern, Eduard *Hübener*, schrieb, daß *Fischbeck* am konservativen Zuschnitt seines Ministeriums wenig verändert habe. »Immerhin mußte und wollte er die bis dahin gewährte Exklusivität seines Ministeriums etwas lockern und gelegentlich auch einen Mitarbeiter einstellen, der nicht einem der Korps angehörte, aus der Altherrenschaften sich sein Ministerium bis dahin rekrutiert hatte. Das war für ihn nicht ganz einfach, da er auf fachliche Vorbildung nicht verzichten wollte und da es liberalen Nachwuchs unter den geschulten Verwaltungsjuristen praktisch nicht gab.« HÜBENER, S. 169.

¹¹⁵ Vgl. Dok. Nr. 145, 147–149.

¹¹⁶ Zu Hugo *Wendorff* vgl. SCHUMACHER, Land und Politik, S.450 f.; STEPHAN, Aufstieg, S. 202, 218, 282.

¹¹⁷ Hugo *Wendorff* an Georg *Gothein*, Berlin, 29. Oktober 1924, in: BA Koblenz, NL Georg *Gothein*, N 1006, Nr. 33, Bl. 271v–277v, hier Bl. 272v. Hugo *Wendorff* saß von 1912 bis 1918 für die Fortschrittliche Volkspartei im Reichstag.

¹¹⁸ Der Bericht des Preußenausschusses mit den Agrarleitsätzen der DDP, in: BA Koblenz, R45 III, Nr. 10.

¹¹⁹ Vgl. Dok. Nr. 81. Bereits im September 1919 war mit den Stimmen der Demokraten im Staatshaushaltsausschuß ein Antrag angenommen worden, der sich zwar für den möglichst schnellen Abbau der Zwangswirtschaft aussprach, aber »bis dahin für schärfste Durchführung« (*Grabowski*) dieser Maßnahmen eintrat. Vgl. Dok. Nr. 67.

¹²⁰ Korrespondenz der DNVP, Nr. 120 vom 4.6.1920: »Demokratische Partei und Landwirtschaft«.

¹²¹ Vgl. BRAUN, S. 112.

tion geforderten energischen Siedlungspolitik nicht verstand. Alexander *Dominicus* sollte mit seiner Vermutung, daß *Wendorff* sich in seinem Ministerium nicht würde durchsetzen können, recht behalten.¹²²

Den rechtlichen Rahmen der Siedlungspolitik hatte bereits das Reichssiedlungsgesetz vom August 1919 abgesteckt, das die praktische Durchführung der Siedlung den Ländern bzw. den Siedlungsgesellschaften übertrug. So sollten durch Urbarmachung unkultivierter Moore, durch Heranziehung von Staatsländereien und durch Enteignung privater Güter über 100 ha Siedlungsland zur Verfügung gestellt werden.¹²³ Doch die Siedlungspolitik kam nicht von der Stelle. Als die Fraktion im Februar 1923 anlässlich der zweiten Beratung der Domänenverwaltung dieses Thema erneut auf die Tagesordnung setzte und einen Entschließungsantrag zur Freigabe geeigneter Domänen zu Siedlungszwecken fordern wollte, fühlte sich *Wendorff* brüskiert, glaubte ihn als »Mißtrauensvotum« auffassen zu müssen. Er erreichte immerhin eine Abänderung des Antrags, der in einer abgeschwächten Form schließlich im Landtag eingebracht wurde.¹²⁴ In der Folgezeit wurde in den Fraktionssitzungen wiederholt Kritik am schleppenden Fortgang der Siedlungsfrage und der mangelnden Föhlung der Fraktion mit dem Ministerium geäußert.¹²⁵

Die Übernahme des Landwirtschaftsministeriums zahlte sich für die Fraktion in keiner Weise aus. Das Verhältnis zum Deutschen Bauernbund verschlechterte sich zusehends. Der Übertritt Karl *Böhmes* und mehrerer Verbandsführer (*Westermann*) zur DVP im Jahre 1924, der Zusammenbruch des Deutschen Bauernbunds und die fortdauernden Wahlniederlagen der DDP dokumentierten in deutlicher Weise die Abwendung der ländlichen Wähler vom Linksliberalismus.¹²⁶

Mit der Rückkehr zur Weimarer Koalition 1925 fielen der Partei das Handels- und das Finanzministerium zu. Handelsminister wurde Walther *Schreiber*.¹²⁷ Der damals einundvierzigjährige Rechtsanwalt aus Halle gehörte seit 1919 der Preußischen Landesversammlung und dem Landtag an und war, nachdem er von 1919 bis 1921 als parlamentarischer Geschäftsführer und seit 1921 als stellvertretender Fraktionsvorsitzender tätig gewesen war, am 5. Januar 1925 zum ersten Fraktionsvorsitzenden gewählt worden. *Schreiber* stand weitgehend im Schatten seines Parteifreundes und Finanzministers *Höpker Aschoff*. Dies mochte nicht nur an der stärkeren Persönlichkeit *Höpker Aschoffs* gelegen haben, sondern auch an dem beschränkten Aufgabenbereich des Handelsministeriums. So lag die eigentliche Handelspolitik, die Außenwirtschaftspolitik, in der Verantwortung des Reichs. Auch war dem Ministerium die Zuständigkeit für die staatlichen Bergwerksbetriebe und die staatlichen Beteiligungen der Elektrizitätswirtschaft, die allmählich in privatwirtschaftliche Aktiengesellschaften umgewandelt wurden, entzogen worden. Den gesunkenen Stellenwert des Ministeriums verdeutlicht letztlich die Tatsache, daß, wie es einmal ein leitender Beamter des Finanzministeriums formulierte,

¹²² Tagebucheintragung von Alexander *Dominicus* vom 5. November 1921, in: Landesarchiv Berlin, E. Rep. 200-41, Nr. 26, S. 93.

¹²³ Vgl. SCHUMACHER, Land und Politik, S. 220-235;

¹²⁴ Vgl. Dok. Nr. 360. Entschließungsantrag der Abg. *Wachhorst de Wente* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Domänenverwaltung für das Rechnungsjahr 1923 (Freigabe geeigneter Domänen für Siedlungszwecke), in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 9, Nr. 4809, S. 5651.

¹²⁵ So *Höpker Aschoff* in der Fraktionssitzung vom 2. März 1923, Dok. Nr. 362; ferner Dok. Nr. 372, 374 und 436.

¹²⁶ Vgl. SCHUMACHER, Land und Politik, S. 445-453.

¹²⁷ Vgl. ESCHER, S. 443-463.

»das Rückgrat des damaligen Preußischen Handelsministeriums die Abteilung für das gewerbliche Schulwesen« darstellte.¹²⁸

Ein weitaus wichtigeres Aufgabenfeld oblag Hermann *Höpker Aschoff*, der von Februar 1925 bis Oktober 1931 dem preußischen Finanzministerium vorstand. Der gebürtige Westfale und einstige Oberlandesgerichtsrat aus Hamm, ein Jahr älter als *Schreiber*, saß seit 1921 im Preußischen Landtag. Rasch stieg er zum finanzpolitischen Sprecher der Fraktion auf und galt als hervorragender Kenner der komplizierten Haushaltspolitik. Es war insofern von einer gewissen Folgerichtigkeit, daß er 1925 mit dem Posten des Finanzministers betraut wurde. »*Höpker-Aschoff*«, so schilderte ihn sein langjähriger Mitarbeiter, der Ministerialrat Herbert du *Mesnil*, »klug und kenntnisreich, besaß vor allem die Gabe, sich auch in das ihm fremdeste Gebiet rasch und gründlich einzuarbeiten zu können. So entsinne ich mich, daß ich ihm einmal über ihm völlig fremde, recht komplizierte kirchenrechtliche Probleme Vortrag zu halten hatte und daß er am folgenden Tage die Frage im Landtage so klar und eindringend zu behandeln wusste, daß ich, der Spezialist auf kirchenrechtlichem Gebiete, mir im Stillen sagen musste, so gut hätte ich selbst es nicht machen können. An dem, was er einmal für richtig erkannt hatte, hielt er mit westfälischer Zähigkeit fest. Er war im Grunde eine kühle Natur, und nur bis zu einer gewissen Grenze konnte man ihm menschlich näher kommen. Aber er war zuverlässig und setzte sich für seine Beamten vorbehaltlos ein, ohne Rücksicht auf den eigenen Vorteil, sobald er deren Arbeit einmal gebilligt hatte.« Entscheidend war, daß *Höpker Aschoff* in seiner siebenjährigen Amtszeit die Finanzen des Landes »in musterhafter Ordnung« hielt. »Auch gab er der Stellung des Preußischen Finanzministers wieder ihr altes volles Gewicht, auch der Reichsregierung und ihrer Politik gegenüber.«¹²⁹

Das Verhältnis zwischen dem Minister und der Fraktion war lange Zeit konfliktfrei und sehr eng. *Höpker Aschoff* berichtete in der Regel ausführlich über die in seinem Ministerium erarbeiteten Vorlagen und Gesetzesvorhaben.¹³⁰ Doch traf seine Sparpolitik vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise auf wachsende Bedenken¹³¹. Als nachteilig erwies sich zudem die Übernahme des Reichsfinanzministeriums durch Hermann *Dietrich* im Juni 1930, da die Partei damit sowohl in Preußen als auch im Reich für die Finanzpolitik und das hieß für die rigide Deflationspolitik des Reichskanzlers *Brüning* mit ihren fatalen Wirkungen verantwortlich zeichnete.¹³² So wandten sich im Dezember 1930 zahlreiche Abgeordnete »wegen der psychologischen Wirkung der neuen Steuern« gegen geplante finanzpolitische Maßnahmen *Höpker Aschoffs*.¹³³ Doch dieser war von der Notwendigkeit einer sparsamen Finanzpolitik überzeugt und lehnte einen Verzicht auf einen ausgeglichenen Haushalt strikt ab.¹³⁴ Die Einsicht *Adam Bartelds*, daß der Finanzminister letztlich für jede Partei eine Belastung darstel-

¹²⁸ MESNIL, S. 414. Über *Schreiber* urteilte du *Mesnil*: »ein zweifellos sehr intelligenter Mann, doch wieweit wirklich auf ihn Verlaß war, darüber wage ich ein Urteil nicht abzugeben.« Ebd., S. 415.

¹²⁹ Ebd., S. 410 f.

¹³⁰ Vgl. beispielsweise Dok. Nr. 485, 510, 573 und 698.

¹³¹ So sah der Parteivorsitzende *Erich Koch-Weser* im Januar 1930 »für eine kleine Fraktion in der alleinigen Vertretung des Finanzministeriums eine schwere Belastung.« Vgl. Dok. Nr. 738.

¹³² So meinte der damalige Fraktionsvorsitzende *Bernhard Falk* im Rückblick, daß die Deutsche Staatspartei es schwer büßen mußte, »daß nicht nur der Reichsfinanzminister, sondern auch der preussische Minister der Finanzen aus ihren Reihen hervorgegangen war.« *Bernhard Falk, Lebenserinnerungen*, in: Bundesarchiv Koblenz, Kl. Erw. Nr. 385, Bl. 207.

¹³³ Vgl. Dok. Nr. 783.

¹³⁴ Vgl. Dok. Nr. 787.

len würde, bestätigte sich auf dem Höhepunkt der Depression für die Partei in erschreckender Weise.¹³⁵ Es überrascht mithin nicht, daß *Höpker Aschoffs* Rücktritt im Oktober 1931 Folge seines harten Sparkurses war. Seine Politik, die zuletzt in seinem Beharren auf der Aufrückungs- und Gehaltssperre für Beamten ihren Ausdruck fand, wurde nicht nur von seinen Kabinettskollegen, sondern auch von seinen Fraktionsfreunden als eine große Belastung verstanden.¹³⁶ »*Hoepker-Aschoff*, der sein Amt vorbildlich verwaltete und deshalb auch in den Reihen der Opposition hohes Ansehen und bedeutende Wertschaetzung genoss,« so erinnerte sich der Fraktionsvorsitzende *Bernhard Falk*, »hatte mit starken Widerstaenden in der Partei, insbesondere aber in seinem eigenen Wahlkreise wegen der drueckenden Steuern, die er unbekuemmert um Popularitaet pflichtgetreu vorschlagen musste. Im Kabinett hatte er eine starke Stellung, besonders der Ministerpraesident war ihm in hohem Vertrauen zugetan. In der Fraktion hatte sich eine starke Gegnerschaft gegen ihn herausgebildet. Zwar verkannte niemand seine hohen Faehigkeiten, seine bedeutungsvollen Leistungen und seine unbeugsame Festigkeit. Aber gerade diese Tugend wurde in seinem Verhalten der Fraktion gegenueber zu einem Fehler. Wie ich glaube, hatte sich im Laufe der Zeit die Auffassung bei ihm festgesetzt, daß die Fraktion ihm schlechterdings durch dick und duenn zu folgen insbesondere seinen Vorlagen ohne weitere Pruefung zuzustimmen habe. Dagegen wandte sich der Unwille vieler Parteifreunde, die sachlich keineswegs immer in allen Punkten mit seinen Vorschlaegen einverstanden waren. Ich habe, was ich als meine selbstverstaendliche Pflicht ansah, immer wieder auszugleichen versucht, konnte aber nicht stets ihm Recht geben. Unser urspruenglich recht enges freundschaftliches Verhaeltnis wurde hierdurch ernstlich getruebt. Auch zwischen *Schreiber* und ihm waren erhebliche Gegensatze entstanden. Die Sozialdemokraten erkannten *Hoepker-Aschoffs* Bedeutung an, fuehlten sich aber durch seine kuehle Zurueckhaltung verletzt.« Auch der Zentrumsfraktion war *Hoepker Aschoff* »ein Dorn im Auge.«¹³⁷ Die staatsparteiliche Fraktion war im Grunde erleichtert, als *Höpker Aschoff* zurücktrat und sie von der Last einer unpopulären Politik befreite.

Nicht nur in der Finanz-, sondern auch in der Bildungs- und Kulturpolitik verfügten die Demokraten über großen Einfluß. Bereits 1921 war der zwar parteilose, aber der DDP nahestehende *Carl Heinrich Becker* im Minderheitskabinett *Stegerwald* zum Kultusminister ernannt worden.¹³⁸ *Becker*, Professor für Orientalistik, war 1916 zum Referenten und 1919 zum Unterstaatssekretär (seit 1920 Staatssekretär) im preußischen Kultusministerium berufen worden. Nach dem Rücktritt des Kabinetts *Stegerwald* blieb *Becker* auch unter dem neuen Kultusminister *Otto Boelitz* (DVP) als Staatssekretär tätig, bis er 1925 schließlich erneut an die Spitze seines Ministeriums kam. 1930 mußte er schließlich seinen Posten räumen, da die in der Regierung unterrepräsentierten Sozialdemokraten das Ressort für sich reklamierten. *Beckers* Nachfolger, der Vizepräsident des Provinzialschulkollegiums Berlin/Brandenburg, *Adolf Grimme*, sollte jedoch seine Reformpolitik fortsetzen. *Becker* war in der demokratischen Fraktion keineswegs unumstritten. So gestand der bildungspolitische Sprecher der Fraktion *Theodor Bohner*

¹³⁵ Vgl. Dok. Nr. 749.

¹³⁶ Vgl. Dok. Nr. 811; auch Dok. Nr. 817; ferner *Bernhard Falk*, *Lebenserinnerungen*, in: Bundesarchiv Koblenz, Kl. Erw. Nr. 385, Bl. 207 f.; ADERS, S. 167–172.

¹³⁷ *Bernhard Falk*, *Lebenserinnerungen*, in: Bundesarchiv Koblenz, Kl. Erw. Nr. 385, Bl. 207f. Die fehlende Interpunktion wurde hinzugefügt.

¹³⁸ Zu *Becker* vgl. WENDE; MÜLLER, *Weltpolitische Bildung*; DÜWELL; WITTMER, *Becker*, S. 251–267; BECKER.

im Januar 1926 gegenüber dem Journalisten Ernst *Feder*: »wir halten ihn, weil wir keinen Bessern haben«. In der Personalpolitik sei *Becker* auch besser als sein Vorgänger *Boelitz*. Aber er sehe doch »in *Wilhelm II.* so eine Art Großpapa der Republik, er verehrt die Macht der Kirche, der wir so viel Kulturwerte verdanken, er glaubt sich zum großen Aussöhner berufen, sieht auch mit etwas gelehrtem Hochmut auf die minderwertigen Kulturpolitiker der Parteien (insbesondere der Demokraten) herab.«¹³⁹

Mochten sich manche auch über *Beckers* intellektuellen Habitus mokieren, so stach dieser doch in Stil, Auftreten und Erscheinung vorteilhaft von *Otto Boelitz*, einem Soester Gymnasialdirektor, ab.¹⁴⁰ Mit seinem über das politische Tagesgeschäft hinausreichenden gestaltenden Handeln, der Bildungs- und Universitätsreform zumal, vermochte er Akzente zu setzen. Auch das 1929 abgeschlossene Konkordat mit der katholischen Kirche, so umstritten es gerade unter Demokraten gewesen sein mochte, stellte, wie der unter *Beckers* Nachfolger *Grimme* verabschiedete Evangelische Kirchenvertrag von 1931, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche auf eine neue Grundlage, ohne die staatlichen Hoheitsrechte im Bildungswesen in Frage zu stellen. Die Verdrängung des parteilosen Orientalistikprofessors durch den Sozialdemokraten *Grimme* empfanden die Demokraten deshalb nicht zu Unrecht als »Niederlage«.¹⁴¹

3. Kooperation bei legislativer Arbeit

Trotz vereinzelt auftretender Unstimmigkeiten gestaltete sich die Zusammenarbeit von Regierung und Fraktion weitgehend reibungslos. Die demokratische Landtagsfraktion bemühte sich nach Kräften, der von ihr mitgetragenen Regierung und den in ihr vertretenen demokratischen Ministern ihre Unterstützung zu leihen.

Um enge Fühlungnahme zwischen Regierung und den Ministerien einerseits und der Fraktion andererseits zu ermöglichen, wurde die Institution der parlamentarischen Unterstaatssekretäre eingeführt, die mit dem Beamten- und Dienstleistungsgesetz vom Mai 1920 die Dienstbezeichnung »Staatssekretär« erhielten. Die Einrichtung parlamentarischer Unterstaatssekretäre erfolgte mit der Bildung des zweiten Kabinetts Hirsch im April 1919 und sollte eine reibungslose Zusammenarbeit der Staatsminister mit den drei Koalitionsparteien garantieren. So wurden den Ministern der Mehrheitsparteien jeweils ein Abgeordneter einer anderen Koalitionspartei beigegeben. Im Innenministerium wurden zu Unterstaatssekretären *Oscar Meyer* (DDP) und *Wilhelm Linz* (Z), im Kultusministerium *Ernst Troeltsch* (DDP), *Carl Heinrich Becker* (parteilos) und *Rudolf Wildermann* (Z), im Landwirtschaftsministerium *Wilhelm Busch* (Z), im Justizministerium der Sozialdemokrat *Hugo Heinemann*, nach dessen Tod im August 1919 sein Parteifreund *Arnold Freymuth*, und im Wohlfahrtsministerium *Eduard Gräf* (SPD) berufen.¹⁴²

¹³⁹ FEDER, S. 33. Vgl. auch den Briefwechsel *Bohmers* mit *Becker*, in: GSTA PK Berlin, VI. HA, Rep. 92, NL Carl Heinrich Becker, Nr. 7883. Ferner die Charakterisierung *Beckers* in: MESNIL, S. 412 f.

¹⁴⁰ Der Gymnasialdirektor *Boelitz* sei, so meinte *Alexander Dominicus* 1921, »mit *Becker* als Kultusminister nicht in einem Atem zu nennen.« Tagebucheintragung von *Dominicus* zum 5. November 1921, in: Landesarchiv Berlin, E. Rep. 200–41, Nr. 26, S. 93.

¹⁴¹ So *Walther Schreiber* in der Fraktionssitzung vom 26. Februar 1930, Dok. Nr. 749.

¹⁴² Vgl. SCHNEIDER, Die Parlamentarischen Staatssekretäre, S. 565; STANG, S. 206–230; RUNGE, S. 62 f., 69; MÖLLER, Parlamentarismus, S. 327; SCHULTHESS 1919/1, S. 161. Zur Einrichtung der parlamentarischen Unterstaatssekretäre vgl. auch Dok. Nr. 1, 11–14, 16, 19, 20, 23, 26 und 30.

Aufgabe der Unterstaatssekretäre war die »Sicherung der Einheitlichkeit der Staatsregierung«. ¹⁴³ Sie sollten eine enge Fühlungnahme zwischen der Regierung und den sie tragenden Fraktionen, nicht zuletzt zwischen dem Minister und denjenigen Koalitionsparteien, denen der Minister nicht angehörte, gewährleisten. Dadurch sollte, wie es Oscar Meyer in der Preußischen Landesversammlung betonte, »ein besserer Zusammenhalt der Koalitionsmehrheit herbeigeführt werden«. ¹⁴⁴ Ihre Aufgabe beschränkte sich letztlich darauf, ihre Fraktionen mit Informationen aus den Ministerien zu versorgen und personalpolitische Entscheidungen zu beeinflussen. ¹⁴⁵ Auf die Politik ihrer Ressorts hatten sie dagegen keinen Einfluß. Weder nahmen sie Verwaltungsaufgaben wahr, noch vertraten sie den Minister oder ergriffen vor dem Parlament als Vertreter der Regierung das Wort. Rasch entpuppten sich die Unterstaatssekretäre, die, mit Ausnahme von Troeltsch, fast alle Vorstandsmitglieder ihrer jeweiligen Fraktionen waren, als Aufpasser und Wachhunde ihrer jeweiligen Fraktionen, die teilweise die Politik ihrer Vorgesetzten zu konterkarieren versuchten. ¹⁴⁶

Auch unter den demokratischen Abgeordneten kam anfangs Kritik an der Zweckmäßigkeit dieser Institution auf. ¹⁴⁷ Mit der Zeit wurde die Kritik an dieser sich in zunehmenden Maße als hinderlich erweisenden Einrichtung lauter, vom »Schmarotzertum der parlamentarischen Unterstaatssekretäre« wurde sogar gesprochen. ¹⁴⁸ Da sich diese Institution letztlich als »retardierendes und konterkarierendes Element« ¹⁴⁹ erwies, wurde sie nach den preußischen Landtagswahlen mit dem Rücktritt der Weimarer Koalition und der Bildung des Minderheitskabinetts Stegerwald im April 1921 schließlich wieder abgeschafft. ¹⁵⁰

Eine weitere Möglichkeit der Kooperation bei der Vorbereitung und Durchführung des legislativen Prozesses war die Hinzuziehung leitender Beamter zu den Fraktionssitzungen. Die Ministerialbeamten vermochten kenntnisreich und detailliert über den Stand der Gesetzesvorhaben zu berichten und vorhandene Bedenken und Einwände auszuräumen, hoch schlagenden Widerständen zu begegnen, aber auch die personalpolitischen Entscheidungen ihrer Ministerien zu erläutern.

Ein häufig gesehener Gast in den Fraktionssitzungen war der 1920 zum Leiter der Polizeiabteilung ernannte Ministerialrat Wilhelm Abegg, der selbst Mitglied der DDP war. Abegg, der 1923 zum Ministerialdirektor und 1926 zum Staatssekretär im Innenministerium aufstieg, zählte als einer der führenden Köpfe des Ministeriums zu einem beliebten Ansprechpartner in Fragen der preußischen Innenpolitik. Als Dirigent der Polizeiabteilung konnte er der Fraktion im März 1922 einen Überblick über die Neu-

¹⁴³ Vgl. die »Grundsätze für die Einrichtung der Parlamentarischen Unterstaatssekretäre und die Beiräte« vom April 1919, zit. nach MORSEY, S. 171, Anm. 42.

¹⁴⁴ Oscar Meyer in der 48. Sitzung am 18. Juli 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 3, Sp. 3844, die Rede insgesamt Sp. 3844–3846.

¹⁴⁵ Darin sah auch Alexander Dominicus eine der zentralen Aufgaben dieser Unterstaatssekretäre, der für eine Stellenbesetzung »nach sachlichen Gesichtspunkten eintreten« müsse. Vgl. Dok. Nr. 16.

¹⁴⁶ So Otto Braun über den Zentrumspolitiker Wilhelm Busch, vgl. BRAUN, S. 59. Der DVP-Abgeordnete Leidig bezeichnete die Unterstaatssekretäre nicht zu Unrecht als »Mißtrauensräte«. Vgl. die Rede Leidigs in der 60. Sitzung am 7. Oktober 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 4, Sp. 4790, insgesamt Sp. 4784–4791.

¹⁴⁷ So äußerte Bernhard Schnackenburg in der Fraktionssitzung vom 24. März 1919 Bedenken gegen die Einrichtung der parlamentarischen Unterstaatssekretäre. Vgl. Dok. Nr. 12.

¹⁴⁸ So Otto Fischbeck in der Fraktionssitzung vom 26. März 1920, Dok. Nr. 147.

¹⁴⁹ So BRAUN, S. 59.

¹⁵⁰ Vgl. SCHNEIDER, Die Parlamentarischen Staatssekretäre, S. 573.

ordnung der Polizei geben, die durch die von den Siegermächten erzwungene Auflösung der für die Niederschlagung innerer Unruhen und Aufstände konzipierten, militärisch organisierten und schwer bewaffneten Sicherheitspolizei und durch die Schaffung der Schutzpolizei neue Strukturen erhielt.¹⁵¹ Referate *Abeggs* über Polizeifragen standen auch auf der Tagesordnung späterer Fraktionssitzungen.¹⁵² Nach seiner Ernennung zum Staatssekretär rückten andere Themen in den Mittelpunkt. So versuchte *Abegg* mit Unterstützung des Oberregierungsrats Ernst Graf v. *Hardenberg* im Juni 1927 die Fraktion, wenn auch erfolglos, von der Notwendigkeit der Städte- und Landgemeindeordnung zu überzeugen und die gegen die Vorlage gerichteten Bedenken zu zerstreuen.¹⁵³ Erörtert wurden in der Folgezeit neben legislativen Projekten wie dem Groß-Berlin-Gesetz und personalpolitischen Problemen auch Fragen der allgemeinen Parteipolitik.¹⁵⁴

Als Ansprechpartner im Innenministerium fungierte neben *Abegg* auch der der Partei angehörende Unterstaatssekretär und spätere Staatssekretär Friedrich *Freund*. *Freund* nahm zwar an den Fraktionszusammenkünften nicht teil, doch wurde seine Meinung geschätzt und sein Rat gerne eingeholt.¹⁵⁵ Die nach dem *Kapp*-Putsch gegen *Freund* erhobenen Vorwürfe und die laut werdenden Zweifel an seiner demokratischen Gesinnung, die in der Rücktrittsforderung des Reichsausschusses demokratischer Beamten gipfelten¹⁵⁶, sorgten zwar für kurzzeitige Irritationen¹⁵⁷, konnten jedoch nicht grundsätzlich das Verhältnis der Fraktion zu *Freund* trüben.¹⁵⁸

Die Vertreter der Ministerialbürokratie, die zu den Fraktionssitzungen eingeladen wurden, gehörten in der Regel der Demokratischen Partei an oder standen ihr zumindest nahe. Dies traf nicht nur auf Wilhelm *Abegg*, sondern auch auf Franz *Schleusener*, Staatssekretär im Finanzministerium von 1925 bis 1933, zu. *Schleusener* war Parteimitglied und saß auch zwischen 1925 und 1930 im Parteiausschuß. Nicht zuletzt nach dem Rücktritt von *Höpker Aschoff* war *Schleusener* ein gern gesehener Gast in den Fraktionssitzungen, der sachkundig über finanzielle Fragen Aufschluß geben konnte.¹⁵⁹ Neben diesen Staatssekretären wohnten den Sitzungen auch Ministerialbeamte wie Geheimrat Wilhelm *Blankenburg* aus dem Kultusministerium bei. *Blankenburg*, ein früherer Oberlehrer und Schulreformer, der zwischen 1913 und 1918 die National-liberale Partei im preußischen Abgeordnetenhaus vertreten hatte, wurde im November 1918 zum Beirat im preußischen Kultusministerium berufen.¹⁶⁰ Zu nennen ist ferner Oberregierungsrat Franz *Varrentrapp*, der in seiner Eigenschaft als Sachbearbeiter im

151 Vgl. Dok. Nr. 304.

152 Vgl. Dok. Nr. 553 und 618.

153 Vgl. Dok. Nr. 615.

154 Vgl. Dok. Nr. 716, 734, 749 und 789.

155 Vgl. Dok. Nr. 67. *Schreiber* lobte in der Fraktionssitzung vom 23. Mai 1922, Dok. Nr. 317, *Freunds* »ausgezeichnete Fachkenntnis«.

156 Vgl. Dok. Nr. 236. Ferner Dok. Nr. 126 und 213.

157 Vgl. Dok. Nr. 317.

158 Zu *Freund* vgl. auch SEVERING, Bd. 2, S. 9 f.

159 Vgl. Dok. Nr. 779, 825, 826, 829 und 832.

160 Im November 1919 beschloß die Fraktion, zu allen Sitzungen, auf deren Tagesordnung Schul- oder Kirchensachen standen, *Blankenburg* hinzuzuziehen. Vgl. Dok. Nr. 93 und 94. *Blankenburg* wohnte allerdings nur der Sitzung vom 8. Oktober 1920 (Thema: Verhältnisse im Kultusministerium, Erhöhung des Schulgeldes) bei. Vgl. Dok. Nr. 184. Zu Wilhelm *Blankenburg* vgl. Bernhard MANN, Biographisches Handbuch für das preussische Abgeordnetenhaus 1867–1918, Düsseldorf 1988, S. 70.

Provinzialschulkollegium Berlin im Juni 1929 an den Beratungen der Fraktion über das preußische Konkordat teilnahm. *Varrentrapp* war Parteimitglied und gehörte zwischen 1925 und 1930 dem Parteiausschuß an.¹⁶¹

Die Hinzuziehung der Partei nahestehender Ministerialbeamter zu den Fraktionszusammenkünften ermöglichte eine enge Fühlungnahme und einen intensiven Meinungsaustausch zwischen der Fraktion und der Regierung bzw. den Ministerien. Der Fraktion lag daran, Einblick in die Vorbereitungen legislativer Vorhaben und die Haushaltsplanungen zu gewinnen, Problemfelder und Fragen einer Klärung zuzuführen, ja auch Einfluß auf legislative Planungen zu nehmen. Demgegenüber versuchte die Ministerialbürokratie die Fraktion für ihre Politik zu gewinnen, vorhandene Bedenken und Widerstände auszuräumen und damit den parlamentarischen Prozeß der Gesetzesimplementierung zu erleichtern.

Eine weitere Form der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Fraktion stellte die Einbringung von Anfragen dar, durch die die Fraktion der Regierung die Möglichkeit der Darlegung ihrer Politik zu bieten vermochte. Auch konnte auf diesem Weg ein geschlossenes Auftreten von Regierung und Parlament nach außen demonstriert werden. So gab die Förmliche Anfrage der DDP zu den auf die Loslösung der Rheinlande von Preußen zielenden Bestrebungen im März 1919 der Regierung die Gelegenheit, ihre Position in dieser Frage zu erläutern und dem In- und Ausland gegenüber deutlich zu machen, daß Preußen Eingriffe in seinen Bestand nicht dulden werde.¹⁶² Diese Regierungserklärung sollte gerade auch gegenüber dem eigenen Parteivolk die Handlungsfähigkeit der von den Demokraten mitgetragenen Regierung unter Beweis stellen, gleichzeitig grenzsetzend wirken gegenüber den in Teilen des Zentrums, aber auch der eigenen Partei virulenten Vorstellungen über eine mögliche Neuordnung Preußens.

Steilvorlagen für die Regierung waren nicht zuletzt auch überfraktionelle Anfragen, die nicht nur die weitgehende Geschlossenheit des Parlaments, sondern auch das enge Einvernehmen zwischen Parlament und Regierung zum Ausdruck bringen sollten.¹⁶³ Bei der Einbringung von Anfragen oder Anträgen schloß sich die Fraktion auch mit der Regierung kurz, um die Interessen der betroffenen Ressorts angemessen zu berücksichtigen, Suszeptibilitäten zu schonen und keine unnötigen Reibungspunkte entstehen zu lassen. So wurde beispielsweise im September 1919 die Einholung der Auskunft des demokratischen Unterstaatssekretärs *Oscar Meyer* über die Stellungnahme des Innenministeriums über die Opportunität einer Anfrage über die Auflösung der Gutsbezirke für nötig erachtet. Auf die Einbringung einer entsprechenden Anfrage wurde schließlich verzichtet.¹⁶⁴ Die Anregung zu Interpellationen konnte aber auch von der Staatsregierung selbst kommen, nicht zuletzt dann, wenn sie mit Blick auf die besetzten Gebiete und das Ausland eine einmütige Stellungnahme von Regierung und Parlament

¹⁶¹ Vgl. Dok. Nr. 718.

¹⁶² Vgl. Dok. Nr. 4, 8 und 10. Vgl. auch die Förmliche Anfrage der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP), betr. die Trennung von Teilen Posens, West- und Ostpreußens und Oberschlesiens von Preußen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 20, S. 94, und Dok. Nr. 5.

¹⁶³ Vgl. beispielsweise die von SPD, DDP, DVP, DNVP und USPD am 28. Mai 1919 eingebrachte Dringende Förmliche Anfrage über die Bestrebungen zur Begründung eines neutralen Staates »Rheinland«, die am 28. Mai 1919 im Plenum beraten wurden. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 369 und 370, S. 516, und Nr. 372, S. 517. Die Verhandlungen vom 28. Mai 1919, in: ebd., Bd. 2, Sp. 1877–1946. Vgl. Dok. Nr. 33.

¹⁶⁴ Vgl. Dok. Nr. 63.

wünschte.¹⁶⁵ Es kam auch vor, daß die Fraktion der Regierung in der Abwehr oppositioneller Anfragen, die sich kritisch mit der Regierungspolitik auseinandersetzten, unterstützend zur Seite sprang und ihr durch eigene Anfragen oder Anträge Argumentationshilfen lieferte.¹⁶⁶ Andererseits boten Anträge oder Anfragen der Fraktion auch die Möglichkeit, vorsichtig Kritik an der Politik der Regierungsvertreter zum Ausdruck bringen, selbst initiativ werden, auf Mißstände und Probleme verweisen und damit den Gang der politischen Entwicklung beeinflussen zu können.

Die Zahl der sogenannten Kleinen Anfragen nahm mit den Jahren deutlich zu und stieg von 1029 in der 1. Wahlperiode von 1921 bis 1924 auf 3460 in der 3. Wahlperiode von 1928 bis 1932.¹⁶⁷ Der Grund für diese Zunahme lag nicht zuletzt in der mißbräuchlichen Nutzung dieses Auskunftsmittels durch die Opposition als Instrument polemischer Agitation. Aber auch die demokratischen Abgeordneten mußten dazu angehalten werden, sich bei der Stellung von Anfragen größerer Zurückhaltung zu befleißigen. So wurde den demokratischen Fraktionsmitgliedern bereits im Februar 1920 nahe gelegt, an die Stelle Kleiner Anfragen »wenn irgend tunlich den Weg der persönlichen Anfrage beim betreffenden Ressort zu wählen.«¹⁶⁸

Insgesamt kann das Verhältnis zwischen Regierung und Fraktion ungeachtet mancher Reibungspunkte als relativ eng umschrieben werden. Die Dichte der Interaktion beider Akteure im legislativen Prozeß entsprang letztlich der auf beiden Seiten vorherrschenden Einsicht in die Notwendigkeit stabiler Regierungsverhältnisse in Preußen. Zweifellos dominierte im Verhältnis beider Kräfte das Staatsministerium mit ihrem willensstarken Ministerpräsidenten Otto *Braun*, das den Rahmen politischen Handelns festzulegen und den politischen Kurs zu bestimmen vermochte. Das Prä des Staatsministeriums verdeutlicht auch der verhältnismäßig geringe Anteil der von den Landtagsfraktionen gestellten Uranträge, die Gesetzesvorlagen zum Inhalt hatten. So beinhalteten von den in der ersten Wahlperiode 1921 bis 1924 gestellten 650 Uranträgen nur 128 Gesetzesvorhaben.¹⁶⁹

4. Fraktion und Partei

Die Bedeutung und der Stellenwert der Fraktion innerhalb des Parteigefüges war enorm. Während die Spitzengremien der Partei, Parteitag, Parteiausschuß und Parteivorstand, im Grunde nur Diskussions- und Akklamationsforen bildeten und wenig Handlungsmacht besaßen, fungierten die Fraktionsführungen des Reichstags und des Preußischen Landtags als eigentliche Entscheidungsträger. Das den Fraktionen innerhalb der Partei zukommende Gewicht war Folge der geringen organisatorischen Verfestigung der Partei, aber auch des in der liberalen Tradition wurzelnden Selbstverständnisses demokratischer Abgeordneter als Parteilite und eigentliche Entscheidungsträger. Die Fraktionen prägten mithin weitgehend das Erscheinungsbild der demokrati-

¹⁶⁵ Dies war der Fall bei der Dringenden Förmlichen Anfrage der Abg. *Gräf* (Frankfurt), Dr. Dr. *Porsch*, Dr. *Friedberg*, *Hergt*, Dr. v. *Krause* (Ostpreußen) und Genossen (SPD, Z, DDP, DNVP, DVP) über die geistige Durchdringung der besetzten westlichen Gebiete in französischem Sinne, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1228, S. 1622. Vgl. Dok. Nr. 95.

¹⁶⁶ So in der Frage der Auflösung der Einwohnerwehren im April 1920. Vgl. Dok. Nr. 156.

¹⁶⁷ Vgl. MÖLLER, *Parlamentarismus*, S. 404.

¹⁶⁸ Dok. Nr. 132.

¹⁶⁹ Vgl. MÖLLER, *Parlamentarismus*, S. 411 f.

schen Partei, deren Spitzengremien mit den Fraktionsführungen zudem auch eng verflochten waren. Die Fraktionsvorsitzenden übernahmen in der Regel in Personalunion die Spitzenpositionen der Parteigremien, des Vorstands und des Ausschusses.

Organisatorisch blieb vieles fragmentarisch. So fehlte auch ein Landesverband für den Gesamtstaat Preußen.¹⁷⁰ Ein sogenannter Preußen-Ausschuß kam zumindest seit 1921 unmittelbar vor den Landtagswahlen zur Vorbereitung des Wahlkampfes zusammen. Daneben traten als Diskussionsforen die sogenannten Preußentage, deren erster am 28. November 1920 stattfand. Zu ihren Teilnehmern zählten die preußischen Vorstandsmitglieder, die Abgeordneten der Landtagsfraktion und je ein Wahlkreisdelegierter der preußischen Wahlkreisorganisationen. Preußentage fanden in der Folgezeit in unregelmäßigen Abständen statt, so am 22./23. Oktober 1927 und am 14./15. September 1929 jeweils in Berlin.¹⁷¹ Sie boten die Möglichkeit der Aussprache und gaben der Landtagsfraktion die Gelegenheit, ihre Politik einem engeren Kreis von Parteimitgliedern zu erläutern. Sie dienten auch der Einstimmung auf bevorstehende Wahlen und mochten der Öffentlichkeit politische Einmütigkeit signalisieren.¹⁷² Mit den Jahren weitete sich der Teilnehmerkreis: So waren 1927 neben den preußischen Vorstandsmitgliedern und den preußischen Landtagsabgeordneten auch die preußischen Staatsrats- und Reichstagsabgeordneten sowie die höheren politischen und Verwaltungsbeamten Preußens geladen.¹⁷³ Damit konnte nicht nur eine bessere Abstimmung der Parteipolitik in den einzelnen parlamentarischen Körperschaften erreicht, sondern auch der Rat und das Fachwissen der Verwaltung eingeholt werden. Wenn die Preußentage auch nicht der Entscheidungsfindung dienten, so war ihre integrative Wirkung doch unbestreitbar.

Der Einfluß der preußischen Landtagsfraktion in den Führungsgremien war in den ersten Jahren relativ groß. So amtierte der preußische Handelsminister *Otto Fischbeck* von Dezember 1918 bis Juli 1919 als Vorsitzender des provisorischen Geschäftsführenden Ausschusses, dem Vorläufer des Parteivorstands. Im Hauptvorstand, dem Vorläufer des Parteiausschusses, saßen darüber hinaus *Falk*, *Fischbeck*, *Friedberg*, *Oeser* und *Wendorff*. Nach der Konstituierung der Führungsorgane der Partei im Juli 1919 übernahm wiederum der Führer der preußischen Landtagsfraktion, *Robert Friedberg*, von Juli 1919 bis April 1920 das Amt des Vorstandsvorsitzenden.

Doch die Gewichte verschoben sich bald hin zum Reich, die Reichstagsfraktion dominierte die Parteispitze. Die Vorsitzenden der Reichstagsfraktion und Parteivorsitzenden, *Carl Petersen* (1919-1924) und *Erich Koch-Weser* (1924-1930), bekleideten in der Folgezeit gleichzeitig das Amt des Parteiausschußvorsitzenden. Den Vorsitz des Parteivorstands übernahm von 1921 bis 1929 der Reichstagsabgeordnete *Anton Erkelenz*, dem 1929 *Erich Koch-Weser* folgen sollte.

Auch wenn die preußische Landtagsfraktion ihre Führungsstellung in den Parteigremien (Geschäftsführender Ausschuß und Vorstand) bald an die Reichstagsfraktion abgeben mußte, war die preußische Fraktion doch zahlreich in den Führungsorganen vertreten.¹⁷⁴ Insgesamt gehörten zwischen 1919 und 1930 67 der 105 demokratischen Ab-

¹⁷⁰ Dies entsprach letztlich dem Wunsch zahlreicher preußischer Demokraten. So sprachen sich beispielsweise mehrere Mitglieder der preußischen Landtagsfraktion am 28. September 1922 offen »gegen eine feste Organisation« in Preußen aus. Dies reflektierte letztlich tief sitzende Affekte gegen organisatorisch-bürokratische Parteistrukturen.

¹⁷¹ Vgl. DER DEMOKRAT, 20, 27.10.1927, S. 437-443; DER DEMOKRAT, 18, 20.9.1929, S. 437-448.

¹⁷² Vgl. Dok. Nr. 716.

¹⁷³ Vgl. DER DEMOKRAT, 14, 28.7.1927, S. 289 f.; DER DEMOKRAT, 20, 27.10.1927, S. 437-443.

¹⁷⁴ Die folgenden Daten ausgezählt nach STANG, S. 369-374, 396 f., und LINKSLIBERALISMUS, S. 766-809.

geordneten der Preußischen Landesversammlung und des Landtags (63,8%) dem Hauptvorstand bzw. dem Parteiausschuß und 22 (20,9%) dem Provisorischen Geschäftsführenden Ausschuß bzw. dem Vorstand an. Nach der Gründung der Deutschen Staatspartei saßen fünf Abgeordnete (23,8%) im Geschäftsführenden Vorstand. Nach der Landtagswahl vom April 1932, bei der nur noch Walther *Schreiber* und Otto *Nuschke* ein Mandat erringen konnten, waren neben *Nuschke* noch die früheren Landtagsabgeordnete Adam *Barteld*, Bernhard *Falk*, Hermann *Höpker Aschoff* und Leon *Zeitlin* in diesem Gremium vertreten.

Für eine angemessene Vertretung der Interessen der preußischen Landtagsfraktion sorgten auch die Fraktionsvorsitzenden, die mit Ausnahme des vorläufigen Vorsitzenden Karl *Kanzow* dem Geschäftsführenden Ausschuß bzw. dem Parteivorstand angehörten: Robert *Friedberg* (1919–1920), Alexander *Dominicus* (1921–1924), Rudolf *Oeser* (1920–1925), Walther *Schreiber* (1925–1930) und Bernhard *Falk* (1919–1930). Drei von ihnen saßen zudem noch im Provisorischen Hauptvorstand bzw. im Parteiausschuß: Rudolf *Oeser* (1918–1927), Walther *Schreiber* (1919–1922) und Bernhard *Falk* (1918–1919). Auch die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden waren in den Spitzengremien der Partei repräsentiert, jedoch wurden sie mit Ausnahme von Hermann *Höpker Aschoff* und Reinhold *Otto* erst nach ihrer Amtszeit in diese Institutionen gewählt: der im März 1919 neben Robert *Friedberg* und Rudolf *Oeser* als gleichberechtigter Fraktionsvorsitzender amtierende Martin *Rade* (Parteiausschuß 1925–1930) sowie die Fraktionsvize Alfred *Schmiljan* (zweiter bzw. erster Stellvertreter Mai 1919–Mai 1921, im Parteiausschuß 1929–1930), Reinhold *Otto* (zweiter und erster Stellvertreter Juli 1920–Mai 1921, im Parteiausschuß 1920–1922 und 1925–1929) und Hermann *Höpker Aschoff* (erster bzw. zweiter Stellvertreter 1925–1932, im Parteivorstand bzw. im Geschäftsführenden Vorstand 1927–1932, im Parteiausschuß 1920–1922, 1925–1927). Auch die parlamentarischen Geschäftsführer waren in der Regel in den Spitzengremien vertreten.¹⁷⁵ Gleiches traf auch auf die demokratischen Minister Preußens zu, die kraft ihres Amtes im Parteivorstand Sitz und Stimme hatten: neben Rudolf *Oeser*, Walther *Schreiber* und Hermann *Höpker Aschoff* sind zu nennen Handelsminister Otto *Fischbeck* (Provisorischer Geschäftsführender Ausschuß bzw. Parteivorstand 1918–1922, Provisorischer Hauptvorstand bzw. Parteiausschuß 1918–1920, 1921–1922, 1925–1930) und Landwirtschaftsminister Hugo *Wendorff* (Parteivorstand 1921–1922, Provisorischer Hauptvorstand 1918–1919, Parteiausschuß 1920–1921, 1925–1930).

Parteivertreter nahmen auch des öfteren an Fraktionssitzungen teil, sofern sie zentrale, für die Gesamtpartei relevante Themenfelder behandelten. So beteiligten sich an den Beratungen über die preußische Verfassung im Dezember 1919 auch der Reichsinnenminister und spätere Parteivorsitzende Erich *Koch*, der Vorsitzende des Verfassungsausschusses des Reichstages und Mitglied des Parteiausschusses, Conrad *Hausmann*, der Vorsitzende des Parteiausschusses und spätere Parteivorsitzende, Carl *Petersen*, sowie der Reichstagsabgeordnete Bruno *Ablaß*.¹⁷⁶ Themen, wie das preußische Konkordat, die Erweiterung der preußischen Regierung zur großen Koalition, personalpolitische Probleme oder der Aufstieg des Nationalsozialismus, fanden in der Folgezeit

¹⁷⁵ So Oscar *Meyer* (Geschäftsführer im März 1919, Parteiausschuß 1919–1922, 1925–1929, Parteivorstand 1929–1930), Walther *Schreiber* (Geschäftsführer 1919–1921), Hermann *Höpker Aschoff* (Geschäftsführer 1921–1922) und Oswald *Riedel* (Geschäftsführer 1925–1932, Parteiausschuß 1919–1922, 1925–1930). Allein August *Gottschalk* (Geschäftsführer 1922–1925) war in keinem führenden Parteigremium vertreten.

¹⁷⁶ Vgl. Dok. Nr. 108.

das Interesse der Parteiführung.¹⁷⁷ Sofern organisatorische Fragen auf der Tagesordnung standen, gesellten sich auch die Leiter der Reichsgeschäftsstelle der Partei, Werner *Stephan* und Wilhelm *Rexrodt*, zu den Sitzungen der preußischen Landtagsabgeordneten.¹⁷⁸ Ebenso war der Herausgeber des parteieigenen »Demokratischen Zeitungsdiens«, Karl *Brammer*, häufiger in den Fraktionsberatungen zugegen.¹⁷⁹ *Brammer* war für eine öffentlichkeitsgerechte Darstellung der Fraktionspolitik verantwortlich und hatte für eine »dem Standpunkt der Fraktion gerecht werdende Behandlung« der besprochenen Fragen »in der Presse Sorge zu tragen.«¹⁸⁰

Die den Fraktionssitzungen beiwohnenden Vertreter der Parteiführung gehörten meist dem Vorstand der Reichstagsfraktion an oder waren zumindest Reichstagsabgeordnete. Dennoch wäre es falsch, daraus ein enges Einvernehmen beider Fraktionen schließen zu wollen. Vielmehr entbehrte die Zusammenarbeit zwischen beiden Fraktionen jener Dichte, die sich gerade führende preußische Landespolitiker wünschten. In den ersten Jahren waren beide Fraktionen gleichwohl sichtlich darum bemüht, eine enge vertrauliche Zusammenarbeit und ein gerade für das Öffentlichkeitsbild der Partei wichtiges einmütiges Auftreten zu gewährleisten. So stellte im Oktober 1920 der Vorsitzende der demokratischen Reichstagsfraktion Eugen *Schiffer* die »gelegentliche beiderseitige Zuziehung der Fraktionsvorsitzenden zu den Beratungen der anderen Fraktion in Aussicht.«¹⁸¹ Auch einigten sich im August jenen Jahres beide Berliner Fraktionen darauf, ein gemeinsames Fraktionsbüro, das auch einen Teil der Reichsgeschäftsstelle bilden sollte, einzurichten und zu finanzieren.¹⁸² Trotz dieser vielversprechenden Ansätze blieben jedoch die Bindungen zwischen den beiden Fraktionen eigentümlich lose. Das Fraktionsbüro trat in den folgenden Jahren nur selten in Erscheinung.¹⁸³ Auch hatten gemeinsame Zusammenkünfte beider Fraktionen ausgesprochenen Seltenheitswert und fanden in der Regel nur zur Besprechung zentraler außen- oder innenpolitischer Probleme statt.¹⁸⁴ Meist wurden nur einzelne von der Fraktion bestimmte Abgeordnete zu den Sitzungen der Reichstagsfraktion delegiert, die in der folgenden Sitzung den preußischen Landtagsabgeordneten Bericht erstatteten.¹⁸⁵ Vereinzelt nahmen auch führende

177 Vgl. Dok. Nr. 597 (Konkordat), 718 (Konkordat), 738 und 739 (Koalitionsgespräche mit der DVP), 749 (Neubesetzung einiger preußischer Oberpräsidien), 758 (Groß-Berlin-Gesetz), 811 (Rücktritt des preußischen Finanzministers *Höpker Aschoff*), 818 (Besprechung der politischen Lage und des Aufstiegs des Nationalsozialismus).

178 Vgl. Dok. Nr. 479, 524, 566, 619, 620, 626, 637, 639, 643, 651, 664, 670, 673, 691, 708, 732 (*Wolff* von der Reichsgeschäftsstelle), 734. Werner *Stephan* war von November 1922 bis Mai 1929, Wilhelm *Rexrodt* von Juni 1929 bis November 1930 Leiter der Reichsgeschäftsstelle der DDP.

179 Vgl. Dok. Nr. 514, 566, 582, 639, 720, 738, 739, 809 und 811.

180 Dok. Nr. 720 (über Koalitionsgespräche mit DVP).

181 Dok. Nr. 183.

182 Vgl. Dok. Nr. 27. Ferner die Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 16. Mai 1919 sowie die Sitzung des Vorstandes vom 18. August 1920, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 27, S. 64f., hier S. 65, und Nr. 66, S. 135f., hier S. 136.

183 Vgl. Dok. Nr. 562.

184 Vgl. Dok. Nr. 166 (Konferenz von Spa), 262 (Regierungsbildung), 783 (Deflationspolitik), 798 (Zollfragen), 817 (Rücktritt *Höpker Aschoffs* und Notverordnungen). Am 16. Juni 1921 fand ein Treffen von je drei führenden Vertretern der Reichstags- und der preußischen Landtagsfraktion mit den demokratischen Ministern über die Frage der Regierungsbildung im Reich und in Preußen statt. Vgl. Dok. Nr. 252. Am 30. November 1920 fand ein gemütliches Beisammensein beider Fraktionen statt. Vgl. Dok. Nr. 200.

185 Vgl. beispielsweise Dok. Nr. 559, 574, 610, 619, 671, 688, 691, 692 und 748. Der preußische Fraktionsvorstand nahm wiederum im Mai 1919 an einer Sitzung der Reichstagsfraktion teil zur Vorbereitung einer gemeinsamen Kundgebung gegen die Friedensbedingungen der Alliierten. Vgl. Dok.

Reichstagsmitglieder an wichtigen Sitzungen der preußischen Landtagsfraktion teil.¹⁸⁶ Aber diese Kontakte schienen dem Verlangen vieler preußischer Landtagsabgeordneter nach einem engen Einvernehmen beider parlamentarischen Führungsorgane nicht zu entsprechen. Bereits im Oktober artikuliert sich der Unmut über die »mangelnde Fühlung mit der Reichstagsfraktion«¹⁸⁷, eine Kritik, die auch in der Folgezeit nicht verstummen sollte.¹⁸⁸

Dieses Koordinationsproblem war allerdings auch Folge des fast vollständigen Fehlens von Doppelmandatären, d.h. von Abgeordneten, die sowohl im Landtag als auch im Reichstag vertreten waren. Zwischen 1919 und 1932 gehörten der Landtagsfraktion nur drei Abgeordnete an, die auch im Reichstag vertreten waren. Bei den Doppelmandatären handelte es sich um Hartmann v. *Richthofen* (Landesversammlung), Eugen *Schiffer* (erste Legislaturperiode) und Hermann *Höpker Aschoff* (dritte Legislaturperiode). *Schiffer*, der bis Juni 1921 Vorsitzender der Reichstagsfraktion war, wollte offenbar mit seiner Wahl in den Landtag eine bessere Abstimmung zwischen beiden Fraktionen erreichen. Demgegenüber schien Finanzminister *Höpker Aschoff* mit seiner Wahl in den Reichstag 1930 seinen Einfluß auch auf die Reichspolitik ausdehnen und eine bessere Koordination der Wirtschafts- und Finanzpolitik in beiden parlamentarischen Körperschaften anstreben zu wollen.¹⁸⁹

Um eine enge Fühlung war die preußische Landtagsfraktion auch mit den demokratischen Mitgliedern des preußischen Staatsrats bemüht. Als Vertretungsorgan der Provinzen nahm der Staatsrat an Gesetzgebung und Verwaltung des Staates teil. Auch stand dem Präsidenten des Staatsrats zusammen mit dem des Staatsministeriums und des Landtags das Recht zur Auflösung des Landtags zu. Da Mitglieder des Staatsrats nicht gleichzeitig Mitglieder des Landtags sein konnten¹⁹⁰, beschloß die Fraktion, die demokratischen Staatsratsmitglieder zu den Sitzungen einzuladen¹⁹¹, um die Beziehungen zwischen den beiden Gesetzgebungsorganen »möglichst harmonisch« zu gestalten.¹⁹² Ein relativ häufiger Gast der Fraktionszusammenkünfte war Jan *Fegter*, der von 1921 bis 1926 und von 1928 bis 1933 als Vollmitglied sowie von 1926 bis 1928 als Stellvertreter dem Staatsrat angehörte.¹⁹³ Insgesamt gehörten dem Staatsrat zwischen 1921 und 1933 dreizehn demokratische Mitglieder, Vollmitglieder und Stellvertreter, an, unter ihnen auch der spätere Fraktionsvorsitzende Bernhard *Falk* als Stellvertreter von 1921 bis 1924.¹⁹⁴

Zu einer größeren Krise im Verhältnis der Fraktion zur Partei kam es im Zuge der von der Parteiführung initiierten Gründung der Deutschen Staatspartei im Jahre 1930, die unter den demokratischen Landtagsabgeordneten auf erhebliche Vorbehalte traf. Die Umgründung der Partei stellte den Höhepunkt der nach der gescheiterten Einigung des

Nr. 27–29. Im Dezember 1919 wurden auch die Führer der Reichstagsfraktion, zusammen mit Mitgliedern des Vorstands, zur Beratung der zukünftigen Gestaltung Deutschlands eingeladen. Vgl. Dok. Nr. 108.

¹⁸⁶ Vgl. Dok. Nr. 108, 718, 719, 797 und 818.

¹⁸⁷ Vgl. Dok. Nr. 76.

¹⁸⁸ Vgl. Dok. Nr. 420.

¹⁸⁹ Vgl. HANDBUCH für den Preußischen Landtag 1921, S. 325; ebd. 1925, S. 227 f.; ebd. 1928, S. 485; REICHSTAGSHANDBUCH 1930, S. 274.

¹⁹⁰ Zum Staatsrat vgl. LILLA, S. 9*–22*, und passim.

¹⁹¹ Vgl. Dok. Nr. 238.

¹⁹² So Jan *Fegter* in der Fraktionssitzung am 16. Juni 1921, Dok. Nr. 251.

¹⁹³ Vgl. Dok. Nr. 250, 251, 298, 330, 477, 706 und 746. Zu Jan *Fegter* vgl. STANG, S. 105, LILLA, S. 41.

¹⁹⁴ Vgl. LILLA, S. 282.

liberalen Lagers im Jahre 1918 wiederholt unternommenen Sammlungsbestrebungen dar. Mitte der zwanziger Jahre waren die Beharrungskräfte in den Parteien noch zu stark, so daß der von Politikern des rechten Flügels der DDP und des linken Flügels der DVP im November 1924 ins Leben gerufenen Liberalen Vereinigung der Erfolg versagt blieb.¹⁹⁵ Doch die ständigen Wahlverluste und das gleichzeitige Aufkommen von Interessenparteien, die sich auf Kosten der liberalen Mittelparteien zu profilieren verstanden, gaben den Sammlungsbestrebungen neuen Auftrieb und führten schließlich zur Gründung der Deutschen Staatspartei. Den unmittelbaren Anlaß zu dieser Gründung bildete die Reichstagsauflösung vom 18. Juli 1930, die die DDP-Führung vor die Notwendigkeit eines erneuten Wahlkampfes stellte. Wunschpartner der Demokraten war die rechtsliberale Schwesterpartei DVP. Da der Rechtsruck, der die DVP nach dem Tode Gustav *Stresemanns* und der Übernahme des Parteivorsitzes durch Ernst *Scholz* erfaßte, jedoch ein wie auch immer geartetes Zusammengehen erschwerte, wurde am 27. Juli 1930 mit dem Jungdeutschen Orden, einigen Jungliberalen von der DVP sowie Vertretern der christlichen Gewerkschaften der Beschluß zur Gründung der Deutschen Staatspartei gefaßt. Der als nationaler Wehrverband ins Leben gerufene Jungdeutsche Orden unter Führung von Artur *Mabraun* hatte in der Mitte der zwanziger Jahre eine Wandlung erfahren und sich zur demokratischen Republik und ihren Grundprinzipien sowie zur außenpolitischen Verständigung bekannt. Gleichwohl hielt der Orden an seinem bündischen Charakter, dem Führerprinzip und, was schwerer wog, dem Arier-nachweis für seine Mitglieder fest.¹⁹⁶ Andererseits hatte der Orden mit seinem im April 1930 gegründeten politischen Arm, der Volksnationalen Reichsvereinigung, bei den sächsischen Landtagswahlen mit dem Gewinn von zwei Mandaten einen ersten Wahlerfolg erringen können. Damit war der Orden für die demokratische Parteiführung zu einem interessanten Bündnispartner avanciert, der als betont junge und dynamische Kraft der Partei auch Jungwähler zuzuführen versprach.

Mit der Neugründung der Staatspartei versuchte die demokratische Führung vollendete Tatsachen vor dem für den 30. Juli anberaumten Gespräch mit dem DVP-Vorsitzenden *Scholz* sowie Vertretern der Konservativen Volkspartei und der Wirtschaftspartei zu schaffen und die eigene Position zu stärken. Die politischen und persönlichen Differenzen waren aber letztlich zu ausgeprägt, als daß eine Sammlung des bürgerlichen Lagers Erfolg hätte haben können. DStP und DVP zogen somit getrennt in die Wahlschlacht – und verloren, teilweise sogar dramatisch. Die Wahlverluste der DStP, die bei den Reichstagswahlen vom 14. September nur 3,8 Prozent der abgegebenen Stimmen gegenüber den 1928 von der DDP errungenen 4,9 Prozent erhielt, führten zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Artur *Mabraun*, dem Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, und den demokratischen Vertretern, die schließlich am 7. Oktober zum endgültigen Bruch führen sollten. Mit dem Auszug der sechs volksnationalen Abgeordneten verlor die nur noch 14 Abgeordnete umfassende Fraktion der DStP ihren Fraktionsstatus. Der von der Parteiführung im Alleingang an den Parteigremien vorbei initiierte Coup endete in einem Desaster. In der Partei war der Zusammenschluß aufgrund der mangelnden Information durch die Parteiführung, aber auch der verworrenen Programmatik und der antisemitischen Tendenzen der Jungdeutschen auf Unverständnis

¹⁹⁵ Zur Liberalen Vereinigung vgl. JONES, *German Liberalism*, S. 271–278; SCHNEIDER, *Die Deutsche Demokratische Partei*, S. 249–253; STEPHAN, *Aufstieg*, S. 338–342; Werner FRISCH, *Liberaler Vereinigung (LVg) 1924–1929*, in: *Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945)*. Hrsg. v. Dieter Fricke u.a., Leipzig 1985, Bd. 3, S. 356–359; vgl. auch Dok. Nr. 484.

¹⁹⁶ Zum Jungdeutschen Orden vgl. HORNUNG; KESSLER, 1975/76; KESSLER, 1980.

gestoßen, die sich nach der Wahlniederlage und der Trennung beider Gruppierungen in offene Kritik wandelte. Erich Koch-Weser mußte schließlich den Parteivorsitz an Hermann Dietrich abtreten. Dennoch hielt die staatsparteiliche Parteiführung an der Umgründung der Partei fest, die schließlich offiziell am 8. und 9. November 1930 in Hannover vollzogen wurde.¹⁹⁷

Die Landtagsfraktion verfolgte die sich auf Reichsebene abspielende Entwicklung in einer Mischung aus ostentativer Zurückhaltung und offener Ablehnung. Diese reservierte Haltung kam in der außerordentlichen und streng vertraulichen Fraktionssitzung vom 23. September offen zum Ausdruck. So faßten die Abgeordneten eine gute Woche nach den für die Partei enttäuschend verlaufenden Reichstagswahlen den Beschluß, »daß die Fraktion zunächst als selbständige Deutsche Demokratische Landtagsfraktion bestehen bleibt und daß sie den Antrag mehrerer Wahlkreisverbände unterstützen wird, alsbald einen außerordentlichen demokratischen Parteitag einzuberufen.«¹⁹⁸ Nachdem sich die Jungdeutschen von den Demokraten getrennt hatten, traf das Festhalten der Parteiführung an der Neugründung der Partei bei einigen demokratischen Landtagsabgeordneten auf Unverständnis. So lehnte Bruno Hauff auf der Vorstandssitzung vom 16. Oktober 1930 offen die Gründung der Staatspartei, die »mit einer Niederlage begonnen« habe und »in der ganzen Öffentlichkeit verspottet worden« sei, ab. »Wir müssen uns nach der Niederlage in unsere Ausgangsstellung zurückziehen.« Der Fraktionsgeschäftsführer Oswald Riedel wiederum wollte die Frage, »ob wir Staatspartei werden oder Demokratische Partei bleiben wollen«, dem Parteitag vorbehalten sehen. Doch die Weichen waren bereits gestellt. Die Mehrheit der Parteiführung schien mit Falk zu der Überzeugung gelangt zu sein, daß es zur Neugründung keine erkennbare Alternative mehr geben würde.¹⁹⁹

Mit Rücksicht auf die herrschende Stimmung schlug Falk unmittelbar vor dem Parteitag die Annahme eines Zusatzes zum Namen »Fraktion der Deutschen Staatspartei« vor. Doch traf dieser Vorschlag nicht auf uneingeschränkte Zustimmung. So sprach sich Adam Barteld »wegen seiner Bedenken gegen die Namensänderung gegen den Zusatz« aus, während Emil Goll wiederum sein Verbleiben in der Fraktion und seinen Beitritt zur Staatspartei von der in Hannover gewählten Parteiführung abhängig machte. Da die Mehrheit der Fraktion erst den Parteitag abwarten wollte, wurde kein Beschluß gefaßt.²⁰⁰

»Leider«, so urteilte Bernhard Falk rückblickend, »brachte dieser Versuch [der] neuen ›Staatspartei‹ nicht den erhofften Erfolg. Die neuen Freunde«, d. h. die Jungdeutschen, »erwiesen sich durchweg als unzuverlässig und verschwanden zum grossen Teil ebenso schnell, als sie gekommen waren. Es verblieben nur die wenigen aus der deutschen Volkspartei Heruebergewanderten, die aber [den] ziffernmaessigen Verlust nicht ausgleichen konnten, die die Abwanderung alter Parteifreunde aus unseren Reihen brachte. Bei den Demokraten hatte die Neugruendung Bestuerung hervorgerufen, weil sie in grosser Stille und aengstlicher Heimlichkeit vorbereitet war – beispielsweise hatte ich ueberhaupt nichts davon gewusst. Der Reichsparteitag in Hannover beschloß zwar die Aufloesung der deutsch-demokratischen Partei und die Neugruendung der Staats-

¹⁹⁷ Zur Gründung der Deutschen Staatspartei vgl. STEPHAN, Aufstieg, S. 439–485; MATTHIAS/MORSEY, S. 31–39; FRYE, Liberal Democrats, S. 155–177; SCHNEIDER, Die Deutsche Demokratische Partei, S. 253–260; STANG, S. 24–28.

¹⁹⁸ Dok. Nr. 773.

¹⁹⁹ Sitzung des Vorstands der DStP am 16. Oktober 1930, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 171, S. 597–612, hier S. 603 (Hauff und Riedel) und 607 (Falk).

²⁰⁰ Dok. Nr. 778.

partei, aber auch unter ihren Befürwortern schienen manche nicht mit dem Herzen dabei zu sein. Schon damals erfolgten beklagenswerte Austritte, die sich steigerten, als die Wahlen das erhoffte Ergebnis nicht erbrachten. *Koch-Weser* wurde zur Niederlegung seines Reichstagsmandates und des Parteivorsitzes gezwungen, der Vorsitz der Reichstagsfraktion ging auf Dr. August *Weber* über. Die Staatspartei hatte einen Führer von großem Format verloren, einen Mann von hohen Qualitäten, dem allerdings eine Eigenschaft fehlte, die der Parteiführer nicht entbehren kann, die Wärme des Herzens. Er war ein kühler Rechner und hatte sich leider bei der wichtigsten Entscheidung verrechnet. Die Fraktion des Landtags nahm den neuen Namen an, führte aber die alte Bezeichnung zusätzlich weiter. Parteivorsitzender wurde jetzt – durchaus nach Verdienst – *Dietrich*.²⁰¹

5. Fraktion und Koalitionspartner

Die Zusammenarbeit zwischen den Weimarer Koalitionsparteien kann als weitgehend problemlos charakterisiert werden. Das für die Reichsebene charakteristische Unvermögen der deutschen Parteien, im Interesse der politischen Stabilität Verantwortung zu übernehmen und Kompromisse zu schließen, war in Preußen weitaus schwächer ausgeprägt. Dieses Erbe aus der Zeit der konstitutionellen Monarchie, in der die Parteien von der Regierungsmacht ferngehalten wurden und ihre programmatischen Maximalforderungen betonen konnten, belastete das preußische Parteiensystem nur bedingt. Dies lag daran, daß die großen Streitfragen der Außen-, Verteidigungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik Angelegenheiten des Reiches waren und auf die preußische Landespolitik nur vermittelt einwirkten. Zum anderen kam auch ein anderes Rollenverständnis der preußischen Landtagsfraktionen zum Tragen. Denn im Vergleich zum Reichstag gehörten dem Landtag nur wenige Abgeordnete an, die bereits in der Zeit des Kaiserreichs ein Mandat inne gehabt hatten. So hatten nur vier der hundertvierzehn Abgeordneten der sozialdemokratischen Landtagsfraktion (3,5 %) der ersten Wahlperiode 1921 bis 1924 ein Mandat des preußischen Abgeordnetenhauses vor 1918 besessen, während rund vierzig Prozent der im Juni 1920 gewählten hundertzwei sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten dem Reichstag des Kaiserreichs angehört hatten.²⁰² Die Tradition des Widerstands gegen den monarchischen Obrigkeitsstaat des Kaiserreichs spielte im Gegensatz zu den Reichstagsboten somit für die preußischen Landtagsabgeordneten der SPD keine prägende Rolle. Ähnlich sah es bei den Demokraten aus. Während 40 der 75 Abgeordneten der Nationalversammlung (53,3 %) bereits im Kaiserreich parlamentarisch tätig gewesen waren²⁰³, hatten nur 19 der 66 Abgeordneten der Landesversammlung (28,8 %) vor 1918 ein Parlamentsmandat inne gehabt.²⁰⁴ Wurden Linksliberale im Kaiserreich auch nicht in einer der Sozialdemokratie vergleichbaren Weise durch den konservativ verfaßten, autoritären Staatsapparat bekämpft, so wurden die oppositionellen Linksliberalen unter Bismarck doch auch als »Reichsfeinde« stigmatisiert und hatten selbst nach 1890 aufgrund ihrer meist regierungskritischen Haltung zahlreiche Zurücksetzungen zu erfahren. Diese Erfahrung fehlte dem

²⁰¹ Bernhard Falk, Lebenserinnerungen, in: BA Koblenz, Kl. Erw. Nr. 385, Bl. 206 f. Fehlende Interpunktion wurde hinzugefügt.

²⁰² Vgl. SCHULZE, Braun, S. 386.

²⁰³ Vgl. FRYE, Liberal Democrats, S. 72 f.

²⁰⁴ Vgl. STANG, S. 138.

überwiegenden Teil der demokratischen Landtagsabgeordneten. Diese Parlamentsneulinge erfüllte vielmehr der Wunsch nach einem demokratischen Neuanfang auf der Grundlage der durch die Novemberrevolution 1918 geschaffenen Verhältnisse. Die Partei verstand sich in Preußen als eine neue demokratische, und, was ebenso wichtig war, als staatstragende Kraft.

Das Fehlen zentraler Streitfragen in der preußischen Landespolitik und das veränderte Rollenverständnis erleichterten die Zusammenarbeit der Weimarer Regierungsfractionen von SPD, Zentrum und DDP erheblich. Regelmäßige Besprechungen der Fraktionsführungen taten ein Übriges. Der erhebliche Koordinationsbedarf erzwang schon früh die Institutionalisierung dieser Gesprächsrunden in Form eines interfraktionellen Ausschusses. In den Protokollen wird bereits Mitte März 1919 ein derartiger Ausschuss erwähnt.²⁰⁵ Zudem wurden zur Beratung bestimmter Fragen auch einzelne, aus den jeweiligen Fraktionsführungen zusammengesetzte Ausschüsse gebildet.²⁰⁶ In den Besprechungen zwischen den jeweiligen Fraktionsspitzen schien bald eine ungezwungene, vertrauliche Atmosphäre Platz gegriffen zu haben. So wird auch in den Sitzungsprotokollen nicht mehr von Zusammenkünften des Ausschusses, sondern, weitaus formloser, nur noch von interfraktionellen Beratungen gesprochen.²⁰⁷

Dies änderte sich mit der Bildung der großen Koalition im Jahre 1921, als die drei miteinander vertrauten Koalitionsfraktionen mit der bisher oppositionellen DVP zusammenarbeiten mußten. Die Kooperation der sich reserviert gegenüberstehenden Parteien bedurfte formeller Formen. So wies bereits im Vorfeld der Bildung der großen Koalition im September 1921 Alexander *Dominicus*, damals noch Innenminister im Minderheitskabinett *Stegerwald*, auf die Notwendigkeit der Schaffung eines interfraktionellen Ausschusses mit bestimmten Richtlinien hin. »Eine schriftliche Bindung der Parteien ist notwendig, ein tüchtiger Vorsitzender erforderlich.«²⁰⁸ Ein derartiger Ausschuss, dem jeweils zwei Mitglieder der vier Regierungsparteien angehören sollten, wurde schließlich im November 1921 eingerichtet.²⁰⁹ Er sollte, so *Otto Braun*, eine »reibungslose Zusammenarbeit« der vier Koalitionsfraktionen »und dieser mit der Regierung [...] gewährleisten. Eine durchaus zweckmäßige Einrichtung, die die parlamentarische Arbeit fördern und die Regierungsgeschäfte erleichtern kann, wenn ihre Aufgabe richtig aufgefaßt wird.« Allerdings versuchten Ausschußmitglieder im Vorbereitungsstadium der Gesetzgebung ein Mitwirkungsrecht und ein Anhörungsrecht vor Stellenneubesetzungen durchzusetzen. *Braun* schob jedoch mit Verweis auf die verfassungsmäßigen Rechte der Exekutive diesen Bestrebungen schnell einen Riegel vor.²¹⁰

Auch nach dem Ende der großen Koalition und dem Übergang zur alten Weimarer Koalition blieb der interfraktionelle Ausschuss, dem jeweils drei bis vier Mitglieder angehörten, bestehen.²¹¹ »Die Arbeit innerhalb der Koalition«, so schrieb der Fraktionsvorsitzende *Bernhard Falk*, »stellte staendig besonders hohe Anforderungen an den Vorsitzenden der deutsch-demokratischen Fraktion. Im interfraktionellen Ausschuss, der von den Koalitionsparteien beschiedt wurde und in dem mit der Regierung alle be-

²⁰⁵ Vgl. Dok. Nr. 8.

²⁰⁶ Vgl. Dok. Nr. 9.

²⁰⁷ Vgl. beispielsweise Dok. Nr. 173, 177, 187 und 194.

²⁰⁸ Vgl. Dok. Nr. 263.

²⁰⁹ Vgl. Dok. Nr. 281; ferner *SCHULZE*, *Braun*, S. 393.

²¹⁰ Vgl. *BRAUN*, S. 114 f., das Zitat S. 114.

²¹¹ Vgl. *GSTA PK Berlin*, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 36, Bd. 1: Akten über die gemeinsamen Besprechungen der Abgeordneten (Interfraktionelle Ausschüsse). Vom November 1918 bis 30. Januar 1934: Liste der Teilnehmer des interfraktionellen Ausschusses nach 1925.

deutungsvollen parlamentarischen Fragen beraten wurden, mussten heftige Zusammenstöße nach Möglichkeit vermieden werden. Wir waren [in der zweiten Wahlperiode 1925 bis 1928] nur 27 unter 223 Koalitionsmitgliedern. Was uns an Zahl fehlte, musste durch feste Geschlossenheit und Grundsatztreue ersetzt werden. Es durfte nichts von dem aufgegeben werden, was Ideengehalt und Grundgesetz unserer Partei war. Alle Meinungsverschiedenheiten, die hieraus bisweilen erwachsen, waren durch Verständnis fuer die politischen Notwendigkeiten der beiden anderen Koalitionsparteien zu ueberbruecken. Sollte Preussen das festeste Bollwerk fuer Demokratie und Republik gegen Umsturz von rechts und links bleiben, so mussten die Regierungsparteien nach Aussen das ungetruebte Bild fester Geschlossenheit bieten. Es ist nicht zu leugnen, daß man hierbei auch einmal fuer gerade sein lassen musste.«²¹²

In diesem Koordinationsinstrument schien mit den Jahren den Fraktionsvorsitzenden die eigentliche Entscheidungsmacht zuzufallen. Verwiesen sei hier neben den demokratischen Fraktionsvorsitzenden, namentlich Bernhard *Falk*, auf den seit 1921 amtierenden Fraktionsvorsitzenden der SPD, Ernst *Heilmann*, und den Fraktionsführer des Zentrums, Joseph *Hess*. *Hess* wurde zwar erst 1930 nominell zum Vorsitzenden seiner Fraktion ernannt, doch übte er angesichts des hohen Alters der eigentlichen Fraktionsvorsitzenden, Carl *Herold* und Felix *Porsch*, faktisch bereits in den Jahren zuvor die Fraktionsführung aus.²¹³

Mit dem schwindenden Gewicht der demokratischen Partei schien das Klima im interfraktionellen Ausschuß rauher und der Umgang miteinander schwieriger geworden zu sein. So gab der Niedergang der demokratischen Partei SPD und Zentrum die Gelegenheit, eigene Personalwünsche auf Kosten ihres kleinen Koalitionspartners durchzusetzen. Dies betraf sowohl die Forderung nach dem Kultusministerium als auch die Neubesetzung der Oberpräsidien.²¹⁴ Gleichwohl muß ungeachtet dieser unerfreulichen Spannungen die Zusammenarbeit der drei Weimarer Koalitionsfraktionen als weitgehend effektiv und reibungslos bezeichnet werden.

6. Fraktion und Opposition

Das Verhältnis der Fraktion zu den Oppositionsparteien schwankte zwischen ostentativer Ablehnung, sachlicher Kritik und punktueller Zusammenarbeit. Gemeinsame Anträge der Regierungs- und Oppositionsfraktionen waren in den ersten Jahren in den den preußischen Staatsbestand berührenden Fragen nicht selten.²¹⁵ Aber auch in anderen Bereichen war eine eng begrenzte Kooperation möglich.²¹⁶ Im Zuge der allgemei-

²¹² Bernhard Falk, Lebenserinnerungen, in: BA Koblenz, Kl. Erw. Nr. 385, Bl. 179. Fehlende Interpunktion wurde hinzugefügt.

²¹³ Vgl. SCHULZE, Braun, S. 388–393; HÖMIG, S. 7–9, 116–118. *Heß*, so befand sein Fraktionskollege, Landwirtschaftsminister Heinrich *Steiger*, rückblickend, habe »nichts von der verbindlichen Natur« des Vorsitzenden *Porsch* gehabt »und war trotzdem in dieser Zeit sehr an seinem Platze. Gegenüber den Forderungen der Sozialdemokratie war ein starker Wille notwendig. Den hatte *Heß* und hat ihn wohl öfter angewandt, als er nach außen in die Erscheinung trat.« GSTA PK Berlin, VI. HA, NL Heinrich Steiger, Nr. 1: Lebenserinnerungen, S. 220.

²¹⁴ Vgl. Dok. Nr. 738, 749 und 817.

²¹⁵ Vgl. Dok. Nr. 8, 9, 11 und 95.

²¹⁶ Vgl. beispielsweise Dok. Nr. 158 (Antrag zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Abänderung des Gemeindeabgabenrechts) und Dok. Nr. 168 (Antrag auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindebeamtenrechts).

nen Polarisierung und Radikalisierung schwanden allerdings die Möglichkeiten der Zusammenarbeit und machten einer offenen Konfrontation Platz, die in den von den Oppositionsparteien zahlreich eingebrachten Mißtrauensanträgen zum Ausdruck kam.²¹⁷ Diese Entwicklung gipfelte 1931 in dem vom Stahlhelm initiierten und von sämtlichen Oppositionsparteien unterstützten, aber letztlich erfolglosen Referendum zur Auflösung des Preußischen Landtags.²¹⁸

Wenn auch in Einzelfragen eine gewisse Zusammenarbeit mit USPD und der konservativen, monarchistischen DNVP nicht ausgeschlossen war, schieden beide Parteien doch angesichts der offenkundigen politischen Gegensätze und ihrer ambivalenten Haltung zur demokratischen Staatsform als Koalitionspartner aus.²¹⁹ Das Gleiche galt auch für die radikalen, republikfeindlichen Parteien, KPD und NSDAP. Nach dem erdrutschartigen Sieg der NSDAP bei den Reichstagswahlen vom September 1930 und ihrer sich auch bei den Landtagswahlen fortsetzenden Erfolge trat man allerdings der Frage einer Regierungsbeteiligung der Rechtsradikalen näher. Im Beisein von Vertretern der Reichstagsfraktion und der Parteileitung, unter ihnen der staatsparteiliche Fraktionsvorsitzende des Reichstags und Parteiführer August *Weber*, wurde diese Frage in der Fraktionssitzung vom 25. November 1931 sehr kontrovers diskutiert. Während sich Handelsminister Walther *Schreiber*, unterstützt vom früheren Landtagsabgeordneten und Reichstagsabgeordneten Oscar *Meyer*, für eine Einbeziehung der Partei aussprach, da diese »nicht dauernd von der Verantwortung ausgeschlossen werden« könne, reagierten andere Abgeordnete weitaus zurückhaltender, wenn nicht gar scharf ablehnend. So glaubte Günther *Grzimek*, daß die Nationalsozialisten »ihre alleinige Mehrheit abwarten« und vorher nicht mit anderen Parteien in die Verantwortung eintreten würden. Otto *Nuschke* und Bernhard *Falk* wiederum machten aus ihrer prinzipiellen Gegnerschaft gegen eine Regierungsbeteiligung der Rechtsextremen keinen Hehl. Der Fraktionsvorsitzende und Jude *Falk* befürchtete von einer Herrschaft der antisemitischen Nationalsozialisten nicht nur eine »ungünstige Schwenkung der Außenpolitik«, sondern auch eine »Gewaltpolitik« im Innern und verheerende Folgen für die Wirtschaft. Die sehr widersprüchlich verlaufende Debatte hatte der Reichstagsfraktion zwar keinen Weg politischen Handelns aufzuzeigen vermocht, doch schien für die Mehrheit eine Kooperation mit den Nationalsozialisten aus grundsätzlichen Überlegungen keine annehmbare Option darzustellen.

Das Verhältnis zur DVP und zur Wirtschaftspartei bewegte sich verständlicherweise in einem vollkommen anderen Rahmen. Obwohl die rechtsliberale DVP²²⁰ eine stärker nationale, wirtschaftsfreundlichere und innenpolitisch konservativere Politik verfolgte und auch öfters den Schulterschluß zur DNVP suchte, ergaben sich doch zahlreiche Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit mit den Demokraten. Diese Entwicklung kulminierte schließlich 1921 in der Bildung der großen Koalition. Der Regierungserweiterung lag der Wunsch der Demokraten zugrunde, die rechtsliberale Konkurrenz in die Pflicht zu nehmen und die Verantwortung für unpopuläre Maßnahmen tragen zu lassen. Gleichzeitig hoffte sie, durch die Einbeziehung der DVP der Vor-

²¹⁷ Vgl. Dok. Nr. 437, 454–456, 479, 482, 503, 593, 648, 664, 666, 678, 684, 700, 711, 712, 724, 730, 744, 745, 748, 749, 751, 774, 778, 783, 805, 815, 817, 818 und 822.

²¹⁸ Vgl. auch Dok. Nr. 808. Vgl. auch SCHULZE, Braun, S. 659–670; MÖLLER, Parlamentarismus, S. 315–323.

²¹⁹ Zur USPD vgl. auch Dok. Nr. 268.

²²⁰ Zur DVP vgl. Ludwig RICHTER, *Die Deutsche Volkspartei 1918–1933*, Düsseldorf 2002, dort auch die weiterführende Literatur.

machtstellung der SPD in der Regierung entgegenwirken zu können.²²¹ Von den Qualitäten der volksparteilichen Minister der großen Koalition von 1921 bis 1924 waren die Demokraten allerdings nicht sonderlich überzeugt.²²² Nach dem Scheitern der großen Koalition 1925 war die DDP auch weiterhin um eine enge Fühlungnahme mit der DVP bemüht. Nach der Wahlniederlage der Demokraten bei den Reichstagswahlen vom Mai 1928 wurde auch die Möglichkeit einer »Verschmelzung bzw. Annäherung an die DVP« erörtert. Da diese Frage der Parteileitung überlassen werden sollte und größte Zurückhaltung geboten war, versuchte man zumindest dem Zustandekommen der großen Koalition im Reich, die als erste Stufe für eine Annäherung beider Parteien angesehen wurde, kein Hindernis zu bereiten.²²³ Zudem stand man den Bestrebungen der DVP, in Preußen in die Regierung zu gelangen, wohlwollend gegenüber, da man die Verantwortung für das preußische Konkordat nicht alleine tragen wollte.²²⁴ Andererseits war doch auch klar, daß ein Regierungseintritt der DVP nur zu Lasten des demokratischen Besitzstandes gegangen wäre, so daß es nicht verwundern mochte, daß die Partei das Scheitern der Koalitionsgespräche mit einer gewissen Erleichterung zur Kenntnis nahm.²²⁵ Die Rücksichtnahme der Regierung auf die DVP traf in der Folgezeit zunehmend auf Unverständnis. Dies zeigte sich im Februar 1930, als ein volksparteilicher Kandidat zum Nachfolger des demokratischen Oberpräsidenten von Pommern berufen wurde, obwohl die DVP unmittelbar zuvor sich an einem Mißtrauensantrag gegen Ministerpräsident *Braun* beteiligt hatte.²²⁶ Die wiederholten Friktionen und Spannungen spielten allerdings vor dem beispiellosen Aufstieg des Nationalsozialismus und dem Niedergang der liberalen Parteien bald kaum noch eine nennenswerte Rolle.

Neben der DVP bot sich auch die 1920 gegründete Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes, seit 1925 Reichspartei des deutschen Mittelstandes, als möglicher Koalitionspartner an.²²⁷ Die vom Bäckermeister Hermann *Drewitz*, später vom Staatsrechtler Johann Viktor *Bredt* geführte Partei verstand sich als Interessenvertretung von Haus- und Grundbesitzern, Handwerkern und kleinen Gewerbetreibenden. Seit Mitte der zwanziger Jahre erfuhr sie besonderen Zuspruch und wurde in einzelnen Ländern auch an der Regierung beteiligt. Nachdem sie bei den Reichstagswahlen von 1928 fast ebenso viele Mandate wie die DDP zu erringen vermochte, konnte sie unter Reichskanzler *Brüning* mit Johann Viktor *Bredt* auch den Justizminister stellen. Sie wurde allerdings wie alle bürgerlichen Parteien vom Sog des Nationalsozialismus erfaßt und in die Bedeutungslosigkeit gedrückt. Für die Demokraten gewann die Wirtschaftspartei nach dem Scheitern der großen Koalition Anfang 1925 eine größere Bedeutung als Mehrheitsbeschaffer.²²⁸ Doch ungeachtet der politischen Affinitäten scheiterten letztlich die Verhandlungen über eine Regierungspartizipation.²²⁹ Man realisierte, daß die Wirtschaftspartei »agitatorisch eingestellt« war und kein Interesse an der Übernahme von Regierungsverantwortung hatte.²³⁰

²²¹ Vgl. Dok. Nr. 245, 275 und 277.

²²² Vgl. die Tagebucheintragung von Alexander *Dominicus* zum 5. November 1921, in: Landesarchiv Berlin, NL *Dominicus*, E. Rep. 200–41, Nr. 26, S. 93.

²²³ Dok. Nr. 666.

²²⁴ Vgl. Dok. Nr. 692, 718, 720, 734, 738, 739 und 740.

²²⁵ Vgl. Dok. Nr. 739.

²²⁶ Vgl. Dok. Nr. 749.

²²⁷ Zur Wirtschaftspartei vgl. SCHUMACHER, Mittelstandsfrent.

²²⁸ Vgl. Dok. Nr. 450.

²²⁹ Vgl. Dok. Nr. 454, 458, 476–478 und 482.

²³⁰ So Walther *Schreiber* in der Fraktionssitzung vom 5. Februar 1925, Dok. Nr. 463.

VI. Schlußbetrachtung

Die 1919 gegründete Deutsche Demokratische Partei spielte aufgrund ihrer Beteiligung an sämtlichen preußischen Kabinetten eine wichtige Rolle und war an der demokratischen Ausgestaltung des größten deutschen Landes federführend beteiligt. Anders als im Reich hielt sie bis 1932 an der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit der von der SPD vertretenen Arbeiterschaft fest und trug dadurch wesentlich zur Stabilisierung der preußischen, letztlich auch der deutschen Innenpolitik bei. Dies wurde durch die spannungsfreieren Problemlagen auf Landesebene wesentlich begünstigt.

Die preußische Landtagsfraktion der DDP/DStP stellte ein vornehmlich protestantisches, bildungsbürgerliches Gremium dar, in dem Frauen in einem im Vergleich zu den übrigen Fraktionen deutlich schwächeren Maße vertreten waren. Die soziale Zusammensetzung der Fraktion reflektierte insgesamt die problematische Beschränkung des sozialen Einzugsfeldes der dem Anspruch nach als Volkspartei auftretenden Demokraten. Da das bürgerlich-städtische Milieu sehr viel schwächere Bindekräfte entwickelte und die Liberalen auch nicht über das stabilisierende Gerüst milieuverstärkender Organisationen verfügten, mußte das Fehlen einer breiten sozialen Basis angesichts der verheerenden sozialen und wirtschaftlichen Krisen der zwanziger und frühen dreißiger Jahre fatale Folgen zeitigen. Hinsichtlich der Konfessionsstruktur der Fraktion ist der relativ hohe, wengleich seit Ende der zwanziger Jahre rückläufige Anteil der Abgeordneten jüdischer Konfession oder Herkunft bemerkenswert, da er die Rolle der Partei als Vertretungsforum des jüdischen Bürgertums zum Ausdruck bringt. Der Niedergang der demokratischen Partei fand nicht nur in dem beständig schrumpfenden Mandatsanteil, dem rasch erodierenden sozialen Fundament und der Abwanderung jüdischer Wähler, sondern auch in der Überalterung der Fraktion, d. h. dem steigenden Lebens- und Mitgliedschaftsalter der Abgeordneten, seinen Niederschlag.

Ungeachtet der relativ homogenen Sozialstruktur präsentierte sich die Fraktion als Ansammlung selbstbewußter Individualisten, deren Führung vom Fraktionsvorstand ein Höchstmaß an Fingerspitzengefühl und Menschenbehandlung sowie die Fähigkeit zur Moderation und zum Ausgleich erforderte. Zu den wiederholt artikulierten Monita der Fraktionsführung zählte das Desinteresse der Abgeordneten am parlamentarischen Alltagsgeschäft, das sich in der mangelnden Sitzungsbeteiligung der Abgeordneten und der sinkenden Sitzungsintensität der Fraktion niederschlug. Um den auseinanderstrebenden Kräften innerhalb der Fraktion entgegenwirken zu können, wurden bereits im März 1919 Richtlinien zur Fraktionsgeschäftsordnung verabschiedet, mit denen die Zusammenarbeit der demokratischen Abgeordneten festen Regeln unterworfen werden sollte. Mit der Ausbildung einer inneren Organisation verbunden war auch die Bildung kleiner, spezialisierter Gremien und Arbeitskreise, die die Arbeit der Fraktion effektiver gestalten und die Abgeordneten institutionell einbinden sollten.

Die Bemühungen der Fraktionsführung um ein geschlossenes Auftreten der demokratischen Abgeordneten im Parlament war weitgehend von Erfolg gekrönt. Das relativ einheitliche Stimmverhalten der Demokraten im Landtag dokumentiert nicht nur das Durchsetzungsvermögen und die Autorität der Fraktionsspitze, sondern auch die Einsicht der Abgeordneten in die Notwendigkeit eines einheitlichen Erscheinungsbildes der Fraktion. Hinzu kam, daß der überschaubare Umfang der mit den Jahren schrumpfenden

den Landtagsfraktion die Kommunikationswege verkürzt und den Informationsaustausch zwischen Vorstand und Fraktion erleichtert haben dürfte.

Das dem Fraktionsvorstand entgegengebrachte Vertrauen spiegelte sich auch in der relativen personellen Konstanz dieses Führungsgremiums. Änderungen erfolgten in der Regel nur durch das Ableben von Abgeordneten, der Nichtwiederwahl in den Landtag oder der freiwilligen Niederlegung des Postens durch Übernahme eines Ministeriums oder höheren Verwaltungspostens. Der bedeutendste und anerkannteste Führer der Fraktion war der erste Fraktionsvorsitzende Robert *Friedberg*, der als preußischer Fraktionsvorsitzender und Parteivorsitzender der Nationalliberalen Partei sowie als Vizepräsident des Staatsministeriums über die meiste Erfahrung, Autorität und Kompetenz in politicis verfügte. Der hinhaltende Widerstand, den *Friedberg* als stellvertretender Ministerpräsident bei der Durchsetzung der Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts von Seiten seiner eigenen Fraktion erfahren hatte, hinderten ihn daran, seinem Parteifreund *Stresemann* in die DVP zu folgen. In der demokratischen Partei nahm er von Anfang an in seiner Funktion als Vorstandsvorsitzender eine herausragende Stellung ein. Sein früher Tod im Juni 1920 stellte für die Partei einen schmerzhaften Verlust dar, denn gerade *Friedberg* hätte den Ausgangspunkt für eine Sammlung der liberalen Bewegung bilden und als ehemaliger nationalliberaler Parteivorsitzender und »Kronzeuge gegen *Stresemann*«¹ das Erstarken der rechten Schwesterpartei vielleicht verhindern können.

Die folgenden Fraktionsvorsitzenden konnten *Friedberg* im Hinblick auf Erfahrung, Autorität und Ansehen nicht das Wasser reichen. Sie verfügten zwar alle über einen gewissen politischen und parlamentarischen Erfahrungshorizont, doch entstammten sie im Grunde eng begrenzten politischen Tätigkeitsfeldern und hatten in der Vergangenheit nur selten vermocht, die Grenzzäune ihres Wirkungsfeldes zu übersteigen. Eine Ausnahme stellte in dieser Beziehung Rudolf *Oeser* dar, der als oppositioneller Abgeordneter und Journalist in der wilhelminischen Epoche nach dem Umsturz zum preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten avancierte und schließlich von 1921 bis 1925 die Führung der Fraktion übernahm. Da er bereits 1922 zum Reichsinnen- und im Jahr darauf zum Reichsverkehrsminister ernannt wurde, konnte er allerdings seinen Verpflichtungen nur in sehr ungenügenden Maße gerecht werden. Doch die Fraktion nahm von einer Neuwahl des Vorstands Abstand, da *Oeser* als Reichsminister den Nexus zur Reichsregierung und zur Reichstagsfraktion herzustellen und zu garantieren vermochte. Im Gegensatz zu *Friedberg* und *Oeser* waren die übrigen Fraktionsvorsitzenden anderen Zuschnitts und wurzelten in gewisser Weise in anderen Erfahrungswelten. So hatte Alexander *Dominicus* Karriere als Schöneberger Oberbürgermeister gemacht, während Walther *Schreiber* als Rechtsanwalt gearbeitet und erst seit 1919 als preußischer Landtagsabgeordneter politische Sporen erworben hatte. Bernhard *Falk* wiederum, Rechtsanwalt wie sein Kollege Walther *Schreiber*, entstammte der rheinischen Kommunalpolitik und war bisher auf den unterschiedlichsten politischen Ebenen parlamentarisch tätig gewesen.

Der Fraktionsvorsitz diente mehreren Abgeordneten als Sprungbrett in ihrer Karriere. So rückte Alexander *Dominicus* 1921 zum Innenminister auf, Rudolf *Oeser* wurde 1922 Reichsinnenminister und Walther *Schreiber* 1925 Handelsminister. In sämtlichen preußischen Regierungen verfügte die Partei über einen ihren Mandatsanteil im Parlament weit übersteigenden Einfluß. Offenkundig wurde dies vor allem in der dritten Wahl-

¹ STEPHAN, Aufstieg, S. 166.

periode, als die auf 4,7 Prozent der Mandate geschrumpfte Fraktion in der Regierung nicht nur den Handels- und Finanzminister stellen, sondern ihr auch der zwar parteilose, aber den Demokraten nahestehende Kultusminister *Becker* zugerechnet werden konnte. Demgegenüber geboten die 30,2 Prozent der Sitze stellenden Sozialdemokraten nur über den Ministerpräsidenten und den Innenminister, was 1930 schließlich zur Ablösung *Beckers* durch den Sozialdemokraten Adolf *Grimme* führen sollte. Auch die Neubesetzung einiger Oberpräsidien im gleichen Jahr und der 1931 erfolgende Rücktritt *Höpker Aschoffs* muß in diesem Kontext gesehen werden.

In der preußischen Landespolitik spielte die Partei angesichts der zahlreichen, von Demokraten bekleideten Ministerämter eine führende Rolle. Mit dem Minister für öffentliche Arbeiten, Rudolf *Oeser*, zeichnete sie beispielweise für den Wiederaufbau und die Reorganisation der durch Krieg und Revolution zerrütteten und 1921 auf das Reich überführten Eisenbahnen mitverantwortlich. Allerdings war die demokratische Handschrift oftmals nur selten deutlich zu erkennen. So rief Innenminister Alexander *Dominicus* mit seiner Personalpolitik bei den Abgeordneten Unverständnis und Kritik hervor, während sich Landwirtschaftsminister Hugo *Wendorff* aufgrund des schleppenden Fortgangs der Siedlungspolitik mit einer wachsenden Gegnerschaft in der Fraktion konfrontiert sah. Die demokratischen Handelsminister, Otto *Fischbeck* und Walther *Schreiber*, wiederum waren ungeachtet ihrer starken Stellung in der Fraktion in der Öffentlichkeit kaum wahrzunehmen, was sicherlich auch an ihrem nachrangigen Aufgabenfeld gelegen haben dürfte. Finanzminister Hermann *Höpker Aschoff* schließlich, der aufgrund seiner Kompetenz und seines Sachverstands auch über die eigene Partei hinaus großes Ansehen besaß, stellte anfangs einen großen Aktivposten im Kabinett dar, geriet jedoch, dem Imperativ einer rigiden Sparpolitik folgend, in der Wirtschaftskrise massiv in die Kritik. Für die Partei erwies es sich letztlich als verheerend, daß sie in jener kritischen Zeit sowohl im Reich als auch in Preußen den Finanzminister stellte und die katastrophale Deflationspolitik *Brünings* mitzuverantworten hatte. Von ihren politischen Gegnern konnte deshalb die Deutsche Staatspartei bequem auf ein abstoßendes Diminutiv reduziert werden. Sie wurde zu einer Chiffre für Realitätsferne, Konzeptionslosigkeit und wirtschaftliche Inkompetenz.

Die preußische Landespolitik blieb weitgehend von den großen Streitfragen jener Jahre verschont. So wurden die Außen-, Verteidigungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik im Reich entschieden, während die Preußen verbliebenen Problemfelder, ungeachtet ihres potentiellen Konfliktstoffs, in der Regel von den Regierungsparteien einer tragfähigen und einvernehmlichen Regelung zugeführt werden konnten. Einen wichtigen Markstein des demokratischen Neuanfangs bildete die preußische Verfassung, die im Gegensatz zur Reichsverfassung ein eindeutiges Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie darstellte und einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der politischen Verhältnisse schuf. Wenn auch manche Themenkreise wie die Verwaltungsreform und die Schulpolitik angesichts der widerstreitenden Positionen der beteiligten politischen Kräfte dilatorisch behandelt wurden, konnte sich das Ergebnis dreizehnjähriger Regierungsarbeit, mit anderen Worten, die Gestaltsumme demokratischen Handelns durchaus sehen lassen. Dies betraf sowohl die Neuregelung und die Modernisierung einzelner Verwaltungszweige, wie die Aufhebung der Gutsbezirke, die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche oder die verschiedenen bildungspolitischen Reformansätze, für die die Neugestaltung der Lehrerbildung beispielhaft stehen mag. Wie eng sich die Aktionsräume der politisch Handelnden und insbesondere der demokratischen Minister und ihrer Fraktion ausnahmen, zeigte sich bereits während der Inflationszeit und schließlich in erschreckender Deutlichkeit mit Beginn der Weltwirtschaftskrise seit Ende der zwanziger Jahre.

Die Kooperation der demokratischen Fraktion mit ihren Koalitionspartnern SPD und Zentrum gestaltete sich ungeachtet gelegentlich auftretender politischer Differenzen weitgehend reibungslos. Anders verhielt es sich mit der rechtsliberalen Schwesterpartei DVP, die 1921 die Demokraten als stärkste liberale Kraft im Parlament abzulösen vermochten. Vor dem Hintergrund des anhaltenden Wählerschwundes befürworteten die Demokraten eine Regierungsbeteiligung der Partei, zum einen um die Partei in die Verantwortung zu nehmen, zum anderen um den rechten Flügel innerhalb der Weimarer Koalition zu stärken und einer Vormachtstellung der Sozialdemokraten entgegenzuwirken. Auch nach dem Bruch der großen Koalition Anfang 1925 wurde gerade von demokratischer Seite wiederholt der Versuch unternommen, die rechtsliberale Konkurrenz in die Regierung mit einzubeziehen, nicht zuletzt auch in der Hoffnung, dies als Ausgangspunkt eines engeren Zusammenschlusses beider Parteien betrachten zu können. Doch die Beharrungskräfte auf beiden Seiten waren letztlich zu groß. Die Flucht nach vorne, die die Parteiführung im Sommer 1930 mit der Gründung der Deutschen Staatspartei unternahm, traf in der preußischen Landtagsfraktion auf scharfe Kritik und endete schließlich auch in einem der Tragikomik nicht entbehrenden Desaster.

Anhand der Geschichte der demokratischen Partei in Preußen lassen sich letztlich brennspiegelartig die für den Niedergang der Partei verantwortlichen Probleme fassen. Als permanente Regierungspartei wurde sie letztlich für zahlreiche unpopuläre Maßnahmen abgestraft, die oftmals aus den finanzpolitischen Schwierigkeiten des Landes resultierten. Zudem konnte die Partei als kleiner Koalitionspartner angesichts der Notwendigkeit politischer Kompromisse ihre programmatischen Zielvorstellungen selten eins zu eins umsetzen. Auch die Regierungsbeteiligung der Partei im Reich kostete die Demokraten in Preußen viele Sympathien.

Da die DDP/DStP keine straff organisierte Mitglieder-, sondern in erster Linie eine Wählerpartei war, konnte dem Wählerschwund durch ein intaktes organisatorisches Netzwerk nicht Einhalt geboten werden. Als problematisch erwies sich sodann, daß die Partei auf kein fest umrissenes soziales Milieu als Wählerbasis zurückgreifen konnte. Auch fehlten der Partei nach dem frühen Tode Friedrich *Naumanns* 1919 und cum grano salis auch Robert *Friedbergs* 1920 charismatische und integrative Führungspersönlichkeiten. Hermann *Höpker Aschoff*, Walther *Schreiber* und Bernhard *Falk* vermochten die an sie gerichteten Erwartungen nicht zu erfüllen.

Als die Demokraten nach den preußischen Landtagswahlen von 1932 nur noch zwei Abgeordnete ins Parlament zu entsenden vermochten, bedeutete dies das Ende einer unbeschadet aller Rückschläge und Niederlagen doch erfolgreichen Etappe preußischer und demokratischer Geschichte. »Die Fraktion der deutschen Staatspartei in Preussen, die Grosses gewollt, und Grosses geleistet hatte, verschwand«, so schloß der letzte Fraktionsvorsitzende Bernhard *Falk* seine Lebenserinnerungen. »Eine letzte Sitzung der Fraktion in Pymont vereinigte die Mitglieder zum Abschluß treuer gemeinschaftlicher Arbeit und manchen gemeinschaftlichen Kampfes. Mit Stolz und Genugtuung blickten wir auf die Jahre des Schaffens, auf unsere Leistung[en] und Erfolg[e] zurück. Aufrecht sehen wir der Zukunft entgegen, in Hoffnung und Glauben an Deutschland und sein Volk. Und diese Hoffnung ist mir geblieben. Ich lasse sie mir nicht nehmen.«²

² Bernhard Falk, Lebenserinnerungen, in: BA Koblenz, Kl. Erw. Nr. 385, Bl. 212 f.

VII. Die Sitzungsprotokolle der preußischen Landtagsfraktion der DDP und der DStP 1919–1932

Obschon der Liberalismus in wechselnden Parteigruppierungen in der Bismarckzeit, unter *Wilhelm II.* und während der Weimarer Republik einen bedeutenden Einfluß auf die deutsche Politik auszuüben vermochte, ist die Geschichte der liberalen Parteien in den staatlichen Archiven sehr unzureichend dokumentiert.

So beschränkt sich die schriftliche Überlieferung der DDP/DStP im Bundesarchiv Koblenz auf neun Archivpakete, unter denen die vom späteren Generalsekretär der Partei, *Otto Nuschke*, verfaßten Protokolle von Sitzungen zentraler Parteigremien überwiegen. Die Unterlagen wurden offensichtlich bei der Auflösung der Partei 1933 von der Gestapo beschlagnahmt und an das Reichsarchiv abgeliefert. Um einer Beschlagnahme zuvorzukommen, wurden damals offenbar auch Unterlagen von Mitgliedern der Partei vernichtet. 1943 wurde das Schriftgut der Reichsgeschäftsstelle vom Reichsarchiv an das »Hauptarchiv der NSDAP« abgeliefert, wo es in die Gruppe XIX, Politische Parteien, eingeordnet wurde. Die Bestände des Hauptarchivs fielen bei Kriegsende in amerikanische Hände und wurden bis 1960 im US Document Center Berlin-Zehlendorf aufbewahrt, als sie auf Betreiben von *Erich Matthias* an das Bundesarchiv in Koblenz übergeben wurden. Zuvor waren sie für die Hoover Institution on War, Revolution and Peace in Stanford/California zusammen mit sämtlichen Unterlagen des NSDAP-Hauptarchivs verfilmt worden.¹

Die zwischen 1918 und 1933 in der Reichsgeschäftsstelle der DDP/DStP entstandenen Akten enthalten kaum Schriftwechsel, und es läßt sich nicht mehr eindeutig sagen, ob die entsprechenden Akten von der Reichsgeschäftsstelle vernichtet, vom Reichsarchiv nicht übernommen oder aber im Hauptarchiv der NSDAP kassiert worden sind. Somit scheinen der Geschäftsschriftwechsel ebenso wie die Sitzungsprotokolle der Reichstagsfraktionen verschollen zu sein. Dagegen konnte das Bundesarchiv 1968 die Sitzungsprotokolle der preußischen Landtagsfraktion aus Privatbesitz erwerben und mit dem Bestand vereinigen.

Mit Hilfe dieser Fraktionsprotokolle ist zumindest für Preußen ein Blick hinter die Kulissen der politisch-parlamentarischen Alltagsarbeit einer DDP-Parlamentsfraktion möglich, zumal mit den ungedruckten Lebenserinnerungen des letzten Fraktionsvorsitzenden der preußischen DDP, *Bernhard Falk*, im Bundesarchiv eine weitere authentische Quelle vorliegt. Die 1961 von der Archivinspektorin *Elisabeth Kinder* verzeichneten Parteiunterlagen der DDP und der DStP wurden in zwei Abteilungen geschieden und fanden Aufstellung in der Bestandsgruppe: Politische Parteien unter der Signatur R 45 III.²

¹ Vgl. Grete HEINZ und Agnes PETERSON, NSDAP Hauptarchiv, Guide to the Hoover Institution Microfilm Collection, Stanford 1964, S. 52–55.

² DAS BUNDESARCHIV UND SEINE BESTÄNDE, 3. ergänzte und neu bearbeitete Auflage von Gerhard Granier, Josef Henke und Klaus Oldenhage, Boppard am Rhein 1977, S. 435 f.; Hans BOOMS/Elisabeth KINDER (Hrsg.): Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs, Band 1: Bestandsgruppe R 45 – Liberale Parteien – I. Nationalliberale Partei. II. Deutsche Volkspartei. III. Deutsche Demokratische Partei – Deutsche Staatspartei, Koblenz 1970, Nachdruck 1985.

Die im Bundesarchiv Koblenz liegenden Fraktionsprotokolle der preußischen DDP/DStP umfassen den Zeitraum vom 7. März 1919 bis zum 15. März 1932. Es handelt sich dabei um drei gebundene Protokollkladden im Folioformat mit handschriftlich abgefaßten Sitzungsmitschriften in einem Gesamtumfang von annähernd 1000 Seiten. Der erste Band umfaßt 292 Seiten und behandelt die Zeit bis zum 15. September 1920; auf den 460 Seiten des zweiten Bandes werden sodann die folgenden sechs Jahre bis zum 7. Mai 1926 erfaßt, während der dritte Band auf seinen 260 Seiten die Zeit bis zum 15. März 1932 dokumentiert. Die in der Regel gut lesbaren Sitzungsmitschriften sind meist in einem knappen, kurzen Protokollstil abgefaßt, teilweise begnügen sich die jeweiligen Protokollführer auch mit Stichworten. In summarischer Darstellung, angereichert mit wörtlichen Zitaten, wird der Sitzungsverlauf wiedergegeben. Genannt werden Datum, Sitzungsbeginn und -ende, ferner die Namen des jeweiligen Sitzungsleiters, der einzelnen Redner und des Protokollanten. Anwesenheitslisten sind nur für die ersten vier Fraktionssitzungen vom 7. bis 13. März 1919 und für die Sitzung vom 5. September 1931 erhalten.

Die Sitzungsprotokolle der Fraktion der DDP/DStP im Preußischen Landtag der Zwischenkriegszeit wurden bereits verhältnismäßig häufig von der Forschung unter den unterschiedlichsten Aspekten, wenn auch nie systematisch, herangezogen.³ Dies unterstreicht nicht nur den hohen Stellenwert dieser Quelle, sondern begründet letztlich auch die Notwendigkeit dieser Edition.

³ Vgl. STANG; SCHULZE, Braun; MÖLLER, Parlamentarismus; LINKSLIBERALISMUS.

Die demokratischen Abgeordneten und Minister Preußens

Kurzbiographien der Abgeordneten

Die nachfolgenden Kurzbiographien beruhen auf den Selbstangaben der Abgeordneten in den amtlichen Handbüchern der Preußischen Landesversammlung und der Preußischen Landtage und wurden – soweit vorhanden – anhand der zeitgenössischen Presse, der Sekundärliteratur und biographischer Nachschlagewerke ergänzt. Sie können aufgrund der uneinheitlichen und oftmals wissenschaftlichen Ansprüchen nicht genügend Datengrundlage keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

Die Angaben zu den einzelnen Abgeordneten sind nach folgendem Schema geordnet: persönliche Daten; Beruf ~ parlamentarische Laufbahn: Landtage, Reichstag ~ Mitgliedschaft in weiteren parlamentarischen Körperschaften: Kommunalvertretung, Provinziallandtag, Staatsrat, Bundestag, Volkskammer ~ wesentliche parteipolitische Ämter ~ beruflicher Werdegang und ergänzende Angaben zur Person.

Abderhalden, Emil (* 9.3.1877 Ober-Uzwyl, Kanton St. Gallen – † 5.8.1950 Zürich), evangelisch, Dr. med., Geheimer Medizinalrat, Universitätsprofessor, Direktor des physiologischen Instituts der Universität Halle ~ MdpLV (bis 9.12.1919) ~ 1919/20 Mitglied des Parteiausschusses der DDP ~ 1904–1908 Privatdozent an der Universität Berlin, 1908–1911 o. Professor für Physiologie an der Tierärztlichen Hochschule in Berlin, seit 1911 an der Universität Halle (Saale).

Aronsohn (Bromberg), Louis (* 18.10.1850 Wissek, Bez. Bromberg – † 1928 Berlin), jüdisch, Geheimer Kommerzienrat, Bankier und Rittergutsbesitzer, Bromberg ~ 1903–1918 MdpAH, 1919–1921 MdpLV ~ Mitglied des Provinziallandtages und des Provinzialausschusses ~ Präsident der Handelskammer für den Regierungsbezirk Bromberg, seit 1875 Vorsitzender der jüdischen Gemeinde in Bromberg.

Aronsohn (Thorn), Max (* 7.6.1854 Labischin, Krs. Schubin, Prov. Posen), jüdisch, Justizrat, Rechtsanwalt und Notar, Thorn ~ 1919–1921 MdpLV ~ Stadtverordneter von Thorn ~ Mitglied der Anwaltskammer Marienwerder.

Barteld, Adam (* 1.12.1876 Halle, Krs. Osnabrück – † 1963), evangelisch, Oberpostdirektor, Hannover ~ 7.10.1919–1921 MdpLV, 1921–1932 MdpLT ~ 1918/19 Mitglied des Provisorischen Hauptvorstands, 1919–1922, 1925–1930 des Parteiausschusses der DDP ~ 1894 Postgehilfe, 1898 Postassistent, 1907 Postsekretär, 1917 Oberpostsekretär, 1920 Postinspektor und 1925 Oberpostinspektor.

Berghaus, Jann (* 19.8.1870 Schirum bei Aurich, Prov. Hannover – † 19.2.1954 Aurich), evangelisch, Bürgermeister, Norderney ~ 1919–1921 MdpLV ~ seit 1910 Mitglied der Gemeindevertretung Norderney ~ 1919/20 Mitglied des Parteiausschusses der DDP ~ 1893–1903 Lehrer an der einklassigen Dorfschule in Oldeborg (Kr. Aurich), 1903–1918 Rektor der Volks- und Mittelschule Norderney, Leiter der Fortbildungsschule, seit Mai 1918 Bürgermeister von Norderney, 1922–1932 Regierungspräsident des Regierungsbezirks Aurich.

Berndt (Stettin), Conrad (* 29.12.1871 Gützkow, Krs. Greifswald), evangelisch, Dr. jur., Rechtsanwalt, Stettin ~ 1919–1921 MdpLV, 1921–1924 MdpLT ~ 1921/22, 1925–1929 Mitglied des Parteiausschusses der DDP ~ seit Herbst 1899 Rechtsanwalt beim Landgericht Stettin.

Beutler, Karl (* 30.10.1863 Alexen, Krs. Labiau, Ostpreußen), Lehrer ~ 20.4.1920–1921 MdpLV ~ 1927–1929 Mitglied des Parteiausschusses der DDP ~ seit 1885 Lehrer in den Kreisen Labiau, Königsberg und Fischhausen, seit 1901 in Ortelsburg, wegen seiner politischen Betätigung für die Liberale Partei im Januar 1914 nach Memel strafversetzt.

Böer (Mageburg), Oscar (* 12.11.1867 Geibsdorf, Krs. Laubau, Schlesien), evangelisch, Leiter des städtischen Presseamts, Magdeburg ~ 1919–1921 MdpLV ~ 1918/19 Mitglied des Provisorischen Hauptvorstands, 1920–1922 des Parteiausschusses der DDP, Vorsitzender des Verbandes der DDP für den Regierungsbezirk Magdeburg und Anhalt ~ 1888–1891 Lehrer in Rengersdorf, Krs. Laubau, 1891–1917 Lehrer in Magdeburg, dann Leiter der Fürsorgevermittlungsstelle für kriegsarbeitende Frauen, schließlich Leiter des Städtischen Presseamtes (Literarisches Büro) in Magdeburg, Schriftleiter des »Jungwart«.

Bohner, Theodor (* 6.7.1882 Abokobi, Britische Goldküste – † Februar 1963 Berlin), evangelisch, Dr., Schriftsteller und Oberstudiendirektor, Magdeburg ~ 1925–1932 MdpLT (Juni 1928–1932 Fraktionsschriftführer) ~ seit 1919 Stadtverordneter in Magdeburg ~ 1920–1922, 1925–1930 Mitglied des Parteiausschusses der DDP ~ seit 1907 im preußischen Schuldienst, 1908–1915 Direktor der Deutschen Schule in Rom und Lektor für Deutsch an der Universität Rom, 1917–1929 Oberstudiendirektor der Viktoriaschule in Magdeburg, 1929–1933 Oberschulrat, Schriftsteller, Präsident des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller.

Bollert, Gerhart (* 8.11.1870 Pritzwalk), evangelisch, Dr., Justizrat, Rechtsanwalt und Notar, Charlottenburg ~ 1912–1918 Mdr (Nationalliberale Partei), 1919–1921 MdpLV ~ 1918/19 Mitglied des Provisorischen Hauptvorstands, 1925–1930 des Parteiausschusses der DDP.

Buers, Heinrich (* 18.4.1862 Essen), evangelisch, Betriebsleiter, Posen ~ 1919–1921 MdpLV ~ Schriftsetzer, Faktor, Betriebsleiter, langjähriger Abgeordneter des deutschen Werkmeisterverbandes.

Cassel, Oskar (* 4.6.1849 Schwetz – † 1923), jüdisch, Geheimer Justizrat, Rechtsanwalt und Notar, Ehrenbürger von Berlin ~ 1903–1918 MdpAH (Freisinnige Volkspartei, seit 1910 Fortschrittliche Volkspartei), 1919–1921 MdpLV ~ seit 1888 Stadtverordneter in Berlin ~ seit 1879 Rechtsanwalt, seit 1892 Notar in Berlin.

Crüger, Hans (* 30.5.1869 Königsberg, Ostpreußen – † 1927), evangelisch, Dr. jur., Justizrat, Professor, Anwalt des Allgemeinen deutschen Genossenschaftsverbandes, e.V., Charlottenburg ~ 1898–1903, 1906–1918 MdpAH (Freisinnige Volkspartei, seit 1910 Fortschrittliche Volkspartei), 1919–1921 MdpLV ~ 1898–1918 Stadtverordneter in Charlottenburg ~ 1918/19 Mitglied des Provisorischen Hauptvorstands ~ seit 1896 Anwalt des Allgemeinen deutschen Genossenschaftsverbandes, Dozent an der Handelshochschule Berlin und am Seminar für Genossenschaftswesen an der Universität Halle (Saale), Herausgeber der Blätter für Genossenschaftswesen und des Jahrbuches des Allgemeinen deutschen Genossenschaftsverbandes.

Dannenberg, Otto (* 21.8.1879), evangelisch, 1922–1931 Generalsekretär der Reichspartei des deutschen Mittelstandes und Direktor der Deutschen Mittelstandsbank AG

~ 1928–1932 MdpLT (1928–26.1.1931 Wirtschaftspartei, bis 6.7.1931 bkF, 7.7.1931–1932 DStP).

Degenhardt, Hermann (* 12.6.1885 Mühlhausen, Thüringen – † 1963), evangelisch, Lehrer, Erfurt ~ 1919–1921 MdpLV.

Dönhoff, Martha (* 21.1.1875 Witten – † 5.5.1955 Bochum), evangelisch ~ 1919–1921 MdpLV, 1921–1932 MdpLT (März 1919–1932 Fraktionschriftführerin) ~ 1920–1930 Mitglied des Parteivorstands der DDP, 1922–1932 Vorsitzende des Reichsfrauenausschusses ~ seit 1911 Vorsitzende des Rheinisch-Westfälischen Frauenverbandes.

Dominicus, Alexander (* 19.4.1873 Straßburg, Elsaß – † 18.10.1945 Freiburg i.Br.), katholisch, Oberbürgermeister von Schöneberg, preußischer Innenminister ~ 1919–1921 MdpLV (März–Mai 1919 gleichberechtigter Fraktionsvorsitzender, Mai–Juli 1919 erster stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Juli 1920–Mai 1921 Fraktionsvorsitzender), 1921–1924 MdpLT (bis 22.10.1924) ~ 1921/22 Mitglied des Parteivorstands der DDP, Oktober 1924 Parteiaustritt ~ seit 1902 Beigeordneter der Stadt Straßburg (Elsaß), 1911–1921 Oberbürgermeister der Stadt Schöneberg, April 1921–November 1921 preußischer Innenminister, Vorsitzender des Bürgerausschusses »Groß-Berlin«, 1926–1933 Vorsitzender des Deutschen Luftfahrtverbands, 1927–1933 Vorsitzender der Deutschen Turnerschaft, bis Frühjahr 1941 Geschäftsführer des Flugtechnischen Instituts in Rust/Stuttgart.

Drees, Mathilde (* 25.1.1862 Oldenburg – † 18.6.1938 Hannover), Pädagogin ~ 29.1.1924–Ende 1924 MdpLT ~ 1921–1925 Mitglied des Hannoverschen Provinziallandtags ~ 1925–1930 Mitglied des Parteiausschusses der DDP ~ 1899 Oberlehrerin am Lyceum II (Schillerschule) in Hannover, 1919–1921 Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins, 1918–1933 Vorsitzende des Frauenstadtbundes in Hannover.

Düker, Johann (* 3.3.1870 Quakenbrück – † 1929), evangelisch, Malerobermeister, Quakenbrück ~ 1919–1921 MdpLV ~ Mitglied der Handwerkskammer.

Ehlers, Heinrich (* 3.1.1873 Frankfurt a.M.), reformiert, Kaufmann ~ 1919–1921 MdpLV ~ 1925–1930 Mitglied des Parteiausschusses der DDP ~ Kaufmann und Geschäftsführer des Frankfurter Fruchtmarktes, Stadtverordneter, Vorsitzender des Deutschen Verbandes kaufmännischer Vereine und des Kaufmännischen Vereins, Frankfurt a.M.

Falk, Bernhard (* 26.3.1867 Bergheim an der Erft – † 23.12.1944 Brüssel), jüdisch, Rechtsanwalt, Justizrat ~ 1919/20 MdNV, 1925–1932 MdpLT (Februar 1925–1928 zweiter stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Juni 1928–1932 Fraktionsvorsitzender) ~ 1908–1933 Stadtverordneter in Köln, seit 1916 Vorsitzender der nationalliberalen bzw. demokratischen Fraktion, seit 1930 Mitglied des Rheinischen Provinziallandtags, 1921–Dezember 1924 Stellvertretendes Mitglied des Staatsrats, Mitglied des Vorstands des preußischen Städtetages ~ bis 1915 Mitglied des Zentralvorstands der Nationalliberalen Partei, 1918/19 Mitglied des Provisorischen Hauptvorstands, 1919–1930 des Parteivorstands der DDP und 1930–1932 des Geschäftsführenden Vorstands der DStP, Vorsitzender des Kommunalpolitischen Ausschusses der DDP.

Fenner (Neunkirchen), Heinrich (* 9.12.1869 Niederrodenbach, Krs. Hanau am Main), evangelisch, Justizrat, Rechtsanwalt, Neunkirchen (Saar) ~ 1919–1921 MdpLV ~ Stellvertretender Vorsitzender des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts, Vorsitzender des Mieteinigungsamts.

Fisch, Else ~ 24.10.1924–Ende 1924 MdpLT ~ 1920–1922, 1925–1930 Mitglied des Parteiausschusses der DDP.

Fischbeck, Otto (* 28.8.1865 Güntershagen, Krs. Dramburg, Pommern – † 23.5.1939 Töpchin), evangelisch, preußischer Minister für Handel und Gewerbe ~ 1903–1913 MdpAH (1910–1912 Fraktionsvorsitzender), 1921–1924 MdpLT, 1895–1903, 1907–1918 MdR (Freisinnige Volkspartei, seit 1910 Fortschrittliche Volkspartei – 1912–1918 Fraktionsvorsitzender), 1919/20 MdNV, 1928–1930 MdR ~ 1893–1895 Stadtverordneter in Bielefeld ~ 1910–1912 Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses der Fortschrittlichen Volkspartei, 1918/19 Vorsitzender des Provisorischen Hauptvorstands der DDP, 1919/20, 1921/22, 1925–1930 Mitglied des Parteiausschusses, 1918/19 des Provisorischen Geschäftsführenden Ausschusses, 1919–1922 des Parteivorstands, 1925–1928 Mitvorsitzender der Liberalen Vereinigung ~ 1890–1895 Syndikus der Handelskammer zu Bielefeld, 1896–1903 Syndikus der Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft, 1901–1903 unbesoldeter Stadtrat in Berlin, 1903–April 1918 besoldeter Stadtrat zu Berlin, April–Oktober 1918 Verbandsdirektor des Verbandes Groß-Berlin, November 1918–November 1921 preußischer Minister für Handel und Gewerbe, seit April 1921 auch mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Ministers der öffentlichen Arbeiten beauftragt.

Frentzel, Otto (* 2.9.1864 Berlin), evangelisch, Dr. med., Rentner, Charlottenburg ~ 1919–1921 MdpLV ~ Stadtverordnetenvorsteher in Charlottenburg ~ 1918/19 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses, 1919–1921 des Parteiausschusses der DDP ~ 1888–1898 Arzt für Chirurgie, dann Übergang zur kaufmännischen Tätigkeit, Mitglied der Handelskammer Berlin und Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages.

Friedberg, Robert (* 28.6.1851 Berlin – † 20.6.1920 Berlin), 1884 Übertritt vom jüdischen zum protestantischen Glauben, Dr. phil., Prof., Staatsminister ~ 1893–1898 MdR, 1886–1918 MdpAH (Nationalliberale Partei – 1913–1918 Fraktionsvorsitzender), 1919/20 MdpLV (März 1919–Juni 1920 Fraktionsvorsitzender) ~ 1917–1918 Vorsitzender der Nationalliberalen Partei, 1918/19 Mitglied des Provisorischen Hauptvorstands, 1918/19 Mitglied des Provisorischen Geschäftsführenden Ausschusses, 1919/20 Mitglied des Parteivorstands der DDP ~ 1877–1884 Privatdozent an der Universität Leipzig, 1884–1894 a.o. Professor an der Universität Halle, 1894–1904 o. Professor daselbst, November 1917–November 1918 Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums.

Goll, Emil (* 5.12.1865 Frankfurt a.M. – † 1939), katholisch, Gastwirt, Frankfurt a.M. ~ 1919–1921 MdpLV, 1921–1932 MdpLT (Mai 1925–1928 Fraktionsschriftführer) ~ seit 1902 Stadtverordneter in Frankfurt a.M. ~ 1921/22, 1925–1930 Mitglied des Parteiausschusses.

Gottschalk (Gummersbach), August (* 6.4.1869 Milspe, Westfalen), evangelisch, Dr. phil., Seminardirektor, Gummersbach ~ 7.5.1919–1921 MdpLV, 1921–1925 MdpLT (Oktober 1921–1924 Fraktionsgeschäftsführer) ~ Lehrer an der Volksschule in Milspe, Rektor in Asseln, Konrektor in Camen, Lehrer an der landwirtschaftlichen Schule in Marburg, Oberlehrer am Oberlyzeum in Leer (Ostfriesland), sodann in Celle (Hannover), Leiter der höheren Schule in Neidenburg (Ostpreußen), Oberlehrer am Oberlyzeum in Köln, seit 1911 Direktor des Lehrerseminars in Gummersbach.

Grabowski, Adolf (* 16.10.1883 Muschaken, Krs. Neidenburg, Ostpreußen), evangelisch, Landwirt ~ 1919–1921 MdpLV.

Graue, Dietrich (* 29.9.1866 Kirchhuchting bei Bremen), evangelisch, Pfarrer an St. Marien in Berlin ~ 1913–1918 MdpAH (Fortschrittliche Volkspartei), 1925–1932 MdpLT ~ 1919–1922, 1925–1930 Mitglied des Parteiausschusses der DDP ~ 1891–1893 Hauslehrer in Livland, 1893 Hilfsprediger in Weimar, 1894–1901 Landpfarrer in Thüringen, 1901–1910 Pfarrer in Brandenburg a.H., seit 1910 an der Marienkirche in Berlin.

Greßler, Julius (* 3.6.1877 Witten, Ruhr – † 1946), evangelisch, Beigeordneter, Professor, Barmen ~ 1925–1932 MdpLT ~ 1920–1922, 1925–1930 Mitglied des Parteiausschusses ~ 1903–1919 Oberlehrer am Gymnasium in Viersen und am Realgymnasium in Barmen, seit 1919 Beigeordneter (Dezernent für das Schulwesen) in Barmen.

Grund, Bernhard (* 25.11.1872 Breslau – † 21.10.1950 Königs Wusterhausen), evangelisch, Dr. jur., Handelskammerpräsident, Regierungsassessor a.D., Breslau ~ 1913–1918 MdpAH (Nationalliberale Partei), 1919–1921 MdpLV, 1921–1924 MdpLT (bis 22.10.1924) ~ 1918/19 Mitglied des Provisorischen Hauptvorstands, 1919–1925 des Parteivorstands der DDP ~ Regierungsassessor, 1905 Übernahme des väterlichen Geschäfts (Drogen- und Chemikalien-Großhandlung) in Breslau, 1911–1919 unbesoldeter Stadtrat, seit 1920 Präsident der Handelskammer zu Breslau, 1931–1933 Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages.

Grzimek, Günther (* 24.10.1887 Breslau – † 9.8.1980 Friedrichshafen), katholisch, Dr. jur., Rechtsanwalt und Notar, Oberpräsidialrat a.D., Berlin ~ 1925–1932 MdpLT ~ 1921/22, 1925–1930 Mitglied des Parteiausschusses der DDP, Vorsitzender der DDP Ostpreußens ~ 1920–1921 Oberpräsidialrat des Oberpräsidiums der Provinz Ostpreußen.

Gumpert, Ernst ~ 17.9.1920–1921 MdpLV.

Hagemeyer, Paul ~ 17.12.1919–1921 MdpLV ~ 1918/19 Mitglied des Provisorischen Hauptvorstands, 1920–1922 des Parteiausschusses der DDP.

Hartmann, Gustav (* 24.2.1861 Görlitz – † 1940), evangelisch, sozialpolitischer Referent im Handelsministerium, Verbandsvorsitzender der deutschen Gewerkvereine und des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände im Nebenamt, Berlin ~ 1921–1932 MdpLT ~ 1918/19 Mitglied des Provisorischen Hauptvorstands, 1919–1922, 1925–1930 des Parteiausschusses der DDP ~ Schlosser bzw. Maschinenbauer, 1899–1916 Generalsekretär des Gewerkvereins deutscher Metallarbeiter, seit 1916 Verbandsvorsitzender der deutschen Gewerkvereine, seit Dezember 1918 sozialpolitischer Referent im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe.

Hauff (Rathenow), Bruno (* 15.4.1885 Dresden), evangelisch, Fabrikant, Major a.D. ~ 1928–1932 MdpLT ~ Stadtverordneter in Rathenow ~ 1925–1927 Mitglied des Parteiausschusses der DDP ~ bis 1920 aktiver Pionier-Offizier, Mitglied des Bundesvorstandes Schwarz-Rot-Gold, Mitinhaber der Fabrikations- und Großhandelsfirma Brandt & Hauff in Rathenow.

Heesch (Schleswig), Fritz (* 6.3.1875 Elpersbüttel bei Meldorf, Holstein), evangelisch, Hofbesitzer, Auhof bei Meldorf (Holstein) ~ 1925–1928 MdpLT ~ 1925–1930 Mitglied des Parteiausschusses der DDP.

Heilbrunn, Ludwig (* 6.10.1870 Frankfurt a.M. – † 1951), jüdisch, Dr. jur., Justizrat, Rechtsanwalt, Frankfurt a.M. ~ 1915–1918 MdpAH (Fortschrittliche Volkspartei), 1919–1921 MdpLV ~ Stadtverordneter in Frankfurt a.M. ~ 1918/19 Mitglied des Provisorischen Hauptvorstands der DDP ~ Mitglied des Kuratoriums der Universität Frankfurt a.M., stellvertretendes Mitglied des Provinzialrats der Provinz Hessen-Nassau.

Heine, Margarete (* 18.3.1872 Celle, Prov. Hannover), evangelisch, Dr. phil., Oberlehrerin, Königsberg (Preußen) ~ 1919–1921 MdpLV ~ Oberlehrerin an der städtischen Königin-Luise-Schule (Lyzeum und Studienanstalt) in Königsberg.

Herrmann, Erich (* 7.1.1882 Beuthen, Oberschlesien), evangelisch, Volksschullehrer ~ 1921–1928 MdpLT ~ 1919/20, 1921/22, 1925–1929 Mitglied des Parteiausschusses der DDP ~ März 1919–Oktober 1920 Schriftleiter der demokratischen Wochenschrift »Der Volksstaat« (Breslau).

Hertwig, Paula (* 11.10.1889 Berlin – † 31.3.1983 Villingen-Schwenningen), evangelisch, Dr. phil., Professorin für Vererbungslehre ~ 1933 MdpLT ~ 1919 Privatdozentin für Allgemeine Biologie und Vererbungslehre, 1927–1945 ao. Professorin für Vererbungslehre an der Universität Berlin, Mai 1945 Universität Halle.

Höfler, Max (* 23.5.1878 Ebersdorf bei Neustadt, Sachsen-Coburg), evangelisch, Eisenbahn-Gütervorsteher, Zeitz ~ 1919–1921 MdpLV.

Höpker Aschoff, Hermann (* 31.1.1883 Herford, Westfalen – † 15.1.1954 Karlsruhe), evangelisch, Dr. jur., Staats- und Finanzminister ~ 1921–1932 MdpLT (Mai 1921–1924 Fraktionsgeschäftsführer, Januar 1925–1928 erster stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Juni 1928–1932 zweiter stellvertretender Fraktionsvorsitzender), September 1930–Juli 1932 MdR ~ 1949–1951 MdB (FDP) ~ 1927–1930 Mitglied des Parteivorstands der DDP, 1930–1932 des Geschäftsführenden Vorstands der DStP ~ 1912 Richter am Landgericht Bochum, 1921 am Oberlandesgericht Hamm, Februar 1925–Oktober 1931 preußischer Finanzminister, 1951–1954 Präsident des Bundesverfassungsgerichts.

Hoff (Kiel), Ferdinand (* 6.1.1869 Bergenhusen, Krs. Schleswig – † 1942), evangelisch, Konrektor an der ersten Knabenmittelschule Kiel ~ 1907–1918 MdpAH, 1912–1918 MdR (Freisinnige Vereinigung, seit 1910 Fortschrittliche Volkspartei), 1921–1932 MdpLT (Mai 1921–1928 Fraktionsschriftführer) ~ 1906–1919 Stadtverordneter in Kiel ~ 1919–1922, 1925–1930 Mitglied des Parteiausschusses der DDP, Vorstandsmitglied des Landesverbandes der DDP in Schleswig-Holstein.

Hoffmann (Lichtenberg), Otto (* 9.7.1881 Kattersee, Krs. Freystadt), evangelisch, Staatsarbeiter ~ 1919–1921 MdpLV ~ 1929/30 Mitglied des Parteiausschusses der DDP ~ Arbeiterbeirat der Eisenbahn-Direktion Berlin.

Hourtz, Carl (* 12.2.1883 Duisburg), katholisch, Bäckermeister, Bochum ~ 1925–1928 MdpLT ~ 1925–1929 Mitglied des Parteiausschusses, 1929/30 des Parteivorstands der DDP.

Iversen, Wilhelm (* 14.8.1879 Munkbrarup, Schleswig – † 1939), evangelisch, Landwirt (Hofbesitzer), Munkbrarup bei Ringsberg (Schleswig) ~ 1919–1921 MdpLV (Schleswig-Holsteinische Landespartei, Hospitant der DDP), 1928–1932 MdpLT (DVP) ~ 1916–1918 Sachverständiger für Viehfragen im preußischen Kriegsministerium mit Sitz in Budapest.

Jansen (Solingen), Robert (* 18.7.1881 Köln – † 1926), katholisch, Leiter der Reichsgeschäftsstelle der DDP, Boernicke (Osthavelland) ~ 1919–1921 MdpLV, 1921–1924 MdpLT (März 1919–1921 Fraktionsschriftführer, Mai 1921–1924 zweiter stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Schatzmeister) ~ 1920–1922 Mitglied des Parteivorstands der DDP ~ 1905–1910 Redakteur in Essen und Hamburg, 1910–1913 Chefredakteur der »Kieler Zeitung«, 1913–1919 Chefredakteur des »Solinger General-Anzeigers«, Februar 1920–Oktober 1922 Hauptgeschäftsführer der DDP, Mitglied des parlamentarischen Beirats des Reichskommissars für die besetzten Gebiete.

Jordan, Otto (* 11.2.1871 Werden a.d. Ruhr), evangelisch, Dr. phil., Direktor des städtischen Lyzeums (Schuldirektor) ~ 1919–1921 MdpLV ~ 1898 Lehrer der einklässigen Schule, Kantor, Küster und Organist in Deutleben b. Wettin, 1899 Rektor der

städtischen Volksschule in Bismarck i.A., 1902 Mittelschullehrer in Halle (Saale), 1905 Oberlehrer am städtischen Oberlyzeum in Bochum, 1908 Direktor des städtischen Lyzeums in Hamborn (Rhein).

Juds, Hermann (* 8.10.1856 Neugard, Krs. Kolberg, Westpommern), evangelisch, Rektor, Kolberg ~ 1919–1921 MdpLV ~ Lehrer, 1898–1908 Redakteur der Pommerschen Blätter, seit 1894 Vorsitzender des Pommerschen Provinzial-Lehrervereins.

Kanzow, Karl (* 22.9.1858 Stettin – † 29.1.1920 Berlin), evangelisch, Geheimer Justizrat, Landgerichtsdirektor a.D. ~ 1913–1918 MdpAH (Fortschrittliche Volkspartei), 1919–Januar 1920 MdpLV (7.–13. März 1919 Fraktionsvorsitzender) ~ 1918/19 Mitglied des Provisorischen Hauptvorstands und des Geschäftsführenden Ausschusses der DDP ~ 1889 Staatsanwalt in Königsberg, 1893 Staatsanwalt in Berlin am Landgericht I, 1900 erster Amtsanwalt beim Amtsgericht Berlin-Mitte, 1903 Landgerichtsdirektor beim Landgericht I, 1911 pensioniert, Vorsitzender des Vereins der Kunstfreunde, Syndikus des Vereins Berliner Künstler.

Kerber (Striegau), Gustav (* 18.5.1860 Sprottau, RegBez. Liegnitz), evangelisch, Buchdruckereibesitzer, Striegau (Schlesien) ~ 1919–1921 MdpLV ~ seit 1908 Stadtverordnetenvorsteher, seit 1899 Kreistagsabgeordneter.

Kimpel, Heinrich Theodor (* 22.1.1862 Hattendorf, Krs. Ziegenhain – † 1928), evangelisch, Lehrer, Kassel ~ 1919–1921 MdpLV, 1921–1924 MdpLT ~ seit 1885 Lehrer an der Bürgerschule zu Kassel, Direktor des »Gewerblichen Lehrlingsheims« zu Kassel, pädagogischer Schriftsteller.

Klausner (Berlin), Gertrud (* 13.5.1877 Berlin), jüdisch, Dr. phil., Studienrat ~ 1925–1928 MdpLT ~ 1925–1930 Mitglied des Parteiausschusses der DDP ~ seit 1911 im höheren Schuldienst, Studienrat am Kleistlyzeum in Berlin.

Kniest, Wilhelm (* 11.4.1863 Hamburg – † 10.8.1951 Kassel), evangelisch, Obermeister, Kassel-Wilhelmshöhe ~ 1920–1924 MdR, 1925–1932 MdpLT ~ 1919–1922, 1925–1930 Mitglied des Parteiausschusses der DDP ~ Schreiner, Obermeister der Schreiner-Innung Kassel, 1920 Ehrenobermeister, Vorsitzender des Innungs-Ausschusses Kassel, Vorsitzender zweier Genossenschaften des Holzgewerbes.

Kochmann, Arthur (* 24.12.1864 Gleiwitz, Oberschlesien – † 1943/44 KZ Auschwitz), jüdisch, Justizrat, Rechtsanwalt und Notar, Gleiwitz ~ 1919–1921 MdpLT, 1921–1924 MdpLT ~ 1918/19 Mitglied des Provisorischen Hauptvorstands, 1919–1922, 1925–1930 des Parteiausschusses der DDP ~ 1892 Rechtsanwalt am Landgericht Gleiwitz, seit 1912 auch Notar, seit 1899 Stadtrat in Gleiwitz, 1917 Städtältester, Vorsitzender des Kaufmanns- und Gewerbegerichts und Mitglied des Stadtausschusses, seit 1915 Vorstandsvorsitzender der Synagogengemeinde.

Köller (Raschwege), Heinrich (* 16.9.1859 Asendorf, Lippe-Detmold), evangelisch, Landwirt, Raschwege (Krs. Ostrowo) ~ 1919–1921 MdpLV ~ Gemeindegewerkschaft, Waisenrat, Kirchen- und Schulvorstand.

König, Oberbahnassistent, Kassel ~ 2.10.1919–1921 MdpLV.

Kopsch (Berlin), Julius (* 7.1.1855 Beuthen, Oberschlesien – † 1935), evangelisch, Rektor, Berlin ~ 1896–1918 MdR, 1898–1918 MdpAH (Freisinnige Volkspartei, seit 1910 Fortschrittliche Volkspartei), 1919–1921 MdpLV (März 1919–1921 Schatzmeister) ~ 1919–1922, 1925–1929 Mitglied des Parteiausschusses der DDP ~ Lehrer in Jannowitz, Liegnitz, Görlitz, Berlin, seit 1889 Rektor in Berlin.

Kuhle, Friedrich (* 26.8.1878 Loburg, Krs. Jerichow I), evangelisch, Buchdruckereibesitzer, Herford ~ 1919–1921 MdpLV ~ 1920–1922, 1925–1929 Mitglied des Parteiausschusses der DDP.

Laser, Otto (* 30.3.1869 Krotoschin, Prov. Posen), evangelisch, Bürgermeister, Angerburg (Ostpreußen) ~ 1912–1918 MdR (Nationalliberale Partei), 1919–1921 MdpLV ~ Mitglied des Kreistags und des Kreisausschusses zu Angerburg ~ 1919/20 Mitglied des Parteiausschusses der DDP ~ 1893–1898 Kgl. Bausekretär im Bezirke der Regierung Gumbinnen, 1898–1905 Kreisbaumeister des Kreises Angerburg, 1905 Bürgermeister der Stadt Angerburg.

Leonhardt, Adolf (* 30.11.1887 Gehrden, Krs. Linden – † 11.12.1931), evangelisch, Zeitungsverleger in Fürstenberg a.d. Oder ~ 1928–1931 MdpLT (Reichspartei des deutschen Mittelstandes, seit dem 24.10.1931 DStP) ~ seit 1925 Mitglied des Brandenburgischen Provinziallandtags.

Mackenthun, Heinz Julius (* 5.10.1883 Bevensen, Krs. Uelzen, Prov. Hannover), evangelisch, Fabrikbesitzer und Senator, Lamspringe (RegBez. Hildesheim) ~ 1921–1924 MdpLT ~ Elektrotechniker und Kaufmann (Akademiker), Direktor größerer Werke der elektrotechnischen Branche im In- und Ausland, Besitzer einer elektrotechnischen Fabrik, Porzellanfabrik, Elektrizitätswerk und Landwirtschaft, Senator, Mitglied des Magistrats, Bezirksvorsitzender der DDP für den RegBez. Hildesheim, Ehrenmitglied verschiedener wirtschaftlicher und berufsständischer Verbände.

Meincke, Ernst (* 2.8.1875 Berlin), evangelisch, Regierungslandmesser, Merseburg ~ 1925–1928 MdpLT ~ 1925–1929 Mitglied des Parteiausschusses der DDP ~ Ehrenvorsitzender des Westfälischen Pächter- und Kleinbauernbundes.

Merten, Otto (* 7.12.1874 Behlefanz, Krs. Osthavelland), evangelisch, Regierungs- und Gewerbeschulrat, Berlin ~ 1925–1932 MdpLT ~ 1919 Stadtverordneter in Berlin ~ 1920–1922 Mitglied des Parteiausschusses der DDP ~ Lehrer in Oranienburg und Berlin, 1913 Direktor an der kaufmännischen und gewerblichen Berufsschule zu Berlin, 1920 Hilfsarbeiter im Provinzial-Schulkollegium Berlin, 1922 Regierungs- und Gewerbeschulrat zu Potsdam.

Meyer, Oscar (* 18.12.1876 Berlin – † 1.1.1965 Oakland, USA), evangelisch, Syndikus der Handelskammer in Berlin, Untersstaatssekretär (Staatssekretär), Charlottenburg ~ 1905–1918 MdpAH (Freisinnige Volkspartei, seit 1910 Fortschrittliche Volkspartei), 1919–1921 MdpLV (7.–26. März 1919 Fraktionsgeschäftsführer), 1924–1932 MdR (1929/30 Geschäftsführender Fraktionsvorsitzender) ~ seit 1908 Stadtverordneter in Charlottenburg, 1925 stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher und Charlottenburger Bezirksverordneter ~ 1919–1922, 1925–1929 Mitglied des Parteiausschusses, 1929/30 des Parteivorstands der DDP ~ 1905–1933 Syndikus der Handelskammer zu Berlin, 1919–1921 parlamentarischer Unterstaatssekretär (Staatssekretär) im preußischen Innenministerium.

Moritz, Berthold (* 3.10.1875 Dammbusch, Krs. Ost-Sternberg, Neumark – † September 1939), evangelisch, Landwirt, Wilhelmsau bei Plutowo (Kr. Culm, Westpreußen) ~ 1919–1921 MdpLV ~ Vorstandsmitglied des Deutschen Bauernbundes und Provinzialvorsitzender des Deutschen Bauernbundes für Westpreußen.

Nebelung, Wilhelm (* 18.9.1864 Nordhausen – † 30.1.1920), evangelisch, Chefredakteur und Mitbesitzer der »Nordhäuser Zeitung«, Nordhausen (Harz) ~ 1919–1920 MdpLV ~ seit 1897 Stadtverordneter in Nordhausen (Vorsitzender des Finanzausschusses) ~ 1919/20 Mitglied des Parteiausschusses der DDP.

Nuschke, Otto (* 23.2.1883 Frohburg, Sachsen – † 27.12.1957 Nieder-Neuendorf bei Berlin), evangelisch, Hauptschriftleiter der »Berliner Volkszeitung« ~ 1919/20 MdNV, 1921–1933 MdpLT ~ 1946 MdLT Brandenburg, Präsident des Deutschen Volksrats, 1949–1957 Md Volkskammer ~ 1906 Generalsekretär der Freisinnigen Vereinigung

(seit 1910 Fortschrittlichen Volkspartei) in Hessen-Nassau, 1919–1921 stellvertretender Parteivorsitzender der DDP, 1931–1933 Reichsgeschäftsführer der DStP, 1918/19 Mitglied des Provisorischen Hauptvorstands, 1918/19 Mitglied des Provisorischen Geschäftsführenden Ausschusses, 1919–1930 Mitglied des Parteivorstands der DDP, 1930–1932 Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der DStP ~ 1902 Redakteur an der »Hessischen Landeszeitung«, Marburg (Lahn), 1903 Chefredakteur daselbst, 1910 Parlamentsredakteur beim »Berliner Tageblatt«, seit 1915 Chefredakteur der »Berliner Volkszeitung«, 1948 Vorsitzender der CDU Ostzone, 1949–1957 stellvertretender Ministerpräsident der DDP.

Oeser, Rudolf (* 13.11.1858 Koswig, Anhalt – † 3.6.1926 Berlin), evangelisch, Dr., Nationalökonom, preußischer und Reichsminister ~ 1902–1908, 1913–1918 MdpAH, 1907–1911 MdR (Freisinnige Volkspartei, seit 1910 Fortschrittliche Volkspartei), 1919–1921 MdpLV, 1921–1924 MdpLT (13.–25. März 1919 gleichberechtigter Fraktionsvorsitzender, Mai 1921–1924 Fraktionsvorsitzender) ~ 1918/19 Mitglied des Provisorischen Hauptvorstands, 1919/20, 1925/26 des Parteausschusses, 1920–1922 des Parteivorstands der DDP ~ 1897 Redakteur der »Frankfurter Zeitung«, 1917 Direktor der »Ostsee-Zeitung« und der Stettiner Druckerei GmbH, März 1919–April 1921 preußischer Minister für öffentliche Arbeiten, April 1921–1922 Landeshauptmann der Provinz Sachsen, November 1922–August 1923 Reichsminister des Innern, August 1923–Oktober 1924 Reichsverkehrsminister, 1924–1926 Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft.

Ommert, Karl (* 29.9.1875 Mittelsinn, Bayern), evangelisch, Eisenbahnschreiner, Saarbrücken ~ 1919–1921 MdpLV ~ Vorsitzender und Bezirksleiter der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsarbeiter, Beirat der Direktion Saarbrücken und der Regierung zu Trier.

Otto (Charlottenburg), Reinhold (* 16.10.1863 Halberstadt – † 17.3.1930), evangelisch, Stadtschulrat und Stellvertretender Bürgermeister, Berlin-Charlottenburg ~ 1913–1918 MdpAH (Fortschrittliche Volkspartei), 1919–1921 MdpLV (Juli 1920–Mai 1921 zweiter stellvertretender Fraktionsvorsitzender), 1921–1930 MdpLT ~ seit 1894 Stadtverordneter in Charlottenburg ~ 1920–1922, 1925–1929 Mitglied des Parteausschusses der DDP ~ seit 1921 Stadtschulrat, seit 1926 Stellvertretender Bürgermeister, Ehrenvorsitzender des Lehrerverbandes der Provinz Brandenburg.

Otto (Marburg), Rudolf (* 25.9.1869 Peine, Hannover – † 1937), evangelisch, D., Dr., Universitätsprofessor, Marburg (Lahn) ~ 1913–1918 MdpAH (Nationalliberale Partei), 1919 MdpLV (bis 18.9.1919) ~ 1918/19 Mitglied des Provisorischen Hauptvorstands der DDP ~ 1907 a.o. Professor der systematischen Theologie an der Universität Göttingen, 1914 o.ö. Professor Breslau, 1917 Marburg (Lahn).

Pezel, Fritz (* 10.6.1874 Kupp, Krs. Oppeln), Eisenbahnobersekretär ~ 20.4.1920–1921 MdpLV ~ 1907 Gouvernementssekretär in Südwestafrika, 1908 Eisenbahnobersekretär in Königsberg, Vorsitzender des Beamtenrates für den Eisenbahndirektionsbezirk Königsberg, Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahnbeamten ebendort.

Preuß, Hugo (* 28.10.1860 Berlin – † 9.10.1925 Berlin), jüdisch, Dr. jur., Professor, Reichsminister ~ 1919–1921 MdpLV, 1921–1925 MdpLT ~ 1895 Stadtverordneter in Berlin ~ 1918/19 Mitglied des Provisorischen Hauptvorstands, 1919/20 des Parteausschusses, 1920–1925 des Parteivorstands der DDP ~ 1889 Privatdozent für öffentliches Recht an der Universität Berlin, 1906 Professor für öffentliches Recht an der Handelshochschule Berlin (1918 Rektor), 1910 ehrenamtlicher Stadtrat, November 1918–

Februar 1919 Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Verfasser des Entwurfs der Weimarer Reichsverfassung, Februar–Juni 1919 Reichsminister des Innern, 1924–1925 stellvertretender Vorsitzender des Republikanischen Reichsbundes.

Rade, Martin (* 4.4.1857 Rennersdorf, Amtshauptmannschaft Löbau in Sachsen – † 9.4.1940 Frankfurt a.M.), evangelisch, Dr. theol., Professor, Marburg (Lahn) ~ 1919–1921 MdpLV (13.-25.3.1919 gleichberechtigter Fraktionsvorsitzender) ~ 1919–1922, 1925–1929 Mitglied des Parteiausschusses der DDP ~ 1882–1892 Pfarrer in Schönbach (Oberlausitz), 1892–1899 Pfarrer an der Paulskirche in Frankfurt a.M., 1900 Privatdozent an der Universität Marburg, 1904 a.o. Professor an der Theologischen Fakultät daselbst, seit 1887 Herausgeber der »Christlichen Welt«, Mitglied der Nationalsozialen Partei Naumanns, der Freisinnigen Vereinigung und der Fortschrittliche Volkspartei.

Rave, Julius (* 26.9.1877) ~ 12.10.1925–1928 MdpLT.

Rebhen, Georg (* 7.6.1886 Kiel), evangelisch, Schiffbauingenieur, Elbing ~ 1919–1921 MdpLV ~ 1925–1930 Mitglied des Parteiausschusses der DDP.

Richthofen, Hartmann Frhr. v. (* 20.7.1878 Berlin – † 27.3.1953 Berlin), Diplomat, Gutsbesitzer auf Gut Gothard b. Rotenburg, Prov. Hannover ~ 1912–1918 MdR, 1915–1918 MdpAH (Nationalliberale Partei), 1919/20 MdNV, 1919–1921 MdpLV, Mai 1924–1928 MdR ~ 1919/20 MdLV Mecklenburg-Schwerin ~ 1918/19 Mitglied des Provisorischen Hauptvorstands, 1918/19 des Provisorischen Geschäftsführenden Ausschusses der DDP ~ Sohn des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Oswald von Richthofen, 1902 Attaché, 1905 Legationssekretär, 1911 Legationsrat, Oktober 1911 Austritt aus dem Reichsdienst, 1912–1914 Geschäftsführer des Hansabundes.

Riedel, Oswald (* 24.5.1887 Herzberg, Harz – † 1969), evangelisch, Generalsekretär des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes, Charlottenburg ~ 1919–1921 MdpLV, 1921–1932 MdpLT (Januar 1925–1932 Fraktionsgeschäftsführer) ~ 1919–1922, 1925–1930 Mitglied des Parteiausschusses der DDP ~ Mitglied des Reichseisenbahnrats und des Landeseisenbahnrats Berlin.

Ruer, Otto (* 5.1.1879 Münster, Westfalen – † 1933), evangelisch, Dr., Stadtschulrat, Kiel ~ 1919–1921 MdpLV ~ 1920–1922 Mitglied des Parteiausschusses der DDP ~ Rechtsanwalt am Kammergericht Berlin, Magistratsassessor in Berlin, seit 1914 besoldeter Stadtrat in Kiel.

Ruszezynski, Edmund (* 25.11.1871 Krotoschin, Prov. Posen), katholisch, Rektor, Posen ~ 1919–1921 MdpLV.

Scherer, Johannes (* 20.8.1876 Köln), Buchhalter, Prokurist, Köln ~ 1919 MdpLV (bis 2.4.1919) ~ Buchhalter in einer Metallwaren-Großhandlung, seit 1906 Prokurist und Buchhaltungsvorsteher in einem großgewerblichen Betrieb.

Schiffer, Eugen (* 14.2.1860 Breslau – † 5.9.1954 Berlin), Reichsminister ~ 1903–1918 mit Unterbrechung von Juni bis Oktober 1906 und von Oktober bis Dezember 1910 MdpAH, 1912–1917 MdR (Nationalliberale Partei), 1919/20 MdNV, 1920–1924 MdR (Juni–Oktober 1919 und 1920/21 Fraktionsvorsitzender), 1921–22.10.1924 MdpLT ~ 1903–1917 Mitglied des Zentralvorstands der Nationalliberalen Partei, 1919/20 Mitglied des Parteiausschusses, 1919–1922 des Parteivorstands der DDP, 1924 Parteiaustritt, 1925 Mitbegründer der Liberalen Vereinigung ~ 1888 Amtsrichter in Zabrze (Oberschlesien), 1899 Landrichter in Magdeburg, 1900 Landgerichtsrat in Magdeburg, 1906 Kammergerichtsrat Berlin, 1910 Oberverwaltungsgerichtsrat, 1916 Leiter der Rechtsabteilung des Kriegsamts, 1917 Direktor im preußischen Kriegsministerium, 1917 Unterstaatssekretär des Reichsschatzamts, November 1918–Februar 1919 Staats-

sekretär des Reichsschatzamts, Februar–April 1919 Reichsfinanzminister und Vizekanzler, Oktober 1919–März 1920 Reichsjustizminister und Vizekanzler, Mai–Oktober 1921 Reichsjustizminister, 1922/23 deutscher Vertreter am Internationalen Gerichtshof in Den Haag, Rechtsberater und Aufsichtsratsvorsitzender von mehreren Wirtschaftsunternehmen.

Schloßmann, Arthur (* 16.12.1867 Breslau – † 1932), evangelisch, Dr. med., Geheimer Medizinalrat, Professor, Direktor der Kinderklinik, Düsseldorf ~ 1919–1921 MdpLV ~ 1920–1922 Mitglied des Parteausschusses der DDP ~ Begründer und Leiter des Säuglingsheims in Dresden, Privatdozent und später Professor für physiologische Chemie und Physiologie an der technischen Hochschule zu Dresden, 1906 o. Professor der Kinderheilkunde und Direktor der Kinderklinik in Düsseldorf, Hauptherausgeber der Zeitschrift für Bevölkerungspolitik und Säuglingsfürsorge, des Archivs für Kinderheilkunde, der Zeitschrift »Mutter und Kind«, Mitverfasser des großen Handbuchs der Kinderheilkunde.

Schmiljan, Alfred (* 19.10.1875 Berlin), evangelisch, Oberstadtsekretär, Danzig, Landrat, Löwenberg (Schlesien) ~ 1913–1918 MdpAH (Fortschrittliche Volkspartei), 1919–1921 MdpLV (Mai 1919–Juli 1920 erster stellvertretender Fraktionsvorsitzender), 1925–1932 MdpLT ~ Mitglied des verfassunggebenden Danziger Volkstages, Mitglied der Danziger Stadtverordnetenversammlung ~ 1929/30 Mitglied des Parteausschusses der DDP ~ seit 1907 Beamter der Stadt Danzig, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Beamten- und Lehrervereine von Danzig und Umgebung, 1919–1921 Oberstadtsekretär in Danzig, 1925–1932 Landrat in Löwenberg (Schlesien).

Schnackenburg, Bernhard (* 5.7.1867 Mühle Schwetz, Krs. Graudenz, Westpreußen – † 27.1.1924 Altona), evangelisch, Oberbürgermeister von Altona ~ 1909–1918 MdpHH, 1919–1921 MdpLV ~ 1898 Stadtrat in Posen und Halle (Saale), 1903 Bürgermeister von Berlin-Friedenau, 1909–1924 Oberbürgermeister von Altona, Mai–August 1919 Oberpräsident von Westpreußen.

Schreiber, Walter (* 10.6.1884 Pustleben, Krs. Grafschaft Hohenstein, Prov. Hannover – † 30.6.1958 Berlin), evangelisch, Dr. jur., Rechtsanwalt, preußischer Handelsminister ~ 1919–1921 MdpLV, 1921–1933 MdpLT (März 1919–Mai 1921 Fraktionsgeschäftsführer, Januar 1925–Juni 1928 Fraktionsvorsitzender, Juni 1928–1932 erster stellvertretender Fraktionsvorsitzender) ~ 1946–1958 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und des Abgeordnetenhauses Berlin (bis 1951 Fraktionsvorsitzender) ~ 2. Vorsitzender des DDP-Bezirksverbandes Merseburg und 1. Vorsitzender des DDP-Vereins Halle (Saale), 1919–1922 Mitglied des Parteausschusses, 1925–1930 Mitglied des Parteivorstands der DDP, 1946 Mitbegründer der CDU, 1947 Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der CDU ~ 1911 Rechtsanwalt in Halle (Saale), 1920 Notar, Februar 1925–März 1933 preußischer Handelsminister, 1953–1955 Regierender Bürgermeister von Berlin.

Schümer, Georg (* 11.12.1873 Schüttorf, Krs. Grafschaft Bentheim, Prov. Hannover – † 1.6.1945 Schüttorf), reformiert, Studienrat, Magdeburg ~ 1919–1921 MdpLV ~ 1898 Mitglied des Nationalsozialen Vereins Friedrich Naumanns, 1903 der Freisinnigen Vereinigung, 1908 der Demokratischen Vereinigung, Lehrer an höheren Schulen in Lingen, Emden, Leer, Goslar, Görlitz, seit 1903 in Magdeburg, Vorstandsmitglied des Bundes deutscher Bodenreformer und der Deutschen Friedensgesellschaft,

Schulze (Sangerhausen), Paul (* 1.9.1869 Delitzsch, Sachsen), Steuersekretär in Sangerhausen ~ 2.3.1920–1921 MdpLV ~ Stadtverordnetenvorsteher in Sangerhausen ~ 1929/30 Mitglied des Parteausschusses der DDP ~ Verwandter des Führers der Deutschen Fortschrittspartei Schulze-Delitzsch.

Siemen, Walter (* 6.8.1878 St. Margarethen, Holstein), evangelisch, Hof- und Mühlenbesitzer ~ 1919–1921 MdpLV ~ Mitglied des Kreistages des Krs. Steinburg, Holstein.

Sommer, Paul (* 3.3.1864 Posen), evangelisch, Rektor in Burg (Bez. Magdeburg) ~ 1907–1912 MdR (Freisinnige Volkspartei), 1919–1921 MdpLV ~ 1. Vorsitzender der DDP des Kreises Jerichow I ~ Rektor, Vorsitzender des Lehrgauverbandes Magdeburg, Leiter der Hilfe für kriegsgefangene Deutsche des Kreises Jerichow I und II.

Struve, Wilhelm (* 24.10.1874 Schenefeld, Krs. Rendsburg), evangelisch, Dr. med., Facharzt, Kiel ~ 1907–1918 MdR (Freisinnige Vereinigung, seit 1910 Fortschrittliche Volkspartei, 1916–1918 Berichterstatter des Bevölkerungsausschusses des Reichstages, Mitglied des Hauptausschusses des Reichstages (Marinefragen)), 1919–1921 MdpLV ~ 1918/19 Mitglied des Provisorischen Hauptvorstands, 1925–1930 des Parteiausschusses der DDP ~ seit 1900 Privatpraxis in Kiel, Mitglied des Vorstandes der deutschen Bodenreformer.

Troeltsch, Ernst (* 17.2.1867 Grunstetten bei Augsburg – † 1.2.1923 Berlin), evangelisch, Dr., evangelischer Theologe und Historiker ~ 1919–1921 MdpLV ~ 1908–1914 Md Erste Badische Kammer ~ 1921/22 Mitglied des Parteiausschusses der DDP ~ 1891 Privatdozent in Göttingen, 1892 ao. Professor für Systematische Theologie an der Universität Bonn, 1894 Heidelberg, 1914 o. Professor für Philosophie Berlin, März 1919–1921 parlamentarischer Unterstaatssekretär (Staatssekretär) im preußischen Wissenschaftsministerium (für die evangelischen Angelegenheiten), Mitglied der Preussischen Akademie der Wissenschaften.

Wachhorst de Wente, Friedrich (* 23.2.1863 Böttorf, Krs. Bersenbrück, Prov. Hannover – † 16.2.1939 Groß Mimmelage, Krs. Bersenbrück), evangelisch, Hofbesitzer, Groß-Mimmelage bei Badbergen (Osnabrück) ~ 1907–1912, 1914–1918 MdR, 1919/20 MdNV, 1912–1918 MdpAH (Nationalliberale Partei), 19.11.1922–1932 MdpLT ~ 1912–1918 Mitglied des Zentralvorstands der Nationalliberalen Partei, 1918/19 Mitglied des Provisorischen Hauptvorstands, 1919–1930 des Parteivorstands der DDP ~ 1909–1927 Gründer und Vorsitzender des Deutschen Bauernbundes.

Wendorff, Hugo (* 16.12.1864 Stralsund – † 25.4.1945 Berlin), evangelisch, Dr. phil., Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Schwerin, preußischer Landwirtschaftsminister ~ 1912–1918 MdR (Fortschrittliche Volkspartei), 1919/20 MdNV, 1921–1924 MdpLT ~ 1919–1921 Md LT Mecklenburg-Schwerin ~ 1918/19 Mitglied des Provisorischen Hauptvorstands, 1920/21, 1925–1930 Mitglied des Parteiausschusses, 1921/22 Mitglied des Vorstands der DDP, Vorsitzender des DDP-Landesverbandes Mecklenburg-Schwerin, Vorsitzender des Demokratischen Vereins Neu-Charlottenburg, Beisitzer im Präsidium des Demokratischen Klub Berlin ~ 1892 Gutsvorsteher in Toitz, November 1918–Juli 1920 Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Schwerin, zeitweilig auch Arbeitsminister, Innenminister und Landwirtschaftsminister, November 1921–Februar 1925 preußischer Landwirtschaftsminister, April 1922 Übertragung der Geschäfte des Staatskommissars für Volksernährung.

Wenke (Hirschberg), Hugo (* 4.12.1865 Hirschberg, Schlesien), evangelisch, Rentner, Hirschberg in Schlesien ~ 1910–1918 MdpAH (Fortschrittliche Volkspartei), 1919–1921 MdpLV ~ seit 1899 Stadtverordneter in Hirschberg, Kreistagsmitglied ~ Besitzer eines Goldwarengeschäfts.

Westermann, Hermann (* 5.5.1869 Oedelum, Krs. Marienburg, Hannover – † 20.7.1959 Hildesheim), evangelisch, Gutsbesitzer, Siems bei Mieste (Krs. Gardelegen) ~ 1919–1921 MdpLV, 1921–1924 MdpLT, Dezember 1924–1928 MdR ~ Mitglied des Kreistages des Kreises Gardelegen ~ 1919–1922 Mitglied des Parteiausschusses der DDP.

Wickel, Werner (* 29.7.1880 Wiesbaden), Lehrer, Heftrich (Taunus) ~ 1925–1928 MdpLT ~ 1929/30 Mitglied des Parteiausschusses der DDP ~ Hauslehrer in Ostpreußen, Präparandenlehrer in Herborn, seit 1906 Lehrer in Heftrich, Vorsitzender des Allgemeinen Lehrervereins im RegBez. Wiesbaden.

Wiglow, Emil (* 11.6.1865 Wittenberge, Bez. Potsdam), evangelisch, Bankdirektor, Brandenburg (Havel) ~ 1919–1921 MdpLV, 1921–1928 MdpLT ~ 1896 Stadtverordneter, 1899–1912 Stadtverordnetenvorsteher in Wittenberge, 1901–1912 Mitglied des Kreistages der Westprignitz ~ 1919–1922, 1925–1930 Mitglied des Parteiausschusses der DDP ~ seit 1892 Fabrikbesitzer, 1903 Direktor des Bankvereins Wittenberge, 1912 Direktor des Brandenburger Bankvereins, 1924 Direktor der Deutschen Landesbanken-Zentrale AG in Berlin, seit 1898 Mitglied der Handelskammer Brandenburg, 1916–1922 stellvertretender Handelskammerpräsident, 1922–1924 Handelskammerpräsident.

Winkler, Max (* 7.9.1875 Karrasch, Krs. Rosenberg, Westpreußen – † 12.10.1961 Düsseldorf), evangelisch, zweiter Bürgermeister von Graudenz ~ 1919–1921 MdpLV ~ seit 1907 Stadtverordneter in Graudenz ~ 1891–1914 mittlerer Postbeamter (Telegraphensekretär), seit Juli 1914 besoldeter Stadtrat in Graudenz, seit April 1919 zweiter Bürgermeister von Graudenz, Vorsitzender von zwei Wohnungsbaugenossenschaften, Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Kleinsiedlungsgenossenschaft Graudenz, 1920–1933 Reichstreuhänder für die abgetretenen Gebiete, 1937 Reichsbeauftragter für die deutsche Filmindustrie, 1939–1945 Leiter der Haupttreuhandstelle Ost.

Wittrock, Jakob (* 11.6.1862 Blangenmoor, Krs. Süderdithmarschen), evangelisch, Lehrer, Flensburg ~ 1913–1918 MdpAH (Fortschrittliche Volkspartei), 1919–1921 MdpLV ~ Volksschullehrer in Jarplund (Krs. Flensburg) und in der Stadt Flensburg.

Wunderlich, Frieda (Charlottenburg) (* 8.11.1884 Charlottenburg – † 9.12.1965 East Orange, New Jersey, USA), Wirtschaftswissenschaftlerin und Soziologin ~ 19.3.1930–1932 MdpLT ~ 1925–1933 Stadtverordnete von Berlin ~ 1927–1930 Mitglied des Parteiausschusses der DDP ~ Dozentin an der Handelshochschule Berlin (Wirtschaftswissenschaften), 1924/25 Richterin am Obersten Sozialversicherungsgericht, 1930 Professorin für Soziologie und Sozialpolitik am Berufspädagogischen Institut Berlin, 1923–1933 Herausgeberin der Berliner Wochenzeitung »Soziale Praxis«, nach 1933 Professorin in den USA.

Zeitlin, Leon (* 23.2.1876 Memel, Ostpreußen – † 22.6.1967 London), jüdisch, Dr.phil., Syndikus und Schriftsteller, Berlin-Charlottenburg ~ 1928–1932 MdpLT ~ 1920–1932 Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats ~ 1919–1922 Mitglied des Parteiausschusses, 1925–1930 des Parteivorstands der DDP, 1930–1932 des Geschäftsführenden Vorstands der DStP.

Die demokratischen Minister des preußischen Staatsministeriums (1918–1933)

Innenminister:	<i>Dominicus</i> , Alexander (21.4.1921–7.11.1921)
Finanzminister:	<i>Höpker Aschoff</i> , Hermann (18.2.1925–12.10.1931)
Landwirtschaftsminister:	<i>Wendorff</i> , Hugo (7.11.1921–18.2.1925)
Wissenschaftsminister:	<i>Becker</i> , Carl Heinrich (parteilos, aber der DDP nahestehend) (21.4.1921–7.11.1921, 18.2.1925–30.1.1930)
Handelsminister:	<i>Fischbeck</i> , Otto (3.11.1918–7.11.1921) <i>Schreiber</i> , Walter (18.2.1925–25.3.1933)
Minister der öffentlichen Arbeiten:	<i>Oeser</i> , Rudolf (25.3.1919–21.4.1921) <i>Fischbeck</i> , Otto (21.4.1921–7.11.1921) (Wahrnehmung der Geschäfte des Ministeriums bis zu dessen Abwicklung)

Einrichtung der Edition

A. Hinweise zur Edition

Die Publikation orientiert sich hinsichtlich der formalen Einrichtung an den Editionsprinzipien der von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien herausgegebenen Quellenbände. Erwünscht war die Herausgabe des möglichst vollständigen Originaltextes. Nur in zwei Fällen wurden Protokollteile, in denen die Redner zu den einzelnen Tagesordnungspunkten bestimmt wurden, in Regestenform wiedergegeben. Dies erschien sinnvoll, weil die im Text genannten Tagesordnungsnummern sich mit Hilfe der Sitzungsprotokolle des Landtags und der den preußischen Landtag betreffenden Akten des Geheimen Staatsarchivs in Berlin nicht mehr eindeutig zuordnen ließen und damit der Informationswert des Textes für den Leser gering gewesen wäre.¹

Die Anordnung der Dokumente erfolgt entsprechend ihrer Entstehung chronologisch. Der Dokumentenkopf enthält die laufende Nummer, das Datum der Sitzung und die Bezeichnung des tagenden Gremiums, bei der es sich mit Ausnahme der Sitzungen des Fraktionsvorstands vom 10. April und 6. Mai 1919 durchgehend um die preußische Landtagsfraktion der DDP bzw. DStP handelt. Ferner werden in den Kopfregele der Nachweis des Fundortes, die Dauer der Sitzung, die Namen des Protokollführers und des Vorsitzenden aufgenommen, soweit entsprechende Angaben im Text zu finden waren. Die Anwesenheitslisten sind, soweit sie in den Protokollen aufgeführt wurden, abgedruckt.

Die Schreibweise in den Quellen wurde bei der Transkription vereinheitlicht und der zeitgemäß üblichen Standardrechtschreibung angepaßt. Offenkundige Schreib- und Interpunktionsfehler wurden stillschweigend behoben, durch Verschreibungen bedingte Durchstreichungen weggelassen. Bei handschriftlichen Korrekturen in der Vorlage wird die korrigierte Fassung wiedergegeben; sofern der Sinn des Textes durch die handschriftlichen Zusätze verändert wurde, ist die ursprüngliche Fassung in einer Anmerkung zu finden. Syntaxfehler wurden in den Fällen, in denen der Sinngehalt des Satzes eindeutig war, durch Hinzufügungen und Berichtigungen des Textes verbessert. Ergänzungen wurden dabei in eckige Klammern gesetzt. In den Fällen, in denen der Sinn nicht offensichtlich war, wurde der falsche Satzbau übernommen und durch ein »[sic]« als fehlerhaft gekennzeichnet. Ein Problem bei der Textbearbeitung stellte das Fehlen oder die unrichtige Verwendung des Konjunktivs in der indirekten Rede dar. Da ein großer Teil des Quellenmaterials davon betroffen war und die Wahl des Modus unmittelbare Folgen für den Sinn des Satzes haben mußte, wurde von einer Korrektur dieser agrammatischen Textstellen Abstand genommen. Dadurch konnte auch der Charakter des Textkorpus in seiner Ursprünglichkeit gewahrt werden. Hervorhebungen im Originaltext werden, sofern sie nicht verzichtbar sind, durch Sperrung gekennzeichnet. Ungebräuchliche Abkürzungen sind im entsprechenden Verzeichnis zu finden oder wurden an Ort und Stelle aufgelöst. Der Originaltext erscheint in normaler, gerader

¹ Vgl. Dok. Nr. 300 und 344.

Schrift, der Regestentext dagegen in Kursivschrift. Eigennamen wurden zur schnelleren Erkennung kursiv gesetzt, die Namen der Redner bei ihrer Ersterwähnung durch Fettdruck hervorgehoben.

Zur Aufgabe der Kommentierung zählt der Nachweis von Bezugsdokumenten, die Verifizierung der im Text genannten Personen sowie die für ein besseres Textverständnis erforderliche Erklärung von Sachverhalten und Zusammenhängen. So werden die in den Protokollen erwähnten Dokumente und Schriftstücke in den Anmerkungen nachgewiesen und gegebenenfalls näher erläutert. Kurzbiographien der demokratischen Landtagsabgeordneten sind in einer eigenen Übersicht im Anhang beigefügt. Zu den übrigen im Originaltext erwähnten Personen wird im Anmerkungsapparat das notwendige Datengerüst zur Verfügung gestellt. Angesichts der nur stichwortartig angesprochenen Sachverhalte und Vorgänge, die sich in der Regel auf relativ unbekannte Probleme der preußischen Landespolitik beziehen, waren teilweise ausführliche Erläuterungen notwendig. Neben dem Nachweis von Bezugsdokumenten, biographischen Angaben und notwendigen Sacherklärungen finden sich in den Anmerkungen auch Querverweise. Diese ermöglichen es, bestimmte Ereignisabläufe und Entscheidungsprozesse in ihrem logischen Mit- und Nacheinander zu verfolgen.

Schwierigkeiten bereitete, wie eingangs erwähnt, die Verifizierung der in den Niederschriften meist nur mit ihren Nummern angegebenen Tagesordnungspunkte der Plenarsitzungen. Die Nummern beziehen sich auf die den Abgeordneten während der Fraktionsitzungen vorliegenden gedruckten Tagesordnungen. Anhand der stenographischen Berichte des Landtags lassen sich diese nur zum Teil oder überhaupt nicht rekonstruieren. Da die gedruckten Tagesordnungen nur fragmentarisch in den Akten des preußischen Landtags im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin erhalten sind, konnten die Tagesordnungen teilweise nur unvollkommen wiedergegeben werden. Erwähnte Tagesordnungspunkte werden in der vorliegenden Edition grundsätzlich mit dem im Inhaltsverzeichnis der Anlagenbände aufgeführten vollständigen Titel zitiert. Weitere Beratungsgegenstände, die zusammen mit einem Tagesordnungspunkt verbunden sind, wurden nur dann aufgeführt, wenn dies für das Verständnis des Quellentextes notwendig ist.

Bei der Kommentierung wurden als Quellen neben allgemeinen Nachschlagewerken vor allem die stenographischen Berichte des Preußischen Landtags, die Akten des preußischen Staatsministeriums sowie die wichtigen Presseorgane der Weimarer Zeit herangezogen, unter ihnen vor allem die »Vossische Zeitung«, das »Berliner Tageblatt« sowie die parteieigenen Zeitungen und Zeitschriften. Neben den bereits von Lothar Albertin edierten Protokollen der Führungsgremien wurde die Memoirenliteratur ausgewertet.

Eine hilfreiche Ergänzung stellten sodann der im Bundesarchiv Berlin liegende Nachlaß von Hugo Preuß sowie die im Bundesarchiv Koblenz befindlichen Deposita von Hermann Dietrich, Anton Erkelenz, Bernhard Falk, Otto Geßler, Walter Goetz, Georg Gothein, Theodor Heuss, Hermann Höpker Aschoff, Erich Koch-Weser, Wilhelm Külz, Marie-Elisabeth Lüders, Hermann Luppe, Ludwig Quidde, Hartmann Frhr. v. Richtofen, Eugen Schiffer und Walther Schücking dar. Durchgesehen wurde auch das übrige, von Lothar Albertin nicht publizierte Material des Bestandes R45 III, das politische und organisatorische Informationen und Weisungen der Haupt- und Reichsgeschäftsstelle und einiger Ausschüsse der DDP/DStP sowie ungedruckte Parteitagprotokolle enthält. Sodann wurden die im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin liegenden Nachlässe des preußischen Kultusministers Carl Heinrich Becker und des preußischen Landwirtschaftsministers Heinrich Steiger (Zentrum) sowie die dort la-

gernden Akten der preußischen Ministerien und der Sitzungsberichte des Preußischen Staatsministeriums mit Gewinn herangezogen. Des weiteren wurde auf die Nachlässe der Landtagsabgeordneten Martha *Dönhoff* im Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung in Gummersbach, des Berliner Oberbürgermeisters Gustav *Böß* und des preußischen Innenministers Alexander *Dominicus* im Landesarchiv Berlin, des Parteivorsitzenden Carl Wilhelm *Petersen* im Staatsarchiv Hamburg, des preußischen Handelsministers Walther *Schreiber* im Archiv für Christlich-Demokratische Politik in Sankt Augustin sowie des preußischen Landtagsabgeordneten Hugo *Wendorff* im Landesarchiv Schwerin rekurriert.

In dem der Einleitung folgenden Anhang findet sich neben den Kurzbiographien der demokratischen Landtagsabgeordneten eine Aufstellung der der DDP bzw. DStP angehörenden oder nahestehenden preußischen Staatsminister. Eine Übersicht der Fraktionsvorstände wurde in die Einleitung integriert. Der Edition sind sodann verschiedene Verzeichnisse, das »Verzeichnis der Archivalien«, das »Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur« sowie das »Verzeichnis der Abkürzungen«, beigefügt, die die Benutzung und wissenschaftliche Auswertung der Quelle erleichtern sollen. Ihre Ergänzung findet die Edition in einem Personen- und Sachregister. Im Personenregister werden die im Text genannten Personen aufgeführt, wobei kursiv gedruckte Seitenzahlen auf Angaben zur Person verweisen. Das nach Schlag-, Unterschlagwörtern und Querverweisen gegliederte Sachregister ermöglicht schließlich einen thematisch differenzierten Zugriff auf die Dokumente.

Zum Schluß bleibt die gern erfüllte Pflicht zu danken. Verbunden bin ich vor allem dem Bundesarchiv Koblenz, das den der Edition zugrundeliegenden Quellenbestand in entgegenkommender Weise bereitgestellt und die Heranziehung ergänzenden Materials aus den Nachlässen ermöglicht hat. Zu Dank verpflichtet bin ich auch Priv.-Doz. Dr. Uwe *Puschner*, der mir zusätzliches Datenmaterial zu den Kurzbiographien der demokratischen Landtagsabgeordneten zur Verfügung stellte. Gedankt werden soll sodann den Mitgliedern und Mitarbeitern der Parlamentarismus-Kommission, die das Projekt betreut und kritisch begleitet haben. Unterstützung, Rat und Ansporn erfuhr der Bearbeiter auf ganz unterschiedliche Weise von den Präsidenten Prof. Dr. Klaus *Hildebrand* und Prof. Dr. Andreas *Wirsching*, den Generalsekretären Dr. Martin *Schumacher* und Prof. Dr. Andreas *Schulz* sowie nicht zuletzt auch von Prof. Dr. Gerhard A. *Ritter* und Prof. Dr. Dieter *Langewiesche*. Besondere Erwähnung verdient darüber hinaus Dr. Wolfgang *Hölscher*, der für die redaktionellen und satztechnischen Arbeiten zuständig war. Ein ausdrücklicher Dank gebührt schließlich der Fritz Thyssen Stiftung, ohne deren finanzielle Unterstützung dieses Projekt nicht zustande gekommen wäre.

B. Verzeichnis der Archivalien

Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin

Nachlaß Walther Schreiber (01–755)

Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung, Gummersbach

Nachlaß Martha Dönhoff (N 41)

Bundesarchiv Berlin (BA B)

Nachlaß Hugo Preuß (N 2230)

Bundesarchiv Koblenz (BA Koblenz)

Nachlaß Hermann Dietrich (N 1004)

Nachlaß Anton Erkelenz (N 1072)

Nachlaß Bernhard Falk (Kleine Erwerbungen Nr. 385)

Nachlaß Otto Geßler (N 1032)

Nachlaß Walter Goetz (N 1215)

Nachlaß Georg Gothein (N 1006)

Nachlaß Theodor Heuss (N 1221)

Nachlaß Hermann Höpker Aschoff (N 1129)

Nachlaß Erich Koch-Weser (N 1012)

Nachlaß Wilhelm Külz (N 1042)

Nachlaß Marie-Elisabeth Lüders (N 1151)

Nachlaß Hermann Luppe (N 1044)

Nachlaß Ludwig Quidde (N 1212)

Nachlaß Hartmann Frhr. v. Richthofen (N 1164)

Nachlaß Eugen Schiffer (N 1191)

Nachlaß Walther Schücking (N 1051)

Bestand Deutsche Demokratische Partei/Deutsche Staatspartei (R 45 III)

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (GSTA PK Berlin)

I. HA, Rep. 76: Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung

I. HA, Rep. 77: Preußisches Ministerium des Innern

I. HA, Rep. 84 a: Preußisches Justizministerium

I. HA, Rep. 90 a: Preußisches Staatsministerium

I. HA, Rep. 169: Preußischer Landtag

VI. HA, Rep. 92: Nachlaß Carl Heinrich Becker

VI. HA, Rep. 92: Nachlaß Heinrich Steiger

Landesarchiv Berlin

Nachlaß Gustav Böß (E. Rep. 200–24)

Nachlaß Alexander Dominicus (E. Rep. 200–41)

Landesarchiv Schwerin

Nachlaß Hugo Wendorff (10.9–W/16)

Staatsarchiv Hamburg

Nachlaß Carl Wilhelm Petersen (Familie Petersen 622–1/80–L)

C. Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

Zeitschriften und gängige Periodika, die in abgekürzter Form wiedergegeben werden (GG, HZ, VfZ), sind in diesem Verzeichnis nicht aufgeführt, können aber mit Hilfe des Abkürzungsverzeichnisses aufgeschlüsselt werden.

- ADERS, Thomas: Die Utopie vom Staat über den Parteien. Biographische Annäherungen an Hermann Höpker Aschoff (1883–1954), Frankfurt a. M. 1994.
- AKTEN DER REICHSKANZLEI, Weimarer Republik. Hrsg. für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von Karl Dietrich Erdmann, für das Bundesarchiv von Wolfgang Mommsen unter Mitwirkung von Walter Vogel.
- Das Kabinett Scheidemann (13. Februar bis 20. Juni 1919), bearb. von Hagen Schulze, Boppard am Rhein 1971.
- Das Kabinett Bauer (21. Juni 1919 bis 27. März 1920), bearb. von Anton Golecki, Boppard am Rhein 1980.
- Das Kabinett Müller I (27. März 1920 bis 4. Mai 1921), bearb. von Peter Wulf, Boppard am Rhein 1972.
- Das Kabinett Fehrenbach (25. Juni 1920 bis 12. August 1923), bearb. von Karl-Heinz Habeck, Boppard am Rhein 1968.
- Die Kabinette Wirth I und II (10. Mai 1921 bis 26. Oktober 1921, 26. Oktober 1921 bis 22. November 1922), bearb. von Ingrid Schulze-Bidlingmaier, 2 Bde., Boppard am Rhein 1973.
- Das Kabinett Cuno (22. November 1922 bis 12. August 1923), bearb. von Karl-Heinz Habeck, Boppard am Rhein 1968.
- Die Kabinette Stresemann I und II (13. August bis 6. Oktober 1923, 6. Oktober bis 30. November 1923), bearb. von Karl Dietrich Erdmann/Martin Vogt, 2 Bde., Boppard am Rhein 1978.
- Die Kabinette Marx I und II (30. November 1923 bis 3. Juni 1924, 3. Juni 1924 bis 15. Januar 1925), bearb. von Günter Abramowski, 2 Bde., Boppard am Rhein 1973.
- Die Kabinette Luther I und II (15. Januar 1925 bis 20. Januar 1926, 20. Januar 1926 bis 17. Mai 1926), bearb. von Karl-Heinz Minuth, 2 Bde., Boppard am Rhein 1977.
- Die Kabinette Marx III und IV (17. Mai 1926 bis 29. Januar 1927, 29. Januar 1927 bis 29. Juni 1928), 2 Bde., bearb. von Günther Abramowski, Boppard am Rhein 1988.
- Das Kabinett Müller II (28. Juni 1928 bis 27. März 1930), 2 Bde., bearb. von Martin Vogt, Boppard am Rhein 1970.
- Die Kabinette Brüning I und II (30. März 1930 bis 10. Oktober 1931, 10. Oktober 1931 bis 30. Mai 1932), 3 Bde., bearb. von Tilman Koops, Boppard am Rhein 1982/1990.
- ALBERTIN, Lothar: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972.
- ALBERTIN, Lothar: Die Verantwortung der liberalen Parteien für das Scheitern der Großen Koalition im Herbst 1921, in: HZ 205 (1967), S. 566–627.
- ARNS, Günter: Regierungsbildung und Koalitionspolitik in der Weimarer Republik 1919–1924, Diss. phil. Clausthal-Zellerfeld 1971.
- BEECK, Karl Hermann: Die Gründung der Deutschen Staatspartei im Jahre 1930 im Zusammenhang der Neuordnungsversuche des Liberalismus, Diss. phil. Köln 1957.
- BERG, Wilfried: Wirtschaftsverwaltung einschließlich Bauwesen, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4, S. 421–434.

- BECKER, Carl Heinrich: Internationale Wissenschaft und nationale Bildung. Ausgewählte Schriften, herausgegeben und eingeleitet von Guido Müller, Frankfurt a.M. 1997.
- BERG, Wilfried: Wirtschaftsverwaltung einschließlich Bauwesen, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4, S. 421–434.
- BERGHAHN, Volker R.: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935, Düsseldorf 1966.
- BOLLMEYER, Heiko: Der steinige Weg zur Demokratie. Die Weimarer Nationalversammlung zwischen Kaiserreich und Republik, Frankfurt/M. u.a. 2007.
- BOOMS, Hans: Die Deutsche Volkspartei, in: Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente. Unveränderter Nachdruck der Auflage von 1960, Düsseldorf 1984, S. 523–539.
- BOWERS, Peter M.: The Failure of the German Democratic Party, 1918–1930, Ann Arbor 1974.
- BRACHER, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik: eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Nachdruck der 5. Aufl. (1971), Königstein 1978.
- BRANIG, Hans: Die Oberpräsidenten der Provinz Pommern, in: Baltische Studien N.F. 46 (1959), S. 92–107.
- BRANTZ, Rennie W.: Anton Erkelenz, the Hirsch-Duncker Trade Unions and the German Democratic Party, Diss. Ohio State University 1973.
- BRAUN, Otto: Von Weimar zu Hitler, 3. Aufl. d. Ausg. New York 1940, Hildesheim 1979.
- CHANADY, Attila: Anton Erkelenz and Erich Koch-Weser. A Portrait of two German Democrats, in: Historical Studies 12 (1965/67), S. 491–505.
- DEUTSCHE VERWALTUNGSGESCHICHTE. Hrsg. v. Kurt G. A. Jeserich, Hans Pohl, Georg-Christoph von Unruh. Bd. 4: Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985.
- DOOSE, Günther: Die separatistische Bewegung in Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg (1918–1922), Wiesbaden 1987.
- DÜWELL, Kurt: Staat und Wissenschaft in der Weimarer Epoche. Zur Kulturpolitik des Ministers C. H. Becker, in: HZ, Beiheft 1 (1971), S. 31–74.
- EGGERS, Philipp: Bildungswesen, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4, S. 349–373.
- EHNI, Hans-Peter: Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928–1932, Bonn 1975.
- EIMERS, Enno: Das Verhältnis von Preußen und Reich in den ersten Jahren der Weimarer Republik (1918 bis 1923), Berlin 1969.
- ENGELI, Gustav: Gustav Böß, in: Wolfgang Ribbe (Hrsg.): Stadtoberhäupter. Biographien Berliner Bürgermeister im 19. und 20. Jahrhundert (Berlinische Lebensbilder 7), Berlin 1992, S. 185–201.
- ENGELI, Christian: Gustav Böß. Oberbürgermeister von Berlin 1921–1930 (Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften 31), Stuttgart u.a. 1981.
- EPSTEIN, Klaus: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Frankfurt a.M. 1976.
- ERDMANN, Karl Dietrich: Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1966.
- ERGER, Johannes: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20, Düsseldorf 1967.
- ERKELENZ, Anton: Zehn Jahre Deutsche Republik. Ein Handbuch für republikanische Politik, Berlin 1928.
- ESCHER, Felix: Walther Schreiber, in: Stadtoberhäupter. Biographien Berliner Bürgermeister im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. v. Wolfgang Ribbe, Berlin 1992, S. 443–463.
- FAUST, Anselm: Von der Fürsorge zur Arbeitsmarktpolitik: Die Errichtung der Arbeitslosenversicherung, in: Werner Abelshauser (Hrsg.): Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft, Stuttgart 1987 (Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 81), S. 260–279.

- FEDER, Ernst: Heute sprach ich mit ... Tagebücher eines Berliner Publizisten 1926–1932. Hrsg. v. Cécile Lowenthal-Hensel und Arnold Paucker, Stuttgart 1971.
- FELDMAN, Gerald D.: Bayern und Sachsen in der Hyperinflation 1922/23, in: HZ 238 (1984), S. 569–609.
- FENSKE, Hans: Die Verwaltung Pommerns 1815–1945. Aufbau und Ertrag, Köln/Weimar/Wien 1993.
- FISCHENBERG, Günther: Der Liberalismus und die Entstehung der Weimarer Republik. Die Krise einer politischen Bewegung, Diss. phil. Münster 1958 (Ms.).
- FISCHER, Gerhard: Otto Nuschke: ein Lebensbild, Berlin 1983.
- FORSTER, Bernhard: Adam Stegerwald (1874–1945). Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumspolitiker, Mitbegründer der Unionsparteien, Düsseldorf 2003.
- FREVERT, Ute: Frauen-Geschichte. Zwischen bürgerlicher Verbesserung und neuer Weiblichkeit, Frankfurt a.M. 1986.
- FREVERT, Ute: »Mann und Weib, und Weib und Mann«. Geschlechter-Differenzen in der Moderne, München 1995.
- FRIEDENSBURG, Ferdinand: Lebenserinnerungen, Frankfurt/Bonn 1969.
- FRYE, Bruce B.: The German Democratic Party and the »Jewish Problem« in the Weimar Republic, in: Leo Baeck Institute: Year Book XXI (1976), S. 143–172.
- FRYE, Bruce B.: Liberal Democrats in the Weimar Republic. The History of the German Democratic Party and the German State Party, Carbondale/Edwardsville 1985.
- GALL, Lothar: Walther Rathenau. Porträt einer Epoche, München 2009.
- GESSLER, Otto: Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit. Hrsg. v. Kurt Sendtner, Stuttgart 1958.
- GIESECKE, Hermann: Zur Schulpolitik der Sozialdemokraten in Preußen und im Reich 1918/19, in: VfZ 13 (1965), S. 162–177.
- GILLESSEN, Günther: Hugo Preuß. Studien zur Ideen- und Verfassungsgeschichte der Weimarer Republik. Mit einem Nachwort von Manfred Friedrich, Berlin 2000.
- GOLOMBEK, Dieter: Die politische Vorgeschichte des Preußenkonkordats (1929), Mainz 1970.
- GÖTZ, Volkmar: Polizei und Polizeirecht, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4, S. 397–420.
- GOTTSCHALK, Regina: Die Linksliberalen zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik. Von der Julikrise 1917 bis zum Bruch der Weimarer Koalition im Juni 1919, Mainz 1969.
- GRÜNDER, Horst: Walter Simons als Staatsmann, Jurist und Kirchenpolitiker, Neustadt a.d. Aisch 1975.
- GRÜNTAL, Günther: Reichsschulgesetz und Zentrumspartei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1968.
- GRZESINSKI, Albert: Im Kampf um die deutsche Republik. Erinnerungen eines Sozialdemokraten. Hrsg. v. Eberhard Kolb, München 2001.
- GUSY, Christoph: Die Weimarer Reichsverfassung, Tübingen 1997.
- HAENISCH, Konrad: Neue Bahnen der Kulturpolitik. Aus der Reformpraxis der deutschen Republik, Stuttgart 1921.
- HANSMEYER, Karl-Heinrich (Hrsg.): Kommunale Finanzpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart u.a. 1973.
- HARTWIG, Edgar: Welfen 1866–1933 (Deutsch-Hannoversche Partei [DHP]), in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945). In vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke u.a., Bd. 4, Leipzig 1986, S. 482–490.
- HAUNGS, Peter: Reichspräsident und parlamentarische Kabinettsregierung. Eine Studie zum Regierungssystem der Weimarer Republik in den Jahren 1924–1929, Köln 1968.
- HEHL, Ulrich von: Wilhelm Marx 1863–1946. Eine politische Biographie, Mainz 1987.

- HEINDL, Wolfgang: Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden in Deutschland von 1925 bis 1933: öffentliche Haushalte und Krisenverschärfung, Frankfurt a. M. u.a. 1984.
- HENTSCHEL, Volker: Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1880–1980, Frankfurt a. M. 1983.
- HERTZ-EICHENRODE, Dieter: Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919–1930. Untersuchung eines Strukturproblems in der Weimarer Republik, Köln/Opladen 1969.
- HESS, Jürgen C.: »Das ganze Deutschland soll es sein«. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei, Stuttgart 1978.
- HITZE, Guido: Carl Ulitzka (1873–1953) oder Oberschlesien zwischen den Weltkriegen, Düsseldorf 2002.
- HOLL, Karl: Ludwig Quidde (1858–1941). Eine Biografie, Düsseldorf 2007.
- HOLTFRERICH, Carl-Ludwig: Die deutsche Inflation 1914–1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin/New York 1980.
- HOLTFRERICH, Carl-Ludwig: Rüstung, Reparationen und Sozialstaat. Die Modernisierung des Steuersystems im Ersten Weltkrieg und in der großen Inflation, in: Uwe Schultz (Hrsg.): Mit dem Zehnten fing es an: eine Kulturgeschichte, München ³1992, S. 200–208.
- HÖMIG, Herbert: Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik, Mainz 1979.
- HÖRSTER-PHILIPPS, Ulrike: Joseph Wirth 1879–1956. Eine politische Biographie (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 82), Paderborn 1998.
- HORNUNG, Klaus: Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958.
- HUBER, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 3: Bismarck und das Reich, Stuttgart 1963; Bd. 4: Struktur und Krisen des Kaiserreichs, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1969; Bd. 5: Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914–1919, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1978; Bd. 6: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1981; Bd. 7: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1984.
- HUBER, Ernst Rudolf: Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Band 3: Dokumente der Novemberrevolution und der Weimarer Republik 1918–1933, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1966.
- HÜBENER, Erhard: Lebenskreise. Lehr- und Wanderjahre eines Ministerpräsidenten. Hrsg. v. Thomas Klein, Köln/Wien 1984.
- IMMEL, Jan: Hugo Preuß und die Weimarer Reichsverfassung, Berlin 2002.
- JANSEN, Robert: Der Berliner Militärputsch und seine Folgen, Berlin 1920.
- JANSEN, Robert: Die große Koalition in Preußen, Berlin 1921.
- JANSEN, Robert: Die Regierungsbildung in Preußen, Berlin 1921.
- JASPER, Gotthard: Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922–1930, Tübingen 1963.
- JESERICH, Kurt G. A.: Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4, S. 487–524.
- JESERICH, Kurt G. A./NEUHAUS, Helmut (Hrsg.): Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648–1945, Stuttgart/Berlin/Köln 1991.
- JONES, Larry Eugene: German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System, 1918–1933, Chapel Hill/London 1988.
- JONES, Larry E.: Sammlung oder Zersplitterung? Die Bestrebungen zur Bildung einer neuen Mittelpartei in der Endphase der Weimarer Republik 1930–1933, in: VfZ 25 (1977), S. 265–304.
- KASTNING, Alfred: Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919–1923, Paderborn 1970.
- KELLMANN, Axel: Anton Erkelenz. Ein Sozialliberaler im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Husum 2007.
- KESSLER, Alexander: Der Jungdeutsche Orden auf dem Weg zur Deutschen Staatspartei, München 1980.

- KESSLER, Alexander: Der Jungdeutsche Orden in den Jahren der Entscheidung, 2 Bde., Bd. 1: 1928–1930, München ²1975, Bd. 2: 1931–1933, München 1976.
- KITTEL, Helmuth: Die Entwicklung der Pädagogischen Hochschulen 1926–1932, Berlin/Hannover/Darmstadt 1957.
- KÖHLER, Henning: Adenauer und die rheinische Republik. Der erste Anlauf 1918–1924, Opladen 1986.
- KÖHLER, Henning: Autonomiebewegung oder Separatismus? Die Politik der »Kölnischen Volkszeitung« 1918/1919, Berlin 1974.
- KÖHLER, Henning: Berlin in der Weimarer Republik (1918–1923), in: Wolfgang Ribbe (Hrsg.): Geschichte Berlins. Von der Frühgeschichte bis zur Gegenwart. Bd. 2: Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart, Berlin 2002, S. 797–923.
- KOLB, Eberhard: Die Weimarer Republik. München ⁶2002.
- KÖSTER, Adolf: Der Kampf um Schleswig, Berlin 1921.
- KRÜGER, Peter: Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt ²1993.
- KÜPPERS, Heinrich: Joseph Wirth. Parlamentarier, Minister und Kanzler der Weimarer Republik (Historische Mitteilungen, Beiheft 27), Stuttgart 1997.
- KUNZ, Andreas: Stand versus Klasse: Beamtenschaft und Gewerkschaften im Konflikt um den Personalabbau 1923/24, in: GG 8 (1982), S. 55–86.
- LANGEWIESCHE, Dieter: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988.
- LEHNERT, Detlef: Verfassungsdemokratie als Bürgergenossenschaft: politisches Denken, öffentliches Recht und Geschichtsdeutungen bei Hugo Preuß. Beiträge zur demokratischen Institutionenlehre in Deutschland, Baden-Baden 1998.
- LEHNERT, Detlef (Hrsg.): Vom Untertanenverband zur Bürgergenossenschaft: Symposion zum 75. Todestag von Hugo Preuß am 9. Oktober 2000, Baden-Baden 2003.
- LIANG, Hsi-Huey: Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik, Berlin 1977.
- LIEBE, Werner: Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924, Düsseldorf 1956.
- LILLA, Joachim: Der Preußische Staatsrat 1921–1933. Ein biographisches Handbuch. Mit einer Dokumentation der im »Dritten Reich« berufenen Staatsräte, Düsseldorf 2005.
- LINK, Werner: Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–1932, Düsseldorf 1970.
- LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933. Hrsg. v. Lothar Albertin und Konstanze Wegner, Düsseldorf 1980.
- MARCUS, Paul: Das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt (1919–1932). Vorgeschichte, Geschäftskreis, Tätigkeit und Auflösung sowie seine Überlieferung im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, in: Archivalische Zeitschrift 83 (2000), S. 93–137.
- MATTHIAS, Erich/MORSEY, Rudolf: Die Deutsche Staatspartei, in: Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1960, Düsseldorf 1984.
- MAUERSBERG, Jasper: Ideen und Konzeption Hugo Preuß' für die Verfassung der deutschen Republik 1919 und ihre Durchsetzung im Verfassungswerk von Weimar, Frankfurt a. M./Bern/New York/Paris 1991.
- MENGES, Franz: Reichsreform und Finanzpolitik. Die Aushöhlung der Eigenstaatlichkeit Bayerns auf finanzpolitischem Wege in der Zeit der Weimarer Republik, Diss. Berlin 1971.
- MERKENICH, Stephanie: Grüne Front gegen Weimar. Reichs-Landbund und agrarischer Lobbyismus 1918–1933, Düsseldorf 1998.
- MESNIL, Herbert du: Preußisch Dienen und Genießen. Die Lebenszeiterzählung des Ministerialrats Dr. Herbert du Mesnil (1875–1947), bearb. von Jürgen Kloosterhuis, Köln u. a. 1998.
- MEYER, Oscar: Von Bismarck zu Hitler, Offenbach 1948.

- MILLER, Sebastian F.: Die höhere Schule Preußens in der Weimarer Republik. Zum Einfluß von Parteien, Verbänden und Verwaltung auf die Schul- und Lehrplanreformen 1919–1925, Weinheim/Basel 1977.
- MILLER, Susanne: Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920, Düsseldorf 1978.
- MÖLLER, Horst: Ernst Heilmann. Ein Sozialdemokrat in der Weimarer Republik, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte Tel-Aviv 11 (1982), S. 261–294.
- MÖLLER, Horst: Die preußischen Oberpräsidenten der Weimarer Republik als Verwaltungselite, in: Klaus Schwabe (Hrsg.), Die preußischen Oberpräsidenten 1815 bis 1945, Boppard am Rhein 1985, S. 183–217, 326–334. (Der Artikel ohne biographischen Anhang auch in: VfZ 30 (1982), S. 1–26).
- MÖLLER, Horst: Parlamentarismus in Preußen 1919–1932, Düsseldorf 1985.
- MÖLLER, Horst: Die Verwaltung in den Ländern des Reiches. Preußen, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4, S. 540–557.
- MÖLLERS, Heiner: Reichswehrminister Otto Geßler: eine Studie zu unpolitischer Militärpolitik in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1998.
- MORSEY, Rudolf: Die deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966.
- MÜLLER, Guido: Weltpolitische Bildung und akademische Reform. Carl Heinrich Beckers Wissenschafts- und Hochschulpolitik 1908–1930, Köln/Weimar/Wien 1991.
- MÜLLER, Paul: Alexander Dominicus. Ein Lebensbild, Berlin 1957.
- NEUE DEUTSCHE BIOGRAPHIE. Hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 1 ff., Berlin 1953 ff.
- »NICHT DURCH KRIEG, KAUF ODER ERBSCHAFT«. Ausstellung des Staatsarchivs Coburg anlässlich der 75. Wiederkehr der Vereinigung Coburgs mit Bayern am 1. Juli 1920, München 1995.
- NIPPERDEY, Thomas: Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1983.
- NIPPERDEY, Thomas: Deutsche Geschichte 1866–1918. Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 2¹⁹⁹¹.
- NIPPERDEY, Thomas: Deutsche Geschichte 1866–1918. Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992.
- NOSKE, Gustav: Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie (Bibliothek zeitgenössischer Memoiren. Hrsg. v. Ludwig Bergsträsser), Offenbach 1947.
- ORLOW, Dietrich: Preußen und der Kapp-Putsch, in: VfZ 26 (1978), S. 191–236.
- ORLOW, Dietrich: Weimar Prussia 1918–1925. The Unlikely Rock of Democracy, Pittsburgh 1986.
- PAPKE, Gerhard: Der liberale Politiker Erich Koch-Weser in der Weimarer Republik, Baden-Baden 1989.
- PIKART, Eberhard: Berufsbeamtentum und Parteienstaat. Eine Fallstudie, in: Zeitschrift für Politik 7 (1960), S. 225–240.
- PIKART, Eberhard: Preußische Beamtenpolitik 1918–1933, in: VfZ 6 (1958), S. 119–137.
- DIE PROTOKOLLE DES PREUSSISCHEN STAATSMINISTERIUMS 1817–1934/38. Acta Borussica, Neue Folge. Herausgegeben von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter der Leitung von Jürgen Kocka und Wolfgang Neugebauer:
 Bd. 11/I und II (14. November 1918 bis 31. März 1925), bearbeitet von Gerhard Schulze, Hildesheim/Zürich/New York 2002.
 Bd. 12/I und II (4. April 1925 bis 10. Mai 1938), bearbeitet von Reinhold Zilch unter Mitarbeit von Bärbel Holtz, Hildesheim/Zürich/New York 2004.
- PUFENDORF, Astrid von: Otto Klepper (1888–1957). Deutscher Patriot und Weltbürger, München 1997.

- PYTA, Wolfram: Paul von Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, Berlin 2007.
- RAMM, Thilo (Hrsg.): Eugen Schiffer. Ein nationalliberaler Jurist und Staatsmann 1860–1954, Baden-Baden 2006.
- RICHTER, Ludwig: Die Deutsche Volkspartei 1918–1933, Düsseldorf 2002.
- RITTBERG, Else Gräfin von: Der preußische Kirchenvertrag von 1931. Seine Entstehung und seine Bedeutung für das Verhältnis von Staat und Kirche in der Weimarer Republik, Diss. phil. Bonn 1960.
- ROHE, Karl: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966.
- RUCK, Michael: Der Wohnungsbau – Schnittpunkt von Sozial- und Wirtschaftspolitik. Probleme der öffentlichen Wohnungspolitik in der Hauszinssteuerära 1924/25–1930/31, in: Werner Abels- hauser (Hrsg.): Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat: zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft, Stuttgart 1987, S. 91–123.
- RUNGE, Wolfgang: Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933, Stuttgart 1965.
- RUPPERT, Karsten: Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930, Düsseldorf 1992.
- SALDERN, Adelheid v.: Hermann Dietrich. Ein Staatsmann der Weimarer Republik, Boppard am Rhein 1966.
- SCHACHT, Hjalmar: 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953.
- SCHAMBACH, Sigrid: Carl Petersen, Hamburg 2000.
- SCHMIDT-RÖSLER, Andrea: Autonomie- und Separatismusbestrebungen in Oberschlesien 1918–1922, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 1 (1999), S. 1–49.
- SCHNEIDER, Hans: Die Parlamentarischen Staatssekretäre in Preußen 1919–1921, in: Festschrift für Ulrich Scheuner zum 70. Geburtstag. Hrsg. v. Horst Emke u.a., Berlin 1973, S. 563–574.
- SCHNEIDER, Werner: Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924–1930, München 1978.
- SCHÖLZEL, Christian: Walther Rathenau. Eine Biographie, Paderborn u.a. 2006.
- SCHÜREN, Ulrich: Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinander- setzung mit den depossidierten Landesherrn als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978.
- SCHULTE, Franz Gerrit: Der Publizist Hellmut von Gerlach (1866–1935). Welt und Werk eines Demokraten und Pazifisten, München u.a. 1988.
- SCHULZ, Gerhard: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik. Bd. 1: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bis- marckschen Reichsaufbaus 1919–1930, Berlin 1963. Bd. 2: Deutschland am Vorabend der gro- ßen Krise, Berlin 1987.
- SCHULZE, Hagen: Die keineswegs Goldenen Zwanziger Jahre. Steuerpolitik zwischen Inflation und Wirtschaftskrise (1919–1932), in: Uwe Schultz (Hrsg.): Mit dem Zehnten fing es an: eine Kulturgeschichte, München 31992, S. 209–218.
- SCHULZE, Hagen: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frank- furt/Berlin/Wien 1977.
- SCHUMACHER, Martin: Hausbesitz, Mittelstand und Wirtschaftspartei in der Weimarer Repu- blik, in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhand- lungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.–17. Juni 1973. Herausgegeben von Hans Mommsen, Dietmar Petzina, Bernd Weisbrod, Düsseldorf 1974, S. 823–835.
- SCHUMACHER, Martin: Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914–1923, Düsseldorf 1978.
- SCHUMACHER, Martin: Mittelstandsfrent und Republik. Die Wirtschaftspartei, Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919–1933, Düsseldorf 1972.

- SCHUMANN, Wolfgang: Oberschlesien 1918/19. Vom gemeinsamen Kampf deutscher und polnischer Arbeiter, Berlin 1961.
- SCHUSTEREIT, Hartmut: Linkoliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung von DDP und SPD 1919–1930, Düsseldorf 1975.
- SCHWARZ, Hans-Peter: Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952, Stuttgart 1986.
- SEIDENFUS, Hellmuth St.: Eisenbahnwesen, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4, S. 273–296.
- SEVERING, Carl: Mein Lebensweg, 2 Bde., Hamburg 1950.
- SIGGEMANN, Jürgen: Die kasernierte Polizei und das Problem der inneren Sicherheit in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1980.
- DIE SPD-FRAKTION IN DER NATIONALVERSAMMLUNG 1919–1920. Hrsg. v. Heinrich Potthoff und Hermann Weber, Düsseldorf 1986.
- STEFFANI, Winfried: Die Untersuchungsausschüsse des Preußischen Landtages zur Zeit der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Entwicklung, Funktion und politischen Bedeutung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, Düsseldorf 1960.
- STEPHAN, Werner: Acht Jahrzehnte erlebtes Deutschland. Ein Liberaler in vier Epochen, Düsseldorf 1983.
- STEPHAN, Werner: Aufstieg und Verfall des Linkoliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973.
- STÜRMER, Michael: Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928, Düsseldorf 1967.
- THIEME, Hartwig: Nationaler Liberalismus in der Krise: die nationalliberale Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses 1914–1918, Boppard am Rhein 1963.
- THIERAUF, Hans: Der Finanzausgleich in der Weimarer Republik, Diss. phil. Würzburg 1961.
- TRACHTENBERG, Marc: Reparations in World politics. France and European Economic Diplomacy 1916–1923, New York 1980.
- TROELTSCH, Ernst: Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/22. Mit einem Geleitwort von Friedrich Meinecke. Zusammengestellt und herausgegeben von H. Baron, Neudruck der Ausgabe Tübingen 1924, Aalen 1966.
- TURNER, Henry A.: Stresemann. Republikaner aus Vernunft (amerik. Orig.: Princeton 1963), Berlin 1968.
- ULLMANN, Hans-Peter: Der deutsche Steuerstaat: Geschichte der öffentlichen Finanzen vom 18. Jahrhundert bis heute, München 2005.
- UNRUH, Georg-Christoph von: Wilhelm (Bill) Arnold Drews (1870–1938), in: Kurt G. A. Jeserich/Helmut Neuhaus (Hrsg.): Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648–1945, Stuttgart/Berlin/Köln 1991, S. 323–327.
- URSACHEN UND FOLGEN. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Hrsg. u. bearb. v. Herbert Michaelis und Ernst Schraepfer unter Mitwirkung von Günter Scheel, Bd. 1–9, Berlin 1958–1968.
- VOGELS, Alois: Die preußische Verfassung, Berlin ²1927.
- VOGELANG, Thilo: Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930–1932, Stuttgart 1962.
- VOR DIE TÜR GESETZT. Im Nationalsozialismus verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder 1933–1945. Hrsg. v. Verein Aktives Museum e.V., Berlin 2006.
- WEHLER, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München ²2003.
- WEISBROD, Bernd: Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise, Wuppertal 1978.
- WENDE, Erich: C. H. Becker. Mensch und Politiker. Ein biographischer Beitrag zur Kulturgeschichte der Weimarer Republik, Stuttgart 1959.

- WESSLING, Wolfgang: Die staatlichen Maßnahmen zur Behebung der wirtschaftlichen Notlage Ostpreußens in den Jahren 1920 bis 1930, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 4 (1957), S. 215–289.
- WETTE, Wolfram: Gustav Noske: eine politische Biographie, Düsseldorf²1988.
- WIEKE, Thomas: Vom Etablisement zur Oper: Die Geschichte der Kroll-Oper, Berlin 1993.
- WINKEL, Harald: Landwirtschaft und Forsten, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4, S. 435–449.
- WINKLER, Hans-Joachim: Preussen als Unternehmer 1923–1932. Staatliche Erwerbsunternehmen im Spannungsfeld der Politik am Beispiel der Preussag, Hibernia und Veba, Berlin 1965.
- WINKLER, Heinrich August: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München²1994.
- WINKLER, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn 1984.
- WITT, Peter-Christian: Inflation, Wohnungszwangswirtschaft und Hauszinssteuer. Zur Regelung von Wohnungsbau und Wohnungsmarkt in der Weimarer Republik, in: Lutz Niethammer (Hrsg.): Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft, Wuppertal 1979, S. 385–407.
- WITTMER, Wolfgang W.: Carl Heinrich Becker, in: Berlinische Lebensbilder. Wissenschaftspolitik in Berlin. Hrsg. v. Wolfgang Treue und Karlfried Gründer, Berlin 1987, S. 251–267.
- WITTMER, Wolfgang W.: Die sozialdemokratische Schulpolitik in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur politischen Schulgeschichte im Reich und in Preußen, Berlin 1980.
- WULF, Peter: Hugo Stinnes. Wirtschaft und Politik 1918–1924, Stuttgart 1979.
- WUNDER, Bernd: Geschichte der Bürokratie in Deutschland, Frankfurt a.M. 1986.
- WYSOCKI, Josef: Die Kommunal финанzen in Erzbergers Reformkonzept: Finanzzuweisungen statt eigener Steuern, in: Hansmeyer, S. 35–59.
- ZAIKA, Siegfried: Polizeigeschichte, Lübeck 1979.
- DIE ZENTRUMSFRAKTION IN DER VERFASSUNGGEBENDEN PREUSSISCHEN LANDESVERSAMMLUNG 1919–1921. Sitzungsprotokolle. Hrsg. v. August Hermann Leugers-Scherzberg und Wilfried Loth, Düsseldorf 1994.

D. Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt	MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
Abg.	Abgeordnete(r)	MdbayrLT	Mitglied des Bayerischen Landtags
Abs.	Absatz	MdpAH	Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses
AG	Aktiengesellschaft	MdpHH	Mitglied des Preußischen Herrenhauses
Anl.	Anlage(n)	MdI	Ministerium des Innern (Innenministerium)
Anm.	Anmerkung(en)	MdpLT	Mitglied des Preußischen Landtags
Art.	Artikel	MdpLV	Mitglied der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung
BA	Bundesarchiv	MdNV	Mitglied der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung
Bd./Bde.	Band/Bände	MdR	Mitglied des Deutschen Reichstags
bearb.	bearbeitet	MS	Manuskript
bkF	bei keiner Fraktion	NL	Nachlaß
BVP	Bayerische Volkspartei	NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei	OHL	Oberste Heeresleitung
DHann	Deutsch-Hannoversche Partei	OVG	Oberverwaltungsgericht
DNVP	Deutschnationale Volkspartei	PA	Parteiausschuß
DStP	Deutsche Staatspartei	Preussag	Preußische Bergwerks- und Hütten-AG
DVP	Deutsche Volkspartei	Prov.	Provinz
FVP	Fortschrittliche Volkspartei	ProvLT	Provinziallandtag
GA	Geschäftsführender Ausschuß	RegBez.	Regierungsbezirk
geb.	geboren	RegR	Regierungsrat
GehO...	Geheimer Ober...	RGBl.	Reichsgesetzblatt
GG	Geschichte und Gesellschaft	SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
GSTA PK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz	SBNV	Stenographische Berichte der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung
HA	Hauptabteilung	SBpLT	Stenographische Berichte des Preußischen Landtags
HZ	Historische Zeitschrift	SBpLV	Stenographische Berichte der Preußischen Landesversammlung
i.e.R.	im einstweiligen Ruhestand		
i.R.	im Ruhestand		
Jg.	Jahrgang		
Kab.	Kabinett		
kgI.	königlich		
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands		
Krs.	Kreis		
KZ	Konzentrationslager		
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands		
LT	Landtag		
LV	Landesversammlung		

Verzeichnis der Abkürzungen

SBR	Stenographische Berichte des Deutschen Reichstags	Veba	Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-AG
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
StS	Staatssekretär	VortR	Vortragender Rat
TOP	Tagesordnungspunkt	Z	Zentrumspartei
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands	zit.	zitiert

Die Sitzungsprotokolle
der preußischen Landtagsfraktion
der DDP und DStP
1919–1932

Dokumente

März 1919 – Dezember 1922



Rudolf Oeser (1920)
Foto: Bundesarchiv 183-2009-0420-501

1.

7.3.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 2–4v. Beginn: 10.15 Uhr. Ende: 18.00 Uhr. Protokollführer: Kanzow und Meyer.

Anwesend: Abg. *Aronsohn* (Thorn), Dr. *Berndt*, Dr. *Bollert*, *Cassel*, *Dominicus*, Frl. *Dönhoff*, *Düker*, Dr. *Frentzel*, Dr. *Friedberg*, Dr. *Grund*, *Jansen*, Dr. *Jordan*, *Juds*, *Kanzow*, *Kimpel*, *Kopsch*, *Kuhle*, *Meyer*, *Nebelung*, *Ommert*, *Oeser*, *Otto* (Charlottenburg), Dr. *Otto* (Marburg), Dr. *Rade*, Frhr. v. *Richthofen*, *Riedel*, *Scherer*, Dr. *Schloßmann*, *Schmiljan*, *Schümer*, *Sommer*, Dr. *Troeltsch*, *Westermann*, *Wiglow*.

Tagesordnung:

1. Allgemeines und Regierungsbildung. Berichterstatter: Abg. *Kanzow*,
2. Gestaltung Preußens. Berichterstatter: Abg. *Cassel*,
3. Sozialisierung und Stellung der Arbeiterräte. Berichterstatter: Abg. Dr. *Frentzel* und *Riedel*,
4. Staat, Kirche, Schule. Berichterstatter: Abg. *Otto* (Marburg).

Abg. **Kanzow** begrüßte als Vertreter des Parteivorstandes die Erschienenen.

Es werden vorläufig gewählt

zum Vorsitzenden Abg. *Kanzow*,

zu Schriftführern Abg. *Meyer* und Frl. *Dönhoff*.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung berichtete Abg. **Kanzow** über unverbindliche Besprechungen, die er auf Anregung des Ministers *Hirsch*¹ mit den Volksbeauftragten Preußens in Weimar geführt hat.² Von sozialdemokratischer Seite ist hierbei der Standpunkt eingenommen worden, daß auf die Sozialdemokratie entfallen sollten der etwaige Landespräsident³, der Präsident der Landesversammlung und 5 Minister, darunter der Ministerpräsident; auf das Zentrum 3 Minister, auf die Demokraten 2 Minister. Der Berichterstatter stellt zur Erörterung, ob wir uns überhaupt an der Regierung betei-

¹ Paul *Hirsch* (1868–1940), November 1918–März 1920 Vorsitzender der preußischen Regierung und Minister des Innern, Juli 1920–April 1921 parlamentarischer Staatssekretär im preußischen Wohlfahrtsministerium, 1925–1933 Bürgermeister von Dortmund, 1908–1918 MdpAH (1911–1918 Fraktionsvorsitzender), 1918/21 MdpLV, 1921–1932 MdpLT (SPD).

² Die Bildung einer Koalitionsregierung war notwendig geworden, nachdem keine Partei bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung am 26. Januar 1919 eine absolute Mehrheit erhalten hatte. Auf die DDP waren 16,2 Prozent der gültigen Stimmen und 16,2 Prozent der Mandate entfallen. Nachdem SPD, Zentrum und DDP bereits seit 1917 erfolgreich im Interfraktionellen Ausschuß zusammengearbeitet hatten und am 13. Februar 1919 im Reich die sog. Weimarer Koalition gebildet hatten, lag eine Koalitionsregierung dieser drei Parteien, die bei den Wahlen 74,9 Prozent der gültigen Stimmen erhalten hatten, nahe. Die Verhandlungen mit DDP und Zentrum führte seit dem 20. Februar der Vorsitzende der preußischen Regierung Paul *Hirsch* in Weimar. *Hirsch* stand bereits der Revolutionsregierung der Volksbeauftragten vor, die nach dem Ausscheiden der USPD-Minister am 3. Januar 1919, von den Sozialdemokraten geführt wurde. Der Regierung gehörten seit November 1918 auch einige bürgerliche Minister an, unter ihnen Handelsminister Otto *Fischbeck* (FVP/DDP). Die Revolutionsregierung trat am 20. März 1919 mit der Annahme des Gesetzes zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen zurück. Vgl. STANG, S. 206–213; MÖLLER, *Parlamentarismus*, S. 324–326; HÖMIG, S. 39–42; SCHULZE, Braun, S. 240 f.

³ Zur Frage des Staatspräsidenten vgl. MÖLLER, *Parlamentarismus*, S. 80–93.

gen sollen.⁴ Er befürwortet, dies zu tun, aber nur unter bestimmten Bedingungen. Von Ministerien sei außer dem Handelsministerium, das wir bereits besitzen, entweder das Kultusministerium oder das Ministerium des Innern zu fordern; gegen die Übernahme des ersteren spricht der Umstand, daß das Zentrum eine hinderliche Bremse sein würde.

Im Anschlusse berichtete Abg. **Cassel**, daß auch er und Abg. *Otto* (Charlottenburg) auf Anregung von *Hirsch* in Weimar Besprechungen gehabt haben, an denen auch Vertreter des Zentrums – Dr. *Porsch*⁵ und *Herold*⁶ – teilgenommen haben. Der Zweck dieser Besprechungen sei eine Auseinandersetzung über kulturelle Richtlinien gewesen. Nach deren Beendigung habe *Hirsch* die Frage der Regierungsbildung angeregt. Er – Redner – habe in Übereinstimmung mit *Otto* die Absicht von *Haenisch*⁷, das Kultusministerium in 3 Ministerien – für Unterricht, für geistliche Angelegenheiten, für Kunst und Hochbau – [aufzuteilen,] bekämpft, ebenso den, auch von sozialdemokratischer Seite ausgegangenen Gedanken der Schaffung eines preußischen Ministeriums des Äußern. Dagegen sei der Plan, ein Wohlfahrtsministerium zu schaffen, nicht beanstandet worden. Mit zwei Ministerien hätte er sich für die Demokratie nur abfinden zu können erklärt, wenn ihr daneben wichtige Unterstaatssekretariate überlassen würden. Redner betonte, daß er und *Otto* die Verhandlungen nur unverbindlich im eigenen Namen geführt und jegliche Entscheidung der Fraktion vorbehalten hätten. Er persönlich habe Bedenken gegen die Übernahme des Kultusministeriums, halte aber – neben dem Handelsministerium – das Ministerium des Innern für dringend erstrebenswert.

Abg. **Frhr. von Richthofen** wünscht, daß die Regierungsbildung derart vor sich gehe, daß man sich über den Ministerpräsidenten verständigt und dieser dann unter Föhlung mit den Fraktionen die Minister auswählt. Unsere Fraktion sollte das Kultusministerium den Sozialdemokraten überlassen und nur einen Unterstaatssekretär darin fordern, dagegen unbedingt das Ministerium des Innern verlangen.

Abg. **Oeser** erklärt die Beteiligung der Fraktion an der Regierungsbildung für unvermeidlich, hält aber hierbei die Einigung mit dem Zentrum für geboten. Im übrigen pflichtet er dem Vorredner bei.

Abg. **Otto** (Charlottenburg) weist darauf hin, daß die Einigung mit dem Zentrum in Weimar nicht gelungen sei. Er betrachtet eine Regierung der Linken ohne Zentrum nicht als angängig, sieht aber andererseits keine Möglichkeit, in Kulturfragen auf Kosten unserer Grundsätze Zugeständnisse zu machen.

⁴ Für eine Koalition mit SPD und Zentrum in Preußen hatte sich bereits am 4. Februar 1919 der Hauptvorstand der DDP ausgesprochen. Vgl. die Hauptvorstandssitzung der DDP vom 4. Februar 1919, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 15, S. 25–38, hier S. 26–34.

⁵ Felix *Porsch* war Vorsitzender der preußischen Zentrumsfraktion. – Felix *Porsch* (1853–1930), 1879 Rechtsanwalt am Landgericht und Oberlandesgericht Breslau, Notar, 1882 Fürstbischöflicher Konsistorialrat, Päpstlicher Geheimkammerer, 1892–1904 Präsident der Katholikentage, Vorsitzender des Landesausschusses der preußischen Zentrumspartei und Provinzialverband Niederschlesien, 1881–1893 MdR (Zentrum), 1884–1918 MdpAH, 1903–1918 erster Vizepräsident und Vorsitzender der Zentrumsfraktion, 1919/21 MdpLV, 1921–1930 MdpLT (Fraktionsvorsitzender).

⁶ Karl *Herold* war stellvertretender Fraktionsvorsitzender des preußischen Zentrums. – Karl *Herold* (1848–1930), Landwirt und Gutsbesitzer, Vorsitzender der westfälischen Zentrumsfraktion, 1890–1918 MdpAH, 1898–1918 MdR, 1919/20 MdNatVers, 1920–1931 MdR, 1919/21 MdpLV, 1921–1931 MdpLT (stellvertretender Fraktionsvorsitzender), Ehrenvorsitzender der Deutschen Zentrumspartei.

⁷ Konrad *Haenisch* (1876–1925), Buchhändler, Redakteur, vor dem Ersten Weltkrieg Mitglied des äußeren linken Flügels der SPD, seit August 1914 Exponent des rechten Parteiflügels, Redakteur und Publizist, 1918–1921 preußischer Kultusminister, 1923 kommissarischer Regierungspräsident, 1924–1925 Regierungspräsident in Wiesbaden, 1913–1918 MdpAH, 1919/21 MdpLV, 1921–1925 MdpLT.

Abg. Dr. **Friedberg** übt Kritik an den Vorgängen in Weimar. Die Nationalversammlung hätte die Führung mehr in der Hand behalten sollen. In Preußen müßten gleiche Fehler vermieden werden. Wir dürften in die Regierung nur unter Bedingungen eintreten, die unsere Zukunft nicht vernichten.

Diesen Ausführungen schließt sich Abg. Dr. **Frentzel** an.

Abg. **Dominicus** lenkt die Aufmerksamkeit auf das Verhalten des Unterstaatssekretärs *v. Gerlach*.⁸ Seine Fehler in der Polenpolitik usw. würden uns zur Last gelegt, da er unserer Partei angehört. Er empfiehlt, Herrn *v. Gerlach* zu einer Aussprache mit der Fraktion einzuladen. Redner ist ebenfalls dafür, daß wir unter allen Umständen das Ministerium des Innern verlangen, und nennt als geeignete Person den Oberbürgermeister *Koch*⁹ (Kassel).

Abg. Dr. **Schloßmann** warnt eindringlich vor Übernahme des Kultusministeriums.

Abg. **Cassel** tritt dafür ein, das Ministerium des Innern zu verlangen, das er dem Kultusministerium bei weitem vorzieht. Im übrigen erinnert er daran, daß Oberbürgermeister *Koch* in einer kommunalen Zeitschrift die Zerstückelung Preußens in eine Vielheit von Freistaaten verfochten hat.¹⁰

Abg. Dr. **Rade** billigt nicht, daß wir das Kultusministerium ausschlagen, weil es schwierig ist. Unsere Wählerschaft erwarte und wünsche, daß wir dieses wichtige Ministerium erhalten.

Abg. Dr. **Troeltsch** teilt die Bedenken gegen Übernahme des Kultusministeriums. Wir sollten es nur nehmen, wenn es uns angetragen wird.

⁸ Hellmut von *Gerlach* (1866–1935), Pazifist, Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft, Vorstandsmitglied der Deutschen Liga für Menschenrechte, 1903–1907 MdR (Hospitant der Freisinnigen Vereinigung), November 1918–März 1919 Unterstaatssekretär im preußischen Innenministerium, 1933 nach Frankreich emigriert, November 1918–Februar 1922 Mitglied der DDP. – Als Unterstaatssekretär im Innenministerium hatte Hellmut von *Gerlach* im November 1918 in Posen Verhandlungen mit dem polnischen Volksrat geführt und die künftige Gestaltung der Verhältnisse in der Provinz als eine der Friedenskonferenz vorzubehaltene internationale Frage bezeichnet, die auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker einer Regelung zugeführt werden sollte. Polnische Truppen, die bereits die östlichen Teile der Provinz Posen besetzt hatten, fühlten sich durch diese Erklärung ermutigt, weiter vorzustoßen. Wegen seiner nachgiebigen Haltung gegenüber den Polen sah sich *Gerlach* rasch heftigen Anfeindungen ausgesetzt, so daß er schließlich am 19. März 1919 zurücktrat. Vgl. SCHULTE, S. 164–171; STEPHAN, Linksliberalismus, S. 30, 34 f.; HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1146–1151; vgl. auch Hellmut von GERLACH, Meine Erlebnisse in der preußischen Verwaltung, Berlin 1919; ders., Von rechts nach links, hrsg. v. Emil Ludwig, Zürich 1937, S. 248–254; Ruth GREUNER, Wandlungen eines Aufrechten. Lebensbild Hellmut von Gerlachs, Berlin (Ost) 1965, S. 100–105.

⁹ Erich *Koch*, ab April 1925 nach dem von 1920–1924 von ihm vertretenen Wahlkreis Weser-Ems »Koch-Weser« genannt (1875–1944), 1909–1913 Stadtdirektor in Bremerhaven, 1913–1919 Oberbürgermeister in Kassel, Oktober 1919 bis März 1921 Reichsinnenminister, Juni 1928 bis April 1929 Reichsjustizminister, Januar 1924 bis Oktober 1930 Vorsitzender des Parteiausschusses der DDP, Oktober 1929 bis Oktober 1930 Vorsitzender des Vorstands, 1901–1909 MdL Oldenburg (NL), 1909–1913 Md Bürgerschaft Bremen, 1919 bis Oktober 1930 MdR (DDP/Staatspartei), 1924–1928 Vorsitzender der Reichstagsfraktion. Zu Erich Koch(-Weser) vgl. PAPKE; Attila CHANADY, Erich Koch-Weser and the Weimar Republic, in: Canadian Journal of History 7, 1972, S. 51–63; ferner Ernst PORTNER, Erich Koch-Wesers Verfassungsentwurf. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der Emigration, in: VfZ 14 (1966), S. 280–298.

¹⁰ Erich *Koch-Weser*: »Um die Reichseinheit«, CASSELER TAGEBLATT vom 17. und 18. Februar 1919, in: BA Koblenz, N 1012, NL Koch-Weser, Nr. 186. *Koch-Weser* schrieb, daß ihm eine »Eingliederung des Großstaates Preußen in seiner jetzigen Form in das Reichsganze [...] unmöglich« erscheine. Deshalb sollten unterhalb des Reiches leistungsfähige Gebilde von einer bis sechs Millionen Einwohnern geschaffen werden. CASSELER TAGEBLATT vom 18. Februar 1919, H.i.O.

Abg. **Meyer** hält die Zuziehung des Zentrums zur Regierungsbildung für erforderlich; doch müsse dann vom Zentrum gefordert werden, daß es nicht bei Wahlen, in Stadtverordnetenversammlungen usw. mit der Rechten gegen uns Bündnisse schließe. Auf das Ministerium des Innern sei ausschlaggebendes Gewicht zu legen.

Abg. Dr. **Schümer** stimmt Abg. *Rade* zu, und wendet sich gegen die gegen Herrn *v. Gerlach* erhobenen Angriffe.

Abg. Dr. **Grund** regt an, als zweites Ministerium neben dem Ministerium des Innern das Landwirtschaftsministerium zu erstreben.

Abg. **Kopsch** wünscht Teilnahme an der Regierung nur, wenn wir starken Einfluß bekommen und das Zentrum mitgeht. Auch er wendet sich gegen Herrn *v. Gerlach*, der durch seine Veröffentlichungen die Geschlossenheit der Partei gefährde.¹¹

Abg. **Scherer** verteidigt die *Gerlachsche* Polenpolitik und rät davon ab, das Zentrum, sofern es nicht unbedingt notwendig ist, zur Regierungsbildung zuzuziehen.

Abg. **Aronsohn** (Thorn) hält die Beteiligung des Zentrums für notwendig. Wegen der Frage des Kultusministeriums tritt er Abg. Dr. *Troeltsch* bei.

Abg. **Schmiljan** wünscht ein engeres Zusammenarbeiten unserer Fraktion mit der Fraktion der Nationalversammlung. Er ist auch dafür, daß vor dem Kultusministerium das Ministerium des Innern und das Landwirtschaftsministerium von uns erstrebt werden.

Abg. Dr. **Schümer** unterstützt den Vorschlag, Herrn *v. Gerlach* Gehör zu geben.

Abg. Dr. **Otto** (Marburg) beantragt, eine Kommission zu wählen mit dem Auftrage, Fühlung mit dem Zentrum zu nehmen wegen Mindestforderungen in kultureller Beziehung, auf die das Zentrum einzugehen bereit wäre.

Abg. **Jordan** fürchtet, das die Ausschaltung des Zentrums die Losreissungsbestrebungen in katholischen Gegenden stärken würde.¹² Deshalb müsse das Zentrum zugezogen werden.

Abg. Dr. **Friedberg** beantragt die Wahl zweier Kommissionen, von denen die eine wegen der Regierungsbildung mit Sozialdemokratie und Zentrum, die andere wegen eines kulturellen Programms mit dem Zentrum verhandeln soll.

Dem Vorschlage, Herrn *v. Gerlach* in die Fraktion einzuladen, widersprachen die Abg. *Meyer*, *Oeser* und *Frhr. v. Richthofen* mit der Begründung, daß Herr *v. Gerlach* kein parlamentarischer Unterstaatssekretär sei; vielmehr von den sozialdemokratischen Volksbeauftragten ausgewählt, und daß die Angelegenheit erst spruchreif sein würde, wenn die Fraktion vor der Entscheidung stände, ob sie sich Herrn *v. Gerlach* als parlamentarischen Unterstaatssekretär anrechnen lassen wolle.

Die **Fraktion** beschloß, die Wahl der Kommissionen am nächsten Tage vorzunehmen.

Der **Vorsitzende** stellte auf Grund der Erörterung fest, daß die Fraktion sich an der Regierung nur beteiligen will, wenn ihre Bedingungen angenommen und ihr 3, mindestens aber 2 Ministerien, darunter das Ministerium des Innern, überlassen werden.

Der Rest der Tagesordnung wird auf den 8. März, 10 ½ Uhr, vertagt.

¹¹ Vgl. Hellmut von *Gerlach*: Die bittere Polenfrucht, in: WELT AM MONTAG, 6.1.1919; auch ders., Meine Erlebnisse in der preußischen Verwaltung, Berlin 1919; ders., Der Zusammenbruch der deutschen Polenpolitik, Berlin 1919; vgl. auch SCHULTE, S. 164–170.

¹² Zu den regionalen Selbstständigkeitsbestrebungen vgl. MORSEY, S. 117–128; HÖMIG, S. 65–74.

2.

8.3.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 4v–7v. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: 17.30 Uhr. Protokollführer: Meyer.

Anwesend: Abg. *Kanzow* (Vorsitzender), *Aronsohn* (Thorn), Dr. *Bollert*, *Cassel*, *Dominicus*, Frll. *Dönhoff*, *Düker*, Dr. *Frentzel*, Dr. *Friedberg*, Dr. *Grund*, *Jansen*, Dr. *Jordan*, *Juds*, *Kimpel*, *Kopsch*, *Kuhle*, *Meyer* (Schriftführer), *Nebelung*, *Ommert*, *Otto* (Charlottenburg), Dr. *Otto* (Marburg), Dr. *Rade*, *Riedel*, *Scherer*, Dr. *Schloßmann*, *Schmiljan*, *Schümer*, Dr. *Troeltsch*, *Wiglow*.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Abg. **Kopsch** gegenüber einer am Tage vorher gemachten Bemerkung fest, daß die Mitteilung, er sei in Mecklenburg bei den dortigen Landtagswahlen für die Aufstellung des Herrn v. *Graefe*¹ eingetreten, unwahr sei.

Es wurde beschlossen, Punkt 4 der Tagesordnung vom 7. III. [Staat, Kirche, Schule] vorwegzunehmen.

Abg. *Otto* (Marburg) erstattete den einleitenden Bericht, dessen Vervielfältigung für die Fraktionsmitglieder in Aussicht genommen wurde.

Abg. *Cassel* unterbreitet nachstehende Richtlinien, die als Mindestforderungen bei den Beratungen zwischen ihm, *Otto* (Charlottenburg) und den sozialdemokratischen Vertretern als Mindestforderungen in Aussicht genommen worden sind:²

Staat und Volksschule.

Aufgabe und Einrichtung des gesamten Schulwesens gewährleisten das unbeschränkte Recht jedes Kindes auf Bildung und Erziehung nach Maßgabe seiner Fähigkeiten und seines Bildungswillens ohne Rücksicht auf Vermögen, Stand und Glauben der Eltern.

Auf einer gemeinsamen Grundschule bauen die weiterführenden Schulen auf. Mit dem Abbau der Vorschulen ist sofort zu beginnen. Das gesamte Berufsschulwesen ist in sich und mit den allgemeinen Bildungsanstalten so zu verbinden, daß auch auf diesem Wege ein Aufstieg bis zu einer Hochschule möglich ist.

Im Interesse des gesamten Unterrichtswesens ist der Fortfall der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst schleunigst herbeizuführen.³

Unterricht zu erteilen und Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu gründen und zu leiten, steht jedem frei, der seine sittliche, wissenschaftliche und technische Befähigung den zuständigen Staatsbehörden nachgewiesen hat.

Die Schulpflicht umfaßt die Zeit vom vollendeten sechsten bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahre. Der Schulpflicht vom vollendeten vierzehnten bis zum vollende-

¹ Albrecht von *Graefe* (1868–1933), preußischer Offizier, seit 1899 Rittergutsbesitzer auf Goldebee (Mecklenburg-Schwerin), 1899–1918 Mitglied des mecklenburgischen Landtags, 1912–1918 (Kons.), 1919/20 MdNatVers, 1920–1928 MdR (DNVP/DVFP/NSDAP), 1922 Gründer und Führer der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei, 1923 Übertritt zur NSDAP, seit 1925 Mitglied der Reichsführung.

² Das Folgende in Maschinenschrift.

³ Die Dienstzeit für »gebildete« Wehrpflichtige betrug in Preußen nur ein Jahr statt der üblichen drei bzw. seit 1893 zwei Jahre. Als Voraussetzung diente bis 1818 die Immatrikulation, bis 1868 ein halbes Jahr Untersekunda.

ten achtzehnten Lebensjahre wird in der Fortbildungsschule, in der Fachschule oder in der höheren Schule gegüt.

Besonders Begabten, so weit sie mittellos sind, ist für den Besuch höherer Lehranstalten jede mögliche Erleichterung zu gewähren.

Die öffentlichen Schulen vereinigen die Kinder aller Bekenntnisse. Der Religionsunterricht wird konfessionell getrennt in besonders dazu bestimmten Stunden [erteilt].

Um jede Beeinträchtigung der Gewissensfreiheit zu vermeiden, ist zu fordern:

1. daß ein Lehrer aus Gewissensbedenken die Erteilung des Religionsunterrichts ablehnen kann, ohne daß ihm daraus in Bezug auf seine amtliche Stellung Nachteile erwachsen;
2. daß Kinder vom Religionsunterricht befreit werden, wenn die Eltern aus Gewissensbedenken die Befreiung fordern.

Alle Schulen eines Verwaltungsgebietes haben dieselbe Oberleitung, unterstehen denselben Aufsichtsbehörden und denselben Selbstverwaltungs-Körperschaften. Die höchste Stufe der Schulverwaltung wird durch das Unterrichtsministerium gebildet.

Die Aufsicht über alle öffentlichen und privaten Schulen und Erziehungsanstalten ist ausschließlich Sache des Staates und auf allen Stufen von Fachmännern auszuüben, die selbst in dieser Arbeit gestanden haben.

In jedem Verwaltungsgebiet der Schule tritt der Schulbehörde eine aus freien Wahlen der Lehrerschaft hervorgegangene Vertretung der Lehrer beratend zur Seite. An den einzelnen Schulen können Elternbeiräte gebildet werden, denen ein angemessener Einfluß zu gewähren ist.

Die allgemeine Bildung der Lehrer erfolgt auf den zur Hochschule führenden allgemeinen Schulen, die pädagogische Fachbildung auf einer pädagogischen Hochschule oder auf der zu diesem Zwecke zu erweiternden Universität. Bis zur endgültigen Regelung wird den Lehrern für ihre Weiterbildung die Universität geöffnet. Die für den Unterricht an den höheren Schulen erforderliche wissenschaftliche, künstlerische oder technische Bildung wird auf der Universität oder den entsprechenden besonderen Hochschulen erworben.

Mit dem Lehramt dürfen kirchliche und andere Ämter nicht organisch verbunden sein.

Die gesamte schulpflichtige Jugend ist schulärztlich zu überwachen. Die bestehenden Einrichtungen zur Ergänzung und Verbesserung der Ernährung, Bekleidung, Unterbringung und Beschäftigung der Kinder sind zu erweitern und zu vervollkommen.

Die Einrichtungen für eine sachgemäße Berufsberatung sind auszubauen.

Das staatsrechtliche und finanzielle Verhältnis zwischen Staat und Kirche soll auf dem Wege der Vereinbarung und unter Vermeidung öffentlicher und persönlicher Schädigung mit dem Endziel beiderseitiger Selbständigkeit gesetzlich neu geordnet werden.

Im Anschlusse hieran führte Abg. **Cassel** aus, daß die Zentrumsvertreter sich mit diesen Richtlinien nicht einverstanden erklärt haben, sondern in den Fragen der Simultanschule, der Lehrerausbildung und der kirchlichen Überwachung des Religionsunterrichts noch Gegensätze bestehen.⁴ Er ist der Meinung, daß man eine Mitwirkung der Kirche bei der Aufsicht über den Religionsunterricht zugestehen könne, in den beiden anderen Punkten aber die liberalen Grundsätze streng festhalten müsse.

Abg. **Otto** (Charlottenburg) vertritt die gleiche Auffassung.

⁴ Zur Haltung des Zentrums in der Schulfrage vgl. die Sitzungen der preußischen Landtagsfraktion des Zentrums vom 20., 21., vor- und nachmittags, und 22. März 1919, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 4–7, S. 8–15; HÖMIG, S. 41–48; allgemein dazu auch GRÜNTAL, S. 33–104.

Abg. **Kimpel** bemängelt die in Aussicht genommene Regelung des Privatschulwesens. Privatschulen sollten nur nach Maßgabe des Bedürfnisses zugelassen werden, und dürfen kein Schulgeld erheben.

Abg. **Scherer** hält es für billig, der Kirche die Überwachung des Religionsunterrichts zuzugestehen.

Abg. **Schümer** will konfessionellen Unterricht durch die Kirchengemeinden erteilt wissen.

Abg. **Dominicus** und **Otto** (Marburg) haben gegen Einräumung einer Aufsicht über den Religionsunterricht an die Kirche kein Bedenken.

Abg. **Cassel** sieht einen weiteren Vermittlungsweg darin, daß den Lehramtskandidaten ein fakultativer Religionsunterricht erteilt wird.

Abg. Dr. **Rade** erwartet, daß das Zentrum in der Frage der Simultanschule entgegenkommt.

Hierauf werden gewählt

1. eine Kommission zur Verhandlung mit dem Zentrum über die kulturellen Fragen aus den Abg. **Cassel**, **Otto** (Charlottenburg), Dr. **Otto** (Marburg) und Dr. **Troeltsch**,

2. eine Kommission zur Verhandlung mit den anderen Parteien über die Regierungsbildung aus den Abg. **Kanzow**, **Dominicus**, Dr. **Friedberg**, **Oeser**, Dr. **Schloßmann**.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung [Gestaltung Preußens]⁵ erstattete Abg. **Cassel** den Bericht. Der Berichterstatter vertrat die Ansicht, daß Preußen in das deutsche Reich aufgehen sollte, wenn ein deutscher Einheitsstaat gegründet werden könnte; da aber bereits feststeht, daß dies an dem Widerspruche der süddeutschen Staaten scheitert, sei jede Zerschlagung Preußens aus politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gründen abzulehnen.⁶

Abg. **Jansen** erklärt, daß das bergisch-märkische Land von den Plänen der westdeutschen Republik nichts wissen wolle.

Abg. **Nebelung** teilt mit, daß die Provinz Sachsen bei Preußen bleiben wolle und den Anschluß an ein »Groß-Thüringen« ablehne.

Abg. Dr. **Frentzel** betont, daß die preußischen Handelskammern sich einstimmig – bei nur 4 Stimmenthaltungen – für Aufrechterhaltung der Staatseinheit aus wirtschaftlichen Gründen ausgesprochen haben.

⁵ Vgl. Dok. Nr. 1.

⁶ Der am 3. Januar 1919 vorgelegte Verfassungsentwurf des Staatsrechtlers und Reichsinnenministers Hugo *Preuß* sah einen dezentralisierten Einheitsstaat unter Aufteilung Preußens und umfassender Neugestaltung des Reichs vor. An die Stelle der Gliedstaaten sollten unter Einschluß Österreichs sechzehn »Gebiete« mit untergeordneten Befugnissen treten. Der zwei Wochen später überarbeitete Entwurf gab zwar die Neugliederung des Reichs in sechzehn Gebiete auf, hielt jedoch an der Auflösung Preußens fest. In den Verfassungsberatungen der Nationalversammlung spielte die Frage der unitarischen oder föderalen Ausgestaltung des Reiches eine wichtige Rolle. Vgl. die Rede von Erich *Koch* (DDP) am 28. Februar 1919, in: SBNV 1919/20, Bd. 326, S. 389–395, hier S. 395. *Koch* sprach sich entschieden gegen die Zerschlagung Preußens aus. Wenige Wochen zuvor hatte *Koch* allerdings noch eine radikale Neugliederung befürwortet. Vgl. Dok. Nr. 1. Ferner die Sitzung des Hauptvorstandes der DDP am 4. Februar 1919, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 15, S. 25–38, hier S. 34–38; auch PÄPKE, S. 45f. Zu den Verfassungsentwürfen von *Preuß* vgl. EIMERS, S. 66–70; HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1178–1181; Willibald APELT, Geschichte der Weimarer Verfassung, München 1964, S. 56–124, bes. S. 56–71; Siegfried GRASSMANN, Hugo Preuß und die deutsche Selbstverwaltung, Lübeck/Hamburg 1965, S. 92–111; Jasper MAUERSBERG, Ideen und Konzeption Hugo Preuß für die Verfassung der deutschen Republik 1919 und ihre Durchsetzung im Verfassungswerk von Weimar, Frankfurt/Bern/New York/ Paris 1991, S. 56–125.

Abg. Dr. **Schloßmann** ist ebenfalls ein Anhänger der Staatseinheit, hält es aber für erwünscht, daß wirtschaftlich zusammengehörige Gebiete innerhalb Preußens (z.B. die Regierungsbezirke Arnberg und Düsseldorf) zusammengelegt werden.

Abg. **Kanzow** weist darauf hin, daß der Geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Demokratischen Partei einstimmig beschlossen hat, eine Erklärung gegen den Preußischen Entwurf wegen der darin vorgesehenen Zerteilung des preußischen Staates abzugeben.⁷

Abg. **Ommert** erachtet zur Abwehr der Loslösungsbestrebungen für unerlässlich, daß der abschreckenden Anarchie in Berlin wirksam entgegengearbeitet wird.

Abg. **Cassel** regt an, die Stellungnahme der Fraktion in einer knappen EntschlieÙung festzulegen.

Abg. **Scherer** gibt Aufschluß über die von den rheinischen Abgeordneten veröffentlichte Erklärung: Es dürfe hieraus eine sachliche Stellungnahme nicht hergeleitet werden.⁸

Abg. Dr. **Otto** (Marburg) verteidigt die *Preußische* Idee vom unitarischen Standpunkt aus. Dieser Standpunkt verlange, daß aus den Gliedstaaten Verwaltungskörper werden, und daß nicht einer davon durch seine Übermacht die anderen erdrücke. Die Volkstimmung in Hannover neige unzweifelhaft der niedersächsischen Republik zu.⁹

Abg. Dr. **Friedberg** wendet sich gegen den Vorredner. Eine niedersächsische Republik schlage Preußen mitten durch. Die dortige Demokratie sei den Welfen ins Garn gegangen, die wahrheitswidrig behaupteten, Preußen habe 50 Jahre lang auf Kosten Hannovers gelebt. Redner bittet aber, heute wegen der geringen Zahl der Anwesenden keine EntschlieÙung zu fassen.

Abg. Dr. **Bollert** verlangt, daß in der EntschlieÙung das Bekenntnis zum Einheitsstaate vorangestellt werde.

Abg. Dr. **Schümer** meint, daß Lostrennungen nur statthaft sein dürften, wenn die Zentralgewalt dadurch gestärkt, die Zahl der Einheitsstaaten vermindert und der Wille der Bevölkerung dafür festgestellt würde.

Eine Beschlußfassung fand nicht statt.

Punkt 3 der Tagesordnung [Sozialisierung und Stellung der Arbeiterräte]¹⁰ wurde wegen der vorgerückten Zeit abgesetzt.

⁷ Vgl. die Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses am 17. und 21. Januar 1919, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 11, S. 22f., Nr. 12, S. 23f.; zum »Fall *Preuß*« in der DDP vgl. ALBERTIN, Liberalismus und Demokratie, S. 281–285.

⁸ Am 1. Februar 1919 hatte in Köln eine Versammlung der rheinischen Abgeordneten der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung getagt, auf der eine Resolution angenommen wurde, die sich im ersten Teil gegen die französischen Bestrebungen auf Abtretung des linken Rheinufers von Deutschland wandte und im zweiten Teil einem interfraktionellen Ausschuß die »weitere Bearbeitung der Pläne auf Errichtung einer Westdeutschen Republik im Verbands des Deutschen Reiches« übertrug. Die Resolution, in: HUBER, Dokumente, Bd. 3, Nr. 137, S. 117; vgl. auch KÖHLER, Adenauer und die rheinische Republik, S. 47–61; ders., Autonomiebewegung oder Separatismus, S. 67–72; SCHWARZ, Adenauer. Der Aufstieg, S. 218–221; HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1136–1138, insgesamt zum Problem des rheinischen Separatismus S. 1128–1146.

⁹ Zu den Forderungen nach freistaatlicher Autonomie Niedersachsens vgl. die Reden der Deutsch-Hannoveraner *Alpers* und *Colsborn* am 3. März 1919, in: SBNV 1919/20, Bd. 326, S. 454–457 und S. 479–481. Vgl. auch Adam *Barteld* auf der Sitzung des Hauptvorstandes der DDP am 4. Februar 1919, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 15, S. 25–38, hier S. 35f.; ferner WETTE, Noske, S. 727f.; ALBERTIN, Liberalismus und Demokratie, S. 283; EIMERS, S. 55.

¹⁰ Vgl. Dok. Nr. 1.

Von Telegrammen des Abg. *Schnackenburg*, der Beschlüsse der Fraktion für unzulässig erklärte, sowie der 5 Abgeordneten des schleswig-holsteinischen Landesverbandes, die gegen die jetzige Einberufung der Landesversammlung Einspruch erheben¹¹, wurde Kenntnis genommen.

Eine kurze Erörterung entspann sich an die Mitteilung des Abg. *Riedel* über die beabsichtigte Entfernung des Militärs aus den Betrieben. Abg. *Riedel* bezeichnete diese Maßnahme als verhängnisvoll und forderte im Gegenteil verstärkten Schutz der Arbeitswilligen gegen Gewalt.¹²

Im gleichen Sinne äußerten sich die Abg. *Kopsch*, *Cassel*, *Wiglow*, *Ommert*, *Schmiljan*.

Es wurde beschlossen, die Abg. *Kanzow*, *Kopsch* und *Riedel* zu beauftragen, sofort bei dem Reichswehrminister mündlich vorstellig zu werden und erforderlichenfalls alsdann noch ein Telegramm an die Fraktion in Weimar zu senden.

3.

12.3.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 7r–9r. Beginn: 19.00 Uhr. Ende: 21.30 Uhr. Protokollführer: *Dönhoff*. Vorsitz: *Friedberg*.

Anwesend die Abgeordneten: *Abderhalden*, *Aronsohn* (Thorn), *Berndt*, *Bollert*, *Buers*, *Cassel*, *Crüger*, *Degenhardt*, *Dominicus*, Frl. *Dönhoff*, *Ehlers*, *Frentzel*, *Friedberg*, *Goll*, *Grabowski*, *Grund*, *Heilbrunn*, Frl. *Heine*, *Jansen*, *Jordan*, *Juds*, *Kimpel*, *Kopsch*, *Kuhle*, *Meyer*, *Nebelung*, *Ommert*, *Oeser*, *Otto* (Marburg), *Rade*, *Rebehn*, *Riedel*, *Ruer*, *Scherer*, *Schloßmann*, *Schmiljan*, *Schnackenburg*, *Schreiber*, *Schümer*, *Siemen*, *Sommer*, *Struve*, *Troeltsch*, *Wenke*, *Westermann*, *Wiglow*, *Winkler*, *Wittrock*.

Abg. Dr. *Friedberg* leitet die Sitzung in Vertretung des vorläufigen Fraktionsvorsitzenden *Kanzow*, der durch Krankheit verhindert ist, und berichtet über die am 7. und 8. [März] gewesenen Sitzungen. Für die heutige liegt eine Tagesordnung nicht vor, es sind folgende Fragen zu erledigen. 1. Konstituierung der Fraktion. 2. Die Besetzung des Präsidiums der Landesversammlung. 3. Die Bildung der preußischen Regierung. 4. Der Notverfassungsentwurf.

Zur Geschäftsordnung beantragt der Abg. *Cassel* für die zur Unterhandlung mit dem Zentrum beauftragte Kommission die Ermächtigung, auch mit der Sozialdemokratie zu verhandeln.

¹¹ Der ursprünglich für den 5. März 1919 geplante Zusammentritt der verfassunggebenden Landesversammlung wurde wegen der problematischen Verkehrsverhältnisse auf den 13. März 1919 verschoben. Vgl. SCHULTHESS 1919/I, S. 114.

¹² Am 3. März 1919 war in Berlin der Generalstreik ausgerufen worden. Nach der Verhängung des Belagerungszustandes über die Stadt wurde der Streik am 8. März beendet. Die Straßenkämpfe dauerten jedoch noch bis zum 16. März an. Vgl. Ulrich KLUGE, Die deutsche Revolution 1918/1919: Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt a. M. 1985, S. 109.

Es wird über die von den Abg. *Kanzow, Riedel, Kopsch* mit dem Major *Gilsa*¹ als Vertreter des Reichswehrministers gepflogene Besprechung berichtet, welcher die sie veranlassenden Zeitungsmeldungen als irrig feststellte.

Punkt 1 [der] Tagesordnung [Konstituierung der Fraktion]:

Die Abg. *Kopsch, Friedberg, Schloßmann, Rade, Struve, Otto* (Marburg), *Meyer, Crüger* werden beauftragt zur Konstituierung der Fraktion Personalvorschläge zu machen für die Besetzung der Posten von drei Vorsitzenden, eines Geschäftsführers und zweier Schriftführer.

Punkt 2 [der] Tagesordnung [Besetzung des Präsidiums der Landesversammlung]:

Nach dem vorliegenden Entwurf ist der Vorsitzende der Landesversammlung zugleich Präsident der Regierung. Der Besetzung durch die Sozialdemokratie als der stärksten Fraktion ist zuzustimmen mit dem Vorbehalt, falls es zur Berufung eines Landespräsidenten kommt und dieser von der Sozialdemokratie gestellt wird, neu zu beschließen. Die Schaffung von insgesamt 4 [Präsidenten der Landesversammlung], also 3 Vizepräsidentensitzen, wird vorgesehen, um auch der Minderheit eine Vertretung im Präsidium zu geben. Personalvorschläge soll die für die Konstituierung der Fraktion ernannte Kommission machen.

Punkt 3 [der] Tagesordnung [Bildung der preußischen Regierung]:²

Abg. *Cassel* berichtet nochmals über die in Weimar stattgehabte Besprechung.

Dr. *Otto* (Marburg) über die Verhandlung der am 8. III. eingesetzten Kommission mit Vertretern des Zentrums.³ Deren anfängliches Mißtrauen schien zu überwinden [sic], sachliche Annäherung aber nicht erreichbar zu sein. Da das Zentrum sich der Verantwortung angesichts der schwierigen Gesamtlage bewußt ist und Beteiligung an der Regierung wünscht, ist der Versuch, zu einer für uns möglichen Übereinstimmung zu kommen, fortzusetzen.

In der Diskussion werden die verschiedenen Punkte des Schulprogramms eingehend besprochen, schließlich von Abg. *Kuhle* vorgeschlagen, dieses zunächst beiseite zu lassen und sich grundsätzlich über die Beteiligung an der Regierung zu einigen.

Abg. *Dominicus* wünscht Eintritt in dieselbe, um den Linksabrutsch der Sozialdemokratie zu verhindern, auch für den Fall, daß eine Verständigung mit dem Zentrum nicht gelingt, trotz der Gefahr der schwachen Mehrheit und des Auseinanderfallens der Reichsregierung. Bezüglich der Einheitschule hält er ein Kompromiß mit dem Zentrum [für] möglich, konfessionelle Sonderschulen dort zuzulassen, wo voll ausgebaute Anstalten für beide Konfessionen möglich sind.

Die Erörterung wendet sich der Frage der Besetzung der Ministerien zu und des Eintritts in die Regierung. Von verschiedenen Abgeordneten wird Zurückhaltung bezüglich der Mitarbeit vorgeschlagen, da man uns nötig hat und an uns herantreten wird, andererseits die Mitverantwortung unter den unsicheren Verhältnissen eine Belastung für die Partei bedeutet. Jedenfalls sind bestimmte Forderungen als Bedingung für den

¹ Erich v. *Gilsa* (1879–1963), seit 1898 preußischer Offizier, 1904/05 in der Schutztruppe in Deutsch-Südwestafrika, 1921 Hauptmann, 1917 Major, Januar 1919 Adjutant des Oberbefehlshabers *Noske*, Februar 1919 Chef dessen Stabes, September 1920 als Offizier verabschiedet, Abteilungsleiter der Gutehoffnungshütte Oberhausen, 1928–1930 MdR (DVP). Zu v. *Gilsa* vgl. auch SEVERING, Bd. 2, S. 112, 220f.

² Vgl. auch Dok. Nr. 1 und 2.

³ Vgl. dazu auch HÖMIG, S. 42.

Eintritt festzuhalten, damit nicht nur eine Mitverantwortung, sondern auch eine Mitbestimmung stattfindet. Gegen Bildung der Regierung unter Ausschluß des Zentrums werden Bedenken laut, da die Mehrheitssozialdemokratie das Heft nicht mehr fest in der Hand hat.

Abg. **Friedberg** faßt die Äußerungen dahin zusammen, daß die bürgerlichen Parteien für die Volksvertretung die Superiorität über die Regierung anstreben müssen, wir unter wohlwollender Neutralität gegenüber der Sozialdemokratie uns ihr gegenüber unabhängig halten, daher unseren Eintritt in die Regierung von bestimmten Bedingungen grundsätzlich abhängig machen müssen.

Eine informatorische Abstimmung findet über folgende vier Fragen statt: 1. über den Antrag, der sich gegen den Eintritt in die Regierung überhaupt wendet, wird gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt; 2. über Eintritt in die Regierung nur mit dem Zentrum – 31 Stimmen dafür, 14 dagegen. Frage 3, ob auch ohne Zentrum, erledigt sich damit. Frage 4, daß Eintritt nur gegen genügende Garantien geschehen soll, wird für selbstverständlich zu bejahen erachtet. Eine Formulierung des Begriffs der Garantien wird vorbehalten. Die Frage, ob in erster Linie das Ministerium des Innern zu fordern ist, wird mit allen gegen 3 Stimmen bejaht.

Der letzte Punkt der Tagesordnung [Notverfassungsentwurf] wird vertagt, Abg. *Heilbrunn* als Berichterstatter ernannt.

Eine neue Fraktionssitzung wird für den 13. III., eine halbe Stunde nach Schluß der Plenarsitzung angesetzt.

Die Kommission für die Vorbereitung der Konstituierung tagt am 13., vormittags 11 Uhr.

4.

13.3.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 9r–11v. Beginn: 16.00 Uhr. Protokollführer: Meyer und unbekannte Handschrift. Vorsitz: Friedberg.

Es fehlten Abg. *Aronsohn* (Bromberg), *Buers*, *Fenner*, *Hoffmann*, *Kochmann*, *Köller*, *Laser*, *Moritz*, Dr. *Preuß*, *Ruszezynski*.

Tagesordnung: Konstituierung [der Fraktion].

Abg. **Kopsch** berichtete über die Vorschläge der Kommission.¹ Hierauf wurden einstimmig durch Zuruf gewählt

zu gleichberechtigten Vorsitzenden Abg. Dr. *Friedberg*, *Oeser*, D. *Rade*,

zu Schriftführern Abg. Frll. *Dönhoff*, *Jansen*, *Meyer*,

zum Schatzmeister Abg. *Kopsch*,

zu Beisitzern Abg. *Cassel*, *Dominicus*, Dr. *Grund*, *Ommert*, Dr. *Otto* (Marburg), Dr. *Schloßmann*, Dr. *Struwe*,

¹ Vgl. Dok. Nr. 3.

zu Mitgliedern der Antragskommission Abg. Dr. *Bollert*, Dr. *Heilbrunn*, Frh. Dr. *Heine*, Dr. *Ruer*, Dr. *Schnackenburg*, Dr. *Schreiber*.

Ferner wurde beschlossen, zu wählen

zu Vizepräsidenten des Hauses Abg. Dr. *Frentzel*,

zum Schriftführer des Hauses Abg. *Schmiljan*,

zu Mitgliedern des Seniorenkonvents Abg. Dr. *Friedberg*, *Kanzow*, *Oeser*, zu deren Stellvertretern Abg. Dr. *Cassel*, Dr. *Crüger*, *Dominicus*.

Hinsichtlich der Benennung der von der Fraktion zu stellenden Anträge wurde festgestellt, daß Anträge von allgemein-politischer Bedeutung den Namen des nach dem Alphabet ersten Vorsitzenden, andere den des Anregenden an der Spitze tragen sollen.

Der **Vorsitzende** berichtete über eine Besprechung der Parteiführer, bei welcher die Herabsetzung der Mindestzahl für Stellung von Anträgen und Einbringung von Anfragen – die unterdessen nach dem Antrage *Herold* und Genossen² vom Plenum beschlossen worden ist – sowie die Schaffung einer dritten Vizepräsidentenstelle³ erörtert worden ist. Gegen letztere hätte sich der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion ausgesprochen. Es frage sich, ob wir dafür stimmen wollen.

Abg. **Cassel** hat Bedenken dagegen, daß wir uns bei der ersten Abstimmung in Gegensatz zur Sozialdemokratie setzen sollen.

Abg. **Frhr. von Richthofen** ist gegen die neue Stelle. Bei der Nationalversammlung habe man einen 3. Vizepräsidenten schaffen müssen, weil auch im Reichstag drei Vizepräsidenten waren. Im Abgeordnetenhaus seien dagegen nur zwei gewesen, und es liege kein Grund vor, hier der Rechten entgegenzukommen.⁴

Abg. **Schmiljan** gibt zur Erwägung, ob wir bei einer Abstimmung mit der Mehrheitssozialdemokratie eine sichere Mehrheit hätten. Dieses Bedenken wird von Abg. *Oeser* geteilt.

Abg. **Böer** und Dr. **Schnackenburg** sprechen im Sinne des Abg. *Frhr. v. Richthofen*.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird beschlossen, zunächst mit der sozialdemokratischen Fraktion Fühlung zu nehmen, und hiermit Abg. *Frhr. v. Richthofen* beauftragt.

Die **Fraktion** wandte sich darauf der Erörterung der vorliegenden Anträge zu.

Zunächst liegt ein Antrag Dr. *Bollert*, *Westermann* und Genossen vor, der lautet:⁵

»Nr.

Die verfassunggebende Preußische Landesversammlung wolle beschließen:

Die Regierung zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den das Gesetz vom 30. Juni 1894 über die **Landwirtschaftskammern** derart abgeändert wird, daß

1. alle die Landwirtschaft im Hauptberuf ausübenden Landwirte im Wege des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Verbindung mit dem Verhältniswahlsystem die Abgeordneten zur Landwirtschaftskammer wählen,

² Antrag der Abg. *Herold* und Genossen (Z) auf Annahme einer vorläufigen Geschäftsordnung, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 5, S. 81 f.

³ Vgl. ebd., hier S. 81 (C zum Abs. 1 des § 7).

⁴ Zur Debatte über den dritten Vizepräsidentenposten am 14. März 1919 vgl. ebd., Bd. 1, Sp. 23–36, zur Wahl des Präsidiums, ebd., Sp. 36–39. Vgl. auch die Rede *Friedbergs*, ebd., Sp. 27 f.

⁵ Das Folgende maschinenschriftlich.

2. besondere Abteilungen der Landarbeiter innerhalb der Landwirtschaftskammern geschaffen werden, zu denen alle landwirtschaftlichen Arbeiter im Hauptberuf im Wege des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Verbindung mit dem Verhältniswahlssystem Vertreter zu wählen haben.«^{6 7}

Die Dringlichkeit des Antrages wird anerkannt. Er soll jedoch bis zur nächsten Fraktionssitzung einer Umredigierung unterworfen werden.

Ein zweiter Antrag Dr. *Bollert*, der folgenden Wortlaut hat, soll zunächst zurückgestellt werden.⁸

»Die verfassunggebende Preußische Landesversammlung wolle beschließen:

Die Regierung zu ersuchen, im Interesse der schwer gefährdeten Volksernährung und des Wiederaufbaus der heimischen Landwirtschaft folgende Maßnahmen alsbald in die Wege zu leiten

- a. die schleunige Vermehrung und Sicherung der Produktion von künstlichen Düngemitteln (Kalk, Stickstoff, Phosphate) und ihre preiswerte Verteilung,
- b. größere, sachgemäße Schonung der Viehbestände im Interesse der Milch- und Fetterzeugung sowie der Auf- und Nachzucht,
- c. vorzugsweise Lieferung von Kohlen an die Landwirte zur Besorgung des Drusches der Reste der alten Ernte und zur rechtzeitigen Ausführung des Drusches der neuen Ernte.«^{9 10}

Von Abg. *Schloßmann* und Abg. *Rade* ist folgender Antrag eingelaufen:

»Welche Maßnahmen gedenkt die Staatsregierung zu ergreifen, um den unterwühlenden Bestrebungen erfolgreich entgegenzutreten, die auf eine Loslösung des Rheinlands von Preußen hinzielen.«

Die **Fraktion** beschließt, den Antrag als Fraktionssache zu betrachten und ihn dementsprechend, mit den Namen der drei Vorsitzenden unterzeichnet, bei der Landesversammlung einzubringen.¹¹

⁶ Am 25. Juni 1919 brachte die DDP einen entsprechenden Antrag ein, der »die Staatsregierung ersuchte, der Landesversammlung unverzüglich ein Gesetz, betreffend die anderweite Zusammensetzung der Landwirtschaftskammern vorzulegen.« Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 491, S. 768, H.i.O.

⁷ Das Folgende handschriftlich.

⁸ Das Folgende maschinenschriftlich.

⁹ Der Antrag wurde überarbeitet und als Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) auf Hebung der Landwirtschaft zur Besserung der Volksernährung, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 22, S. 94 f., am 14. März 1919 im Plenum eingebracht.

¹⁰ Das Folgende wieder handschriftlich.

¹¹ Förmliche Anfrage der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über die Loslösung der Rheinlande von Preußen, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 16, S. 91 f.

5.

14.3.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 11v–12r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Oeser.

Der Vorsitzende Abg. Oeser gibt davon Kenntnis, daß die drei Vorsitzenden gestern eine Besprechung gehabt haben, in der die Richtlinien für die Handhabung der Geschäftsführung festgelegt worden sind. Die Vorsitzenden wollen sich bemühen, allen in der Fraktion vorhandenen Kräften gerecht zu werden, nicht nur denjenigen, die sich freiwillig mit eigener Initiative besonderen Aufgaben zuwenden, sondern auch den anderen, die sich aus irgendwelchen Gründen zunächst noch zurückhalten und darauf warten, an welche Stelle sie gestellt werden. Es sei aber erforderlich, daß sich die Fraktionsmitglieder darüber klar würden, daß es nicht die Aufgabe der Fraktionsarbeit sei, Reden zu halten und zu hören, daß es vielmehr nur darauf ankomme, die Hauptgesichtspunkte festzulegen, nach denen die Fraktion im Plenum handle. Nach draußen müsse jedenfalls die Fraktion stets geschlossen auftreten.

Der Vorsitzende gibt weiter davon Kenntnis, daß der Abg. Iversen (Schleswig-Holstein) als Gast anwesend sei. Er will bei seinen Wählern anfragen, ob sie damit einverstanden sind, daß er sich der Fraktion anschließe. Weiter teilt der Vorsitzende mit, daß die gegenwärtige Regierung dem früheren fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Lippmann¹ das Oberpräsidium von Pommern angeboten hat.

Auf Antrag des Abg. Dr. Jordan werden die drei Schriftführer mit der Ausarbeitung einer neuen Geschäftsordnung beauftragt.

Abg. Riedel gibt dann einen Überblick über die Rede, die er im Anschluß an die Interpellation Hoffmann, betr. Aufhebung des Standrechts, halten will.² In der Hauptsache gehen die Ausführungen dahin, daß wir zur Zeit den Belagerungszustand nicht entbehren können besonders nicht im Hinblick auf die Vorbereitungen zu einem neuen Streik, die augenblicklich im Gange sind. Die Forderung der Fraktion müsse dahin gehen, daß die Entwaffnung jetzt wirklich gründlich vorgenommen wird.

Ganz besonders müsse davor gewarnt werden, daß die Regierung immer neue Zugeständnisse mache und dadurch noch weiter nach links abgedrängt werde.

¹ Julius Lippmann löste im April 1919 den ehemaligen deutschen Reichskanzler Georg Michaelis als Oberpräsidenten von Pommern ab. – Julius Lippmann (1864–1934), Rechtsanwalt in Stettin, 1908–1918 MdpAH (Fortschrittliche Volkspartei, 2. stellvertretender Fraktionsvorsitzender), 1919/20 MdNatVers (DDP), April 1919–April 1930 Oberpräsident von Pommern. Vgl. MÖLLER, Die preußischen Oberpräsidenten, S. 329, 330f.; BRANIG, Oberpräsidenten, S. 104f.; FENSKE, Die Verwaltung Pommerns, S. 31f.

² Der Antrag der Abg. Adolph Hoffmann und Genossen (USPD) auf Aufhebung des Standrechts und des Belagerungszustands, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 15, S. 91, wurde in der 2. und 4. Sitzung am 14. und 17. März 1919 verhandelt und abgelehnt. Vgl. auch die Rede des Abg. Riedel (DDP) am 17. März 1919, ebd., Bd. 1, Sp. 221–239. Am 3. März 1919 war mit Beginn des Generalstreiks der Belagerungszustand über Berlin verhängt worden. Vgl. auch Dok. Nr. 2. Seit dem Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919 wandte die Reichsregierung das überkommene Recht zur Verhängung des Belagerungszustandes wieder uneingeschränkt an, nachdem die Revolutionsregierung aus Scheu, sich der tradierten Ausnahmegewalt zu bedienen, auf das Recht der revolutionären Diktaturgewalt zurückgegriffen hatte. Im Februar 1919 waren bereits in verschiedenen Teilen Preußens außerordentliche Kriegsgerichte tätig. Zum Standrecht vgl. HANDWÖRTERBUCH ZUR DEUTSCHEN RECHTSGESCHICHTE. Hrsg. v. Adalbert Erler und Ekkehard Kaufmann, Bd. 4, Berlin 1990, Sp. 1919f.

Abg. **Oeser** berichtet, in welchem Sinne er Stellung nehmen werde zu der Interpellation. Die Demokratie sei ohne Rechtssicherheit undenkbar. Eine schwere Schuld liege auf der Entente, die durch das Vorenthalten der dringend notwendigen Lebensmittel die Unzufriedenheit und den Hunger hervorgerufen habe. Das Standrecht sei nach den Erklärungen *Noskes* eine Folge der Not.

Abg. **Cassel**: Das Gesetz [kennt] kein Standrecht, es kennt vielmehr nur den Belagerungszustand. Die Regierung wird sich voraussichtlich nach der Theorie von der Notwehr rechtfertigen. Juristisch ist das Standrecht nicht zu begründen. Jedenfalls sollten die Fraktionsredner diese Frage am besten nicht berühren.

Abg. Dr. **Schnackenburg**: Das Standrecht findet allein in der staatsrechtlichen Notwendigkeit seine Rechtfertigung.

Abg. Dr. **Bollert**: Hier steht Gewalt gegen Gewalt, infolgedessen können wir uns um die juristische Begründung des Standrechts nicht kümmern. Wir würden die Position der Regierung schwächen, wenn wir uns in juristische Auseinandersetzungen einlassen.

Abg. **Dominicus** gibt zur Schilderung der Notlage, in welcher sich die Regierung befunden habe, davon Kenntnis, daß sich in Lichtenberg an den wenigen vorhandenen Brunnen die Menge gestaut habe. Dann seien die Geschosse in diese Menge hinein gefahren. Im Krankenhause habe wegen des Wasser- und Lichtmangels 8 Tage lang keine Operation stattfinden können.³

Abg. Dr. **Crüger**: Wenn wir den Versuch machen, den Terror zu rechtfertigen, dann laufen wir Gefahr, daß sich dieser Terror eines Tages gegen uns wendet.

Abg. Dr. **Meyer**: Die Bedenken, die gegen die Ablehnung des Antrages *Hoffmann* ins Feld geführt werden, sind nicht so einfach von der Hand zu weisen. Jedenfalls ist es ein schwerer Entschluß, den Terror zu rechtfertigen, weil das sehr leicht ernste Konsequenzen nach sich ziehen kann. Wir müssen feststellen, wie sich die Mehrheitssozialisten und das Zentrum zu dem Antrag verhalten.

Abg. Dr. **Crüger** befürwortet einen Antrag, nach dem sofort eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden soll für Standrecht und Belagerungszustand.

Abg. **Kuhle** tritt dafür ein, daß die Fraktion eine Vertrauenskundgebung für die Regierung beantragen möge.

Abg. **Cassel**: Der Antrag *Crüger* ist ja eine Verbeugung vor den Unabhängigen. Das Standrecht ist formell ja gar nicht verfügt. In den betreffenden Bekanntmachungen ist von Standrecht überhaupt nicht die Rede.

Abg. Dr. **Friedberg**: Das Standrecht ist Notrecht. Fragen wir nach der juristischen Begründung, so schwächen wir die Position der Regierung. Das Zentrum wird den Antrag glatt ablehnen.

Abg. Dr. **Schloßmann** berichtet über die Vorgänge in Düsseldorf.⁴ Dort seien die Spartakisten des öfteren verhaftet worden, um am anderen Tage wieder freigelassen zu

³ Nachdem es am 8. März 1919 in Berlin-Lichtenberg zu Ausschreitungen und Schießereien gekommen war, hatte Reichswehrminister Gustav *Noske* am folgenden Tag den Befehl gegeben, jeden, »der mit Waffen in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, [...] sofort zu erschießen«. Die Unruhen ebten daraufhin ab. Am 13. März konnte Lichtenberg kampfflos besetzt werden. Die Zahl der Toten belief sich auf etwa 1.200. Zur Situation in Berlin Anfang März während des Generalstreiks vgl. SCHULTHESS 1919/I, S. 109–111, Zitat S. 110.

⁴ Am 17. Februar 1919 war im Ruhrgebiet nach dem Einmarsch von Regierungstruppen der Generalstreik proklamiert worden, der vier Tage später abgebrochen wurde. Die spartakistischen Unruhen dauerten jedoch bis zur Besetzung von Hamborn und Düsseldorf durch Regierungstruppen am 27. und 28. Februar an. Vgl. SCHULTHESS 1919/I, S. 72.

werden. Die Regierung habe deshalb in Notwehr gehandelt. Redner befürwortet auch den Antrag *Kuble*.

Abg. Dr. **Schnackenburg**: Es kann nicht Aufgabe der Fraktion sein, ein Vertrauensvotum für die vorläufige Regierung auszusprechen.

Dieser Auffassung schließt sich die Mehrheit der Fraktion an.

Abg. Dr. **Schnackenburg** berichtet über die Verhandlungen der landwirtschaftlichen Kommission.⁵ Der Antrag *Bollert* hat jetzt folgende Fassung erhalten:^{6 7}

»Die verfassunggebende Preußische Landesversammlung wolle beschließen:

die Regierung zu ersuchen, im Interesse der schwer gefährdeten Volksernährung, die auch künftig in erster Linie auf der Leistungsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft beruhen muß, folgende Maßnahmen unverzüglich in die Wege zu leiten

a. die schleunige Vermehrung und Sicherung der Erzeugung von künstlichen Düngemitteln (Kali, Stickstoff, Phosphate) und ihre gerechte und preiswerte Verteilung,

b. bei der erforderlichen Inanspruchnahme der Viehbestände auf die Milch- und Fetterzeugung sowie die Auf- und Nachzucht gebührend Rücksicht zu nehmen unter energischer Bekämpfung des Schleichhandels und angemessener Festsetzung der Schlachtviehpreise,

c. der Landwirtschaft die für ihre Betriebe erforderlichen Kohlen und Brennstoffe zur Verfügung zu stellen.

Berlin, den 14. März 1919

Dr. *Friedberg* *Oeser* Dr. *Rade*

und die übrigen Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei.«⁸

In dieser Fassung soll der Antrag von der **Fraktion** eingebracht werden.

Von dem Abg. *Schmiljan* wird folgender Antrag eingebracht:⁹

»Nach vorliegenden Meldungen beabsichtigen unsere Feinde im schärfsten Widerspruch zu den von beiden Seiten angenommenen 14 *Wilson'schen* Punkten¹⁰ weite Gebiete Posens, West- und Ostpreußens und Oberschlesiens sogar Danzig gewaltsam von Preußen abzutrennen und dem polnischen Staat einzuverleiben.

Welche Schritte hat die Staatsregierung unternommen, um diesen widerrechtlichen mit der *Wilson'schen* Erklärung unvereinbaren Gewaltakt von dem preußischen Staate und den deutschen Bewohnern der genannten Provinzen abzuwenden?«^{11 12}

⁵ Es handelte sich um eine fraktionsintern gebildete Kommission. Vgl. Dok. Nr. 4.

⁶ Der Antrag *Bollert* wurde als Antrag der Abgeordneten Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) auf Hebung der Landwirtschaft zur Besserung der Volksernährung, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 22, S. 94 f., eingebracht.

⁷ Das Folgende maschinenschriftlich.

⁸ Das Folgende handschriftlich.

⁹ Das Folgende maschinenschriftlich.

¹⁰ Eine Forderung des 14-Punkte-Programms des US-Präsidenten Woodrow *Wilson* vom 8. Januar 1918 bezog sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. *Wilson's* Kongreßbotschaft (»Die Vierzehn Punkte«), in: HUBER, Dokumente, Bd. 3, Nr. 160, S. 222 f. – Woodrow *Wilson* (1856–1924), 1913 bis 1921 Präsident der USA.

¹¹ Der Antrag wurde als Förmliche Anfrage der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP), betr. die Trennung von Teilen Posens, West- und Ostpreußens und Oberschlesiens von Preußen, am 14. März 1919 eingebracht. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 20, S. 94. Am 16. Februar 1919 war in Trier der Waffenstillstandsvertrag zwischen Deutschland und Polen unterzeichnet worden. Die Polen setzten jedoch die Kampfhandlungen fort. Vgl. SCHULTHESS 1919/I, S. 71.

¹² Das Folgende handschriftlich.

Die **Fraktion** wird dieser Anfrage in der vorliegenden Fassung beim Hause einbringen. Desgleichen findet folgender Antrag die Zustimmung der Fraktion:¹³

»Die verfassunggebende Preußische Landesversammlung wolle beschließen:

von der Regierung eine Erklärung zu fordern, ob und wenn ja, in welchem Umfange die geistliche Ortsschulaufsicht in Preußen zur Zeit noch besteht.«^{14 15}

Folgender Antrag Dr. *Schreiber* wird der Antragskommission überwiesen:

»Die verfassunggebende Preußische Landesversammlung wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, im Interesse der Gewährleistung einer angemessenen Berücksichtigung der Minderheiten und der Durchführung des Verhältniswahlsystems bei den Wahlen zu den Kreistagen die Zusammenlegung der Gemeinden in Wahlbezirke zu veranlassen, in denen mindestens 6 Abgeordnete zu wählen sind.«¹⁶

Weiter wird noch folgender Antrag *Meyer* angenommen:

»Die Fraktion möge einen Ausschuß einsetzen zur Prüfung der Frage, ob bzw. in welchem Umfange die Aufhebung der Zwangswirtschaft zu fordern ist. Der Ausschuß soll berechtigt sein, Sachverständige zu seinen Beratungen zuzuziehen.«¹⁷

6.

15.3.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 13v–r. Beginn: 10.15 Uhr. Ende: 13.45 Uhr. Protokollführer: Meyer. Vorsitz: Rade.

Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte Abg. **Oeser** die Frage der Listenverbindung für Ausschußwahlen zur Sprache.

Der Vorstand wurde beauftragt, diese Angelegenheit zu prüfen.

Nach Verlesung vorliegender Anträge berichtete Abg. Dr. **Heilbrunn** über den vorläufigen Verfassungsentwurf¹ (Nr. 5 der Tagesordnung des Plenums), wobei er insbesondere die Fragen der Einsetzung eines Staatspräsidenten und der Übertragung der Finanzkontrolle an die Landesversammlung zur Erörterung stellte.

Abg. **Oeser** beleuchtete die Nachteile des durch den Wegfall eines Staatspräsidenten möglichen Vacuums, beispielweise, wenn die Landesversammlung am Zusammentritt gehindert sei. Es müsse für diese Eventualitäten Vorsorge getroffen werden, auch wenn

¹³ Das Folgende maschinenschriftlich.

¹⁴ Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP), betr. die geistliche Ortsschulaufsicht, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 21, S. 94.

¹⁵ Das Folgende handschriftlich.

¹⁶ Dringender Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über die Zusammensetzung der Kreistage, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 59, S. 113.

¹⁷ Vgl. den Antrag der Abg. Dr. *Abderhalden* und Genossen (DDP) auf Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung leicht verderblicher Nahrungsmittel und der Kartoffeln vom 18. März 1919. Vgl. ebd., Nr. 58, S. 112.

¹ Gesetzentwurf zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 14, S. 90f.

– was vorzuziehen sei – statt des Präsidenten der Landesversammlung deren Präsidium die Regierung zu berufen habe.

Abg. **Cassel** vermißt die Regelung des Verordnungsrechts.² Er hält die Schaffung eines Staatspräsidenten für notwendig, zumal ihm außer der Berufung der Regierung auch andere Aufgaben obliegen.

Abg. Dr. **Friedberg** findet die der Landesversammlung eingeräumten Rechte nicht genügend. Neben der Regelung des Verordnungsrechts müsse die Vorlegung eines Übergangsgesetzes verlangt werden. Er gibt zu erwägen, ein Kollegium zur Berufung der Regierung einzusetzen.³

Abg. Dr. **Schnackenburg** hält die Einsetzung des Staatspräsidenten für eine Notwendigkeit. Die Bedenken hiergegen seien nicht zu verkennen; wolle man ihnen Rechnung tragen, so sei der einzige Ausweg, die Befugnisse des Präsidenten der Landesversammlung genau zu umschreiben und für alle Eventualitäten dabei vorzusorgen.

Abg. Dr. **Grund** tritt für ein Direktorium zur Berufung der Regierung ein.

Abg. **Meyer** spricht für Einsetzung eines Staatspräsidenten.

Abg. Dr. **Schreiber** wünscht eine Exekutivgewalt nach Art der amerikanischen Gouverneure (Landeshauptmann oder dergleichen), ferner die Beseitigung des Rechtes der Regierung, Gesetze auf dem Verordnungswege zu ändern.

Abg. Dr. **Berndt** bekämpft die Einsetzung eines Staatspräsidenten, der einen Gegenpol gegen die Reichsgewalt bilden und gegenrevolutionären Strömungen Vorschub leisten könnte.

Abg. Dr. **Bollert** lehnt vom deutschen Standpunkt aus den Staatspräsidenten ab.

Abg. **Scherer** tritt dem bei. Man müsse zunächst für die Übergangszeit den Versuch machen, ohne Staatspräsidenten auszukommen.

Es wurde beschlossen,

von der Stellung von Anträgen in 1. Lesung abzusehen,

zum Fraktionsredner zu bestimmen Abg. Dr. *Heilbrunn*⁴,

in den Ausschuß zu senden Abg. *Heilbrunn, Friedberg, Oeser, Bollert, Schreiber* – letzteren gegebenenfalls als Vertreter.

(Stimmergebnis *Heilbrunn* 41, *Friedberg* 39, *Oeser* 35, *Bollert* 26, *Schreiber* 24).

Den Kommissionsmitgliedern wurde zur Pflicht gemacht, vor der Abstimmung in der Kommission der Fraktion zu berichten, oder, falls dies nicht möglich sein sollte, in der Kommission unter Vorbehalt abzustimmen.

Nächste Sitzung Montag 10 Uhr.

² Das Verordnungsrecht fand Eingang im Artikel 55 der preußischen Verfassung von 1920. Vgl. VOGELS, S. 134–139; MÖLLER, Parlamentarismus, S. 224 f., 429–454.

³ Vgl. auch die Rede Dr. *Friedbergs* vom 19. März 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 1, Sp. 351–355.

⁴ Die Rede des Abg. Dr. *Heilbrunn* in der 3. Sitzung am 15. März 1919, in: ebd., Sp. 148–154.

7.

18.3.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 14v–r. Beginn: 16.15 Uhr. Protokollführer: Meyer. Vorsitz: Rade.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhob Abg. **Dominicus** Einwendungen gegen den Antrag Nr. 28 wegen Nr. III und IV.¹ Die Aussprache, die sich hieran knüpfte, ergab, daß bei Einbringung des Antrags ordnungsmäßig verfahren worden ist.

Tagesordnung:

1. Vorliegende Anträge
2. Geschäftsordnung
3. Plenum vom 19. März

Zu Punkt 1 der Tagesordnung [Vorliegende Anträge]:

a. Abg. Dr. **Schreiber** begründete die Einbringung des Antrags, die Regierung zu ersuchen, die Verordnung, betr. die Zusammensetzung der Kreistage, der Landesversammlung unverzüglich zur Nachprüfung vorzulegen und die Abänderung dieser Verordnung insbesondere in der Richtung einer angemessenen Berücksichtigung der Minderheiten durch Bildung größerer Wahlbezirke und allgemeine Einführung der Verhältnisswahl ins Auge zu fassen.²

Es wurde demgemäß beschlossen.

b. Abg. Dr. **Abderhalden** wünscht die Einbringung des Antrags, eine Ernährungs-kommission von 21 Mitgliedern zu bilden.

Es wurde demgemäß beschlossen.³

c. Abg. Dr. **Abderhalden** begründete die Einbringung des Antrags:

»Es sind alle leicht verderblichen und daher für die Rationierung ungeeigneten Nahrungsmittel so bald als möglich frei zu geben. In Betracht kommen Eier, Gemüse, Obst, und für die nächste Ernte soweit als möglich die Kartoffeln.«

Abg. **Meyer** regte an, diesen Antrag der zu bildenden Kommission, betr. Zwangswirtschaft, zu überweisen. Diese Anregung fand keine Zustimmung.

¹ Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP), betr. Teuerungszulagen für Beamte usw. und Sicherstellung ihrer erworbenen Rechte, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 28, S. 97f. Der Antrag forderte, »die laufenden Teuerungszulagen und Kriegsbeihilfen der Beamten und Lehrer unter Ausschaltung der Unterscheidung zwischen teuersten und teuren Orten mit Wirkung vom 1. Dezember 1918 durchgreifend zu erhöhen und diese Maßnahmen beschleunigt durchzuführen«. H.i.O. Den Ruhegehaltsempfängern und Hinterbliebenen sollten die gleichen Zulagen gewährt werden. Gleichzeitig wurde eine »durchgreifende Besoldungsreform« gefordert, nach der die Anfangsgehälter »wesentlich« erhöht werden sollten, um die Not der jungen Beamten und Lehrer zu beheben. Ferner waren die »erworbenen Rechte der Beamten« sicherzustellen, ein neues Beamten- und Disziplinarrecht zu schaffen, das Koalitionsrecht zu sichern, Beamtenausschüsse und Beamtenkammern einzurichten. Punkt III lautete: »die Dienstjahre während des Krieges für die im Heimatdienst verbliebenen Beamten und Lehrer doppelt anzurechnen«, Punkt IV: »dahin zu wirken, daß die vorstehend aufgeführten Maßnahmen auch auf die Beamten der Selbstverwaltung ausgedehnt werden«.

² Zum Antrag, betr. die Zusammensetzung der Kreistage, vgl. Dok. Nr. 5.

³ Dringender Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) auf Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der Ernährungsfrage, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 60, S. 113.

Nach Aussprache wurde beschlossen, den Antrag in einer abgeänderten Formulierung (Antrag *Meyer-Wittrock*) anzunehmen.⁴

In die Kommission zur Verhandlung über die Regierungsbildung wurde an Stelle des Abg. *Kanzow* Abg. *Frhr. v. Richthofen* gewählt.

Hierauf wurde von Punkt 3 der Tagesordnung [Plenum vom 19. März] das Verfassungsgesetz vorweg genommen, worüber Abg. *Dr. Heilbrunn* berichtete.

Abg. *Oeser* warf die Frage auf, ob der von den demokratischen Mitgliedern des Ausschusses ohne Erfolg im Ausschusse gestellte Antrag, daß der Ministerpräsident von der Landesversammlung zu bestimmen ist, im Plenum wiederholt werden soll.

Es wurde beschlossen, den Antrag zu wiederholen.⁵

Abg. *Dr. Bollert* regt an, eine Erklärung zugunsten des unitarischen Gedankens abzugeben. Dieser Anregung wurde von verschiedenen Seiten widersprochen.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung [Vorliegende Anträge] zurückkehrend billigte die **Fraktion** den Antrag *Dr. Crüger*, betr. Wiederaufbau des geschädigten Mittelstandes⁶, der den Mitgliedern bereits zugegangen war.

Ein Antrag *Riedel*, betr. Aufrechterhaltung der Ordnung, soll zunächst den Mitgliedern im Umdruck mitgeteilt werden.⁷

8.

19.3.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 15v–r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: *Oeser*.

Den Vorsitz führt Herr Abg. *Oeser*, der mitteilt, daß um 1 Uhr eine Sitzung des Ältestenrates stattfindet, in der die Frage der Absperrung des Abgeordnetenhauses besprochen werden soll.¹

Zunächst berichtet Abg. *Jansen* über die Verhandlungen des interfraktionellen Ausschusses, der am 18. März die Frage der westdeutschen Republik behandelt hat.² Es ist

⁴ Antrag der Abg. *Dr. Dr. Abderhalden* und Genossen (DDP) auf Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung leicht verderblicher Nahrungsmittel, in: ebd., Nr. 58, S. 112; vgl. auch Dok. Nr. 5.

⁵ Antrag der Abg. *Dr. Friedberg* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen, in: ebd., Nr. 63, S. 117f. Vgl. auch die Reden des Berichterstatters *Dr. Heilbrunn* (DDP) und des Abg. *Dr. Friedberg* in der 5. Sitzung am 19. März 1919, in: ebd., Bd. 1, Sp. 328–333, hier Sp. 330f., und Sp. 351–355, und die Rede des Abg. *Oeser* in der 6. Sitzung am 20. März 1919, in: ebd., Sp. 382–385.

⁶ Antrag der Abg. *Dr. Crüger* (Charlottenburg) und Genossen (DDP) über den Wiederaufbau des Mittelstandes, in: ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 62, S. 117.

⁷ Der Antrag wurde umgewandelt in die Dringliche Förmliche Anfrage der Abg. *Riedel* (Charlottenburg) und Genossen (DDP) vom 25. März 1919 über die Vergewaltigung des parteipolitisch neutralen Eisenbahnverbandes in Graudenz. Vgl. ebd., Nr. 116, S. 160.

¹ Vgl. die Sitzung des Ältestenrats vom 19. März 1919, 13.10 bis 14.25 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 1.

dort eine Resolution befürwortet worden, die jetzt den Fraktionen zur Beschlussfassung vorgelegt worden ist. Das Zentrum möchte die Interpellation über die Rheinlande im Plenum nicht behandelt sehen und durch die Annahme einer einmütigen Resolution über die ganze Frage hinweggehen.

Abg. **Schloßmann** tritt einer solchen Erledigung der Angelegenheit entgegen und befürwortet, mit der Mehrheitssozialdemokratie in Verbindung zu treten und dafür einzutreten, daß die Interpellation im Plenum behandelt werden soll.

Abg. Dr. **Struve** stellt den Antrag, man solle mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung treten, um zu erfahren, wie man dort über die Behandlung des Gegenstandes denke.

Abg. **Schmiljan** hält die Besprechung der Interpellation im Plenum für nötig, ist aber dafür, daß man sich vorher mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung setzt.

Abg. **Oeser** stellt fest, daß es die Meinung der Fraktion ist, mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung zu treten, und zwar soll das in diesem außergewöhnlichen Fall vom Seniorenkonvent aus geschehen, der allerdings die Vertreter der Fraktionen hinzuziehen soll, die als Sprecher in dieser Frage vorgesehen sind.

Abg. Dr. **Ruer** glaubt, daß es unvermeidlich sein werde, in der Besprechung auf die Loslösungsbestrebungen im einzelnen einzugehen und dadurch dem Auslande zu zeigen, wie stark diese Bestrebungen sind, und befürwortet, daß man eine einheitliche Entschließung faßt.

Abg. **Scherer** glaubt, daß man sich auf Grund des Kölner Beschlusses vom 1. Februar einigen könne.³

Abg. **Jansen** hebt hervor, daß die Befürworter der Rhein-Republik sich um die Beschlüsse der Nationalversammlung in Weimar nicht kümmern wollen. Die ganze Frage ist ja nur, in welchem Abstimmungsbezirk die Abstimmung vorgenommen werden soll.

Abg. Dr. **Bollert** hält es für angebracht, daß man doch diese ganze Frage nur von den großen Gesichtspunkten der Einheit Deutschlands aus betrachten könne. Wir könnten doch nicht immer wieder die partikularistischen Sonderwünsche durchsprechen. Es wäre angebracht eine Besprechung der Abgeordneten zu veranstalten, die auf dem Boden des Unitarismus stehen.

Abg. **Kopsch** ist auf das Schärfste gegen solche Sondergründungen. Die Wahl sei unter dem Gesichtspunkt der Unteilbarkeit Preußens vorgenommen worden.

Abg. Dr. **Dominicus** stellt einen Antrag auf Schluß der Debatte.

Es wird beschlossen, den Weg zu gehen, den Abg. *Oeser* vorgeschlagen hat. Als Redner werden bestimmt die Abg. *Schloßmann* und *Jansen*.⁴ Bei Behandlung der Tagesordnung des Plenums wird beschlossen, den Antrag *Hoffmann*⁵ abzulehnen, den Antrag *Auch*⁶ anzunehmen.

² In der interfraktionellen Besprechung wurde der Antrag des Abg. *Gräf* (Frankfurt) zur Rheinlandfrage angenommen und als Antrag der Abg. *Gräf* (Frankfurt), Dr. *Friedberg*, *Hergt*, Dr. v. *Krause* (Ostpreußen) und Genossen (SPD, Z, DDP, DNVP, DVP) über die Lostrennungsbestrebungen in Preußen eingebracht. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 101, S. 136. Vgl. auch ZENTRUMS-FRAKTION, Nr. 3, S. 5–7, hier S. 5, Anm. 2 und 14.

³ Vgl. Dok. Nr. 2.

⁴ Die Rede des Abg. Dr. *Schloßmann* in der 7. Sitzung am 21. März 1919, SBpLV 1919/21, Bd. 1, Sp. 443–455, die Rede des Abg. *Jansen* in der 8. Sitzung am 22. März 1919, ebd., Sp. 536–543.

⁵ Der Antrag der Abg. *Adolph Hoffmann* und Genossen (USPD) auf Aufhebung des Belagerungszustandes, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 15, S. 91, mit dem Abänderungsantrag, ebd., Nr. 48,

Bei der Besprechung der Tagegeldvorlage⁷ erhebt Dr. **Struve** Einspruch dagegen, daß die Abgeordneten auch 1000 M erhalten, wenn sie nicht zur Landesversammlung versammelt sind.

Diese Bedenken wurden von dem Abg. Dr. **Bollert** geteilt.

Abg. **Kopsch** glaubt, daß sofort nach dem Friedensschluß neue Wahlen stattfinden müssen.

Abg. **Schmiljan** hält es für nicht angebracht, daß man über diese Frage im Plenum spricht.

Abg. **Dominicus** hält es für angebracht, daß eine bindende Erklärung dahin abgegeben wird, daß die Tagegelder nicht dann bezahlt werden, wenn die Versammlung nicht tagt.

Abg. **Meyer** hält eine solche Bestimmung für unmöglich. Wir haben doch keine Veranlassung gegen ein Gesetz Einspruch zu erheben, das jetzt endlich in einem von den alten Parlamenten beantragten Sinne eingebracht worden ist.

Abg. Dr. **Heilbrunn** hält es auch für bedenklich, daß sich die Abgeordneten ein festes Gehalt bewilligen, obwohl es doch möglich sei, daß das Haus Monate lang nicht versammelt sei.

Abg. **Kopsch** macht darauf aufmerksam, daß die Abgeordneten doch auch wesentliche Ausgaben haben, die es begründet erscheinen lassen, daß entsprechende Vergütungen gewährt werden. Wie wäre es denn zu rechtfertigen, daß für den einen Monat 1000 M bezahlt werden, in dem die Abgeordneten die ganze Zeit versammelt sind, und dann zum Teil größere Ausgaben haben, im nächsten Monat aber nichts bezahlt wird.

Abg. **Ommert** macht darauf aufmerksam, daß die Arbeiter nicht mehr mitarbeiten können, wenn nicht eine entsprechende Vergütung gewährt wird.

Als Redner für die landwirtschaftlichen Anträge werden bestimmt *Abderhalden, Westermann* und *Ehlers*.⁸

Nächste Sitzung Donnerstag vormittag, 10 Uhr.

S. 108f., wurde am 19. März 1919 in der Landesversammlung abgelehnt. – Adolph *Hoffmann* (1858–1930), Maler und Vergolder, 1916 Vorsitzender des Zentralvorstands der sozialdemokratischen Wahlvereine von Groß-Berlin, 1917 Mitglied der USPD, November 1918–Januar 1919 Wissenschaftsminister (in Gemeinschaft mit Konrad *Haenisch*), Dezember 1920 VKPD (Mitglied des Zentralausschusses), September 1922 wieder SPD, 1925–1930 Stadtverordneter in Berlin, 1904–1907 MdR, 1908–1918 MdpAH, 1919/21 MdpLV, 1921 MdpLT (KPD), 1920–1924 MdR (USPD, KPD, SPD), 1928–1930 MdpLT.

⁶ Der Antrag der Abg. *Auch* und Genossen (SPD) über die Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung der Vorgänge bei den Unruhen in Berlin, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 35, S. 101f., wurde am 19. März 1919 im Plenum angenommen. – Johann *Auch* (geb. 1880), Gewerkschaftssekretär, Rybnik (Oberschlesien), 1919/21 MdpLV, 1921–1924 MdpLT (SPD).

⁷ Gesetzentwurf über die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 40, S. 106f. Die Abgeordneten erhielten eine monatliche Aufwandsentschädigung von 1000 M. Vgl. ebd., S. 106, § 1 Abs. 2. Zur Diätenregelung vgl. auch MÖLLER, Parlamentarismus, S. 177f.

⁸ Gemeint ist die Beratung des Antrags der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) auf Hebung der Landwirtschaft zur Besserung der Volksernährung, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 22, S. 94f., und der damit verbundenen Anträge. Diese Anträge wurden in der 13. und 14. Sitzung am 28. und 29. März 1919 im Plenum diskutiert. Den demokratischen Antrag vertrat am 28. März 1919 der Abg. Dr. *Abderhalden*. Vgl. ebd., Bd. 1, Sp. 984–990.

9.

20.3.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 16v–18r. Zeit: Vormittags und Nachmittags, 13.30 Uhr – 15.15 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift und Dönhoff. Vorsitz: Oeser.

Der Vorsitzende Abg. **Oeser** macht davon Mitteilung, daß der Anregung der demokratischen Fraktion entsprechend heute Nachmittag 1 Uhr eine Versammlung des Seniorenkonvents, der Redner der Parteien, der Vertreter des Staatsministeriums und eines Vertreters des Auswärtigen Amtes stattfinden soll zur Besprechung der Frage »Rheinland«.¹

Abg. **Wittrock** teilt mit, daß die schleswig-holsteinischen Abgeordneten mit einem besonderen Antrag in der Frage der Loslösungsbestrebungen vorgehen wollen.² Da dieser Schritt mit dem Auswärtigen Amt besprochen worden ist, sind keine Einwendungen zu machen.

Abg. **Schmiljan** teilt mit, daß von einem Herrn der Zentrumsfraktion an ihn herangetreten sei mit der Anregung, einen interfraktionellen Ausschuß zur Beratung von Beamtenfragen zu bilden.³ Die Fraktion ist damit einverstanden, daß zu diesem Ausschuß auch Vertreter der Deutschen Demokratischen [Partei] entsandt werden. Die Wahl fällt auf die Herrn Abg. *Schmiljan*, *Otto*⁴, *Höfler* und als Ersatzmann *Schümer*.

Abg. **Cassel** berichtet über die Verhandlungen mit dem Zentrum und der Mehrheitssozialdemokratie in der Frage der Schulpolitik.⁵ Es hat sich bis jetzt eine Einigung dahin erzielen lassen, daß die Vorschulen⁶ bis zum 1. April 1920 beseitigt werden sollen.

¹ Auf Wunsch der Reichsregierung sollten die Beratungen über die Rheinlandfrage in der preußischen Landesversammlung mit einer gemeinsamen Erklärung aller Fraktionen abgeschlossen werden. Vgl. ADR. DAS KABINETT SCHEIDEMANN, 1971, Nr. 10 a, S. 35–40, hier S. 37f. Dies sollte jedoch mißlingen, da der entsprechende Antrag *Gräf* (Frankfurt), *Dr. Friedberg*, *Hergt*, *Dr. v. Krause* (Ostpreußen) und Genossen (SPD, DDP, DNVP, DVP) über die Lostrennungsbestrebungen in Preußen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 101, S. 136, vom Zentrum nicht unterstützt wurde. Bei der entscheidenden Abstimmung am 24. März 1919 enthielt sich das Zentrum der Stimme. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 1, Sp. 617; sowie die Fraktionssitzung des preußischen Zentrums vom 24. März 1919, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 8, S. 15f., hier S. 15.

² Förmliche Anfrage der Abg. *Wittrock*, *Dr. Görck*, *Frahm* und Genossen (DDP, DVP, DNVP) vom 20. März 1919 über die Abtrennung Nordschleswigs, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 97, S. 130.

³ Vgl. auch die Fraktionssitzung des preußischen Zentrums am 15. März 1919, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 1, S. 3.

⁴ Um welchen Abgeordneten, Reinhold *Otto* (Charlottenburg) oder Rudolf *Otto* (Marburg), es sich hier handelt, ist unklar.

⁵ Vgl. auch die Fraktionssitzung des preußischen Zentrums am 20. März 1919, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 4, S. 8f. Den aktuellen Stand der Koalitionsgespräche faßte Ernst *Troeltsch* in seinen Spektator-Briefen am 20. März 1919 zusammen. *Troeltsch* war Mitglied der Verhandlungskommission. Vgl. Ernst TROELTSCH, Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/22. Mit einem Geleitwort von Friedrich Meinecke, Tübingen 1924, S. 43–47 (Die preußische Nationalversammlung, 20. März 1919), hier S. 43 f. Zur Regierungsbildung vgl. auch Dok. Nr. 1, 2 und 3.

⁶ Die Vorschule war bis zur Annahme der Weimarer Reichsverfassung eine schulgeldpflichtige, öffentliche oder private dreijährige Elementarschule zur Vorbereitung auf die höhere Schule und vor allem in Preußen und Norddeutschland verbreitet. Sie wurde 1919/20 durch die für alle Kinder verbindliche Grundschule abgelöst.

In den konfessionellen Fragen scheint seit gestern eine Möglichkeit einer Einigung gegeben zu sein.⁷ Das Zentrum will in die Regierung eintreten und ist deshalb zu Konzessionen bereit. Die religiöse Ausbildung der Lehrer scheint kein Streitpunkt mehr zu sein. [Zur] Frage der Oberaufsicht über den konfessionellen Religionsunterricht: Nach der Ansicht des Referenten kann der Staat auf die Oberaufsicht über den Religionsunterricht nicht verzichten. Dagegen sei es möglich, der Kirche ein Mitwirkungsrecht zu gewähren. Die Hauptschwierigkeit liegt in der Frage der Gemeinschaftsschule. Das Zentrum will auf die konfessionelle Schule nicht verzichten. Das Zentrum hat den Versuch gemacht, die ganze Frage auf spätere Zeit hinauszuschieben. Die Sozialdemokratie hat das abgelehnt. Das Zentrum wollte das Zugeständnis machen, daß Simultanschulen auf Antrag der Erziehungsberechtigten errichtet werden könnten. Dieser Bestimmung würde dann aber auch die Notwendigkeit gegenüberstehen, auch konfessionelle Schulen auf Antrag der Erziehungsberechtigten zu errichten. Der Redner wünscht von der Fraktion eine Instruktion darüber, ob die Fraktion unbedingt auf der Forderung nach der Gemeinschaftsschule bestehen bleibt. Politisch liegt die Sache so, daß die Sozialdemokratie eher die Regierung mit den Demokraten allein bilden will, als Konzessionen in der Frage der Gemeinschaftsschule zu machen.⁸ Der Redner macht nun den Vorschlag, daß die offizielle Regierungserklärung alle die Punkte behandelt, die keine Veranlassung zu Meinungsverschiedenheiten geben, daß dann aber der Kultusminister, für den das Zentrum nicht in Frage kommt, eine Erklärung abgibt, zu der dann die Parteien Stellung nehmen sollen.

Abg. **Oeser** teilt mit, daß zur Frage der Regierungsbildung die Sozialdemokratie gespalten sei. Ein Teil will mit dem Zentrum allein vorgehen, weil er glaubt, mit dem Zentrum allein leichter sozialisierende Gesetzesvorlagen durchbringen zu können, ein anderer Teil ist dafür, daß die Sozialdemokratie allein die Regierung bildet.

Abg. **Otto** (Marburg) ergänzt den Bericht des Abg. *Cassel*. Er ist dafür, daß die Fraktion beschließt, mit der Sozialdemokratie gemeinsam auf das Zentrum einen Druck auszuüben.

Abg. Dr. **Abderhalden** ist der Meinung, daß die Religion kein Pflichtfach sein darf. Er ist unbedingt für Unentgeltlichkeit der Lernmittel. Eine Proletarisierung der Universitäten sei nicht zu fürchten.

Abg. **Schümer** ist ebenfalls für Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernmittel. Die Religion muß Pflichtfach sein unter der Voraussetzung, daß auch ein nichtkonfessioneller Moralunterricht eingeführt wird.

Abg. **Meyer** (Frankfurt/O.) tritt für konfessionellen Unterricht ein. Er ist für eine Einigung mit dem Zentrum nur unter der Voraussetzung, daß das Zentrum auch in den Schulfragen nachgibt.

Abg. **Kimpel** glaubt, daß Privatschulen nur insofern genehmigt werden sollen, soweit die Bedürfnisfrage bejaht wird. In der ganzen Schulfrage müsse unbedingt Klarheit geschaffen werden und es sei vor Konzessionen gegenüber dem Zentrum zu warnen. Es sei die große Gefahr vorhanden, daß die Lehrerschaft zur Sozialdemokratie abwandere. Die Religion müsse Pflichtfach sein. Es sei aber möglich einen pädagogisch geschichtlichen Religionsunterricht gemeinsam zu erteilen und nur den dogmatischen Unterricht später nach Konfessionen zu teilen. In der Frage der Simultanschule dürften keinesfalls Konzessionen gemacht werden.

⁷ Vgl. Dok. Nr. 2 und 3.

⁸ Zur Schulpolitik der SPD vgl. WITTWER, Die sozialdemokratische Schulpolitik; GIESECKE.

Abg. **Sommer**: Das Aufsichtsrecht der Kirche über den Religionsunterricht muß beseitigt werden. Der Religionsunterricht müsse in der Schule bleiben, allerdings sei es möglich, ihn in dem Sinne zu erteilen, den Abg. *Kimpel* erwähnt hat. Die Schule dürfe nicht mehr zum Kuhhandelsobjekt mit dem Zentrum gemacht werden; darauf müsse die Fraktion bestehen selbst unter der Bedingung, daß die Regierung ohne Zentrum gebildet wird. Die Privatschulen dürften nicht als Mittel dazu gebraucht werden, die Einheitsschule zu umgehen. Für die Unentgeltlichkeit des Unterrichts müsse man mit aller Entschiedenheit eintreten.

Abg. **Cassel** teilt mit, daß die Abg. *Marx*⁹ und *Wildermann*¹⁰ vom Zentrum ihn davon unterrichtet haben, daß das Zentrum den von der Sozialdemokratie aufgestellten Grundsätzen in allen Punkten nicht zustimmen könne¹¹, er fragt nun an, ob es möglich sei, eine Regierung mit dem Zentrum zu bilden, ohne daß es sich auf diese Grundlage festlege, oder ob es möglich sei, daß die Regierung gebildet werde ohne Zentrum, wenn es sich in den neutralen Fragen wohlwollend verhalte.

Abg. **Rade** ist für die Bildung der Regierung mit dem Zentrum. Wenn das unmöglich sei, dann solle die deutsche demokratische Fraktion auch außerhalb der Regierung bleiben. Die politische Frage, wie wir die heutige konfessionelle Schule hinüberführen können in die Gemeinschaftsschule.

Abg. **Oeser** vertritt die Auffassung, daß in einer halben Stunde zu den außerordentlich wichtigen Mitteilungen des Abg. *Cassel* keine definitive Stellung genommen werden könne. Es sei deshalb empfehlenswert, dem Zentrum und der Sozialdemokratie die Vertagung der interfraktionellen [Besprechung] vorzuschlagen.

Abg. Dr. **Bollert**: Bei der Dringlichkeit der Kabinettsbildung sei eine Vertagung nicht empfehlenswert.

Abg. **Otto** (Charlottenburg) ist der Ansicht, daß der zweite Vorschlag des Zentrums uns [...] ¹². Es wäre doch auch die Möglichkeit da, daß sich die Zentrumsminister in den Schulfragen überstimmen ließen.

Abg. Dr. **Grund**: Die Regierungsbildung darf keine Stunde mehr verschoben werden. Das Scheitern einer Regierungsbildung in Preußen würde von den nachhaltigsten Einwirkungen für das Reich sein.

Abg. **Cassel** beantragt, die Kommission zu ermächtigen, weiter materiell zu verhandeln. Wenn sich aber in den materiellen Fragen keine Einigung finden ließe, dann soll ein Teil des kulturellen Programms zurückgestellt werden.

⁹ Wilhelm *Marx* (1863–1946), Oberlandesgerichtsrat, Gründer der katholischen Schulorganisation, Generaldirektor des Volksvereins für das katholische Deutschland, November 1923 bis Januar 1925, Mai 1926 bis Juni 1928 Reichskanzler, Januar bis Mai 1926 Reichsjustizminister und Reichsminister für die besetzten Gebiete, Februar bis April 1925 preußischer Ministerpräsident, 1899–1918 MdpAH, 1910–1918 MdR, 1919/20 MdNatVers, 1920–1932 MdR (1921–1923 Fraktionsvorsitzender, 1922–1928 Parteivorsitzender, Ehrenvorsitzender) (Z).

¹⁰ Rudolf *Wildermann* (1864–1926), katholischer Theologe, Professor an der Universität Münster, 1920 Domherr an der Kathedrale Münster, März 1919 bis April 1921 parlamentarischer Unterstaatssekretär (Staatssekretär) im preußischen Kultusministerium, Vorsitzender der Zentrumsparlei des Stadtkreises Recklinghausen, Mitglied des Parteiausschusses für die Provinz Westfalen, 1913–1918 MdpAH, 1919–1921 MdpLV, 1921–1926 MdpLT (Z).

¹¹ Vgl. die Fraktionssitzung des preußischen Zentrums vom 20. März 1919, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 4, S. 8f. Zu den Gesprächen des demokratischen Abgeordneten *Cassel* mit den Zentrumsabgeordneten *Wildermann* und *Marx* vgl. die Fraktionssitzung des preußischen Zentrums vom 21. März 1919, in: ebd., Nr. 5, S. 10f.

¹² Wort unleserlich.

Abg. **Böer**: Wir müssen auf alle Fälle bei der Regierungsbildung dabei sein, selbst wenn das Zentrum sich fernhält.

Abg. **Schnackenburg** hält unter allen Umständen die Beteiligung an der Regierung für erforderlich. Es sei doch kein Unglück, die kulturellen Fragen einstweilen zurückzustellen.

Abg. **Richthofen** hält es für nicht möglich, eine Regierung zu bilden ohne das Zentrum. Ein Kabinett ohne Zentrum würde gezwungen sein, in kulturellen Fragen bestimmte Richtlinien zu verfolgen und dann würde das Zentrum bald ausgesprochene Opposition treiben und wir hätten den Kulturkampf.

Den gleichen Standpunkt vertritt Abg. **Friedberg**.

Der Antrag *Cassel* findet dann die Zustimmung der **Fraktion**.

Abg. **Schnackenburg** hält es für dringend notwendig, daß eine Aussprache über die Frage Unitarismus oder Nichtunitarismus stattfindet.

Abg. Dr. **Grund** hält auch eine Aussprache über die Frage der Sozialisierung für notwendig.

Dr. **Friedberg** hält es für nötig, daß über die Frage der Aufrechterhaltung Preußens eine Klärung stattfindet. Am 12. und 13. [April] findet eine Sitzung des Hauptvorstandes statt, in der von den Mitgliedern der Nationalversammlung Bericht erstattet wird über die dort gefaßten Beschlüsse, betr. die Sozialisierung.¹³

Für die Sozialisierung werden die Herrn Dr. *Frentzel* und *Riedel* bestimmt, für die Kommunalisierung *Dominicus*. Der Minister *Fischbeck* soll zu der Fraktionssitzung eingeladen werden.¹⁴

Fortsetzung der Sitzung 1.30 Uhr.

Der Vorsitzende **Rade** regt an, dem Kollegen *Hoffmann* im Krankenhaus einen Gruß der Fraktion in Gestalt von Blumen und Wein zu schicken. Der Antrag *Riedel*, betr. ausländische Agenten, wilde Streiks etc., ist zurückgezogen [worden].

1. Beratungspunkt: Entwurf einer Geschäftsordnung der Fraktion.

Höfler bittet seinen Dringenden Antrag, betr. einstweilige Umsetzung der Staatsbeamten in den Ruhestand, zuerst zu erledigen.¹⁵

Eine Dringende Anfrage *Bollert*¹⁶ gehört materiell dazu, betr. Anstellung der Richter. Beide werden zum Zweck der Vereinigung der Antragskommission zur schleunigen Bearbeitung übergeben.

Antrag *Böer*, die bei der Demobilmachung frei werdenden Räume zu Wohnzwecken zur Verfügung zu stellen etc.

Dominicus unterstützt mit Hinweis auf Schädigung der Schule und der öffentlichen Gesundheit.

¹³ Die Frage der Sozialisierung wurde auf der Sitzung des Hauptvorstandes am 13. April 1919 beraten. Am Tag zuvor war wegen der schwachen Besetzung des Hauptvorstandes dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt worden. Vgl. LINKSLIBERALISMUS, Nr. 24 a und b, S. 47–62.

¹⁴ Ab hier Handschrift *Dönhoff*.

¹⁵ Dringender Antrag der Abg. *Höfler* und Genossen (DDP) vom 21. März 1919 auf Vorlegung der Verordnung vom 26. Februar 1919 über die einstweilige Versetzung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 106, S. 141.

¹⁶ Die geplante Dringende Anfrage *Bollert* ging im Antrag *Höfler* auf.

Laser: In seinem Bezirk ist in diesem Sinne vorgegangen [worden], daher besteht wahrscheinlich entsprechende Verfügung.

Dominicus, Abderhalden: Ihr wird nicht entsprochen, daher allgemeines Verlangen in der Öffentlichkeit bekunden. Der Antrag muß von der Antragskommission redaktionell geändert werden, wird angenommen.¹⁷

Antrag *Rebehn*, Befreiung der den Angestellten in Privatbetrieben gewährten Zulagen von der Besteuerung.

Riedel warnt davor, einen aussichtslosen Antrag einzubringen, **Ehlers** für den Antrag.

Meyer befürchtet, daß Regierung aus Popularitätsgründen dem Antrag stattgeben möchte, der absolut unerwünscht in seinen Wirkungen sein würde.

Degenhardt gegen den Antrag.

Dominicus schlägt vor: Regierung auf ungleiche Stellung der Beamtenkategorien hinzuweisen. – Abhilfe auf dem Wege der Beseitigung des Beamtenprivilegs.

Schreiber: Begriff Teuerungszulage auf einmalige Zuwendungen einschränken. Spricht für Abzugsfähigkeit der Kriegsrisikoprämie.

Höfler für den Antrag. Will auf Steuerprivileg verzichten, wenn Teuerungszulagen in Gehälter eingearbeitet werden.

Schümer dagegen.

Scherer gegen den Antrag, auch in der Form *Schreiber*, hält ihn für undurchführbar.

Antrag wird abgelehnt – gegen 6 Stimmen.

Kimpel: Antrag, betr. beschäftigungslose Lehrpersonen.

Schümer dafür mit Einbeziehung der Studienassessoren.¹⁸

Rebehn beantragt, Fraktion möge Ausschuß einsetzen zur Beratung der Frage des Steuerprivilegs. Soll in der nächsten Sitzung geschehen.

Abderhalden: Anfrage, betr. Kommunalisierungspläne der Sozialisten, soll in der heutigen Rede im Plenum bezüglich der Lebensmittel ablehnender Standpunkt der Fraktion betont werden?¹⁹

Dominicus hat Bedenken. Gegen Ablehnung in Bausch und Bogen.

Friedberg möchte Stellungnahme zurückhalten bis nach Klärung des Sozialisierungsstandpunktes.

Geschäftsordnungsentwurf:²⁰ §1 angenommen. § 2. Antrag *Abderhalden* statt Koordinations- Subordinationsprinzip.

Rade spricht dafür.

Kopsch ebenfalls.

¹⁷ Der Antrag wurde nicht gestellt.

¹⁸ Förmliche Anfrage der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über die Versorgung der Kriegsteilnehmer aus den Kreisen der akademisch und seminaristisch gebildeten Lehrer und der Justizbeamten, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 110, S. 142.

¹⁹ Die Ernährungsfrage stand erst in der 13. Sitzung am 28. März 1919 auf der Tagesordnung. Verhandelt wurden unter anderem auch die demokratischen Anträge, der Antrag Dr. *Friedberg* auf Hebung der Landwirtschaft zur Besserung der Volksernährung, ebd., Nr. 22, S. 94f., der Antrag Dr. Dr. *Abderhalden* auf Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung leicht verderblicher Nahrungsmittel und der Kartoffeln, ebd., Nr. 58, S. 112, und der Dringende Antrag Dr. *Friedberg* auf Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der Ernährungsfrage, ebd., Nr. 60, S. 113. Vgl. auch die Rede des Abg. Dr. Dr. *Abderhalden* in der 13. Sitzung am 28. März 1919, in: ebd., Bd. 1, Sp. 984–990.

²⁰ Der Geschäftsordnungsentwurf der Fraktion ist nicht nachgewiesen.

Höfler ebenfalls.

Grund und **Schreiber** ebenfalls, bittet Personenfragen auszuschalten wegen schwacher Besetzung der Versammlung.

Exz. **Friedberg**: Durch Wahl eines Geschäftsführers wird Regelung vereinheitlicht. Leitung der Satzungen kann von verschiedenen Mitgliedern des Fraktionsvorstandes ausgeübt werden. Die Führung der Fraktion ist unabhängig von der Besetzung der Vorsitzendenstellen. Antrag *Abderhalden* angenommen: 1 Vorsitzender und 2 stellvertretende Vorsitzende.

Abs. 2:

Sommer beantragt: Amt des Geschäftsführers zu verkoppeln mit dem des Schatzmeisters. Wird abgelehnt.

Jansen berichtet über Beschluß des Seniorenkonvents. Besprechung der Rheinlandfrage im Plenum wurde für unumgänglich gehalten. Damit zusammen wird die ganze Frage der Gestaltung Preußens aufgerollt werden müssen, kommt Freitag auf Tagesordnung.

10.

21.3.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 18r–19r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift und Dönhoff. Vorsitz: Oeser.

Zur Tagesordnung steht die Frage Preußen.¹

Abg. **Schloßmann** berichtet über seine Auffassung über die Frage der staatlichen Neugestaltung. Das demokratische Ideal [ist] der deutsche Einheitsstaat. Es ist aber kein Mittel, die Kleinstaaterei zu beseitigen, wenn Preußen in so und soviel Kleinstaaten aufgeteilt wird. Das Aufgehen Preußens in Deutschland ist eine rein innenpolitische Frage, die in gar keinem Zusammenhang steht mit den Verhandlungen mit der Entente. Gerade für diese Verhandlungen wäre eine Loslösung des Rheinlandes von Preußen eine große Gefahr für Deutschland, weil der Entente ja gar nicht darum zu tun ist, ein verwaltungsrechtlich selbständiges Gebilde im Rahmen des Reiches zu schaffen. Sie wollen vielmehr einen autonomen Staat. Das aber ist die Loslösung vom Reich.²

¹ In der 7. bis 9. Sitzung am 21., 22. und 24. März 1919 wurde die Förmliche Anfrage der Abg. *Linz* (Barmen), Dr. v. *Krause* (Ostpreußen) und Genossen (DNVP, DVP), betr. die Unteilbarkeit und Unversehrtheit des preußischen Staates, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 24, S. 95 f., besprochen. Damit in Verbindung wurden mehrere Anträge und Anfragen verhandelt, unter ihnen auch die Förmlichen Anfragen der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP), betreffend die Loslösung der Rheinlande von Preußen, ebd., Nr. 16, S. 91 f., und betreffend die Trennung von Teilen Posens, West- und Ostpreußens und Oberschlesiens von Preußen, ebd., Nr. 20, S. 94. Der Antrag Nr. 20 wurde am 21. März abgesetzt und in der 10. Sitzung am 25. März 1919 zusammen mit zwei anderen Anträgen und einer Anfrage, die sich auf die östlichen Gebiete Preußens bezogen, besprochen.

² Vgl. auch die Rede des Abg. Dr. *Schloßmanns* in der 7. Sitzung am 21. März 1919, in: SBpLT 1919/21, Bd. 1, Sp. 443–455.

Abg. Dr. **Heilbrunn** macht darauf aufmerksam, daß zur Stärkung der Kleinstaaten in Mitteldeutschland Abtrennungen von Preußen erforderlich sind.³ Das wäre aber wieder eine Schwächung des bisher leistungsfähigsten Staates. Wenn Preußen in seiner bisherigen Form fortbesteht, dann werden die Abtrennungsbestrebungen immer wieder aufleben. Die Bestrebungen im Rheinland sind außerordentlich gefährlich. Es genügt nicht allein zu erklären, daß wir an der territorialen Gestaltung Preußens festhalten. Es ist deshalb nur die eine Möglichkeit, daß sich verschiedene Einzelstaaten unmittelbar unter das Reich stellen. Verfassungsrechtlich würde eine derartige Regelung keine Schwierigkeiten machen. Die Fraktion soll beim Verfassungsausschuß einen Antrag einbringen, nach dem es einzelnen Staaten frei stehen soll, sich unmittelbar unter das Reich zu stellen. Wenn Preußen dann den Antrag machte, dann könnten sich die anderen Staaten leichter anschließen.

Abg. **Schnackenburg** stellt fest, daß alle Bestrebungen: los von Preußen im letzten Ende los von Deutschland wollen. Für [das] Rheinland ist nicht daran zu zweifeln, daß dieses Land der Entente anheimfällt, wenn es von Preußen losgelöst wird. In Schleswig-Holstein sind ebenso Bestrebungen im Gange, die eine Loslösung von Deutschland zum Ziel haben.⁴ Das Gleiche ist in Oberschlesien der Fall.⁵ Die Bestrebungen Los von Preußen richten sich dann aber auch immer nur gegen das alte Preußen. Nun hat sich Preußen doch durch die Revolution neu gestaltet. Es ist sehr wohl möglich, den einzelnen Teilen eine größere Selbstverwaltung zu gewähren. Welcher Staat kann denn Anspruch darauf erheben ein organisch und historisch gewordener wesentlicher Staat geworden zu sein? Der Staat Preußen hat aber die Aufgabe, alles zu tun, um die Entwicklung des Deutschen Reiches zu fördern. Es wäre falsch, wenn man sagen wollte, auch nicht ein Quadratmeter preußischen Bodens dürfe abzutreten sein. Der Redner exemplifiziert dann an der Stadt Altona⁶, daß es sehr wohl nötig werden kann, an einen anderen Bundesstaat Gebiete abzutreten. Wir müssen erklären, daß wir die Einheit Deutschlands wollen und daß wir die Initiative dazu ergreifen.

Es ist ein Antrag von Dr. *Heilbrunn* eingelaufen, der lautet:

Die Fraktion wolle beschließen, unsere Fraktion in Weimar zu ersuchen, einen Antrag zur Reichsverfassung dahin zu stellen:

Die Gliedstaaten können auf ihren Antrag dem Reich als unmittelbares Reichsland unterstellt werden.

[Der] Abgeordnete bittet die Fraktion sie möge eine Erklärung abgeben, in der sie sich gegen die Abtretung preußischer Landesteile an einen neu zu bildenden Freistaat Großthüringen ausspricht.⁷

³ Die beiden Verfassungsentwürfe von Hugo *Preuß* vom Januar 1919 hatten die Möglichkeit vorgesehen, die mitteldeutschen Kleinstaaten durch preußisches Territorium zu vergrößern und damit lebensfähig zu machen. Vgl. MÖLLER, *Parlamentarismus*, S. 44–61.

⁴ Zu den Sonderbestrebungen in Schleswig-Holstein vgl. Adolf KÖSTER, *Der Kampf um Schleswig*, Berlin 1921. Zu den Loslösungsbestrebungen vom Reich vgl. auch die Rede des preußischen Ministerpräsidenten *Hirsch* in der 7. Sitzung am 21. März 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 1, Sp. 465–473.

⁵ Zu den separatistischen Bestrebungen in Oberschlesien vgl. Wolfgang SCHUMANN, *Oberschlesien 1918/19*, Berlin 1961; Günther DOOSE, *Die separatistische Bewegung in Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg (1918–1922)*, Wiesbaden 1987; Andrea SCHMIDT-RÖSLER, *Autonomie- und Separatismusbewegungen in Oberschlesien 1918–1922*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 1 (1999), S. 1–49.

⁶ Bernhard *Schnackenburg* war von 1910 bis 1924 Oberbürgermeister von Altona.

⁷ Am 24. März 1919 hatten sich die Vertreter der thüringischen Staaten (Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Coburg und Gotha, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Freistaaten Reuß) auf einer Konferenz einstimmig für den Zusammenschluß

Abg. **Crüger** glaubt, daß sich für diesen Antrag jeder aussprechen kann, der an der Beibehaltung des Staates Preußen festhält. Aus einem vollständig vereinheitlichten Deutschland kann er sich keine rechte Vorstellung machen. Bei einer Aufteilung Preußens würden wir eine Kleinstaaterie erhalten, die viel schlimmer wäre, als die Kleinstaaten der früheren Zeit.

Abg. **Scherer** stellt den Antrag, daß die Fraktion sich auf folgende Erklärung einigt, die vom Redner der Partei abzugeben wäre:

Solange die politischen und wirtschaftlichen Vorbedingungen für eine von jeder Kleinstaaterie befreiten deutschen Einheitsrepublik nicht gegeben [sind], lehnt die demokratische Fraktion der preußischen Landesversammlung alle Pläne ab, die auf eine Aufteilung Preußens hinaus laufen.

Abg. **Ruer** befürwortet, daß die Verfassungs- und Kulturbestimmungen in den einzelnen Landesteilen gesichert werden in der Form, daß sie nur abgeändert werden dürfen, wenn die Bevölkerung sich durch ein Referendum dafür erklärt.

Abg. **Oeser** hebt hervor, daß die Revolution vom 9. November außerordentlich arm gewesen sei. Hätte *Preuß* den Gedanken des Einheitsstaates zur Durchführung gebracht, dann wäre etwas Wesentliches zustande gekommen. Die Aufteilungsbestrebungen seien auch von dem Standpunkt aus zu betrachten, daß der verbleibende Gesamtstaat nicht mehr in der Lage sei, seine wirtschaftlichen und kommunalen Aufgaben zu erfüllen, wenn sehr wesentliche Teile [abgetrennt würden]. Den Gedanken aber, daß Preußen nicht einen Quadratmeter abtreten dürfe, sei ebenso abzulehnen. Ob praktisch mit dem Antrag *Heilbrunn* etwas anzufangen sei, wäre fraglich. Es sei aber auch ein großes Risiko mit dem Antrag nicht verbunden.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte fordert Abg. **von Richthofen**, daß der Redner der Partei erklären soll, die Pläne auf Errichtung einer Republik Niedersachsen seien wohl zu beachten, aber vorläufig zurückzustellen bis nach Beseitigung der internationalen Schwierigkeiten.⁸

Der Antrag *Heilbrunn* wird abgelehnt.

Es wird dann folgende Erklärung angenommen, der erste Teil einstimmig, der heißt:

Die Reichseinheit, das Aufgehen aller Bundesstaaten im Reich ist das für Deutschlands staatliche Zukunft mit aller Kraft zu erstrebende Ziel.⁹ So lange die Vorbedingungen für eine von der Kleinstaaterie befreite deutsche Einheitsrepublik in Folge nichtpreußischer Widerstände nicht gegeben sind, lehnt die demokratische Fraktion der preußischen Landesversammlung alle Pläne ab, die auf eine Aufteilung Preußens hinauslaufen. Wir setzen dabei voraus, daß den Provinzen ihre Selbstverwaltung und ihre besonde-

der Thüringischen Staaten zu einem Thüringischen Einheitsstaat unter Einbeziehung Preußischer Gebietsteile erklärt. Die Sachsen-Weimarerische Regierung wurde mit dem Auftrag betraut, wegen dieser Einbeziehung preußischer Gebietsteile in Verhandlungen mit der preußischen Regierung zu treten. Von mehreren Seiten wurde die Einbeziehung des Regierungsbezirks Erfurt als eine Voraussetzung für einen Zusammenschluß der Thüringischen Staaten zu einem Staate bezeichnet. Vgl. das Schreiben des Staatsministeriums von Weimar an das Preußische Staatsministerium, Berlin, 31. März 1919, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 90 A, Nr. 294, Bl. 70. Das preußische Staatsministerium hatte sich auf seiner Sitzung vom 19. April 1919 bereit erklärt, zu Verhandlungen in der Frage der Bildung eines Groß-Thüringens am 28. April 1919 Vertreter nach Weimar zu entsenden. Vgl. den Beschluß des preußischen Staatsministeriums vom 19. April 1919, ebd., Bl. 69. Zur Bildung des Landes Thüringen vgl. »NICHT DURCH KRIEG«, S. 87–93.

⁸ Vgl. auch Reinhold *Werther*: Ein Freistaat Hannover?, in: DAS DEMOKRATISCHE DEUTSCHLAND, 25, 31.5.1919, S. 581–583. Vgl. auch Dok. Nr. 2.

⁹ Ab hier Handschrift *Dönhoff*.

ren, ihrer Stammesart entsprechenden Einrichtungen nicht nur in vollem Umfang erhalten, sondern in demokratischem Geiste weiter ausgebaut werden.¹⁰

11.

22.3.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 20v–21r. Beginn: 10 Uhr. Ende: 12 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Oeser.

Abg. **Riedel** hat den Auftrag der Fraktion an den Kollegen *Hoffmann* erledigt und übermittelt dessen Dank. Auf Anregung des Abg. *Scherer* wird beschlossen, auch dem erkrankten Kollegen *Kanzow* einen Blumengruß zu schicken.

Abg. **Schmiljan** bittet, für die Behandlung des landwirtschaftlichen Antrags *Abderhalden*¹ einzutreten; wird von [den] Abg. **Abderhalden** und **Westermann** unterstützt.

Abg. **Oeser** sagt zu, die Angelegenheit im Ältestenausschuß zu fördern.²

Abg. **Höfler** ersucht um Aufklärung, ob der die Beamtenfragen betreffende Antrag³ nicht im Plenum behandelt, sondern dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen werden soll.

Abg. **Oeser** berichtet, daß das nicht beschlossen ist im Ältestenausschuß.

Abg. **Rade** bittet den Montag nicht mit wichtigen Verhandlungen zu besetzen wegen Verhinderung mehrerer Fraktionsmitglieder.

Vorsitzender **Oeser** tritt in die Besprechung der Verhandlungen über die Regierungsbildung ein.⁴

¹⁰ Diese Erklärung gab Dr. *Schloßmann* für die Partei in der 7. Sitzung am 21. März 1919 in der preußischen Landesversammlung ab. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 1, Sp. 443–455, hier Sp. 444 f.

¹ Antrag der Abg. *Abderhalden* und Genossen (DDP) auf Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung leicht verderblicher Nahrungsmittel und der Kartoffeln, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 58, S. 112.

² In der Sitzung des Ältestenrats vom 24. März 1919, 18.35 bis 19.30 Uhr, erklärte der Präsident der Landesversammlung Robert *Leinert*, die Landwirtschafts- und Ernährungsfragen noch in der laufenden Woche behandeln zu wollen. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169DI, Nr. 44, Bd. 1.

³ Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP), betr. Teuerungszulagen für Beamte usw. und Sicherstellung ihrer erworbenen Rechte, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 28, S. 97 f.

⁴ Seit dem 20. Februar 1919 führte der Vorsitzende der preußischen Regierung Paul *Hirsch* (SPD) in Weimar Unterredungen mit Politikern der DDP und des Zentrums über die Bildung einer gemeinsamen Regierung. Vgl. auch Dok. Nr. 1, 2, 3 und 9. Im Mittelpunkt der Diskussion standen neben dem Regierungsprogramm, das hieß vor allem der Schul- und Bildungspolitik, die Verteilung der Ministerien und die Einrichtung der parlamentarischen Unterstaatssekretäre. Am 25. März 1919 erfolgte die Regierungsbildung. In der von Ministerpräsident *Hirsch* geführten Regierung besetzten die Demokraten mit Otto *Fischbeck* das Handelsministerium und mit Rudolf *Oeser* das Ministerium für öffentliche Arbeiten. Vgl. STANG, S. 206–230; MÖLLER, Parlamentarismus, S. 324–330; HÖMIG, S. 35–48.

Abg. **Cassel** berichtet: Das Zentrum hat sich einverstanden erklärt, daß Simultanschulen auf Beschluß der Gemeinden errichtet werden können. Es behält sich in den übrigen Kulturfragen den Standpunkt vor, ist bereit, in die Regierung einzutreten.⁵

Abg. **Oeser**: Nachdem ein gemeinsames Ministerium der drei Mehrheitsparteien ermöglicht schien, kamen Einzelheiten zwischen uns und den Sozialdemokraten zur Besprechung.⁶ In der Frage der Arbeiter- und Soldatenräte wurde uns Festlegung auf nichtpolitische Funktionen zugestanden. In der inneren Verwaltung verwarfen wir uns gegen Durchsetzung mit ungeeigneten Persönlichkeiten, billigten den Grundsatz straffer Demokratisierung. Von den zehn zu besetzenden Ministerposten beansprucht die Sozialdemokratie fünf und zwar das Präsidium, Finanz-, Landwirtschafts-, Kultusministerium und das des Innern. Da das Kriegsministerium aus der Parteibesetzung ausfällt⁷, dem Zentrum Justiz- und Wohlfahrtsministerium zugestanden sind, würden für uns nur das Handels- und Eisenbahnministerium verbleiben.⁸ Dieser Verteilung konnten Demokraten und Zentrum nicht ohne Fraktionsbesprechung zustimmen. Daher ist für heute 11 Uhr nochmalige Sitzung der interfraktionellen Kommission anberaumt, für die ein Beschluß zu fassen ist. Die Sozialdemokratie hatte eine Regierung der bürgerlichen Parteien allein unter wohlwollender Neutralität ihrerseits anheim gegeben. Dieser Ausweg wurde von der Fraktion in ihrer Gesamtheit abgelehnt.⁹

Die Abg. **Schnackenburg, Meyer, Cassel, Kopsch, Abderhalden, Dominicus, Schloßmann, von Richthofen, Scherer** sprechen dafür, an der Forderung des Ministeriums des Innern festzuhalten.

Abg. **Schmiljan** will die Entscheidung abhängig machen von der Stellungnahme des Zentrums, hält das Eisenbahnministerium für wichtig.

Abg. **Berndt** wirft die Frage auf, was die Sozialdemokratie uns bietet, wenn wir mit ihr allein [die] Regierung bilden?

Abg. **Oeser** konstatiert Verstimmung der Sozialdemokraten über Beitritt des Zentrums, das Ministerium der Eisenbahn und des Innern bringe für uns besondere Schwierigkeiten eventuell Landwirtschaft als Kompensationsobjekt.

Abg. **Moritz** hält Landwirtschaftsministerium für erstrebenswert, welches nicht der Sozialdemokratie überantwortet werden dürfe.

Abg. **Ruer** betont die Ungelegenheiten, die uns aus dem Ministerium des Inneren erwachsen werden.

Abg. **Cassel** stellt fest, daß das Justizministerium das einzige ohne besondere politische Schwierigkeiten ist. Unsere Verhandlungen sollen auf Ministerium des Innern bestehen ohne unbedingtes Festlegen, Landwirtschaftsministerium oder Unterstaatssekretär für Volksschule als Ausgleichsobjekt, eventuell Minister ohne Portefeuille.

⁵ In den vormittags und nachmittags stattfindenden Fraktionssitzungen vom 21. März 1919 akzeptierte das Zentrum die kommunale Regelung der Schulfrage unter der Bedingung der Wahlfreiheit des Religionsunterrichts. Vgl. ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 5 und 6, S. 9–13; MORSEY, S. 171.

⁶ Vgl. auch die Fraktionssitzungen des preußischen Zentrums vom 21. und 22. März 1919, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 5, 6 und 7, S. 9–15.

⁷ Das Kriegsministerium wurde nach Inkrafttreten der Reichsverfassung im September 1919 aufgelöst. Ihm stand seit Januar 1918 Oberst Walther *Reinhardt* vor. Vgl. auch PPS, Bd. 11/1, Nr. 64, S. 111 f. (TOP 4); MÖLLER, Die Verwaltung. Preußen, S. 549.

⁸ Neben dem Wohlfahrts- und Justizministerium wurde dem preußischen Zentrum auch ein Ministerium ohne Portefeuille angeboten. Vgl. die Fraktionssitzung des preußischen Zentrums vom 22. März 1919, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 7, S. 14 f., hier S. 14.

⁹ Die DDP-Landtagsfraktion hatte noch am 12. März 1919 die Bildung einer Minderheitsregierung mit dem Zentrum erwogen. Vgl. Dok. Nr. 3.

Abg. **Otto** regt Forderung von Minister ohne Portefeuille an, dem die Wahrung einer besonnenen Kirchenpolitik im Interesse der evangelischen Religionsgemeinschaft anzuvertrauen wäre.

Abg. **Meyer** wünscht unbedingt Forderung auf Ministerium des Innern festzuhalten und fordert, daß wenigstens ein Parteiminister der Fraktion angehören müsse. Hält Minister ohne Portefeuille für aussichtslos wegen Verschiebung der Mehrheitsberechnung.

Abg. **Ommert** macht zur Geschäftsordnung auf Übergehung von Wortmeldungen aufmerksam.¹⁰

Es wird beschlossen Exz. *Fischbeck* zur Beteiligung an der Kommissionsbesprechung¹¹ zu bitten.

Bevor die Kommissionsmitglieder hinübergehen, faßt Abg. **Oeser** die Fraktionsmeinung zusammen: Eine Lösung der Schwierigkeiten, die der Regierungsbildung aus den drei Mehrheitsparteien entgegenstehen, ist erwünscht. Die gestern vorgesehene Ministerien-Verteilung für uns unannehmbar, das Ministerium des Innern ist zu verlangen, Kompensation in Aussicht zu nehmen, das Eisenbahnministerium als Objekt ungeeignet.

Abg. **Riedel** findet bei Verteilung von 5 zu 4 politischen Ministerien die Parität nicht gewahrt, regt Schaffung [eines] weiteren Fachministeriums – Eisenbahn – an.

Abg. **Abderhalden** ist dafür, mindestens Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsministerium zu fordern.

Abg. **Rade** übernimmt den Vorsitz, begrüßt Exz. *Fischbeck* und unterrichtet ihn über den Inhalt der Besprechung.

Exz. **Fischbeck** betont die Bedeutung des Ministeriums des Innern, hält Eisenbahnministerium für sehr wichtig, aber im gegenwärtigen Zeitpunkt der Überführung an das Reich¹² für eine Aufgabe, die einen ausgezeichneten Kaufmann erfordert, rät, mit festem Auftrag für Forderung des Ministeriums des Innern zur Verhandlung zu gehen.

Der **Vorsitzende** schlägt Schluß der Debatte vor. Die angemeldeten Redner verzichten.

Abg. **Riedel** bedauert in persönlicher Bemerkung, daß die Frage des Eisenbahnministeriums nur kurz und bedeutungslos abgetan sei.

Abg. **Kimpel, Otto** (Charlottenburg), **Cassel, Sommer** betonen, wie gefährlich es ist, wenn Zentrum den Unterstaatssekretär für Volksschulen bekommt.

Heine bittet, bei Besetzung der Regierungsstellen daran zu denken, daß demokratische Frauen berücksichtigt werden und nicht etwa wichtige Gebiete den sozialdemokratischen und Zentrumsfrauen allein zufallen.

Abg. **Jansen** legt einen Zusatz zum Antrag *Gräf*¹³ vor, der von Abgeordneten aus dem besetzten Gebiet unterschrieben ist und heute mit im Plenum vorgebracht werden soll:

¹⁰ Die Fraktion stand unter Zeitdruck, da die interfraktionelle Sitzung der drei Koalitionsparteien der Fraktionssitzung unmittelbar folgen sollte.

¹¹ Gemeint sind die interfraktionellen Beratungen.

¹² Gemeint ist die Überführung der Ländereisenbahnen auf das Reich.

¹³ Der Antrag der Abg. *Gräf* (Frankfurt), Dr. *Friedberg, Heygt*, Dr. v. *Krause* (Ostpreußen) und Genossen (SPD, DDP, DNVP, DVP) über die Lostrennungsbestrebungen in Preußen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 101, S. 136, lautete: »Die verfassungsgebende Preußische Landesversammlung wolle beschließen: die Landesversammlung erklärt sich mit Entschiedenheit gegen alle Bestrebungen einzelner Gebietsteile, sich von Preußen abzutrennen, insbesondere gegen die Errichtung einer westdeutschen Republik. Sie vertraut darauf, daß die Staatsregierung diesen Bestrebungen mit der größten Tatkraft entgegentritt und sich für die Erhaltung eines ungeteilten Preußens einsetzt.« H.i.O.

auf Bestellung eines Staatskommissars zur Wahrnehmung der Interessen der Bewohner des besetzten Gebiets.

Abg. **Meyer, Cassel, Kuhle, Abderhalden, Bollert** haben Bedenken, diese Forderung vor Abschluß des Friedensvertrags zu erörtern. Antrag wird zurückgezogen, soll als selbständiger Antrag aufgegriffen werden.¹⁴

Abg. **Schreiber** legt Zusatz, betr. Justizbeamte, zum Antrag *Kimpel*, betr. Lehrer, vor. Wird angenommen.¹⁵

Dönhoff bittet den Antrag auf Kriegsteilnehmer zu beschränken oder Lehrerinnen mit einzufügen. Letztere sollen in selbständigem Antrag berücksichtigt werden.¹⁶

Abg. *Kopsch* ist Montag und Dienstag nicht da. Abg. *Meyer* vermittelt statt seiner Tribünenkarten.

12.

24.3.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 22v–23r. Zeit: vormittags, Beginn: 10.15 Uhr, und nachmittags. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Friedberg.

Zum Quästor wurde Abg. *Scherer* bestimmt.

Die Benennung der Mitglieder des Ausschusses zur Untersuchung der Unruhen in Berlin usw. wurde dem Fraktionsvorstand überlassen.¹

Mit der Fortführung der Verhandlungen über eine Entschließung des Hauses wegen der Polenfrage wurde Abg. *Schmiljan* beauftragt.²

Zu Punkt 4 der Tagesordnung [Regierungsbildung] berichtete Abg. **Oeser** über die Verhandlungen. Über die Programmrede sei Einverständnis erzielt worden.³ Hinsicht-

¹⁴ Ein entsprechender Antrag wurde nicht gestellt. Die Forderung nach Einsetzung eines Staatskommissars für die besetzten Gebiete erhob der Abgeordnete *Jansen* in der 8. Sitzung am 22. März 1919. Ebd., Bd. 1, Sp. 538, insgesamt Sp. 535–543. – Zum Reichs- und preußischen Staatskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete wurde am 17. Juni 1919 Karl v. *Starck* ernannt.

¹⁵ Förmliche Anfrage der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über die Versorgung der Kriegsteilnehmer aus den Kreisen der akademisch gebildeten Lehrer und der Justizbeamten, in: ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 110, S. 142. Punkt 3 der Anfrage bezog sich auf die Notlage der durch den Krieg schwer geschädigten jüngeren Justizbeamten.

¹⁶ Ein eigener Antrag zur Notlage der Lehrerinnen ist nicht nachgewiesen.

¹ In der 5. Sitzung am 19. März 1919 wurde auf Antrag der Abg. *Auch* und Genossen (SPD), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 35, S. 101 f., Nr. 47, S. 108 (Abänderungsantrag des Zentrums), ein Ausschuss zur Untersuchung der Vorgänge bei den Unruhen in Berlin und anderen Teilen Preußens während jenes Jahres eingesetzt. Vgl. ebd., Bd. 1, Sp. 315 f.

² Die Debatte über die polnischen Bestrebungen, Teile Posens, West- und Ostpreußens von Preußen abzutrennen, fand in der 10. Sitzung am 25. März 1919 statt. Vgl. die Reden des Abg. *Aronsohn* (Thorn) (Fragesteller), ebd., Bd. 1, Sp. 644–652, und des Abg. *Schmiljan*, ebd., Sp. 698–702. Zum Abschluß der Debatte wurde eine Entschließung, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 114, S. 158 f., angenommen, nach der die Preußische Landesversammlung unter Berufung auf die 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten *Wilson* »schärfsten Widerspruch gegen eine gewaltsame Losreißung« von Teilen Preußens und ihre Einverleibung in Polen erhob. H.i.O. Vgl. auch Dok. Nr. 5.

³ Vgl. die Regierungserklärung des preußischen Ministerpräsidenten *Hirsch* in der 10. Sitzung am 25. März 1919, in: SBpLV, Bd. 1, Sp. 628–633.

lich des Ministeriums des Innern habe die Sozialdemokratie die Überlassung an die DDP für die Gegenwart für unmöglich erklärt. Die weiteren Fragen hinsichtlich der Verteilung der Ministerien seien noch in der Schwebe. Auch über die parlamentarischen Unterstaatssekretäre sei noch keine Vereinbarung erfolgt, wohl aber seien diesbezüglich allgemeine Grundsätze festgelegt [worden].

Abg. **Dominicus** brachte einen Entwurf dieser Grundsätze zur Kenntnis der Fraktion.

Abg. **Cassel** meint, daß, wenn wir das Ministerium des Innern nicht bekommen, unbedingt das Landwirtschaftsministerium gefordert werden muß.

Abg. **Schnackenburg** erachtet, falls wir – was er für zweckmäßig hält – auf das Ministerium des Innern verzichten, die Überlassung des Landwirtschaftsministeriums an uns als *conditio sine qua non* für den Eintritt in die Regierung. Im übrigen erhebt er Bedenken gegen die Einrichtung parlamentarischer Unterstaatssekretäre.⁴

Abg. **Frhr. von Richthofen** hält die parlamentarischen Unterstaatssekretäre für unentbehrlich.

Dieser Auffassung schließt sich der **Vorsitzende** trotz grundsätzlicher Bedenken gegen die Einrichtung an.

Abg. Dr. **Rade** wirft die Frage auf, ob wir für das Landwirtschaftsministerium eine geeignete Persönlichkeit haben.

Abg. Dr. **Schreiber** spricht sich dagegen aus, daß *Fischbeck* im Handelsministerium bleibt, da er ihm nicht die erforderliche Energie zutraut.⁵ Er benennt als Handelsminister Abg. *Oeser*, als Landwirtschaftsminister Dr. *Böhme*.⁶

Abg. Dr. **Abderhalden** weist auf die Eignung des jetzigen Ministers *Braun*⁷ für sein Amt hin und gibt zu erwägen, ob, wenn wir keine geeignete Persönlichkeit haben, nicht vorzuziehen wäre, daß wir das Wohlfahrtsministerium bekommen.

Abg. **Cassel** bemerkt, daß *Fischbeck* der wesentliche Begründer der Partei und eine sehr energische Persönlichkeit ist, und spricht sich entschieden für seine Belassung als Handelsminister aus. Als Landwirtschaftsminister schlägt er – unter der Voraussetzung, daß wir keinen geeigneten Landwirt haben – Abg. *Oeser* vor.

Abg. Dr. **Troeltsch** verteidigt die Einrichtung parlamentarischer Unterstaatssekretäre im Hinblick auf die gegenwärtigen Verhältnisse.

⁴ Die Institution der parlamentarischen Unterstaatssekretäre (ab dem Beamten- und Dienstestkommengesetz vom 7. Mai 1920: Staatssekretär) wurde mit der Bildung des zweiten Kabinetts *Hirsch* im März 1919 eingerichtet. Sie sollte eine reibungslose Zusammenarbeit der Staatsminister mit den drei Koalitionsparteien garantieren, erwies sich jedoch bald als »retardierendes und konterkarierendes Element« und wurde im März 1921 wieder abgeschafft. Zitat: BRAUN, S. 59, zu den parlamentarischen Unterstaatssekretären S. 59f.; vgl. auch PPS, Bd. 11/I, S. 20f. Ferner SCHNEIDER, Die Parlamentarischen Staatssekretäre, 1973; RUNGE, S. 62f., 69; MEYER, S. 99–110.

⁵ *Fischbeck* bekleidete dieses Amt seit Oktober 1918 und war in dieser Funktion am 14. November 1918 auch Mitglied der vorläufigen preußischen Regierung *Hirsch/Ströbel* geworden.

⁶ Karl *Böhme* (geb. 1877) war geschäftsführendes Vorstandsmitglied des »Deutschen Bauernbundes« und mit einer kurzen Unterbrechung von 1907 bis zum Dezember 1924 MdR (Deutschsoziale Wirtschaftliche Vereinigung/NL/DDP). *Böhme* gehörte dem Preußischen Landtag nicht an. Der »Deutsche Bauernbund« war im Jahre 1909 von Nationalliberalen als Gegenorganisation zum konservativen, großagrarischen Bund der Landwirte gegründet worden.

⁷ Otto *Braun* (1872–1955), von November 1918 bis April 1921 preußischer Landwirtschaftsminister, preußischer Ministerpräsident von März 1920 bis April 1921, von November 1921 bis Februar 1925, von April 1925 bis März 1933, 1913–1918 MdpAH, 1921–1933 MdpLT, 1919/20 MdNatVers, 1920–1933 MdR (SPD).

Abg. **Frhr. von Richthofen** wünscht, daß wir wegen Besetzung des Landwirtschaftsministeriums mit dem Bauernbunde Fühlung nehmen. Als geeignete Persönlichkeit nennt er den mecklenburgischen Minister Dr. *Wendorff*.

Abg. **Ommert** regt die Zuziehung erfahrener Arbeiter für das Eisenbahnministerium an.

Abg. **Nebelung** tritt für die Belassung *Fischbecks* ein. Zum Landwirtschaftsminister hält er auch Dr. *Wendorff* für besonders geeignet, in zweiter Reihe Abg. *Oeser*.

Es wird nahezu einstimmig beschlossen, *Fischbeck* als Handelsminister zu präsentieren.

Bei der Erörterung der Personenfrage für den Landwirtschaftsminister erklärte Abg. **Oeser**, daß er die Übernahme dieses Ministeriums als ein Opfer ansehen würde, das er nur bringen wolle, wenn die Fraktion keine geeignete Persönlichkeit fände.

Abg. Dr. **Bollert** fürchtet aus der Wahl eines früheren Redakteurs der »Frankfurter Zeitung« zum Landwirtschaftsminister Nachteile für die Partei.⁸

Abg. **Aronsohn** (Thorn) und **Böer** schließen sich dem an.

Abg. Dr. **Ruer** wünscht unter diesen Umständen den Verzicht auf das Landwirtschaftsministerium und die Benennung des Abg. *Oeser* in ein anderes Ministerium.

Abg. **Riedel** schlägt vor, Abg. *Oeser* als Eisenbahnminister zu präsentieren.

Abg. **Westermann** warnt davor, Abg. *Oeser* als Landwirtschaftsminister zu benennen, und schlägt dafür Abg. Dr. *Böhme* vor.

Abg. Dr. **Berndt** greift auf den Vorschlag Dr. *Wendorff* zurück.

Es wurde nahezu einstimmig beschlossen, Dr. *Wendorff* zu benennen. Sollte Dr. *Wendorff* ablehnen, so ist eine nochmalige Beratung vorzunehmen.

Als parlamentarische Unterstaatssekretäre werden benannt

für das Kultusministerium Abg. Dr. *Troeltsch*, *Otto* (Charlottenburg) und *Otto* (Marburg),

für das Ministerium des Innern Abg. *Schnackenburg*, *Meyer*,

für das Eisenbahnministerium Abg. *Oeser* und *Riedel*.

In der Nachmittagssitzung wurden die Vorschläge zu der Besetzung der Kommissionen⁹, wie sie der Vorstand der Fraktion vorlegt, beraten. Die Vorschläge werden im Wesentlichen angenommen. Die Besetzung der Kommissionen erfolgt folgendermaßen

A. Ständige Kommissionen:

Geschäftsordnungskommission: Dr. *Frentzel*, *Kopsch*, *Meyer*,

Bittschriftenkommission: *Schmiljan*, *Sommer*, *Höfler*, *Böer*, *Rebehn*,

Landwirtschaft: *Westermann*, *Siemen*, *Eblers*, Dr. *Struwe*,

Handel und Gewerbe: Dr. *Grund*, *Frentzel*, *Düker*,

Rechtswesen: *Kanzow* als Vorsitzender, *Kochmann*, *Aronsohn* (Thorn), *Ruer*,

Gemeindekommission: *Schnackenburg* als stellvertretender Vorsitzender, *Berghaus*, *Nebelung*,

⁸ Rudolf *Oeser* war seit 1897 Redakteur der »Frankfurter Zeitung«, seit 1917 Direktor der »Ostsee-Zeitung« und der Stettiner Druckerei GmbH. Von März 1919 bis April 1921 amtierte er als preußischer Minister für öffentliche Arbeiten.

⁹ Zu den Kommissionen und Ausschüssen vgl. MÖLLER, Parlamentarismus, S. 399–404. Zu den Ausschußwahlen vgl. auch SBpLV 1919/21, Bd. 1, Sp. 367 f., 1339–1344, 1165–1170, sowie ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 4 und 4 a–v, S. 52–80. Die Zusammensetzung des Ältestenrats, in: ebd., Bd. 1, Sp. 806 (für die DDP: *Cassel*, *Friedberg*, *Oeser*).

Unterrichtskommission: *Cassel, Kimpel, Otto* (Charlottenburg), Frl. Dr. *Heine*,
Rechnungswesen: *Aronsohn-Bromberg* als Vorsitzende,
Bevölkerungspolitik: *Schloßmann*, Frl. *Dönhoff, Schümer, Abderhalden* (Vorsitzender),
Wahlprüfungskommission: *Degenhardt, Jansen, Kerber*.
B. Haushaltungsausschuß:¹⁰
als ständige Mitglieder *Friedberg, Oeser*,
als [...] ¹¹ Mitglieder für die einzelnen Ressorts
Staatsministerium: Dr. *Bollert, Dr. Rade, Frhr. v. Richthofen*,
Landwirtschaft: *Iversen, Wenke, Westermann*,
Unterrichtswesen: *Otto* (Charlottenburg), *Otto* (Marburg), Dr. *Troeltsch, Cassel* – für
höheres Schulwesen Dr. *Jordan*, für Mädchenschulwesen Frl. Dr. *Heine*,
Handel – Gewerbe: *Meyer, Kuble, Wiglow*,
Medizinalwesen: *Schloßmann, Grund, Abderhalden*,
Inneres: *Cassel, Jansen, Kopsch*,
Justiz: *Fenner, Kochmann, Heilbrunn*,
Eisenbahn: *Ommert, Riedel, Höfler*,
Seehandlung und Zentralgenossenschaftswesen: *Wiglow, Frentzel, Crüger*,
Finanzministerium: *Heilbrunn, Wiglow, Goll*,
Bergwerk: *Frentzel, Riedel, Fenner*,
Gestütswesen: *Grabowski, Schmiljan, Moritz*,
Bauten: *Rebehn, Winkler, Otto-Marburg*,
als Quästor *Scherer*.
Weiter wird die Geschäftsordnung für die Verhandlungen der Fraktion in folgender
Form angenommen.¹²

¹⁰ Der Haushaltungsausschuß hieß auch Ausschuß für den Staatshaushaltsplan oder Hauptausschuß. Seine Protokolle wurden im Gegensatz zu den übrigen Ausschüssen, von denen nur die anschließenden Berichte der Beratungen und Empfehlungen in den Sitzungsberichten oder Drucksachen des Landtags erschienen, gedruckt.

¹¹ Wort unleserlich.

¹² Nicht nachgewiesen.

13.

25.3.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 24v. Beginn: 10.15 Uhr. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Friedberg.

Abg. **Schnackenburg** teilt mit, daß er es ablehne, das Amt als Unterstaatssekretär des Innern zu übernehmen.¹

Abg. **Riedel** führt Klage über die voraussichtliche Zusammensetzung des Eisenbahnministeriums.² Es würden offenbar Ernennungen vorgenommen, ohne daß die Fraktion befragt würde. Die Beamtenschaft sei überhaupt nicht berücksichtigt worden.

Abg. **Abderhalden** führt Beschwerde darüber, daß die Fraktion in der Frage der Regierungsbildung zu viel nachgegeben habe. Wenn jetzt *Heine*³ nicht das [Ministerium des] Innern übernehme, so müßte die Fraktion darauf bestehen, daß die demokratische Fraktion das [Ministerium des] Innern erhalte.

Durch die Mitteilungen des Abg. **Dominicus** erledigt sich diese Angelegenheit, da von einem Rücktritt *Heines* nicht die Rede sei.

Abg. **Schnackenburg** beantragt, der Vorstand möge die Personalfragen in besonderen Sitzungen behandeln, weiter sollen Abendsitzungen veranstaltet werden.

Abg. **Friedberg** teilt mit, daß der Vorstand die Frage des Unterstaatssekretariats des Innern in einer besonderen Sitzung behandeln werde.

Abg. **Aronsohn** (Thorn) berichtet über die Anfrage über die Besetzung preußischer Gebiete durch die Polen.⁴ Es sei eine Vergewaltigung, die im Widerspruch stünde zu den *Wilson'schen* Forderungen⁵, wenn Teile von Westpreußen an die Polen abgetreten würden. Der Redner begründet ausführlich den Standpunkt, den die Fraktion in dieser Frage einnehmen wird.

Als Koreferent spricht Abg. **Schmiljan**. Westpreußen und Danzig seien niemals polnisch gewesen und durch einen Gewaltakt seien diese Gebiete seiner Zeit unter polni-

¹ Am Vormittag des 25. März 1919 hatte sich das preußische Staatsministerium gebildet. Die SPD stellte mit Paul *Hirsch* den alten und neuen Ministerpräsidenten und besetzte mit Wolfgang *Heine* das Innen-, mit Albert *Südekum* das Finanz-, mit Konrad *Haenisch* das Kultus- und mit Otto *Braun* das Landwirtschaftsministerium. Das Zentrum entsandte zwei Minister ins Kabinett: Hugo *am Zehnhoff* (Justiz) und Adam *Stegerwald* (Volkswohlfahrt). Der DDP verblieben das Handelsministerium, dem Otto *Fischbeck* auch weiterhin vorstehen sollte, sowie das der Partei bereits am 22. März 1919 von der SPD angebotene Ministerium für öffentliche Arbeiten, an dessen Spitze Rudolf *Oeser* berufen wurde. Kriegsminister blieb der parteilose Oberst *Reinhardt*. Vgl. SCHULTHESS 1919/I, S. 137; STANG, S. 206–220; SCHULZE, Braun, S. 240f.; MÖLLER, Parlamentarismus, S. 324–328; HÖMIG, S. 39–43.

² Gemeint ist das Ministerium für öffentliche Arbeiten.

³ Wolfgang *Heine* (1861–1944), Jurist und sozialdemokratischer Politiker, November 1918 bis März 1919 preußischer Justizminister, März 1919 bis März 1920 preußischer Innenminister, 1898–1918 MdR, 1919/20 MdNatVers.

⁴ Vgl. Dok. Nr. 12; vgl. auch die Rede des Abg. *Aronsohn* (Thron) in der 10. Sitzung am 25. März 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 1, Sp. 644–652.

⁵ Vgl. Dok. Nr. 5.

sche Herrschaft gekommen und die Teilung Polens sei eine Wiedergutmachung alten Unrechts gewesen.⁶

Abg. Dr. **Grund** bemängelt es, daß zwei Redner aus Westpreußen zu der Frage sprechen werden und kein Vertreter Oberschlesiens.

Abg. **Cassel** wendet sich scharf gegen diejenigen, die einer Abstimmung der Bevölkerung dadurch vorarbeiten, daß sie diesen Gedanken in der Öffentlichkeit besprechen.

Nach den Berichten vertagt sich die Fraktion bis abends 8 ½ Uhr.

14.

25.3.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 24v–r. Zeit: abends. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Friedberg.

Es liegt eine Einladung des Verbandes der mittleren Staats-Steuerbeamten Preußens vor. Abg. *Höfler* übernimmt die Vertretung der Fraktion am 29. 3.

Es wird dann die Frage der Besetzung des Unterstaatssekretärs des Innern besprochen. Der **Vorstand** schlägt zur Wahl vor die Herren *Heilbrunn*, *Meyer*, *Grund*, *Ruer*.

Die Abg. **Höfler** und **Wiglow** schlagen außerdem den Abg. *Schmiljan* vor.

Abg. **Riedel** schlägt vor, daß die Abstimmung in der Weise erfolgt, daß jeder 3 Namen aufschreiben soll und der am meisten Genannte gewählt ist. Der Antrag wird abgelehnt.

Bei der Wahl erhalten Stimmen

Meyer 11, *Schmiljan* 13, *Heilbrunn* 8, *Grund* 5, *Ruer* 2.

1 Zettel wird unbeschrieben abgegeben.

In der Stichwahl erhalten

Meyer 22, *Schmiljan* 18.

Danach ist der Abg. *Meyer* an erster Stelle zu nennen. Die Versammlung ist damit einverstanden, daß neben ihm noch die Abg. *Schmiljan* und *Heilbrunn* präsentiert werden.

Für den Abg. *Oeser* soll ein neuer Vorsitzender gewählt werden, der zunächst mit den anderen Abgeordneten mit gleichen Rechten das Amt führt. Es wird gewählt der Abg. *Dominicus*.

In die Wahlprüfungskommission wird gewählt *Ehlers*.

Auf Anregung des Abg. *Schmiljan* wird die Bestätigung des Abg. *Winkler* als Bürgermeister von Graudenz¹ als eine Forderung der Fraktion angesehen und soll gegenüber der Regierung durch einen der Vorsitzenden vertreten werden.

⁶ Polen war Ende des 18. Jahrhunderts zwischen Rußland, Österreich und Preußen aufgeteilt worden. Die Rede des Abg. *Schmiljan* am 25. März 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 1, Sp. 698–702. Vgl. auch Dok. Nr. 12.

¹ Der demokratische Landtagsabgeordnete Max *Winkler* war seit 1914 besoldeter Stadtrat in Graudenz.

Abg. **Frentzel** referiert dann über den von der Regierung eingebrachten [...]² und die Rede des Finanzministers *Heine* in der heutigen Plenarsitzung.³

An der Debatte beteiligen sich die Abg. *Cassel*, *Ruer*, *Goll* und *Crüger*, *Schümer*, *Abderhalden*, Dr. *Grund*.

15.

26.3.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 25v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: keine Angaben.

Abg. **Rade** fragt an, in welchem Verhältnis die demokratische Fraktion zu der »Demokratischen Korrespondenz«¹ steht.

Abg. **Jansen** berichtet, daß er die Informierung des Herrn *Kundel*² übernommen habe, es sei aber zu empfehlen, Herrn *Kundel* zu Sitzungen heranzuziehen, in denen politisch besonders wichtige Angelegenheiten behandelt würden. Diesem Vorschlag wird zugestimmt.

Abg. **Cassel** gibt Mitteilung von dem Inhalt der Rede, die er im Plenum zu den Regierungserklärungen halten wird.³ An der Debatte beteiligen sich die Herren **Riedel**, **Schnackenburg**, **Schreiber**, **Degenhardt**, **Schmiljan**, Frh. **Dönhoff**.

Die **Fraktion** beschließt für den Fall, daß Abg. *Meyer* infolge der Übernahme des Unterstaatssekretariats des Innern aus dem Vorstand ausscheidet, Abg. Dr. *Schreiber* zum Geschäftsführer zu wählen.⁴

Die **Fraktion** delegiert zum Haushaltsausschuß die Abg. *Cassel*, *Frentzel*, *Schnackenburg*, *Wiglow*, *Goll*.

Es sind noch 2 Mitglieder von Kommissionen zu wählen und zwar für die Bittschriftenkommission und die Kommission für Bevölkerungspolitik. Für die erste werden vorgeschlagen die Abg. *Winkler*, *Degenhardt*, Dr. *Berndt*, *Wiglow*, für die Bevölkerungspolitik *Wittrock*. Die Vorschläge werden dem Vorstand überwiesen.

² Wort unleserlich.

³ Finanzminister war nicht *Heine*, sondern *Südekum*. Die Rede des Finanzministers *Südekum* in der 10. Sitzung am 25. März 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 1, Sp. 634–644.

¹ Die »Demokratische Parteikorrespondenz« wurde 1918 gegründet und im Oktober 1920 durch den »Demokratischen Zeitungsdienst« ersetzt. Ihre Aufgabe war es, die Tageszeitungen mit Informationen über die Partei und ihre Politik zu versorgen. Vgl. STEPHAN, Aufstieg, S. 310; STANG, S. 38 f.; Werner BECKER: Die Rolle der liberalen Presse, in: Werner E. Mosse (Hrsg.): Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1933. Ein Sammelband, Tübingen u.a. 1971, S. 67–135, bes. S. 115.

² Karl *Kundel* war Herausgeber der »Demokratischen Parteikorrespondenz«.

³ Die Rede des Abg. *Cassel* in der 11. Sitzung am 26. März 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 1, Sp. 747–763.

⁴ Auf der Fraktionssitzung vom 7. März 1919, auf der Karl *Kanzow* zum vorläufigen Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde, war Oscar *Meyer* zusammen mit Martha *Dönhoff* zum Schriftführer bestellt worden. *Meyer* übte damals offenbar auch die Rolle des Fraktionsgeschäftsführers aus. Vgl. Dok. Nr. 1 und 4. Ferner STANG, S. 187 f. Zum Problem der parlamentarischen Staatssekretäre in Preußen 1919–1921 vgl. Dok. Nr. 12.

Abg. Dr. **Schreiber** beantragt, daß der Vorstand beim Seniorenkonvent dahin wirken [solle], daß die wichtigen und dergleichen Anträge [Nr.] 95, 62, 28, 106 noch im Plenum erledigt werden.⁵

Abg. **Berghaus** teilt dem Vorstand mit, daß er nach Norderney abfahren müsse, und wird dementsprechend von dem Vorstand als entschuldigt angesehen.

16.

27.3.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 25r–26v. Beginn: 9.30 Uhr, Ende: 11.15 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Rade.

Es wird erörtert, daß sich Zeit finden muß für eingehende Aussprache über Fraktions- und Parteiangelegenheiten; vorgeschlagen: Fortsetzung der Fraktionstagung nach der Vertagung des Hauses, vor allem zur Besprechung des Parteitags. Erörterung wird abgebrochen durch Eintritt in die Tagesordnung, Punkt I.

Abg. **Frentzel** Referat über Sozialisierung.¹

Zwischendurch macht Abg. **Scherer** auf Drucksache aufmerksam, bittet [um]² schleunige [Erledigung].

Abg. **Schümer** gibt den [am] Freitag stattfindenden Vortrag von Herrn v. *Gerlach* bekannt.³ – [Er] bittet um Feststellung, wer von den Fraktionsmitgliedern für eine Besprechung nach der Vertagung des Plenums stimmt.

⁵ Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP), betr. Teuerungszulagen für Beamte usw. und Sicherstellung ihrer erworbenen Rechte, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 28, S. 97f.; Antrag der Abg. Dr. *Crüger* (Charlottenburg) und Genossen (DDP) über den Wiederaufbau des Mittelstandes, ebd., Nr. 62, S. 117; Dringender Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) auf Räumung der Schulen und anderen öffentlichen Gebäude von Truppen usw., ebd., Nr. 95, S. 129f.; Dringender Antrag der Abg. *Höfler* und Genossen (DDP) auf Vorlegung der Verordnung vom 26. Februar 1919 über die einstweilige Versetzung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand, ebd., Nr. 106, S. 141. Auf Beschluß des Ältestenrats vom 29. März 1919, der vormittags von 10.05 bis 11.20 Uhr tagte, sollte der überwiegende Teil der vorliegenden Anträge, unter ihnen auch die der DDP, ohne Erörterung den Ausschüssen überwiesen werden. Vgl. das Sitzungsprotokoll mit den Anlagen 1 bis 3, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 1.

¹ Am 13. März 1919 war von der Weimarer Nationalversammlung ein Sozialisierungsgesetz verabschiedet worden, das die Möglichkeit der Vergesellschaftung wirtschaftlicher Unternehmen und ihre Überführung in »Gemeinwirtschaft« durch Gesetz und gegen angemessene Entschädigung eröffnete. Das gleichzeitig verabschiedete Kohlenwirtschaftsgesetz tastete jedoch das Privateigentum nicht an, schloß vielmehr die Kohlenzechen zu Zwangssyndikaten zusammen, die einer Dachgesellschaft, dem Reichskohlenverband, mit weitgehender Regelungsbefugnis und der Aufsicht des Reichskohlenrats, in dem Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Verbraucher und öffentliche Hand vertreten waren, unterstellt werden sollte. Absatz, Förderung und Preispolitik sollten »gemeinwirtschaftlich« erfolgen. Die Kaliwirtschaft wurde ähnlich geregelt. Diese Gesetze stellten de facto eine klare Absage an weitergehende Sozialisierungsforderungen dar. Vgl. HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1104f.

² Im Original: »für«.

³ Zu Hellmut v. *Gerlach* vgl. Dok. Nr. 1.

Abg. **Rade** erinnert daran, daß von heute ab die Liste zur Einzeichnung der Anwesenden ausliegt.

Abg. **Schmiljan** teilt mit, daß [am] Montag [um] 11 Uhr [eine] Besprechung aller Abgeordneten aus dem Osten stattfinden soll zur Einsetzung einer interfraktionellen Kommission; unsere Kollegen aus dem Osten werden über Beteiligung beschließen.

Abg. **Schloßmann** fragt an, ob [der] Antrag, betr. Abforstung, in der Fassung des Entwurfs angenommen werden soll. Ist schon gedruckt. Daher Anfrage erledigt.⁴

Abg. **Böer** befürchtet, daß Besetzung von höheren Regierungsstellen durch sozialdemokratische Parteiangehörige schnelle Fortschritte machen [und] unsere Partei schädigen wird. Schlägt vor, [die] Provinzialorganisationen [darauf] aufmerksam zu machen und bei dem von uns gestellten Unterstaatssekretär vorstellig zu werden zugunsten der Berücksichtigung von Parteigenossen.

Abg. **Dominicus**: Anregung *Böer* ist wichtig nicht nur im Partei-, vor allem im vaterländischen Interesse. Ungeeignete Ernennungen werden Beamtenkörper zerschlagen – [der] parlamentarische Unterstaatssekretär muß für Besetzung nach sachlichen Gesichtspunkten eintreten.

Abg. **Grund**: Nicht verallgemeinerte Einwendungen.

Abg. **Schümer** läßt sich [verpflichten]⁵, eine Anzahl Posten für uns vorzuschlagen.

Abg. **Sommer** zur Geschäftsordnung; bittet um Fortsetzung der Sozialisierungsreferate.

Abg. **Oeser**: Parität bei Stellenbesetzung ist zugesagt und wird durchgeführt.

Abg. **Degenhardt** erinnert an Bestellung von Referenten für eine Vorlage des Landwirtschaftsministers im Plenum.

Abg. **Wittrock** wird vorläufig als Mitglied der Kommission für Bevölkerungspolitik entsandt, endgültige Bestimmung erfolgt nachdem der Vorstand einen Vorschlag vorbereitet hat in einer demnächstigen Fraktionssitzung.

Abg. **Riedel**: Referat über Sozialisierung.

Abg. **Dominicus**: Referat über Kommunalisierung.⁶

Abg. **Rade**: Diskussion muß verschoben werden.

Abg. **Schmiljan** gibt bekannt, daß Schlafwagenplätze vorgesehen sind, die im Büro angemeldet werden müssen.

Abg. **Oeser** beantragt, Fraktion möge bald Stellung nehmen zur Frage der Beiräte im Eisenbahnministerium – wird auf Tagesordnung für Freitag gesetzt.

Abg. **Otto** ersucht um Ermächtigung, die Besprechung der Frage: Staat und Kirche für den Parteitag zu beantragen als Wunsch der Fraktion.

Nächste Fraktionssitzung Donnerstag abend.

⁴ Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über die Behandlung der Privatforsten, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 142, S. 179. Der Antrag forderte ein Notgesetz, nach dem Rodungen und Abholzungen in Privatforsten nur nach vorheriger Genehmigung der zuständigen Regierungspräsidenten zulässig sein sollten.

⁵ Im Original: »verbinden«.

⁶ Ministerpräsident *Hirsch* hatte in seiner Regierungserklärung in der 10. Sitzung am 25. März 1919 erklärt, daß die »Bestrebungen der Selbstverwaltungskörper zur Kommunalisierung solcher Betriebe, die hierfür reif sind, insbesondere der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sowie der Verkehrsunternehmungen [...] von der Regierung gefördert« würden. SBpLV 1919/21, Bd. 1, Sp. 629, insgesamt Sp. 628–633. Vgl. auch die Rede von *Oskar Cassel* vom 26. März 1919, der in der Sozialisierungsfrage der von *Hirsch* vorgegebenen Linie folgte, in: ebd., Sp. 747–763.

17.

27.3.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 26r–28v. Beginn: 20.00 Uhr, Ende: 22.00 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Rade und Dominicus.

Leiter Abg. **Rade** stellt vor Eintritt in die Tagesordnung fest, daß die Anzahl der Montag [...] anwesenden Fraktionsmitglieder nicht genügt für eine Fraktionssitzung, doch wird ein zwangloses Zusammenkommen vormittags [um] 9 ½ Uhr angeregt zur Besprechung von Parteifragen. – Der Vorsitzende macht aufmerksam auf die Einladung der Beamtenschaft des Hauses zu Freitag abend.

Vorsitz Abg. **Dominicus**.

Abg. **Schümer** sieht als Hauptgrund für die zu befürchtende 2. Revolution² das Ausbleiben sozialer Errungenschaften durch die erste an. Demokratie läßt sich ohne Sozialismus nicht aufrecht erhalten. Starke Sozialisierung ist daher unumgänglich;³ soziales Arbeiterrecht ist nicht genügend.⁴ – Restlose Durchführung der Vergesellschaftung würde zu persönlicher Unfreiheit des Arbeiters führen. Warenhandel und Warenproduktion soll Privatsache unter Staatsaufsicht bleiben, letztere notwendig, weil privatkapitalistisches Interesse gehemmt werden muß. Monopolisierung und Sozialisierung muß unterschieden werden; letztere hat durchaus nicht den Zweck, Überschüsse herauszuwirtschaften. Vor allem anderen sollen die Bodenschätze und der Grund und Boden selbst sozialisiert werden bzw. die Grundrente.

Abg. **Degenhardt** versteht unter Sozialisierung ein neues Wirtschaftssystem, dessen volkswirtschaftliche Überlegenheit bewiesen werden muß. Neben dem Mehrwert ist der organisatorische und der Persönlichkeitsmehrwert zu stellen, letzterer begründet das Recht der Privatwirtschaft. Redner lehnt die Auffassung *Riedel* ab, soziales Arbeitsrecht ist nicht Sozialisierung.⁵ Die Notwendigkeit, neue Einnahmequellen für Staat, Reich, Gemeinde zu erzwingen, führt praktisch zu einer Vergesellschaftung. Kommunalisierung erscheint ihm annehmbar als Zwang zum Zusammenschluß der einzelnen Produzenten.

¹ Wort unleserlich.

² Seit den Januarkämpfen 1919 in Berlin hatte es Streikbewegungen und Unruhen in Braunschweig, Bremen, Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet gegeben. Der Märzaufruf in Berlin war am 12. März niedergeschlagen worden. Unruhen im Ruhrgebiet, Sachsen, Braunschweig, Bremen und Hamburg sowie die Proklamation der Räterepublik in Bayern sollten im April folgen. Vgl. HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1093–1128.

³ Vgl. Dok. Nr. 16. Der Gründungsauftrag der Deutschen Demokratischen Partei vom 16. November 1918 hatte noch die Sozialisierung für »monopolistisch« gestaltete Wirtschaftsbereiche gefordert, doch rückte die Partei bald von diesem Anliegen ab. So wollte sie in ihrem Wahlauftrag zur Nationalversammlung vom Dezember 1918 die Sozialisierung nur noch auf die Fälle beschränkt wissen, in denen eine Erhöhung des Produktionsertrags und eine Steigerung der Beschäftigungsmöglichkeit der breiten Massen erreicht werden könne. Der Einigungsauftrag vom 16. November 1918, in: OTTO NUSCHKE: Wie die Deutsche Demokratische Partei wurde, was sie leistete und was sie ist, in: ERKELENZ, S. 25 f.; der Wahlauftrag, in: ebd., S. 27.

⁴ Die Regierung der Volksbeauftragten hatte in ihrer Verordnung vom 23. Dezember 1919 das Arbeitsverfassungsrecht neu geregelt und das Tarif-, das Betriebsverfassungs- und das Schlichtungsrecht auf eine neue Grundlage gestellt. Vgl. HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 868–871; HENTSCHEL, S. 70.

⁵ Zu den unterschiedlichen Grundvorstellungen von »Sozialismus« vgl. HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 852–854.

Abg. **Winkler** begrüßt es, daß [das] Regierungsprogramm bis jetzt nur Gebiete vorgehen hat, die wir zur Sozialisierung preisgeben können.⁶ Redner hält Teile der Lebensmittelversorgung für geeignet zur Kommunalisierung (Milch, Kartoffeln zum Teil). Bezüglich der Bodenpolitik sollen Gemeinden Rechtsmittel erhalten, [um] Privatspekulation auszuschalten. Fragt, ob Beteiligung von Staat und Arbeitnehmer mit einem gewissen Prozentsatz an allen Betrieben nicht ein Mittel sein könnte, um zu weit gehende Sozialisierungsbestrebungen hinten an zu halten.

Abg. **Schnackenburg** stellt praktische Fragen in [den] Vordergrund, um positive Richtlinien für das Parteiprogramm zu gewinnen. Wendet sich dagegen, daß man bei Aufstellung eines neuen Wirtschaftssystems den einzigen sicheren Faktor, den wir noch kennen, ausschaltet, den Egoismus. Der Ansturm auf das bestehende System ist da, ist unabweisbar; wir müssen unsere Aufgabe darin sehen zu bremsen. Das aufgestellte Programm der Kommunalisierung ist unannehmbar. – Es gibt [eine] zu große Anzahl kleiner Läden, die volkswirtschaftlich ungesund sind – unausgenutzte Arbeitskraft, verteuerte Waren. Es muß zum Weimarer Programm Stellung genommen werden.⁷

Abg. **Dominicus** regt Einsetzung einer Unterkommission an, die bezüglich der Sozialisierung Sätze aufstellt, über die [die] Fraktion sich einig wird.

Abg. **Abderhalden**: Die Arbeiterschaft rechnet bei der Sozialisierungsforderung auf Gewinn für den einzelnen. Spricht für Unterausschuß.

Abg. **Sommer** ebenfalls. Erinnert an das Recht des Einzelnen neben der Gesellschaftsverpflichtung. Wendet sich gegen grundsätzliche Ausführungen *Schümers*; demokratische Partei hat Verpflichtung selbständige Existenzen zu schützen.

Abg. **Schreiber** spricht für Schluß der Debatte und Einsetzung einer Kommission.

Abg. **Dominicus** möchte Abstimmung über einzelne Fragen der Kommunalisierung.

Abg. **Kopsch** warnt vor Festlegung, da Gegner noch nicht zu Wort gekommen [sind].

Abg. **Ehlers** meint, daß Aufstellung von Richtlinien Sache der Partei, nicht der Fraktion ist.

Abg. **Dominicus** stellt Verpflichtung fest, uns über die Fragen klar zu werden und der Partei Material zu geben.

Abg. **Goll**: Weimarer Grundsätze sind in der Praxis sozusagen durchgeführt.

Abg. **Dominicus** trägt seine Richtlinien vor, die teilweise uneingeschränkte Zustimmung finden, teils zweifelhaft bleiben, teils in der vorliegenden Fassung abgelehnt werden.

Abg. **Abderhalden** macht auf veränderte Verhältnisse im Apothekenbetrieb aufmerksam, die Bearbeitung durch Sachverständigen erfordern.

Abg. **Fenner, Ehlers, Goll** für Überweisung an Kommission, zu der bestimmt werden: die Abg. *Dominicus, Ehlers, Frenzels, Meyer, Crügers, Schümers, Degenhardt, Westermann*.

Abg. **Schümer** stellt fest, daß er mißverstanden worden ist, sozial nicht im Sinn der sozialdemokratischen Partei gemeint war.

Abg. **Abderhalden** beklagt, daß Ernährungsfrage im Plenum gar nicht drangekommen ist, parteipolitische Agitationsreden viel zu großen Raum einnehmen, während erstere

⁶ Vgl. Dok. Nr. 16.

⁷ Gemeint ist das Regierungsprogramm des Reichsministerpräsidenten *Scheidemann* vom 13. Februar 1919. Vgl. SBNV 1919/20, Bd. 326, S. 44–49, hier S. 44. Dort hieß es, daß Wirtschaftszweige, die einen privatmonopolistischen Charakter trügen, der öffentlichen Kontrolle unterstellt werden sollten.

Frage auch dem Ausland gegenüber zu behandeln wichtig wäre. Bittet Nachdruck darauf zu legen, daß Erörterung noch zustande kommt.

Abg. **Frentzel** hält es nach der Geschäftslage für möglich, den Antrag Drucksache Nr. 60⁸ am Sonnabend noch zur Besprechung zu bringen, indem [eine] Vertagung [am] Freitag verhindert wird.

Abg. **Goll** empört sich gleich dem Abg. *Abderhalden* über den Betrieb des Parlaments.

Abg. **Dominicus**: Da Freitag keine Fraktionssitzung stattfindet, muß Frage der Beiräte im Eisenbahnministerium verhandelt werden. Um sie in Gegenwart des Abg. *Riedel* besprechen zu können, soll Freitag 10 Uhr noch eine Fraktionssitzung stattfinden. – Die eingesetzte Kommission für [die] Sozialisierungsfrage wird auch die Frage des Abbaus der Zwangswirtschaft bearbeiten. Abg. *Meyer* besorgt die Einladungen.

18.

28.3.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 28r–29v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: keine Angaben.

Abg. Dr. **Schreiber** beantragt die Einsetzung einer Kommission, die die Frage der Eingliederung der Räte in die Verfassung behandeln soll.¹

Abg. **Riedel** unterstützt diese Anregung.

Abg. **Westermann** hält es für dringend erforderlich, auch die Bauernräte bei dieser Angelegenheit zu berücksichtigen.

Abg. **Riedel** beantragt, man solle sich an den geschäftsführenden Ausschuß der Partei wenden mit der Forderung, sofort praktische Richtlinien in dieser Frage auszuarbeiten.

Abg. **Dominicus** hält die Einführung des Dreikammersystems mit Einbeziehung der Räteorganisation für ganz unmöglich. Auch sei die Frage der Konstruktion der Rätekommer und des Stimmrechts in dieser Kammer keinesfalls gelöst.

Es liegt ein Schreiben des Parteisekretärs *Kalkbrenner*² aus Jenkwitz vor, in dem beantragt wird, die Fraktion möge die Abgabe von Großgrundbesitzflächen zur Kolonisation zum Gegenstand eines Antrages machen. Es wird beschlossen, den Antrag beim Wiederzusammentritt des Hauses einzubringen.³

⁸ Dringender Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) auf Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der Ernährungsfrage, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 60, S. 113.

¹ Der Rätegedanken fand in der Weimarer Reichsverfassung in stark abgewandelter Form in Art. 165 Eingang, der im Betriebsrätegesetz vom Januar 1920 und in der Verordnung über den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat vom Mai 1920 inhaltlich aufgefüllt wurde. Vgl. GUSY, S. 48–54, 364–369; HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1202–1204, Bd. 6, 1981, S. 390–402, 1105f.; Gerhard A. RITTER: Die Entstehung des Räteartikels 165 der Weimarer Reichsverfassung, in: HZ 258 (1994), S. 73–112.

² Gemeint ist der Parteisekretär und Geheime Rechnungsrat *Kalkbrenner* aus Jenkwitz bei Oels (Schlesien).

³ Ein entsprechender Antrag ist nicht nachgewiesen.

In der Kommissionsbesetzung tritt folgende Änderung ein.

Für den zum Eisenbahnminister berufenen Abg. *Oeser* wird Abg. *Dominicus* zum ständigen Mitglied der Haushaltskommission gewählt. In die ständige Landwirtschaftskommission wird an Stelle des Abg. Dr. *Struve* der Abg. Dr. *Schreiber* gewählt. In die Wahlprüfungskommission tritt an Stelle des Abg. Dr. *Schreiber* der Abg. *Kerber*, an Stelle von *Rebehn Degenhardt*. In die Haushaltskommission wird für Landwirtschaft an Stelle des Abg. *Wenke* der Abg. *Struve*, für Handel und Gewerbe an Stelle des Abg. *Meyer* der Abg. *Wenke*, für das Unterrichtswesen an Stelle von Dr. *Troeltsch* der Abg. Dr. *Jordan*, für höheres Schulwesen Dr. *Schümer*, für Bauten an Stelle des Abg. *Otto* (Marburg) der Abg. Dr. *Jordan* [gewählt].

Bei einer Besprechung der Frage, welche Personen als Beiräte⁴ dem Eisenbahnminister beigegeben werden sollen, wird vorgeschlagen für die Beamtenfrage Abg. *Höfler* zu empfehlen, für die Arbeiterfragen wird *Düker* von dem Abg. *Otto* vorgeschlagen, von dem Abg. *Riedel* wird der Abg. *Hoffmann* in Vorschlag gebracht.

Es wird einstimmig beschlossen, dem Minister zu empfehlen, sowohl einen Beamtenvertreter wie einen Arbeitervertreter in Vorschlag zu bringen.

Abg. **Degenhardt** beantragt, dem Minister von diesem Beschluß Kenntnis zu geben und ihm die Wahl der Vertreter zu überlassen. Wenn nur ein Vertreter in Frage kommt, dann soll nach einem Antrage des Abg. *Höfler* ein Beamter in Vorschlag gebracht werden.

19.

29.3.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 29v-r. Beginn: 10.15 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift und Dönhoff. Vorsitz: Rade.

Ein Antrag der Abg. Frl. *Dönhoff* und Frl. Dr. *Heine*, die Fraktionsvorsitzenden zu beauftragen, auf eine Berücksichtigung der Frauen bei Besetzung der Ämter hinzuwirken, wurde angenommen.

Abg. **Meyer** teilte vertraulich mit, daß das Zentrum für sich einen parlamentarischen Unterstaatssekretär erstrebe.¹

Die **Fraktion** beschloß, diesem Verlangen gegebenenfalls entgegenzutreten unter Hinweis auf die Abmachung, nach welcher jeder Mehrheitspartei nur zwei parlamentarische Unterstaatssekretäre eingeräumt werden.

⁴ Beiräte oder Beigeordnete wurden anfangs den Ministern im Reich und in Preußen als Bindeglieder zwischen Regierung und Ministerialbürokratie sowie zwischen den Ressorts zugeordnet. Bereits die preußische Revolutionsregierung vom November 1918 kannte Beigeordnete. Sie sollten eine möglichst paritätische Besetzung der Ressorts ermöglichen. Vgl. GUSY, S. 44; HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1005f. Zur Einrichtung der parlamentarischen Unterstaatssekretäre vgl. Dok. Nr. 12.

¹ Vgl. auch die Fraktionssitzung der preußischen Zentrumsparlei vom 27. März 1919, in: ZENTRUMS-FRAKTION, Nr. 11, S. 20f.

Von verschiedenen Seiten wurde der Wunsch ausgesprochen, daß ein ostelbischer Landwirt in die Landwirtschaftskommission eintrete. Die Angelegenheit erledigte sich dadurch, daß Abg. Dr. **Schreiber** sich bereit erklärte, bei Siedlungsfragen seinen Platz dem Abg. *Moritz* abzutreten.²

Abg. *Höfler* wendet sich schriftlich gegen den Antrag *Degenhardt*³ und beantragt, für die Stelle des sachverständigen Beirats aus der Beamtenschaft im Eisenbahnministerium ein Fraktionsmitglied vorzuschlagen.

Besprechung der Leitsätze *Riedel*.

Abg. **Crüger** wendet sich gegen Festlegung auf bestimmte Formulierung in der allgemein noch ungeklärten Frage. *Riedel* – Leitsätze sind gedacht als Material der Fraktion gegenüber der Parteileitung, die Grundsätze für die Partei herausbringen soll.

Abg. **Schnackenburg** schlägt vor, die Leitsätze der Kommission für Sozialisierung zu übergeben, die sofort die vorliegenden Thesen bearbeiten und den Fraktionsmitgliedern baldigst ihre Beschlußfassung vorlegen [soll], um eine positive Stellungnahme zu ermöglichen.

Abg. **Troeltsch** befürwortet diese Maßnahme, die schnell wirksam werden muß.

Abg. **Crüger** sieht darin keinen Weg, Klarheit zu schaffen.

Abg. **Ehlers** für den Antrag *Schnackenburg*.

Abg. **Meyer**: Von der betreffenden Kommissionssitzung sollen alle Fraktionsmitglieder benachrichtigt werden. Als Zeitpunkt wird der 14. IV. 19 vorgesehen.

Abg. **Rebehn** für Einfluß der Fraktion auf Stellungnahme der Partei.

Die Sozialisierungskommission tritt erstmalig am 29. III., nachmittags 4 Uhr, zusammen. Sie wird mit der Verantwortung der Weiterführung der Angelegenheit gegenüber der Partei betraut und ermächtigt, selbständig für die Fraktion Beschlüsse zu fassen. Als Mitglieder der Fraktion im Ernährungsausschuß werden bestimmt: Abg. *Abderhalden*, *Grabowski*, *Heine*.

Abg. **Schloßmann** beantragt, daß die Fraktion zwei Tage vor der Wiedereröffnung frühestens 6 Uhr nachmittags zusammentritt.

Abg. **Winkler** bittet, die Weimarer Fraktion zu veranlassen, auf [eine] Verlegung der Nationalversammlung nach Berlin hinzuwirken.

² Ab hier Handschrift *Dönhoffs*.

³ Vgl. Dok. Nr. 18.

20.

9.4.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 30v–31v. Beginn: 10.45 Uhr. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Abg. Dominicus.

Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtet Abg. Cassel über die Bemühungen des Zentrums, noch einen 3. Unterstaatssekretär herauszuschlagen.¹

Abg. Meyer rät der Fraktion, bei ihrem alten Entschluß zu bleiben und keine neuen Unterstaatssekretariate zu schaffen, nur um die eine oder andere Partei noch im weiteren Umfange an der Regierung zu beteiligen.²

Abg. Riedel tritt dafür ein, die Selbständigkeit der Partei bei Verhandlungen mit den Sozialisten energischer zu vertreten.

Abg. Cassel legt Verwahrung dagegen ein, daß die Vertreter der Fraktion ihre Pflicht bei den Verhandlungen zur Bildung der Regierung nicht getan hätten; die Vertreter hätten stets nach Weisungen der Fraktion gehandelt.

Abg. Schloßmann glaubt, daß der politische Erfolg sich nicht in der Zahl der Minister dokumentiere. Er empfiehlt, man solle dem Zentrum in der Frage der Besetzung neuer Unterstaatssekretäre keine Zugeständnisse machen.

Abg. Schnackenburg ist der gleichen Meinung. Die demokratische Fraktion habe an Nachgiebigkeit das Äußerste getan.

Abg. Cassel teilt mit, das Zentrum habe erklärt, es habe sich nicht mit 2 Unterstaatssekretären zufrieden erklärt. Die Situation ist eine so ernste, daß die Demokraten wegen der Frage eines Unterstaatssekretärs nicht eine Krisis herbeiführen dürften.

Abg. Rebehn regt an, daß die Fragen der Sozialisierung und der Kriegssteuer³ von der Fraktion soweit bearbeitet würden, daß sie mit festen Vorschlägen vor die Öffentlichkeit [treten könne]⁴.

Abg. Böer führt Klage darüber, daß die Vertreter der Regierung die Zeit des Parlaments über Gebühr durch ihre Reden in Anspruch genommen hätten. Die Frage der Stellenbesetzung in den höchsten Ämtern sei von höchster Bedeutung, weil die Beamten sich in ihrer politischen Orientierung nach der Besetzung dieser Stellen richteten.

Abg. Ruer glaubt, die Fraktion solle die Forderung stellen, daß eine ganz bestimmte Anzahl von Oberpräsidentenposten mit Angehörigen der Fraktion besetzt werden solle.

¹ Das preußische Zentrum forderte Unterstaatssekretäre im Landwirtschafts-, Kultus- und Innenministerium. Vgl. die Fraktionssitzung des preußischen Zentrums vom 25. März 1919, in: ZENTRUMS-FRAKTION, Nr. 9, S. 17f. Vgl. auch Dok. Nr. 19.

² Zu parlamentarischen Unterstaatssekretären waren am 4. April 1919 ernannt worden: Oscar Meyer (DDP) im Innenministerium, Prof. Carl Heinrich Becker (parteilos), Prof. Ernst Troeltsch (DDP) und Prof. Rudolf Wildermann (Z) im Kultusministerium, Wilhelm Busch (Z) im Landwirtschaftsministerium sowie Eduard Gräf (SPD) im Wohlfahrtsministerium. Vgl. MÖLLER, Parlamentarismus, S. 327; SCHULTHESS 1919/I, S. 161.

³ In der Nationalversammlung sollte am 11. April 1919 das Gesetz, betr. die Änderung des Kriegssteuergesetzes vom 21. Juni 1916 (Verwendung der Einnahmen aus der Kriegsabgabe für die Fehlbeträge der Rechnungsjahre 1916, 1917 und 1918), beraten werden. Vgl. SCHULTHESS 1919/I, S. 186.

⁴ Im Original: »träge«.

Abg. Dr. **Meyer** teilt mit, daß die Oberpräsidenten regelmäßig durch hervorragende Verwaltungsbeamte oder durch Parteiführer, die sich zu diesen Posten eignen, besetzt werden sollen, daß die Posten der Regierungspräsidenten regelmäßig durch Verwaltungsbeamten besetzt werden.

Abg. **Schnackenburg** stellt fest, daß die Fraktion zunächst beschlossen habe, den dritten Staatssekretär, den das Zentrum verlange, abzulehnen, 2. festzuhalten, daß der Oberpräsident Dr. *Maier*⁵-Charlottenburg nicht der Fraktion zuzurechnen sei, 3. durch den Seniorenkonvent dahin zu wirken, daß die Regierungsvertreter sich in ihren Reden Beschränkung auferlegen, 4. daß die Partei bei der Amtbesetzung der höheren Stellen ihren ganzen Einfluß geltend [mache]⁶.

Abg. **Riedel** regt an, man möge doch in der Landesversammlung mit programmatischen Erklärungen mit großen Gesichtspunkten hervortreten.

Abg. Dr. **Schreiber** unterstützt diese Anregung, man solle die Fragen der Arbeiterräte, der Sozialisierung, der Kommunalisierung in [einer] Kommission behandeln, damit man dann mit wohl durchdachten Kundgebungen nach draußen trete[n könne]. Auch der Parlamentarismus müsse reformiert werde. Es wäre nicht erträglich, daß von jeder Fraktion je 2 Redner zu jeder noch so läppischen Frage das Wort nehmen.

Abg. **Schnackenburg** tritt dieser Meinungsäußerung im Wesentlichen bei.

Abg. **Friedberg** hält es für möglich, daß die Fraktionsmitglieder, die diese Forderung aufstellen, das Parlament zu einem Debattenklub über theoretische Fragen machen wollten.

Abg. **Meyer** teilt mit, daß sich die Geschäftsordnungskommission mit dem Antrag der Deutschnationalen Volkspartei beschäftigen soll auf Einsetzung eines dritten Vizepräsidenten.⁷ In der gestrigen Sitzung der Geschäftsordnungskommission sind die Demokraten mit dem Antrag auf Heraufsetzung der Zahl der Mitglieder, die zur Stellung eines Antrages erforderlich sind, in der Minderheit geblieben.⁸ Es wäre heute sehr peinlich, wenn die Demokraten wieder sich dem Vorwurf der Vergewaltigung aussetzen sollten. Deshalb befürworte er den Antrag auf Schaffung des dritten Vizepräsidenten.

Abg. Dr. **Friedberg** gibt der Meinung Ausdruck, daß bei den geänderten Verhältnissen die Fraktion der Schaffung der dritten Vizepräsidentenstelle nicht mehr entgegentreten könne.

In der Nachmittagssitzung stellt Abg. **Dominicus** fest, daß die Fraktion damit einverstanden ist, daß auf eine Verbesserung des parlamentarischen Brauchs hingearbeitet

⁵ Dr. Adolf *Maier* (1871–1963), preußischer Gerichtsassessor, 1910–1919 Bürgermeister von Charlottenburg, März 1919–März 1933 Oberpräsident von Brandenburg. Er gehörte der DDP an. Vgl. STANG, S. 340. Vgl. MÖLLER, Die preußischen Oberpräsidenten, S. 330; RUNGE, S. 200–204 und passim.

⁶ Im Original: »zu machen«.

⁷ Vgl. den mündlichen Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über die Schaffung einer dritten Vizepräsidentenstelle, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 210, S. 368; vgl. auch ebd., Bd. 1, Sp. 1354–1356. Auch der Ältestenrat beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 10. April 1919, nachmittags von 13.05 bis 14.15 Uhr, mit der Frage der Schaffung eines dritten Vizepräsidenten. Da die sozialdemokratische Fraktion sich mit der Wahl eines dritten Vizepräsidenten einverstanden erklärte, sollte ein entsprechender Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung eingebracht werden und nach der Osterpause auf die Tagesordnung kommen. Vgl. GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 DI, Nr. 44, Bd. 1.

⁸ Vgl. den Antrag des Geschäftsordnungsausschusses zu seinem mündlichen Bericht über die Änderung der vorläufigen Geschäftsordnung, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 180, S. 218f. Danach mußten Förmliche Anfragen von mindestens 15 Abgeordneten unterzeichnet sein (§ 34). Vgl. ebd., S. 219.

wird, vor allem auf eine Abkürzung der zu ausgedehnten Debatte. Die Fragen der Sozialisierung und Kommunalisierung werden in den betreffenden Kommissionen weiter bearbeitet, damit zum Parteitag bestimmte Richtlinien vorgelegt werden können.

Es wird nach einer längeren Debatte beschlossen, nach Verständigung mit der Regierung eine Anfrage an die Regierung zu stellen, welche Maßnahmen die Regierung ergreifen will zum Schutz der Arbeitswilligen in großen Betrieben.⁹

Als Redner bei den Anträgen, die das Beamtenwesen betreffen, wird Abg. *Otto* (Charlottenburg) bestimmt¹⁰, bei den Anträgen, die Handwerks- und Genossenschaftswesen betreffen, Abg. *Crüger*¹¹, für Begnadigungsrecht und Amnestie Abg. *Bollert* oder Dr. *Schreiber*¹², für die Gemeinde- und Kreistagswahlen wird Abg. Dr. *Schreiber* als Redner bestimmt¹³, für Schulaufsichtsfragen Abg. *Juds*¹⁴, für die Fragen des besetzten Gebiets Abg. *Jansen*¹⁵, für die Fragen der Entschädigung für die Unruheschäden

⁹ Eine entsprechende Anfrage wurde nicht mehr gestellt. Bereits am 24. März 1919 hatte die DDP den Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen auf Schutz für die Verbündungsfreiheit der Beamten und Arbeiter der Staatsbetriebe eingebracht. Vgl. ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 115, S. 160; der Ausschußbericht, in: ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 518, S. 781–784. Auch lag bereits der deutschnationale Antrag der Abg. *Martin* und Genossen auf Sicherung der Verbündungsfreiheit der Arbeiter gegen Terrorismus vor. Vgl. ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 94, S. 129. Die beiden Anträge wurden in der 17. Sitzung am 12. April 1919 dem Handels- und Gewerbeausschuß überwiesen.

¹⁰ Unter den eine Neuregelung der Rechts- und Besoldungsverhältnisse der Beamten fordernden Anträge befanden sich auch der Antrag der Abg. *Friedberg* und Genossen (DDP), betr. Teuerungszulagen für die Beamten usw., und die Sicherstellung ihrer erworbenen Rechte und der Dringende Antrag der Abg. *Höfler* und Genossen (DDP) auf Vorlegung der Verordnung vom 26. Februar 1919 über die einstweilige Versetzung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand. Vgl. ebd., Nr. 28, S. 97f. und Nr. 106, S. 141. Die übrigen Anträge, in: ebd., Nr. 6, S. 83, Nr. 32 und 33, S. 99–101, Nr. 39, S. 104f. Die Anträge wurden in der 15. Sitzung am 10. April 1919 ohne Aussprache dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen.

¹¹ Die den Mittelstand und das Genossenschaftswesen betreffenden Anträge wurden in der 15. Sitzung am 10. April 1919 dem Handels- und Gewerbeausschuß überwiesen. Unter den Anträgen befand sich auch der Antrag der Abg. Dr. *Crüger* (Charlottenburg) und Genossen (DDP) über den Wiederaufbau des Mittelstandes. Vgl. ebd., Nr. 62, S. 117f. Die übrigen Anträge, in: ebd., Nr. 7, S. 83f., Nr. 19, S. 93f., Nr. 93, S. 128, Nr. 119 und 120, S. 162, Nr. 122, S. 163, Nr. 127, S. 165, Nr. 133, S. 172. Die Rede des Abg. Dr. *Crüger* als Antragsteller, in: ebd., Bd. 1, Sp. 1132–1137.

¹² Der Antrag der Abg. *Lüdicke* und Genossen (DNVP) über das Begnadigungsrecht und die Amnestie, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 8, S. 84f., Nr. 183, S. 221f., wurde in der 16. Sitzung am 11. April 1919 ohne Aussprache dem Rechtsausschuß überwiesen.

¹³ Die Anträge über Gemeinde- und Kreistagswahlen wurden in der 16. Sitzung am 11. April 1919 verhandelt und dem Gemeindeausschuß überwiesen. Die Rede des Abg. Dr. *Schreiber* (Halle) als Antragsteller, in: ebd., Bd. 1, Sp. 1200–1204. Die Anträge, in: ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 54, S. 111, Nr. 59, S. 113, Nr. 155, S. 204, Nr. 158, S. 206. Unter den Anträgen befand sich auch der Dringende Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über die Zusammensetzung der Kreistage. Vgl. ebd., Nr. 59, S. 113.

¹⁴ Der Antrag der Abg. *Herrmann* und Genossen (DNVP) auf Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht, ebd., Nr. 11, S. 89, der Antrag der Abg. *Herrmann* und Genossen (DNVP) über die Hebung der Volksschule und des Lehrerstandes, ebd., Nr. 12, S. 89, sowie der Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP), betr. die geistliche Ortsschulaufsicht, ebd., Nr. 21, S. 94, wurden in der 16. und 17. Sitzung am 11. und 12. April 1919 verhandelt und dem Unterrichtsausschuß überwiesen. Die Rede des Abg. *Juds* als Antragsteller in der 16. Sitzung am 11. April 1919, in: ebd., Bd. 1, Sp. 1237f.

¹⁵ Die Anträge zu Fragen des besetzten Gebiets wurden in der 17. Sitzung am 12. April 1919 verhandelt und dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen. Die Anträge, in: ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 13, S. 89, Nr. 30, S. 98, Nr. 128, S. 165, Nr. 138, S. 178, Nr. 162, S. 208. Ein Vertreter der DDP nahm nicht das Wort.

Abg. *Schnackenburg*¹⁶, für die Lehrerfragen Abg. *Kimpel*¹⁷, für die Frage der Verwendung der Hohenzollernschen Schlösser Abg. *Schloßmann*¹⁸, zu dem Antrag *Hoffmann* auf Freilassung der Einkommen bis 5000 M zu der Einkommenssteuer Dr. *Ruer*¹⁹, über Schutz der Koalitionsfreiheit Abg. *Hoffmann*²⁰, über die Räumung der Schulen von Truppen der Abg. *Böer*.²¹

Über die Frage der Einführung des 1. Mai und 9. November als Feiertage²² berichtet Abg. *Schümer*, der für die beiden Feiertage ist.

Abg. *Böer* ist dagegen, auch Abg. *Dominicus* ebenso Abg. *Crüger* und Abg. Dr. *Grund*.

Der *Vorsitzende* fragt an, ob außer *Schümer* noch einer für die beiden Feiertage ist. Es ergibt sich, daß *Schümer* allein steht.

Exz. *Friedberg* stellt darauf[hin] fest, daß der Widerspruch des Abg. *Schümer* den Redner der Fraktion nicht verhindern dürfe, mit aller Schärfe sich gegen den Antrag *Hoffmann* auszusprechen.²³

¹⁶ Der Antrag der Abg. *Graef* (Anklam) und Genossen (DNVP) auf Entschädigung der durch die Unruhen der letzten Monate Geschädigten, ebd., Nr. 23, S. 95, sowie die Anträge, ebd., Nr. 49, S. 109, Nr. 121, S. 162, wurden in der 17. Sitzung am 12. April 1919 ohne Aussprache dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen.

¹⁷ Der Antrag der Abg. *Gottwald* und Genossen (Z) über die Notlage der aus dem Heeresdienst entlassenen jungen Leute, ebd., Nr. 52, S. 110, sowie die Anträge, ebd., Nr. 73, S. 121, Nr. 112, S. 157, Nr. 168, S. 210, Nr. 170, S. 211, wurden in der 17. Sitzung am 12. April 1919 ohne Aussprache dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen.

¹⁸ Der Antrag der Abg. *Adolph Hoffmann* und Genossen (USPD) auf Verwendung der Gebäude der Hohenzollernfamilie zu Wohlfahrtszwecken, ebd., Nr. 55, S. 111, wurde in der 17. Sitzung am 12. April 1919 angenommen. Ein Vertreter der DDP nahm nicht das Wort.

¹⁹ Der Antrag der Abg. *Adolph Hoffmann* und Genossen (USPD) auf Erhöhung des gemeindesteuerfreien Einkommens auf 5000 M, ebd., Nr. 74, S. 121f., sowie die Anträge, ebd., Nr. 158, S. 206, Nr. 175, S. 213, wurden in der 17. Sitzung am 12. April 1919 ohne Aussprache dem Gemeindeausschuß überwiesen.

²⁰ Der Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) um Schutz für die Verbündungsfreiheit der Beamten und Arbeiter der Staatsbetriebe, ebd., Nr. 115, S. 160, sowie der Antrag der Abg. *Martin* und Genossen (DNVP) auf Sicherung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter gegen Terrorismus, ebd., Nr. 94, S. 129, und die Anträge, ebd., Nr. 86 und 87, S. 125f., wurden in der 17. Sitzung am 12. April 1919 ohne Aussprache dem Handels- und Gewerbeausschuß überwiesen.

²¹ Der Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) auf Räumung der Schulen und anderen öffentlichen Gebäude von Truppen usw., ebd., Nr. 95, S. 129f., wurde in der 17. Sitzung am 12. April 1919 ohne Aussprache dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen.

²² Antrag der Abg. *Adolph Hoffmann* und Genossen (USPD), den 1. Mai und den 9. November zu gesetzlichen Feiertagen zu erklären, in: ebd., Nr. 135, S. 177.

²³ Der Antrag wurde in der 17. Sitzung am 12. April 1919 verhandelt. An der Debatte beteiligte sich kein Vertreter der DDP. Der Teil des Antrags, den 1. Mai zum Feiertag zu erklären, wurde abgelehnt. Bei der Abstimmung über den zweiten Teil des Antrags zum 9. November ergab sich die Beschlußfähigkeit des Hauses. Dieser zweite Teil stand zusammen mit dem Antrag der USPD, den Bußtag als gesetzlichen Feiertag aufzuheben und den 9. November zum gesetzlichen Feiertag zu erklären, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1196, S. 1607, während der Beratungen des Haushalts der Preussischen Staatsregierung in der 80. bis 86. Sitzung vom 13. bis 28. November 1919 erneut auf der Tagesordnung. Er wurde abgelehnt.

21.

10.4.1919: Fraktionsvorstandssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 31v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: keine Angaben.

An Stelle des Abg. *Scherer* wird als Quästor Abg. *Juds* in Vorschlag gebracht.¹ Für die Ernährungskommission wird der Abg. *Goll* vorgeschlagen. Für die Siedlungskommission werden die Abg. *Moritz*, *Westermann*, *Struve*, *Degenhardt* und *Bollert*, als Vertreter die Abg. *Kopsch* und *Siemen* vorgeschlagen.

Für die Antragskommission schlägt der Abg. *Schreiber* an seiner Stelle den Abg. *Berndt* vor.

Der Vorstand ist damit einverstanden.

22.

11.4.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 31r–32v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: keine Angaben.

Zunächst werden Wahlen getätigt und zwar nach den Vorschlägen der Vorstandssitzung vom 10. 4.

Abg. *Schloßmann* schlägt vor, an den Parteivorstand ein Schreiben zu richten, in dem Beschwerde geführt wird gegen die Untätigkeit des Parteivorstands und die geringe Berücksichtigung der Fraktion.¹

Abg. Dr. *Struve* begründet die Förmliche Anfrage, betr. die Gefährdung von schleswig-holsteinischen Städten und Landschaften.²

Abg. *Höfler* beantragt die Demobilisierungszulage der Eisenbahnbeamten nicht auf die Beträge der am 1. Januar 1919 bewilligten Trennungszulage in Anrechnung zu bringen.

Abg. *Riedel* widerspricht dem Anliegen.

Abg. *Juds* unterstützt den Antrag *Höfler*.

Exz. *Friedberg* nimmt Stellung zu dem Antrag *Schloßmann* und führt aus, in dem Schreiben sei von dem völligen Versagen der Parteileitung die Rede. Für einen solchen Vorwurf fehle die Begründung.

Abg. *Rade* bemängelt auch den völligen Mangel an Fühlung zwischen der Fraktion und der Parteileitung.

¹ Anfang April legte der Prokurist *Scherer* aus Köln sein Mandat für den 20. Wahlkreis (Köln–Aachen) nieder. An seine Stelle trat Seminardirektor Dr. *Gottschalk* aus Gummersbach in die Landesversammlung ein. Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 485, 23.9.1919.

¹ Zur Parteiorganisation vgl. auch STANG, S. 28–42, insbes. S. 30 f.

² Förmliche Anfrage der Abg. Dr. *Struve* und Genossen (DDP) über die Nordschleswigsche Frage, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 198, S. 361 f., vom 11. April 1919.

Abg. **Riedel** unterstützt den Antrag *Schloßmann*.

Abg. **Kopsch** nimmt die frühere Parteileitung in Schutz. Die alten Führer seien alle ausgeschieden. Dann seien nur neue Kräfte gekommen, die zum Teil mit der Parteipolitik nichts zu tun gehabt hatten.

Abg. Dr. **Grund** ersucht den Brief nicht abzusenden, da sich dadurch Männer getroffen fühlen könnten, die doch ihre Pflicht voll und ganz getan haben.

Abg. **Goll** widerspricht auch der Absendung des Briefes ebenfalls Dr. **Ruer**.

Abg. **Meyer** stellt den Antrag, die Mitglieder der Fraktion zu beauftragen, mit der Parteileitung in Verbindung zu treten und ihr die Beschwerden vorzutragen, die zur Sprache gekommen sind.

Abg. **Schreiber** befürwortet, daß die Mitglieder des Vorstands im [Partei-]Vorstand die Beschwerden zum Ausdruck bringen.

Nach einer langen Debatte über die Beziehungen zwischen Parteileitung und Fraktion teilt Abg. **Jansen** mit, daß der Hauptvorstand die Fraktion zu der Sitzung am 12. einladen wird und es wird beschlossen, in der gemeinsamen Sitzung die Beschwerden vorzubringen.³

Der Antrag *Höfler* wird von den Abg. **Schümer** und **Goll** befürwortet, von den Abg. **Hoffmann** und **Riedel** bekämpft.

Abg. **Otto** beantragt, zuerst mit dem Minister *Oeser* Fühlung zu nehmen und den Antrag einzubringen, wenn der Minister keinen Widerspruch erhebt.

Der Antrag wird so angenommen.⁴

23.

12.4.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 32r–33r. Beginn: 10.15 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Tagesordnung: Besetzung politischer Staatsämter. Plenum.

[Der] Vorsitzende begrüßt den Abg. *Jansen* als ständigen Hospitanten – macht aufmerksam auf [eine] Schrift, betr. kommunale Milchversorgung.

Abg. **Rade** nimmt seine Zustimmung zum Brief *Schloßmann* an [den] Parteivorstand zurück, da inzwischen [eine] Einladung zur Teilnahme an [der] Hauptausschußsitzung ergangen [sei].

Zum Punkt 9 der Tagesordnung des Plenums [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über Landeskulturbehörden, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 191, S. 340–355] ist auf besondere Wichtigkeit des Gesetzentwurfs hinzuweisen.

Abg. **Meyer** schlägt vor, daß von der Fraktion dazu gesprochen wird, falls andere Fraktionen das Wort nehmen.

³ Vgl. die Sitzungen des Hauptvorstandes vom 12. und 13. April 1919, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 24 a und b, S. 47–62.

⁴ Der Antrag wurde nicht eingebracht.

Abg. **Riedel** vermutet, daß mit Besprechung des Antrags [Nr.] 196¹ eine solche über die Streikangelegenheit einsetzen wird. [Er] wünscht von uns einen Zusatzantrag mit Bezug auf Eisenbahnarbeiter. Zieht Antrag eines Zusatzes zurück; es wird beschlossen, [daß] zum Abs. 2 des betreffenden Antrags von uns das Wort genommen wird.

Dr. *Jordan* wird dazu bestimmt.²

Auf Anregung des **Vorsitzenden** wird im Ältesten-Ausschuß nochmals von uns ange-regt, eine Übereinkunft wenigstens der Mehrheitsparteien zu erzielen auf Einschränkung der Redezeit im Plenum.³

Abg. **Meyer** erbittet für eine Ressortangelegenheit [die] Unterstützung der Fraktion: Regierungspräsidium in Frankfurt/Oder.⁴ Der Vorsitzende regt an, wegen der Wichtigkeit der Sache schriftlich bei der Regierung Einspruch zu erheben gegen ihre Handhabung der Besetzung der Ämter.

Abg. **Ruer**, **Cassel** stimmen dem zu.

Der **Vorsitzende** berichtet über die Besprechung über die Berufung eines Unterstaatssekretärs des Zentrums in das Ministerium des Innern.⁵ Es ist zu befürchten, daß die Sozialdemokratie nachgibt – in dem Fall schlägt der Abg. **Meyer** vor, daß die demokratische Partei auf ihren Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern verzichtet, da ein Nebeneinander von zwei parlamentarischen Unterstaatssekretären zu Unzuträglichkeiten führen muß, sachlich und für die demokratische Partei.

Exz. **Friedberg** schließt sich diesen Schlußfolgerungen nicht an, ist für Festhalten an dem Posten, den wir haben, und dafür, den Unterstaatssekretär zuzubilligen, da wir nicht anders können.

Abg. **Grund** spricht im gleichen Sinn, Abg. **Westermann** bittet um Festhalten an dem einmal eingenommenen Standpunkt.

Abg. **Riedel** verlangt im Fall der Zustimmung zum Zentrums-Unterstaatssekretär einen dritten für uns.

Exz. **Friedberg** macht auf Zahlenverhältnis der Parteien aufmerksam.

Abg. **Kopsch** gegen Nachgeben, da wir trotz Zahlenverhältnis ausschlaggebend sind.

¹ Abänderungsantrag der Abg. *Brust*, *Husemann*, Dr. *Jordan*, *Tege-der*, *Martin* und Genossen (Z, SPD, DDP, DVP, DNVP) zu dem Antrage *Brust* und Genossen (Z) auf vorzugsweise Zuweisung von ausländischen Lebensmitteln an die Schwerarbeiter (Nr. 57), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 196, S. 359f. Der Antrag forderte die Staatsregierung auf, im Ruhrkohlengebiet eine ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln herbeizuführen, da der Lebensmittelmangel die dortigen Arbeitseinstellungen wesentlich begünstigt hätte. Im zweiten Absatz wurde die Staatsregierung ersucht, die streikenden Arbeiter und Angestellten zur sofortigen Arbeitsaufnahme aufzufordern.

² Die Rede des Abg. Dr. *Jordan* in der 17. Sitzung am 12. April 1919, in: ebd., Bd. 1, Sp. 1285f. Dr. *Jordan* hob in seiner Rede hervor, daß eine ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln nicht nur den Bergarbeitern und sonstigen Schwerarbeitern, sondern auch, wie es der Zusatzantrag der SPD, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 219, S. 373, forderte, Kindern, Schwangeren und stillenden Müttern ge-währt werden sollte.

³ Nachdem die Frage der Einschränkung der Redezeit in der Sitzung des Ältestenrats vom 10. April 1919 besprochen worden war, brachten die Demokraten sie zwei Tage später erneut zur Sprache. Ihr Vorschlag, »die erste Behandlung der zahlreichen Anträge in die Ausschüsse zu verlegen«, fand die Zustimmung des Landtagspräsidenten *Leinert*. Vgl. die Sitzungsprotokolle des Ältestenrats vom 10. und 12. April 1919, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169DI, Nr. 44, Bd. 1.

⁴ Regierungspräsident in Frankfurt/Oder wurde 1919 der Sozialdemokrat Ludwig *Bartels*, der bis 1930 dieses Amt ausüben sollte.

⁵ Vgl. auch die Fraktionssitzungen des preußischen Zentrums vom 10. und 12. April 1919, in: ZEN-TRUMSFRAKTION, Nr. 12 und 14, S. 21f. und 24f.

Abg. **Dominicus** für Nachgeben in der Unterstaatssekretärfrage, dafür mit dem Zentrum in der Ämterbesetzung energisch gegen die Sozialdemokratie vorgehen.

Abg. **Cassel** für Forderung eines 3. Unterstaatssekretärs.

Abg. **Ehlers** dagegen.

Abg. **Cassel** will Beauftragte bevollmächtigen, sich im Notfall überstimmen zu lassen.

In dem Fall Neuberatung in der Fraktion. Zur Verhandlung werden entsandt: Exz. *Friedberg, Dominicus, Cassel, Ehlers*.

Abg. **Rebehn** für Festhalten an Ablehnung, bei Festhalten der anderen Parteien Entschließung der Fraktion vorbehalten.

Abg. **Kopsch** macht aufmerksam auf unerträgliche Zustände im Straßenleben Berlins, Verkauf geraubter Gegenstände, Spieltische etc. [Er] erbittet [eine] Ermächtigung, eine Anfrage an die Regierung zu richten.⁶

Abg. **Struve** spricht für seinen im Entwurf vorliegenden Antrag.

Er wird angenommen.⁷ – Für ein Eintreten zugunsten der Sommerzeit findet sich keine Mehrheit. – In Rücksicht auf die Auswärtigen soll die nächste Fraktionssitzung nach der Pause erst am Tage der ersten Plenarsitzung stattfinden.

24.

6.5.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 34v–r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: *Friedberg*.

Es wird ein Antrag *Schümer* und Genossen angenommen, der lautet:

Die Fraktion wolle einen Ausschuß bestellen zur Vorbereitung eines Antrages, der eine größere Sachlichkeit und Fruchtbarkeit der parlamentarischen Arbeiten herbeiführen soll.

Zu Mitgliedern werden gemacht die Abg. *Schümer, Abderhalden, Rade, Dr. Schreiber, Dominicus, Cassel*.

Es wird weiter beschlossen, am Donnerstag, den 8.5., eine gemeinsame Sitzung mit den Herren des geschäftsführenden Parteivorstands abzuhalten.¹

⁶ Kleine Anfrage des Abg. *Kopsch* (Berlin) (DDP) über den Straßenhandel Berlins und das Glücksspiel auf offener Straße, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 221, S. 374.

⁷ Antrag der Abg. *Dr. Struve* und Genossen (DDP) über das Dirnenwesen, in: ebd., Nr. 215, S. 371. Der Antrag forderte einen Gesetzentwurf, durch den die Überwachung der Prostitution neu geregelt werden sollte. Ordnungs- und anstandspolizeiliche Ausnahmebestimmungen sollten beseitigt und die bisherige Sittenpolizei in ein »ausschließlich gesundheitlichen und pfleglichen Zwecken dienendes Amt« umgewandelt werden.

¹ Die Sitzung fand am 16. Mai 1919 statt. Vgl. die Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses vom 16. Mai 1919 über die Absicht der preußischen Landtagsfraktion der DDP, ein für die Fraktion als auch für die Reichsgeschäftsstelle zuständiges Fraktionssekretariat einzurichten. Vgl. LINKSLIBERALISMUS, Nr. 27, S. 64f., hier S. 65.

Bei der Beratung des Plenums berichtet Dr. **Meyer**, daß das Zentrum gegen die Schaffung dreier gleichberechtigter Vizepräsidenten aufgetreten sei.² Es seien keine Bedenken gegen die Abstufung der Präsidentenstellen zu erheben.

Bei der Besprechung der Rednerfrage zu dem letzten Punkte Haushaltsplan³ schlägt der **Vorstand** den Abg. *Dominicus* vor.

Abg. **Riedel** widerspricht dem.

Exz. **Friedberg** berichtet, daß er seinerzeit im Hauptvorstand ausgeführt habe, die demokratische Fraktion könne sich nicht den Luxus einer offenen Opposition gegen die Sozialdemokratie leisten.⁴ Es handele sich jetzt darum, diejenige Partei noch einigermaßen zu stützen, die die Macht zur Zeit wenigstens in der Hand hat.

Abg. **Frentzel** teilt mit, daß der Finanzminister *Südekum*⁵ nur eine kurze Etatrede halten werde und daß sich die Parteien wohl nur auf kurze Erklärungen beschränken würden.⁶

Abg. **Cassel** hebt hervor, daß es sich bei der Etatrede doch nur darum handle, darauf hinzuweisen in welcher Notlage wir sind. Wir könnten aber nicht bei dieser Gelegenheit die Frage der Sozialisierung zum Anlaß eines Bruchs mit der Sozialdemokratie nehmen. Es sei aber angebracht, bei interfraktionellen Besprechungen die Sozialdemokraten darauf aufmerksam zu machen, daß es nicht angängig sei, wenn die Mehrheitssozialdemokraten in den Stadtparlamenten stets mit den Unabhängigen Politik machten, während sie doch in den großen Parlamenten auf die Mitarbeit der Demokraten angewiesen wären.

Dr. **Ruer** hält es für angebracht, daß doch im Parlament eine Erklärung abgegeben werde, in der die Fraktion erklärt, aus welchen Gründen sie sich zur augenblicklichen Haltung veranlaßt sehe.

Abg. **Dominicus** führt aus, daß die Demokraten in der Frage der Kommunalisierung, weitgehende Zugeständnisse machen müßten. Bei der Frage der Sozialisierung sei der Standpunkt zu vertreten, daß die Partei auf dem Individualismus bestehen bleibe und bei bestimmten Wirtschaftszweigen der Sozialisierung zustimme.⁷

Dr. **Berndt** betont, daß bei einer eventuellen Etatdebatte auch gegen Rechts scharf Stellung genommen werden müsse.

Abg. **Ommert** stimmt mit *Riedel* darin überein, daß die Mehrheitssozialdemokraten voll und ganz in das Schlepptau der Unabhängigen geraten sind.

Dr. **Heilbrunn** hält es [für] falsch, wenn [...]⁸ die Fraktion mit einer programmatischen

² Am 6. Mai 1919 wurde durch eine Änderung der Geschäftsordnung eine von der DNVP geforderte dritte Vizepräsidentenstelle geschaffen. In dieses Amt wurde schließlich Dr. von *Kries* (DNVP) gewählt. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 2, Sp. 1354–1356.

³ Gesetzentwurf, betr. die Feststellung des Staatshaushaltsplans für 1919 und die Ergänzung der Einnahmen im Staatshaushaltsplan für 1919, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 134, S. 173–176, wurde in der 18. und 19. Sitzung am 6. und 7. Mai in erster Lesung beraten und in der 20. Sitzung am 8. Mai 1919 an den Staatshaushaltsausschuß überwiesen.

⁴ Robert *Friedberg* in der Sitzung des Hauptvorstandes (2. Tag) am 13. April 1919, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 246, S. 47–62, hier S. 60.

⁵ Albert *Südekum* (1871–1944), Dr. phil., Publizist und sozialdemokratischer Politiker, November 1918–März 1920 preußischer Finanzminister, Dezember 1921 Staatskommissar im preußischen Innenministerium zur Bearbeitung der Groß-Hamburg-Frage, 1900–1918 MdR.

⁶ Der preußische Finanzminister ergriff während der ersten Lesung des Haushalts nicht mehr das Wort.

⁷ Vgl. dazu ALBERTIN, Liberalismus und Demokratie, S. 293–306; SCHUSTEREIT, S. 56–62.

⁸ Im Original: »sich«.

Erklärung vor das Plenum trete. Wenn die Unabhängigen allerdings Veranlassung nähmen, eine große politische Debatte zu beginnen, müßte die Fraktion ihre Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen wirtschaftlichen Zuständen zum Ausdruck bringen. Es sei dann die Gelegenheit zu sagen, daß es jetzt aber nur darauf ankomme, wie die wirtschaftlichen Fragen gelöst würden.

Abg. **Schnackenburg** hält es auch für notwendig, daß zu den Fragen der Sozialisierung und des Rätessystems klare Erklärungen abgegeben werden müßten.

Abg. Dr. **Struve** hält es für notwendig, daß bei der Etatrede hervorgehoben werde, wie groß die Abwanderung des mobilen Kapitals sei und warum denn noch nicht die durchgreifende Besteuerung der Kriegsgewinne durchgeführt sei.

Abg. **Aronsohn** befürwortet, daß auch die Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft in der Etatrede berührt werde. Auch die Finanzierung im Ausland müsse herangezogen werden. Die Unterbindung des Kredits im Ausland sei auf 2 Männer in Berlin zurückzuführen.

Abg. **Dominicus** stellt als Meinung der Fraktion fest, daß nur für den Fall einer größeren Debatte der Fraktionsredner die von den Rednern in der Fraktion vorgebrachten Punkte vorbringen soll. Als Fraktionsredner wird für diesen Fall Abg. *Heilbrunn* bestimmt.⁹

25.

6.5.1919: Fraktionsvorstandssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 34r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: keine Angaben.

Zu dem Seniorenkonvent sollen delegiert werden die beiden Vorsitzenden und Abg. *Cassel*. Als Stellvertreter der dritte Vorsitzende und 2 andere Mitglieder. Dieser Vorschlag soll der Fraktion unterbreitet werden.¹

Der Fraktion soll für die Vorstandswahl vorgeschlagen werden als 1. Vorsitzender Exz. *Friedberg*, als 2. Vorsitzender *Dominicus*, als 3. Vorsitzender *Schmiljan*.

Als Stellvertreter für den Seniorenkonvent die Abg. *Crüger* und *Rade*.

⁹ Die Rede des Abg. Dr. *Heilbrunn* in der 18. Sitzung am 6. Mai 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 1, Sp. 1382–1397.

¹ Zur Zusammensetzung des Seniorenkonvents vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 1, Sp. 806 (für die DDP: *Cassel*, *Friedberg*, *Oeser*). An der Sitzung des Ältestenrats vom 6. Mai 1919, 12.33 bis 13.25 Uhr, nahmen für die DDP die Abg. *Cassel*, Dr. *Friedberg* und Dr. *Rade* teil. Vgl. Anlage 1 zur Sitzung des Ältestenrats vom 6. Mai 1919, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 1.

26.

7.5.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 35v–36v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Abg. Rade.

Auf Antrag des Abg. *Kopsch* wird beschlossen, einen Restbetrag von 8,52 M aus der Kasse der früheren Fraktion dem Fraktionsdiener *Müller* zu überweisen.

Abg. **Sommer** berichtet über seine Verhandlungen mit einem Ausschuß von Beamtenvertretern. Die noch schwebenden Fragen werden ihm zur Erledigung zugewiesen, ebenso die Rücksprache mit einem für den 8. dieses Monats angesagten Beamtenausschuß.

Abg. **Rade** berichtet, daß der Fraktionsvorstand sich darauf geeinigt hat, die Wahl eines dreiköpfigen Präsidiums mit abgestufter Rangordnung vorzuschlagen, und zur Besetzung die Abg. *Exz. Friedberg*, *Dominicus* und *Schmiljan* empfiehlt.

Die Abg. **Schnackenburg**, **Abderhalden**, **Wenke** vermissen die starke Leitung innerhalb der Fraktion und wünschen, daß die Neubesetzung des Präsidiums zu einer Erneuerung der Arbeitsweise und des Verhaltens der Fraktionsmitglieder führen möge.

Abg. **Rade** teilt mit, daß im Vorstand eine Teilung der Aufgaben des Präsidiums und [die] Wahrnehmung der inneren Geschäftsführung durch den 2. Vorsitzenden vorgesehen sei.

Abg. **Riedel** stellt die Eignung des Abg. *Dominicus* für den Vorsitz in Frage.

Nachdem ein Antrag auf Vertagung der Wahl wegen schwacher Besetzung der Sitzung abgelehnt ist, wird der Abg. *Exz. Friedberg* durch Zuruf einstimmig als 1. Vorsitzender, der Abg. *Dominicus* durch Zettelwahl mit 23 Stimmen als 1. stellvertretender Vorsitzender gewählt – 13 Stimmen fielen auf den Abg. *Otto* (Charlottenburg) –, der Abg. *Schmiljan* durch Zuruf einstimmig als 2. stellvertretender Vorsitzender, mit der Feststellung, daß seine Eigenschaft als Nichtakademiker nicht der Grund sei, der für seine Wahl den Ausschlag gibt.

Abg. *Jansen* verliest die Beschlüsse der gestrigen Fraktionsvorstandssitzung über Delegation an den Ältestenrat.¹

Zum Punkt 2 der Tagesordnung, Plenum, wünscht der Abg. **Riedel** bei der Förmlichen Anfrage Drucksache [Nr.] 246² Betrauung des Standpunktes der Fraktion, die durch die Sozialisierung eine Bürokratisierung der Wirtschaft befürchtet.

Ihm wird eine entsprechende Äußerung im Plenum übertragen, wenn sich ihm eine solche Gelegenheit bietet.³

Abg. **Wenke** macht aufmerksam, daß der Abg. *Adolph Hoffmann* im gestrigen Plenum den Abg. **Riedel** der Lüge bezichtigte ohne Einspruch des Präsidenten.⁴ Durch Ver-

¹ Vgl. Dok. Nr. 25.

² Förmliche Anfrage der Abg. *Brill* und Genossen (SPD) über die Verleihung von Bergwerkseigentum an die Aktiengesellschaft *Friedrich Krupp* in Essen, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 246, S. 390.

³ Die Anfrage wurde erst in der 76. Sitzung am 8. November 1919 beantwortet. Vgl. die Rede des Abg. *Riedel* (Charlottenburg) in der 77. Sitzung am 10. November 1919, in: ebd., Bd. 2, Sp. 6123–6135, hier Sp. 6129f. zur Sozialisierung.

⁴ Eine entsprechende Äußerung wurde im Sitzungsprotokoll nicht festgehalten. Vgl. ebd., Bd. 2, Sp. 1347–1398.

mittlung des Vizepräsidenten *Frentzel* soll zunächst mündlich eine Verständigung über einen nachträglichen Ordnungsruf versucht werden.

Zum Punkt 4 der Tagesordnung berichtet der Abg. **Jansen** über seine Vorschläge zur Errichtung eines Parteipressebüros, das tunlich für den Parteitag schon in Tätigkeit treten soll.

Die Abg. *Wiglow*, *Schnackenburg*, *Ommert*, *Degenhardt*, *Struve* übermitteln Zusagen der Beteiligung von Vertretern ihrer heimischen Presse und treten für Unterstützung des Unternehmens auch finanziell durch die Fraktionsmitglieder ein. Die Einrichtung ist Angelegenheit der Fraktionen in Weimar und Berlin und der Partei. Herr *Jansen* wird gebeten, zusammen mit den beiden für Presseangelegenheiten bestimmten Herren der Fraktion die Vertretung zu übernehmen und schriftliche Einzelvorschläge zu machen.

Abg. **Schloßmann** teilt mit, daß die Organisation des neuen Wohlfahrtsministeriums heute im Staatsministerium beschlossen wird.⁵ Er bittet die Fraktion, Einspruch dagegen zu erheben, daß kein Fachmann der sozialen Hygiene als Unterstaatssekretär vorgesehen ist und den Unterstaatssekretär *Meyer* zu beauftragen, diesen Einspruch im Staatsministerium zu vertreten.⁶

Der Abg. **Meyer** stellt fest, daß Sparsamkeitsgründe – Übernahme des vorhandenen Reichskommissars für Wohnungsfragen⁷ – die vorgesehene Besetzung veranlassen, erklärt sich bereit, die Bedenken der Fraktion vorzubringen.

Die Abg. **Abderhalden** und **Struve** halten einen Hygieniker als Hauptdezernenten für unerlässlich für die Durchführung der Aufgaben des neuen Ministeriums. Die Kostenfrage darf für die Forderung der Fraktion nicht ausschlaggebend sein.

Abg. **Degenhardt** wendet sich gegen die Ablösung der Jugendpflege vom Kultusministerium und ihre Eingliederung in das Wohlfahrtsministerium, da sie Erziehungs- nicht Wohlfahrtssache sei.

Abg. **Rebehn** bedauert, daß die Redner der Fraktion für das Plenum ihren Auftrag zu spät erhalten, daß die Fraktionsitzungen zur Vorbereitung des Plenums zu stark belastet seien mit anderen Fragen, und wünscht für deren Besprechung besondere Abend-sitzungen vor allem jetzt zur Erörterung des Parteiprogramms.

Die Einladung der Fraktion zur Besprechung mit Herren des Hauptvorstandes ist von Montag, den 12., auf Donnerstag, den 8. [Mai], vertagt.

⁵ Zur Schaffung des Ministeriums für Volkswohlfahrt vgl. die Sitzungen des Staatsministeriums vom 10. April und 7. Mai 1919, in: PPS, Bd. 11/I, Nr. 27 und 34, S. 64–66, hier S. 65 (TOP1), und S. 74 f., hier S. 74 (TOP 1). Vgl. auch den Nachtrag zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 1919 (Ministerium für Volkswohlfahrt), sowie den Beschluß der Preußischen Staatsregierung, betr. die Zuständigkeiten des neu zu bildenden Ministeriums für Volkswohlfahrt (Anlage zu Nr. 280), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 280, S. 436–438, Nr. 340, S. 503–505; auch die Ausführungen des Ministers *Adam Stegerwald* (Z) in der 22. Sitzung am 22. Mai 1919 über den Aufbau, die Einrichtungen und die Aufgaben des Ministeriums, in: ebd., Bd. 2, Sp. 1610–1620. Zur Bildung des Wohlfahrtsministeriums vgl. ferner *Heinrich HIRTSIEFER*, Die staatliche Wohlfahrtspflege in Preußen 1919–1923, Berlin 1924; *Adolf SCHEIDT*, Staatliche Wohnungsfürsorge in Preußen, Berlin und Leipzig 1920, bes. S. 8–10; *FORSTER*, S. 246–252; *HÖMIG*, S. 41.

⁶ Zu Unterstaatssekretären im Wohlfahrtsministerium wurden *Eduard Gräf* (SPD) und *Adolf Scheidt* ernannt. Vgl. *FORSTER*, S. 248.

⁷ Reichs- und Staatskommissar für das Wohnungswesen war seit Dezember 1918 *Adolf Scheidt*.

27.

8.5.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 36r–37r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus, später Friedberg.

Auf Grund der gestern veröffentlichten Meldungen über die Friedensbedingungen¹ hat der **Vorsitzende** nähere Verbindung mit der Parteileitung und [der] Weimarer Fraktion vorbereitet, die durch die Person des in Berlin anwesenden Herrn *Haußmann*² möglich [sei]. Fernerhin [habe er] mit Exz. *Friedberg* über etwaige Ablehnungserklärung gegenüber den Friedensbedingungen der Feinde gesprochen. Exz. *Friedberg* rät zur Zurückhaltung.

[Die] Beschlußfassung wird zurückgestellt bis zur Anwesenheit von Exz. *Friedberg*. Ebenfalls über die Anregung, [eine] Vertagung des Hauses zu beantragen, da [die] Verhandlung der Tagesordnung in der gegenwärtigen Stimmung unmöglich erscheint.

Abänderung der Tagesordnung der Fraktionssitzung aus gleichem Grund wird beschlossen, Punkt 4, 5, 6 werden vorweg genommen.

Persönliche Erklärung des Abg. **Riedel**.

[Die] Versammlung stellt fest, daß Mitteilungen von Tatsachen, die in Abwesenheit eines Fraktionsmitgliedes über dieses ausgesprochen werden, ihm mitgeteilt werden müssen – über die Form der Mitteilung wird bei einer später sich ergebenden entsprechenden Gelegenheit beschlossen werden.

Abg. **Schreiber** zu seinem Vorschlag auf Errichtung eines Fraktionsbüros.³

Abg. **Kopsch** meint, daß [ein] großer Teil der erwähnten Aufgaben vom Parteibüro⁴ zu leisten sind.

Abg. **Kochmann** für Registratur.

Abg. **Riedel** warnt vor Dezentralisation, wünscht Verständigung mit Reichsgeschäftsstelle.

¹ Am 7. Mai 1919 waren der deutschen Friedensdelegation in Versailles die Friedensbedingungen übergeben worden. Vgl. SCHULTHESS 1919/I, S. 203. Die Fraktionssitzung fand am Vormittag noch vor dem Zusammentritt des Ältestenrats statt, der die Friedensfrage von 11.20 bis 13.30 Uhr beriet. Vgl. das Sitzungsprotokoll des Seniorenkonvents, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 F I 44, Bd. 1. Daran anschließend kam die Landesversammlung zu einer Protestkundgebung zusammen. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 2, Sp. 1491–1496.

² Conrad *Haußmann* (1857–1922), Rechtsanwalt und Notar in Stuttgart, 1889–1918 Mitglied der zweiten württembergischen Abgeordnetenversammlung, 1890 bis Februar 1922 MdR (Süddeutsche Volkspartei/Fortschrittliche Volkspartei/DDP), Oktober 1918 Staatssekretär ohne Portefeuille, Vorsitzender des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung. Vgl. AUS CONRAD HAUSSMANN'S POLITISCHER ARBEIT, hrsg. v. seinen Freunden, Frankfurt/M. 1923; ferner CONRAD HAUSSMANN, Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen, hrsg. v. Ulrich Zeller, Frankfurt/M. 1924; Karin RABENSTEIN-KIERMAIER, Conrad Haußmann (1857–1922): Leben und Werk eines schwäbischen Liberalen, Frankfurt/M. 1993.

³ Vgl. Dok. Nr. 24. Der Geschäftsführende Ausschuß sollte am 16. Mai 1919 den Vorschlag vertreten, das Fraktionssekretariat nicht nur für die preußische und die Reichsgeschäftsstelle, sondern auch für die Reichstagsfraktion ins Leben zu rufen und sie auch von diesen finanzieren zu lassen. Vgl. LINKSLIBERALISMUS, Nr. 27, S. 64f., hier S. 65.

⁴ Am Rande ergänzend hinzugefügt: Reichsgeschäftsstelle.

Auf Vorschlag des Abg. *Dominicus* wird beschlossen: Bereitstellung der nötigen Mittel durch Fraktionsmitglieder, Bestellung einer Schreibkraft, Einrichtung einer Registratur usw.

Es wird Abg. *Struve* bestimmt zur Teilnahme an einer interfraktionellen Besprechung über die Gestaltung der heutigen Plenarsitzung.

Abg. *Struve* berichtet: [Die] Mehrheitsfraktionen sind der Meinung, dem Seniorenkonvent vorzuschlagen: Annahme Punkt 1 ohne Besprechung, Überweisung des Etats an Ausschuß, kurze Erklärung des Präsidenten über die Stimmung des Hauses, die eine Vertagung des Hauses veranlaßt.⁵

Zur Wahl der Mitglieder des Staats-Haushaltsausschusses sind folgende Veränderungen festzustellen: siehe Anlage.⁶

Abg. *Kopsch* wird mit der Vermittlung von Vertretungen für die verhinderten Mitglieder der ständigen Ausschüsse betraut. Auf dem Parteitag stehen 56 Plätze für die Fraktion zur Verfügung.⁷ Meldungen bis 9. V. an Dr. *Schreiber*.

Abg. *Riedel* begründet seinen Antrag: Fraktion wolle noch heute Kundgebung an die Wähler beschließen.

Abg. *Berghaus* unterstützt den Gedanken.

Abg. *Laser* betont, daß die größte Schmach und [die größten] Verluste des Friedensvertrags Preußen treffen, fordert dringend Verständigung mit Reichs[tags]fraktion.

Abg. *Goll* für Zurückhaltung.

Abg. *Nebelung* hält Äußerung des Preußenparlaments für unerlässlich.

Abg. *Abderhalden* beantragt Fraktionsbeschluss, daß im Fall der Vertagung die Fraktion zusammen bleiben müsse.

Die Abg. *Abderhalden*, *Riedel*, *Rade*, *Schreiber*, *Schmiljan* werden beauftragt, nach dem Plenum zusammen zu treten, um den Text einer Erklärung beider Fraktionen an die Wähler vorzubereiten, der möglichst in der Abendsitzung schriftlich vorliegen sollte. [Die] Abg. *Rebehn*, *Rade* wünschen Fraktionssitzungen mit wichtiger Tagesordnung an den plenumfreien Tagen.

Am Abend 9 Uhr im Festsaal Zusammenkunft mit den anwesenden Mitgliedern der Reichstagsfraktion – 8 Uhr Zusammenkunft mit Geh. Rat. *Schreiber*⁸ bleibt.

⁵ Der Ältestenrat beschloß in seiner Sitzung vom 8. Mai 1919, die vormittags von 11.20 bis 13.20 Uhr stattfand, wegen der bekannt gewordenen Friedensbedingungen der Entente in der Vollsitzung desselben Tages nur das Gesetz über die Wahl eines Abgeordneten für Hohenzollern ohne Besprechung zu erledigen und den Staatshaushaltsplan für 1919 ohne weitere Erörterung an den Staatshaushaltsausschuß zu überweisen. Im Anschluß an die vom Ministerpräsidenten in Aussicht gestellte Erklärung sollte der Vizepräsident Dr. *Frentzel* »namens aller Parteien den schärfsten Widerspruch gegen die Friedensbedingungen zum Ausdruck« bringen. Vgl. das Sitzungsprotokoll in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 1. Vgl. die Rede des Vizepräsidenten Dr. *Frentzel* in der 20. Sitzung am 8. Mai 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 2, Sp. 1493 f.

⁶ Die Anlage fehlt in den Fraktionssitzungsprotokollen.

⁷ Der Parteitag der DDP fand vom 19. bis 22. Juli 1919 in Berlin statt. Vgl. DEN BERICHT ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DES 1. PARTEITAGS DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN PARTEI, abgehalten in Berlin vom 19. bis 22. Juli 1919, hrsg. von der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen demokratischen Partei, Berlin o.J.

⁸ Otto *Schreiber* (geb. 1882), seit 1917 Studiendirektor der Fürst-Leopold-Akademie in Detmold, seit 1920 Professor für Handelsrecht und öffentliches Recht an der Universität Königsberg, von März 1919 bis Januar 1920 Leiter der Reichsgeschäftsstelle der DDP.

28.

9.5.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 38v–r. Beginn: 10.15 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Abg. Dominicus.

Entschuldigt fehlen die Abg. *Crüger, Schnackenburg*.

Der **Vorsitzende** referiert über die gestrige Abendversammlung, die eine Pressenotiz im Sinn der geplanten Kundgebung an die Wähler beschlossen [habe], diese selbst zurückgestellt hat bis nach einer Beschlußfassung der Fraktion der Nationalversammlung.¹

Die Abg. **Cassel** und **Frentzel** machen Mitteilungen über die Vorgänge des Nachmittags.²

Abg. **Kopsch** beantragt, zu der Sitzung mit der Fraktion der Nationalversammlung die ganze Fraktion [hin]zuzuziehen.

Exz. **Friedberg** hält das nicht für angängig, da die Einladung an den Fraktionsvorstand lautet und es sich für die Reichstagsfraktion zugleich um die Vorbereitung der Plenarsitzung handelt.

In längerer Erörterung betonen die Abg. **Riedel, Rade, Aronsohn, Abderhalden, Schreiber** die Notwendigkeit einer Kundgebung an die Wähler.

Abg. **Riedel** beantragt, sie sofort selbständig zu erlassen.

Abg. **Cassel** betont, daß der gestrige Beschluß nicht rückgängig gemacht werden darf. [Die] Abg. v. **Richthofen** und **Heilbrunn** warnen vor gefühlsmäßigem Handeln im politisch kritischen Augenblick. Der Antrag *Riedel* wird zurückgezogen zugunsten einer Instruktion an den Vorstand: wenn irgend möglich, den Beschluß zu einer gemeinsamen Kundgebung in der Sitzung mit der Reichsfraktion durchzudrücken; wenn diese nicht zustimmt, Beschlußfassung der Fraktion über selbständiges Vorgehen in der Sitzung Sonnabend Nachmittag.

An Stelle der nicht anwesenden Vorstandsmitglieder *Jansen, Grund, Otto* (Marburg), *Struwe* werden an der Sitzung mit der Reichsfraktion teilnehmen die Abg. *Schümer, Kochmann, Winkler, Abderhalden, Ruer*.

Exz. **Friedberg** appelliert an die Fraktion, nicht im Draufgängertum und Handeln nach persönlichem Impuls und der Stimmung der Wähler den Ausdruck der Demokratie zu sehen, sondern in der Verantwortlichkeit für die von der Fraktion mit vertretene Regierung, in dem Wollen, die Stellungnahme der Minister, unserer Beauftragten, nicht zu durchqueren.

Als Fraktionsredner für die Verhandlung der Friedensbedingungen im Plenum wird Exz. *Friedberg* bestimmt.³

¹ Am Abend des 8. Mai 1919 hatten sich die Mitglieder der demokratischen Fraktionen der Preussischen Landesversammlung und der deutschen Nationalversammlung sowie zwei Angehörige der bayerischen Landtagsfraktion zur Beratung der Friedensfrage getroffen. »Die Versammelten waren sich vollkommen darüber einig, daß die Friedensvorschläge in der Form, in der sie den deutschen Delegierten zur Annahme vorgelegt worden sind, für die demokratische Partei unannehmbar erscheinen. Es wird in den nächsten Tagen ein Appell an die demokratischen Wähler im Lande erscheinen, in der die Auffassung der Fraktionen des näheren dargelegt werden soll.« VOSSISCHE ZEITUNG, 233, 9.5.1919. Vgl. auch Dok. Nr. 27.

² Vgl. auch Dok. Nr. 27.

³ Die Rede des Abg. Dr. *Friedberg* in der 21. Sitzung am 13. Mai 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 2, Sp. 1550–1562.

Abg. **Schloßmann** zieht seinen Antrag auf Einsetzung einer Kommission zurück, die eine Disposition für die Besprechung des Stoffes zur Information des Redners treffen sollte.

Abg. **Abderhalden** wünscht eine rechtzeitige materielle Vorbereitung des Stoffes in der Fraktion, um den Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, den Tenor der Plenarrede mit herauszuarbeiten und eine indirekte Beziehung zwischen Wählerschaft und Stellungnahme der Fraktion herzustellen.

Abg. **Riedel** betont die Notwendigkeit einer Aufklärung über das Warum der Maßnahmen in den Wählerkreisen.

Für den Staatshaushaltsausschuß, Abteilung Ministerium des Innern, ist ein Mitglied zu viel ernannt [worden]. [Die] Zettelwahl zwischen den Abg. *Jansen* und *Kopsch* entscheidet für ersteren mit 19 gegen 15 Stimmen.

Nächste Fraktionssitzung: Samstag Nachmittag, 5 Uhr, Tagesordnung wie heute.

29.

10.5.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 39v–r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Abg. Dr. Friedberg.

Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung über Stellungnahme zu [den] Friedensbedingungen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht der Abg. **Rebehn** [darauf] aufmerksam, daß vorgesehen war, das Parteiprogramm und das Programm des Parteitags in der Fraktion zu besprechen. – Bemerkt, daß in der heutigen Sitzung des Staatshaushaltsausschusses außer dem Abg. *Rebehn* in Vertretung von Herrn Exz. *Friedberg* niemand von der Fraktion anwesend war.

Es wird beschlossen, [ein] Rundschreiben an [die] Fraktion mit [der] Androhung, daß, wer ohne genügende Entschuldigung seine Pflicht in den Ausschüssen versäumt, seinen Platz in denselben aufgeben muß.

Exz. **Friedberg** referiert über heutige Verhandlungen der Reichstagsfraktion, die zur Annahme einer von beiden Fraktionen gemeinsam zu erlassenden Kundgebung [geführt habe], die heute der Presse zugeht.¹ [Ein] Telegramm des Oberbürgermeisters *Scholz*²

¹ In der am 11. Mai 1919 von der DDP-Fraktionen der Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung gemeinsam veröffentlichten Kundgebung wurde »der von der Entente vorgelegte Friedensvertrag als vertragswidrig, unsittlich, unerfüllbar und deshalb als unannehmbar« bezeichnet. Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 237, 11.5.1919: »Ein Beschluß der demokratischen Fraktion«.

² Ernst *Scholz* (1874–1932), 1912–1913 Oberbürgermeister von Kassel, 1913–1920 Oberbürgermeister von Charlottenburg, 1920–1921 Reichswirtschaftsminister, Februar 1921–Juni 1932 MdR (DVP), 1923–1932 Vorsitzender der Reichstagsfraktion der DVP, Oktober 1929–Ende 1930 Vorsitzender des Parteivorstands.

[Berlin]-Charlottenburg protestiert gegen Friedensvertrag, fordert auf, allgemeine Wehrpflicht zu verlangen.³

Abg. **Aronsohn** fragt nach etwaiger Wiedervertagung.

Abg. **Kopsch** wünscht Anregung an Seniorenkonvent, Plenarsitzungen mit allgemeiner Tagesordnung nicht stattfinden zu lassen.⁴

Abg. **Cassel** macht Mitteilung über Stellungnahme der preußischen Fraktionen des Zentrums und der Sozialdemokratie, die sich gegenüber der Regierung einverstanden erklärten, den Frieden als unannehmbar zu bezeichnen.⁵

Abg. **Schümer** bittet bei etwaiger Vertagung starken Druck auszuüben auf Zusammenbleiben, um weiter zu arbeiten in Kommissionen und Fraktion.

Abg. **Schmiljan** spricht für Aussetzen, um Heimfahren und Fühlungnahme mit Wählerschaft zu ermöglichen.

Abg. Präsident **Frentzel**:⁶ [Ein] entsprechender Vorschlag ist im Ältestenausschuß durch Widerspruch der USPD und MSPD gefallen.⁷

Sitzung Dienstag, Mittwoch, Donnerstag beschlossen.

Abg. **Aronsohn** gegen Vertagung, für kurze Pausen.

Abg. **Heilbrunn** gegen Plenarveranstaltung wegen des vermutlichen Auftretens der USPD. Grundlagen für Etatberatung sind vollständig unsicher, daher Beratung überflüssig.

Abg. **Cassel** gegenteiliger Ansicht, für Weiterarbeiten

Abg. **Rade** gegen Vertagung, **Rebehn** ebenfalls, Abg. **Abderhalden** dito.

³ Seit Bekanntwerden der alliierten Friedensbedingungen gingen beim Reichspräsidenten und bei der Reichsregierung zahllose Telegramme ein, die entschieden gegen die Deutschland »zugemeteten Vergewaltigungen« protestierten. VOSSISCHE ZEITUNG, 235, 10.5.1919.

⁴ Der Ältestenrat hatte bereits am 9. Mai 1919 in seiner Nachmittagsitzung auf Vorschlag des Vizepräsidenten Dr. **Frentzel** beschlossen, die nächste Plenarsitzung auf den 13. Mai 1919, 13.00 Uhr, zu verschieben. Auf der Tagesordnung sollte als erster Punkt die Besprechung der Erklärung des Ministerpräsidenten zu den in Versailles übergebenen Friedensbedingungen stehen, der eine Stellungnahme der einzelnen Parteien folgen sollte. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung in: GSTA PK Berlin, I.HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 1. Vgl. auch den STAATSANZEIGER, 106, 10.5.1919, 1. Beilage.

⁵ Die preußische Zentrumsfraktion hielt am 9. Mai 1919 drei Sitzungen ab, auf denen die Notwendigkeit betont wurde, »daß die Mehrheitsparteien einig bleiben müssen. Unerträglich und unerfüllbar, unannehmbar aber auch diesen Bedingungen.« Vgl. ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 18, 19 und 20, S. 31–34. Die SPD-Fraktionen der Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung forderten am 10. Mai 1919 eine Volksabstimmung über Annahme oder Ablehnung der Friedensbedingungen. Der Fraktionsredner in der Nationalversammlung sollte für die Partei die Bedingungen für »undurchführbar« erklären, »worin dann das »Unannehmbar« schon enthalten wäre.« SPD-FRAKTION IN DER NATIONALVERSAMMLUNG, Nr. 42, S. 81 f., hier S. 82, H.I.O.

⁶ Dr. **Otto Frentzel** war nicht Präsident, sondern zweiter Vizepräsident der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung.

⁷ Vgl. die Sitzung des Ältestenrats vom 8. Mai 1919, mittags von 12.20 bis 13.20 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 1.

30.

12. 5. 1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 39r–40v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Abg. Dominicus.

Abg. **Dominicus** berichtet über eine Besprechung des Ältestenkollegiums und der Regierung über die bevorstehenden Verhandlungen über die Friedensfrage.¹ Als Redner für die Sitzung wird als Debatter gegen den Abg. *Hoffmann Exz. Friedberg* vorgese-
hen.²

Abg. **Rade** wirft die Frage auf, ob jetzt nicht im Anschluß an die furchtbaren Belastungen des Reiches die Notwendigkeit der Schaffung des Einheitsstaates gegeben sei. Wir könnten uns den Luxus der Vielstaaterei nicht mehr leisten.

Exz. **Friedberg** berichtet, daß von der Parteiorganisation in Breslau ein Telegramm eingelaufen sei, in dem die Verschiebung des Parteitages beantragt wird.³

Abg. **Schloßmann** hält die Verschiebung des Parteitages für ein Unglück. Daß aber der Parteitag jetzt einen anderen Verlauf nehmen müsse, sei klar.

Abg. **Ruer** ist dagegen für eine Verschiebung.

Abg. **Kopsch** wird für eine Vertagung des Parteitages sein, wenn sich absehen ließe, wann denn der Parteitag stattfinden könne. Da das aber nicht der Fall sei, sei eine Verschiebung nicht angebracht.

Abg. Dr. **Grund** ist für eine kurzfristige Vertagung des Parteitages.

Dr. **Abderhalden** ist für Verschiebung des Parteitages. Wenn er aber trotzdem stattfinden sollte, dann müsse er nach Berlin einberufen werden.

Abg. **Cassel** ist für eine kurzfristige Vertagung.

Abg. **Dominicus** ist ebenfalls für Vertagung.

Exz. **Friedberg** faßt die Meinung der Fraktion dahin zusammen, daß die Mehrheit der Redner sich gegen das Abhalten des Parteitages ausgesprochen habe, obwohl die Be-

¹ Am 11. Mai 1919 hatten die demokratischen Fraktionen der deutschen Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung die Friedensbedingungen der Alliierten entschieden zurückgewiesen. Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 237, 11.5.1919. Am 12. Mai 1919 fand um 11 Uhr eine Kabinettsitzung der Reichsregierung statt, in der die DDP-Minister ihr weiteres Verbleiben in der Regierung davon abhängig machten, daß Reichsministerpräsident *Scheidemann* den Protest der Regierung in einem »Unannehmbar« gipfeln lassen sollte. Vgl. das Protokoll der Sitzung des Reichskabinetts vom 12. Mai 1919, 11 Uhr, in: ADR. DAS KABINETT SCHEIDEMANN, Nr. 70, S. 314–316, hier S. 315f.; PPS, Bd. 11/I, Nr. 35, S. 77; MORSEY, S. 182f. Vgl. auch die Sitzung des Ältestenrats am 9. Mai 1919, 15.50 bis 16.05 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169DI, Nr. 44, Bd. 1. Vgl. auch die Sitzung der preußischen Staatsregierung am 9. Mai 1919 sowie die Sitzungen des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 10. und 11. Mai 1919, in: PPS, Bd. 11/I, Nr. 35, S. 76f.

² Die Rede des Abg. Adolph *Hoffmann* in der 21. Sitzung am 13. Mai 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 2, Sp. 1531–1550. Die Rede des Abg. Dr. *Friedberg*, in: ebd., Sp. 1550–1562. Vgl. auch Dok. Nr. 28.

³ Mit Rücksicht auf die Friedensverhandlungen beschloß der Hauptvorstand der DDP am 18. Mai 1919, den deutsch-demokratischen Parteitag, der vom 28. bis 30. Mai 1919 abgehalten werden sollte, auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Der geschäftsführende Ausschuß entschied später, den Parteitag vom 19. bis 22. Juli 1919 in Berlin stattfinden zu lassen. Vgl. die Protokolle der Sitzung des Hauptvorstandes am 18. Mai 1919 und des Geschäftsführenden Ausschusses am 28. Juni 1919, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 28, S. 65–73, hier S. 65, und Nr. 30, S. 74f., hier S. 74; VOSSISCHE ZEITUNG, 329, 1.7.1919; DAS DEMOKRATISCHE DEUTSCHLAND, 30, 6.7.1919, S. 713.

denken des Abg. *Schloßmann* wohl zu beachten seien. Die Fraktion spricht sich einstimmig für Vertagung aus.

Der **Vorsitzende** schlägt dann vor, den Redner für das Wohlfahrtsministerium zu bestimmen.⁴

Abg. **Schloßmann** kritisiert scharf die Fachzuweisung für dieses Ministerium.

Abg. **Abderhalden** hält es nicht für richtig, die Vorlage einer so scharfen Kritik zu unterwerfen, da die demokratische Partei der Regierung angehöre.

Auch Abg. **Meyer** ist dieser Ansicht.

Frau **Dönhoff** hält es für unbedingt erforderlich, daß in diesem Ministerium Frauen eine bestimmende Stelle erhalten müssen.

Nach kurzen Bemerkungen der Abg. **Heilbrunn**, **Cassel**, **Schloßmann**, **Abderhalden** [sic].

Als Rednerin wird Frau *Dönhoff* bestimmt, wenn ein zweiter Redner erforderlich ist noch Abg. *Abderhalden*.⁵ Die Vorlage wird der Haushaltskommission überwiesen werden und zu dieser Beratung wird die Fraktion vertreten sein durch die Abg. *Schloßmann*, *Abderhalden*, *Kimpel* und Frau *Dönhoff*.

Abg. **Meyer** bringt vor, daß vom Zentrum immer wieder der Wunsch nach dem zweiten Unterstaatssekretär erhoben werde.⁶ Der Redner hält die Bedenken, die er seiner Zeit vorgebracht hat, nicht mehr für ausschlaggebend.

Abg. **Kopsch** hält es für bedauerlich, daß die Fraktionsvertreter erst einmal beauftragt werden, diesen Staatssekretär zuerst abzulehnen und dann wieder seiner Ernennung zustimmen.

Es wird beschlossen, den Wünschen des Zentrums entgegenzukommen.

Exz. **Friedberg** referiert dann über das Friedensprogramm von Versailles. Er weist nach, daß die Friedensbedingungen schlimmer sind als die irgend eines Friedens früherer Jahrhunderte und daß es unmöglich sei, den Friedensvertrag zu unterschreiben.⁷

Abg. **Schümer** stellt die Frage, was denn geschehen solle, wenn wir den Frieden ablehnen. Wenn er der Entschließung zugestimmt habe, so sei es geschehen, weil Herr *von Richthofen* erklärt habe, die Bedingungen seien nicht das Letzte, was die Entente sage, es seien vielmehr Verhandlungen noch möglich. Er würde lieber die Unterschrift unter Protest befürworten.

Abg. **Cassel** hält die schroffe Ablehnung für erforderlich. Die Frage des Einheitsstaates jetzt mit dem Friedensschluß in Verbindung zu setzen, sei nicht angängig. Die Stim-

⁴ Die erste Beratung des Nachtrages zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 (Ministerium für Volkswohlfahrt), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 280, S. 436–438, fand in der 22. und 23. Sitzung am 22. und 23. Mai 1919 statt. Mit diesem Nachtragsetat wurde das Ministerium für Volkswohlfahrt geschaffen, das für Volksgesundheit, für Wohnungs- und Siedlungswesen, für Jugendpflege und allgemeine Fürsorge zuständig sein sollte. Angefordert wurde nur die Besoldung für den Minister, einen Unterstaatssekretär und einen Ministerialdirektor.

⁵ Die Rede der Abg. Frau *Dönhoff* in der 22. Sitzung am 22. Mai 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 2, Sp. 1640–1644. Neben Frau *Dönhoff* sprach kein weiterer Vertreter der DDP.

⁶ Vgl. Dok. Nr. 20 und 23.

⁷ Der Text des allgemeinen Friedensvertragsentwurfs, in: DIE FRIEDENSFORDERUNGEN DER ENTENTE, hrsg. v. d. Deutschen Liga für den Völkerbund, Berlin 1919; zur Überreichung der Friedensbedingungen am 7. Mai 1919 vgl. SCHULTHESS 1919/II, S. 521–524; ALBERTIN, Liberalismus und Demokratie, S. 324–328.

mung im Osten sei so, daß man es dort nicht verstehen könne, wenn nicht die energischste Ablehnung zum Ausdruck käme.

Abg. **Dominicus** hält ebenfalls die scharfe Ablehnung für erforderlich.

Ebenso Abg. **Jansen**, der Mitteilungen über die Stimmung im Rheinlande macht und nachweist, daß auch die zollpolitische Abtrennung der besetzten Gebiete für die rheinische Industrie der Ruin sei.

Den gleichen Standpunkt vertreten die Abg. **Gottschalk, Ruer, Cassel**.

Es geht ein Antrag **Riedel** und Genossen ein, der einen Entwurf zur Reform der Reichsversicherungsordnung verlangt [und] der verbessert werden soll.⁸

31.

22.5.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 40r–41v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben.

Als Rednerin für die Frage des Ministeriums für Volkswohlfahrt wird Frau *Dönhoff* bestimmt.¹ Zu dem Antrage der Abg. *Herrmann*, betr. die Notlage der Altpensionäre, wird ein besonderer Antrag *Riedel – Ommert* eingebracht werden.²

Abg. **Abderhalden** referiert über die Anträge, die im Ausschuß für Bevölkerungspolitik eingebracht worden sind.³

Abg. **Kimpel** berichtet über den Gesetzentwurf, betr. die Aufhebung der Ortsschulinspektionen.⁴ Er bemängelt das Fehlen von Bestimmungen über die Einführung der kollegialen Schulaufsicht. Die Kirche hat sich niemals als Mutter der Schulen erwiesen und sie kann deshalb kein Recht auf Schulaufsicht in Anspruch nehmen. Die Ortsschulaufsicht in jeder Form muß verschwinden. Vorbildlich für die Einführung der

⁸ Der Antrag der Abg. *Riedel* (Charlottenburg) und Genossen auf Neugestaltung der Reichsversicherungsordnung, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 335, S. 502, wurde am 22. Mai 1919 eingebracht.

¹ In der Preußischen Landesversammlung stand am 22. Mai 1919 die erste Beratung des Nachtrages zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 (Ministerium für Volkswohlfahrt), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 280, S. 436–438, auf der Tagesordnung. Der Nachtragsetat wurde in der 22. und 23. Sitzung am 22. und 23. Mai 1919 dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen und zusammen mit dem Staatshaushaltsplan beschlossen.

² Der Antrag der Abg. *Herrmann* und Genossen (DNVP) über die Notlage der Altpensionäre, Witwen und Rentempfänger, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 164, S. 209, forderte die Staatsregierung auf, »die besonders schwere Notlage der Altpensionäre, Witwen und Rentempfänger unverzüglich durch geeignete Maßnahmen zu beseitigen.« Der Antrag der Abg. *Riedel* und Genossen (DDP), ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 336, S. 502, wollte den Altpensionären der Pensionskasse für die Arbeiter der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft wegen der Leistungsunfähigkeit dieser Kasse eine Teuerungsbeihilfe aus staatlichen Mitteln gewähren.

³ Vgl. die Rede des Berichterstatters Abg. Dr. *Abderhalden*, in: ebd., Bd. 2, Sp. 1719–1721, 1721–1723, 1724f.

⁴ Der Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Ortsschulinspektionen, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 248, S. 390f., wurde in der 23. und 24. Sitzung am 23. und 27. Mai 1919 beraten und dann dem erweiterten Unterrichtsausschuß überwiesen. Vgl. auch HÖMIG, S. 49–53; GRÜNTAL, S. 55f.

kollegialen Schulaufsicht ist das Vorgehen der bayrischen Regierung.⁵ Die Mittel, die bis jetzt für die Ortsschulinspektion aufgewandt worden sind, sollen zur Durchführung der fachmännischen Kreisschulinspektion verwandt werden.⁶

Abg. **Cassel** hält es nicht für richtig, daß bei Gelegenheit der Berufung des vorliegenden Gesetzentwurfs die Frage der kollegialen Schulleitung berührt werde.

Abg. **Otto** glaubt dagegen, daß diese Frage sehr wohl hier erörtert werden müsse. Es sei Rücksicht darauf zu nehmen, daß der Finanzminister es als ausgeschlossen bezeichnet habe, alte Kreisschulinspektionen mit Fachleuten zu besetzen. Dann sei es aber doch möglich, Schulleute im Nebenamt zur Kreisschulaufsicht heranzuziehen.

Abg. **Kimpel** kritisiert die Heranziehung der Sozialdemokraten zum Unterrichtsministerium, die jetzt zur Regel geworden sei. Die Frage der kollegialen Schulleitung sei eine Kardinalfrage und es sei unbedingt erforderlich, daß die Fraktion der Forderung der gesamten Lehrerschaft zustimme und sie mit Entschlossenheit vertrete.⁷

Abg. **Rade** hält es für richtig, daß die Fraktion sich einmal eingehend mit den ganzen Schulfragen beschäftige.

Abg. **Heilbrunn** hält es für zweifelhaft, ob die Aufhebung des Rektorats ebenso im Interesse der Schüler und der Eltern gelegen sei wie im Interesse der Lehrer. Das Interesse des Schülers sei nicht gewahrt, wenn über dem Lehrer keine Aufsichtsinstanz bestehe. Wohl müßten die Dienstanweisungen für die Rektoren sehr weitgehend reformiert werden, aber es sei nicht angebracht, das Rektorat als solches aufzuheben.

Der **Vorsitzende** sagt zu, der Anregung des Abg. **Rade** zu entsprechen und eine besondere Sitzung anzuberaumen, in der die Schulfragen besprochen werden sollen.

Abg. **Böer** hält es für erforderlich, daß der parlamentarische Staatssekretär im Kultusministerium⁸ zu den Beratungen der Fraktion erscheint, die sich auf Fragen des Kultusministeriums beziehen.

Abg. **Abderhalden** stellt den Antrag, daß wöchentlich einmal aus den Ausschüssen berichtet wird.

Die **Fraktion** ist mit dieser Anregung einverstanden.

⁵ Am 16. Dezember 1918 hatte eine Verordnung der bayerischen Regierung unter Kurt *Eisner* die geistliche Schulaufsicht zum 1. Januar 1919 aufgehoben. An die Stelle der geistlichen Orts- und Distriktsschulinspektoren traten weltliche Instanzen der Gemeinde- und Schulverwaltung. Vgl. SCHULTHESS 1918/II, S. 590; Albert SCHWARZ, Die Zeit von 1918 bis 1933. Erster Teil: Der Sturz der Monarchie. Revolution und Rätezeit. Die Einrichtung des Freistaates (1918–1920), in: Max Spindler (Hrsg.): Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. 4/1, München 1979, S. 412 f.

⁶ Der Abg. *Kimpel* betonte in seiner Rede am 27. Mai 1919, SBpLV 1919/21, Bd. 2, Sp. 1797–1809, daß es »niemals geschehen« dürfe, »daß der Geistliche durch eine Hintertür wieder in die Schule eintritt und dort herrscht. Die Schule muß endlich den Schulmännern allein gegeben und von ihnen allein regiert werden.« Ebd., Sp. 1803, H.i.O.

⁷ In seiner Rede kritisierte der Abg. *Kimpel* auch das Fehlen von Bestimmungen über die kollegiale Schulaufsicht im Gesetzentwurf. Vgl. ebd., Sp. 1798.

⁸ Parlamentarischer Unterstaatssekretär (Staatssekretär) im preußischen Kultusministerium war von März 1919 bis 1921 Ernst *Troeltsch* (1865–1923), evangelischer Theologe, Historiker und Mitbegründer der DDP.

32.

23.5.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 41r–43r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Abg. Dominicus.

Antrag **Degenhardt** über Bezirkslehrerräte findet Zustimmung seitens der Abg. **Cassel** und **Kimpel**.

Abg. **Juds** rät, im Zusammenhang mit der Materie des Antrags eine Vereinheitlichung der Lehrerschaft, damit eine Vorarbeit in der Richtung der Einheitsschule anzustreben.

Abg. **Schümer** unterstützt die Anregung **Juds**.

Abg. **Sommer** schlägt Verbindung des Antrags **Degenhardt** mit einem in Aussicht gestellten des Abg. **Cassel** vor.¹

Abg. **Cassel** wünscht sofortige Annahme des Antrags **Degenhardt**, da er gegenwärtig wirksam sei.

Fraktion stimmt dem Antrag **Degenhardt** zu.²

Abg. **Degenhardt** begründet seinen Antrag auf Einsetzung einer Finanzrevisionsstelle und eines Landeswirtschaftsamts.

Es sprechen dazu die Abg. **Heilbrunn**, **Ruer**, **Cassel**, **Wiglow**.

[Der] Antrag wird zurückgestellt bis zur Veröffentlichung der entsprechenden Regierungsvorlagen, soweit es eine Finanzrevisionsstelle betrifft.³

Abg. **Goll**, **Riedel**, **Ehlers** sprechen gegen allgemeingültige Entscheidung über die Frage, in welchem Umfang der Staat als Unternehmer auftreten solle, und über [die] Beschäftigung von Kriegsbeschädigten.

Abg. **Schümer** regt [den] Wiederezusammentritt der Sozialisierungskommission an, der die Anträge, betr. Landeswirtschaftsamts⁴, überwiesen werden.

Antrag **Schloßmann** beantragt Auslegen einer Anwesendenliste in den Fraktionssitzungen, um auf besseren Besuch hinzuwirken und stellt einen Antrag in Aussicht, der auf eine regere Anteilnahme der durch die Fraktion in die Regierung entsandten Vertreter an ihren Arbeiten hinwirken soll.

¹ Vgl. den Antrag der Abg. **Cassel** und Genossen (DDP), betr. die Geldmittel zur Errichtung neuer hauptamtlicher Kreisschulinspektionen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 621, S. 1002, nach dem die durch die Aufhebung der Ortsschulaufsicht frei werdenden Staatsmittel zur Errichtung neuer hauptamtlicher Kreisschulinspektionen verwendet werden sollten.

² Antrag der Abg. Dr. **Friedberg** und Genossen (DDP) über die Bezirkslehrerräte und eine Landeslehrerkammer, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 348, S. 509. Der Antrag forderte die Erweiterung der Zuständigkeit der Bezirkslehrerräte, die regelmäßig, mindestens einmal im Vierteljahr einberufen werden sollten. Aus den Bezirkslehrerräten sollte eine Landeslehrerkammer als beratende Körperschaft beim Kultusministerium eingerichtet werden.

³ Diese Initiative mündete am 31. Mai 1919 in den Dringenden Antrag der Abg. Dr. **Frentzel** und Genossen (Ältestenrat) auf Annahme eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes, betr. die Verwaltung des Staatsschuldenwesens und Bildung einer Staatsschuldenkommission vom 24. Februar 1850, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 390, S. 559f.

⁴ Nicht nachgewiesen.

Abg. **Cassel** stimmt beiden Anregungen zu, Abg. **Goll** der letzteren;⁵ [er] verwarft sich gegen eine Kontrolle im Sinn der ersteren.

Abg. **Abderhalden** für ungestörtere Ruhe während der Verhandlungen.

Abg. **Schloßmann** hält Beschlußfassungen bei dem üblichen schwachen Besuch der Fraktion für unzulässig; er mindert den Einfluß der Fraktion im Hause.

Abg. **Ruer** hält Besserungsversuch für nötig, wünscht andere Mittel als polizeiliche Kontrolle.

Abg. **Goll**: Einflußlosigkeit der Fraktion hängt von anderen Faktoren ab; die demokratischen Grundsätze müssen kräftiger vertreten werden ohne Rücksicht auf Sozialdemokraten.

Antrag *Schloßmann* wird allen Fraktionsmitgliedern mitgeteilt vor der Beschlußfassung.

Abg. **Dominicus** berichtet über Frage der kommunalen Arbeiterräte, die in einer amtlichen Sitzung am Dienstag, den 27. V., behandelt wird.⁶ Regt an, den Herrn Unterstaatssekretär *Meyer* zu beauftragen, die Meinung der Fraktion im Sinn der unbedingten Ablehnung jeder Anerkennung und Bezahlung der Arbeiterräte zu vertreten.

Abg. **Riedel, Goll, Berghaus, Cassel** dafür.

[Der] Geschäftsordnungsantrag des Abg. *Schreiber* auf Schluß der Debatte wird nicht angenommen.

Abg. **Ruer** hält Ablehnung für erwünscht, aber nicht [für] praktisch durchführbar, da die Regierung wahrscheinlich keine Machtmittel hat, sie durchzusetzen.

Abg. **Heilbrunn** sieht einen gangbaren Weg durch Schaffung einer Arbeitervertretung in den Kommunen ohne jede politische und kommunalpolitische Kompetenz bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung.

Abg. **Goll**: Das Prinzip der Selbstverwaltung darf nicht preisgegeben werden.

⁵ Zwischen Blatt 41r und 43 findet sich eine in Maschinenschrift gehaltene Einladung zur Fraktionssitzung vom 23. Mai 1919:

»Verfassungsgebende Preußische Landesversammlung
Sitzung der Deutschen Demokratischen Partei
Freitag den 23. Mai 1919
Vorm. 10 Uhr pünktlich, Saal 14 (Bürogeschoß Ost)
Tagesordnung:

1. Plenum
2. Erledigung der der Fraktion im Entwurf vorliegenden Anträge
3. Besprechung der Frage der kommunalen Arbeiterräte
4. Wahl eines Vertreters für den Abgeordneten *Schmackenburg* im Gemeindeausschuß, für den Abgeordneten *Kanzow* im Ausschuss für das Rechtswesen. Bestimmung des von der Fraktion zu stellenden Vorsitzenden des Ausschusses für das Rechtswesen.«
Am unteren Ende des Zettels findet sich die Notiz: »Partei diener«.

⁶ Die preußische Staatsregierung hatte sich bereits in der Sitzung am 23. Mai 1919 mit dieser Frage beschäftigt und beschlossen, die kommunalen Arbeiter- und Soldatenräte nicht mehr finanzieren zu wollen. Sie hätten »an den Orten keine Existenzberechtigung mehr, wo die Wahlen zu den Gemeindevertretungen bereits nach dem neuen Wahlrecht stattgefunden haben.« Die Angelegenheit sollte erneut in einer kommissarischen Besprechung, die vom preußischen Innenminister allerdings nicht auf den 27., sondern auf den 30. Mai anberaumt worden war, zur Erörterung gestellt werden. Vgl. GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 90 A, B III 2b, Nr. 6, Nr. 168, Bl. 92–94, hier Bl. 93 r; ferner PPS, Bd. 11/I, Nr. 37, S. 81 f., hier S. 82 (TOP 6). Mehrere Gemeinden hatten inzwischen die Zahlungen an die kommunalen Arbeiterräte eingestellt. Vgl. die Kleine Anfrage des Abg. Dr. *Rosenfeld* (USPD) über die kommunalen Arbeiterräte, vom 20. Mai 1919, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 325, S. 499; sowie ebd., Bd. 2, Sp. 2175 f.

Abg. **Cassel, Ehlers** unterstützen den Vorschlag *Heilbrunn*.

Abg. **Dominicus** stellt fest: [Die] Fraktion stimmt dem Versuch der radikalen Abschaffung zu, ermächtigt die Abg. *Heilbrunn* und *Dominicus* einen gangbaren Weg zur Abschwächung der Wirkungen der Arbeiterräte zu überlegen und ihn vorzuschlagen für den Fall, daß radikale Abschaffung unmöglich.

Abg. **Dominicus** teilt Ernennung des Abg. *Schnackenburg* zum Oberpräsidenten mit, erhält Auftrag im Namen der Fraktion Glückwunsch auszusprechen.⁷ Legt Material des Abg. *Schnackenburg* vor, das zur Weiterbearbeitung in seiner Eigenschaft als Berichterstatter im Gemeindeausschuß dem Abg. *Ruer* übertragen wird.

Abg. **Schloßmann, Berghaus** bitten um schleunige Stellungnahme der Fraktion zu verschiedenen im Gemeindeausschuß vorkommenden Fragen.

Abg. *Ruer* wird sie für eine der nächsten Sitzungen vorbereiten. In Vertretung des Abg. *Kanzow* wird der Abg. *Berndt* in den Ausschuß für das Rechtswesen entsandt.

Abg. **Westermann** wünscht Stellungnahme der Fraktion zur Frage der Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte.⁸

Abg. **Abderhalden**: Preise müssen entsprechend denen für Auslandprodukte und den schwierigen Erzeugungsbedingungen gestaltet werden.

Abg. **Heilbrunn** und **Ehlers** in gleichem Sinn.

Abg. **Rade** spricht zu seinem Antrag über die Bestimmungen über den Kirchenaustritt.

Abg. **Schreiber**: Wir stehen vor Trennung von Kirche und Staat; daher ist es zweifelhaft, ob es doch zweckmäßig ist, eine vorläufige Regelung zu beantragen. Antrag wird angenommen zur formalen Erledigung Antragskommission überwiesen.

33.

27.5.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 44v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben.

Als Redner zur Frage der Verbesserung des Bergarbeitergesetzes und die Lage der Bergarbeiter im Saargebiet wird Abg. *Ommert* bestimmt¹, auch zur Frage der Fachver-

⁷ Bernhard *Schnackenburg* wurde im Mai 1919 zum Oberpräsidenten von Westpreußen ernannt. Dieses Amt übte er bis zum August 1919 aus.

⁸ Die Frage der Lebensmittelpreise und des Lebensmittelhandels wurde in der 28., 31. und 32. Sitzung am 2., 17. und 18. Juni 1919 in der Landesversammlung debattiert. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 2, Sp.2125–2132, 2356–2396, 2417–2489.

¹ Die Besprechung der Förmlichen Anfrage der Abg. *Gräf* (Frankfurt) und Genossen (SPD) über die Verbesserung des Bergarbeiterschutzes und die Neuordnung des Knappschaftswesens, SBpLV 1919/21, Bd. 1, Nr. 85, S. 124f., in Verbindung mit Anträgen des Zentrums und der SPD, ebd., Nr. 194, S. 357, und Nr. 199, S. 362f., erfolgte in der 26. und 27. Sitzung am 30. und 31. Mai 1919. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 2, Sp. 1997–2023 und Sp. 2038–2066. Die Rede des Abg. *Ommert* in der 27. Sitzung am 31. Mai 1919, in: ebd., Sp. 2049–2051.

bände bei der Eisenbahnverwaltung im besetzten Gebiet wird *Ommert* im Plenum im Auftrage der Fraktion sprechen.²

Über die Zerrüttung des öffentlichen Transportwesens sprechen die Abg. **Wenke**, **Friedberg** und **Hoffmann**.³ Abg. *Kopsch* wird zu dieser Frage im Plenum sprechen.⁴

Zu der förmlichen Frage, bezgl. der Unterstützung des Mittelstandes⁵, spricht Abg. **Wenke** und nimmt besonders scharf Stellung gegen die Kommunalisierung der Nahrungsmittelgewerbe.⁶

Ebenso Abg. **Düker**, der seine Angriffe auf die Kommunalisierungspläne, die sich auf das Kleingewerbe und den Mittelstand erstrecken, ausdehnt.

Auch Abg. **Cassel** ist gegen solche Kommunalisierungspläne.

Abg. **Jansen** macht dann Mitteilung von einem Bericht des Brückenkopffoffiziers über Verhandlungen, die verschiedene Abgeordnete mit dem französischen General *Mangin*⁷ geführt haben über die Bildung des rheinischen Pufferstaates⁸ und gibt Kenntnis von interfraktionellen Besprechungen über eine bevorstehende Interpellation.⁹

Als bevollmächtigte Vertreter zu den weiteren interfraktionellen Besprechungen werden die Abg. *Jansen*, *Fenner*, *Schloßmann* bestimmt. Zum deutschen Lehrertag werden nach Magdeburg die Abg. *Kimpel*, *Juds* und *Ruszezynski* entsandt.

² Die Förmliche Anfrage der Abg. *Schubert* und Genossen (SPD) über die Ausschüsse und Fachverbände der Eisenbahnverwaltung der besetzten Gebiete und die Durchführung der 8stündigen Arbeitszeit daselbst, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 184, S. 222, wurde erst im Rahmen der Etatberatung der Eisenbahnverwaltung in der 61. Sitzung am 8. Oktober 1919 verhandelt. Die Anfrage wurde wieder zurückgezogen.

³ Die Beratung der Förmlichen Anfrage der Abg. Dr. v. *Krause* (Ostpreußen) und Genossen (DVP) über die Zerrüttung des Transportwesens, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 41, S. 107, in Verbindung mit dem Antrag der Abg. *Gräf* (Frankfurt) und Genossen (SPD) auf Verbesserung des Eisenbahnverkehrs, ebd., Nr. 174, S. 213, fand in der 27. und 28. Sitzung am 31. Mai und 2. Juni 1919 statt. Der Antrag Nr. 174 wurde dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen.

⁴ Die Rede des Abg. *Kopsch* in der 28. Sitzung am 2. Juni 1919, in: ebd., Bd. 2, Sp. 2103–2113.

⁵ Vgl. die Förmliche Anfrage der Abg. Dr. v. *Krause* (Ostpreußen) und Genossen (DVP) über die Stützung des Mittelstandes in Handwerk, Gewerbe und Handel, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 42, S. 107. Die Anfrage kam in der 39. Sitzung am 3. Juli 1919 im Rahmen der Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung auf die Tagesordnung, wurde aber nicht beantwortet.

⁶ Vgl. auch die Förmliche Anfrage der Abg. Dr. *Tewes* und Genossen (Z) über die Kommunalisierung des Lebensmittelhandels, in: ebd., Nr. 143, S. 179f.

⁷ Charles Marie *Mangin* (1866–1925), französischer General, November 1918 bis Dezember 1919 Oberbefehlshaber der französischen Rheinarmee.

⁸ Am 17. Mai 1919 hatten Abgeordnete aus Aachen, Mainz, Wiesbaden und Köln, darunter führende rheinische Zentrums-Politiker, mit den französischen Offizieren General *Mangin* und Hauptmann *Rostan* über die Gründung einer Rheinischen Republik beraten. Die Besprechungen wurden durch eine Notiz der »Rheinischen Zeitung« am 24. Mai 1919 publik. Vgl. ERDMANN, Adenauer, S. 263; KÖHLER, Adenauer, S. 80–94, hier S. 83f.; SCHWARZ, S. 222.

⁹ Vgl. die Dringende Förmliche Anfrage der Abg. *Gräf* (Frankfurt), Dr. *Friedberg* und Genossen (SPD, DDP) über die Bestrebungen zur Gründung eines neutralen Staats »Rheinland«, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 369, S. 516; Dringende Förmliche Anfrage der Abg. Dr. *Deerberg*, Dr. *Kalle* und Genossen (DNVP, DVP) über die Abtrennung eines rheinischen Pufferstaates, in: ebd., Nr. 370, S. 516.

34.

28.5.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 44r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Abg. Dominicus.

Entschuldigt fehlen: Abg. *Ommert*, *Goll*.

Die Punkte 1–7 der Tagesordnung des heutigen Plenums [P. 1: Förmliche Anfrage der Abg. *Matschkeewitz* und Genossen (DNVP) über die Entfernung des kommissarischen Landrats im Kreise Putzig, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 364, S. 514; P. 2: Förmliche Anfrage der Abg. *Gräf* (Frankfurt), Dr. *Friedberg* und Genossen (SPD, DDP) über die Bestrebungen zur Begründung eines neutralen Staates Rheinland, ebd., Nr. 369, S. 516, in Verbindung damit die Förmlichen Anfragen der Abg. Dr. *Deerberg*, Dr. *Kalle* und Genossen (DNVP, DVP) und Adolph *Hoffmann* und Genossen (USPD) über denselben Gegenstand, ebd., Nr. 370 und 372, S. 516 und 517; P. 3: Beratung des 70. Berichts der Staatsschuldenkommission über die Verwaltung des Staatsschuldenwesens, ebd., Nr. 289, S. 441–479; P. 4: Förmliche Anfrage der Abg. *Schubert* und Genossen (SPD) über die Ausschüsse und Fachverbände bei der Eisenbahnverwaltung der besetzten Gebiete und die Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 184, S. 222; P. 5: Förmliche Anfrage der Abg. Dr. v. *Krause* (Ostpreußen) und Genossen (DVP) über die Zerrüttung des Transportwesens, ebd., Nr. 41, S. 107. In Verbindung damit: Beratung des Antrages der Abg. *Gräf* (Frankfurt) und Genossen (SPD) auf Verbesserung des Eisenbahnverkehrs, ebd., Nr. 174, S. 213; P. 6: Förmliche Anfrage der Abg. Dr. v. *Krause* (Ostpreußen) und Genossen (DVP) über die Stützung des Mittelstandes in Handwerk, Gewerbe und Handel, ebd., Nr. 42, S. 107; P. 7: Förmliche Anfrage der Abg. Dr. v. *Krause* (Ostpreußen) und Genossen (DVP) über die Wiederaufrichtung der freien Berufe, ebd., Nr. 43, S. 107] sind am 27. besprochen bzw. die Redner dazu bestimmt [worden].¹

Zu [Punkt] 8, betr. Mitwirkung der Arbeiter- und Soldatenräte, sprechen die Abg. **Dominicus**, **Höfler**, **Cassel**, **Berghaus**, **Westermann**, **Heilbrunn**, **Wenke**², treten für energische Stellungnahme der Fraktion gegen die Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte ein, halten ein Durchgreifen der Regierung für zweifelhaft wegen der Verhältnisse im Ministerium des Innern, gegen die scharf Front zu machen ist, eventuell mit Wiederaufnahme des Anspruchs auf Besetzung durch die Demokraten.

Zur Vorberaterung der Fragen zu 9., 10. und 11. [P. 9: Beratung des Antrages der Abg. Dr. *Moldenhauer* und Genossen (DVP) auf Errichtung einer Zentralstelle zur Förderung des Volkshochschulwesens, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 283, S. 439; in Verbindung damit: Beratung des Antrages der Abg. Frau *Jaquet* und Genossen (SPD) über die Errichtung von Volkshochschulen, ebd., Nr. 323, S. 498;³ P. 10: Beratung des Antrages der Abg. *Böse* und Genossen (SPD) über Eröffnung des Universi-

¹ Vgl. Dok. Nr. 33.

² Förmliche Anfrage der Abg. Dr. v. *Krause* (Ostpreußen) und Genossen (DVP) über die Mitwirkung der Arbeiter- und Soldatenräte in der Staats- und Kommunalverwaltung, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 44, S. 107. Die Anfrage wurde im Rahmen der Beratung des Haushalts des Innenministeriums in der 44. bis 49. Sitzung vom 11. bis 19. Juli 1919 verhandelt. Vgl. auch Dok. Nr. 32.

³ Die Gegenstände wurden in der 41. Sitzung am 8. Juli 1919 ohne Aussprache dem Unterrichtsausschuß überwiesen.

tätsbesuchs für die Volksschullehrer, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 333, S. 501;⁴ P. 11: Beratung des Antrages der Abg. *Böse* und Genossen (SPD) über die Wahl des Vorsitzenden des Schulvorstandes, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 334, S. 502⁵] (Volkshochschulwesen, Universitätsbesuch der Volksschullehrer und Wahl des Vorsitzenden des Schulvorstandes) wird die Fraktionssitzung Dienstag vormittag, Anfang 9.30 [Uhr], bestimmt. Berichterstatter: Abg. *Kimpel, Sommer, Cassel*.

Als Fraktionsredner zum Volkshochschulwesen wird der Abg. *Rade* bestimmt.⁶ Als Vertreter zu den Fragen zu 12., Handelsfragen, wird der Abg. *Crüger*, eventuell als zweiter Abg. *Ehlers* vorgesehen.⁷

Abg. *Rade* regt eine Aussprache über die Frage der Auslieferung des Kaisers an.

Abg. *Schloßmann* weist auf entsprechende Ausführungen des Abg. Exz. *Friedberg* im Plenum hin.⁸

Abg. *Ruer* berichtet über die dem Gemeindeausschuß vorliegenden Fragen, betr. Gemeindeverfassung und Gemeindesteuern.⁹

Zurückgreifend auf die Besprechung der Verhältnisse im Ministerium des Innern wird Erschwerung der Stellung des Ministers im Augenblick für gefährlich dargestellt, Beschwerden über Einzelfälle sollen dem Abg. Unterstaatssekretär *Meyer* mitgeteilt werden.

⁴ Die Beratung des Antrags fand in der 91., 92. und 96. Sitzung am 5., 6. und 12. Dezember 1919 im Rahmen der Beratung des Kultusetats statt und wurde schließlich zurückgezogen.

⁵ Der Antrag wurde in der 91., 92. und 96. Sitzung am 5., 6. und 12. Dezember 1919 im Rahmen der Beratung des Kultusetats verhandelt und angenommen.

⁶ Der entsprechende Antrag wurde in der 41. Sitzung am 8. Juli 1919 ohne Aussprache dem Unterrichtsausschuß überwiesen.

⁷ Förmliche Anfrage der Abg. Dr. v. *Krause* (Ostpreußen) und Genossen (DVP) über die Bedeutung des Handels für das vaterländische Wirtschaftsleben, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 45, S. 107f., in Verbindung mit mehreren Anträgen und Anfragen. Die Gegenstände wurden in der 28. Sitzung am 2. Juni 1919 zurückgestellt und in der 31. und 32. Sitzung am 17. und 18. Juni 1919 verhandelt. Die DDP vertrat der Abg. *Ehlers* in der 32. Sitzung am 18. Juni 1919, in: ebd., Bd. 2, Sp. 2440–2446.

⁸ Anlässlich der Besprechung der Erklärung des preußischen Ministerpräsidenten *Hirsch* über die Friedensbedingungen vom 8. Mai 1919 lehnte der Abg. Dr. *Friedberg* in der 21. Sitzung am 13. Mai 1919 die Auslieferung der vom Ausland für den Krieg verantwortlich gemachten Personen ab. In allen Kulturländern gelte der Grundsatz, »daß man niemals den eigenen Landesangehörigen zur Bestrafung an das Ausland ausliefert.« Dagegen unterstützte er den Vorschlag der deutschen Regierung, einen internationalen Gerichtshof zur Prüfung der Schuldfrage einzusetzen. Sollte sich dabei ergeben, daß Personen »eine Verschuldung auf sich geladen« hätten, müsse »die eigentliche Aburteilung dem eigenen Lande überlassen« werden. Vgl. ebd., Sp. 1550–1562, hier Sp. 1555f., Hi.O.

⁹ Der Antrag der Abg. *Gräf* (Frankfurt) und Genossen (SPD) auf Annahme eines Gesetzes über die Wahl der Gemeindevertretungen in der Provinz Hannover, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 377, S. 554, und der Gesetzentwurf, betreffend die Gemeindeeinkommensbesteuerung im Rechnungsjahr 1919, ebd., Nr. 391, S. 561f., wurden am 31. Mai und 3. Juni 1919 im Plenum beraten und an den Gemeindeausschuß überwiesen.

35.

31.5.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 45v-r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Abg. Schmiljan.

Vor Eintritt in die Tagesordnung greift Abg. **Schloßmann** auf den Vorfall im gestrigen Plenum, betr. Abg. *Kalinowski*¹, zurück² und bittet um Feststellung, welches Mitglied der Fraktion in der Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses zugegen war, die den Antrag auf Niederschlagung der Strafverfolgung beschlossen hat.

Die Verteilung der Sitze in den Kommissionen wird bemängelt, auf pünktlichen Besuch nochmals hingewiesen. – Bestellung des Fraktionsredners zu der Besprechung der Friedensbedingungen wird ausgesetzt.

Abg. **Ruer** berichtet über die Verhandlungen im Gemeindeausschuß über Wahl der Gemeindevertreter in der Provinz Hannover:³ falls es notwendig erscheint wird Abg. *Ruer* zur Sache sprechen.⁴

Abg. **Ommert** wird sprechen zur Anfrage, betr. Ausschüsse und Fachverbände bei der Eisenbahnverwaltung.⁵

Zu den Handelsfragen bleibt es bei der gestrigen Bestimmung des Abg. *Crüger*.⁶ Zum Monopol von Schulbüchern stellt sich weit gehende Meinungsverschiedenheit heraus, der pädagogische Gesichtspunkt soll ausschlaggebend sein, im Plenum Überweisung des Antrags an Unterrichtskommission vertreten werden.⁷ Der Unterrichts-Ausschuß

¹ Franz *Kalinowski*, Geschäftsleiter, Ostpreußen, 1919/21 MdpLV (SPD).

² Der Antrag des Geschäftsordnungsausschusses zu seinem mündlichen Bericht über den Antrag des Justizministers auf Genehmigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten *Kalinowski*, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 349, S. 509, wurde in der 26. Sitzung am 30. Mai 1919 wieder an den Ausschuß zurückverwiesen. Vgl. ebd., Bd. 2, Sp. 1960–1962. Der Geschäftsordnungsausschuß hatte die Nichterteilung der Genehmigung empfohlen. Der Ausschußantrag wurde schließlich in der 73. Sitzung am 5. November 1919 angenommen. Vgl. ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1065, S. 1520–1523, und ebd., Bd. 5, Sp. 5798. Dem Abg. *Kalinowski* (SPD) wurden Unterschlagung und Urkundenfälschung vorgeworfen. Da die Anzeige gegen den Abgeordneten offensichtlich aus politischen Gründen erstattet worden war und auch keine Zeugenvernehmung vorlag, trat der Ausschuß dem Antrag des Justizministers nicht bei.

³ In der 27. Sitzung am 31. Mai 1919 erfolgten die erste und zweite Beratung des Antrages der Abg. *Gräf* (Frankfurt) und Genossen (SPD) auf Annahme eines Gesetzes über die Wahl der Gemeindevertretungen in der Provinz Hannover, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 377, S. 554, der dem Gemeindeausschuß überwiesen wurde. Vgl. auch den Antrag des Gemeindeausschusses, in: ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 603, S. 944–951.

⁴ Dr. *Ruer* sprach sich in der 27. Sitzung am 31. Mai 1919 dafür aus, den Regierungsentwurf zu dieser Frage abzuwarten und den Antrag an den Gemeindeausschuß zu überweisen. Vgl. ebd., Bd. 2, Sp. 2037.

⁵ Vgl. Dok. Nr. 33.

⁶ Vgl. Dok. Nr. 34.

⁷ Die Beratung der Förmlichen Anfrage der Abg. Dr. *Boelitz* und Genossen (DVP) über ein Monopol von Schulbüchern, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 107, S. 141, erfolgte in der 28. Sitzung am 2. Juni 1919. Die Rede des Abg. *Degenhardt* (DDP), in: ebd., Bd. 2, Sp. 2157f.

der Fraktion soll die Frage des Studiums der in die Freiwilligenverbände eintretenden Studenten beraten, im Plenum Abg. *Rade* dazu sprechen.⁸

Abg. **Frentzel** berichtet, daß in der Geschäftsordnungskommission bei Besprechung des Falles *Kalinowski* niemand von der Fraktion anwesend war. Es ist dort nach dem Grundsatz der Verweigerung der Strafverfolgung entschieden [worden], der ohne Zurückverweisung des Falles an die Fraktion vom Ausschuß nicht verlassen werden kann – was zudem zu bedenklichen Konsequenzen führen würde.

Die **Fraktion** schließt sich der Auffassung ihrer drei Vertreter in der Geschäftsordnungskommission an, die Immunität der Abgeordneten in weitestgehendem Maße zu schützen. Die drei Herren werden sich über ihre Stellungnahme verständigen, eventuell persönliche Erklärungen abgeben. Eine grundsätzliche Entschließung der Fraktion in der Frage der Immunität der Abgeordneten soll zu einer der nächsten Sitzungen auf die Tagesordnung.⁹

Abg. **Ruer** berichtet über einen Antrag, der interfraktionell mit Ausschluß der sozialdemokratischen Fraktionen dem Hause zugehen wird, betr. Sicherung der Selbstverwaltung in Schleswig-Holstein.¹⁰

Abg. **Meyer** bringt seine Bedenken gegenüber dem Antrag zum Ausdruck, regt an, ihn nicht als Antrag der Gesamtfaktionen, sondern im Namen der Schleswig-Holsteinischen Abgeordneten des Hauses mit Heranziehung einiger weiterer Stimmen einzubringen. Es wird so beschlossen, die Abstimmung den Fraktionsmitgliedern frei gegeben.

Abg. **Schmiljan** stellt die Frage der Freifahrt der Abgeordneten auf den Privat-Kleinbahnen zur Besprechung; soll mit dem Abg. *Oeser* erörtert werden.¹¹

Nächste Fraktionssitzung Dienstag, den 3. VI., 9½ [Uhr] pünktlich.

⁸ Die Förmliche Anfrage der Abg. Dr. *Thaer*, Dr. *Faßbender*, D. *Rade*, Dr. *Kähler* (Greifswald) und Genossen (DVP, Z, DDP, DNVP) über das Studium der in die Freiwilligenverbände eingetretenen Studenten, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 109, S. 142, wurde in der 29. Sitzung am 3. Juni 1919 besprochen und beantwortet. Ein Vertreter der DDP ergriff nicht das Wort.

⁹ Zum Immunitätsrecht der Abgeordneten vgl. MÖLLER, Parlamentarismus, S. 179–191.

¹⁰ Dringender Antrag der Abg. Dr. *Ruer*, Dr. *Görck*, *Frahm* und Genossen (DDP, DVP, DNVP) auf Annahme eines Gesetzes über die Sonderrechte der Provinz Schleswig-Holstein, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 389, S. 559. Der Antrag wurde am 3. Juni 1919 im Plenum beraten und dem Gemeindeausschuß überwiesen. Vgl. ebd., Bd. 2, Sp. 2186–2188.

¹¹ In der Sitzung des Ältestenrats vom 24. September 1919, 10.18 bis 12.22 Uhr, wurde beschlossen, die Ansprüche von Abgeordneten auf Entschädigung für die Benutzung von Kleinbahnen abzuweisen und das Gesetz unverändert zu lassen. Vgl. GSTAPK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 1. Nach Artikel 28 der preußischen Verfassung von 1920 hatten die Landtagsabgeordneten das Recht zur freien Fahrt auf allen im Bereich der ehemals preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft fallenden deutschen Eisenbahnen. Vgl. auch MÖLLER, Parlamentarismus, S. 177.

36.

3.6.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 46v–47r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Abg. Dominicus.

Abg. Dr. **Rade** berichtet über den Gesetzentwurf über die Staffelung der Gemeindesteuerzuschläge für das Jahr 1919.¹ Er schlägt vor, dem Gesetz zuzustimmen trotz aller technischen Bedenken, die besonders in den Großstädten vorliegen. Es werde allerdings eine Verzögerung der Veranlagung um etwa 2 Monate unumgänglich sein.

Abg. **Dominicus** weist darauf hin, daß die Vorlage in vielen hundert Städten Veranlassung zu neuen Steuerdebatten bieten werde. Die Anwendung des Gesetzes für dieses Jahr sei das einzige Bedenken, das gegen das Gesetz spreche. Zunächst gingen schon allein für die Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlungen, die ja jetzt erst darüber Beschluß fassen müßten, ob sie das Gesetz überhaupt anwenden wollen [sic]. Dann aber müßten die Steuersätze aller Zensiten neu berechnet werden, was große Verzögerungen nach sich ziehen müßte. Es wäre vielleicht möglich, zu sagen, daß die bisherige Veranlagung für die beiden ersten Vierteljahre gelten soll, die Neuveranlagung solle dann erst nach diesem halben Jahre eintreten. Ein zweiter Vermittlungsvorschlag gehe dahin, die Steuerfreiheit auf die beiden nächsten Stufen über der Grenze auszudehnen ohne die Ausgleichung in den höheren Stufen.²

Abg. **Cassel** ist dafür, den Gesetzentwurf anzunehmen mit der Maßnahme, daß die Ausgleichung erst bei 8000 M eintreten soll.³ Die technischen Schwierigkeiten zu überwinden sei nicht so schwer, wie den Ausfall zu tragen, der durch die Freilassung der beiden unteren Stufen entstehen müsse.

Abg. **Wenke** bemängelt an dem Gesetz, daß alles darin über einen Kamm geschoren werden soll. In kleinen Dörfern würden die Angehörigen des Mittelstandes stark belastet. Jedenfalls kann er aus Rücksicht auf die kleinen Städte sich nicht für das Gesetz aussprechen.

Abg. **Wiglow** schlägt vor, die Gemeinden sollten [in den] ersten Quartale[n]⁴ nach den bisherigen Sätzen die Steuern erheben und dann die Umrechnung vornehmen, so daß dann der Ausgleich erfolge.

Abg. **Nebeling** tritt scharf gegen die Vorschläge des Abg. *Dominicus* auf und befürwortet die Ausgleichungsgrenze auf 8000 M festzusetzen.

Abg. **Schmiljan** hält es für unmöglich, für dieses Jahr noch dieses Gesetz zur Durchführung zu bringen. Er erhebt gegen die Regierung den Vorwurf der Oberflächlichkeit

¹ Der Entwurf eines Gesetzes betreffend Gemeindeeinkommensbesteuerung im Rechnungsjahr 1919, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 391, S. 561 f., zielte mit der Einführung einer Steuerprogression auf eine nachhaltige Entlastung der niederen Einkommen, ohne den Finanzbedarf der Gemeinden nachhaltig zu beeinträchtigen. Er gab den Gemeinden das Recht, die kleinen Einkommensbezieher nach einem niedrigeren, Steuerpflichtige mit einem Einkommen von mehr als 5000 M nach einem höheren Tarif zu den Gemeindegzuschlägen heranzuziehen.

² Gemeint ist der Freibetrag zu den Gemeindegzuschlägen von 1200 M. Die beiden nächsthöheren Stufen von 1350 M und 1500 M, die nach dem Regierungsentwurf bis zu 90 bzw. 80 Prozent entlastet werden sollten, sollten nach den Ausschlußbeschlüssen nicht besteuert werden. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 413, S. 571 f.

³ Statt der im Regierungsentwurf vorgesehenen 5000 M.

⁴ Im Original: »die ersten Quartale«.

und bittet den Fraktionsredner, er möge die Forderung aufstellen, daß die Regierung nicht von den Gemeinden verlange, die fälligen Steuerbeträge, zu den üblichen Terminen zu leisten.

Abg. **Moritz** erhebt Bedenken gegen das Gesetz, das den Mittelstand in den kleinen Städten auf dem Land zu stark belaste.

Abg. **Frentzel** weist darauf hin, daß sich gar nicht übersehen lasse, ob das Gesetz verschiedenen Gemeinden Defizite bringe, die nicht ausgeglichen werden können.

Abg. **Cassel** hält es für den größten politischen Fehler, wenn die Fraktion gegen das Gesetz stimmen wollte.

In der Abstimmung stimmt die große Mehrheit der **Fraktion** grundsätzlich für das Gesetz. Weiter stimmt die **Fraktion** dafür, daß die Grenze für die Ausgleichung auf 8000 M festgesetzt wird.⁵

Bei den Ausschußwahlen werden gewählt in den

Büchereiausschuß die Abg. *Juds, Ruszezynski,*

[in den] Rechnungsausschuß Dr. *Berndt,*

[in den] Staatsschuldenausschuß *Schmiljan* und *Wiglow.*

Abg. **Juds** berichtet über den Kampf der deutschnationalen Presse gegen den neuen Oberpräsidenten von Pommern.⁶ Er macht dann darauf aufmerksam, daß der Oberpräsident den Abg. *Berndt* zum Regierungspräsidenten habe ernennen wollen, daß aber der Vorstand der Fraktion gesagt habe, er habe kein Interesse an einer bestimmten Persönlichkeit.⁷

Staatssekretär *Meyer* berichtet ausführlich über die Grundsätze, die bei der Ernennung von Regierungspräsidenten maßgebend seien, und über die Vorstandssitzung, in der zu dieser Frage Stellung genommen worden sei.⁸

Die **Fraktion** spricht grundsätzlich ihre Zustimmung zu den Darlegungen des Unterstaatssekretärs *Meyer* aus.

Entschuldigt sind die Abg. *Abderhalden, Aronsohn, Friedberg, Riedel* und alle Lehrer.

Nach der Tagesordnung: Abg. **Winkler** berichtet über die Sitzung des Ostparlaments.⁹ Er schlägt vor, daß das Plenum sich morgen über die Gegenvorschläge Deutschlands äußert.¹⁰

⁵ Im Ausschuß wurde die obere Einkommensgrenze, ab der das Einkommen nach einem höheren Tarif zu den Gemeindezuschlägen herangezogen werden sollte, zwar nicht von 5000 auf 8000 M, aber auf 6500 M angehoben. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 413, S. 571 f.

⁶ Oberpräsident der Provinz Pommern war seit April 1919 der Demokrat Julius *Lippmann*. Vgl. Dok. Nr. 5.

⁷ An Stelle des Abg. *Berndt* wurde 1919 der Demokrat Hermann *Haußmann* Regierungspräsident in Stralsund.

⁸ Gemeint ist die Sitzung des Fraktionsvorstands.

⁹ Vermutlich eine interfraktionelle Besprechung der aus den preußischen Ostgebieten stammenden Abgeordneten. Vgl. dazu die Bemerkung des Zentrumsabgeordneten *Schulte* in der Fraktionssitzung des preußischen Zentrums vom 2. Juni 1919, nach der sich »eine Ostgruppe in der Partei gebildet hätte aus Abgeordneten der östlichen Provinzen.« ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 30, S. 51–54, hier S. 53.

¹⁰ Am 29. Mai 1919 wurden den Alliierten die deutschen Gegenvorschläge zum Friedensvertrag übergeben. Vgl. SCHULTHESS 1919/II, S. 554–558. Das Plenum beschäftigte sich erst in der 34. und 35. Sitzung am 24. und 26. Juni 1919 mit der Stellung der preußischen Staatsregierung und der Landesversammlung zur Unterzeichnung des Friedensvertrags.

Es wird beschlossen, auf 5 Uhr eine neue Fraktionssitzung abzuhalten mit der Tagesordnung: der Friedensvorschlag der deutschen Regierung und die ostpreußischen Provinzen.¹¹

37.

4.6.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 48v–50v. Beginn: 9.40 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Abg. Schmiljan.

Abg. **Riedel** trägt einen Antrag, betr. Betriebsräte, vor.¹ (Behandlung der Beamten und Arbeiter der Staatseisenbahnverwaltung) wird zur Veröffentlichung ohne Besprechung überwiesen.

Antrag *Rebehn*, betr. Beratung des Parteiprogramms in der Fraktion – mit 12 gegen 4 Stimmen wird Donnerstag, den 19. VI., nach 10 Uhr vormittags, dafür angesetzt.

Antrag *Wenke*, betr. Feuerlöschwesen, wird zurückgezogen.

Abg. **Winkler** berichtet über die Verhältnisse und Stimmung in der Ostmark – bedauert den schwachen Besuch der Sitzung und die Nichtanwesenheit der Minister, die eingeladen werden sollten.

In Gegenwart von Herrn Minister *Oeser* wird verhandelt

Antrag der Abg. Höfler etc.

1. betr. Eisenbahnbeamte in Weimar und Oberweimar,

2. auf Abstellung der Unterschiede zwischen Post- und Eisenbahnbeamten allgemein.

Nach den Ausführungen des Herrn *Ministers*, der Erwägung der Gewährung von Teuerungszulage der Klasse A für die Beamten in Weimar während der Tagung der Nationalversammlung dort zugesagt [und] die Forderung des 2. Absatzes für unmög-

¹¹ Das Protokoll der auf 17 Uhr angesetzten Fraktionssitzung vom 3. Juni 1919 ist nicht erhalten. Mit dem deutschen Friedensvorschlag beschäftigte sich auch die demokratische Fraktion der Nationalversammlung am 4. Juni 1919. Sie erklärte ihre Zustimmung zu den Gegenvorschlägen »trotz seiner bis an die äußerste Grenze gehenden Belastung«, beharrte aber »einmütig auf dem Standpunkt, daß der mit den Lebensbedingungen des deutschen Volkes unvereinbare, völlig unerfüllbare Friedensvorschlag der Entente unannehmbar ist und bleibt.« VOSSISCHE ZEITUNG, 281, 4.6.1919.

¹ Antrag der Abg. *Riedel* (Charlottenburg) und Genossen (DDP) über die Betriebsräte, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 422, S. 589.

Der auf einem in Maschinenschrift gehaltenen Zettel wiedergegebene Antrag findet sich zwischen Bl. 46r und 48v:

»Antrag Nr.

Die Verfassungsgebende Preußische Landesversammlung wolle beschliessen, die Staatsregierung zu ersuchen:

Im Staatausschuße und beim Reichs–Arbeiter–Minister dahin zu wirken, daß die Arbeiter und Beamten der Staatseisenbahnverwaltung in dem Gesetzentwurf über die Betriebsräte keine ihre rechtliche Stellung einengenden Ausnahmebestimmungen unterworfen werden und daß andererseits die durch die Rücksicht auf das Gemeinwohl gebotenen Sonderbestimmungen gleichzeitig ihre gesetzliche Regelung erfahren.

Riedel (Charlottenburg), *Ommert*, (es folgen Unterschriften) *Kopsch*, *Hoffmann* (Lichtenberg).«

lich und nicht im Interesse der Beamten liegend erklärt [habe], wurden beide Teile des Antrags zurückgezogen.

Plenum Nr. 4: Auf Grund der Kommissionsbehandlung des Gesetzentwurfs, betr. Gemeindeeinkommensbesteuerung, über welche Abg. **Ruer** berichtet, und nachdem die Abg. **Rebehn**, **Frentzel**, **Nebelung**, **Wenke** in seinem Sinn gesprochen haben, wird vollzählige Abstimmung für den Kommissionsantrag beschlossen.²

Abg. **Riedel** bringt seine Bedenken zum Ausdruck, wird aber nicht gegen den Fraktionsbeschluß stimmen – um keinesfalls den Antrag der Unabhängigen zur Annahme gelangen zu lassen.

Plenum Punkt 5 [Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. *Friedberg*, *Gräf* (Frankfurt), *Hergt* und Genossen (DDP, SPD, DNVP) auf Annahme eines Gesetzes über die Beschränkung bei der Veräußerung von Grundstücken in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Schlesien und Schleswig-Holstein, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 416, S. 586]: Abg. **Winkler** begründet.³

Abg. **Ruer** betont Bedenken bezüglich der Einbeziehung von Schleswig-Holstein und bezüglich der Kompetenz, da Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung hineinspielt.

Abg. **Wenke** ebenfalls wegen Einbeziehung von ganz Schlesien.

Abg. **Moritz** stellt fest, daß durchaus nicht alle Landverkäufe Landflucht zum Ausgang haben, hat Bedenken gegen ein Ausnahmegesetz.

Abg. **Kochmann** teilt dieselben und ist gegen Einbeziehung von Schlesien, bezweifelt Kompetenz der preußischen Gesetzgebung.

Abg. **Winkler** stellt fest, daß die gemachten Einwendungen größtenteils von den zuständigen Ministerien im Voraus entkräftet worden sind. Die Oberpräsidenten können einzelne Kreise von der Verpflichtung der Einholung der Genehmigung entbinden.

Im Fall einer Besprechung wird Abg. *Winkler* reden und die geäußerten Bedenken berücksichtigen.

Zu Punkt 8 [Beratung der Förmlichen Anfrage der Abgeordneten *Woldt* und Genossen (SPD) über Beschäftigung und Ansiedlung von Kriegsbeschädigten, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 149, S. 202] wird Abg. *Degenhardt* oder *Riedel* als Redner bestimmt.⁴

Abg. **Bollert** wünscht den Hinweis, daß die besagten Fragen Reichssache sind.

Zu Punkt 9 [Beratung der Förmlichen Anfrage der Abg. Dr. *Beyer* (Westpreußen) und Genossen (SPD) über Fürsorge für die aus dem Kriegsdienst hervorgegangenen Geisteskranken und Nervenleidenden, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 150, S. 202 f.] wird Abg. *Rebehn* gebeten uns zu vertreten⁵, Punkt 10 Abg. *Aronsohn*.⁶

² Der Ausschufsantrag verschob die untere und die obere Einkommensgrenze der Steuerprogression nach oben, so daß Einkommen bis 1500 M (Regierungsentwurf: 1200 M) steuerfrei sein und Einkommen ab 6500 M (5000 M) nach einem höheren Tarif zu den Gemeindezuschlägen herangezogen werden sollten. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 413, S. 571 f.; auch Dok. Nr. 36.

³ Der Antrag wurde wieder zurückgezogen. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 2, Sp. 2287.

⁴ Für die DDP ergriff der Abg. *Degenhardt* am 4. Juni 1919 das Wort. Vgl. ebd., Sp. 2300–2303.

⁵ Die Anfrage wurde in der 30. Sitzung am 4. Juni 1919 verhandelt. Ein Vertreter der DDP meldete sich nicht zu Wort.

⁶ Der Tagesordnungspunkt läßt sich anhand der Sitzungsprotokolle der Preußischen Landesversammlung nicht mehr eindeutig zuordnen.

Punkt 11:⁷ Abg. **Bollert** findet schweigende Zustimmung genügend. Wenn die Ausführungen der anderen Fraktionen es notwendig machen werden, soll Abg. *Rebehn* eingreifen.

Zu 12 ist Abg. *Rade* schon vorher bestimmt⁸, zu 13 [Förmliche Anfrage der Abg. Dr. v. *Krause* (Ostpreußen) und Genossen (DVP) über die Bedeutung des Handels für das vaterländische Wirtschaftsleben, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr.45, S. 107 f., in Verbindung mit mehreren Anträgen und Anfragen] Abg. *Eblers*.⁹ Er wird für einen zu erstrebenden Abbau der Preise sowohl wie der Löhne eintreten, momentan aber Erhöhung der Viehpreise fordern. Ist gegen Festsetzung von Ferkelhöchstpreisen im Interesse der kleinen Selbstversorger. Bezüglich der Kommunalisierung darf die Fraktion nicht festgelegt werden, weitergehend als die Sozialisierungskommission Stellung genommen hat [sic].

Abg. **Jansen** berichtet über eine Sitzung in der Rheinlandfrage, die unter dem Vorsitz des Ministers *Heine* getagt hat; als Staatskommissar für die besetzten Gebiete des Rheinlandes ist der bisherige [Kölner Regierungspräsident v.] *Starck*¹⁰ berufen, dem je ein Kommissar der drei Mehrheitsparteien beigeordnet wird.¹¹

Vom Antrag *Schümer*, betr. Parteiprogramm¹², wird Ziffer 1 ohne Debatte dem geschäftsführenden Parteiausschuß zugewiesen, die übrigen Punkte werden bis zur Besprechung des Parteiprogramms in der Fraktion am 19. VI. zurückgestellt.

⁷ Der Tagesordnungspunkt läßt sich anhand der Sitzungsprotokolle der Preußischen Landesversammlung nicht mehr eindeutig zuordnen.

⁸ Der Tagesordnungspunkt läßt sich anhand der Sitzungsprotokolle der Preußischen Landesversammlung nicht mehr eindeutig zuordnen.

⁹ Vgl. Dok. Nr. 34.

¹⁰ Karl *Starck* (1888: v.) (1867–1937), 1901 Landrat in Hörde, 1905 Polizeidirektor in Potsdam, 1907 Polizeipräsident, 1917–1919 Regierungspräsident in Köln (i.e.R.), von Juni 1919 bis Mai 1921 Reichs- und Preußischer Staatskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete.

¹¹ Auf der Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 4. Juni 1919 wurde beschlossen, den Kölner Regierungspräsidenten von *Starck* zum Reichs- und Staatskommissar für die Rheinprovinzen zu bestellen. Vgl. das Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums vom 4. Juni 1919, in: PPS, Bd. 11/I, Nr. 42, S. 87f., hier S. 87 (TOP 2). Vgl. auch dazu die Fraktionssitzung des preußischen Zentrums vom 4. Juni 1919, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 32, S. 56f.

¹² Der in Maschinenschrift abgefaßte Antrag befindet sich zwischen Bl. 48r und 50: »Die deutsch-demokratische Fraktion der Preußischen Landesversammlung wolle den geschäftsführenden Ausschuß der Partei ersuchen: I. Eine gründliche Vorbereitung der Satzungen und des Programmes der Partei dadurch zu fördern, daß 1) alle Aenderungsanträge zu den Entwürfen des Vorstandes und alle Gegenentwürfe möglichst bald in den parteiamtlichen »Mitteilungen« veröffentlicht werden, 2) die »Mitteilungen« für Erörterung dieser Entwürfe und Anträge zur Verfügung gestellt werden, 3) die betreffenden Nummern allen Abgeordneten für den Parteitag zugesandt werden; II. Die Zeit für eine ausgiebige Besprechung auf dem Parteitag dadurch zu sichern, daß die geplanten Vorträge von der Tagesordnung abgesetzt und die dafür in Aussicht genommenen Redner gebeten werden, ihre Ausführungen ebenfalls vor dem Parteitage in den »Mitteilungen« zu veröffentlichen. *Schümer*.«

38.

17.6.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 50r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: *Dominicus*.

Abg. *Dominicus* als Vorsitzender teilt mit, daß er sich mit den Vorsitzenden der deutschen demokratischen Fraktion der deutschen Nationalversammlung in Verbindung gesetzt habe, um zu erreichen, daß die Fraktion an den entscheidenden Verhandlungen der Weimarer Fraktion teilnehme.¹ Von der Fraktion der Nationalversammlung ist die Hinzuziehung von Vertretern der preußischen Landesversammlung abgelehnt worden. Dagegen ist die zwanglose Besprechung mit den Vertretern der demokratischen Fraktion der Nationalversammlung anheimgestellt worden. Er schlägt vor, eine Deputation von 8 Mitgliedern nach Weimar zu senden, der als Richtlinie mitgegeben werden solle, die Meinung der Fraktion dahin gehend zum Ausdruck zu bringen, daß der Friedensvertrag abgelehnt werden solle, wenn nicht wesentliche Milderungen im Gegentwurf enthalten sind.

Abg. *Goll* hält diese Anweisung für nicht zweckentsprechend.

Die Abg. *Schmiljan*, *Aronsohn* und Dr. *Grund* treten dafür ein, daß die Fraktion ihren alten Standpunkt beibehalte und den Vertrag ablehne.

Abg. Dr. *Meyer* hält es für unmöglich, jetzt schon Beschlüsse zu fassen, bevor die Bedingungen der Entente bekannt sind.

Die Abg. *Goll* und *Riedel* erheben starke Zweifel, ob die Ablehnung zu empfehlen ist.

Der Abg. Dr. *Grund* vertritt unbedingt den Standpunkt, daß der Vertrag abgelehnt werden müsse.

Abg. *Schümer* hält es nicht für richtig, daß die Fraktion sich jetzt schon auf den ablehnenden Standpunkt [festlegt]².

Abg. *Heilbrunn* weist darauf hin, daß gegenwärtig eine vollständig andere Situation vorliege und daß eine Entscheidung von der Fraktion nicht gefällt werden könne.

Abg. *Meyer* hält es für falsch, der Deputation ein imperatives Mandat zu geben.

Auch Abg. *Crüger* hält dies für falsch.

Abg. *Grabowski* macht Mitteilung davon, daß der Osten im Gegensatz zum Westen für die Ablehnung des Vertrages eintrete.

Exz. *Friedberg* hält die Aufgabe der Delegierten nicht [für] derart, daß sie Einfluß gewinnen soll, sondern daß sie lediglich sich zu informieren habe, um der Fraktion Bericht zu erstatten.

Es werden gewählt als Delegierte *Dominicus*, *Jansen*, *Grund*, *Schmiljan*, *Goll* und *Kopsch*.

¹ Am 16. Juni 1919 hatte die Entente die deutschen Gegenvorschläge zum Friedensvertrag als unzureichend zurückgewiesen und sich nur zu wenigen Zugeständnissen bereit gefunden. Vgl. SCHULTHESS 1919/II, S. 559–568.

² Im Original: »festzulegen«.

39.

18.6.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 51v–52v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Schlossmann in Vertretung von Friedberg.

Zwei von Abg. *Abderhalden* eingebrachte Anträge werden zur Besprechung am Dienstag¹ zurückgestellt.

Abg. **Schreiber** macht Mitteilung von einer Einladung in den demokratischen Klub zur Besprechung der Friedensfrage und der Frage der Planwirtschaft – teilt mit, daß ein weiteres Arbeitszimmer für die Fraktion zur Verfügung steht, und verliert Eingänge.

Antrag *Kuble* auf Beibehaltung der schwarz-weiß-roten Nationalflagge wird ebenfalls hinausgeschoben. Betreffs Abhaltung einer Fraktionssitzung am Fronleichnamstage wird beschlossen: Sie fällt aus.

Abg. **Abderhalden** greift zurück auf seinen Vorschlag, daß die Beschlüsse und Vorlagen der Ausschüsse in der Fraktion besprochen werden, um den Vertretern in den Ausschüssen die Möglichkeit zu geben, im Sinne der Fraktion Stellung zu nehmen. Die Ausschußmitglieder werden gebeten, ihrerseits dafür zu sorgen, daß wichtige Fragen rechtzeitig in der Fraktion zur Sprache kommen.

Plenum.

Punkt 1.

Es wird festgestellt, daß die sozialdemokratische Fraktion entgegen der Abmachung gegen Absetzung des gestrigen Punktes 12 [Förmliche Anfrage der Abg. Dr. v. *Krause* (Ostpreußen) und Genossen (DVP) über die Bedeutung des Handels für das vaterländische Wirtschaftsleben, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 45, S. 107 f., in Verbindung mit mehreren Anträgen und Anfragen] gestimmt hat.²

Abg. **Schloßmann** schlägt vor, heute Absetzung der Fortsetzung der Besprechung dieser Fragen bis zur Rückkehr des Ministers *Fischbeck* zu beantragen.³

Es soll versucht werden, eine Vertagung der Punkte 2 und 3⁴ auf einige Tage zu erwirken, wegen der augenblicklichen unbestimmten Lage.⁵

Abg. **Riedel** macht auf unterschiedliche Behandlung der Eisenbahnangestellten deutscher und polnischer Nationalität durch die preußische Regierung aufmerksam.

¹ Den 24. Juni 1919.

² Die Gegenstände wurden in der 28. Sitzung am 2. Juni 1919 zurückgestellt und in der 31. und 32. Sitzung am 17. und 18. Juni 1919 verhandelt. Vgl. auch Dok. Nr. 34. In der 31. Sitzung am 17. Juni 1919 sollte dieser Gegenstand, Punkt 12 der Tagesordnung, abgesetzt werden, da der preußische Handelsminister *Otto Fischbeck* wegen dringender Geschäfte nicht in Berlin weilte. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 2, Sp. 2353–2356.

³ Der von der DNVP gestellte Antrag auf Fortsetzung der Besprechung wurde in der 32. Sitzung am 18. Juni 1919 angenommen. Vgl. ebd., Bd. 2, Sp. 2439f.

⁴ Anhand der Sitzungsprotokolle der preußischen Landesversammlung lassen sich die Tagesordnungspunkte nicht eindeutig zuordnen.

⁵ Die Entente hatte Deutschland am 16. Juni 1919 ein auf sieben Tage befristetes Ultimatum zur Annahme des Versailler Friedensvertrags gestellt, dem sie mit der Androhung, im Falle der Ablehnung in Deutschland einzumarschieren, Nachdruck verliehen. In der Nacht vom 19. auf den 20. Juni 1919 trat das Reichskabinett unter Philipp *Scheidemann* zurück. Vgl. SCHULTHESS 1919/I, S. 243, sowie ADR. DAS KABINETT SCHEIDEMANN, S. 469–507.

Abg. **Schnackenburg** fordert, daß den Abwehrplänen des Ostens gegen die polnische Vergewaltigung durch die Stimmung im Lande und das Verhalten der Fraktion die Stange gehalten werde –; im Fall der Besprechung der Punkte 2 und 3 energische Töne zu finden.

Abg. **Schreiber** gegen Versuch der Absetzung von der Tagesordnung.

Abg. **Winkler** wird beauftragt, Absetzung zu bewirken, falls gesprochen wird, vertritt derselbe die Fraktion.

Abg. **Rade** macht aufmerksam auf Bestimmungen der Haager Konvention über den Bandenkrieg.⁶

[Zu] Punkt 4 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Sicherung der Bewirtschaftung von Fischgewässern, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 433, S. 598f.] wird im Fall einer Debatte Abg. **Wenke** sprechen⁷, [zu] Punkt 5 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über das Bürger- und Gemeinderecht der Frauen und die weitere Durchführung der Gemeindewahlen, ebd., Nr. 434, S. 600 f.] eventuell Abg. Dr. **Heine**⁸, [zu] Punkt 6 [Förmliche Anfrage der Abg. **Gräf** (Frankfurt) und Genossen (SPD) über die Verwendung der Überschüsse der Viehhandelsverbände, ebd., Nr. 319, S. 494] Abg. **Eblers**.⁹

Punkt 7 [Förmliche Anfrage der Abg. Dr. v. **Krause** (Ostpreußen) und Genossen (DVP) über die Grundsätze für die Anstellung und Entlassung von Staatsbeamten, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 66, S. 119]¹⁰. – Es soll auf Einhaltung einer rücksichtsvollen Form bei der Entlassung der Staatsbeamten hingewiesen werden. Sachlich ist die Auffassung festzuhalten, daß fachliche Tüchtigkeit in erster Linie ausschlaggebend sein muß für die Anstellung – daß nur die obersten leitenden Stellen parteipolitisch besetzt werden. Fraktionsredner: Abg. **Cassel**.¹¹

Abg. **Riedel** zur Geschäftsordnung, weist auf Wichtigkeit des Punktes 2 der Tagesordnung – Vorgänge im Eisenbahnbetrieb – hin.

Die Abg. **Iversen**, **Siemen**, **Ruer** geben Erklärungen über Zustände und Vorkommnisse in der schleswig-holsteinischen Regierung, die sich als Gefährdung des Deutschtums erweisen; sie sollen mit zur Sprache gebracht werden.

Abg. **Schloßmann** wünscht, zu den Verhältnissen bei Neubesetzung der Regierungsämter im Westen das Wort zu nehmen.

Abg. Unterstaatssekretär **Meyer** hat Bedenken, aus der Reihe der Koalitionsparteien zu dieser Frage eine Kritik der Regierung anzuschneiden.

Ein Bedauern der vorgekommenen Indiskretionen nachgeordneter Stellen wird von Abg. **Cassel** zum Ausdruck gebracht werden.

⁶ Die Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 ging auf das Freischärlerproblem nicht näher ein, sprach aber Freiwilligen und Milizionären unter gewissen Bedingungen den Kombattantenstatus zu. Vgl. Art. 1 der Anlage zum Abkommen, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs (IV. Haager Abkommen) vom 18. Oktober 1907, in: Völkerrechtliche Verträge: UNO, Beistandspakte, Menschenrechte, See-, Luft- und Weltraumrecht, Umweltrecht, Kriegsverhütungsrecht, Deutschlandfrage. Textausgabe. Hrsg. v. Albrecht Randelzhofer, Nördlingen ⁴1987, S. 461–471, hier S. 464 f.

⁷ Die Rede des Abg. **Wenke** in der 35. Sitzung am 26. Juni 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 2, Sp. 2604–2608.

⁸ Die Rede der Abg. **Heine** in der 35. Sitzung am 26. Juni 1919, in: ebd., Sp. 2615.

⁹ Die Anfrage stand im Rahmen der Beratung des Landwirtschaftsetats in der 68. Sitzung am 21. Oktober 1919 auf der Tagesordnung. Eine Besprechung fand jedoch nicht statt. Vgl. ebd., Bd. 5, Sp. 5457 und 5470.

¹⁰ Die Anfrage wurde im Rahmen der Beratung des Haushalts des Innenministeriums in der 44., 45., 47. bis 49. Sitzung am 11., 15., 17. und 19. Juli 1919 verhandelt. Auf diese Frage ging der Abg. **Dominicus** in seiner Rede in der 45. Sitzung am 15. Juli 1919 ein. Vgl. ebd., Bd. 3, Sp. 3495–3501, hier Sp. 3496–3498.

¹¹ Die Rede des Abg. **Cassel** in der 49. Sitzung am 19. Juli 1919, in: ebd., Sp. 3928–3941.

Nach längerer Erörterung der Frage der Viehhandelsverbände auf Grund der Ablehnung des Abg. *Ehlers* zu Punkt 6 zu sprechen, wird Abg. *Heilbrunn* dazu bestimmt.

Antrag *Schümer* ersucht um Festsetzung eines Zeitpunktes und um Ernennung von Berichterstatter zur Fraktionsbesprechung des Parteiprogramms. Nach Abschluß der Friedensfrage: Berichterstatter Abg. *Schreiber*. Gegenberichterstatter Abg. *Schümer*.

Abg. *Meyer* hält es für unzweckmäßig den Punkt 7 – betr. Staatsbeamten – in Abwesenheit des Ministers zu besprechen, regt an Absetzung von der Tagesordnung zu versuchen. Nächste Sitzung Freitag, den 20. VI.

40.

20.6.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III Nr. 63, Bl. 52v–r. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.00 Uhr. Protokollführer: Schümer. Vorsitz: Schmiljan.

Abg. *Wenke* regt an, eine Regelung der Besprechung des Haushaltsplans zu verlangen.¹ Abg. *Heilbrunn* will die Beratung auf 8 Tage verschoben wissen.

Abg. *Kopsch* berichtet über den Besuch der Abordnung der Fraktion in Weimar², verliest den Bericht des Abg. *Schücking*³ über das Ultimatum der Entente⁴ und berichtet über die Verhandlungen mit *Schiffer*, *Schücking*, *Fischbeck*. Aus dem Bericht geht hervor, daß die deutsche demokratische Fraktion in Weimar in ihrer großen Mehrheit für Ablehnung sei, die Friedensdelegation geschlossen dafür, das Kabinett stehe 7:7.⁵

Abg. *Jansen* ergänzt den Bericht durch Darlegung der genauen Stellungnahme *Schückings*, weiter der Stellung *Dernburgs*⁶, *Preuß'* und *v. Payers*⁷ und *v. Richthofens*.

Abg. *Riedel* beantragt die Besprechung abzusetzen, da wir keinen Einfluß auf die Ent-

¹ Der Gesetzentwurf, betr. die Feststellung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 134, S. 173–176, wurde in der 20. Sitzung am 8. Mai 1919 an den Staatshaushaltungsausschuß überwiesen.

² Am 19. Juni 1919 fanden in Weimar die Sitzungen der in der Nationalversammlung vertretenen Fraktionen statt, in der die Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrags beraten und Probeabstimmungen durchgeführt wurden. Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 306 und 308, 19. und 20. Juni 1919.

³ Walther *Schücking*, Professor für Völkerrecht, gehörte zur deutschen Friedensdelegation. – Walther *Schücking* (1875–1935), Professor für Völkerrecht an den Universitäten Marburg, Berlin (Handelshochschule) und Kiel 1903–1933, Richter des Ständigen Internationalen Gerichtshofs im Haag seit 1930, Vorsitzender der deutschen Gruppe der Interparlamentarischen Union, 1919–1928 MdR (DDP). Zu *Schücking* vgl. Detlev ACKER, Walther Schücking (1875–1935), Münster 1970.

⁴ Vgl. Dok. Nr. 39, Anm. 5.

⁵ Zur Sitzung der demokratischen Fraktion der Nationalversammlung in Weimar am 19. Juni 1919, vgl. auch VOSSISCHE ZEITUNG, 308, 20. Juni 1919.

⁶ Bernhard *Dernburg* (1865–1937), 1901–1906 Direktor der Darmstädter Bank für Handel und Industrie, 1907–1910 Staatssekretär des Reichskolonialamts, April–Juni 1919 Reichsfinanzminister, 1919/20 MdNatVers, 1920–1930 MdR (DDP).

⁷ Friedrich von *Payer* (1847–1931), Rechtsanwalt und Notar in Stuttgart, November 1917–November 1918 Vize-Reichskanzler, 1884–1912 Mitglied der II. württ. Abgeordnetenversammlung, 1877/78, 1880–1887, 1890–1917 MdR (Süddeutsche Volkspartei/Fortschrittliche Volkspartei), 1919/20 MdNatVers (DDP, Februar–Juni 1919, Oktober 1919–Juni 1920 Fraktionsvorsitzender).

schließung haben, ergänzt Antrag dahin, daß heute die Vollsitzung ausfalle⁸ und die Fraktionssitzung heute nachmittag stattfinden solle.

Abg. **Goll** ergänzt ebenfalls den Bericht durch Schilderung seine persönlichen Eindrücke.

Abg. **Schnackenburg** berichtet über die Besprechung in Weimar, die sich an die Rede *Fischbecks* angeschlossen hat.

Die Abgeordneten **Kopsch** und **Schnackenburg** haben den Eindruck gehabt, daß die Fraktion mit Recht sich geschlossen für Ablehnung entschieden habe, die Abg. **Jansen** und **Goll** haben einen stärkeren Eindruck von den Gegen Gründen gehabt.

Abg. **Schnackenburg** berichtet im Anschluß an seinen Bericht über die Möglichkeit einer [...] ⁹ besonders im Osten.

Abg. **Meyer** weist darauf hin, daß kein Widerspruch zwischen preußischer und deutscher Fraktion entstehen dürfe und daß man deshalb hier keine Stellung nehmen solle.

Abg. **Rade** beantragt, dahin zu wirken, daß eine Besprechung in der Landesversammlung nicht stattfinde.

Abg. **Bollert** spricht für den [...] ¹⁰.

Abg. **Heilbrunn** spricht für den Antrag *Rade*, ebenso Abg. **Schnackenburg**, der Antrag wird angenommen.

Abg. **Sommer** will [sic].

Die **Fraktion** hat sich gegen Vertagung entschieden. Dafür Abg. *Rade*, dagegen *Goll*, dafür *Meyer*, *Nebelung*, *Heilbrunn*, *Rade*. Es wird beschlossen, dafür einzutreten, daß die heutige Sitzung ausfällt, am Dienstag [...] ¹¹ auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Die nächste Fraktionssitzung soll heute 5 Uhr sein.

41.

20.6.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 52r–53r. Beginn: 13.00 Uhr. Ende. Keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Friedberg.

Exz. **Friedberg** berichtet über die Beratungen des Ältestenausschusses.¹ Das Zentrum und ein Teil der Sozialdemokratie ist gegen die Aussprache über die Friedensfrage im Plenum.² Die Parteien der Rechten sind unbedingt dafür.

⁸ Die Landesversammlung vertagte sich am 20. Juni 1919, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, über die Friedensfrage zu beraten. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 2, Sp. 2496.

⁹ Wort unleserlich.

¹⁰ Wort unleserlich.

¹¹ Drei Wörter unleserlich.

¹ Der Ältestenrat beschloß in seiner Sitzung vom 20. Juni 1919, 11.38 bis 12.10 Uhr, den Antrag der Deutschnationalen erst in den Fraktionen besprechen zu lassen und um 19 Uhr erneut eine Sitzung des Ältestenrats anzuberäumen. Vgl. das Protokoll der Sitzung, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D1, Nr. 44, Bd. 1.

² Zum Zentrum vgl. die Fraktionssitzung vom 20. Juni 1919, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 37 und 38, S. 63–67.

Abg. **Frentzel** ergänzt die Mitteilungen des Vorsitzenden. Wenn die Besprechung stattfinden soll, so wird die Sitzung auf Sonntag 2 Uhr festgesetzt.

Exz. **Friedberg** vertritt den Standpunkt, daß es nicht angebracht erscheine, eine öffentliche Besprechung stattfinden zu lassen, da auch in der demokratischen Fraktion über die Frage der Unterzeichnung Uneinigkeit herrsche.

Abg. **Meyer** tritt ebenfalls dafür ein, daß die Besprechung nicht stattfindet. Die bisherigen nationalen Kundgebungen in der Landesversammlung haben nicht den Eindruck gemacht, daß eine Wiederholung empfehlenswert wäre.³ Da die preußische Landesversammlung [...] ja doch nicht zu entscheiden und da die Fraktion ja in dieser Frage keine Verantwortung habe, so wäre es nicht zu verstehen, daß sich die Fraktion nach der Verantwortung reiße.

Abg. **Schmiljan** vertritt den gegenteiligen Standpunkt. Das wichtigste Landesparlament müsse sich doch mit der Lebensfrage des Staates und des Reiches beschäftigen. Nachdem das Reichskabinett zurückgetreten sei, müsse doch die Frage geklärt werden, wie sich denn das preußische Kabinett verhalte.

Auch Abg. **Schnackenburg** glaubt, daß die Landesversammlung bei der Erörterung der Frage Unheil anstiften werde und daß es deshalb besser sei, auf die Debatte zu verzichten.

Auch Abg. **Frentzel** vertritt die gleiche Ansicht.

Abg. **Crüger** ist auch der Meinung, daß eine öffentliche Verhandlung nicht angebracht ist.

Exz. **Friedberg** gibt seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß für den Fall, daß beschlossen wird, noch eine öffentliche Besprechung abzuhalten, die Fraktion am Samstag nachmittag noch einmal zusammentreten wird, um die prinzipielle Stellungnahme der Fraktion festzulegen.

Abg. **Riedel** macht darauf aufmerksam, daß die innenpolitische Lage bei der Beurteilung der Frage zu wenig berücksichtigt worden sei.

Abg. **Jansen** spricht auch gegen eine Erörterung im Plenum.

Abg. **Aronsohn** befürwortet dagegen die öffentliche Besprechung auf das Energischste.

Abg. **Kochmann** glaubt auch, daß das preußische Parlament die Pflicht hat, sich zu dieser Frage zu äußern.

Abg. **Gottschalk** ist der gleichen Meinung.

Abg. **Rade** weist darauf hin, daß die Landesversammlung ihre Aufgaben überschätze, wenn sie glaube, sich unbedingt mit der Friedensfrage beschäftigen zu sollen.

Auch Abg. **Degenhardt** ist gegen die Besprechung.

Exz. **Friedberg** stellt die Frage, was die Befürworter der Besprechung sich denn versprechen. Erreichen werde man doch damit gar nichts. Wenn es zu einer Besprechung komme, so sei doch auch die innere Gefahr zu berücksichtigen, da von den Unabhängigen die Gelegenheit zur Agitation ausgenützt würde. Von wem sei denn die Anregung ausgegangen. Man werde doch nur die Agitation der auf der rechten Seite stehenden Parteien unterstützen. Auch sei eine Einigung in der grundsätzlichen Frage kaum zu erwarten. Deshalb sei die Erörterung nicht angebracht. Es wird mit großer Majorität

³ So die Kundgebungen über die Friedensbedingungen in der 20. und 21. Sitzung am 8. und 13. Mai 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 2, Sp. 1492–1496 und 1503–1573.

⁴ Im Original: »habe«.

beschlossen, die Vertreter der Fraktion im Seniorenkonvent zu beauftragen, dafür einzutreten, daß die Besprechung nicht stattfindet.⁵

Abg. **Schmiljan** stellt den Antrag, daß auch ohne die Besprechung im Plenum in der Fraktion zu den Friedensverträgen Stellung genommen werde.

Im Gegensatz dazu beantragt Abg. **Meyer**, daß der Vorstand der Fraktion beauftragt werde, sobald es die Lage in Preußen verlange, auf die Besprechung der Friedensfrage hinzuwirken.

42.

24.6.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 53r–54r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: keine Angaben, vermutlich Friedberg.

Exz. **Friedberg** referiert über die Friedensfrage und erinnert daran, daß die Fraktion beschlossen habe, in eine Besprechung der Friedensfrage nicht vorzutreten, bevor die Nationalversammlung die Entscheidung getroffen habe.¹ Die Weimarer Fraktion habe auf der Nichtannahme bestanden und zwar mit großer Mehrheit. Dadurch habe sie sich in Widerspruch gesetzt zu den anderen Mehrheitsparteien und sei demgemäß aus der Regierung ausgeschieden.² Es fragt sich nun, ob sich auch die preußische Regierung dazu veranlasst sieht, Veränderungen in ihrem Bestande vorzunehmen. Am Morgen haben Verhandlungen zwischen den Mehrheitsparteien stattgefunden und dabei hat sich ergeben, daß die Mehrheit den Standpunkt vertritt, es sei nicht nötig, daß die Weimarer Vorgänge auf die Zusammensetzung des preußischen Kabinetts ihre Rückwirkungen ausüben. Beim Zentrum und der Sozialdemokratie herrscht der Wunsch vor, es möge keine Änderung in der Zusammensetzung eintreten. Es ist in der interfraktionellen Besprechung eine Resolution festgelegt worden, die morgen im Plenum zur Annahme kommen soll.³ Schwierigkeiten ergeben sich durch die Rücktrittsabsich-

⁵ In seiner Abendsitzung am 20. Juni 1919, 19.03 bis 20 Uhr, beschloß der Ältestenrat die Beratung der Friedensfrage erst nach den Beratungen der Nationalversammlung auf Mittwoch, den 25. Juni 1919, 14 Uhr, anzusetzen. Vgl. das Protokoll der Sitzung, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169DI, Nr. 44, Bd. 1.

¹ Am Sonntag, den 22. Juni 1919, erklärte sich die Nationalversammlung zur Unterzeichnung des Friedensvertrags vorbehaltlich der Kriegsschuld- und Auslieferungsfrage bereit. Da die Alliierten jedoch die bedingungslose Annahme forderten, stimmte die Nationalversammlung am darauffolgenden Tag auch der vorbehaltlosen Unterzeichnung zu. Der Friedensvertrag wurde daraufhin am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichnet. Vgl. SCHULTHESS 1919/I, S. 247–262; HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1167–1173.

² Am 21. Juni 1919 hatte der Sozialdemokrat Gustav *Bauer* ein neues Reichskabinett gebildet, an dem sich die DDP nicht mehr beteiligte. Am folgenden Tag nahmen 70 der 75 DDP-Abgeordneten an der Abstimmung teil: 63 votierten mit »Nein« und nur 7 stimmten mit »Ja«. SBNV 1919/20, Bd. 327, S. 1136–1138. Vgl. STEPHAN, Linksliberalismus, S. 86.

³ Gemeint ist der Antrag der Abgeordneten *Gräf* (Frankfurt), Dr. Dr. *Porsch*, Dr. *Friedberg* und Genossen (SPD, Z, DDP) auf Annahme einer Vertrauenserklärung für die Staatsregierung, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 490, S. 767f.: »Die Preußische Landesversammlung ist mit dem ganzen Volke einig in der schärfsten Verurteilung der uns aufgezwungenen, allem Rechtsgefühl hohnsprechenden Friedens, der unser Volk in der schlimmsten Weise vergewaltigt. Die Preußische

ten des Herrn Minister *Heine*, der die Gelegenheit benutzen will, sich einen guten Abgang zu schaffen.⁴ Das kann die Fraktion nicht zugeben. Deshalb haben sich die anderen Parteien bereit erklärt, auf Heine einzuwirken, daß er vorläufig sein Amt beibehält. Der Seniorenkonvent hat sich auf den Vorschlag geeinigt, daß jede Partei eine Erklärung abgibt, aber die Redner werden auf die Einwürfe der anderen Parteien eingehen.⁵

Abg. **Riedel** fordert, daß der Redner darauf hinweist, die Hauptschuld trage die Demoralisation unseres Volkes. Er vertritt die Forderung, daß die Demokraten in der Regierung bleiben.

Schmiljan hat die Auffassung, daß der Friedensvertrag unannehmbar sei. Die Stellung der Regierung zu dem Friedensvertrage decke sich mit seinen Ausführungen. Wenn aber in der wichtigsten Frage, die an das Parlament komme, die Mehrheit sich nicht mit dem Standpunkt der Regierung einverstanden erklärt, so sei doch die Kabinettsfrage gegeben. Wenn die Fraktion in ihrer Mehrheit für das Unannehmbar sei und die Regierung nur eine verwaschene Erklärung abgäbe, dann müßte die Fraktion doch darauf dringen, daß die der Partei angehörenden Minister ihre Ämter niederlegen.

Exz. **Fischbeck** fürchtet, daß die Zerstückelung Preußens zur Tatsache würde, wenn die Demokraten aus der Regierung austreten müßten. Die Fraktion in Weimar hat beschlossen, sich jetzt auch an einer Opposition mit Rechts zu beteiligen. Wenn wir jetzt auch in den Einzelstaaten aus der Regierung ausscheiden, so würde das den Eindruck machen, daß die Demokraten überall in die Opposition gehen wollten. Die Interpellation der Unabhängigen geht von falschen Voraussetzungen aus, denn der Staatenausschuß hat gar kein Votum abzugeben gehabt.⁶ Die Reichsregierung hatte beschlossen, die preußischen Minister zu den Kabinettsberatungen hinzuzuziehen; diese haben allerdings für die Ablehnung votiert.⁷

Abg. **Cassel** macht darauf aufmerksam, daß wir vor Tatsachen stehen, an denen wir nichts ändern können. Wir müssen jetzt nur daran denken, wie wir Preußen wieder neu aufbauen. Deshalb muß die Demokratie in der Regierung bleiben. Es hätte wohl keinen Zweck, in der preußischen Fraktion über die Stellungnahme zur Friedensfrage abstimmen zu lassen.

Minister **Oeser** macht darauf aufmerksam, daß die Stellung der Reichsminister noch eine leichtere gewesen sei, als die der preußischen Minister, denn die ganze Schwere des Friedens lastet auf Preußen. Wir kommen in eine neue Lage hinein. Die Rechtsparteien

Staatsregierung hat diesen Standpunkt gleichfalls zum Ausdruck gebracht. Die Landesversammlung spricht der Staatsregierung ihr Vertrauen aus. « H.i.O.

⁴ Vgl. auch die geheimen Aufzeichnungen des Reichsministers des Auswärtigen Graf *Brockdorff-Rantzau* über die Kabinettsitzungen in Weimar am 18. und 19. Juni 1919, 2. Juli 1919, in: ADR. DAS KABINETT SCHEIDEMANN, Nr. 118, S. 500–507, hier S. 504.

⁵ Vgl. die Sitzung des Ältestenrats vom 20. Juni 1919, 19.03 Uhr bis 20.00 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I.HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 1.

⁶ Dringende Förmliche Anfrage der Abgeordneten *Adolph Hoffmann* und Genossen (USPD) über die Stellung der Preußischen Staatsregierung und der Landesversammlung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 484, S. 764. Danach habe die preußische Regierung im Staatenausschuß gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrags Stellung genommen, ohne zuvor Förmliche mit der Landesversammlung zu suchen. Die Anfrage wurde in der 34. und 35. Sitzung am 24. und 26. Juni 1919 zusammen mit dem Antrag der Abgeordneten *Gräf* (Frankfurt), Dr. Dr. *Porsch*, Dr. *Friedberg* und Genossen (SPD, Z, DDP) auf Annahme einer Vertrauenserklärung für die Staatsregierung, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 490, S. 767 f., verhandelt.

⁷ Offizielle Protokolle der Beratungen des Kabinetts *Bauer* zwischen dem 21. und 23. Juni 1919, in denen in Anwesenheit des Reichspräsidenten über die Frage der Annahme oder Ablehnung des Versailler Vertrags diskutiert wurde, sind nicht nachgewiesen. Vgl. ADR. DAS KABINETT BAUER, S. 3, Anm. 1.

sind [in] ihrer agitatorischen Tätigkeit frei geworden und werden von dieser Freiheit den ausgiebigsten Gebrauch machen. Es wird jetzt eine lebhafte Opposition sowohl von links und rechts eintreten; die Rede *Schiffers* müßte so klingen, als ob wir in die Opposition einträten.⁸ Dieser Ton wird nicht getragen von dem Willen der Fraktion. Wenn die Weimarer Fraktion in absehbarer Zeit wieder den Anschluß nach links fände, würde natürlich die Situation des preußischen Kabinetts erleichtert. Wenn diese Fraktion dagegen in eine sachliche Opposition eintreten will, werde diese Situation erschwert. Er persönlich halte es für unrichtig, gerade in einem Augenblick aus der Regierung auszuschneiden, wo sich die Schwierigkeiten türmen. Die Regierung der Koalition müsse auch von der Koalition getragen sein. Die Folgen einer Beseitigung einer Koalition seien unabsehbar. Eine Mehrheit von Sozialdemokratie und Zentrum sei auf die Dauer unhaltbar. Die einzige Möglichkeit sei dann die Diktatur, die von der Sozialdemokratie ausgeübt werden müsse. Angebracht sei es deshalb auf jeden Fall, die Koalition aufrecht zu erhalten.

Abg. **Dominicus** meint, der Redner der Partei müsse ganz formell die Zustimmung zu der Haltung der Staatsminister aussprechen. Die Rede *Schiffers* in Weimar sei mißverständlich. Allerdings sei eine Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten in absehbarer Zeit nicht zu vermeiden, augenblicklich sei allerdings das Verbleiben in der Koalition das einzig Gegebene.

Es sprechen noch die Abg. **Rade** und **Rebehn** in gleichem Sinne.

Abg. **Jansen** wünscht, daß der Redner der Fraktion den Leuten Rechnung trägt, die der Meinung gewesen sind, daß jetzt das Unannehmbar zur Unmöglichkeit geworden sei.

Exz. **Preuß** macht die Mitteilung, daß *Erzberger*⁹ vor 3 Wochen eine Denkschrift an das Reichskabinett gerichtet habe, in der er das Ja oder Nein erwogen habe und natürlich für das Ja eingetreten sei.¹⁰ Tatsächlich war das Unannehmbar zur praktischen Unmöglichkeit geworden. Er gibt dann noch einige Mitteilungen über die Vorgänge in Weimar. Der Redner ist überzeugt, daß es auf die Dauer ja doch nicht ohne die Demokraten gehen wird. Deshalb sei es jedenfalls völlig indiskutabel, daß die Demokraten jetzt aus der preußischen Regierung austreten.

Es sprechen noch **Aronsohn**, **Dr. Grund**, **Böer**.

Es wird darüber abgestimmt, wer unter den gegenwärtigen Verhältnissen für ein Annehmbar bei der Entscheidung über den Frieden gestimmt hätte. Es ergeben sich dabei 30 gegen ein Annehmbar und 12 für ein Annehmbar. Als Redner wird bestimmt Exz. *Friedberg*.¹¹ Es wird beschlossen, der gemeinsamen Resolution zuzustimmen.

Nächste Fraktionssitzung Mittwoch 1 Uhr.

⁸ Die Rede des Abg. *Schiffer* in der Nationalversammlung in der 40. Sitzung am 22. Juni 1919, in: SBNV 1919/20, Bd. 327, S. 1118–1120. Vgl. auch *HEB*, S. 84–86.

⁹ Matthias *Erzberger* (1875–1921), Volksschullehrer, Oktober–November 1918 Staatssekretär ohne Geschäftsbereich, Vorsitzender der Waffenstillstandskommission, Februar–Juni 1919 Reichsminister ohne Portefeuille, Juni 1919–März 1920 Reichsfinanzminister, 1903–1918 MdR, 1919/20 MdNatVers, 1920/21 MdR (Zentrum), am 26. August 1921 durch Angehörige der rechtsradikalen Organisation »Consul« ermordet.

¹⁰ Das Memorandum *Erzbergers* von Anfang Juni 1919, in: Klaus EPSTEIN, Matthias *Erzberger* und das Dilemma der deutschen Demokratie, Frankfurt/M. u.a. 1976, S. 356–358.

¹¹ Die Rede des Abg. *Dr. Friedberg* in der 34. Sitzung am 24. Juni 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 2, Sp. 2550–2558.

43.

25.6.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 54r–55v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: keine Angaben.

Zum Redner über das neue Fischereigesetz wird Abg. *Wenke* bestimmt.¹

Zum Redner über das neue Wahlgesetz für die Provinziallandtage wird Abg. *Ruer* aus-
ersehen.²

Abg. **Rade** befürwortet, daß der Redner über die Friedensfrage ein Lebewohl aus-
spricht den Deutschen, die aus Deutschland ausscheiden.

Abg. Dr. **Grund** regt an, der Redner möge der Regierung nahe legen, jetzt auch mit al-
len Mitteln die staatliche Ordnung aufrechtzuerhalten.³

Über die Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke soll in der Fraktion
Abg. Dr. *Heilbrunn* berichten.⁴

Der Abg. **Schreiber** bringt den Antrag ein, die Fraktion möge beantragen, daß ein an-
derweitiges Wahlverfahren für die Landwirtschaftskammer durchgeführt wird. Die
Fraktion ist damit einverstanden.⁵

Abg. **Schloßmann** beantragt, die Fraktion möge dafür eintreten, daß eine parlamentari-
sche Kommission eingesetzt wird zur Mitarbeit an der Verwaltungsreformvorlage des
Herrn *Drews*.⁶

Abg. **Friedberg** widerspricht dem Antrag, da Herr *Drews* persönlich nur einen Ent-
wurf ausarbeite; eine Arbeit, bei der die parlamentarische Kommission ihn nicht in die
Hände fallen dürfe.

Auch Abg. **Meyer** widerspricht der Anregung.

Im gleichem Sinne spricht sich Dr. **Ruer** aus.

Auch ein Brief des Abg. *Schnackenburg* vertritt die Ansicht, daß eine solche Kommis-
sion die Arbeit nur erschweren werde.

¹ Der Gesetzentwurf über die Sicherung der Bewirtschaftung von Fischgewässern, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 433, S. 598 f., wurde in der 35. Sitzung am 26. Juni 1919 in erster Lesung beraten und dem verstärkten Ausschuß für landwirtschaftliche Angelegenheiten überwiesen. Die Rede des Abg. *Wenke* (Hirschberg), in: ebd., Bd. 2, Sp. 2604–2608.

² Der Gesetzentwurf, betreffend die Neuwahl der Provinziallandtage, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 482, S. 756–758, wurde in der 35. Sitzung am 26. Juni 1919 in erster Lesung beraten und dem zu verstärkenden Gemeindeausschuß überwiesen. Die Rede des Abg. Dr. *Ruer*, in: ebd., Bd. 2, Sp. 2639 f.

³ Bei der Beratung der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrags in der 35. Sitzung am 26. Juni 1919 meldete sich kein Vertreter der DDP zu Wort. Vgl. ebd., Sp. 2585–2599.

⁴ Die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Kommunalisierung der Aktiengesellschaft Charlottenburger Wasserwerke, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 483, S. 759–764, fand in der 37. Sitzung am 1. Juli 1919 statt. Redner der DDP war der Abg. *Cassel*, in: ebd., Bd. 2, Sp. 2807–2810.

⁵ Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) auf anderweitige Zusammensetzung der Landwirtschaftskammern, in: ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 491, S. 768.

⁶ Der preußische Staatskommissar für die Vorbereitung der Verwaltungsreform, Bill *Drews*, legte 1920 mehrere Gesetzentwürfe zur kommunalen Verfassungs- und Verwaltungsreform vor, die auf eine Stärkung der Selbstverwaltung abzielten. Vgl. JESERICH, Kommunalverwaltung, S. 493 f.; EIMERS, S. 120 f.; UNRUH, *Drews*, S. 325. – William (Bill) Arnold *Drews* (1870–1938), 1914–1917 Unterstaatssekretär im preußischen Innenministerium, 1917–1918 preußischer Innenminister, 1920–1921 Staatskommissar für die Verwaltungsreform, 1921–1937 Präsident des Berliner Oberverwaltungsgerichts.

Der **Vorsitzende** stellt fest, daß die Fraktion dem Antrag *Schloßmann* nicht zustimme. Abg. **Ruer** bittet, bei der Abstimmung über die Sonderrechte der Schleswig-Holsteiner möchten doch möglichst zahlreiche Abgeordneten zugegen sein.⁷

Abg. **Meyer** erhebt Bedenken gegen die sachliche Bedeutung des Entwurfs. Er schlägt vor, die Regierung möge eine Erklärung abgeben, daß sie nicht beabsichtige, die Sonderrechte der Schleswig-Holsteiner aufzuheben.

Abg. **Meyer** hält eine solche Erklärung nicht für ausreichend und tritt energisch für die Annahme des Gesetzes ein.

Der **Vorsitzende** stellt fest, daß die Fraktion die Anregung des Abg. Dr. *Ruer* unterstützt und dementsprechend im Plenum möglichst zahlreich dafür stimmen wird.

Es wird beschlossen, am Donnerstag abend 8 Uhr die Frage der Schulleitung zu besprechen. Nächste Fraktionssitzung 10 Uhr Donnerstag, den 26. [Juni]. Tagesordnung: Plenum und Anträge.

44.

26.6.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 55v–57v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Abg. **Abderhalden** begründet seine Anträge: 1. eine Erklärung in der Presse zu erlassen, warum die Fraktion in der Regierung bleibt. – 2. einen Aufruf in das Land gehen zu lassen im Augenblick der Katastrophe, um das Volk aufzurichten und über den Parteihader hinwegzuheben. Um den Eindruck der gestrigen Sitzung und der unwürdigen Haltung der Presse abzuschwächen, die nach innen sowohl wie im Ausland einen außerordentlich ungünstigen Eindruck erwecken.¹

Abg. **Schreiber** beantragt Zurückstellung der Besprechung und Beschlußfassung bis zur Anwesenheit vom Vorsitzenden Exz. *Friedberg*.

Zum Plenum:

Auftreten der zweiten Rednerreihe zur Besprechung des Antrags Adolph *Hoffmann*² soll nach Möglichkeit verhindert werden.

⁷ In der 38. Sitzung am 2. Juli 1919 fanden die zweite und dritte Beratung des Antrages der Abgeordneten Dr. *Ruer*, Dr. *Görck*, *Frabm* und Genossen (DDP, DVP, DNVP) auf Annahme eines Gesetzes über die Sonderrechte der Provinz Schleswig-Holstein, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 389, S. 559, Nr. 514, S. 779, statt. Der Gesetzentwurf wurde gegen den Willen der DDP an den Gemeindeausschuß zurückverwiesen. Nach dem Antrag sollten gesetzliche Änderungen althergebrachter Sonderbestimmungen der Provinz Schleswig-Holstein in der Frage des Gemeindeverfassungsrechts und der Dauer der Schulpflicht der Zustimmung des neu zu berufenden Provinziallandtags bedürfen. Ebenso sollten auch die Kirchenverfassungsgesetze nicht ohne Zustimmung der auf demokratischer Grundlage zu wählenden Kirchenorgane der Provinz geändert werden können.

¹ Die Besprechung der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrags in der 34. Sitzung am 25. Juni 1919 war von parteipolitischen Auseinandersetzungen überschattet. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 2, Sp. 2501–2574.

² Gemeint ist der am 25. Juni 1919 als Zusatzantrag zu Antrag Nr. 490 gestellte Antrag der Abg. Adolph *Hoffmann* und Genossen (USPD). Vgl. ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 494, S. 769. Danach sollten

Abg. **Riedel** regt an, an die Fraktion der Mehrheitssozialisten die Forderung zu stellen, daß sie an dem Antrag der Mehrheitsparteien festhalten und nicht etwa den der Unabhängigen unterstützen [solle].

Abg. **Kopsch** unterstützt diese Auffassung.

Abg. Dr. **Heine** wird zum Gesetzentwurf über Verleihung des Bürgerrechts an die Frauen den Gedanken des Gesetzes begrüßen, Überweisung an den Ausschuß beantragen, da nach einer Bemerkung des Abg. **Ruer** die Fassung des § 1 nicht verständlich ist.³

Abg. **Berghaus** wird bei der Besprechung des Gesetzentwurfs über Beihilfen zu den Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden diese Beihilfen befürworten.⁴

Abg. **Dominicus** regt an, zu diesem Punkt, der zweifellos allgemeine Zustimmung findet, einen gemeinsamen Redner für die 3 Mehrheitsparteien zu bestimmen – dem wird widersprochen von den Abg. **Schmiljan**, **Nebelung**, **Grund** – zugestimmt vom Abg. **Schümer**.

Abg. **Schloßmann** greift die Anregung grundsätzlich auf, abwechselnd den Redner von einer der drei Mehrheitsparteien zu bestimmen.

Abg. **Schmiljan** stellt nochmals die Auffassung fest, daß wenn überhaupt im Namen der Parteien gesprochen wird, die unsere auch dran kommen muß. Die Vertreter im Seniorenkonvent werden dort dahin zu wirken versuchen, daß zum Punkt 4 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über weitere Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 471, S. 719f.] überhaupt nicht gesprochen wird.⁵

Abg. **Ruer** schlägt vor, Überweisung des Gesetzentwurfs über Neuwahl der Provinziallandtage an die Kommission zu beantragen.⁶ Bespricht die einzelnen Punkte, hat Bedenken gegen § 47, ob die neugewählten Stadtverordneten-Kollegien geneigt sein werden, die Abgeordneten der Stadtkreise nach sachlichen Gesichtspunkten zu wählen, möchte Wahlrecht auf die Magistrate ausgedehnt wissen.

Die Abg. **Grund** und **Nebelung** stehen auf dem gleichen Standpunkt, letzterer hat Bedenken taktischer Art, im Plenum für ein Wahlrecht der Magistrate zu sprechen – das gehöre in die Ausschlußberatung.

Abg. **Ruer** ist gegenteiliger Ansicht bezüglich der Taktik – **Fraktion** stimmt ihm bei.

im Antrag der Mehrheitsparteien (Nr. 490) hinter dem Wort »vergewaltigt« der Passus »Trotzdem war die Annahme des Friedensvertrages geboten.« Die Sätze 2 und 3 sollten gestrichen, d.h. der Regierung kein Vertrauen ausgesprochen werden. Vgl. Dok. Nr. 42, Anm. 3.

³ Der § 1 des Gesetzentwurfs über das Bürger- und Gemeinderecht der Frauen und die weitere Durchführung der Gemeindewahlen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 434, S. 600f., lautete: »Das Bürger- und Gemeinderecht steht in den Stadt- und Landgemeinden auch den Frauen zu.« Die Vorlage wurde in der 35. Sitzung am 26. Juni 1919 dem Gemeindevorschuss überwiesen. Die Rede der Abg. Frau Dr. **Heine**, in: ebd., Bd. 2, Sp. 2615.

⁴ Die erste Beratung des Gesetzentwurfs über weitere Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 471, S. 719f., fand in der 35. Sitzung am 26. Juni 1919 statt. Die Rede des Abg. **Berghaus**, in: ebd., Bd. 2, Sp. 2625–2627.

⁵ Vgl. die Sitzung des Ältestenrats vom 26. Juni 1919, 11.35 bis 12.17 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 1.

⁶ Der Gesetzentwurf, betr. die Neuwahl der Provinziallandtage, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 482, S. 756–758. Die Rede des Abg. **Ruer** in der 35. Sitzung am 26. Juni 1919, in: ebd., Bd. 2, Sp. 2639f.

⁷ Der § 4 lautete: »Die Abgeordneten der Stadtkreise werden durch die Stadtverordnetenversammlung bzw. das bürgerliche Repräsentantenkollegium gewählt.« Ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 482, S. 756–758, hier S. 756.

Es wird darauf verzichtet, die Ausführungen des Abg. *Schreiber* zum Justizetat⁸ vorher zur Kenntnis zu nehmen. Über seine Auffassung, bezüglich der Verleihung des Notariats nach 10jähriger Anwaltstätigkeit, findet eine Debatte statt, an der sich die Abg. *Kochmann*, *Heilbrunn*, *Aronsohn* beteiligen.⁹

Die **Fraktion** ermächtigt den Abg. *Schreiber* seine diesbezügliche Anregung im Plenum vorzutragen.¹⁰

Abg. **Heilbrunn** berichtet über den vom Abg. *Rosenfeld*¹¹ (USPD) im Ausschuß eingebrachten Antrag auf ein Notgesetz, das die Berufung bei standrechtlichen Kriegsgerichten zulasse¹² – [und] dem unsere Vertreter im Ausschuß zugestimmt hätten.

Abg. **Dominicus** macht auf die politische Bedeutung des Antrags im gegenwärtigen Augenblick der drohenden inneren Unruhen und ihrer energischen Bekämpfung aufmerksam.

Die **Fraktion** lehnt das Eintreten für den Antrag *Rosenfeld* ab.

Abg. **Degenhardt** wünscht Erledigung der Förmlichen Anfrage: frei werdendes fiskalisches Gelände der Bodenspekulation zu entziehen. Die Regierung muß zum rechtzeitigen Eingreifen veranlaßt, zugleich die Stellungnahme der Fraktion zur Bodenreform geklärt werden.

Abg. **Dominicus** schlägt vor, die Aussprache auf den Inhalt der vorliegenden Anfrage zu beschränken, da grundsätzliche Erörterung der Bodenreformfrage zu weit führt.

Abg. **Schümer** beantragt Erweiterung der Förmlichen Anfrage dahin: den durch Wegfall der Rayonbeschränkung in Festungsgebieten entstehenden Wertzuwachs der Allgemeinheit zuzuführen.

Abg. **Crüger** hat gegen die Anfrage *Degenhardt* als solche nichts, wendet sich gegen die von ihm gegebene Begründung im Sinn einer allgemeinen Zustimmung zur Bodenreform.

Abg. **Ommert** tritt für grundsätzliche Stellungnahme gegen jede Bodenspekulation ein.

Abg. **Grund** weist Festlegung auf Schlagworte wie Sozialisierung der Grundrente zurück – ein Steuergesetz, das Aufhebung der Rayonbeschränkung berücksichtigt, ist in Vorbereitung.

Die Abg. **Schmiljan**, **Schloßmann** sprechen für den Zusatz *Schümer*, die Abg. **Grund** und **Moritz** dagegen.

⁸ Die zweite Beratung des Haushalts der Justizverwaltung für das Rechnungsjahr 1919, ebd., Nr. 472, S. 721–747 (Bericht und Antrag des Ausschusses), fand in der 36. bis 39. Sitzung vom 27. Juni bis 3. Juli 1919 statt.

⁹ Der Ausschuß hatte sich dafür ausgesprochen, Rechtsanwälte nach Zurücklegung einer Dienstzeit von zwanzig Jahren zu Notaren zu ernennen. Vgl. ebd., Nr. 472, S. 721–747, hier S. 747 (Antrag II B 2). Dagegen schlug der am 26. Juni 1919 eingebrachte Antrag der Abg. Dr. *Schreiber* (Halle) und Dr. *Berndt* (Stettin) vor, die Verleihung des Notariats an Rechtsanwälte den einzelnen Anwaltskammern zu überlassen. Vgl. ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 509, S. 776.

¹⁰ Die Rede des Abg. *Schreiber* in der 36. Sitzung am 27. Juni 1919, in: ebd., Bd. 3, Sp. 2728–2739.

¹¹ Kurt *Rosenfeld* (1877–1943), Rechtsanwalt, November 1918–Januar 1919 Mitglied des preußischen »politischen Kabinetts« und preußischer Justizminister, 1919–1921 MdP/LV, 1920–1932 MdR (USPD, seit 1922 SPD, seit 1931 Sozialistische Arbeiterpartei).

¹² Der Ausschußantrag, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 472, S. 721–747, hier S. 747, ersuchte unter II B 4 die Staatsregierung, »schleunigst eine Reform des Gesetzes über den Belagerungszustand dahin herbeizuführen, daß das Rechtsmittel der Revision gegen die Urteile der außerordentlichen Kriegsgerichte und das Recht einer Wiederaufnahme des Verfahrens eingeführt werden; die Revision geht an das Reichsgericht«.

Der Abg. **Böer** wünscht die Regierung zu veranlassen, den bei Aufhebung der Rayonbeschränkung baureif werdenden Boden den Gemeinden billig zu überlassen.

Abg. **Dominicus** stellt fest, daß die Diskussion über die [...] ¹³ Fragen hinausgreift, es handelt sich nur darum, zu beantragen, daß eine tatsächlich eintretende Wertsteigerung erfaßt wird.

Abg. **Otto** wirft die Frage auf, ob die vorhandenen Gesetze dazu genügen.

Abg. **Schümer** weist auf das geplante Steuergesetz hin, was das Gegenteil beweise.

Die Abg. **Ruer**, **Aronsohn**, **Grund** stellen sich auf den Boden des Antrags, sehen für die Behandlung und Durchführung große Schwierigkeiten.

Der Antrag **Degenhardt** wird als Förmliche Anfrage der Fraktion eingebracht werden ¹⁴, der Zusatz *Schümer*, als besonderer Antrag formuliert, erneut in der Fraktion zur Debatte gestellt werden.

Abg. **Kopsch** bringt von Exz. *Friedberg* geäußerte Bedenken gegen eine Kundgebung der Fraktion zum Frieden zur Sprache. ¹⁵ Falls eine solche tatsächlich von der Weimarer Fraktion erlassen sei, würde die unsere dadurch verspätet und überflüssig erscheinen, sie könne zudem ein neues Hindernis für eine einmütige Arbeit der Parteien bilden.

Die Abendsitzung wird abgesagt, da viele durch Ausschußsitzung verhindert sind – Besprechung der Schulleitungsfrage Freitag 9 ½ [Uhr] pünktlich.

45.

27.6.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 57v–58r. Beginn: 9.30 Uhr. Ende: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Abg. **Ommert** berichtet über die Verhandlungen, die gestern zwischen der Staatsregierung und den Vertretern der Eisenbahnerorganisationen stattgefunden haben ¹, und nimmt persönlich die Stellung ein, daß eine wirtschaftliche Notlage anerkannt werden muß, [und] der Art der Vertretung der Forderungen und ihrer Höhe schärfster Widerstand entgegen gesetzt werden muß.

Abg. **Hoffmann** hält Zugeständnisse materieller und ideeller Natur für notwendig, um Verkehr aufrecht zu erhalten und die Lebensmittelversorgung zu sichern.

¹³ Wort unleserlich.

¹⁴ Förmliche Anfrage Nr. 59 der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über Bodenspekulation mit fiskalischen Gelände, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 501, S. 772.

¹⁵ Die Kundgebung der Fraktion zum Frieden unterblieb.

¹ Am 26. Juni 1919 war in Berlin ein Eisenbahnerstreik ausgebrochen, der den Verkehr in weitem Umfange lahm legte. In den am 27. Juni geführten Verhandlungen zwischen Vertretern der Eisenbahner und der Staatsregierung fand sich letztere zu weitreichenden Zugeständnissen bereit. So sollten die Preise für ausländische Lebensmittel sofort drastisch gesenkt und der damit verbundene Mehraufwand für die nächsten drei Monate von 1,5 Milliarden Mark von Reich, Ländern und Kommunen zusammen getragen werden. Auch sollte eine Interessenvertretung der Eisenbahner geschaffen und die Frage der Betriebsräte einer Regelung zugeführt werden. Obwohl sich die großen Eisenbahnerorganisationen für die Wiederaufnahme der Arbeit aussprachen, wurde der Streik erst am 3. Juli eingestellt. Vgl. SCHULTHESS 1919/I, S. 270.

Abg. **Dominicus** stellt fest, daß augenblicklich Lebensmittelvorräte in den Städten vorhanden sind, die für den schlimmsten Fall aufgespart würden und jetzt ausgegeben werden; die Versorgung ist besser als in den gleichen Wochen der vorhergegangenen Jahre.

Abg. **Schmiljan** erkennt an, daß an der Beamtenschaft gesündigt [worden] ist, verurteilt das vaterlandsfeindliche Vorgehen der Streikenden, glaubt, daß energischer Widerstand gegen die weitgehenden Forderungen auf Verständnis in weiten Kreisen der Beamtenschaft rechnen kann.

Abg. **Cassel** anerkennt, daß Forderungen in gewissem Umfang angesichts der Kosten der Lebenshaltung berechtigt sind – die Art der Durchsetzung müsse bekämpft werden, zwangsweise Aufrechterhaltung des Verkehrs ist gutzuheißen.

Abg. **Hoffmann** sieht in einem Abbau der Lebensmittelpreise statt einer Lohnerhöhung den Weg zur Besserung.

Abg. **Heilbrunn** erklärt das heutige System für eine Schraube ohne Ende, da jede Lohnerhöhung die Staatsschulden vermehrt, auf die Valuta drückt und so die Preise steigert. Er tritt für Naturalleistung statt Lohnerhöhung ein – ferner für eine Entschuldungsaktion für die Beamten von Fall zu Fall.

Abg. **Dominicus** hat Bedenken, daß eine Naturallieferung an eine einzelne Schicht die ganze Bevölkerung begehrllich machen wird, würde sie in diesem außerordentlich kritischen Fall doch zugestehen.

Der Abg. *Schmiljan* wird als Redner der Fraktion im Sinn der obigen Erörterungen bestimmt.²

Er bittet die Verpflichtung auszunehmen, für eine Entschuldung der Beamten auf Grund persönlicher Verhältnisse einzutreten, da dieser Weg von der gesamten Beamtenschaft abgelehnt werde.

Abg. **Gottschalk** überträgt die Rede zum Punkt 3 a und b der Tagesordnung des Plenums [Beratung des Antrages der Abgeordneten Dr. *Heß* und Genossen (Z), betreffend die Entschädigung für die Gemeinden und die Einwohner in den besetzten Gebieten, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 13, S. 89, Nr. 30, S. 98, Anlagen, Bd. 3, Nr. 255, S. 424 (Ausschußantrag); in Verbindung damit a) Beratung des Antrages der Abg. Dr. *Heß* und Genossen (Z) auf Erklärung der den Gemeinden der besetzten Gebiete gewährten Vorschüsse, ebd., Nr. 270, S. 430, und b) die Beratung des Antrages der Abg. Dr. *Heß* und Genossen (Z) auf wirtschaftliche Entlastung des besetzten westlichen Gebiets, ebd., Nr. 489, S. 767] dem Abg. *Ommert*, da er aus seinem Wohnort im besetzten Gebiet kein Material beschaffen könne.³

Der Vorsitzende **Schmiljan** trägt eine vom Abg. *Brust*⁴ übermittelte Aufforderung vor, daß die bürgerlichen Parteien die fernere Beteiligung an den Verhandlungen mit den Eisenbahnern ablehnen möchten.⁵

² Die Fraktion vertrat in der 36. Sitzung am 27. Juni 1919 nicht der Abg. *Schmiljan*, sondern der Abg. Dr. *Frentzel*. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 3, Sp. 2771. Die Aussprache über die Erklärungen der Regierung zur Beendigung des Eisenbahnerstreiks, in: ebd., Sp. 2761–2777.

³ Die Rede des Abg. *Ommert* in der 36. Sitzung am 27. Juni 1919, in: ebd., Sp. 2685.

⁴ August *Brust* (1862–1924), zweiter Geschäftsführer des Niedersächsischen Kohlensyndikats, bis 1904 Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, 1913–1918 Stadtverordneter in Buer, 1903–1918 MdpAH (Z), 1919–1921 MdpLV, 1921–1924 MdpLT (Z).

⁵ Vgl. auch die Fraktionssitzung des preußischen Zentrums vom 27. Juni 1919 in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 42, S. 72–74.

Die Abg. **Riedel**, **Ommert**, **Höfler**, **Cassel** sprachen dagegen, daß wir uns ausschalten. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien haben ein Interesse daran, an den Verhandlungen der Staatsregierung mit den Eisenbahnerorganisationen beteiligt zu sein, um der Regierung den Rücken zu stärken.

Die Abg. *Riedel* und *Höfler* sollten eventuell in Vertretung des Abg. *Frentzel* diesen Standpunkt in der Besprechung mit den bürgerlichen Parteien zum Ausdruck bringen, Abg. *Schloßmann* den Abg. *Frentzel* im Fall seiner Verhinderung bei der Teilnahme an den Verhandlungen zwischen Regierung und Organisationen vertreten.

Eine Dringende Förmliche Anfrage des Abg. *Riedel*, betr. die Vorgänge im Eisenbahnbetrieb und die Strömungen in der Beamten- und Arbeiterschaft, wird angenommen.⁶

Abg. **Kopsch** wünscht Einwirkung auf die sozialdemokratische Fraktion, die Treiberen gegen die Regierungstruppen und die Maßnahmen *Noskes* zu unterlassen.

Zur Frage der Schulleitung referieren die Abg. **Kimpel** und **Sommer** – das Referat vom Abg. *Cassel* wird auf Dienstag 9 ½ Uhr verschoben, bis dahin sollen Leitsätze aller drei Redner vorliegen.

Mit Bezug auf einen von den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gefaßten Beschluß tritt Abg. **Höfler** dagegen auf, daß unsere Fraktion sich festlegt auf Ablehnung sämtlicher Forderungen der Eisenbahner – wir werden für einmalige Teuerungszulage entsprechend dem Beschluß des Haushaltsausschuß stimmen.⁷

Abg. **Siemen** berichtet über seine Feststellungen über den Ernährungskommissar in Schleswig-Holstein – gegen seine unrechtmäßige Anmaßung solle energisch vorgegangen werden; der Weg sei in einer Vorstandsbesprechung am Nachmittag zu bestimmen.⁸

⁶ Dringende Förmliche Anfrage der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über die letzten Vorgänge im Staatseisenbahnbetrieb, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 513, S. 778.

⁷ Vgl. den Antrag des Staatshaushaltsausschusses zu seinem mündlichen Bericht über verschiedene Anträge, die auf die Verbesserung der Dienstehkünfte der Beamten, den Ausbau der Teuerungszulagen usw. Bezug nahmen, in: ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 292, S. 480f.

⁸ Vgl. die Kleine Anfrage des Abg. *Siemen* (DDP), betr. die widerrechtliche Einsetzung eines Ernährungskommissars in Schleswig-Holstein, in: ebd., Nr. 666, S. 1071; die Antwort, in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 722, S. 1109. Am 7. Februar 1919 erteilte das Staatsministerium die Genehmigung zur Bildung eines Provinzial-Ernährungsrates beim Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein, dem die öffentliche Lebensmittelbewirtschaftung oblag. Der Leiter des Provinzialernährungsrates erhielt keine Entschädigung aus Staatsmitteln. Er bezog eine Vergütung von monatlich 1000 M aus den Mitteln der Provinzial-Wirtschaftsstellen. Die von ihm durchgeführte Beitreibung der Schlachtviehumlage bei denjenigen Kreisen, die mit ihrer Schlachtviehaufbringung in Rückstand geraten waren, wurde vielerorts als drückend empfunden.

46.

1.7.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 58r–59v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Der Vorsitzende Abg. **Dominicus** teilt die Absicht des Ältestenausschusses mit, die Landesversammlung gegen den 12. des Monats zu vertagen.¹

Abg. **Cassel** berichtet über die Angelegenheit der Kommunalisierung des Charlottenburger Wasserwerkes (Drucksache [Nr.] 483)² auf Grund des Materials, welches der Abg. **Heilbrunn** zusammengestellt hat, der selbst verhindert ist, den Bericht zu erstatten und den Genannten mit der Vertretung betraute. Es sind wesentliche Bedenken gegen den Gesetzentwurf geltend zu machen dahin gehend, daß er sich gegen eine einzelne Gesellschaft wendet, daß er die Aktien enteignen will statt des eigentlichen Objektes, gegen Anrufung eines Schiedsspruchs außerhalb des Rechtsweges, dagegen, daß der Kreis der zu versorgenden Gemeinden sich über den Umfang des Gemeindegebietes des zukünftigen Groß-Berlins erstreckt.

Abg. **Dominicus** weist darauf hin, daß die Fraktion festgelegt sei durch die Regierungserklärung zur Kommunalisierung und durch den Standpunkt des Parteiprogramms zur Sozialisierung³ – er widerlegt einzelne Bedenken des Vorredners.

Die Vorbehalte des Abg. **Cassel** werden aufgegriffen, z.T. unterstrichen in den Ausführungen der Abg. **Bollert**, **Kochmann**, **Ruer**, das Referat zum Gegenstand im Plenum dem Abg. **Cassel** übertragen im Sinn grundsätzlicher Zustimmung⁴, Überweisung an einen Ausschuß zur Ausmerzung rechtlich und sachlich anfechtbarer Bestimmungen, Vorbehaltes besonders bezüglich der Frage der Enteignung der Aktionäre.⁵

Falls der *Noske*-Erlaß zur Sprache kommen sollte, wird der Abg. **Riedel** für die Fraktion sprechen und die rechtliche Zulässigkeit dieses Erlasses betonen.⁶

¹ Der Ältestenrat beschloß in seiner Sitzung vom 1. Juli 1919, die vormittags von 11.15 bis 12.08 Uhr stattfand, daß die Landesversammlung spätestens am 19. Juli 1919 in die Sommerferien gehen sollte. Da die Regierung noch eine Reihe von Gesetzentwürfen erledigt zu sehen wünschte, schien der 12. Juli als Beginn der Sommerferien nicht in Betracht zu kommen. Das Haus sollte bis zum 25. August vertagt werden. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 1.

² Der Gesetzentwurf über die Kommunalisierung der Aktiengesellschaft Charlottenburger Wasserwerke, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 483, S. 759–764.

³ Zur Regierungserklärung vgl. Dok. Nr. 16, Anm. 6; der Gründungsaufwurf der DDP vom 16. November 1918, in: HUBER, Dokumente, Bd. 3, S. 174; der Wahlaufwurf der DDP vom 14. Dezember 1918 gekürzt in: ebd., S. 175–177.

⁴ Die Rede des Abg. **Cassel** in der 37. Sitzung am 1. Juli 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 3, Sp. 2807–2810.

⁵ Der Gesetzentwurf sprach im § 1 eine Enteignungsermächtigung und im § 2 eine Enteignungsanordnung aus. Vgl. ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 483, S. 759–764, hier S. 759.

⁶ Am 26. Juni 1919 hatte in den Eisenbahnbetrieben Berlins eine Streikbewegung eingesetzt, die den Verkehr weitgehend lahm legte. Reichswehrminister Gustav *Noske* hatte daraufhin noch am selben Tag in einem Erlaß unter Berufung auf das preußische Gesetz über den Belagerungszustand von 1851 die Arbeitsniederlegung der Berliner Eisenbahner verboten. Die Verordnung u.a. in: VOSSISCHE ZEITUNG, 321, 27.6.1919. In den am 27. Juni einsetzenden Verhandlungen zwischen der preußischen Staatsregierung und den Eisenbahnerorganisationen erklärte sich die Regierung zu weitreichenden Zugeständnissen bereit, so daß die Arbeit am 3. Juli wieder aufgenommen werden konnte. SCHULTHESS 1919/I, S. 270; ADR. DAS KABINETT BAUER, Nr. 5, 6 und 13, S. 15–21, 51–53.

Zur Frage der Schulleitung wünscht der Abg. **Kopsch**, daß Material über die Schulorganisation der anderen Bundesstaaten beschafft wird.⁷

Da die Zeit zur Behandlung heute nicht ausreicht, wird das Referat des Abg. *Cassel* und die Aussprache für Donnerstag vormittag, 9 ½ Uhr, als einziger Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt.

Abg. **Berndt** beantragt eine frühere Bestellung der Fraktionsredner, gleich beim Eingang wichtiger Gesetze und zu den verschiedenen Positionen des Etats – zugleich rechtzeitige Übermittlung des Materials in Besprechung des Parteiprogramms – da der Parteitag am 19.–22. VII. stattfindet im Lauf der kommenden Woche. Der Antrag *Abderhalden* auf Einführung des Referendums und der weitere, betr. den Verlag, die Abfassung und unentgeltliche Lieferung von Schulbüchern sollen beim Parteiprogramm besprochen werden.⁸

47.

2.7.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 59r–60v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: *Dominicus*.

Der Vorsitzende *Dominicus* teilt über die Geschäftslage mit, daß der Ältestenrat sich dahin geeinigt hat, [daß] für jeden Haushalt je 2 Redner sprechen sollen. Die Tagung soll bis zum 19. 7.¹ dauern. Die Ferien sollen 5 Wochen dauern.²

Exz. **Friedberg** teilt mit, daß die Weimarer Fraktion erklärt habe, sie könne an dem Parteitag nicht teilnehmen.³ Trotzdem schlägt Exz. *Friedberg* vor, an dem Termin festzuhalten.

Für den Etat für Handel und Gewerbe werden als Redner bestimmt *Frentzel* oder *Crüger* für den ersten Teil und *Düker* für Kleingewerbe.⁴ Für den Etat der Eisenbahn wer-

⁷ In der 42. Sitzung am 9. Juli 1919 erfolgte die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 537, S. 829–831. Die Vorlage wurde dem verstärkten Unterrichtsausschuß überwiesen.

⁸ Vgl. den BERICHT ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DES I. PARTEITAGS DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN PARTEI abgehalten in Berlin vom 19. bis 22. Juli 1919. Die Programmdebatte, ebd., S. 165–284.

¹ Im Original: »19. 6.«

² Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats vom 1. Juli 1919, 11.15 bis 12.08 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 1.

³ Der geschäftsführende Ausschuß hatte beschlossen, den Parteitag der DDP vom 19. bis 22. Juli 1919 in Berlin stattfinden zu lassen. Die demokratische Fraktion der Nationalversammlung forderte jedoch mit Verweis auf wichtige, in der Nationalversammlung anstehende Verhandlungen eine Verschiebung des Parteitags bis zum September, drang jedoch mit dieser Forderung nicht durch. VOSSISCHE ZEITUNG, 329, 1.7.1919, und 331, 2.7.1919.

⁴ Die zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, und zwar Handels- und Gewerbeverwaltung, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 294, S. 481 f., fand in der 39. bis 42. Sitzung vom 3. bis 9. Juli 1919 statt. Die DDP vertraten bei der Beratung des ersten Teils der Handels- und Gewerbeverwaltung nicht die Abg. Dr. *Frentzel* oder *Crüger*, sondern der Abg. *Wiglow*. Seine Rede in der 40. Sitzung am 4. Juli 1919, in: ebd., Bd. 3, Sp. 3059–3066. Die Rede *Dükers* in der 42. Sitzung am 9. Juli 1919, in: ebd., Bd. 3, Sp. 3177–3184.

den als Redner vorgesehen nach geheimer Abstimmung der Abg. *Frentzel* mit 17 gegen 16 Stimmen.⁵ Wegen persönlicher Auseinandersetzungen zwischen den Abg. *Cassel* und *Ruer* über die Schleswig-Holstein-Frage soll der Vorstand noch einmal verhandeln, um eine Beilegung des Konfliktes herbeizuführen. Als 2. Redner wird für den Eisenbahnetat mit 24:7:2 Stimmen der Abg. *Ommert* bestimmt.⁶

Exz. **Friedberg** berichtet dann über interfraktionelle Besprechungen über den Antrag der Schleswig-Holsteiner auf Abhängigmachung der Beschlüsse der Landesversammlung inbetreffs der Sonderrechte der Schleswig-Holsteiner.⁷ Danach soll der Antrag zurückgestellt werden.

Abg. **Struve** widerspricht dieser Anregung, weil die Gefahr bestünde, deutsches Land an Dänemark zu verlieren.

Abg. **Ruer** befürwortet aufs Energischste den Antrag, weil der Antrag schließlich auch auf die Vereinheitlichung des ganzen Staatswesens im Deutschen Reich hintreibe.

Abg. Dr. **Meyer** hält es für richtig, daß die Sache zurückverwiesen werde. Es sei besonders nicht angebracht, daß die demokratische Fraktion sich in Gegensatz zu den anderen Fraktionen stelle. Das, was jetzt Schleswig-Holstein zugestanden werde, müsse schließlich auch den anderen Provinzen gewährt werden. Es ließe sich doch noch eine Einigung mit den Sozialdemokraten dahin erzielen, daß den Schleswig-Holsteinern zugesagt wird, daß ihnen das Recht der direkten Bürgermeisterwahl und die Magistratsverfassung zugesichert wird in der neuen Stadt- und Bürgermeisterverordnung.

Exz. **Friedberg** hält es für außerordentlich bedenklich, die Autonomie der preußischen Landesversammlung zu schwächen.

Abg. **Struve** bittet, es möchte den Demokraten Schleswig-Holsteins überlassen bleiben, für das Gesetz zu sprechen und die anwesenden Demokraten möchten doch für den Entwurf stimmen, damit die Sozialdemokraten nicht das Recht hätten, den Demokraten vorzuwerfen, sie seien auch umgefallen.

Der **Vorsitzende** stellt die Ansicht der Fraktion dahin fest, daß den Abgeordneten aus Schleswig-Holstein freigegeben wird, auf das Schärfste gegen die Zurückverweisung an den Ausschuß zu opponieren, daß aber die Abstimmung freigegeben wird.

Es wird beantragt, daß niemand gegen den Antrag der Schleswig-Holsteiner stimmen soll. Diesem Antrag stimmt die **Fraktion** zu.

Zum Schluß legt Abg. **Riedel** eine Erklärung vor, in der er mitteilt, daß er nicht für den Abg. *Ommert* gestimmt habe, weil gegen diesen eine Beschwerde einer Beamtenorganisation wegen seines Verhaltens als Fraktionsredner auf dem Bundestage dieser Organisation bei der Fraktion eingegangen sei.⁸

⁵ Die zweite Beratung des Haushalts der Eisenbahnverwaltung für das Rechnungsjahr 1919, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 781 zu 1, 2, 3, S. 1159–1271, erfolgte in der 61. bis 64. Sitzung vom 8. bis 14. Oktober 1919. Die Rede des Abg. Dr. *Frentzel* in der 62. Sitzung am 9. Oktober 1919, in: ebd., Bd. 3, Sp. 4942–4954.

⁶ Die Rede des Abg. *Ommert* in der 63. Sitzung am 10. Oktober 1919, in: ebd., Sp. 5055–5073.

⁷ Vgl. Dok. Nr. 43. Die Abg. Dr. *Struve* und Dr. *Ruer* hatten vergebens gegen die Zurückverweisung des Antrags gesprochen. Am 3. Juli 1919 sollte in der alten schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt Rendsburg eine große Kundgebung für den Verbleib des Landes beim Deutschen Reich stattfinden, zu der die Abgeordneten »nicht mit leeren Händen« fahren wollten. Vgl. die Reden der Abg. *Struve* und *Ruer* in der 38. Sitzung am 2. Juli 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 3, Sp. 2875–2877, hier Sp. 2875 (*Struve*).

⁸ Gemeint ist der ordentliche Bundestag des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahnbeamten vom 27. bis 29. Juni 1919 in Berlin. Der Abgeordnete *Ommert* hatte sich gegen den Vorsitzenden des Ge-

48.

3.7.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 60r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Abg. **Schümer** macht Bemerkungen, betr. den Ausschuß für die Geschäftsführung des Hauses und eines Antrags, der im Ausschuß für Bevölkerungspolitik vorliegt und in den Fraktionen besprochen werden soll.

Abg. **Sommer** fragt nach Tätigkeit des Bittschriftenausschusses.

Abg. **Rade** regt an, ob nicht ein Vorgehen im Interesse der heimkehrenden Kriegsgefangenen erwünscht sei – zur Unterstützung der Maßnahmen, die zu ihrem Empfang, besonders in den Sammellagern getroffen werden müssen.

Abg. **Berndt** erkundigt sich nach der Besetzung des Gemeinde- und Ernährungsausschusses, die verstärkt wurden.

Auf Veranlassung des Vorsitzenden Exz. **Friedberg** sind Sachverständige, die von der Fraktion als Redner zu den entsprechenden Fragen ernannt waren, in die Ausschüsse delegiert.

Abg. **Berndt** bittet in solchen Fällen selbständiger Entscheidung [die] nachträgliche Bestätigung durch die Fraktion nicht zu unterlassen.

Für den Ausschuß zur Beratung der Frage der Charlottenburger Wasserwerke¹ werden die Abg. *Dominicus, Kochmann, Ruer, Cassel* bestimmt, letzterer wird, wenn der Abg. *Heilbrunn* zurückkommt, für ihn ausscheiden.

Abg. **Cassel** referiert zur Frage der Schulleitung.²

In der Diskussion sprechen zu den Leitsätzen **Kimpel** und **Cassel** (Abg. *Sommer* zieht die seinen bis auf Punkt 6, direkte Unterstellung unter Regierung, zurück), die Abg. **Schümer, Jordan, Ruszczynski, Berghaus, Kopsch, Juds, Dominicus, Rade**. Die Redezeit wird auf 10 Minuten beschränkt, Besprechung am 4. VII. fortgesetzt.

werkschaftsbundes gewandt. Die Eisenbahnbeamten lehnten zwar den damaligen Eisenbahnerstreik entschieden ab, forderten aber die Aufhebung der Verordnung des Reichswehrministers vom 26. Juni 1919 über das Verbot der Arbeitsniederlegung durch Eisenbahnbeamte. Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 323 und 324 vom 28.6.1919, und 326 vom 30.6.1919. Ferner Dok. Nr. 55.

¹ Vgl. Dok. Nr. 43 und 46.

² Vgl. Dok. Nr. 46.

49.

4.7.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 61v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: keine Angaben.

Ein Antrag auf Aufrechterhaltung der Naturschutzparks, der von dem Abg. *Schloßmann* eingebracht worden ist, wird angenommen und der Siedlungskommission überwiesen.¹

Zur Fortsetzung der Schuldebatte liegen neue Leitsätze von den Abg. *Kimpel* und Genossen vor.

Zu diesen Leitsätzen nimmt zunächst das Wort der Abg. *Otto*², der die Vorschläge im Einzelnen begründet.

Abg. *Degenhardt* befürwortet jetzt auch die Vorschläge des Abg. *Kimpel*.

Abg. *Gottschalk* hält auch die neuen Thesen für eine geeignete Grundlage der Verständigung, macht aber einige Abänderungsvorschläge.

Abg. *Schümer* ist mit den neuen Thesen einverstanden, hält aber auch einige Änderungen für erforderlich.

Abg. *Dominicus* macht darauf aufmerksam, daß die Beschlußfassung über diese Frage von sehr weitgehender Bedeutung sei. Er erhebt Bedenken gegen verschiedene Leitsätze *Kimpels*. Er befürwortet den Antrag *Degenhardt* auf Einsetzung einer Redaktionskommission.

Abg. *Schloßmann* hält es für sehr gefährlich, daß den Lehrern eine so große Selbständigkeit überlassen wird, wie dies in dem Antrag *Kimpel* vorgesehen [sei].

Abg. *Abderhalden* hält den Vergleich zwischen der Volksschule und der Hochschule für unangebracht.

Abg. *Kimpel* betont, daß seine Vorschläge das Äußerste des Entgegenkommens darstellten.

Abg. *Cassel* begründet nochmals seine Vorschläge und macht darauf aufmerksam, daß der *Kimpelsche* Vorschlag das Wahlrecht für die Schulleiter allein den Lehrern überlasse. Eine solche Regelung sei für ihn unannehmbar.

Die **Fraktion** stimmt dem Antrage *Degenhardt* zu und wählt zu Mitgliedern der Kommission *Kimpel*, *Schümer*, *Cassel*, *Berghaus*, *Schloßmann*, *Sommer* und *Dominicus*, als Ersatzmann für *Sommer* wird noch Abg. *Degenhardt* bestimmt. Für die Vertretung des Etats des Innern im Plenum werden die Herrn *Dominicus* und *Cassel* bestimmt.^{3 4}

Punkt 2 der Tagesordnung [Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über weitere Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 471, S. 719 f.] wird zurückgestellt.⁵

¹ Ein entsprechender Antrag wurde nicht gestellt.

² Es ist unklar, ob es sich um Reinhold *Otto* (Charlottenburg) oder Rudolf *Otto* (Marburg) handelt.

³ Die Rede des Abg. *Dominicus* in der 45. Sitzung am 15. Juli 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 3, Sp. 3495–3501; die Rede des Abg. *Cassel* in der 49. Sitzung am 19. Juli 1919, in: ebd., Sp. 3928–3941.

⁴ Ab hier Handschrift *Dönhoff*.

⁵ Vgl. auch Dok. Nr. 44.

Zum Punkt 3 Plenum [Zweite Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung für das Rechnungsjahr 1919, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 294, S. 481 f.]⁶ tragen die Redner der Fraktion Abg. **Wiglow** und **Düker** die Grundlinien ihrer Ausführungen vor, bei denen Abg. **Wiglow** die allgemeinen grundsätzlichen Fragen, Abg. **Düker** die des Handwerks behandelt.⁷

In den Ausschuß zur Veredelung der Fraktionsverhandlungen wird zum Ersatz für die Abg. *Dominicus* und *Cassel* der Abg. *Otto* (Charlottenburg) und Dr. *Heine* gewählt.

Die Gegenstände zum Punkt 4 [Dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Änderung des Preußischen Gerichtskostengesetzes vom 25. Juli 1910 (Gesetzsamml. S. 184), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 510, S. 776 f.], Anträge *Kuhle*, *Abderhalden*, *Rade*, sind erledigt.

50.

6.7.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 61r–62v. Beginn: 19.00 Uhr. Ende: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Schloßmann.

Fraktionsbesprechung des Parteiprogramms.¹

Abg. **Schloßmann** begrüßt den zum ersten Mal erschienenen Abg. *Buers* - Posen.

Es wird beschlossen, trotz des schwachen Besuchs in die materielle Besprechung einzutreten.

Abg. **Schreiber** referiert über die Entstehung des Programms, dessen vorliegender Entwurf das Ergebnis eingehender Beratungen und ernster Arbeit ist.² Kritisiert die Formulierung als wenig glücklich, wünscht eine Zweiteilung. 1. grundsätzliche Definition der Demokratie, 2. ihre Anwendung auf die politischen Tagesfragen. Stellt zu den einzelnen Sätzen seine Abänderungswünsche auf. Empfiehlt, den Entwurf mit einigen Abstrichen und Änderungen als ad hoc-Programm anzuerkennen und eine ganz neue Aufstellung nach dem Parteitag vorzusehen.

Abg. **Schümer** bezeichnet in seinem Gegenreferat den Entwurf als ganz ungeeignet für die Dauer. Trägt Leitsätze von *Quidde*³ als Grundlinien vor, die er grundsätzlich gut-

⁶ Die zweite Lesung fand von der 39. bis 42. Sitzung vom 3. bis 9. Juli 1919 statt.

⁷ Die Rede des Abg. *Wiglow* in der 40. Sitzung am 4. Juli 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 3, Sp. 3059–3066, die Rede des Abg. *Düker* in der 42. Sitzung am 9. Juli 1919, in: ebd., Sp. 3177–3184.

¹ Vgl. auch die Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 16. Juli 1919 sowie die Sitzung des Hauptvorstandes vom 19. Juli 1919, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 31 und 32, S. 73–77.

² Vgl. dazu die Rede von Dr. Richard *Frankfurter* auf dem demokratischen Parteitag am 21. Juli 1919, in: BERICHT ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DES 1. PARTEITAGS DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN PARTEI abgehalten in Berlin vom 19. bis 22. Juli 1919, S. 165–178.

³ Ludwig *Quidde* (1858–1941), Historiker und politischer Schriftsteller, 1914–1929 Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft, 1920–1929 Vorsitzender des Deutschen Friedenskartells, 1927 Friedensnobelpreisträger, 1907–1918 MdbayrLT (Mitglied der damaligen linksliberalen Deutschen Volkspartei), 1919–1920 Mdr (DDP).

heißt – ausgenommen die Ausführungen zur Wirtschaftsfrage – denen er eine eigene Formulierung gegenüberstellt. Spricht die einzelnen Forderungen des Entwurfs durch, soweit er abweichende und Zusätze aufstellt. Schlägt vor, auf dem Parteitag Erledigung des allgemeinen Teils anzustreben, für die Einzelgebiete vier Ausschüsse dort einzusetzen, deren Vorlagen von einer Person stilistisch überarbeitet werden müssen.⁴

An der allgemeinen Aussprache beteiligen sich die Abg. **Wiglow**, der die Anträge des brandenburgischen Provinzialverbandes begründet.

Geh. Rat **Schreiber** betont, daß aus dem Parteitag materielle Richtlinien für ein Parteiprogramm hervorgehen müssen, deren Ausarbeitung einem kleinen Kreis übertragen werden sollte.

Abg. **Berndt** schließt sich letzterem Vorschlag an, stimmt den materiellen Richtlinien des Provinzialverbandes zu, hält befriedigende Formulierung bis zum Parteitag nicht für durchführbar, wünscht heutige Besprechung an der Hand des vorliegenden Entwurfs.

Abg. **Riedel** weist dem Parteitag die Aufgabe zu, das Programm entscheidend zu beeinflussen und zu gestalten, spricht für 21gliedrige Kommission.

Abg. **Cassel**: Ein Programm soll sachlich und kann daher nicht in besonderem Maße zündend sein. Das ist Aufgabe von Wahlaufufen etc. Hält vorliegenden Entwurf für brauchbare Grundlage, aus welcher der Parteitag ein endgültiges Programm schaffen kann. Hält dazu den Weg über die 21gliedrige Kommission für ungangbar.

Abg. **Rade**: Im Entwurf ist Hauptsächliches und Nebensächliches zu wenig unterschieden; er vermeidet Schlagworte, ist dadurch wenig volkstümlich – wünscht, daß auf dem Parteitag bestellte Redner zu den einzelnen Fragen sprechen, um dort Grundlinien für endgültige Fassung zu gewinnen.

Abg. **Schloßmann** findet Entwurf zu lang, schlecht stilisiert – wir stehen vor der Frage: Umarbeitung oder grundsätzliche Neuaufstellung durch den Parteitag. Klärung der Meinung zu den Einzelfragen jedenfalls erforderlich.

Die Abstimmung ergibt eine große Mehrheit für die Annahme des Entwurfs als taugliche Grundlage für ein vorläufiges Parteiprogramm. Fortsetzung der Besprechung der einzelnen Punkte Mittwoch, den 9. VII.

⁴ Auf dem demokratischen Parteitag im Juli 1919 wurde eine Programmkommission ins Leben gerufen, der sämtliche Anträge zum Programmentwurf mit dem Auftrag überwiesen wurden, einen Programmentwurf für den im Dezember 1919 stattfindenden Parteitag auszuarbeiten. Vgl. BERICHT ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DES 1. PARTEITAGS DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN PARTEI abgehalten in Berlin vom 19. bis 22. Juli 1919, S. 276. Das Parteiprogramm der DDP vom Dezember 1919, in: Wilhelm MOMMSEN (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme, München 1960, S. 508–514.

51.

8.7.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 62r–63v. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Anfrage des Präsidenten des Hauses über Dauer der Sommerferien. Er schlägt 8 Wochen vor in Rücksicht auf die Beurlaubung der Beamten des Hauses; die Fraktion ist mit einer Vertagung vom 19. VII. – 15. IX. einverstanden.¹

Abg. **Aronsohn** bringt Entschuldigung des Abg. *Schnackenburg* vor, es liegen zur heutigen Sitzung telegraphische Entschuldigungen von den Abg. *Aronsohn* (Bromberg), *Preuß* vor.

Abg. **Dominicus** berichtet über Besprechung von Fraktionsvertretern mit dem Staatsministerium, die am Sonnabend in Weimar stattgefunden haben über die Verhältnisse in Oberschlesien.² Lösung soll versucht werden in der Richtung der Zubilligung größerer Selbständigkeit an alle Provinzen, um die Abstimmung in Oberschlesien zu retten. Das Zentrum stellt weitgehende Forderungen bezüglich der Kirchen- und Schulfrage.

Unterstaatssekretär **Troeltsch** beleuchtet die für das Kultusministerium vorliegende Situation, die sich aus der politischen Gesamtlage ergibt.

Minister **Fischbeck** stellt diese dar, beide in dem Sinn, daß der drohende Zerfall Preußens nur zu verhindern ist durch Vermeidung einer Kulturkampfstellung gegenüber dem Zentrum.

Der **Vorsitzende** stellt zur Debatte die Fragen: 1. Ist Fraktion grundsätzlich einverstanden, den Provinzen Autonomie zu gewähren, 2. Richtlinien, die in Oberschlesien für die Einzelforderungen aufgestellt sind.

Die Abg. **Cassel**, **Ruer**, **Friedberg** sprechen für Zugeständnisse an die Verselbständigung der Provinzen als dem kleineren Übel.

Abg. **Ehlers** macht Mitteilungen über neue Konstellation bezüglich der Republik Rheinland.

Abg. **Otto** wendet sich gegen eine Stellungnahme der Fraktion zugunsten der Autonomie, ist für Ausscheiden aus der Regierung; besonders wegen der Gefahren, die [für] uns ein Entgegenkommen gegenüber dem Zentrum auf kulturellem Gebiet bedeutet.

¹ Der Ältestenrat hatte am 1. Juli 1919 die Sommerferien auf die Zeit vom 19. Juli bis 25. August 1919 gelegt. Das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 1.

² Das Ergebnis der Besprechung mit den Fraktionsvertretern der Mehrheitsparteien faßte der preußische Ministerpräsident am 5. Juli 1919 gegenüber dem Reichspräsidenten dahin gehend zusammen, »daß es nicht der Begründung eines selbständigen Staates bedarf, um Oberschlesien beim Reiche zu halten. Es genügt dazu vielmehr der bessere Weg, den die preußische Regierung zu gehen entschlossen ist, nämlich allen preußischen Provinzen auf dem Gebiete des kulturellen Lebens weitgehend Selbständigkeit zu gewähren, um durch den Zusammenhalt Preußens die gefährdeten Gebiete dem Reiche zu erhalten und die Möglichkeit der Begründung eines deutschen Einheitsstaates zu stärken«. Zit. n. ADR. DAS KABINETT BAUER, S. 50, Anm. 14. Vgl. auch die Fraktionssitzung des preußischen Zentrums vom 8. Juli 1919, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 47, S. 81 f. Das preußische Staatsministerium legte daraufhin der Preußischen Landesversammlung am 14. Juli 1919 den Gesetzentwurf über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 604, S. 951–953, vor.

Minister **Oeser** gegen das Ausscheiden der Demokraten aus der preußischen Regierung; dasselbe hat im Reich ungünstig gewirkt.

Bei der Abstimmung wird die Frage: Sind wir bereit, der Staatsregierung und den Mehrheitsparteien zu erklären, daß wir in Verhandlungen über eine Erweiterung der Selbstverwaltung der Provinzen eintreten wollen, mit allen gegen zwei Stimmen bejaht. Alle Einzelheiten der Zugeständnisse bleiben offen. Weiterberatung der Fraktion über diese an der Hand der Leitsätze für Oberschlesien Mittwoch, 9 ½ Uhr pünktlich.

Der Abg. **Otto** wird zur Beteiligung an der Besprechung mit Regierung und Mehrheitsparteien entsandt.

52.

9.7.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 63r–64v. Beginn: 9.30 Uhr. Ende: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff und Schümer. Vorsitz: Dominicus.

Abg. **Berghaus** referiert zu Punkt 1: Gemeindeverfassungsgesetz.¹

Abg. Dr. **Meyer** ergänzt die Darlegungen des Referenten.

Abg. **Schreiber** macht Mitteilung von einer Eingabe des demokratischen Vereins in Duisburg-Krefeld, in der verlangt wird, daß die rheinische Städteordnung insoweit geändert wird, daß der Stadtverordnetenvorsteher aus der Mitte der Stadtverordneten gewählt wird.

Die Abg. **Ruer**, **Schloßmann**, **Meyer** tragen widersprechende Ansichten über das Wahlrecht von Verwandten vor.²

Abg. **Meyer** drängt daraufhin, daß die Vorlage jetzt erledigt wird und nicht verschleppt wird, damit vor allem die nichtbesoldeten Magistratsmitglieder neu gewählt werden.

Bei der Abstimmung wird § 10 gestrichen.³ § 11 soll so abgeändert werden, daß der Amtsvorsteher von den Vertretern der Gemeinden gewählt wird.⁴

¹ Der Gesetzentwurf, betr. die vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechtes, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 527, S. 793–802, Nr. 603 zu 1, S. 944–951 (Ausschußbericht), wurde in erster Lesung in der 40. Sitzung am 4. Juli und in zweiter und dritter Lesung in der 48. Sitzung am 18. Juli 1919 beraten.

² Vgl. auch die Kleine Anfrage des Abg. Dr. **Schloßmann** (DDP) über die Wahl von Vater und Sohn zu Stadtverordneten, in: ebd., Nr. 539, S. 832. Nach der Rheinischen Städteordnung von 1856 konnte, wenn Vater und Sohn gleichzeitig zu Stadtverordneten gewählt wurden, allein der Vater zugelassen werden. Diese Praxis sollte unter dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht aufgegeben werden.

³ Nach § 10 des Gesetzentwurfs zum Gemeindeverfassungsrecht sollten »Bestimmungen der Gemeindeverfassungsgesetze, nach denen Stadtverordnete nicht zugleich Mitglieder des Magistrats sein können«, aufgehoben werden. Vgl. ebd., Nr. 527, S. 793–802, hier S. 794.

⁴ Nach § 11 des Gesetzentwurfs, ebd., sollten die Kreistage die Neuwahlen der Amtsvorsteher (Stellvertreter) bis zum 31. August 1919 vornehmen. Diese sollten der Bestätigung durch den Oberpräsidenten bedürfen.

Exz. **Friedberg** berichtet über die Besprechungen mit den Vertretern der Sozialdemokratie. Eine Einigkeit sei dahin erzielt worden, daß den Provinzen eine verstärkte Selbstverwaltung gegeben werden soll.

Abg. **Kimpel** macht darauf aufmerksam, daß die Schulgesetzgebung bisher in Preußen immer zurückgestellt worden sei. Es sei unmöglich, jetzt das Gesetz über die Aufhebung der Ortsschulinspektion wieder aufzuschieben.⁵

Abg. **Otto** glaubt nicht, daß es möglich ist, zwischen den Forderungen der Sozialdemokratie und Demokratie eine Einigung zu finden. Er bespricht dann im Einzelnen das Gesetz über die Zusammensetzung der Schuldeputation.⁶ Er bemängelt dabei, daß in dem Gesetz das Bestätigungsrecht der Regierung geblieben ist.

Abg. **Cassel** ist auch der Meinung, daß sich eine Einigung mit dem Zentrum nicht finden lasse. Die Demokraten müßten an dem Schulprogramm festhalten.⁷ Er hält aber die Regelung der Stellung der Geistlichen in der Schuldeputation im Gesetzentwurf nicht für richtig und auch nicht für eine Ordnung, die das demokratische Programm erfordert.⁸

Abg. **Dominicus** vertritt den Standpunkt, die demokratische Fraktion solle ihre Stellung zur Frage der Wahl der Geistlichen in der Schuldeputation sich vorbehalten.

Abg. **Kimpel** [...] die Vorrechte der Geistlichen in der Schuldeputation. Er fordert das Recht der Schuldeputation, sich ihren Vorsitzenden zu wählen.

Abg. **Schreiber** tritt ebenfalls dafür ein, daß der Geistliche geborenes Mitglied der Schuldeputation sei.

Abg. **Cassel** wiederholt seinen Standpunkt.

Abg. **Rade** meint, die Stellung der Geistlichen in der Schuldeputation sei erträglich, nachdem die Ortsschulinspektion gefallen sei.

Abg. **Friedberg** begründet den Standpunkt, daß der Geistliche geborenes Mitglied der Schuldeputation sein müsse, damit, daß sonst der Geistliche in den Wahlkampf hineingezogen werde.

Es wird beschlossen, den Wegfall des Bestätigungsrechts zu fordern, für die Beibehaltung des jetzigen Rechtszustandes in der Bildung des Vorsitzenden einzutreten, für die Fassung des Gesetzentwurfs in der Stellung des Geistlichen innerhalb der Schuldepu-

⁵ Die Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Aufhebung der Ortsschulinspektion, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 248, S. 390f., wurde am 9. Juli 1919 im verstärkten Unterrichtsausschuß beendet. Vgl. den gedruckten Ausschußbericht, in: ebd., Nr. 618, S. 966–977; ferner GSTA PK Berlin, I.HA, Rep. 169 D X d, B Nr. 4.

⁶ Gesetzentwurf, betr. die Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 537, S. 829–831. Die Vorlage wurde in der 42. Sitzung am 9. Juli 1919 in erster Lesung beraten und dem verstärkten Unterrichtsausschuß überwiesen.

⁷ Ab hier Handschrift *Schümer*.

⁸ Da die Geistlichen das passive Wahlrecht zu kommunalen Ämtern erlangt hatten, sollten nach dem Gesetzentwurf Geistlichen nicht mehr von Amts wegen Sitz und Stimme in der Schuldeputation eingeräumt werden. »Mit der Möglichkeit, daß sie zu Mitgliedern gewählt werden können, muß es den Wahlberechtigten überlassen bleiben, ob sie die Geistlichen in die Schuldeputation eintreten lassen wollen.« SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 537, S. 829–831, hier S. 830.

⁹ Wort unleserlich.

tation einzutreten. Der erste Beschluß wurde mit 18 gegen 13 Stimmen gefaßt. Die Abstimmung wird als informativ betrachtet.¹⁰

Abg. **Grund** bespricht die Forderungen des oberschlesischen Volksrats, er erwähnt, daß der Volksrat in einer wenig [...] ¹¹ Zusammensetzung zu seinen Beschlüssen gekommen sei.¹²

Zur Besprechung über das Parteiprogramm soll heute abend um 8 Uhr eine Fraktionssitzung stattfinden.

Abg. **Wiglow** berichtet über die Anträge zum Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung.¹³

Die **Fraktion** nimmt Kenntnis.

Abg. **Friedberg** macht aufmerksam auf die Frage der Trinkgelder.¹⁴

Koll. *Schreiber* wird für Regelung sorgen.

Abg. **Höfler** beantragt, in der Fraktionssitzung vom 16. Juli das Streikrecht der Beamten zu besprechen.¹⁵

¹⁰ Vgl. auch die Rede des Abg. *Otto* (Charlottenburg) in der 42. Sitzung am 9. Juli 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 3, Sp. 3215–3219, sowie die des Abg. Dr. *Friedberg*, in: ebd., Sp. 3237–3242.

¹¹ Wort unleserlich.

¹² Zur Oberschlesienfrage vgl. SCHULTHESS 1919/I, S. 298; GERMANIA, 310, 11.7.1919.

¹³ Die Anträge zur zweiten Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung für das Rechnungsjahr 1919, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 294, S. 481f. (Ausschußantrag), Nr. 439, S. 605–620, Nr. 442, 443, 444 und 445, S. 692–708 (Ausschußberichte), Anlagen, Bd. 1, Nr. 7, S. 83f., Nr. 19, S. 93f., Nr. 42, S. 107, Nr. 62, S. 117, Nr. 93 und 94, S. 128f., Nr. 115, S. 160, Nr. 119 und 120, S. 162, Nr. 122, S. 163, Nr. 127, S. 165, Nr. 133, S. 172, Nr. 176, S. 213f., Nr. 200, S. 363, Anlagen, Bd. 3, Nr. 288, S. 440, Nr. 301, S. 489, Nr. 337, S. 502, Nr. 473, S. 748, Nr. 511, S. 777, Nr. 518, S. 781–784 (Ausschußbericht), Nr. 533 und 534, S. 805, Nr. 552, S. 916.

¹⁴ Mit der Frage der Trinkgelder für die Kellner im Speisesaal des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich auch der Ältestenrat in seinen Sitzungen vom 4. November, 6. und 17. Dezember 1919. Vgl. GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

¹⁵ Die Bekanntmachungen des Rats der Volksbeauftragten vom 12. und 15. November 1918 hatten den Beamten neben der Garantie ihrer Gehalts- und Pensionsansprüche die uneingeschränkte Meinungs- und Koalitionsfreiheit zugesichert, die das Kaiserreich nicht gekannt hatte. Im Artikel 130 Abs. 2 der Weimarer Reichsverfassung fanden diese beiden Forderungen der MSPD ihren Niederschlag. Vgl. WUNDER, S. 110–121; STEPHAN, Aufstieg, S. 92–97. Am 11. Juli 1919 begann die Nationalversammlung in ihrer zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs mit der Beratung der Grundrechte. Vgl. SCHULTHESS 1919/I, S. 296 und 302f. Die nachteiligen Folgen des bereits vom Rat der Volksbeauftragten im November 1918 gewährten Streikrechts der Beamten hatte der vom 26. Juni bis 3. Juli 1919 währende Eisenbahnerstreik zum Ausdruck gebracht, der den Verkehr in Berlin weitgehend lahm gelegt hatte. Vgl. SCHULTHESS 1919/I, S. 270.

53.

9.7.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 64v–r. Beginn: 20.00 Uhr. Ende: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Schloßmann.

Fortsetzung der Besprechung des Parteiprogramms.¹

1. Allgemeiner Teil.

Es wird beschlossen, von einer eigenen Formulierung abzusehen. Die schriftlich vorliegenden Anregungen, Leitsätze der brandenburgischen Provinzialversammlung, des Abg. *Berndt*, des Abg. *Schümer*, sollen dem Parteivorstand als Material überwiesen werden, dazu eine Kritik des Programmentwurfs, die sich auf folgende Ausstellungen bezieht: Die Sprache ist nicht rein Deutsch, stellenweise schwülstig, das Programm zeigt keine großen Ziele, ist daher nicht werbend, es enthält Einzelheiten z.T. von vorübergehender Bedeutung, die an besonderen Aktionsprogrammen behandelt werden müssen. Vor allem fehlt eine Darstellung des demokratischen Gedankens.

Abg. *Schreiber* wird gebeten, den Beschluß der Versammlung ausführlich schriftlich dem geschäftsführenden Vorstand der Partei zu übermitteln.²

Es wird beschlossen, regelmäßig Dienstag abend 8 Uhr eine Fraktionssitzung anzuberaumen, die der Besprechung allgemeiner wichtiger Fragen dienen soll und den Zweck verfolgen soll, die Anschauungen in der Fraktion zu klären und die Mitglieder mit einander bekannt zu machen. In einem kurzen Referat von 10 Minuten soll die Grundlage für die Besprechung gegeben werden.

Am 15. VII. ist das Thema: Gestaltung des Parteitags.

54.

10.7.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 65v–66r. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Referat des Abg. *Höfler* über das Streikrecht der Beamten.¹ Er bezeichnet die Verleihung des unbeschränkten Koalitionsrechts an die Eisenbahnbeamten als ein Danaergeschenk, hält eine Wiederentziehung des Streikrechts für unmöglich, verneint ein solches für die Durchsetzung wirtschaftlicher Forderungen, nimmt es in Anspruch für die Verteidigung der Grundrechte der Beamten.

¹ Vgl. Dok. Nr. 50.

² Vgl. die Referate *Schreibers* auf den Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses vom 16. und 19. Juli 1919, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 31 und 32, S. 75–77.

¹ Vgl. auch Dok. Nr. 52, Anm. 15.

Der Koreferent Abg. **Heilbrunn** stellt fest, daß Koalitionsrecht nicht gleich Streikrecht sei. Der Streik der Eisenbahnbeamten und -arbeiter bleibe Vertragsbruch, so lange der Staat den Schutz ihrer Rechte aufrechterhalte.

Abg. **Kuhle** führt die Erfahrungen im Freistaat Lippe an, wo die Landesversammlung mit Zustimmung der Eisenbahnbeamten das Streikrecht verneint hat.² Der Stettiner Proteststreik gegen kommunistischen Terror ist kein Gegenbeweis.

Abg. **Abderhalden**: Nach demokratischer Auffassung ist jeder Streik von Beamten und von Arbeitern lebenswichtiger Betriebe zu verurteilen, denn er schädigt die Allgemeinheit.

Abg. **Höfler** bezeichnet die Grundrechte der Beamten unter der heutigen Regierung als nicht gesichert. Sie habe auch nicht die Energie und die Macht eine Versagung des Streikrechts durchzusetzen.

Abg. **Schreiber** macht aufmerksam, daß das Parteiprogramm ein Streikrecht der Beamten verneint.

Abg. **Dominicus** teilt die Auffassung des Abg. *Schmiljan* mit, der ein Streikrecht in Anspruch nimmt für den Fall kommunistischen Terrors, die Abg. **Grund**, **Ruer** schließen sich dem an, Abg. **Cassel** widerspricht, stellt in persönlicher Bemerkung fest, daß anarchische Zustände jede Rechtsverpflichtung aufheben.

Abg. **Heilbrunn** warnt [davor,] die Frage der Begegnung kommunistischer Gewalt Herrschaft im Ausschuß zu berühren.

Die **Fraktion** beschließt, Stellungnahme entsprechend der Resolution *Heilbrunn*.³

Abg. **Rade** referiert über die Aufhebung des Summepiskopats.⁴ Aus politisch-vaterländischem Interesse in Rücksicht auf die Verhältnisse im Saargebiet und den an Posen fallenden Landesteilen sei Aufhebung des § 5 der preußischen Notverfassung geboten.⁵ Damit werde der Rest des Staatskirchentums beseitigt, finanzielle Verpflichtungen des Staates an die Kirche blieben davon unberührt. Ein neuer Rechtsträger muß für die Kirche geschaffen bzw. anerkannt werden: Oberkirchenrat, Generalsynode oder generalsynodaler Ausschuß. Referent fordert auf, die Demokraten mögen die Abschaffung des Staatskirchentums anregen und als einstimmigen Beschluß des Hauses durchbringen.

Abg. **Schloßmann** verlangt substantiierte Unterlagen.

² Zur Verfassung von Lippe-Detmold vgl. SCHULTHESS 1919/I, S. 40. In dem 21 Abgeordnete fassenden Landtag des Freistaates Lippe-Detmold war die DDP mit 4 Abgeordneten vertreten. Vgl. ebd., S. 23.

³ Vgl. die Rede des Abg. *Riedel* in der 44. Sitzung am 11. Juli 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 3, Sp. 3351–3361, bes. Sp. 3354, anläßlich der zweiten und dritten Beratung des Entwurfs eines Eisenbahnleihegesetzes (Nr. 478, 561).

⁴ Vor 1918 übte der preußische König als oberster Bischof (»summus episcopus«) der evangelischen Kirchen das landesherrliche Kirchenregiment aus und bestimmte dadurch die innere Rechtsordnung der Kirche. Artikel 82 Abs. 2 der preußischen Verfassung von 1920 übertrug diese Rechte auf drei vom Staatsministerium zu bestimmende Minister evangelischen Glaubens vorbehaltlich einer anderweitigen kirchengesetzlichen Regelung. Diese Regelung erfolgte durch die Kirchengesetze von 1920/22 und das Staatsgesetz, betr. die Kirchenverfassungen der evangelischen Landeskirchen, vom 8. April 1924 (GS S. 221), die die kirchenregimentlichen Befugnisse auf kirchliche Organe übertrugen. Vgl. VOGELS, S. 191–194; HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 6, S. 879–881, 902–908.

⁵ Der § 5 des Gesetzes zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen vom 20. März 1919 (GS S. 53) (sogenannte Notverfassung) übertrug die Befugnisse des Königs als Träger des landesherrlichen Kirchenregiments drei vom Staatsministerium zu bestimmenden Ministern evangelischen Glaubens. Die Verfassung von 1920 wiederholte diesen Grundsatz. Vgl. VOGELS, S. 191 f.

Abg. **Schümer**: Erörterung der Folgen im Einzelnen vor einer grundsätzlichen Stellungnahme. Der Gegenstand wird auf die Tagesordnung der nächsten Fraktionssitzung gesetzt, zu der die Abg. Minister *Oeser* und Unterstaatssekretär *Troeltsch* besondere Einladung erhalten.

Abg. **Riedel** wünscht, daß die Vorlage des Eisenbahn-Anleihe-Gesetzes⁶ bald ins Plenum kommt und dort Gelegenheit bietet zur Wiederholung der Ausführungen, die Minister *Oeser* Montag im Haushaltsausschuß gemacht hat.⁷

Dem Ausfall der Vollsitzung wird nur unter der Voraussetzung zugestimmt, daß sie im Interesse der Ausschubarbeit unumgänglich ist.

Auf Vorschlag des Abg. *Kopsch* erfolgt eine Verständigung über die Trinkgelderfrage entsprechend der Abmachung mit den übrigen Parteien.⁸ Keine Ablösung der Trinkgelder durch Besserstellung der Beamtenschaft des Hauses ist dringend erwünscht.

Abg. **Schreiber** berichtet über Besprechung der Reformkommission.⁹ Für die Fraktionssitzungen: Festlegung auf täglich 10 Uhr pünktlich bis 12 ½ [Uhr] – Einwirkung auf Ältestenausschuß, den Beginn der Plenarsitzung nicht vor 1 Uhr anzusetzen.¹⁰ Dienstag 8 Uhr regelmäßig Abendsitzung zur Besprechung allgemeinpolitischer Fragen und persönlichem Meinungsaustausch. An bestimmtem Wochentag (mittwochs) als erster Punkt der Tagesordnung Bericht über die Verhandlungen in den Ausschüssen. Vorstehende Beschlüsse werden den Fraktionsmitgliedern schriftlich mitgeteilt.

Abg. **Schnackenburg** äußert sich über die Auslassungen des Abg. *Ruer* über seine Stellungnahme im Gemeindeausschuß.

Abg. **Goll** erklärt eine Berichterstattung und Beschlußfassung zu Vorlagen im Finanzausschuß für dringend.

Abg. **Schreiber** fährt fort im Bericht über die Vorschläge der Reformkommission: Die Vertreter der Fraktion in den Ausschüssen müssen sich über ihre Stellungnahme verständigen, bei wichtigen Anlässen für Aussetzung der Abstimmung eintreten und einen Fraktionsbeschluß vor derselben herbeiführen. – Die Vertreter der Fraktion im Ältestenausschuß sollen dort folgende Anregungen vertreten: 1. Beschränkung der Redezeit bei Begründung und Besprechung Förmlicher Anfragen auf 15 Minuten. – 2. Bei Kommissionsanträgen auf Grund einstimmiger Beschlüsse keine Besprechung, nur ein Redner zur Begründung. – 3. Überweisung einer Vorlage an einen Ausschuß keine materielle Besprechung im Plenum.

Abg. **Heilbrunn** regt an, eine Verständigung unter den Mehrheitsparteien, Regierungsvorlagen gemeinsam zu begründen, mit abwechselnder Stellung des Redners von einer

⁶ Der Entwurf eines Eisenbahnanleihegesetzes, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 478, S. 750–754, wurde in der 2. und 3. Lesung am 11. Juli 1919 in der Preußischen Landesversammlung beraten. Vgl. ebd., Bd. 3, Sp. 3342–3388.

⁷ Die Rede des demokratischen Ministers für öffentliche Arbeiten *Oeser* in der 44. Sitzung am 11. Juli 1919, in: ebd., Bd. 3, Sp. 3344–3351. Die Äußerungen des Ministers im Haushaltsausschuß bezogen sich auf Maßnahmen, die die Staatsregierung zur Senkung der Lebensmittelpreise ergreifen wollte, um damit den während des Eisenbahnerstreiks erhobenen Forderungen der Arbeiter und Beamten Rechnung zu tragen. Vgl. den Ausschlußbericht, in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 781, S. 1159–1271, hier S. 1234 f.

⁸ Vgl. auch Dok. Nr. 52.

⁹ Gemeint ist eine von der preußischen Landtagsfraktion gebildete Reformkommission.

¹⁰ Vgl. die Sitzung des Ältestenrats vom 10. Juli 1919, 12.12 bis 13.18 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I 44, Bd. 1.

der Parteien, vorbehaltlich der Richtigstellung einzelner Behauptungen seitens der Parteien.

Abg. **Schloßmann** schlägt vor, Zuziehung des Abg. *Heilbrunn* bei Besprechung dieser Anregung im Ältestenausschuß zu beantragen.

Abg. **Schümer** wünscht Fortsetzung der Arbeit der Reformkommission unter Mitwirkung des Abg. *Heilbrunn*. Derselbe sagt sie zu.

Abg. **Schreiber** berichtet über den Beschluß der Fraktionssitzungen am 7. und 9. VII. bezüglich des Parteiprogramms. Siehe anliegende Brief-Abschrift.¹¹

Abg. **Rebehn** wünscht Stellungnahme der Fraktion zu den Abstimmungen im Gemeinde-Ausschuß bei Beratung des Gesetzes über die Gemeinde-Ordnung der Hohenzollernschen Lande: 1. Wahlberechtigung der Deutsch-Oesterreicher – 2. 5jährige Wahlperiode.¹² 1. ist abzulehnen, 2. ist so wichtig, daß Gegenstand vor Verhandlung in der Fraktion auf der Tagesordnung genannt sein muß. Wird für nächste Sitzung vorge-merkt.

Abg. **Kimpel** berichtet über die Sitzung des Unterrichtsausschusses, das Zentrum habe als einzige Partei gegen die Aufhebung der Ortsschulaufsicht gestimmt.

Abg. **Siemen** wünscht Stellungnahme der Fraktion in der Angelegenheit, Ernährungs-kommissar *Schulz* und Schleswig-Holstein.¹³

Wegen schwacher Beteiligung für nächste Sitzung zurückgestellt.

¹¹ Nicht nachgewiesen.

¹² Der Gesetzentwurf über die Umbildung des Kommunallandtags der Hohenzollernschen Lande, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 536, S. 826–828. § 2 des Gesetzentwurfs bestimmte, daß »alle im Besitz der deutschen Reichsangehörigkeit oder der deutsch-österreichischen Staatsangehörigkeit befindlichen Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens 6 Monaten ihren Wohnsitz in den Hohenzollernschen Landen haben, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte stehen und weder entmündigt sind noch unter vorläufiger Vormundschaft stehen«, wahlberechtigt sind. § 1 setzte die Wahlzeit auf 3 Jahre fest. Vgl. ebd., S. 826. Im Gemeindeausschuß wurde die Bestimmung über das Wahlrecht von Deutsch-Österreichern gestrichen; die Wahlzeit blieb bei 3 Jahren. Vgl. ebd., Nr. 592, S. 931–933, hier S. 932. Ein Antrag der Abg. *Stieler* und Genossen (*Z*), ebd., Nr. 617, S. 965, forderte die Wahlperiode von 3 auf 5 Jahre zu verlängern. Die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs fanden in der 46. Sitzung am 16. Juli 1919 statt. Vgl. ebd., Bd. 3, Sp. 3525–3528. Der Antrag des Zentrums wurde im Plenum abgelehnt und der Gesetzentwurf nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen. Vgl. ebd., Sp. 3528. Für die DDP sprach der Abg. *Rebehn*. Vgl. ebd., Bd. 3, S. 3527.

¹³ Vgl. Dok. Nr. 45.

55.

11.7.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 67v–68v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Dominicus.

Entschuldigt Frl. *Dönhoff. Kochmann.*

Vorsitzender Abg. **Dominicus** teilt mit, daß bei der Beratung des Anleihegesetzes für die Eisenbahn ein Vertrauensvotum für den Minister ausgesprochen werden soll.

Abg. *Riedel* wird als Redner bestimmt.¹

Abg. **Rebehn** tritt dann dafür ein, daß die Legislaturperiode auf 5 Jahre festgesetzt wird.²

Abg. **Berndt** hält es für einen Fehler, daß die Mehrheit der demokratischen Fraktion in der Nationalversammlung sich für eine fünfjährige Legislaturperiode ausgesprochen habe. Wir werden wohl noch auf Jahrzehnte hinaus in einer politisch sehr bewegten Zeit leben und es ist deshalb sehr wohl möglich, daß ein Parlament in direktem Gegensatz zu der Volksstimmung regiere und das müsse vermieden werden.

Auch Abg. **Schümer** ist für die kürzere Legislaturperiode. Ein Grund mehr dafür sei die Einführung des Verhältniswahlsystems.

Abg. **Schreiber** teilt mit, daß Exc. *Friedberg* die Ansicht vertrete, die fünfjährige Legislaturperiode sei zu empfehlen. Auch der Redner ist der Ansicht, daß eine gewisse Stetigkeit durch die fünfjährige Legislaturperiode gesichert werden müsse.

Den gleichen Standpunkt vertrat Abg. **Abderhalden**.

Abg. **Schloßmann** ist dagegen für eine kürzere Legislaturperiode, tritt aber für die gleichzeitige Wahl für alle Parlamente [ein].

Abg. **Dominicus** glaubt, daß die fortwährende Wählerei eine große Wahlmüdigkeit bei der Bevölkerung hervorrufen werde und daß dadurch gerade das Gegenteil von demokratischem Bewußtsein herbeigeführt werde.

Abg. **Cassel** hält es im Interesse der Partei, daß die Wahlen nicht alljährlich stattfinden, weil schon die finanziellen Verhältnisse der Partei es nicht zulassen, daß so oft gewählt wird.

Abg. **Kimpel** hält das Eintreten für die fünfjährige Periode für eine reaktionäre Maßnahme.

Es wird bei der Abstimmung die fünfjährige Periode mit 8 gegen 17 Stimmen verworfen, der **Vorsitzende** stellt aber fest, daß diese Abstimmung sich lediglich auf die Rege-

¹ Vgl. die Rede des Abg. *Riedel* in der 44. Sitzung am 11. Juli 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 3, Sp. 3351–3361, Zitat Sp. 3360f. Zum Entwurf eines Eisenbahnanleihegesetzes vgl. Dok. Nr. 54, Anm. 6.

² Die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Umbildung des Kommunallandtags der Hohenzollernschen Lande, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 536, S. 826, Nr. 592, S. 931–933 (Ausschußantrag), fanden in der 46. Sitzung am 16. Juli 1919 statt. Die Dauer der Legislaturperiode war umstritten. Das Zentrum forderte anstelle der im Regierungsentwurf vorgesehenen dreijährigen eine fünfjährige Legislaturperiode. Vgl. den Antrag der Abg. *Stieler* und Genossen (Z), in: ebd., Nr. 617, S. 965, sowie die Rede des Abg. *Stieler* in der 467. Sitzung am 16. Juli 1919, in: ebd., Bd. 3, Sp. 3527f. Ferner Dok. Nr. 54.

lung der Frage in Hohenzollern beziehe, daß aber keine endgültige Entscheidung für die grundsätzliche Frage damit gefallen sei.³

Bei der Besprechung des Etats des Innern⁴ regt Abg. **Winkler** an, daß die Überbleibsel der Provinzen Westpreußen und Posen ihren Namen behalten.⁵

Abg. **Jansen** bespricht dann noch kurz die Wünsche, die das Rheinland beim Ministerium des Innern vorzubringen habe. Vor allem sei die Schaffung eines Rheinparlaments unbedingt geboten.

Abg. **Cassel** hält diese Wünsche für berechtigt und ist bereit, sie im Plenum vorzubringen.⁶

Abg. **Schloßmann** berichtet über die Kommissionsberatungen, betr. das Hülfekindergesetz [sic].⁷ Er hält eine Einigung, mit dem Zentrum für möglich, wenn man das Zugeständnis macht, daß ein katholischer und evangelischer Geistlicher Mitglieder der Kommission sein sollen.

Die **Fraktion** stimmt zu, daß man versuchen solle, einen Kompromiß zu erreichen.

Abg. **Rade** berichtet über einen Brief, den der Prof. *Baumgarten*⁸ an den Oberkirchenrat gerichtet habe, in dem darauf aufmerksam gemacht werde, daß die Feinde dahin streben [würden], die Protestanten in den abgetrennten Gebieten von der preußischen Landeskirche zu trennen. Deshalb seien die Bestrebungen auf Verselbständigung der Kirche zu unterstützen und es sei nötig, daß vor allem das Summepiskopat der preußischen Minister möglichst schnell aufgehoben werde. Es komme aber darauf an, was dann in die Lücke treten solle, da doch das Summepiskopat des Königs in Wegfall ge-

³ In seiner Rede in der 46. Sitzung am 16. Juli 1919 begründete der Abg. *Rebehn* die Ablehnung der vom Zentrum geforderten fünfjährigen Legislaturperiode damit, daß die Nationalversammlung in Weimar »diese Wahlzeit für den zukünftigen Reichstag noch nicht endgültig festgesetzt« habe. SBpLV 1919/21, Bd. 3, Sp. 3527.

⁴ Die zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, und zwar Ministerium des Innern, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 404, S. 568 f., Nr. 545, S. 835–913, fand in der 44., 45., 47., 48. und 49. Sitzung am 11., 15., 17., 18. und 19. Juli 1919 statt.

⁵ In der 45. Sitzung am 15. Juli 1919 brachte Alexander *Dominicus* den Wunsch seiner Fraktionskollegen zum Ausdruck, »daß die schönen alten Namen, an die sich doch für Millionen von Preußen geschichtliche Erinnerungen knüpfen, in der preußischen Verwaltung nicht untergehen, sondern daß sich ein Weg findet, um diese alten historischen Namen (Westpreußen und Posen) für irgendwelche Verwaltungsbezirke zu erhalten.« SBpLV 1919/21, Bd. 3, Sp. 3498 f., insgesamt Sp. 3495–3501. – Die nach den Gebietsabtretungen infolge des Versailler Vertrags verkleinerten Provinzen Posen und Westpreußen bildeten seit 1922 die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen. Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 6, S. 765; Kurt G. A. JESERICH, Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, in: Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands 1815–1945. Organisation – Aufgaben – Leistungen der Verwaltung, hrsg. von Gerd Heinrich u.a., Stuttgart u.a. 1992, S. 528–532.

⁶ Der Abg. *Cassel* ging in seiner Rede in der 49. Sitzung vom 19. Juli 1919 darauf explizit nicht ein. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 3, Sp. 3928–3941.

⁷ Im Staatshaushaltsausschuß wurde bei der Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern (Wohlfahrtspflege) für das Rechnungsjahr 1919 und den Nachtrag zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 (Ministerium für Wohlfahrtspflege) die Notwendigkeit einer Änderung des Fürsorgeerziehungsgesetzes und der Vorlage eines Reichsgesetzes über Jugendfürsorge zum Ausdruck gebracht. Vgl. den Bericht des Staatshaushaltsausschusses, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 613, S. 957–961, hier S. 960 f.

⁸ Otto *Baumgarten* (1858–1934), 1890 Privatdozent an der Universität Berlin, 1890 a.o. Professor an der Universität Jena, 1894 o. Professor für praktische Theologie und Universitätsprediger in Kiel, 1912–1921 Vorsitzender des Evangelisch-Sozialen Kongresses, 1918 Mitglied der DDP, 1919 Mitglied der deutschen Friedensdelegation, 1924 i.R.

kommen sei.⁹ Der Redner schlägt vor, daß die obersten Kirchenbehörden dieses Amt übernehmen, wobei den Synodalausschüssen ein Mitwirkungsrecht zugesichert wird.

Abg. **Schümer** hält die Änderung für dringend notwendig. Es sei aber immerhin noch zweifelhaft, ob die Änderung von den Feinden anerkannt würde.

Unterstaatssekretär Dr. **Troeltsch** teilt mit, daß die Ernennung der drei Minister nur eine Sicherung der Ernennungsmaschine gewesen sei. Der Redner gibt weitere Mitteilungen über die Bestrebungen der Konservativen, die Kirche zu ihrer Burg zu machen. Er hält es für ausgeschlossen, daß die Feinde mit der Aufhebung des Dreimännerkollegiums als Summepiskopat zufrieden seien, sie werden vielmehr immer wieder Gründe finden, die Kirche im besetzten Gebiete von der preußischen Kirche zu trennen. Er hält es für unangebracht, daß die Demokraten die Aufhebung des Gesetzes selbst veranlassen.

Abg. **Gottschalk** tritt für den Antrag *Rade* ein.

Abg. **Friedberg** ist der Ansicht, daß die Demokraten unter keinen Umständen den Antrag *Rade* einbringen dürften. Man könne das Band, das zwischen Staat und Kirche bestehe, augenblicklich nicht auflösen. Zuerst müsse eine Kirchenverfassung durch einen auf demokratischer Grundlage gewählten Kirchentag erledigt werden, dann erst könne der Staat die Trennung vollziehen.

Abg. **Rade** hält es für ausgeschlossen, daß der Staat die Dinge der Kirche regele. Das müsse vielmehr Sache der Kirche sein. Er könne jedenfalls nicht die Ablehnung seines Antrages so einfach hinnehmen. Er rege an, die Sache zur nächsten Sitzung der Fraktion noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. **Siemen** berichtet über die Selbsternennung des schleswig-holsteinischen Ernährungskommissars, der 17000 M Gehalt beziehe und dessen Wirken geradezu eine Gefährdung des Abstimmungsergebnisses in der ersten Abstimmungszone in Schleswig bedeute.¹⁰

Abg. **Schreiber** bringt ein Beschwerdeschreiben der Deutschen Demokratischen Partei in Kassel zur Verlesung, das sich gegen den Abg. *Ommert* wendet, weil er auf einer Tagung des Eisenbahnbeamtenbundes gegen den Vorsitzenden des Beamtenbundes Stellung genommen hat.¹¹ Abg. *Ommert* soll die Darstellung, die er über die Vorgänge in Kassel gibt, schriftlich widerlegen und dieses Schreiben soll dem Ortsverein Kassel übersandt werden.

⁹ Vgl. Dok. Nr. 54, Anm. 4.

¹⁰ Vgl. Dok. Nr. 45.

¹¹ Vgl. Dok. Nr. 47.

56.

15.7.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 68r–70v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Dominicus.

Besprechung des Summepiskopats wird zurückgestellt bis zur stärkeren Besetzung der Fraktion.

Bei Besprechung des Plenums ist bis Punkt 14 nichts zu bemerken¹

Zu Punkt 15 [Antrag der Abg. *Mentzel* (Stettin) und Genossen (DNVP) über Wiedereinführung der Zensur für Jugendschriften und Lichtspiele, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 266, S. 428] Wiedereinführung der Zensur etc. übernimmt der Abg. *Otto* es, mit dem Kollegen *Degenhardt* Rücksprache zu nehmen über eine unbedenkliche Fassung der an sich erwünschten Zensurbestimmung.

Zu 16 [Antrag der Abg. *Adolph Hoffmann* und Genossen (USPD) auf Aufhebung des Belagerungszustandes, ebd., Nr. 352, S. 510] Ablehnung beschlossen.

Zu 17 [Antrag der Abg. Dr. von *Kries* und Genossen (DNVP) auf Bekämpfung des öffentlichen Glückspiels und der Spielklubs, ebd., Nr. 392, S. 562] weist Abg. *Berghaus* auf eine Sonderstellung für Swinemünde hin, es ist absolute Gleichstellung aller Kurorte anzustreben.

Im Fall einer Abstimmung über 21 [Anträge der Abg. *Haas* und Genossen (SPD) a) über die Aufstellung neuer Wählerlisten zu den Gemeindevertretungen, b) über die Wahlvorschläge zu den Gemeindevertretungen, ebd., Nr. 358 und 359, S. 512f.] Zustimmung.

Zum Punkt 26 [Antrag der Abg. *Oelze* und Genossen (DNVP) über die Anrechnung der Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter der Gemeindebeamten usw., ebd., Nr. 423, S. 589], Besoldungsalter Gemeindebeamten, teilt Abg. *Schreiber* einen Einspruch gegen die Stellungnahme der Fraktionsmitglieder im Ausschuß mit. Sachlage soll klargestellt werden.

Zu »Förmliche Anfragen« nimmt der **Vorsitzende** an, daß dieselben an die Ausschüsse verwiesen [werden], jedenfalls [über sie] nicht heute abgestimmt [wird]^{2,3}

Abg. *Juds*, betr. Anfrage über Spielklubs in Swinemünde:⁴ Diese Anfrage der Deutsch-

¹ Gemeint sind die Anträge zur zweiten Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, Ministerium des Innern, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 404, S. 569, Nr. 545, S. 835–913, Nr. 571, S. 924.

² Im Original: »werden«.

³ Es handelte sich um die Förmlichen Anfragen: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 43 und 44, S. 107, Nr. 66, S. 119; Anlagen, Bd. 2, Nr. 247, S. 390, Nr. 314, S. 493, Nr. 378, S. 517, Nr. 479 und 480, S. 755.

⁴ Antrag der Abg. Dr. von *Kries* und Genossen (DNVP) auf Bekämpfung des öffentlichen Glückspiels und der Spielklubs, in: ebd., Nr. 392, S. 562; vgl. auch die Kleine Anfrage der Abg. *Schmidt* (Stettin) und Genossen (DNVP) über das Verhalten des Oberpräsidenten von Pommern zu den Spielklubs in Swinemünde, in: ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 599, S. 940. Die Kleine Anfrage forderte eine Stellungnahme der preußischen Staatsregierung zu der Nachricht, daß der Oberpräsident von Pommern die Polizei gebeten habe, gegen den Betrieb des Kurhauskasinos, »das große Aufwendungen für die Allgemeinheit und für Wohlfahrtszwecke mache, keine Zwangsmaßnahmen zu ergreifen.« Kurz zuvor waren 12 Spielklubs, darunter auch das Kurhauskasino in Swinemünde, geschlossen worden.

Nationalen bezweckt dem demokratischen Oberpräsidenten⁵ Schwierigkeiten zu machen, bittet Sachlage bei Etatbesprechung zu berücksichtigen.

Entwurf eines Gesetzes über Erweiterung der Selbständigkeit der Gemeinden ist derartig bedeutungsvoll, daß geschäftsordnungsmäßige Behandlung besprochen werden muß.⁶ Im Ältestenausschuß soll Überweisung ohne Debatte an den Gemeindeausschuß beantragt werden.⁷

Abg. **Berghaus** spricht dagegen, um gegen eine Gelegenheits-Gesetzmacherei zu protestieren.

Abg. **Ruer** weist auf außenpolitische Dringlichkeit des Gesetzes hin.

Besprechung in der Fraktion. Mittwoch früh, Referate von Abg. *Ruer* und *Otto*.

Abg. **Rade** referiert über die Frage des Summepiskopats. Um den Zusammenhang der evangelischen Gemeinden der abzutretenden Gebiete mit der Landeskirche aufrecht zu erhalten, muß der durch gegenwärtige Regelung geschaffene Charakter der Staatskirche fallen gelassen werden. Referent hält Aufhebung der Zufallsbestimmung der Notverfassung für unbedenklich. Antrag *Schümer*: »sie gehen auf einen allgemein gewählten Kirchentag über usw.« als hinderlich für schnelle Erledigung, bittet um Zurückziehung. Bittet, Stellung des Antrags nicht den Rechtsparteien zu überlassen. Mißtrauen gegen derzeitigen Generalsynodalausschuß ist berechtigt, darf unsere Entscheidung nicht beeinflussen, wir sollten die Anregung in kirchlichen Fragen nicht durchaus der Rechten überlassen, mit unserem Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche Ernst machen.

Abg. **Otto** teilt Äußerung des Abg. *Friedberg* mit, der an seiner Ablehnung des Antrags *Rade* festhält, deshalb bittet, denselben nicht als Fraktionsantrag zu stellen, sondern als persönlichen Antrag des Abg. *Rade* und der ihm zustimmenden Fraktionskollegen und etwa Mitglieder anderer Fraktionen.

Abg. **Schümer** hält an seiner Auffassung fest, gegenwärtige Regelung ist befriedigend als Hemmnis konservativer Herrschaft in der Kirche. Will Kirche wohl sich selbst, aber nicht der augenblicklichen Generalsynode überlassen.

Abg. **Troeltsch** ist nicht dafür, gegenwärtigen Zustand der Wahrnehmung durch drei Minister aufrecht zu erhalten – wenn wir dagegen vorgehen, wird es dargestellt werden als Eingeständnis eines von uns gemachten Fehlers; Übertragung an jetzigen Oberkirchenrat bedeutet Preisgabe unserer Grundsätze. Rät, Stellung des Antrags den Deutsch-Nationalen zu überlassen. Hält Antrag *Schümer* für sachlich berechtigt, sein Zweck wird nicht erreicht werden, würde starke Erbitterung verursachen auf Seiten der kirchlichen Rechten.

Abg. **Bollert** hält taktische Bedeutung der Frage, welche Partei den Antrag stellt, für nicht bedeutsam, sieht im Antrag *Schümer* einen Zwang gegenüber bestimmten Richtungen der Kirche. Ist dafür, Vorgehen der Rechten zu überlassen.

Abg. **Juds** bezeichnet den am 20. III.⁸ von uns getanen Schritt als einen auf dem richtigen Wege, Beseitigung der Rechte der 3 evangelischen Minister dient dem Interesse der Rechten, sollte daher nicht von uns ausgehen.

⁵ Oberpräsident von Pommern war von 1919 bis 1930 Julius *Lippmann* (DDP).

⁶ Gesetzentwurf betr. vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 527, S. 793–802, Nr. 603, S. 944–951 (Ausschußantrag).

⁷ In der Sitzung des Ältestenrats am 15. Juli 1919, die von 12.07 bis 13.20 Uhr stattfand, wurde die Behandlung des Gesetzentwurfs über das Gemeindeverfassungsrecht, Drucksache Nr. 527, nicht angesprochen. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I 44, Bd. 1.

⁸ Gemeint war das Gesetz über die vorläufige Ordnung der Staatsgewalt in Preußen vom 20. März 1919, das in § 5 das landesherrliche Kirchenregiment regelte. Vgl. Dok. Nr. 55.

Abg. **Berghaus** will die Partei nicht belasten mit dem Odium der Kirchengleichgültigkeit – Änderung des gegenwärtigen Zustandes allgemein als notwendig anerkannt, deshalb sollen wir damaliges Vorgehen als Fehler zugeben, spricht für Antrag *Rade*, und für *Schümer*.

Abg. **Schreiber** will Abwendung von damaliger Regelung allein mit nationalen Gesichtspunkten begründen. Wenn für Aufhebung gestimmt werden soll, muß Antrag dazu von uns ausgehen, mit Garantien für Demokratie in der Kirche im Sinn des Antrags *Schümer*.

Abg. **Schümer**: Widerstand der kirchlichen Rechten ist nicht bestimmend für uns; daß der Staat nicht die kirchlichen Minderheiten schützen kann, ist zuzugeben, trotz wahrscheinlichen Ausfalls der Wahlen⁹ zugunsten der Rechten müssen wir für demokratische Regelung eintreten.

Abg. **Dominicus**: Geschäftslage des Hauses wird eine Erledigung dieser Frage nicht ermöglichen vor der Vertagung.

Abg. **Friedberg** regt an, auf Beantwortung der Förmlichen Anfrage, betr. Eisenbahnerstreik¹⁰, als erledigt zu verzichten. Zur Sache hält er fest an seinem Bedenken, die Regelung der kirchlichen Angelegenheiten vollkommen preiszugeben an eine Behörde, die bestimmt nicht in unserem Sinn handelt, deren Vorlagen wir ablehnen müssen, um unsere Grundsätze nicht preiszugeben, obwohl Ablehnung uns mit weiten Kreisen in Gegensatz bringt.

Abg. **Rade** würde es begrüßen, wenn Sache sich erledigte dadurch, daß Ältestenrat Verabschiedung für unmöglich erklärt wegen der Geschäftslage.¹¹ Lage der Fraktion der Öffentlichkeit gegenüber ist um so schwieriger, als politisch-patriotische Gründe für den »Umfall« nicht auseinandergesetzt werden können. Wenn vollkommene Übereinstimmung des Hauses nicht zu erreichen sein wird, ist rechtzeitige Erledigung nicht möglich, also Antrag überflüssig, der übrigens einer endgültigen Auseinandersetzung über die Regelung der kirchlichen Verhältnisse nicht vorgreift.

Es wird abgestimmt über die Frage: Wird es für zweckmäßig gehalten, zur Zeit durch ein Vorgehen von uns an den bestehenden Verhältnissen [etwas] zu ändern? Mehrheit verneint. Etwaiger Antrag von deutsch-nationaler Seite wird noch materiell besprochen. Es liegt vor eine Aufforderung des Ministers des Innern zur Besprechung der Abgeordneten der besetzten Gebiete [sic]; als Vertreter der Fraktion in dem zu bildenden Beirat für den Kommissar des besetzten Gebietes wird der Abg. *Jansen*, als etwaiger zweiter Vertreter Abg. *Schloßmann* bestimmt.¹²

Abg. **Schloßmann** wünscht Verwahrung im Ältestenrat dagegen, daß preußische Angelegenheiten in Weimar erledigt werden.¹³

⁹ Gemeint sind die Kirchenwahlen.

¹⁰ Dringende Förmliche Anfrage der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über die letzten Vorgänge im Staatseisenbahnbetrieb, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 513, S. 778.

¹¹ Der Ältestenrat beschloß in seiner Sitzung am 15. Juli 1919, 12.07 bis 13.20 Uhr, daß der noch zu erwartende Urantrag auf Annahme eines Gesetzes über Änderung der vorläufigen Verfassung (Verhältnisse der evangelischen Landeskirchen) sofort erledigt werden sollte. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 1.

¹² Die Liste der Mitglieder des parlamentarischen Beirats für den Staatskommissar der besetzten westlichen Gebiete, in: STAATSANZEIGER, Nr. 174, vom 4. August 1919.

¹³ Gemeint sind vermutlich die am 17. Juli 1919 in Weimar stattfindenden Beratungen über die Verhältnisse in den besetzten linksrheinischen Gebieten, an denen die dort gewählten Abgeordneten der Nationalversammlung, der preußischen, bayerischen, badischen und hessischen Landesversammlungen teilnahmen. Vgl. SCHULTHESS 1919/I, S. 306. In der Sitzung des Ältestenrats am 15. Juli 1919 kam

Abg. **Cassel**: Einspruch sachlich berechtigt, die Tatsache ist durch gesetzlichen Zustand begründet.

Abg. **Winkler** wünscht, daß Anfrage [Nr.] 277 (Verhältnisse im besetzten polnischen Gebiet)¹⁴, vor allem aber [Nr.] 599 (Fürsorge für Beamte in besetzten Gebieten)¹⁵ auf Tagesordnung des Plenums kommen vor Vertagung.

Tagesordnung für Mittwoch: [...] ¹⁶ Gesetz-Entwurf [betr. die Neuwahl der Provinzi-
allandtage]¹⁷, Charlottenburger Wasserwerke.¹⁸

57.

16.7.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 70r–71v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: **Dominicus**.

Der Antrag *Cassel, Juds* u.s.w., der vorsieht, daß die durch die Ortsaufsicht freiwerdenden Staatsmittel ausschließlich zur Errichtung neuer hauptamtlicher Kreisschulin-spektionen verwendet werden sollen¹, und die Anfrage Dr. *Friedberg* wegen der durch die Kohlennot drohenden Gefahren² finden die Genehmigung der **Fraktion**.

Bei der Besprechung des Gesetzentwurfs, betr. die Neuwahl der Provinzi-
allandtage³, schlägt Abg. **Dominicus** vor, daß die demokratische Fraktion sich für den Fall, daß das Zentrum sich für den Antrag der Deutschnationalen ausspricht, ebenfalls für diesen Antrag eintritt, der darauf hingeht, das aktive Wahlrecht auch den Magistraten zu geben.⁴

dieser Punkt nicht zur Sprache. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169DI, Nr. 44, Bd. 1.

¹⁴ Förmliche Anfrage der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über den Schutz der Deutschen in den von den Polen besetzten Gebieten und die Versorgung der Beamten, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 277, S. 435.

¹⁵ Dringender Antrag der Abg. *Schmiljan* und Genossen (DDP) über die Fürsorge für Beamte und Lehrer in den bedrohten Grenzgebieten, in: ebd., Nr. 595, S. 937.

¹⁶ Im Original: »Prov.«.

¹⁷ Gesetzentwurf, betr. die Neuwahl der Provinzi-
allandtage, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 482, S. 756–758, Nr. 593, S. 934–936 (Ausschußantrag).

¹⁸ Der Gesetzentwurf über die Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke war am 4. und 11. Juli 1919 im 15. Ausschuß in erster Lesung beraten worden. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 483, S. 759–764, Bd. 3, Nr. 980, S. 1116–1427 (Ausschußbericht). Ferner auch Dok. Nr. 43 und 46.

¹ Antrag der Abg. *Cassel* und Genossen (DDP), betr. die Geldmittel zur Errichtung neuer hauptamtlicher Kreisschulinspektionen, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 621, S. 1002.

² Förmliche Anfrage der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) wegen der durch die Kohlennot drohenden Gefahren, in: ebd., Nr. 622, S. 1002.

³ Gesetzentwurf, betr. die Neuwahl der Provinzi-
allandtage, in: ebd., Nr. 482, S. 756–758, Nr. 593, S. 934–936 (Ausschußantrag). Die zweite und dritte Lesung des Gesetzentwurfs fand in der 46. Sitzung am 16. Juli 1919 statt.

⁴ Der Antrag der Abg. *Negenborn* und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Gesetzes, betr. die Neuwahl der Provinzi-
allandtage, ebd., Nr. 614, S. 963, forderte, die Wahlen vom 1. September auf den 1. Oktober 1919 zu verschieben und in den Gemeinden mit Magistratsverfassung die Abge-

Abg. **Cassel** widerspricht dem. Es sei nicht angebracht, sich bei einer solchen Vorlage in Gegensatz zu stellen zu der sozialdemokratischen Fraktion.

Abg. **Ruer, Berndt und Rebehn** sprechen ebenfalls gegen die Anregung des Vorsitzenden.

Die **Fraktion** beschließt, den Ausschlußanträgen zuzustimmen und die Anträge der Deutschnationalen abzulehnen. Als Fraktionsredner wird Abg. *Rebehn* bestimmt.⁵

Abg. **Cassel** berichtet über die Kommissionsberatungen über die Vorlage, betr. Enteignung der Charlottenburger Wasserwerke.⁶

Abg. **Kochmann** bringt einen Brief des Oberbürgermeisters *Koch*⁷ zur Verlesung, in dem angeregt wird, daß bei Kommunalisierungen und Sozialisierungen bestimmte Grundsätze über die Entschädigung durchgeführt werden. Der Redner schlägt eine andere Fassung der §§ 4 und 5 vor, durch welche die Entschädigung geregelt wird.⁸

Abg. **Ruer** spricht gegen den Gedanken, der dem Gesetze zu Grunde liegt. Es sei doch unmöglich, daß die Landesversammlung in der Frage der Sozialisierung irgendwelche Sondergesetze beschließe.

Abg. **Ommert** hält es für angebracht, daß die Gelegenheit, ein Unternehmen, das ganz unzweifelhaft öffentlichen Interessen dient, zu sozialisieren, ausgenutzt werde.

Abg. **Dominicus** glaubt, daß die Stellung der Fraktion im Lande nicht verstanden werde, wenn sie der ersten Gelegenheit einer notwendigen Sozialisierung widerspräche. Die gerechte Entschädigung sei auch möglich nach dem Wortlaut des § 4. Er teilt mit, daß zwischen dem Aufsichtsrat und ihm Verhandlungen stattfänden, die wohl zu einem Abschluß kommen würden; es sei aber zweifelhaft, ob diese Verhandlungen gefährdet würden, wenn dieses Gesetz jetzt abgelehnt würde.

Diesen Anschauungen tritt Abg. **Cassel** scharf entgegen.

Abg. **Ruer** spricht ebenfalls gegen das Gesetz.

Abg. **Grund** verlangt alle Kautelen für die Entschädigung.

ordneten von den Stadtverordnetenversammlungen gemeinsam mit den Magistraten wählen zu lassen. Zudem traf er Anordnungen für die Wahl des Vorsitzenden, des Stellvertreters und des Provinzialausschusses durch die Provinzialversammlung. Umstritten war im Zentrum die Frage, ob die Abgeordneten zu den Provinzialversammlungen auch von den Magistraten gewählt werden sollten, die sich bis dahin noch keiner Neuwahl gestellt hatten. Vgl. die Sitzung der preußischen Zentrumsfraktion vom 16. Juli 1919, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 52, S. 90 f.

⁵ Die Rede des Abg. *Rebehn* in der 46. Sitzung am 16. Juli 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 3, Sp. 3533 f.

⁶ Vgl. Dok. Nr. 56.

⁷ Erich *Koch* (-Weser) war von 1913 bis 1919 Oberbürgermeister von Kassel.

⁸ Nach § 4 der Regierungsvorlage, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 483, S. 759–764, sollte sich die Entschädigung nach dem Wert der Aktien bemessen, der »unter Berücksichtigung der den Ertrag herabmindernden, gesteigerten Betriebskosten zwischen dem niedrigsten und dem höchsten amtlichen Kurs, zu welchem die Aktien in der Zeit vom 31. Dezember 1918 bis 30. April 1919 an der Berliner Börse notiert waren, zu ermitteln« sei. Damit wurde als Maßstab für die Entschädigung der niedrige Kurswert der Aktien während der Revolution 1918/19 herangezogen. Nach § 5 sollte die Feststellung der Entschädigung durch ein aus fünf Personen bestehendes Schiedsgericht unter Ausschluß des Rechtsweges erfolgen. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 483, S. 759–764, hier S. 759 f. Im Ausschluß wurde § 4 dahin gehend geändert, daß auf eine Berücksichtigung der Betriebskosten verzichtet wurde. § 5 wurde unverändert angenommen und damit die Beschreitung des Rechtsweges ausgeschlossen. Vgl. den Ausschlußbericht, in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 980, S. 1416–1429.

Abg. **Cassel** warnt nochmals davor, daß eine glatte Ablehnung des Gesetzes als ein Verrat an den Versprechungen gedeutet werde, die im Wahlkampf von der Partei gemacht worden seien.

Bei der Abstimmung werden die Anträge *Kochmann, Cassel, Berghaus* angenommen.⁹

Abg. **Ruer** berichtet über den Gesetzentwurf über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände.¹⁰

Abg. **Otto** ergänzt den Bericht durch Mitteilungen über die schulpolitischen Fragen, die mit dem Gesetz verbunden sind. Er ist dafür, daß die Fraktion diese Bestimmungen glatt ablehnt.

Abg. **Rade** ist ebenfalls der Meinung, daß durch das Gesetz eine Zerklüftung in unserem Schulwesen eingeführt werde, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann.

Abg. **Schloßmann** tritt dafür ein, daß Ziffer I des § 1 auf jeden Fall gestrichen werden soll.¹¹

Die Abg. **Kochmann** und Dr. **Grund** berichten über das Gesetz in seiner Wirkung auf Oberschlesien.

Abg. **Cassel** spricht dafür, daß das Gesetz dennoch angenommen wird, weil sonst die Koalition gefährdet sei und weil in dem Gesetz Bestimmungen vorhanden seien, die schließlich der späteren Gesetzgebung die Regelung der wichtigsten Materien überlasse.

Abg. **Cassel** wird zum Redner für das Plenum bestimmt.¹²

⁹ Am 24. Oktober 1919 brachte die Fraktion den Abänderungsantrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Kommunalisierung der Aktiengesellschaft Charlottenburger Wasserwerke (Nr. 483, 980), ebd., Nr. 1060, S. 1517f., ein. Danach sollten die §§ 4 und 5 durch einen neuen § 4 ersetzt werden, in dem die Höhe der nach dem Aktienwert zu bemessende Entschädigung nicht näher präzisiert wurde. Auch sollte den Beteiligten gegen die Entscheidung die Beschreitung des Rechtsweges offen stehen.

¹⁰ Gesetzentwurf über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände, in: ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 604, S. 951–953. Vgl. auch Dok. Nr. 51.

¹¹ Ziffer 1 des § 1 des Gesetzentwurfs der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände, ebd., S. 951, bestimmte, daß Provinziallandtage berechtigt seien, Provinzialstatuten zu beschließen, über »die Regelung solcher Fragen der Schulverfassung, welche für die Bevölkerung der einzelnen Provinzen von besonderer Bedeutung sind«.

¹² Die Rede des Abg. *Cassel* in der 46. Sitzung am 16. Juli 1919, in: ebd., Bd. 3, Sp. 3560–3562.

58.

17.7.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 71r–72v. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: 12.00 Uhr. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Dominicus.

Entschuldigt, weil nach Weimar gefahren: *Schloßmann, Jansen, Gottschalk*.

Zur Beratung gelangt zunächst die Tagesordnung des Plenums.

Zu [...]¹ Antrag, Fürsorge für Beamte und Lehrer in den besetzten Grenzgebieten betreffend, Drucksache Nr. 595, wird *Ruszezynski* als Redner in der Vollsitzung bestimmt.²

Referent über die Anträge zur 2. und 3. Beratung des Gesetzentwurfs über die Sicherung der Bewirtschaftung von Fischgewässern ist **Wenke**; er schlägt vor, die Anträge Nr. 433 und 628 abzulehnen und die Beschlüsse der Kommission zu befürworten.³

Beschlossen wird, den Kommissionsbeschlüssen zuzustimmen, die Landarbeiterräte abzulehnen.⁴ Vertreter in der Vollsitzung ist *Wenke*.⁵

Berndt berichtet sodann über den Stand des Landarbeiterstreiks in Pommern;⁶ hierzu liegen nur die Anfragen der Deutschnationalen, Drucksache Nr. 559⁷, der Rechtssozialisten, Nr. 596⁸, und der Unabhängigen Sozialdemokraten, Nr. 636⁹, [vor].

Riedel stellt hierzu folgenden Antrag, den er kurz begründet: »die Staatsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß bei der bevorstehenden Regelung des Streikrechts den besonderen Verhältnissen gemeinnütziger Betriebe und Berufe Rechnung getragen und daß schon vorher durch Notgesetz die Streikfreiheit und das Schlichtungswesen in derartigen Betrieben und Berufen in einer den Interessen der allgemeinen Volkswohlfahrt entsprechenden Weise geregelt wird.«

¹ Wort unleserlich.

² In der Beratung des Antrages der Abg. *Schmiljan* und Genossen (DDP) über die Fürsorge für Beamte und Lehrer in den bedrohten Grenzgebieten, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 595, S. 937, ergriff der Abg. *Ruszezynski* als Antragsteller das Wort. Vgl. ebd., Bd. 3, Sp. 3626–3629.

³ Der Gesetzentwurf über die Sicherung der Bewirtschaftung von Fischgewässern, in: ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 433, S. 598 f., Nr. 597, S. 938–940 (Ausschußantrag); Antrag der Abg. *Wittich* und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Sicherung der Bewirtschaftung von Fischgewässern (Nr. 433, 597), in: ebd., Nr. 628, S. 1004.

⁴ Die Förmliche Anfrage der Abg. *Adolph Hoffmann* und Genossen (USPD) über das Koalitionsrecht der Landarbeiter, ebd., Nr. 636, S. 1013, wurde in der 47. Sitzung am 17. Juli 1919 zusammen mit zwei weiteren Anfragen über den Landarbeiterstreik, ebd., Nr. 559, S. 940, und die Maßregelung organisierter Landarbeiter, ebd., Nr. 596, S. 938, beraten.

⁵ Die Rede des Abg. *Wenke* in der 48. Sitzung am 18. Juli 1919, in: ebd., Bd. 3, Sp. 3818 f.

⁶ Mitte Juli 1919 riefen die Landarbeitergewerkschaften in Pommern den Generalstreik aus, nachdem Verhandlungen mit dem im Pommerschen Landbund organisierten Arbeitgebern gescheitert waren. Der Pommersche Landbund lehnte Tarifverhandlungen ab, da er das am 12. November 1918 gewährte Koalitions- und Streikrecht der Landarbeiter grundsätzlich nicht akzeptierte. Vgl. SCHULZE, Braun, S. 278–289; SCHUMACHER, Land und Politik, S. 296–303.

⁷ Dringende Förmliche Anfrage der Abg. von *Kessel* und Genossen (DNVP) über den Landarbeiterstreik, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 559, S. 919.

⁸ Dringende Förmliche Anfrage der Abg. *Schmidt* (Köpenick) und Genossen (MSPD) über die Maßregelung organisierter Landarbeiter, in: ebd., Nr. 596, S. 938.

⁹ Dringende Förmliche Anfrage der Abg. *Adolph Hoffmann* und Genossen (USPD) über die Verbündungsfreiheit der Landarbeiter, in: ebd., Nr. 636, S. 1013.

An der Besprechung beteiligen sich: **Riedel, Westermann, Juds, Grund, Cassel, Kuhle, Berndt, Grabowski.**

Nach der Geschäftsordnung ist die Einbringung des Antrags *Riedel* bei der Behandlung der vorliegenden Interpellation unzulässig; deshalb wird es dem Redner zur Pflicht gemacht, im Sinne des Antrags mit der von *Kuhle* beantragten Abänderung: »Notgesetz die Befugnis zur gemeinsamen Arbeitseinstellung und das rechtsverbindliche Schlichtungswesen« zu sprechen und gleichzeitig für ein Zusammengehen von Zivil- und Heeresbehörden energisch einzutreten. Redner: *Westermann*.¹⁰

Ein Antrag *Berndt*, die Aufhebung des Belagerungszustandes in Pommern zu fordern, [wird] mit Rücksicht auf die zur Zeit schwebenden Unterhandlungen mit dem nach Pommern abgereisten Unterstaatssekretär *Meyer* abgelehnt.¹¹

Sodann berichtet **Kimpel** über die Kommissionsbeschlüsse des Unterrichtsausschusses, Aufhebung der Ortsschulinspektion betreffend.¹²

Es sprechen hierzu **Cassel**, der [...] ¹³ *Kimpels* Bericht ergänzt, die Haltung des Zentrums¹⁴ beleuchtet und die dadurch drohende Gefahr für die Schule und Volkskultur, näher darlegt, [und] **Juds**.

Die **Fraktion** wird im Plenum für die Beschlüsse des Ausschusses und der daran geknüpften Resolution eintreten; Redner: *Kimpel*.¹⁵

Es folgt nun die Vorbesprechung über die Frage der Autonomie der Provinzen. In den 27gliedrigen Ausschuß werden entsandt: *Dominicus, Grund, Kuhle, Otto, Ruer*. Der Ausschuß soll heute abend zuerst tagen.¹⁶ Vertreter: *Jansen, Kochmann*.

Zu dem Antrage, Wiedereinführung der Zensur für Jugendschriften und Lichtspiele, Nr. 266 (Deutschnationale), und [dem Antrag Nr.] 609 [Zentrum], sprechen **Otto** und **Struve**.¹⁷ Dem ersten Teile des Antrags des Zentrums Nr. 609 (Filmzensur) wird zu-

¹⁰ Die Rede des Abg. *Westermann* in der 47. Sitzung am 17. Juli 1919, in: ebd., Bd. 3, Sp. 3709–3714.

¹¹ Die Unterstaatssekretäre Dr. *Meyer* vom Innenministerium und *Grzesinski* vom Kriegsministerium wurden zusammen mit dem Regierungs- und Landesökonomierat *Werner* als Staatskommissare der preußischen Staatsregierung nach Stettin entsandt. Sie waren bevollmächtigt worden, den wegen des Landarbeiterstreiks verhängten Belagerungszustand wieder aufzuheben. Vgl. den Bericht des Regierungsrats *Werner* über die Verhandlungen in Stettin am 17. und 18. Juli 1919 und den der beiden Staatskommissare vom 21. Juli 1919, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 87 b, Nr. 329, Bl. 235–242 und Bl. 254–265.

¹² Gesetzentwurf, betr. die Aufhebung der Ortsschulinspektion, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 248, S. 390f., Nr. 618, S. 966–977 (Ausschußbericht).

¹³ Im Original: »nach«.

¹⁴ Vgl. die Sitzung der preußischen Zentrumsfraktion vom 17. Juli 1919, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 53 und 54, S. 92f., 93–95.

¹⁵ Die Rede des Abg. *Kimpel* in der 48. Sitzung am 18. Juli 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 3, Sp. 3777–3779.

¹⁶ Am 16. Juli 1919 war der Gesetzentwurf über die Erweiterung der Selbstständigkeitsrechte der Provinzialverbände an den 16. Ausschuß überwiesen worden. Der Ausschußbericht lag Anfang Oktober 1919 vor. Vgl. den Gesetzentwurf über die Erweiterung der Selbstständigkeitsrechte der Provinzialverbände, in: ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 604, S. 951–953, Anlagen, Bd. 4, Nr. 991, S. 1446–1465 (Ausschußbericht). Vgl. auch Dok. Nr. 57.

¹⁷ Der Antrag der Abg. *Mentzel* (Stettin) und Genossen (DNVP) über Wiedereinführung der Zensur für Jugendschriften und Lichtspiele, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 266, S. 428, wurde bei der Beratung des Haushalts des Innenministeriums in der 43., 45., 47. bis 49. und 51. Sitzung vom 10., 15., 17. bis 19. Juli und 19. September 1919 verhandelt. Durch die Annahme der Anträge der Abg. *Faßbender* und Genossen (Z) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern für 1919, ebd., Nr. 609 zu 1, S. 955, und den Abänderungsantrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) zu den Anträgen Nr. 266 und 609, ebd., Nr. 639, S. 1013, konnte er als erledigt angesehen werden.

gestimmt.¹⁸ Zu den Anträgen Nr. 266 und 609, Abs. 2¹⁹, wird beschlossen, sich auf diese Anträge nicht festzulegen, sondern den Antrag einzubringen, daß unverzüglich auf Grund einzelstaatlicher Bestimmung gegen die Auswüchse des Kinos und der Jugendliteratur einzuschreiten [sei].

Abänderungsantrag Nr. 639:²⁰ die Anträge Nr. 266 und 609, 2 in folgender Fassung annehmen: »die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Vergiftung der Jugend durch unsittliche Schriften und Schaustellungen insbesondere Kinovorführungen zu verhüten«. Referent: *Cassel*.²¹

Abderhalden berichtet über den von den Alliierten unternommenen Boykott gegen die wissenschaftlichen Arbeiten der Zentralmächte und über die schlimme Gefährdung der Tätigkeit der deutschen Wissenschaft durch die geringe Unterstützung des Finanzministers.

Abderhalden wird mit der Abfassung einer schleunigen Anfrage beauftragt.²²

Fr. **Dönhoff** übermittelt noch Einladungen zur demokratischen Frauenversammlung.²³

Schreiber weist auf die eingegangenen Frankfurter Abänderungsvorschläge zum Entwurf des Parteiprogramms hin.²⁴

¹⁸ Im ersten Teil des Antrags der Abg. Dr. *Faßbender* und Genossen (Z) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern für das Rechnungsjahr 1919, ebd., Nr. 609, S. 955, wurde die Staatsregierung ersucht, für die strenge Durchführung der Bestimmungen des Strafgesetzbuches (§184) über das Verbot des Handels mit pornographischen Druckschriften und Bildwerken Sorge zu tragen.

¹⁹ Im zweiten Teil forderte der Zentrumsantrag (Nr. 609) die Staatsregierung auf, bei der Reichsregierung auf die Wiedereinführung der Zensur für »Lichtbilddarstellungen« hinzuwirken. Die Aufhebung der Filmzensur habe »sehr bedenkliche Erscheinungen durch Überwuchern des erotischen Films gezeitigt«. Jugendliche bis zum vollendeten 17. Lebensjahr sollten deshalb von öffentlichen Filmvorführungen ausgeschlossen und nur zu besonderen Jugendvorstellungen zugelassen werden.

²⁰ Abänderungsantrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) zu den Anträgen *Mentzel* (Stettin) (DNVP) (Nr. 266) und Dr. *Faßbender* (Z) (Nr. 609), betr. Zensur für Jugendschriften und Lichtspiele, in: ebd., Nr. 639, S. 1013.

²¹ Die Rede des Abg. *Cassel* in der 49. Sitzung am 19. Juli 1919, in: ebd., Bd. 3, Sp. 3928–3941.

²² Förmliche Anfrage der Abg. Dr. Dr. *Abderhalden* und Genossen (DDP) über die Pflege der wissenschaftlichen Forschung zur Förderung von Landwirtschaft und Industrie, in: ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 654, S. 1061.

²³ Im Vorfeld des demokratischen Parteitags versammelten sich am 18. Juli 1919 die demokratischen Frauen in Berlin, um über die besonderen Aufgaben, die die Frau in der Politik zu erfüllen habe, und die Festlegung der Rechte der Frau im Parteiprogramm und in der Verfassung zu diskutieren. Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 361, 18.7.1919 und 363, 19.7.1919.

²⁴ Die Mitgliederversammlung der Deutschen Demokratischen Partei in Frankfurt/M. hatte am 10. Juli 1919 den von der Berliner Reichsgeschäftsstelle der DDP verfaßten Programmentwurf einmütig abgelehnt und dagegen einen von der Frankfurter Organisation ausgearbeiteten Entwurf als geeignete Grundlage für die Programmdiskussion empfohlen. Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 347, 11.7. 1919. Vgl. auch die Reden von Redakteur *Feiler* und Dr. *Cohnstaedt* aus Frankfurt/M. auf dem demokratischen Parteitag in Berlin am 22. Juli 1919, in: BERICHT ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DES 1. PARTEITAGS DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN PARTEI abgehalten in Berlin vom 19. bis 22. Juli 1919, S. 223–225 und 263 f.

59.

18.7.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 72r–73v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Dominicus.

Bei der Besprechung des Plenums berichtet Abg. **Berghaus** über Beschlüsse des Gemeindeausschusses, betr. die vorläufige Regelung des Gemeindeverfassungsrechts.

Die **Fraktion** beschließt, den Anträgen des Ausschusses zuzustimmen.

Abg. Dr. **Grund** berichtet über den Antrag *Beyer*, betr. die Errichtung einer Provinz Oberschlesien.¹ Er befürwortet den Antrag nicht auf die Tagesordnung vom 19.7. zu setzen.

Abg. **Schloßmann** regt an, den Antrag wohl auf die Tagesordnung zu setzen, aber ohne Debatte an die Kommission zur Beratung des Gesetzentwurfes, betr. größere Selbstständigkeit der Provinzen.

Die **Fraktion** erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Abg. **Rade** begründet den Antrag auf Gründung von Lehrstühlen für Politik.² Er glaubt, daß sich die finanziellen Schwierigkeiten überwinden lassen. Innerhalb des akademischen Lebens sei eine solche Einrichtung schon lange als Bedürfnis empfunden [worden].

Auch Abg. **Juds** befürwortet den Antrag. Für die politische Bildung des Volkes sei die Errichtung dieser Lehrstühle dringend notwendig.

Unterstaatssekretär **Troeltsch** erkennt an, daß der Staat für die politische Fortbildung des Volkes zu wenig tue. Es sei notwendig, daß in die juristischen Fakultäten neue Köpfe hineinkommen. Ein durchdringender politischer Unterricht könne natürlich nur durch mehrere Dozenten erteilt werden. Der Redner gibt eine großzügige Darstellung von seinen Ideen über die Ausgestaltung einer politischen Akademie. Die praktische Durchführung dieser Idee sei sehr schwierig. Aber es sei gut, daß der Antrag eingebracht werde, aber man dürfe sich nicht dem Irrtum hingeben, daß es mit der Berufung einzelner Hochschullehrer für Politik getan sei.

Abg. **Abderhalden** glaubt, daß nur geringes Interesse bei den Studenten vorhanden sei.

Abg. **Schloßmann** widerspricht dem und weist darauf hin, daß die Vorlesungen in Münster und Köln sehr großen Zuspruch gefunden hätten.

Die **Fraktion** spricht sich für den Antrag aus.

Abg. **Dominicus** macht davon Mitteilung, daß der Minister *Oeser* Wert darauf lege, die Denkschrift über die Behandlung der Arbeiterlohnfragen bei der Staatseisenbahnverwaltung noch in der Samstagssitzung behandelt zu sehen.³ Minister *Oeser* hat in einer Sondersitzung mit verschiedenen Mitgliedern mitgeteilt, daß die Mehrkosten, die infolge der neuen Forderungen auf anderweitige Festsetzung der Ortszulage entstehen

¹ Antrag der Abg. *Beyer* (Oberschlesien) und Genossen (Z) auf Annahme eines Gesetzes auf Errichtung einer Provinz Oberschlesien, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 652, S. 1059. Der Antrag wurde am 19. Juli 1919 dem mit den Selbstständigkeitsrechten der Provinzen befaßten 16. Ausschuß überwiesen. Vgl. auch Dok. Nr. 58.

² Antrag der Abg. *Rade* und Genossen (DDP) auf Einrichtung von Lehrstühlen oder Lehraufträgen für Politik an den Handelshochschulen, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 659, S. 1062.

³ Die Beratung der Denkschrift über die Behandlung der Arbeiterlohnfragen bei der Staatseisenbahnverwaltung, ebd., Nr. 640, S. 1014–1019, erfolgte in der 49. Sitzung am 19. Juli 1919.

würden, etwa 400 Millionen betragen [würden]. Der Minister hat den Antragstellern zugesagt, daß er sich einem Schiedsspruch⁴ unterwerfen werde, nur unter der Voraussetzung, daß die Landesversammlung sich mit diesem Schiedsspruch einverstanden erkläre.

Abg. **Grund** berichtet über den Verlauf der Sitzung mit dem Minister und den anderen Parteien. Es sei dort festgestellt worden, daß der Schiedsspruch gefällt worden sei, noch bevor die Aktion zur Senkung der Lebensmittelpreise eingeleitet worden sei. Man habe sich später dahin geeinigt, daß der Schiedsspruch an das Schiedsgericht zurückverwiesen werden soll, jedenfalls sollen die Fraktionen sich heute mit dieser Angelegenheit noch einmal beschäftigen.

Abg. **Riedel** behauptet, die Darstellungen der Denkschrift seien unrichtig. Die Eisenbahnverwaltung habe noch in letzter Zeit Versetzungen von Orten in höhere Lohnklassen vorgenommen. Seit Mai mache die Verwaltung Vorschläge auf Errichtung von Schlichtungsstellen, jetzt sei aber ein Schiedsspruch gefällt [worden] und da wolle die Verwaltung sich hinter der Landesversammlung verstecken. Er beantrage, daß zu dem Schiedsgericht auch Vertreter der Landesversammlung hinzugezogen würden.

Abg. **Höfler** stimmt den Mitteilungen des Abg. *Riedel* über die verfehlte Lohnordnung der Eisenbahnverwaltung zu.⁵ Auch er verlangt, daß die Lohnordnung möglichst schnell neu geregelt werde. Schiedsgerichte, die in das Etatrecht der Landesversammlung eingriffen, kann er nicht anerkennen.

60.

19.7.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 73v–74v. Zeit: 10.00 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Abg. **Abderhalden** bringt zur Sprache, daß der Redner des Zentrums im Plenum gegen einen Antrag gesprochen habe, der vom Ausschuß für Bevölkerungspolitik einstimmig angenommen [worden] war, und dessen Rückverweisung in den Ausschuß beantragt habe.¹ Die Fraktion möge gegen Nichteinhaltung von Abmachungen seitens anderer Fraktionen protestieren.

⁴ Die Staatsregierung hatte die auf eine allgemeine Lohnerhöhung abzielende Forderung der ostpreußischen Eisenbahnarbeiter einem beim Reichsarbeitsministerium zu bildenden paritätischen Schiedsgericht unterbreitet mit der Maßgabe, daß die Anerkennung des Schiedsgerichts wegen der zu erwartenden finanziellen Belastungen von der Zustimmung der Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung abhängig gemacht werden sollte. Vgl. die Denkschrift über die Behandlung der Arbeiterlohnfragen bei der Staatseisenbahnverwaltung, in: ebd., Nr. 640, S. 1014–1019, hier S. 1015.

⁵ Die Lohnordnung vom Dezember 1918 nahm nur eine Stufung der Arbeiter der Staatseisenbahnverwaltung nach Altersgrenzen vor. »Die Lohnordnung«, so führte Minister *Oeser* am 19. Juli 1919 aus, »hat ihrerseits dazu beigetragen, die Arbeitsunlust zu steigern, weil eine Möglichkeit, besonders schwere, harte, anstrengende Arbeit herauszuheben, nicht bestand.« SBpLV 1919/21, Bd. 3, Sp. 3909. Vgl. auch ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 640, S. 1014–1019, hier S. 1014.

¹ Vgl. die Rede des Abg. *Kloft* (Essen) (Z) in der 48. Sitzung am 18. Juli 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 3, Sp. 3873–3886, hier 3885 f. Gemeint ist der Antrag des Ausschusses für Bevölkerungspolitik auf Neugestaltung des Hebammenwesens, in: ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 417, S. 587.

Zur Tagesordnung des Plenums ist nichts zu bemerken.

Abg. **Schreiber** verliest ein Schreiben des Abg. *Abderhalden*, der mitteilt, daß die Universität und die Studentenschaft in Halle darauf dringen, daß er seine Vorlesungen [einhalte]² und daß er aus diesem Grunde und im Interesse wissenschaftlicher Arbeiten nur in dem Fall sein Mandat weiterführen kann, wenn die Fraktion einverstanden ist, daß er von weniger wichtigen Sitzungen der Fraktion und des Plenums fern bleibt.

Die **Fraktion** entscheidet dahin, den Kollegen *Abderhalden* dringend zu bitten, sein Mandat zu behalten, und ihm zum Ausdruck zu bringen, daß sie großen Wert auf sein Verbleiben legt.

Die Leitsätze über die kollegiale Schulleitung³ in der vorliegenden Fassung stellen eine Einigung der Ansichten im Ausschuß dar, bis auf Satz 3 – Dauer der Amtstätigkeit – über die die **Fraktion** abstimmt zugunsten einer 6jährigen Amtsdauer – nachdem eine Abstimmung über 12jährige Dauer 15 Stimmen dafür und 15 dagegen ergab. Satz 4 wird mit 25 gegen 6 Stimmen angenommen, vorbehaltlich eines Zusatzes und ein Satz 6 neu angefügt. Endgültige Fassung siehe Anlage.

Der **Vorsitzende** richtet Abschiedsworte an den Abg. *Schmiljan*, für den Fall, daß er durch Inkrafttreten der Friedensbestimmungen nach der Vertagung nicht zurückkehrt, für den der letztere dankt und die der Abg. *Cassel* ergänzt durch eine Würdigung der langjährigen Zusammenarbeit im früheren Abgeordnetenhaus.⁴

Abg. **Schloßmann** erstattet Bericht über interfraktionelle Besprechung mit dem Minister des Innern über die Ernennung von Regierungsbeamten.⁵ Die Vertreter der Fraktion haben den Protest des Unterstaatssekretärs *Meyer* gegen einige der vorgesehenen Besetzungen nachdrücklich unterstützt, obwohl der Minister *Heine* mit seinem Rücktritt drohte.

Abg. **Rebehn** fordert neben den überall auftauchenden sozialdemokratischen und Zentrumsvertretern auf Anstellung von Beamten aus der Demokratie zu dringen, auch die Abg. **Böer** und **Juds** wünschen paritätische Besetzung durch Vertreter der Mehrheitsparteien, bei der jetzigen Handhabung erleide die Demokratie immer den Schaden.

Abg. **Goll** fordert energische Kritik der jetzigen Praxis der Regierung gelegentlich der Etatbesprechung, ebenfalls Abg. **Ehlers**, der auf Berufungen aus den Reihen bewährter Verwaltungsbeamter hinweist.

Abg. **Grund** sieht in dem Drängen der Masse die Ursache für unsachliche Besetzungen, hält die augenblickliche Lage für ungünstig, um unseren Standpunkt zur Geltung zu bringen, da die Sozialdemokratie uns braucht.

Abg. **Kuhle** warnt davor, unsererseits parteipolitische Rücksichten geltend zu machen, ebenso davor, den Herrschaftsgelüsten der Sozialdemokraten nachzugeben.

Unterstaatssekretär **Meyer** stellt fest, daß eine Nichtberücksichtigung der demokratischen Partei durchaus nicht vorliegt, weist auf zahlreiche Berufungen sachlich geeigneter Vertreter aus ihren Reihen hin. Ein Rückgriff auf Verwaltungsbeamte würde eine Liberalisierung des Verwaltungskörpers verhindern, da diese fast ohne Ausnahme stockkonservativ sind. Weite Kreise des Volkes wollen einen Erfolg der Revolution

² Im Original: »innehält«.

³ Nicht nachgewiesen.

⁴ Alfred *Schmiljan*, der von 1913 bis 1918 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses war, vertrat den Wahlkreis 2 (Provinz Westpreußen) und gehörte der Landesversammlung bis 1921 an. Seit Mai 1919 war er zweiter, seit Juli 1920 erster stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

⁵ Vgl. auch die Fraktionssitzung des preußischen Zentrums vom 19. Juli 1919, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 55, S. 96. Vgl. dazu auch STANG, S. 340–352.

sehen, wir müssen die Erneuerungsbestrebungen der Regierung gutheißen, in den entsprechenden Fällen unseren Standpunkt energisch wahren. Die kritische Lage verlangt einen geschickten Ausgleich der Befugnisse der Zivil- und Militärbehörden, in Pommern sei es besonders schwierig, den richtigen Mittelweg einzuhalten.

Abg. **Schloßmann** formuliert den Beschluß der Fraktion dahin, Herrn Unterstaatssekretär *Meyer* zu beauftragen, dem Minister zu erklären, daß die Fraktion seinen Standpunkt billige und auf seiner Durchsetzung bestehe.

61.

18.9.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 74r–75r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: *Dominicus*.

Der Vorsitzende Abg. *Dominicus* begrüßt die Fraktionsmitglieder zu der wohl jetzt lange Monate andauernden Arbeit. Entschuldigt Abg. *Schmiljan*.

Als Redner für den Etat des Wohlfahrtsministeriums werden die Abg. *Schloßmann* und *Abderhalden* ausersichen.¹

Abg. **Schloßmann** teilt mit, daß er dafür eintreten werde, die Bäder auch den minder bemittelten Bevölkerungskreisen zugänglich zu machen. Bei der Mitteilung der verschiedenen Eingänge wird Kenntnis davon gegeben, daß die Abg. *Otto* und *Heilbrunn* ihre Mandate niedergelegt haben.²

Abg. Dr. **Ruer** berichtet über die Kommissionsberatungen über die Verselbständigung der Provinzen.³ Er weist darauf hin, daß durch die Entwicklung der Dinge die Frage der Reichseinheit immer mehr in der Vordergrund des Interesses getreten sei und daß die Fraktion sich darüber klar werden müsse, ob sie ebenfalls für die unitarische Entwicklung eintreten wolle. Der Gesetzentwurf über die Verselbständigung der Provinzen habe durch die Regelung der Schulfrage durch das Reich die Hauptschwierigkeit verloren. Die Autonomie innerhalb der Gemeindeverfassung werde nach dem Entwurf des früheren Ministers *Dreows* nur eine Fassade sein. Es solle deshalb den Provinzen die Möglichkeit gegeben werden, die auf Stammeseigentümlichkeit beruhenden besonderen Verfassungsbestimmungen über das Gemeindewesen zu bewahren. In der Frage der

¹ Die zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, und zwar Ministerium für Volkswohlfahrt, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 613, S. 957–962, fand in der 50. bis 52. Sitzung vom 18. bis 23. September 1919 statt. Die Reden von *Schloßmann* in der 50. Sitzung am 18. September 1919, in: ebd., Bd. 4, Sp. 4024–4037, die von Dr. *Abderhalden* in der 52. Sitzung am 23. September 1919, in: ebd., Sp. 4175–4183.

² An Stelle des Abgeordneten und Universitätsprofessors Dr. *Otto* aus Marburg, der wegen einer Erkrankung sein Landtagsmandat für Hannover-Hildesheim-Lüneburg niederlegte, trat als nächster Bewerber auf der demokratischen Vorschlagsliste Oberpostsekretär Adam *Barteld* aus Hannover in die Preußische Landesversammlung ein. Vgl. DEMOKRATISCHE PARTEI-KORRESPONDENZ, 198, 4.9.1919. Wegen Arbeitsüberlastung schied Justizrat Dr. *Heilbrunn* aus Frankfurt a.M. aus der Landesversammlung aus. Sein Mandat für den 19. Wahlkreis (Hessen-Nassau) übernahm der Oberbahnassistent *König* aus Kassel. Vgl. DEMOKRATISCHE PARTEI-KORRESPONDENZ, 209, 18.9.1919.

³ Vgl. den Bericht des 16. Ausschusses (Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände), der Ende September 1919 vorlag, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 824, S. 1326–1335.

Einsetzung von Beiräten bei den Provinzialbehörden werde das Zentrum und die Sozialdemokratie nicht nachgeben, es sei deshalb zu empfehlen, daß die Fraktion darin keine Schwierigkeiten machen solle.

Abg. **Dominicus** berichtet über die Verhandlungen der Kommission über die Schaffung einer Provinz Oberschlesien.⁴ Er habe dort gesagt, die Fraktion könne der Vorlage nur zustimmen, wenn nationale Gründe dafür sprächen.

Abg. **Grund** hebt hervor, daß die Schaffung der Provinz Oberschlesien eine nationale Notwendigkeit sei. Das Zentrum habe auf Bildung einer selbständigen Republik Oberschlesien hingearbeitet. Zwischen Zentrum und Sozialdemokratie sei es in dieser Frage zu der schärfsten Gegnerschaft gekommen. Die demokratische Partei habe ihre Politik so eingestellt, daß sie Zentrum und Sozialdemokratie zu einer gemeinsamen Arbeit bei der Abstimmung vereinige. Dies sei vielleicht nur möglich durch die Verleihung der Provinzialautonomie für Oberschlesien.

Abg. Dr. **Preuß** glaubt, in der Gewährung provinzieller Autonomie an Oberschlesien so weit gehen zu müssen wie irgendwie möglich. Es sei aber zweifelhaft, ob der Erfolg dieser Maßnahme jetzt noch groß sein werde, unzweifelhaft aber sei es, daß eine Verweigerung von sehr unangenehmer Wirkung sein werde. Die Verleihung der Autonomie an Oberschlesien sei aber auch für den unglücklichen Fall zu empfehlen, weil dann auch Polen Oberschlesien als autonomes Gebilde übernehmen müsse, was für die deutsche Arbeit in Oberschlesien von großem Wert sein müsse.

Abg. Dr. **Kochmann** widerspricht ihm, da Polen sich in diesem Falle nicht durch eine solche von Preußen ergriffene Maßnahme beeinflussen lasse. Die Wählerschaft in den Städten, soweit sie nicht polnisch sei, werde für Deutschland stimmen. Ungewiß sei die Stellung der ländlichen Bevölkerung und vor allem der Frauen auf dem Lande. Vielleicht seien Zugeständnisse da von großer Bedeutung.

Abg. **Frentzel** ist auch der Ansicht, daß nichts anderes möglich sei, als die Autonomie an Oberschlesien zu verleihen. Wenn Oberschlesien an Polen falle, dann sei es ja gleichgültig, ob man so vorgegangen sei oder nicht. Wenn es bei Deutschland bleibe, so kann man vielleicht unzufrieden sein mit der Form, aber wir behalten es wenigstens und das sei die Hauptsache.

Die **Fraktion** ist bei der Abstimmung dafür, daß Oberschlesien entsprechend dem Antrage des Zentrums die Autonomie gewährt wird.

Abg. **Kuhle** ist der Meinung, daß der Gesetzentwurf über die Autonomie der Provinzen seinen Ausgang genommen habe von den Verhandlungen in Weimar. Der § 1 des Gesetzes sei äußerst unklar, da ja gar keine Klarheit darüber geschaffen worden sei über den Begriff der Schulverfassung.⁵ Der Provinz bleibe ja gar nichts mehr zu regeln, da ja alle die in Betracht kommenden Fragen durch die Reichsverfassung geregelt seien. Jedenfalls sei der Paragraph 1¹ [Regelung der Frage der Schulverfassung] abzulehnen.

Abg. **Cassel** macht darauf aufmerksam, daß große Teile der einzelnen Provinzen nach Annahme dieses Paragraphen vergewaltigt würden. Die Bestimmungen der Reichsverfassung verweisen auf die Landesgesetzgebung. Man wisse aber nicht, wie diese Landesgesetzgebung aussehe. Es wäre deshalb am besten, den Artikel zu streichen. Es sei aber verfrüht, jetzt schon gesetzgeberische Festlegungen zu treffen.

⁴ Vgl. Dok. Nr. 59.

⁵ § 1 des Gesetzentwurfs berechnete die Provinziallandtage, Provinzialstatuten 1. über die Regelung der Frage der Schulverfassung, 2. über Besonderheiten des provinziellen Gemeinde-, Kreis-, Provinzialverfassungsrechts, 3. über die Zulassung einer anderen Amtssprache und 4. über die Einrichtung von Beiräten zu beschließen. Ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 604, S. 951–953. Vgl. auch Dok. Nr. 58.

Abg. Dr. **Friedberg** hält auch die Fassung der Vorlage für vollständig unklar.

Abg. **Ruer** berichtet aus der Kommission, daß der Artikel 1¹ nach der Verabschiedung der Reichsverfassung völlig gegenstandslos geworden sei.

Abg. **Friedberg** glaubt, daß [...]⁶ dem § 1 der zukünftigen Landesgesetzgebung zuvor gegriffen werde.

Die **Fraktion** beschließt für den Artikel 1 des Gesetzentwurfs zu stimmen.

Abg. Dr. **Preuß** macht bei Besprechung des Absatzes 2 darauf [aufmerksam]⁷, daß die Beschränkung der Autonomie auf die bestehenden Eigentümlichkeiten doch zu eng gefaßt sei im Hinblick auf die zu erwartenden neuen Verwaltungsgesetze. Die Ziffer 2 des Gesetzentwurfs wird ebenso wie Ziffer 3 von der Fraktion gebilligt.

Abg. **Dominicus** ist der Ansicht, daß bei den Bestimmungen über die Beiräte die Gefahr vorliege, die Institution der Arbeiterräte zu einer dauernden zu machen.

Abg. **Cassel** ist der Meinung, daß man im Hinblick auf diese Gefahr hin nicht den Vorwurf auf sich laden solle, daß man eine alte liberale Forderung aufgeben.

Abg. **Schnackenburg**: Die Verwaltung solle so unter möglichst scharfe Kontrolle gestellt werden und das sei zu verwerfen.

Abg. **Friedberg** meint, es könne der ganzen Institution das Rückgrat gebrochen werden, wenn festgelegt werde, daß die Tätigkeit als Beirat unentgeltlich ausgeübt werde.

Abg. **Schnackenburg** glaubt, daß die Bestimmung über die Beiräte unbedingt abzulehnen sei.

Die **Fraktion** beschließt, dem Absatz 4 zuzustimmen mit dem Zusatz, daß die Beiräte von den Provinziallandtagen gewählt werden sollen.

Abg. **Dominicus** befürwortet die Annahme des Antrages *Dominicus*, nach dem die Staatsregierung mit den anderen Regierungen in Verhandlungen eintreten [solle] zwecks Beseitigung der Souveränität der Einzelstaaten. Er glaubt, daß wir die teuerste Verwaltung haben und daß wir uns das auf die Dauer nicht leisten können. Es scheine ihm notwendig, daß von Preußen der Beginn gemacht werden müsse.

Abg. Dr. **Preuß** ist gegen den Antrag, weil die Annahme den Partikularismus in den süddeutschen Staaten von neuem aufflammen lassen werde. Wichtiger, als formell das Bekenntnis zum Einheitsstaat abzulegen, sei es, einen Ruhezustand eintreten zu lassen.

Abg. **Cassel** glaubt, daß die Wähler bei den bevorstehenden Wahlen von der Partei abfallen würden, wenn wir mit einer solchen Aktion hervortreten.

Abg. **Friedberg** möchte davon abraten, einen solchen Antrag zu stellen, weil die Partei auch auf die Süddeutschen Rücksicht nehmen müsse.

Abg. **Cassel** hält seine Meinung aufrecht, daß die Verfolgung des Gedankens nachteilige Folgen haben werde.

Abg. **Friedberg** schlägt vor, den Antrag an den Vorstand der Partei zu verweisen.⁸

⁶ Im Original: »er«.

⁷ Im Original: »hin«.

⁸ In der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 27. September 1919 kam diese Frage zur Sprache. Der Ausschuß hielt jedoch eine Initiative auf Vereinheitlichung des Reichs aus politischen und taktischen Gründen für unzumutbar. Vgl. LINKSLIBERALISMUS, Nr. 37, S. 84 f., hier S. 85.

62.

19.9.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 76v–77v. Zeit: keine Angaben, vermutlich vormittags. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Dominicus.

Die **Fraktion** beschließt, für den Antrag *Oelze* auf Versetzung der Gendarmen unter die mittleren Beamten zu stimmen.¹

Die **Fraktion** beschließt, an Stelle des ausscheidenden Abg. *Otto* den Abg. *Schnackenburg* in den Vorstand zu wählen.²

Zu Mitgliedern des Untersuchungsausschusses³ werden die Abg. *Sommer* und Dr. *Berndt* gewählt. Zum Mitglied der Gestüttskommission wird der Abg. *Iversen* gewählt. Als Redner für die Bauverwaltung wird der Abg. *Rebehn* bestimmt.⁴ Für die Tariferhöhung wird Abg. *Frentzel* bestimmt.⁵ Als 2. Geschäftsführer wird der Abg. *Kopsch* gewählt.⁶

Abg. **Frentzel** berichtet über die Gesetzesvorlage, betreffend die Tariferhöhung.⁷ Das Defizit der Eisenbahn in diesem Etatjahr beträgt 3450 Millionen. Wenn auch nur die Hälfte dieses Defizits durch die Tariferhöhung aufgebracht werden soll, so müßte sie 1700 Millionen einbringen. Das ist eine indirekte Besteuerung, die auf alle Güter gelegt wird und die sehr bedenklich ist. Trotzdem wird es unmöglich sein, an dieser Maßnahme vorbeizukommen. Der Redner weist aber darauf hin, daß die Tariferhöhung ein sehr hohe sein werde. Die Beibehaltung einer stetigen Tarifpolitik sei eine unbedingte Notwendigkeit.

Abg. **Riedel** glaubt, daß der Antrag *Dominicus* auf Wiedereinführung des Akkordlohnsystems zu großen politischen Schwierigkeiten führen werde.⁸ Man werde den Demokraten den Vorwurf machen, daß sie das Wohl der Arbeiter gefährden. Der Redner gibt Beispiele dafür an, daß in hohen Eisenbahnverwaltungsstellen eine konservative Politik getrieben werde. Zum Schluß befürwortet der Redner die Elektrisierung des Eisenbahnwesens.

Abg. **Dominicus** begründet seinen Antrag auf Einführung des Akkordlohnsystems. Selbst von sozialdemokratischer Seite sei mitgeteilt worden, daß die Firma Henschel das Akkordarbeitssystem beibehalten habe und dabei gut gefahren sei. Der Redner gibt dann ein Schreiben der Firma Henschel wieder, in dem mitgeteilt wird, daß selbst in den Reparaturwerkstätten sich die Akkordarbeit gut bewährt habe. Der Redner hält es für sehr wünschenswert, daß gerade die deutsche demokratische Fraktion die Anre-

¹ Antrag der Abg. *Oelze* und Genossen (DNVP) auf Versetzung der Gendarmen unter die mittleren Beamten, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 424, S. 589.

² Gemeint ist der Provisorische Hauptvorstand. Zu Rudolf *Otto* (Marburg) vgl. Dok. Nr. 61 und LINKSLIBERALISMUS, S. 788.

³ Gemeint ist der Untersuchungsausschuß über die Januar-Unruhen 1919 in Berlin, der in der 5. Sitzung am 19. März 1919 eingesetzt worden war. Vgl. den Ausschlußbericht, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 15, Nr. 4121 A–D, S. 7669–8191.

⁴ Die Rede des Abg. *Rebehn* in der 53. Sitzung am 24. September 1919, in: ebd., Bd. 4, Sp. 4275–4284.

⁵ Die Rede des Abg. *Frentzel* in der 51. Sitzung am 19. September 1919, in: ebd., Sp. 4061–4067.

⁶ Walther *Schreiber* amtierte seit dem 26. März 1919 als erster Fraktionsgeschäftsführer. Vgl. Dok. Nr. 15.

⁷ Der Gesetzentwurf über Erhebung von Zuschlägen im Güter- und Tierverkehr der preußisch-hessischen Staatseisenbahnen, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 728, S. 1114–1116.

⁸ Ein entsprechender Antrag wurde nicht gestellt.

gung gibt, die Akkordarbeit wieder einzuführen. Er weist auf die großen Nöte hin, die wir im Winter zu erwarten haben und hebt hervor, daß man dann die Regierung beschuldigen werde und dann hätten auch die Demokraten unter dieser Hetze zu leiden. Es sei übrigens zu erwägen, mit den anderen Mehrheitsparteien den Antrag gemeinsam zu stellen. Wenn das unmöglich sei, dann kann man noch immer schlüssig werden, ob die Fraktion allein vorgeht.

Minister **Oeser** hält es nicht für richtig, daß die Demokraten [mit] dem Antrag allein vorgehen. Das würde vielleicht zu den entgegengesetzten Zielen führen. Der Minister beschwert sich dann darüber, daß auch aus demokratischen Kreisen Beschwerden gegen die Organisation des Beamtenapparats erhoben werden, die nicht berechtigt sind. Es sei zwar schwierig, die Werkstätten von unlauteren Elementen zu säubern. Er habe aber dementsprechende Erlasse ausgegeben und werde auf die unbedingte Durchführung dieser Erlasse bestehen.⁹ Die Elektrisierung wird mit aller Beschleunigung betrieben. Der Minister gibt dann äußerst interessante Mitteilungen über technische Neuerungen zur Ersparung der Kräfte.¹⁰

Abg. **Dominicus** erklärt, daß er eine Einbringung des Antrags nur durch unsere Fraktion nicht wünsche.

Abg. **Kuhle** tritt für Akkordarbeit ein und hält es für nötig, auch wenn unsere Fraktion allein [vorgehen müßte], wenn die anderen Mehrheitsparteien sich nicht entschließen, einen Antrag auf ihre Einführung einzubringen.

Abg. **Westermann** schließt sich dem an.

Abg. **Hoffmann** bekämpft nach den Erfahrungen mit den früheren Akkordsystemen die Wiedereinführung der Akkordarbeit, weil das Kolonnensystem nicht zu beseitigen sei. Er regt an, die zweite Schicht in den [...]¹¹ abzuschließen.

Abg. **Rebehn** regt an, von der Fraktion aus gegen den vom Minister *Oeser* erwähnten Artikel des Abg. *Gothein*¹² Stellung zu nehmen.¹³ Er trete für Akkordarbeit ein trotz sozialpolitischer Bedenken [...]¹⁴. Er beantragt in den Antrag *Dominicus* einen Zusatz auf-zunehmen, der für [...]¹⁵ des kaufmännischen und technischen [...]¹⁶ in Eisenbahnbetrieben eintrete.

Abg. **Cassel** wendet sich gegen ein Vorgehen gegen *Gothein*.

Abg. **Ommert** weist auf die Schwierigkeit hin, ein gerechtes Akkordsystem einzuführen.

Abg. **Kopsch** meint, die Frage über [...]¹⁷ der Eisenbahnarbeiter habe keine sachlichen Gründe gegen das Akkordsystem vorgebracht.

⁹ Am 9. August 1919 hatte Eisenbahnminister Rudolf *Oeser* einen Erlaß an die Beamtenschaft der preußisch-hessischen Staatsbahnen gerichtet, in dem vor einem Streik und den damit verbundenen Folgen für die Kohlenversorgung und die Betriebslage der Eisenbahnen gewarnt wurde. Vgl. DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER, 1919/II, S. 283 f.

¹⁰ Ab hier Handschrift *Schümer*.

¹¹ Wort unleserlich.

¹² Georg *Gothein* (1857–1940), Bergrat a. D., 1893–1901 Syndikus der Handelskammer Breslau, Vors. des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, Februar–März 1919 Minister ohne Portefeuille, März–Juni 1919 Reichsschatzminister, 1893–1903 MdpAH (Freisinnige Vereinigung), 1901–1918 MdR (Freisinnige Vereinigung/Fortschrittliche Volkspartei), 1919/20 MdNatVers, 1920–Mai 1924 MdR (DDP).

¹³ Reichsschatzminister a. D. *Gothein*: »Der Ernst der Kohlenfrage.«, in: BERLINER TAGEBLATT, 369, 10. August 1919.

¹⁴ Vier Wörter unleserlich.

¹⁵ Wort unleserlich.

¹⁶ Wort unleserlich.

¹⁷ Wort unleserlich.

Abg. **Friedberg** bestreitet, daß Kolonnensystem sich nicht mit gerechtem Akkordsystem vereinigen lasse. Er betont, daß wir [...] ¹⁸ im [...] ¹⁹ für das Akkordsystem eintreten müssen, da wir auf die Unterstützung des Mittelstandes angewiesen sind.

Der Gesetzantrag *Rebehn* wird abgelehnt. Der Antrag *Dominicus* wird angenommen gegen 3 Stimmen.

Die Fraktion wird befragt, ob Abg. *Schnackenburg* oder Abg. *Ruer* die Fraktion im Gemeindevorstand vertreten soll. *Ruer* ist eingetreten, als *Schnackenburg* die Vertretung nicht mehr ausüben konnte.

Abg. **Meyer** beantragt, über die Frage abzustimmen, ob Abg. *Ruer* abberufen werden soll.

Die Abstimmung ergibt Ablehnung des Antrags, *Ruer* abberufen.

63.

23.9.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 77v-r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: *Dominicus*.

Abg. **Kopsch** macht Mitteilung von einigen Schreiben, in denen Beschwerde erhoben wird über die Haltung der Fraktion in der Frage der Lehrerbesoldung.¹

Es wird beschlossen, am Abend eine besondere Fraktionssitzung zu veranstalten, in der diese Frage behandelt werden soll.² Es wird weiter beschlossen, daß die Fraktion nochmals den Antrag stellt, die Staatsregierung zu ersuchen, bei den Kommunalverwaltungen dahin zu wirken, daß die Gemeindebeamten die gleichen Zuschüsse erhalten wie die Staatsbeamten, wobei allerdings die allgemeinen Gehaltsverhältnisse der Beamten in den einzelnen Gemeinden berücksichtigt werden können.³ An Stelle des durch Krankheit verhinderten Abg. *Grund* wird Abg. *Kochmann* in den Ausschuß zur Beratung des Autonomiegesetzes entsandt.

¹⁸ Wort unleserlich.

¹⁹ Wort unleserlich.

¹ In der Kritik stand offenbar die als zu zurückhaltend empfundene Position der Fraktion in der Frage der Lehrerbesoldung. Nur vereinzelt hatten sich die Demokraten dieses Themas angenommen. Vgl. Dok. Nr. 7 und 9. Vgl. auch die Kleine Anfrage des Abg. Dr. *Schloßmann* (DDP) über die Besoldung der seminaristisch gebildeten Lehrer an den höheren Schulen Düsseldorf, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 733, S. 1117, vom 10. September 1919.

² Die Abendsitzung vom 23.9.1919 ist nicht nachgewiesen. Die Lehrerbesoldungsfrage wurde in der Fraktion am 30. September 1919 diskutiert. Vgl. Dok. Nr. 68.

³ Antrag der Abg. *Schmiljan* und Genossen (DDP) zur Denkschrift über die Gewährung einer neuen einmaligen Teuerungszulage an unmittelbare Staatsbeamte usw. (Nr. 727), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 850, S. 1357. Bereits am 14. März 1919 hatte die DDP den Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP), betr. Teuerungszulagen für Beamte usw. und Sicherstellung ihrer erworbenen Rechte, gestellt. Vgl. ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 28, S. 97 f.

Abg. **Struve** führt Beschwerde über die Haltung einiger Mitglieder des Ausschusses bei der Beratung des § 1¹ des Autonomiegesetzes.⁴ Ein Antrag auf Ersetzung dieser Mitglieder durch andere liegt nicht vor.

Ein Antrag **Rade** geht darauf hin, die Regierung zu ersuchen, Polizeiverordnungen, die nicht gehalten werden können [sic].

Es wird beschlossen, den Abg. **Rade** zu beauftragen, sich mit der Antragskommission wegen der Redaktion des Antrags in Verbindung zu setzen.⁵

Abg. **Wenke** befürwortet einen Antrag auf Beseitigung der noch bestehenden selbständigen Gutsbezirke.

Abg. **Laser** glaubt darauf hinweisen zu sollen, daß die Aufhebung der Gutsbezirke auf starken Widerstand der Landräte stößt.

Es wird beschlossen, vor der Einbringung der Anfrage, in welche der Antrag gekleidet ist, die Auskunft des Staatssekretärs Dr. **Meyer** über die Stellungnahme des Ministeriums des Innern einzuholen.⁶

Abg. **Schnackenburg** erklärt sich bereit, vorläufig aus der Gemeindegemission auszuscheiden, stellt aber die Bedingung, daß er bei der Verstärkung des Ausschusses wieder hinein gewählt werde.

Die **Fraktion** ist damit einverstanden.

Auf die Tagesordnung einer der nächsten Fraktionssitzungen soll der Bericht der Geschäftsordnungskommission gestellt werden.⁷ Weiter sollen die Verhältnisse in der demokratischen Partei in Hannover in einer der nächsten Sitzungen der Fraktion besprochen werden.⁸ Der Vorstand wird beauftragt, mit der Fraktion der Nationalversammlung in Verbindung zu treten zur Vereinbarung einer allwöchentlichen gemeinsamen Fraktionssitzung.

Abg. **Otto** bittet die Lehrerbesoldungsfrage von der Tagesordnung der Abendsitzung abzusetzen.

Die **Fraktion** ist damit einverstanden.

⁴ Nach § 1 Ziffer 1 des Gesetzentwurfs über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände sollten die Provinziallandtage berechtigt sein, Provinzialstatuten über die Regelung der für die Provinz relevanten Fragen der Schulverfassung zu beschließen. Vgl. ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 604, S. 951–953, hier S. 951; vgl. auch den Ausschlußbericht, in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 991, S. 1446–1465. Vgl. auch Dok. Nr. 61.

⁵ Ein entsprechender Antrag wurde nicht gestellt.

⁶ Ein entsprechender Antrag ist nicht nachgewiesen.

⁷ Gemeint ist die Geschäftsordnungskommission der Fraktion.

⁸ Die demokratische Partei in der Provinz Hannover war in der Frage der Gründung eines selbständigen Landes Hannover zerstritten. Vgl. auch den Artikel »Ein Freistaat Hannover?« von Reinhold *Werther-Lüneburg*, in: Das demokratische Deutschland, 25, 31.5.1919, S. 581–583.

64.

24.9.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 77r–78v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Schmiljan.

Der Vorsitzende Abg. **Schmiljan** macht darauf aufmerksam, daß in der letzten Zeit, die Vertreter der demokratischen Fraktion nicht den bisher von der Partei vertretenen Standpunkt beibehalten haben.

Die Abg. **Otto** und **Kimpel** bestätigen das; zu der Frage sprechen noch die Abg. **Schümer**, **Wittrock**, **Schloßmann**. Es werden zum Beweis angeführt die Stellung einzelner Mitglieder in der Frage der kollegialen Schulleitung und der Anrechnung eines Teiles der Militärdienstzeit bei der Anstellung in den Kommunaldienst.¹

Abg. **Schreiber** schlägt vor, an den Verband der Militärdienstanwälter ein Schreiben zu richten, in dem mitgeteilt wird, daß einzelne Abgeordnete sich in einem Irrtum befanden, daß die Fraktion als solche aber die Forderung unterstütze.

Es wird beschlossen, die Leitsätze über die kollegiale Schulleitung, wie sie von der Fraktion festgelegt worden sind, sofort zu veröffentlichen.

Es liegt ein Antrag Dr. *Struwe* vor auf Einsetzung eines dauernden Wohnungsausschusses.² Der Antrag wird angenommen.

Für das Plenum wird als eventueller Redner bei der Lotterieverwaltung der Abg. *Kopsch* bestimmt³, für die Münzverwaltung Abg. *Wenke*.⁴

Die **Fraktion** wird für den Gesetzentwurf über die Erhebung von Zuschlägen im Güter- und Tierverkehr der preußisch-hessischen Staatseisenbahnen ohne Abänderung stimmen.⁵

Abg. **Riedel** führt Beschwerde, daß die Vertreter der Fraktion im Haushaltsausschuß oder in der Regierung die Fraktion nicht genügend informierten über die Dinge, die beim Staatshaushalt zur Verhandlung kommen.

Für die Teuerungszulage werden als Vertreter der Fraktion die Abg. *Riedel*, *Ommert*, *Höfler* in den Staatshaushaltsausschuß entsandt.

Abg. **Friedberg** teilt mit, daß der Abg. *Gräff*⁶ der demokratischen Fraktion mitgeteilt habe, die sozialdemokratische Fraktion wolle zum parlamentarischen Staatssekretär im Justizministerium einen Nichtparlamentarier präsentieren.

Abg. **Schloßmann** beantragt, die Fraktion möge dahin wirken, daß die Minister die persönliche Zulage nicht mehr erhalten.

¹ Vgl. auch Dok. Nr. 56 und 60.

² Dringender Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) auf Einsetzung eines ständigen Fachausschusses für die Wohnungsfrage, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 805, S. 1299.

³ Der Abg. *Kopsch* meldete sich in der Debatte über den Haushalt der Lotterieverwaltung, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 688, S. 1084, in der 53. Sitzung am 24. September 1919 nicht zu Wort.

⁴ Die Rede des Abg. *Wenke* (Hirschberg) in der 53. Sitzung am 24. September 1919, in: ebd., Bd. 4, Sp. 4224–4226.

⁵ Vgl. Dok. Nr. 62.

⁶ Eduard *Gräff* (1870–1936), SPD-Sekretär in Frankfurt/M., März 1919–Juni 1920 parlamentarischer Unterstaatssekretär im preußischen Wohlfahrtsministerium, 1920–Mai 1932 Bürgermeister von Frankfurt a.M., 1919–1921 MdLV (Vorsitzender der SPD-Fraktion).

Unterstaatssekretär **Meyer** tritt gegen diese Anregung auf. Es wäre falsch, wenn die demokratische Fraktion gegen die Repräsentation der Minister auftreten wollte.

Es wird ein Unterausschuß zur Vorberatung des § 1 Art. 1 gebildet, der aus den Mitgliedern des Autonomieausschusses und den Abg. *Kimpel* und *Juds* besteht.⁷

Abg. **Schümer** beantragt, daß die Frage der evangelis [sic]⁸

65.

25. 9. 1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 78v–79r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Auf Anregung des Abg. *Schmiljan*, unterstützt vom Abg. *Berghaus*, wird beschlossen, einen Abend der Woche zur Entgegennahme von Berichten aus den Ausschüssen anzusetzen: Dienstag Abendsitzung.

Abg. **Schümer** wünscht, »Voraussicht« [sic] für Bestellung von Fraktionsrednern für plötzlich sich ergebende Besprechungen im Plenum.

Vorsitzende wird Angelegenheit mit Abg. *Friedberg* besprechen.

Abg. **Böer** stellt eine Anfrage, betr. Mieterschutz – Nachfrage im Wohlfahrtsministerium.¹

Abg. **Juds** betr. Übertragung der Verabredung über Rednerzahl im Plenum.

Abg. **Schmiljan** bittet, darauf zu achten, daß Fraktionsmitglieder zahlreich zugegen sind, wenn Vertreter der Fraktion im Plenum spricht.

Bei Besprechung des Plenums wird zu 1. [Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, und zwar Bauverwaltung, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 523, S. 791, Anlagen, Bd. 4, Nr. 817, S. 1323] Zustimmung beschlossen, [zu] 2. [Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, und zwar Finanzministerium, ebd., Nr. 613 zu 1a, S. 957–962, Nr. 685, S. 1082f.] ebenfalls, [zu] 3. [Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, und zwar Allgemeine Finanzverwaltung, ebd., Nr. 691, S. 1084] ebenfalls. Als Redner der Fraktion zum Finanzministerium wird Abg. *Friedberg* bestimmt.² Zum Antrag 11 [des Staatshaushalts-] Ausschusses³ [...] wird Abg. *Schloßmann* in Vertretung von Abg. *Abderhalden* sprechen⁵, zum Antrag [Nr.] 20⁶ Abg. *Schümer*.⁷

⁷ Vgl. Dok. Nr. 63, Anm. 4.

⁸ Das Protokoll bricht hier ab.

¹ Die Anfrage wurde nicht gestellt.

² Die Rede des Abg. Dr. *Friedberg* in der 55. Sitzung vom 26. September 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 4, Sp. 4420–4432.

³ Antrag 11 war der Antrag des Staatshaushaltsausschusses zu den Anträgen a) der Abg. Dr. *Tewes* und Genossen (Z) auf Steuerfreiheit für Teuerungszulagen der Privatangestellten (Nr. 18), b) der Abg. *Frahm* und Genossen (DNVP) auf Steuererleichterung für die Privatangestellten (Nr. 172), in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 782, S. 1272.

⁴ Abkürzung unleserlich.

⁵ Zu diesem Antrag meldete sich kein Abgeordneter der DDP zu Wort.

Abg. **Meyer** stellt Vorlage über die Geschäftsordnung zur Besprechung und weist auf die darin enthaltenen Neuerungen hin.⁸

Abg. **Schreiber** bringt das vom Abg. *Friedberg* geäußerte Bedenken gegen Aufhebung der Rechnungskommission vor.⁹

Abg. **Meyer** berichtet über Autonomiebestrebungen in der Provinz Hannover auf Grund eines Schreibens des dortigen Oberpräsidenten.¹⁰ Stellungnahme der Fraktion soll in Aussprache geklärt werden, zu der [die] hannoverschen Abgeordneten besonders einzuladen sind.

Abg. **Preuß** wünscht eine mit der obigen zusammenhängende Frage der Autonomie hinsichtlich Oberschlesien vorzubringen.¹¹ Der Zentralrat für Oberschlesien versucht mit Hilfe der Reichsregierung Autonomieerklärung zu beschleunigen im Interesse der Abstimmung. Wie stellt sich Fraktion dazu?

Abg. **Dominicus** berichtet, daß Fraktion Antrag auf Beschleunigung und geforderte Verabschiedung des Gesetzes für Oberschlesien gestellt hat: Vorlage ist nächste Woche im Plenum zu erwarten, Annahme anzunehmen.

Abg. **Cassel** wendet sich dagegen, dem Ausschuß die Bearbeitung vorweg zu nehmen und auf Grund der Verhältnisse in Oberschlesien das für den ganzen Staat maßgebende Gesetz inhaltlich auszugestalten. Regt an, besondere Beratung in Gegenwart des preußischen Ministers, der Fraktion und der hannoverschen Abgeordneten.

Abg. **Struve** stimmt dem Vorschlag zu, begrüßt die Absicht des Abg. *Preuß*, mit dem Reichspräsidenten Rücksprache zu nehmen, um Verantwortung der Regierungsparteien in der Frage zu betonen.

Abg. **Ruer**: Sonderrechte für Oberschlesien werden von der Preußischen Landesversammlung nicht zu erlangen sein. Hält zu weitgehende Konzessionen an das Zentrum für verhängnisvoller als etwaige Verselbständigung der Provinz. Rät zur Regelung von Reichs wegen, trotz Kompetenzbedenken.

Abg. **Cassel** erklärt sich gegen jedes Entgegenkommen gegenüber Bestrebungen, die festen Zusammenhalt Preußens bedrohen, besonders gegen Ausschaltung der Preußischen Landesversammlung bei den entsprechenden Beschlüssen.

Abg. **Dominicus** präzisiert Standpunkt der Fraktion, wünscht ihn den Parteifreunden in Oberschlesien bekannt zu geben und von ihnen etwa weiter gehende Wünsche zu erfahren.

Abg. **Kopsch** erklärt sich mit Ausführungen des Abg. *Cassel* durchaus einverstanden. – Die Frage, kann ein Nichtparlamentarier parlamentarischer Unterstaatssekretär wer-

⁶ Gemeint ist die Förmliche Anfrage der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über die Spekulation mit fiskalischem Gelände (Nr. 501), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 501, S. 772.

⁷ Die Rede des Abg. *Schümer* als Fragesteller in der 55. Sitzung am 26. September 1919, in: ebd., Bd. 4, Sp. 4384–4386.

⁸ Gemeint ist die Geschäftsordnung der Fraktion. Vgl. Dok. Nr. 63.

⁹ Gemeint ist die Rechnungskommission der Fraktion.

¹⁰ Oberpräsident der Provinz Hannover war von 1917 bis 1920 Ernst v. *Richter* (DVP).

¹¹ Der Bericht des 16. Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten *Beyer* (Oberschlesien) und Genossen (Z) auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betr. die Errichtung einer Provinz Oberschlesien (Drucksache Nr. 652), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 824, S. 1327–1335, wurde am 26. September 1919 fertiggestellt und dem Plenum vorgelegt. Berichterstatter war Dr. *Ruer*. Die DDP hatte im Ausschuß ihre Bedenken hinsichtlich des praktischen Nutzens einer neuen Provinz Oberschlesien zum Ausdruck gebracht. Vgl. ebd., S. 1329f.

den, wird als nicht beschlußreif festgestellt.¹² Es soll ein Weg gesucht werden, eine sozialdemokratische Vertrauensperson in das Justizministerium zu bringen, [durch das] das Bedenken gegen Besetzung eines Unterstaatssekretärpostens mit einem Nichtfachmann oder Nichtparlamentarier [umgangen werden könne].¹³

Abg. **Abderhalden** begründet seinen Antrag, betr. Kreisärzte.

Abg. **Schloßmann** ersucht um Vertagung bis zur allgemeinen Medizinalbeamtenregelung.

Abg. **Struve** möchte ihn als »zielsetzend« aufrecht erhalten, auf die Gefahr hin, daß er abgelehnt wird.

Abg. **Dominicus** regt an, Zusammenfassung der Fraktion des staatlichen und kommunalen Kreisarztes in Kreisen, wo für ersteren das Arbeitsfeld nicht genügt – bittet Abg. **Abderhalden** seinen Antrag umzuarbeiten um Bedenken auszuräumen.¹⁴

Abg. **Siemen** zum Antrag, betr. Brotversorgung, welcher der Gefahr des Rückgangs der Anbaufläche für Brotgetreide begeben will.

Die Abg. **Meyer, Berghaus, Goll, Friedberg** bekennen sich als grundsätzliche Anhänger der freien Wirtschaft, betonen aber, daß Freigabe der Brotgetreidebewirtschaftung unverantwortlich sein würde, sprechen sich für Erhöhung der Preise zur Angleichung an den Welthandelspreis aus.

Abg. **Siemen** wird mit Heranziehung anderer landwirtschaftlicher und eines Verbrauchervertreeters über seinen Antrag mit dem Landwirtschaftsminister sprechen.¹⁵

Abg. **Dominicus** berichtet über Einführung von Akkordlohn in den Eisenbahnbetrieben.¹⁶ Der Antrag *Schubert*¹⁷ entspricht den von der Fraktion gefaßten Beschlüssen, soll als Antrag der drei Mehrheitsparteien vorgebracht werden.

Die Abg. **Riedel, Ommert, Hoffmann** wünschen sich von der Unterzeichnung auszuschließen, Unterschrift soll von den Fraktionsvorsitzenden geschehen.¹⁸

Abg. **Friedberg**: Ein Urlaubsgesuch des Abg. *Kimpel* gibt Anlaß zur Feststellung, daß Urlaubsgesuche seitens der Fraktion nur mit größter Zurückhaltung unterstützt werden können. Das Vorliegende wird als nicht stichhaltig erklärt.

Abg. **Dominicus** teilt mit, daß Unterkommission für Schulfragen im Zusammenhang mit dem Autonomiegesetz Freitag früh tagen wird.

¹² Durchgestrichen wurde der Passus: »dahin entschieden, daß Vertrauen der Partei maßgebend ist u. parlament. Mandat nicht Voraussetzung sein soll«.

¹³ Parlamentarischer Unterstaatssekretär im preußischen Justizministerium unter Dr. Hugo *am Zehnhoff* (Z) war der Berliner Rechtsanwalt und Beigeordneter im Reichsjustizamt Dr. Hugo *Heinemann* und nach dessen Tod am 2. August 1919 der Kammergerichtsrat Arnold *Freymuth* (SPD). Vgl. SCHNEIDER, Die Parlamentarischen Staatssekretäre, S. 565.

¹⁴ Diese Überlegungen mündeten am 7. November 1919 in den Dringenden Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) auf Neuregelung der Medizinalverwaltung. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1173, S. 1594.

¹⁵ Ein entsprechender Antrag ist nicht nachgewiesen.

¹⁶ Zur Einführung des Akkordlohns in den Eisenbahnbetrieben vgl. die Denkschrift über die Behandlung der Lohnfragen bei der Staatseisenbahnverwaltung vom 16. Juli 1919, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 640, S. 1014–1016.

¹⁷ Emil *Schubert* (geb. 1879), Bezirksleiter der SPD, seit Dezember 1919 Landrat für den Kreis Schmalkalden, 1919/21 MdpLV, 1921/24 MdpLT (SPD).

¹⁸ Gemeint ist der Antrag der Abg. *Gräf* (Frankfurt), Dr. Dr. *Porsch* und Dr. *Friedberg* und Genossen (SPD, Z, DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Eisenbahnverwaltung für das Rechnungsjahr 1919, betr. Umgestaltung der Verwaltung und Hebung der Transportkrise, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 965, S. 1410f.

Eine Anfrage des Abg. *Böer*, betr. Mittellandkanal, soll als Kleine Anfrage eingebracht werden.¹⁹

66.

26.9.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 80v-r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Als zweiter Redner zum Finanzetat wird Abg. *Höfler*, für die Steuerfragen Abg. *Kuhle* bestimmt.¹

Über Beschlüsse des Ältestenausschuß wird berichtet: Zu den Etatberatungen sollen nur je 2 Redner sprechen. Alle 6 Wochen ungefähr sollen jedes Mal 8 Tage Ferien einsetzen, wahrscheinlich zunächst Ende Oktober.²

Zur Drucksache Nr. 803³ berichtet Abg. *Höfler*, daß der von ihm gestellte Antrag im Ausschuß von den Demokraten abgelehnt wurde, Fraktion beschließt Zustimmung.⁴

Zum Antrag *Ommert*: Bezahlung der über den Achtstundentag hinaus geleisteten Arbeitsstunden den Eisenbahnern im besetzten Gebiet zu bezahlen [sic], wird Besprechung mit dem Minister *Oeser* beschlossen, die sich auf den vorigen Punkt mit erstreckten soll.⁵

Bericht des Abg. *Rade* über die Vorlagen zur neuen Kirchenverfassung;⁶ behält sich vor, in nächster Zeit dazu gehörige Anträge zu stellen.

Abg. *Schümer* weist auf den vom Parteitag der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesenen Antrag hin: auf Schaffung eines aus Urwahlen hervorgehenden allgemeinen Kirchentags zur Neuregelung der landeskirchlichen Verfassung.⁷

¹⁹ Nicht nachgewiesen.

¹ Rede *Höflers* in der 57. Sitzung am 1. Oktober 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 4, Sp. 4554–4573. Zur Verwaltung der direkten Steuern nebst den dazugehörigen Anträgen sowie der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern sprach in der 59. Sitzung am 3. Oktober 1919 der Abg. *Goll*, in: ebd., Sp. 4735–4746.

² Zur Sitzung des Ältestenrats vom 24. September 1919, 10.18 bis 12.22 Uhr, vgl. GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 DI, Nr. 44, Bd. 1.

³ Antrag der Abg. *Schmidt* (Stettin) und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Eisenbahnverwaltung für 1919 (Obervorsteher- und nichttechnische Eisenbahnobersekretärstellen, die freierwerbenden Stellen bis zur Höchstzahl von 100 in Obervorsteher umzuwandeln), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 803, S. 1299.

⁴ Vgl. den Bericht des Staatshaushaltsausschusses über den Haushalt der Eisenbahnverwaltung für 1919, in: ebd., Nr. 781, S. 1159–1271, hier S. 1216 und 1255–1258, sowie den Ausschußantrag zu 2 Bd, S. 1266.

⁵ Der Antrag wurde nicht gestellt, siehe unten.

⁶ Der Gesetzentwurf, betr. die Neuregelung der Verfassung der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2546, S. 4204–4210, mit Anlagen, wurde der Landesversammlung am 19. Juni 1920 übersandt.

⁷ Der auf dem Berliner Parteitag der DDP vom 19. bis 22. Juli 1919 der demokratischen Fraktion der Preußischen Landesversammlung überwiesene Antrag der Partei in Köln-Wesseling (Dr. Ernst *Barnikol* und Genossen) lautete: »Die preußische Fraktion und ihre Vertreter in der preußischen Regie-

Abg. **Juds** beantragt Bestellung eines Ausschusses, der feststellen soll, was der Fraktion bzw. der Landesversammlung noch zu tun möglich bleibt.

Abg. **Wiglow** beanstandet Fassung des Entwurfs, nach der bewährter christlicher Sinn etc. Vorbedingung für passives Wahlrecht sein soll.

Fraktion bestimmt Abg. **Rade**, sich mit den Abg. **Berndt** und **Preuß** zur Weiterverfolgung dieser Frage ins Benehmen zu setzen.

Abg. **Schmiljan**: Die Übung, daß Fraktionsredner ihre geplanten Ausführungen kurz gefaßt vorher bekannt geben, soll wieder aufgegriffen werden.

Abg. **Schümer** skizziert seine Ausführungen zum Antrag, betr. militärfiskalisches Gelände.⁸

Minister **Oeser** hat keine Bedenken gegen Stellung des Antrags **Schmidt**⁹ – befürchtet durch den Antrag **Ommert** Beunruhigung in den dem besetzten Gebiet benachbarten Direktionsbezirken und als Rückwirkung Nachforderungen, hält die Forderungen für abgegolten durch allgemeine Lohnerhöhung und Beschaffungszulagen – außerdem haben die Arbeitgeber, auch die Eisenbahnverwaltung, Zuschüsse zur Beschaffung billiger Lebensmittel von der Besatzungsbehörde geleistet.

Fraktion entscheidet gegen Antrag **Ommert**. – Fraktion schließt sich einem Antrag des Zentrums, gegen eine Anordnung des Landwirtschaftsministers in Bezug auf die Landwirtschaftskammern, sachlich an; Vertreter der Fraktion werden Milderung der Form versuchen.¹⁰

Abg. **Grabowski** beansprucht stärkere Berücksichtigung der Agrarfrage in der Fraktion.

Abg. **Schreiber** beantragt, daß Fraktion einen Antrag gegen Erlaß am 2. September stellt.¹¹

... rung sind zu beauftragen, darauf hinzuwirken, daß die preußische Regierung die Erklärung abgibt: Einem nach demokratischen Grundsätzen – d.h. durch Urwahlen der Evangelischen beider Geschlechter – gewählten Kirchentage der Evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen Preußens sofort alle Rechte des früheren landesherrlichen Kirchenregiments übertragen zu wollen, die nach § 5 des Gesetzes zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen vorläufig auf drei von der Staatsregierung bestimmte Staatsminister evangelischen Glaubens übergegangen sind.« BERICHT ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DES 1. PARTEITAGES DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN PARTEI abgehalten in Berlin vom 19. bis 22. Juli 1919, S. 284, H.i.O.

⁸ Vgl. die Rede des Abg. **Schümer** in der 55. Sitzung am 26. September 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 4, Sp. 4384–4386. Die Förmliche Anfrage der Abg. Dr. **Friedberg** und Genossen (DDP) über die Spekulation mit fiskalischem Gelände, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 501, S. 772, wurde im Rahmen der zweiten Lesung des Staatshaushaltsplans für 1919, und zwar Finanzministerium und Allgemeine Finanzverwaltung, in der 55. bis 58. Sitzung vom 26. September bis 2. Oktober 1919 beraten.

⁹ Siehe Anm. 3.

¹⁰ Ein Antrag wurde nicht gestellt. Dafür brachte das Zentrum am 18. Oktober 1919 die Förmliche Anfrage der Abg. Dr. **Reineke** und Genossen über die Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammern, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1033, S. 1506, ein. In der Anfrage wurde der Landwirtschaftsminister um Auskunft darüber ersucht, ob er der Landesversammlung eine Vorlage über eine Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes von 1894 zugehen lassen wolle oder ob im Wege der Reichsgesetzgebung eine derartige Vorlage geplant sei.

¹¹ Der preußische Landwirtschaftsminister **Otto Braun** hatte am 2. September 1919 eine »Verordnung zur Sicherstellung der landwirtschaftlichen Arbeiten« erlassen, deren Ziel die Durchsetzung von Tarifverträgen in der Landwirtschaft war. Bei Nichtzustandekommen von Tarifverträgen wurde die Zwangsbewirtschaftung der Güter angedroht. Die Verordnung, in: STAATSANZEIGER, 202, 5.9.1919. Der Aufhebungserlaß vom 4. Januar 1920, in: ebd., 12, 15.1.1920. Die DDP stellte keinen Antrag zu dieser Frage. **Friedberg** kritisierte jedoch in seiner im Rahmen des Haushalts des Finanzministeriums gehaltenen Rede in der 55. Sitzung am 26. September 1919 das Vorgehen **Brauns**. Die Fraktion werde zwar »den Herrn Landwirtschaftsminister darin unterstützen, das Prinzip der Tarifverträge durch-

Abg. **Berndt** erklärt sein Zustandekommen aus den Vorkommnissen in Pommern, warnt vor Eingreifen.

Abg. **Friedberg**: Abgrenzung auf Pommern und allgemeine Abmilderung ist anzustreben.

Abg. **Berndt** beantragt Aussetzung des Beschlusses der Fraktion, die Mitglieder im Ausschuß sind nicht gebunden.

Abg. **Friedberg** weist hin auf Frage der Verwendung der Überschüsse der Viehhandelsverbände, wird Antrag stellen auf Vorlage von Abrechnung.¹²

67.

30.9.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 81v–82v. Zeit: keine Angaben, vermutlich vormittags. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Abg. **Rade** teilt seine Abwesenheit für 1.–3. X. mit.

Stellungnahme zur Abänderung des Gesetzentwurfs über Autonomie der Provinz Oberschlesien wird besprochen. 11.30 Uhr soll Besprechung mit anderen Parteien darüber stattfinden.¹

zuführen. Aber die Art, in der der Herr Landwirtschaftsminister diese Durchführung in Szene gesetzt hat, findet nicht durchweg unsere Billigung. (Sehr richtig! rechts) Die Annahme von Tarifverträgen scheidet nicht immer nur an den Gutsbesitzern; (sehr richtig!) sie scheidet oft auch an den Arbeitern, denen die Verträge manchmal nicht genügen oder denen sie ungewohnt sind. Die Leute haben mitunter keine Lust dazu; sie mögen sie nicht. In den Fällen, in denen Tarifverträge nicht zustande kommen, hat der Landwirtschaftsminister durch die Verordnung vom 2. September sehr drakonische Maßnahmen gegen die Grundbesitzer angedroht, wenn sie die Schuldigen sind. Ich vermisse aber entsprechende Zwangsmaßregeln gegenüber den Arbeitern. (Sehr richtig! rechts) Die Verordnung vom 2. September muß also noch einmal sorgfältig nachgeprüft werden, ob sie in dieser Form aufrechterhalten werden kann.* SBpLV 1919/21, Bd. 4, Sp. 4420–4432, hier Sp. 4428. Vgl. auch die Rede *Brauns* in der 56. Sitzung am 30. September 1919, in: ebd., Sp. 4458–4461.

¹² Ein entsprechender Antrag wurde nicht gestellt. Es lag bereits die Dringende Förmliche Anfrage der Abg. *Gräf* (Frankfurt) und Genossen (SPD) über die Verwendung der Überschüsse der Viehhandelsverbände, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 319, S. 494, vor. Sie stand in der 68. Sitzung am 21. Oktober 1919 im Rahmen der Haushaltsberatung der landwirtschaftlichen Verwaltung auf der Tagesordnung. Vgl. auch die Nachweisung über die Höhe und die Verwendung der Überschüsse der Preußischen Viehhandelsverbände, in: ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 2042, S. 3040. Sie wurde am 25. Februar 1920 der Landesversammlung übersandt.

¹ Der Bericht des 16. Ausschusses über den Zentrumsantrag auf Annahme eines Gesetzes, betr. die Errichtung einer Provinz Oberschlesien, lag am 26. September 1919 vor. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 652, S. 1059, Anlagen, Bd. 4, Nr. 824, S. 1327–1335 (Ausschußbericht). In der 56. Sitzung am 30. September 1919 sollte der Zentrumsantrag auf Annahme eines Gesetzes über die Errichtung einer Provinz Oberschlesien in zweiter Lesung beraten werden; er wurde jedoch auf Antrag des Abg. Dr. *Ruer* (DDP) wieder an den Ausschuß zurückverwiesen, da verschiedene Bedenken und Abänderungswünsche aus ober-schlesischen Kreisen erhoben bzw. unterbreitet wurden. Insbesondere wurde vorgeschlagen, das Inkrafttreten des Gesetzes auf einen früheren Zeitpunkt als den 1. April 1920 zu verlegen. Vgl. die Rede des Abg. Dr. *Ruer*, in: ebd., Bd. 4, Sp. 4455 f. Vgl. auch Dok. Nr. 65; ferner die Sitzung der preußischen Zentrumsfraktion vom 30. September 1919, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 62, S. 106.

Abg. **Ruer** wünscht Zuziehung auch der Mehrheitsparteien. Gegen Inkrafttreten des Gesetzes schon zum 1. X. bestehen keine Bedenken. Um Vertretung der Partei im Verwaltungskörper zu sichern, ist Errichtung eines Beirats anzustreben. Um verwaltungstechnischen Einwand vorweg zu nehmen, wird Zuziehung des Unterstaatssekretärs *Freund*² beschlossen. An Stelle des Abg. *Kochmann* wird Abg. *Dominicus* im Plenum zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs sprechen.³

Als 2. Redner zum Etat Finanzministerium ist Abg. *Höfler* bestimmt.⁴

Zu den vorliegenden Anträgen dazu ist nichts zu bemerken, bis auf Antrag 8 der abzulehnen ist.⁵ 11 a und b für erledigt zu erklären.⁶

Als Redner für die direkten und indirekten Steuern ist Abg. *Wiglow*, als etwaiger zweiter Redner Abg. *Friedberg* vorgesehen.⁷ Abg. *Kuhle* wird zum Bergetat die Fraktion vertreten.⁸

Abg. **Grabowski** berichtet über Verlauf der Besprechung mit dem Landwirtschaftsminister über Aufhebung der Zwangswirtschaft und Brotgetreidebewirtschaftung. Der Minister hat keine Bedenken gegen Einbringung des Antrags auf Abbau der Zwangswirtschaft bzw. Aufhebung für das nächste Erntejahr. – Die Angelegenheit erscheint für Fraktion erledigt durch einen Antrag, der im Staatshaushaltsausschuß von unseren Vertretern mit angenommen worden ist, der Zwangswirtschaft für notwendige Kriegsmaßnahmen erklärt, für bald möglichen Abbau, bis dahin für schärfste Durchführung eintritt.⁹

Abg. **Berghaus** beklagt mangelhafte Vertretung der Fraktion im Staatshaushaltsausschuß zu den landwirtschaftlichen Fragen.

² Friedrich *Freund* (1861–1924), Dr. jur., Oktober 1918–Februar 1924 (Unter-)Staatssekretär im preußischen Innenministerium, 1922 Hauptbevollmächtigter Preußens für die Verhandlungen mit Hamburg in der Groß-Hamburg-Frage, Mitglied der DDP.

³ Die zweite und dritte Beratung des Antrags erfolgten in der 64. Sitzung am 14. Oktober 1919. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 4, Sp. 5140–5166; vgl. auch Dok. Nr. 65. Die DDP vertrat nicht der Abg. *Dominicus*, sondern der Abg. Dr. *Ruer*. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 4, Sp. 5160f.

⁴ Die Rede des Abg. *Höflers* in der 57. Sitzung am 1. Oktober 1919, in: ebd., Sp. 4554–4573.

⁵ Der anlässlich der Beratung des Haushalts des Finanzministeriums gestellte Antrag 8 war der Antrag der Abg. *Gräf* (Frankfurt) und Genossen (SPD) über die Abänderung der Bestimmungen über die Kriegsteuerungszulagen. Vgl. ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 154, S. 204.

⁶ Der Antrag 11 a war der Antrag der Abg. Dr. *Tewes* und Genossen (Z) auf Steuerfreiheit für Teuerungszulagen der Privatangestellten, der Antrag 11 b der Antrag der Abg. *Frahm* und Genossen (DNVP) auf Steuererleichterung für die Privatangestellten. Vgl. ebd., Nr. 18, S. 93, Nr. 172, S. 211 f., Anlagen, Bd. 4, Nr. 782, S. 1272 (Antrag des Staatshaushaltsausschusses).

⁷ In der zweiten Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 sprachen zur Verwaltung der direkten Steuern, der Zölle und indirekten Steuern in der 59. Sitzung am 3. Oktober 1919 der Abg. *Goll*, SBpLV 1919/21, Bd. 4, Sp. 4723, 4735–4746, und in der 60. Sitzung am 7. Oktober 1919 der Abg. *Dominicus*, ebd., Sp. 4781.

⁸ Bei der Beratung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1085, S. 1545 f., vertraten die DDP in der 76. Sitzung am 8. November 1919 die Abg. *Jordan* und *Riedel* (Charlottenburg), ebd., Bd. 4, Sp. 6051 f., 6055–6061, in der 77. Sitzung am 10. November 1919 der Abg. *Riedel* (Charlottenburg), ebd., Sp. 6123–6135, in der 78. Sitzung am 11. November 1919 der Abg. Dr. *Frentzel*, ebd., Sp. 6223–6234.

⁹ Im Antrag 4 B 5 des Staatshaushaltsausschusses über den Haushalt der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1919 wurde betont, daß die Landesversammlung »in der Zwangswirtschaft eine durch den Krieg verursachte Maßnahme« sehe. »Dringend nötig ist, daß sie auf das Notwendigste beschränkt wird. Sie spricht aber die sichere Erwartung aus, daß die öffentliche Bewirtschaftung der notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel strengstens durchgeführt wird.« SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 901, S. 1378 f., hier S. 1379. Vgl. auch SCHUMACHER, Land und Politik, S. 440 f.

Abg. **Kuhle** hält Beeinflussung der landwirtschaftlichen Bestellung durch einen Antrag für verspätet, schlägt Förmliche Anfrage vor, um Regierung auf Schleichhandel über die Grenze aufmerksam zu machen.

Abg. **Grabowski** sieht einzig mögliche Abhilfe für den Osten in anderer Preisfestsetzung.

Abg. **Berghaus** stellt fest, daß im Haushaltsausschuß die Vertreter der Fraktion im Sinn des Vorschlags *Kuhle* vorgegangen sind.

Abg. **Winkler** bezweifelt, daß durch Höchstpreispolitik dem Schleichhandel über die Grenzen beizukommen sein wird, hält strenge Überwachung der Bahnen und Schiffe für notwendig, Überwachung der Zollgrenze im ganzen erscheint ihm aussichtslos.

Abg. **Dominicus**: Angleichung der Preise an Weltmarktpreise ist unmöglich, einzig möglicher Weg für Fraktion ist eine Anfrage an die Regierung: bezüglich Bekämpfung des Schleichhandels im Lande und nach draußen, Belieferung des Ostens mit Kohle und sonstigem Bedarf.

Abg. **Grabowski** weist auf verkehrte Maßnahmen der Regierung hin, die den vor der Abstimmung an Polen fallenden Gebieten die Kriegsentschädigung zum Wiederaufbau entzieht.

Wird auf Besprechung mit dem Unterstaatssekretär *Meyer* verwiesen, ob als Anlaß für Förmliche Anfrage geeignet.

Abg. **Kuhle** teilt mit, daß in der Richtung seines Vorschlags eine Dringende Kleine Anfrage der Sozialdemokraten vorliegt;¹⁰ Abg. *Kuhle, Berghaus, Grabowski* werden überlegen, welcher Weg von der Fraktion einzuschlagen ist.

Abg. **Schloßmann** berichtet zu seinem Antrag, betr. Baulastenbuch.¹¹

Fraktion stimmt Stellung des Antrags zu.

Abg. **Cassel** wünscht Hinwirkung auf vollzähligen Besuch der Abendsitzung.

Abg. **Ruer**: Zusammentreten des Unterausschusses für Schulfragen im Autonomiegesetz für die Provinzen.

Abg. **Schmiljan** beantragt Abänderungsantrag zum vorliegenden Antrag *Oelze* und Genossen, Drucksache [Nr.] 828¹², dahin gehend: Rückwirkend vom 1. X. 17, daß Verabschiedung durch Landesversammlung sichergestellt ist.¹³

¹⁰ Dringende Kleine Anfrage der Abg. *Zörgiebel* und Genossen (SPD) über Verschiebungen von Brotgetreide ins Ausland, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 819, S. 1324.

¹¹ Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) auf Vorlegung eines Gesetzes über die Baulastenbücher, in: ebd., Nr. 885, S. 1373.

¹² Antrag der Abg. *Oelze* und Genossen (DNVP) zur dritten Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern für das Rechnungsjahr 1919, betr. Anrechnung eines Teils der Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter der Beamten bei den Kommunalverwaltungen, in: ebd., Nr. 828, S. 1338.

¹³ Abänderungsantrag der Abg. *Schmiljan* und Genossen (DDP) zum Antrage *Oelze* und Genossen (DNVP) zur dritten Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern für 1919 (Nr. 828), in: ebd., Nr. 858, S. 1359f. Nach dem Antrag sollte die Anrechnung eines Teils der Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter der Beamten bei den Kommunalverwaltungen etc. rückwirkend vom 1. April 1917 und nicht vom 1. Oktober 1917 geregelt werden. Der deutschnationale Antrag hatte den 1. April 1919 vorgesehen.

68.

30.9.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 82v–r. Zeit: abends. Protokollführer: unbekannte Handschrift und Dönhoff. Vorsitz: Kopsch.

Gegenstand: Beratung Lehrerbesoldungsfrage.¹

Abg. **Cassel** schlägt vor, daß die Fraktion mit den anderen Parteien verhandeln [möge], um die Regierung zu veranlassen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem die Frage der Lehrerbesoldung grundsätzlich erledigt wird² im Sinn der Gleichstellung aller Lehrer und Festsetzung ihrer Bezüge gleich denen der Sekretäre der Provinzialverwaltungen.^{3 4}

Abg. **Otto** und **Juds** stimmen dem Referenten grundsätzlich zu.^{5 6}

Die an der Sitzung am 26. IX.⁷ beteiligten Abgeordneten werden eventuell eingeladen werden, um die Grundsätze für das Vorgehen bei der Regierung festzulegen.

Abg. **Cassel** stellt die Frage des Verhältniswahlrechts für die Neuwahlen der Magistrate und städtischen Kommissionen zur Erörterung.⁸ Die Bestimmung bringt für Berlin große Ungelegenheiten, was die Kommissionen betrifft.

Abg. **Dominicus** hält Deklaration für erreichbar, die für Berlin Ausnahmen zuläßt. Hilfe der Fraktion zur Erreichung einer solchen wird zugesagt.

¹ Im Rahmen der Beratung des Haushalts des Finanzministeriums in der 55. bis 58. Sitzung vom 26. September bis 2. Oktober 1919 wurden die Anträge des Staatshaushaltsausschusses über die Verbesserung der Dienstehkünfte der Beamten, Lehrer usw., den Ausbau der Teuerungszulagen usw., und über die Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Beamten usw., verhandelt. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 292, S. 480f., Anlagen, Bd. 4, Nr. 814 und 815, S. 1302–1312.

² Ab hier Handschrift *Dönhoff*.

³ Es handelte sich um den am 20. und 21. November 1919 im Staatshaushaltsausschuß anlässlich der Beratung des Haushalts des Kultusministeriums (Elementar-Unterrichtswesen) beratenen Antrag Nr. 22, der die Gleichstellung der Besoldung der Volksschullehrkräfte mit der der Sekretäre der allgemeinen Staatsverwaltung forderte. Der Antrag wurde angenommen. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1342, S. 1837–1876, hier S. 1838 und 1872. Vgl. auch den Ausschufsantrag, in: ebd., S. 1873–1875, hier S. 1873.

⁴ Ab hier unbekannte Handschrift.

⁵ Am 13. November 1919 brachte die DDP den Dringenden Antrag der Abg. *Dominicus* und Genossen auf Neuregelung der Lehrerbesoldung ein. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1221, S. 1616.

⁶ Ab hier Handschrift *Dönhoff*.

⁷ Vgl. Dok. Nr. 66. In der 55. Sitzung am 26. September 1919 stand bei der zweiten Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, und zwar des Haushalts des Finanzministeriums, der Antrag des Staatshaushaltsausschusses, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 292, S. 480f., bereits zur Beratung an.

⁸ Die Anordnung der Preussischen Regierung, betr. Ergänzungs- und Ersatzwahlen zu den Gemeindevertretungen usw., vom 18. November 1918 (GSS.181), ebd., Nr. 234 zu 6, S. 385, Nr. 275 zu IV, S. 432, Nr. 641, S. 1020 (Ausschufsantrag), die Verordnung vom 24. Januar 1919 über die anderweitige Regelung des Gemeindevahlrechts (GS S. 13), ebd., Nr. 234 zu 25, S. 385, Nr. 275 zu III, S. 432, Nr. 641, S. 1020, Nr. 645, S. 1021f., sowie die Nachtragsverordnung vom 31. Januar 1919 (GSS.15) zur Verordnung über die anderweite Regelung des Gemeindevahlrechts vom 24. Januar 1919 (GSS.13), ebd., Nr. 234 zu 27, S. 385, Nr. 275 zu III, S. 432, Nr. 641, S. 1020, Nr. 646, S. 1022f., wurden in der 60. Sitzung am 7. Oktober 1919 verhandelt und genehmigt.

Abg. **Ommert** berichtet über seine Wahrnehmung bei einer Versammlung der Polizeiwachtmeister, beanstandet zu hohe Bezüge der Militärpolizei.⁹

Abg. **Cassel**: Militärisch geschulte Sicherheitspolizei ist unerlässlich, Übernahme bewährter Schutzleute ist anzustreben. Bei Nachbewilligung der Mittel sind Bedenken zur Sprache zu bringen.

Abg. **Kopsch** stellt die Frage, wer die Teilnahme der Fraktion an einer interfraktionellen Besprechung dieser Frage delegiert hat.

Abg. Vorsitzende *Friedberg* hat Abg. *Schreiber* beauftragt.

Abg. **Goll** warnt auf Grund der Frankfurter Erfahrungen davor, der Regierung Schwierigkeiten wegen der Polizeitruppe zu machen.

Abg. **Ommert** weist auf Erklärung eines Regierungsvertreters hin, nach der die Arbeit in den Staatswerkstätten befriedigend sei (Regierungsrat [...] ¹⁰ in der Sitzung der Arbeiterräte des Bezirks Berlin), was für Stellungnahme der Fraktion zur Wiedereinführung des Akkordsystems höchst bedenklich.

Abg. **Dominicus** legt den Entwurf des Antrags der Mehrheitsparteien, betr. Akkordlohn im Eisenbahnbetrieb, in [einer] von den Sozialdemokraten sehr abgeschwächten Form vor.¹¹

Minister *Oeser* soll wegen der Äußerung des Regierungsvertreters und über seine Stellungnahme zu dem abgeänderten Antrag gefragt werden.¹²

⁹ Zur Versammlung des Vereins der Polizeiwachtmeister Neuköllns am 28. September 1919 vgl. VOSSTSCHE ZEITUNG, 495, 29.9.1919. In einer Entschließung forderte der Verein von der Regierung volle Unterstützung in jeglicher Beziehung. Die Versammelten waren der Ansicht, »daß eine militarisierte und kasernierte Sicherheitspolizei in Neukölln eine Gefahr für die Neuköllner bedeutet.«

¹⁰ Name unleserlich.

¹¹ Gemeint ist der Antrag der Abg. *Gräf* (Frankfurt), Dr. Dr. *Porsch* und Dr. *Friedberg* und Genossen (SPD, Z, DDP) über die Umgestaltung der Eisenbahnverwaltung und die Einführung des Akkord- oder Prämiensystems, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 965, S. 1410f., der in der 63. und 64. Sitzung am 10. und 14. Oktober 1919 mit dem Haushalt der Eisenbahnverwaltung zur Beratung anstand.

¹² Vgl. auch die Rede *Oesers* in der 63. Sitzung am 10. Oktober 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 4, Sp. 5024–5031.

69.

1.10.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 83v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Schmiljan.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, daß die demokratische Fraktion auf sofortige Verabschiedung der Vorlage, betr. die Beschaffungsbeihilfen für Beamte, dringen müsse.¹

Abg. **Gottschalk** bemängelt, daß die Deutsche Demokratische Partei dadurch in das Hintertreffen komme, daß sie die Interessen der Beamten nicht energisch genug vertrete. Besonders zeige sich dies auch in der Frage der Teuerungszulagen für die im Ruhestand befindlichen Beamten.²

Abg. **Otto** weist darauf hin, daß der Finanzminister zum Ausdruck gebracht habe, er könne die Verantwortung für die preußischen Finanzen nicht mehr tragen, wenn die Teuerungszulagen auch den Ruhestandsbeamten gewährt würden. Es handelte sich damals allerdings um die laufenden Zulagen. Wenn er jetzt den gleichen Standpunkt vertrete, dann werde es der demokratischen Fraktion schwer sein, gegen den Finanzminister Stellung zu nehmen.

Die Abg. **Kimpel** und **Höfler** sind der Meinung, daß die Fraktion dem Antrage *Oelze* zustimmen müsse.

Abg. **Jansen** wendet sich gegen die imaginäre Politik, die mit solchen Zulagen betrieben werde. Jetzt seien die Dinge im Fluß und es werde nicht möglich sein, den Anträgen zu widersprechen, aber es müsse zum Ausdruck gebracht werden, daß die demokratische Fraktion diese Zulagenpolitik verurteilt.

Abg. **Schloßmann** verurteilt ebenfalls die einmaligen Zulagen, befürwortet aber eine grundsätzliche Besoldungsreform.

Den gleichen Standpunkt vertritt Abg. **Otto**.

Abg. **Riedel** erinnert daran, daß der Abg. *Hergt*³ in der Staatshaushaltskommission gesagt habe, er werde auf seine Fraktion einwirken, damit sie keine Anträge stelle, die finanzielle Aufwendungen erforderten: Jetzt aber komme die deutschnationale Fraktion aus agitatorischen Gründen mit immer neuen Anträgen wie z. B. dem Antrag auf Bewilligung der Teuerungszulagen auch für die Pensionäre.

¹ Die Beratung der Denkschrift über die Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage an unmittelbare Staatsbeamte erfolgte in Verbindung mit der zweiten und dritten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Bereitstellung von Geldmitteln zur Deckung für eine den unmittelbaren Staatsbeamten und Volksschullehrpersonen usw. zu gewährende einmalige Beschaffungsbeihilfe, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 770, S. 1139f., in der 58. Sitzung am 2. Oktober 1919. Vgl. ebd., Bd. 4, Sp. 4626–4667.

² Antrag der Abg. *Oelze* und Genossen (DNVP) über die Gewährung von Teuerungszulagen an die im Ruhestand befindlichen Beamten, in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 830, S. 1339. Der Antrag bezieht sich auf die Denkschrift über die Gewährung einer neuen einmaligen Teuerungszulage an unmittelbare Staatsbeamte, Volksschullehrpersonen, unmittelbare Staatsbeamte und Volksschullehrpersonen im Ruhestande, Hinterbliebene von unmittelbaren Staatsbeamten und Volksschullehrpersonen sowie an Lohnangestellte höherer Ordnung. Vgl. ebd., Nr. 727, S. 1111–1113.

³ Oskar *Hergt* (1869–1967), August 1917–November 1918 preußischer Finanzminister, 1918 Mitbegründer und Vorsitzender der DNVP (Dezember 1918–Oktober 1924), Januar 1927–Juni 1928 Reichsjustizminister und Vizekanzler, 1920–1923 MdR, 1919–1921 MdpLV, 1921–1923 MdpLT.

Es wird schließlich eine Kommission bestimmt, die den Antrag *Oelze*⁴ einer Umarbeitung unterziehen soll in dem Sinne, daß nicht Pensionäre mit reichlichen Nebeneinkommen die Zuschüsse erhalten.

Abg. **Struve** regt an, daß die Fraktion an die Reichstagsfraktion herantreten möge mit der Anregung, in einer gemeinsamen Besprechung die allgemeine politische Lage zu besprechen [sic].

Die **Fraktion** stimmt dem zu.

Abg. **Grabowski** führt Beschwerde über das Verhalten des Landwirtschaftsministers, der im Plenum eine andere Erklärung abgegeben habe, als sie von den Mehrheitsparteien festgesetzt worden ist.⁵

Es wird beschlossen, die Abg. *Meyer* und *Grabowski* zum Landwirtschaftsminister zu senden, um von ihm eine Erklärung zu erhalten, ob er an seiner gestrigen Erklärung festhalte. Nötigenfalls soll eine neue Fraktionssitzung zu der Frage Stellung nehmen.

70.

2.10.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 83r–84v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift und Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Der **Vorsitzende** berichtet über die Verhandlungen des Staatshaushaltsausschusses, bei denen die Fraktionen dahin übereingekommen seien, die Vorlage über die Beschaffungsbeihilfen ohne Diskussion zu verabschieden.

Die **Fraktion** ist damit einverstanden, daß auch die Demokraten auf das Wort verzichteten, für den Fall aber, daß es zu einer Aussprache kommt, soll Abg. *Schmiljan* als Redner der Fraktion auftreten.¹

Abg. **Wenke** befürwortet einen Antrag auf Ergreifung von Maßnahmen zum Schutz der deutschen Lebensmittel gegen den Schleichhandel und der deutschen Valuta.²

⁴ Friedrich *Oelze* (Geb. 1873), Oberstudiendirektor, Bunzlau (Schlesien), 1915–1918 MdpAH, 1919/21 MdpLV, 1921–1933 MdpLT (DNVP).

⁵ Der preußische Landwirtschaftsminister *Otto Braun* hatte in seiner Rede in der 56. Sitzung am 30. September 1919 seine Verordnung vom 2. September 1919 zur Sicherstellung der landwirtschaftlichen Arbeiten verteidigt. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 4, Sp. 4458–4461. Zwar hatte er betont, daß es sich um eine Ausnahmeverordnung handeln würde, die wieder aufgehoben würde, »sobald die Gefahr für unsere Ernte nicht mehr besteht.« Andererseits hatte er aber deutlich gemacht, daß solange die Verordnung bestehen würde, »sie im Hinblick auf die noch ausstehende wichtige Hackfruchternte überall dort zur Anwendung kommen und mit allen zu Gebote stehenden Machtmitteln durchgeführt werden« würde, »wo Unverständnis, Starrsinn und Eigennutz das Gemeinwohl gefährden.« Ebd., Sp. 4461. Zur Verordnung vom 2. September 1919 vgl. auch Dok. Nr. 66.

¹ Die Rede des Abg. *Schmiljan* in der 58. Sitzung am 2. Oktober 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 4, Sp. 4633–4642.

² Der Dringende Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über die Verschiebung von Getreide und anderen Lebensmitteln nach dem Auslande, forderte die Reichsregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, »um den durch den schlechten Stand unserer Valuta begünstigten Schmu gg el mit Getreide und anderen Lebensmitteln nach dem Auslande zu verhindern.« Vgl. ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 881, S. 1372.

Abg. **Jansen** macht Mitteilungen von den Zuständen an der Westgrenze und macht darauf aufmerksam, daß die Aussprache einen hochpolitischen Charakter annehmen werde.

Abg. **Cassel** befürwortet zunächst Fühlungnahme mit der Reichsregierung.

Abg. Dr. **Struve** ist für eine Aussprache über die Frage in der Landesversammlung.

Die **Fraktion** ist für die Einbringung des Antrages und bestimmt als Redner den Abg. *Goll*.

Abg. **Degenhardt** berichtet darüber, daß vom Staatsministerium Bestrebungen im Gange sind, der Bildung des großthüringischen Staates³ entgegen zu treten; jedenfalls sei die preußische Regierung gegen die Abtretung preußischen Gebietes. Er befürwortet die Einbringung einer Kleinen Anfrage über die Stellungnahme des Ministers *Heine* zu der Frage der Abtretung preußischen Gebietes.

Abg. **Cassel** ist für eine Rücksprache mit dem Minister *Heine*.

Unterstaatssekretär **Meyer** gibt Mitteilung davon, daß der Minister sich gegebenenfalls für die Abtretung kleiner Enklaven von anderen Staaten aussprechen werde; er ist auch für Rücksprache mit dem Minister *Heine*.

Die Abg. *Degenhardt*, *Schreiber*, *Abderhalden*, *Höfler* und *Nebeling* sollen an einer Konferenz mit dem Minister *Paulssen*⁴ teilnehmen, in der die großthüringische Frage besprochen werden soll. Weiter soll eine Kleine Anfrage eingebracht werden, die diese Angelegenheit zum Gegenstand hat.⁵ Am Mittwoch soll in der Fraktionssitzung eine Aussprache über die Frage der Autonomiebestrebungen in einzelnen Landesteilen stattfinden.

Abg. **Schümer** schlägt vor, daß die Fraktionsmitglieder an Hand des Verzeichnisses der noch nicht erledigten Sachen dem Vorstand mitteilen, über welche Angelegenheiten sie sprechen wollen. Dieser Anregung soll entsprochen werden. Die Vertreter der Fraktion im Seniorenkonvent sollen dafür eintreten, daß große Etats nach Fachgebieten zerlegt werden, damit zu dem einzelnen Gebiet mehr Redner allerdings mit beschränkter Redezeit sprechen können.⁶

Aussprache über das Recht der Fraktion, die Ausführungen ihrer Redner im Plenum nachher zu kritisieren.

Abg. **Dominicus** stellt die Auffassung dahin fest, daß es berechtigt und unumgänglich sei, auf etwaige Irrtümer und Entgleisungen aufmerksam zu machen.

Abg. **Grabowski** ersucht, für Vertretung im Haushaltsausschuß für den Landwirtschaftsetat an Stelle des Abg. *Bollert* zu sorgen.

Die **Fraktion** stellt nach den Ausführungen des Abg. *Riedel* fest, daß die Mitteilungen, nach denen seine Informationen an seinen Verband⁷ die Sozialdemokraten zur Abschwächung des Antrags zum Akkordsystem veranlaßt haben, nicht zutreffen.⁸

³ Die Frage der Schaffung eines großthüringischen Staates wurde im Rahmen der Beratung des Haushalts des Finanzministers in der 58. Sitzung am 2. Oktober 1919 im Plenum diskutiert. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 4, Sp. 4586–4618.

⁴ Arnold *Paulssen* (1864–1942), 1919–1920 Ministerpräsident von Sachsen-Weimar, 1920–1921 Ministerpräsident von Thüringen.

⁵ Nicht nachgewiesen.

⁶ Ab hier Handschrift *Dönhoff*.

⁷ Oswald *Riedel* war Generalsekretär des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes.

⁸ Vgl. Dok. Nr. 68.

71.

3.10.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 84v–85r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Schmiljan.

Abg. **Schreiber** stellt fest, wer an der Sitzung des Staatshaushaltsausschuß am¹ teilgenommen hat, da die dort gefaßten Beschlüsse wiederholt werden müßten. – Übermittelt Einladung zu einer Versammlung des Bundes deutscher Militäranwärter, an der Abg. *Schmiljan* als Vertreter der Fraktion teilnehmen wird. – An der Gründungsversammlung eines deutschen Handwerker- und Gewerbekammer-Tages² werden Abg. *Crüger*, *Kuhle*, *Düker*, *Wenke* teilnehmen, zum Gendarmerie-Vereins-Tag wird Abg. *Berndt* delegiert.

Antrag der deutschen Justizbeamten in Posen, betr. Versetzung, wird dem Abg.³ zur Bearbeitung überwiesen. Abg. *Buers* wird wegen ähnlicher Mißstände auf Rücksprache mit dem Minister, eventuell Formulierung eines Antrags verwiesen.

Abg. **Aronsohn** weist hin auf die Gefährdung der Interessen der in den an Polen abzutretenden Gebieten verbleibenden Deutschen, die durch Entblößung dieser Gebiete von deutschen Beamten droht.

Angelegenheit soll in nächster Woche auf Tagesordnung.

Abg. **Schümer** übernimmt Berichterstattung über Vorschlag, betr. Wahlmodus.

Eingabe des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes, der auf Parität gegenüber dem christlichen Verband dringt – wird auf Tagesordnung der nächsten Fraktionssitzung kommen. Reichsgeschäftsstelle ersucht um Bericht über Arbeit der Fraktion, der Material für Wahlpropaganda ergeben soll. Abg. *Jansen* wird beauftragt, Generalübersicht zusammenzustellen und Material von den Vertretern in den Ausschüssen zu sammeln. – Einladung zur *Naumann*-Gedächtnisfeier.⁴

Abg. **Schümer**: Vom Zentrum ist Antrag gestellt auf Einbringung gemeinsamen Antrags zum Kirchenaustritt – Formulierung wird zurückgestellt bis zur Rückkehr des Abg. *Rade*.⁵

Abg. **Höfler** stellt Frage, warum von der ursprünglichen Rednerbestellung zur Frage der Beschaffungszulage abgewichen [worden sei]. Fraktion hatte, nachdem Abg. Höfler am Tage vorher gesprochen hatte, den an diesen Fragen besonders interessierten Abg. *Schmiljan* berufen.

¹ Datum fehlt.

² Auf der Tagung des Deutschen Handwerker- und Gewerbekammertages in Hannover wurde am 16. Oktober 1919 der Reichsverband des deutschen Handwerks ins Leben gerufen. Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 529, 17.10.1919.

³ Name fehlt.

⁴ Am Sonntag, den 5. Oktober 1919, fand im Berliner Opernhaus eine vom Parteivorstand und der Fraktion der Nationalversammlung gemeinsam veranstaltete Gedächtnisfeier für den am 24. August verstorbenen Parteigründer Friedrich *Naumann* statt. Vgl. DEMOKRATISCHE PARTEI-KORRESPONDENZ, 222 und 224, 3. und 6.10.1919.

⁵ Eine Einigung mit dem Zentrum scheiterte. Deshalb brachte die DDP am 14. Oktober 1919 einen eigenen Antrag ein, den Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) zu dem Gesetz über die Erleichterung des Austritts aus der Kirche und aus den jüdischen Synagogengemeinden vom 13. Dezember 1919. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 998, S. 1472.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung [Erste Beratung des Entwurfs eines Ausführungsgesetzes zum Reichssiedlungsgesetz vom 11. August 1919, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 783, S. 1273–1292], Reichssiedlungsgesetz, soll, falls der Entwurf nicht ohne Debatte dem Ausschuß überwiesen wird, Abg. *Struwe* sprechen.⁶

Abg. **Berndt** resümiert über seine Berichterstattung zum Punkt 7 [Beratung der Verordnung vom 10. März (Gesetzsammlung S. 39) über Familiengüter, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 234 zu 35, S. 386, insgesamt S. 384–386, Nr. 275 zu II, Nr. 35, S. 432, insgesamt S. 431 f., Anlagen, Bd. 4, Nr. 734, S. 1117, Nr. 742, S. 1121–1123], Familiengüter.⁷

Dem Antrag des Grafen *Kanitz*, betr. Verlängerung der Frist für Auflösung von Fideikommissen, wird **Fraktion** zustimmen mit dem Amendement: Begrenzung auf 1 Jahr.

Abg. **Ruer** will Fristbestimmung dem Oberlandesgericht überlassen wissen. Fraktion stimmt dem Amendement *Berndt* zu, der zu demselben als Redner der Fraktion sprechen wird.⁸

Zu den Unranträgen der Tagesordnung – Punkt 8, betr. Steuernachlaß Überweisung an Ausschuß für Bevölkerungspolitik.⁹ Punkt 9, Umgestaltung der Staatseinkommensteuer¹⁰ an Staatshaushaltsausschuß – ist erledigt durch Reichssteuergesetzgebung, – Entschließungsfreiheit lahmgelegt durch Friedensvertrag. Punkt 10, Besteuerung landwirtschaftlicher Grundstücke an Haushaltsausschuß.¹¹ Punkt 11, betr. Steuervorrechte aus Eingemeindung, an Haushaltsausschuß.¹² Zum Haushalt der Zölle und indirekten Steuern dem Ausschußantrag unter a¹³ zugestimmt. Als 2. Redner, falls nötig, wird Abg. *Wiglow* sprechen.¹⁴ Falls in Generaldebatte zu Ziffer 9 eingetreten wird, soll Abg. *Kuble* die Fraktion vertreten.¹⁵

⁶ Die DDP vertrat in der 59. Sitzung am 3. Oktober 1919 nicht der Abg. *Struwe*, sondern der Abg. *Schümer*. Vgl. ebd., Bd. 4, Sp. 4685.

⁷ Vgl. auch die Rede des Berichterstatters Dr. *Berndt* (DDP) in der 59. Sitzung am 3. Oktober 1919, in: ebd., Sp. 4697.

⁸ Der Antrag der Abg. Graf von *Kanitz* und Genossen (DNVP) zu der Verordnung vom 10. März 1919 über Familiengüter, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 890, S. 1375, wollte den Familien, die das Auflösungsverfahren auf dem in der Notverordnung vorgesehenen Weg des Familienschlusses bereits vor dem 1. April 1921 beantragt hatten, aber dies noch nicht hatten zu Ende führen können, die Möglichkeit einer Fristverlängerung einräumen. Nach dem Zusatzantrag der Abg. Dr. *Berndt* (Stettin) und Genossen (DDP) zum Antrag des Grafen von *Kanitz* und Genossen, ebd., Nr. 891, S. 1375, sollte die Frist nicht über den 1. April 1921 ausgedehnt werden.

⁹ Antrag der Abg. *Gronowski* und Genossen (Z) auf Steuernachlässe für kinderreiche Familien, in: ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 146, S. 180 f., Anlagen, Bd. 3, Nr. 216, S. 372 (Änderungsantrag der USPD). Vgl. auch die Rede des Abg. Dr. *Schloßmann* in der 59. Sitzung am 3. Oktober 1919, in: ebd., Bd. 4, Sp. 4715.

¹⁰ Antrag der Abg. Adolph *Hoffmann* und Genossen (USPD) auf Umgestaltung der Staatseinkommensteuer, in: ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 497, S. 770.

¹¹ Antrag der Abg. Dr. *Reimeke* und Genossen (Z) über die Bewertung landwirtschaftlicher Grundstücke in der Steuergesetzgebung, in: ebd., Nr. 623, S. 1002.

¹² Antrag der Abg. *Haas*, *Kloft* (Essen), *Berghaus* und Genossen (SPD, Z, DDP) auf Einschränkung der Steuervorrechte, die aus Eingemeindungen herrühren, in: ebd., Nr. 667, S. 1071.

¹³ Antrag des Staatshaushaltsausschusses über die Aufstiegsmöglichkeiten der unteren und mittleren Zollbeamten, in: ebd., Nr. 683 zu 2, S. 1082. Vgl. auch ebd., Bd. 4, Sp. 4712.

¹⁴ Zum Haushalt der Verwaltung der direkten Steuern nebst den dazugehörigen Anträgen sowie der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern sprach in der 59. Sitzung am 3. Oktober 1919 der Abg. *Goll*, in: ebd., Bd. 4, Sp. 4735–4746.

¹⁵ Bei Ziffer 9 handelte es sich um die erste Beratung der Gesetzentwürfe, a) betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1919, b) betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1919, c) zur Ergänzung der Gesetze,

Abg. **Schloßmann** berichtet, daß Abg. *Frentzel* und *Schloßmann* dem Finanzminister zugesagt hätten, daß Fraktion für Bewilligung der 45 Millionen zu Bauzuschüssen des Wohlfahrtsministeriums einsteht.

Einer der Vertreter im Handelsausschuß wird in der Fraktionssitzung am Dienstag betr. Punkt 10, Sicherheitsmänner im Bergwerksbetrieb, berichten.¹⁶ – Für die Universitätsfragen im Nachtragsetat wird Abg. *Abderhalden* als 2. Redner neben Abg. *Kuble* bestimmt.¹⁷

Zum Antrag *Friedberg*: Versetzung von Hochschullehrern in den Ruhestand berichtet Abg. **Schloßmann**.

Abg. **Schümer** stellt Anregung der Verbindung mit Hochschulreform.

Abg. **Ruer** wünscht Zuziehung von Abg. *Troeltsch* zur Besprechung.

Abg. **Frentzel** regt an, den Antrag beim Kultusetat zu stellen.

Fraktion stimmt dem zu.

Abg. **Kopsch** hat Bedenken, daß Fraktion einen Antrag verfaßt, der manchen Kreisen mißliebig sein wird.

Abg. **Schloßmann** regt an, daß während Verhandlung des Kultusetats im Haushaltsausschuß sachdienliche Vertretungen innerhalb der Fraktionsvertretung Platz greifen.^{18 19}

Es wird beschlossen, am Dienstag abend eine Fraktionssitzung abzuhalten mit der Tagesordnung: Bericht aus den Ausschüssen. Nächste Tagesordnung Dienstag morgen 10 Uhr.

betreffend die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1919, vom 1. April und 4. Juni 1919, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 816, S. 1312–1323. Die Vorlagen wurden in der 60. Sitzung am 7. Oktober 1919 dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen. Die DDP vertrat der Abg. Dr. *Friedberg*. Vgl. ebd., Bd. 4, Sp. 4796–4799.

¹⁶ Die Beratung der Verordnung vom 4. Januar 1919 (GS S. 7), betreffend Neuwahl der für die Bergwerke gewählten Sicherheitsmänner und Arbeiterausschußmitglieder, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 234 zu 20, S. 385, insgesamt S. 384–386, Nr. 275 zu I, S. 431, insgesamt S. 431 f., Nr. 651, S. 1058, fand in der 60. Sitzung am 7. Oktober 1919 statt.

¹⁷ Die Gesetzentwürfe über die Feststellung eines Nachtrags und über die vorläufige Regelung zum Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1919, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 816, S. 1312–1323, Nr. 992, S. 1466–1469, wurden in der 65. Sitzung am 15. Oktober 1919 in zweiter Lesung beraten. Die Fraktion vertrat der Abg. Dr. *Schloßmann*. Vgl. ebd., Bd. 4, Sp. 5186–5188. In der dritten Lesung des Gesetzentwurfs zur Ergänzung der Gesetze, betreffend die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1919, vom 1. April und 4. Juni 1919, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 816 zu C, S. 1321–1323, Nr. 992, S. 1466–1469, sprach kein Vertreter der DDP.

¹⁸ Bei dem Antrag *Friedberg*, betr. Versetzung von Hochschullehrern in den Ruhestand, handelte es sich um den Antrag 10, der im Staatshaushaltsausschuß bei der Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für 1919 gestellt wurde. Nach dem Antrag sollten Hochschullehrer mit dem Ende des auf ihren 70. Geburtstag folgenden Semesters in den Ruhestand treten. Dieser Antrag fand in den Ausschußantrag G 5 b Eingang. Vgl. ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1357, S. 1930–1974, hier S. 1931 und 1972.

¹⁹ Ab hier unbekanntes Handschrift.

72.

7.10.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 85r–86r. Zeit: keine Angaben, vermutlich vormittags. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Dominicus.

Abg. **Kopsch** beantragt, die Frage des Eintritts der Demokraten in die Regierung zu erörtern.¹

Die **Fraktion** stimmt zu, weiter gibt er Kenntnis von einem Schreiben des Abg. *Kanzow*, in dem dieser mitteilt, daß er hoffe, in kurzer Zeit wieder seine Mitarbeit in der Fraktion aufzunehmen.²

Abg. **Wenke** führt Beschwerde darüber, daß bei verschiedenen Abstimmungen ein eigentlicher Führer gefehlt habe.

Abg. **Dominicus** stellt fest, daß der Vorstand sich selbst darüber klar sei, die Verantwortung für die Abstimmungen zu tragen und daß er bei Abwesenheit des Vorsitzen den ein anderes Vorstandsmitglied mit der Führung beauftragen werde.

Abg. **Dominicus** gibt Kenntnis von einem Schreiben des Justizrates *Seewerthal*, in dem er bittet, auf die Vorlage des Gesetzes über die Auseinandersetzung hin zu drängen. Abg. Dominicus wird sich mit den Ministern *Hirsch* und *Südekum* in Verbindung setzen, um zu erfragen, ob es wirklich einer solchen Anregung bedürfe.

Die **Fraktion** entsendet als Vertreter zur Reichsschulkonferenz³ *Otto, Rade* und *Jordan*.

Abg. **Cassel** gibt Kenntnis von Verhandlungen, die gepflogen worden sind mit der Regierung über die Bereitstellung von Mitteln zur Vorbereitung der Abstimmung in Schleswig-Holstein und den anderen Abstimmungsgebieten.⁴

Abg. **Wittrock** befürwortet diese Maßnahmen der Regierung.

Abg. **Schnackenburg** gibt Beispiele bekannt von polnischen Beeinflussungsversuchen im Osten. Er bittet auch, der Regierung die Mittel zur Verfügung zu stellen. Er hält es für angebracht, die Gesetzesvorlage erst nach der Abstimmung einzubringen.

Abg. Dr. **Struve** erhebt Bedenken gegen eine solche Bereitstellung von Mitteln für die Abstimmungsbezirke.

¹ Am 3. Oktober 1919 waren die Demokraten wieder in die Reichsregierung eingetreten, nachdem sie im Juni aus Protest gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages verlassen hatten. Eugen *Schiffer* wurde zum Reichsminister der Justiz, der Oberbürgermeister von Kassel, *Erich Koch*, zum Reichsminister des Innern berufen, gleichzeitig *Schiffer* zum Vizekanzler ernannt. Vgl. SCHULTHESS 1919/I, S. 417.

² Der 61jährige *Karl Kanzow* starb im Januar 1920. Vgl. den Nachruf im BERLINER TAGEBLATT, 55, 30.1.1920.

³ Vom 11. bis 19. Juni 1920 fand in Berlin die Reichsschulkonferenz statt, an der Vertreter der Kultusverwaltung, der Lehrerverbände und prominente Persönlichkeiten des Kultur- und Bildungsbereichs teilnahmen. Die Konferenz hatte Empfehlungen und Grundsätze für eine moderne, reichseinheitliche Schulgesetzgebung zu erarbeiten.

⁴ In der Sitzung der preußischen Staatsregierung am 2. Oktober 1919 wurde die Einrichtung eines 500-Millionen-Fonds für die Abstimmungsgebiete beschlossen. An der Aufbringung der Summe sollte sich auch die Reichsregierung beteiligen. Vgl. PPS, Bd. 11/I, Nr. 69, S. 116f., hier S. 117 (TOP 3); vgl. auch das Schreiben des preußischen Innenministers *Heime* an den Präsidenten des Staatsministeriums vom 8. September 1919 und die Notiz vom 6. Oktober 1919, in: GSTA PK Berlin, I.HA, Rep. 77, Tit. 4030 Nr. 47, Bl. 5–8 und 35, sowie das Schreiben des Präsidenten der Landesversammlung vom 4. Oktober 1919 an den Innenminister, ebd., Bl. 34.

Abg. **Jansen** spricht im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung in Eupen und Malmedy⁵ für die Bewilligung der Mittel und für die Überweisung der Summen an den Reichs- und Staatskommissar für die besetzten Rheingebiete.

Die **Fraktion** ist mit der Bereitstellung der Mittel einverstanden.

Abg. **Friedberg** erhebt Beschwerde gegen das Verhalten einzelner Abgeordneter im Staatshaushaltsausschuß⁶ und fordert pünktlichere Einhaltung der Sitzungen seitens unserer Ausschußmitglieder. Bezüglich abweichender Stellungnahme von Regierungsvertretern verschiedener Ressorts gegen einander wird Exz. *Friedberg* beim Ministerpräsidenten vorstellig werden im Namen der Fraktion.

Abg. **Grabowski** und **Berghaus** begründen die Stellungnahme der Ausschußmitglieder, die für Bewilligung der Mittel für landwirtschaftliche Winterschulen gestimmt haben.⁷

Abg. **Schloßmann** betont die gegen früher veränderten Verhältnisse und die Souveränität des Hauses für Bewilligungen entgegen dem Widerspruch des Finanzministers.

Abg. **Berghaus** hält es für unmöglich, daß einzelne Mitglieder der Landesversammlung Vorschläge für Deckung machen können, da sie den Etat nicht übersehen können.

Abg. **Friedberg** führt aus, daß diese Auffassung Stellung des Finanzministers unhaltbar macht.

Abg. **Schnackenburg** beurteilt die heutigen Verhältnisse anders als die früheren, da Steuerschraube bis zur äußersten Grenze angezogen ist, [...] ⁸ festes, einheitliches Finanzprogramm der Regierung.

Abg. **Cassel**: Vetorecht des Finanzministers bestand weder früher noch heute, es muß Verständigung mit der Regierung in jedem Fall erzielt werden.

Abg. **Schloßmann**: Handhabung der bewilligten Mittel ist anfechtbar, kleine, unbedingt notwendige Ausgaben müssen bewilligt werden, um die verschiedenen Ressorts zu stützen.

Abg. **Friedberg** hält Stützung des Finanzministers für wichtiger.

Abg. **Schümer** berichtet [über] eine Anregung des Abg. *Faßbender*⁹, betr. Neufassung der Bestimmungen über Kirchenaustritt.¹⁰ Hält Zustimmung der Fraktion zu vorliegendem Antrag für unmöglich.¹¹

⁵ Die Volksabstimmung in Eupen-Malmedy fand nach Art. 34 des Versailler Vertrags am 24. Juli 1920 statt. Das Grenzgebiet fiel an Belgien.

⁶ Ab hier Protokollführer *Dönhoff*.

⁷ Vgl. den mündlichen Bericht des Staatshaushaltsausschusses über den Haushalt der landwirtschaftlichen Verwaltung, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 901, S. 1378 f.

⁸ Wort unleserlich.

⁹ Martin *Faßbender* (geb. 1856), Professor an Landwirtschaftlicher Hochschule in Berlin, 1903–1918 MdpAH, 1919–1921 MdpLV, 1921–1932 MdpLT, 1907–1918 MdR.

¹⁰ Am 23. Mai 1919 war das Gesetz, betr. die Erleichterung des Austritts aus der Kirche und den jüdischen Synagogengemeinden vom 13. Dezember 1918 (Gesetzsamml. S. 199), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 903, S. 1381 f., dem Rechtsausschuß überwiesen worden. Da es sich bei dem Gesetz um eine Notverordnung handelte, mußte diese gemäß § 9 der vorläufigen Verfassung nachträglich von der Preußischen Landesversammlung genehmigt werden. Nach der Vorlage sollte die Kirchenaustrittserklärung vor dem Amtsgericht erfolgen und der Ausgetretene dadurch von den auf der persönlichen Zugehörigkeit zur Kirchengemeinde beruhenden Leistungen mit Ablauf des laufenden Kalendervierteljahres befreit werden. Bei den Kommissionsberatungen hatte die DDP beantragt, daß der Austritt nicht vor dem Amtsgericht, sondern vor dem Vorstand der Kirchengemeinde persönlich erklärt werden sollte. Auch sollte die Befreiung von den Leistungen nicht nach Ablauf des laufenden Kalendervierteljahres, sondern des auf den Austritt folgenden Kalenderjahres erfolgen. Der Rechtsausschuß beantragte jedoch die Genehmigung des Gesetzes. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4,

Es wird Ausschuß gebildet von den Herren: *Schümer, Rade, Crüger, Kopsch, Cassel*, letzterer als Vorsitzender. Ausschuß kann mit Vertretern anderer Fraktionen verhandeln.

Abg. **Kopsch** beantragt: Mittwoch 10 Uhr Besprechung der Frage des Wiedereintritts in die Regierung.

Da Mittwoch als 1. Punkt Autonomiefrage Hannover¹² mit besonderer Einladung der betreffenden Abgeordneten feststeht, soll Versuch gemeinsamer Sitzung mit Reichstagsfraktion gemacht werden. Donnerstag abend 8 Uhr soll Sitzung mit der Tagesordnung, Vortrag des Oberpräsidenten *Lippmann* über die Verhältnisse in Pommern, [stattfinden].¹³ Für Mittwoch vormittag ist die Tagesordnung: 1. Plenum, 2. Autonomie Hannover, 3. Neubildung der Regierung.

73.

7.10.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz R 45 III, Nr. 63, Bl. 86r–87v. Beginn: 20.15 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Schmiljan.

Trotz sehr schwacher Besetzung wird in Tagesordnung eingetreten.

Abg. **Sommer** berichtet über Bittschriften und Untersuchungsausschuß.¹

Abg. **Rebehn** weist darauf hin, daß der Ausschuß für Handel und Gewerbe von der Fraktion einseitig, d.h. nur von solchen Mitgliedern besetzt ist, die Arbeitgeber sind oder ihren Anschauungen nahe stehen, während eine Vertretung aus Arbeitnehmerkreisen erwünscht und notwendig wäre.

Abg. **Sommer** erinnert an Praxis des alten Reichstags, nach der die Fraktionsmitglieder abwechselnd vertretungsweise in die Ausschüsse delegiert wurden, wenn Fragen ihres Interessen- und Anschauungsgebietes behandelt wurden.

Abg. **Schmiljan** unterstützt die Anregung in der Weise zu verfahren. Die Ausschußmitglieder müssen selbst für Heranziehung der Berufenen sorgen.

Abg. **Rebehn** greift zurück auf seinen Wunsch dauernder Umbesetzung des Ausschusses für Handel und Gewerbe.

Nr. 902, S. 1380f. Daraufhin stellte die DDP am 14. Oktober 1919 den Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen zu dem Gesetz über die Erleichterung des Austritts aus der Kirche und den jüdischen Synagogengemeinden vom 13. Dezember 1918, ebd., Nr. 998, S. 1472. Die Vorlage wurde in dieser Legislaturperiode nicht mehr erledigt. Vgl. auch die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion des Zentrums vom 3. und 15. Oktober 1919, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 65 und 71, S. 109f., hier S. 110, und S. 117f., hier S. 118.

¹¹ Ein entsprechender Antrag wurde nicht gestellt.

¹² Zu den Selbstständigkeitsbestrebungen in der Provinz Hannover vgl. auch Dok. Nr. 63 und 65.

¹³ Zu den Verhältnissen in Pommern vgl. Dok. Nr. 58, Anm. 6.

¹ Gemeint ist der Untersuchungsausschuß über die Januar-Unruhen 1919 in Berlin, der in der 5. Sitzung am 19. März 1919 eingesetzt worden war. Der Ausschußbericht lag am 8. Februar 1921 vor. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 15, Nr. 4121 A–D, S. 7669–8191. Zu den Bittschriften zum Etat der Eisenbahnverwaltung am 8. Oktober 1919 vgl. ebd., Bd. 4, Sp. 4879.

Abg. **Schmiljan** empfiehlt Neuerung in der Geschäftsführung, daß jedes Mal vor Eintritt in Tagesordnung der Fraktion auf Neueingänge, Vorlagen, Anträge etc. hingewiesen wird und Redner vorbestimmt werden.

Abg. **Struve** bittet, daß der Abg. *Schmiljan* diese Aufgabe übernehmen möge, **Fraktion** stimmt dem zu.

Abg. **Berndt** berichtet über den Rechtsausschuß.

Auf Anregung des Abg. *Schümer* wird der Abg. *Berndt* gebeten, in den Ausschuß für die Kirchnaustrittsbewegung mit einzutreten.

Abg. **Wittrock** wünscht, daß die »Demokratische Korrespondenz« im Hause ausgelegt wird. Die Frage des Abg. *Schümer*, auf welche Weise Auslage von Zeitungen, die zur Verfügung gestellt werden, erzielt wird, ist dahin zu beantworten, daß einfache Anmeldung und Lieferung genügt.

Abg. **Schümer** wünscht, daß in den stenographischen Berichten die behandelten Anfragen, Anträge etc. noch mal mit abgedruckt werden.

Abg. **Schmiljan** und **Buers** weisen darauf hin, daß größere Übersichtlichkeit erzielt werden würde durch Einzeldruck jeden Antrags mit gleichem Format.

Abg. **Struve** zum Antrag *Schümer*: Es würde kurzer Hinweis im Stenogramm auf Gegenstand des Abstimmungspunktes genügen.

Antrag des Abg. *Wenke*, betr. Wegfall der Schnellzüge nach dem Osten. – Dringende Förmliche Anfrage wird beschlossen mit Unterschrift der Abgeordneten aus dem Osten an erster Stelle.²

Abg. **Schümer** berichtet über Entrüstung in Beamtenkreisen über Erlaß des Ministers *Oeser*, betr. Personalakten der Beamten. Unterstützung der »Demokratischen Korrespondenz« durch Mitteilung an den Herausgeber ist erwünscht.

Abg. **Berndt** beantragt, auf eine der nächsten Fraktionstagesordnungen das Kirchenverfassungsgesetz zu bringen.³

Abg. **Degenhardt** regt Frage der Stellungnahme gegenüber dem Minister *Haenisch* an.

² Dringende Förmliche Anfrage der Abg. *Schmiljan* und Genossen (DDP) über den Schnellzugverkehr mit dem Osten, in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 915, S. 1399. Ab dem 12. Oktober 1919 sollten die für den gesamten Osten des Landes verkehrenden Schnellzüge in Wegfall kommen. Die DDP sah in dieser Maßnahmen eine Zurücksetzung des Ostens gegenüber dem Westen.

³ Vgl. Dok. Nr. 66.

74.

8.10.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 87r–88v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben.

Die Fraktionssitzung, die auf Donnerstag abend angesetzt war, soll verschoben werden. Der neue Termin soll noch später festgestellt werden.

Abg. **Dönhoff** teilt mit, daß zwei Frauen von der sozialdemokratischen Partei und von dem Zentrum als Referentinnen in das Wohlfahrtsministerium berufen worden sind, und regt an, daß die demokratische Fraktion auch ihren Einfluß geltend mache.¹

Die **Fraktion** ist damit einverstanden.

Abg. **Schmiljan** regt an, daß schon bei Beginn jeder Fraktionssitzung die Eingänge an die Landesversammlung bekannt gegeben werden, damit dann schon Redner bestimmt werden.

Für die Vorlage, betreffend Unterstellung der Arbeiter der Erdölbetriebe unter das Knappschaftsgesetz, wird als Redner Abg. **Riedel** bestimmt.²

Abg. **Höfler** macht Mitteilungen über Schiebungen in den Eisenbahndirektionen Elberfeld und Köln.³

Als Redner für den Etat der Eisenbahnverwaltung sind die Abg. **Frentzel** und **Ommert** vorgesehen.⁴

Abg. Dr. **Meyer** berichtet über Klagen, die der Oberpräsident von **Richter**⁵ über Abgeordnete der demokratischen Fraktion in einer Denkschrift erhoben hat, weil sie für die Sonderbestrebungen der Hannoveraner eingetreten seien.

Abg. **Rade** weist darauf hin, daß diese Sonderbestrebungen sich doch nicht so wesentlich von den Bestrebungen unterscheiden, die auf Autonomie der Provinzen hinzielen.

Abg. **Barteld** macht Mitteilungen von einer Besprechung zwischen den verschiedenen politischen Parteien, in der sich alle Parteien für den Einheitsstaat ausgesprochen ha-

¹ Seit dem 1. Oktober 1919 war Frau Meta *Kraus* im preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt für Kleinkinderfürsorge und die Fürsorge für die sittlich gefährdete weibliche Jugend zuständig. Seit dem 15. Oktober 1919 nahm zudem Helene *Weber* als Referentin in der Abteilung für Jugendwohlfahrt und Allgemeine Fürsorge die Angelegenheiten der sozialen Frauenschulen, der Sozialbeamtinnen und der Jugendfürsorge wahr. Helene *Weber* gehörte als Abgeordnete des Zentrums der Nationalversammlung an. Die DDP konnte ihre Forderung nach Anstellung einer Demokratinnen nicht durchsetzen. Vgl. auch Dok. Nr. 92, 115 und 158. Ferner MARCUS, S. 119–121.

² Der Gesetzentwurf, betr. die Ausdehnung des Knappschaftsgesetzes auf Erdölbetriebe, nebst Begründung, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 906, S. 1389f., wurde in der 69. Sitzung am 22. Oktober 1919 in erster Lesung ohne Aussprache an den Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen. Die Vorlage wurde in der 133. Sitzung am 20. April 1920 in zweiter und dritter Lesung beraten und angenommen.

³ Auf die Diebstähle und Schiebungen in der Eisenbahnverwaltung kam auch der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten *Oeser* in der 62. Sitzung am 9. Oktober 1919 zu sprechen. Vgl. ebd., Bd. 4, Sp. 4958–4960, insgesamt Sp. 4954–4966.

⁴ Die Reden der Abg. Dr. *Frentzel* in der 62. Sitzung am 9. Oktober 1919 und des Abg. *Ommert* in der 63. Sitzung am 10. Oktober 1919, in: ebd., Sp. 4942–4954 und Sp. 5055–5073.

⁵ Ernst von *Richter* (1862–1935, seit 1908: v.), 1905–1914 Staatsminister des Herzogtums Sachsen-Coburg und Gotha, Mitgl. NLP, 1914–1917 Leiter der Kriegsstelle Verband Deutscher Exporteure, April/Mai 1917–Mai 1920 Oberpräsident in Hannover, November 1921–Januar 1925 preußischer Finanzminister, 1919–1921 MdpLV, 1921–1928 MdpLT (DVP, stellv. Fraktionsvorsitzender).

ben, allerdings mit einem selbständigen Verwaltungsbezirk Sachsen.⁶ In Hannover besonders in den Kreisen Hannover, Lüneburg, Braunschweig sei die Stimmung für Schaffung eines von Preußen losgelösten selbständigen Verwaltungsbezirks und [es] werde nach der Sperrfrist wohl diese Stimmung auch durch den Stimmzettel zum Ausdruck [gebracht werden].⁷

Abg. **Cassel** erinnert daran, daß die Fraktion von Anfang an für ein Aufgehen des preußischen Staates in den Einheitsstaat gewesen sei. Für die demokratische Partei sei es aber der Zusammenbruch, wenn sie für die Zerschlagung Preußens eintrete. Der Redner geht dann auf die Verhältnisse in Hannover ein. In Ostfriesland sei die Stimmung jedenfalls nicht für eine Ablösung von Preußen. Die Mehrheitssozialdemokratie und die unabhängige Partei in Preußen seien gegen die Zerschlagung Preußens und die deutschnationale Partei werde aus einer falschen Stellungnahme der demokratischen Partei jeden Nutzen zu ziehen versuchen. Es sei an der Zeit, die ganze Frage einmal zur Ruhe kommen zu lassen.

Abg. **Ruer** weist darauf hin, daß die Entwicklung ja ganz von selbst zum Einheitsstaat hintreibe und daß die Autonomisierung der Provinzen die Vorbereitung zum Aufgehen der Länder in den Einheitsstaat sei.

Abg. **Bollert** hält es für die Pflicht der Preußischen Landesversammlung, den entscheidenden Schritt auf dem Wege zum Einheitsstaat zu tun.

Abg. **Preuß** weist darauf hin, daß der Versuch den Einheitsstaat zu schaffen zur Zeit der Friedensverhandlungen den Rheinbund bedeutet hätte. Wenn jetzt der Einheitsstaat proklamiert würde, so würde die ganzen Verfassungsfragen wieder aufgerollt. Die Notwendigkeit des Entwicklungsprozesses, der ja zum Einheitsstaat führe, drängt sich jedem auf. Zwei Zentralregierungen und Zentralparlamente seien auf die Dauer unerträglich. Das krampfhaft Zusammenhalten des preußischen Staates verstärke die Verselbständigungsbewegungen in den Randländern. Er fürchte, die Randprovinzen schwärmen ab und es bleibe vielleicht das Preußen des Tilsiter Friedens.⁸ Das Autonomiegesetz müsse so liberal ausgestaltet werden, daß damit den Absplitterungsbestrebungen entgegengearbeitet werden könne.

Die Debatte wird abgebrochen. Sie soll in der nächsten Woche mit Festsetzung der heutigen Rednerliste fortgesetzt werden. Auf der Rednerliste stehen *Schümer, Jansen, Berghaus, Barteld, Kopsch, Cassel, Schnackenburg, Gottschalk*. Als Eventualredner zu der Frage, das Loch im Westen, wird Abg. *Kuhle* bestimmt.⁹

⁶ Vgl. auch den Antrag der Abg. Dr. *Friedberg, Gräf* (Frankfurt), Dr. Dr. *Porsch* und Genossen (DDP, SPD, Z) zur dritten Beratung der Haushaltspläne für 1919 (Grundlagen für den deutschen Einheitsstaat), vom 13. Dezember 1919, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1467, S. 2147. Nach dem Antrag wurde die Staatsregierung ersucht, »sowohl und noch vor Einbringung der endgültigen Verfassung die Reichsregierung zu veranlassen, mit den Regierungen aller deutschen Länder über die Errichtung des deutschen Einheitsstaates in Verhandlungen einzutreten.«

⁷ Im Original: »bringen«.

⁸ Der Tilsiter Frieden zwischen Frankreich und Rußland sowie Frankreich und Preußen vom 7. bzw. 9. Juli 1807 beendete den 4. Koalitionskrieg von 1806/07. Preußen verlor fast alle Erwerbungen aus der 2. und 3. polnischen Teilung und die Gebiete links der Elbe, die weitgehend zur Bildung des Herzogtums Warschau und des Königreichs Westfalen verwendet wurden.

⁹ Der Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über die Verschiebung von Getreide und anderen Lebensmitteln nach dem Auslande, SBpLT 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 881, S. 1372, wurde in der 65. und 73. Sitzung am 15. Oktober und 5. November 1919 verhandelt. Die Rede des Antragstellers *Kuhle* (DDP) in der 65. Sitzung am 15. Oktober 1919, in: ebd., Bd. 4, Sp. 5233–5242.

75.

9.10.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 88v-r Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: *Dominicus*.

Die Vorlage über den Ausbau der Wasserkräfte bei Hannoversch Münden¹ wird dem Abg. *Rebehn* zur Bearbeitung übertragen.

Abg. *Dominicus* teilt mit, daß es gelungen sei, zwischen den Mehrheitsparteien eine Fassung für den Antrag auf Einführung der Akkordarbeit zu finden, dem auch die Sozialdemokraten zustimmen.²

Die Abg. *Wenke* und *Westermann* erheben Bedenken gegen die Bestimmung, nach der die Arbeiter die gleiche Einkommenssumme haben sollen wie unter der gegenwärtigen Arbeitsregelung.

Abg. *Hoffmann* teilt mit, daß die Organisationen sich gegen jedes Akkordsystem ausgesprochen haben. Man müsse sich darüber klar werden, was geschehen soll, wenn sich die Organisationen weigern, in Verhandlungen einzutreten über die Einführung des Akkordsystems.

Als Redner wird Abg. *Dominicus* bestimmt.

Abg. *Cassel* berichtet über die Persönlichkeit des von der Sozialdemokratie in Vorschlag gebrachten Siegbert *Loewy*³ der zum Unterstaatssekretär ausersehen sei. Die Kandidatur sei jedenfalls die denkbar ungeeignetste.

Die *Fraktion* beschließt, der sozialdemokratischen Fraktion zu antworten, daß die demokratische Fraktion nur mit schweren Bedenken von der grundsätzlichen Stellungnahme, die dahin ginge, zu parlamentarischen Staatssekretären nur Parlamentarier zu wählen, abgehen kann und zwar nur, wenn eine besonders geeignete Persönlichkeit in Vorschlag gebracht würde. Der in Vorschlag gebrachte Name schein aber dieser Vorbedingung nicht zu entsprechen.

Abg. *Schreiber* berichtet über die Vorlage, betreffend die Militarisierung der Polizei.⁴ Im Wesentlichen spricht sich der Redner gegen den Entwurf der Regierung aus. Er sieht in der Entlohnung und Versorgung der Sicherheitspolizei eine gewisse Bestechung. Die Trennung zwischen Sicherheits- und Ordnungspolizei rief die stärksten

¹ Die Denkschrift über den Ausbau der Wasserkräfte bei Hannoversch-Münden, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 907, S. 1391–1393, wurde in der 75. Sitzung am 7. November 1919 beraten.

² Vgl. Dok. Nr. 68.

³ Siegbert *Loewy* (1879–1942), Justizrat, Rechtsanwalt und Notar, 1920–1933 Berliner Stadtverordneter (SPD), 1936 nach Italien emigriert. Vgl. VOR DIE TÜR GESETZT, 2006, S. 277.

⁴ Am 11. September 1919 hatte eine Besprechung zwischen den den Mehrheitsparteien angehörenden Mitgliedern des Ältestenrats, dem Finanz- und Innenminister sowie dem Ministerpräsidenten über die Errichtung der Sicherheitspolizei und die Beschaffung der dafür erforderlichen Mittel stattgefunden. Der Plan zur Reorganisation der Polizei wurde der Landesversammlung im Rahmen der Beratung des Haushaltsplans für 1919 vorgelegt. Vgl. Johannes BUDER, Die Reorganisation der preußischen Polizei 1918–1923, Frankfurt a. M./Bern/New York 1986, S. 60–64. Aufgabe der 1919 gegründeten Sicherheitspolizei war die Bekämpfung innerer Unruhen und Aufstände. Sie wurde von Offizieren und Unteroffizieren der alten Armee aufgebaut, war militärisch gegliedert, kaserniert, und schwer bewaffnet. Auf Druck der alliierten Siegermächte mußte die Sicherheitspolizei jedoch im Oktober 1920 aufgelöst werden. Sie wurde durch die Schutzpolizei abgelöst. Vgl. ebd., passim; GÖTZ, S. 401f. Ferner Dok. Nr. 68.

Bedenken hervor. Er schlägt vor, daß die alte Polizei durch neue Kräfte aufgefüllt werde und eine militärische Organisation bis zum Hauptmann durchgeführt werde. Die höheren Stellen aber sollen als Zivilämter zu betrachten sein. Die Polizei müsse wieder auf die alte Höhe gebracht werden; es sei dann höchstens zu erwägen, ob eine Reserve eingesetzt werde, die kaserniert sein könne.

Unterstaatssekretär **Meyer** hat sich zu der Meinung durchgerungen, daß wir ohne eine kasernierte Polizeitruppe nicht auskommen können. Es fehlt jetzt eben der alte Rückhalt der Polizei, das Militär, und dafür müsse ein Gesetz geschaffen werden. Die Kommunalisierung der Ordnungspolizei werde kommen, aber neben dieser Ordnungspolizei werde eine staatliche Sicherheitspolizei notwendig sein. Er bittet die Fraktion die Vorlage nicht mit voreingenommener Gegnerschaft aufzunehmen.

Abg. Dr. **Berndt** erhebt vor allem Beschwerde gegen das Vorgehen des Ministers, der an die Einrichtung der Polizei gegangen sei ohne die Zustimmung der Landesversammlung. In der Sicherheitswehr, die unter alten Offizieren stehen soll, sieht er eine reaktionäre Gefahr. Der Redner stimmt im allgemeinen den kritischen Bemerkungen des Abg. *Schreiber* bei.

Abg. **Cassel** sieht die Einrichtung der Sicherheitswehr als eine unbedingte Notwendigkeit an.

Der **Vorsitzende** präzisiert die Stellungnahme der Fraktion dahin, daß in einer interfraktionellen Besprechung, die ganze Angelegenheit besprochen werde. In dieser Besprechung soll dahin gewirkt werden, daß die Sicherheitspolizei und die Ordnungspolizei⁵ einander in ihrer äußeren Stellung und ihrer Entlohnung genähert werden.

Abg. **Jordan** macht Mitteilung von einer interfraktionellen Besprechung über die Verwaltungseinteilung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes.⁶

Die **Fraktion** gibt ihrer Meinung Ausdruck, daß diese Besprechung keinen offiziellen Charakter getragen habe. Es werden dann als Vertreter der Fraktion für die Besprechungen über die Neuregelung der Polizei die Herren *Dominicus, Cassel, Kopsch, Schreiber, Goll* und *Berndt* bestimmt.

⁵ Im Original: »Sicherheitspartei und Ordnungspartei«.

⁶ Zum Gesetz über die Neuregelung der kommunalen Grenzen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und den Ein- und Umgemeindungsgesetzen der 1920er Jahre vgl. MÖLLER, Die Verwaltung, Preußen, S. 556.

76.

10.10.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 89v–90v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

[Abg. **Dominicus**] begrüßt den Oberpräsidenten *Lippmann* als Gast.

Abg. **Schmiljan** macht auf Antrag Nr. 959¹ aufmerksam, die Abg. *Westermann* und *Berghaus* werden zu Rednern bestimmt.² Zur Anfrage *Rippel*, betr. Betriebsrätegesetz³, wird beschlossen über Stellungnahme der Reichstagsfraktion Erkundigung einzuziehen. Abg. *Kuhle* wird als Referent bestimmt.

Abg. **Schmiljan** und **Sommer** protestieren gegen mangelnde Fühlung mit der Reichstagsfraktion, Abg. **Berndt** regt an, das Thema Dienstag abend auf die Tagesordnung zu setzen und einen Vertreter der Reichstagsfraktion einzuladen.

Antrag [Nr.] 961 und 962⁴ müssen beim Eisenbahnetat behandelt werden – Abg. *Ommert* als Sachverständiger.⁵ Zu dem Antrag, betr. Weinfrage⁶, wird Abg. *Kopsch* sprechen. Gegen Überweisung einer Bittschrift als Material muß im Gemeindeausschuß Stellung genommen werden.

¹ Antrag der Abg. *Schmidt* (Cöpenick) und Genossen (SPD) auf reichsgesetzliche Regelung der Landarbeiterverhältnisse, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 959, S. 1408f. Der Antrag forderte eine reichsgesetzliche Regelung der Landarbeiterverhältnisse dahin gehend, daß bei Streitigkeiten aus dem landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnis, die nicht durch Schlichtungsausschüsse geregelt würden, Arbeitsgerichte zuständig sein sollten. Gleichzeitig sollten zur Durchführung und Beaufsichtigung von Schutzbestimmungen für landwirtschaftliche Arbeiter landwirtschaftliche Inspektionen, analog zu den Gewerbeinspektionen, errichtet werden. Der Antrag wurde im Rahmen der zweiten Beratung des Staatshaushalts für 1919, und zwar landwirtschaftliche Verwaltung, in der 68. bis 73. Sitzung vom 21. Oktober bis 5. November 1919 beraten und einem Ausschuß überwiesen.

² Die Rede des Abg. *Westermann* in der 69. Sitzung am 22. Oktober 1919, in: ebd., Bd. 5, Sp. 5522–5533, und die Rede des Abg. *Berghaus* in der 70. Sitzung am 23. Oktober 1919, in: ebd., Sp. 5637–5644.

³ Dringende Förmliche Anfrage der Abg. *Neubaus* und Genossen (DNVP) über die Bevorrechtung der Arbeiter im Betriebsrätegesetz (Hausherrnrechte), in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 960, S. 1409. Die DNVP befürchtete, daß nach den Ankündigungen von Reichskanzler *Bauer* über das Betriebsrätegesetz vom 7. Oktober 1919, den Arbeitern »Hausherrnrechte« gegeben und damit die »Produktionsfähigkeit der Betriebe völlig untergraben« würde. Die Anfrage wurde im Rahmen der zweiten Beratung des Staatshaushaltsplans für 1919, Preußische Regierung, in der 81. bis 84. Sitzung vom 14. bis 18. November 1919 beantwortet und besprochen.

⁴ Antrag der Abg. *Gräf* (Frankfurt) und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Eisenbahnverwaltung für 1919 (Tarifverträge), in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 961, S. 1409. Danach sollte der Minister für öffentliche Arbeiten baldmöglichst mit den in Betracht kommenden Organisationen Tarifverträge abschließen. Antrag der Abg. *Rosebrock* und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Eisenbahnverwaltung für 1919, betr. die Rang- und Gehaltsklasse der Rangiermeister, Wagenmeister, Lademeister, Werkführer und Triebwagenführer, in: ebd., Nr. 962, S. 1410. Diese sollten den Eisenbahnzugführern gleichgestellt werden.

⁵ Vgl. die Rede des Abg. *Ommert* in der 63. Sitzung am 10. Oktober 1919, in: ebd., Bd. 4, Sp. 5055–5073.

⁶ Zum Haushalt der landwirtschaftlichen Verwaltung lagen drei Anträge zur Weinfrage vor: der Antrag der Abg. *Jacoby-Raffauf* und Genossen (Z) auf Bekämpfung der Schädlinge des Weinstocks, in: ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 104, S. 140; der Antrag der Abg. *Jakoby-Raffauf* und Genossen (Z) über die Lieferung von Zucker an die Winzer, in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 882, S. 1372; sowie der Antrag der Abg. *Dr. Heß* und Genossen (Z) über die Schädigung der Winzerstandes durch den Friedensvertrag und auf Einberufung eines Weinparlaments, in: ebd., Nr. 968, S. 1412. Der Abg. *Kopsch* verzichtete auf eine Rede.

Plenum. Über Antrag [Nr.] 899⁷ ist Ansicht des Ministers *Oeser* festzustellen. Zum Antrag [Nr.] 910⁸ wird Ablehnung beschlossen, der Redner der Fraktion soll vorliegende Tatsachen bedauern.⁹

Über den Antrag [Nr.] 957¹⁰ berichtet Abg. **Barteld** und bittet um Zustimmung oder Überweisung an Haushaltsausschuß.

Abg. **Höfler** widerspricht aus betriebstechnischen Gründen der Zustimmung. Abg. Höfler bittet Antrag [Nr.] 962 zugunsten des unter [Nr.] 986 abzulehnen.¹¹ Überweisung an Ausschuß wird beschlossen.

Betr. Antrag auf Drucksache [Nr.] 185¹² berichtet Abg. **Schmiljan** über Absicht einer interfraktionellen Verständigung – Überweisung in Ausschuß wird beschlossen, Oberpräsident **Lippmann** berichtet über die politischen Verhältnisse und die Vorgänge seit der Revolution in Pommern.

Zur Geschäftsordnung: Abg. **Schloßmann** beantragt unverzügliche Einberufung des interfraktionellen Ausschusses der Mehrheitsparteien, um die Darstellungen des Herrn Oberpräsidenten über die Ämterbesetzung vor diesem Kreis zur Sprache zu bringen.

Abg. **Meyer** verlangt zunächst Besprechung in der Fraktion; Abg. v. **Richthofen** Ausdehnung der Erörterung auf die Verhältnisse in allen Provinzen – Zuziehung der Minister der Partei.

Abg. **Meyer** glaubt Herrn *Lippmann* Mitteilungen machen zu können, die einen Teil seiner Beschwerden beheben; verlangt Gelegenheit, seinerseits die Sachlage darzustellen. Es wird beschlossen, daß Fraktion von der Plenarsitzung vorläufig fernbleibt, um in sachliche Behandlung der Frage einzutreten. Zum Schluß seiner Ausführungen wendet sich Abg. Meyer dagegen, den interfraktionellen Ausschuß mit der Sache zu beschäftigen und warnt davor, den Minister *Heine* stürzen zu helfen, da sein Nachfolger im Sinn der Fraktion und im Interesse der inneren Verwaltung weniger befriedigen würde. Schlägt Auseinandersetzung mit dem Minister mit dem Ziel friedlicher Schlichtung der Konflikte vor.

Es sprechen zur Sache Abg. **Juds**, Oberpräsident **Lippmann**, Abg. **Cassel**.

⁷ Antrag der Abg. *Ebersbach* und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Eisenbahnverwaltung für 1919 über die Gewährung von Zulagen an die gehobenen Unterbeamten der Staatseisenbahnverwaltung, in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 899, S. 1377 f.

⁸ Antrag der Abg. *Garnich* (Berlin) und Genossen (DVP) über den Schnellzugverkehr mit dem Osten, in: ebd., Nr. 910, S. 1397. Nach dem Antrag sollte die Einstellung des Schnellzugverkehrs östlich der Linie Stettin–Berlin–Dresden sofort wieder aufgenommen werden.

⁹ Nachdem der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten *Oeser* in der 61. Sitzung am 8. Oktober 1919 auf dieses Problem eingegangen war, verzichteten die Vertreter der DDP auf eine eigene Stellungnahme. Vgl. die Rede *Oesers*, in: ebd., Bd. 4, Sp. 4889–4894, hier Sp. 4893 f.

¹⁰ Antrag der Abg. *Schüling* und Genossen (Z) über die Postwagen in den Eisenbahnzügen, in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 957, S. 1408.

¹¹ Antrag der Abg. *Andres* und Genossen (Z) zur zweiten Beratung des Haushalts der Eisenbahnverwaltung für das Rechnungsjahr 1919 über die Rang- und Gehaltsklasse der Eisenbahnunterassistenten, Bahnhofs-aufseher, Reservelokomotivführer, Werkführer usw., in: ebd., Nr. 986, S. 1432. Zu Antrag Nr. 962 vgl. Anm. 4.

¹² Antrag des Staatshaushaltsausschusses zu seinem mündlichen Bericht über den Haushalt der Gestütverwaltung für 1919, nebst Nachweis über die Ab- und Zugänge an Beschälern in den Landgestüten des Staates für 1918 und die Betriebsergebnisse der Haupt- und Landgestüte des Staates für 1914/15 bis einschließlich 1916/17 (Nr. 185), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 995 zu 2, S. 1470. Der Antrag wurde im Rahmen der Beratung des Haushalts der Gestütverwaltung in der 66. und 67. Sitzung am 16. und 17. Oktober 1919 verhandelt und durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Abg. **Dominicus** stellt Übereinstimmung der Fraktion mit den vom Herrn Oberpräsident *Lippmann* entwickelten Grundsätzen über Reform der Verwaltung und Besetzung politischer Stellen fest, betont unser Vertrauen zur Wirksamkeit des Abg. *Meyer*.

Abg. **Schloßmann** will Unterstaatssekretär *Meyer* durch Fraktion energischer gestützt wissen, spricht gegen Entgegenkommen zugunsten der Erhaltung der Koalition, welches unsere Stellung in derselben nur schwächt.

Abg. **Meyer** verlangt dringend, daß Wiederaufnahme der Besprechung nur im Beisein der demokratischen Minister stattfindet.

Abg. **Ruer** unterstützt den Wunsch, daß Minister mehr an den politischen Angelegenheiten der Fraktion teilnehmen.

Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr: 1. Plenum, 2. Wiedereintritt in die Regierung.

77.

14.10.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 90v-r Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: **Dominicus**.

Abg. **Schreiber** teilt mit, daß der Abg. *Weinhausen*¹ bereit sei, am 14. Oktober abends über das Betriebsrätegesetz² zu referieren. Es soll danach am Abend eine Fraktionssitzung stattfinden.

Abg. **Dominicus** berichtet über interfraktionelle Besprechungen über die Misere auf den Eisenbahnen.

Am Mittwoch nachmittag soll eine neue Besprechung stattfinden, zu der die Abg. *Dominicus*, *Kopsch*, *Riedel*, *Ommert* und als Vertreter von *Dominicus* der Abg. *Frentzel* delegiert werden. Abg. *Dominicus* wird beauftragt, im Seniorenkonvent darauf hinzuweisen, daß die eventuelle Einstellung des Personenverkehrs von Bedeutung sein werde für das Tagungsprogramm der Landesversammlung und daß darüber Klarheit geschaffen werden müsse, ob die Landesversammlung in Berlin tage oder sich während dieser Zeit vertage.³ Zu der Vereinigung der landwirtschaftlichen Berufsvereine werden die Abg. *Westermann* und als Vertreter der Abg. *Schreiber* entsandt.

Abg. **Kimpel** bringt die Abstimmung über den Antrag *Oelze* [zur Sprache].⁴

¹ Friedrich *Weinhausen* (1867–1925), Sozialpolitiker und Redakteur, 1920–1925 Leiter des »Demokratischen Zeitungsdiensts«, 1912–Februar 1921 Mdr (Fortschrittliche Volkspartei/DDP), 1913–1918 MdpAH.

² Der Entwurf des Betriebsrätegesetzes war am 21. August 1919 in erster Lesung in der Weimarer Nationalversammlung verhandelt und an den sozialpolitischen Ausschuß verwiesen worden. Die Ausschußberatungen dauerten bis zum 28. November 1919. Am 18. Januar 1920 wurde der Gesetzentwurf schließlich auf der Grundlage eines Kompromisses der drei Regierungsparteien verabschiedet. Zum Betriebsrätegesetz vgl. SCHULTHESS 1919/I, S. 490 f.; HENTSCHEL, S. 78–85.

³ In den Sitzungen des Ältestenrats vom 14., 17., 21. und 24. Oktober 1919 wurde dieser Punkt nicht erörtert. Vgl. GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 1.

⁴ Gemeint ist der Antrag der Abg. *Oelze* und Genossen (DNVP) zur dritten Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern für 1919, betr. Anrechnung eines Teils der Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter der Beamten bei den Kommunalverwaltungen, in: SBpLT 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 828, S. 1338.

Die **Fraktion** beauftragt die Vertreter der Fraktion im Seniorenkonvent dahin zu wirken, daß die Vorlage über die Zulagen für die jungen Lehrer möglichst schnell auf die Tagesordnung gesetzt wird.⁵

Abg. **Cassel** bringt zur Sprache, daß die Verordnung über die Erleichterung des Austritts aus der Kirche in den nächsten Tagen das Haus beschäftigen werde.

Die **Fraktion** tritt dafür ein, daß die Verordnung zunächst an den Rechtsausschuß verwiesen wird.⁶ In materieller Hinsicht wird beschlossen, die Grundsätze des Kollegen *Rade* als Standpunkt der Fraktion festzulegen.

Abg. **Kopsch** berichtet dann über den Eintritt der Demokraten in die Reichsregierung.⁷

Abg. **Kuhle** macht Mitteilung von dem Wunsche des Staatsministeriums, die Fraktion möge ihre Stellungnahme zum Streikrecht der Beamten präzisieren.⁸

Es wird beschlossen, dem Staatsministerium gegenüber den Beschluß der Fraktion zu bestätigen, nachdem die Fraktion sich gegen das Streikrecht der Beamten ausgesprochen habe.⁹

Abg. **Schümer** billigt den Eintritt der Demokraten in die Reichsregierung.

Abg. **Friedberg** teilt mit, daß der Vorstand der Partei durch das Statut die Entscheidung über politische Fragen habe.¹⁰ Der Vorstand hat den Vorsitzenden der Fraktion gebeten, ihm den Standpunkt der Fraktion klarzulegen. Es sei dabei festgestellt worden, daß keine bestimmten Bedingungen gestellt worden seien. Der Redner spricht sehr

⁵ Eine entsprechende Initiative wurde in den Sitzungsprotokollen des Ältestenrats vom 14., 17., 21. und 24. Oktober 1919 nicht dokumentiert. Vgl. GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 1.

⁶ In der 72. und 73. Sitzung am 4. und 5. November 1919 wurde das Gesetz vom 13. Dezember 1918 (Gesetzsamml. S. 199) über die Erleichterung des Austritts aus der Kirche und aus den jüdischen Synagogengemeinden, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 234 zu 13, S. 384–386, hier S. 385, Nr. 275 zu II, S. 431 f., hier S. 431, Anlagen, Bd. 4, Nr. 902 und 903, S. 1380–1382 (Bericht des Rechtsausschusses mit der abgeänderten Gesetzesfassung), Nr. 998, S. 1472, beraten und an den Rechtsausschuß zurückverwiesen. Die DDP brachte hierzu am 14. Oktober 1919 den Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen, ebd., Nr. 998, S. 1472, ein, nach dem die Kirchenaustrittserklärungen nicht mehr vor dem Amtsgericht, sondern vor den Vertretern der Religionsgesellschaften vorgenommen werden sollten. Vgl. auch die Sitzung der preußischen Zentrumsfraktion vom 15. Oktober 1919, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 71, S. 117 f., hier S. 118.

⁷ Am 3. Oktober 1919 trat die DDP wieder in die Regierung *Bauer* ein, die sie im Juni aus Protest gegen die Annahme des Versailler Vertrags verlassen hatte. Vizekanzler wurde Eugen *Schiffer*, Reichsinnenminister am 5. Oktober Erich *Koch*. Als dritter Demokrat kam am 21. Oktober der Nürnberger Oberbürgermeister Otto *Gefßler* hinzu, der das neu errichtete Reichsministerium für Wiederaufbau übernahm. Vgl. SCHULTHESS 1919/I, S. 417, 440.

⁸ Die Frage des Streikrechts der Beamten wurde während der Beratung des Haushalts der Eisenbahnverwaltung diskutiert. In seiner Rede in der 63. Sitzung am 10. Oktober 1919 gab der Abg. *Ommert* zu, daß seine Fraktion in der Frage der Gewährung des Streikrechts an Beamte und Eisenbahnarbeiter gespalten sei. Als Mitglied der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner stand zumindest der Abg. *Ommert* auf dem Standpunkt, »daß die Beamten und Arbeiter das Streikrecht unbekümmert für sich in Anspruch nehmen« sollten. Gleichzeitig mahnte er eine klare Stellungnahme der Regierungen im Reich und in Preußen zu dieser Frage an. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 4, Sp. 5068, insgesamt Sp. 5055–5073.

⁹ Auch die Zentrumsfraktion lehnte die Verleihung des Streikrechts an Beamte ab. Vgl. die Sitzung der preußischen Zentrumsfraktion vom 9. Oktober 1919, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 68, S. 113–115, hier S. 113 f.

¹⁰ Nach der auf dem Parteitag am 21. Juli 1919 beschlossenen Satzung hatte der Vorstand nach § 18 »die laufende politische Führung der Partei im Rahmen des Parteiprogramms und der Parteitagsbeschlüsse.« Nach § 16 sollte er zusammen mit dem Parteiausschuß Beschlüsse treffen. Der Parteiausschuß sollte über wichtige politische Fragen entscheiden und die Parteitage berufen. Vgl. LINKSLIBERALISMUS, 1980, S. 810–819, hier S. 815 f. Vgl. auch die Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 27. September 1919, in: ebd., Nr. 37, S. 84 f.

ernste Bedenken gegenüber der Haltung der Reichstagsfraktion aus. Er wage nicht zu beurteilen, ob der Wiedereintritt in die Regierung katastrophale Wirkungen für die Partei haben werde.

Abg. **Kopsch** kritisiert das Verhalten der Reichstagsfraktion aufs Schärfste.

Abg. Dr. **Berndt** verteidigt das Verhalten der Reichstagsfraktion, allerdings sei die entscheidende Position der Partei nicht recht ausgenutzt worden.

Abg. **Wenke** gehört zu den scharfen Kritikern der Fraktion, ebenso **Struve**.

Es wird beschlossen, am Abend die Debatte fortzuführen und noch einige Herren der Reichstagsfraktion einzuladen.

78.

14.10.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 90r–91v. Zeit: keine Angaben, abends. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

[Abg. **Dominicus**] begrüßt besonders den Abg. *Weinhausen* von der deutsch-demokratischen Fraktion der Nationalversammlung – betont, daß es der Fraktion fernliege, sich irgendwie in die Entschlüsse der Kollegen der Nationalversammlung einmischen zu wollen, daß aber der dringende Wunsch bestehe, über die Stellungnahme zu den wichtigen Fragen unterrichtet zu sein, um sie vor den Parteimitgliedern und Wählern vertreten zu können.

Abg. **Weinhausen** berichtet über bisherige Verhandlungen und grundsätzliche Stellungnahme zum Betriebsrätegesetz.¹ Die Fraktion der Nationalversammlung hat Richtlinien aufgestellt, welche die Grenze der Zugeständnisse bedeuten und die in den Ausschußverhandlungen Punkt für Punkt durchgesprochen und bis jetzt im wesentlichen behauptet worden sind. Als Brennpunkte des Gesetzes wird die Zulassung von Vertretern des Betriebsrates zu dem Aufsichtsrat der Aktiengesellschaften und die Vorlage der Bilanz in Betrieben über 50 Arbeitern und Angestellten betrachtet. Eine Nachprüfung der Bilanz wird nicht zugestanden, der Widerstand gegen Zulassung zum Aufsichtsrat vielleicht fallen gelassen werden. Das Gesetz ist nicht zu betrachten wie ein beliebiges anderes; man kann es nicht fallen lassen, da die Arbeiterschaft wie hypnotisiert darauf blickt und es kann nicht ohne Mitwirkung der Sozialdemokraten zustande gebracht werden, da es wirkungslos bleiben würde ohne das Vertrauen der Massen. – Beim Eintritt in die Regierung sind Bedingungen gestellt, die nicht formuliert festgelegt aber in den Programmreden *Bauers* und *Petersens* öffentlich anerkannt worden sind.²

Abg. **Kuhle** sieht in dem Gesetz eine Verleugnung der individualistischen Wirtschaft. Für die Initiative des Einzelunternehmers bedarf es der Autorität im Betrieb. Wendet sich gegen Gleichmacherei, die für Landwirtschaft, Handel, Gewerbe gleichen Maßstab anlegt. Unternehmer haben Willen zur Verständigung, suchen sie auf dem Weg der Tarifgemeinschaft.

¹ Vgl. Dok. Nr. 77.

² Die Reden von Reichskanzler Gustav *Bauer* und Dr. Carl *Petersen* (DDP) in der 92. Sitzung am 7. Oktober 1919, in: SBVNV 1919/20, Bd. 330, S. 2877C–2882D, und S. 2882D–2886B.

Exz. **Fischbeck** befürchtet zu weit gehende Nachgiebigkeit der Demokraten, die durch Eintritt in die Regierung sich festgelegt und die Partei in schwierige Lage gebracht hat. Mitbestimmungsrecht der Arbeiter könnte auf anderem Wege durchgesetzt werden.

Abg. **Berndt**: Das Gesetz bezweckt den Arbeitsfrieden, Mitwirkung bei der Regelung der Produktion ist in der Verfassung festgelegt, darf nicht im Interesse bestimmter Gruppen beschränkt werden.

Abg. **Schreiber** fragt angesichts der Bedingungen des Wiedereintritts nach dem Mindestprogramm der Demokratie, erklärt Verhinderung des Sozialismus für wichtigstes Ziel der Partei.

Exz. **Friedberg**: Wir können dem Gesetz nicht unsere Überzeugung zum Opfer bringen, eher muß es zu Fall kommen.

Exz. **Oeser**: Wir stehen vor der Tatsache, daß unsere Vertreter in der Regierung sitzen, müssen die schwierige Lage überwinden. Das Gesetz muß zustande kommen, fehlerhafte Bestimmungen müssen beseitigt werden; da Sozialdemokraten von unserer Mitwirkung abhängig, wird das möglich sein.

Die Abg. **Cassel** und **Kopsch** weisen auf die Schwierigkeiten für die Partei und die Wahlpolitik hin, die Wiedereintritt veranlaßt hat und verlangen seine Rechtfertigung vor dem Hauptausschuß.

Abg. **Bollert** hält die Wirkungen des Gesetzes nicht für so verhängnisvoll, obwohl schwere Bedenken zu überwinden bleiben.

Abg. **Weinhausen**: Die Verantwortung für die Stärkung der gegenwärtigen Regierung hat Wiedereintritt veranlaßt, die Fraktion arbeitet an dem Gesetz in steter Fühlung mit Industriellen der Partei.

Abg. **Dominicus** spricht Befriedigung aus, daß die Bedingungen des Wiedereintritts der Demokraten vom Reichskanzler anerkannt sind, stellt fest, daß Einigung über Notwendigkeit des Gesetzes und seine Bewertung nicht erzielt ist.

79.

15.10.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 91r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Dominicus.

Zum Antrag *Busch*¹ über die Gleichstellung der Professoren der landwirtschaftlichen und tierärztlichen Hochschulen mit den Universitätsprofessoren wird Abg. *Abderhalden* bestimmt.²

¹ Wilhelm *Busch* (1867–1923), Postverwalter, Parlamentarischer (Unter-)Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, 1903–1918 MdpAH, 1919–1921 MdpLV, 1921–1923 MdpLT (Z).

² Der Antrag der Abg. *Busch* und Genossen (Z, DHann) auf Besserstellung der Professoren der landwirtschaftlichen und tierärztlichen Hochschulen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 993, S. 1470, wurde im Rahmen der zweiten Beratung des Staatshaushaltsplans für 1919, landwirtschaftliche Verwaltung, in der 67. bis 71. Sitzung vom 17. bis 24. Oktober 1919 verhandelt. Die Rede des Abg. *Abderhalden* in der 68. Sitzung am 21. Oktober 1919, in: ebd., Bd. 5, Sp. 5457f.

Zu dem Antrag, betr. Erleichterung des Austritts aus der Religionsgemeinschaft, soll Abg. *Berndt* als Berichterstatter und Abg. *Rade* als Antragsteller der Fraktion bestellt [werden].³ Für die Förmliche Anfrage *Peters*, betr. die Preise für Leder etc., wird Abg. *Ehlers* bestimmt.⁴ Für den Etat der Forsten, Domänen und Gestüte wird als Redner für die Domänen Abg. *Bollert* für die Forsten Abg. *Kopsch* ausersehen.⁵ Für den Antrag, betr. die Privatforsten, wird Abg. *Schloßmann* die Fraktion vertreten.⁶ Für den Landwirtschaftsetat wird als erster Redner der Abg. *Westermann*, als zweiter Abg. *Berghaus* bestimmt.⁷ Es wird beschlossen am Donnerstag, den 23. abends, eine Fraktionssitzung zu veranstalten mit der Tagesordnung Kirchenverfassungsrecht. Im Seniorenkonvent soll der Vertreter der Fraktion darauf hinwirken, daß möglichst schnell die Feststellung erfolgt, ob eine Teilung des Etats nach Fachgebieten erfolgt, damit dann die Redner bestimmt werden.⁸

Abg. *Jordan* regt Frage der Kinos an, es wird eine Kommission eingesetzt zu ihrer Klärung⁹, Abg. *Dominicus* regt an, sich mit Bürgermeister *Ackermann* (Stettin)¹⁰ ins Benehmen zu setzen. Kommission: *Schloßmann*, *Schümer*, *Jordan*, *Wittrock*, *Cassel*, *Böer*, *Struve*, *Sommer*, *Heine*, *Dönhoff*. – Zu den Anträgen *Schmedding*, betr. Vertretung von Volksschullehrern in den Bezirksregierungen und Provinzialschulkollegien¹¹, wird Zustimmung beschlossen, mit der Änderung: Persönlichkeiten, die aus dem Schulfach hervorgegangen sind, bei eintretenden Vakanzen, Berücksichtigung der Frauen, alleinige Besetzung durch Kultusminister fällt weg.¹²

³ Berichterstatter war der Abg. *Aronsohn* (Thorn). Vgl. die Reden der Abg. *Aronsohn* (Thorn) und des Abg. *D. Rade* in der 72. Sitzung am 4. November 1919, in: ebd., Sp. 5762 und 5763. Vgl. Dok. Nr. 77.

⁴ Die Dringende Förmliche Anfrage der Abg. *Peters* (Hochdonn) und Genossen (SPD) über die Preise für Leder und Schuhwaren, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 792, S. 1295, wurde wieder zurückgezogen. Vgl. die Sitzung des Ältestenrats vom 17. Oktober 1919, 11.10 bis 12.24 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 1.

⁵ Die Rede des Abg. *Kopsch* zum Etat der Forstverwaltung in der 66. Sitzung am 16. Oktober 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 5, Sp. 5297–5303; zum Etat der Domänenverwaltung sprach in der 67. Sitzung am 17. Oktober 1919 an Stelle des Abg. *Bollert* der Abg. *Siemen*, in: ebd., Sp. 5380–5384.

⁶ Gemeint ist der Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über die Behandlung der Privatforsten, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 142, S. 179, der im Rahmen der zweiten Beratung des Staatshaushaltsplans für 1919, Forstverwaltung, in der 66. Sitzung am 16. Oktober 1919 verhandelt wurde. Die Rede des Abg. Dr. *Schloßmann*, in: ebd., Bd. 4, Sp. 5264–5267. Nach dem Antrag sollten Rodungen und Abholzungen in Privatforsten der Genehmigung des zuständigen Regierungspräsidenten bedürfen. Forsten mit einem Umfang von über 15 ha sollten zudem der staatlichen Oberaufsicht unterstellt werden. Mit diesem Antrag sollte nicht nur eine mißbräuchliche Bewirtschaftung der Privatforsten, sondern auch eine »Sozialisierung des Waldes« verhindert werden. Zitat Sp. 5266.

⁷ Die Reden des Abg. *Westermann* in der 69. Sitzung am 22. Oktober und des Abg. *Berghaus* in der 70. Sitzung am 23. Oktober 1919, in: ebd., Bd. 5, Sp. 5522–5533 und Sp. 5637–5644.

⁸ Ab hier Handschrift *Dönhoff*.

⁹ Hintergrund dieser Anregung war der in der 71. Sitzung am 24. Oktober 1919 zur Beratung anstehende Antrag des Ausschusses für Bevölkerungspolitik über die Verhinderung der Aufführung von sogenannten Aufklärungsfilmen. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1008, S. 1494.

¹⁰ Friedrich *Ackermann* (1866–1931), 1896 Stadtrat in Danzig, 1907 Bürgermeister von Rathenow, 1907–1931 Oberbürgermeister von Stettin, 1907–1918 MdpHH.

¹¹ Es handelte sich um den Antrag Nr. 6, der im Staatshaushaltsausschuß bei der Beratung über den Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für 1919, und zwar Schulen, gestellt wurde. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1250 A, S. 1637–1656, hier S. 1639. – Adolf *Schmedding* (1873–1937), Stadtverordneter Münster, Vorsitzender des Westfälischen Provinzialvereins für Kunst und Wissenschaft, Vorstandsmitglied des katholischen Caritasverbandes, 1903–1918 MdpAH, 1919–1921 MdpLV, 1921–1928 MdpLT (Z).

¹² Der Antrag fand Eingang in den Ausschufsantrag A 2 a und b. Danach sollten unter Punkt a die Stellen der Dirigenten bei den Abteilungen II der Bezirksregierungen »grundsätzlich mit Persönlichkei-

Abg. **Friedberg** berichtet über finanzielle Schwierigkeiten der Partei.¹³ In dem Sanierungsplan wird mit einer besonderen Zuwendung der Abgeordneten gerechnet. Der Vorstand wird beauftragt, gangbaren Weg zu überlegen und der Fraktion vorzuschlagen.

80.

16. 10. 1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 92v-r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift und Dönhoff. Vorsitz: Otto (Charlottenburg).

Bei der Besprechung des Domänenetats wird beschlossen, einen förmlichen Antrag einzubringen auf Wiedereinbringung des Gesetzes, bzgl. der Zulassung konzessionierter Buchmacher zwecks Besteuerung der Wetten auf ausländische Rennen.¹ Es wird beschlossen, einen Antrag einzubringen, in dem der Minister der öffentlichen Arbeiten ersucht wird, Bericht zu erstatten über die Ermittlungen des Regierungsausschusses über die Schiebung im Westen.^{2 3} Vorherige Rücksprache mit dem Minister *Oeser*.

Abg. **Böer** berichtet über interfraktionelle Besprechung des Mittellandkanals.

Fraktion setzt Unterausschuß für diese Frage ein unter Vorsitz des Abg. *Böer*, die Abg. *Schreiber*, *Kuhle*, *Barteld*, *Degenhardt*, *Riedel*, *Rebehn*. Der Lichtbildervortrag über die Kanalfrage wird vom Dienstag auf Donnerstag verlegt, statt dessen Besprechung der Kirchenverfassungsfrage am Dienstag.

Äußerung des Abg. **Rade** zum Antrag [Nr.] 998.⁴ Der Vorsitzende Abg. *Friedberg* hat auf Vorhaltungen der Rechtsparteien hin zugesagt, daß Fraktion der Zurückverweisung des Antrags an den Rechtsausschuß zustimmen würde. Aus sachlichen Gründen legt der Abg. Rade Wert darauf, die Beweggründe zu unserem Antrag vor dem Hause kurz zu erklären. Falls der Abg. *Friedberg* die Fraktion nicht von der Richtigkeit seiner Stellungnahme überzeugt, bleibt der Antrag in der vorliegenden Form aufrecht erhalten.

ten, die aus dem Schulfach hervorgegangen sind, besetzt« werden. Unter Punkt b sollte bei allen Bezirksregierungen »bei eintretenden Vakanzen zunächst wenigstens eine Person, die aus dem Volksschuldienst hervorgegangen ist, zum Regierungs- und Schulrat« ernannt werden. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1250 A, S. 1637-1656, hier S. 1650.

¹³ Der Vorstand der DDP hatte auf seiner Sitzung am 10. Oktober 1919 die finanzielle Situation der Partei diskutiert. Die Abg. Dr. *Friedberg*, *Kalkoff* und *Nuschke* hatten den Vorschlag unterbreitet, daß jeder Abgeordnete der Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung einen Teil seiner monatlichen Aufwandsentschädigung an die Parteikasse überweisen sollte. Vgl. LINKS-LIBERALISMUS, Nr. 40, S. 95 f., hier S. 95. Vgl. auch Dok. Nr. 83.

¹ Der Antrag wurde nicht bei der Besprechung des Domänen-, sondern der Gestütverwaltung eingebracht. Antrag der Abg. *Jansen* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Gestütverwaltung für 1919 (Geschäftstätigkeit der wilden Buchmacher), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1029, S. 1504 f.

² Kleine Anfrage der Abg. *Jansen* und Genossen (DDP) über die Korruption auf den Grenzstationen des Eisenbahndirektionsbezirks Elberfeld, in: ebd., Nr. 1042, S. 1510.

³ Ab hier Handschrift *Dönhoff*.

⁴ Vgl. Dok. Nr. 77.

Abg. **Riedel** stellt die Vorgänge bei der Eisenbahndirektion Frankfurt Main zur Sprache.⁵

Die Frage soll in der interfraktionellen Sitzung über die Transportkrise etc. Donnerstag nachmittag vorgebracht werden und die Fraktionsvertreter werden auf Stärkung der politischen Stellung des Eisenbahnministers drängen. An Stelle des Abg. **Riedel** tritt Abg. **Ehlers** ein, Abg. **Höfler** und **König** werden zugezogen. Die Fraktion der Nationalversammlung teilt mit, daß dem Ersuchen unsererseits nach gemeinsamen Sitzungen bei wichtigen Anlässen und wechselseitiger Zulassung der Vorsitzenden beider Fraktionen zu den Fraktionssitzungen stattgegeben wird.

Abg. **Höfler** bittet, den Ältestenausschuß die Schaffung eines interfraktionellen Beamtenausschusses in Erwägung zu [ziehen].^{6,7}

Abg. **Dönhoff** bringt Forderung der Landmesser auf Erweiterung und Verbesserung ihrer Ausbildung vor.

Fraktion wird sich an einem gemeinsamen Antrag der Parteien beteiligen.⁸ Abg. **Rebehn** wird sich um Bildung eines interparlamentarischen Ausschusses der Techniker bemühen.

Abg. **Jordan** betr. Vertretung im Staatshaushaltsausschuß; die ständigen Vertreter für den Kultusetat werden gebeten, die für Spezialgebiete vorgesehenen Vertreter zu benachrichtigen, wann diese Gebiete drankommen. – Betr. Antrag [Nr.] 998: Bei Weiterverhandlung des Antrags im Rechtsausschuß wird der Abg. **Rade** in diesen Ausschuß an Stelle des Abg. **Kochmann** eintreten. Im Plenum wird er als Redner der Fraktion die Forderungen des Antrags als die von der Fraktion aufgestellten Richtlinien charakterisieren.⁹ – Der Antrag **Berndt**, betr. Assistenten, wird auf die Sitzung am Dienstag zurückgestellt.¹⁰

⁵ Vgl. auch die Kleine Anfrage des Abg. **Riedel** (Charlottenburg) über den »Verkehrsausschuß« in Frankfurt a.M., in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1016, S. 1499, vom 16. Oktober 1919. Beim Eisenbahndirektionsbezirk Frankfurt/Main bestand noch aus den Revolutionstagen ein von Arbeitern gebildeter sogenannter »Verkehrsausschuß«, der, so die Anfrage, »in einseitiger Weise die Arbeiterschaft terrorisiert.« Versuche, diese Einrichtung zu beseitigen, hätten zu »Demonstrationen der radikalen Anhänger dieses Verkehrsausschusses geführt, die den Direktionspräsidenten durch Androhung von körperlichen Gewalttaten zu Zugeständnissen gezwungen haben und die unter brutaler Mißachtung der Koalitionsfreiheit den Übertritt Andersorganisierter in den Deutschen Eisenbahnerverband zu erzwingen« versucht hätten. **Riedel** erbat von der Staatsregierung Auskunft darüber, wie diesem »verbrecherischen und volksfeindlichen Treiben« Einhalt geboten werden könne. Zu den tumultuarischen Auftritten der Eisenbahnarbeiter in Frankfurt a.M. am 13. Oktober 1919 vgl. auch die Sitzungen der preußischen Staatsregierung vom 14. und 15. Oktober 1919, in: PPS, Bd. 11/I, Nr. 71, S. 119f., Nr. 72, S. 120f., hier S. 120 (TOP 1).

⁶ Im Original: »treten«.

⁷ In der Sitzung des Ältestenrats vom 24. Oktober 1919, 11.13 bis 12.15 Uhr, wurde die Bildung eines interfraktionellen Ausschusses für die Fragen der Beamten aus den abzutretenden Gebieten beschlossen. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 1.

⁸ Die Stellung eines gemeinsamen Antrages unterblieb.

⁹ Die Rede des Abg. **D. Rade** in der 72. Sitzung am 4. November 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 5, Sp. 5763.

¹⁰ Antrag der Abg. **Dr. Friedberg** und Genossen (DDP) auf Regelung der Verhältnisse an den Hochschulen usw., in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1030, S. 1505.

81.

17.10.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 93v-r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Otto (Charlottenburg).

Die Abstimmung über den Antrag *Jansen*, betr. Besteuerung ausländischer Wetten, ergibt 11 Stimmen für 1 gegen bei mehreren Enthaltungen. Der Antrag wird unter den Namen *Jansen*, *Westermann*, nicht von der Fraktion, eingereicht.¹ Abg. *Westermann* als Redner für Plenum über Gestütswesen wird Annahme der Ausschußanträge empfehlen.² Dem Abg. *Bollert* wird Vollmacht gegeben, wegen Übertragung seines Referats zum Domänenwesen sich mit einem anderen Fraktionsmitglied zu vereinbaren.³

Abg. *Westermann* als Redner zum Landwirtschaftsetat:⁴ für möglichst baldigen und umfassenden Abbau der Zwangswirtschaft, Anbauzwang nur möglich bei Arbeitszwang.

Mehrere Fraktionsmitglieder mahnen zur Vorsicht bei Vertretung der Forderungen auf Abbau der Zwangswirtschaft.⁵

Der Antrag, betr. Assistenten an Universitätsinstituten, wird als Fraktionsantrag angenommen.⁶

Abg. *Dominicus* berichtet über die interfraktionelle Besprechung am 16. X. über die Transportkrise.⁷ Es ist dort beschlossen, die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft aller beteiligten Organisationen unter Mitwirkung politischer Führer der Mehrheitsparteien. In diesen Ausschuß wählt Fraktion den Abg. *Dominicus*. In einen Ausschuß zur Beratung von Vorschlägen zur Abänderung der Arbeitsbedingungen⁸ im Eisenbahnwesen ebenfalls den Abg. *Dominicus*. Im Anschluß an die Vorgänge in der Direktion Frankfurt ist ein Ausschuß von je 2 Vertretern der Mehrheitsparteien zur Erörterung der Frage der Umänderung des Beamtenrechts vorgesehen, in den [die] Fraktion die Kollegen *Höfler* und *Ruer* entsendet.

Es wird auf die Sitzung des Staatshaushaltsausschusses am Montag hingewiesen und als Vertreter die Abg. *Struwe*, *Höfler*, *Rebehn*, *Otto* bestimmt. – Am 25. und 26. X. tagt

¹ Antrag der Abg. *Jansen*, *Westermann* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Gestütverwaltung für 1919 (Geschäftstätigkeit der wilden Buchmacher), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1029, S. 1504f. Der Antrag forderte die Staatsregierung auf, Sorge dafür zu tragen, daß Wetten auf in- und ausländische Rennen allein von staatlich konzessionierten Buchmachern angenommen werden sollten.

² Die Rede des Abg. *Westermann* in der 67. Sitzung am 17. Oktober 1919, in: ebd., Bd. 5, Sp. 5339–5341. Die Anträge des Staatshaushaltsausschusses zu seinem mündlichen Bericht über den Haushalt der Gestütverwaltung für 1919, nebst Nachweis über die Ab- und Zugänge an Beschälern in den Landgestüten des Staates im Jahre 1918 und Betriebsergebnisse der Haupt- und Landgestüte des Staates in den Jahren 1914/15 bis 1916/17 (Nr. 185), in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 995, S. 1470.

³ Zum Domänenetat sprach in der 67. Sitzung am 17. Oktober 1919 der Abg. *Siemen*, in: ebd., Bd. 5, Sp. 5380–5384.

⁴ Die Rede des Abg. *Westermann* zum Landwirtschaftsetat in der 69. Sitzung am 22. Oktober 1919, in: ebd., Sp. 5522–5533.

⁵ Zum Abbau der Zwangswirtschaft vgl. SCHUMACHER, Land und Politik, S. 440f.

⁶ Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) auf Regelung der Verhältnisse der Assistenten an den Hochschulen usw., in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1030, S. 1505.

⁷ Vgl. auch die Sitzung der preußischen Zentrumsfraktion vom 17. Oktober 1919, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 74, S. 121–123, hier S. 122.

⁸ Das Wort »Arbeitsbedingungen« wurde überschrieben. Die Überschreibung ist jedoch unleserlich.

eine Versammlung zur Erörterung der Arbeitsbedingungen (Einführung des 8-Stundentags) im Krankenpflegeberuf, an der als Vertreter der Fraktion die Abg. *Frentzel* und *Ommert* teilnehmen sollen.

Abg. *Schloßmann* stellt unter Hinweis auf die gestrige Rede des Ministers *Koch* in der Nationalversammlung⁹ anheim, den Auftrag an die Kommission für die Kinofrage einstweilen aufzuheben.¹⁰

Nach eingehender Erörterung der Frage der Zuwahl von Mitgliedern in den Parteiausschuß schlägt Abg. *Rade* zur Vermittlung vor, die Ergänzung und zugleich die Erhöhung der Zahl der Ausschußmitglieder dem nächsten Parteitag zu überlassen.¹¹

Abg. *Schreiber* bittet den Vorsitzenden des Parteivorstandes, auf Feststellung bedacht zu sein, ob die als Vertreter großer Verbände und ähnlicher Rücksichten gewählten Persönlichkeiten tatsächlich in dem Sinn wirken, wie man von ihnen erwartet.

82.

21.10.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 93r–94v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift und *Dönhoff*. Vorsitz: *Dominicus*.

Abg. *Schloßmann* entschuldigt.¹

Besprechung des Plenums bzgl. Stellungnahme des Fraktionsredners² zur Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft in Ostpreußen.³ Es wird beschlossen, dafür zu stimmen, daß der Antrag *Kanitz* an den Landwirtschaftsausschuß zurückverwiesen wird.⁴

⁹ Reichsinnenminister *Erich Koch* hatte in seiner Rede vor der Nationalversammlung am 16. Oktober 1919 angekündigt, »mit größter Beschleunigung« eine Vorlage über die Einführung der Kinzensur ausarbeiten zu lassen. Er »halte die Zustände auf dem Gebiet des Kinowesens, wie sie sich heute ausgebildet haben, für unerträglich.« Vgl. SBNV 1919/20, Bd. 330, S. 3168B–3174A, hier S. 3167 A und B.

¹⁰ Vgl. Dok. Nr. 79.

¹¹ Die Zuwahlen zum Parteiausschuß erfolgten noch vor dem Parteitag in Leipzig vom 11. bis 14. Dezember 1919 auf schriftlichem Weg. Vgl. die Sitzung des Parteivorstandes vom 1. November 1919, in: LINKSLIBERALISMUS, 1980, Nr. 43, S. 98.

¹ Ab hier Handschrift *Dönhoff*.

² Ab hier unbekannte Handschrift.

³ Der Dringende Antrag der Abg. Graf v. *Kanitz* und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1919 (Aufhebung der Zwangswirtschaft in den östlich des polnischen Korridors liegenden Teilen der Provinz Westpreußen und in der Provinz Ostpreußen), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1035, wurde im Rahmen der zweiten Beratung des Staatshaushaltsplans für 1919, Landwirtschaftliche Verwaltung, in der 68. bis 71. Sitzung am 21. bis 24. Oktober 1919 verhandelt und in der 73. Sitzung am 5. November 1919 an den Landwirtschaftsausschuß verwiesen. Der Abg. *Westermann* machte in seiner Rede in der 69. Sitzung am 22. Oktober 1919 deutlich, daß seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde, da das System der Zwangswirtschaft nicht einseitig durchbrochen werden könne. »Wir würden also, wenn wir für Ostpreußen die Zwangswirtschaft aufheben, sie auch für die anderen Provinzen aufheben müssen.« Ebd., Bd. 5, Sp. 5522–5533, hier Sp. 5528.

⁴ Vgl. die Rede des Abg. *Rebehn* in der 73. Sitzung am 5. November 1919, in: ebd., Bd. 5, Sp. 5806.

Die **Fraktion** beschließt, den Antrag *Hergt* abzulehnen.⁵

Der **Vorsitzende** gibt Mitteilung davon, daß der Finanzminister im Haushaltsausschuß die Mitteilung gemacht habe, das Defizit des Staates betrage für 1919 schon 6 Milliarden, so daß es allmählich schwierig wird, das Kreditbedürfnis des Staates zu befriedigen.⁶ Es wird deshalb von der Staatsregierung darauf hingewirkt, daß alle Anträge zurückgestellt werden, die Geldmittel erfordern. Vor allem handelt es sich dabei um die zum Kultusetat vorliegenden Anträge.⁷ Die Angelegenheit soll auf die Tagesordnung der nächsten Fraktionssitzung gesetzt werden.

Es werden die Abg. *Kopsch* und *Dönhoff* beauftragt, Ermittlungen anzustellen über das Stocken der Auslieferung der Gefangenen.⁸

Abg. **Kopsch** führt Beschwerde über das Stellen von Kleinen Anfragen, besonders der Anfrage des Abg. *Abderhalden*, *Schümer* usw. über die Belieferung der Brauereien.⁹

Auf die Tagesordnung einer der nächsten Fraktionssitzungen soll die Frage der Kleinen Anfragen gestellt werden. Die Frage der Kirchenverfassung¹⁰ soll am Donnerstag behandelt werden. Als Redner für das Autonomiegesetz wird Abg. *Ruer* bestimmt.¹¹

⁵ Dringender Antrag der Abg. *Hergt* und Genossen (DNVP) auf Aufhebung der Verordnung über die Sicherstellung landwirtschaftlicher Arbeiten, in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 778, S. 1157. Zur Verordnung vom 2. September 1919 vgl. Dok. Nr. 66, Anm. 11.

⁶ Die Rede des preußischen Finanzministers *Südekum* in der 46. Sitzung des Staatshaushaltsausschusses am 18. Oktober 1919, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1250 A, S. 1637–1656, hier S. 1642.

⁷ Vgl. die Berichte und Anträge des Staatshaushaltsausschusses zum Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für 1919, in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1250 A, S. 1637–1656, Nr. 1329, S. 1803–1826, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1342, S. 1837–1876, Nr. 1356 und 1357, S. 1885–1974, Nr. 1371, S. 1978–1999.

⁸ Die Verzögerungen bei der Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen aus Rußland und Frankreich waren wiederholt Gegenstand Kleiner Anfragen. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 760, S. 1135, Nr. 1075, S. 1530, Nr. 1330, S. 1826.

⁹ Kleine Anfrage der Abg. Dr. *Abderhalden*, Frau Dr. *Wegscheider* und *Schümer* (DDP, SPD) über die Lieferung von Gerste an die Brauereien, in: ebd., Nr. 1020, S. 1501, vom 16. Oktober 1919.

¹⁰ Vgl. auch Dok. Nr. 55, 56 und 66.

¹¹ Der Gesetzentwurf über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände wurde in der 73. und 74. Sitzung am 5. und 6. November 1919 in zweiter Lesung verhandelt und in der 88. Sitzung am 2. Dezember 1919 an den 16. Ausschuß zurückverwiesen. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 604, S. 951–953, Anlagen, Bd. 4, Nr. 991, S. 1446–1465 (Ausschußbericht). Vgl. auch Dok. Nr. 63. Zusammen mit diesem Gesetzentwurf wurde der Antrag der Abg. Dr. *Ruer* und Genossen (DDP) auf Annahme eines Gesetzes über die Sonderrechte der Provinz Schleswig-Holstein, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 389, S. 559, Nr. 514, S. 778f. (Ausschußbericht), verhandelt. Die Vorlage über die Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände wurde in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr erledigt, der demokratische Antrag wurde für erledigt erklärt. Die Rede des Abg. Dr. *Ruer* in der 73. Sitzung am 5. November 1919, in: ebd., Bd. 5, Sp. 5859–5873. Vgl. auch EIMERS, S. 118.

83.

22.10.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 94v–r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Punkt 1: Dem Zentrumsantrag [Nr.] 1034 wird Fraktion zustimmen.¹ Zum Antrag [Nr.] 881, »Loch im Westen«, wird Abg. *Jansen* gebeten das Schlußwort zu übernehmen.²

Abg. *Ruer* berichtet über den Stand der Angelegenheit. Autonomiegesetz für die Provinzverbände.³ Zustandekommen des Gesetzes ist durch Verhalten des Zentrums gefährdet. Fraktion ist nicht in der Lage, der Auffassung des Zentrums beizutreten, Bestellung der Beamten den Provinzverbänden zu überlassen.⁴

Es soll versucht werden, Gesetz in die 3. Lesung zu bringen, dem Abg. *Ruer* wird freigestellt den Antrag *Limbertz* aufzugreifen.⁵

¹ Der Antrag der Abg. *Herold* und Genossen (Z) zur zweiten Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1919 (Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1034, S. 1506, forderte die Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden vom 23. September 1919 zugunsten einer stärkeren Berücksichtigung der Tierhalter abzuändern. Vgl. auch die Sitzungen der preußischen Zentrumsfraktion vom 15. und 16. Oktober 1919, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 71 und 72, S. 117 f. und 119 f.

² Der Dringende Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über die Verschiebung von Getreide und anderen Lebensmitteln nach dem Auslande, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 881, S. 1372, wurde in der 65. und 73. Sitzung am 15. Oktober und 5. November 1919 verhandelt. Die Rede des Abg. *Jansen* in der 73. Sitzung am 5. November 1919, in: ebd., Bd. 5, Sp. 5824–5826. Der Antrag, der die Staatsregierung ersuchte, entsprechende Maßnahmen gegen den Schmuggel nach dem Auslande zu ergreifen, wurde angenommen. Vgl. auch Dok. Nr. 70 und 74.

³ Vgl. Dok. Nr. 82.

⁴ Vgl. den Abänderungsantrag der Abg. *Beyer* (Oberschlesien) und Genossen (Z) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände (Nr. 604, 991), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1039, S. 1509, zu § 3. Der Zentrumsantrag forderte für den Provinzialausschuß das Vorschlagsrecht bei der Besetzung der Stellen der politischen Beamten. Demgegenüber sahen die Regierungsvorlage und auch die Ausschußbeschlüsse in dieser Frage nur ein Anhörungsrecht des Provinzialausschusses vor. Vgl. ebd., Nr. 991, S. 1446–1465, hier S. 1460–1465. Vgl. auch die Rede des Abg. *Beyer* (Oberschlesien) (Z) in der 73. Sitzung am 5. November 1919, in: ebd., Bd. 5, Sp. 5856–5859, hier Sp. 5858 f., sowie die Fraktionssitzungen des preußischen Zentrums vom 2., 14. und 22. Oktober 1919, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 64, S. 109, Nr. 70, S. 115–117, hier S. 116 f., Nr. 76, S. 126–128, hier S. 126 f.

⁵ Der Antrag der Abg. *Scholich*, *Limbertz* und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände (Nr. 604, 991, 1039), ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1169, S. 1589, forderte, den Zentrumsantrag (Nr. 1039) dahin gehend zu ändern, daß Punkt 3 über die Besetzung der Stellen der politischen Beamten gestrichen und somit § 3 der Regierungsvorlage wiederhergestellt werden sollte. – Heinrich *Limbertz* (1874–1932), Sozialdemokrat, Arbeitersekretär, Redakteur, 1919–1921 MdpLV, 1921–1924 MdpLT (1921–1924 Mitvorsitzender der Fraktion), Mai 1924–April 1932 MdR. – Der Abg. Dr. *Ruer* machte in seiner Rede in der 73. Sitzung am 5. November 1919 deutlich, daß seine Fraktion das vom Zentrum geforderte Vorschlagsrecht des Provinzialausschusses ablehnen werde. Der Regierung könne nicht zugemutet werden, ihre Beamten aus dreien, von einer Provinz präsentierten Kandidaten auszusuchen. »Viel eher würden wir bereit sein, in Zukunft bei einem organischen Aufbau der ganzen Staatsverwaltungsgesetze uns darüber zu unterhalten und mit den Herren vom Zentrum zu beraten, ob nicht in irgendeiner Form ein Wahlrecht möglich sei. Wir sollen ja in der neuen Kreisverfassung das Wahlrecht der Landräte bekommen, und es steht durchaus noch dahin, ob nicht die Wahl der

Zum Handelskammergesetz soll Abg. *Meyer* gebeten werden, zu sprechen.⁶ Zu der Interpellation [Nr.] 883 wird Abg. *Siemen* Fraktion vertreten.⁷

Punkt 2: Abg. **Dominicus** regt an, in Rücksicht auf schlechte Finanzlage des Staates auf Stellung von Anträgen die Mehrausgaben bedeuten, zu verzichten – nach Übereinkommen mit den Mehrheitsparteien.⁸ Der von uns angeregte Antrag über Gleichstellung der Lehrer untereinander und mit den Sekretären der Provinzialverwaltung fällt nicht unter diesen Vorschlag, da die Forderung von der Frage der Deckung abhängig gemacht ist.⁹

Abg. **Cassel** unterstreicht seine damalige Begründung des Antrags, betont Notwendigkeit der Kulturarbeit für den Wiederaufbau.

Abg. **Berghaus, Schümer, Juds, Kopsch, Rade, Struve, Kimpel** treten für Aufrechterhaltung des Antrags ein.

Exz. **Friedberg** regt den Beschluß an: Der Antrag [Nr.] 22¹⁰ bleibt aufrechterhalten.

Der Vorsitzende wird ermächtigt, mit den Parteien in Unterhandlung zu treten, um eine Zurückhaltung beim Stellen von Anträgen bei allen Fraktionen, wenigstens bei denen der Mehrheitsparteien, zu erzielen.

Abg. **Cassel** hat Bedenken gegen dieses Vorgehen, das zu einer Durchlöcherung des Antrags [Nr.] 22 führen könnte.

Es wird beschlossen, den Antrag [Nr.] 22 aufrechtzuerhalten, den Vorsitzenden zu ermächtigen mit Heranziehung des Abg. *Cassel* mit den anderen Parteien, insbesondere mit den Mehrheitsparteien in Unterhandlung einzutreten, über das Verhalten allgemein zur Erzielung der gebotenen Sparsamkeit mit Staatsmitteln.

Punkt 4: Abg. **Friedberg** schlägt im Auftrag des Vorstandes zur Diätenfrage vor: Jeder Abgeordnete möge monatlich 50 M ab 1. Oktober 1919 an die Parteikasse abführen.

Abg. **Schümer** regt an, diese Leistung den Wahlkreisen gutzuschreiben.¹¹

Oberpräsidenten durch die Provinziallandtage oder Provinzen eine Form wäre, die der Ausgestaltung der Selbstverwaltung Rechnung trägt.« Ebd., Bd. 5, Sp. 5859–5873, hier Sp. 5871, H.i.O.

⁶ Der Gesetzentwurf, betr. die Amtsdauer der Mitglieder der Handelskammern, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1028, S. 1503f., wurde in erster und zweiter Lesung in der 74. Sitzung am 6. November 1919 und in dritter Lesung in der 75. Sitzung am 7. November 1919 beraten. Nach der Vorlage sollten die Handelskammern berechtigt sein, die Amtsdauer der zum 31. Dezember 1919 ausscheidenden Mitglieder um ein Jahr zu verlängern. Diese Bestimmung betraf in erster Linie die Einrichtungen in den besetzten Gebieten und in den Gebieten, in denen aufgrund des Friedensvertrags Abstimmungen abgehalten werden sollten, und die kaum oder überhaupt nicht in der Lage kommen würden, Wahlen abzuhalten. Die Reden des Abg. *Meyer* (Frankfurt a.O.) in der 75. Sitzung am 7. November 1919, in: ebd., Bd. 5, Sp. 6020 und 6021 f.

⁷ Die Dringende Förmliche Anfrage der Abg. *Fuchs* und Genossen (DNVP) über den Mangel an Leuchtmitteln, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 883, S. 1372, wurde in der 73. Sitzung am 5. November 1919 verhandelt. Die Rede des Abg. *Siemen*, in: ebd., Bd. 5, Sp. 5843–5845.

⁸ Vgl. Dok. Nr. 82.

⁹ Vgl. Dok. Nr. 68.

¹⁰ Der Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) auf Hebung der Landwirtschaft zur Besserung der Volksernährung, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 22, S. 94f., wurde bei der Beratung des Landwirtschaftsetats in der 67. bis 73. Sitzung vom 17. Oktober bis 5. November 1919 verhandelt und schließlich für erledigt erklärt.

¹¹ Der Vorstand der DDP hatte auf seiner Sitzung am 10. Oktober 1919 den Antrag Dr. *Friedberg-Kalkoff-Nuschke* beraten, der die Abgeordneten der Partei in der Nationalversammlung und der Preussischen Landesversammlung aufforderte, monatlich einen Teil ihrer Aufwandsentschädigungen an die Parteikasse abzuführen. Die Fraktion der Nationalversammlung hatte sich am 14. Oktober 1919

Abg. **Riedel** wünscht, daß der Parteivertreter darauf hinwirkt, daß den Rednern im Lande die baren Auslagen erstattet werden.

Vorschlag *Friedberg* wird zugestimmt, Antrag *Schümer* zur Erwägung überweisen, Vereinbarung fester Sätze für Reden außerhalb, gleich der Abmachung der Mitglieder der Nationalversammlung beschlossen.

Der **Vorsitzende** bringt die Anregung der Abg. Dr. *Heine* bzgl. Ernennung einer Frau in der Abteilung U II des Kultusministeriums¹² vor.

Der **Vorsitzende** wird beauftragt, die Berufung einer den von Dr. *Heine* vorgeschlagenen Damen im Budgetausschuß durchzusetzen.¹³

Abg. **Friedberg** teilt mit, daß Klage geführt wird über zu geringem Einfluß im Kultusministerium. Wir müssen unsere Forderungen mit größerem Nachdruck stellen.

Punkt 3: Um geschlossene Stellungnahme der Fraktion nach außen zu gewährleisten, müssen alle Kleinen Anfragen der Fraktion vorher vorgelegt werde.

84.

23.10.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 95v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Schmiljan.

[Abg. **Schmiljan**] begrüßt den als Gast anwesenden früheren Abg. D. *Graue*.¹

Von den noch nicht beratenen Punkten der Tagesordnung des Plenums wird Punkt 5 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 604, S. 951–953, Anlagen, Bd. 4, Nr. 991 (Ausschußbericht), S. 1446–1465, Nr. 1039, S. 1509, in Verbindung mit der zweiten Beratung des Antrages der Abg. Dr. *Ruer* und Genossen (DDP) auf Annahme eines Gesetzes über die Sonderrechte der Provinz Schleswig-Holstein, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 389, S. 559, Nr. 514, S. 778f. (Ausschußbericht), Nr. 991 (Ausschußbericht), S. 1446–1465] zurückgestellt wegen Abwesenheit des Berichterstatters Abg. *Ruer*.²

dahin gehend geeinigt, daß jeder Abgeordneter einen monatlichen Mindestbeitrag von 50 Mark leisten sollte. Vgl. LINKSLIBERALISMUS, Nr. 40, S. 95f., hier S. 95 und Anm. 4. Die preußische Landtagsfraktion wurde von Robert *Friedberg* am 15. Oktober über die schwierige finanzielle Situation der Partei in Kenntnis gesetzt. Vgl. Dok. Nr. 79.

¹² Die Abteilung U II des preußischen Kultusministeriums war zuständig für Höheres Schulwesen.

¹³ Vgl. die Sitzung des Staatshaushaltsausschusses vom 24.11.1919 sowie den demokratischen Antrag 109, der angenommen wurde, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 32 h, Beiheft 1, Bd. 4. Zu Referentinnen in der Abteilung U II des Kultusministerium wurden Frau Dr. *Heinemann* und Frl. *Ermiler* ernannt. Vgl. HANDBUCH FÜR DEN PREUßISCHEN STAAT für das Jahr 1922, S. 88.

¹ Der evangelische Pfarrer Dietrich *Graue* war von 1913 bis 1918 für die Fortschrittliche Volkspartei Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses gewesen und wurde 1925 und 1928 erneut in den Preußischen Landtag gewählt, wo er sich der DDP anschloß.

² Die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs fanden in der 73. und 74. Sitzung am 5. und 6. November 1919 statt. Vgl. auch Dok. Nr. 82.

Abg. **Cassel** berichtet über die Ausschlußberatung des Gesetzentwurfs Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke.³ Drei Mitglieder der Fraktion haben gegen, eines für das Gesetz gestimmt, mit 1 Stimme Mehrheit im Ausschuß angenommen. Rechtslage inzwischen geändert durch Reichsverfassung.

Fraktion wird gegen das Gesetz stimmen, Abg. **Cassel** im Fall der Beratung im Plenum dazu sprechen.⁴

Abg. **Rade** berichtet über Frage der Kirchenverfassung an Hand der von ihm aufgestellten Thesen.⁵

An der Aussprache beteiligen sich Pfarrer **Graue**, die Abg. **Schümer**, **Berndt**, **Cassel**, **Jordan**, **Gottschalk**, **Preuß**, **Schreiber**, alle stimmen dem Inhalt der Ausführungen **Rades** zu.

Da gegen die Fassung der Thesen Bedenken bestehen, wird ein Ausschuß eingesetzt, der sie vor der Veröffentlichung durcharbeiten soll. Zum Ausschuß gehören die Abg. **Rade**, **Gottschalk**, **Schümer**, **Jordan**, **Berndt**, **Dönhoff** und Pfarrer **Graue**. Der Ausschuß wird beauftragt, ein Programm für die Stellungnahme und praktische Arbeit der Fraktion in der Kirchenverfassungsfrage auszuarbeiten. Der zweite Redner zum Landwirtschaftsetat wird sich in seinen Ausführungen durchaus hinter die des Abg. **Westermann** stellen.⁶ In der Frage des Erlasses vom 2. September [1919] wird Fraktion gegen den konservativen Antrag stimmen.⁷

Abg. **Rebehn** macht Mitteilung vom Zusammentritt eines interfraktionellen technischen Ausschusses.

³ Der Gesetzentwurf über die Kommunalisierung der Aktiengesellschaft Charlottenburger Wasserwerke, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 483, S. 759–764, Nr. 980, S. 1416–1429 (Ausschußbericht), wurde in der 74. und 75. Sitzung am 6. und 7. November 1919 in zweiter Lesung verhandelt. In der 87. Sitzung am 1. Dezember 1919 wurde der Änderungsantrag der Abg. **Heilmann** (Charlottenburg) und Genossen (SPD) zur dritten Beratung, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1285, S. 1690, angenommen, nach dem der Gesetzentwurf der Regierung als Material vorzulegen sei. Die Entschädigung sollte nach dem durchschnittlichen Wert der Aktien eines bestimmten Zeitraums ermittelt werden. Vgl. auch allgemein dazu Otto BÜSCH, Die Berliner Kommunalwirtschaft in der Weimarer Epoche (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 1), Berlin 1960.

⁴ Die Rede des Abg. **Cassel** in der 75. Sitzung am 7. November 1919, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Sp. 5987–5992. In seiner Rede betonte der Abg. **Cassel**, daß seine Fraktion zwar für eine Kommunalisierung der Wasserwerke eintrete, aber gegen die in der Vorlage vorgesehene Entschädigung und die Ausschließung des Rechtswegs schwere Bedenken habe.

⁵ Der Gesetzentwurf, betr. die Neuregelung der Verfassung der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen Preußens, vom 19. Juni 1920, ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2546, S. 4204–4210, stand erst in der 148. Sitzung am 6. Juli 1920 zur ersten Lesung an. Die Vorlage wurde in der 150. Sitzung am 8. Juli 1920 in zweiter und dritter Lesung beraten und angenommen. Vgl. auch HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 6, S. 880f.

⁶ Vgl. die Rede des Abg. **Berghaus** in der 70. Sitzung am 23. Oktober 1919, in: SBpLV, Bd. 5, Sp. 5637–5644. Die Rede des Abg. **Westermann** in der 69. Sitzung am 22. Oktober 1919, in: ebd., Sp. 5522–5533.

⁷ Antrag der Abg. **Hergt** und Genossen (DNVP) auf Aufhebung der Verordnung über die Sicherstellung landwirtschaftlicher Arbeiten, in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 778, S. 1157. Zur Verordnung vom 2. September 1919 vgl. Dok. Nr. 82.

85.

24.10.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 95r–96v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Abg. Cassel schlägt zu Punkt 17 [Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Kommunalisierung der Aktiengesellschaft Charlottenburger Wasserwerke, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 483, S. 759–764, Nr. 980, S. 1416–1429 (Ausschußbericht)] (Charlottenburger Wasserwerke) einen Antrag vor, der als Fraktionsantrag angenommen wird.

Abg. Dominicus schließt seine Unterschrift aus.¹

Abg. Riedel wünscht zum Punkt 10 [Dringende Förmliche Anfrage der Abg. Fuchs und Genossen (DNVP) über den Mangel an Leuchtmitteln, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 883, S. 1372] (Mangel an Leuchtmitteln) im Plenum kurze Ausführungen zu machen.

Da der Abg. Siemen als Redner zu der Frage bestimmt ist, kann nicht stattgegeben werden.²

Abg. Jordan legt Kleine Anfrage, betr. Wohnungsnot und Zuzug von östlichen Ausländern, vor.

Der Zusatz »östlichen« soll gestrichen, die Kleine Anfrage gestellt werden.³ Antrag Jordan zum Bergetat soll vor dem 5. XI. (Besprechung des Etats) auf Tagesordnung der Fraktion.⁴ Geplante Kleine Anfrage über Rückkehr der Kriegsgefangenen wird auf Grund der Erklärungen des Außenministers in der Nationalversammlung für erübrigt erklärt.⁵

Abg. Schmiljan bittet im Ältestenausschuß auf Einsetzung eines Ausschusses für die Beamtenfragen der abzutretenden Gebiete zu dringen.

Abg. Dominicus berichtet, daß im Seniorenkonvent sozialdemokratischer Antrag vorgebracht wird, auf Bewilligung einer Repräsentationssumme für den Präsidenten Leinert.⁶

Fraktion instruiert Vertreter, grundsätzlich nicht zu widersprechen, [den Antrag] wegen der gegenwärtigen Verhältnisse aber z. Z. abzulehnen.⁷

¹ Abänderungsantrag der Abg. Dr. Friedberg und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Kommunalisierung der Aktiengesellschaft Charlottenburger Wasserwerke (Nr. 483, 980), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1060, S. 1517f. Vgl. auch Dok. Nr. 57, Anm. 8 und 9, und Dok. Nr. 84.

² Vgl. Dok. Nr. 83, Anm. 7.

³ Kleine Anfrage des Abg. Dr. Jordan über die Verschärfung der Wohnungsnot durch die Duldung von Ausländern, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1074, S. 1530.

⁴ Antrag der Abg. Dr. Jordan und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für 1919 (Reform des Bergschulwesens), in: ebd., Nr. 1148, S. 1582, vom 4. November 1919.

⁵ Die Rede des Reichsaußenminister Hermann Müller in der 107. Sitzung am 24. Oktober 1919 in der Nationalversammlung, in: SBVNV 1919/20, Bd. 330, S. 3409A–3411B, zur Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich, ebd., S. 3410 A und B. Vgl. auch Dok. Nr. 82.

⁶ Robert Leinert (1873–1940), Maler und sozialdemokratischer Politiker, 1919 Mitglied der deutschen Delegation bei den Friedensverhandlungen in Versailles, März 1920 Regierungskommissar für den Bereich der Reichswehr-Brigade 10, 1908–1918 MdpAH, 1919–1921 MdpLV, 1921–1933 MdpLT, von März 1919 bis 1924 Landtagspräsident.

⁷ Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 24. Oktober 1919, in: GSTA PK Berlin, I.HA, Rep. 169DI, Nr. 44, Bd. 1.

Abg. **Kopsch**: Der von der Landesversammlung angenommene Antrag über Akkordarbeit⁸ hat sozialdemokratischen Eisenbahnarbeiterverband veranlaßt, sich an den Präsidenten *Ebert*⁹ zu wenden, der eine Abstimmung in den einzelnen Betrieben herbeiführen will. Redner wendet sich gegen diesen Akt der Nichtachtung gegenüber der Preussischen Landesversammlung und dem Minister *Oeser*. Kritisiert ebenfalls das Vorgehen der Reichsregierung in den Frankfurter Eisenbahnvorgängen.¹⁰

Abg. **Hoffmann** gibt Darstellung der Sachlage, erklärt es für verhängnisvoll, daß durch Urabstimmung über das Akkordsystem die Entscheidung über den Beschluß der Landesversammlung den beteiligten Arbeitern zugeschoben wird.

Abg. **Riedel** führt aus, daß mehrheitssozialdemokratische Eisenbahnvertreter den Beschluß der Landesversammlung mit Angriffen auf die Demokraten bekämpfen.

Abg. **Dominicus** berichtet über Sitzung der Reichsregierung, [des] Präsidenten und [der] Mitglieder der Landesversammlung und Eisenbahnvertretern, die Machtlosigkeit der Regierungen in erschütternder Weise dartat. Stellt Frage an die Abg. *Riedel* und *Hoffmann*, ob Durchgreifen mit Gewalt zu verantworten sein würde.

Abg. **Riedel** für Anwendung von Gewalt auf dem Boden des Rechts, für rücksichtslose Ausmerzung der radikalen Elemente.

Abg. **Cassel**: Wenn die Regierung keine Autorität im Lande aufrecht erhalten kann, muß Verbleiben der Demokraten in der Koalition in Frage gestellt werden. Regt Besprechung mit Reichstagsfraktion in Gegenwart des Ministers *Oeser* an.

Fraktion lehnt den Beschluß der Urabstimmung ab wegen Verzögerung, Beunruhigung, Untergrabung der Autorität, beurteilt Tragweite der Situation so ernsthaft, daß sie auf die Gefahr des Austritts aus der Koalition die gegensätzliche Stellung gegenüber den gestrigen Beschlüssen, betr. Urabstimmung, aufrecht erhält, beschließt Verhandlung mit Reichstagsfraktion.

Abg. **Schreiber** teilt Brief des Abg. *Iversen* mit, der wegen Mitarbeit in der internationalen Abstimmungskommission vorläufig auf Teilnahme an Fraktionsarbeit verzichten muß.¹¹ Erinnert auf Bitte der Reichsgeschäftsstelle an Ablieferung der Berichte.¹²

Falls das Autonomiegesetz heute drankommt, wird Antrag auf Vertagung gestellt werden.¹³

⁸ Antrag der Abg. *Gräf* (Frankfurt) und Genossen (SPD, Z, DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Eisenbahnverwaltung für 1919, betr. Umgestaltung der Verwaltung und Hebung der Transportkrise, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 965, S. 1410f.

⁹ Friedrich *Ebert* (1871–1925), Sattler, 1893 Redakteur der »Bremer Bürgerzeitung«, 1900 Mitglied der Bremer Bürgerschaft (Führer der sozialdemokratischen Fraktion), 1905 Mitglied des Parteivorstands, 1913–1919 Mitvorsitzender der SPD, November 1918–Februar 1919 Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten, Februar 1919–Februar 1925 Reichspräsident, 1912–1918 MdR, Januar–Februar 1919 MdNatVers.

¹⁰ In Frankfurt/Main war es am 13. Oktober 1919 zu tumultuarischen Auftritten von Eisenbahnarbeitern gekommen. Da die Regierung die Forderungen der Eisenbahnarbeiter als zu weitgehend ablehnte, wurde der Reichswehrminister um ein militärisches Eingreifen ersucht. Vgl. die Sitzungen der preussischen Staatsregierung vom 14. und 15. Oktober 1919, in: PPS, Bd. 11/I, Nr. 71, S. 119 f., Nr. 72, S. 120 f., hier S. 120 (TOP 1). Zu den Frankfurter Eisenbahnvorgängen vgl. auch Dok. Nr. 80.

¹¹ Wilhelm *Iversen* war im März 1919 von der Schleswig-Holsteinischen Landespartei als ständiger Hospitant in die demokratische Fraktion eingetreten. Vgl. Dok. Nr. 5. Die im Versailler Vertrag vorgesehenen Abstimmungen für Nordschleswig fanden am 10. Februar und 14. März 1920 statt.

¹² Vgl. Dok. Nr. 71.

¹³ Zum Autonomiegesetz vgl. Dok. Nr. 84.

86.

4.11.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 96r–97v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer. Vorsitz: Schmiljan.

Abg. **Höfler** berichtet, daß er beabsichtige, zwei Kleine Anfragen, die eine, betr. die Vermehrung der bayerischen Eisenbahnbeamten, die andere, betr. die Teuerungszulage für die [...]¹ Eisenbahnbeamten in Weimar, einzubringen.

Die **Fraktion** hat nichts dagegen einzuwenden.² Eine dritte Anfrage betrifft die Anstellung von Beamtenbeiräten.³

Abg. **Höfler** beantragt, den Beamtenausschuß auf 9 Mitglieder zu erhöhen.

Die **Fraktion** ist damit einverstanden. Der Beamtenausschuß soll bestehen aus den Herrn *Schmiljan, Otto, Schümer, Höfler, Struve, Ruer, Juds, König, Berndt, Degenerhardt* und *Barteld*.

Abg. **Schmiljan** fordert die Fraktion auf, sich schlüssig zu werden, ob die Landesversammlung unter der gegenwärtigen Verkehrssperre⁴ überhaupt in eine Tagung eintreten solle.

Dr. **Struve** hält es für die Pflicht der Landesversammlung, in den gegenwärtigen kritischen Tagen zusammen zu bleiben.

Dr. **Ruer** hält es für bedenklich, über wichtige Angelegenheiten in so wenig zahlreicher Zusammensetzung zu beschließen.

Abg. Dr. **Berndt** hält das Zusammenbleiben des Parlaments für dringend erforderlich.

Ebenso Abg. **Riedel**.

Abg. Dr. **Berndt** beantragt, für den Fall, daß das Haus sich nicht vertagt, Sitzungen am Montag und Samstag stattfinden [zu lassen].

Abg. Dr. **Friedberg** ist dagegen, da dann der Kultusetat nicht fertig werde.

Der Antrag wird abgelehnt. Die **Fraktion** beschließt, daß die Mitglieder des Seniorenkonvents gegen eine Vertagung stimmen sollen.⁵

¹ Im Original: »Beamten der«.

² Kleine Anfrage des Abg. *Höfler* (DDP) über die Beförderung von Beamten der bayerischen Eisenbahnverwaltung in höhere und Oberbeamtenstellen vor Übergang der Eisenbahnen auf das Reich und die hieraus entstehende Übervorteilung der preußischen Eisenbahnbeamten, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1134, S. 1575; Kleine Anfrage des Abg. *Höfler* (DDP), betr. Zuschüsse für die preußischen Beamten und Staatsarbeiter während der Tagung der Nationalversammlung in Weimar und Oberweimar, in: ebd., Nr. 1133, S. 1575.

³ Kleine Anfrage des Abg. *Höfler* (DDP) über Beamtenbeiräte bei den Ministerien, in: ebd., Nr. 1132, S. 1574.

⁴ Mit Rücksicht auf die Transportnot und die Verbesserung der Kartoffel- und Kohlenversorgung ordnete die Reichsregierung am 1. November 1919 die Einstellung des Personenzugverkehrs vom 5. bis 15. November an. Vgl. WOLFF'S TELEGRAPHISCHES BÜRO. Abend-Ausgabe, 70. Jg., Nr. 2627, vom 1. November 1919, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

⁵ Wegen der vom 5. bis 15. November 1919 währenden Personenzugssperre beschloß der Ältestenrat am 4. November 1919, 13.38 bis 13.56 Uhr, während dieser Zeit Vollsitzungen abzuhalten, die üblichen freien Sonnabende und Montage wegfallen zu lassen und die beratungsreifen Gegenstände aufzuarbeiten. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

Falls Herr *Siemen* zu [Punkt] 12 der Tagesordnung, Förmliche Anfrage über den Mangel an Leuchtmitteln, nicht anwesend sein sollte, wird Herr *Juds* als Sprecher bestimmt.⁶

Die Ortsgruppe Halle der akademischen Assistentenvereinigung spricht sich gegen den Antrag der Fraktion aus.⁷ Der Antrag gilt aber nur für die älteren Assistenten, welche eine gewisse Beamtenstellung, also dauernde, innehaben. Angelegenheit wird vertagt.

Herr **Friedberg** regt eine Kleine Anfrage über bessere Ausnutzung des Torfs an.

Kleine Anfrage wird durch Dr. *Struve* gestellt werden.⁸

Herr **Dominicus** schlägt Förmliche Anfrage über Groß-Berlin vor. Hiernach soll die Regierung eine Vorlage über Groß-Berlin einbringen.

Angelegenheit wird morgen auf die Tagesordnung gesetzt. Ferner wird auf die morgige Tagesordnung noch ein Bericht von Herrn *Meyer* über den Stand der Verfassung gebracht. Ein Antrag Dr. *Jordan* über das Bergschulwesen wird angenommen.⁹

Auf Anregung des Herrn *Preuß* wird eingehend über die Selbstständigkeitsrechte der Provinzen gesprochen.¹⁰

Herr **Preuß** regt an, über das Schicksal des Staates Preußen häufiger zu sprechen. Die Meinungsverschiedenheiten über den besten Weg zur Reichseinheit werden dadurch mehr und mehr beseitigt.

Es sprechen dazu: **Preuß, Ruer, Cassel, Gottschalk, Dominicus, Friedberg, Barteld, Schümer, Düker.**

Der Gesetzentwurf über die Selbstständigkeitsrechte der Provinzen soll möglichst in die dritte Lesung gebracht werden.

Der Punkt »Staatszuschüsse für Arbeiterräte« wird abgesetzt.

⁶ Vgl. Dok. Nr. 83 und 85.

⁷ Gemeint ist der Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) auf Regelung der Verhältnisse der Assistenten an den Hochschulen usw., in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1030, S. 1505. Die Assistenten an den Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten sollten Rang und Gehalt von Oberlehrern erhalten. Assistenten in gehobener Stellung sollten als Beamte angestellt werden. Den Assistenten sollte u.a. ein jährlicher Urlaub und eine angemessene Sicherung gegen Unfall, Krankheit, Invalidität und Haftpflicht gewährt werden. Vgl. auch Dok. Nr. 81.

⁸ Dringende Kleine Anfrage der Abg. Dr. *Struve* und Genossen (DDP) über die Verstärkung der Torfgewinnung, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1139, S. 1576.

⁹ Antrag der Abg. Dr. *Jordan* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für 1919 (Reform des Bergschulwesens), in: ebd., Nr. 1148, S. 1582, vom 4. November 1919. Vgl. auch Dok. Nr. 85.

¹⁰ Zum Autonomiegesetz vgl. Dok. Nr. 84 und 85.

87.

5.11.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 97v–98v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Anläßlich der Erörterung über die Stellungnahme der Fraktion zum Antrag *Friedberg* (Austritt aus der Kirche) äußert sich der Abg. *Schümer* über das gestern angewandte Mittel der Obstruktion, welches er grundsätzlich verwirft.¹

Abg. *Schmiljan* hält es in bestimmten Fällen für zulässig. Eine Beschlußfassung der Fraktion soll späterer Sitzung vorbehalten werden.

Zum Punkt 42 der Tagesordnung des Plenums [Beratung der Denkschrift über den Ausbau der Wasserkräfte bei Hannoversch Münden, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 907, S. 1391–1393] (Wasserkräfte bei Hannoversch Münden) wird Abg. *Rebehn* als Vertreter bestellt.²

Abg. *Schümer* wendet sich gegen die selbständige Anordnung der Erhöhung des Schulgelds auf den höheren Lehranstalten durch die Minister *Haenisch* und *Südekum*. Soll von unseren Vertretern im Haushaltsausschuß in dem Sinn vorgebracht werden.^{3 4}

Abg. *Schreiber* bespricht den [...]⁵. Besprechung über einige Fragen wie die des Anschlusses von Coburg an Preußen.⁶

Abg. *Dominicus* regt die Bildung eines ständigen interfraktionellen Ausschusses an. Die Fraktion stimmt zu.

Abg. *Höfler* führt einzelne Fälle an, in denen Preußen den Anschluß thüringischer Landesteile abgelehnt habe.^{7 8}

¹ In der 72. und 73. Sitzung am 4. und 5. November 1919 wurde das Gesetz vom 13. Dezember 1918 (Gesetzsamml. S. 199) über die Erleichterung des Austritts aus der Kirche und aus den jüdischen Synagogengemeinden beraten. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 234 zu 13, S. 384–386, hier S. 385, Nr. 275 zu II, S. 431 f., hier S. 431, Anlagen, Bd. 4, Nr. 902 und 903, S. 1380–1382 (Bericht des Rechtsausschusses mit der abgeänderten Gesetzesfassung), Nr. 998, S. 1472. Die Abstimmung über den Antrag Dr. *Friedberg* und Genossen (Nr. 998) hatte am 4. November 1919 die Beschlußunfähigkeit des Hauses ergeben. Am 5. November wurde der Antrag angenommen. Vgl. ebd., Bd. 5, Sp. 5761–5791, 5812–5816.

² Die Beratung der Denkschrift fand in der 75. Sitzung am 7. November 1919 statt. Die Denkschrift wurde durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt. Die Rede des Abg. *Rebehn*, in: ebd., Sp. 6029.

³ Vgl. die Sitzung des Staatshaushaltsausschusses vom 24.11.1919, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 32 h, Beiheft 1, Bd. 4.

⁴ Ab hier unbekannte Handschrift.

⁵ Wort unleserlich.

⁶ Der Freistaat Coburg, der vor 1918 Teil des Herzogtums Sachsen-Coburg-Gotha gewesen war, führte zwischen Juni und September 1919 Anschlußsondierungen mit Bayern, Thüringen und Preußen. Ministerpräsident *Hirsch* bekundete jedoch im August und September 1919 das Desinteresse Preußens an einem Anschluß Coburgs. Am 30. November 1919 entschieden sich in einer Volksabstimmung über 88 Prozent der Coburger gegen den Zusammenschluß mit dem Land Thüringen, so daß der Freistaat im folgenden Jahr zu Bayern kam. Vgl. »NICHT DURCH KRIEG«. Zur Gründung des Freistaates Thüringen vgl. SCHULTHESS 1919/I, S. 220, 508, und 1920/I, S. 126.

⁷ Ministerpräsident *Hirsch* betonte am 17. Dezember 1919 vor der Landesversammlung, daß Preußen Anschlußverhandlungen mit thüringischen Staaten zwar nicht ablehnen werde, aber dazu auch keine Initiative ergreifen wolle. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 7, Sp. 8287–8289, hier Sp. 8288. Vgl. auch »NICHT DURCH KRIEG«, S. 133–135.

⁸ Ab hier Handschrift *Dönhoffs*.

Abg. **Schloßmann** kritisiert die Art der Ansetzung einer »demokratischen Woche« durch die Reichsgeschäftsstelle.⁹

Abg. **Kopsch** wendet sich gegen die Aufstellung des Etats der Reichsgeschäftsstelle.

Der Abg. *Kopsch* wird beauftragt mit dem Vorsitzenden Exz. *Friedberg* über eine Verschiebung der »demokratischen Woche« Rücksprache zu nehmen.

Zum Punkt 32 [der] Tagesordnung des Plenums [Abstimmung über das Gesetz vom 13. Dezember 1918 (Gesetzsamml. S. 199), betreffend die Erleichterung des Austritts aus der Kirche und aus den jüdischen Synagogengemeinden, und zwar a) Wiederholung der infolge Beschlußunfähigkeit am 4. November ergebnislos verlaufenen Abstimmung über den Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) (Nr. 998), b) im Falle der Ablehnung dieses Antrags Abstimmung über den Ausschlußantrag (Nr. 902), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 234 zu 13, S. 384–386, hier S. 385, Nr. 275 zu II, S. 431 f., hier S. 431, Anlagen, Bd. 4, Nr. 902 und 903, S. 1380–1382, Nr. 998, S. 1472]: Austritt aus der Kirche. Stellungnahme für den Fall der Ablehnung des Antrags *Friedberg* auf Zurückweisung.¹⁰ Es wird festgestellt, daß die große Mehrheit der anwesenden Fraktionsmitglieder für Ablehnung des Gesetzentwurfs eintritt, daher geboten, bei der Abstimmung im Plenum sich entsprechend zu verhalten.

Abg. Unterstaatssekretär *Meyer* referiert über die preußische Verfassung¹¹, d.h. über einen Punkt: die Notwendigkeit, neben dem Parlament und dem Staatsministerium eine Stelle mit Machtbefugnis für bestimmte Fälle der Regierung zu schaffen; er stellt drei Möglichkeiten, 1. Kammer, Staatsrat oder Staatspräsidenten, dar.

Die Debatte, in der die Abg. **Ruer**, **Berndt**, **Cassel** und die Minister **Oeser** und **Fischbeck** zu Wort kommen, wird abgebrochen, mit der gemeldeten Rednerliste Freitag fortgesetzt.

Abg. **Dominicus** berichtet über Fortgang der Verhandlungen in der Frage der Einführung des Akkordsystems in den Eisenbahnwerkstätten.¹²

Minister **Oeser** rät, um über die kritische Zeit des 9. XI.¹³ hinweg zu kommen, zur vorläufigen Zurückhaltung. Hofft im Zusammenwirken mit der Arbeiterschaft Besserung im gesamten Eisenbahnbetrieb zu erreichen – rät auch im Parteiinteresse zu vorsichtiger Haltung in allen Arbeiterfragen, um eine zukünftige demokratische Partei aus den besonnenen Elementen der Arbeiterschaft und dem Bürgertum zustande zu bringen.

Abg. **Riedel** hält scharfes Vorgehen zum Schutz der Arbeitswilligen für notwendig. Besprechung wird Donnerstag festgesetzt.

⁹ Dr. *Friedberg* hatte am 28. Oktober 1919 in der Sitzung des Parteivorstands angekündigt, daß vom 13. bis zum 20. November 1919 im ganzen Reich eine »demokratische Woche« mit Vorträgen der Parteiführer und Unterrichtskursen veranstaltet werden würde. Vgl. LINKSLIBERALISMUS, Nr. 42, S. 97.

¹⁰ Der Antrag der DDP (Nr. 998) wurde in der 73. Sitzung am 5. November 1919 angenommen.

¹¹ Nach den Richtlinien, die das preußische Staatsministerium am 3. November 1919 aufgestellt hatte, verzichtete der dritte Entwurf einer Verfassung für Preußen vom 7. November 1919 auf die Institution eines preußischen Staatspräsidenten, den der erste Verfassungsentwurf vom Januar 1919 noch vorgesehen hatte. Vgl. GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 77, Tit. 496 a, Nr. 188, Bd. 1, Bl. 54–65; sowie das Protokoll der Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 3. November 1919 (Auszug), in: ebd., Bl. 72f.

¹² Vgl. Dok. Nr. 85.

¹³ Dem Jahrestag der Revolution.

88.

6. 11. 1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 98v–r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Plenum.

Abg. **Dominicus** schlägt vor, einen zu erwartenden Zentrumsantrag auf Vertagung der Weiterberatung der Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke zuzustimmen.¹

Vertreter der Fraktion bei Beratung des Bergetats ist der Abg. **Riedel**² – referiert über seine geplanten Ausführungen. Abg. Riedel wird ebenfalls die Förmliche Anfrage, Drucksache [Nr.] 622³, begründen.⁴ – Stellungnahme zu den Ausschußanträgen:⁵ Beschlußfassung wird ausgesetzt, soll Freitag in Gegenwart von Exz. *Friedberg* erledigt werden.

Abg. **Ruer** berichtet über den Gesetzentwurf, betr. Autonomie der Provinzen.⁶ Schlägt vor den §1 Ziffer 1 (Schulfragen) gleich dem Zentrum fallen zu lassen.⁷ Ziffer 2: aufrechtzuerhalten. Ziffer 3: Antrag *Beyer*-Oberschlesien zuzustimmen.⁸ Ziffer 4: unsere Fassung aufrechtzuerhalten (Wahl durch Provinziallandtage – in grundsätzlichen Fragen) unter Voraussetzung der zeitlichen Beschränkung dieser Einrichtung bis zum Inkrafttreten der neuen Provinzordnung.⁹

Der Zentrumsforderung, betr. Ämterbesetzung, wird nicht zugestimmt.¹⁰

¹ Vgl. Dok. Nr. 84 und 85.

² Die Reden des Abg. *Riedel* (Charlottenburg) in der 77. Sitzung am 10. November 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 5, Sp. 6123–6135.

³ Förmliche Anfrage der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über die Kohlennot, in: ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 622, S. 1002.

⁴ Die Rede des Abg. *Riedel* (Charlottenburg) in der 76. Sitzung am 8. November 1919, in: ebd., Bd. 5, Sp. 6055–6061.

⁵ Der Antrag des Staatshaushaltsausschusses zu seinem mündlichen Bericht über den Haushalt der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für 1919 nebst Betriebsbericht der Bergverwaltung (Nr. 441), in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1085, S. 1545 f.

⁶ Zum Autonomiegesetz vgl. Dok. Nr. 84, 85 und 86. In der 75. Sitzung am 7. November 1919 wurde die dritte Beratung des Gesetzentwurfs von der Tagesordnung abgesetzt und in der 88. Sitzung am 2. Dezember 1919 an den 16. Ausschuß zurückverwiesen. Dort wurde am 27. Januar 1920 die Weiterberatung auf unbestimmte Zeit vertagt. Das preußische Kabinett legte schließlich im Dezember 1920 einen neuen Gesetzentwurf zur Provinzialautonomie vor.

⁷ Zu § 1 des Gesetzentwurfs vgl. Dok. Nr. 61, Anm. 5. Vgl. auch den Abänderungsantrag der Abg. *Beyer* (Oberschlesien) und Genossen (Z) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Erweiterung der Selbstständigkeitsrechte der Provinzialverbände (Nr. 604, 991), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1039, S. 1509.

⁸ Der Abänderungsantrag des Zentrums (Nr. 1039) stellte in § 1 Ziffer 3 die Fassung der Regierungsvorlage wieder her.

⁹ Nach dem Antrag der Abg. *Ruer* und Genossen (DDP), ebd., Nr. 1153, S. 1584, sollten die Beiräte »in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung gutachtlich« gehört werden.

¹⁰ Nach dem Abänderungsantrag der Abg. *Beyer* (Oberschlesien) und Genossen (Z), ebd., Nr. 1039, S. 1509, sollte der Provinzialausschuß, nicht wie in der Regierungsvorlage nur über ein Anhörungsrecht, sondern über ein Vorschlagsrecht für die Stellenbesetzung der politischen Beamten verfügen.

Unterstaatssekretär **Meyer** berichtet, daß Auffassung, Preußen sei gegen den Anschluß von Coburg, auf einer persönlichen Äußerung des Minister *Heine* beruhe.¹¹

Angelegenheit wird auf Grund von Zeitungsbericht, den Abg. *Höfler* vorlegt, im interfraktionellen Ausschuß von unseren Vertretern vorgebracht werden [...] ¹².

Vorsitzender **Dominicus**: Mit dem Präsidenten *Leinert* ist Schaffung eines ständigen interfraktionellen Ausschusses vereinbart, in den Fraktion vorläufig die drei Fraktionsvorsitzenden delegiert. Hinweis darauf, daß es befremdend wirke, wenn von verschiedenen Ministern vollständig voneinander abweichende Politik gemacht werde.

Fortsetzung der Besprechung der Eisenbahnfragen.¹³ Abg. **Höfler**.

Abg. **Dominicus** berichtet: Sozialdemokraten wünschen, den Antrag *Hoffmann* zur einmaligen Beschaffungsbeihilfe¹⁴, inhaltlich wieder aufzugreifen, was Redner sachlich berechtigt findet im Interesse heimkehrender Kriegsgefangener etc. Rät zum Versuch, für ein Entgegenkommen Zugeständnisse in der Akkordlohnfrage zu erzielen.

Minister **Oeser** tritt für Revision der Beschlüsse, betr. Beschaffungszulage, ein; fürchtet, daß Zugeständnisse jetzt nachträglich nicht mehr zu erzielen sein werden, da betreffende Personenzahl zu klein ist.

Abg. **Riedel** wünscht, daß möglichst schnell Gelegenheit genommen wird, die Eisenbahnfrage im Plenum zur Sprache zu bringen und ein energisches Eintreten der Landesversammlung bzw. der Mehrheitsparteien für Durchführung der Besserungsmaßnahmen des Eisenbahnministeriums zu erzielen.

Abg. **Hoffmann**.

Abg. **Höfler** verweist auf Zusage des Finanzministers, daß den nach dem 3.III. in die Staatsbetriebe eingetretenen, bis dahin militärisch festgehaltenen Kriegsteilnehmern die Beschaffungsbeihilfe zusteht.

Abg. **Böer** warnt vor weiteren Zugeständnissen in der Frage der Beschaffungsbeihilfen.

Der **Vorsitzende** schlägt vor: Zugeständnisse, betr. der Beschaffungsbeihilfen zur Ausräumung von Härten gegen Kriegsteilnehmer, sollen der Sozialdemokratie gegenüber zu Forderungen benutzt werden, betr. Stützung des Eisenbahnministeriums und zur Durchsetzung der Akkordlohnfrage.

¹¹ Vgl. Dok. Nr. 87.

¹² Im Original: »; mit«. Das Protokoll bricht dann ab.

¹³ Vgl. Dok. Nr. 85 und 87.

¹⁴ Der Antrag der Abg. Adolph *Hoffmann* und Genossen (USPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Eisenbahnverwaltung für 1919 über die einmaligen Beschaffungsbeihilfen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 985, S. 1431, war im Staatshaushaltsausschuß abgelehnt worden. Vgl. ebd., Nr. 1143, S. 1579f., hier S. 1579.

89.

7.11.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 99v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Dominicus.

Abg. **Barteld** führt Beschwerde darüber, daß ein Mitglied der Deutschen Volkspartei zum landwirtschaftlichen Sachverständigen für die Provinz Hannover ernannt worden sei.

Es wird beschlossen, bei der Fraktion der Nationalversammlung dahin vorstellig zu werden, daß sie bei der Reichsregierung dahin wirkt, in Zukunft derartige Ernennungen zu unterlassen.

Bei der Besprechung des Autonomiegesetzes weist der Abg. **Ruer** auf die widerspruchsvolle Haltung der Deutschnationalen hin. Es werde nötig sein, auf die Ausführungen des deutschnationalen Abgeordneten *Hoetzsch*¹ einzugehen.²

Es wird zunächst beschlossen, keine Abänderungsanträge bei der dritten Lesung zu stellen.

Abg. **Schloßmann** begründet einen Antrag, der dahin geht, die Änderung der Medizinalordnung im Zusammenhang mit der großen Verwaltungsreform durchzuführen.

Die **Fraktion** stimmt der Einbringung des Antrages zu.³

Abg. **Preuß** verbreitet sich des längerem über die Zusammenhänge des Autonomiegesetzes mit dem Gedanken des Einheitsstaates.

Abg. **Schreiber** befürwortet, daß Abg. *Preuß* als Redner der Fraktion deutlich zum Ausdruck bringen möge, die Fraktion sei gegen die Dezentralisierung Preußens solange die Zentralisierung im Reiche nicht garantiert sei.

Es sprechen noch die Abg. **Cassel**, **Gottschalk**, **von Richthofen**.

Es wird beschlossen, eine Aussprache über die einheitlichen Richtlinien, die von der Fraktion in dieser Frage festgelegt werden sollen, auf einer besonderen Sitzung zu beschließen.

Bei der Besprechung des Kommunalisierungsgesetzes für die Charlottenburger Wasserwerke ergeben sich Meinungsverschiedenheiten über die Stellung der Fraktion zu dem Antrag *Heilmann*.⁴

¹ Otto *Hoetzsch* (1876–1946), Historiker, 1913 ao. Professor für Geschichte und Landeskunde Osteuropas an der Universität Berlin, 1919/21 MdpLV (DNVP), 1920–1930 MdR (DNVP/Christlich Nationale Arbeitsgemeinschaft).

² Dr. *Hoetzsch* (DNVP) hatte sich in der 74. Sitzung am 6. November 1919 gegen den Gesetzentwurf über die Provinzialautonomie ausgesprochen, während seine Fraktion in der Kommission Entgegenkommen signalisiert hatte. Insbesondere in der Frage, ob die Staatsregierung das Recht zur Genehmigung der Provinzialstatuten oder nur ein Beanstandungsrecht wegen Gesetzesverletzung habe, trat die DNVP widersprüchlich auf. Während in der Kommission für ein Beanstandungsrecht plädiert wurde, vertrat Dr. *Hoetzsch* im Plenum den entgegengesetzten Standpunkt. Vgl. die Rede des Abg. Dr. *Hoetzsch*, in: SBpLV 1919/21, Bd. 5, Sp. 5878–5887, sowie die Rede des Unterstaatssekretärs Dr. *Freund*, in: ebd., Sp. 5887–5889. Zum Autonomiegesetz vgl. Dok. Nr. 82, 83–86 und 88.

³ Dringender Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) auf Neuregelung der Medizinalverwaltung, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1173, S. 1594.

⁴ Antrag der Abg. *Heilmann* (Charlottenburg) und Genossen (SPD) zur dritten Beratung des Gesetzentwurfs über die Kommunalisierung der Aktiengesellschaft Charlottenburger Wasserwerke (Nr. 483, 1176) (Entschädigung), in: ebd., Nr. 1285, S. 1690. Vgl. Dok. Nr. 84, Anm. 3.

Abg. **Dominicus** und **Schloßmann** treten für diesen Antrag ein.

Abg. **Cassel** wendet sich gegen diesen Antrag.

Abg. **Ruer** hält die Ausschaltung der ordentlichen Gerichte für sehr verderblich.

Auch Abg. **Grund** hält es für notwendig, daß die Partei sich in der Frage der Aufrechterhaltung des Privateigentums pupillarisch sicher zeige.

Schloßmann weist darauf hin, daß es sich doch in erster Linie um die Sozialisierung der Wasserwerke handele und daß die anderen Fragen dagegen zurücktreten. Deshalb müsse die Fraktion auch für dieses Gesetz stimmen, wenn der Antrag auf Zulassung des gerichtlichen Verfahrens abgelehnt wird.

Abg. **Preuß** hält es für sehr bedenklich, daß die Preußische Landesversammlung sich an das Reich wende, um ein Gesetz durchzudrücken, das die Preußische Landesversammlung in Gegensatz zu den Bestimmungen der Reichsverfassung durchsetzen will.

Abg. **Friedberg** weist darauf hin, daß die Fraktion am Rechtsstandpunkt festhalten müsse.

Es wird beschlossen, den Antrag *Heilmann* abzulehnen. Wenn der Antrag *Friedberg* auf Offenhaltung des Rechtsweges⁵ abgelehnt wird, so wird die **Fraktion** gegen den Antrag *Heilmann* stimmen. Es wird weiter beschlossen, die Fraktion soll geschlossen abstimmen. Den Abg. *Dominicus* wird im Falle der namentlichen Abstimmung die Stellungnahme freigelassen. Die anderen Abgeordneten sollen sich, wenn sie nicht mit der Fraktion übereinstimmen, sich der Stimme enthalten.

90.

8.11.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 99r. Beginn: 10.00 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift und Dönhoff. Vorsitz: **Dominicus**.

1. Zum Referenten für die städtischen Notstandsarbeiten wird *Schnackenburg* bestimmt. Es wird beschlossen, eine Dringende Anfrage über die Vereinigung der Groß-Berliner Vororte mit der Stadt Berlin einzubringen. Es wird beschlossen, der Sekretärin Frl. *Taubenheim* eine den Sätzen, die von der Reichsgeschäftsstelle bewilligt werden, entsprechende Gehaltserhöhung zu gewähren. Als Redner zum Bergetat werden bestimmt die Abg. *Riedel* und *Frentzel*.¹ Bei der Besprechung des Plenums (Bergetat) wird beschlossen, die vorliegenden Anträge bis auf 22, 25 anzunehmen.² Antrag *Hoffmann* auf Verkürzung der Arbeitszeit soll abgelehnt werden.³

⁵ Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Kommunalisierung der Aktiengesellschaft Charlottenburger Wasserwerke (Nr. 483, 980), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1060, S. 1517f.

¹ Die Rede des Abg. *Riedel* (Charlottenburg) in der 77. Sitzung am 10. November 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 5, Sp. 6123–6135, die Rede des Abg. Dr. *Frentzel* in der 78. Sitzung am 11. November 1919, in: ebd., Sp. 6223–6234.

² Gemeint sind die Anträge des Staatshaushaltsausschusses zu seinem mündlichen Bericht über den Haushalt der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für 1919 nebst Betriebsbericht der Bergverwaltung (Nr. 441), ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1085, S. 1545f., hier S. 1546, und ebd., Bd. 5, Sp. 6168–6170, hier Sp. 6169. Der Antrag 22 (Nr. 1085 zu 2 c III 2) forderte die Unterstellung der Ausbildungsan-

Unterstaatssekretär Dr. **Meyer** macht Mitteilung davon, daß im Ministerium des Innern starke Bedenken gegen die Beschleunigung der Vorlage, betr. Groß-Berlin⁴, erhoben werden und daß man dort die Erledigung dieses Gesetzes erst in Verbindung mit den Gemeindeverfassungsgesetzen wünsche.

Im Anschluß an diese Mitteilungen wird beschlossen, die Kleine Anfrage, betr. Groß-Berlin, zurückzuziehen.

Abg. **Winkler** berichtet über die unzufriedene Stimmung in Ostpreußen und in den benachbarten Gebieten. Der Redner erhebt scharfe Anklagen gegen die Regierung, die nur in unzulänglicher Weise für die dortigen Beamten und die Bevölkerung Sorge.

Abg. **Schnackenburg** macht Mitteilungen über die mit den Polen gepflogenen Verhandlungen. Die Verhandlungen in Berlin seien mit einer ganz unglaublichen Ungeschicklichkeit geführt worden. Die Regierung lege offenbar dem Osten nicht den Wert bei, den er verdiene. Der Redner schlägt vor, daß die Regierung eine besondere Stelle für die Verhandlungen mit den Polen einrichten möge.

Die Abg. **Winkler** und **Schnackenburg** werden beauftragt, entsprechende Anträge zu stellen.⁵

Abg. **Degenhardt** berichtet über das Ausführungsgesetz zur Reichssiedlungsordnung.⁶ Er hält es für notwendig, daß in der ersten Instanz richterliche Beamte hinzugezogen werden.⁷ Diese Forderung werde von dem Minister **Braun** als überflüssig erachtet.

stalten (Steigerschulen usw.) unter staatliche Verwaltung, der Antrag 25 (Nr. 1085 zu 2 c V) die Abkürzung der Arbeitszeit für die unterirdischen Belegschaften. Auf dem Wege internationaler Verhandlungen sollte erreicht werden, daß in allen bergbautreibenden Ländern ab dem 1. Oktober 1919 die 6 ½-stündige Arbeitszeit und vom 1. Januar 1920 die 6-stündige Arbeitszeit für die unterirdische Belegschaft der Bergwerke eingeführt werde.

³ Antrag der Abg. Adolph **Hoffmann** und Genossen (USPD) über die Abkürzung der Arbeitszeit für die unterirdischen Belegschaften der Bergwerke, in: ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 577, S. 926. Im Antrag war von internationalen Abmachungen keine Rede.

⁴ Die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Bildung einer Stadt Groß-Berlin, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1286, S. 1691–1770, fand in der 88. Sitzung am 2. Dezember 1919 statt. Hatte das Staatsministerium in seiner Sitzung vom 22. Oktober 1919 noch beschlossen, den Gesetzentwurf zusammen mit der neuen Städteordnung der Landesversammlung vorzulegen, so entschied es sich am 12. November 1919 für eine schnelle Einbringung der Vorlage ohne Rücksicht auf die noch nicht fertiggestellte Städteordnung. Vgl. die Sitzungen des Staatsministeriums vom 22. Oktober und 12. November 1919, in: PPS, Bd. 11/I, Nr. 74, S. 122 f., hier S. 122 (TOP 2), und Nr. 79, S. 128 f., hier S. 128 (TOP 5). Zur Haltung des Schöneberger Oberbürgermeisters Alexander **Dominicus** vgl. MÜLLER, *Dominicus*, S. 13 und 76–82.

⁵ Aus dieser Initiative erwuchs die Dringende Kleine Anfrage der Abg. **Schnackenburg** und Genossen (DDP) über den Schutz der deutschen Gläubiger in den an Polen abzutretenden Gebieten, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1179, S. 1599.

⁶ Das Reichssiedlungsgesetz vom 11. August 1919 (Reichsgesetzblatt, S. 1429) forderte die Länder zur Bildung von gemeinnützigen Siedlungsunternehmen zur Schaffung neuer Ansiedlungen und zur Hebung bestehender Kleinbetriebe auf. Vgl. SCHULTHESS 1919/I, S. 275. Der Entwurf des preußischen Ausführungsgesetzes, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 783, S. 1273–1292, war in der 59. Sitzung am 3. Oktober 1919 in erster Lesung beraten und an den 14. Ausschuß überwiesen worden. Vgl. auch die Sitzung der Staatsregierung vom 19. September 1919, in: PPS, Bd. 11/I, Nr. 65, S. 112 f., hier S. 113 (TOP 2). Zum Gesetz vgl. auch Otto STÖLZEL (GehORegR u VortR im MdI), *Wohnungsgesetzgebung für Preußen. Das Wohnungsgesetz mit den ergänzenden Bestimmungen und dem Wohnungsnotrecht. Handausgabe mit Anmerkungen*, 2. Aufl., Berlin 1920, S. 394–410.

⁷ § 6 Ziffer 6 des Ausführungsgesetzentwurfs bestimmte, daß hinsichtlich der Entscheidung über die Entschädigung an Stelle des Rechtsweges der Antrag auf mündliche Verhandlung vor der Spruchkammer des Landeskulturamtes trete. Gegen den Beschluß der Spruchkammer konnte binnen zwei Wochen Beschwerde an das Oberlandeskulturamt eingereicht werden. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 783, S. 1274.

Abg. **Friedberg** hält diese Forderung für notwendig.

Abg. **Bollert** tritt ebenfalls dafür ein, daß 2 Richter zu der ersten Instanz hinzugezogen werden.

Die **Fraktion** stimmt dieser Forderung bei.⁸ – In dem Gesetz: Erweiterung der Rechte der Provinzen⁹ soll Ausgleich unserer Stellungnahme mit der des Zentrums versucht werden; zu den Verhandlungen werden die Abg. *Ruer* und *Grund* bevollmächtigt.

91.

10.11.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 100v. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: 12.30 Uhr. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: **Dominicus**.

1. Der von *Höfler* und *Schmiljan* entworfene Antrag, betr. Neuregelung des Besoldungsgesetzes, wird nach Einspruch von *Juds*, *Böer*, *Riedel* und *Sommer* dem Beamtenausschuß zur nochmaligen Bearbeitung überwiesen.

2. Die Frage »Großthüringen« soll nochmals gründlich im interfraktionellen Ausschuß behandelt werden; hinzugezogen soll hierzu *Höfler* werden.¹

3. Die von ihm entworfenen Thesen zur Kirchenpolitik begründet nochmals kurz **Rade**. Die endgültige Entscheidung hierüber soll demnächst erfolgen, nachdem Koll. Unterstaatssekretär *Troeltsch* gehört wurde und über das Ergebnis einer heute abend stattfindenden Sonderversammlung der Fraktion berichtet haben wird. Bis dahin wird auch eine von *Berndt* eingebrachte Interpellation, Stellungnahme zu dem Entwurf des Oberkirchenrates vom 20.9.1919 [...] vertagt.²

4. Zur Frage der preußischen Staatsverfassung spricht **Schümer** (1. Kammer, Staatspräsident, Volksreferendum) – siehe S. 196 Ausführungen des Unterstaatssekretärs *Meyer*.⁴

⁸ Ab hier Handschrift *Dönhoff*.

⁹ Zum Autonomiegesetz vgl. Dok. Nr. 88.

¹ Zur Frage Großthüringen vgl. Dok. Nr. 87 und 88.

² Wort unleserlich.

³ Die Dringende Förmliche Anfrage der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über den Entwurf eines Kirchengesetzes des Evangelischen Oberkirchenrats der Generalsynode, betr. eine außerordentliche verfassunggebende Kirchenversammlung, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1206, S. 1611, wurde am 11. November 1919 gestellt. Nach dem am 20. September 1919 vorgelegten Kirchengesetzesentwurf des Evangelischen Oberkirchenrats der Generalsynode sollten die Rechte des landesherrlichen Kirchenregiments vom Evangelischen Oberkirchenrat unter Mitwirkung des Generalsynodalvorstandes ausgeübt werden. § 5 der vorläufigen preußischen Verfassung hatte demgegenüber mit der Ausübung dieser Rechte ein Dreimännerkollegium betraut. Auch sollten nach dem Entwurf des Oberkirchenrats die Wahlen zur verfassunggebenden Kirchenversammlung nicht direkt durch die Mitglieder, sondern indirekt durch die Mitglieder der vereinigten kirchlichen Körperschaften durchgeführt werden. Das Gesetz zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen vom 20. März 1919, in: URSACHEN UND FOLGEN, Bd. 3, Nr. 580, S. 92–94, hier S. 93.

⁴ Der Verweis auf die Ausführungen *Meyers* auf Seite 196 bezieht sich auf die Fraktionssitzung vom 5. November 1919 (Dok. Nr. 87).

Gegen eine 1. Kammer spricht **Schreiber**; für den zu wählenden Staatspräsidenten wünscht er die Stellung eines Gouverneurs und empfiehlt den Namen »Statthalter«.

Berndt tritt für ein Kollegium (Staatsrat aus 3 Gliedern) nur mit der Befugnis, Minister zu berufen und die Kammer aufzulösen; im übrigen ist er gegen eine 1. Kammer und einen Staatspräsidenten.

Hierzu ergreifen noch das Wort: **Riedel**, **Cassel**, **Schloßmann**, v. **Richthofen**, welcher die Frage einer preußischen Verfassung z. Zt. noch für verfrüht hält, da die Verfassungsbewegung im Reich noch lange nicht zur Ruhe gekommen ist, **Meyer**, der hervorhebt, daß die baldige Schaffung einer preußischen Verfassung die eigentlichste und wichtigste Angelegenheit der zu diesem Zwecke gewählten Landesversammlung sei, **Friedberg**, **Schnackenburg**, welcher wegen der vorgerückten Zeit den Abbruch der Verhandlungen beantragt, und **Preuß**.

Es wird beschlossen, die Beratung demnächst auf Grund einer an den Kollegen *Preuß* und *Schnackenburg* verfaßten schriftlichen Ausarbeitung (Skizze der Verfassung) zum Abschluß zu bringen.

92.

11.11.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 100r–101v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schmiljan.

Abg. **Riedel** beantragt, die Fraktion möge dafür eintreten, die Antwort des Ministeriums auf den Beschluß des Parlamentes betreffend den Schiedsspruch über die Forderungen der ostpreußischen Eisenbahner an den Staatshaushaltsausschuß zu verweisen.¹

Die Abg. **Riedel** und **Grund** werden beauftragt, mit den anderen Mehrheitsparteien in dieser Frage in Verbindung zu treten.

Abg. **Schloßmann** berichtet über die Besprechung mit Minister *Stegerwald*², in der die Forderung nach Anstellung einer demokratischen Frau als Referentin im Wohlfahrtsministerium [diskutiert worden sei].³ Die Verhandlungen sind bis jetzt ergebnislos gewesen. Es sei notwendig, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß eine Demokratin

¹ Die Mitteilung der Staatsregierung über die Behandlung der Arbeiterlohnfragen bei der Staatseisenbahnverwaltung, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1191, S. 1604, wurde in der 80. Sitzung am 13. November 1919 dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen. In ihrem Beschluß vom 19. Juli 1919 hatte die Landesversammlung die Staatsregierung ersucht, den Schiedsspruch in der ostpreußischen Lohnfrage an das Schiedsgericht zurückzuverweisen, »damit dieses unter Würdigung der auf jenem Wege bereits zu Tage getretenen Preissenkung in eine erneute Prüfung« eintrete. Der Beschluß, in: ebd., H.i.O. Vgl. auch die Denkschrift über die Behandlung der Arbeiterlohnfragen bei der Staatseisenbahnverwaltung, in: ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 640, S. 1014–1019.

² Adam *Stegerwald* (1874–1945), Schreiner, 1919–1929 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, März 1919–November 1921 preußischer Wohlfahrtsminister, April–November 1921 zugleich preußischer Ministerpräsident, April 1929–März 1930 Reichseisenbahnminister, März 1930–Mai 1932 Reichsarbeitsminister, 1919–1921 MdpLV, 1919/20 MdNatVers, 1920–1933 MdR (1928/29 Fraktionsvorsitzender) (Z).

³ Vgl. Dok. Nr. 74.

als vortragende Rätin im Wohlfahrtsministerium angestellt werde. Die Fraktion solle in diesem Sinne mit dem Minister *Stegerwald* und dem Finanzminister in Verhandlungen eintreten.

Abg. **Dönhoff** unterstützt diese Anregung.

Abg. **Rade** ist der Meinung, daß wir allmählich unter den Schlitten geraten, wenn wir nicht mit mehr Energie für die Durchsetzung der Ministerien mit demokratischen Persönlichkeiten sorgen.

Unterstaatssekretär **Meyer** macht Mitteilung von den Ernennungen der politischen Beamten. Danach sind 2 Oberpräsidenten, 5 Regierungspräsidenten aus der demokratischen Partei entnommen worden.⁴

Es sprechen im Sinne des Abg. *Schloßmann* noch die Herren **Schnackenburg**, **Schmiljan**, **Cassel**.

Abg. **Schloßmann** schlägt dann eine Resolution vor, in der die Schaffung der Stelle eines vortragenden Rates im Wohlfahrtsministerium gefordert wird, für die das Vorschlagsrecht den Demokraten überlassen werden soll. Die Stelle soll mit einer Frau besetzt werden.

Die Entschließung wird angenommen. Zur Weiterführung der Verhandlungen werden beauftragt die Abg. *Schmiljan*, *Schloßmann* und *Dönhoff*.

Minister **Oeser** nimmt Stellung zu dem schlagwortartigen Vorwurf, Kohlennot ist Transportnot, der jetzt gegen die Eisenbahnverwaltung erhoben wird.⁵ Er teilt mit, daß er beim Reichsministerpräsidenten um die Berechtigung eingekommen sei, alle Kohlenvorräte, die ergreifbar seien, zu beschlagnehmen.

Abg. **Ruer** berichtet über einen Kompromißvorschlag über die Beamtenernennung zum Autonomiegesetz, nach dem die Beamtenernennung durch das Staatsministerium im Einvernehmen mit den Provinzialinstanzen erfolgen soll.⁶

Abg. **Meyer** macht aufmerksam, daß dann die Möglichkeit des Ausgleichs nicht mehr gegeben sei und daß das Gesetz neu geschaffen werden soll im Hinblick auf Oberschlesien und Rheinland und daß es deshalb äußerst bedenklich [sei], an diesem Kompromiß das Gesetz scheitern zu lassen.

Die Angelegenheit soll auf die Tagesordnung der nächsten Fraktionssitzung gestellt werden.

⁴ 1919 wurden folgende Demokraten zu Ober- bzw. Regierungspräsidenten (OP bzw. RP) ernannt: Julius *Lippmann* (OP Pommern), Rudolf *Schwander* (OP Hessen-Nassau), Hermann *Haußmann* (RP Stralsund), Adolf *Maier* (RP Brandenburg), Frank *Schleusener* (RP Potsdam), Wolfgang *Jaenicke* (RP Breslau) und Robert *Büchting* (RP Liegnitz). Vgl. STANG, S. 400–406.

⁵ Vgl. auch die Rede des preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten *Oeser* in der 77. Sitzung am 10. November 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 5, Sp. 6151–6154, hier Sp. 6151 f.

⁶ Vgl. Dok. Nr. 88 und 90.

93.

12.11.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 102v–r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift (Schümer) und Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Kimpel begründet kurz einen von ihm und anderen Fraktionsfreunden einzubringenden Antrag; die Einbringung wird gutgeheißen.¹

Auf Anregung *Rades* und *Jordans* wird beschlossen, in besonderen Fällen den Hilfsarbeiter *Blankenburg*² aus dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu den Fraktionsberatungen hinzuzuziehen.^{3 4}

Abg. **Rebehn** erbittet Zustimmung der Fraktion zu einem Antrag auf grundsätzliche Gleichstellung der höheren technischen Beamten mit den Juristen.

Abg. **Schmiljan** wünscht Berücksichtigung auch der mittleren Beamten.

Diese werden im besonderem Antrag berücksichtigt werden. Wird zugestimmt.⁵ Dringende Förmliche Anfrage des Abg. *Berndt* über Fragen der Kirchenverfassung wird genehmigt.⁶ Bezüglich des Kirchenaustrittsgesetzes⁷ ist Vereinbarung mit anderen Parteien getroffen, daß Steuerzahlungspflicht für das Rechnungsjahr weiter läuft, Austritt dem Kirchenvorstand angezeigt wird und eine Deliberationsfrist von 4 Wochen angesetzt wird.

Abg. **Schümer** und **Rade** wollen eine Frist bis zum Wirksamwerden der Austrittserklärung nur formell begründet wissen. Wird zugestimmt.

Zum Bergetat werden noch die Anträge über Ersatz der Bergschäden und über Vergütung von Handwerksarbeiten in den staatlichen Bergwerksbetrieben an Privatunternehmer zustimmend beurteilt.⁸

¹ An Stelle eines Antrags wurde eine Anfrage eingebracht, und zwar die Kleine Anfrage der Abg. *Kimpel* und Genossen (DDP) über die Neuordnung der Lehrerbildung, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1202, S. 1610.

² Wilhelm *Blankenburg* (geb. 1878), Dr., Oberlehrer und Schulreformer, 1913–1918 MdpAH (National-liberale Partei), Provinzialschulrat und Hilfsarbeiter im preußischen Kultusministerium.

³ Zwischen Blatt 100r und 101r wurde ein Zettel eingefügt mit folgendem Inhalt:

»Antrag

Fraktion beschließt: Zu allen Sitzungen, auf denen Tagesordnung Schul- oder Kirchensachen stehen, ist der frühere Abgeordnete Provinzialschulrat Dr. *Blankenburg*, Hilfsarbeiter im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung einzuladen. 11.11.1919.«

Der Antrag wurde von Dr. *Jordan* unterzeichnet.

⁴ Ab hier Handschrift *Dönhoff*.

⁵ Antrag der Abg. *Rosebrock*, *Blank*, *Rebehn*, *Paul Hoffmann*, *Garnich* (Berlin) und Genossen (SPD, Z, DDP, USPD, DVP) auf Gleichstellung der höheren technischen Beamten mit den juristisch vorgebildeten Beamten derselben Verwaltung, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4., Nr. 1232, S. 1625. Der Antrag wurde ersetzt durch Nr. 1490, ebd., Anlagen, Bd. 5, S. 2175, zur dritten Beratung des Haushalts der Preußischen Regierung für 1919. Ein die mittleren Beamten berücksichtigenden Antrag wurde nicht gestellt.

⁶ Vgl. Dok. Nr. 91.

⁷ Zum Kirchenaustrittsgesetz vgl. Dok. Nr. 77.

⁸ Antrag der Abg. Dr. *Reineke* und Genossen (Z) über die Vergütung der Berg- und Rauchschäden, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1152, S. 1583; Antrag der Abg. *Altegoer* und Genossen (Z) auf Vergütung von Bauarbeiten im Bereiche der Staatsbergverwaltung an die selbständigen Handwerksmeister, in: ebd., Nr. 1197, S. 1607.

Antrag *Reineke* über Ablösung von Privatregalen:⁹ **Fraktion** stellt sich auf den Boden des Zentrumsantrags gegen angemessene Entschädigung und stimmt ersteren zu.

Punkt III der Tagesordnung [Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 604, S. 951–953, Anlagen, Bd. 4, Nr. 991, S. 1446–1465 (Ausschußbericht)] wird in interfraktioneller Besprechung noch erörtert werden. Den Vertretern bei derselben wird Stellung frei gegeben.

Abg. **Ruer** berichtet über interfraktionelle Besprechung des Autonomiegesetzes.

An der Debatte beteiligen sich die Abg. **Cassel**, **Meyer**. Dieser wünscht, daß die Auffassung von der Unhaltbarkeit Preußens von uns angesprochen wird.

Abg. **Dominicus** schlägt vor, beim Etat des Staatsministeriums¹⁰ diese Frage vorzubringen.

Abg. **Schmiljan** gegen Preisgabe der Selbständigkeit Preußens, in Folge dessen auch gegen Kompromiß im Autonomiegesetz.

Abg. **Schnackenburg** gegen »gelegentliche« Besprechung dieser Frage. Erinnert an den dem Redner und dem Abg. *Preuß* erteilten Auftrag, Richtlinien aufzustellen. Spricht für sachliche Stellungnahme im Autonomiegesetz unabhängig von der Preußenfrage – für Kompromißbeschlüsse.

Abg. **Cassel** hält trotz der Reichsgesetzgebung, die er billigt, Preußens Bestand für möglich – ist trotz Bedenken aus politischen Gründen für Zustimmung zum Kompromiß.

Abg. **Ruer** gegen programmatische Erklärung in der Preußenfrage, für allmähliche Entwicklung in der Richtung Einheitsstaat.

Fraktion stellt sich auf den Boden des Kompromißbeschlusses. Die Kollegen, die dem Beschluß nicht zustimmen, werden vor der Abstimmung den Saal verlassen.

Abg. **Schmiljan** stellt Unrichtigkeit einer Notiz in der »Kreuz-Zeitung«, betr. Verhalten der Demokraten in der Frage der Rangerhöhung der Gendarmen, fest.¹¹ Berichtigung wird verlangt werden.

Abg. **Otto** über: der Geistliche in der Schuldeputation.¹²

⁹ Antrag der Abg. Dr. *Reineke* und Genossen (Z) zur zweiten Beratung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für 1919 (Nr. 1085), in: ebd., Nr. 1195, S. 1607. In den Ausschußantrag, ebd., Nr. 1085 zu 1 b I, S. 1545f., hier S. 1545, über die Aufhebung der Privatregale sollten die Worte »gegen Entschädigung« durch den Passus »gegen angemessene Entschädigung« ersetzt werden. H.i.O.

¹⁰ Der Haushalt der Preußischen Staatsregierung, ebd., Nr. 1000, S. 1473–1492, wurde in der 80. bis 84. und in der 86. Sitzung vom 13. bis 18. und am 28. November 1919 verhandelt.

¹¹ Die »NEUE PREUßISCHE ZEITUNG« (KREUZ-ZEITUNG), 543, 9.11.1919 (Morgenausgabe), berichtete unter dem Titel »Ein demokratisches Schwindelmanöver«, daß bei der Abstimmung über die Rangerhöhung der Gendarmen in der Preußischen Landesversammlung ein demokratischer Abgeordneter zu den auf der Tribüne sitzenden Gendarmen gekommen sei und gesagt habe, »die Deutschnationalen hätten am Abend vorher in der Fraktionssitzung noch gegen die Rangerhöhung gestimmt, die Gendarmen möchten bei den Wahlen daran denken.« Diese Behauptung, so die »Kreuz-Zeitung«, sei ein »blanker Schwindel«. Vielmehr seien es die Deutschnationalen gewesen, die einen entsprechenden Antrag eingebracht hätten. Der Vorgang zeige, »daß den Demokraten, wenn es gilt Stimmen zu fangen, jedes, selbst das bedenklichste Mittel recht ist.«

¹² Der Gesetzentwurf, betr. die Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 537, S. 829–831, wurde ab dem 14. November 1919 im verstärkten Unterrichtsausschuß beraten. Zu den Ausschußberatungen vgl. den Ausschußbericht, in: ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 2939, S. 4843–4870.

Vertreter der Fraktion im Staatshaushaltsausschuß werden den Standpunkt der Regierungsvorlage einnehmen, nach der Zugehörigkeit des Geistlichen zur Schuldeputation kraft seines Amtes wegfällt. Im übrigen hält **Fraktion** fest an der Stellungnahme, daß Vorsitzender der Schuldeputation und des Schulvorstandes ernannt werden;¹³ als letzterer in der Regel der Lehrer in Frage kommt.

Den Abg. **Cassel** und **Frentzel** erscheint Fassung »in der Regel« zu weitgehend. Man einigt sich auf die Fassung: nach Möglichkeit.

94.

13.11.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 103v–r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: **Dominicus**.

Betreffend der Wahrung der Lehrerinteressen gelegentlich der neuen Besoldungsordnung der Gemeinden wird Antrag der Fraktion beschlossen.¹

Zum Punkt 1 [der] Tagesordnung [Beratung der Verordnung über die Verlängerung der Amtsdauer der Handelskammermitglieder vom 30. September 1918 (Gesetzsamml. S. 151), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 226, S. 376f., Nr. 343, S. 506, Nr. 1077, S. 1531–1537] ist vereinbart, nicht zu sprechen.

Zu [Punkt] 2 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über weitere Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie zur Verbilligung von Lebensmitteln, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 843, S. 1353f., Nr. 1198, S. 1608. In Verbindung damit: die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über weitere Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben sowie zur Verbilligung von Lebensmitteln und zur Unterstützung öffentlicher Notstandsarbeiten, ebd., Nr. 1171, S. 1592f., Nr. 1198, S. 1608] referiert Abg. **Berghaus**.²

Punkt 3 [Beratung der Mitteilung der Staatsregierung über die Besoldung der Arbeiterlohnfragen bei der Staatseisenbahnverwaltung, ebd., Nr. 1191, S. 1604] erledigt.³ Punkt 4 [Beratung des Antrages der Abg. v. **Kessel** und Genossen (DNVP) auf schleunigste Rettung der Hackfruchternte, ebd., Nr. 1149, S. 1582] Abg. **Siemen**.⁴ Punkt 5 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Veranlagung und Verwaltung der preußischen Steuern, ebd., Nr. 1193, S. 1605f.] an Stelle des verhinderten Abg. **Wiglow** wird Abg. **Grund** sprechen.⁵ Von den Ausschußanträgen zu Punkt 6 [Zweite Beratung des Staats-

¹³ Nach § 4 sollte der Vorsitzende der Schuldeputation ebenso wie der Vorsitzende des Schulvorstandes nach § 6 von den jeweiligen Mitgliedern aus ihrer Zahl gewählt werden. Vgl. ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 537, S. 829.

¹ Dringender Antrag der Abg. **Dominicus** und Genossen (DDP) auf Neuregelung der Lehrerbesoldung, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1221, S. 1616.

² Der Abg. **Berghaus** war auch Berichterstatter im Plenum. Vgl. seine Rede in der 80. Sitzung am 13. November 1919, in: ebd. Bd. 5, Sp. 6334–6336.

³ Der Gegenstand wurde dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen.

⁴ Die Rede des Abg. **Siemen** in der 80. Sitzung am 13. November 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 5, Sp. 6370–6375.

⁵ Die Rede des Abg. **Grund** in der 80. Sitzung am 13. November 1919, in: ebd., Sp. 6390–6392.

haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, und zwar Preußische Regierung, ebd., Nr. 1000, S. 1473–1492, nebst der Liste der vorgekommenen Fälle der Verhängung des Belagerungszustandes, ebd., Nr. 754, S. 1128–1133, und den zum Haushalt der Preußischen Regierung gehörigen Anträgen und Förmlichen Anfragen] werden a, b, c, d zustimmend beurteilt.⁶ Erörterung von e ausgesetzt bis zur Anwesenheit von Exz. *Friedberg*.⁷ Den Anträgen unter III 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13 wird zugestimmt.⁸ Zu 14 Abg. *Schloßmann* als Redner bestimmt.⁹ 15, 16, 17, ausgenommen den Schlußsatz, 18 zugestimmt, 19 ohne Fraktionszwang abgelehnt.¹⁰ 20, falls er nicht zurückgezogen wird,

⁶ Punkt 4 a des Ausschußantrags, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1000, S. 1473–1492, hier S. 1492, forderte die Staatsregierung auf, der Landesversammlung über die bisherige Verwaltung des preußischen Kronfideikommißvermögens und des Vermögens des Preußischen Königshauses zu gegebener Zeit Rechnung zu legen. Außerdem sollte sie Mitteilung über die bisherige und zukünftige Verwendung der Königlichen Schlösser machen. Punkt 4 b forderte die Vorlage einer Nachweisung über alle außerplanmäßigen oder zu Lasten der Hilfsarbeiter- oder Stellvertreterfonds beschäftigten Personen, einschließlich der parlamentarischen Unterstaatssekretäre, der Staatskommissare und der sog. Beigeordneten, mit den für diese ausgeworfenen Entschädigungen. Nach Punkt 4 c sollte den Besitzern von auf Lebenszeit verliehenen preußischen Orden Gelegenheit gegeben werden, diese käuflich zu erwerben. Nach Punkt 4 d sollte bei der Ernennung der Beamten, namentlich der politischen Beamten, auf deren Qualifikation Rücksicht genommen werden und der Eindruck vermieden werden, »als sei für derartige Ernennungen lediglich die parteipolitische Gesinnung oder Betätigung eines Bewerbers maßgebend gewesen.«

⁷ Punkt 4 e des Ausschußantrags forderte die Einstellung aller Zahlungen an die den Provinzial- und Lokalbehörden beigeordneten Volksbeauftragten, für die weder in der Verfassung noch in der Gesetzgebung eine rechtliche Grundlage vorgesehen sei.

⁸ Antrag III. 6: Antrag der Abg. *Neumann* (Bärenberg) und Genossen (DNVP) auf Fürsorge für die in den Kämpfen mit den Polen verwundeten und gefallenen Mitglieder von Bürger- und Bauernwehren und deren Hinterbliebene, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 128, S. 165. III. 7: Antrag der Abg. *Busch* und Genossen (Z) auf Erhöhung des Ehrensoldes der Kriegsveteranen von 1870/71, in: ebd., Nr. 171, S. 211. III. 8: Antrag der Abg. *Gräf* (Frankfurt) und Genossen (SPD) über die unehelichen Kinder gefallener Krieger, in: ebd., Nr. 207, S. 367. Nach dem Antrag sollten die unehelichen Kinder gefallener oder vermiffter Kriegsteilnehmer den ehelichen Kindern in der Hinterbliebenenversorgung rechtlich gleichgestellt werden. III. 9: Antrag der Abg. *Gräf* (Frankfurt) und Genossen (SPD) über die Entschädigung wieder verheirateter Kriegerwitwen, die Aufbesserung der Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen und die Auszahlung der Gefangenenlöhnung, in: ebd., Nr. 208, S. 367. III. 10: Antrag der Abg. *Müller* (Hannover) und Genossen (SPD) über die Kapitalisierung der den Kriegerwitwen zustehenden Renten, in: ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 235, S. 386. III. 11: Antrag der Abg. *Woldt* und Genossen (SPD) auf Umgestaltung der industriellen Staatsbetriebe zur Friedensarbeit, in: ebd., Nr. 575, S. 925. III. 12: Antrag der Abg. *Budjuhn* und Genossen (DNVP) auf Bildung eines Regierungsbezirks aus den nicht an Polen abgetretenen Teilen von Westpreußen und Posen mit der Bezeichnung »Grenzmark Westpreußen-Posen«, in: ebd., Nr. 672, S. 1076. III. 13: Antrag der Abg. Dr. *Heß* und Genossen (Z) auf Gewährung von Überteuerungszuschüssen an Gemeinden zur Bekämpfung des Wohnungsmangels, in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 793, S. 1295 f.

⁹ Antrag III. 14: Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) auf Einsetzung eines ständigen Fachausschusses für die Wohnungsfrage, in: ebd., Nr. 805, S. 1299. An Stelle des Abg. *Schloßmann* begründete der Abg. *Struve* in der 80. Sitzung am 13. November 1919 den Antrag. Vgl. ebd., Bd. 5, Sp. 6402 f.

¹⁰ III. 15: Antrag der Abg. Dr. *Heß* und Genossen (Z) auf Gewährung von Vorschüssen an die Gemeinden im besetzten Gebiet, in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 840, S. 1352. III. 16: Antrag der Abg. Dr. *Schmittmann*, *Runge*, *Jansen*, Dr. *Moldenbauer* und Genossen (Z, SPD, DDP, DVP) über die Rheinische Musterschau, in: ebd., Nr. 1002, S. 1493. III. 17: Antrag der Abg. Dr. v. *Richter* (Hannover) und Genossen (DVP) auf Milderung der trostlosen Finanzlage durch Rückkehr zur altpreußischen Sparsamkeit, in: ebd., Nr. 1058, S. 1516 f. Der Schlußsatz lautete: »Bis zur Vorlage der Übersicht [über den heutigen Stand der preußischen Finanzen] ist die Beschlußfassung über alle der Landesversammlung vorliegenden Anträge, die eine Erhöhung der Ausgaben zur Folge haben, auszusetzen.« Ebd., S. 1517. III. 18: Antrag der Abg. Hammer und Genossen (DNVP) über die Vertretung des Handwerks, der gewerblichen Genossenschaften und des Einzelhandels im Reichswirtschaftsrat, in: ebd. Nr. 1145, S. 1581. III. 19: Anträge der Abg. Adolph Hoffmann und Genossen (USPD): a) den 9. November

zugestimmt.¹¹ Zur Förmlichen Anfrage über den Schutz der Deutschen in den von Polen besetzten Gebieten wird Abg. *Winkler* sprechen.¹² Abg. *Degenhardt* zum Ausführungsgesetz zum Reichssiedlungsgesetz, erbittet Ermächtigung für Vertreter im Ausschuß, einem Antrag des Zentrums, betr. Erbteilung im ländlichen Grundbesitz, zuzustimmen und sich einem deutschnationalen Antrag anzuschließen, der dem Landwirtschaftsminister Bestätigungs- statt Verfügungsrecht im § 15 zuspricht.¹³

Fraktion stimmt den vorgeschlagenen Anträgen, betr. Antragsrecht auf Enteignung, zu.¹⁴

Abg. **Schreiber** und **Ruer** treten für Einschränkung der Befugnisse des Landwirtschaftsministers im Siedlungsgesetz ein.

Abg. **Degenhardt** befürchtet Erschwerung der einheitlichen Durchführung dadurch. Vertretungen in den Ausschüssen müssen durch den Geschäftsführer, Herrn Abg. *Schreiber*, vermittelt werden.

Punkt 2 der Tagesordnung der Fraktionssitzung.

Die Thesen zur Kirchenpolitik sollen in der vorliegenden Fassung in der »Demokratischen Korrespondenz« veröffentlicht werden.¹⁵

Abg. Unterstaatssekretär **Troeltsch** berichtet über die Lage der Kirchenfragen und macht auf die Konsequenzen des Vorgehens der evangelischen Kirchenvertretung für die Staatsregierung und Bundesversammlung aufmerksam.

In der Debatte sprechen die Abg. **Rade** und **Berndt**.

Auf ihre Frage nach direkter gesetzlicher Wirkung der Reichsverfassung auf die Entscheidungen in Preußen antwortet Abg. **Preuß**, daß erst die künftige Reichsgesetzgebung bestimmend sein wird, daß bei der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche ersterem die Anerkennung des Kontrahenten bei dieser Auseinandersetzung zusteht.

Der **Vorsitzende** spricht den Wunsch der Fraktion aus, daß Abg. *Troeltsch* an den Besprechungen nach Möglichkeit teilnimmt, die Fragen seines Ministeriums betreffen,

zum gesetzlichen Feiertag zu erklären, in: ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 135, S. 177, b) den Bußtag als gesetzlichen Feiertag aufzuheben und den 9. November zum gesetzlichen Feiertag zu erklären, in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1196, S. 1607.

¹¹ III. 20: Antrag der Abg. Adolph *Hoffmann* und Genossen (USPD) über den Stadtkreis Groß-Berlin, ebd., Nr. 1200, S. 1609.

¹² Förmliche Anfrage der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über den Schutz der Deutschen in den von den Polen besetzten Gebieten und die Versorgung der Beamten usw., in: ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 277, S. 435. Die Rede des Abg. *Winkler* (DDP) als Fragesteller in der 81. Sitzung am 14. November 1919, in: ebd., Bd. 5, Sp. 6432–6435.

¹³ Der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Reichssiedlungsgesetz vom 11. August 1919, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 783, S. 1273–1292, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1439, S. 2037–2117 (Ausschußbericht), war in der 59. Sitzung am 3. Oktober 1919 an den Siedlungsausschuß überwiesen worden. Die Vorlage wurde in der 99. Sitzung am 15. Dezember 1919 in zweiter und dritter Lesung beraten und angenommen. Nach dem im Ausschuß gestellten Antrag der DNVP zu § 15 des Entwurfs sollte der Landwirtschaftsminister das Recht zur Genehmigung der Satzung der Landlieferungsverbände erhalten statt des in der Regierungsvorlage vorgesehenen Verfügungsrechts. Ebd., Nr. 1439, S. 2073 und 2086. Nach dem Zentrumsantrag zu § 33 sollte für die Teilung einer Ansiedlungs- oder Zukaufsstelle die Genehmigung des Präsidenten des Landeskulturamtes notwendig sein. Ebd., Nr. 1439, S. 2077 und 2090.

¹⁴ Zu den im 14. Ausschuß gestellten Anträgen 17, 29 zu § 1 (Antragsrecht auf Enteignung) und Antrag 25 zu § 1a, vgl. ebd., Nr. 1439, S. 2064 f.

¹⁵ DEMOKRATISCHE PARTEI-KORRESPONDENZ, 257, 13.11.1919: »Thesen zur Kirchenpolitik.« Zur Kirchenpolitik vgl. auch Dok. Nr. 91.

und daß bei Erörterung von Schulfragen das Mitglied des Ministeriums, der frühere Abg. *Blankenburg*, zugezogen wird.

Zum Antrag e des Haushaltsausschusses (Preußische Regierung)¹⁶ wird beschlossen, einem etwaigen sozialdemokratischen Antrag, die Zulagen erst am 31. III. 1920 einzustellen¹⁷, zuzustimmen unter Voraussetzung der Zustimmung des Zentrums.

Abg. *Struve* gegen das Entgegenkommen, dafür Sozialdemokraten auf Annahme unseres Antrags festzulegen.

Abg. *Riedel* für Entgegenkommen, im übrigen für Antrag *Struve*. Abg. Riedel beantragt, in einer der nächsten Sitzungen die Frage zu besprechen, wie wir uns bei stärkerer Hinneigung der Sozialdemokraten zu den Unabhängigen positiv verhalten werden.

Abg. *Meyer* übermittelt den Auftrag des Ministers *Fischbeck*, im Ältestenausschuß über die Disziplinlosigkeit der anderen Mehrheitsparteien Klage zu führen, die 3. Rednerreihe zugelassen haben.¹⁸

Abg. *Rebehn* bittet, daß Besprechung in der Fraktion herbeigeführt wird über Auslassungen des Reichsministers *Koch* zum zukünftigen Wahlrecht.

95.

14. 11. 1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 104v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: *Dominicus*.

Abg. *Schümer* befürwortet die Einbringung einer Kleinen Anfrage, in der Beschwerde geführt wird gegen die fortgesetzte Verleihung von Titeln oder aber eine gleichmäßige Behandlung der Titelverleihungen in allen Ressorts [gefordert wird].¹

Abg. [...] ² gibt Kenntnis davon, daß der Ausschuß für die Frage der Bildung der Ruhrkohleprovinz³ mit dem Ministerpräsidenten *Hirsch* Verhandlungen geführt habe. Das Ergebnis sei, daß eine Interessengemeinschaft für den Bauplan in der rheinisch-westfälischen Industriegegend vorgesehen sei. Die Staatsregierung hält es für erwünscht, daß eine Interpellation vorgebracht wird, betreffend die Beibehaltung der französischen Kontrolltätigkeit im Rheinland.

¹⁶ Vgl. Anm. 7.

¹⁷ Abänderungsantrag der Abg. *Limbertz* und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Preußischen Staatsregierung (Staatsministerium) für 1919 (Nr. 1000), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1226, S. 1618.

¹⁸ Vgl. die Sitzung des Ältestenrats vom 17. November 1919, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 DI, Nr. 44, Bd. 2.

¹ Kleine Anfrage der Abg. *Schümer* und Genossen (DDP) über Titelverleihungen entgegen der Reichsverfassung, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1215, S. 1614.

² Name unleserlich.

³ Der Gesetzentwurf, betr. Verbandsordnung für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1741 A und B, S. 2661–2682, sollte in der 109. Sitzung am 31. Januar 1920 in erster Lesung beraten werden.

Die **Fraktion** stimmt dem zu und bestellt als Redner den Abg. *Jansen*.⁴

Abg. **Dominicus** gibt Kenntnis von den Richtlinien, die er bei der Rede über das Staatsministerium befolgen wird.⁵ Der Redner führt dabei besonders Beschwerde über das Verhalten der preußischen Regierung in der Frage der Bildung eines Großthüringen.⁶ Er gibt dabei Kenntnis davon, daß im Staatsministerium Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage bestehen.⁷ Das Staatsministerium werde aber dafür sorgen, daß der Streit innerhalb des Ministeriums beigelegt werden soll.

Abg. **Ruer** weist darauf hin, daß es im gegenwärtigen Augenblick nicht angebracht sei, mit scharfen Angriffen gegen den Minister *Heine* vorzugehen, da wir noch nicht wissen, wer denn der Nachfolger sein werde.⁸

Abg. **Schnackenburg** befürwortet, daß bei der Besprechung auch die Frage Westpreußen, Posen berührt werden soll. Es soll darauf hingewiesen werden, daß diese Frage von demokratischer Seite angeregt worden sei.⁹ Abg. Schnackenburg berichtet dann über die Grundsätze, die er und Abg. *Preuß* der Fraktion vorgelegt haben für die Beratung der preußischen Verfassung.¹⁰

⁴ Dringende Förmliche Anfrage der Abg. *Gräf* (Frankfurt), Dr. Dr. *Porsch*, Dr. *Friedberg*, *Hergt*, Dr. v. *Krause* (Ostpreußen) und Genossen (SPD, Z, DDP, DNVP, DVP) über die geistige Durchdringung der besetzten westlichen Gebiete in französischem Sinne, in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1228, S. 1622. Die Anfrage bezog sich auf Äußerungen des als Vorsitzenden der hohen interalliierten Kommission in den besetzten westdeutschen Gebieten vorgesehenen Paul *Tirard*, der deutlich gemacht hatte, daß Frankreich die Einrichtung der Kontrolloffiziere bei den Landratsämtern und die der wirtschaftlichen Besatzungsbehörden beibehalten werde. Auch sollten die Schulen im Rheinland weiterhin überwacht werden, um sicherzustellen, daß der Unterricht im Geiste der demokratischen Überlieferungen Frankreichs erfolge. »Hieraus geht hervor«, so schloß die Anfrage, »daß die Rheinländer auch weiterhin als Objekt der französischen Politik behandelt werden sollen. Wie stellt sich die Staatsregierung hierzu?« Die Anfrage wurde in der 84. Sitzung am 18. November 1919 besprochen. An der kurzen Aussprache nahm kein Vertreter der DDP teil.

⁵ Die Rede des Abg. *Dominicus* in der 83. Sitzung am 17. November 1919, in: ebd., Bd. 5, Sp. 6599–6609.

⁶ *Dominicus* machte in seiner Rede deutlich, »daß es gerade vom deutschen Standpunkt, nicht speziell vom borussischen Standpunkt, durchaus nicht zweckmäßig und empfehlenswert wäre, jetzt an die Gründung eines neuen Mittelstaates heranzugehen, (sehr richtig! bei der Deutschen Demokratischen Partei) am allerwenigsten dann, wenn sich eine solche Gründung nur gegen den ausgesprochenen Widerspruch der preußischen Bevölkerung vollziehen könnte.« Ebd., Sp. 6607.

⁷ In der vertraulichen Sitzung des Staatsministeriums vom 26. November 1919 wurde der Beschluß gefaßt, keine preußischen Gebietsteile an Thüringen abzutreten, sich höchstens auf den Austausch kleinerer Enklaven zu beschränken und keine weiteren Verhandlungen mehr zu führen. Vgl. GSTAPK Berlin, I. HA, Rep. 90a, B III 2b Nr. 6, Bd. 168, Bl. 242–245, hier Bl. 243 v; PPS, Bd. 11/1, Nr. 83, S. 131 f., hier S. 131 (TOP 2).

⁸ Der preußische Innenminister Wolfgang *Heine* war wegen seiner zurückhaltenden Personalpolitik in die Kritik geraten. Er trat schließlich im Zuge des sog. *Kapp*-Putsches am 18. März 1920 zurück. Sein Nachfolger wurde Carl *Severing*. Vgl. SCHULZE, Braun, 1977, S. 243–245, 294 f.

⁹ Der Antrag der Abg. *Budjahn* und Genossen (DNVP), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 672, S. 1076, der die Gründung eines Regierungsbezirks aus den nicht an Polen abgetretenen Teilen von Westpreußen und Posen mit der Bezeichnung »Grenzmark Westpreußen-Posen« forderte, wurde im Rahmen des Haushalts der Preußischen Regierung in der 80., 82. bis 86. Sitzung am 13., 15. bis 28. November 1919 beraten und angenommen. Vgl. auch Dok. Nr. 94. *Dominicus* wies in seiner Rede darauf hin, daß diese Idee vom früheren Oberpräsidenten von Westpreußen, *Schnackenburg*, stammen würde, »der als erster und unermüdlich die Staatsregierung darauf aufmerksam gemacht hat, von welchem hohen politischen und nationalen Wert es wäre, die Gedanken und Erinnerungen an die selbständige Organisation von Westpreußen und Posen nicht untergehen zu lassen.« SBpLV 1919/21, Bd. 5, Sp. 6608.

¹⁰ Zur Diskussion über die preußische Verfassung vgl. auch Dok. Nr. 87 und 91.

Abg. **Preuß** befürwortet ebenso wie *Schnackenburg* eine aktive Politik in der Frage des Einheitsstaates.

Abg. **Friedberg** ist der Ansicht, daß es nie zu einer deutschen Einheit kommen könne, wenn Preußen aufgegeben würde. Daß Preußen jetzt noch eine Erschwerung für das Reich bedeute, sei nicht richtig. Wenn die bisherigen Befugnisse der Staaten auf das Reich übergehen, dann wird das Reich überlastet. Der Mittelweg sei die möglichste Verselbständigung der Provinzen.¹¹

Zur Debatte sprechen die Abg. **Dr. Friedberg, Jansen, Ruer, Gottschalk, Crüger, Schreiber**. Die Erörterung wird nach der Vertagung mit der vorliegenden Rednerliste fortgesetzt, nach Anregung des Abg. Ruer möglichst in Anwesenheit der Parteiminister.

96.

15.11.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 104r–105v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Schmiljan.

Abg. **Sommer** erbittet Zustimmung zu Anträgen:

1. im Interesse der Kreisschulinspektoren¹, 2. im Interesse der Freimaurerlogen², 3. Kleine Anfrage über Sicherung der Rechte der Privatschullehrer³, 4. Anfrage, betr. Jagdverpachtung. Letztere Frage sollen die Abg. *Sommer, Berndt, Siemen* zu einem Antrag bearbeiten.⁴ Die ersteren Angelegenheiten werden Montag in der Mappe vorgelegt werden.

Abg. **Grund** legt Kleine Anfrage, betr. Schädigung der Buchdruckereien durch Gefängnisarbeit, vor.⁵

Abg. **Berghaus**: Kleine Anfrage, betr. Schadenersatz der durch explodierte Mine auf Norderney Betroffenen.⁶

Abg. **Schümer** regt an, Lieferung der stenographischen Berichte des Untersuchungsausschusses des Reichstags zu beantragen.

¹¹ Ab hier Handschrift *Dönhoff*.

¹ Der Antrag wurde nicht gestellt. Vgl. Dok. Nr. 100. Diese Initiative mündete in den Antrag des Staatshaushaltsausschusses zum Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für 1919, zum Ausbau und zur Errichtung neuer hauptamtlichen Kreisschulinspektoren, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1342 S. 1837–1876, hier S. 1873, zu 7 b und 7 ff.

² Antrag der Abg. *Dr. Friedberg* und Genossen (DDP) auf verfassungsmäßige Gleichstellung der freimaurerischen Richtungen, in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1230, S. 1625.

³ Kleine Anfrage der Abg. *Sommer* und Genossen (DDP) über die Privatschulen, in: ebd., Nr. 1217, S. 1615.

⁴ Ein entsprechender Antrag ist nicht nachgewiesen.

⁵ Kleine Anfrage der Abg. *Dr. Grund* und Genossen (DDP) über Schädigung des Buchdruckergewerbes, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1218, S. 1615.

⁶ Kleine Anfrage der Abg. *Berghaus* und Genossen (DDP) über Ersatz für den durch die Minenexplosion in Norderney entstandenen Schaden, in: ebd., Nr. 1242, S. 1634.

Plenum: Dem sozialdemokratischen Abänderungsantrag zu unserem Antrag über Einstellung der Zahlungen an Arbeiterräte etc. wird zugestimmt unter den am 13. XI. vorgesehenen Voraussetzungen.⁷

Die Redner der Fraktion werden ersucht, das Vorgehen der Deutschnationalen beim Empfang *Hindenburgs*⁸, Sprengung der Versammlung der Liga für Völkerbund, zu kritisieren. Die Aufgabe wird dem Abg. *Friedberg* zufallen.⁹

Zu dem Mädchenschulprogramm des Frauenausschusses referiert Abg. *Jordan* [über] 2 Punkte.¹⁰ Die Frage des 4. Weges ist erledigt durch Zulassung der deutschen Schule als Vorbereitung zur Hochschule für beide Geschlechter. Stellungnahme zur Forderung, daß Mädchenschulen grundsätzlich von Frauen geleitet werden sollen, ist geteilt. Das gesamte Programm wird zum Montag wieder auf die Tagesordnung der Fraktion gesetzt.

Die Kleine Anfrage *Schloßmann* über Anstellung von Frauen in Staatsämtern wird in veränderter Fassung gut geschrieben.¹¹

Der Wunsch nach Verlängerung der Tagungspause wird vom Vorsitzenden im Ältestenausschuß vertreten werden.¹²

Abg. *Schreiber* übermittelt den Wunsch nach Vorträgen für den Bezirk Detmold-Paderborn.

97.

17.11.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 105v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Der **Vorsitzende** berichtet über eine Besprechung, die unter Vorsitz des Eisenbahnministers zwischen Vertretern aller Fraktionen stattgefunden hat.¹ In den parlamentari-

⁷ Vgl. Dok. Nr. 94.

⁸ Paul v. *Hindenburg* (eigentlich v. Beneckendorff und v. Hindenburg) (1847–1934), Offizier, 1900 General der Infanterie, 1911 i.R., August 1914 Reaktivierung, Generaloberst und Kommandeur der 8. Armee Ostpreußen, seit September 1914 auch der 9. Armee Schlesien, November 1914 Generalfeldmarschall, August 1916 Chef des Generalstabs Feldheer und der 3. OHL, Juni 1919 i. R., Mai 1925–August 1934 Reichspräsident.

⁹ Die Rede des Abg. Dr. *Friedberg* in der 84. Sitzung am 18. November 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 6, Sp. 6722–6741.

¹⁰ Nicht nachgewiesen.

¹¹ Kleine Anfrage der Abg. Dr. *Schloßmann*, Frau *Dönhoff* und Frau Dr. *Heine* (DDP) über die Gleichstellung der Geschlechter bei der Besetzung der Staatsämter, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1237, S. 1632. Mit dieser Anfrage mahnte die DDP die Durchführung der durch die Verfassung gewährleistete Gleichstellung der Geschlechter bei der Stellenbesetzung an.

¹² In der Sitzung des Ältestenrats am 17. November 1919, 10.36 bis 11.15 Uhr, wurde beschlossen, vom 19. bis 26. November 1926 nicht zu tagen. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTAPK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

¹ Am 14. November 1919 fand eine Besprechung des Ministers für öffentliche Arbeiten mit Mitgliedern des Staatshaushaltsausschusses der preußischen Landesversammlung wegen der Übernahme der preußischen Staatseisenbahnen in die Verwaltung des Reiches statt. Vgl. den Bericht über diese Besprechung, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2115, S. 3177–3191.

schen Beirat, der bei der Übernahme der Eisenbahnen auf das Reich mitwirken soll, werden als Vertreter der Fraktion die Abg. *Dominicus* und *Höfler* entsandt.

Die **Fraktion** beschließt mit der demokratischen Fraktion in der Nationalversammlung in Verhandlung zu treten, um dem entgegenzuwirken, daß seitens des Reichsverkehrsministeriums den süddeutschen Eisenbahnverwaltungen Vorrechte bei der Übernahme auf das Reich zugebilligt werden und die Allgemeinheit durch selbstsüchtige Maßnahmen der einzelstaatlichen Eisen[bahn]verwaltungen vor der Übernahme belastet wird.

Die Interpellation »Rheinland«² kommt erst Dienstag zur Verhandlung; **Fraktion** schließt sich der Abmachung mit Sozialdemokraten und Zentrum an, eine allgemeine Aussprache zu vermeiden.

Abg. **Ruer** berichtet über die gegenwärtige Situation für das Autonomiegesetz.³ Die vorliegenden Vermittlungsvorschläge der Sozialdemokraten sind für uns unannehmbar. Sollte das Gesetz Dienstag auf die Tagesordnung kommen und vorher keine Klärung erfolgt sein, würde **Fraktion** der Verabschiedung entgegenwirken und Zurückverweisung an den Ausschuß beantragen.

Fraktionssitzung Dienstag pünktlich halb zehn. Tagesordnung: Plenum.

98.

18. 11. 1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 105r. Beginn: 9.30 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Schmiljan.

Eine Kleine Anfrage des Abg. *Barteld* über Aufhebung der Vorschulen in der Stadt Hannover wird gut geheißen.¹ Die Frage in ihrer grundsätzlichen Bedeutung soll von den Vertretern der Fraktion im Ausschuß angeschnitten werden.

Abg. **Rade** stellt die Art der Behandlung der Anfragen über die Kirchenverfassung zur Erörterung.²

² Die Dringende Förmliche Anfrage der Abg. *Gräf* (Frankfurt), Dr. Dr. *Porsch*, Dr. *Friedberg*, *Hergt*, Dr. v. *Krause* (Ostpreußen) und Genossen (SPD, Z, DDP, DNVP, DVP) über die geistige Durchdringung der besetzten westlichen Gebiete in französischem Sinne, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1228, S. 1622, fand am Dienstag den 18. November 1919 statt. Vgl. auch Dok. Nr. 95.

³ Vgl. auch Dok. Nr. 88 und 89.

¹ Kleine Anfrage der Abg. *Barteld* (Hannover) und Genossen (DDP) über die Nichtaufhebung der Vorschulklassen an den staatlichen höheren Schulen in Hannover, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1245, S. 1635.

² Förmliche Anfrage der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über die evangelische Kirchenverfassung, in: ebd., Nr. 1206, S. 1611; Förmliche Anfrage der Abg. D. *Reinhard* und Genossen (DNVP) über die verfassungsmäßige Freiheit der Religionsgesellschaften, in: ebd., Nr. 1240, S. 1633 f. Die beiden Anfragen wurden im Rahmen der zweiten Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, ebd., Nr. 1250 A, S. 1637–1656, in der 89. Sitzung am 3. Dezember 1919 beantwortet. Der Evangelische Kirchenrat der Generalsynode hatte am 20. September 1919 den Entwurf eines Kirchengesetzes, betreffend eine außerordentliche verfassunggebende Kirchenversammlung vorgelegt. Der Entwurf sah im Widerspruch zur

Es soll im Ältestenausschuß für gesonderte Verhandlung, außerhalb der Besprechung des Kultusetats eingetreten werden, um ausführliche Behandlung zu ermöglichen.³

Abg. **Rebehn** macht aufmerksam, daß Vertreter im Staatshaushalt gegen Überleitung der Hochbauabteilung vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten zum Kultusministerium eintreten möchten.⁴

99.

27.11.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 106v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Friedberg.

Der **Vorsitzende** gibt Kenntnis von einem Telegramm, in welchem der Abg. **Ruer** um Verteilung des Autonomiegesetzes bittet, weil er am Freitag verhindert sei. Der **Vorsitzende** sagt zu, daß er sich im Seniorenkonvent für die Verschiebung aussprechen werde.¹

Abg. **Riedel** befürwortet die Einbringung einer Kleinen Anfrage über die Verkehrssperre. Die **Fraktion** erhebt keine Bedenken.²

[Unter]Staatssekretär **Meyer** beantragt, daß die Frage der Magistratsverfassung³ auf einer der nächsten Fraktionssitzungen gestellt werde.

zur vorläufigen preußischen Verfassung die Ausübung der Rechte des landesherrlichen Kirchenregiments durch den Evangelischen Oberkirchenrat unter Mitwirkung des Generalsynodalvorstandes vor. Auch sollten die Wahlen zur verfassungsgebenden Kirchenversammlung nicht direkt durch die Kirchenmitglieder, sondern mittelbar durch die Mitglieder der vereinigten kirchlichen Körperschaften erfolgen. Vgl. auch Kurt NOWAK, Evangelische Kirche und Weimarer Republik. Zum politischen Weg des deutschen Protestantismus zwischen 1918 und 1932, Weimar 1988, S. 63–71.

³ Die Behandlung der Anfragen über die Kirchenverfassung wurde im Ältestenrat nicht eigens angesprochen. Allerdings kam die Länge der Verhandlungen über den Kultusetat im Ausschuß zur Sprache. Im Ausschuß waren bereits 163 Anträge zum Haushalt gestellt worden. Es wurde darauf hingewiesen, daß im Landtag keine Einzelberatung, sondern nur Gesamtberatungen stattfinden würden, doch wurde beschlossen, daß bei der Beratung des Haushalts für 1926 zur alten Übung der Einzelbesprechung der Kapitel und Titel zurückgekehrt werden sollte. Vgl. die Sitzung des Ältestenrats vom 27. November 1919, 16.10 bis 17.07 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

⁴ Die Hochbauabteilung wurde nach Auflösung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten dem Finanzministerium angegliedert. Vgl. PPS, Bd. 11/I, Nr. 110, S. 157f., hier S. 158 (TOP 6). Vgl. auch die Denkschrift, betr. die Staatshochbauverwaltung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten vom 15. September 1919, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 93, B Nr. 210, Bl. 24–35 v, mit Anlagen A–C; eine Zusammenstellung von Gutachten über die Zuweisung der Hochbauabteilung bei Auflösung des Ministeriums, Bl. 102–110. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten wurde nach der Übernahme der preußischen Staatsbahnen durch das Reich zum 1. April 1921 aufgelöst. Zur Hochbauverwaltung vgl. auch die Rede des Unterstaatssekretärs Dr. **Becker** in der 91. Sitzung am 5. Dezember 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 6, Sp. 7325–7332, hier Sp. 7327f.

¹ In der Sitzung des Ältestenrats vom 28. November 1919, 11.13 bis 13.41 Uhr, wurde die Beratung des Gesetzentwurfs über die Selbständigkeit der Provinzen auf Dienstag, den 2. Dezember 1919, festgesetzt. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

² Kleine Anfrage der Abg. **Riedel** (Charlottenburg) und Genossen (DDP) über die Ursachen der Verkehrsnot und die Verkehrssperre, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1335, S. 1829.

³ Die Magistratsverfassung galt in den sechs östlichen preußischen Provinzen. Es handelte sich um ein Zweikammersystem, bestehend aus Stadtverordnetenversammlung und Magistrat. Der Magistrat, dessen

Die **Fraktion** stimmt zu.

Weiter beantragt der **Redner** die Einsetzung einer Sonderkommission zur Durchberatung des Entwurfs Groß-Berlin⁴, die aus folgenden Mitgliedern bestehen soll: *Cassel, Kopsch, Dominicus, Frentzel, Meyer, Preuß, Ruer, Schnackenburg, Crüger, Otto*.

Die **Fraktion** ist für die Einsetzung dieser Kommission.

Abg. **Höfler** beantragt die Einbringung einer Kleinen Anfrage, betr. ungerechtfertigte Entlassung von Schutzleuten.

Die **Fraktion** stimmt zu.⁵

100.

28.11.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 106v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Dominicus.

Der **Vorsitzende** macht Mitteilung davon, daß der ganze Etat bis Weihnachten erledigt werden soll. Dazu werden Abendsitzungen nötig sein, auch wird sich eine Kontingentierung der Redezeit nicht umgehen lassen. Die Redner für den Kultusetat sollen am Montag bestimmt werden.

Abg. **Berndt** befürwortet die Einbringung einer Kleinen Anfrage, betr. Überlassung von Gefangenen an Landwirte.

Die **Fraktion** stimmt zu.¹

Mitglieder durch die Stadtverordnetenversammlung gewählt wurden und dem der Bürgermeister als primus inter pares angehörte, stellte ein kollegiales Beratungs- und Beschlußorgan dar. Der Magistrat setzte sich aus besoldeten und unbesoldeten Stadträten zusammen. Bei der Institution der unbesoldeten Stadträte ging man vom Vorhandensein engagierter, sich um das Wohl ihrer Stadt sorgender Bürger aus, die aufgrund ihrer finanziellen Situation einer besoldeten Stellung nicht bedurften. Zudem richtete sich diese Einrichtung gegen das Vorwalten partikularer Parteiinteressen in der Kommunalpolitik. Neben der Magistratsverfassung gab es im Reich zwei weitere Gemeindeverfassungen: in den westlichen Teilen Preußens, im Rheinland und in Teilen Westfalens, in Hessen und Anhalt die Bürgermeisterverfassung, bei der die Stadtverordnetenversammlung unter Vorsitz und Mitwirkung des Bürgermeisters allein entschied und der Bürgermeister die Beschlüsse ausführte, und das Stadtratsystem. Bei der in Bayern und Württemberg geltende Stadtratsverfassung oblag einem Organ, dem Stadtrat, die Legislative und Exekutive. Der Bürgermeister wurde hier direkt von den wahlberechtigten Bürgern mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt. Vgl. KÖHLER, Berlin in der Weimarer Republik, S. 820f., 873; JESERICH, Kommunalverwaltung, S. 492–496.

⁴ Der Gesetzentwurf über die Bildung der Stadt Groß-Berlin, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1286, S. 1691–1770, wurde in der 88. Sitzung am 2. Dezember 1919 in erster Lesung beraten und einem besonderen Ausschuß überwiesen. Vgl. auch den Ausschußbericht, in: ebd., Anlagen, Bd. 7, Nr. 2172, S. 3295–3366.

⁵ Kleine Anfrage der Abg. *Höfler* und Genossen (DDP) über die Behandlung der Angehörigen der alten Schutzmannschaft, in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1336, S. 1829.

¹ Kleine Anfrage der Abg. Dr. *Berndt* (Stettin) und Genossen (DDP) über die Abgabe von Gefangenen zu landwirtschaftlichen Arbeiten, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1338, S. 1830. Um den Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern zu beheben, wurden Gefangene den Landwirten zugewiesen, allerdings vielfach nicht direkt, sondern durch Vermittlung von Unternehmern, die ein Vielfaches von dem verlangten, was an die Strafanstalten für den einzelnen Mann gezahlt werden mußte.

Abg. **Sommer** hat eine Anfrage vorbereitet, in der eine Erhöhung der Aufwandsentschädigungen gefordert wird für die Kreisschulinspektoren.²

Nach Einwendungen durch den Abg. **Juds** zieht Abg. **Sommer** seinen Antrag zurück.

Abg. **Höfler** befürwortet die Einbringung eines Antrages, betreffend die Verleihung des Rangs als mittlere Beamte an die Eisenbahnunterassistenten.

Die **Fraktion** stimmt dem Antrag zu.³

Abg. **Preuß** gibt Kenntnis von einer neuen Verständigungsgrundlage für das Autonomiegesetz.⁴

Die Angelegenheit wird auf die Tagesordnung der Montagssitzung [am 1. Dezember 1919] gesetzt.

101.

1.12.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 106r–107v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: **Dominicus**.

Entschuldigt Abg. *Schnackenburg*.

Bei der Besprechung des Antrages *Heilmann* über die Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke¹ befürwortet Abg. **Dominicus**, den Bestimmungen über die Festsetzung des Wertes nach dem Erwerbspreis zuzustimmen.

Abg. **Kochmann** spricht sich dagegen aus.

Abg. **Cassel** vertritt den Standpunkt *Kochmanns*.

Die entgegengesetzte Ansicht vertreten die Abg. **Schloßmann** und **Schümer**.

Mit 12 zu 11 Stimmen wird beschlossen, dem Antrag *Heilmann* zuzustimmen. Als Redner wird Abg. *Kochmann* bestimmt, der in einer Erklärung die beiden Richtungen der Fraktion zu Wort kommen lassen soll.²

Die Stellungnahme der **Fraktion** zu dem Antrag *Hoffmann*, betr. die Kommunalisierung der Kinos, erfolgt nach Befürwortung durch die Abg. **Rade**, **Schümer**, **Kimpel**,

² Vgl. auch Dok. Nr. 96, Anm. 1.

³ Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über den Rang der Eisenbahnunterassistenten, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1328, S. 1802.

⁴ Zum Autonomiegesetz vgl. Dok. Nr. 84.

¹ In der 87. Sitzung am 1. Dezember 1919 fand die Beratung des Antrages der Abg. *Heilmann* (Charlottenburg) und Genossen (SPD) über die Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1285, S. 1690, statt. Vgl. Dok. Nr. 84, Anm. 3.

² Die Rede des Abg. *Kochmann*, in: SBpLV 1919/21, Bd. 6, Sp. 6892f. Die Partei sprach sich zwar grundsätzlich für eine Kommunalisierung der Wasserwerke aus, lehnte den Antrag jedoch ab, da er nicht ihren Gesichtspunkten hinsichtlich der Bemessung der Entschädigung und der Frage der Zulässigkeit des Rechtsweges Rechnung tragen würde. *Kochmann* räumte allerdings ein, daß einige seiner Parteifreunde für den Antrag stimmen würden, weil sie von der Notwendigkeit der Kommunalisierung der Wasserwerke überzeugt seien.

nach Ablehnung durch die Abg. **Cassel, Meyer, Böer, Kochmann** im Sinne einer Annahme des Antrages *Hoffmann* mit 13:12 Stimmen.³

Abg. **Dominicus** wird eine Erklärung abgeben, in dem der Standpunkt sowohl der Befürworter wie der Gegner zum Ausdruck kommt.⁴

Der Antrag *Kessel*, betr. die Aufhebung der Zwangswirtschaft in Zucker.⁵

Zu dem Antrage, betr. Neuregelung der Medizinalverwaltung, wird Abg. *Schloßmann*⁶, zu der Anfrage, betr. Behandlung des Handwerks im Rheinland, Abg. *Jansen*⁷, betr. Arbeitslosigkeit in Westpreußen und Danzig, Abg. *Schmiljan* als Redner bestimmt.⁸

Bei der Beratung über den Entwurf einer Formlosen Anfrage über die politische Hetze an den Universitäten befürwortet Abg. **Cassel** zunächst Rücksprache mit den anderen Mehrheitsparteien.

Es wird beschlossen, den Antrag einzubringen.⁹

Über die interfraktionellen Besprechungen, betr. das Autonomiegesetz, berichtet Abg. **Preuß**.¹⁰

Unterstaatssekretär **Meyer** teilt mit, daß der Minister *Heine* erhebliche Bedenken gegen das Kompromiß erhoben habe.

Es sprechen zu dieser Frage die Abg. **Ruer, Berndt, Cassel**.

Der Antrag, das Kompromiß anzunehmen, wird mit 15:10 Stimmen abgelehnt. Es wird dann in einer zweiten Abstimmung beschlossen, dem § 3 zuzustimmen unter der Voraussetzung der kommissarischen Besetzung.¹¹

Bei der Verteilung der Redner für den Kultusetat wird Abg. *Rade* für die Kirchenpolitik und Allgemeines als erster Redner, als zweiter Redner Abg. *Jordan* bestimmt.¹² Für

³ In der 87. Sitzung am 1. Dezember 1919 fand die Beratung des Antrages der Abg. Adolph *Hoffmann* und Genossen (USPD) auf Kommunalisierung und Verstaatlichung des Lebebildwesens, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1031, S. 1505, statt. Der Antrag wurde dem Ausschuß für Bevölkerungspolitik überwiesen.

⁴ An der kurzen Aussprache über die Anträge beteiligte sich kein Vertreter der DDP.

⁵ In der 87. Sitzung am 1. Dezember 1919 erfolgte die Beratung des Antrags der Abg. v. *Kessel* und Genossen (DNVP) auf Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1150, S. 1583, in Verbindung mit der Förmlichen Anfrage der Abg. *Kaulen* und Genossen (Z) über die Sicherung der Zuckererzeugung, ebd., Nr. 1064, S. 1519. Der Antrag wurde dem Landwirtschaftsausschuß überwiesen.

⁶ Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) auf Neuregelung der Medizinalverwaltung, in: ebd., Nr. 1173, S. 1594. Die Rede des Abg. Dr. *Schloßmann* in der 87. Sitzung am 1. Dezember 1919, in: ebd., Bd. 6, Sp. 6930–6934.

⁷ Förmliche Anfrage der Abg. *Esser* und Genossen (Z) über die Behandlung des Handwerks im besetzten Rheinland, in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 759, S. 1135. Die DDP vertrat in der 87. Sitzung am 1. Dezember 1919 der Abg. *Rebehn*. Vgl. ebd., Bd. 6, Sp. 6955–6957.

⁸ Die Förmliche Anfrage der Abg. *Brill* und Genossen (SPD) über die Arbeitslosigkeit in Westpreußen und Danzig, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1019, S. 1500f., wurde in der 88. Sitzung am 2. Dezember 1919 beantwortet. Eine Aussprache fand nicht statt.

⁹ Der Antrag wurde nicht gestellt. Vgl. auch Dok. Nr. 102.

¹⁰ Zum Autonomiegesetz vgl. Dok. Nr. 84 und 100.

¹¹ Nach § 3 des Gesetzentwurfs über die Erweiterung der Selbstständigkeitsrechte der Provinzialverbände, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 604, S. 951–953, sollte vor der Besetzung der Stellen der politischen Beamten innerhalb einer Provinz der Provinzialausschuß gehört werden. Ebd., S. 951. An die Stelle des Passus »politische Beamten« trat nach den Ausschußberatungen der Passus »Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und der Leiter der staatlichen Polizeiverwaltungen«.

¹² In der 89. Sitzung am 3. Dezember 1919 begann die zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, und zwar Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung,

die Volksschule wird als erster Redner *Gottschalk* und als zweiter Redner *Otto* bestimmt.¹³ Für das höhere Schulwesen die Abg. *Schümer* und Dr. *Heine*.¹⁴ Für die Universitäten *Friedberg* und *Schloßmann*.¹⁵ Für Kunst und Wissenschaft Abg. *Bollert*.¹⁶

Über die Gesetzesvorlage Groß-Berlin¹⁷ referiert Abg. *Cassel*.

Es sprechen zu dem Gesetzentwurf noch die Abg. **Dominicus, Preuß**.

Für die Kommission werden ernannt die Abg. *Cassel, Preuß, Frentzel, O. Meyer, Dr. Ruer, Dominicus*. Als Redner wird Abg. *Dominicus* bestimmt.¹⁸ Als Vorsitzender der Kommission wird in Aussicht genommen¹⁹

102.

2.12.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 107v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: *Otto*.

Vor Eintritt in die Tagesordnung führt Abg. **Schümer** Beschwerde über die Haltung des Unterstaatssekretärs *Troeltsch*, der eine andere Kirchenpolitik betreibt als die Fraktion.

Die **Fraktion** wird Herrn Unterstaatssekretär *Troeltsch* bitten, in der Fraktion zu erscheinen und seine Haltung klarzulegen.

Bei der Wahl des Vorsitzenden für den Ausschuß zur Beratung des Gesetzentwurfs Groß-Berlin entfallen 14 Stimmen auf *Cassel* und 10 Stimmen auf *Preuß*.¹

Abg. **Ruszezynski** berichtet über den Gesetzentwurf zur Unterbringung der Beamten aus den abzutretenden Gebieten.²

ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1250 A, S. 1637–1656. Die Rede des Abg. *D. Rade* in der 89. Sitzung am 3. Dezember 1919, in: ebd., Bd. 6, Sp. 7105–7116; die Rede des Abg. *Jordan* in der 90. Sitzung am 4. Dezember 1919, in: ebd., Sp. 7218–7226.

¹³ Die Rede des Abg. Dr. *Gottschalk* (Gummersbach) in der 91. Sitzung am 5. Dezember 1919, in: ebd., Sp. 7398–7405; die Rede des Abg. *Otto* in der 92. Sitzung am 6. Dezember 1919, in: ebd., Sp. 7477–7491.

¹⁴ Die Rede des Abg. *Schümer* in der 95. Sitzung am 11. Dezember 1919, in: ebd., Sp. 7775–7787; die Rede der Abg. Frau Dr. *Heine* in der 96. Sitzung am 12. Dezember 1919, in: ebd., Sp. 7877–7887.

¹⁵ An Stelle des Abg. Dr. *Friedberg* sprach in der 93. Sitzung am 9. Dezember 1919 der Abg. Dr. *Preuß*, in: ebd., Sp. 7598–7609; die Rede des Abg. Dr. *Schloßmann* in der 94. Sitzung am 10. Dezember 1919, in: ebd., Sp. 7693–7707.

¹⁶ Die Rede des Abg. *Bollert* in der 90. Sitzung am 4. Dezember 1919, in: ebd., Sp. 7284–7290.

¹⁷ In der 88. Sitzung am 2. Dezember 1919 fand die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Bildung einer Stadt Groß-Berlin, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1286, S. 1691–1770, statt. Die Vorlage wurde an einen Ausschuß von 27 Mitgliedern überwiesen. Vgl. auch Dok. Nr. 99.

¹⁸ Die Rede des Abg. *Dominicus*, in: SBpLV 1919/21, Bd. 6, Sp. 7013–7018.

¹⁹ Das Protokoll bricht hier ab.

¹ Vgl. Dok. Nr. 101.

² In der 97. Sitzung am 13. Dezember 1919 wurde auf Antrag des Abg. *Rosebrock* (SPD) ein Ausschuß von 27 Mitgliedern zur Beratung der Verhältnisse der Beamten in den abzutretenden Gebieten eingesetzt. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 6, Sp. 7993. Der schließlich erarbeitete Gesetzentwurf, betr. die Unterbringung der mittelbaren Staatsbeamten und Lehrpersonen aus den an fremde Staaten abzutretenden

Abg. **Schnackenburg** hält es für unbillig, daß den großen Städten die Hauptlasten zufallen.

Bei der Besprechung der Stellung der Fraktion zum Autonomiegesetz wird beschlossen, sich mit den anderen Regierungsparteien in Verbindung zu setzen und wenn möglich von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.³

Abg. **Höfler** berichtet über eine Konferenz im Eisenbahnministerium, in der die Frage behandelt worden ist, ob die Eisenbahnen schon am 1. April 1920 dem Reich übertragen werden sollen.⁴ Er gibt die Bedingungen bekannt, die von Preußen nach der Meinung der Konferenz gestellt werden müssen, wenn die Eisenbahnen zu diesem Termin an das Reich übertragen werden. Er schlägt vor, das Eisenbahnministerium zu ermächtigen, unter der Voraussetzung, daß diese Bedingungen zugesichert werden, in Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium einzutreten.

Abg. **Preuß** hält es für das Beste, wenn die Eisenbahnen so bald wie möglich auf das Reich übergehen.

Abg. **Frentzel** stellt die Frage, ob das Reich die Landesverwaltungen übernehmen kann, ohne daß schwere Störungen im Verwaltungsapparat eintreten.

Es wird dann beschlossen, die Leitsätze des Abg. **Höfler** anzunehmen.

Abg. **Preuß** bringt die förmliche Frage, betr. die reaktionäre Beeinflussung auf den Universitäten in der neuen Fassung zur Verlesung.⁵

Abg. **Kopsch** nimmt gegen die Einbringung dieser Anfrage Stellung.

Abg. **Rade** hält die Lage für sehr schwierig, trotzdem müsse etwas zum Schutz der Gesinnungsgenossen getan werden. Er ist deshalb auch für die Einbringung der Anfrage.

Abg. **Kopsch** ist dafür, daß ein Antrag beim Kultusetat eingebracht wird, in dem diese Angelegenheit zur Sprache kommt.

Es sprechen zu dieser Frage noch die Abg. **Meyer, Kopsch**.

Es wird beschlossen, Abg. **Preuß** zum Redner bei dem Etat der Hochschulen zu bestimmen an Stelle des Abg. **Friedberg** und ihm aufzutragen, die [...] Höhe in [...] Rede zu [...] ^{8,9}

oder von ihnen besetzten preußischen Gebietsteilen (Unterbringungsgesetz), ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1614, S. 2330–2336, wurde in der 103. Sitzung am 22. Januar 1920 in erster Lesung beraten und an den 18. Ausschuß überwiesen. Die zweite und dritte Lesung fand in der 131. Sitzung am 30. März 1920 statt.

³ Zum Autonomiegesetz vgl. Dok. Nr. 100 und 101.

⁴ In der Besprechung des parlamentarischen Beirats mit dem Sachverständigenbeirat am 29. November 1919 wurde beschlossen, daß die Fraktionen der preußischen Landesversammlung bis zum 3. Dezember 1919 zur Frage der vorzeitigen Übertragung der preußischen Eisenbahnen auf das Reich Stellung nehmen sollten. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2115, S. 3177–3191, hier S. 3178–3181.

⁵ Vgl. Dok. Nr. 101.

⁶ Wort unleserlich.

⁷ Wort unleserlich.

⁸ Wort unleserlich.

⁹ Die Rede des Abg. Dr. **Preuß** in der 93. Sitzung am 9. Dezember 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 6, Sp. 7598–7609, hier Sp. 7602–7606. Vgl. auch Dok. Nr. 101.

103.

3.12.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 107r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Schümer. Vorsitz: Dominicus.

Abg. **Kopsch** verliert als Geschäftsführer die Eingänge.

Die Abg. **Riedel** und **Ommert** erheben Einspruch gegen den gestrigen Beschluß, betr. den Beamtenbund.¹ Die Angelegenheit soll morgen als Punkt 1 auf die Tagesordnung gesetzt werden.

2. Eine Kleine Anfrage *Ommert* über Zulagen des Feldeisenbahnfonds² wird mit 10 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

3. Plenum. Die Anträge werden besprochen, Übereinstimmung festgestellt.³

Abg. **Rade** gibt einen Überblick über seine Etatsrede.⁴

In der Besprechung wird die Erklärung *Otto* im Ausschuß und der [...]⁵antrag der Fraktion besonders behandelt.⁶ An der Besprechung beteiligen sich die Abg. *Schümer*, *Dominicus*, *Sommer*, *Jordan*, *Otto*.

Eine Kleine Anfrage *Barteld*, *Höfler* soll mit den Mehrheitsparteien erörtert werden. Die Kleine Anfrage *Ommert* wird in einer abgeschwächten Form gebilligt.⁷

¹ Nicht nachgewiesen.

² Wort unleserlich.

³ Gemeint sind die Ausschußanträge zur zweiten Lesung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, und zwar Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1250 A, S. 1637–1656, ferner auch der Antrag der Abg. *Adolph Hoffmann* und Genossen (USPD) über die Streichung der Mittel für Kultuszwecke, in: ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1358, S. 1974.

⁴ Die Rede des Abg. *D. Rade* in der 89. Sitzung am 3. Dezember 1919, in: ebd., Bd. 6, Sp. 7105–7116; vgl. auch Dok. Nr. 101.

⁵ Wortteil unleserlich.

⁶ Die Ausschußberichte geben nur die Parteizugehörigkeit, aber nicht die Namen der Ausschußmitglieder an, so daß sich die Erklärung *Ottos* im Staatshaushaltsausschuß nicht nachweisen läßt. Vgl. den Bericht des Staatshaushaltsausschusses über den Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für das Rechnungsjahr 1919, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1250 A, S. 1637–1656, Nr. 1329, S. 1803–1826, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1342, S. 1837–1876, Nr. 1356, S. 1885–1929, Nr. 1357, S. 1930–1974.

⁷ Kleine Anfrage der Abg. *Ommert* und Genossen (DDP) über die Teuerungszulage der Feldeisenbahner, in: ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1396, S. 2009. Die Fragesteller monierten, daß die während des Krieges im Osten verwendeten Feldeisenbahner dieselben Zulagen wie die Eisenbahner in der Heimat erhielten, während die Feldeisenbahner der übrigen Fronten von derartigen Zulagen ausgeschlossen blieben. Die Kleine Anfrage der Abg. *Riedel* (Charlottenburg) und Genossen (DDP) über die Tätigkeit des Gewerkschaftsbundes Deutscher Eisenbahnbeamten, ebd., Nr. 1431, S. 2032, vom 9. Dezember 1919 bezog sich auf den Umstand, daß des öfteren die dem Gewerkschaftsbund Deutscher Eisenbahnbeamter angehörenden Beamte und Dienstvorgesetzte ihnen unterstellte Arbeiter und Hilfsbeamte zum Eintritt in den Gewerkschaftsbund gezwungen hätten.

104.

4. 12. 1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 107r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Dominicus.

Abg. **Barteld** befürwortet die Einbringung eines Antrages, der die Polizeiwachtmeister in die Klasse der mittleren Beamten versetzen will.¹

Abg. **Riedel** führt Beschwerde darüber, daß die Fraktion dem Eisenbahnministerium eine Mitteilung gemacht habe über den Wunsch, daß auch der Eisenbahngewerkschaftsbund zu den gegenwärtigen Tarifverhandlungen hinzugezogen würde. Weiter gibt er Mitteilung von der Absicht des Eisenbahnministeriums, zu den Verhandlungen je ein Mitglied der Fraktionen hinzuzuziehen.

Es wird beschlossen, den Abg. *Grund* dazu zu delegieren und ihm zu überlassen, sich einen Stellvertreter auszuwählen, der in Berlin seinen Wohnsitz hat.

Zu dem Streit über die Kleine Anfrage über den Eisenbahngewerkschaftsbund sprechen die Abg. **Riedel, Ommert, König, Höfler, Schümer, Dr. Schreiber**.

Die Beschlußfassung über die Kleine Anfrage wird zunächst zurückgestellt, bis daß die Kleine Anfrage **Riedel** ebenfalls vorliegt.²

Auf Antrag des Abg. *Schloßmann* wird beschlossen, dem Abg. *Abderhalden* nahezulegen, den Vorsitz in der Kommission für Bevölkerungspolitik zeitweilig niederzulegen, wenn er nicht dauernd an den Arbeiten des Ausschusses teilnehmen könne. Es wird beschlossen, den Aufsatz des Abg. *Abderhalden* über das Rätssystem zur Besprechung in eine der nächsten Fraktionssitzungen zu stellen.³

¹ Diese Initiative mündete in den am 6. Dezember 1919 gestellten, überfraktionellen Antrag der Abg. *Gräf* (Frankfurt), Dr. Dr. *Porsch*, Dr. *Friedberg* und Genossen (SPD Z, DDP) über Rangerhöhung für die gehobenen Unterbeamten, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1409, S. 2017.

² Kleine Anfrage der Abg. *König* (Cassel) und Genossen (DDP) über die Hinzuziehung des Gewerkschaftsbundes Deutscher Eisenbahnbeamten zu den Tarifverhandlungen, in: ebd., Nr. 1415, S. 2020.

³ In einer Berliner Korrespondenz hatte der demokratische Abgeordnete Geheimrat Emil *Abderhalden* Stellung zum Rätssystem und zum Parlamentarismus bezogen. Er kam zu der Schlußfolgerung: »Ein wirtschaftliches Rätssystem, das alle Berufskammern umfassen müßte, würde nach meiner Meinung bessere Arbeit in wirtschaftlichen Fragen getan haben, als ein rein politisches Parlament. Diese Berufskammern müßten selbstverständlich nach demokratischem Prinzip gewählt sein.« VOSSISCHE ZEITUNG, 607, 28.11.1919. Bereits im Mai 1919 hatte Emil *Abderhalden* einen Artikel ähnlichen Inhalts veröffentlicht. Vgl. Emil *Abderhalden*: Gedanken zum Rätssystem, in: DAS DEMOKRATISCHE DEUTSCHLAND, 24, 4.5.1919, S. 558–563; vgl. auch DEMOKRATISCHE PARTEI-KORRESPONDENZ, 278, 9.12.1919.

105.

5. 12. 1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 108v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Dominicus.

Der **Vorsitzende** regt an, ein Begrüßungstelegramm an Feldmarschall *Mackensen*¹ zu senden.

Die **Fraktion** stimmt dem zu.

Auf Anregung des *Vorsitzenden* wird Abg. *Schnackenburg* in Aussicht genommen für die neu zu bildende Verfassungskommission.²

Zu der interfraktionellen Besprechung über die Verfassung werden gewählt die Abg. *Dominicus*, *Preuß*, *Jansen*. Als Redner für die Förmliche Anfrage über die Versorgung der Kriegsteilnehmer aus den Kreisen der akademisch gebildeten Lehrer wird Abg. *Juds* als Redner bestimmt.³ Es wird beschlossen, die Führer der Reichstagsfraktion und die Mitglieder des Vorstandes zu einer Besprechung über die Verfassung einzuladen, die am Donnerstag abend stattfinden soll.⁴

Abg. **Gottschalk** gibt Mitteilung von den Ausführungen, die er bei der Besprechung des Kultusetats machen wird.⁵

Es wird beschlossen, mit den anderen Mehrheitsparteien einen Antrag einzubringen, in dem die Neuregelung der Besoldungsordnung gefordert wird.⁶ Weiter wird einem An-

¹ Generalfeldmarschall August v. *Mackensen* (1849–1945) feierte am 6. Dezember 1919 seinen 70. Geburtstag. Im Ersten Weltkrieg war v. *Mackensen* führend an der Eroberung Russisch-Polens und den Feldzügen gegen Serbien und Rumänien beteiligt. Seinen Wunsch, die letzten Teile seiner Heeresgruppe in die Heimat begleiten zu können, hatte er mit einer einjährigen Gefangenschaft bezahlen müssen. Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 622, 6.12.1919. Kurz vor seinem Geburtstag hatte er in seine Heimat und zu seiner Familie auf sein pommersches Gut bei Lauenburg zurückkehren können. Am 3. Dezember 1919 war er, von Kassel kommend, in Berlin auf dem Anhalter Bahnhof mit einem großen Empfang, an dem kein Regierungsvertreter teilgenommen hatte, geehrt worden. Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 616, 3.12.1919. Zum demokratischen Begrüßungstelegramm vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 625, 8.12.1919. Zu August v. *Mackensen* vgl. Theo SCHWARZMÜLLER: Generalfeldmarschall August v. *Mackensen*. Zwischen Kaiser und »Führer«. Eine politische Biographie, Paderborn 1995.

² Der Entwurf einer Verfassung für Preußen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2000, S. 3005–3009, wurde am 25. Februar 1920 in der Landesversammlung eingebracht. Er wurde jedoch wegen des *Kapp*-Putsches erst in der 138. und 140. Sitzung am 26. und 28. April 1920 in erster Lesung beraten und anschließend an den Verfassungsausschuß überwiesen.

³ Die Förmliche Anfrage der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über die Versorgung der Kriegsteilnehmer aus den Kreisen der akademisch und seminarisch gebildeten Lehrer usw., ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 110, S. 142, wurde im Rahmen der zweiten Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, und zwar Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (Volksschulwesen), in der 91. Sitzung am 5. Dezember 1919 behandelt. Die Rede des Abg. *Juds*, in: ebd., Bd. 6, Sp. 7373–7375.

⁴ Die Besprechung fand am Dienstag, den 9. Dezember 1919, abends statt. Vgl. Dok. Nr. 108.

⁵ Die Rede des Abg. Dr. *Gottschalk* (Gummersbach) in der 91. Sitzung am 5. Dezember 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 6, Sp. 7398–7405. Vgl. auch Dok. Nr. 101.

⁶ Antrag der Abg. *Gräf* (Frankfurt), Dr. Dr. *Porsch*, Dr. *Friedberg* und Genossen (SPD, Z, DDP) über die Neuregelung des Beamtenbesoldungswesens und die Erhöhung der Teuerungszulagen, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1422, S. 2028. Der Antrag forderte die preußische Staatsregierung auf,

trag zugestimmt, in dem die Heraufsetzung der gehobenen Unterbeamten in den Rang der mittleren Beamten verlangt wird.⁷

106.

6.12.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 108v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Dominicus.

Bei der Besprechung des Plenums wird die **Fraktion** sich dahin einig, daß ein Besuchsrecht des Schulleiters als des Vertrauensmannes der Konferenz zugestanden wird.¹ Dem Abg. *Schümer* wird die Zustimmung erteilt zur Einbringung zweier Anträge, die sich mit der Erteilung des Abiturientenzeugnisses für Schüler, die in den Ostprovinzen sich zur Verfügung gestellt haben, und den Besuch der Knabenschulen durch Mädchen in Orten, wo eine andere Möglichkeit zur Ausbildung für die Reifeprüfung nicht vorhanden ist, [beschäftigen].²

gemäß der für das Reich vorgesehenen Besoldungsregelung bis spätestens zum 1. April 1920 eine Neuregelung des Besoldungsgesetzes vorzunehmen und bis zu dieser Neuregelung die Teuerungszulagen der Staatsbeamten ab 1. Januar 1920 zu erhöhen.

⁷ Vgl. Dok. Nr. 104.

¹ Im Ausschuß war der Antrag gestellt worden, den Erlaß der Staatsregierung vom 20. September 1919 über das Schulwesen dahin gehend abzuändern, daß Klassenbesuche der Schulleiter nur nach vorheriger Verständigung mit dem Kollegium erlaubt werden sollten. Der Antrag wurde jedoch im Ausschuß abgelehnt. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1342, S. 1837–1876, hier S. 1841 (Antrag Nr. 87 Abs. 1) und 1872. Vgl. auch die Rede des Abg. *Otto* (Charlottenburg) in der 92. Sitzung am 6. Dezember 1919, in: ebd., Bd. 6, Sp. 7477–7491, hier Sp. 7490.

² Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für 1919 (Kurs für Schüler höherer Lehranstalten im Grenzschutz Ost), ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1375, S. 2001; Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für 1919 (Besuch der höheren Knabenschulen), ebd., Nr. 1376, S. 2001 f.

107.

9.12.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 108v–r. Zeit: keine Angaben, vermutlich vormittags. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Dominicus.

Abg. **Riedel** beantragt die Genehmigung einer Kleinen Anfrage, in der Beschwerde geführt wird über die Maßregelung eines Beamten wegen seiner Angehörigkeit zum Allgemeinen Eisenbahnverband.

Es wird beschlossen, zunächst eine Besprechung mit dem Herrn Minister abzuwarten.¹

Der **Vorsitzende** teilt mit, daß Herr Abg. *Abderhalden* sein Mandat niedergelegt hat.

Es wird beschlossen, dem Herrn *Abderhalden* nahezu legen, das Schreiben über die Mandatsniederlegung so abzufassen, daß dieses Schreiben der Öffentlichkeit unterbreitet werden könne.²

Abg. **Düker** referiert dann über die Haltung der demokratischen Partei zu den Lebensfragen des Handwerks. Vor allem sei notwendig, eine Reform des Wahlrechts für die Handwerkskammern. Der Redner schlägt vor, in allen Wahlkreisen Mittelstandsausschüsse zu bilden, zu denen die Partei vor allem die Handwerker hinzuziehen muß. Der Redner legt einen Entwurf von Leitsätzen vor, in denen die Stellung der Partei zu den Handwerkerfragen festgelegt wird.

Die **Fraktion** stimmt den Leitsätzen des Referenten zu.³

Der Abg. **Düker** befürwortet dann die Beibehaltung des Ressorts der Fortbildungsschulen bei dem Handelsministerium.⁴

Abg. **Dominicus** teilt den Standpunkt des Abg. *Düker*.

Entgegengesetzte Meinung vertreten die Abg. *Schnackenburg* und *Kimpel, Sommer*.

Abg. **Otto** warnt davor, im Augenblick irgend eine Änderung vorzunehmen.

Dem schließt sich der Abg. **Degenhardt** an.

Abg. **Cassel** beantragt, daß die Angelegenheit erst in Anwesenheit des Ministers *Fischbeck* erledigt wird.

Die **Fraktion** stimmt dem zu.

¹ Dringende Kleine Anfrage der Abg. *Riedel* (Charlottenburg) und Genossen (DDP) über Maßregelung eines Eisenbahnhandwerkers wegen seiner Zugehörigkeit zum Allgemeinen Eisenbahnverbande, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1434, S. 2034, vom 10. Dezember 1919.

² Der Abgeordnete Emil *Abderhalden*, Professor für Medizin an der Universität Halle, legte sein Mandat mit der Begründung nieder, daß er von Anfang an nur für einen bestimmten Zeitraum dem Parlament hätte angehören wollen, da eine längere parlamentarische Beanspruchung seiner beruflichen Tätigkeit entgegenstehen würde. DEMOKRATISCHE PARTEI-KORRESPONDENZ, 278, 9.12.1919. Die VOSSISCHE ZEITUNG, 629, 10.12.1919, erinnerte allerdings auch daran, daß sich Prof. *Abderhalden* erst »kürzlich recht skeptisch über den Parlamentsbetrieb ausgesprochen« habe. Vgl. auch Dok. Nr. 104, Anm. 3.

³ Nicht nachgewiesen.

⁴ Die SPD forderte mit dem Antrag der Abg. Frau *Jaquet* und Genossen (SPD) über das Fortbildungswesen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 400, S. 564, die Unterstellung der Fortbildungsschule unter das Kultusministerium. Da sich auch das Zentrum gegen diesen Antrag aussprach, wurde der Antrag schließlich zurückgezogen. Ebd., Bd. 12, Sp. 16217. Zur Sitzung der preußischen Zentrumsfraktion vom 5. Dezember 1919, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 95, S. 156 f., hier S. 157.

Zum Referat über den Antrag *Graf*, betr. das Disziplinarrecht des Staats gegen die Beamten aus Taten in der Revolutionszeit, wird Abg. *Schnackenburg* aufgefordert.⁵

108.

9.12.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 108r–110v. Zeit: abends. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Als Gäste anwesend: Reichsminister *Koch*, Minister *Fischbeck*, die Abg. *Ablaß*¹, *Haußmann*, der Stadtverordnete *Petersen*².

Abg. *Meyer* berichtet zunächst über den Entwurf des preußischen Staatsministers zur preußischen Verfassung.³

Abg. *Dominicus* rekapituliert die Verhandlungen und die Auffassung innerhalb der Fraktion über die Gestaltung und Verfassung Preußens und schlägt vor, am heutigen Abend die Frage so zu stellen: Sind wir bereit, mit der Zielsetzung einer späteren Preisgabe der Selbständigkeit Preußens an die Aufgabe der Verfassungsberatung heranzugehen?

Minister *Fischbeck* sieht in dem süddeutschen Partikularismus ein Hindernis für den Unitarismus; fürchtet, daß der zu erwartende Steuerdruck Absonderungsgelüste dort bestärken wird, warnt davor, die Frage z. Z. in den Vordergrund zu schieben.

Abg. *Ablaß* weist auf die Tatsache des Zustandekommens der Reichsverfassung unter wesentlicher Beeinflussung durch die Demokraten [hin]. Will die Dinge laufen lassen, die von selbst zum Einheitsstaat treiben ohne Zerschlagung Preußens. Hält in der preußischen Verfassung Staatsrat für notwendig.

Abg. *Cassel* widerspricht den Ausführungen des Vorsitzenden *Dominicus* insofern, als in der Fraktion immer die Auffassung vorgeherrscht habe, daß Preußen – unbeschadet

⁵ In der 94. Sitzung am 10. Dezember 1919 fand die erste Beratung des Antrags der Abg. *Gräf* (Frankfurt) und Genossen (SPD) auf Annahme eines Gesetzes über Straferlaß für Dienstvergehen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1199, S. 1608f., statt. Nach dem Antrag, der ohne größere Aussprache dem Rechtsausschuß überwiesen wurde, sollten Disziplinarverfahren wegen Dienstvergehen, die vom 9. November 1918 bis 9. Mai 1919 »in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit Kämpfen um die staatliche, soziale oder wirtschaftliche Umgestaltung begangen worden sind«, niedergeschlagen werden. Ebd., S. 1608 (§ 1).

¹ Bruno *Ablaß* (1866–1942), Justizrat, Rechtsanwalt und Notar in Hirschberg/Schlesien, 1903–1918 MdR (Freisinnige Volkspartei, Fortschrittliche Volkspartei), 1919–1920 MdNV (DDP).

² Carl *Petersen* (1868–1933), Rechtsanwalt in Hamburg, 1899–1918 Md Bürgerschaft Hamburg (Vereinigte Liberale), 1919–Januar 1924 MdR (DDP), 1924–1930, 1931–1933 Erster Bürgermeister von Hamburg, Dezember 1919–Januar 1924 Vorsitzender des Parteiausschusses der DDP, April 1920–November 1921 Vorsitzender des Vorstands, 1925–1930 Ehrenvorsitzender, Juni 1921–Januar 1924 Vorsitzender der Reichstagsfraktion, 1930–1932 Ehrenvorsitzender der Staatspartei, September 1932–Juni 1933 zusammen mit *Dietrich* und *Maier* Parteivorsitzender der Staatspartei. Vgl. Sigrid SCHAMBACH, Carl Petersen, Hamburg 2000.

³ Vgl. Dok. Nr. 105.

seiner Anerkennung des Einheitsstaates – keinesfalls ohne gleichzeitigen Verzicht der übrigen Länder auf ihre Selbständigkeit, die seine aufgeben würde. Hält in der preußischen Verfassung eine Regierungsspitze neben dem Staatsministerium für notwendig, in der Form eines Staatsrates von 5 Personen für ausführbar.⁴

Abg. **Schnackenburg** tritt für aktive Politik in der Frage ein, worauf die inzwischen eingetretenen Tatsachen – die Friedensbedingungen und die Reichsverfassung hindrängen. Die Länder haben die Verwaltungskörper, das Reich hat die Kompetenzen. Die Steigerung der Verwaltungskosten bedingt Konzentration.

Reichsminister **Koch**: Die Priorität des Gedankens des Aufgehens Preußens im Reich soll die Partei sich nicht nehmen lassen, die Idee wird werbend sein. Die Frage der Verantwortung ist in so und so vielen Fällen jetzt zweifelhaft; die Häufung von Ministern und Verwaltungsstellen unerreichbar mit dem Gebot der Sparsamkeit; die Entscheidungen werden verzögert. Spricht für Personalunion des Reichs- und Staatspräsidenten, für gemeinsames Kabinett.

Abg. **Rade** im Sinn der Ausführungen von *Dominicus* und *Schnackenburg*; wünscht, daß Fraktion die Initiative für Stellungnahme der Partei ergreift, hat Befragung der süddeutschen Parteifreunde eingeleitet. Es muß nicht nur gemeinsames Ziel, sondern auch gemeinsame Taktik verfolgt werden.

Abg. **Berndt**: Preußen muß intakt erhalten bleiben, um für den Fall des Abfalls der süddeutschen Staaten vom Reich einen Kristallisationspunkt der Wiederherstellung zu bilden. Eine Vereinfachung der Verwaltung ist anzustreben.

Abg. **Jansen**: Das Rheinland erwartet von der preußischen Verfassung die Möglichkeit Reichsprovinz zu werden, um damit den destruktiven Tendenzen des Zentrums entgegenzuwirken. Partei muß Parole ausgeben, daß in allen Ländern auf Abbau der Selbständigkeit hingewirkt wird durch die Parteigenossen.

Abg. **Preuß**: Preußen ist keine Analogie zu Bayern usw. Der Weg zur Vereinheitlichung geht über die Aufteilung – das ist allgemeingültiges Gesetz. Der Weg für Preußen geht dahin naturnotwendig. Die Frage ist nur, ob mit unserem Willen oder über uns hinweg. Die Zerlegung in autonome Selbstverwaltungskörper wird Gebilde ergeben, die ungefähr den jetzigen süddeutschen Staaten entsprechen, die heutigen Zwergstaaten, sowie der Koloß Preußen müssen andere Gestalt gewinnen.

Abg. v. **Richthofen**: Parlamentarisches System bedingt sparsames Wirtschaften mit den politischen Persönlichkeiten. Zustandekommen der preußischen Verfassung wird Hindernis für Vereinheitlichung sein; sie droht zersprengende Wirkung für Preußen, z. B. bezüglich Hannover. Übernahme von Verwaltungen auf das Reich beschleunigen, z. B. Justiz. Demokratische Partei muß Führung übernehmen.

Abg. Minister **Oeser**: Auf Grund der Erfahrungen bei den Verhandlungen über die Vereinheitlichung des Verkehrs befürchtet Redner Aufflammen partikularistischer Tendenzen, die durch gewaltsames Vorgehen heraufbeschworen werden. Franzosen und Amerikaner arbeiten auf Loslösung von Gebietsteilen; die von *Koch* angeregte Personalunion würde das Mißtrauen der süddeutschen herausfordern. Die preußische Verfassung muß zustande kommen und ein starkes Preußen als wirksamer Träger des Einheitsgedankens erhalten bleiben.

Auf Antrag des Abg. *Schreiber* wird Schluß der Debatte beschlossen, dem Abg. **Haußmann** noch das Wort erteilt zur Erklärung der süddeutschen Auffassung. Dort be-

⁴ Zum Staatsrat vgl. MÖLLER, Parlamentarismus, S. 114–132, 151–166.

steht keine Stimmung der Abwendung vom Reich, abgesehen von einzelnen katholischen Adelskreisen. Zerschlagung Preußens wird dort nicht gewünscht. Selbständige Betätigung in der Verwaltung muß den einzelnen Gebieten erhalten bleiben.

Abg. **Petersen** vom norddeutschen Standpunkt aus: Eine Reichsprovint Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck wäre das gegebene, auf dem direkten, aber nicht auf dem Weg über Preußen zu erreichen. Die einzige würdige Entscheidung für Preußen ist die Tat, die nicht abhängig gemacht werden darf von dem Mitgehen der anderen Staaten.

Abg. **Dominicus** resümiert: Einigkeit besteht in der Auffassung, als Ziel der Entwicklung den Verzicht auf die staatliche Selbständigkeit Preußens zugunsten des Reichs hinzustellen.

Bei einer Abstimmung über die *Preuß-Schmackenburgschen* Richtlinien⁵ sind 18 Stimmen dafür, 15 dagegen. Ein Antrag *Schloßmann*, dem sich Frhr. v. *Richthofen* anschließt, geht dahin, die Staatsregierung zu ersuchen, vor Vorlage des Verfassungsentwurfs nochmal mit den Regierungen der übrigen Länder über die Bereitwilligkeit zum Aufgehen in den Einheitsstaat zu verhandeln; für diesen Antrag sind 21 Stimmen, 3 dagegen.⁶ Bezüglich des Ausgangspunktes der Erörterung, Direktive für die Vertreter bei der interfraktionellen Besprechung werden eine Formulierung des Abg. *Meyer*, neben dem Einkammersystem ist ein weiterer maßgebender Faktor in der Regierung anzustreben, und eine Formulierung des Abg. *Cassel*, über die Ausgestaltung der Verfassung sind Vorschläge der Regierung abzuwarten, einstimmig angenommen.

⁵ Nicht nachgewiesen.

⁶ Diese Initiative mündete in den von den Regierungsparteien unterstützten Antrag der Abg. Dr. *Friedberg*, *Gräf* (Frankfurt), Dr. Dr. *Porsch* und Genossen (DDP, SPD, Z) zur dritten Beratung der Haushaltspläne für 1919 (Grundlagen für den deutschen Einheitsstaat), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1467, S. 2147, vom 13. Dezember 1919. Der Antrag ersuchte die preußische Staatsregierung, unabhängig von den Verfassungsberatungen die Reichsregierung zu veranlassen, mit den Regierungen der Länder Verhandlungen zur Schaffung eines Einheitsstaates aufzunehmen.

109.

10.12.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 110v-r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Dominicus.

Abg. **Schnackenburg** berichtet über den Gesetzesvorschlag der Sozialdemokraten, betr. den Straferlaß für Dienstvergehen.¹ Er befürwortet Verweisung des Entwurfes an die Justizkommission.

Abg. **König** befürwortet die Hinzuziehung von Beamten zu den Beratungen der Kommission.

Abg. **Otto** macht Mitteilung davon, daß das Zentrum sich nicht weiter an der Beratung des Gesetzentwurfs über die Schuldeputation beteiligen werde. Der Hauptgrund der Weigerung ist die Nichthinzuziehung der Geistlichen zur Schuldeputation.²

Abg. **Rade** ist der Meinung, daß die Zugehörigkeit des Geistlichen zur Schuldeputation keine politische Frage sei und daß es nicht verständlich sei, wenn wegen dieser Frage ein so weitgehender Konflikt entstehe, wie es gegebenenfalls die Sprengung der Koalition sei.

Abg. **Cassel** macht darauf aufmerksam, daß die katholischen Pfarrer ja auf jeden Fall gewählt werden, die evangelischen Pfarrer aber keinesfalls mit der gleichen Sicherheit. Er ist der Meinung, daß diese Frage nicht geeignet sei, einen solchen Kampf hervorzurufen. In der Frage der konfessionellen Erziehung der Lehrer kann die Demokratie nicht nachgeben. Es sei deshalb am besten, nur die Frage der Schuldeputation zu behandeln. Wenn die Sozialdemokratie nicht nachgibt, können die Demokraten auch keine Zugeständnisse machen. Es sei deshalb zunächst eine Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie erforderlich.

Es wird beschlossen, die Abg. *Friedberg*, *Otto*, *Rade* und *Cassel* zu den Verhandlungen mit den anderen Fraktionen zu entsenden.³

Eine Beschwerde des Abg. *Berndt* gegen die Geschäftsführung des Herrn Abg. *Dominicus* wird als erster Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Fraktionssitzung gestellt.

¹ Vgl. Dok. Nr. 107, Anm. 5.

² Vgl. den Bericht des verstärkten Unterrichtsausschusses über den Gesetzentwurf, betr. die Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen (Nr. 537), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2939, S. 4843–4870, hier S. 4852. Vgl. auch die Sitzung der preußischen Zentrumsfraktion vom 9. Dezember 1919, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 97, S. 159f.

³ Am Nachmittag des 12. Dezember 1919 fand unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten eine Besprechung der Führer der Mehrheitsparteien aus dem Reich und Preußen zur Beilegung der schulpolitischen Krise in Preußen statt. Es wurde schließlich eine Einigung dahin gehend getroffen, zu prüfen, ob der § 3 der Gesetzesvorlage, betr. Neubildung der Schuldeputationen (Mitgliedschaft der Ortspfarrer in den Schuldeputationen), mit Art. 174 der Weimarer Reichsverfassung vereinbar sei. Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 632 und 633 vom 12.12.1919, 634, 13.12.1919, 637, 15.12.1919.

110.

11. 12. 1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 110r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Otto.

Zu einer Besprechung über Jugendpflege werden die Abg. *Juds* und *Dönhoff* entsandt. Zu der Beschwerde des Abg. *Berndt* über die Geschäftsführung des Vorsitzenden *Dominicus* nimmt zunächst der Abg. *Dominicus* das Wort zur Rechtfertigung seines Verhaltens.

Abg. *Schreiber* beantragt, entweder müsse Dr. *Berndt* seine Vorwürfe klipp und klar zurücknehmen oder aber die Fraktion müsse das Verhalten des Abg. Dr. *Berndt*, der in unqualifizierter Weise Vorwürfe erhoben habe, mißbilligen.

Abg. *Jordan* und *Schnackenburg* treten für den Abg. *Dominicus* [ein].

Abg. *Jordan* stellt als Schriftführer fest, daß der Vorsitzende die Rednerliste bis jetzt stets nach der Wortmeldung geführt hat.

Nachdem Dr. *Berndt* jeden Vorwurf einer parteiischen Geschäftsführung zurückgenommen hat, spricht die Fraktion dem Abg. *Dominicus* ihr volles Vertrauen aus. Damit ist die Angelegenheit erledigt.

Abg. *Schümer* teilt mit, daß er beabsichtige, den Minister *Haenisch* anzugreifen wegen seiner Haltung im Falle *Helphand*.¹

Die Fraktion stimmt dem zu. Die Fraktion gibt dem Redner die Weisung, dafür einzutreten, daß das Fortbildungsschulwesen beim Handelsministerium verbleibt, bis daß die ganze Angelegenheit grundsätzlich erledigt wird.² Die Fraktion spricht sich dagegen aus, daß das Schulgeld nach den Einkommensverhältnissen festgestellt wird.³ Die Fraktion ist [...]⁴, daß dem Präsidenten der Landesversammlung [sic].⁵

¹ In seiner Rede in der 95. Sitzung am 11. Dezember 1919 kritisierte der Abg. *Schümer* den preußischen Kultusminister Konrad *Haenisch*, weil dieser in einem Interview mit dem »8-Uhr-Abendblatt« den ausschweifenden Lebenswandel des in Berlin lebenden russischen Sozialisten Alexander (Parvus) *Helphand* verteidigt habe. Der Kultusminister, der den Erziehungsanstalten, die eine »allgemeingültige Moral« zu vermitteln hätten, vorstehe, schein e »eine verschiedene Moral für starke Naturen und für andere gelten« zu lassen. SBpLV 1919/21, Bd. 6, Sp. 7775–7787, Zitate Sp. 7782 f. – Alexander *Helphand* (1867–1924), Pseudonym Parvus, geboren in Kiew, anfangs auf dem äußersten linken Flügel der SPD, Journalist und Verleger in Deutschland, 1905 Teilnahme an der russischen Revolution in Petersburg, seit 1906 wieder in Deutschland, dann in Konstantinopel, wo er ein großes Vermögen erwarb, im Ersten Weltkrieg auf dem rechten Flügel der SPD, Herausgeber der rechtssozialistischen Zeitschrift »Glocke«, arbeitete 1916/17 mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes von Kopenhagen aus am Sturz des Zarismus, organisierte 1917 die Rückkehr der emigrierten bolschewistischen Revolutionsführer nach Rußland, nach dem Krieg in der Schweiz, dann wieder in Berlin; Herausgeber der Zeitschrift »Wiederaufbau«.

² Vgl. Dok. Nr. 107.

³ Dies bezieht sich auf den Antrag des Staatshaushaltsausschusses, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1356, S. 1885–1929, hier S. 1929 zu H 4 n. Danach sollte der Erlaß des Kultusministers über die Erhöhung des Schulgeldes an höheren Schulen zurückgezogen werden. Vgl. auch die Rede des Abg. *Schümer* in der 95. Sitzung am 11. Dezember 1919, in: ebd., Bd. 6, Sp. 7775–7787, hier Sp. 7779. »Zu der Durchführung des sozialen Geistes an der höheren Schule«, so der Abg. *Schümer*, sei »Unentgeltlichkeit des Unterrichts erforderlich«. Deshalb forderte er, die verfügte Erhöhung des Schulgeldes wieder rückgängig zu machen. Vgl. auch Dok. Nr. 87.

⁴ Wort unleserlich.

⁵ Das Protokoll bricht hier ab.

111.

12.12.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 110r–111v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Dominicus.

Der **Vorsitzende** macht Mitteilung davon, daß der Finanzminister die Bitte an die Fraktionen gerichtet habe, alle Anträge, die zum Kultusetat eingebracht worden sind, in Resolutionen umzuwandeln. Nach dem Ergebnis der gestrigen Beratungen soll eine interfraktionelle Besprechung stattfinden, in der versucht werden soll, die Schwierigkeiten zu beseitigen.¹

Abg. **Cassel** macht darauf aufmerksam, daß die Anträge eigentlich nur Resolutionen seien, denn es wären fast gar keine Anträge angenommen worden, die schon Neuanforderungen für diesen Etat bedeuten.

Abg. **Kimpel** beantragt, unbedingt an den Anträgen festzuhalten.²

Unterstaatssekretär **Meyer** bittet, über die Erklärungen des Herrn Finanzministers nicht so leichten Herzens hinwegzugehen. Er schlägt vor, daß dem Finanzminister anheimgestellt wird, die Anträge bei allen Etats daraufhin zu prüfen, ob sie mit der finanziellen Lage des Staates vereinbar seien.

Abg. **Frentzel** tritt dafür ein, daß der ganze Etat noch einmal revidiert wird. Die Unterhändler werden dahin instruiert, gegen das Vorgehen des Finanzministers zu protestieren, dann dagegen Einspruch zu erheben, daß der Kultusetat schlechter behandelt wird als die anderen Etats; wenn eine Revision in Frage komme, dann müsse sie für den ganzen Etat vorgenommen werden.

Abg. **Dominicus** macht dann davon Mitteilung, daß die Verhandlungen über die Aufwandsentschädigung für den Präsidenten der Landesversammlung [sic].³ Es gewinnt den Anschein, als ob die anderen Mehrheitsparteien auf den Vermittlungsvorschlag sich einigen, die Repräsentationssumme für den nächsten Etat zu bewilligen.

Abg. **Frentzel** hält es für angebracht, den Präsidenten eine gewisse Entschädigung zu gewähren, hat aber die Bedingung gestellt, daß die Sozialdemokraten den Antrag stellen.

Abg. Dr. **Struve** ist dafür, daß ein Ende sein müsse mit aller Repräsentation und daß es deshalb geboten erscheine, den Antrag abzulehnen.

¹ Vgl. Dok. Nr. 109.

² Gemeint sind die demokratischen Anträge: Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für 1919 (Kurs für Schüler höherer Lehranstalten im Grenzschutz Ost), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1375, S. 2001; Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für 1919 (Besuch der höheren Knabenschulen), in: ebd., Nr. 1376, S. 2001 f.

³ Im Rahmen des Etat-Titels »Haus der Abgeordneten«, der dem Hauptausschuß am 9. Dezember 1919 überwiesen wurde, wurde die Frage aufgeworfen, ob in Tit. 6 des Kap. 41 eine Aufwandsentschädigung des Landtagspräsidenten ergänzend hinzugefügt werden sollte. Auf die Stellung eines Antrags zur Einführung einer Aufwandsentschädigung wurde jedoch verzichtet, so daß diese Frage damit erledigt war. Vgl. die Beratungen des Hauptausschusses in der 67. und 68. Sitzung am 11. und 12. Dezember 1919, 19 bis 22 und 19 bis 19.30 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 32 h, Beiheft 1, Bd. 4. Das Zentrum sprach sich für eine entsprechende Aufwandsentschädigung aus. Vgl. die Fraktionssitzungen vom 12. Dezember 1919, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 99 und 100, S. 162 und 163 f.

Abg. **Schnackenburg** ist dafür, daß ein anderer Name gewählt wird, damit darin zum Ausdruck kommt, daß es sich um Aufwendungen für die Dienstwohnungen und notwendige Unkosten handle. Es wird beschlossen, dafür zu stimmen, daß dem Präsidenten eine Aufwandsentschädigung von 18.000 [Mark gewährt werde].

Abg. **Jansen** berichtet über die interfraktionelle Besprechung, betr. die Grundlagen der neuen preußischen Verfassung⁴, und befürwortet dann die Einbringung eines Antrages der Mehrheit, in der die Staatsregierung ersucht wird, mit den anderen Regierungen in Verbindung zu treten, um eine schleunige Durchführung des Einheitsstaates zu erwirken.⁵

Es wird beschlossen, mit den anderen Mehrheitsparteien Verhandlungen zu führen und bis zur nächsten Sitzung ein gewisses Resultat zu erreichen zu versuchen. Es werden dazu delegiert die Abg. *Friedberg, Dominicus, Schnackenburg*. Weiter wird beschlossen, eine Kommission bestehend aus den Mitgliedern *Schümer, Jordan, Rade* und *Berndt* zu bilden, die eine Redaktion einer Herausgabe der Reden zur preußischen Kirchenpolitik übernehmen soll. Als Redner für die dritte Lesung des Etats werden bestimmt die Abg. *Dominicus, Preuß, Friedberg*.⁶

112.

13.12.1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 111r–112v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: zwei unbekannte Handschriften. Vorsitz: *Dominicus*.

Abg. **Riedel** berichtet über Verhandlungen im Ausschuß über einen Antrag, betr. Gehalt der Förster.¹

Es wird beschlossen, den Antrag *Dinslage* abzulehnen.

Abg. **Dominicus** berichtet über die Erledigung der in Aussicht genommenen Aufwandsentschädigung für den Präsidenten.^{2 3}

⁴ Vgl. auch die Sitzung der preußischen Zentrumsfraktion vom 12. Dezember 1919, in: ZENTRUMS-FRAKTION, Nr. 100, S. 163f., hier S. 163.

⁵ Vgl. Dok. Nr. 108.

⁶ Die Abg. *Dominicus* und Dr. *Friedberg* vertraten die Fraktion in der allgemeinen Debatte in der 99. Sitzung am 15. Dezember und in der 101. Sitzung am 17. Dezember 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 7, Sp. 8097–8109 und Sp. 8268–8287.

¹ In der 97. Sitzung am 13. Dezember 1919 wurde im Rahmen der zweiten Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 der Etat der Forstverwaltung, Kap. 2, Tit. 7 (Dienstaufwandsentschädigung der Forstbeamten), verhandelt. Der Antrag der Abg. *Dinslage* und Genossen (Z, DHann) zur zweiten Beratung des Haushalts der Forstverwaltung für 1919 (Dienstaufwandsentschädigung für die Revierförster und Förster), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1003, S. 1493, hatte gefordert, die Dienstaufwandsentschädigungen für Forstbeamte bereits 1919 aufzustocken. Der Haushaltsausschuß lehnte nach Einspruch des Finanzministers diesen Antrag ab. Dieser erklärte sich jedoch bereit, den Fonds für diese Bedürfnisse im nächsten Etatjahr zu erhöhen. Vgl. die Rede des Berichterstatters Abg. *Weißermel* (DNVP), ebd., Bd. 6, Sp. 7994f.; sowie den Antrag des Staatshaushaltsausschusses zum Haushalt der Forstverwaltung, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 996, S. 1471 zu 3f.

² Vgl. Dok. Nr. 111.

³ Ab hier neuer Protokollant.

Abg. **Cassel** berichtet über die Verhandlungen mit dem Finanzminister über den Antrag des Finanzministers, die Anträge zum Kultusetat in Resolutionen umzuarbeiten. Der Redner befürwortet, dem Finanzminister insofern gerecht zu werden, als erklärt werden könne, daß die Anträge ja im allgemeinen Resolutionen für den nächsten Etat seien.

Abg. **Dominicus** tritt dafür ein, daß dem Finanzministerium die Erhöhung des Schulgelds zugestanden werden soll.⁴

Abg. **Schümer** spricht sich scharf gegen diese Anregung aus.

Abg. **Cassel** befürwortet, die Bedenken des Abg. *Schümer* zurückzustellen.

Abg. **Schnackenburg** ist ebenfalls dafür, daß augenblicklich die grundsätzlichen Bedenken nicht in Frage kommen, es sei jedoch erforderlich, daß die Zahl der Freistellen erhöht wird.

Abg. **Schümer** hält es für ausgeschlossen, daß die demokratische Fraktion einer Erhöhung des Schulgeldes zustimmt.

Auch der Abg. **Jordan** spricht sich dahin aus, daß die Fraktion keinesfalls dem autokratischen Finanzminister das Zugeständnis der Erhöhung des Schulgeldes machen könne.

Abg. **Dominicus** befürwortet, daß die Fraktion nur dann der Erhöhung des Schulgeldes zustimmt, wenn die Sozialdemokratie den gleichen Beschluß faßt.

Die **Fraktion** stimmt dem zu.

Abg. **Schümer** bemängelt vor allem, daß die minderbemittelten Bevölkerungsklassen durch die Erhöhung des Schulgeldes besonders belastet werden.

Es wird beschlossen, der Erhöhung des Schulgeldes zuzustimmen, dabei aber nach dem Antrage *Schnackenburg* zu fordern, daß mehr Freistellen geschaffen werden.⁵

Abg. **Dominicus** gibt den Inhalt seiner Rede zur 3. Lesung [bekannt].⁶ Besprochen wird besonders die Frage der Reichs[...]⁷ und der Erwerbslosenbeschäftigung.

Es sprechen zu dieser Frage Abg. **Ruer**, **Cassel**, **Siemen**, Dr. **Frentzel**, die noch eine Anzahl Wünsche darlegen, die bei der Etatrede berücksichtigt werden sollen. (Steuer-gesetzgebung des Reichs, Zwangslage der Gemeinden etc.) Die preußische Landesversammlung sei von den wirklichen Gesetzgebungen [sic]. – Landwirtschaft müsse mehr noch als bisher in den Mittelpunkt der Aufbaubestrebungen gestellt werden (**Struve**).

Dr. **Gottschalk** bittet um Vorsicht in der Kritik, da wir doch in der Koalitionsregierung sitzen; dem widerspricht Dr. **Ruer**.

Dr. **Schnackenburg** weist auf die Arbeitslohnforderungen in Altona hin. Tausende von Leuten finden einfach keine Arbeit. Solange nicht genügend Kohlen vorhanden sind, Rohstoffe etc., bleibt die Notwendigkeit der Arbeitslohnforderungen.

Dr. **Friedberg** tritt *Ruer* entgegen. Das Ergebnis unserer Arbeit ist doch nicht so klein. Wir haben zuviel Kleinarbeit geleistet. Die Überwindung des Umsturzes ist an sich schon eine Leistung.

⁴ Vgl. Dok. Nr. 110.

⁵ Ab hier wieder erster Protokollant.

⁶ In seiner Rede in der 99. Sitzung am 15. Dezember 1919, SBpLV 1919/21, Bd. 7, Sp. 8097–8109, forderte der Abg. *Dominicus* die möglichst baldige Einführung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung. Ebd., Sp. 8105 f.

⁷ Wortteil unleserlich.

Antrag der Deutschen Volkspartei, sich gegen die Übernahme der Eisenbahnen zum 1. April 1921⁸ auf das Reich auszusprechen.⁹

Dominicus spricht sich dagegen aus.

Riedel spricht sich dafür aus.

Jansen macht Mitteilungen aus dem Ältestenausschuß. Ein Beamtenausschuß (27 Mitglieder) über Verhältnisse aus den besetzten Gebieten soll eingerichtet werden. Der Antrag (Besoldungsreform) soll am 20. oder 21. Januar auf die Tagesordnung kommen.¹⁰

Dr. **Schnackenburg** macht Mitteilungen über Reichseinheit. Zentrum will noch schärfere Bestimmungen als der Antrag der Demokraten es vorsieht.

Dominicus wünscht Übereinstimmung mit Zentrum und Sozialdemokratie.¹¹

Am Montag: Bestimmung der Reden für die Einzelsetats.

In den Beamtenausschuß werden gewählt *Ruszezynski, Wittrock, Ommert, Kochmann; Ommert* nur, wenn *Schmiljan* nicht kann, sonst *Schmiljan*. Wenn wir 5 Mitglieder entsenden, dann auch *Winkler*.

Zur allgemeinen Debatte sollen sprechen *Dominicus* und *Friedberg*, zum Ministerium des Innern Dr. *Preuß*.¹²

⁸ Im Original fälschlicherweise »1920«.

⁹ Antrag der Abg. Dr. v. *Krause* (Ostpreußen) und Genossen (DVP) zur dritten Beratung des Haushalts der Eisenbahnverwaltung für 1919 (preußische Staatsbahnen und Wasserstraßen), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1388, S. 2006. Der preußische Minister für öffentliche Arbeiten sprach sich demgegenüber dafür aus, schon vor dem 1. April 1921 die Überführung der Eisenbahnen auf das Reich durchzuführen und in Verhandlung mit dem Reich über die Frage des Kaufpreises und der Personalverhältnisse zu treten. Ebd., Bd. 7, Sp. 8335–8343, hier Sp. 8335 f. Auch der Abg. *Riedel* (Charlottenburg) plädierte für eine vorzeitige Überführung der Eisenbahnen auf das Reich. »Wenn wir bis zum 1. April 1921 warten, werden die Einzelstaaten inzwischen an dem Neuaufbau des Eisenbahn- und Verkehrswesens ein sonderliches Interesse nicht mehr haben; es werden dann auch die technischen Verbesserungen in den Kinderschuhen stecken bleiben, und wir werden mit dem Wiederaufbau erheblich zurückbleiben.« Ebd., Bd. 7, Sp. 8357, insgesamt Sp. 8352–8358. Der Antrag der DVP (Nr. 1388) wurde abgelehnt, ebd., Sp. 8364.

¹⁰ Der Ältestenrat beschloß in seiner Sitzung vom 13. Dezember 1919, 11.08 bis 11.50 Uhr, die Anträge über die Beamtenbesoldungsfrage, insbesondere den Antrag Nr. 1440, am zweiten Tag nach den Weihnachtsferien, d.h. dem 22. Januar 1920, zu behandeln. Gleichzeitig wurde der Beschluß gefaßt, den von den Abgeordneten *Rosebrock* und Genossen (SPD) beantragten Ausschuß von 27 Mitgliedern zur Beratung der Verhältnisse der Beamten in den abzutretenden Gebieten einzusetzen. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2. Bei dem Antrag Nr. 1440 handelte es sich um den Dringenden Antrag der Abg. *Hergt*, Dr. v. *Krause* und Genossen (DNVP, DVP) auf Einsetzung eines Ausschusses zur Bearbeitung der Beamtenbesoldungsfrage, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1440, S. 2118, der in der 103. Sitzung am 22. Januar 1920 angenommen wurde. Zum Antrag *Rosebrock* vgl. auch Dok. Nr. 102.

¹¹ Am 13. Dezember 1919 brachten die Regierungsparteien den Antrag der Abg. Dr. *Friedberg*, *Gräf* (Frankfurt), Dr. Dr. *Porsch* und Genossen (DDP, SPD, Z) zur dritten Beratung der Haushaltspläne für 1919 (Grundlagen für den deutschen Einheitsstaat), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1467, S. 2147, ein. Vgl. auch Dok. Nr. 108.

¹² Die Rede des Abg. *Dominicus* in der 99. Sitzung am 15. Dezember 1919, SBpLV 1919/21, Bd. 7, Sp. 8097–8109; die Rede des Abg. Dr. *Friedberg* in der 101. Sitzung am 17. Dezember 1919, ebd., Sp. 8268–8287; *Preuß* meldete sich nicht zu Wort.

113.

15. 12. 1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 112v–r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben.

Als Fraktionsredner für die dritte Lesung des Etats werden in Aussicht genommen:

1. Verwaltung der Steuern und Zölle – *Goll*,
2. Berg- und Hüttenverwaltung – *Kuble*,
3. Eisenbahnverwaltung – *Riedel*,
4. Preußische Regierung – *Dr. Ruer*,
5. Handels- und Gewerbeverwaltung – *Düker*,
6. Justizverwaltung – *Kochmann*,
7. Ministerium des Innern – *Dr. Preuß*,
8. Landwirtschaftliche Verwaltung – *Grabowski*,
9. Unterrichtsministerium – *Cassel*,
10. Volkswohlfahrt – *Dr. Schloßmann*.¹

Auf Antrag *Höfler* wird beschlossen, in dem Antrag [Nr.] 986 die Worte zu streichen »Eisenbahnassistenten« und hinzuzufügen »Triebwagenführer«, »Magazinaufseher«.²

Höfler bringt einen Antrag ein, die Assistenten aller Verwaltungszweige den Sekretären gleichzustellen. Der Antrag wird dem Beamtenausschuß überwiesen.³

Cassel spricht über Beamtenbesoldung der Berliner Verwaltung.

Düker verliest eine Dringende Anfrage (Rohmaterial etc.).

Die Fraktion stimmt der »Kleinen Dringenden Anfrage« zu.⁴

¹ In der dritten Lesung der Einzeletats ergriffen in der 101. Sitzung am 17. Dezember 1919 für die DDP nur die Abg. *Riedel* zum Etat der Eisenbahnverwaltung, und der Abg. *Dr. Friedberg* zum Etat der Preußischen Regierung das Wort. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 7, Sp. 8352–8358 und Sp. 8369–8372.

² Der Antrag der Abg. *Andres* und Genossen (Z) zur zweiten Beratung des Haushalts der Eisenbahnverwaltung für 1919 über die Rang- und Gehaltsklasse der Eisenbahnunterassistenten, Bahnhofsaufseher, Reservelokomotivführer, Werkführer usw., ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 986, S. 1432, wurde in der 64. Sitzung am 14. Oktober 1919 dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen und in der 70. Sitzung des Ausschusses am 29. Januar 1920 zurückgezogen. Vgl. den mündlichen Bericht des Staatshaushaltsausschusses, in: ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 1872, S. 2805.

³ Nicht nachgewiesen.

⁴ Dringende Kleine Anfrage der Abg. *Düker* und Genossen (DDP) über die Verschiebung von Rohstoffen ins Ausland, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1481, S. 2171.

114.

16. 12. 1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 112r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff.
Vorsitz: Schmiljan.

Tagesordnung: Plenum – Verschiedenes.

115.

17. 12. 1919: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 112r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff.
Vorsitz: Dominicus.

Abg. **Schnackenburg** berichtet über die Besprechung von Vertretern der Mehrheitsparteien über die Resolution, betr. preußische Verfassung.¹ Auf Seiten der Sozialdemokraten und des Zentrums ist kein Bedürfnis für Streichung der Worte »vor Einbringung der Verfassung«. Verweisung an Kommission wurde für untunlich erklärt.

Fraktion hält unter diesen Umständen an der vorliegenden Fassung fest, wird der Überweisung an den Ausschuß widersprechen. Falls das Haus eine entsprechende Besetzung aufweist, wird Fraktion für namentliche Abstimmung stimmen. Die Mehrheit der Fraktion stimmt für Zustimmung zu dem Antrag [Nr.] 1486 Züchtigungsrecht.² – Fraktion beauftragt die Abg. *Schmiljan*, *Schloßmann*, *Dönhoff* nochmals mit dem Minister *Stegerwald* Rücksprache zu nehmen wegen Schaffung der Stellung eines vortragenden Rates im Wohlfahrtsministerium und Besetzung durch eine Frau.³ Die Anfrage *Wiglow*, betr. gefallene Pferde, wird genehmigt.⁴

¹ Gemeint ist der Antrag der Abg. Dr. *Friedberg*, *Gräf* (Frankfurt), Dr. Dr. *Porsch* und Genossen (DDP, SPD, Z) zur dritten Beratung der Haushaltspläne für 1919 (Grundlagen für den deutschen Einheitsstaat), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1467, S. 2147, vom 13. Dezember 1919. Vgl. auch Dok. Nr. 108, 111 und 112. Zum Antrag der Mehrheitsparteien vgl. auch die Sitzung der preußischen Zentrumsfraktion vom 16. Dezember 1919, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 103, S. 167 f., hier S. 168.

² Antrag der Abg. *König* (Frankfurt) und Genossen (SPD) zur dritten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für 1919 (Züchtigungsrechts), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1486, S. 2174. Nach dem Antrag sollte das Züchtigungsrecht der Lehrer und Lehrerinnen für alle Schulen durch Verordnung nur in besonderen Ausnahmefällen zugelassen und gleichzeitig auf die völlige Beseitigung dieses Rechts hingewirkt werden.

³ Vgl. auch Dok. Nr. 74 und 92.

⁴ Kleine Anfrage der Abg. *Wiglow* und Genossen (DDP) über die Abdeckereivorrechte, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1568, S. 2240 f.

116.

20.1.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 113v–114r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff und unbekannte Handschrift. Vorsitz: Dominicus.

Dr. **Friedberg** eröffnet die 1. Sitzung nach der Pause und begrüßt den neu eingetretenen Abg. *Hagemeister-Suhl*.¹

Bericht zum Gesetzentwurf über Fischereihafen Geestemünde übernimmt Abg. *Berghaus*², über Teuerungszulagen der Beamten Abg. *Barteld*³, über Eisenbahnarbeiterwohnungen Abg. *Hoffmann*.⁴

Abg. **Friedberg** berichtet über eine Besprechung des Ministers *Heine* mit Vertretern der Mehrheitsparteien über Forderung der Vorarbeiten für die preußische Verfassung.⁵ Der Regierungsentwurf sieht eine rein mechanische Lösung der Aufgabe, ein retardierendes Moment zu schaffen, vor. Rät an, diesen Weg, der den Wünschen der Mehrheitssozialdemokraten entspricht, nicht mitzugehen; Schaffung einer Ersten Kammer oder eines Staatsrates ins Auge zu fassen.

Abg. Unterstaatssekretär **Meyer** äußert seine Bedenken gegen einen Staatsrat, in welchem, bei je 1 Vertreter jeder Provinz, wahrscheinlich weder unsere Partei noch eine uns genehme Weltanschauung vertreten sein würde.

Abg. **Preuß** glaubt, daß diesem Bedenken, durch andere Zusammensetzung zu begegnen ist. Hält im Interesse des Einheitsstaates den Provinzialstaatsrat für notwendig. Voraussetzung ist allerdings Autonomie der Provinzen. Wünscht Beschleunigung der Neuordnung der Provinzialverfassung.⁶

Abg. **Jansen** sieht in Provinzialstaatsrat ein Mittel, die Abtrennungsbestrebungen der Provinzen aufzuhalten, wünscht ihn im Gegensatz zur Sozialdemokratie durchzusetzen.

¹ Dr. Paul *Hagemeister* rückte für Prof. Emil *Abderhalden* nach. *Abderhalden* hatte am 9. Dezember 1919 sein Mandat niedergelegt. Vgl. Dok. Nr. 104 und 107.

² In der 103. Sitzung am 22. Januar 1920 wurde der Gesetzentwurf, betr. die Erweiterung und Einschleusung des Fischereihafens zu Geestemünde, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1592, S. 2278–2291, in erster Lesung beraten und an einen Ausschuß überwiesen.

³ In der 103. Sitzung am 22. Januar 1920 wurden der Antrag des Finanzministers auf Zustimmung zur Zahlung erhöhter Teuerungszulagen an die Staatsbeamten und die Lohnangestellten höherer Ordnung, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1628, S. 2343, und der Antrag der Abg. *Gräf* (Frankfurt), Dr. Dr. *Porsch*, Dr. *Friedberg* und Genossen (SPD, Z, DDP) über die Neuregelung des Beamtenbesoldungswesens und die Erhöhung der Teuerungszulagen, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1422, S. 2028, in Verbindung mit anderen, ähnlich gelagerten Anträgen verhandelt. Die Rede des Abg. *Barteld* (Hannover) (DDP), in: ebd., Bd. 7, Sp. 8518–8530.

⁴ In der 103. Sitzung am 22. Januar 1920 wurde der Gesetzentwurf, betreffend die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1611, S. 2298f., in erster und zweiter Lesung beraten. Eine Diskussion fand nicht statt.

⁵ Vgl. das Schreiben des preußischen Innenministers *Heine* an den Präsidenten des Staatsministeriums und den abgeänderten Verfassungsentwurf vom 10. Januar 1920, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 77, Tit. 496 a Nr. 188 Bd. 1, Bl. 162–164 und die zwei Entwurfsfassungen, Bl. 165–178.

⁶ Der Gesetzentwurf über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 604, S. 951–953, Nr. 991, S. 1446–1465 (Ausschlußbericht), Nr. 1170, S. 1590f. (Zusammenstellung des Gesetzentwurfs mit den Beschlüssen in der zweiten Beratung), wurde in dieser Legislaturperiode nicht mehr erledigt.

Abg. **Cassel** hält die Vorteile eines Staatsrates für schwerwiegender als die entgegenstehenden Bedenken, will ihm aber kein unbedingtes Vetorecht einräumen. Glaubt, daß Staatsverfassung vor der Provinzialverfassung zu regeln sein wird.

Abg. **Berndt** will, Verständigung mit Sozialdemokraten unter allen Umständen anstreben, da solch wichtiges Gesetz wie die Staatsverfassung von den Koalitionsparteien gemeinsam gemacht werden kann, wenn Koalition sich haltbar erweisen soll. Spricht für Staatsrat von 3 Personen. Durchaus gegen Vetorecht. Sieht in Vertretung der Provinzen eher ein Einheit störendes als den Zusammenhalt förderndes Moment.

Abg. **Schreiber** hält, wenn retardierendes Moment unvermeidlich ist, den Staatsrat für erträgliche Form. Wert der Vertretung der Partei in demselben hängt von seinen Funktionen ab; Besetzung durch kleinen Personenkreis erwünscht.

Abg. **Ruer** bemängelt, daß Regierungsentwurf der Verfassung noch nicht vorliegt. Will Frage der Kompetenzverteilung zwischen Staat und Provinz nicht verkoppelt sehen mit der des retardierenden Momentes.⁷

Abg. **Meyer** wendet sich gegen den Vorwurf der gegen die Regierung erhoben worden sei, daß sie die Vorberatungen der Verfassung verzögert habe.

Abg. **Preuß** macht darauf aufmerksam, daß die Schwierigkeit der ganzen Frage in dem augenblicklichen Zustand der Provinziallandtage liege.

Abg. **Jansen** befürwortet die Einbringung eines Antrages, in dem die Regierung gebeten wird, die Beamten im Rheinland anzuweisen, alles zu tun, um das Inkrafttreten der Verordnungen zu verhindern und den Provinziallandtag so schnell wie möglich einzuberufen, damit er Stellung nehme zu den Ordonnanzen.⁸

Abg. **Schloßmann** befürwortet den Antrag ebenfalls.

Abg. **Gottschalk** ist dafür, daß der Antrag von allen Parteien gemeinsam eingebracht wird.

Abg. **Goll** führt aus, daß der Abfall der Rheinlande wohl kaum noch abgewendet werden könne. Es müsse etwas geschehen und deshalb sei der Antrag *Jansen* vielleicht ein zu befürwortender Ausweg.⁹

Die Stellungnahme der Fraktion zur Verfassungsfrage hatte der **Vorsitzende** vor der Besprechung des Rheinlandantrages dahin gekennzeichnet: Die Fraktion lehnt den Vorschlag des Ministers *Heine* und der sozialdemokratischen Fraktion auf Schaffung von automatischen Bindungen, wie sie z.B. in der Vorschrift qualifizierter Mehrheiten zu erblicken seien, ab. Dagegen schlägt die Fraktion vor, die Einrichtung eines Staatsrates nach dem Muster des Reichsrates für das Reich. Dieser Staatsrat soll keine zu große Zahl von Mitgliedern umfassen und eine Berücksichtigung der provinziellen Interessen garantieren. Über die Kompetenzen, die dem Staatsrat zugesprochen werden sollen, wird später Beschluß gefaßt werden.

⁷ Ab hier neuer Protokollant.

⁸ Als Ordonnanzen wurden die die Ausführung des Rheinlandabkommens betreffenden Bekanntmachungen der »Interalliierten Hohen Kommission für die Rheinlande«, die seit dem Inkrafttreten des Friedensvertrags am 10. Januar 1920 die oberste Gewalt im besetzten Rheinland ausübte, bezeichnet.

⁹ Ein entsprechender Antrag ist nicht nachgewiesen. Die interalliierte Rheinlandkommission hatte die deutschen Behördenvertreter nach Koblenz eingeladen. Die Reichsregierung hatte allerdings den Behörden untersagt, dieser Einladung Folge zu leisten. Zur Arbeit der Hohen Kommission vgl. SCHULTHESS 1920/I, S. 4; zum Rheinlandabkommen: SCHULTHESS 1919/II, S. 579–582.

Als Redner für die Vorlage, betr. die Bewilligung von besonderen Mitteln für die durch die Hochwasserschäden Geschädigten, wird der Abg. *Gottschalk* durch das Los bestimmt.¹⁰ Die **Fraktion** beschließt den Antrag *Jansen* zum Gegenstand interfraktioneller Besprechungen zu machen.^{11 12}

Im Seniorenkonvent soll im Fall, daß nicht genügend Stoff für die Plenarsitzungen vorliegt, auf eine längere Sitzungspause von 8–14 Tagen hingewirkt werden.¹³

Abg. **Berndt** hält es für mißlich über die Verfassung zu debattieren und die Fraktion auf einzelne Forderungen festzulegen, bevor der vorläufige Entwurf im Zusammenhang bekannt ist. Verlangt, daß der Entwurf den Mehrheitsparteien vertraulich bekannt gemacht wird.

Abg. **Friedberg** hält dieses Verlangen für zu weitgehend; der Regierungsentwurf ist fertig bis auf bestimmte Fragen, über welche die Regierung Direktiven der Parteien erwartet. Die Vorlage wird rechtzeitig vorgelegt werden.

Abg. **Kopsch** stellt die Frage, ob die Fraktion der Meinung des Abg. *Berndt* ist, daß die Verfassung nicht gegen die Sozialdemokraten zustande kommen kann. Das werde bedingen, daß unsere Vertreter mit gebundener Marschroute zu den Verhandlungen gehen.

Abg. **Berndt** stellt seine Meinung dahin fest, daß Verständigung mit den Mehrheitsparteien angestrebt werden muß.

Abg. **Schreiber** befürwortet, die Funktionen des Staatsrats nicht im Einzelnen festzulegen, sich nur über die Grundfragen zu einigen und dementsprechend die Zusammensetzung zu gestalten.

Abg. **Schnackenburg** erinnert daran, daß die Abstimmung am Vormittag nicht Ausdruck einer einheitlichen Fraktionsauffassung gewesen ist, sondern daß die Abstimmenden in der Frage der Kompetenzen und der Zusammensetzung abweichen.

Abg. **Friedberg** resümiert, daß Fraktion in der Schaffung eines Staatsrates den einzigen in Rücksicht auf die anderen Fraktionen möglichen Weg zur Erlangung des erwünschten retardierenden Momentes sieht. Seine Kompetenzen müssen möglichst herabgedrückt werden.

Abg. **Cassel** spricht sich gegen ein Vetorecht, auch gegen ein allgemein aufschiebendes aus.

Abg. **Schnackenburg** spricht sich in Rücksicht auf Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie dafür aus, die Unterhändler der Fraktion nicht zu binden bezüglich der Funktionen des geplanten Staatsrates.

Abg. **Dominicus** umschreibt die uns vorschwebenden Richtlinien dahin: Mitbestimmung in formalen Angelegenheiten, Veto in Finanzfragen.

¹⁰ In der 102. Sitzung am 21. Januar 1920 erfolgte die einmalige Beratung des Antrags der Staatsregierung auf Ermächtigung zur Gewährung von Beihilfen für die durch Hochwasser Geschädigten im Westen des Staates, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1626, S. 2341, in Verbindung mit der Förmlichen Anfrage der Abg. Dr. Dr. *Porsch* und Genossen (Z) über das Hochwasser in der Rheinprovinz, ebd., Nr. 1607, S. 2296. Die Fraktion vertrat der Abg. Dr. *Jordan*, ebd., Bd. 7, Sp. 8430–8433.

¹¹ Gemeint ist der oben besprochene Antrag des Abg. *Jansen* zur Situation im Rheinland.

¹² Ab hier Handschrift *Dönhoff*.

¹³ In der Sitzung des Ältestenrats am 21. Januar 1920, 13.35 bis 14.23 Uhr, fand die Anregung der DDP, sofort in eine Sitzungspause einzutreten, keine Zustimmung. Vielmehr wurde beschlossen, bis zum Eingang der Verfassungsvorlage weiter zu tagen. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTAPK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

Abg. **Schreiber** regt an, die wichtigen schwebenden Parteifragen zu besprechen, um ein Aktionsprogramm für die nächsten Wochen zu gewinnen: Präsidentenwahl¹⁴, Auslieferungsfrage¹⁵.

Abg. **Goll** wünscht nähere Fühlung mit der Fraktion der Nationalversammlung über Wirtschaftsfragen und eine stetigere Richtung. Entpolitisierung der Wirtschaft.

Abg. **Schreiber** vermißt eine Parteileitung, die rechtzeitig zu den auftauchenden Fragen Stellung nimmt und einheitliches Vorgehen in der Partei durchsetzt.

Abg. **Friedberg**: Unzufriedenheit der Partei mit den Fraktionen ist die Regel, weil diese das Programm nicht durchsetzen können im Widerspruch mit den Koalitionsparteien.

Nach längerer Aussprache, an der sich die Abg. *Kopsch, Schümer, Gottschalk, Cassel* beteiligten, schlägt der Vorsitzende **Dominicus** vor, um ein Resultat aus den Anregungen zu gewinnen, den Vorstand zu beauftragen, eine Stellungnahme zu den vorliegenden Fragen herauszuarbeiten.

Abg. **Berghaus** wünscht, daß die Fraktionsmitglieder ihre Wahrnehmungen und Ideen dem Vorstand kurz gefaßt mitteilen, zur Berücksichtigung bei dieser Formulierung, Abg. **Berndt**, daß dieselbe mit Heranziehung einiger Mitglieder der Reichstagsfraktion besprochen wird.

¹⁴ Friedrich *Ebert* war am 11. Februar 1919 von der Weimarer Nationalversammlung zum vorläufigen Reichspräsidenten gewählt worden und sollte nach dem Inkrafttreten der Reichsverfassung gemäß der Übergangsvorschrift des Art. 180 Abs. 2 bis zur Durchführung der ersten Volkswahl des Reichspräsidenten im Amt bleiben. Die Ausarbeitung eines entsprechenden Wahlgesetzes verzögerte sich jedoch. Die gesetzliche Grundlage für die Wahl des Reichspräsidenten lag erst im Mai 1920 vor. Die Festsetzung eines Wahltermins überließ das Gesetz jedoch dem am 6. Juni 1920 gewählten Reichstag. Da die im Reichstag vertretenen Parteien sich auf keinen Termin einigen konnten, wurde schließlich im Oktober 1922 die Amtszeit des Reichspräsidenten *Ebert* durch eine verfassungsrechtliche Änderung des Art. 180 WRV bis zum 30. Juni 1925 verlängert. Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 6, S. 311f.

¹⁵ Nach Inkrafttreten des Friedensvertrags forderten die Alliierten mit Verweis auf die Art. 227–230 des Versailler Vertrags die Auslieferung der der Kriegsverbrechen beschuldigten deutschen Militär- und Zivilpersonen. Die deutsche Reichsregierung lehnte jedoch die Auslieferung deutscher Staatsangehöriger an das Ausland ab. Gleichzeitig bekundete sie mit dem im Reichstag am 13. Dezember 1919 verabschiedeten Gesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen die Bereitschaft zur Strafverfolgung durch deutsche Gerichte. Die Alliierten beharrten indes auf ihrem Auslieferungsanspruch. Am 15. Januar 1920 forderten sie die niederländische Regierung zur Auslieferung des deutschen Kaisers auf, was diese allerdings mit Verweis auf das durch internationales und nationales Recht gewährleistete Asylrecht ablehnte. Am 3. Februar wurde schließlich der deutschen Reichsregierung eine Auslieferungsliste zugestellt, die 895 Personen, unter ihnen zahlreiche deutsche Fürsten, Militärs und Staatsmänner wie den früheren Reichskanzler v. *Bethmann-Hollweg*, umfaßte. Vgl. SCHULTHESS 1920/I, S. 19–21. Angesichts der festen Haltung der Regierung unter Reichskanzler *Bauer* nahmen die Alliierten am 13. Februar 1920 Kenntnis von der deutschen Zusage, die strafgerichtliche Verfolgung von Kriegsverbrechern vor dem Reichsgericht einzuleiten, behielten sich jedoch vor, auf ihren Auslieferungsanspruch zurückzukommen. Durch ein Ergänzungsgesetz zum Gesetz vom Dezember 1919, das die Strafverfolgung auch auf bereits rechtskräftig verurteilte und durch eine reichsgesetzliche Amnestie von der Strafverfolgung freigestellte Straftaten ausdehnte, schuf die Regierung die Voraussetzungen für eine uneingeschränkte Strafverfolgung. Daraufhin fanden von Mai bis Juli 1921 neun Verfahren mit insgesamt zwölf Angeklagten statt. Sechs der Angeklagten wurden freigesprochen, sechs verurteilt. Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 7, S. 22–27; Harald WIGGENHORN, Verliererjustiz: die Leipziger Kriegsverbrecherprozesse nach dem Ersten Weltkrieg, Baden-Baden 2005; Gerd HANKEL, Die Leipziger Prozesse: deutsche Kriegsverbrechen und ihre strafrechtliche Verfolgung nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2003.

117.

21.1.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 115v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift und Schümer. Vorsitz: Dominicus.

Entschuldigt sind die Abg. *Kochmann* und *Rade* für die nächste Zeit.

Es ist ein Brief des Abg. *Aronsohn-Thorn* eingetroffen, in dem mitgeteilt wird, daß er vorläufig sein Mandat nicht ausüben werde, bis daß die Frage geklärt sei, ob dieses Mandat noch gültig sei.

Der **Vorsitzende** gibt bekannt, daß der Seniorenkonvent die Ansicht vertrete, daß die Abgeordneten aus Westpreußen und den anderen abzutretenden Gebieten vorläufig noch Angehörige der Landesversammlung bleiben.^{1 2}

Es wird beschlossen, zu versuchen, diese [...]³ den anderen Parteien statt der [...]⁴ »Hoffnung auf bessere Zeiten« durch einen politischen Ausspruch zu ersetzen.⁵ Auf Anregung des Abg. *Böer* wird beschlossen, die Staatsregierung zu ersuchen, die Unterstützungen für die Hochwasserschäden nicht auf die Rheinlande zu beschränken, sondern auch auf die anderen Flußgebiete auszudehnen.⁶

Die **Fraktion** beschließt, gegen den Antrag *Kanitz* auf Aufhebung der Zwangswirtschaft in Ost- und Westpreußen zu stimmen.⁷

Abg. **Berghaus** befürwortet eine Regelung der Belieferung mit landwirtschaftlichen Produkten, in dem Maße, daß den Landwirten je nach ihrem Landbesitz eine Lieferpflicht auferlegt wird und zwar in den Produkten, die sie hauptsächlich bauen, daß aber im übrigen freie Wirtschaft herrscht.

Abg. **Sommer** befürwortet die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch.

Abg. **Schreiber** hält einen unterrichtenden Vortrag über die Notwendigkeit einer planvollen Wirtschaft; es müsse ein großes Wirtschaftsprogramm aufgebaut werden, in dem alle die Einzelfragen des Ernährungswesens berücksichtigt werden.

Abg. **Schnackenburg** hält es ebenfalls für erforderlich, daß ein solches Wirtschaftsprogramm von der Regierung vorgelegt werde. Er sowohl wie Abg. **Berghaus** treten dafür ein, daß die vorliegenden Anträge abgelehnt werden, daß dagegen die Forderung nach einem umfassenden Wirtschaftsprogramm aufgestellt wird.

¹ Diese Frage war am 20. Januar 1920 im Ältestenrat zwar angesprochen, aber vertagt worden. In seiner Sitzung vom 26. Januar 1920, 11.16 bis 13.00 Uhr, stellte der Seniorenkonvent schließlich fest, daß der Wahlauftrag von Abgeordneten, die in den Abtretungsgebieten gewählt wurden, unberührt bleibe, wenn der Abgeordnete seinen Wohnsitz auf nicht abgetretenem preußischen Gebiet habe und beibehalte. Vgl. die Sitzungsprotokolle vom 20. und 26. Januar 1920, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

² Ab hier Handschrift *Schümer*.

³ Wort unleserlich.

⁴ Wort unleserlich.

⁵ Ab hier unbekannte Handschrift.

⁶ Vgl. die Rede des Abg. Dr. *Jordan* in 102. Sitzung am 21. Januar 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 7, Sp. 8430–8433. Vgl. auch Dok. Nr. 116.

⁷ Antrag der Abg. Graf v. *Kanitz* und Genossen (DNVP) über die Aufhebung der Zwangswirtschaft in West- und Ostpreußen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1035, S. 1506, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1420, S. 2021–2023 (Ausschußantrag). Der Antrag wurde in der 103. bis 106. Sitzung am 22. bis 28. Januar 1920 beraten und schließlich zurückgezogen.

Abg. **Friedberg** warnt vor der Forderung nach Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Es wird beschlossen, dem Antrag *Herold* auf Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte zuzustimmen, den Antrag *Kessel* auf Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker ebenfalls anzunehmen.⁸

Abg. **Dominicus** faßt die Debatte dahin zusammen, daß die Fraktion die Aufstellung eines großzügigen Wirtschaftsprogramms fordert und dann mitteilt, daß sie für Aufhebung der Zwangswirtschaft in Zucker, Fleisch und Kartoffeln eintreten wird.

Als Redner wird Abg. Dr. *Schreiber* bestimmt.⁹ Für die Vorbesprechung der Beamtenbesoldung¹⁰ werden als Vertreter der Fraktion die Abg. *Höfler*, *Kimpel* und *Frentzel* bestimmt.

118.

22. 1. 1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 115r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: **Dominicus**.

Abg. **Schümer** befürwortet die Einbringung zweier Anfragen, von denen die eine sich mit der Verleihung des Titels Studienrat beschäftigt¹, die andere Bezug nimmt auf die Verhinderung der Vorlesungen des Prof. *Nicolai*.²

Der ersten Anfrage stimmt die **Fraktion** zu, die zweite Anfrage wird abgelehnt.

Abg. **Ruszezynski** berichtet über den Gesetzentwurf, betr. Unterbringung der mittelbaren Staatsbeamten aus den an fremden Staaten abzutretenden Gebieten.³

Abg. **Dominicus** befürwortet einen Zusatz, nach dem die Pflicht zur Unterstützung der Gemeindebeamten und Lehrer aus Elsaß-Lothringen [festgeschrieben werden sollte].

Es wird beschlossen, die Vorlage nicht ohne Debatte zu verabschieden.

⁸ In Verbindung mit dem Antrag *Kanitz* (Nr. 1035) wurden in der 103. und 104. Sitzung am 2. und 23. Januar 1920 beraten: der Antrag der Abg. *Herold* und Genossen (Z) über die Erzeugerpreise für Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben und die Beschaffung von Saatkartoffeln, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1231, S. 1625, sowie der Dringende Antrag der Abg. v. *Kessel* und Genossen (DNVP) auf Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker, ebd., Nr. 1150, S. 1583.

⁹ Die Rede des Abg. Dr. *Schreiber* in der 104. Sitzung am 23. Januar 1920, in: ebd., Bd. 7, Sp. 8630–8643.

¹⁰ In der 103. Sitzung am 22. Januar 1920 stand die Beratung des Antrags der DNVP auf Einsetzung eines Ausschusses zur Bearbeitung der Beamtenbesoldungsfrage, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1440, S. 2118, in Verbindung mit anderen, die Beamtenbesoldung betreffenden Anträgen auf der Tagesordnung. Für die Fraktion sprach der Abg. *Barteld* (Hannover), ebd., Bd. 7, Sp. 8518–8530. Ein besonderer Ausschuß von 27 Mitgliedern wurde daraufhin eingesetzt.

¹ Kleine Anfrage der Abg. *Schümer* und Genossen (DDP) über Titelverleihungen an Oberlehrer, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1639, S. 2347.

² Georg *Nicolai* (bis 1897 Georg *Lewinstein*) (1874–1964), ao. Professor für Physiologie an der Universität Berlin, namhafter deutscher Pazifist, Verfasser des Anti-Kriegsbuchs »Die Biologie des Krieges«, März 1920 Entzug der *venia legendi* durch den Senat der Universität.

³ Gesetzentwurf, betr. die Unterbringung der mittelbaren Staatsbeamten und Lehrpersonen aus den an fremde Staaten abzutretenden oder von ihnen besetzten preußischen Gebietsteilen (Unterbringungsgesetz), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1614, S. 2330–2336.

Gegen den Gesetzentwurf, betr. Erweiterung des Fischereihafens Geestemünde, erhebt Abg. **Berghaus** erhebliche Bedenken.⁴ Er befürwortet die Verweisung der Vorlage an einen besonderen Ausschuß.

Abg. Dr. **Berndt** berichtet über die Vorlage, betr. die Niederschlagung von Untersuchungen.⁵

Abg. *Berndt* wird als Redner für diese Vorlage bestimmt.

Abg. **Nebelung** befürwortet die Einbringung eines Dringenden Antrags, nach dem die Wahlen zu den Elternbeiräten bis nach Beginn des neuen Schuljahres verschoben werden sollen.⁶

Die **Fraktion** ist mit der Einbringung der Anfrage einverstanden.

Abg. **Schloßmann** stellt den Antrag, daß die Fraktion den Minister *Fischbeck* ersucht, sich mit dem Minister *Heine* in Verbindung zu setzen, um ihn zu ersuchen, mit dem Unterstaatssekretär *Meyer* und dem Abg. *Schloßmann* in der Frage der Besetzung des Düsseldorfer Regierungspräsidentenpostens⁷ Rücksprache zu nehmen.

Es wird dann noch beschlossen, zu den Anträgen *Kessel*⁸ und *Kanitz* noch einen zweiten Redner zu stellen und zwar den Abg. *Siemen*.⁹ Es wird dann noch beschlossen, am Dienstag abend die Vorlage Groß-Berlin noch einmal zu besprechen.¹⁰

Abg. **Friedberg** befürwortet die Einbringung einer formlosen Anfrage über den bevorstehenden Gastwirstreik.¹¹

Die **Fraktion** ist damit einverstanden. Zu der Vorlage, betr. Stichkanal nach Peine, wird Abg. *Barteld* bestimmt.¹²

⁴ Der Gesetzentwurf, betr. die Erweiterung und Einschleusung des Fischereihafens zu Geestemünde, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1592, S. 2278–2291, wurde in der 103. Sitzung am 22. Januar 1920 in erster Lesung beraten und einem besonderen Ausschuß überwiesen.

⁵ In der 103. Sitzung am 22. Januar 1920 standen die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Niederschlagung von Untersuchungen an, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1499, S. 2186 f. Die Rede von Dr. *Berndt* (Stettin), in: ebd., Bd. 7, Sp. 8484, 8490 f.

⁶ Diese Initiative mündete in den Antrag der Abg. Dr. *Friedberg*, Dr. Dr. *Porsch*, *Hergt*, Dr. v. *Krause* (Ostpreußen) und Genossen (DDP, Z, DNVP, DVP) zu den Anträgen *Nebelung* und Genossen (DDP) und *Linz* (Barmen) und Genossen (DNVP) über die Elternbeiräte (Nr. 1702, 1708), ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 1861, S. 2799, der die Regierung aufforderte, die Wahlen zu den Elternbeiräten vorläufig auszusetzen und die Erlasse über Elternbeiräte dem verstärkten Unterrichtsausschuß zur Prüfung zu unterbreiten.

⁷ Hugo *Landé* (SPD) wurde 1919 zum kommissarischen Regierungspräsidenten von Düsseldorf ernannt und 1920 durch Walter *Grützner* (SPD) ersetzt.

⁸ Kurt von *Kessel* (1862–1921), Rittergutsbesitzer, 1898–1918 MdpAH (Deutschkonservative Partei), 1919–1921 MdpLV (DNVP).

⁹ Zu den Anträgen *Kessel* und *Kanitz* vgl. Dok. Nr. 117, Anm. 7 und 8. Die Reden der Abg. *Schreiber* in der 104. Sitzung am 23. Januar 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 7, Sp. 8630–8643, und *Siemen* in der 105. Sitzung am 27. Januar 1920, in: ebd., Sp. 8736–8751.

¹⁰ Gesetzentwurf über die Bildung einer Stadt Groß-Berlin, in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1286, S. 1691–1770.

¹¹ Förmliche Anfrage der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über die Schließung der Gastwirtschaften, in: ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1636, S. 2346.

¹² Gemeint ist die Beratung des Dringenden Antrags der Abg. *Blank* und Genossen (Z) zur zweiten Beratung des Haushalts der Bauverwaltung für 1919 (Kanalstrecken Misburg-Peine und Sehnde-Hildesheim), in: ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 810, S. 1301 (Antrag), Anlagen, Bd. 5, Nr. 1443, S. 2119 (Ausschußantrag). Der Antrag wurde erst in der 189. Sitzung am 4. Dezember 1920 beraten und durch die Beschlüsse zum Gesetzentwurf über die Vollendung des Mittellandkanals, ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2659, S. 4347–4368, für erledigt erklärt. Vgl. auch die Rede des Abg. *Barteld*, in: ebd., Bd. 11, Sp. 14600–14602.

119.

23. 1. 1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 116v–r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Dominicus.

Abg. Dr. **Schreiber** schlägt vor, bei der Besprechung der Anträge *Herold*, *Kessel* und *v. Kanitz* den Antrag *Herold* so zu amendieren, daß für die neue Ernte alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse außer Getreide und Milch freigegeben werden.¹

Abg. **Schnackenburg** teilt mit, daß Herr Unterstaatssekretär *Peters*² ihm mitgeteilt habe, daß die Regierung auf dem gleichen Standpunkt stehe.

Die **Fraktion** stimmt dem Antrag zu.

Abg. **Schümer** referiert über die Frage, ob den Beamten Kinderbeihilfen gewährt werden sollen.³ Er befürwortet die Gewährung solcher Beihilfen.

Abg. **Schmiljan** spricht sich gegen solche Beihilfen aus, die übrigens auch von allen Beamtenverbänden abgelehnt werden.

Abg. **Jordan** glaubt, daß die Entziehung der Kinderbeihilfen für viele Beamtenfamilien der wirtschaftliche Zusammenbruch sein würde.⁴

Abg. **Barteld** bittet die Frage wegen ihrer Wichtigkeit heute nicht für die Fraktion zu entscheiden, sondern sie dem Beamtenausschuß zu überweisen. Die Begründung des Systems der Kinderzulagen seitens der Regierung gipfelt im Gesichtspunkt der Ersparnis.

Es wird eine Sitzung des Beamtenausschusses zur Erörterung der Frage einberufen werden, zu der die Abg. *Schnackenburg*, *Riedel*, *Dönhoff*, *Jordan* [hin]zuzuziehen sind; die Teilnahme steht den übrigen Fraktionsmitgliedern frei. In die Kommission über Einschleusung des Fischereihafens Geestemünde werden entsandt die Abg. *Schnackenburg*, *Berghaus*, *Rebehn*, *Wenke*, *Juds*.⁵ In die Kommission zur Besprechung der Beamtenbesoldung die Abg. *Kimpel*, *Höfler*, *Frentzel*, *Heine*.

Abg. **Riedel** wünscht Besprechung der durch Verhängung des Belagerungszustandes geschaffenen Verhältnisse.

¹ Am 23. Januar 1920 stellte die DDP den Antrag der Abg. *Friedberg* und Genossen (DDP) zu dem Antrag der Abg. *Herold* und Genossen (Z) über die Erzeugerpreise für Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben und die Beschaffung von Saatkartoffeln (Nr. 1231), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1700, S. 2380f., der die Freigabe aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit Ausnahme von Getreide und Milch forderte, sobald die Ernte 1920 für den Verbrauch zur Verfügung stünde. Gleichzeitig sollten für die weiterhin der Zwangswirtschaft unterliegenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse Mindestpreise festgestellt und schließlich den Landwirten für einen ausgedehnten Kartoffelbau Saatkartoffeln in hinreichendem Maße belassen werden. Vgl. auch Dok. Nr. 117.

² Wilhelm *Peters* (1876–1953), August 1919 bis September 1919 Unterstaatssekretär im Reichsernährungsministerium, September 1919 bis April 1920 Preußischer Staatskommissar für Volksernährung und Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, August 1920 bis Juli 1921 Reichskommissar für die Entwaffnung.

³ In der 103. Sitzung am 22. Januar 1920 war ein Ausschuß zur Bearbeitung der Beamtenbesoldungsfrage eingesetzt worden. Vgl. Dok. Nr. 117.

⁴ Ab hier Handschrift *Dönhoff*.

⁵ Vgl. auch Dok. Nr. 118.

Soll sich mit dem Abg. Unterstaatssekretär *Meyer* in Verbindung setzen, eventuell die Frage auf die Tagesordnung bringen.⁶

Abg. **Böer** berichtet über die Höchstmietenverordnung des Wohlfahrtsministers⁷, spricht sich gegen Schematisierung, für Beibehaltung der gegenwärtigen Praxis der Entscheidung der Mieteinigungsämter von Fall zu Fall aus. Wünscht Aufhebung der Verordnung, die ohne Mitwirkung der Landesversammlung zustande gekommen ist.

Abg. **Cassel** hält fortgesetzte behördliche Regelung der Mietfrage für unerlässlich, wünscht vorsichtige Formulierung eines Einspruchs gegen die Verordnung.

Abg. **Wenke, Kopsch, Schümer** stimmen dem Antrag *Böer* zu.

Abg. **Dominicus** empfiehlt, zu beantragen, sofortige Vorlegung der Verordnung zur Nachprüfung durch die Landesversammlung.

Exz. **Friedberg** wünscht Hinweis auf Fraglichkeit der Rechtmäßigkeit der Verordnung, warnt vor Empfehlung der Mieteinigungsämter.

Abg. **Preuß** wünscht, mit der Verhandlung die Frage der Zwangseinmietung zu verbinden.

Antrag entsprechend dem Vorschlag *Dominicus* wird angenommen.⁸

Abg. **Schümer** zu Punkt 3 – Oberpräsidium Sachsen. In der Provinz Sachsen bestehen starke Bedenken gegen die vorgesehene Besetzung des Postens.⁹

⁶ Am 26. Januar 1920 wurde die Dringende Förmliche Anfrage der Abg. *Gräf* (Frankfurt), Dr. *Friedberg*, Dr. Dr. *Porsch* und Genossen (SPD, DDP, Z) über die Sicherung der öffentlichen Ordnung und der lebenswichtigen Betriebe gestellt. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1725, S. 2419. Fünf Tage zuvor hatte die USPD die Aufhebung des Belagerungszustandes beantragt, ebd., Nr. 1631, S. 2345, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1818, S. 2772 (Änderungsantrag der USPD), und, zusammen mit der SPD, Auskunft über die Schließung mehrerer Eisenbahnwerkstätten erbeten. Vgl. ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1632, S. 2345 (Förmliche Anfrage der USPD) und Nr. 1635, S. 2346 (Förmliche Anfrage der SPD). Der Antrag und die Anfragen wurden in der 107. bis 110. Sitzung vom 29. Januar bis 2. Februar 1920 beraten. Der Antrag der USPD wurde abgelehnt.

⁷ Nach der Verordnung des Ministers für Volkswohlfahrt, betr. Einführung einer Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen, vom 9. Dezember 1919 waren alle Gemeinden über 2000 Einwohnern verpflichtet, Höchstgrenzen für Mietsteigerungen festzulegen. Die Mieterhöhungen durften 20 Prozent der Friedensmiete vom 1. Juli 1914 nur dann übersteigen, wenn der Vermieter Mehrausgaben für Verwaltung und Renovierung nachweisen konnte. Mieterhöhungen, die 20 Prozent überstiegen, bedurften der Prüfung durch die preußischen Behörden. Die Miete konnte durch das Einigungsamt herabgesetzt werden, wenn der Mieter persönliche Notlagen geltend machen konnte. Die Stärkung der Stellung der Mieter und die Wahl des Verordnungsweges stießen in der Öffentlichkeit, namentlich bei Haus- und Grundbesitzerverbänden auf scharfe Kritik. Vgl. ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 2076, S. 3068–3078; FORSTER, S. 252f.

⁸ Der Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über die Höchstmieten vom 23. Januar 1920, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1705, S. 2382, forderte den Minister auf, die Verordnung »schleunigst der Landesversammlung vorzulegen, um ihr eine Nachprüfung der Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Verordnung zu ermöglichen.« Das preußische Staatsministerium beschloß daraufhin am 27. Januar 1920, dem Antrag stattzugeben. Vgl. PPS, Bd. 11/1, Nr. 101, S. 148 f., hier S. 149 (TOP 3). Die Verordnung, die am 12. März 1920 der Landesversammlung übersandt wurde, wurde in der 136. Sitzung am 23. April 1920 an einen Ausschuß überwiesen, blieb aber in der laufenden Legislaturperiode unerledigt. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2076, S. 3068–3071; ebd., Bd. 9, Sp. 10854. Erst durch das Reichsmietengesetz, das am 1. Juli 1922 in Preußen in Kraft trat und durch Renovierungsmaßnahmen bedingte Mietsteigerungen unter Berücksichtigung der Inflation ermöglichte, wurde die Höchstmietenverordnung außer Kraft gesetzt. Vgl. FORSTER, S. 253f.

⁹ Der Oberpräsident von Sachsen, Rudolf von der *Schulenburg*, hatte 1919 sein Amt zur Verfügung gestellt, da er seinen Dienst unter einer republikanischen Regierung nicht fortsetzen wollte. Vgl. RUNGE, S. 102, 108. Am 11. Februar 1920 wurde der dem linken Flügel der SPD angehörende Gewerkschaftsführer *Otto Hörsing* (SPD) zum kommissarischen, am 25. Juni 1920 zum Oberpräsidenten von Sachsen ernannt.

Kleine Anfrage des Abg. *Cassel*, betr. Zeitungsanzeigen sozialdemokratischer Lehrer, wird genehmigt.¹⁰

Exz. **Friedberg** macht Mitteilung von einer am 29. I. stattfindenden Konferenz von Pressevertretern der Partei auf Veranlassung von Exz. *Schiffer*, soll in der Mappe mitgeteilt werden.

Kleine Anfrage des Abg. *Degenhardt*, betr. Taubstummenlehrer, wird genehmigt.¹¹

120.

27.1.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 117v. Zeit: vormittags. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: *Dominicus*.

Es wird beschlossen, mit den anderen Mehrheitsfraktionen eine Anfrage einzubringen, die sich mit dem Belagerungszustand beschäftigt.¹

Abg. **Jansen** berichtet über die interfraktionellen Besprechungen, die sich mit den Ordonnanzen für das besetzte Rheinland beschäftigen und die Vorbereitung der preußischen Verfassung zum Gegenstand haben.²

Abg. **Riedel** macht Mitteilung von dem gegenwärtigen Stand der Tarifverhandlungen im Eisenbahnwesen.³

Zu den Verhandlungen mit den Vertretern der Eisenbahnverbände werden die Herrn *Dominicus*, Dr. *Grund*, *Schloßmann*, *Riedel*, *Hoffmann*, *Ommert* bestimmt.

Die **Fraktion** ist auf Anregung des Abg. *Ruer* damit einverstanden, daß eine weitere Verfolgung des Autonomiegesetzes zur Zeit nicht angebracht sei.⁴

¹⁰ Kleine Anfrage der Abg. *Cassel* und Genossen (DDP) über die Betonung der politischen Gesinnung bei der Ausschreibung von Lehrer- und Rektorstellen, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1714, S. 2385: »Hat die Staatsregierung Kenntnis davon, daß anlässlich der Ausschreibung von Lehrer- und Rektorstellen Meldungen von Anhängern bestimmter politischer Parteien durch Gemeindevorstände in Zeitungen verlangt werden?« H.i.O.

¹¹ Kleine Anfrage der Abg. *Degenhardt* und Genossen (DDP) über die Vertretung der Lehrer in Taubstummen- und Blindenanstalten, in: ebd., Nr. 1711, S. 2385.

¹ Vgl. Dok. Nr. 119.

² Zu den Ordonnanzen vgl. Dok. Nr. 116, Anm. 8. Der Ältestenrat befaßte sich am 26. Januar 1920 mit der Frage der Stellung der Landesversammlung zu den Ordonnanzen der interalliierten Rheinlandkommission. Am 29. Januar wurde diese Frage bis nach der Rückkehr der Minister von der geplanten Rheinlandreise vertagt, bis sie am 29. März 1920 schließlich für erledigt erklärt wurde. Vgl. die Sitzungsberichte des Ältestenrats, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2. Vgl. auch die Sitzung der preußischen Zentrumsfraktion vom 28. Januar 1920, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 109, S. 174–177, hier S. 175.

³ Zu den Tarifverhandlungen im Eisenbahnwesen vgl. BERLINER TAGEBLATT, 49 und 56 vom 27. und 31.1.1920.

⁴ In der 88. Sitzung am 2. Dezember 1919 war der Gesetzentwurf über die Selbstständigkeitsrechte der Provinzialverbände, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 604, S. 951–953, dem 16. Ausschuß überwiesen worden. Der Ausschuß beschloß in seiner 8. Sitzung am 27. Januar 1920, 19 Uhr, seine Vertagung. Vgl. das Protokoll der Ausschußsitzung, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 DIV d Nr. 3, Beiheft 1, Bd. 1. Der Gesetzentwurf wurde bis zum Ende der Legislaturperiode nicht mehr erledigt.

Abg. **Schreiber** berichtet über die interfraktionellen Besprechungen über die Besoldung der Einwohnerwehren, die zunächst noch außeretamäßig vorgesehen sei, bis daß sie in den Etat eingefügt seien [sic].⁵

Es soll Indemnität für die bisher aufgebrauchten Mittel gewährt werden, außerdem sollen die Mittel zur Verfügung gestellt werden für die Monate bis zum 1. April. Die **Fraktion** ist damit einverstanden.

Exz. **Friedberg** macht davon Mitteilung, daß die Entscheidung über die Frage, ob die Abgeordneten der abzutretenden Gebiete noch berechtigt seien, ihr Mandat auszuüben, dem Geschäftsordnungsausschuß übertragen worden sei.

121.

27. 1. 1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 117v–r. Zeit: abends. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: **Dominicus**.

Abg. **Cassel** berichtet über die bisherigen Verhandlungen über Groß-Berlin in der Fraktion und im Ausschuß.¹ Er tritt für den Plan ein, wenn genügend Dezentralisation möglich sei.

Abg. **Dominicus** bringt Bedenken wegen der Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlungen, tritt aber für einheitliche Haltung der Fraktion in dieser Frage ein, begründet Zusatz zu § 21², die Gesamtgemeinde und Einzelgemeinde.

Abg. **Jordan** weist auf die Verhältnisse in den Kohlengebieten hin, wo ähnliche Einheitsgemeinden entstehen könnten.

Abg. **Ruer** weist auf den Widerspruch vieler Gemeinden gegen den [...]³ hin und unterstützt die Auffassung von *Dominicus*, daß neben Gesamtgemeinden auch die Einzelgemeinden bestehen bleiben.

Abg. **Schloßmann** bekämpft den Entwurf, weil die Zusammenlegung durch die allgemeinen Verwaltungsgesetze geschaffen werden müsse.

Abg. **Crüger** hält Dezentralisation innerhalb des Entwurfs nicht für möglich und hält die Ablehnung für notwendig, um sozialdemokratische Sozialisierungsversuche zu verhindern.

Abg. **Meyer** begrüßt, daß die Berliner Frage ihre Parallelen in anderen Orten habe. Er

⁵ Zu den Einwohnerwehren vgl. Erwin KÖNNEMANN, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände, Berlin (Ost) 1971; HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 6, S. 588–591.

¹ Der Gesetzentwurf über die Bildung einer Stadt Groß-Berlin, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1286, S. 1691–1770, war in der 88. Sitzung am 2. Dezember 1919 einem besonderen Ausschuß überwiesen worden. Zu Beginn der Ausschußberatungen wurde zunächst beschlossen, von der preußischen Staatsregierung weiteres Material zur Beurteilung des Gesetzentwurfs einzuholen. Vgl. den Ausschußbericht mit den dazu gehörigen Anlagen, in: ebd., Anlagen, Bd. 7, Nr. 2172, S. 3295–3366, Nr. 2173, S. 3367–3459.

² § 21 des Gesetzentwurfs über die Bildung einer Stadt Groß-Berlin, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1286, S. 1694, bestimmte die Aufgaben und Pflichten der Bezirksversammlung.

³ Wort unleserlich.

gibt einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung und vergleicht den Widerspruch mit dem Widerspruch der alten Konservativen gegen das Wahlrecht.

Abg. **Preuß** macht auf die politischen Folgen einer Ablehnung aufmerksam, die gerade die unabhängige Agitation stärken werde.

Ein Antrag *Schloßmann* ist eingegangen, der Zurückstellung des Entwurfs verlangt, bis ein Verwaltungsgesetz derartige [...]⁴ regele.

Abg. **Frentzel** tritt für den Grundgedanken des Antrags *Dominicus* ein.

Der Antrag *Schloßmann* wird mit 14 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

122.

28. 1. 1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 117r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Dominicus.

Ein Antrag *Wenke* geht dahin, die Truppenübungsplätze, die nicht mehr für Heereszwecke benutzt werden, landwirtschaftlich auszunutzen.

Die **Fraktion** stimmt dem Antrag zu.¹

Als Referenten für das Gesetz, betr. Umlegung von Grundstücken, werden die Abg. *Degenhardt* und Dr. *Schreiber* bestimmt.² Als Referent für das Gesetz, betr. Forstdiebstahl, wird Abg. Dr. *Berndt* vorgesehen.³ Für das Gesetz, betr. Vermögensauseinandersetzung zwischen dem preußischen Staat und dem preußischen Königshause, wird Abg. *Cassel* bestimmt.⁴

Abg. **Rade** befürwortet, daß in der Reihenfolge des Etats eine Abwechslung festgesetzt werde. Die Angelegenheit soll im Ältestenausschuß besprochen werden.^{5 6}

⁴ Wort unleserlich.

¹ Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über die landwirtschaftliche Nutzung von Truppenübungsplätzen, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1742, S. 2683.

² Der Gesetzentwurf über die Umlegung von Grundstücken, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1723, S. 2408–2416, wurde in der 111. Sitzung am 3. Februar 1920 in erster Lesung beraten und daraufhin dem Siedlungsausschuß überwiesen. Für die DDP sprach der Abg. *Bollert*. Vgl. ebd., Bd. 7, Sp. 9251 f.

³ Die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Gesetzes, betreffend den Forstdiebstahl, vom 15. April 1878 (Gesetzsamml. S. 222), ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1724, S. 2417–2419, wurde in der 111. Sitzung am 3. Februar 1920 verhandelt. Die DDP vertrat der Abg. *Wenke* (Hirschberg). Vgl. ebd., Bd. 7, Sp. 9246 f.

⁴ Am 28. Januar 1920 war der Preußischen Landesversammlung der Gesetzentwurf über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Preußischen Staate und dem Preußischen Königshause, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1722, S. 2388–2407, zugeleitet worden. Für den Verzicht auf die Fortzahlung der sich zuletzt auf 17,7 Millionen Mark jährlich belaufenden Kronfideikommißrente sowie die Überlassung von Grundstücken, Schlössern und Kunstwerken sollte das Haus Hohenzollern eine Barabfindung von 100 Millionen Mark erhalten. Vgl. auch SCHÜREN, S. 32–39. Der Entwurf wurde in der 128. Sitzung am 2. März 1920 in erster Lesung beraten und dem Rechtsausschuß überwiesen. Die Rede des Abg. *Cassel*, in: ebd., Bd. 8, Sp. 10309–10315.

⁵ Dieser Punkt wurde in der Sitzung des Ältestenrats vom 29. Januar 1920, 10.14 bis 11.50 Uhr, allerdings nicht angesprochen. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

⁶ Ab hier unbekannte Handschrift.

Abg. **Grund** regt an, man solle Stellung nehmen zu politischen partikularistischen Äußerungen von Führern der Partei.⁷ Es soll in der Pressekonferenz am Donnerstag darüber gesprochen werden.

Abg. **Schloßmann** bringt die Anstellung einer Frau im Wohlfahrtsministerium vor.⁸

Abg. **Wenke** regt an, die Rede *Schreibers* als Broschüre drucken zu lassen.

123.

29.1.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 117r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Otto (Charlottenburg).

Abg. Frau **Dönhoff** bittet um Urlaub bis zum 5.2.

Abg. **Schloßmann** berichtet über die Stellungnahme der Fraktion zu der Interpellation über den Belagerungszustand.¹

Als Redner für die Interpellation wird der Abg. *Schloßmann* vorgesehen, als zweiter Redner Abg. *Riedel*.² Mit dem Referat über den Siedlungsverband im Ruhrgebiet wird Abg. *Jordan* beauftragt.³

⁷ Anfang Januar 1920 war auf dem in Stuttgart abgehaltenen Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei Württembergs der Antrag der Preußischen Landesversammlung auf Herbeiführung des Einheitsstaates auf Ablehnung gestoßen. Der frühere Vizekanzler v. *Payer* hatte betont, daß manche Süddeutschen befürchten würden, »daß die ganze Aktion weniger darauf hinauslaufe, Preußen im Reich als das Reich in Preußen aufgehen zu lassen«. Der württembergische Kultusminister Dr. *Hieber* hatte überdies die Fragestellung »Einheitsstaat oder Bundesstaat?« abgelehnt, um sie durch die nach »Zentralisierung oder Selbstverwaltung?« zu ersetzen. Dabei sprach er sich für den weiteren Ausbau der Selbstverwaltung aus. Vgl. BERLINER TAGEBLATT, 15, 9.1.1920, dort das Zitat. Die Preußische Landesversammlung hatte auf Antrag von DDP, SPD und Zentrum am 17. Dezember 1919 eine Entschließung zugunsten des Einheitsstaats angenommen. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 7, Sp.8327f. Ferner Dok. Nr. 74, 108, 111 und 112. Am 26. Januar 1920 hatte sich Reichsminister *Erich Koch* zudem auf einer von der DDP einberufenen Versammlung in Bremen für eine weitgehende Dezentralisierung des Reiches ausgesprochen. Vgl. BERLINER TAGEBLATT, 46, 26.1.1920.

⁸ Vgl. auch Dok. Nr. 74, 92, 115, 138 und 158.

¹ Vgl. Dok. Nr. 119.

² Die Rede des Abg. Dr. *Schloßmann* in der 109. Sitzung am 31. Januar 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 7, Sp. 9026–9044, und die des Abg. *Riedel* (Charlottenburg) in der 110. Sitzung am 2. Februar 1920, in: ebd., Sp. 9121–9130.

³ Der Gesetzentwurf, betr. Verbandsordnung für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 1741 A und B, S. 2661–2682, wurde in der 109. und 111. Sitzung am 31. Januar und 3. Februar 1920 in erster Lesung beraten und an einen besonderen Ausschuß überwiesen. Die Rede des Abg. *Jordan* in der 111. Sitzung am 3. Februar 1920, in: ebd., Bd. 7, Sp. 9257–9263.

124.

30.1.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 118v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Dominicus.

Abg. **Cassel** berichtet über das Gesetz, betr. die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem preußischen Staate und dem Königshause.¹

Abg. **Rade** macht darauf aufmerksam, daß bei der Behandlung der Vorlagen im Plenum Rücksicht genommen werden müsse auf die Gesinnung der Parteigenossen, die immer monarchistisch gewesen seien und daß deshalb ein würdiger Ton angebracht [sei].

Den gleichen Standpunkt vertritt der Abg. **Berndt**, ebenso die Abg. **Meyer**, **Ruer**, **Schreiber**.

Als Fraktionsredner wird Abg. **Cassel** bestimmt.

Abg. **Schümer** regt an, daß der Unterstaatssekretär **Troeltsch** gebeten wird, der Fraktion Bericht zu erstatten über die weiteren Verhandlungen in den Fragen der Kirchenpolitik.²

Die Vertreter im Seniorenkonvent werden beauftragt, im Seniorenkonvent für die Bewilligung einer Summe für die Herstellung eines Bildes des letzten Präsidenten Grafen **Schwerin** einzutreten.³

Abg. **Schloßmann** befürwortet, daß die Vertreter der Fraktion im Seniorenkonvent dafür eintreten, daß das Gesetz über den Ruhrsiedlungsverband abgesetzt werde, damit den Fraktionen Zeit zur Prüfung des Entwurfes gelassen werde.⁴

Die Abg. **Ruer** und **Hagemeister** stimmen **Schloßmann** zu.

Abg. **Schnackenburg** und **Friedberg** glauben jedoch, daß eine Absetzung nicht mehr durchzusetzen sei.

Auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung wird das Ruhrsiedlungsgesetz und die Verfassung gesetzt. Die Fraktionssitzung wird auf 9.30 angesetzt.

¹ Vgl. Dok. Nr. 122.

² Zur Kirchenpolitik vgl. Dok. Nr. 54, 55, 56, 84, 91 und 102.

³ In der Sitzung des Ältestenrats vom 29. Januar 1920, 10.14 bis 11.50 Uhr, wurde die Frage erörtert, ob zur Fortsetzung der Reihe der Präsidentenbildnisse ein Bild des früheren Landtagspräsidenten Grafen v. **Schwerin** angeschafft werden sollte. Die SPD lehnte diese Forderung mit dem Verweis auf die problematische Finanzlage und die Haltung der DNVP, die ebenfalls aus finanziellen Gründen eine Aufwandsentschädigung für den Landtagspräsidenten beanstandet habe, ab. Die DDP bedauerte die Verquickung der beiden Fragen. Der Redner der demokratischen Fraktion »hob ausführlich die Verdienste des Präsidenten Grafen v. **Schwerin** hervor. Es gezieme sich nicht grade, ihn von der Reihe der Präsidentenbildnisse auszuschließen. Der Redner war ferner dafür, daß die Reihe der Präsidentenbildnisse auch in Zukunft fortgesetzt werde.« Die Beschlußfassung über diese Frage wurde vertagt, da die Fraktionen nochmals dazu Stellung nehmen sollten. Da die Sozialdemokraten bei ihrer ablehnenden Haltung blieben, wurde die Frage am 24. Februar 1920 bis auf weiteres zurückgestellt. Vgl. die Sitzungsprotokolle vom 29. Januar und 24. Februar 1920, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2. – Hans Graf v. **Schwerin-Löwitz** (1847–1918), konservativer Politiker, 1893–1918 MdR, 1910–1912 Reichstagspräsident, 1896–1918 MdpAH, 1912–1918 Landtagspräsident.

⁴ Im Ältestenrat wurde die Vorlage über den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk auf die Tagesordnung der Sitzung vom 3. Februar 1920 gesetzt. Vgl. das Protokoll der Sitzung vom 3. Februar 1920, 11.09 bis 11.53 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2. Vgl. auch Dok. Nr. 123.

Es ist die Nachricht eingelaufen, daß der Abg. *Nebelung* plötzlich verstorben ist.⁵

Der **Vorsitzende** gibt von dieser Nachricht mit dem Ausdruck des tiefsten Schmerzes Kenntnis.

Die **Fraktion** beauftragt den Vorsitzenden, der Familie das herzlichste Beileid auszusprechen. Wie sich die Fraktion bei der Bestattung vertreten lassen will, soll später entschieden werden.

125.

31. 1. 1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 118v–r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Schmiljan.

Der **Vorsitzende** gibt Kenntnis von dem Ableben des Abg. *Kanzow*.¹

Die **Fraktion** gibt ihrem Mitgefühl durch Erheben von den Sitzen Ausdruck. Der Vorstand wird beauftragt, der Familie das Beileid der Fraktion zum Ausdruck zu bringen.

Bei der Besprechung des Plenums wird beschlossen, gegen den Antrag *Hoffmann* über den Belagerungszustand und die Presseverbote zu stimmen.²

Abg. **Jordan** berichtet über den Gesetzentwurf, betr. den Ruhrsiedlungsverband.³

Für den Ausschuß werden bestimmt die Abg. *Jordan*, *Schloßmann*, Dr. *Hagemeister*, *Ommert*, Dr. *Ruer*.⁴ Für den neu zu bildenden Rheinlandausschuß⁵ werden die Abg. *Jordan*, *Gottschalk*, *Ommert* [bestimmt]. Als erster Vertreter bei einer Vakanz im Fischereiausschuß wird Abg. *Struwe* vorgesehen.⁶

Ein Antrag der demokratischen Fraktion des bayerischen Landtags, der dahin geht, daß die Reichsregierung ersucht wird, keine Auslieferungen vorzunehmen⁷, wird in dem Sinne erledigt, daß zunächst mit dem Reichsminister *Koch* Fühlung genommen werden soll.

⁵ Der Abg. Wilhelm *Nebelung*, Chefredakteur der »Nordhäuser Zeitung«, war am 29. Januar 1920 in Nordhausen an einer Lungenentzündung verstorben. Vgl. BERLINER TAGEBLATT, 55, 30.1.1920; SBpLV 1919/21, Bd. 7, Sp. 8920.

¹ Der Abg. *Kanzow* starb am 29. Januar 1920 nach langer Krankheit. An seine Stelle trat nach der Reihenfolge in der Kandidatenliste die Lehrerin Vera *Beutler* aus Memel. Vgl. DEMOKRATISCHE PARTEI-KORRESPONDENZ, 24, 30.1.1920; BERLINER TAGEBLATT, 55, 30.1.1920.

² Der Antrag der Abg. Adolph *Hoffmann* und Genossen (USPD) über die Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zeitungsverbote, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1818, S. 2772 (Änderungsantrag zu Nr. 1631). Vgl. Dok. Nr. 119.

³ Vgl. Dok. Nr. 123 und 124.

⁴ Zur Zusammensetzung des 21. Ausschusses vgl. auch SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Sp. 9506 f.

⁵ Gemeint ist ein Ausschuß der Fraktion.

⁶ Gemeint ist der 19. Ausschuß zur Vorberatung des Gesetzentwurfs, betreffend die Erweiterung und Einschleusung des Fischereihafens in Geestemünde. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1592. Ferner Dok. Nr. 118.

⁷ Gemeint ist ein parteiinterner Antrag.

Frau Dr. **Heine** beantragt, daß die Fraktion einen Antrag einbringt, nach dem Frauen zu juristischen Prüfungen zugelassen werden sollen.

Der Antrag soll auf die Tagesordnung einer der nächsten Fraktionssitzungen gestellt werden.⁸

Ein Antrag *Rade*, die Fraktion möge ihre Vertreter in den Ausschüssen dahin instruieren, alle Anträge, mit der Tendenz, die Landesversammlung zu einem Einwirken auf die Reichsregierung zu veranlassen, mit besonderer Vorsicht zu behandeln, wird zum Beschluß erhoben und soll den Vertretern der Fraktion zur Richtschnur gegeben werden. Die Frage der Mandatsbeibehaltung durch die in den abzutretenden Gebieten gewählten Abgeordneten soll auf die Tagesordnung der Dienstag-Sitzung gestellt werden.⁹ Auf die Tagesordnung von Montag 11 Uhr soll die Verfassungsfrage gestellt [werden]. Auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen soll die Frage der Vortragsvergütung gestellt werden. Dem Vertreter der Fraktion bei der Beerdigung des Abg. *Nebelung* werden 50 M Tagegelder und der Ausfall der Anwesenheitsgelder als Unkostenentschädigung bewilligt.

126.

2. 2. 1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 118r–119v. Beginn: 10.00 Uhr. Protokollführer: Sommer. Vorsitz: *Dominicus*.

Zunächst wird das Plenum beschlossen.

Abg. **Sommer** bespricht nochmals kurz den Antrag 19 über die verfassungsmäßige Gleichstellung der Freimaurerlogen.¹

Für den Gemeindeausschuß wird an Stelle des verstorbenen Abg. *Nebelung* Kollege *Schnackenburg* gewählt.

Für Mittwoch, den 4. [Februar], werden in den Staatshaushaltsausschuß an Stelle von *Dominicus* und *Rade* die Abg. *König* und *Riedel* gewählt.²

Abg. **Schloßmann** kommt auf die ihm gemachten Gegenausführungen des Ministers *Heine* zurück.³

⁸ Der Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) auf Zulassung der Frauen zu den juristischen Prüfungen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1841, S. 2789, wurde am 3. Februar 1920 gestellt.

⁹ Vgl. auch Dok. Nr. 120.

¹ Gemeint ist der Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) auf verfassungsmäßige Gleichstellung der freimaurerischen Richtungen, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1230, S. 1625. Der Antrag wurde in der 123. Sitzung am 26. Februar 1920 verhandelt und dem Rechtsausschuß überwiesen.

² Zum Mitgliederwechsel in den Ausschüssen vgl. ebd., Bd. 7, Sp. 9284.

³ Der Abg. Dr. *Schloßmann* hatte in der 109. Sitzung am 31. Januar 1920 während der Debatte über die Anfrage zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung den preußischen Innenminister Wolfgang *Heine* gebeten, daß er nicht nur den von links unternommenen Putschversuchen, sondern auch den Umtrieben der Rechtsradikalen seine Aufmerksamkeit schenken möge. Das Innenministerium sei,

Es wird beschlossen, am Mittwoch, den 4. [Februar], vormittags 10 Uhr, die Angelegenheit im Beisein von Dr. *Friedberg*, *Oeser*, *Fischbeck* und *Meyer* in einer Fraktionssitzung zu erledigen.

Als Vertreter der Fraktion zu der am 4. dieses Monats für Nachmittag tagenden Versammlung der Altpensionäre werden die Koll. *Juds* und *Kimpel* entsendet.⁴

Riedel begründet nunmehr eine Förmliche Anfrage, betr. Einführung privatwirtschaftlicher Grundsätze in allen Staatsbetrieben.

Die **Fraktion** macht sich diese zu eigen; die Einbringung in der Vollsitzung erfolgt nach nochmaliger Rücksprache mit dem Minister *Oeser*.⁵

Rebehn regt an, ob nicht an Stelle des völlig ungeeigneten Reichsverkehrsministers *Bell*⁶ ein geeigneter Mann gesetzt werden könnte.

Es soll dieserhalb mit der Reichstagsfraktion Föhlung genommen werden.

Jordan fragt an, ob er bei Behandlung der Ruhrgebietssiedlungsfrage im Plenum für die Einführung der 6-Stundenschicht eintreten dürfe.

Die Meinung der **Fraktion** geht dahin, es sei vor allem der Gedanke heranzuziehen, daß die Bergarbeiter grundsätzlich eine kürzere Arbeitsdauer zu beanspruchen hätten als andere leichtere Berufe.⁷

Kopsch wird sodann aufgefordert, eine Kleine Anfrage über die völlig unzulängliche Versorgung der Schulen mit Heizstoff und die sich daraus ergebenden Unzulänglichkeiten einzubringen.⁸

obschon ihm der demokratische Unterstaatssekretär Dr. *Freund* angehöre, noch so besetzt, »daß er Bewegungen, die von links kommen, leichter registriert, als solche, die von rechts kommen.« Ebd., Bd. 7, Sp. 9026–9044, Zitate Sp. 9037f. Innenminister *Heine* wies diese Anschuldigungen zurück und verteidigte seine Mitarbeiter gegen die von Dr. *Schloßmann* erhobene Beschuldigung. »Wenn Herr Abgeordneter *Schloßmann* meinte, das Ministerium des Innern schließe nach alter Gewohnheit mehr nach links aus als nach rechts, so kann ich ihm sagen: ich werde immer dahin schlagen, von wo die Gefahr kommt. Heute kommt die Gefahr [...] von der linken Seite.« Ebd., Sp. 9050–9052, Zitat Sp. 9051f. Der preußische Innenminister Wolfgang *Heine* forderte auch in der SPD Kritik heraus. Beklagt wurden die schleppende Demokratisierung der Verwaltung, die betont etatistische Haltung des Ministers und sein mangelnder Reformwillen. Vgl. SCHULZE, Braun, S. 243 f., 247, 287 f.

⁴ Auf der am 4. Februar 1920 im Berliner Herrenhaus tagenden Versammlung der Altpensionäre wurde die Regierung aufgefordert, bei der bevorstehenden Beamtenbesoldungsreform auch die Bezüge der Pensionäre rückwirkend zu erhöhen. Den Pensionären sollte zudem die Teuerungszulage wie den aktiven Beamten gewährt werden. Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 65, 5.2.1910, Erste Beilage. Die Wünsche dieser Versammlung nahm die DDP-Fraktion auf, als sie am 18. Februar 1920 den Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen zu dem Antrag *Gräf* (Frankfurt) (Nr. 1847) auf Regelung der Ansprüche der Altpensionäre und Pensionäre (Nr. 1847), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1896, S. 2829, stellte. Danach sollte gleichzeitig mit dem Gesetzentwurf zur Neuregelung der Beamtgehälter ein Gesetzentwurf zur Neuregelung der Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge für Pensionäre und Altpensionäre vorgelegt werden, der der Geldentwertung Rechnung tragen sollte.

⁵ Förmliche Anfrage der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über die Anwendung privatwirtschaftlicher Grundsätze auf Staatsbetriebe, namentlich auf die Eisenbahn, in: ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 1843, S. 2789.

⁶ Johannes *Bell* (1868–1949), Dr. jur., Justizrat, 1908–1918 MdpAH, 1912–1918 MdR, 1919–1920 MdNatVers und 1924–1933 erneut MdR (Z), Februar 1919–November 1919 Reichskolonialminister, Juni 1919–März 1920 zugleich Reichsverkehrsminister, Juli 1926–Januar 1927 Reichsjustizminister und Reichsminister für die besetzten Gebiete.

⁷ Vgl. Dok. Nr. 123.

⁸ Nicht nachgewiesen.

Die **Fraktion** hat den Wunsch, gegebenenfalls die Auseinandersetzung über den Belagerungszustand nach Ablauf der ersten Rednergarnitur zu schließen.⁹

Rade bespricht die Bittschrift des Gerichtsassessors a.D. *Liedtke* Nr. 1778¹⁰ und beantragt die nochmalige Zurückweisung an den Rechtsausschuß.

Dem wird nach kurzer Rücksprache nicht stattgegeben.

Unterstaatssekretär D. **Troeltsch** berichtet dann über die Verhandlungen, betr. Kirchenverfassung und die dort vorgelegten Entwürfe.¹¹

An der Besprechung beteiligen sich **Schümer**, der unbedingtes Festhalten an den Urwahlen fordert, dem der Berichterstatter widerspricht, **Jordan**, **Friedberg**, der den Schutz der Minderheiten überall sichergestellt sehen will, Pfarrer **Graue**, **Rade**, der empfiehlt, dahin zu wirken, daß die Generalsynode die betreffenden Entwürfe so gestaltet, daß sie von der Landesversammlung ohne Abänderung angenommen werden können.

127.

3.2.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 119v–r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: zwei unbekannte Handschriften. Vorsitz: Otto (Charlottenburg).

Das Plenum wird besprochen.

Abg. **Jordan** legt eine Kleine Anfrage über die Unruhen in Hamborn vor.

Die **Fraktion** stimmt zu.^{1 2}

Fr. Dr. **Heine** begründet einen Antrag, betr. die Gleichberechtigung der Frauen in der Justizverwaltung.

Die **Fraktion** stimmt dem Antrag zu.³

⁹ Vgl. Dok. Nr. 119.

¹⁰ 12. Bittschriften-Bericht des Rechtsausschusses: Gerichtsassessor a.D. Friedrich *Liedtke* zu Marburg, Wiederaufnahme in den Justizdienst u.a., in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1778, S. 2709–2733.

¹¹ Zu den Verhandlungen über die Kirchenverfassung vgl. Dok. Nr. 55, 56, 66, 80, 84, 93 und 94.

¹ Dringende Kleine Anfrage des Abg. Dr. *Jordan* (DDP) über Plünderungen in der Stadt Hamborn, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1835, S. 2786. Am 12. Januar 1920 hatte eine Menschenmenge mehrere Geschäfte in Hamborn geplündert und Privathäuser und Wohnungen von Beamten heimgesucht, ohne daß die zuständigen Behörden eingeschritten wären. Mit dieser Anfrage wurde auch ein Reichsgesetz, das die Entschädigungspflicht klarlegt, eingefordert.

² Ab hier neuer Protokollant, unbekannte Handschrift.

³ Vgl. Dok. Nr. 125, Anm. 8.

128.

4.2.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 119r–120v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Otto (Charlottenburg).

Für die Förmliche Anfrage über die Maßregelung von Landarbeitern wird an erster Stelle der Abg. *Westermann*, an zweiter Stelle Abg. *Juds* als Redner bestimmt.¹

Für die Besprechung der Förmlichen Anfrage über Kartoffelsaatgut wird Abg. *Westermann* bestimmt.²

Abg. *Höfler* befürwortet die Einbringung einer Förmlichen Anfrage, in der nach dem Stand des Beamtengesetzes gefragt wird.

Die Anfrage soll den Namen *Höfler* tragen.³

Abg. *Höfler* führt Beschwerde über die Haltung des Ministers *Oeser*, der die Abgeordneten der anderen Parteien stark bevorzugt und die demokratischen Abgeordneten vernachlässigt. Besonders der deutschnationale Abgeordnete *Schmidt-Stettin*⁴ sei der Vertrauensmann des Ministers.

Der Abg. *Riedel* bestätigt die Beschwerden *Höflers*.

Es wird beschlossen, die Angelegenheit in Gegenwart des Ministers *Oeser* und des Abg. *Dominicus* zu behandeln. Diese Aussprache soll möglichst bald angesetzt werden.

Eine Kleine Anfrage über die Notlage der stellenlosen Schulumtsbewerber, die von dem Abg. *Kimpel* befürwortet wird, findet die Genehmigung der **Fraktion**.⁵

Bei der Besprechung der persönlichen Angelegenheiten des Ministers *Heine* teilen der **Vorsitzende** und der Abg. *Riedel* mit, daß gegen den Minister schwere persönliche Anklagen erhoben werden.⁶

Unterstaatssekretär *Meyer* gibt zu, daß der Minister in den letzten Debatten recht unglücklich abgeschnitten habe. Er könne aber nicht die Abwehr des Ministers gegen den Abg. *Schloßmann* verübeln, der den Vorwurf erhoben hätte, der Minister sei von konservativen Geheimräten umgeben. Zu den persönlichen Vorwürfen führt der Redner aus, daß dem Minister kein Vorwurf gemacht werden könne in seiner Haltung in der Frage der Kinozensur. Es sei jedoch überaus bedenklich, daß der Minister überhaupt noch als Verteidiger auftrete.⁷ Man müsse jedoch allgemein die Frage aufwerfen, ob

¹ Die Dringende Förmliche Anfrage der Abg. *Schmidt* (Cöpenick) und Genossen (SPD) über die Maßregelung von Landarbeitern, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1722, S. 2387, wurde in der 112. Sitzung am 4. Februar 1920 verhandelt. Die Rede des Abg. *Westermann* in der 112. Sitzung am 4. Februar 1920, in: ebd., Bd. 7, Sp. 9325–9330. Der Abg. *Juds* ergriff nicht mehr das Wort.

² Die Förmliche Anfrage der Abg. *Jacoby-Raffauf* und Genossen (Z) über Höchstpreise für Kartoffelsaatgut, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1184, S. 1601, wurde in der 114. Sitzung am 6. Februar 1920 in Verbindung mit anderen, die Landwirtschaft betreffenden Anträgen beraten. Die DDP vertrat der Abg. *Siemen*. Vgl. ebd., Bd. 8, Sp. 9424–9427.

³ Dringende Förmliche Anfrage der Abg. *Höfler* und Genossen (DDP) über den Erlaß eines Beamtengesetzes und die Änderung des Disziplinargesetzes, in: ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 1852, S. 2794 f.

⁴ *Otto Schmidt* (geb. 1878), Eisenbahnobersekretär der Direktion Stettin, 1919–1921 MdpLV, 1920–1930 MdR (DNVP).

⁵ Kleine Anfrage der Abg. Frau Dr. *Heine* und Genossen (DDP) über die Notlage der stellenlosen Schulumtsbewerber, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1851, S. 2794.

⁶ Vgl. Dok. Nr. 126, Anm. 3.

⁷ Die Vermischung von Politik und Beruf spielte auch im Beleidigungsprozeß des Reichsfinanzministers *Matthias Erzberger* gegen den früheren Reichsvizekanzler und Deutschnationalen *Karl Helfferich*,

Minister noch während ihrer Amtstätigkeit verteidigen [sollten]. Es sei nicht opportun, einen Fall *Heine* zu schaffen. Die Sozialdemokratie werde den Anspruch auf das Ministerium des Innern nicht aufgeben und der Wechsel in den Personen werde nicht zugunsten der demokratischen Partei ausfallen, da die Sozialdemokratie keine Auswahl an geeigneten Persönlichkeiten habe.

Abg. **Berndt** befürwortet, daß in der Verfassung eine Bestimmung aufgenommen wird, nach der Minister keinen Privatberuf mehr ausüben dürfen.

Abg. **Preuß** führt aus, daß unter der Führung des Ministers *Heine* weder die Verfassungsfrage noch die Verwaltungsreform [vorankomme]⁸. Er befürwortet, die Verfassungsfrage einem besonderen Organisationsministerium zu übertragen.

Exz. **Friedberg** vertritt ebenfalls die Meinung, daß ein Minister keine gewerbliche Nebenbeschäftigung betreiben kann. Es sei richtig, daß unter *Heine* die Verfassung und die Verwaltungsreform nicht zu machen seien. Die Sozialdemokratie vertrete aus egoistischen Gründen den zentralistischen Gedanken und deshalb sei sie gegen die weitere Autonomisierung der Provinzen. Der Redner gibt dann Mitteilung von dem Inhalt der Denkschrift des Ministers *Heine* über die Verfassungsfrage.⁹ Er schlägt vor, daß die Fraktion [an] ihre[m] Standpunkt festhalte, nach dem ein retardierendes Element geschaffen werden müsse in der Form des Staatsrates.¹⁰

Minister **Oeser** hält es für angebracht, auf die sozialdemokratische Fraktion durch die Reichstagsfraktion und die Reichsleitung einzuwirken, um sie zu einem Entgegenkommen zu bewegen.

Dr. **Ruer** stimmt dem Vorschlag auf Bildung eines Organisationsministeriums zu.

Die Beschlußfassung geht dahin, daß die **Fraktion** die Ausübung der Rechtsanwaltspraxis durch einen Minister nicht billigt. Dem Minister *Heine* soll in geeigneter Form mitgeteilt werden, daß die Art seiner Polemik nach der Meinung der Fraktion nicht günstig gewirkt habe. Die Vertreter der Fraktion sollen an der Forderung nach einem Staatsrat mit suspensivem Veto festhalten. Gesprächsweise soll auch der Gedanke eines besonderen Organisationsministeriums angeregt werden.

der vom 19. Januar bis zum 12. März 1920 vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin-Moabit verhandelt wurde, eine wichtige Rolle. *Helfferrich* wurde zwar zu einer geringen Geldstrafe verurteilt, aber das Gericht sah einige Anschuldigungen *Helfferrichs* gegen *Erzberger* als erwiesen an. So befand es *Erzberger* in sieben Fällen der »Vermischung von Geldgeschäften mit Politik« für schuldig. Nachdem *Erzberger* bereits am 24. Februar um Beurlaubung von seinem Ministeramt gebeten hatte, trat er am Tag der Urteilsverkündung zurück. Vgl. EPSTEIN, S. 392–413; STEPHAN, Aufstieg, S. 158, insgesamt S. 157–159.

⁸ Im Original: »es keinen Schritt weiter gehe«.

⁹ Die Vorlage des preußischen Innenministers vom 10. Januar 1920 mit dem abgeänderten Verfassungsentwurf, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 8 a Bd. 1, Bl. 27–29 und 31–36; Rep. 77, Tit. 496a, Nr. 188, Bd. 1, Bl. 162–164 und zwei Entwurfsversionen, Bl. 165–178. In der Sitzung des Staatsministeriums am 15. Januar 1920 war der abgeänderte Verfassungsentwurf *Heines* beraten worden. Da der Finanzminister eine ausführliche Erläuterung seiner Forderung nach Schaffung eines Finanzrats angekündigt hatte, mußte die Beschlußfassung vertagt werden. Vgl. PPS, Bd. 11/I, Nr. 97, S. 144 f., hier S. 144 (TOP 4); GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 77, Tit. 496a Nr. 188, Bd. 1, Bl. 148. Der Verfassungsentwurf wurde am 26. Februar 1920 der Preußischen Landesversammlung zugeleitet. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2000, S. 3005–3009.

¹⁰ In der interfraktionellen Besprechung am 6. Februar 1920 sprachen sich die Vertreter der DDP und des Zentrums für die Schaffung eines Staatsrats aus. Vgl. den Bericht des Innenministers *Heine* vom 6. Februar 1920, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 77, Tit. 496a Nr. 188, Bd. 1, Bl. 193–195, hier Bl. 193.

129.

5.2.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 120v-r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Schmiljan.

Abg. **Cassel** macht davon Mitteilung, daß auf 11 ½ Uhr eine Sitzung des Seniorenkonvents einberufen sei mit der Tagesordnung, Kundgebung gegen die Auslieferungsliste und Aufhebung der Sitzung.¹

Abg. **Jordan** befürwortet, daß dann auch sofort die Vertagung eintritt.

Den gleichen Standpunkt vertritt **Cassel**.

Den gegenteiligen Standpunkt vertritt Abg. **Schümer**.

Als Befürworter der Vertagung sprechen noch die Abg. **Struve**, **Kimpel**.

Abg. **Struve** bringt bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck, daß es bedauerlich sei, daß die demokratischen Minister wieder in die Regierung eingetreten sind, obwohl sie wußten, daß dieses Verlangen kommen werde.

Abg. **Schmiljan** schließt sich dieser Meinungsäußerung vollinhaltlich an, ebenfalls der Abg. **Kopsch**.

Abg. **Schümer** bringt die gegenteilige Anschauung zum Ausdruck.

Abg. **Kopsch** macht den schwersten Vorwurf dem Abg. **Erzberger**, der die Verhandlungen in Weimar dadurch beeinflußt habe, daß er mitteilte, die Entente werde auf die Erfüllung der ehrenrührigen Forderungen verzichten.²

Exz. **Friedberg** bestätigt diese Ausführungen.

Abg. **Schreiber** ist gegen eine Kundgebung der Fraktion gegen die Haltung der demokratischen Fraktion des Reichstags, ebenfalls Abg. **Jordan** und Abg. **Barteld**.

Abg. **Schnackenburg** macht der demokratischen Fraktion in der Nationalversammlung den Vorwurf, daß sie eine widersprüchliche Haltung am 21. Juni und nachher bei dem Eintritt in die Reichsregierung eingenommen habe.³

Abg. **Kopsch** befürwortet die Bildung eines Ministeriums aus allen Parteien.

Abg. **Böer** tritt dieser Anregung auf das Allerschärfste entgegen, weil die Oppositionsparteien mit schärfstem Hohn antworten würden.

Abg. **Schmiljan** befürwortet die Einberufung einer neuen Fraktionssitzung auf 2 Uhr.

Abg. **Barteld** ist dafür, daß die Sitzung auf 3 Uhr einberufen wird und daß alle erreichbaren Mitglieder des Vorstandes der Partei und die demokratischen Minister dazu eingeladen werden.

Die **Fraktion** ist damit einverstanden.

¹ Vgl. die Sitzung des Ältestenrats vom 5. Februar 1920, 11.45 bis 12.15 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I, HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2. Am 4. Februar 1920 war der Reichsregierung die Liste der nach Art. 228 des Friedensvertrages den Alliierten auszuliefernden deutschen Staatsbürger zugegangen. Vgl. Dok. Nr. 116. Zur Auslieferungsliste vgl. auch SCHULTHESS 1920/I, S. 19–21.

² Vgl. dazu EPSTEIN, S. 359, 392 f.

³ Am 21. Juni 1919 lehnte die DDP-Fraktion der Nationalversammlung in einer Resolution das alliierte Friedensdiktat ab. Vgl. »Der Standpunkt der Deutschen demokratischen Partei«, in: BERLINER TAGEBLATT, 278, 22.6.1919; am folgenden Tag trat die DDP aus der Reichsregierung aus, in die sie erst am 3. Oktober 1919 wieder zurückkehren sollte. Vgl. HEß, S. 76–111; STEPHAN, Aufstieg, S. 78–87, 130–132.

Aus dem Seniorenkonvent macht dann Exz. **Friedberg** die Mitteilung, daß [sich] heute nach einer Kundgebung⁴ die Landesversammlung vertage, daß aber die Landesversammlung so lange zusammenbleiben müsse, bis daß der Reichstag zusammenberufen sei. Die Landesversammlung solle mit einer Tagesordnung befaßt werden, die keine Veranlassung zu parteipolitischen Streitigkeiten geben kann.⁵

Die Sitzung mit den Reichsministern und den Mitgliedern des Vorstandes soll auf Freitag Nachmittag 4 Uhr einberufen werden.

130.

6.2.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 120r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: **Dominicus**.

Abg. **Degenhardt** beantragt die Einbringung eines Antrages, nach dem die Verfügung über die Wahl der Elternbeiräte vorläufig nicht zur Ausführung kommen soll.

Die **Fraktion** erklärt sich damit einverstanden.¹

Abg. **Schreiber** teilt ein Schreiben des Abg. *Laser* mit, in dem er von der Niederlegung seines Mandats Kenntnis gibt.²

Abg. **Dominicus** macht Mitteilung davon, daß das Haus sich bis zum 18. Februar vertagt.

Es wird noch beschlossen, der Sekretärin der Fraktion Frl. *Taubenbeim*³ ein Gehalt von 450 M zu bewilligen. In den Ausschuß zur Behandlung der Frage, wie die Altpensionäre bei der neuen Besoldungsordnungsreform behandelt werden sollen, werden die Abg. *Höfler*, *Ommert* und *Schümer* gewählt.⁴

⁴ Die Kundgebung der Preußischen Landesversammlung zur Auslieferungliste der Entente am 5. Februar 1920, 14.05 bis 14.20 Uhr, in: SBpLV 1919/21, Bd. 7, Sp. 9375–9378.

⁵ Vgl. die Sitzung des Ältestenrats vom 5. Februar 1920, 11.45 bis 12.15 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

¹ Antrag der Abg. Dr. *Friedberg*, Dr. Dr. *Porsch*, *Hergt*, Dr. v. *Krause* und Genossen (DDP, Z, DNVP, DVP) zur Beratung der Anträge *Nebelung* und Genossen (DDP) und *Linz* (Barmen) und Genossen (DNVP) über die Elternbeiräte (Nr. 1702, 1708), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1861, S. 2799. Der Antrag Nr. 1861 forderte, die Wahlen zu den Elternbeiräten vorläufig auszusetzen und die Erlasse über Elternbeiräte umgehend dem verstärkten Unterrichtsausschuß zur Prüfung zu unterbreiten. Der demokratische Antrag, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1702, S. 2381, hatte sich dafür ausgesprochen, die Wahlen zu den Elternbeiräten erst nach Beginn des neuen Schuljahres im April vorzunehmen. Der deutschnationale Antrag, ebd., Nr. 1708, S. 2383, wiederum hatte die Wahlen erst nach der Entscheidung der Erziehungsberechtigten über den Charakter der Volksschule stattfinden lassen wollen. Die Beratung der Anträge fand in der 115. und 116. Sitzung am 18. und 19. Februar 1920 statt.

² Der Abgeordnete Bürgermeister *Laser* aus Angerburg legte sein Mandat für Ostpreußen aus Gesundheitsgründen nieder. Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 119, 5.3.1920.

³ Vgl. auch Dok. Nr. 90.

⁴ Vgl. Dok. Nr. 126.

131.

18.2.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 120r–121v. Beginn: 11.00 Uhr. Protokollführer: Dönhoff.
Vorsitz: Dominicus.

Kleine Anfrage des Abg. *Barteld* wird genehmigt.¹

Plenum:

Antrag, betr. Elternbeiräte² – nach entsprechender Erklärung des Regierungsvertreters wird **Fraktion** ihren Antrag und die Beteiligung am Antrag [Nr.] 1861 zurückziehen, falls das Zentrum das Vorgehen mitmacht, anderenfalls wird am Antrag festgehalten.³ Vertreter der Fraktion Abg. *Dominicus* und *Otto*⁴,

zum Punkt 3 [Beratung des Antrags der Abg. *Weber* und Genossen (SPD) über die Bestätigung und Vereidigung der Bürgermeister, Beigeordneten und Schöffen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1063, S. 1519] spricht Abg. *Ruer*⁵,

zu [Punkt] 4 [Beratung des Antrags der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) auf verfassungsmäßige Gleichstellung der freimaurerischen Richtungen, ebd., Nr. 1230, S. 1625] Abg. *Sommer*⁶,

zu Punkt 5 [Beratung des Antrags der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) auf Vorlegung eines Gesetzes über die Baulastenbücher, ebd., Nr. 885, S. 1373] Abg. *Schloßmann*⁷,

zu [Punkt] 6 [Beratung des Antrags der Abg. *Lüdemann* und Genossen (SPD) auf Einsetzung einer parlamentarischen Studienkommission zur Erörterung der Fragen des Aufbaues des Fortbildungs-, Fach- und Hochschulwesens, ebd., Nr. 1325, S. 1802]: Abg. *Gottschalk* mit dem Antragsteller Zurückziehung vereinbaren oder Vertagung auf 6 Monate beantragen.⁸

¹ Dringende Kleine Anfrage Nr. 437 der Abg. *Barteld* (Hannover) und Frhr. v. *Richtbofen* (DDP) über die Versorgung des Dampfschöpfwerks der Vogtei Neuland mit Kohlen, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1887, S. 2827.

² Vgl. Dok. Nr. 130, Anm. 1.

³ Die DDP zog am 18. Februar 1920 ihren Antrag Nr. 1702 und, zusammen mit dem Zentrum, ihre Unterstützung des Antrags Nr. 1861 zurück. Die Abstimmung über die Anträge Nr. 1708 und 1861 erfolgte in der 117. Sitzung am 20. Februar 1920. Beide Anträge wurden abgelehnt. Vgl. auch ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 116, S. 186–188, hier S. 186.

⁴ Die Rede des Abg. *Otto* (Charlottenburg) in der 115. Sitzung am 18. Februar 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 8, Sp. 9501–9504. Der Abg. *Dominicus* ergriff nicht mehr das Wort.

⁵ Der Antrag wurde in der 116. Sitzung am 19. Februar 1920 ohne Aussprache dem Gemeindeausschuß überwiesen.

⁶ Der Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) auf verfassungsmäßige Gleichstellung der freimaurerischen Richtungen (Nr. 1230) wurde in der 123. Sitzung am 26. Februar 1920 einem Ausschuß überwiesen und später wieder zurückgezogen. Die Rede des Abg. *Sommer* als Antragsteller in der 123. Sitzung, in: SBpLV 1919/21, Bd. 8, Sp. 10040–10042 und 10045.

⁷ Die Rede des Abg. Dr. *Schloßmann* als Antragsteller in der 116. Sitzung am 19. Februar 1920, in: ebd., Sp. 9559–9561.

⁸ Der Antrag blieb in dieser Legislaturperiode unerledigt.

Zu Punkt 7 [Beratung des Antrags Dr. *Reineke* und Genossen (Z) über die Hinzuziehung von Vertretern der Privatarchitekten zum Wiederaufbau für Nordfrankreich, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1408, S. 2017] Abg. *Düker*.⁹

Zu [Punkt] 8 [Beratung der Verordnung vom 14. November 1918 (Gesetzsamml. S. 190), betr. das Inkraftbleiben der bestehenden Gesetze und Verordnungen, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 234 zu 3, S. 384, Nr. 275 zu V, S. 432, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1743, S. 2683, Nr. 1745, S. 2683 f.] Abg. *Ruer*.¹⁰

Zu [Punkt] 14 [Beratung des Antrags des 10. Ausschusses (Bevölkerungspolitik) über Regelung der Beamtgehälter, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1613, S. 2330]: Abg. *Schümer*. – Eventuell Antrag auf Überweisung an den Besoldungsausschuß durch den Abg. *Höfler*.¹¹

[Zu] Punkt 16 [Beratung des Antrags der Abg. *Lukassowitz* und Genossen (DNVP) über die Versorgung der Lehrer, die die Mittelschullehrer- und Rektorenprüfung abgelegt haben, ebd., Nr. 1703, S. 2382]: Überweisung an Unterrichtsausschuß.¹²

Punkt 17 [Beratung des Antrags Dr. *Kalle* und Genossen (DVP) über die Weinversteigerungen, ebd., Nr. 1704, S. 2382]: Abg. *Schreiber*.¹³

Punkt 18 [Beratung des Antrags Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über die landwirtschaftliche Ausnutzung von Truppenübungsplätzen, ebd., Nr. 1742, S. 2683]: Abg. *Wenke*.¹⁴

[Zu] Punkt 19: *Dönhoff*. Verweisung an Ausschuß für Bevölkerungspolitik.¹⁵

[Zu] Punkt 20: Antrag *Gräf* [ist] in folgender Fassung anzunehmen: Vertreter *Schümer* – *Höfler*.

[Zu] Punkt 22: Abg. *Schloßmann*,

[zu] Punkt 23: eventuell Abg. *Schloßmann*,

[zu] Punkt 24 [Beratung des Antrags der Abg. *Bergmann* und Genossen (Z) über die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1572, S. 2242]: 1. Satz annehmen, 2. Satz streichen, Vertreter Abg. *Berndt*.¹⁶

⁹ Der Antrag wurde in der 116. Sitzung am 19. Februar 1920 ohne Debatte dem Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen.

¹⁰ Dem Antrag des Verfassungsausschusses (Nr. 1743 zu 2) wurde in der 115. Sitzung am 18. Februar 1920 ohne Aussprache zugestimmt.

¹¹ Der Antrag wurde zusammen mit dem Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) zu dem Antrage des 10. Ausschusses (Bevölkerungspolitik) über Regelung der Beamtgehälter (Nr. 1613), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1897, S. 2829 f., in der 16. Sitzung am 19. Februar 1920 ohne Aussprache dem Ausschuß für Beamtenbesoldung überwiesen.

¹² Der Antrag wurde in der 116. Sitzung am 19. Februar 1920 dem verstärkten Unterrichtsausschuß überwiesen. Vgl. auch die Rede des Abg. *Kimpel*, in: ebd., Bd. 8, Sp. 9579–9581.

¹³ Der Antrag wurde in der 116. Sitzung am 19. Februar 1920 dem verstärkten Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen. Der Abg. *Schreiber* nahm nicht mehr das Wort.

¹⁴ Der Antrag wurde in der 117. Sitzung am 20. Februar 1920 durch frühere Beschlüsse des Hauses für erledigt erklärt. Die Rede des Abg. *Wenke*, in: ebd., Bd. 8, Sp. 9618–9620.

¹⁵ Anhand der Sitzungsprotokolle der Preussischen Landesversammlung kann nicht mehr eindeutig geklärt werden, um welche Tagesordnungspunkte es sich bei den Punkten 19, 20, 22, 23, 26, 27 und 28 handelt.

¹⁶ Der Antrag wurde in der 117. Sitzung am 20. Februar 1920 dem Rechtsausschuß überwiesen. Satz 1 lautete: »Die verfassunggebende preussische Landesversammlung wolle beschließen: die Staatsregierung zu ersuchen, im Reichsrat darauf hinzuwirken, daß die Bekanntmachung des Bundesrats vom 2. August 1913, betreffend Entschädigung der Schöffen und Geschworenen einer Nachprüfung unterzogen wird.« Satz 2: »Die infolge der Geldentwertung notwendig gewordene Neuregelung der Entschädigungssätze möge in dem Sinne erfolgen, daß neben der bisherigen Pauschalentschädigung der

[Zu] Punkt 25 [Beratung der Anträge der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen, *Conradt* und Genossen (DDP, DNVP) über die Höchstmieten, ebd., Nr. 1705, S. 2382, Nr. 1729, S. 2420] und Überweisung an Ausschuß: Vertreter Abg. Dr. *Ruer*.¹⁷

[Zu] Punkt 26: Vertreter Abg. Dr. *Heine*,

[zu] Punkt 27: Abg. *Schloßmann*,

[zu] Punkt 28: Abg. *Dönhoff*.

Verschiedenes.

Abg. **Jansen**: Dringliche Förmliche Anfrage, betr. Generalstreik Solingen.

Wird beauftragt mit Regierung Fühlung zu nehmen, danach Anfrage einzubringen.¹⁸

Abg. **Juds**: Betr. Bewilligung von Staatsmitteln für Fischereihafen Geestemünde, Beschluß entgegen dem Antrag *Schnackenburg*, halten die übrigen Ausschußmitglieder an ihrer Auffassung fest.¹⁹

Abg. Exz. **Friedberg** übermittelt an ihn ergangene Anregungen, betr. Suspension des Reichsministers *Erzberger* von seinem Amt während seines Prozesses.²⁰

Zur näheren Erörterung dem Fraktionsvorstand zugewiesen.

Kleine Anfrage *Höfler, König* genehmigt.²¹

Zusatz Satz 2 zum Antrag [Nr.] 1613 in Fassung *Höfler* genehmigt.²²

Abg. Dr. **Heine** legt Schreiben des Ministers *Haenisch* zur Berufung *Großmanns* zum I.IV. vor.

Abg. **Otto** berichtet über Abmachungen mit Zentrum und Sozialdemokraten über das Verhalten beim Punkt 2 [Beratung des Antrags der Abg. *Weber* und Genossen (SPD) über die Bestätigung und Vereidigung der Bürgermeister, Beigeordneten und Schöffen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1063, S. 1519].²³

durch die Ausübung des Amtes entstehende Ausfall des Einkommens vergütet wird.« SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1572, S. 2242. Die Rede des Abg. Dr. *Berndt* (Stettin), in: ebd., Bd. 8, Sp. 9667f.

17 Vgl. Dok. Nr. 119. Die Rede des Abg. *Ruer* als Antragsteller in der 119. Sitzung am 23. Februar 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 8, Sp. 9771–9784.

18 Dringende Förmliche Anfrage der Abg. *Jansen* und Genossen (DDP) über den Solinger Generalstreik, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1889, S. 2827.

19 Vgl. auch den Ausschußbericht zum Gesetzentwurf, betr. die Erweiterung und Einschleusung des Fischereihafens zu Geestemünde (Drucksache Nr. 1592), in: ebd., Nr. 2040, S. 3026–3031. Die Vorlage wurde in der 131. Sitzung am 30. März 1920 unverändert angenommen.

20 Zum Beleidigungsprozeß des Reichsfinanzministers Matthias *Erzberger* gegen den früheren Reichsvizekanzler und Deutschnationalen Karl *Helfferrich* vgl. Dok. Nr. 128.

21 Kleine Anfrage der Abg. *Höfler* und Genossen (DDP), betr. Vorlegung eines Gesetzes über die Beamtenräte, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1888, S. 2827.

22 Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) zu dem Antrage des 10. Ausschusses (Bevölkerungspolitik) über Regelung der Beamtengehälter (Nr. 1613), in: ebd., Nr. 1897, S. 2829f. Nach dem Antrag sollte in den Antrag Nr. 1613 folgende Nr. 2 eingefügt werden: »durch Gewährung dieser Zulagen darf keine Verkürzung der Grundgehälter der Beamten eintreten.«

23 Vgl. auch die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion des Zentrums vom 18. Februar 1920, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 116, S. 186–188, hier S. 186.

132.

19.2.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 121v–122v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Kleine Anfrage *Wenke* wird abgelehnt, weil Gegenstand nicht genügend wichtig.

Zur Anregung des Abg. *Kopsch* auf Verminderung der Kleinen Anfragen wird angeregt wenn irgend tunlich den Weg der persönlichen Anfrage beim betreffenden Ressort zu wählen.

Plenum:

Punkt 1 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über Erhebung von Zuschlägen im Güter- und Tierverkehr der preußisch-hessischen Staatseisenbahnen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1880, S. 2822–2824]. Abg. *Kuhle* wird Fraktion vertreten.¹

Punkt 20: Abg. *Schloßmann*.²

Punkt 23 [Besprechung der Förmlichen Anfrage Dr. *Friedberg* über die Schließung der Gastwirtschaften, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1636, S. 2346]: Wegen Abwesenheit des Abg. *Goll* soll einstweilige Absetzung veranlaßt werden.

Punkt 24 [Besprechung der Förmlichen Anfrage der Abg. *Höfler* und Genossen (DDP) über Erlaß eines Beamtengesetzes und die Änderung des Disziplinalgesetzes, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1852, S. 2794f.] wird Abg. *Höfler* begründen.³

Dem Erlaß eines Beamtensperrgesetzes für die vom Gesetzentwurf Groß-Berlin betroffenen Gemeinden wird in der vorliegenden Fassung zugestimmt.⁴

Der vom Ältestenausschuß angeregten Behandlung des Antrags des Ausschusses für Bevölkerungspolitik⁵, ihn ohne Begründung und Besprechung dem Beamtenbesoldungsausschuß zu überweisen, wird zugestimmt unter der Voraussetzung, daß in diesem Ausschuß einem Vertreter der Forderung des Ausschusses für Bevölkerungspolitik Gelegenheit zur Äußerung gegeben wird.⁶

Zum Punkt 22 des Plenums [Besprechung der Förmlichen Anfrage der Abg. Dr. *Boelitz* und Genossen (DVP) über die Lehrbücher für Geschichte, SBpLV 1919/21, Anla-

¹ Die Rede des Abg. *Kuhle* in der 116. Sitzung am 19. Februar 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 8, Sp. 9523–9525.

² Anhand der Sitzungsprotokolle der Preußischen Landesversammlung läßt sich der Tagesordnungspunkt 20 nicht mehr eindeutig verifizieren.

³ Die Rede des Abg. *Höfler* in der 118. Sitzung am 21. Februar 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 8, Sp. 9740–9746.

⁴ Die erste, zweite und dritte Beratung des Antrages der Abg. *Gräf* (Frankfurt), Dr. Dr. *Porsch*, Dr. *Friedberg*, v. der *Osten*, Dr. v. *Krause* (Ostpreußen), Adolph *Hoffmann* und Genossen (SPD, Z, DDP, DNVP, DVP, USPD) auf Annahme eines Gesetzes über Gemeindebeamte im Gebiet der künftigen Stadt Groß-Berlin, ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 1907, S. 2957, fanden in der 118. Sitzung am 21. Februar 1920 statt. Der Antrag wurde angenommen.

⁵ Zum Antrag des 10. Ausschusses (Bevölkerungspolitik) über die Regelung der Beamtengehälter (Nr. 1613) vgl. Dok. Nr. 131.

⁶ In der Sitzung des Ältestenrats vom 18. Februar 1920, 14.10 bis 14.50 Uhr, gab der Vertreter der DDP allerdings zu Bedenken, »daß eine ausgiebige Erörterung des Gegenstandes (Berücksichtigung der Kinderzahl bei der Beamtenbesoldung) nicht zu vermeiden sei.« Die Fraktionen sollten deshalb darüber beraten, ob dem Vorschlag der Ausschußverweisung Folge gegeben werden könne. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

gen, Bd. 5, Nr. 1593, S. 2292]: Lehrbücher für Geschichte, skizziert der Abg. **Schümer** seine beabsichtigte Stellungnahme.

Die Abg. **Rade** und **Sommer** treten seiner Forderung des Verzichts auf Lehrbücher im Unterricht entgegen.

Die Abg. **Kimpel**, **Cassel**, **Schreiber** und andere weisen darauf hin, daß, solange ein Ersatz für die bisher benutzten Bücher fehlt, diese nicht zu entbehren sind, auch in Rücksicht auf die wirtschaftliche und politische Seite der Frage eine vorsichtige Stellungnahme geboten ist.

Der Abg. **Sommer** wird beauftragt, die Fraktion zu vertreten.⁷

Die Kleine Anfrage des Abg. **Düker** über Pfuscharbeit wird in Form einer Förmlichen Anfrage von der **Fraktion** übernommen, mit den Namen Dr. **Friedberg**, **Düker** unterzeichnet.⁸

Kleine Anfrage des Abg. Dr. **Grund**, betr. Befragung von Zeugen nach Konfession, wird genehmigt.⁹

Abg. **Schloßmann** begründet den Vorschlag einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse 10 und 21¹⁰ – dem zugestimmt wird.

Abg. **Jansen** fragt wegen Nachrücken der Kandidaten für ausscheidende Abgeordneten aus abgetretenen Gebieten. Da Teile der betreffenden Wahlkreise preußisches Staatsgebiet bleiben, entscheidet der persönliche Wohnsitz des betreffenden Abgeordneten; besonders liegt die Frage für die Gegenden, deren Bewohner das Recht zu optieren haben.

Der Abg. **Berndt** wird Stellungnahme des Rechtsausschusses veranlassen.

Abg. **Schreiber** macht Mitteilung der Parteizentrale.

⁷ Die Rede des Abg. **Sommer** in der 118. Sitzung am 21. Februar 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 8, Sp. 9715–9721. Die Anfrage bezog sich auf einen Erlaß des preußischen Kultusministers vom 6. Dezember 1919, nach dem die bisherigen Lehrbücher für Geschichte nicht weiter zu benutzen seien. Gleichwohl hatte das Ministerium am 2. Januar 1920 deutlich gemacht, daß neue Lehrbücher, die den Weltkrieg und die neuen staatlichen Verhältnisse berücksichtigen würden, nicht vor dem Jahre 1922 eingeführt werden sollten. Die DVP forderte die strenge Einhaltung der Zusage vom 2. Januar, da sonst die inzwischen von den Verlagsbuchhändler gedruckten neuen Auflagen wertlos würden. Dieser Forderung schloß sich die DDP an.

⁸ Förmliche Anfrage der Abg. Dr. **Friedberg** und Genossen (DDP) über die gewerbsmäßige Nebenarbeit von Staatsbeamten usw., in: ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 1912, S. 2959.

⁹ Kleine Anfrage des Abg. Dr. **Grund** (DDP) über das Recht der Justizbehörden bei Zeugenvernehmungen usw. nach der Religionszugehörigkeit zu fragen, in: ebd., Nr. 1902, S. 2954.

¹⁰ Der 10. Ausschuß war der Ausschuß für Bevölkerungspolitik, der 21. Ausschuß der Ausschuß für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk.

133.

20.2.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 122v–r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Schümer.
Vorsitz: Dominicus.

Plenum.

Punkt 16 [Beratung des Antrages des Ausschusses für Bevölkerungspolitik, über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und Regelung des Dirnenwesens, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1823, S. 2775 f., Nr. 1927, S. 2968, Nr. 1938, S. 2977].¹ Zu Punkt 4 des Antrags² wird beschlossen, Koll. Dr. *Rebehn* soll besondere Abstimmung und Ablehnung des Abs. 4 beantragen.³

Abg. Dr. **Rade** beantragt Zustimmung zu einer Kleinen Anfrage über Vorteile des [...]⁴. Es wird beschlossen, daß im Ministerium eine Erkundigung eingezogen werde.

Abg. **Schümer** gibt eine Erklärung ab, daß er in dem gestrigen Beschluß über die Vertretung der Fraktion zu dem Geschichtsbücher[...]⁵ eine Unbilligkeit erblicke, die ihm die Mitarbeit in der Fraktion erschwere.⁶

Abg. **Ruer** regt an, über die Erhöhung der Vorortverkehrspreise Erkundigungen einzuziehen und nötigenfalls Schritte zu unternehmen.

Abg. Dr. **Grund** übernimmt die Angelegenheit.

Abg. **Höfler** bringt Vorgänge aus der Eisenbahndirektion Erfurt vor, bei [...]⁷ das Eisenbahnministerium *Berndt* versetzt habe aus Rücksicht auf Elemente, deren Geschicklichkeit bekannt sei.

Es wird beschlossen, mit dem Eisenbahnminister in Verbindung zu treten. Der Vorsitzende wird den Minister benachrichtigen.

Abg. **Cassel** bringt die Erfahrung zum Vortrag, daß jetzt die Minister weniger zu sprechen seien als früher unter der alten Ordnung.

Abg. Dr. **Schmiljan** berichtet über die Vorstandssitzung vom 19.2.⁸ Der Vorstand ist zu der Auffassung gekommen, daß die Stellung der Partei daher [...]⁹ werden müsse, daß [...]¹⁰ die Vermengung von Staatsämtern und wirtschaftlicher Tätigkeit nicht gefördert werden dürfe, und daß die Stellung zum Fall *Erzberger*¹¹ der Partei überlassen werden müsse.

¹ Die Beratung des Antrages fand in der 121. Sitzung am 25. Februar 1920 statt.

² Punkt 4 des Antrags, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1823, S. 2775 f., hier S. 2775, betraf die Anzeigepflicht für alle Geschlechtskranken ohne Namensnennung an ein zum strengsten Stillschweigen verpflichtetes Gesundheitsamt.

³ Die Fraktion vertrat der Abg. *Struve* in der 121. Sitzung am 25. Februar 1920. Vgl. ebd., Bd. 8, Sp. 9925–9928, 9965 (als Berichterstatter) und 9953–9958.

⁴ Zwei Wörter unleserlich.

⁵ Wortteil unleserlich.

⁶ Vgl. Dok. Nr. 132.

⁷ Wort unleserlich.

⁸ Gemeint ist eine Sitzung des Fraktionsvorstands.

⁹ Wort unleserlich.

¹⁰ Wort unleserlich.

¹¹ Vgl. Dok. Nr. 128 und 131.

Abg. Dr. **Rade** warnt vor Vermischung von Politik und Moral in dem Kampf gegen Staatsmänner.

Abg. Dr. **Schloßmann** hätte es für die Aufgabe der demokratischen Partei, auf politische Moral zu halten.

Abg. Dr. **Preuß** betont die Gefahr für die parlamentarische Regierung.

Abg. Dr. **Struve** unterstützt die Auffassung, daß die Fraktion sich nicht in die Geschäfte der Reichsfraktion einmischen [dürfe].

Die [...] ¹² an den Fraktionsvorsitzenden wird beschlossen.

134.

21.2.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 122r–123v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Plenum.

Zum Punkt 1 [Erste, zweite und dritte Beratung des Antrages der Abg. *Gräf* (Frankfurt), Dr. Dr. *Porsch*, *Friedberg*, v. der *Osten*, Dr. v. *Krause* (Ostpreußen), *Adolph Hoffmann* und Genossen (SPD, Z, DDP, DNVP, DVP, USPD) auf Annahme eines Gesetzes über Gemeindebeamte im Gebiet der künftigen Stadt Groß-Berlin, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1907, S. 2957] übernimmt der Abg. *Dominicus* die Vertretung.¹

Kleine Anfrage des Abg. *Höfler* wird genehmigt (Kriegsbeihilfen der ehemaligen preußischen Hofbeamten).²

Punkt 5 [Förmliche Anfrage der Abg. *Höfler* und Genossen (DDP) über den Erlaß eines Beamtengesetzes und die Änderung des Disziplinalgesetzes, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1852, S. 2794 f.] übernimmt Abg. *Höfler* die Begründung und Besprechung.³

Punkt 7: Eventuell spricht Abg. *Juds* dazu.⁴

Verschiedenes.

Entwurf der neuen Geschäftsordnung für die Landesversammlung.⁵ Soll in einer der

¹² Wort unleserlich.

¹ Eine Aussprache fand nicht statt.

² Kleine Anfrage des Abg. *Höfler* (DDP) über die Kriegsbeihilfen an die ehemaligen preußischen Hofbeamten, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1918, S. 2962.

³ Die Rede des Abg. *Höfler* in der 118. Sitzung am 21. Februar 1920, in: ebd., Bd. 8, Sp. 9740–9746, als Fragesteller, und Sp. 9755–9757 zur Sache.

⁴ Anhand der Sitzungsprotokolle der Preußischen Landesversammlung läßt sich der Tagesordnungspunkt 7 nicht mehr eindeutig verifizieren.

⁵ Der Antrag des Geschäftsordnungsausschusses auf Annahme einer endgültigen Geschäftsordnung für die Preußische Landesversammlung, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1900 A und B, S. 2831–2953, wurde in der 126. Sitzung am 28. Februar 1920 beraten.

nächsten Sitzungen durch die Abg. *Frentzel* oder *Kopsch* erläutert werden. Anträge, betr. Abänderung von Gerichtsbezirken, Abg. *Schreiber*.⁶

Drucksache [Nr.] 1925⁷ soll dem Abg. *Jansen* zur Bearbeitung übertragen werden. In der Fraktionssitzung am kommenden Dienstag oder Mittwoch soll über die Ausschlußberatung der Vorlage Groß-Berlin berichtet werden.⁸

Abg. *Schreiber* regt an, in Angelegenheiten, deren Erledigung Reichs Sache ist, den bisher üblichen Weg über die Staatsregierung zu verlassen, sondern die demokratische Reichstagsfraktion zu ersuchen, die Sache dort vorzubringen.

Auf Anregung des Abg. *Otto* wird beschlossen, daß, wenn im Fall namentlicher Abstimmung einzelne Mitglieder dem Beschluß der Fraktionsmehrheit entgegen stimmen wollen [sic], sie dies vorher mitteilen möchten.

Abg. *Kuhle* wünscht Aufnahme der Arbeiten der Fraktionskommission für den Mittel-landkanal.⁹

Abg. *Sommer* dringt darauf, im Fall der Verhinderung für Vertretung in den Ausschüssen zu sorgen, Abg. *Schreiber* für rechtzeitige Einladung zu den Ausschußsitzungen einzutreten.

Abg. *Grund* berichtet über Ausschußbehandlung der Erhöhung der Gütertarife und Personenfahrpreise.¹⁰

Zur Klärung schwebender Wünsche und Anstände der Eisenbahnvertreter in der Fraktion wird der Minister *Oeser* gebeten werden, in der nächsten Woche einen Tag zur Aussprache in einer Fraktionssitzung zu bestimmen.

Abg. *Berghaus* wirft die Frage auf, ob es möglich sein wird, laufende Pachtverträge und Hypothekenabschlüsse in Anbetracht des veränderten Geldwertes als aufgehoben zu erklären.

Abg. Dr. *Schreiber* regt an, die Anregung dem Minister *Koch* zugehen zu lassen; sie soll vorher noch einmal in der Fraktion zur Sprache kommen.

Abg. *Kopsch* begrüßt den Artikel des Abg. *Schreiber* zum neuen Wahlgesetz und fordert zum Auftreten in seinem Sinn auf.¹¹

⁶ In der 119. Sitzung am 23. Februar 1920 wurde der Gesetzentwurf, betr. die Änderung der Amtsgerichtsbezirke Hohenlimburg und Schwerte, ebd., Nr. 1924, S. 2965, in erster und zweiter Lesung beraten. Anträge wurden zu diesem Gegenstand nicht gestellt. Auch eine Aussprache fand nicht statt.

⁷ Gesetzentwurf, betr. eine einstweilige Ermächtigung des Provinzialausschusses in Düsseldorf und des Landesausschusses in Wiesbaden, in: ebd., Nr. 1925, S. 2966 f. In der 119. Sitzung am 23. Februar 1920 wurde die Vorlage in erster Lesung an den Gemeindeausschuß überwiesen.

⁸ Der Gesetzentwurf über die Bildung einer Stadt Groß-Berlin, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1286, S. 1691–1770 (Regierungsvorlage), Anlagen, Bd. 7, Nr. 2172–2174, S. 3295–3497 (Ausschußbericht mit Anlagen und der Zusammenstellung des Gesetzentwurfs mit den Beschlüssen in zweiter Lesung), war in der 88. Sitzung am 2. Dezember 1919 an den Ausschuß überwiesen worden. Die zweite und dritte Lesung sowie die Abstimmung fanden in der 136., 137. und 139. Sitzung am 23., 24. und 27. April 1920 statt.

⁹ Der Gesetzentwurf, betr. die Vollendung des Mittellandkanals und die durch sie bedingten Ergänzungsbauten an vorhandenen Wasserstraßen, ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2659, S. 4347–4368, wurde in der 150. Sitzung am 8. Juli 1920 in erster Lesung beraten.

¹⁰ Der Gesetzentwurf über Erhebung von Zuschlägen im Güter- und Tierverkehr der preußisch-hessischen Staatseisenbahnen, ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 1880, S. 2822–2824 (Regierungsvorlage), Nr. 1930, S. 2970 (Ausschußantrag), wurde in der 119. Sitzung am 23. Februar 1920 in zweiter und dritter Lesung beraten und angenommen.

¹¹ Dr. *Walther Schreiber*: »Listenwahl oder Einzelwahl?«, in: VOSSISCHE ZEITUNG, 95, 21.2.1920. In seinem Artikel kritisierte *Schreiber* die in den drei Wahlgesetzentwürfen des Reichsinnenministers *Erich Koch* vorgesehene Reichswahlliste. Das Listenwahlrecht würde den Einflüssen der einzelnen

135.

23.2.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 123v–r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Struve.

Kleine Anfrage des Abg. *Wittrock* über Verhältnisse im Schleswigschen Abstimmungsgebiet wird genehmigt.¹

Abg. *Gräf* (Mehrheitssozialdemokratie) fordert Fraktion zur Mitunterzeichnung eines Antrags über Fragen der äußeren Politik auf.² Wird abgelehnt, ebenfalls Besprechung der Förmlichen Anfrage [Nr.] 122³, weil Preußen nicht zuständig.

Plenum:

Falls Eisenbahnfragen zur Besprechung kommen, wird Abg. *Kuhle* nachdrücklich die Auffassung vertreten, daß Betrieb wirtschaftlich gestaltet werden muß.⁴

Abg. *Kopsch* beantragt schleunige Besprechung der Eisenbahnfragen in der Fraktion, ausschließlich Dienstag wegen Verhinderung des Abg. *Höfler*.

Punkt 2 und 3 [P. 2: Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Errichtung von Ortsgerichten für Unterliederbach, Sindlingen und Zeilsheim, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1923, S. 2964; P. 3: Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Änderung der Amtsgerichtsbezirke Hohenlimburg und Schwerte, ebd., Nr. 1924, S. 2965] ohne Besprechung zu erledigen.⁵

Berufs- und Interessengruppen Tür und Tor öffnen. Die vorliegenden Vorschläge hätten zudem den Mangel, daß eine ständige Neueinteilung der Wahlkreise und eine Zerreißung wirtschaftlich und verwaltungstechnisch zusammengehöriger Gebiete notwendig sein würde, wollte man die Wahlausichten der einzelnen Wahlkreise gleich günstig gestalten. Deshalb brachte *Schreiber* folgenden Modus in Vorschlag: »Das ganze Reichsgebiet wird in 400 Wahlkreise eingeteilt zu je etwa 150000 Einwohnern. In jedem Wahlkreise stellt jede Partei nur einen Kandidaten auf. Auf je 60000 im ganzen Reich für eine Partei abgegebenen Stimmen entfällt ein Mandat; und diese Mandate werden auf die betreffende Partei so verteilt, daß diejenigen Kandidaten der Partei gewählt sind, die im Verhältnis zu allen in ihrem Wahlkreise abgegebenen Stimmen am günstigsten abgeschnitten haben. Dieses Wahlrecht hat den Vorteil, daß der Kampf innerhalb der Parteien um die Reihenfolge der Kandidaten auf den Listen verschwindet.« Die Parteien würden bemüht sein, »wirklich nur tüchtige und fähige Kandidaten auszusuchen.« Darüber hinaus würde der bedenkliche Einfluß der Interessengruppen in den Hintergrund gedrängt.

¹ Dringende Kleine Anfrage des Abg. *Wittrock* (DDP) über die Vergewaltigung der Beamten und der Presse im Abstimmungsgebiet Nordschleswigs, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1941, S. 2978. Die Internationale Kommission hatte den Beamten im Abstimmungsgebiet Nordschleswigs die Teilnahme an politischen Versammlungen untersagt. Gleichzeitig hatte sie das Erscheinen des »Flensburger Tageblattes« für die Zeit vom 18. bis 26. Februar 1920 verboten.

² Am 24. Februar 1920 stellte die SPD, ohne die Unterstützung anderer Fraktionen gefunden zu haben, den Antrag der Abg. *Gräf* (Frankfurt) und Genossen über Aufnahme der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zur Sowjet-Republik Rußlands, in: ebd., Nr. 1939, S. 2977.

³ Förmliche Anfrage der Abg. *Adolph Hoffmann* und Genossen (USPD) über Friedensverhandlungen mit der russischen Sowjetregierung, in: ebd., Nr. 1921, S. 2963.

⁴ In der 119. Sitzung am 23. Februar 1920 fanden die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über Erhebung von Zuschlägen im Güter- und Tierverkehr der preußisch-hessischen Staatseisenbahnen, ebd., Nr. 1880, S. 2822–2824, Nr. 1930, S. 2970 (Ausschußantrag), statt. Vgl. Dok. Nr. 134. An der kurzen Besprechung beteiligte sich kein Vertreter der DDP.

⁵ Zu Punkt 3 vgl. Dok. Nr. 134.

Falls zu Punkt 4 [Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betr. eine einstweilige Ermächtigung des Provinzialausschusses in Düsseldorf und des Landesausschusses in Wiesbaden, ebd., Nr. 1925, S. 2966 f.] gesprochen wird, ist Abg. *Jansen* Vertreter der Fraktion.⁶

Zu Punkt 6 [Beratung der Anträge der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) und der Abg. *Conradt* und Genossen (DNVP) über die Höchstmieten, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1705, S. 2382, Nr. 1729, S. 2420], Höchstmieten, spricht Abg. *Ruer*.⁷

Abg. *Berghaus* übermittelt Wunsch des Zentrums, einen glimpflichen Rückzug der Verordnung durch Überweisung an einen Ausschuß veranlassen zu helfen.

Abg. *Böer* ist für deutliche Äußerung unserer Bedenken und Ablehnung, wird für den Fall, daß Abg. *Ruer* wesentlich nur die rechtliche Seite behandelt, als 2. Redner zu den wirtschaftlichen Fragen sprechen.⁸

Die Anregung des Abg. *Berghaus*, betr. Pacht- etc. Fragen, wird dem Parteivorstand mit der Bitte um Erörterung übermittelt, eventuell zur Veranlassung einer gemeinsamen Sitzung der beiden Fraktionen.⁹

Abg. *Kopsch* berichtet über die Verhandlungen des Geschäftsordnungsausschusses über die Geschäftsordnung der Landesversammlung.¹⁰

Als Redner für die Behandlung im Plenum wird der Abg. *Kopsch* bestimmt.¹¹

Die Frage der Zugehörigkeit der Abgeordneten aus den abgetretenen Gebieten drängt zur Entscheidung, Abg. Dr. *Berndt* bittet, den Geschäftsordnungsausschuß die Rechtsfrage zu klären.

Interesse der **Fraktion** an der Erörterung wird bezweifelt.

⁶ Die Vorlage wurde ohne Aussprache dem Gemeindeausschuß überwiesen. Vgl. auch Dok. Nr. 134.

⁷ Die Rede des Abg. Dr. *Ruer* in der 119. Sitzung am 23. Februar 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 8, Sp. 9771–9784. Vgl. auch die Rede Dr. *Ruers* in der 120. Sitzung am 24. Februar, in: ebd., Sp. 9858–9865; ferner Dok. Nr. 119.

⁸ Der Abg. *Böer* ergriff nicht mehr das Wort.

⁹ Diese Initiative mündete offenbar in die Kleine Anfrage des Abg. *Berghaus* über Errichtung von Pacht-einigungsämtern. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2563, S. 4236.

¹⁰ Vgl. Dok. Nr. 134.

¹¹ Die Reden des Abg. *Kopsch* in der 126. Sitzung am 28. Februar 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 8, Sp. 10164f., 10169f., 10178f., 10184f. und 10192.

136.

24.2.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 123r–124v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Schreiber.

Wegen Abwesenheit des Abg. *Höfler* übernimmt Abg. *König* Vertretung der Fraktion zum Punkt 5 [Beratung des Antrages der Abg. *Herrmann* und Genossen (DNVP) über die Notlage der Altpensionäre, Witwen und Rentenempfänger, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 164, S. 209, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1867 zu 1, S. 2803 (Ausschußantrag)]: Verbesserung der Lage der Ruhegehaltsempfänger.¹ Es soll gemeinsame Behandlung von Punkt 5 und Punkt 6 [Beratung des Antrages der Abg. *Hammer* und Genossen (DNVP) auf Fürsorge für die Festbesoldeten und die Altpensionäre, ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 1908, S. 2958] (Fürsorge für Festbesoldete und Altpensionäre) beantragt werden durch Abg. *Barteld*, und Abg. *König* letzteren mit behandeln.

Zu Punkt 7 [Beratung des Antrages der Abg. *Gräf* (Frankfurt) und Genossen (SPD) über die Entschädigung wieder verheirateter Kriegerwitwen, die Aufbesserung der Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen und die Auszahlung der Gefangenenlöhnung, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 208, S. 367, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1874, S. 2805 (Ausschußantrag)], Entschädigung wieder verheirateter Kriegerwitwen etc., wird unser Vertreter in der betreffenden Staatshaushaltssitzung sprechen, ebenfalls zum Antrag, betr. Kapitalisierung der Witwenrenten.²

Wenn notwendig, wird zum Punkt 9 [Beratung des Antrages der Abg. *Christange* und Genossen (USPD) über die Notlage der Rentenempfänger der Invaliden- und Unfallversicherung, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 222, S. 374, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1867 zu 2, S. 2803 (Ausschußantrag)] – Notlage der Rentenempfänger – Abg. *Ommert* sprechen.³

Abg. **Kochmann** berichtet über die Verhältnisse in Oberschlesien.⁴

Zur Geschäftsordnung versucht Abg. **Schümer** um Aussetzung der Beratung und weist darauf hin, daß ihm, als dem Verfasser unseres Antrags zu Punkt 5, die Vertretung im Plenum übertragen war.⁵

Abg. *König* tritt zurück, bittet bei Besprechung der Beamtenbesoldungsreform als Redner berücksichtigt zu werden.

Bei der Besprechung des Berichts *Kochmanns* nehmen das Wort Abg. **Winkler**, Dr. **Grund**, Abg. **Kochmann**, Abg. **Wittrock**.

¹ In Verbindung damit wurden verhandelt: a) der Antrag der Abg. *Gräf* (Frankfurt) und Genossen (SPD) und Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über die Pensionäre und die Altpensionäre, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1847, S. 2793, Nr. 1896, S. 2829, sowie b) der Antrag der Abg. *Hergt*, Dr. v. *Krause* (Ostpreußen) und Genossen (DNVP, DVP) über die Teuerungszulagen für Ruhegehaltsempfänger, Gemeindebeamte usw., ebd., Nr. 1913, S. 2959.

² Antrag der Abg. *Müller* (Hannover) und Genossen (SPD) über die Kapitalisierung der den Kriegerwitwen zustehenden Renten, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 235, S. 386, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1873, S. 2805 (Ausschußantrag).

³ Die Rede des Abg. *Ommert* in der 120. Sitzung am 24. Februar 1920, in: ebd., Bd. 8, Sp. 9907f.

⁴ Am 11. Februar 1920 übernahm die Interalliierte Kommission für die Volksabstimmung in Oberschlesien die Verwaltung des Landes. Vgl. SCHULTHESS 1920/I, S. 22.

⁵ Die Rede des Abg. *Schümer* in der 120. Sitzung am 24. Februar 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 8, Sp. 9879–9881.

Abg. Dr. **Schreiber** bittet die Beteiligten, aus dem Vorgebrachten bestimmte Vorschläge heraus zu arbeiten und sie morgen der Fraktion vorzulegen.

Zum Plenum Punkt 4 [Beratung der Anträge der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) und der Abg. *Conradt* und Genossen (DNVP) über die Höchstmieten, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1705, S. 2382, Nr. 1729, S. 2420], Höchstmieten, ist Abg. *Ruer* Vertreter⁶, Fraktion wird beiden Ziffern des Antrags *Conradt* zustimmen.⁷

Die Förmliche Anfrage des Abg. *Ommert* (Zollgrenze für das Saargebiet) soll vor Beschlußfassung gedruckt vorgelegt werden.⁸

Abg. **Barteld** regt an, auf Übermittlung des Entwurfs der Städteordnung⁹ zu dringen und regelmäßig Mitteilung über derartige Vorlagen an die Abgeordneten zu machen, bevor sie der Presse zugehen.

Soll im Ältestenausschuß vorgebracht werden.¹⁰

Abg. **Jansen** berichtet, daß Gründung eines Reichsschulenausschusses der Partei getätigt werden muß, die Lehrer der beiden Fraktionen werden zunächst zusammentreten, um Ausgangsstelle zu bilden.¹¹

Abg. **Rade** zur Frage der Notlage der Presse, betr. Papierbelieferung – billige Holzlieferung aus den Staatsforsten – soll im Zusammenhang mit der Frage zur Bereitstellung für Bauzwecke näher getreten werden.¹²

⁶ Vgl. Dok. Nr. 135, Anm. 7.

⁷ Nach Ziffer 1 des Antrags der Abg. *Conradt* und Genossen (DNVP) über die Höchstmietenverordnung, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1729, S. 2420, sollten die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung des Ministers für Volkswohlfahrt vom 9. Dezember 1919, betreffend Einführung einer Höchstgrenze für Mietsteigerungen durch solche ersetzt werden, die den Interessen der Mieter wie auch der Vermieter gerecht würden. Nach Ziffer 2 sollte »in kürzester Zeit der Landesversammlung die Verordnung zur Prüfung ihrer rechtlichen und tatsächlichen Grundlagen vorgelegt« werden.

⁸ Dringende Förmliche Anfrage der Abg. *Ommert* und Genossen (DDP) über die Notlage der Bewohner des Saargebietes infolge der aufgerichteten Zollgrenze, in: ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 1953, S. 2983.

⁹ Vgl. Dok. Nr. 43.

¹⁰ Eine entsprechende Forderung wurde von der DDP im Ältestenrat allerdings nicht vorgebracht. Vgl. die Sitzungen des Ältestenrats vom 24. Februar 1920, 11.10 bis 12.25 Uhr, und 27. Februar 1920, 11.10 bis 12.26 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

¹¹ Ende Februar 1920 wurde ein provisorischer Ausschuß zur Gründung einer »Arbeitsgemeinschaft demokratischer Lehrer« gebildet. Vgl. die Sitzung des Vorstandes vom 27. Februar 1920, in: LINKS-LIBERALISMUS, Nr. 51 a, S. 115.

¹² Am 25. Februar 1920 stellte die DDP den Dringenden Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über den Mangel an Zeitungspapier, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1979, S. 2997.

137.

25.2.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 124v–125v. Ende: 12.25 Uhr. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Schreiber.

Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtet Abg. **Schloßmann** im Auftrage des Abg. *Cassel* über die geplante Erhöhung der Aufwandsfelder; vorgeschlagen wird vom Ältestenrate die Beibehaltung des Fixums und die Zahlung von besonderen Anwesenheitsgeldern.¹

An der Besprechung beteiligen sich: **Struve, Siemen, Ommert, Schloßmann, Höfler, Schreiber, Berghaus, Schümer, Rade, Kopsch.**

Es wird beschlossen mit 10:7, im Sinne des obigen Vorschlags im Ältestenrat einzutreten, ferner anzuregen, daß von diesen Anwesenheitsgeldern die in Berlin wohnenden Abgeordneten ausgeschlossen sein sollen und daß die Frage, betr. Benutzung von Schlafwagen durch Abgeordnete, zur Erörterung gestellt werde.²

Hierauf wird in die Besprechung der Tagesordnung des Plenums getreten.

Zu Punkt 2 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend steuerliche Vorrechte in eingemeindeten Ortsteilen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1860, S. 2798 f., Nr. 1928, S. 2968 f. (Ausschußantrag)] schlägt **Berghaus** vor, für die Vorlage – steuerrechtliche Vorrechte in eingemeindeten Ortschaften – einzutreten mit rückwirkender Kraft bis 1.4.1919. Referent: *Berghaus*.³

Zu Punkt 3 [Abstimmung über die Anträge a) der Abg. *Dr. Friedberg* und Genossen (DDP) über die Höchstmietenverordnung, ebd., Nr. 1705, S. 2382, b) der Abg. *Conradt* und Genossen (DNVP) über denselben Gegenstand, ebd., Nr. 1729, S. 2420, c) der Abg. *Bartels* (Berlin), *Peters* (Hochdonn) und Genossen (SPD, Z) über denselben Gegenstand, ebd., Nr. 1951, S. 2982] wird Zustimmung zu Antrag [Nr.] 1951 beschlossen.⁴

Bei Punkt 4 [Beratung des Antrages des 10. Ausschusses (Bevölkerungspolitik) über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und Regelung des Dirnenwesens, ebd., Nr. 1823, S. 2775 f., Nr. 1927, S. 2968, Nr. 1938, S. 2977]⁵ einigen sich *Struve* und

¹ Vgl. die Sitzung des Ältestenrats vom 24. Februar 1920, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 DI, Nr. 44, Bd. 2.

² Diese Diskussion mündete am 30. März 1920 in den Antrag der Abg. *Gräf* (Frankfurt) (SPD) und der übrigen Mitglieder des Ältestenrates auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder der verfassunggebenden Preussischen Landesversammlung vom 21. März 1919, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2121, S. 3248. Danach sollten die Abgeordneten für jeden Tag ihrer nachgewiesenen Anwesenheit eine Teuerungszulage erhalten. Für die in Berlin wohnenden Abgeordneten sollte die Teuerungszulage geringer bemessen werden können. Der Antrag wurde in der 131. und 132. Sitzung am 30. und 31. März 1920 in erster, zweiter und dritter Lesung beraten und angenommen.

³ Eine Aussprache fand in der 121. Sitzung am 25. Februar 1920 nicht statt. Nach den Ausschlußbeschlüssen sollte das Gesetz rückwirkende Kraft vom 1. April 1919, nach der Regierungsvorlage erst vom 1. Oktober 1919 haben.

⁴ Vgl. Dok. Nr. 119. Vgl. auch FORSTER, S. 252–254.

⁵ Vgl. Dok. Nr. 133.

Schloßmann hinsichtlich der Vertretung in der Vollsitzung; die Fraktion wird der Führung beider in der Abstimmung folgen (Dirnenwesen).⁶

Punkt 5 [Beratung des Antrages der Abg. *Schüling* und Genossen (Z) über die Beschäftigung der Kriegsbeschädigten im Staatsdienst usw., ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 67, S. 119f., Anlagen, Bd. 6, Nr. 1865, S. 2802 (Ausschußantrag)], Beschäftigung der Kriegsbeschädigten im Staatsdienst, wird *Ruszezynski* als Redner bestimmt. Der Antrag ist erledigt.⁷

Punkt 6 [Beratung des Antrages der Abg. Dr. *Heß* und Genossen (Z) um Erhöhung der Teuerungszulagen im besetzten Gebiet, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 138, S. 178, Nr. 162, S. 208, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1871, S. 2805 (Ausschußantrag)]⁸ – Erhöhung der Teuerungszulagen im besetzten Gebiet. – Der Antrag ist erledigt. Die Zustimmung wird *Ommert* erklären.⁹

Punkt 7 und 8 [P. 7: Beratung des Antrages der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) auf verfassungsmäßige Gleichstellung der freimaurerischen Richtungen, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1230, S. 1625; P. 8: Beratung des Antrages der Abg. *Dallmer* und Genossen (DNVP) auf Vermehrung der Stellen für Katasterlandmesser, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1641, S. 2347]: Redner *Meyer*, Vertreter: *Sommer*.¹⁰

Punkt 9 [Beratung des Antrages der Abg. Dr. *Schmedding* und Genossen (Z) über Baukostenzuschüsse zur Bekämpfung der Wohnungsnot, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 765, S. 1137, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1564, S. 2238 (Ausschußantrag)]: Baukostenzuschüsse zur Bekämpfung der Wohnungsnot.¹¹ Redner: *Schümer*¹² – Zustimmung.

Punkt 10 [Beratung des Antrages der Abg. *Schubert* und Genossen (SPD) über die Personalakten der Beamten usw., ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 202, S. 364f., Anlagen, Bd. 6, Nr. 1866, S. 2802 (Ausschußantrag)]: Personalakten der Beamten¹³ – Redner: *König*. – Beschlossen wird, *König* solle sich selbst erkundigen, welche Gründe den Ausschuß bestimmt haben, den Antrag für erledigt zu erklären. Der endgültige Entschluß soll am Ende der Fraktionssitzung gefaßt werden.

Koll. *König* erklärt, daß er, nachdem der Ausschuß die Angelegenheit für erledigt ansieht, in diesem Sinne die Vertretung im Plenum ablehnen müsse. Es wird beschlossen,

⁶ Vgl. auch die Reden des Abg. Dr. *Struve* in der 121. Sitzung am 25. Februar 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 8, Sp. 9925–9928 (als Berichterstatter), 9953–9958 und 9965 (als Berichterstatter). Der Abg. Dr. *Schloßmann* beantragte im Namen seiner Fraktion, gesondert über den Absatz 4 abzustimmen. Vgl. ebd., Sp. 9929. Zu Absatz 4 des Antrags vgl. auch Dok. Nr. 133.

⁷ Der Antrag des Ausschusses forderte, den vorliegenden Antrag nach dem Beschluß der verfassungsgebenden Landesversammlung vom 2. Oktober 1919, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 814 zu 1.7, S. 1302f., hier S. 1303, für erledigt zu erklären. An der kurzen Aussprache beteiligte sich kein Vertreter der DDP.

⁸ Der Ausschußantrag empfahl, den Antrag für erledigt zu erklären, da bereits zahlreiche Städte und Gemeinden in höhere Teuerungsklassen eingereiht seien und eine fortlaufende Nachprüfung der Verhältnisse stattfinden würde.

⁹ Die Rede des Abg. *Ommert* in der 121. Sitzung am 25. Februar 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 8, Sp. 9978–9980.

¹⁰ Die Anträge Nr. 1230 und Nr. 1641 wurden in der 122. Sitzung am 26. Februar 1920 beraten und dem Rechts- bzw. dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen. Die Rede des Abg. *Sommer* zum Antrag Nr. 1230, in: ebd., Bd. 8, Sp. 10040–10042, zum Antrag Nr. 1641, in: ebd., Sp. 10053f.

¹¹ Der Zentrumsantrag wurde in der 124. Sitzung am 27. Februar 1920 verhandelt und auf Empfehlung des Ausschusses nach einer entsprechenden Erklärung des Regierungsvertreters im Staatshaushaltsausschuß für erledigt erklärt. Vgl. ebd., Bd. 8, Sp. 10082.

¹² Die Rede des Abg. *Schümer*, in: ebd., Sp. 10076.

¹³ Der sozialdemokratische Antrag wurde in dieser Legislaturperiode nicht mehr erledigt.

daß alle Personalakten den Beamten auf Wunsch zur Einsichtnahme vorzulegen seien, auch die vorrevolutionären.

Redner hierzu: *König*.

Zu Punkt 11 [Beratung des Antrages der Abg. Dr. Dr. *Porsch* und Genossen (Z) über das hauswirtschaftliche Pflichtjahr für Mädchen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1846, S. 2793] soll Frl. *Dönhoff* die Fraktion vertreten.¹⁴ Da sie heute abwesend [ist], so soll eventuell die Absetzung dieses Punktes beantragt werden.

Für Punkt 12 [Beratung des Antrages der Abg. *Riedel* (Charlottenburg) und Genossen (DDP) auf Neugestaltung der Reichsversicherungsordnung, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 335, S. 502, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1867 zu 3, S. 2803 (Ausschußantrag)] wird für den abwesenden Abg. *Riedel* der Abg. *Ommert* bestimmt.¹⁵

Die Punkte 13 [Beratung des Antrages der Abg. Dr. *Reineke* und Genossen (Z) auf Einrichtung einer Berufsberatung, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 548, S. 915, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1864, S. 2802 (Ausschußantrag), Nr. 1990, S. 3001 (Änderungsantrag der DNVP)] und 14 [Beratung des Antrages der Abg. Dr. *Schmittmann* und Genossen (Z) auf Übertragung der staatlichen Bäder auf die Krankenkassen und Versicherungsanstalten, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1006, S. 1494, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1989, S. 3001 (Änderungsantrag der DVP)] werden, da ihre Behandlung im Plenum kaum zu erwarten ist, einer späteren Erörterung vorbehalten.

II. Zu dem Dringenden Antrage der Fraktion – Papierholz den Zeitungsverlegern zu mäßigen Preisen zur Verfügung zu stellen – soll gegebenenfalls *Kopsch* sprechen.¹⁶

Auf Anregung *Struves* wird dieser Antrag vor Drucklegung zwecks gemeinsamen Vorgehens dem Zentrum und den Mehrheitssozialisten vorgelegt.¹⁷

In den verstärkten Handelsausschuß – Antrag Dr. *Kalle* Nr. 1704, betr. Weinversteigerungen¹⁸ – wird *Kopsch* entsandt.

In den Landwirtschaftsausschuß werden *Berghaus* und *Berndt* entsandt als Vertreter.

Bekannt gegeben werden Einladungen zum 42. Stiftungsfest des Vereins Waldeck der deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas, eines Lichtbildervortrages über die Kulturgeschichte der Geschlechtskrankheiten.

In den Staatshaushaltsausschuß werden vertretungsweise entsandt für *Friedberg* der Abg. *Schloßmann*, für *Bollert* der Abg. *Otto* und für *Dominicus* der Abg. *Barteld*.

III. Der Abg. **Höfler** berichtet nunmehr in Anwesenheit des ad hoc erschienenen Ministers *Oeser* über seine bereits in der vergangenen Woche erhobenen Beschwerden gegen den Eisenbahnminister und dessen Ressort. [...] ¹⁹

¹⁴ Die Rede der Abg. Frau *Dönhoff* in der 124. Sitzung am 27. Februar 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 8, Sp. 10092–10096.

¹⁵ Die Fraktion vertrat der Abg. *Riedel* (Charlottenburg) in der 124. Sitzung am 27. Februar 1920, in: ebd., Sp. 10110f.

¹⁶ Zum Antrag vgl. Dok. Nr. 136, Anm. 12. Der Antrag der DDP begründete in der 129. Sitzung am 3. März 1920 der Abg. *D. Rade*, in: ebd., Sp. 10426f.

¹⁷ Neben dem demokratischen Antrag wurden noch der deutschnationale Antrag der Abg. *Graef* (Anklam) und Genossen, ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 1978, S. 2997, vom 25. Februar 1920 und der sozialdemokratische Antrag der Abg. *Lüdemann* und Genossen, ebd., Nr. 2015, S. 3014, vom 27. Februar beraten.

¹⁸ Dringender Antrag der Abg. *Kalle* und Genossen (DVP) über die Weinversteigerungen, in: ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1704, S. 2382.

¹⁹ Im Original: »(s. S. 243)«. Verwiesen wird auf die Fraktionssitzung vom 20. Februar 1920, Dok. Nr. 133.

Der **Minister [Oeser]** erklärt und stellt die einzelnen Punkte richtig (Aufwandsentschädigung für die seiner Zeit in Weimar während der Tagung der Nationalversammlung tätigen Eisenbahner, Fall *Menne* und *Schütze-Erfurt*²⁰, Stellung zum Abg. *Schmidt-Stettin*²¹, Stellung zum Breslauer Beirat²², Sabotage des Ministers durch seine Geheime).
 An der Besprechung beteiligen sich: **Höfler, Ommert, König, Friedberg.**

138.

26.2.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 125v–126v. Schluß: 12.30 Uhr. Protokollant: Dönhoff und unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Abg. Dr. **Struve** regt an, die Fraktion möge den Vorsitzenden des Parteivorstandes schriftlich ersuchen, in der nächsten Vorstandssitzung die Wirtschaftsfrage und im Zusammenhang damit die Besetzung der Ministerien mit Fachleuten zur Besprechung zu stellen.¹

Plenum: keine besonderen Feststellungen.

Anregung des Abg. **Juds**, betr. Schaffung eines Waffengesetzes, wird zur Kenntnis genommen.²

Abg. **Schümer** wünscht Vorgehen der Mehrheitsparteien um Sicherung der Versammlungsfreiheit zur Sprache zu bringen.

Wird durch unverbindliche Besprechungen vorbereitet werden.

²⁰ Im Sommer 1919 kam es in Thüringen zu Streiks und Unruhen, bei denen die Frage der Einführung des Räteystems in der Verwaltung eine zentrale Rolle spielte. So fand in Erfurt am 15. Juni eine Versammlung von Eisenbahnarbeitern und -beamten statt, die zur Absetzung verschiedener Dezenten der Eisenbahnverwaltung führte. Nach der Besetzung der Stadt durch Reichstruppen kam es zwischen der Eisenbahnverwaltung und Vertretern der Belegschaft zu Verhandlungen, in deren Folge einige Forderungen der Belegschaft, unter anderem auch die Einsetzung eines Beirats bei der Eisenbahndirektion Erfurt, erfüllt, gleichzeitig aber die Wiedereinsetzung der alten Verwaltung vereinbart wurde. Von der Maßregelung der beteiligten Beamten und Arbeiter wurde Abstand genommen. Zu den Anführern der Erfurter Streikbewegung zählten die Eisenbahnbeamten *Menne* und *Schütze*. Letzterer wurde nach den Erfurter Vorfällen als Beirat in die Direktion gewählt. Anlässlich der Beratung des Haushalts der Eisenbahnverwaltung wurde im Staatshaushaltsausschuß die Nachgiebigkeit des Ministers kritisiert und die Versetzung der Rädelsführer gefordert. Der Minister lehnte jedoch derartige Forderungen ab. Vgl. den Bericht des Staatshaushalts-Ausschuß über den Haushalt der Eisenbahnverwaltung für 1919, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 781, S. 1159–1271, bes. S. 1227–1248.

²¹ In der Fraktionssitzung vom 4. Februar 1920 hatte sich der Abg. *Höfler* darüber beschwert, daß der deutschnationale Abg. *Schmidt-Stettin* »der Vertrauensmann des Ministers« sei. Vgl. Dok. Nr. 128.

²² In Breslau hatten sich ähnliche Vorfälle wie in Erfurt ereignet.

¹ Vgl. die Vorstandssitzung vom 27. Februar 1920, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 51a, S. 115. In der Vorstandssitzung wurde ein Industrie- und Handelsausschuß, dem allerdings nur Arbeitgeber angehören sollten, gebildet. Die Forderung nach Besetzung der Ministerien mit Fachleuten wurde vor dem Hintergrund des *Erzberger-Helfferich*-Prozesses erhoben. Vgl. Dok. Nr. 128, 131 und 133.

² Ein entsprechender Antrag wurde nicht gestellt.

Abg. **Schloßmann** zur Schaffung und Besetzung einer vortragenden Ratsstellung im Wohlfahrtsministerium.³

Zur interfraktionellen Besprechung der Angelegenheit werden Abg. *Schloßmann*, *Dönhoff*, *Schreiber* beauftragt.

Abg. **Degenhardt**: Im Siedlungsausschuß sind Schwierigkeiten aufgetreten.

Vertreter der Fraktion werden beauftragt, im Sinn des Schutzes des Privateigentums Stellung zu nehmen für Antrag *Kries* und Genossen.⁴

Abg. **Höfler** übermittelt Einladung des Beamtenausschusses der Partei; als Nichtbeamter wird Abg. *Kuhle* teilnehmen.

An einer Versammlung der Gefängnisaufsichtsbeamten wird Abg. Dr. *Hagemeister* teilnehmen.

Dringende Förmliche Anfrage über Zollgrenze im Saargebiet ist aus Versehen vorzeitig eingebracht.⁵

Abg. Dr. **Preuß** trägt die Bedenken vor, die gegen Besprechung außenpolitischer Fragen in der Landesversammlung bestehen. Man soll die Maßnahmen der Nationalversammlung nicht durchkreuzen und zu beeinflussen versuchen, wenigstens dazu den Weg über die Nationalversammlungsfraktion beschreiten. Die anderen Fraktionen sollen in dem Sinn beeinflußt werden. – Hinweis auf Stellennachweis des Verbandes der Parteibeamten.

Abg. **Kopsch**: Zu den Anträgen anderer Fraktionen zum Geschäftsordnungsentwurf.⁶ Abg. **Meyer** regt Besprechung mit anderen Parteien an, um nur in Übereinstimmung mit der Rechten an Entwurfsbestimmung festzuhalten. Ältestenausschuß soll mit jetziger Befugnis erhalten bleiben.

Abg. Exz. **Friedberg** macht Mitteilung über den Stand der Verfassungsfrage. Einbringung scheidet an den Schwierigkeiten der Verständigung über Staatsspitze und andere Fragen.⁷ Entwurf soll in Kommission beraten werden mit der Aussicht auf wechselnde Mehrheiten. Einheitliche Einbringung durch das gesamte Staatsministerium wird vom Minister *Heine* gewünscht.

Abg. **Preuß** spricht gegen vorherige Bindung der Partei.

Abg. **Meyer** hält Verständigung innerhalb der Fraktion für erste Vorbedingung.

Abg. Dr. **Ruer** gegen Miteinbringung durch unsere Minister – in Rücksicht auf Stellungnahme der Fraktion.⁸

Abg. Dr. **Friedberg** spricht gegen Einbeziehung der Autonomiefrage in die Verfassung.

³ Im Juli 1920 wurde Helene *Weber* (Z) zur vortragenden Rätin im preußischen Wohlfahrtsministerium ernannt. Vgl. FORSTER, S. 249f. Vgl. auch Dok. Nr. 74, 92, 115 und 122.

⁴ Gemeint ist vermutlich der im Ausschuß gestellte Antrag Nr. 8 zu 1 zum Gesetzentwurf über die Umlegung von Grundstücken (Umlegungsordnung), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1723, S. 2408–2416, Bd. 8, Nr. 2522, S. 4110–4139, hier S. 4119 (Ausschußbericht). – Wolfgang v. *Kries* (1868–1945), Dr. jur., 1903–1920 Landrat in Filehne, 1908–1918 MdpAH, 1919–1921 MdpLV, 1921–1933 MdpLT.

⁵ Die Dringende Förmliche Anfrage der Abg. *Ommert* und Genossen (DDP) über die Notlage der Bewohner des Saargebietes infolge der aufgerichteten Zollgrenze, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1953, S. 2983, wurde am 24. Februar 1920 gestellt. Vgl. auch Dok. Nr. 136.

⁶ Zum Geschäftsordnungsentwurf vgl. Dok. Nr. 134. Zu den Änderungsanträgen vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1964–1976, S. 2987, Nr. 1998 und 1999, S. 3004, Nr. 2019, S. 3015.

⁷ Zur Diskussion über die Verfassung vgl. auch Dok. Nr. 87, 91, 108, 116 und 128.

⁸ Ab hier unbekanntes Handschrift.

Abg. **Kopsch** wünscht, die demokratischen Minister zu hören.

Abg. Dr. **Struve** unterstützt die Anregung *Kopsch*.

Abg. **Meyer** fordert, daß die Vorlage eingebracht wird, daß wir uns aber unsere Stellung vorbehalten.

Abg. Dr. **Frentzel** unterstützt diesen Standpunkt. Heute soll die Fraktion ihre Haltung festlegen und dann mit dem Zentrum sich vereinbaren.

Abg. Dr. **Struve** beantragt, [daß] eine Besprechung mit den Ministern bald stattfinde.

Abg. Dr. **Schreiber** stellt fest, daß wir den Zeitungsäußerungen entgegentreten, daß der Verfassungsentwurf auf Vereinbarung der Mehrheitsparteien beruhe.⁹

139.

27.2.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 126v. Beginn: 10.22 Uhr. Ende: 11.59 Uhr. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Schreiber und Kopsch.

Der **Vorsitzende** eröffnet 10.22 [Uhr] und bedauert den schwachen Besuch. Über die Wahlprüfung *Hacks*¹ soll *Kochmann* berichten. Zum Referenten über die Verfassung wird *Kopsch* bestimmt.

Degenhardt berichtet dann über die Anstellung von Privatangestellten bei Behörden.

Hierzu äußern sich **Barteld**, **Cassel**, Dr. **Schreiber**.

Beschlossen wird, für Vermehrung etatmäßiger Stellen einzutreten.

Kochmann berichtet über die Wahlprüfung *Hacks* und plädiert nach längerer, eingehender Begründung für ungültig.

An der Besprechung beteiligen sich: **Cassel**, **Degenhardt**, **Kopsch**, Dr. **Jordan**, Dr. **Hagemeister**.

Die **Fraktion** entscheidet sich für Gültigkeit.

Ruszezynski teilt mit, daß beim Punkt »Beamtenunterbringung« im Plenum nicht gesprochen werden soll.

Die **Fraktion** stimmt dem zu.²

⁹ Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 94 und 97, 20. und 22.2.1920.

¹ Die Abstimmung über den Antrag des Wahlprüfungsausschusses, betreffend die Gültigkeit der Wahl des Mitglieds der Landesversammlung *Hacks* wurde in der 124. Sitzung am 27. Februar 1920 von der Tagesordnung abgesetzt und in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr erledigt. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1323, S. 1800f. Die Wahl des Studienrats Franz *Hacks* (MSPD) im Wahlkreis 10 (Oppeln) wurde vom Präparandenlehrer Dr. *Reginek* angefochten, der von der sozialdemokratischen Vorschlagsliste gestrichen und durch *Hacks* ersetzt worden war. Der Ausschuß beantragte, die Wahl *Hacks* für gültig zu erklären. – Franz *Hacks*, Studienrat, 1919–1921 MdpLV (SPD).

² Die zweite und dritte Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend die Unterbringung der mittelbaren Staatsbeamten und Lehrpersonen aus den an fremde Staaten abzutretenden oder von ihnen besetzten preußischen Gebietsteilen (Unterbringungsgesetz), SBpLV 1919/21, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1614, S. 2330–2336, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2117, S. 3191–3246 (Ausschußbericht), fand in der 131. Sitzung am 30. März 1920 statt. Die Vorlage wurde nach der Rede des Berichterstatters *Ruszezynski* angenommen. Vgl. ebd., Bd. 8, Sp. 10510.

Degenhardt regt eine Besprechung des kleinen Reichsschulgesetzes in der Fraktion an.³

Es wird dies beschlossen mit der Maßgabe, daß zuvor die Lehrer beider Fraktionen (Landtag und Reichstag) darüber sich verständigen.

140.

28. 2. 1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 126r. Beginn: keine Angaben. Vertagung: 11.08 Uhr. Wiederbeginn: 11.42 Uhr. Ende: 12.15 Uhr. Protokollführer: Dönhoff und unbekannte Handschrift. Vorsitz: Dominicus und Schreiber.

Kleine Anfrage *Schümer*, betr. Verkauf eines Waldes im Kreis Halberstadt – wird wegen taktischer Bedenken bis Montag zurückgestellt.¹

Verschiedenes:

Abg. **Berghaus** vertritt einen Antrag der interessierten Küstengemeinden, durch den ermöglicht werden soll, bestimmte Fischereibetriebe einer Gewerbebesteuerung zu unterstellen.

Abg. **Schreiber**, **Düker** aus politisch-taktischen Gründen gegen Erschließung neuer Gewerbebesteuerquellen.

Wird zwecks näherer Prüfung zurückgestellt.

Kleine Anfrage des Abg. Dr. *Jordan*, betr. Verwertung des Truppenübungsplatzes Dinslaken.^{2 3}

Einbringung genehmigt.

Bittschrift der Förster der Hofkammer.⁴ Dienstag, den 2. März, soll diese Sache mit dem Gesetzentwurf, betr. Abfindung der Krone Preußen, behandelt werden.⁵

³ Gemeint ist der im Reichsministerium des Innern unter Erich *Koch* (DDP) ausgearbeitete Referentenentwurf eines Reichsschulgesetzes. Vgl. GRÜNTAL, S. 114; HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 6, S. 950f.

¹ In der Fraktionssitzung vom 1. März 1920 wurde diese Kleine Anfrage nicht erneut zur Diskussion gestellt. Vgl. Dok. Nr. 141.

² Kleine Anfrage der Abg. Dr. *Jordan* und Genossen (DDP) über den Truppenübungsplatz Friedrichsfeld bei Wesel, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2004, S. 3010.

³ Ab hier unbekannte Handschrift.

⁴ Gemeint ist die Eingabe des Vereins preußischer Staatsförster (Bezirksgruppe Hofkammer) in Königswusterhausen, betr. Sicherstellung der Besoldung, Pensions- und Hinterbliebenenversorgung der Forstbetriebsbeamten der Haus- und Kronfideikommißforsten und der Altpensionäre, Anstellung der Forstversorgungsberechtigten, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2079, S. 3081–3093, hier S. 3083 (II 2403). Abdrucke der Eingabe wurden verteilt. Vgl. auch die gleichgerichtete Eingabe des Vereins in Kl. Wassaburg, ebd. (II 2419).

⁵ In der 128. Sitzung am 2. März 1920 fand die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Preußischen Staate und dem Preußischen Königshause, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1722, S. 2388–2407, statt. Vgl. auch Dok. 122, Anm. 4. Zusammen mit dem Gesetzentwurf wurde der Antrag der Abg. Adolph *Hoffmann* und Genossen (USPD) über die Enteignung des Vermögens der ehemaligen Fürstenhäuser, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1909, S. 2958,

Dr. *Schreiber* erhält Genehmigung zur Absendung eines Schreibens an den Reichsminister *Schiffer*, betr. Neuregelung der Pachten.

Plenum.

[Die Tagesordnungspunkte] 1–6 [P. 1: Abstimmung, welchem Ausschuß der Antrag der Abg. Dr. *Porsch* und Genossen (Z) über das hauswirtschaftliche Pflichtjahr für Mädchen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1846, S. 2793, überwiesen werden soll;⁶ P. 2: Beratung der Mitteilung der Staatsregierung über die Behandlung der Arbeiterlohnfragen bei der Staatseisenbahnverwaltung, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1191, S. 1604, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1890, S. 2828 (Ausschußantrag); P. 3: Beratung des Antrages der Abg. *Husemann* und Genossen (SPD) auf Unterbringung und Versorgung der aus den linksrheinischen Gebieten ausgewiesenen Bergarbeiter, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 285, S. 439f., Nr. 290, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1891, S. 2828 (Ausschußantrag); P. 4: Beratung des Antrages der Abg. *Busch* und Genossen (Z) auf Erhöhung des Ehrensoldes der Kriegsveteranen von 1870/71, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 171, S. 211, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1892, S. 2828 (Ausschußantrag); P. 5: Beratung des Antrages der Abg. Dr. *Heß* und Genossen (Z) auf Gewährung von Vorschüssen an die Gemeinden im besetzten Gebiet, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 840, S. 1352, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1894, S. 2829 (Ausschußantrag); P. 6: Beratung des Entwurfs einer endgültigen Geschäftsordnung für die Preußische Landesversammlung, ebd., Nr. 1900 A und B, S. 2831–2953, Nr. 1964–1976, S. 2987–2989, Nr. 1998 und 1999, S. 3004, Nr. 2019, S. 3015] erledigt.

[Punkt] 7: Antrag *Gräf* (Frankfurt) und Genossen, betr. Ausnützung der Wasserkräfte und der Kohle, [Nr.] 1849.⁷ Der Ausschuß für den Mittellandkanal soll angeregt werden, alsbald zu tagen.⁸ Abg. Dr. *Frentzel* soll gebeten werden, zur Sache zu reden.

[Punkt] 8 [Beratung der Anträge a) der Abg. *Hirtsiefer* und Genossen (Z) über den Landeseisenbahnrat und die Bezirkseisenbahnräte, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1868, S. 2803, und b) der Abg. *Haseloff* und Genossen (DNVP) über die Vertretung Preußens bei der Verreichlichung der Staatsbahnen und die Gestaltung des Landeseisenbahnrates, ebd., Nr. 1899, S. 2830]: Anträge [Nr.] 1868 und 1899 *Hirtsiefer* und *Haseloff*.⁹ Zur Vertretung Dr. *Grund*, in 2. Linie Dr. *Frentzel*.¹⁰

und der Zusatzantrag der Abg. *Gräf* (Frankfurt) und Genossen (SPD), ebd., Nr. 2043, S. 3041, verhandelt. Die Gegenstände wurden dem Rechtsausschuß überwiesen. Nach dem Antrag der USPD (Nr. 1909) sollten die ehemaligen regierenden Fürstenhäuser »ihres gesamten Vermögens für verlustig erklärt werden.« H.i.O. Demgegenüber forderte der sozialdemokratische Antrag (Nr. 2043) zur Klärung der Frage die Verabschiedung eines Reichsgesetzes. Vgl. auch SCHÜREN, S. 32–39.

⁶ Vgl. Dok. Nr. 137.

⁷ Die Beratung des Antrages der Abg. *Gräf* (Frankfurt) und Genossen über die Ausnutzung der Wasserkräfte und der Kohle, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1849, S. 2793f., fand in der 127. Sitzung am 1. März 1920 statt.

⁸ Gemeint ist ein fraktionsinterner Ausschuß. Zum Gesetzentwurf, betr. die Vollendung des Mittellandkanals vgl. Dok. Nr. 134, Anm. 9.

⁹ Die Beratung der Anträge wurden in der 127. Sitzung am 1. März 1920 von der Tagesordnung abgesetzt. Die Anträge wurden in der 134. Sitzung am 21. April 1920 im Zusammenhang mit der zweiten und dritten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend den Staatsvertrag zwischen Preußen und dem Deutschen Reich über die Übertragung der Preußischen Staatsbahnen auf das Reich, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2097, S. 3109–3119, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2176 zu 1, S. 3512 (Ausschußantrag), verhandelt. – Heinrich *Hirtsiefer* (1876–1941), Schlosser, November 1921–März 1933 preußischer Wohlfahrtsminister, 1919/21 MdpLV, 1921–1933 MdpLT (Z). – Hugo *Haseloff* (geb. 1863), Rechnungsrat (Eisenbahn-Obersekretär), 1919/21 MdpLV, 1921–1928 MdpLT (DNVP).

¹⁰ In der 134. Sitzung am 21. April 1920 sprach für die DDP der Abg. *Riedel* (Charlottenburg). Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 9, Sp. 10723–10726 (als Berichterstatter), sowie Sp. 10726–10730 (als Fragesteller)

[Punkt] 9 [Dringender Antrag der Abg. Adolph *Hoffmann* und Genossen (USPD) über den Einfluß der Versammlungsverbote auf die Redefreiheit der Abgeordneten, ebd., Nr. 1910, S. 2958]: Dringender Antrag Abg. *Hoffmann*.¹¹ Hierzu soll nicht gesprochen werden. Übergang zur Tagesordnung erwünscht.

Abg. *Cassel* berichtet aus dem Ältestenausschuß.¹² Entschädigung der Abgeordneten, Abfindung der Krone: es soll alsbald Fühlung mit den anderen Mehrheitsparteien genommen werden. Es soll in der Diätenfrage ein Hinausgehen über 20 M¹³ vermieden werden, die Nationalversammlung möge vorausgehen.

Exz. *Friedberg* berichtet über die Parteivorstandssitzung am 27.2.¹⁴

Abg. *Berghaus* entschuldigt vom 1. bis 6. März.

141.

1.3.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 127v. Beginn: keine Angaben. Ende: 11.55 Uhr. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Otto, ab 10.50 Uhr Dominicus.

I. Zunächst erfolgt Besprechung des Plenums.

Zum Punkt 1, betr. Ausnutzung der Wasserkräfte und der Kohle, wird Dr. *Frentzel* den Standpunkt der Fraktion vertreten.¹

Punkt 2 [Beratung der Anträge a) der Abg. *Hirtsiefer* und Genossen (Z) über den Landeseisenbahnrat und die Bezirkseisenbahnräte, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1868, S. 2803, und b) der Abg. *Haseloff* und Genossen (DNVP) über die Vertretung Preußens bei der Verreichlichung der Staatsbahnen und die Gestaltung des Landeseisenbahnrates, ebd., Nr. 1899, S. 2830], betr. Landeseisenbahnrat, wird abgesetzt.²

Zu Punkt 3 [Beratung des Antrags der Abg. Adolph *Hoffmann* und Genossen (USPD) über den Einfluß der Versammlungsverbote auf die Redefreiheit der Abgeordneten, ebd., Nr. 1910, S. 2958], Antrag [Nr.] 1910, wird nicht gesprochen werden.³

und Sp. 10774–10779. *Riedel* vertrat auch die Große Anfrage der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über die Anwendung privatwirtschaftlicher Grundsätze auf Staatsbetriebe, namentlich auf die Eisenbahn. Vgl. ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 1843, S. 2789.

¹¹ Der Antrag der USPD wurde in der 127. Sitzung am 1. März 1920 beraten und abgelehnt.

¹² Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 27. Februar 1920, 11.10 bis 12.26 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

¹³ In der Zeit, in der die Landesversammlung länger als eine Woche nicht zusammentrat, sollten die Mitglieder eines in dieser Zeit tagenden Ausschusses neben ihrer Aufwandsentschädigung ein Tagegeld von zwanzig Mark erhalten. Vgl. § 2 des Gesetzes vom 21. März 1919 über die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder der Verfassungsgebenden Preussischen Landesversammlung (Gesetzsamml. S. 55).

¹⁴ Die Sitzung des Parteivorstands der DDP am 27. Februar 1920, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 51 a, S. 115.

¹ Vgl. Dok. Nr. 140. Die Rede des Abg. Dr. *Frentzel* in der 127. Sitzung am 1. März 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 8, Sp. 10219–10221.

² Vgl. Dok. Nr. 140.

³ Vgl. ebd.

Zu Punkt 4 [Beratung der Mitteilungen des Präsidenten des Staatsministeriums über parteipolitische Werbearbeit auf Staats- und Reichskosten, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1590, S. 2254, Nr. 1615, S. 2337], parteipolitische Werbearbeit auf Staats- und Reichskosten betr., wird *Dominicus* sprechen.⁴

Punkt 5 [Beratung des Antrages der Abg. *Hammer* und Genossen (DNVP) über die Vertretung des Handwerks und des Einzelhandels in dem Reichswirtschaftsrat, ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 1922, S. 2963], Antrag *Hammer* Nr. 1922, soll *Düker* im Plenum vertreten und zwar am 2.III.⁵

Bei Punkt 6 [Beratung des Antrages der Abg. Frhr. v. *Wangenheim* und Genossen (DHann, Z) über die Überschwemmungen an der Elbe und an der Weser, ebd., Nr. 1819, S. 2772, Nr. 1992, S. 3002 (Ausschußantrag)], Überschwemmung im Elbe- und Wesergebiet, ist Redner *Barteld*⁶, – Punkt 7 und 8 [P. 7: Beratung des Antrages der Abg. *Gräf* (Frankfurt) und Genossen (SPD) über die Entschädigung der Krankenkassen, ebd., Nr. 1931, S. 2970; P. 8: Beratung des Antrages der Abg. *Gräf* (Frankfurt) und Genossen (SPD) über die Grundlöhne bei den Krankenkassen, ebd., Nr. 1961, S. 2985], betr. Krankenkassenangelegenheiten, Nr. 1931 und 1961, wird an einen der kommenden Tage *Hoffmann-Lichtenberg* vertreten.⁷

II. Abg. *Rade* erhält auf Wunsch die Erlaubnis, sich wegen § 63 des Verfassungsentwurfs mit den anderen Fraktionen ins Benehmen zu setzen.⁸

III. Bei der heute stattfindenden interfraktionellen Besprechung über die Abfindung der Gefangenen soll *Friedberg* und in dessen Verhinderung *Kopsch* die Fraktion vertreten.

IV. Als vorläufiger Vertreter für *Aronsohn* (Thorn) soll Dr. *Hagemeister* in den Rechtsausschuß eintreten.

V. *Cassel* gibt einen Gedanken zum Entwurf des neuen Diätengesetzes bekannt.⁹

Zum Vertreter im Ältestenausschuß werden für diese Angelegenheit *Kopsch* und *Kochmann* bestimmt.¹⁰

⁴ An der Debatte in der 127. Sitzung am 1. März 1920 beteiligte sich kein Vertreter der DDP.

⁵ Die Beratung des Antrags, die in der 127. Sitzung am 1. März 1920 von der Tagesordnung abgesetzt wurde, fand in der 129. Sitzung am 3. März 1920 statt. Der Abg. *Düker* sprach sich für den Antrag *Hammer* und damit für eine ausreichende Vertretung des Handwerks und des Einzelhandels im Reichswirtschaftsrat aus. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 8, Sp. 10388.

⁶ Die Rede des Abg. *Barteld* (Hannover) in der 127. Sitzung am 1. März 1920, in: ebd., Sp. 10262f.

⁷ Die Gegenstände unter Punkt 7 und 8 wurden in der 127. Sitzung am 1. März 1920 verhandelt. Die Reden des Abg. Dr. *Hoffmann*, in: ebd., Sp. 10269–10271 und 10276.

⁸ § 63 des Verfassungsentwurfs, ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 2000, S. 3005–3009, hier S. 3009, betraf die Regelung des früheren landesherrlichen Kirchenregiments.

⁹ Vgl. Dok. Nr. 137.

¹⁰ Gegenstand der Sitzung des Ältestenrats am 1. März 1920, 11.23 bis 12.25 Uhr, war die Frage der Gewährung eines Teuerungszuschlags für die Abgeordneten. »Ein Vertreter der Deutschen Demokratischen Fraktion wünschte, daß die Angelegenheit im Einvernehmen mit der Nationalversammlung geregelt werde. Der Redner wünschte eine Beteiligung der Groß-Berliner an dem Teuerungszuschlag. Die Groß-Berliner seien in bezug auf Entfernung und Beförderungsmöglichkeit oft schlechter gestellt als die Bewohner nicht zu ferner Städte mit Schnellzugverbindung. Auch sei die Verpflegung in Berlin im allgemeinen teurer als in der Provinz.« Die Vertreter der anderen Fraktionen plädierten ebenfalls dafür, eine Übereinstimmung mit der Nationalversammlung herbeizuführen. Der Landtagspräsident hielt ein Einvernehmen mit der Nationalversammlung für schwierig, versprach gleichwohl, sich mit dem Präsidenten der Nationalversammlung in Verbindung zu setzen. Am 4. März 1920 wurde schriftlich beschlossen, in der Angelegenheit selbständig vorzugehen und auf ein Benehmen mit der Nationalversammlung zu verzichten. Vgl. die Sitzungsprotokolle, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

VI. Es erfolgt nun die Besprechung des Gesetzentwurfs Groß-Berlin.¹¹

Abg. Dr. **Ruer** will angesichts der sehr schwachen Besetzung der Fraktion Absetzung dieses Punktes; dem pflichten bei Dr. **Frentzel** und **Cassel**.

Nach längerer Besprechung wird beschlossen, einen Antrag auf Vertagung des Ausschusses zu unterstützen und in einer eigens zu diesem Zwecke für Dienstag den 9.[März] vormittags 10 Uhr [...] anzuberaumenden Fraktionssitzung [mit den Tagesordnungspunkten – a) Verfassung, b) Groß-Berlin] nochmals abschließend zu behandeln.

142.

2.3.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 127v–r. Beginn: 10.05 Uhr. Schluß: 12.00 Uhr. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: **Otto**.

I. Zur Tagung der Vertreter der verschiedenen Lehrerverbände [am] 3.III. werden *Barteld*, *Otto* und *Kimpel* entsandt. – Abg. *Ruszezynski* ist als krank entschuldigt. – In den Staatshaushaltsausschuß werden für heute Abend entsandt: *Kimpel*, *Barteld*, *Hoffmann* und *Schümer*. – In den Landwirtschaftsausschuß gehen als Stellvertreter für heute: Dr. *Struve* und *Degenhardt*.

II. Abg. **Cassel** berichtet nun zusammenfassend über die mit den Sozialdemokraten gepflogenen Verhandlungen, betr. die Auseinandersetzung mit den Hohenzollern.¹ Er tritt nochmals [...] ² für Annahme des Gesetzentwurfs ein und empfiehlt Überweisung in einen Ausschuß.

Es sprechen hierzu: **Riedel**, **Schümer**, Dr. **Struve**, Dr. **Schloßmann**, Dr. **Schreiber**, Dr. **Rade**, Dr. **Berndt**, Dr. **Preuß**, Dr. **Meyer** und der **Berichterstatter**.

Es wird beschlossen, die Vorlage einem besonderen großen Ausschuß (27) zu überweisen. Zum Redner wird mit Mehrheit Abg. *Cassel* bestimmt, der in dem Ausschuß auch die zu erhebenden schweren Bedenken zum Ausdruck bringen soll. Die Wahl der demokratischen Mitglieder des Ausschusses wird auf morgen – 3.III. – anberaumt.

III. Abg. Dr. **Rade** berichtet kurz über die kürzlich stattgehabte Tagung des Einheitsausschusses deutscher Organisationen und bittet um die Ermächtigung zur Unterzeichnung einer dort gefaßten, an die Regierung zu richtenden Entschließung, betr. Ostpreußen.³

Die Genehmigung hierzu wird erteilt.

Das neu eintretende Mitglied *Schulze* wird begrüßt.⁴

¹¹ Vgl. auch Dok. Nr. 118, 121 und 134.

¹ Vgl. Dok. Nr. 122.

² Abkürzung unleserlich.

³ Hintergrund der Entschließung war die Blockade des Durchgangsverkehrs von Deutschland nach Ostpreußen durch Polen. Dies betraf nicht zuletzt auch den Personenverkehr nach den Abstimmungsgebieten Marienwerder und Allenstein. Vgl. VORWÄRTS, 113, 2.3.1920.

⁴ Der langjährige Stadtverordnetenvorsteher und Steuersekretär Paul *Schulze* aus Sangerhausen trat als Nachfolger des verstorbenen Abg. *Nebelung* in die Preußische Landesversammlung ein. Der 1869 in

143.

3. 3. 1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 127r–128v. Beginn: 10.08 Uhr. Ende: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift und Dönhoff. Vorsitz: Schreiber.

I. Zum Mitglied für den Unterausschuß zur Beratung des Steuererlasses für Kriegsteilnehmer usw. wird Abg. *Jansen* gewählt.

II. Hierauf folgt die Besprechung des Plenums.

Zu Punkt 7 [Beratung des Antrages der Abg. *Hammer* und Genossen (DNVP) über die Vertretung des Handwerks und des Einzelhandels in dem Reichswirtschaftsrat, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1922, S. 2963] – Antrag Hammer [Nr.] 1922 – wird Abg. *Düker* im Plenum sprechen.¹

Zu Punkt 8 [Förmliche Anfrage der Abg. *Jansen* und Genossen (DDP) über den Solinger Generalstreik, ebd., Nr. 1889, S. 2827], betr. Solinger Generalstreik, spricht Abg. *Jansen*.²

Zu den Punkten 9 und 10 [P. 9: Förmliche Anfrage der Abg. Dr. *Lauscher* und Genossen (Z) über die Grenzregelung im Kreise Monschau und die Bahnlinie Aachen-St. Vith, ebd., Nr. 1952, S. 2982; P. 10: Förmliche Anfrage der Abg. Dr. Dr. *Porsch* und Genossen (Z) über die Belieferung der Landwirtschaft mit Kunstdünger, ebd., Nr. 1991, S. 3001 f., in Verbindung damit die Beratung des Antrages der Abg. Dr. *Reineke* und Genossen (Z, DHann) über die Bestände an künstlichen Düngemitteln, ebd., Nr. 1959, S. 2985] soll nicht geredet werden, nötigenfalls sollen *Ommert* bzw. *Westermann* kurz hierzu sprechen.³

Bei Punkt 11 [Beratung der Anträge der Abg. *Graef* (Anklam) und Genossen (DNVP), Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP), *Lüdemann* und Genossen (SPD) über den Mangel an Zeitungspapier, ebd., Nr. 1978 und 1979, S. 2997, Nr. 2015, S. 3014], betr. Mangel an Zeitungspapier, wird Abg. *Rade*⁴, bei Punkt 12 [Beratung des Antrages der Abg. Dr. *Reineke* und Genossen (Z, DHann) auf Erhöhung der Notariatsgebühren, ebd., Nr. 1960, S. 2985], betr. Erhöhung der Notariatsgebühren, wird Abg. *Kochmann* die Ansichten der Fraktion vertreten.⁵

Zu Punkt 13 [Beratung des Antrages der Antrages der Abg. Dr. *Ritter* und Genossen (DNVP) über Fahrpreisermäßigungen für die Jugend, ebd., Nr. 2018, S. 3015, Nr. 2050,

Delitzsch geborene Paul *Schulze* war ein Verwandter des Führers der Deutschen Fortschrittspartei *Schulze-Delitzsch*. Vgl. DEMOKRATISCHE PARTEI-KORRESPONDENZ, 51, 2.3.1920; VOSSISCHE ZEITUNG, 119, 5.3.1920.

¹ Vgl. Dok. Nr. 141.

² Die Rede des Abg. *Jansen* in der 129. Sitzung am 3. März 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 8, Sp. 10391–10397.

³ Zu Punkt 9 vertrat die DDP in der 129. Sitzung am 3. März 1920 der Abg. Dr. *Gottschalk* (Gummersbach), in: ebd., Sp. 10434. Punkt 10 wurde in der 129. Sitzung am 3. März 1920 von der Tagesordnung abgesetzt und in der 158. und 160. Sitzung am 28. und 29. September 1920 verhandelt. Vgl. die Rede des Abg. *Westermann* in der 158. Sitzung am 28. September 1920, in: ebd., Bd. 10, Sp. 12509–12514.

⁴ Die Rede des Abg. *Rade* in der 129. Sitzung am 3. März 1920, in: ebd., Bd. 8, Sp. 10426 f.

⁵ Die Rede des Abg. *Kochmann* in der 129. Sitzung am 3. März 1920, in: ebd., Sp. 10448 f.

S. 3043 (Abänderungsantrag der USPD)], betr. Fahrpreisermäßigungen für die Jugend, soll Abg. *Rade* sprechen.⁶

III. Abg. *Goll* regt an, ob nicht eine Unterstützung der in preußischen Städten abgehaltenen Messen durch den Staat angebracht wäre.

Koll. *Goll* soll dieserhalb mit dem Handelsminister in Verbindung treten.

IV. Es erfolgt sodann die Festsetzung der Redner zu noch vorliegenden Anträgen; es werden bestimmt für Antrag [Nr.] 2037:⁷ *Wenke*, [Nr.] 2017:⁸ *Böer*, eventuell *Goll*, [Nr.] 2016:⁹ *Goll*, welcher bei dieser Gelegenheit auf einen energischen Zugriff durch die Wertzuwachssteuer in Anregung bringen soll, [Nr.] 1962:¹⁰ Dr. *Berndt*, [Nr.] 1997:¹¹ wird nicht gesprochen. – [Nr.] 1987:¹² kein Redner, eventuell *Degenhardt* bzw. Dr. *Hagemeister*. [Nr.] 1933:¹³ *Riedel*; [Nr.] 1932:¹⁴ Frl. *Dönhoff* oder Frl. Dr. *Heine*¹⁵, [Nr.] 1926:¹⁶ *Kuhle*, [Nr.] 1925:¹⁷ Dr. *Schloßmann*, [Nr.] 1934:¹⁸ *Meyer*, [Nr.] 1936:¹⁹ bleibt offen.

⁶ Der Antrag der Abg. Dr. *Ritter* und Genossen (DNVP) (Nr. 2018) wurde in der 129. und 130. Sitzung am 3. und 4. März 1920 beraten. Die Rede des Abg. D. *Rade* in der 130. Sitzung, in: ebd., Sp. 10463.

⁷ Antrag der Abg. *Martin* und Genossen (DNVP) über den Truppenübungsplatz Friedrichsfeld im Landkreise Dinslaken, in: ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 2037, S. 3025. Der Antrag wurde in der 155. Sitzung am 21. September 1920 dem Siedlungsausschuß überwiesen. An der Debatte beteiligte sich kein Vertreter der DDP.

⁸ Antrag der Abg. *Martin* und Genossen (DNVP) auf Weiterzahlung von Beihilfen für Zwecke der Kriegswohlfahrtspflege an die Gemeinden, ebd., Nr. 2017, S. 3015. Die Beratung des Antrags wurde in der 161. Sitzung am 30. September 1920 von der Tagesordnung abgesetzt. Er wurde in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr erledigt.

⁹ Förmliche Anfrage der Abg. Dr. *Moldenbauer* und Genossen (DVP) über den Eigentumsübergang von Grundstücken in ausländischen Besitz, in: ebd., Nr. 2016, S. 3014. Die Anfrage wurde in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr erledigt.

¹⁰ Dringende Förmliche Anfrage der Abg. *Gräf* (Frankfurt) und Genossen (SPD) über tätliche Angriffe der Bevölkerung durch Soldaten der Baltikumtruppen und der Marinebrigade (Reichswehr), in: ebd., Nr. 1962, S. 2985. Die Anfrage wurde zurückgezogen.

¹¹ Förmliche Anfrage der Abg. *Adolph Hoffmann* und Genossen (USPD) über das Verbot der »Bergischen Volksstimme« in Remscheid, in: ebd., Nr. 1997, S. 3004. Die Anfrage wurde zurückgezogen.

¹² Kleine Anfrage der Abg. *Schüling* und Genossen (Z) über die Mehlpreise, in: ebd., Nr. 1987, S. 3000. Die Antwort: ebd., Nr. 2072, S. 3065 f.

¹³ Dringende Förmliche Anfrage der Abg. *Gräf* (Frankfurt) und Genossen (SPD) über die Wiedereinstellung der Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten, in: ebd., Nr. 1933, S. 2971. Die Anfrage blieb unerledigt.

¹⁴ Förmliche Anfrage der Abg. Dr. v. *Krause* (Ostpreußen) und Genossen (DVP) über das Eheverbot für Lehrerinnen und Beamtinnen, in: ebd., Nr. 1932, S. 2971.

¹⁵ Die DDP vertrat in der 157. Sitzung am 23. September 1920 die Abg. Frau *Dönhoff*, in: ebd., Bd. 9, Sp. 12440–12442.

¹⁶ Dringende Förmliche Anfrage der Abg. Dr. Dr. *Porsch* und Genossen (Z) über gesteigerte Kohlenproduktion, in: ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 1926, S. 2967. Die Anfrage wurde in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr erledigt.

¹⁷ Gesetzentwurf, betr. eine einstweilige Ermächtigung des Provinzialausschusses in Düsseldorf und des Landesausschusses in Wiesbaden, in: ebd., Nr. 1925, S. 2966 f. Die Vorlage wurde in der 139. Sitzung am 27. April 1920 in zweiter und dritter Lesung beraten und angenommen. Die DDP vertrat der Abg. *Goll*, in: ebd., Bd. 9, Sp. 11093. Vgl. auch Dok. Nr. 134.

¹⁸ Dringende Förmliche Anfrage der Abg. Dr. *Hager* und Genossen (Z) über die Zahlungsunfähigkeit der Gemeinden, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1934, S. 2971. An der kurzen Aussprache beteiligte sich kein Vertreter der DDP.

¹⁹ Förmliche Anfrage der Abg. *Adolph Hoffmann* und Genossen (USPD) über die Sprengung einer Versammlung des Bundes »Neues Vaterland«, in: ebd., Nr. 1936, S. 2976. Die Anfrage wurde zurückgezogen.

V. Abg. **Degenhardt** bittet um baldigen Zusammentritt des Beamtenausschusses.

Es sprechen hierzu: **König, Berndt, Barteld, Schümer.**

Es wird beschlossen, in Bälde in der Fraktion sich mit der Frage der Ortszulagen zu befassen.²⁰

Abg. **Barteld** regt an, vor allem im Interesse der Werbearbeit im Lande Aufstellung eines Arbeitsplanes zu beantragen, nach dem mit einiger Sicherheit alle 2–3 Wochen eine tagungsfreie Zeit zu erwarten ist.

144.

4.3.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 128v. Beginn: 11.42 Uhr. Ende 12.25 Uhr. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Schreiber.

I. Besprechung des Plenums.

Als Vertreter der Fraktion im Plenum soll zur Förmlichen Anfrage Nr. 1911 Abg. *Goll* sprechen, der die Anfrage auch auf Bau- und Brennholz erweitern soll.¹

II. Es wird beschlossen, am Tage vor Wiederbeginn der Vollsitzung, nachmittags 3 Uhr, eine Fraktionssitzung abzuhalten. – Am Donnerstag, den 11. dieses Monats, findet abends 8 Uhr eine gemeinsame Sitzung der beiden demokratischen Fraktionen mit dem Parteivorstand statt.²

Abg. **König** bringt die Zurücknahme des Nachtragsetats seitens der Regierung zur Sprache bei Gelegenheit der Verreichlichung der Eisenbahnen.

Die Angelegenheit soll in Gegenwart des Ministers *Oeser* behandelt werden.³

Abg. **Cassel** teilt mit, daß die Vertagung heute eintritt und bis zum 16. dieses Monats währt. – Sodann beleuchtet er kurz auf Grund von gestern erhaltenen Informationen die Sachlage im schleswig-holsteinischen Abstimmungsgebiete.⁴

²⁰ Ab hier Handschrift *Dönhoff*.

¹ In der 130. Sitzung am 4. März 1920 wurde die Förmliche Anfrage der Abg. *Mentzel* (Stettin) und Genossen über die Holzpreise, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1911, S. 2959, verhandelt. Die Rede des Abg. *Goll*, in: ebd., Bd. 8, Sp. 10482–10484.

² Vgl. die Sitzung des Vorstandes vom 11. März 1920, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 52, S. 116f.

³ Am 8. März 1920 sollte die preußische Staatsregierung den Beschluß fassen, einen Nachtrag zum Staatshaushalt der Eisenbahnverwaltung für 1919 sofort bei der Landesversammlung einzubringen. Vgl. PPS, Bd. 11/I, Nr. 111, S. 159f., hier S. 159 (TOP 3). Mit diesem Nachtragsetat beantragte die preußische Regierung eine Vermehrung der Stellen für seine Beamten, nachdem die süddeutschen Länder bereits dazu übergegangen waren, im Zuge der Überführung der Staatsbahnen auf das Reich weitere Stellen für ihre Beamten zu fordern. Der Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2096, S. 3105–3109, wurde schließlich in der 131. Sitzung am 30. März 1920 in erster Lesung beraten und dem Hauptausschuß überwiesen. Die zweite und dritte Beratung fanden am darauffolgenden Tag statt.

⁴ In Nordschleswig fanden vom 10. Februar bis 4. März 1920 Volksabstimmungen statt. Danach fiel die nördliche Zone an Dänemark, während die südliche bei Deutschland verblieb.

Zu Mitgliedern des Rechtsausschusses, betr. Auseinandersetzung mit den Hohenzollern, werden *Kochmann*, Dr. *Berndt*, *Cassel*, Dr. *Ruer* bestimmt.⁵

Abg. Dr. **Berndt** beantragt, demnächst in Gegenwart von Dr. *Troeltsch* und *Oeser*, die Frage der kirchlichen Urwahlen zu besprechen, dem wird zugestimmt.⁶

145.

23.3.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 128r. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

[Der] Vorsitzende Abg. **Dominicus** macht Mitteilung, daß morgen wahrscheinlich keine Plenarsitzung stattfindet, da Nationalversammlung noch nicht tagt.¹

Abg. **Meyer** regt an, vor Eintritt in die Verhandlungen das Erscheinen der Minister *Fischbeck* und *Oeser* zu veranlassen. Er berichtet über die Vorgänge in der preußischen Regierung seit dem 13. III.², die Minister **Fischbeck** und **Oeser** vervollständigen diesen Bericht.

Nach längerer Besprechung der politischen Lage für Preußen, bei der die Abg. Dr. **Frentzel**, **Riedel**, **Cassel**, Dr. **Meyer**, Exz. **Friedberg**, Dr. **Schloßmann**, Prof. **Rade**, **Crüger**, **Jordan**, **Berndt** das Wort nehmen, wird über die zu fassenden Beschlüsse in folgender, vom Abg. *Meyer* vorgebrachten Fassung debattiert und abgestimmt.

Die **Fraktion** sieht keine Veranlassung, eine Neubildung des preußischen Kabinetts zu verlangen.³ Sollte sie von anderer Seite beantragt werden, so wäre dem zuzustimmen

⁵ Vgl. auch Dok. Nr. 122, 124 und 140.

⁶ Demokraten wie der einflußreiche Theologe Martin *Rade* hatten sich wiederholt für eine demokratische Kirchenverfassung und für Urwahlen zur verfassunggebenden Generalsynode ausgesprochen. Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 625, 8.12.1919. Vgl. auch Dok. Nr. 94. Dagegen hatte der Evangelische Kirchenrat der Generalsynode in dem am 20. September 1919 vorgelegten Entwurf eines Kirchengesetzes, betreffend eine außerordentliche verfassunggebende Kirchenversammlung, gefordert, daß die Wahlen zur verfassunggebenden Kirchenversammlung nicht direkt durch die Kirchenmitglieder, sondern mittelbar durch die Mitglieder der vereinigten kirchlichen Körperschaften erfolgen sollten. Vgl. auch Dok. Nr. 98. Am 19. Juni 1920 legte das preußische Staatsministerium der Preußischen Landesversammlung den Gesetzentwurf, betr. die Neuregelung der Verfassung der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen, vor. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2546, S. 4204–4210. Danach sollten die kirchlichen Körperschaften aus allgemeinen Wahlen hervorgehen. Ferner sollte die verfassunggebende Kirchenversammlung neben den Generalsuperintendenten, den Präsidien der Provinzialsynoden und je einem Mitglied der evangelisch-theologischen Fakultäten an den Universitäten der älteren Provinzen aus 193 von den Kirchengemeinden zu wählenden Mitgliedern bestehen. Schließlich wurde ein provisorisches Kirchenorgan, der evangelische Landeskirchenausschuß, der sich aus dem Evangelischen Oberkirchenrat und dem Generalsynodalvorstand zusammensetzen sollte, mit der Ausübung des Kirchenregiments beauftragt.

¹ Die Preußische Landesversammlung tagte erst wieder am 30. März 1920.

² Dem Beginn des *Kapp*-Putsches.

³ Der *Kapp*-Putsch (13.–17. März 1920) führte sowohl im Reich als auch in Preußen zu Verhandlungen über eine Neubildung der Regierungen. Am 26. März 1920 traten die Kabinette *Bauer* und *Hirsch* zurück. Neuer Reichskanzler wurde Hermann *Müller* (SPD). Zum neuen preußischen Ministerpräsidenten wählte die Landesversammlung am 29. März 1920 den Sozialdemokraten Otto *Braun*. Die de-

mit dem Vorbehalt, daß das Verbleiben der demokratischen Minister *Oeser* und *Fischbeck* gesichert ist. Die Forderung, ein reines Arbeiterministerium mit Zustimmung der bürgerlichen Parteien zu schaffen, ist abzulehnen.

Gegen Satz 1 sprechen die Abg. **Schloßmann**, **Berndt**, **Ruer**, die Abstimmung ergibt eine Mehrheit für den Satz. Auch den übrigen Sätzen des Abg. *Meyer* wird zugestimmt. Auf eine Anfrage hin stellt Exz. **Friedberg** fest, daß die Arbeitgeber von der demokratischen Partei nicht offiziell aufgefordert sind, die Streiktage zu bezahlen.⁴

Die Rednerliste wird, bei Abbruch der Sitzung um 7 Uhr, in der für den 23.III., 3¼Uhr bestimmten Sitzung fortgesetzt werden. Als Vertreter für eine interfraktionelle Besprechung am 23. [März], 11 Uhr, werden die Abg. Exz. *Friedberg*, *Dominicus*, *Meyer* und *Ruer* ernannt.⁵

146.

24.3.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 129v–130v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: *Dönhoff*. Vorsitz: *Dominicus*.

[Der Vorsitzende] Abg. **Dominicus** berichtet über Verlauf und Ergebnis der interfraktionellen Besprechung am Vormittag über die drei Fragen: 1. der Neu- bzw. Umbildung des Kabinetts in Preußen – 2. über den Wiederbeginn der Tagung des Hauses – 3. über den Termin von Neuwahlen.¹ Es wurde zunächst nur Besetzung der vakanten Ministerposten vorgesehen², falls es im Reich zu einer Neubildung des Kabinetts kommt, wären die Konsequenzen für Preußen erneut in Erwägung zu ziehen. Die Einberufung des Plenums hängt von der Erledigung der Regierungsbildung bzw. von der Wiedereröffnung der Nationalversammlung ab.

Bestimmung des Zeitpunkts wurde dem Präsidenten überlassen. Einigkeit herrschte darüber, daß vor der Ausschreibung von Neuwahlen die Verfassung zu verabschieden sei, wahrscheinlich auch die Verwaltungsreform und die Beamtenbesoldung.

Minister **Fischbeck** und Abg. **Jansen** machen Mitteilung über die Verhandlungen über die Kabinettsbildung im Reich.

mokratischen Minister *Fischbeck* (Handel) und *Oeser* (Öffentliche Arbeiten) blieben in ihren Ämtern. Neu kamen in das Kabinett *Braun* die Sozialdemokraten *Severing* (Inneres) und *Lüdemann* (Finanzen). Vgl. STANG, S. 230–241; MÖLLER, Parlamentarismus, S. 331–339; ORLOW, Preußen.

⁴ Zum Scheitern des *Kapp*-Putsches hatte wesentlich der am 13. März 1920 ausgerufene Generalstreik beigetragen. Nachdem die Regierung im sog. Märzprotokoll vom 20. März 1920 die gewerkschaftlichen Forderungen weitgehend anerkannt hatte, brachen die Gewerkschaften den Generalstreik am 22. März 1920 ab. Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 7, S. 44–100, bes. S. 75–78, 93–100.

⁵ Vgl. auch die Sitzung der preußischen Zentrumsfraktion vom 24. März 1920, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 126, S. 201f.

¹ Vgl. Dok. Nr. 145. Vgl. auch das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 24. März 1920, 12.15 bis 12.40 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

² Am 18. März 1920 war Wolfgang *Heine* als preußischer Innenminister, am 22. März Gustav *Noske* als Reichswehrminister zurückgetreten. Am 26. März erklärten schließlich die Kabinette *Bauer* und *Hirsch* ihren Rücktritt. Vgl. SCHULTHESS 1920/I, S. 59, 71 und 73f.

In der Diskussion über die Regierungsbildung in Preußen berichtet Unterstaatssekretär **Troeltsch**, daß in der Kabinettsitzung die Unterstaatssekretäre der Auffassung des Ministerpräsidenten opponiert haben, es sei von einer Neu- oder einschneidenden Umbildung abzusehen. Redner sieht keinen Anlaß zur Demission der demokratischen Minister.

Minister **Fischbeck** erklärt seine Solidarität mit Minister *Oeser*, dessen Rücktritt von den Sozialdemokraten gefordert wird.

Abg. **Rebehn** wirft die Frage auf, ob 9 preußische Ministerien beizubehalten sind, wünscht Ausschluß zur Beratung einer Neuorganisation der preußischen Regierung.

Minister **Oeser** hält gegenüber dem Schlagwort Fachminister in politisch bewegten Zeiten Fühlung des Ministeriums mit dem Parlament für dringend, warnt vor totaler Neubesetzung wegen des Wettlaufs um die Posten und weil die Handlungsfähigkeit nicht durch langes Verhandeln hinausgeschoben werden darf.

Abg. **Böer** verlangt nach authentischer Darstellung der Vorgänge am 14.–19.III.³ zur Lösung des scheinbaren Widerspruchs zwischen Stuttgart und Berlin.

Abg. **Jansen** hat eine solche in Arbeit, die Ende der Woche herauskommt.⁴

Die Abg. **Kopsch** und **Barteld** äußern sich zu den Verhandlungen mit den Gewerkschaften, bzw. zu lokal Hannoverschen Vorgängen. Letzterer ist gegen Neubildung des Kabinetts und gegen baldige Neuwahlen in Preußen.

Abg. **Preuß** würde eine radikale Änderung der Regierungen für erwünschter halten, doch erledigt sich die Frage für Preußen, wenn sie im Reich nicht geschieht.

Abg. **Ruer** bedauert ebenfalls die Stellung der Reichsregierung zur Umbildung, hält sie in Preußen für unerläßlich, wenn noch Gesetze gemacht werden sollen, würde aber Auflösung der Landesversammlung ohne Verabschiedung der Verfassung begrüßen. Erwähnt die durch die Abmachung der 8 Punkte⁵ geschaffene Schwierigkeit und fragt, ob Verhandlungen des Koalitionsministeriums mit den Rechtsparteien und der USPD stattgefunden haben.

Exz. **Friedberg** bemerkt, daß davon nichts bekannt; begründet die Verhandlung mit den Gewerkschaften. Eine Konferenz von Vertretern aller Parteien mit der *Kapp*regierung ist ohne bindende Ergebnisse verlaufen.⁶

³ Dem *Kapp*-Putsch vom 13. bis 17. März 1920 folgten Verhandlungen zwischen Vertretern der Reichsregierung, des preußischen Staatsministeriums, der Weimarer Koalitionsparteien und den Gewerkschaften, die am 20. März zu einem Übereinkommen, dem sog. März-Protokoll, führten. Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 7, S. 44–100.

⁴ Robert JANSEN, Der Berliner Militärputsch und seine politischen Folgen, Berlin 1920.

⁵ Grundlage der Verhandlungen zwischen den Mehrheitsparteien und freigewerkschaftlichen Verbänden war seit dem 18. März 1920 ein Neun-Punkte-Programm der Gewerkschaften, in dem u.a. die Demokratisierung der Verwaltung, die Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige sowie die Mitsprache der Gewerkschaften bei den Regierungsumbildungen im Reich und in Preußen gefordert wurden. Die neun Punkte sind abgedruckt in: SCHULTHESS 1920/I, S. 69f. Der neunte Punkt mit seiner Forderung nach dem Rücktritt *Noskes* und *Heines* konnte seit dem 22. März 1920 als vollzogen gelten, so daß die sogenannten neun Punkte auch als acht Punkte zitiert wurden. Diese Forderungen der Gewerkschaften fanden schließlich Eingang im Bielefelder Abkommen vom 24. März 1920, das, unterzeichnet von Vertretern der Behörden, Verbände und Parteien, auch im Ruhrgebiet ein Ende des Generalstreiks brachte. Das Bielefelder Abkommen, in: URSACHEN UND FOLGEN, Bd. 4, Nr. 865, S. 111–113; SEVERING, Bd. 1, S. 263–265; SCHULTHESS 1920/I, S. 66.

⁶ Am Abend des 16. März 1920 fand im Reichsjustizministerium in Berlin eine Besprechung mit dem Vertreter der Putschisten, Major *Pabst*, und Vizekanzler *Schiffer* (DDP) sowie mehreren Regierungsmitgliedern und Parteiführern statt. An der Unterredung nahmen u.a. teil der preußische Ministerpräsident *Hirsch* (SPD), die Minister *Südekum* (SPD), *Stegerwald* (Zentrum), *Oeser* (DDP) und der

Die Abg. **Meyer** und **Dominicus** beleuchten die Situation, die zu den Abmachungen mit den Gewerkschaften geführt haben, über die noch eine gründliche Aussprache in der Fraktion erfolgen wird.

Abg. **Westermann** wendet sich gegen Bevorrechtigung der Gewerkschaften, sieht in der Anberaumung baldiger Wahlen einen Sieg *Kapps*.

Exz. **Friedberg** wünscht Beschlußfassung über den Termin der Preußenwahlen und die vorher zu erledigende Arbeit. Ist für baldige Neuwahlen und Verabschiedung der Verfassung, nicht der Verwaltungsreform, vorher.

Abg. **Meyer** macht die Stellungnahme zu den Neuwahlen und der Kabinettsbildung von den Beschlüssen im Reich abhängig; die Verfassung muß vor dem Auseinandergehen verabschiedet werden.

Abg. **Gottschalk** bedauert zwiespältige Haltung in Bezug auf Verhandlungen mit Rechts und Links – ist gegen baldige Neuwahl in Preußen.

Abg. **Berndt** ist für Reichstagsneuwahl, gegen solche in Preußen, will vor Auflösung die Verfassung, Demokratisierung der Verwaltung, Verkauf der Eisenbahn, Beamtenbesoldung erledigt wissen. Würde Umbildung des Kabinetts im Reich wünschen, wenn nicht die kurze Frist bis zur Neuwahl dagegen spräche, fordert sie für Preußen, wenn die Landesversammlung noch länger tagt.

Abg. **Riedel** stellt den Antrag, die Frage der Dauer der Landesversammlung bis nach Klärung der Verhältnisse offen zu lassen, Verabschiedung der Verfassung vor Auflösung zu beschließen.

Die Abg. **Struve**, **Goll**, **Rade** würden es bedenklich finden, wenn Verhandlungen mit *Kapp* stattgefunden haben.

Abg. **Schümer** spricht gegen Umbildung der preußischen Regierung, die wie ein Erfolg *Kapps* wirken würde.

Minister **Oeser** hält Neuwahl im Reich durch die Situation für geboten.

Ein Antrag, von der Reichstagsfraktion ein Hinausschieben der Reichstagswahlen zu fordern, wird abgelehnt, dem Antrag *Riedel*: a. die Frage der Dauer der Landesversammlung zunächst offen zu lassen, b. sie nicht vor Verabschiedung der Verfassung aufzulösen, wird zugestimmt.

Nächste Sitzung Freitag den 26. [März], 10 Uhr; Tagesordnung: 8 Punkte.

Vorsitzende der DNVP *Hergt*. Gegen die Zusage des Rücktritts *Kapps* erklärte sich Vizekanzler *Schiffer* bereit, sich für die Forderungen der Putschisten, d.h. für die Selbstauflösung der Nationalversammlung innerhalb von vier Wochen, die baldige Volkswahl des Reichspräsidenten, die Umbildung des Reichskabinetts und die Verabschiedung eines Amnestiegesetzes, einzusetzen. Vgl. die Erklärung des Ministerpräsidenten *Hirsch* in der Sitzung des Reichsrats am 17. März 1920 vormittags, in: ERGER, S. 260. Am Nachmittag des 17. März kam es im Justizministerium zu einer weiteren Unterredung, an der für die Putschisten *Lüttwitz* und *Pabst* und für die Reichsregierung und die sie vertretenden Parteien *Stresemann*, *Gothein*, *Hergt*, *Trimborn* und *Joël* teilnahmen. Vgl. NATIONAL-LIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, Bd. 1, Nr. 24 a, S. 272–281, hier S. 274. *Kapp* begründete seinen Rücktritt am 17. März schließlich damit, daß die Regierung seine politischen Forderungen »von sich aus zu erfüllen« versprochen habe. Die Reichsregierung bestritt jedoch, eine Vereinbarung mit den Putschisten getroffen zu haben. Vgl. SCHULTHESS 1920/1, S. 55.

147.

26.3.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 130v–131r. Beginn: 10 Uhr. Ende: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

[Abg. **Dominicus**:] Der Oberreichsanwalt in Leipzig hat [um] Aufhebung der Immunität des Abg. v. *Kessel* nachgesucht. Die Vertreter der Mehrheitsparteien beantragen, die Fraktionen wollen ohne Überweisung an den Geschäftsordnungsausschuß die Aufhebung beschließen.

Wird zugestimmt.¹

Über die Verhandlungen, betr. Regierungsbildung, ist mitzuteilen: die Sozialdemokraten schlagen für den Minister des Innern *Severing*² vor.³ Das Zentrum stimmt zu.

Die Abg. **Jordan**, **Kuhle** begrüßen die Wahl dieser Persönlichkeit.

Fraktion erklärt sich einverstanden. Da *Severing* im Augenblick im Ruhrrevier unakkömlich und daher eine mündliche Vereinbarung über die von der Fraktion geforderten Grundsätze bei Besetzung von Verwaltungsposten untunlich ist, soll eine schriftliche Formulierung unserer diesbezüglichen Forderungen eingereicht werden.

Eine von Exz. **Friedberg** gebetene Anregung, die Aufgaben des Ministers des Innern hinsichtlich des Verwaltungs-, Polizei- und Sicherheitsgebietes zu teilen, wird entgegen Bedenken des Abg. **Rebehn**, von den Abg. **Ruer**, **Goll**, **Cassel**, **Schnackenburg**, **Hagemeister** beifällig beurteilt. Es ist nicht Schaffung eines neuen Ministeriums, sondern Ernennung eines Staatskommissars vorzusehen, der dem Staatsministerium untersteht. Von den Vertretern, der Mehrheitsparteien wurde mindestens Verabschiedung der Verfassung vor Auflösung der Landesversammlung für notwendig erachtet, die sich übrigens, wie auch die Neuwahl im Reich auch verschieben kann.

Die von den Sozialdemokraten weiter vorgeschlagenen Persönlichkeiten, *Krüger*⁴ an Stelle von *Hirsch*, *Lüdemann*⁵ an Stelle von *Südekum*⁶ erscheinen der **Fraktion** unannehmbar.

¹ Der Antrag des Oberreichsanwalts auf Genehmigung zur Einleitung und Durchführung des Strafverfahrens sowie zur Verhaftung des Abg. v. *Kessel* wegen Verbrechens gegen die §§ 81 Ziffer 2, 82, 47 des Strafgesetzbuches (Hochverrat), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2116, S. 3191, wurde in der 132. Sitzung am 31. März 1920 genehmigt. Der Rittergutsbesitzer und Breslauer Abgeordnete Kurt v. *Kessel* (DNVP) hatte sich am *Kapp*-Putsch beteiligt. Er war in Breslau als neuer Oberpräsident der Regierung *Kapp* aufgetreten und hatte Amtshandlungen vorgenommen und Verhaftungen angeordnet. Vgl. ERGER, S. 96 und 179.

² Carl *Severing* (1875–1952), Schlosser, 1912–1919 Redakteur der Bielefelder »Volkswacht«, April 1919 Reichs- und Staatskommissar für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, März 1920–April 1921, November 1921–Oktober 1926, Oktober 1930–März 1933 preußischer Innenminister, Juni 1928–März 1930 Reichsinnenminister, 1907–1912 MdR, 1919/20 MdNatVers, 1920–1933 MdR, 1919–1921 MdpLV, 1921–1933 MdpLT (SPD).

³ Zur Regierungsumbildung in Preußen vgl. Dok. Nr. 145 und 146.

⁴ Franz *Krüger* (1887–1924), 1919–1920 Direktor des Büros des Reichspräsidenten, 1919–1920 Vorsitzender der linken SPD-Bezirksorganisation Groß-Berlin, 1919/20 MdNatVers, 1921–1924 MdpLV (SPD).

⁵ Hermann *Lüdemann* (1880–1959), 1915 Stadtverordneter Berlin-Wilmersdorf (Vorsitzender der SPD-Fraktion), März 1919–März 1920 Referent im Reichsarbeitsministerium, März 1920–April 1921 preußischer Finanzminister, 1927–1928 Regierungspräsident in Lüneburg, 1928–1932 Oberpräsident von Niederschlesien, 1919–1921 MdpLV, 1921–1928 MdpLT, Vertreter des linken SPD-Flügels.

⁶ Der preußische Finanzminister Albert *Südekum* war während des *Kapp*-Putsches in Berlin geblieben und hatte an den Verhandlungen mit den Putschisten teilgenommen. Dadurch galt er wie Minister-

Es sprechen hierzu die Abg. **Frentzel, Riedel, Jordan, Schloßmann, Rebehn.**

Die Abg. **Rade** und **Troeltsch** äußern sich dagegen, daß Fraktion Ausscheiden von *Haenisch* verlangt.⁷

Abg. **Jansen** macht Mitteilung, daß die Reichstagsfraktion dem Minister *Schiffer* ihr Vertrauen erklärt hat. Die Kabinettsbildung scheidet wahrscheinlich am Widerspruch der Gewerkschaften. Der Widerspruch der Sozialdemokraten gegen *Schiffer* könnte vielleicht durch Zustimmung der Demokraten zu den 8 Punkten aufgehoben werden.

Abg. **Dominicus** stellt die Meinung der Fraktion dahin fest: Sie hält einen besonderen Ministerpräsidenten ohne Portefeuille nicht für erforderlich; tritt für Berufung eines Staatskommissars für die Aufgaben der Verwaltungs- und Personalfragen im Ministerium des Innern ein, versagt ihre Zustimmung den Kandidaturen *Krüger* und *Lüdemann*, hält Verbleiben von *Südekum* für erwünscht.

Abg. **Schümer** wendet sich gegen eine Einmischung unsererseits in die sozialdemokratischen Beschlüsse über *Südekum*.

Abg. **Frentzel** gibt Mitteilungen aus sozialdemokratischen Kreisen wieder, nach denen *Südekum* für spätere Aufgaben einstweilen zurückgestellt werden soll.

Abg. **Dominicus** berichtet: Gegen Minister *Fischbeck* wird von den Sozialdemokraten eingewendet, er habe seinen alten Beamtenapparat zu sehr intakt gehalten, vor allem den Oberberghauptmann *Althans*⁸ nicht beseitigt und die Beiräte nicht genügend herangezogen, *Oeser* habe die Gewerkschaften durch Arbeitermaßregelungen verstimmt.

Minister **Fischbeck** erklärt, daß er keine Handhabe besitze, Beamte, auch überständige, zu entfernen, daß die Bestellung von Beiräten bei den Oberbergämtern eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen – die Bewährung der Beiräte im Ministerium unterschiedlich sei; wendet sich gegen das Schmarotzertum der parlamentarischen Unterstaatssekretäre.

Abg. **Riedel** stellt fest, daß $\frac{3}{4}$ der Eisenbahnerschaft hinter dem Minister *Oeser* stehen.

Minister **Oeser** hält angesichts der bevorstehenden neuen ungeheuren Schwierigkeiten im Eisenbahnbetrieb andere Besetzung des Ministeriums für zweckmäßig, um den Sozialdemokraten die Verantwortung für das Emporkommen der radikalen Elemente aufzubürden; er wird den Posten nur nach Vertrauenserklärung der Sozialdemokraten weiterführen.⁹

Beide Minister behalten sich die Entscheidung über ihr Verbleiben je nach dem Ausfall der Ministerliste vor.

Zur Besprechung der 8 Punkte teilt der Abg. **Dominicus** mit, daß das Zentrum in der Nationalversammlung sich zu ihnen bekannt hat, die demokratische Fraktion erkennt

präsident *Hirsch* und Innenminister *Heine* als kompromittiert und mußte aus seinem Amt scheiden. Wiederverwendung fand *Südekum* 1921 als preußischer Staatskommissar für die Neuordnung des Unterelektionsbezirks. Vgl. auch SEVERING, Bd. 1, S. 277 und 309.

⁷ Konrad *Haenisch* blieb auch in der neuen preußischen Regierung unter Otto *Braun*, die am 27. März 1920 ihre Amtsgeschäfte aufnahm, Kultusminister. Vgl. SCHULTHESS 1920/I, S. 75 f.

⁸ Richard *Althans* (1862–1939), 1899 Bergwerksdirektor und Direktor der Berginspektion Gerhard, 1913 Vortragender Rat im Handelsministerium, 1917 Oberberghauptmann und Ministerialdirektor, stellvertretender Bevollmächtigter Preußens zum Reichsrat, 1923 im einstweiligen Ruhestand, 1927 im Ruhestand.

⁹ Rudolf *Oeser* blieb auch in der neuen preußischen Regierung *Braun* Minister für öffentliche Arbeiten. Vgl. SCHULTHESS 1920/I, S. 75 f.

sie an bis auf Punkt 1¹⁰ – der eine Landessache betrifft, daher für uns besonders wichtig ist.

Abg. **Jansen** verliest eine entsprechende Erklärung der Reichstagsfraktion. Die Beteiligten aus der Landtagsfraktion halten sich an ihre Auffassung bei der Vereinbarung mit den Gewerkschaften gebunden. Die Erklärung der Reichstagsfraktion genügt ihnen nicht.

Abg. **Dominicus** regt eine Verständigung an dahin gehend, daß der Präsident *Leinert*, dem die Aufgabe obliegt das Kabinett zu bilden, ermächtigt ist, vorher mit den am Streik beteiligten Gewerkschaften Fühlung zu nehmen.

In der Debatte äußern die Abg. **Schmiljan**, **Kopsch**, **Berndt**, **Crüger** Bedenken gegen diese Auslegung – als undemokratisch und im Widerspruch mit der Verfassung; die Abg. **Ruer**, **Preuß**, **Riedel**, **Rade**, **Schümer**, **Meyer**, **Oeser**, **Frentzel**, **Friedberg** sprechen für den Vorschlag des Abg. *Dominicus*.

Er wird dahin formuliert: die **Fraktion** ist nicht in der Lage mit den einzelnen Gewerkschaften zu verhandeln, sie befindet sich mit denen unserer Richtung im Einverständnis und ist einverstanden, daß der Präsident der Landesversammlung Fühlung nimmt vor der Regierungsneubildung mit den am Abkommen beteiligten Berufsorganisationen. Abstimmung ergibt einstimmige Annahme bei einigen Stimmenthaltungen.

Der Abg. *Otto* führt den Vorsitz weiter.

Eine Gehaltserhöhung für Frl. *Taubenheim* auf monatlich 600 M ab 1.IV. wird beschlossen.

Verteilung von Eingängen an die zuständigen Vertreter.

Abg. **Höfler** bittet, daß den Einladungen von Berufsorganisationen zu ihren Versammlungen seitens der Fraktion größere Beachtung geschenkt wird.

Eine Kleine Anfrage des Abg. *Struwe* über Mitwirkung von preußischen Gerichtsbeamten bei Standgerichten der Regierung Kapp wird unter der Voraussetzung, daß der Justizminister sie gut heißt, genehmigt.¹¹

Nächste Sitzung: Sonnabend 10 Uhr.

¹⁰ Nach dem ersten Punkt des Märzprotokolls vom 20. März 1920 sollte »bei der bevorstehenden Neubildung der Regierung im Reich und in Preußen die Personenfrage von den Parteien nach Verständigung mit den am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gelöst« und »diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die neue Regelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung eingeräumt« werden. Der Text, in: SCHULTHESS 1920/I, S. 69 f., Zitat S. 69.

¹¹ Dringende Kleine Anfrage des Abg. Dr. *Struwe* (DDP) über die Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte zur Zeit des *Kapp*-Putsches, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2103, S. 3121 f., vom 29. März 1920.

148.

27. 3. 1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 131r–132v. Beginn: keine Angaben. Ende: 11.43 Uhr. Protokollführer: Dönhoff und unbekannte Handschrift. Vorsitz: Dominicus.

[Abg. **Dominicus**:] Aus den gestrigen Verhandlungen der Vertreter der Mehrheitsparteien liegen folgende Vorschläge vor: Ministerbesetzung unter Wegfall des Präsidenten ohne Portfeuille und des Ministers des Innern (Übergang von Minister *Oeser* als Reichsverkehrsminister ab 1.VII.). *Severing*, *Braun*, *Haenisch*, *Südekum* als Sozialdemokraten, *Oeser - Fischbeck* Demokraten, *Stegerwald - Zehnhoff*¹ Zentrum. Einberufung des Plenums für Dienstag – Mittwoch. Zu erledigende Arbeit vor Ostern: Notetat², Nachtragsetat³, Eingemeindung eines kleinen Ortes bei Geestemünde⁴, Unterbringung der aus dem Osten vertriebenen Beamten.⁵ – Ergebnis einer Besprechung von Eisenbahnorganisationen mit Herrn *Schmiljan*: Sie treten für Verbleiben von *Oeser* ein, Demokratisierung seiner Verwaltung, Eindämmung des sozialdemokratischen Einflusses, paritätische Heranziehung aller Verbände.⁶

An der Besprechung beteiligen sich: **Cassel, Ruer, Riedel, Ommert**.

Die **Fraktion** entschließt sich, gegen die Kandidaturen *Gräf, Lüdemann, Krüger* sich zu wenden, für *Südekum* und *Severing* einzutreten und vor allem an *Oeser* und *Fischbeck* festzuhalten. Der Anregung, um *Südekum* zu halten, die Vorlage, betr. Auseinandersetzung mit der Krone, zurückzuziehen, tritt die Fraktion bei.⁷ *Severing* soll gleichzeitig zum Minister des Innern und Ministerpräsidenten vorgeschlagen werden.

Nächste Sitzung: heute Nachmittag 4 Uhr pünktlich.

¹ Hugo *am Zehnhoff*, Rechtsanwalt, 1919–1927 preußischer Justizminister, 1899–1918 MdR, 1899–1908 MdpAH, 1921–1928 MdpLT (Z).

² Gesetzentwurf, betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2108, S. 3142–3160.

³ Vgl. Dok. Nr. 144.

⁴ Die erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Erweiterung des Stadtkreises Geestemünde, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2051, S. 3044–3046, fanden in der 131. Sitzung am 30. März 1920 statt.

⁵ Die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Unterbringung der mittelbaren Staatsbeamten und Lehrpersonen aus den an fremde Staaten abzutretenden oder von ihnen besetzten preußischen Gebietsteilen (Unterbringungsgesetz), ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1614, S. 2330–2336, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2117, S. 3191–3246 (Ausschußbericht), fanden in der 131. Sitzung am 30. März 1920 statt.

⁶ Ab hier unbekannte Handschrift.

⁷ Vgl. Dok. Nr. 140.

149.

27.3.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 132v–133v. Beginn: 16.15 Uhr. Vertagung. Wiederbeginn: 18.35 Uhr. Ende: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: **Dominicus**.

Abg. **Dominicus** berichtet über die Sitzung der Mehrheitsparteien bezüglich der Kabinettsbildung:

1. betr. die Entschließung der Sozialdemokratischen Partei, die den Unterhändlern übergeben wurde,
2. betr. die Personenfrage. Die Mehrheitssozialdemokratie besteht auf den Kandidaturen *Gräf* und *Lüdemann*; die Bedenken gegen die demokratischen Minister *Fischbeck* und *Oeser* sind fallen gelassen.

Minister **Fischbeck** hat die schwersten Bedenken gegen die Vorschläge der SPD auch wegen des Fehlens eines 5. bürgerlichen Ministerpostens.

An der Besprechung beteiligen sich: Dr. **Ruer**, der für Zurückhaltung unserer Fraktion in der Frage plädiert; Dr. **Schloßmann**, der sich Dr. *Ruer* anschließt; Dr. **Berndt**, der glaubte, daß an diesen Personen die Koalition nicht scheitern dürfe; **Schnackenburg**, der bittet parteitaktische Erwägungen aus der Debatte auszuschalten, aber nachzuprüfen, ob durch die Sprengung der Koalition in Preußen auch die Koalition im Reich gefährdet sei und schlägt vor, einen der Kandidaten zu akzeptieren; **Meyer**, der glaubt, die Koalitionsregierung in Preußen zustande bringen zu müssen im Interesse der Beruhigung des Westens und *Gräf* akzeptieren zu können, gegebenenfalls *Lüdemann* vorzuschlagen, eventuell auch *Schleusener*¹; er schlägt vor, den Posten des Finanzministers zunächst frei zu lassen; Exz. Dr. **Friedberg**, der glaubt von der SPD beim Zugeständnis mehr erreichen zu können, hält *Lüdemann* aber für ungefährlicher als *Gräf*, da der Ministerpräsident die Richtung der Politik zu bestimmen habe, die Entscheidung der Fraktion hänge an der Entschließung unserer beiden Minister; Minister **Fischbeck**, der glaubt, daß *Südekum* nicht zu halten sei, und *Lüdemann* eher ertragen zu können als *Gräf*; Abg. **Dominicus**, der *Lüdemann* nicht für ganz ungefährlich hält und mitteilt, daß *Stegerwald Gräf* nicht akzeptiere; Abg. **Ehlers**, der vorschlägt, *Gräf* das Wohlfahrtsministerium anzubieten, als Ministerpräsident könne er nicht in Frage kommen; Dr. **Ruer**, der nach den Erklärungen des Zentrums die Lage nicht für hoffnungslos hält; Dr. **Preuß**, der glaubt, durch unsere Haltung die Koalition im Reich nicht zu sprengen; **Cassel**, der glaubt die Bildung des preußischen Ministeriums könne auf einige Tage verschoben werden, hält *Gräf* für geeigneter als *Lüdemann*; Dr. **Schloßmann**, der *Gräf* als Wohlfahrtsminister für geeignet hält; Minister **Oeser**, der mitteilt, daß die SPD mit der USPD über die Kabinettsbildung verhandelt habe und *Gräf* als Wohlfahrtsminister für durchaus akzeptabel hält; Abg. **Dominicus** teilt mit, daß die Zentrumspartei sich den Vorschlägen der SPD schweren Herzens anschließe; Dr. **Friedberg**; Dr. **Frentzel** schlägt vor, mit dem Zentrum zu verhandeln.

Die Sitzung wird auf 6 ½ [Uhr] vertagt.

¹ Franz *Schleusener* (1876–1950), 1915 Oberbürgermeister von Brandenburg/H., Dezember 1919–1924 Regierungspräsident von Potsdam, April 1924 Ministerialdirektor im preußischen Staatsministerium, 1925–April 1933 Staatssekretär im preußischen Finanzministerium, Mitglied der DDP (1925–1930 im Parteiausschuß), 1930 DStP.

Wiederbeginn 6.35 [Uhr].

Abg. **Dominicus** berichtet über die Unterredung mit dem Zentrum, das der Liste zustimmte.

Dr. **Ruer** bittet um Abstimmung.

Hagemeister glaubt der Liste zustimmen zu müssen.

Dr. **Schloßmann** spricht sich gegen die Liste aus.

Dr. **Friedberg** glaubt aus politischer Notwendigkeit, der Liste zustimmen zu müssen.

Cassel hält *Drews*, der als 5. bürgerlicher Minister eventuell in Frage kommt, nicht für unbedingt geeignet. Parteitaktisch sei es nötig, der Liste zuzustimmen.

Dr. **Ruer** verharrt in der Opposition gegen die Liste.

Dr. **Meyer** spricht für Eintritt.

A b s t i m m u n g: Für Eintritt in das Ministerium stimmen 14, dagegen 10.

Nächste Sitzung Sonntag 11 ½ Uhr.

150.

29.3.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 133v-r. Beginn: 12.15 Uhr. Ende: keine Angaben. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: **Dominicus**.

1. An Stelle des verhinderten Kollegen **Dominicus** tritt heute Nachmittag 5 Uhr der Abg. D. *Rade* bzw. *Meyer* ein. (Ältestenausschuß: Festsetzung der morgigen Tagesordnung der Vollsitzung).¹

2. Koll. **Schmiljan** teilt die voraussichtliche Tagesordnung mit.

Zu Punkt 1 [Beratung des Antrags des Geschäftsordnungsausschusses, betreffend die Genehmigung zur Einleitung und Durchführung des Strafverfahrens sowie zur Verhaftung des Abg. von *Kessel* wegen Verbrechens gegen die §§ 81 Ziffer 2, 82, 47 des Strafgesetzbuches (Hochverrat), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2116, S. 3191]² – Strafverfolgung *Kessel* – spricht Koll. *Meyer*.³

Punkt 2 [Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, ebd., Nr. 2096, S. 3105–3109, Nr. 2122, S. 3248], betr. Feststellung eines Nachtragsetats, soll ohne Besprechung der Kommission überwiesen werden.⁴

Bei Punkt 3 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Unterbringung der mittelbaren Staatsbeamten und Lehrpersonen aus den an fremde Staaten abzutretenden oder von ihnen besetzten preußischen Gebietsteilen (Unterbringungs-

¹ Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 29. März 1920, 17.12 bis 19.15 Uhr, in: GSTAPK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

² Vgl. Dok. Nr. 147.

³ Die Rede des Abg. *Meyer* (Frankfurt) in der 132. Sitzung am 31. März 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 8, Sp. 10656–10659.

⁴ Vgl. Dok. Nr. 144.

gesetz), ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1614, S. 2330–2336, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2117, S. 3191–3246 (Ausschußbericht)] wird zunächst beschlossen – Unterbringung der Beamten aus den verloren gegangenen Gebieten – die Vorlage ohne Besprechung durch Zustimmung zu erledigen. Gegebenenfalls wird *Dominicus* hierzu das Wort ergreifen.⁵

3. Abg. **Rade** bespricht die Neuordnung der bisherigen Hauptkadettenanstalt in Groß-Lichterfelde und die dort geplante einseitige Besetzung der leitenden [Positionen]⁶ mit nationalistisch gesinnten Personen.⁷

Abg. *Dominicus* wird dieserhalb mit dem Minister *Haenisch* Rücksprache nehmen.

4. Im Anschluß an die Erklärung des neuen Ministerpräsidenten am 30. soll eine politische Debatte sich anreihen; sprechen hierzu sollen 1. Dr. *Friedberg* und wenn notwendig als zweiter *Jansen*.⁸

5. Koll. *Höfler* erhält die Zustimmung zur Einbringung einer Kleinen Anfrage, Ortsklasseneinteilung für Beamte und Lehrer betreffend.⁹

6. Koll. Dr. **Jordan** erbittet und erhält die Zustimmung der **Fraktion** zu einer Kleinen Anfrage, betr. Wohnungsnot.¹⁰

7. Koll. Abg. Dr. **Schloßmann** bringt die Zurückweisung eines jüdischen Bewerbers für Tiefbaustudium zur Sprache; es soll deswegen der Minister *Haenisch* befragt werden.

8. Koll. **Barteld** bespricht die Haltung der Militär- und Zivilbehörden in Hannover während des Putsches und das Märchen von einem dort geplanten Welfenüberfall.¹¹

⁵ Nach der Rede des Berichterstatters *Ruszezynski*, SBpLV 1919/21, Bd. 8, Sp. 10510, wurde die Vorlage in der 131. Sitzung am 30. März 1920 ohne Aussprache angenommen. Vgl. auch Dok. Nr. 148.

⁶ Wort unleserlich.

⁷ Nachdem Kultusminister *Haenisch* nach der Revolution 1918/19 den größten Teil des Personals der Hauptkadettenanstalt in Groß-Lichterfelde übernommen hatte, lenkte er nach dem *Kapp*-Putsch ein und ernannte im April 1920 den Mitbegründer des sozialistischen »Bundes Entschiedener Schulreformer« Dr. Fritz *Karsen* zum Leiter der Lichterfelder Anstalt. Darüber hinaus wurden weitere Mitglieder der »Entschiedenen Schulreformer« mit Unterrichts- und Erziehungsaufgaben betraut. Vgl. Klaus SCHMITZ, Militärische Jugendziehung. Preußische Kadettenhäuser und Nationalpolitische Erziehungsanstalten zwischen 1807 und 1936, Frankfurt/M. 1997, S. 193–197, insgesamt S. 165–245.

⁸ Die Regierungserklärung des preußischen Ministerpräsidenten Otto *Braun* in der 131. Sitzung am 30. März 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 8, Sp. 10502–10508. *Braun* gab die Schuld am *Kapp*-Putsch jenen »durch die deutschnationale Partei vertretenen agrarkonservativen Kreise[n] Ostelbiens, die es nicht verwinden können, daß ihre Jahrhunderte währende Vorherrschaft im Reich und in Preußen durch die Demokratie ein für allemal gebrochen« sei. Zitat, Sp. 10504, H.i.O. Vgl. auch SCHULZE, *Braun*, 1977, S. 299f. Auch Dr. *Friedberg* sprach in seiner Rede der Deutschnationalen Volkspartei einen »mittelbaren Einfluß« auf die zurückliegenden Ereignisse zu. Andererseits konnte er gegenüber dem in den sogenannten 8 Punkten zusammengefaßten Abkommen mit den Gewerkschaften seine Bedenken nicht verhehlen. Namentlich der im ersten Punkt geforderten Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Bildung und der Politik der Regierungen im Reich und in Preußen widersprach er entschieden. Er habe immer den Standpunkt vertreten, »daß eine Berufsvertretung als Ersatz der parlamentarischen Vertretung und der Repräsentation des gesamten Volkes nicht zulässig ist.« Ebd., Sp. 10582–10595, hier Sp. 10585, H.i.O., und Sp. 10590.

⁹ Kleine Anfrage der Abg. *Höfler* und Genossen (DDP) über die Abstufung der Orte nach Teuerungsklassen bei der neuen Besoldungsordnung, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2105, S. 3122.

¹⁰ Kleine Anfrage des Abg. Dr. *Jordan* (DDP) über Milderung der Wohnungsnot durch Entfernung unberechtigter Ausländer, in: ebd., Nr. 2104, S. 3122.

¹¹ In der Provinz Hannover kam es während des *Kapp*-Putsches zu separatistischen Aktionen der Welfenpartei und vereinzelter Unruhen, die jedoch vom dortigen regierungstreuen Truppenbefehlshaber unterbunden wurden. Vgl. ERGER, S. 178.

9. Abg. **Sommer** bringt das Führen schwarzer Listen durch nationalistisch gesinnte Offiziere zur Sprache.

10. Die Besprechung der Ruhrsiedlungsvorlage¹² in der Fraktion soll am 31. [März] stattfinden.

Nächste Sitzung: Mittwoch den 31. III., vormittags 10 Uhr.

151.

31.3.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 133r. Beginn: 10.10 Uhr. Ende: 11.10 Uhr. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Dominicus.

Entschuldigt ist Abg. *Schmiljan*.

1. Abg. **Frentzel** berichtet über die bevorstehende Verreichlichung der Eisenbahnen (Punkt 6 der Tagesordnung der Vollsitzung vom 31. III. 20).¹

Der Berichterstatter wird mit der Vertretung der Fraktion im Plenum betraut.²

2. Abg. **Schloßmann** bespricht die Schwierigkeiten der Ruhrsiedlungsvorlage.³

Es reden hierzu: **Ruer, Jordan, Hagemeister**.

Referentenvorschlag, den Siedlungsausschuß den Provinzialausschüssen von Rheinland und Westfalen anzugliedern (17 + 4 Mitglieder) findet die Zustimmung der **Fraktion**. Ferner wird beschlossen, der Schaffung eines staatlichen selbständigen Verwaltungspräsidenten zuzustimmen, der den Minister des Innern und dem für Wohlfahrt gleichzeitig unterstellt wird; der Ausschuß hat sich als Selbstverwaltungskörper seinen Vorsitzenden zu wählen, das Kontrollrecht über die Tätigkeit wird den Parlamenten zugewiesen; Abs. 4 soll im Ausschuß sachgemäß gemildert werden. – Die Kommission tagt in den parlamentarischen Osterferien.

3. Abg. **Rade** teilt das Ergebnis seiner Unterredung mit dem Minister *Haenisch* mit (siehe vorige Fraktionssitzung, Punkt 3, S. 265).⁴

¹² Der Gesetzentwurf, betr. Verbandsordnung für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1741 A und B, S. 2661–2682, war in der 109. und 111. Sitzung am 31. Januar und 3. Februar 1920 in erster Lesung beraten und an den 21. Ausschuß überwiesen worden. Die zweite und dritte Lesung fand in der 142. Sitzung am 5. Mai 1920 statt. Vgl. auch Dok. Nr. 95, 123 und 124.

¹ In der 132. Sitzung am 31. März 1920 fand die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend den Staatsvertrag zwischen Preußen und dem Deutschen Reich über die Übertragung der Preußischen Staatsbahnen auf das Reich, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2097, S. 3109–3119, statt. Die Vorlage wurde anschließend an den Hauptausschuß überwiesen.

² Die Rede des Abg. Dr. *Frentzel*, in: ebd., Bd. 8, Sp. 10671–10676.

³ Vgl. Dok. Nr. 150. Zur Ruhrsiedlungsvorlage vgl. auch BERG, S. 421–434, hier S. 433.

⁴ Gegenstand der Unterredung war die Neuordnung der Hauptkadettenanstalt in Groß-Lichterfelde. Vgl. Dok. Nr. 150. S. 265 entspricht Bl. 133v.

152.

20.4.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 134v. Beginn: 11.15 Uhr. Ende: 13.05 Uhr. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Dominicus.

Der **Vorsitzende** begrüßt die neu eingetretenen Mitglieder *Pezel-Königsberg* und *Beutler-Memel*.¹

1. Es erfolgt darauf die Besprechung des Plenums.

2. Verfassung Preußens.²

Hierüber berichtet Abg. **Meyer**.

Es sprechen hierzu die Abg. **Preuß, Ruer, Berndt, Schnackenburg, Cassel**.

Zum Redner in der Vollversammlung wird durch Stimmzettel Abg. *Preuß* mit 17 Stimmen gewählt; 15 Stimmen entfallen auf Abg. *Meyer*.³

3. Morgige Tagesordnung 10 [Uhr] Vormittags.

1. Fortsetzung der Beratung über die Verfassung.

2. Plenum

3. Besetzung der Oberpräsidentenstelle in Hannover.⁴

¹ Vgl. auch DEMOKRATISCHE PARTEI-KORRESPONDENZ, 54, 5.3.1920: »Neue demokratische Landtagsabgeordnete.«

² Der Entwurf einer Verfassung für Preußen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr.2000, S. 3005–3009, wurde in der 138. und 140. Sitzung am 26. und 28. April 1920 in erster Lesung verhandelt und anschließend dem Verfassungsausschuß überwiesen.

³ Die Rede des Abg. Dr. *Preuß* in der 140. Sitzung am 28. April 1920, in: ebd., Bd. 9, Sp. 11110–11127.

⁴ Nachfolger des Oberpräsidenten in Hannover, Ernst v. *Richter* (DVP), wurde 1920 der Sozialdemokrat Gustav *Noske*, der seit dem 26. Juni als kommissarischer Verwalter des Oberpräsidiums und seit dem 8. Oktober 1920 bis März 1933 als Oberpräsident von Hannover amtierte. Der Hannoveraner Oberpräsident Ernst v. *Richter* war in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden, weil er nach Meinung der Regierung während des *Kapp*-Putsches »nicht die nötige Entschiedenheit« gegenüber den Putschisten an den Tag gelegt und damit »endgültig das Vertrauen der Mehrheitsparteien innerhalb seiner Provinz verloren« habe. Vgl. die Sitzung der preußischen Staatsregierung vom 9. April 1920, in: PPS, Bd. 11/I, Nr. 121, S. 168f., hier S. 168 (TOP 8).

153.

21. 4. 1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 134v–135v. Beginn: 10.05 Uhr. Ende: 13.00 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift und Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Der **Vorsitzende** gibt bekannt,¹ daß Vertagung für den 8. Mai vorgesehen ist.²

Zum Gesetzentwurf zur Abänderung einiger Vorschriften des Gemeindeabgabenrechts soll Überweisung an Gemeindeausschuß beantragt werden durch Abg. *Schnackenburg*.³

Abg. **Riedel** berichtet über die Ausschußverhandlungen des Gesetzentwurfs über die Verreichung der preußischen Staatsbahnen.⁴ [Er] beantragt Ablehnung des Antrags *Garnich* [Nr.] 2180.⁵

Die Große Anfrage Drucksache [Nr.] 1843 wird vom Abg. *Riedel* begründet werden; als Berichterstatter spricht Abg. *Riedel*.⁶ Antrag *Hirtsiefer*, betr. Landeseisenbahnrat, soll angenommen, Zusatzantrag *Hoffmann* abgelehnt werden.⁷ Deutschnationaler Antrag über Vertretung Preußens bei Verreichung soll abgelehnt werden.⁸

¹ Ab hier Handschrift *Dönhoff*.

² In der Sitzung des Ältestenrats vom 20. April 1920, 13.07 bis 14.08 Uhr, wurde beschlossen, die Vertagung des Hauses vom 8. Mai bis nach Erledigung der Reichstagswahlen eintreten zu lassen. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

³ Der Gesetzentwurf zur Abänderung einiger Vorschriften des Gemeindeabgabenrechts, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2171, S. 3290–3294, wurde in der 134. Sitzung am 21. April 1920 in erster Lesung ohne Aussprache an den Gemeindeausschuß überwiesen.

⁴ Vgl. Dok. Nr. 151.

⁵ Änderungsantrag der Abg. Dr. von *Krause* (Ostpreußen), *Garnich* (Berlin) und Genossen (DNVP) zum Gesetzentwurf, betr. den Staatsvertrag zwischen Preußen und dem Deutschen Reich über die Übertragung der Preußischen Staatsbahnen auf das Reich (Nr. 2097), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2180, S. 3550. Nach dem Antrag sollte die Veräußerung oder Verpfändung der erworbenen Eisenbahnen, die nach § 8 des Staatsvertrags mit der Zustimmung der Landesregierungen möglich war, ausgeschlossen werden. Nach der neuen Fassung des § 8 sollten die dem Reich übertragenen Eisenbahnen ein »unveräußerliches und unverpfändbares Vermögenobjekt des Reiches« darstellen. Zu § 8 des Staatsvertrags vgl. ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 2097, S. 3111.

⁶ Die Förmliche Anfrage der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über die Anwendung privatwirtschaftlicher Grundsätze auf Staatsbetriebe, namentlich auf die Eisenbahn, ebd., Nr. 1843, S. 2789, wurde in der 134. Sitzung am 21. April 1920 im Rahmen der zweiten und dritten Beratung des Gesetzentwurfs über die Übertragung der Preußischen Staatsbahnen auf das Reich (Nr. 2097) besprochen. Die Reden des Abg. *Riedel* (Charlottenburg), in: ebd., Bd. 9, Sp. 10723–10725 (als Berichterstatter), Sp. 10726–10730 (als Fragesteller) und Sp. 10774–10779.

⁷ Der Antrag der Abg. *Hirtsiefer* und Genossen (Z) über den Landeseisenbahnrat und die Bezirkseisenbahnräte, ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 1868, S. 2803, wurde im Rahmen der Debatte über die Verreichlichung der Eisenbahnen diskutiert. Das Zentrum forderte, den Landeseisenbahnrat zu einem Wirtschaftsrat auszugestalten und »seine Zuständigkeit auch auf die wirtschaftlichen, organisatorischen und technischen Fragen zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit des gesamten Eisenbahnwesens auszudehnen«. Er sollte aus führenden Persönlichkeiten aller Wirtschaftskreise zusammengesetzt sein. Dementsprechend sollten auch die Bezirkseisenbahnräte umgestaltet werden. Der Zusatzantrag der USPD, ebd., Nr. 2039, S. 3026, forderte eine angemessene Vertretung der unteren Beamten und Arbeiter in diesen Eisenbahnräten. Diese Beamten und Arbeiter sollten mindestens zu einem Drittel auf Vorschlag der Gewerkschaften gewählt werden.

⁸ Antrag der Abg. *Haseloff* und Genossen (DNVP) über die Vertretung Preußens bei der Verreichlichung der Staatsbahnen und die Gestaltung des Landeseisenbahnrats, ebd., Nr. 1899, S. 2830. Die Deutschnationale Volkspartei forderte, die ständige Tarifkommission zu einem Reichsorgan auszu-

Abg. **Schreiber** gibt bekannt: Einladung zum Künstlertag 22. IV. In den 6. Ausschuß wird Abg. *Hagemeister* zugewählt, aus dem Siedlungsausschuß scheidet Abg. *Kuhle* als überzählig aus.

Abg. **Schloßmann** wünscht, daß Fraktion beim Gesetz über Regelung der Krüppelfürsorge beantragt, daß die Anzeige nicht beim Kreisarzt, sondern beim Fürsorgeamt zu stellen ist.⁹

Zur Aussprache über die Viehhandelsverbände wird Abg. *Westermann* als Fraktionsredner bestimmt.¹⁰

In einer etwaigen Debatte über Hochmoorsiedlung in der Plenarsitzung Donnerstag wird Abg. *Struve*, zur Denkschrift über die Notare Abg. *Schreiber*, zur Frage der Kreisärzte Abg. *Schloßmann* sprechen.¹¹

In der Fortsetzung der Aussprache über die Verfassung kommen Abg. **Rade, Barteld, Struve, Ruer, Schnackenburg, Preuß, Struve** zum Wort.¹²

Zum Punkt 4 der Tagesordnung, Ämterbesetzung, referiert Abg. Unterstaatssekretär **Meyer**, daß das Oberpräsidium in Hannover neu zu besetzen ist.¹³

Abg. **Barteld** spricht für die Kandidatur *Heile*¹⁴, Mitglied der Nationalversammlung.

An der Debatte nehmen teil die Abg. **Kuhle, Schümer, v. Richthofen, Friedberg, Westermann, Berghaus, Preuß, Dr. Schreiber, Schloßmann, Ruer, Barteld, Friedberg, Düker, Berghaus**.

Die Abg. **Dominicus** und **Schnackenburg** geben die Erklärung ab, daß von ihrer Kandidatur abzusehen sei, da sie nicht die Gruppen der hannoverschen Bevölkerung hinter sich haben würden, auf die sich ein demokratischer Oberpräsident stützen muß.

Abg. v. **Richthofen** verwahrt sich in persönlicher Bemerkung gegen Charakterisierung des Schreibens der hannoverschen Abgeordneten an den Minister des Innern als ungehörig.

Abg. Dr. **Friedberg** erkennt in persönlicher Bemerkung an, daß Verantwortung für das betreffende Schreiben nicht dem Abg. v. *Richthofen* persönlich zur Last fällt.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte über die Formulierung und Reihenfolge der Abstimmung der vorliegenden Anträge wird der Antrag *Ruer*, der Minister möge den

gestalten, in dem der preußische Einfluß allerdings gewahrt werden und deren Zusammensetzung zu gleichen Teilen durch Parlament, Verwaltung und Wirtschaftsverbänden erfolgen sollte. In gleicher Weise sollte der Landeseisenbahnrat besetzt werden.

⁹ In der 135. Sitzung am 22. April 1920 fand die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die öffentliche Krüppelfürsorge, ebd., Anlagen, Bd. 7, Nr. 2177, S. 3513–3515, statt.

¹⁰ In der 135. Sitzung am 22. April 1920 fand die Beratung der Nachweisung über die Höhe und die Verwendung der Überschüsse der Preußischen Viehhandelsverbände, ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 2042, S. 3040, statt. Die Rede des Abg. *Westermann*, in: ebd., Bd. 8, Sp. 10827–10829.

¹¹ Die Übersicht über die Fortschritte der Kultivierung und Besiedlung der domänenfiskalischen Hochmoore, ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 2080, S. 3094 f., wurde in der 135. Sitzung am 22. April 1920 ohne Aussprache dem Siedlungsausschuß überwiesen. Am selben Tag wurde die Denkschrift über die Ernennung von Notaren in Preußen, ebd., Nr. 2077, S. 3078–3080, durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt und dem Ministerialerlaß über die Erhöhung der Gebühren der Kreisärzte und der Chemiker für gerichtliche und medizinpolizeiliche Verrichtungen, ebd., Nr. 2078, S. 3080, ohne Debatte zugestimmt.

¹² Vgl. auch Dok. Nr. 152.

¹³ Zur Neubesetzung des Oberpräsidiums in Hannover vgl. Dok. Nr. 152.

¹⁴ Wilhelm *Heile* (geb. 1881), seit 1912 Redakteur der »Hilfe«, seit 1919 Mitherausgeber, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Verbandes für europäische Verständigung, 1919/20 MdNatVers, 1920–1924 MdR (DDP).

Provinziallandtag und Provinzialausschuß um Vorschläge von Kandidaten ersuchen, gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Die Fragestellung des Abg. Unterstaatssekretärs *Meyer*: ob die Fraktion ihn beauftrage, in ihrem Namen für die Kandidatur *Heile* einzutreten, wird mit 20 Stimmen verneint, gegen 14 Stimmen für ja.

Zum Antrag *Barteld*, daß die hannoverschen Abgeordneten aller Fraktionen über die Besetzung des Oberpräsidiums zu befragen sind, erklärt Abg. Unterstaatssekretär *Meyer*, daß er dies schon veranlaßt habe.

Schluß der Sitzung 1 Uhr, nächste Sitzung 22. IV., 10 Uhr: Tagesordnung: Groß-Berlin.

154.

22. 4. 1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 135v–r. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.25 Uhr. Protokollführer: Dönhoff und unbekannte Handschrift. Vorsitz: Dominicus.

Die Abg. *Goll* und *Böer* sind wegen Krankheit entschuldigt. Lichtbildervortrag über Brennstofffrage wird angekündigt.

Plenum:

Punkt 2 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2183]: Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltung. Abg. *Cassel* wird Fraktion vertreten.¹

Punkt 9 [Anordnung des Ministers für Volkswohlfahrt vom 9. Dezember 1919, betreffend Einführung einer Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen, sowie den Ausführungserlaß vom gleichen Tage, ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 2076, S. 3068–3078]: Anordnung, betr. Mietsteigerung. Fraktion wird Überweisung an Gemeindeausschuß beantragen, wenn nötig wird Abg. *Ruer* zur Sache sprechen.²

Antrag *Höfler* auf Gewährung eines Vorschusses auf Gehaltserhöhung wird genehmigt.³

Abg. *Dominicus* berichtet über die Ausschußverhandlungen des Gesetzentwurfs Groß-Berlin⁴ und empfiehlt die Zustimmung zum Entwurf nach den Beschlüssen der Kommission.⁵

¹ Die Fraktion vertrat in der 135. Sitzung am 22. April 1920 der Abg. Dr. *Preuß*, in: SBpLV 1919/21, Bd. 9, Sp. 10811 f.

² Der Gegenstand wurde in der 136. Sitzung am 23. April 1920 ohne Aussprache dem Gemeindeausschuß überwiesen. Vgl. auch Dok. Nr. 119.

³ Aus dieser Initiative erwuchs der interfraktionelle Antrag der Abg. Dr. *Friedberg*, *Gräf* (Frankfurt), Dr. Dr. *Porsch* und Genossen (DDP, SPD, Z) auf Auszahlung eines Vorschusses an die Beamten und Lehrer auf die Gehaltserhöhung. Vgl. ebd., Anlagen, Bd. 7, Nr. 2198, S. 3566.

⁴ Ab hier unbekannte Handschrift.

⁵ Die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Bildung einer Stadt Groß-Berlin, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1286, S. 1691–1770, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2172–2174, S. 3295–3497, fanden in der 136., 137. und 139. Sitzung am 23., 24. und 27. April 1920 statt. Vgl. auch Dok. Nr. 118, 121, 134 und 141.

Abg. Dr. **Ruer** empfiehlt Ablehnung der Vorlage aus verwaltungstechnischen, politischen und wirtschaftlichen Bedenken und fordert die Bildung einer Gesamtgemeinde Groß-Berlin.

Abg. **Cassel** rät, den Gesetzentwurf anzunehmen, indem er gegen die vom Abg. Dr. **Ruer** angeführten Gründe polemisiert. Die Gesamtgemeinde Berlin sei nicht zu empfehlen.

Abg. **Schnackenburg** tritt für Annahme der Vorlage ein.

Abg. Dr. **Schloßmann** erklärt, gegen die Vorlage stimmen zu müssen.

Abg. Dr. **Ruer** spricht nochmals gegen Annahme.

Abg. Dr. **Preuß** tritt für Annahme ein.

Abg. **Cassel** und **Schnackenburg** polemisieren gegen die Abg. Dr. **Ruer** und **Schloßmann**.

Abg. Dr. **Struve** spricht gegen Annahme.

Abg. **Cassel** stellt fest, daß [es] entgegen einer Äußerung des Abg. **Struve** in der Berliner Stadtverordnetenversammlung innerhalb der demokratischen Fraktion keine Minorität [gebe].

Beschluß: Die **Fraktion** stimmt mit 17 gegen 5 Stimmen für Annahme. Redner: *Dominicus*.⁶

Abg. Dr. **Friedberg** bittet, die Stellungnahme der Minorität zum Ausdruck zu bringen.

Abg. Dr. **Schreiber** bittet darum, daß die Minorität sich der Stimme enthalte.

Abg. Dr. **Ruer** wendet sich gegen Koalitionszwang.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.

155.

23.4.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 135r–136v. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.30 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: *Dominicus*.

Abg. **Schreiber** macht geschäftliche Mitteilungen und verliest ein Schreiben des Beamtenausschusses der Partei zur Beamtenbesoldungsreform; ferner vom Provinzialverband Pommern der Deutschen Demokratischen Partei mit der Forderung der Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände; des Ortsvereins Angermünde.

Kleine Anfrage des Abg. Dr. *Schreiber*, betr. Umsatzsteuer, wird genehmigt.¹

Zwei Anträge zum Gesetzentwurf Groß-Berlin über Fortbildungsschulfragen und der Antrag auf Verschiebung des Inkrafttretens des Gesetzes zum 1. Oktober werden im Plenum der Fraktion gestellt werden.²

⁶ Die Rede des Abg. *Dominicus* in der 136. Sitzung am 23. April 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 9, Sp. 10871–10875.

¹ Kleine Anfrage Nr. 524 des Abg. Dr. *Schreiber* (Halle) über die Ausführung des Umsatzsteuergesetzes, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2258, S. 3596.

² Der Änderungsantrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Ge-

Abg. **Rade** wendet sich gegen die Auffassung, daß die Landesversammlung, speziell die demokratische Fraktion nichts geleistet habe, wünscht Zusammenstellung der von uns gestellten Anträge und besonders beeinflussten Arbeiten.

Abg. **Juds** übernimmt die Arbeit – mit Unterstützung der Fraktionsmitglieder.

Abg. **Cassel** macht Mitteilung über die Beratungen des Ältestenausschusses, dessen Vorschläge bezüglich der Geschäftseinteilung gebilligt werden.³ Die Entscheidung, ob Fraktion einen Antrag zu den Einwohnerwehren stellen soll, wird ausgesetzt bis nach der Ältestenausschußsitzung am 24. [April].⁴

Abg. **Schreiber** referiert zu der Frage der Einwohnerwehren, tritt für Auflösung der Einwohnerwehr, für Verstärkung der Sicherheitspolizei und der Gendarmeriestationen durch eine Reserve bewaffneter Ortsangehöriger ein.

In der Aussprache nehmen das Wort die Abg. **Westermann, Schümer, Jordan, Hagemeister, Cassel, Berndt**.

Abg. **Beutler** bittet um Fortsetzung der Aussprache an einem anderen Tage, besonders auch zur Beschlußfassung über Verständigung mit den Koalitionsparteien und Stellung eines Antrags der Fraktion.⁵

Abg. **Gottschalk** wünscht Antrag zu stellen auf Bezeichnung der Seminarlehrkräfte als Oberlehrer und Oberlehrerinnen, wird gut geheiß.⁶

setzentwurfs über die Bildung einer Stadt Groß-Berlin (Nr. 1286, 2174), ebd., Nr. 2212, S. 3570, zielt darauf ab, in § 39 d als Absatz 1a einzufügen: »Für das Fach- und Fortbildungsschulwesen ist beim Provinzialschulkollegium eine besondere Abteilung zu bilden, die dem Minister für Handel und Gewerbe untersteht.« Nach dem zum selben Gesetzentwurf eingebrachten Abänderungsantrag der DDP, ebd., Nr. 2213, S. 3570, sollte das Gesetz erst am 1. Oktober 1920 in Kraft treten. Nach der Regierungsvorlage sollte dies am 1. April und nach den Ausschlußbeschlüssen in zweiter Lesung am 1. Juli 1920 erfolgen. Vgl. ebd., Nr. 2174, S. 3484, insgesamt S. 3461–3497. Nach dem demokratischen Abänderungsantrag sollten zudem die Kuratorien, Schulvorstände und Fachausschüsse ihre Tätigkeit solange weiter ausüben, bis durch den Magistrat eine andere Regelung getroffen werde.

³ Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 23. April 1920, 10.23 bis 11.02 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

⁴ Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 24. April 1920, 11.53 bis 12.37 Uhr, in: ebd.

⁵ Die Diskussion mündete in den Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen über die Verstärkung der staatlichen Sicherheitspolizei und die Einrichtung eines Orts- und Flurschutzes, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 7, S. 3629. Der Antrag wurde zusammen mit der Großen Anfrage der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen über die Verhaftung des Abg. Dr. *Schreiber* (Halle), ebd., Nr. 2267, S. 3599, und den Anträgen der USPD und der DNVP in der 140. und 141. Sitzung am 28. und 29. April 1920 verhandelt. *Schreiber* war während des *Kapp*-Putsches in der Nacht vom 15. zum 16. März 1920 unter Mißachtung seiner ihm als Abgeordneten der Landesversammlung zustehenden Immunität von den Putschisten verhaftet und bis zum Nachmittag des 17. März im Gefängnis festgehalten worden. Die DDP stellte deshalb die Frage, was die Regierung gegen die für die Verhaftung Verantwortlichen, die weiterhin ihren Dienst versahen, unternehmen wolle. Der Staatskommissar für öffentliche Ordnung, Robert *Weismann*, teilte am 29. April 1920 mit, daß der Militärbefehlshaber General *Hagenberg* in Weimar bereits von seinem Posten abberufen und die Stelle des Oberst *Czettritz*, der den Schutzhaftbefehl ausgestellt hatte, inzwischen neu besetzt worden sei. Vgl. ebd., Bd. 9, Sp. 11239–11241.

⁶ Antrag der Abg. Dr. *Gottschalk* (Gummersbach) und Genossen auf Verleihung des Oberlehrertitels an die Lehrkräfte in den Seminaren, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2255, S. 3595. Der Antrag wurde in dieser Legislaturperiode nicht mehr erledigt.

156.

24. 4. 1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 136v–r. Beginn: keine Angaben. Ende: 10.40 Uhr. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: **Dominicus**.

1. Bestimmung der Redner für die Verhandlungsgegenstände nächste Woche

a. Notetat: *Kimpel*¹,

b. Notariatsgebühren: *Hagemeister*²,

(Kleine Anfrage Dr. *Schreiber* wird genehmigt)³,

c. Besoldungsordnung: *Höfler*⁴,

d. Einwohnerwehr: *Schreiber, Jordan*.⁵

2. Besprechung des Entwurfs eines Antrages bez. Einwohnerwehren.⁶

Abg. **Dominicus** bittet Besprechung bis Montag zu vertagen, da er Rücksprache mit dem zuständigen Referenten halten wolle.

Abg. **Cassel** macht referierend Bemerkungen über den Inhalt der gestrigen Besprechung zu dieser Frage.

Abg. **Hagemeister** bittet um Verstaatlichung der Polizei in gefährdeten Gebieten.

Abg. **Cassel** hat Bedenken gegen diesen Vorschlag.

Abg. **Rade** hat sprachliche Bedenken gegen die Fassung.

¹ Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2108, S. 3142–3160, in Verbindung mit der Beratung der Anträge Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP), *Ebersbach* und Genossen (DNVP), *Méyer* (Herford) und Genossen (DVP) und Dr. *Porsch* und Genossen (Z) auf schleunige Auszahlung eines Vorschusses auf die zu erwartenden Gehalts- und Ruhegehaltserhöhungen, ebd., Anlagen, Bd. 7, Nr. 2198, S. 3566, Nr. 2223, S. 3574, Nr. 2253, S. 3595, Nr. 2263, S. 3598. Der Gesetzentwurf wurde zusammen mit den Anträgen dem Hauptausschuß überwiesen. Die Rede des Antragstellers *Kimpel* in der 138. Sitzung am 26. April 1920, in: ebd., Bd. 9, Sp. 10981 f.

² Der Gesetzentwurf über Teuerungszuschläge zu den Gebühren der Notare, Rechtsanwälte, Gerichtsvollzieher, zu den Gerichtskosten und zu den Schreibgebühren der Schiedsmänner, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2184, S. 3553–3559, wurde in der 137. Sitzung am 24. April 1920 dem Rechtsausschuß überwiesen und erst in der 141. Sitzung am 29. April 1920 in zweiter und dritter Lesung beraten und nach dem Ausschlußantrag angenommen. Als Berichterstatter ergriff *Bollert* (DDP) das Wort, in: ebd., Bd. 9, Sp. 11201 f.

³ Kleine Anfrage des Abg. Dr. *Schreiber* (Halle) (DDP) über das Umsatzsteuergesetz vom 24. Dezember 1919, in: ebd., Anlagen, Bd. 7, Nr. 2258, S. 3596.

⁴ Entwurf einer Neufassung der Besoldungsordnung für die planmäßigen unmittelbaren Staatsbeamten und der Nachweisung der Dienstbezüge für die nichtplanmäßigen unmittelbaren Staatsbeamten, in: ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3176, S. 5496–5529. Die Besoldungsreformvorlage, ebd., Anlagen, Bd. 7, Nr. 2340, 2341, 2343, 2346, S. 3671–3728, wurde vom preußischen Finanzminister in der 141. Sitzung am 29. April 1920 eingebracht und dem Ausschuß für Besoldungsreform bzw. dem Hauptausschuß überwiesen. Vgl. ebd., Bd. 9, Sp. 11203–11210. Vgl. Dok. Nr. 143.

⁵ In der 140. und 141. Sitzung am 28. und 29. April 1920 fand die Beratung der Großen Anfrage der Abg. *Graef* (Anklam) und Genossen (DNVP) über die Auflösung der Einwohnerwehren, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2179, S. 3550, statt. Vgl. dazu Dok. Nr. 155. Die Rede des Abg. *Schreiber*, des Fragestellers, in der 140. Sitzung am 28. April 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 9, Sp. 11189–11197, und die des Abg. Dr. *Jordan* in der 141. Sitzung am 29. April 1920, in: ebd., Sp. 11253–11260.

⁶ Vgl. auch Dok. Nr. 155.

Abg. **Dominicus** und **Hagemeister** werden beauftragt, mit dem Referenten zu sprechen und einen neuen Entwurf vorzulegen.

3. Besprechung des Plenums.

Anträge zum Gesetzentwurf Groß-Berlin.⁷ [Die Drucksachen Nr.] 2202, 2211 werden abgelehnt.⁸ Ebenso die Anträge über die Beamtenfragen.⁹ Falls namentliche Abstimmung beantragt wird, soll beantragt werden, die Abstimmung am Dienstag erfolgen zu lassen, besser wäre es, die 3. Lesung zu vertagen.

4. Abg. **König** bittet einen Antrag *Porsch, Gräf* bezüglich Gewährung eines Vorschusses an Pensionen zu unterstützen.

Fraktion beschließt entsprechend.¹⁰

157.

27.4.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 136r–137v. Beginn: 10.10 Uhr. Ende: 12.10 Uhr. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Schmiljan.

1. Abg. **Hagemeister** begründet kurz den einzubringenden Antrag *Friedberg*, betr. Neuregelung der Sicherheitspolizei und deren Übernahme auf den Staat.

Der Antrag wird mit einigen Abänderungen einstimmig angenommen.¹

2. Abg. **Wenke** bittet um Genehmigung zu einer Kleinen Anfrage, Schutz des Maulwurfs betreffend.

⁷ Zum Gesetzentwurf über die Bildung einer Stadt Groß-Berlin, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1286, S. 1691–1770, lagen folgende Änderungsanträge vor: ebd., Anlagen, Bd. 7, Nr. 2202–2220 und Nr. 2237–2243, S. 3568–3573 und 3578 f. Vgl. auch Dok. Nr. 154.

⁸ Änderungsanträge der Abg. *Gräf* (Frankfurt) und Genossen (SPD) und der Abg. *Adolph Hoffmann* und Genossen (USPD) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Bildung einer Stadt Groß-Berlin (Nr. 1286, 2174), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2202, S. 3568 und Nr. 2211, S. 3570. Die SPD forderte die Wiederherstellung des § 40 der Regierungsvorlage, der das Wahlrecht für die Berliner Stadtverordnetenversammlung regelte. Nach § 40 Nr. 1 der Regierungsvorlage war jeder Berliner, der das preußische Landtagswahlrecht besaß und seit sechs Monaten seinen Wohnsitz in der Stadtgemeinde Berlin hatte, wahlberechtigt. Im Ausschuß war die Wohnsitzdauer auf ein Jahr verlängert worden. Die USPD hatte gefordert, die Wohnsitzdauer ganz zu streichen oder zumindest auf ein halbes Jahr zu reduzieren. Nach § 40 Nr. 2 der Regierungsvorlage sollten die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Im Ausschuß wurde diese Bestimmung gestrichen.

⁹ Änderungsanträge zu zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Bildung einer Stadt Groß-Berlin (Drucksachen Nr. 1286, 2174) der Abg. *Lüdicke* und Genossen (DNVP), Nr. 2205 und 2215, der Abg. *Adolph Hoffmann* und Genossen (USPD), Nr. 2208, und der Abg. *v. Krause* und Genossen (DVP), Nr. 2219, in: ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2205, S. 3569, Nr. 2208, S. 3570 (zum Magistrat), Nr. 2215, S. 3571 (zum Magistrat) und Nr. 2219, S. 3573.

¹⁰ Antrag der Abg. Dr. *Porsch*, Dr. *Friedberg*, *Gräf* (Frankfurt) und Genossen (Z, DDP, SPD) auf Auszahlung eines Vorschusses auf die zu erwartenden Ruhegehaltserhöhungen, in: ebd., Anlagen, Bd. 7, Nr. 2263, S. 3598.

¹ Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über die Verstärkung der staatlichen Sicherheitspolizei und die Einrichtung eines Orts- und Flurschutzes, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2282, S. 3629. Vgl. auch Dok. Nr. 156.

Dem wird stattgegeben.²

3. Der **Vorsitzende** beklagt bitter die Reiseerschweris durch die deutsche Regierung den Bewohnern des Freistaats Danzig gegenüber und bittet um Unterstützung eines einzubringenden Dringlichkeitsantrags.

An der Besprechung beteiligen sich **Schnackenburg**, der **Vorsitzende**, **Beutler**, der für die Berücksichtigung Memels eintritt, **Rade**, **Schreiber**, **Ommert**, welcher die Klagen des Saargebiets vorträgt, **Kopsch**, **Goll**, **Rebehn**, **Cassel**.

Die **Fraktion** ist mit dem Antrage einverstanden.³ Ferner wird ein aus den Abg. **Schnackenburg**, **Rebehn**, **Beutler** und **Kochmann** bestehende Kommission gewählt, welche besonders die Ostfragen vorbehandelt. Sie tritt heute Nachmittag 4 Uhr in Zimmer 14 zusammen.

4. Abg. **Kopsch** erhält die Genehmigung zur weiteren Erhebung eines Fraktionsbeitrags von 30 M.⁴

5. Beratung des Plenums.

a. Abstimmung über Groß-Berlin.⁵

Hierzu sprechen **Cassel**, **Schnackenburg**, **Schloßmann**, **Schreiber**, **Meyer**, **Kopsch** und der **Vorsitzende**. Die Gegner des Entwurfs üben Stimmenthaltung.

b. Anträge **Gräf**, **Adolf Hoffmann**, betr. 1. Mai als gesetzlichen Allgemeinfesttag.⁶

Es sprechen hierzu: **Meyer**, **Ommert**, **Schnackenburg**, **Rade**, **Cassel**, **Schreiber**, **Berndt**, **Schloßmann**, **Goll**, **Kopsch**.

Die **Fraktion** ist einmütig dagegen. Sprecher im Plenum: **Ommert**.⁷

c. Zweite und dritte Beratung, betr. Provinzialausschuß in Düsseldorf usw.

Es spricht hierzu: **Goll**.

Die **Fraktion** pflichtet den Anträgen bei und ist gegen den Zusatzantrag.⁸

6. Abg. **Degenhardt** trägt eine Kleine Anfrage, betr. Aufhebung der Eisenbahndirektionen Halle und Erfurt, vor und erhält zu deren Einbringung die Zustimmung der Fraktion.⁹

² Kleine Anfrage Nr. 529 des Abg. **Wenke** (Hirschberg) (DDP) über den Schutz des Maulwurfs, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2273, S. 3623.

³ Antrag der Abg. Dr. **Friedberg** und Genossen über die Einreiseerschweris für Danziger Bürger nach Deutschland, in: ebd., Nr. 2306, S. 3643.

⁴ Angesichts der schwierigen finanziellen Situation der Partei war im Oktober 1919 beschlossen worden, daß die demokratischen Abgeordneten monatlich 50 Mark ihrer Aufwandsentschädigungen an die Parteikasse abführen sollten. Vgl. Dok. Nr. 83.

⁵ Vgl. Dok. Nr. 154 und 156.

⁶ Gemeint ist der Antrag der Abg. **Adolph Hoffmann** und Genossen (USPD) auf Annahme eines Gesetzes über den 1. Mai als allgemeiner Volksfesttag, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2281, S. 3629, und der Antrag der Abg. **Gräf** (Frankfurt) und Genossen auf Erklärung des 1. Mai zum gesetzlichen Festtag, in: ebd., Nr. 2264, S. 3598.

⁷ Die Rede des Abg. **Ommert** in der 139. Sitzung am 27. April 1920, in: ebd., Bd. 9, Sp. 11068–11070.

⁸ Die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend eine einstweilige Ermächtigung des Provinzialausschusses in Düsseldorf und des Landesausschusses in Wiesbaden, in: ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 1925, S. 2966 f., Anlagen, Bd. 7, Nr. 2224, S. 3574. Die Rede des Abg. **Goll** in der 139. Sitzung am 27. April 1920, in: ebd., Bd. 9, Sp. 11093.

⁹ Kleine Anfrage der Abg. **Degenhardt** und Dr. **Schreiber** (Halle) über die Aufhebung der Eisenbahndirektionen in Erfurt und Halle (Saale), in: ebd., Anlagen, Bd. 7, Nr. 2275, S. 3624.

7. Auf Vorschlag des Abg. *Berndt* wird die Besprechung über die Einwohnerwehren auf morgen, Mittwoch den 28. [April], vormittags 10 Uhr, vertagt.¹⁰

8. Abg. **Dominicus** weist auf die widersprechende Tendenz des Gesetzes, betr. Erhebung des Marktstandgeldes¹¹, hin und bittet um Ermächtigung, sich deshalb mit den anderen Fraktionen ins Benehmen setzen zu dürfen. Dem wird entsprochen.¹²

9. An Stelle von *Aronsohn* (Thorn) tritt in den Rechtsausschuß bis auf weiteres Abg. *Hagemeister*.

10. Abg. **Berndt** weist auf die Beschwerde des ostpreußischen Juristentages hin. Er soll sich deshalb mit dem Oberpräsidenten *Siebr*¹³ persönlich ins Benehmen setzen und über das Ergebnis der Fraktion berichten.

11. Abg. **Kochmann** bespricht kurz die unhaltbar gewordenen richterlichen Verhältnisse in Oberschlesien, die durch die Eingriffe der Interalliierten Kommission jede ordnungsgemäße Rechtspflege unmöglich machen.

Auf Anregung wird in Anbetracht der vorgerückten Zeit die Beratung über diese Sache auf die nächste Tagesordnung gesetzt (Richterstreik in Oberschlesien).¹⁴

Abg. *Schloßmann* spricht im Plenum zur Frage der [...].¹⁵

¹⁰ Die Große Anfrage der Abg. *Graef* (Anklam) und Genossen (DNVP) über die Auflösung der Einwohnerwehren, ebd., Nr. 2179, S. 3550, in Verbindung mit den Großen Anfragen der DNVP und der DDP, ebd., Nr. 2182, S. 3551, und Nr. 2267, S. 3599, sowie den Anträgen der USPD, dem Abänderungsantrag der SPD und dem Antrag der DDP, ebd., Nr. 2181, S. 3550, Nr. 2279, S. 3625, und Nr. 2282, S. 3629, wurden in der 140. und 141. Sitzung am 28. und 29. April 1920 beraten. Die Abstimmung fand in der 143. Sitzung am 6. Mai 1920 statt.

¹¹ Gesetzentwurf zur Abänderung einiger Vorschriften des Gemeindeabgabenrechts, in: ebd., Nr. 2171, S. 3290–3294, und Nr. 2280, S. 3625–3628 (Antrag des Gemeindeausschusses zu seinem mündlichen Bericht über den Gesetzentwurf).

¹² Da die Preußische Landesversammlung in der 143. Sitzung am 6. Mai 1920 den Antrag der Abg. *Dominicus* und Genossen zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung einiger Vorschriften des Gemeindeabgabenrechts, ebd., Nr. 2307, S. 3643, nach dem das Marktstandgeld bis zu einem die Unkosten der Gemeinde deckenden Satz erhoben werden konnte, annahm, zog die Staatsregierung in der 145. Sitzung am 23. Juni 1920 ihren Gesetzentwurf wieder zurück. Vgl. den Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes, betr. die Erhebung von Marktstandgeld, vom 26. April 1872, in: ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2511, S. 4092f., sowie die Mitteilung der Staatsregierung über die Zurückziehung des Gesetzentwurfs, in: ebd., Nr. 2686, S. 4387.

¹³ Ernst *Siebr* (1869–1945), Rechtsanwalt in Insterburg, 1920–1932 Oberpräsident von Ostpreußen, 1912–1918 MdR (Fortschrittliche Volkspartei), 1919–1920 MdNatVers (DDP).

¹⁴ Aufgrund der fortgesetzten Eingriffe der Interalliierten Kommission in die Rechtspflege im Abstimmungsgebiet Oberschlesien waren am 12. April 1920 die vier Landgerichtsbezirke Beuthen, Gleiwitz, Ratibor und Oppeln in den Streik getreten. Dem Streik der Richter der Amts- und Landgerichte und der Staatsanwaltschaften waren alle mittleren und unteren Justizbeamten gefolgt. Vgl. BERLINER TAGEBLATT, 174, 15.4.1920 und 185, 21.4.1920.

¹⁵ Wort unleserlich.

158.

28.4.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 137r–138v. Beginn: 10.10 Uhr. Ende: 12.15 Uhr. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: *Dominicus*, später *Schmiljan*.

1. In den Haushaltsausschuß tritt an Stelle von *Dominicus* der Abg. *Ommert*.

2. Besprechung des Plenums.

a. Der **Vorsitzende** regt an, durch einen Antrag die Schaffung von Turnplätzen gelegentlich der 2. und 3. Beratung des Gesetzentwurfs über die Bildung von Bodenverbesserungsgenossenschaften¹ zu ermöglichen.

Die **Fraktion** ist hiermit einverstanden und beauftragt den Vorsitzenden, diesen Antrag in Verbindung mit den Mitgliedern des betreffenden Ausschusses auszuarbeiten und namens der Fraktion einzubringen.²

b. Bei dem Punkte Abgabenrecht³ erbittet Abg. **Cassel** die Genehmigung zur Einbringung eines Initiativantrags nach der beendeten Vertagung der Landesversammlung. Die **Fraktion** stimmt dem zu.⁴

3. Der **Vorsitzende** gibt bekannt, daß am 30.4., 1. und 3.5. sitzungsfrei sei. Ferner teilt er den vom Ältestenausschuß ins Auge gefaßten Arbeitsplan mit.⁵

Abg. **Höfler** wendet sich entschieden gegen eine überstürzte Behandlung der Beamtenbesoldungsordnung und tritt für zunächstigen [sic] Ausgleich durch nochmalige entsprechende Erhöhung der Teuerungszulagen und für ausreichende Behandlung des Gesetzes nach Beendigung der Vertagung ein.⁶

Es sprechen hierzu die Abg. **Berndt**, **Schmiljan**, **Cassel**, **Riedel**, **Juds**, **Otto**, **Schloßmann** und **Barteld**.

Die vorläufige Abstimmung ergibt, daß [die Fraktion] mit 17:14 dem Vorschlage *Höfler* beitrifft.

Abg. **Rade** wendet sich gegen den Arbeitsplan der nächsten Woche in Rücksicht auf die

¹ Der Gesetzentwurf über die Bildung von Bodenverbesserungsgenossenschaften, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 521, S. 786–791, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2178, S. 3516–3549 (Ausschußantrag), wurde in der 142. Sitzung am 5. Mai 1920 nach dem Ausschlußantrag mit einer Änderung zu § 15 Abs. 1 angenommen. Nach dem Gesetzentwurf konnten Eigentümer von Moor-, Heide- und ähnlichen Ländereien zu Genossenschaften vereinigt werden zum Zwecke der einheitlichen Bewirtschaftung und Nutzung. Nach § 15 Abs. 1 konnte die Genossenschaft Grundflächen gegen angemessene Entschädigung enteignen. Für die Enteignung sollten nicht, wie in der Regierungsvorlage geplant, das Ausführungsgesetz zum Reichssiedlungsgesetz, sondern das Enteignungsgesetz von 1874 gelten. Danach war nicht mehr der Minister der öffentlichen Arbeiten, sondern der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten zuständig.

² Nicht nachgewiesen. Der Abg. Dr. *Bollert* kam in seiner Rede in der 142. Sitzung am 5. Mai 1920 auf diese Anregung nicht mehr zurück. Vgl. ebd., Bd. 9, Sp. 11368 f.

³ Gesetzentwurf zur Abänderung einiger Vorschriften des Gemeindeabgabenrechts, in: ebd., Anlagen, Bd. 7, Nr. 2171, S. 3290–3294, Nr. 2280, S. 3625–3628 (Ausschußantrag).

⁴ Antrag der Abg. *Dominicus*, *Stieler*, Dr. *Leidig*, *Riedel* (Pritzwalk), *Bartels* (Berlin) und Genossen (DDP, Z, DVP, DNVP, SPD) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Gemeindeabgabenrechts (Marktstandsgeld), in: ebd., Nr. 2307, S. 3643.

⁵ Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 24. April 1920, 11.53 bis 12.37 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

⁶ Vgl. Dok. Nr. 156, Anm. 4.

Regelung der Kirchenfrage, die noch in der kommenden Woche vor dem 8. 5. erledigt werden kann.⁷

Der **Vorsitzende** wird in entsprechender Weise im Ältestenausschuß wirken.

4. Die vom Abg. *Grund* gewünschte sofortige Beratung über Mittelschlesien wird nach aufklärenden Worten des Unterstaatssekretärs *Meyer* vertagt.

5. Abg. **Schloßmann** tritt erneut nachdrücklich dafür ein, daß gemäß dem seiner Zeit gefaßten Beschlusse der Fraktion baldigst ein weibliches, hierfür geeignetes Mitglied der demokratischen Partei in das Wohlfahrtsministerium berufen werde.⁸

6. Die Lage im Plenum.

Hierüber berichtet Abg. **Berndt**.

Es sprechen hierzu: Minister **Fischbeck**, Unterstaatssekretär **Meyer**, **Juds**, **Rade**.

7. Abg. **Cassel** teilt mit, daß soeben der Ältestenausschuß sich einmütig für Verabschiedung der Beamtenbesoldungsvorlage vor dem 8.5. erklärt hat.⁹

Hierzu sprechen: **Meyer**, **Höfler**, der seinen Antrag zurückzieht, **Böer**, der wünscht, das entsprechende Material vorher zu veröffentlichen, **Barteld**.

159.

29.4.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 138v. Beginn: 10.10 Uhr. Ende: 11.00 Uhr. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: **Dominicus**.

1. Nächste Fraktionssitzung Mittwoch, den 5.5.20, vormittags 11.00 Uhr.
2. Das Kirchengesetz wird am Mittwoch in der Fraktion besprochen.¹
3. Koll. *Berndt* wird als Redner für die Abschaffung der Adelsbevorzugung bestellt.²
4. Plenum: Besoldungsgesetz.³

⁷ Der Gesetzentwurf, betr. die Neuregelung der Verfassung der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen Preußens, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2546, S. 4204–4210, ging der Landesversammlung erst am 22. Juni 1920 zu.

⁸ Vgl. Dok. Nr. 74, 92, 115, 122 und 138.

⁹ Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 28. April 1920, 11.12 bis 12.25 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

¹ Gesetzentwurf, betr. die Neuregelung der Verfassung der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen Preußens, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2546, S. 4204–4210. Vgl. Dok. Nr. 158.

² Gemeint ist der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Standesvorrechte des Adels und die Auflösung der Hausvermögen, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2247, S. 3581–3591. Die erste Beratung fand in der 144. Sitzung am 7. Mai 1920 statt. Die DDP wurde durch Dr. *Friedberg* vertreten, der sich im Namen der Fraktion für den Gesetzentwurf aussprach. Vgl. ebd., Bd. 9, Sp. 11465, 11466. Der Gesetzentwurf wurde nach der zweiten und dritten Beratung in der 145. Sitzung am 23. Juni 1920 angenommen.

³ Am 29. April 1920 wurde das Besoldungsreformgesetz eingebracht und in die Ausschüsse verwiesen, wo es bis zum 5. Mai beraten wurde. Vgl. Dok. Nr. 156. Ferner den Antrag des Hauptausschusses und des 20. Ausschusses (für die Beamtenbesoldungsfrage), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2442, S. 3934–3938. In der 144. Sitzung am 7. Mai 1920 wurde das Gesetz in zweiter und dritter Lesung beraten und verabschiedet.

Erste Lesung soll ohne Debatte an den Ausschuß verwiesen werden.

USPD behält sich ihre Entscheidung vor.

Falls namentliche Abstimmung über die Einwohnerwehr-Anträge stattfindet, werden wir für Verlegung der Abstimmung eintreten.⁴

5. Besetzung von Ausschüssen.

In den Verfassungsausschuß werden gewählt:

Preuß, Meyer, Friedberg. Stimmzettelwahl für das 4. Mitglied: *Schnackenburg* 13, *Berndt* 13, *Cassel* 1 Stimme, Stichwahl: *Berndt* 17, *Schnackenburg* 12 Stimmen.

6. Koll. **Meyer** berichtet über die Besetzung der Verwaltungsbeamten. In der heutigen Sitzung der Mehrheitsparteien muß die Fraktion es ablehnen, Personen deshalb zu nehmen, weil sie Sozialdemokraten sind und den Ton der Sozialdemokraten in den Sitzungen entschieden zurückweisen.

Es sprechen: **Wenke, Grund.**

7. Die Verhältnisse im Plenum. Fortsetzung der Besprechung.

Es sprechen hierzu: **Berndt.**

8. Koll. **Kochmann** wünscht baldigst eine Besprechung über Oberschlesien auf die Fraktionstagesordnung zu setzen.

160.

5.5.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 138r. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.45 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Tagesordnung:

Plenum – Besoldungsreform.¹

Bei der Abstimmung über die Auflösung der Einwohnerwehren wird die **Fraktion** gegen den Antrag *Hoffmann*, eventuell für den Antrag *Gräf* stimmen – dem Zusatzantrag *Rippel* zum Antrag *Friedberg* wird zugestimmt.²

⁴ In der 140. und 141. Sitzung am 28. und 29. April 1920 fand die Beratung der Großen Anfrage der Abg. *Graef* (Anklam) und Genossen (DNVP) über die Auflösung der Einwohnerwehren in Verbindung mit den Anträgen der USPD, der SPD, der DDP und den Großen Anfragen von DNVP und DDP statt. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2179, S. 3550, Nr. 2181, S. 3550, Nr. 2279, S. 3625, Nr. 2282, S. 3629, Nr. 2182, S. 3551, Nr. 2267, S. 3599. Die Abstimmung über die Anträge zur Einwohnerwehr wurde in der 141. Sitzung am 29. April 1920 vertagt. Sie fand in der 143. Sitzung am 6. Mai 1920 statt. Vgl. auch Dok. Nr. 157, Anm. 10.

¹ Vgl. Dok. Nr. 159. Am 5. Mai 1920 wurden die Ausschußberatungen des Besoldungsreformgesetzes abgeschlossen.

² Abstimmung a) über den Antrag *Adolph Hoffmann* und Genossen (USPD) sowie den Änderungsantrag *Gräf* (Frankfurt) und Genossen (SPD) über die Auflösung der Einwohnerwehren, die Bildung von Ortswehren und die Umbildung der Sicherheitswehren, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2181, S. 3550, Nr. 2279, S. 3625; b) über den Antrag *Dr. Friedberg* und Genossen (DDP) sowie den Änderungsantrag *Rippel* und Genossen (DNVP) über die Verstärkung der staatlichen Sicherheitspolizei und die Einrichtung eines Orts- und Flurschutzes, in: ebd., Nr. 2282, S. 3629, Nr. 2329, S. 3665. – Der

Punkt 5: Ruhrsiedlungsverband.³

Die Abg. **Schloßmann** und **Ruer** beantragen, die Fraktion wolle zwei von ihren Vertretern im Ausschuß gestellte Anträge wieder aufgreifen: den, daß der Vorsitzende der Verbandsversammlung von dieser gewählt werden soll und den zum § 9: Zulassung von zwei von den Oberpräsidenten der beiden Provinzen zu bestellenden Beauftragten zur Verbandsversammlung.⁴

Die **Fraktion** stimmt mit 10 gegen 7 Stimmen für die Antragstellung. Als Redner der Fraktion wird Abg. *Jordan* bestimmt. Die Anträge begründet Abg. *Ruer*.⁵

Abg. **Höfler** erklärt im Namen des Besoldungsausschusses, daß eine Verabschiedung der Besoldungsvorlagen vor dem 8. Mai nur möglich ist bei en bloc Annahme.⁶

Für den Fall wird eine Nachprüfung nach Wiederzusammentritt vorgesehen; dem entsprechenden Zusatz zum Mantelgesetz wird zugestimmt.⁷

Das von Abg. *Juds* zusammengestellte Material über die Arbeit der Fraktion wird mit ihm von den Abg. *Struve* und *Dönhoff* überprüft, dann zur Veröffentlichung an den Geschäftsführer *Jansen* gegeben.

Abg. Unterstaatssekretär **Meyer** macht darauf aufmerksam, daß vor etwaiger Unterzeichnung von Eingaben an das Ministerium des Innern die Fraktionsmitglieder sich mit ihm ins Benehmen setzen mögen.

[Die] Anregung des Abg. *Struve* auf Ansetzung der Neuwahlen zur Landesversammlung zum 6. Juni wird abgelehnt.

Abg. **Wenke** wünscht gelegentlichen Einspruch dagegen, daß Rede des Ministerpräsidenten in den Kreisblättern auf Staatskosten abgedruckt worden ist.

Antrag der USPD forderte die sofortige Auflösung der Einwohnerwehren. Gleichzeitig sollten die kommunalen Behörden ermächtigt werden, Ortswehren unter Mitwirkung der Gewerkschaften, Angestellten- und Beamtenverbände zu bilden. Die SPD schloß sich zwar der Forderung nach Auflösung der Einwohnerwehren an, lehnte jedoch die Aufstellung von Ortswehren ab. Der Antrag *Friedberg* wiederum forderte mit der Auflösung der Einwohnerwehren die Verstärkung der staatlichen Sicherheitspolizei in Industriegebieten und die Einrichtung eines der staatlichen Sicherheitspolizei und der Gendarmerie angegliederten Orts- und Flurschutzes auf lokaler Ebene. In Ziffer 2 des Antrags wurde die Staatsregierung ersucht, darüber zu wachen, daß der Orts- und Flurschutz nicht zu parteipolitischen und verfassungswidrigen Zwecken mißbraucht werden könne. Der Abänderungsantrag *Rippel* und Genossen (DNVP) zum Antrag *Friedberg* forderte darüber hinaus auch einen Schutz gegen eine parteipolitische Zusammensetzung dieses Orts- und Flurschutzes. Der Antrag *Dr. Friedberg* über die Verstärkung der staatlichen Sicherheitspolizei und die Einrichtung eines Orts- und Flurschutzes (Nr. 2282) wurde mit dem Abänderungsantrag *Rippel* und Genossen (Nr. 2329) in der 143. Sitzung am 6. Mai 1920 angenommen. Vgl. auch Dok. Nr. 159.

³ Die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Verbandsordnung für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 1741 A und B, S. 2661–2682, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2417, S. 3774–3915 (Ausschußbericht), fanden in der 142. Sitzung am 5. Mai 1920 statt. Vgl. auch Dok. Nr. 95, 123, 124 und 150.

⁴ Antrag der Abg. *Dr. Friedberg* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Verbandsordnung für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (Nr. 2417), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2431, S. 3920f.

⁵ An Stelle des Abg. *Dr. Jordan* vertrat die Fraktion der Abg. *Ruer* in der 142. Sitzung am 5. Mai 1920. Vgl. ebd., Bd. 9, Sp. 11335–11338 und 11345.

⁶ Der Gesetzentwurf, betreffend die Bereitstellung von Mitteln zu Dienstinkommensverbesserungen, nebst den dazu gehörigen Gesetzentwürfen, ebd., Anlagen, Bd. 7, Nr. 2340 (Mantelgesetz) und Nr. 2341, S. 3671–3724, Nr. 2343, S. 3725–3727, Nr. 2346–2348, S. 3728 f., Nr. 2394, S. 3760, Nr. 2434–2438, S. 3922–3933, Nr. 2441 und 2442 (Antrag des Hauptausschusses), S. 3933–3938, wurde in der 144. Sitzung am 7. Mai 1920 in zweiter und dritter Lesung verhandelt und en bloc angenommen.

⁷ Mit dem Zusatz zum Mantelgesetz sind die oben aufgeführten Anlagen gemeint.

161.

6.5.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 139v. Beginn: 10.05 Uhr. Ende: 11.20 Uhr. Protokollführer: keine Angaben. Vorsitz: Otto.

Tagesordnung:

1. Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Aufhebung der Adelsvorrechte.¹

Hierüber berichtet zunächst Abg. *Cassel*, der die Annahme empfiehlt.

Abg. *Berndt*, der den Entwurf genau geprüft hat, schließt sich dem nachdrücklich an.

Es spricht hierzu noch Abg. *Schümer*.

Die **Fraktion** ist für sofortige Verabschiedung des Gesetzentwurfs. Referent im Plenum: Abg. *Berndt*.²

2. Plenum.

Punkt 2 [Abstimmung über den Antrag des Wahlprüfungsausschusses, betreffend die Gültigkeit der Wahl des Mitgliedes der Landesversammlung *Hacks*, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1323, S. 1800f.]. Die Fraktion stimmt für Gültigkeit der Wahl *Hacks*.³

Punkt 6 [Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die öffentliche Krüppelfürsorge, ebd., Anlagen, Bd. 7, Nr. 2177, S. 3513–3515 (Regierungsvorlage), Nr. 2339, S. 3668–3671 (Ausschußantrag)] (Krüppelfürsorge).⁴ Zu dem hierzu gestellten Antrag *Dallmer*⁵ sprechen: **Schloßmann, Schümer, Dominicus**.

Die Abstimmung steht jedem Mitglied frei.

Punkt 8 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 2108, S. 3142–3160, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2387, S. 3753f.]. Antrag Adolph *Hoffmann* wird abgelehnt.⁶

Punkt 9 [Beratung der Anträge der Abg. *Schüling* und Genossen (Z), der Abg. *Haas* und Genossen (SPD) und der Abg. *Geil* und Genossen (Z, DHann) auf Gewährung von Teuerungs- und Besetzungszulagen für die Beamten, Ruhestandsbeamten usw. in den besetzten Gebieten, ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 2128, S. 3258, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2252, S. 3594, Nr. 2430, S. 3920, Nr. 2439, S. 3933 (Ausschußantrag)] (Teuerungs- und Besetzungszulagen für Beamte usw. in den besetzten Gebieten).

¹ Vgl. Dok. Nr. 159, Anm. 2.

² An Stelle des Abg. *Berndt* vertrat Dr. *Friedberg* die DDP. Vgl. ebd.

³ In der 143. Sitzung am 6. Mai 1920 wurde der Antrag des Wahlprüfungsausschusses (Nr. 1323), der die Wahl des Abg. Franz *Hacks* für gültig zu erklären empfahl, angenommen. Wegen eines Formfehlers hatte das Zentrum gefordert, die Wahl für ungültig zu erklären. Vgl. auch Dok. Nr. 139, Anm. 1.

⁴ Vgl. auch Dok. Nr. 153, Anm. 9.

⁵ Der Antrag *Dallmer* und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die öffentliche Krüppelfürsorge, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2432, S. 3921, wollte dem § 11, Ziffer 2, der die Befreiung von der Verpflichtung zur Anstaltsunterbringung bei einer nicht genügenden Versorgung mit entsprechenden Anstalten regelte, den Zusatz anfügen, nach dem »dann für Unterbringung in geeignete Familienpflege gesorgt werden« müsse.

⁶ Antrag der Abg. Adolph *Hoffmann* und Genossen (USPD) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1920 auf Streichung des für die staatliche Sicherheitspolizei angeforderten Betrages (Nr. 2108, 2387), in: ebd., Nr. 2440, S. 3933.

Die **Fraktion** wird dem Antrage zustimmen.⁷

3. Verhältnisse in Pommern.

Den hierzu gestellten Antrag vertritt Abg. *Berndt*.

Auf Antrag vom Abg. *Cassel*, den auch Abg. **Grund** unterstützt, wird die Abstimmung über diesen Antrag in der Fraktion bis auf Sonnabend, den 8. [Mai], vertagt, um darüber im Beisein der beteiligten Minister *Oeser* und *Fischbeck* sowie des Unterstaatssekretärs *Meyer* zu verhandeln.⁸

4. Abg. **Degenhardt** erhält die Zustimmung der Fraktion zu einer Kleinen Anfrage, betr. Wahrnehmung der Geldansprüche der in den von Polen besetzten Gebieten angestellt gewesenen Beamten und deren Hinterbliebenen.⁹

162.

7.5.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 139v–r. Beginn: keine Angaben. Ende: 11.15 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Otto.

Zu Punkt 10 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Aufhebung der Standesvorrechte des Adels und die Auflösung der Hausvermögen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd.7, Nr. 2247, S. 3581–3591], Abschaffung der Vorrechte des Adels, wird wenn nötig Abg. *Cassel* sprechen.¹

Ein Glückwunschtelegramm an den Abg. *Struve* anlässlich einer Hochzeitsfeier in seinem Hause wird beschlossen.

Abg. **Degenhardt** macht geschäftliche Mitteilungen. Auf eine Anfrage des Vertreters der Sicherheitsmannschaft², betr. Antrag der Fraktion auf Verstärkung der Sicherheitspolizei³, wird Abg. *Degenhardt* antworten.

Abg. **Höfler** teilt mit, daß entgegen der Abmachung der Parteien ein Vertreter der Deutschnationalen zur Besoldungsordnung sprechen wird; falls dabei ein Vorwurf wegen Verschleppung des Gesetzes herauskommen sollte, muß dem von unserer Seite entgegengetreten werden.

⁷ Gemeint ist der Antrag des Besoldungsausschusses (Nr. 2439).

⁸ Ein entsprechender Antrag ist nicht nachgewiesen.

⁹ Kleine Anfrage der Abg. *Ruszezynski* und Genossen (DDP) über die Ausweisung der deutschen Beamten usw. aus den an Polen abgetretenen preußischen Provinzen, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2447, S. 3943.

¹ Die Fraktion vertrat in der ersten Beratung in der 144. Sitzung am 7. Mai 1920 Dr. *Friedberg*. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 9, Sp. 11465 f.

² Wort schlecht lesbar.

³ Der Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) über die Verstärkung der staatlichen Sicherheitspolizei und die Einrichtung eines Orts- und Flurschutzes, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2282, S. 3629, wurde in der 143. Sitzung am 6. Mai 1920 mit dem Abänderungsantrag des Abg. *Rippel* (DNVP), ebd., Nr. 2329, S. 3665, angenommen. Vgl. Dok. Nr. 157, 159 und 160.

Abg. *Höfler* wird dazu bestimmt.⁴

Die Anträge und Anfragen:

1. *Riedel* (Rektorwahl in Fürstenwalde)⁵,
2. *Höfler – Frentzel* (im Interesse der Ordnungspolizei)⁶,
3. *Jordan – Schloßmann* (Vorortverkehr im Ruhrsiedlungsbezirk)⁷,
4. *Degenhardt – Dönhoff* (Ausbildung der technischen Lehrerinnen)⁸
werden angenommen.

Anfrage *Degenhardt*, betr. Lehrerbildungsanstalten⁹, Antrag *Gottschalk* auf Berücksichtigung der experimentellen Pädagogik ebenfalls.¹⁰

163.

23.6.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 139r–140v. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: *Dönhoff*. Vorsitz: *Dominicus*.

[Der Vorsitzende] Abg. *Dominicus* eröffnet die Sitzung, begrüßt den zum ersten Mal anwesenden Abg. *Köller* aus Posen, gedenkt des Hinscheidens des 1. Vorsitzenden der Fraktion, Exz. *Friedberg*¹, zu dessen Ehrung sich die Anwesenden von ihren Plätzen erheben. Es gingen Beileidsbezeugungen an die Fraktion ein vom Ministerpräsidenten *Braun*, Finanzminister *Lüdemann* u. a. m.

Abg. *Rade* bringt das Bedauern und die Enttäuschung der Fraktion zum Ausdruck, daß bei der Aufstellung der Reichsliste zur Reichstagswahl am 6. Juni Exz. *Friedberg*, trotz seines Wunsches zu kandidieren, nicht berücksichtigt worden ist, und wünscht entsprechende Äußerung an den Vorstand der Partei.

⁴ Die Besoldungsreformvorlage, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2340, 2341, 2343, 2346, S. 3671–3728. An der Debatte in der 144. Sitzung am 7. Mai 1920 beteiligten sich alle Parteien. Für die DDP sprach der Abg. *Cassel*, vgl. ebd., Bd. 9, Sp. 11451.

⁵ Kleine Anfrage des Abg. *Riedel* (Charlottenburg) (DDP) über die Bestellung des Rektors *Juschka* aus Luckau zum Leiter der Knabenmittelschule in Fürstenwalde, in: ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2466, S. 3982. In Fürstenwalde war Rektor *Juschka* aus Luckau vom Magistrat zum Leiter der Knabenmittelschule ernannt worden, obwohl der Ortslehrrat, das Lehrerkollegium und die Schuldeputation diese Bestellung ausdrücklich abgelehnt hatten.

⁶ Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) auf Einrichtung einer Unterabteilung für die Ordnungspolizei im Ministerium des Innern, in: ebd., Nr. 2472, S. 3984.

⁷ Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) auf Einführung von Eisenbahn-Vorortverkehr im Gebiete des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk, in: ebd., Nr. 2471, S. 3984.

⁸ Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP), betr. Ausbildung der Lehrerinnen der weiblichen Handarbeit und der Hauswirtschaftskunde, in: ebd., Nr. 2459, S. 3979.

⁹ Kleine Anfrage des Abg. *Degenhardt* (DDP) über den Abbau der Lehrerbildungsanstalten, in: ebd., Nr. 2467, S. 3982.

¹⁰ Nicht nachgewiesen.

¹ Dr. Robert *Friedberg* war am 20. Juni 1920 gestorben. Er hatte bereits am 13. April 1920 aus gesundheitlichen Gründen sein Amt als Vorstandsvorsitzender niedergelegt. Vgl. DEMOKRATISCHE PARTEI-KORRESPONDENZ, 131, 21.6.1920.

Abg. **Cassel** bittet von jeder weiteren Erörterung dieser Angelegenheit abzusehen, die nicht im Sinn des Verstorbenen sein würde.

Exz. **Fischbeck** stellt fest, daß bei Beratung der Reichsliste im Vorstand von einer Bereitschaft *Friedbergs* zu kandidieren nichts bekannt gewesen sei.

Fraktion hält die Angelegenheit damit für erledigt. Es wird beschlossen, bei der Beredigungsfeier seitens der Fraktion einen Kranz niederzulegen mit kurzer Ansprache des Vorsitzenden Abg. *Dominicus*. Der Vorstand wird beauftragt nähere Anordnungen für eine Trauerfeier in größerem Rahmen zu treffen.²

Plenum:

Punkt 1 [Beratung des Antrags Adolph *Hoffmann* und Genossen (USPD) auf Einstellung des gegen den Abgeordneten *Kilian* schwebenden Strafverfahrens und Haftentlassung, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2512, S. 4093]. Antrag *Hoffmann* auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. *Kilian*³ soll vom Plenum dem Geschäftsausschuß überwiesen werden.

Zum Punkt 2 [Zweite und dritte Beratung der Gesetzentwürfe über die Aufhebung der Standesvorrechte des Adels und die Auflösung der Hausvermögen, ebd., Anlagen, Bd. 7, Nr. 2247, S. 3581–3591], Aufhebung der Standesvorrechte, berichtet Abg. **Berndt**.

Fraktion wird Stellungnahme zu etwaigem Antrag auf Ausschußberatung von der Entscheidung des Zentrums abhängen lassen.⁴

Zum Punkt 4 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Abänderung des § 10 des Gesetzes über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienste vom 10. August 1906 (Gesetzsammlung S. 378), ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2480, S. 4005, und Nr. 2690, S. 4584 (Ausschußbericht)], Gesetz über Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst, wird Abg. **Meyer** einen Antrag einbringen, nach dem in Ausnahmefällen für bestimmte Personenkreise die Zulassungsmöglichkeit zu erweitern ist.⁵

Zu Punkt 6 und 7 [P. 6: Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den durch Gesetz vom 8. Mai 1916 angeordneten Ausbau von Wasserstraßen des Mains, ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2503, S. 4087f. P. 7: Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den durch Gesetz vom 9. Juni 1913 angeordneten Ausbau von Wasserkräften im oberen Quellgebiete der Weser, ebd., Nr. 2521, S. 4107–4109] wird, falls dazu gesprochen wird, Abg. *Hagemeyer* die Fraktion vertreten.⁶

² Zur Trauerfeier für Dr. Robert *Friedberg* am 24. Juni 1920. Vgl. BERLINER TAGEBLATT, 294, 25.6.1920.

³ Otto *Kilian* (1879–1945), Schriftsetzer, 1902 Mitglied der SPD, 1906 Redakteur, 1917 Mitglied der USPD und seit Dezember 1918 der KPD, November 1918 Vorsitzender des Arbeiterrats in Halle, 1928 Mitbegründer des Leninbundes, seit Mai 1920 MdpLV, 1921–1928 MdpLT, seit 1933 in Haft, im KZ Bergen-Belsen an Typhus gestorben.

⁴ Der Gesetzentwurf wurde in der 145. Sitzung am 23. Juni 1920 in zweiter und dritter Lesung beraten und angenommen. Vgl. auch die Sitzung der preußischen Zentrumsfraktion vom 23. Juni 1920, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 147, S. 230f., hier S. 231.

⁵ Antrag der Abg. *Meyer* (Frankfurt) und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Abänderung des § 10 des Gesetzes über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienste vom 10. August 1906 (Gesetzsamml. S. 378) (Nr. 2480), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2548, S. 4226. Dem Artikel 1 des Gesetzentwurfs sollte ein Artikel 1a eingefügt werden. Danach sollte der Justizminister berechtigt sein, in Ausnahmefällen auch Personen, die keine Befähigung zum höheren Justizdienst erlangt hätten, aber durch ihre bisherige fachliche Vorbildung und ihre bisherige Tätigkeit für die Stellung eines höheren Verwaltungsbeamten besonders geeignet seien, als befähigt zum höheren Verwaltungsdienst zu erklären.

⁶ Beide Gesetzentwürfe wurden ohne Beratung in der 145. Sitzung am 23. Juni 1920 dem Hauptausschuß überwiesen.

Die Vertreter der Fraktion im Ältestenausschuß werden beauftragt, zur Frage der Auflösung der Landesversammlung in folgendem Sinn Stellung zu nehmen: eine gewisse Zurückhaltung unsererseits ist geboten, wir werden uns bereit erklären, an der Verabschiedung der Verfassung mitzuarbeiten, Erledigung des Etats zustimmen, wenn sie von anderer Seite angeregt wird, auf erwünschte Bewilligung des Mittellandkanals, auch im Hinblick auf Notstandsarbeitsbeschaffung hinweisen, im übrigen für Auflösung der Landesversammlung eintreten, sobald die sachlichen Vorbedingungen gegeben sind.⁷

Abg. Dr. **Schreiber** gibt Einladung des Demokratischen Klub auf den 28. VI. zu einem Vortrag von *Rathenau* bekannt.⁸

Zur Tagung der Kanzleibeamten am 26./27. VI. wird Abg. *Kimpel* delegiert.

Abg. **Riedel** er bietet sich, Vorschläge für die Ausgestaltung des Landeswahlgesetzes der Fraktion schriftlich zu übermitteln.⁹

164.

24.6.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 140r–143v. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: 12.15 Uhr. Protokollführer: Sommer. Vorsitz: Dominicus, später Schmiljan und Schreiber.

1. Beschlossen wird, dem Vertreter der Fraktion während der Tagungspause 20 bzw. 15 M aus der Fraktionskasse zu gewähren.¹
2. Mitteilungen aus dem Ältestenausschuß. Es wurde getagt am 23. und 24. VI., dann vom 6.–9. VII., dann Pause bis zum 1. IX. Zur Verabschiedung sollen kommen: das Wahlgesetz, Beamtenbesoldungsgesetz, Verfassung. Die Mitglieder des Verfassungsausschusses sollen in der Zeit vom 25. VI. bis 4. VII. mitarbeiten und in der Fraktionssitzung am 5. VII. berichten.²

⁷ Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 23. Juni 1920, 13.00 bis 14.15 Uhr, in: GStA PK Berlin, I.HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

⁸ Am 28. Juni 1920 hielt Walther *Rathenau* im Demokratischen Klub in Berlin einen Vortrag über »Neue Ziele der Demokratie«. Nicht auf »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit«, so führte *Rathenau* aus, solle die deutsche Demokratie beruhen, »sondern auf dem Dreiklang: Freiheit, Verantwortung und Gemeinschaft!« Vgl. BERLINER TAGEBLATT, 300, 29.6.1920.

⁹ Die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Wahlen zum Preußischen Landtag, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3051, S. 5135–5155, fand in der 164. Sitzung am 7. Oktober 1920 statt.

¹ Der Antrag findet sich als Anlage auf Bl. 141: »Antrag des Vorstandes betreffend Vertretungskosten: Die Fraktion wolle beschließen: Die Mitglieder der Fraktion erhalten aus der Fraktionskasse, sofern sie es beanspruchen, folgende Aufwandsentschädigungen für offizielle Vertretung der Fraktion:

1) für mindestens einen ganzen Tag währende Vertretung innerhalb Großberlins

a) Berliner 15 M,

b) Nichtberliner 30 M je Tag und die eventuell ausfallenden Diäten,

2) für eine Vertretung außerhalb Groß-Berlins 30 M je Tag und die eventuell ausfallenden Diäten.«

² Das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 23. Juni 1920, 13.00 bis 14.15 Uhr, in: GStA PK Berlin, I.HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

3. Die Gedenkfeier für den verstorbenen Dr. *Friedberg* findet am 7. VII. um 7 Uhr abends in der Wandelhalle statt. Die Gedächtnisrede hält *Dominicus*.³

4. Für die 21. Kommission (Vorbereitung der höheren Verwaltungsbeamten) werden gewählt *Meyer*, Dr. *Ruer* und *Schmiljan*.

5. In den Verfassungsausschuß wird an Stelle des verstorbenen *Friedberg* der Abg. Dr. *Struve* im 2. Wahlgang mit 22 Stimmen gewählt, *Cassel* erhält 19; in der 1. Wahl Dr. *Ruer* 8 Stimmen, *Cassel* 13 und *Struve* 18 Stimmen.

6. Zum Schriftführer der Fraktion wird Abg. *Sommer* gewählt.

7. Plenum.

a. Antrag Adolph *Hoffmann*, Strafverfahren gegen den Abg. *Kilian* betr.⁴

Hierüber berichtet *Meyer*.

Es sprechen hierzu Dr. *Schreiber*, Dr. *Berndt*, *Höfler*, *Cassel*, Dr. *Ruer*.

Beschlossen wird, falls das Zentrum dafür, für Zurückweisung an die Kommission einzutreten, andernfalls steht die Abstimmung den Fraktionsmitgliedern frei. Berichterstatter: *Meyer*.⁵

b. Zum Gesetzentwurf, betr. vorläufige Regelung des Staatshaushalts, soll im Plenum nicht gesprochen werden.⁶

c. Antrag, betr. Abänderung der Reichsverfassung – Nr. 2538⁷ –, hierzu sprechen: Dr. *Preuß*, *Barteld*, *Meyer*, Dr. *Berndt*, *Cassel*.

Es wird beschlossen, nur für die Fristverlängerung einzutreten. Zum Redner der Fraktion wird Dr. *Preuß* bestimmt⁸, über Anträge [zu den Artikeln] 61, 63 und 168 wird getrennte Abstimmung beantragt werden. Die Meinung der Fraktion wird durch einen

³ Die preußische Landtagsfraktion der DDP veranstaltete am 7. Juli 1920 eine Gedächtnisfeier für den verstorbenen Fraktionsvorsitzenden und früheren Staatsminister Prof. Dr. *Friedberg*. Die Feier fand abends um 19 Uhr in der Wandelhalle des Preußischen Abgeordnetenhauses statt. Vgl. DEMOKRATISCHE PARTEI-KORRESPONDENZ, 140 und 146, vom 1. und 8.7.1920.

⁴ Der Antrag der Abg. Adolph *Hoffmann* und Genossen (DDP) auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abgeordneten *Kilian*, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2512, S. 4093, wurde in der 146. Sitzung am 24. Juni 1920 abgelehnt. Vgl. auch Dok. Nr. 163.

⁵ Das Zentrum sprach sich auf seiner Fraktionssitzung vom 24. Juni 1920 für die Zurückweisung des Antrags an die Kommission aus. Vgl. ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 148, S. 231 f., hier S. 232. Berichterstatter im Plenum war in der 146. Sitzung am 24. Juni 1920 der Abg. *Brückner* (SPD), in: SBpLV 1919/21, Bd. 9, Sp. 11501–11504.

⁶ Gemeint ist die erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Ergänzung des Gesetzes, betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1920 vom 6. Mai 1920 (Gesetzssamml. S. 159), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2530, S. 4175, der in der 146. Sitzung am 24. Juni 1920 en bloc angenommen wurde.

⁷ Antrag des Verfassungsausschusses auf Abänderung der Reichsverfassung über die preußischen Stimmen im Reichsrat, in: ebd., Nr. 2538, S. 4194–4199. Der Antrag ersuchte die Staatsregierung, mit der Reichsregierung über die Abänderung der Artikel 61, 63 und 168 der Reichsverfassung, insbesondere mit dem Ziel einer Verlängerung der in dem letztgenannten Artikel gegebenen Fristbestimmung in Verhandlung zu treten. Artikel 61 der Weimarer Reichsverfassung bestimmte, daß jedes Land im Reichsrat mit mindestens einer Stimme, jedoch höchstens mit mehr als zwei Fünftel aller Stimmen vertreten sein sollte. Artikel 63 legte fest, daß die Länder im Reichsrat durch Regierungsmitglieder vertreten werden, die Hälfte der preußischen Stimmen jedoch nach Maßgabe eines Landesgesetzes von den preußischen Provinzialverwaltungen bestellt werden sollte. Nach Artikel 168 konnten bis zum Erlaß des im Artikel 63 vorgesehenen Landesgesetzes, aber höchstens auf die Dauer eines Jahres, sämtliche preußischen Stimmen im Reichsrat von Mitgliedern der Regierung abgegeben werden.

⁸ Die Rede des Abg. Dr. *Preuß* in der 146. Sitzung am 24. Juni 1920, in: ebd., Bd. 9, Sp. 11508–11510.

besonderen Antrag zusammengefaßt werden;⁹ die Eventualabstimmung im ganzen steht frei.

d. Für die Verlegung des Amtsgerichts Wittlage tritt die Fraktion ein.^{10 11}

8. Der Kleinen Anfrage *Berghaus*, betr. Ermächtigung der obersten Landesbehörden bei der Pachtschutzordnung, wird zugestimmt.¹²

Desgleichen dem Antrag Dr. *Struve*, angenommen auf dem Schleswig-Holsteinischen Parteitage, Zwangswirtschaft betr.¹³, der in einer Anfang Juli¹⁴ des Jahres [erfolgten] gemeinsamen Aussprache mit den Reichstagsmitgliedern besprochen worden ist. Auf Anregung von *Wenke* sollen derartige gemeinsame Beratungen stattfinden.

Der Kleinen Anfrage *Rebehn*, betr. Benutzung des Gebäudes der staatlichen vereinigten Maschinenbauschulen in Köln, wird zugestimmt.¹⁵

Nächste Sitzung am 5. Juli im Anschluß ans Plenum.

165.

5.7.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 143v–r. Beginn: 13.15 Uhr. Ende: 17.10 Uhr. Protokollführer: Sommer und Dönhoff. Vorsitz: Dominicus, später Schmiljan.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der **Vorsitzende** bekannt, daß nach Beschluß des Ältestenausschusses das Haus sich bereits am 8. dieses Monats vertagen würde. Bei der Besprechung des Haushaltsplanes in der Vollsitzung sprechen von jeder Fraktion 2 Redner.¹

Zur Erledigung soll noch die Kirchengesetzvorlage kommen.

Punkt 1: Vorstandswahl.²

⁹ Der Änderungsantrag der Abg. Dr. *Preuß* und Genossen (DDP) zum Antrage des Verfassungsausschusses auf Abänderung der Reichsverfassung über die preußischen Stimmen im Reichsrat (Nr. 2538), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2569, S. 4238, forderte, daß die Staatsregierung mit der Reichsregierung nur über die Abänderung des Artikels 168 der Reichsverfassung in der Richtung einer Verlängerung der Fristbestimmung in Verhandlung trete.

¹⁰ Die erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Verlegung des Amtsgerichts in Wittlage nach Bad Essen, ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2545, S. 4202f., fanden in der 146. Sitzung am 24. Juni 1920 statt.

¹¹ Fortsetzung des Protokolls auf Bl. 143v.

¹² Kleine Anfrage des Abg. *Berghaus* (DDP) über die Errichtung von Pachteinigungsämtern, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2563, S. 4236.

¹³ Der Antrag *Struve*, der sich als Anlage auf Bl. 142 findet, wurde nicht eingebracht.

¹⁴ Gemeint ist offensichtlich: Juni.

¹⁵ Nicht nachgewiesen.

¹ Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 5. Juli 1920, 10.05 bis 11.10 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

² Die Vorstandswahl war wegen des überraschenden Todes *Friedbergs* am 20. Juni 1920 notwendig geworden. Robert *Friedberg* war in der Fraktionssitzung am 7. Mai 1919 durch Zuruf zum Fraktionschef gewählt worden. Seine beiden Stellvertreter waren Alexander *Dominicus* und Alfred *Schmiljan*. Vgl. Dok. Nr. 26.

Es werden gewählt zum 1. Vorsitzenden: *Dominicus* mit 28 Stimmen von 43, zum 2. *Schmiljan* mit 43 und zum 3. *Otto* mit 28 Stimmen von 41.

An Stelle des verstorbenen *Friedberg* wird *Schmiljan* in den Ältestenausschuß entsandt.

2. Redner für die politische Aussprache:

Als erster Redner wird *Dominicus*, als zweiter Abg. *Goll* bestimmt.³

Ersterer kennzeichnet sodann in kurzen Zügen seine zu machenden Ausführungen.

Es sprechen zu letzteren: *Frentzel*, *Berndt*, *Ruer*, *Goll*, *Meyer*, *Berghaus*, *Rade*, *Schloßmann*, *Cassel*,⁴ *Schmiljan*, *Barteld*, *Schümer*, *Beutler*, *Berndt*, *Grund*, *Ommert*, *Schreiber*, *Wittrock*, *Westermann*.

Im Sinn des Antrags *Schloßmann* wird seitens der **Fraktion** mit allen Mitteln auf frühzeitige Verabschiedung des Etats hingewirkt werden. Um eine politische Debatte im gegenwärtigen Augenblick⁵ zu vermeiden, wird die Fraktion versuchen, die anderen Mehrheitsparteien dafür zu gewinnen, daß im Ältestenausschuß nochmals die Behandlung des Etats im Plenum besprochen wird, und in dem Sinn entscheiden, daß der Finanzminister auf seine Etatrede verzichtet und der Etat ohne Aussprache der Parteien an den Ausschuß überwiesen wird. Sollte diese Anregung nicht durchzubringen sein, so wird die Fraktion im Plenum die Überweisung an den Ausschuß beantragen.⁶

Die Berichterstattung über folgende Gegenstände wird wie folgt verteilt: Drucksache [Nr.] 2547, Dienstehnkommen der Lehrer und Lehrerinnen, Abg. *Kimpel*;⁷ Drucksache [Nr.] 2539, Enteignungsverfahren, Abg. *Bollert*;⁸ Drucksache [Nr.] 2643, betr. Nachtragsumlagen Abg. *Rebehn*;⁹ Drucksache [Nr.] 2661 und 2663, betr. Altersgrenze und

³ Die Rede des Abg. *Dominicus* anlässlich der ersten Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Feststellung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2109, S. 3160f., in der 148. Sitzung am 6. Juli 1920, in: ebd., Bd. 9, Sp. 11585–11593. Die Rede *Golls* in der 149. Sitzung am 7. Juli 1920, in: ebd., Sp. 11675–11683.

⁴ Ab hier Handschrift *Dönhoff*.

⁵ Vom 5. bis 16. Juli 1920 fanden in Spa Verhandlungen zwischen den Alliierten und der Reichsregierung über die Durchführung der Vertrags von Versailles statt. Während die Reparationen nur eine untergeordnete Rolle spielten, stand die Frage der deutschen Entwaffnung und der deutschen Kohlenlieferungen im Vordergrund. Vgl. KRÜGER, S. 103–116; WULF, S. 196–221.

⁶ In der Sitzung des Ältestenrats vom 6. Juli 1920, 11.05 bis 12.30 Uhr, hielten die Vertreter von DDP und Zentrum es für bedenklich, bei den Haushaltsberatungen in eine große politische Aussprache einzutreten und sprachen sich für Überweisung des Haushaltsplans an den Hauptausschuß aus. »Von deutsch-demokratischer Seite ist man gegen eine Debatte, weil sich die Grenze, wie weit man in der Aussprache zu gehen habe, häufig nicht einhalten ließe. [...] Es könne auch hier zu einer erbitterten Debatte kommen und dann der Konferenz in Spa ganz unerwünschtes Material gegeben werden. Die Aussprache könne bis zum September vertagt werden.« Eine Einigung über diese Angelegenheit konnte allerdings nicht erzielt werden. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

⁷ Der Gesetzentwurf, betr. das Dienstehnkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen (Volksschullehrer-Dienstehnkommengesetz – V.D.G.), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2547, S. 4211–4226, wurde nach kurzer Aussprache in der 148. Sitzung am 6. Juli 1920 einem besonderen Ausschuß überwiesen. Der Abg. *Kimpel* meldete sich nicht mehr zu Wort.

⁸ Der Gesetzentwurf über Abänderung der Verordnung, betr. ein vereinfachtes Enteignungsverfahren, vom 11. September 1914, ebd., Nr. 2539, S. 4199f., wurde in der 148. Sitzung am 6. Juli 1920 ohne Aussprache dem Rechtsausschuß überwiesen.

⁹ Gesetzentwurf über die Erhebung von Nachtragsumlagen für das Steuerjahr 1919, in: ebd., Nr. 2643, S. 4316–4318. In der 148. Sitzung am 6. Juli 1920 bat Dr. *Ruer*, den Gesetzentwurf dem Gemeindeausschuß zu überweisen. Vgl. ebd., Bd. 9, Sp. 11620.

Anrechnung der Dienstzeit während des Krieges, Abg. *Schmiljan*.¹⁰ Die zu erwartende Vorlage über die Landessteuergesetze wird von den Abg. *Berghaus* und *Ruer* durchgeführt werden.¹¹ Mittwoch Vormittag wird der Staatssekretär *Weber*¹² vom Finanzministerium der Fraktion einen Vortrag halten über Steuerpläne des Ministers *Lüdemann*.

Die Vertreter der Fraktion im Ältestenausschuß werden beauftragt dafür zu sorgen, daß der Ausschuß eingesetzt wird, um sofort in eine Nachprüfung der Beamtenbesoldungsordnung einzutreten.¹³

Abg. *Troeltsch* berichtet über Drucksache [Nr.] 2546, Gesetz über Verfassung der evangelischen Landeskirche.¹⁴

Abg. *Wenke* erinnert an den Beschluß einer gemeinsamen Sitzung mit der Fraktion des Reichstags; für Dienstag abend vorgesehen.

Antrag *Ommert*, betr. Hafendarbeiten Duisburg, wird genehmigt.¹⁵

Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr.

¹⁰ Gesetzentwurf, betr. Einführung einer Altersgrenze, in: ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2661, S. 4371–4374; Gesetzentwurf zur Ergänzung des Gesetzes, betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1920, in: ebd., Nr. 2663, S. 4378f. Abg. *Schmiljan* beantragte in der 148. Sitzung am 6. Juli 1920, den Gesetzentwurf dem Besoldungsausschuß zu überweisen, in: ebd., Bd. 9, Sp. 11621.

¹¹ Gemeint ist der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz, ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2658, S. 4335–4346, sowie die Berichtigungen zur Begründung des Entwurfs eines Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz (Nr. 2658), ebd., Nr. 2670, S. 4382, der in der 150. Sitzung am 8. Juli 1920 dem Hauptausschuß überwiesen wurde.

¹² Dr. Ludwig *Weber*, zweiter Bürgermeister von Hannover, 1920–1925 Unterstaatssekretär und Staatssekretär im preußischen Finanzministerium und stellvertretender Bevollmächtigter Preußens zum Reichsrat, 1924–1925 stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat der Preußag, Mitglied der DDP.

¹³ Die Nachprüfung der Besoldungsgesetzgebung vom Mai 1920 sollte nach § 1 des Gesetzes mit den Worten »alsbald nach dem im Juni 1920 erfolgenden Wiederzusammentritt der Landesversammlung« erfolgen. Vgl. das Gesetz, betr. die Bereitstellung von Mitteln zu Dienststeinkommensverbesserungen, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2500 A und B, S. 4015–4085, hier S. 4016. Dies geschah in der 148. Sitzung am 6. Juli 1920 mit der Annahme des Antrags der Abg. *Dinslage* und Genossen (*Z*), ebd., Nr. 2689, S. 4584. Der Antrag, der die Nachprüfung des Gesetzes forderte, wurde an den Besoldungsausschuß überwiesen. Vgl. auch ebd., Bd. 9, Sp. 11622–11625. Ferner die Sitzung des Ältestenrats vom 5. Juli 1920, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

¹⁴ Gesetzentwurf, betr. die Neuregelung der Verfassung der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen Preußens, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8., Nr. 2546, S. 4204–4210.

¹⁵ Antrag der Abg. *Ommert* und Genossen (DDP) auf Anschluß der Hafeneisenbahn Duisburg bei Verreichlichung der Wasserstraßen an die Reichseisenbahnen, in: ebd., Nr. 2683, S. 4386.

166.

6.7.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 144v–r. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: 12.25 Uhr. Protokollführer: Sommer. Vorsitz: Otto.

Entschuldigt fehlten Frl. *Dönhoff*, *Dominicus*, *Schmiljan*.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der **Vorsitzende** ein Anschreiben der Atlantis-Photo Co. bekannt, worin um Genehmigung der Lichtbildaufnahme der *Friedberg*-Gedächtnisfeier gebeten wird.¹

Bedenken hiergegen bestehen nicht.

Abg. **Wenke** erinnert nochmals an die heute abend stattfindende gemeinsame Sitzung mit der Reichstagsfraktion.²

Nach Mitteilung von **Dominicus** will die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei auf eine Wortmeldung bei der Etatberatung im Plenum nicht verzichten.³

Es wird beschlossen, die Besprechung im Anschluß an diesen Punkt der Tagesordnung abzusetzen. Abgesetzt werden sollen von der heutigen Beratung in der Vollsitzung die Punkte 24–29 [P. 24: Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Abänderung der Verordnung, betreffend ein vereinfachtes Enteignungsverfahren, vom 11. September 1914, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2539, S. 4199; P. 25: Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Neuregelung der Verfassung der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen Preußens, ebd., Nr. 2546, S. 4204–4210; P. 26: Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend das Dienstekommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen (Volksschullehrer-Dienstekommengesetz – V.D.G.), ebd., Nr. 2547, S. 4211–4226; P. 27: Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhebung von Nachtragsumlagen für das Steuerjahr 1919, ebd., Nr. 2643, S. 4316–4318; P. 28: Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Abänderung des Gesetzes, betreffend das Pfandleih-Gewerbe, vom 17. März 1881 (Gesetzsamml. S. 265), ebd., Nr. 2656, S. 4324–4326; P. 29: Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den Schleppbetrieb auf dem Rhein-Weser-Kanal und dem Lippe-Kanal, ebd., Nr. 2657, S. 4327–4334]; der Gesetzentwurf Nr. 26 soll ohne Besprechung in den Ausschuß verwiesen werden.

Punkt 1: Kirchengesetze.⁴

Hierzu sprechen **Schümer**, **Rade**, **Berndt**, **Gottschalk**, **Troeltsch**.

Beschlossen wird unter Ablehnung des Antrags *Schümer* (Überweisung an einen Ausschuß) mit allen gegen 4 Stimmen, der Regierungsvorlage zuzustimmen. Sollte hierzu gesprochen werden, so wird *Rade* hierzu das Wort nehmen. Fraktionszwang findet nicht statt.

2. Dringlicher Antrag, Unterstützung der Universität Frankfurt a/M durch den Staat.

Hierzu sprechen: **Ehlers**, **Troeltsch**, **Goll**, **Schloßmann**, **Rade**.

¹ Vgl. Dok. Nr. 164, Anm. 3.

² Vgl. Dok. Nr. 165, Anm. 5.

³ Vgl. Dok. Nr. 165.

⁴ Vgl. den Tagesordnungspunkt 25.

Die **Fraktion** ist für Einbringung des Antrags.⁵

Troeltsch wird gebeten, am 8. [Juli] in der Fraktionssitzung über Umbildung des Universitätswesens zu sprechen.

3. Plenum:

Zu Nr. 26 (Gesetzentwurf, betr. Dienst Einkommen der Volksschullehrer- und Lehrerinnen) spricht kurz **Kimpel**; es äußern sich ferner hierzu: **Ruer, Berghaus, Goll**.

Die Vorlage soll an den Ausschuß zurückverwiesen werden; es soll hierbei an Stelle von Frl. Dr. *Heine* Abg. *Berghaus* treten. Die Vertretung im Ausschuß besorgen demnach: *Berghaus, Otto, Kimpel* und *Cassel*.

Zu Nr. 27, betr. Erhebung von Nachtragsumlagen, spricht *Ruer*.⁶

Zu Nr. 30 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Einführung einer Altersgrenze, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2661, S. 4371–4374], betr. Einführung einer Altersgrenze, bringt **Schloßmann** einen Abänderungsantrag ein (Erhöhung der Altersgrenze auf 70 und Recht des Ministers, mit 65 Jahren zu pensionieren); hierzu spricht **Schmiljan**; die weitere Besprechung wird vertagt.

4. Über die Beratungen im Ältestenausschuß berichtet **Meyer**.⁷ Dem Antrag, beim Finanzetat nicht zu sprechen, pflichtet die Mehrheit des Ausschusses nicht bei. Der Antrag *Rades*, trotzdem dabei zu verharren, wird als nicht im Einklang mit der Geschäftsordnung stehend abgelehnt. *Meyer* empfiehlt vielmehr, den Standpunkt der Fraktion durch die Presse der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Es sprechen hierzu: **Schümer, Ruer, Schloßmann, Dominicus, Grund, Goll, Struve, Schreiber**.

Beschlossen wird, den Antrag zu stellen, angesichts der politischen Lage von einer Besprechung des Etats abzusehen. Redner: *Rade*.⁸

5. **Dominicus** berichtet über die Besoldungsreform; alle Parteien bringen einen Antrag für morgen ein.⁹

Nächste Sitzung: 7.7.20, vormittags 10.00 Uhr.

⁵ Antrag der Abg. *Ehlers* und Genossen (DDP) über Zuschüsse an die Universität Frankfurt (Main), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2682, S. 4386. Die Staatsregierung sollte der Universität in Frankfurt jährliche Zuwendungen in Höhe der Hälfte des jährlichen Fehlbetrages gewähren unter der Voraussetzung, daß die Stadt Frankfurt die andere Hälfte übernehme.

⁶ Die Rede des Abg. *Ruer* in der 148. Sitzung am 6. Juli 1920, in: ebd., Bd. 9, Sp. 11620.

⁷ Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 6. Juli 1920, 11.05 bis 12.30 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

⁸ Der vom Abg. *D. Rade* (DDP) begründete Antrag, den Haushaltsplan mit Rücksicht auf die laufenden Verhandlungen in Spa ohne Aussprache an den Hauptausschuß zu überweisen, wurde in der 148. Sitzung am 6. Juli 1920 abgelehnt. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 9, Sp. 11555f. und 11560. In der ersten Lesung vertrat die Fraktion der Abg. *Dominicus* in der 148. Sitzung am 6. Juli 1920 und der Abg. *Goll* in der 149. Sitzung am 7. Juli 1920. Vgl. ebd., Sp. 11585–11593 und Sp. 11675–11683.

⁹ Zur Besoldungsreform vgl. Dok. Nr. 165.

167.

7.7.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 144r–145v. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: 12.15 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Vortrag des Herrn Ministerialdirektor **Weber** vom Finanzministerium über das Finanzprogramm des Ministers *Lüdemann*.

Punkt 2 der Tagesordnung: Plenum.

Punkt 8 und 11 [P. 8: Fortsetzung der ersten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Feststellung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2109, S. 3160f.; P. 11: Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Ausführungsgesetz zum Landessteuergesetz, ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2658, S. 4335–4346, Nr. 2670, S. 4382] sollen zusammen behandelt werden, Abg. *Rebehn* die Fraktion vertreten¹, für die zu bildende Kommission die Mitglieder nach Aussprache in der Fraktion bestimmt werden, die Donnerstag unmittelbar nach der Vollsitzung stattfindet.

In die Kommission für die Lehrerbesoldung werden die Abg. *Cassel*, *Kimpel*, *Berghaus*, *Witrock*, – *Sommer* tritt zu Gunsten von *Witrock* zurück, um einen Lehrer darin zu haben² –, *Otto* gewählt, letzterer als Vorsitzender.

Die Fraktion wird sich dem Einspruch gegen die Verabschiedung des Gesetzes über die Umlageordnung vor der Vertagung anschließen.³

Die Reste der Tagesordnung vom 6.VII. werden in der Fraktionssitzung am 8.VII. früh erledigt werden.

Die Fraktionsmitglieder werden aufgefordert, an einer Besprechung um 2 Uhr im Zimmer 6 teilzunehmen mit Vertretern der 9 preußischen Lehrer- und Lehrerinnenorganisationen.⁴

Die Besprechung des Vortrags über das Finanzprogramm beschränkt sich auf die Frage, ob wir für die Vorlage vor der Neuwahl eintreten wollen. Beschlußfassung wird ausgesetzt.

Ein Ausschuß von 7 Mitgliedern mit der Verpflichtung, das Material für die Fraktion vorzuarbeiten, wird am 8.VII. gewählt werden. Das zur Verfügung gestellte Material des Referenten über die gegenwärtige Sachlage wird im Umdruck allen Fraktionsmitgliedern zugestellt.

¹ In der ersten Lesung des Staatshaushaltsplans wurde die DDP in der 149. Sitzung am 7. Juli 1920 durch den Abg. *Goll* vertreten. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 9, Sp. 11675–11683. Der Gesetzentwurf über das Ausführungsgesetz zum Landessteuergesetz (Nr. 2658) wurde ohne Aussprache dem Hauptausschuß überwiesen.

² Ursprünglich war *Sommer* gewählt worden.

³ Der Gesetzentwurf über die Umlegung von Grundstücken (Umlegungsordnung), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1723, S. 2408–2416 (Regierungsvorlage), Anlagen, Bd. 8, Nr. 2522, S. 4110–4139 (Ausschußantrag), der in der 111. Sitzung am 3. Februar 1920 dem Siedlungsausschuß überwiesen wurde, kam erst nach der Sommerpause auf die Tagesordnung. Nachdem er in der 151. Sitzung am 15. September 1920 abgesetzt wurde, wurde er in der 152. Sitzung am 16. September 1920 in zweiter Lesung und in der 154. Sitzung am 21. September 1920 in dritter Lesung beraten und nach den Beschlüssen dritter Lesung angenommen.

⁴ Die Besprechung fand vor dem Hintergrund der am 8. Juli 1920 erfolgten Konstituierung des Ausschusses für die Reform der Lehrerbesoldung statt. Vgl. BERLINER TAGEBLATT, 318, 9.7.1920.

Die Mitglieder des Ostausschusses treten ohne Anwesenheit des verhinderten Vorsitzenden *Schnackenburg* zu einer Sitzung zusammen.

[N]ächste Sitzung 8. VII., 10 Uhr.

168.

8.7.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 145v–r. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: 12.25 Uhr. Protokollführer: Sommer. Vorsitz: *Dominicus*, später *Otto*.

Aussprache im Plenum.

Zur Mittellandfrage soll nicht geredet werden.¹

Ruszezynski berichtet über Vorgänge in dem Ausschuß für Staatshaushaltsplan. Es soll ein Berichterstatter für den Etat (Finanzamt) ernannt werden durch die Deutsche Demokratische Partei.

Als Berichterstatter werden ernannt: *Dominicus* und *Otto* (Hauptetat), *Wiglow* (Seehandlung, Staatsbank, Staatsschuldenwesen, Gesetzsammlung), *Schmiljan* (Etat des Abgeordnetenhauses), *Frentzel* (allgemeine Finanzverwaltung), *König* (Staatsregierung), *Kochmann* (Justizwesen), *Rade* (Kultus).

Zu Mitgliedern der Ausschüsse werden ernannt: *Dominicus*, *Frentzel*, *Wiglow* (Allgemeine Finanzverwaltung); Handel und Gewerbe: *Düker*, *Grund*, *Rebehn*, *Otto*; Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung: *Frentzel*, *Riedel*, *Jordan*. – Justizverwaltung: *Kochmann*, *Berndt*, *Dominicus*, *Otto*. – Bauverwaltung: *Rebehn*, *Dominicus*, *Winkler*, *Jordan*. – Ministerium des Innern: *Cassel*, *Jansen*, *Berndt*, *Dominicus*. – Volkswohlfahrt: Frl. *Dönhoff*, *Otto*, *Schloßmann*², *Struve*. – Landwirtschaft: *Westermann*, *Wenke*, *Berghaus*, *Degenhardt*. – Finanzministerium: *Frentzel*, *Höfler*, *Ruer*, *Dominicus*. – Staatsschulden: *Wiglow*, *Höfler*, *Frentzel* und *Dominicus*. – Allgemeine Finanzverwaltung: *Wiglow*, *Frentzel*, *Ruer*, *Dominicus*. – Genossenschaften: *Crüger*, *Wiglow*, *Düker*, *Otto*. – Staatsbank, Seehandlung: *Wiglow*, *Grund*, *Crüger*, *Ehlers* – Preußische Staatsregierung: *Dominicus*, *Otto*, *Buers*, *Gottschalk*. – Lotterieverwaltung, Münzverwaltung: *Wiglow*, *Schulze*, *Schmiljan*, *König*. Für Kultus sollen die Mitglieder erst in der nächsten Sitzung gewählt werden.

Mittellandkanal: Zu Mitglieder des Ausschusses werden gewählt: *Frentzel*, *Grund*, *Rebehn*, *Schreiber*, als Vertreter: *Böer*, *Riedel*.

Steuervorbesprechung: *Jansen* (Vorsitz), *Schümer*, *Siemen*, *Dominicus*, *Schulze*, *Oeser*, *Wiglow*.

¹ In der 150. Sitzung am 8. Juli 1920 wurde der Gesetzentwurf, betr. die Vollendung des Mittellandkanals und die durch sie bedingten Ergänzungsbauten an vorhandenen Wasserstraßen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2659, S. 4347–4368, in Verbindung mit dem Antrag der Abg. *Ludwig* und Genossen (USPD) über eine Abzweigung vom Mittellandkanal zur Saale und die Verbesserung des Fahrwassers der Saale, ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 2713, S. 4599, und mit dem Gesetzentwurf, betr. die Verbesserung der Oderwasserstraße unterhalb Breslaus, ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2660, S. 4369–4371, einem besonderen Ausschuß überwiesen. Die Gesetzentwürfe wurden in der 189. Sitzung am 4. Dezember 1920 in zweiter und dritter Lesung beraten.

² Im Original: »Schloßmacher«.

Eine Erklärung *Berghaus* an den Kultusminister, Besprechung der Kreisschulinspektion Emden betreffend, wird von der **Fraktion** aufgenommen und sich zu eigen gemacht.³

Eine Anfrage *Otto* (Gleichstellung seminarisch und akademisch gebildeter Oberlehrer) wird genehmigt;⁴ desgleichen eine Anfrage *Degenhardt*, betr. Katastervermessungsbeamten.⁵

Ruer erhebt Bedenken gegen das Gesetz, betr. Gleichstellung der kommunalen Beamten mit den Reichs- und Staatsbeamten im Gehalte⁶, und bittet, diese Bedenken im Plenum in irgendeiner Form im Interesse der Selbstverwaltung der Gemeinden geltend zu machen.

Es sprechen hierzu: **Berghaus, Preuß, Ehlers, Schreiber, Grund, Beutler.**

Es wird beschlossen, einen durch *Ruer* zu begründenden Abänderungsantrag, welcher die von *Ruer* erhobenen Bedenken aufnimmt, bei der Beratung im Plenum einzubringen.⁷

Zu dem Antrag (Altersgrenze anlangend) wird nicht gesprochen werden im Plenum, falls dieser behandelt werden sollte, wünscht **Höfler** dazu das Wort.⁸

Auf Antrag *Rade* wird den beiden Rednern bei der *Friedberg*-Gedächtnisfeier, *Dominicus* und *Juds*, gedankt.⁹

³ Bezug genommen wird offenbar auf die Teilung übergroßer Kreisschulaufsichtsbezirke und eine entsprechende Vermehrung der Kreisschulratsstellen, die in den Verhandlungen des Hauptausschusses über den Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für 1920 gefordert wurde. Vgl. den Ausschußbericht, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 14, Nr. 3950, S. 7338–7359, besonders S. 7345, 7348, sowie den Ausschußantrag J (Elementar-Unterrichtswesen) Nr. 4 I, ebd., S. 7358.

⁴ Kleine Anfrage des Abg. *Otto* (DDP) über die Gleichstellung der Oberlehrer an höheren Schulen, in: ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 2723, S. 4602.

⁵ Kleine Anfrage *Degenhardt* (DDP) über die Annahme und Ausbildung von Kulturamtsvorstehern, in: ebd., Nr. 2771, S. 4627.

⁶ Antrag der Abg. *Schüling, Richter* (Lichtenberg), *Meyer* (Herford), Dr. v. *Kries, Schmiljan, Scholich* und Genossen (Z, USPD, DVP, DNVP, DDP, SPD) auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betr. vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindebeamtenrechts, in: ebd., Nr. 2691, S. 4587f., Nr. 2712, S. 4598 f. (Ausschußantrag).

⁷ Ein Antrag wurde nicht eingebracht. *Ruer* forderte in seiner Rede in der 150. Sitzung am 8. Juli 1920, daß die Bezüge der Gemeindebeamten mit Rücksicht auf die Selbstverwaltungsrechte der Gemeinden die Höhe der Bezüge der unmittelbaren Staatsbeamten in den gleichen Klassen nicht überschreiten dürften. Vgl. ebd., Bd. 9, Sp. 11801 f.

⁸ Der Abg. *Höfler* ergriff nicht mehr das Wort. – § 4 des Antrags der Abg. *Schüling, Richter* (Lichtenberg), *Meyer* (Herford), Dr. v. *Kries, Schmiljan, Scholich* und Genossen (Z, USPD, DVP, DNVP, DDP, SPD), ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 2691, S. 4587f., bestimmte, daß durch Satzung festgelegt werden könne, daß ein Beamter, der das 65. Lebensjahr vollendet habe, entsprechend den für die unmittelbaren Staatsbeamten geltenden Vorschriften in den Ruhestand versetzt werden könne.

⁹ Vgl. Dok. Nr. 164, Anm. 3.

169.

14.9.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 146v–r. Beginn: 16.18 Uhr. Ende: 18.34 Uhr. Protokollführer: Sommer. Vorsitz: Dominicus.

I. Der **Vorsitzende** begrüßt die Erschienenen nach der langen Sommerpause mit herzlichem Willkommensgruß, umreißt kurz die der Fraktion bevorstehenden, ersten Aufgaben und gedenkt in herzlichen Worten des schwer erkrankten Abg. *Cassel*, dem auf einmütigen Beschluß ein schriftlicher Gruß gesandt wird.

Abg. Dr. **Schreiber** gibt sodann eingelaufene Eingänge bekannt; einer besonderen Besprechung werden die im Saargebiet und in Oberschlesien beklagten Übergriffe unterzogen.¹

Beschlossen wird, die Angelegenheit im Ältestenausschuß zur Sprache zu bringen.²

Zum Referenten für den Entwurf des Landwirtschafts[kammer]gesetzes wird Dr. *Schreiber* bestimmt.³

An Stelle von *Cassel* tritt Koll. *Aronsohn*-Thorn in den Ausschuß, der sich mit der Abfindung der Krone zu befassen hat.

Für die morgige Fraktionssitzung [um] 10 Uhr wird vorgeschlagen als Tagesordnung:

1. Plenum. 2. Verfassung.⁴

II. Mittellandkanal.⁵

Hierzu spricht als Berichterstatter des Ausschusses Abg. **Rebehn**, der angesichts des

¹ In Oberschlesien und im Saarland war es zu Kompetenzüberschreitungen der Interalliierten Kommission bzw. der alliierten Saarregierung gekommen. Vgl. SCHULTHESS 1920/I, S. 234 f., 238–242.

² In der Sitzung des Ältestenrats vom 15. September 1920, 14.10 bis 15.10 Uhr, wurde von allen Fraktionen »die Notwendigkeit der Abgabe einer Erklärung über die oberschlesische und die Saargebiets-Frage betont«. Einigung wurde dahin gehend erzielt, daß der Präsident in der Vollsitzung des Tages eine kurze Erklärung abgeben und die Aussprache über die »Vergewaltigung der oberschlesischen Bevölkerung und der Bevölkerung im Saargebiet« in der Vollsitzung am 17. September stattfinden sollte. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2. Zu den Problemen in Oberschlesien und an der Saar wurden in der 153. Sitzung am 17. September 1920 der Antrag der Abg. *Siering*, Dr. Dr. *Porsch*, *Dominicus*, *Hergt*, Dr. v. *Richter* (Hannover) und Genossen (SPD, Z, DDP, DNVP, DVP), betr. den Schutz der deutschen Staatsbürger und der Volksabstimmung in Oberschlesien, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2924, S. 4826, sowie der Antrag der Abg. *Siering*, Dr. Dr. *Porsch*, *Dominicus*, *Hergt*, Dr. v. *Richter* (Hannover) und Genossen (SPD, Z, DP, DNVP, DVP) über den Schutz der Saarbevölkerung, ebd., Nr. 2929, S. 4835, verhandelt. Vgl. auch die Ankündigung einer Besprechung der Vergewaltigungen in Oberschlesien und im Saargebiet durch Landtagspräsident *Leinert* in der 151. Sitzung am 15. September 1920, in: ebd., Bd. 9, Sp. 12047 f., hier Sp. 12048.

³ Der Entwurf eines Landwirtschaftskammergesetzes, in: ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 2883, S. 4728–4745. Er wurde in der 168. Sitzung am 22. Oktober 1920 in erster Lesung verhandelt und dem Landwirtschaftsausschuß überwiesen. Die Rede des Abg. Dr. *Schreiber* (Halle), in: ebd., Bd. 10, Sp. 13148–13154.

⁴ Der Verfassungsentwurf, ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 2000, S. 3005–3009, war in der 140. Sitzung am 28. April 1920 dem Verfassungsausschuß überwiesen worden. Die erste Lesung im Ausschuß hatte vom 16. Juni bis zum 10. Juli 1920 stattgefunden. Die zweite Ausschußberatung begann am 24. September 1920. Vgl. den Bericht der Ausschußverhandlungen, in: ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3120 B, S. 5224–5382.

⁵ Gesetzentwurf, betr. die Vollendung des Mittellandkanals und die durch sie bedingten Ergänzungsbauten an vorhandenen Wasserstraßen, in: ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2659, S. 4347–4368, Anlagen, Bd. 11,

geschehenen Einspruchs der anderen Gliedstaaten eine möglichst einmütige bzw. geschlossene Stellungnahme des Landtags befürwortet.

Als 2. Referent spricht hierzu Dr. **Schreiber**, der bisher die Kompromißlinie befürwortete.

Ferner reden hierzu Minister **Oeser**, der gleichfalls ein möglichst einstimmiges Votum nahe legt.

Auf Antrag *Rade* wird von einer weiteren Besprechung abgesehen. Die Abstimmung ergibt das Eintreten der **Fraktion** für den Beschluß des Ausschusses.

Abg. Dr. **Grund** verbreitet sich dann über die Regulierung der Oderwasserstraße; die **Fraktion** ist damit einverstanden, daß Dr. *Grund* in dem vorgetragenen Sinne diese Angelegenheit im Plenum vertritt.⁶

III. Der von den Abg. *Schmiljan* und *Ruszezynski* eingebrachte Antrag, Erhöhung der Ruhegehälter der in den abgetretenen Ostgebieten zurückgebliebenen ehemaligen Beamten, Lehrer usw., wird trotz eingehender Begründung durch den Abg. **Schmiljan**, nachdem sich noch **Degenhardt**, **Beutler**, Minister **Oeser**, **Aronsohn-Thorn**, **Dominicus** hierzu geäußert [haben], vertagt; den Antragstellern wird aufgegeben, sich mittlerweile mit dem Finanzministerium zwecks befriedigender Lösung in Verbindung zu setzen.⁷

IV. Plenum vom 15. 9. 20.

Gegebenenfalls soll Frl. *Dönhoff* beim Punkte: weibliche Angestellte im Gastwirtsgerber im Plenum sprechen.⁸

Zu Punkt 7 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Bergschulvereine, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2799, S. 4651–4654], Bergbauschulen, wird Dr. *Jordan* zum Referenten bestimmt.⁹

Punkt 9 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Aufschließung von Steinkohlen, ebd., Nr. 2811, S. 4662f.]: Aufschließung von Steinkohlen: Referent Dr. *Frentzel*.¹⁰

Punkt 11 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Umlegung von Grundstücken (Umlegungsordnung), ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1723, S. 2408–2416 (Re-

Nr. 3441, S. 5973–6072 (Ausschußbericht). Ziel der Vorlage war die Fertigstellung des Mittellandkanals mit dem Bau des Schlußstücks von Hannover bis zur Elbe (Weser-Elbe-Kanal). Der Gesetzentwurf wurde erst in der 189. Sitzung am 4. Dezember 1920 in zweiter und dritter Lesung beraten und ohne Aussprache mit dem Ausschlußantrag angenommen. Vgl. auch Dok. Nr. 168, Anm. 1.

⁶ Der Gesetzentwurf, betr. die Verbesserung der Oderwasserstraße unterhalb Breslaus, ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2660, S. 4369–4371, war in der 150. Sitzung am 8. Juli 1920 in erster Lesung beraten und an den 24. Ausschuß (Mittellandkanal) überwiesen worden. Die zweite und dritte Beratung fanden in der 189. Sitzung am 4. Dezember 1920 statt. Die Rede des Abg. Dr. *Grund* (Berichterstatter), in: ebd., Bd. 11, Sp. 14618f.

⁷ Der Antrag ist nicht nachzuweisen.

⁸ Punkt 6 der Tagesordnung: Beratung der Anordnung über die Beschäftigung von weiblichen Angestellten in Gast- und Schankwirtschaften, ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 2860, S. 4716f., in Verbindung mit dem Antrag der Abg. *Hauschildt* und Genossen (SPD) zur Beratung der Anordnung (Nr. 2912), ebd., Nr. 2912, S. 4781. Die Rede von Frl. *Dönhoff* in der 151. Sitzung am 15. September 1920, in: ebd., Bd. 9, Sp. 12058.

⁹ Die Vorlage wurde in der 151. Sitzung am 15. September 1920 ohne Aussprache dem Handels- und Gewerbeausschuß überwiesen.

¹⁰ Die Rede des Abg. *Frentzel* in der 151. Sitzung am 15. September 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 9, Sp. 12064–12066.

gierungsvorlage), Anlagen, Bd. 8, Nr. 2522, S. 4110–4139 (Ausschußantrag)], zwangsweise Umlegung von Kulturbezirken, soll morgen abgesetzt werden.¹¹

Punkt 12 [Zweite Beratung des Gesetzes vom 13. Dezember 1918 (Gesetzsamml. S. 199), betreffend die Erleichterung des Austritts aus der Kirche und aus den jüdischen Synagogengemeinden, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 234 zu 13, S. 385, Nr. 275 zu II, S. 431 f., Anlagen, Bd. 4, Nr. 902, S. 1380 f., Nr. 998, S. 1472, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2822, S. 4667–4685, Nr. 2903, S. 4778, Nr. 2908 und 2910, S. 4780, Nr. 2936, S. 4838]: Austrittsrecht aus Synagogen und Kirchengemeinden: Referent Dr. *Berndt*, eventuell Dr. *Rade*.¹²

170.

15.9.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 63, Bl. 146r. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: 13.20 Uhr. Protokollführer: *Dönhoff*. Vorsitz: *Dominicus*.

1. Punkt der Tagesordnung: Preußische Verfassung.¹

Abg. *Berndt* berichtet über die Ausschußverhandlungen.

Abg. *Dominicus* macht einige Mitteilungen über die allgemeine politische Lage im Hinblick auf die kommenden preußischen Landtagswahlen.²

Die Diskussion beschränkt sich zunächst auf die allgemeinen politischen Fragen; die formelle Besprechung der Verfassungsvorlage bleibt einer späteren Sitzung vorbehalten.

In der Aussprache nehmen das Wort: Minister *Fischbeck*, Minister *Oeser*, Abg. *Frentzel*, Abg. *Preuß*, Abg. *Schreiber*, Abg. *Schnackenburg*.

Sie wird abgebrochen. Donnerstag, den 16. [September], 10 Uhr vormittags, fortgesetzt.

Abg. *Rade* beantragt, Fraktion möge einem Antrag der Deutschnationalen zustimmen, durch den im Kirchenaustrittsgesetz Einzelerklärung des Austritts gegenüber dem Notar vorgeschrieben wird.³

¹¹ Die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs fanden in der 152. und 154. Sitzung am 16. und 21. September 1920 statt.

¹² Die zweite Beratung des Gesetzes fand in der 152. Sitzung am 16. September 1920 statt. Die Reden des Berichterstatters Dr. *Berndt* und des Abg. *Rade* in der 152. Sitzung am 16. September 1920 in: SBpLV 1919/21, Bd. 9, Sp. 12121–12126 und Sp. 12144–12147.

¹ Vgl. Dok. Nr. 169.

² Der Ältestenrat nahm in seiner Sitzung vom 30. September 1920, 10.15 bis 12.30 Uhr, nachdem er den Antrag der DNVP, die Landtagswahlen spätestens am 12. Dezember 1920 vorzunehmen, abgelehnt hatte, den Antrag *Dominicus* (DDP), die Wahlen innerhalb von drei Monaten nach Verabschiedung der Verfassung anzusetzen, an. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2; vgl. auch SCHULTHEISS 1920/I, S. 256.

³ Antrag der Abg. *Koch* (Oeynhausen) und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, betr. den Austritt aus den Religionsgesellschaften öffentlichen Rechts (Nr. 2822), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2908, S. 4780. Der Antrag wurde ersetzt durch Nr. 2936, S. 4838. Nach

Es sprechen dazu die Abg. **Berndt**, **Schreiber**, **Schümer**.

Die Anwesenden schließen sich in ihrer Mehrheit der Auffassung *Rades* an, Abstimmung wird frei gegeben.

171.

17.9.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 1–3. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: 13.00 Uhr. Protokollführer: **Schümer**. Vorsitz: **Dominicus**.

1. Plenum.

Zu [Punkt] 29 [Dritte Beratung des Gesetzes vom 13. Dezember 1918 (Gesetzsamml. S. 199), betr. die Erleichterung des Austritts aus der Kirche und aus den jüdischen Synagogengemeinden, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 234 zu 13, S. 385, Nr. 275 zu II, S. 431 f., Anlagen, Bd. 4, Nr. 902, S. 1380 f., Nr. 998, S. 1472, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2822, S. 4667–4685 (Bericht des Rechtsausschusses), Nr. 2937, S. 4839 f. (Zusammenstellung des vom Rechtsausschuß vorgeschlagenen Gesetzentwurfs)] [...] ¹ ist nichts zu bemerken. Die übrigen Punkte werden abgesetzt.

2. Koll. **Rebehn** beantragt, einen Ausschuß einzusetzen mit den Aufgaben, an der Feststellung einer [...] ² für die Regierung festzusetzen und der Fraktion ein preußisches Aktionsprogramm vorzulegen.

Koll. **Dominicus** schlägt vor, daß diese Kommission [...] ³, die nach dem Vorschlage von *Schiffer* aus *Schiffer*, *Fischer* ⁴, *Dominicus*, *Fischbeck*, *Oeser* bestehen soll.

Koll. **Berndt** glaubt, den Antrag *Rebehn* [...] ⁵ erhalten werden.

der Regierungsvorlage, Artikel 1, § 1 Abs. 1, und den Ausschußbeschlüssen, § 1, sollte die Austrittserklärung beim Amtsgericht zu Protokoll des Gerichtsschreibers erfolgen oder in öffentlich beglaubigter Form eingereicht werden können. Vgl. ebd., Nr. 2822, S. 4667–4685. Das Gesetz vom 13. Dezember 1918 (Gesetzsamml. S. 199), betr. die Erleichterung des Austritts aus der Kirche und aus den jüdischen Synagogengemeinden und der Gesetzentwurf über den Austritt aus den Religionsgesellschaften öffentlichen Rechts (Antrag des Rechtsausschusses), ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 234 zu 13, S. 385, Nr. 275 zu II, S. 431 f., Anlagen, Bd. 4, Nr. 902, S. 1380 f. (Ausschußbericht), Nr. 998, S. 1472, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2822, S. 4667–4685 (Ausschußbericht), wurden in der 152. Sitzung am 16. September 1920 in zweiter Lesung und in der 154. und 159. Sitzung am 21. und 29. September 1920 in dritter Lesung verhandelt. Da trotz wiederholter Schlußabstimmung das Haus beschlußunfähig war, blieben die Gegenstände in der laufenden Legislaturperiode unerledigt.

¹ Wort unleserlich.

² Zwei Wörter unleserlich.

³ Drei Wörter unleserlich.

⁴ Hermann *Fischer* (1873–1940), Rechtsanwalt und Notar in Berlin, Präsidialmitglied des Hansabundes, Aufsichtsratsmitglied zahlreicher bedeutender Unternehmen aus Handel und Industrie, April 1920–Oktober 1929 stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der DDP, Oktober 1929–November 1930 stellvertretender Vorsitzender des Parteiausschusses, Oktober 1919–Juli 1932 Schatzmeister, 1920–Juli 1932 MdR (DDP/DSRp).

⁵ Drei Wörter unleserlich.

Zu der ersten Kommission wird *Jansen* hinzugewählt. Die zweite Kommission soll aus 5 Mitgliedern bestehen. Sie soll am Montag gewählt werden.

3. Koll. **Rade** beantragt, eine Erklärung über die Neuwahlen. Der Antrag wird dem Ausschuß überwiesen, der morgen stattfinden soll.⁶

4. Groß-Berlin.⁷

Es liegt ein neuer Antrag [Nr.] 2919 vor. Es wird festgestellt, daß im »8-Uhr-Abendblatt« und im »Berliner Tageblatt« ein unrichtiger Bericht über den gestrigen Beschluß gestanden habe.⁸ Keines der anwesenden Mitglieder ist daran beteiligt. Die Anträge der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei und des Zentrums sollen gemeinsam besprochen werden.

Dominicus spricht für den Zentrumsantrag zu § 11 und zu § 23 Abs. 3.⁹

⁶ Gemeint ist ein Ausschuß der Fraktion.

⁷ Gemeint ist die erste Beratung der Anträge Hergt und Genossen (DNVP), Dr. von Richter (Hannover) und Genossen (DVP), Dr. *Faßbender* und Genossen (Z) auf Annahme eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2904, S. 4779, Nr. 2919, S. 4824, Nr. 2943, S. 4872, die in der 165. Sitzung am 22. September 1920 stattfand. Die DNVP forderte, den Zeitpunkt des Inkrafttretens durch Gesetz anderweitig zu bestimmen und bis dahin die weitere Ausführung des Gesetzes zu unterlassen. Nach den Anträgen der Abg. Dr. von *Richter* (Hannover) (DVP) und Dr. *Faßbender* (Z), Nr. 2919 und 2943, sollten von den 30 Stadträten des neuen Groß-Berlin mindestens 12 unbesoldet sein. – Ende August 1920 hatte die sozialistische Mehrheit im Stadtrat die Bestimmung des Groß-Berlin-Gesetzes über die Wahl der Stadträte dahin gehend ausgelegt, daß sie beschloß, nur besoldete Magistratsmitglieder zu wählen. Die Stadtratsstellen wurden danach überwiegend mit Sozialisten besetzt. Diese Wahl wurde jedoch von dem als Aufsichtsbehörde fungierenden Oberpräsidenten nicht bestätigt. Die Wahlen mußten im Oktober wiederholt werden. Im Oktober 1920 wurde schließlich ein Gesetz beschlossen, das die Mindestzahl der unbesoldeten Stadträte festschrieb, um damit einen rein sozialistischen Magistrat zu verhindern. Vgl. KÖHLER, Berlin in der Weimarer Republik, S. 820f. Ferner SCHULTHESS 1920/I, S. 258.

⁸ Das 8-UHR-ABENDBLATT, 209, 16.9.1920, und das BERLINER TAGEBLATT, 438, 17.9.1920, hatten berichtet, daß die demokratische Landtagsfraktion in ihrer Fraktionssitzung vom 16. September den Antrag der Deutschnationalen über die Aufhebung des Inkrafttretens des Gesetzes über Groß-Berlin am 1. Oktober abgelehnt habe. »In der Fraktion«, so das Berliner Tageblatt, »war keine Neigung vorhanden, das Vorgehen der Deutschnationalen mitzumachen, nachdem das umstrittene Gesetz nun einmal in erträglicher Form verabschiedet worden ist.« Obwohl, so der Artikel, ein Teil der Fraktion die Meinung vertreten habe, daß den Mitgliedern die Stellungnahme zu dem Antrag freigestellt werden müsse, habe sich die Fraktion auf seine Ablehnung geeinigt. »Für diesen Beschluß war maßgebend, daß sich die Groß-Berliner Gemeinden bereits in weitgehendem Grade auf die Verwirklichung des Gesetzes eingestellt haben und in der Erledigung ihrer Aufgaben durch die von den Deutschnationalen beabsichtigte Hinausschiebung des Gesetzes auf unbestimmte Zeit bedenklich gelähmt werden würden. Da die Demokraten mit den beiden sozialdemokratischen Gruppen in der Landesversammlung eine Mehrheit bilden, ist der deutschnationale Vorstoß als gescheitert zu betrachten.« Das Protokoll der Fraktionssitzung vom 16. September 1920 ist nicht überliefert.

⁹ Nach dem Zentrumsantrag (Nr. 2943) sollte in § 11 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin festgeschrieben werden, daß mindestens 12 der höchstens 30 Magistratsmitglieder unbesoldet sein sollten. Die erstmalige Verteilung der Sitze auf besoldete und unbesoldete Mitglieder sollte durch die Stadtverordnetenversammlung, später durch Gemeindebeschuß entschieden werden. Zudem sollte in § 23 der Abs. 3 (»Bei der erstmaligen Bestellung der Mitglieder des Bezirksamts werden der Vorsitzende und der Stellvertreter vom Magistrat ernannt.«) wegfallen. Vgl. das Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 7, Nr. 2270, S. 3609–3622, hier S. 3612. Zudem sollte das Gesetz nach der neuen Fassung des Artikels 2 rückwirkende Kraft auf die gemäß dem Gesetz vom April 1920 getätigten Wahlen haben. Nach § 2 des Gesetzes vom 27. April 1920 gingen alle Rechte und Pflichten der Gemeinden und Gutsbezirke mit der Vereinigung im Wege der Gesamtrechtsfolge auf die neue Stadtgemeinde Berlin über. Vgl. ebd., S. 3609.

Ruer wünscht Fühlungnahme mit Zentrum und Deutscher Volkspartei. Rücksichtnahme auf die SPD sei nicht notwendig nach den Vorgängen in Berlin.¹⁰

Frentzel widerspricht dem Vorschlag *Dominicus*.

Meyer spricht gegen die Behandlung der Frage nach dem Erfolgsgesichtspunkt und hält das Gesetz für grundsätzlich richtig. Dem Zentrumsantrag stimmt *M[eyer]* zu. Er weist auf die Notwendigkeit hin, schnell zu handeln.

Dominicus betont die Abhängigkeit des [...] ¹¹, in Besoldungsfragen z.B. von Berlin, das ja [...] ¹² schon 2/3 Mehrheit hatte.

Schnackenburg würdigt den Zeitpunkt des Zustandekommens des Gesetzes. Er betont demokratische Gründungsgeschichte.

Schloßmann hält Rücksicht auf die SPD im Gegensatz zu *Ruer* für notwendig, da die Koalition nicht gefährdet werden dürfe. Auch dürfe die bisherige Haltung der Fraktion nicht desavouiert werden. Der Antrag des Zentrums zu § 11 Abs. [1] widerspricht der Selbstverwaltung.

Preuß erklärt den Zentrumsantrag zu § 23 Abs. 3 für [...] ¹³, aber für nicht sehr [...] ¹⁴, der Antrag zu § 11 sei unzweckmäßig. Unbesoldete Stadträte seien schwer zu finden und hätten wenig Einfluß.

Struve regt an, eine gemeinsame Sitzung mit dem Berliner demokratischen Vorstand und der demokratischen Stadtverordnetenfraktion zu veranstalten.

Ruer empfiehlt den DVP-Antrag zu § 22 und 22 a. ¹⁵

Rade spricht gegen das Gesetzmachen nach dem Erfolg.

Goll vertritt die Wahl unbesoldeter Stadträte.

Schnackenburg vertritt denselben Standpunkt, ebenso **Struve**.

Ruer wünscht Verschiebung des Beschlusses.

Meyer beantragt: 1. Die Fraktion vermeide jeden Antrag auf Aufhebung der Verschiebung des Gesetzes. 2. Die Fraktion stimmt dem Zentrumsantrag zu. ¹⁶ 3. Die Fraktion beauftragt einen Ausschuß, sich mit dem Zentrum in Verbindung zu setzen.

¹⁰ Zu den Vorgängen in Berlin vgl. SCHULTHESS 1920/I, S. 258; vgl. auch ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 154, S. 241–243, hier S. 241 f., und Nr. 158, S. 249 f., hier S. 249.

¹¹ Wort unleserlich.

¹² Wort unleserlich.

¹³ Wort unleserlich.

¹⁴ Wort unleserlich.

¹⁵ Gemeint ist der Antrag der Abg. Dr. von *Richter* (Hannover) und Genossen (DVP) auf Annahme eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2919, S. 4824. Danach sollte in § 11 Abs. 1 der Anteil der unbesoldeten Magistratsmitglieder auf ein Drittel festgelegt werden; auch sollte erstmalig die Stadtverordnetenversammlung über die Verteilung der Sitze auf besoldete und unbesoldete Mitglieder entscheiden. In § 22 sollte ein Abs. 8 hinzugefügt werden, nachdem bei Streitigkeiten zwischen dem Magistrat oder der Stadtverordnetenversammlung oder beiden Körperschaften einerseits und der Bezirksversammlung andererseits über die Frage, welche Angelegenheiten als Angelegenheiten des Bezirks anzusehen sind, auf Anrufen eines Teils die Schiedsstelle entscheiden sollte. Nach § 22 a sollte die Schiedsstelle auch für Auseinandersetzungen über die Verteilung der Mittel zur ordnungsgemäßen Verwaltung der Bezirksangelegenheiten zuständig sein.

¹⁶ Antrag der Abg. Dr. *Faßbender* und Genossen (Z) vom 17. September 1920 auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin, in: ebd., Nr. 2943, S. 4872.

Antrag 1. mit allen gegen 2, Antrag 2 [a] zu § 11 mit 25 gegen 7, [Antrag] 2b [zu] § 23 mit allen gegen 2. [Antrag] 3 mit allen gegen wenige Stimmenthaltungen angenommen.

5. Verfassungsfrage.¹⁷

Berndt schlägt vor, Staatsrat und Autonomie in den Vordergrund zu stellen.

Dominicus schlägt zur Ergänzung vor, § 1 zu behandeln.¹⁸

Berndt berichtet über die Verhandlungen über »Freiheit« und »Republik«, schlägt vor, gegen »Republik« keinen weiteren Widerspruch zu erheben, schlägt vor, Stellung zu nehmen gegen den DNVP- und DVP-Antrag, die Farben nicht in die Verfassung aufzunehmen.¹⁹

Es wird beschlossen, heute Nachmittag um 6.30 Uhr zu tagen.

Gottschalk tritt für Aufnahme der Farben schwarz-weiß in die Verfassung ein.

Berndt spricht gegen die Aufnahme in die Verfassung.

Struve wendet sich gegen den preußisch-nationalen Standpunkt.

Schnackenburg und **Frentzel** sprechen für die Aufnahme.

Preuß spricht entschieden gegen den Fraktionszwang.

Fischbeck erklärt, die Ablehnung von schwarz-weiß würde uns im Wahlkampf schwächen.

Der Antrag, für den DNVP-Antrag zu stimmen, wird mit 29 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Fraktionszwang kann heute nicht ausgesprochen werden. Der Antrag soll noch einmal verhandelt werden.

¹⁷ Der Verfassungsentwurf, ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 2000, S. 3005–3009, war im Ausschuß vom 16. Juni bis 10. Juli 1920 in erster Lesung verhandelt worden. Die zweite Ausschußberatung begann am 24. September 1920. Vgl. den Bericht der Ausschußverhandlungen, in: ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3120 B, S. 5224–5382.

¹⁸ § 1 des Verfassungsentwurfs, ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 2000, S. 3005–3009, hier S. 3005, lautete: »Preußen ist eine Republik und Glied des Deutschen Reiches.«

¹⁹ Nach dem Antrag der Abg. *Hergt* und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Entwurfs einer Verfassung für Preußen (Drucksachen Nr. 2000, 3120 C), ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3145, S. 5483, und dem Antrag der Abg. Dr. von *Krause* (Ostpreußen) und Genossen (DVP), ebd., Nr. 3190, S. 5556, sollten in § 1 der preußischen Verfassung die Landesfarben schwarz-weiß festgelegt werden.

172.

17.9.1920: Fraktionssitzung¹

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 3. Beginn: 18.30 Uhr. Ende: 21.20 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Abg. **Siemen** wünscht, durch Kleine Anfrage auf Wegfall der Erschwerung bei Erlangung der Bezugskarten für Saatgut hinzuwirken.

Wird genehmigt.² Schriftliche Antwort.³

Abg. **Preuß** bittet, daß Fraktion beschließt, grundsätzlich bei Kleinen Anfragen sich mit schriftlicher Antwort zu begnügen und diesen Beschluß zur Nachahmung den anderen Fraktionen bekannt zu geben.

Besprechung der Verfassung:

Titel Staatsrat. Im § 24 b Abs. 2 soll ein Vertreter auf 800.000 Einwohner gefordert, eventuell auf 500.000 zurückgegangen werden.⁴ Abs. 1, Aufzählung der Provinzen, fällt weg.⁵ Die Unvereinbarkeit eines Mandats im Landtag und Staatsrat wird ausgesprochen.⁶ Die Mehrheit der **Fraktion** spricht sich dafür aus, den Staatsratspräsidenten vom Landtag wählen zu lassen. § 24 g.⁷

¹ Im Original: 18. September 1920. Hier liegt offensichtlich ein Datierungsfehler vor, da die folgende Fraktionssitzung auf den Vormittag des 18. September 1920 datiert wurde und es wahrscheinlicher ist, daß die vorliegende Abendsitzung nach der Tagung des Plenums am Freitag, den 17.9.1920, und nicht am folgenden Samstag stattfand.

² Kleine Anfrage des Abg. **Siemen** (DDP) über den Bezug von Wintersaatgetreide in Schleswig-Holstein, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2945, S. 4873.

³ Die Antwort, in: ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3284, S. 5768.

⁴ § 24 b des Ausschlußbeschlusses erster, zweiter und dritter Lesung des Verfassungsentwurfs regelte die Zusammensetzung des Staatsrats. Danach sollte ein Vertreter auf je 500 000 Einwohner einer Provinz entfallen. Ein Rest von mehr als 250 000 Einwohnern sollte vollen 500 000 gleich gerechnet werden. Vgl. die vergleichende Darstellung der Regierungsvorlage mit den Beschlüssen des Ausschusses in erster, zweiter und dritter Lesung, in: ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3120 D, S. 5433–5471, hier S. 5446 f., sowie den Bericht des 12. (Verfassungs-)Ausschusses, in: ebd., Nr. 3120 A, S. 5213–5223, hier S. 5214 f. Vgl. auch die Debatten über den Verfassungsentwurf in den Fraktionssitzungen vom 17. und 18. September 1920 des preußischen Zentrums, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 155, S. 243–246, Nr. 156, S. 246f.

⁵ Die Aufzählung der Provinzen, aus denen die Vertreter des Staatsrats kommen sollten, in § 24 b; Abs. 1 blieb nach dem Ausschlußbeschluß in dritter Lesung stehen. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3120 D, S. 5433–5471, hier S. 5447.

⁶ Nach § 24 c Abs. 1 sollten die Mitglieder des Staatsrats von den Provinziallandtagen (in Berlin von der Stadtverordnetenversammlung, in den Hohenzollernschen Landen und in der Grenzmark Posen-Westpreußen von den Kommunallandtagen) gewählt werden. Ebd. Die DDP stellte im Verfassungsausschuß in der 19. Sitzung vom 25. September 1920 den Antrag Nr. 77, nach dem im § 24 c zwischen Abs. 1 und Abs. 2 ein Abs. 1 a eingefügt werden sollte, nach dem niemand gleichzeitig Mitglied des Landtags und des Staatsrats sein dürfe. Die Forderung der DDP wurde im Ausschuß abgelehnt. Vgl. ebd., Nr. 3120 B, S. 5224–5382, hier S. 5357f.

⁷ Nach § 24 g des Ausschlußbeschlusses erster Lesung sollte der Staatsrat seinen Vorsitzenden sowie deren Stellvertreter wählen. Dieser Passus blieb auch in der dritten Lesung unverändert. Vgl. ebd., Nr. 3120 D, S. 5433–5471, hier S. 5448f.; ferner ebd., Nr. 3120 B, S. 5224–5382, hier S. 5358f.

Zu § 10 steht die Mehrheit der **Fraktion** auf dem Standpunkt, dem Staatsrat die Befugnis zur Auflösung des Landtags zu geben.⁸ Die endgültige Entscheidung wird auf Montag vertagt.

Abg. **Schloßmann** wünscht, als ersten Punkt morgen die Frage der Beamtenpensionierung⁹ anzusetzen, wird abgelehnt.

Nächste Sitzung Samstag, 10 Uhr.

173.

18.9.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 4f. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: 14.00 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Abg. **Schloßmann** fragt an, ob die Nachricht der Morgenblätter sich bewahrheite, daß die demokratischen Stadtverordneten in Berlin sich an der Wahl der besoldeten Stadträte beteiligt haben, und bittet, die Stadtverordnetenfraktion auf die Erschwerung der Politik der Landtagsfraktion durch dieses Vorgehen aufmerksam zu machen.¹

In die Kommission für die Ausarbeitung einer Wahlparole werden gewählt: die Abg. *Oeser, Jansen, Rade, Rebehn, Schreiber*; letzterer übernimmt die [...]².

Abg. **Struve** wünscht, daß Fraktion zur Rechtfertigung des Abg. *Ommert* gegenüber dem in der »Vossischen Zeitung« erhobenen Vorwurf bewußter Unwahrheit, eintritt.

Abg. **Ommert** wird Regelung der Sache selbst übernehmen.³

Abg. **Struve** bringt die Indiskretion aus der Fraktion über die Beschlüsse, betr. Groß-Berlin, zur Sprache.⁴

⁸ § 10 der Regierungsvorlage lautete: »Das Staatsministerium kann den Landtag auflösen, vorbehaltlich der Bestimmungen des § 37.« § 37 bestimmte, daß das Staatsministerium das Vertrauen des Landtags bedurfte. Ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 2000, S. 3005–3009, hier S. 3005 und 3007. § 10 des Ausschußbeschlusses zweiter Lesung bestimmte dagegen, daß die Auflösung des Landtags durch eigenen Beschluß oder durch Volksentscheid erfolgen könne. Der Volksentscheid sollte auch durch Beschluß des Staatsrats herbeigeführt werden können. Vgl. auch ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3120 D, S. 5433–5471, hier S. 5441.

⁹ Gemeint ist offenbar der Gesetzentwurf, betr. Einführung einer Altersgrenze, in: ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2661, S. 4371–4374, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3277, S. 5747–5749 (Ausschußantrag).

¹ Vgl. Dok. Nr. 171, Anm. 7.

² Wort unleserlich.

³ Die VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 461, hatte am 18. September 1920 über die Landtagsdebatte über die französische Saarpolitik berichtet. Der Abgeordnete *Ommert* hatte sich während seiner Rede auch gegen die Berichterstattung der »Vossischen Zeitung« aus dem Saargebiet gewandt und kritisiert, daß diese lediglich auf Informationen französischer Kreise beruhen würde. Die Zeitung bezichtigte ihn daraufhin der Unwahrheit. Die Darstellung ihres Sonderberichterstatters stützten sich auf die »einwandfreiesten deutschen Quellen«. *Ommert* schickte der »Vossischen« kurz darauf einen Entschuldigungsbrief, in dem er seine Vorwürfe zurückzunehmen versuchte. Die »Vossische Zeitung« nahm diese Entschuldigung jedoch nicht an: »Der Abgeordnete *Ommert* ist für uns erledigt.« Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 465, 21.9.1920.

⁴ Vgl. Dok. Nr. 171, Anm. 8.

Verfassung. Selbstverwaltung.⁵

In der Aussprache über die Autonomie der Provinzen nehmen das Wort die Abgeordneten: *Preuß, Ruer, Berndt, Frentzel, Barteld, Struve, Meyer*.

Zur Geschäftsordnung beantragt Minister **Fischbeck** Beratung dieser Frage in einem kleineren Kreis mit Heranziehung von *G. Drews*, vor endgültiger Festlegung der Fraktion.

Für die Montagssitzung wird als Richtlinie angenommen: Festhalten an dem Standpunkt der Verwaltung der Provinzen durch eigene Organe, wobei die Mitwirkung des Staates nicht ausgeschlossen sein soll. Ferner soll der Versuch gemacht werden, die den Provinzen zustehenden Kompetenzen schärfer zu fassen und zu spezifizieren.

Abschnitt VIII.⁶

Abg. **Schreiber** regt Aufnahme eines Satzes an, der ausdrückt, daß die Rechtsprechung im Namen des Volkes geschieht.⁷

Angenommen zu Abschnitt V.⁸

Abg. **Barteld** stellt einen Antrag bezüglich Urlaubsgewährung an Beamte, die ein Mandat in einer öffentlichen Körperschaft ausüben, als § 60 d.

Wird angenommen unter Abschnitt VII.⁹

Abg. **Struve** wünscht, daß von uns bei der Besprechung mit den anderen Fraktionen eine Festlegung des Grundsatzes, daß Abgeordnete, die ein öffentliches Amt annehmen, und Beamte bei einer Beförderung ihr Mandat verlieren.¹⁰

Zum § 69 soll verlangt werden, gleichzeitige oder frühere Verabschiedung des Gesetzes über die Provinziallandtage.¹¹

⁵ Gemeint ist der Abschnitt VII der Verfassung über die Selbstverwaltung.

⁶ Abschnitt VIII der Verfassung: Die Staatsbeamten.

⁷ Dieser Passus bezieht sich auf den Abschnitt II über die Staatsgewalt. So wurde in der 18. Sitzung des Verfassungsausschusses am 24. September 1920 der Antrag Nr. 76 verhandelt, nach dem der Regierungsvorlage der § 4 a eingefügt werden sollte. Nach Abs. 2 des Paragraphen sollten die Urteile im Namen des Volkes verkündet und vollstreckt werden. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3120 B, S. 5224–5382, hier S. 5347f. Artikel 8 der Preußischen Verfassung von 1920 regelte die Rechtspflege. Abs. 2 lautete: »Die Urteile werden im Namen des Volkes verkündet und vollstreckt.« Vgl. auch VOGELS, S. 35f.

⁸ Abschnitt V des Verfassungsentwurfs: Die Gesetzgebung.

⁹ Der Antrag wurde als Antrag Nr. 76 zu § 58 b (Abschnitt VII: Selbstverwaltung), nicht zu § 60 d, im Verfassungsausschuß in der 18. Sitzung am 24. September 1920 verhandelt. Nach Abs. 1 des Antrags sollten Beamte, Angestellte und Arbeiter des Staates und der Körperschaften des öffentlichen Rechts zur Ausübung der Tätigkeit als Mitglieder einer Provinzial-, Kreis- und Gemeindevertretung keinen Urlaub benötigen. Dieser Passus wurde angenommen. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3120 B, S. 5224–5382, hier S. 5351.

¹⁰ Dieser Grundsatz galt vor 1918 im Deutschen Kaiserreich. Abgeordnete, die ein besoldetes Amt im Reich oder in einem Bundesstaat annahmen oder als Beamte eine Beförderung erhielten, verloren ihren Sitz im Parlament und konnten diesen nur durch eine Neuwahl (»Ersatzwahl«) wiedererlangen. Beamten sollte damit die Wahl in den Reichstag erschwert, andererseits ihre Unabhängigkeit von der Regierung gesichert werden. Vgl. Gerhard A. RITTER (unter Mitarbeit von Merith Niehuss), Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871–1918, München 1980, S. 27.

¹¹ § 69 des Verfassungsentwurfs lautete: »Die Verfassung tritt mit dem Tag ihrer Verkündung in Kraft.« SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2000, S. 3005–3009, hier S. 3009. Der Berichterstatter Dr. *Berndt* (Stettin) teilte in der 20. Sitzung am 27. September 1920 im Verfassungsausschuß mit, daß die Regierung beabsichtige, zusammen mit der Verfassung auch das Wahlrecht zu den Provinziallandtagen zu regeln, so daß sich der § 69 erübrigen würde. Ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3120 B, S. 5224–5382, hier S. 5372.

Abschnitt IV.¹² Zum § 27 a [soll verlangt werden,] eine Bestimmung entsprechend dem Art. 57 Reichsverfassung [hin]zuzufügen.¹³

Auf Anregung des Abg. *Berndt* soll die Frage angeschnitten werden, zur Sicherung der Integrität der Minister ihnen Ausübung eines anderen Berufs oder Amtes zu untersagen.¹⁴

Abg. *Schreiber* wünscht zum § 43, daß Wiedereinbringung durch Volksbegehren statt-
haft sei.¹⁵

Als Vertreter der Fraktion werden an der interfraktionellen Besprechung teilnehmen die Abg. *Berndt*, *Preuß*, *Dominicus*.

174.

20.9.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 5f. Beginn: 16.00 Uhr. Ende: 17.50 Uhr. Protokollführer:
Schümer. Vorsitz: *Dominicus*.

Entschuldigt Frl. *Dönhoff*.

Berndt berichtet über die Verhandlungen mit den Koalitionsparteien über die Verfas-
sung.

Dominicus gibt bekannt, daß über Posen-Westpreußen eine gründliche Karte vorge-
legt werden solle.

Schnackenburg tritt für die Grenzmark Posen-Westpreußen ein gegen die Bedenken,
die der Ministerpräsident bei der Besprechung geäußert hat. Er [...]¹ von der Karte,
denn die Abrundung des Gebietes sei gegenüber den [...]² Gesichtspunkten [...]³.

¹² Abschnitt IV: Das Staatsministerium.

¹³ § 27 a wurde in der 18. Sitzung des Verfassungsausschusses am 24. September 1920 dahin gehend
geändert, daß das Staatsministerium über die Geschäftsverteilung der einzelnen Ministerien beschlie-
ßen sollte, sofern keine anderen gesetzlichen Bestimmungen getroffen würden. Meinungsverschie-
denheiten über Fragen, die den Geschäftsbereich der Ministerien betreffen würden, sollten nach Abs. 2
des § 27 a dem Staatsministerium vorgelegt werden. Dieser Abs. 2 entsprach dem Art. 57 der Reichs-
verfassung. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3120 B, S. 5224–5382, hier S. 5349.

¹⁴ Dem Verfassungsausschuß wurde in der 18. Sitzung am 24. September 1920 ein Antrag vorgelegt, in
§ 27 b einen Absatz 1 einzufügen, der Ministern während ihrer Amtsdauer die Ausübung eines Ne-
benberufs untersagte. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Vgl. ebd., Nr. 3120 B, S. 5349f. Die Frage
der Vereinbarkeit von Ministeramt und Nebenberuf hatte durch den *Erzberger*-Prozeß an Aktualität
gewonnen. Vgl. Dok. Nr. 128, 131 und 133.

¹⁵ Zum Abschnitt V (Gesetzgebung) wurde am 24. September 1920 in der 18. Sitzung des Verfassungs-
ausschusses zum § 43 (»Gesetzesvorlagen, die der Landtag abgelehnt hat, können in demselben Sit-
zungsabschnitt nicht wieder vorgebracht werden.«) der Zusatz beantragt: »es sei denn, daß ein
rechtswirksames Volksbegehren vorliegt.« Der Antrag wurde angenommen. Vgl. SBpLV 1919/21,
Anlagen, Bd. 10, Nr. 3120 B, S. 5224–5382, hier S. 5350f.; sowie ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 2000,
S. 3005–3009, hier S. 3007 (zu § 43).

¹ Wort unleserlich.

² Wort unleserlich.

³ Wort unleserlich.

Berndt macht darauf aufmerksam, daß es sich nur darum handle, die Grenzmark Posen-Westpreußen, in der Verfassung festzulegen. Sachlich solle damit nichts entschieden werden.⁴

Oeser vermißt mehrere Punkte in dem Bericht.

Preuß meint, es sei das Wesentliche, daß bei der Besprechung das Ergebnis erzielt sei, die Verfassung werde durch die Koalition zustande kommen. Er regt an, man solle die [Hin]zuziehung von *Drews* zu den Sitzungen des Ausschusses veranlassen.

Berndt erklärt sich bereit, als Berichterstatter das zu veranlassen.

Die **Fraktion** erklärt sich mit dem Bericht *Berndts* einverstanden.

Dominicus teilt einen Wunsch *Königs* mit, daß das Abfindungsgesetz mit den Hohenzollern nicht noch in der verfassungsgebenden Versammlung erledigt werde.⁵

Aronsohn, der als Vertreter von *Cassel* in den Rechtsausschuß eingetreten ist, hält es für geboten, [daß] das Abkommen möglichst bald zustande komme.

[...] ⁶ soll *Braun*, der Ministerpräsident, für die Erledigung des Abkommens sein.

Berndt betont, daß die Abfindung auch nicht im Interesse der demokratischen Partei liege.

Oeser berichtet, daß DNVP, DVP, Zentrum bereit seien, das Gesetz anzunehmen. Man müsse das Gesetz verabschieden, wenn die Wahlen noch um Monate hinausgeschoben würden.

Frentzel macht auf die Folgen eines Bruches mit der SPD aufmerksam. Er hält es für wünschenswert, daß es keinen Konflikt gebe.

Juds hält eine baldige Erklärung für wünschenswert, weil dadurch die Rückkehr der Monarchie erschwert werde.

Preuß zählt die Abfindung nicht zu den wichtigsten Gesetzen, die noch erledigt werden müssen.

Es wird beschlossen, der SPD zu erwidern, daß wir bei einer kurzen Tagung nicht drängen würden, bei einer langen Tagung aber eine Verhandlung für notwendig hielten.

II. Landwirtschaftskammergesetz.⁷

Es wird festgestellt, daß das Landwirtschaftskammergesetz behandelt werden solle, wenn die Verfassung erledigt wird.

Schreiber berichtet. Er hält unser Eintreten für baldige Erledigung für notwendig, da wir das Gesetz gefordert haben. Er führe den Widerstand im Zentrum auf den Einfluß

⁴ Im Verfassungsausschuß wurde in § 24 der Verfassung ein Absatz b eingefügt, der eine Aufzählung der Provinzen, unter ihnen auch die Grenzmark Posen-Westpreußen, enthielt. Die Regierungsvorlage hatte auf eine Auflistung verzichtet. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3120 D, S. 5433–5471, S. 5446 f.

⁵ Zum Gesetzentwurf über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Preußischen Staate und dem Preußischen Königshause (Nr. 1722) vgl. Dok. Nr. 140, Anm. 5.

⁶ Zwei Wörter unleserlich.

⁷ Der Entwurf eines Landwirtschaftskammergesetzes, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2883, S. 4728–4745, wurde in der 168. Sitzung am 22. Oktober 1920 in erster Lesung beraten und dem Landwirtschaftsausschuß überwiesen. Nach diesem Entwurf sollten die Mitglieder der Landwirtschaftskammern in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl von allen Landwirten ohne Unterschied des Geschlechts, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, neu gewählt werden. Nach dem preußischen Landwirtschaftskammergesetz von 1894 wurden die Mitglieder von den nach ungleichen Wahlrechten zusammengesetzten Kreistagen gewählt. Vgl. SCHULTHESS 1894, S. 121 f. Der Gesetzentwurf wurde in der 199. Sitzung am 16. Dezember 1920 in zweiter und dritter Lesung beraten und angenommen.

Herolds zurück, der großagrarisches Interesse vertritt.⁸ Die geplante Reichslandwirtschaftskammer [...] nicht mit den Landwirtschaftskammern, die hier beschlossen werden sollen. Man solle den Rechten nicht den Gefallen tun, sie vor dem Odium zu bewahren, daß sie sich als Vertreter des Großgrundbesitzes sehen. Er berichtet [...] über den Entwurf und empfiehlt ihn.

Rebehn befürchtet eine zu geringe Berücksichtigung der kleinen Besitzer, die in die dritte Kurie geschoben würden, und wünscht größere Bezirke für die Verhältniswahl.

Schnackenburg beklagt die Aufstellung der Landwirtschaftskammer für Posen und Westpreußen.¹¹

Barteld spricht für die Drittelung, dagegen für *Rebehn's* Anregung, größere Wahlbezirke zu bilden.

Eine Kleine Anfrage *Struve* wird genehmigt.¹²

175.

21. 9. 1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 7. Beginn: 13.00 Uhr. Ende: 14.20 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Plenum.

Zum Punkt 10 wird der Abg. *Berghaus*, zu 12 Abg. *Barteld*, zu 14 Abg. *Degenhardt*, [zu] 15 *Rebehn*, [zu] 16 *Degenhardt* sprechen.¹

Als Ergebnis der Besprechung im Ältestenausschuß über den Termin der Neuwahlen ist Vertagung der endgültigen EntschlieÙung bis Donnerstag den 30. IX. festzustellen.² Der 12. Dezember als äußerster Termin vom Zentrum vorgeschlagen, wird auch von uns in Betracht gezogen werden müssen. Es wird unverbindliche Fühlung mit dem Zentrum genommen und durch wiederholte Besprechungen in der Fraktion und durch

⁸ Das Zentrum lehnte eine Verhandlung des Landwirtschaftskammergesetzes noch vor den Wahlen ab. Vgl. die Fraktionssitzung des preußischen Zentrums vom 1. Oktober 1920, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 162, S. 256 f., hier S. 257.

⁹ Wort unleserlich.

¹⁰ Wort unleserlich.

¹¹ Nach § 4 des Landwirtschaftskammergesetzentwurfs sollten die bei Preußen verbliebenen Teile der Provinz Westpreußen der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen, die der Provinz Posen der für die Provinz Brandenburg zugeteilt werden. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2883, S. 4728–4745, hier S. 4728.

¹² Kleine Anfrage des Abg. *Struve* (DDP) über die Gleichstellung der Richter mit den höheren Verwaltungsbeamten, in: ebd., Nr. 2949, S. 4874.

¹ Anhand der Sitzungsprotokolle der Preußischen Landesversammlung lassen sich die im Text genannten Nummern den einzelnen Tagesordnungspunkten nicht mehr eindeutig zuordnen.

² Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats am 21. September 1920, 10.15 bis 13.50 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2. Die Entscheidung über den für die Neuwahlen anzuberaumenden Termin wurde von den Beratungen in den Fraktionen abhängig gemacht. Vgl. auch die Fraktionssitzung des preußischen Zentrums vom 22. September 1920, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 158, S. 249 f.

die Beratungen der Wahlparolekommission eine bestimmte Stellungnahme vorbereitet werden für die demnächstige Sitzung des Ältestenausschusses.

Zum Gesetz Groß-Berlin.³

An Stelle des Abg. *Cassel* wird der Abg. Dr. *Frentzel* als Vorsitzender des Ausschusses bestimmt, Wahl eines weiteren Ausschußmitgliedes vertagt.

Abg. **Struve** beantragt, die Anträge zum Gesetz Groß-Berlin am Mittwoch erneut zu beraten – wird abgelehnt.

Fraktion beschließt, an dem Ergebnis der Abstimmung in der Fraktionssitzung vom 17. IX. festzuhalten.⁴

176.

22.9.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 7f. Beginn: 10.15 Uhr. Ende: 12.45 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift und Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Für die Besprechungen beim Finanzminister werden gewählt: *Frentzel, Otto, Höfler, Degenhardt*.

Kleine Anfrage *Rebehn*, Dr. *Schreiber* über Entlassungen der Beamten wird gebilligt.¹

[Punkt 1 der Tagesordnung:] Plenum:

Zum Punkt 3 wird Frau *Dönhoff* als Rednerin bestimmt, zu 4 wird *Kimpel* sprechen, zu 5 sprechen in der Fraktion: **Riedel, Kuhle, Westermann, Böer, Ruer, Schreiber, Hoffmann, Frentzel, Struve**.

Für das Plenum wird *Kuhle* als Sprecher gewählt. Über die Anträge werden *Kuhle* und *Schreiber* morgen berichten.

Zu 6 wird Dr. *Struve* die Fraktion vertreten.

Zu 7 " Dr. *Ruer* " " " " .²

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:³

Dr. **Frentzel** schlägt *Otto* als Ausschußmitglied für Groß-Berlin vor.⁴

³ Der Tagesordnungspunkt 1 der 165. Sitzung vom 22. September 1920 war die erste Beratung der Anträge der Abg. *Hergt* und Genossen (DNVP), Dr. von *Richter* (Hannover) und Genossen (DVP), Dr. *Faßbender* und Genossen (Z) auf Annahme eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2904, S. 4779, Nr. 2919, S. 4824, Nr. 2943, S. 4872. Vgl. auch Dok. Nr. 171 und 173.

⁴ Vgl. Dok. Nr. 171. Die Fraktion hatte am 17. September 1920 beschlossen, dem Zentrumsantrag Dr. *Faßbender*, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2943, S. 4872, zuzustimmen, nach dem mindestens 12 der höchstens 30 Mitglieder des Berliner Magistrats unbesoldet sein sollten.

¹ Kleine Anfrage der Abg. *Rebehn* und Genossen (DDP) über die Dienstentlassung von Beamten, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2961, S. 4897.

² Anhand der Sitzungsprotokolle der Preußischen Landesversammlung können die Tagesordnungspunkte nicht mehr eindeutig verifiziert werden.

³ Gemeint ist die Tagesordnung der Fraktionssitzung.

⁴ Zum Gesetz über Groß-Berlin vgl. Dok. Nr. 171, 173 und 175.

Preuß bittet, Ersatz für ihn zu stellen.

Otto wird gewählt. Für *Preuß* wird *Wiglow* bestimmt. *Dominicus* wird auf die Vertretung im Hauptausschuß bei der Beratung über das Landessteuergesetz [sic].⁵ Es werden bestimmt *Ruer*, *Berghaus*, *Gumpert*, *Schulze* und *Frentzel*.

Es wird beschlossen, den Antrag *Rade* für den Aufruf am Mittwoch zu beraten.

Auf Antrag *Höfler* wird die Beamtenbesoldung in [der] nächsten Woche auf die Tagesordnung gesetzt.

Am Dienstag wird auf die Tagesordnung gesetzt: »Landeskulturamt in der Grenzmark Westpreußen-Posen?«.^{6 7}

Bei der Besprechung der Organisation *Escherich*⁸ wendet sich Abg. **Struve** scharf gegen ihre Anerkennung.

Abg. **Juds** berichtet über eine Besprechung der Organisation im Haushaltsausschuß⁹, hält ihre Auflösung für geboten.

Abg. **Gumpert** schließt sich dem an unter Hinweis auf starke Beteiligung farbentragender Studenten.

Abg. **Preuß** hält wirkungsvolle Bekämpfung nur vom Reich aus für möglich, bedauert Sabotierung einer politischen Reichs-Polizei durch einzelne Bundesstaaten.

Abg. **Beutler** erklärt die die Orgesch betreffende Stellungnahme des Oberpräsidenten *Siebr* mit der damaligen gefährlichen Lage in Ostpreußen, die es verbot, den Schutz der Provinz einer anderen, als der amtlich zuständigen Stelle anzuvertrauen.

Abg. **Ruer** hält einseitige Stellungnahme der Fraktion gegen Orgesch für bedenklich wegen der gutgläubigen Mitläufer aus unseren Reihen und, bevor eindeutige Erklärung unserer Vertreter im Reich vorliegt.

⁵ Gemeint ist der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2658, S. 4335–4346, Nr. 2670, S. 4382 (Regierungsvorlage), der in erster Lesung in der 150. Sitzung am 8. Juli 1920 beraten und einem Ausschuß überwiesen wurde.

⁶ Der Gesetzentwurf über die Errichtung neuer Landeskulturämter, ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 2861, S. 4718f., war in der 151. Sitzung am 15. September 1920 an einen Ausschuß überwiesen worden. In der 179. Sitzung am 25. November 1920 wurde er in zweiter und dritter Lesung verhandelt und nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen. Nach § 2 des Gesetzentwurfs sollten die bei Preußen verbliebenen Teile der Provinzen Westpreußen und Posen ganz oder teilweise dem Geschäftsbezirk der angrenzenden Landeskulturämter zugeteilt werden. Ebd., S. 4718.

⁷ Ab hier Handschrift *Dönhoff*.

⁸ *Escherich* gründete im Mai 1920 in München die »Organisation *Escherich*« (abgekürzt: »Orgesch«) als Zusammenfassung der Selbstschutzverbände, die rasch zu einem Sammelpunkt rechtsgerichteter, antirepublikanischer Kräfte wurde. Da der Versailler Friedensvertrag in Art. 177 und 178 militärische und militärähnliche Verbände außerhalb der Reichswehr verbot, wurde die »Orgesch« im Mai 1921 aufgelöst. Preußen hatte sie bereits im August 1920 verboten, während die süddeutschen Länder und Sachsen sich lange Zeit gegen ihre Auflösung wehrten. Vgl. Erwin KÖNNEMANN, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920), Berlin-Ost 1971, S. 311–332; Peter BUCHER, Zur Geschichte der Einwohnerwehren in Preußen 1918–1921, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 9 (1971/1), S. 15–59, bes. S. 53–58; David C. LARGE, The Politics of Law and Order. A History of the Bavarian Einwohnerwehr 1918–1921, Philadelphia 1980, S. 45–79. – Georg *Escherich* (1870–1941), Oberforststrat, seit April 1919 Organisator der bayerischen Volkswehren, Dezember 1919 Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehren.

⁹ Vgl. den Bericht des Hauptausschusses über den Haushalt des Ministeriums des Innern für 1920, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3275, S. 5713–5746.

Abg. **Hoffmann** spricht gegen Orgesch, Abg. **Struve** wünscht Äußerung unsererseits im Haushaltsausschuß, um unsere Stellungnahme gegen die Organisation zum Ausdruck zu bringen, Abg. **Ruer** spricht gegen Festlegung.

Für Besprechung der Frage durch unseren Vertreter beim Haushalt des Innern stimmt die Mehrzahl der Anwesenden, beauftragt den Abg. *Hoffmann*.

177.

23.9.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 9. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Schümer und Dönhoff. Vorsitz: Otto.

1. Plenum.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung¹ wendet sich **König** gegen eine einseitige Beschickung der [...]² der Beamten.

Es wird betont, daß der Nachdruck auf das Wort »zweckmäßig« zu legen sei. *Düker* wird als Redner bestimmt.

Zu Punkt 7 wird *Jordan*, zu Punkt 8 *Ruer* bzw. *Bollert*, zu 9 *Dominicus* bestimmt.^{3 4}

Bei einer auf heute 1 Uhr angesetzten Besprechung der Frage der Grenzmark wird die Fraktion vertreten durch die Abg. *Aronsohn*, *Ruszezynski*, *Winkler*, in dem Sinn, daß wir nicht auf Schaffung einer Provinz, aber auf Erhaltung eines selbständigen Verwaltungsbezirks unter dem Namen der früheren Provinzen Wert legen.

In der interfraktionellen Besprechung über die Verfassung wird den Vertretern der Fraktion freigestellt, ob sie sich zur Frage der preußischen Farben äußern wollen; im Verfassungsausschuß sind sie verpflichtet, wenn der Antrag der Deutschnationalen wiederholt wird, für die Farben in der Verfassung zu stimmen.

Antrag Drucksache [Nr.] 2957 zum Gesetz Groß-Berlin.⁵

Gegen Zustimmung unsererseits sprechen Abg. **Dominicus**, **Frentzel**. Letzterer wünscht Entschließungsfreiheit für die Vertreter im Ausschuß in Erwartung noch unbekannter Anträge von anderer Seite. Abg. **Dominicus** hält im Interesse einheitlicher Abstimmungen bestimmte Richtlinien für notwendig.

¹ Anhand der Sitzungsprotokolle der Preußischen Landesversammlung können die Tagesordnungspunkte nicht mehr eindeutig verifiziert werden.

² Wort unleserlich.

³ Siehe Anm. 1.

⁴ Ab hier Handschrift *Dönhoff*.

⁵ Antrag der Abg. Dr. *Faßbender* und Genossen (Z) auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2957, S. 4896. Der Antrag forderte in Artikel 1 die Einsetzung eines Ausschusses der Landesversammlung zur Ausarbeitung von Vorschlägen zur Abänderung des Groß-Berlin-Gesetzes vom April 1920. Artikel 3 bestimmte, daß Wahlen und Ernennungen von Beamten sowie Beschlüsse und Verfügungen, die die neue Stadtgemeinde Groß-Berlin belasten würden, bis zum 1. April 1921 der Genehmigung eines ständigen Finanzausschusses von 12 Mitgliedern bedürften. Von diesen sollten 4 durch den Magistrat der bisherigen Stadtgemeinde Berlin, 4 durch den Provinzialausschuß der Provinz Brandenburg und 4 durch die Preußische Landesversammlung ernannt werden.

Abg. **Preuß** stimmt dem zu, bezüglich Ablehnung der deutschnationalen und Volksparteianträge.

Auf Antrag des Abg. *Dominicus* wird negative Festlegung beschlossen, gegen das Hinausschieben des Inkrafttretens, gegen Durchbrechung des Prinzips der Selbstverwaltung durch den Zentrumsantrag, Artikel 3.

Abg. **Rebehn** regt Neubesetzung des Ausschusses entsprechend der Stellungnahme der Fraktionsmehrheit an.

Es wird abgestimmt und Ablehnung des Antrags *Faßbender* mit allen gegen 2 Stimmen beschlossen.

Verteilung der Verhandlungsgegenstände der demnächstigen Vollsitzungen siehe Anlage.⁶

178.

28.9.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 10f. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Gumpert. Vorsitz: Otto.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung [Fortsetzung der Beratung der Anträge der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP), der Abg. *Peters* (Hochdonn) und Genossen (SPD), der Abg. Dr. Dr. *Porsch* und Genossen (Z), des Landwirtschaftsausschusses und Dr. *Schreiber* (Halle) und Genossen (DDP) über die Erzeugerpreise und die Freigabe der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sowie die Förderung des Zuckerrübenbaues und die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1700 zu 1, S. 2380f., Nr. 1707, S. 2383, Nr. 1728, S. 2420, Nr. 1508 zu b 1, S. 2191–2196, hier S. 2196, Nr. 1630, S. 2344, Nr. 1706, S. 2382f., Anlagen, Bd. 6, Nr. 2113, S. 3171–3175] führt der Abgeordnete **Westermann** aus, daß ein Kartoffelpreis über 30M als Wucher zu bezeichnen sei und daß die Anhaltung von Kartoffelzügen durch Eisenbahner unter allen Umständen zu beanstanden sei.

Nach lebhafter Diskussion wird [...] ¹ zum Fraktionsredner bestimmt.² Desgleichen werden bestimmt als Redner zu Punkt 3 *Struwe*, 4 *Ruer*, 5 *Düker*, 6 *Jordan*, 7 *Ruer*, 8 *Schümer*, falls er nicht kann *Degenhardt*, 9 *Rebehn*, 10 *Degenhardt*, 11 *Juds*, 12 *Schloßmann*, 13 *Kopsch*, 14 *Düker*, 15 *Westermann*, 16 *Westermann*, 17 *Degenhardt*, 18 *Westermann*.³

Aus den Ausschüssen berichtet

1. **Schümer** über den Finanzausschuß.⁴ Der Finanzminister hat über das preußische Defizit berichtet und über seinen Plan, die Grunderwerbssteuer zur Deckung heran-

⁶ Die Anlage fehlt im Original.

¹ Name unleserlich.

² Die DDP vertrat in der 158. Sitzung am 28. September 1920 der Abg. *Westermann*, in: SBpLV 1919/21, Bd. 10, Sp. 12509–12514.

³ Anhand der Sitzungsprotokolle der Preußischen Landesversammlung lassen sich die Tagesordnungspunkte nicht mehr eindeutig verifizieren.

⁴ Vgl. die Sitzung des Hauptausschusses vom 15. September 1920, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169DI, Nr. 32 h, Beiheft 1, Bd. 6.

zuziehen. Referent bedauert, daß in der Sitzung des Ausschusses kein Vorstandsmitglied vertreten gewesen sei. Es wird beschlossen, die Deckungsfrage in der heutigen Sitzung des Preußenausschusses zu beraten.

2. **Degenhardt** über den Siedlungsausschuß und das Gesetz, betr. Schaffung neuer Landeskulturämter.⁵ Er hat beantragt die zu schaffenden zwei Landeskulturämter zunächst Frankfurt/O. zu unterstellen und je nach Bedürfnis ein neues selbständiges Landeskulturamt in der Ostmark zu schaffen.

Es wird beschlossen, diesen Punkt nochmals auf die Tagesordnung der morgigen Fraktionssitzung zu setzen.

Zu Punkt 3, Verschiedenes, berichtet **Degenhardt**, daß *Wenke* sein Mandat wegen Ernennung zum Wohnungskommissar niederlegen wolle.⁶

Es wird beschlossen, ihm das zu widerraten.

König berichtet über die Frage, die im Hauptausschuß verhandelt ist, das Pensionsalter der Beamten auf 70 Jahre zu erhöhen.⁷

Es wird beschlossen, die Sache in der morgigen Fraktionssitzung zu beraten.

Gumpert berichtet über den Kongreß der Feuerbestattungsvereine in Cottbus und den Wunsch der Feuerbestattungsvereine, das Reformgesetz über die Feuerbestattung durch eine Kleine Anfrage zu fördern.

Es wird dementsprechend beschlossen, eine Kleine Anfrage bei der Beratung des Justizetats im Plenum zu stellen.^{8 9}

⁵ Vgl. den Gesetzentwurf über die Errichtung neuer Landeskulturämter, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2861, S. 4718 f. Vgl. auch Dok. Nr. 176.

⁶ Die Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot (sog. Behebungsverordnung) vom 15. Januar 1919 bzw. 9. Dezember 1919 verpflichtete die Länder, Bezirkswohnungskommissare zu bestellen. Vgl. BERG, S. 430 f.

⁷ Das am 15. Dezember 1920 verabschiedete Gesetz, betr. Einführung einer Altersgrenze, sah für unmittelbare Staatsbeamte und Volksschullehrer eine Altersgrenze von 65 Jahren, für Beamte und Hochschullehrer von 68 Jahren vor. Vgl. SCHULTHESS 1920/I, S. 316. Vgl. auch den Antrag des Hauptausschusses zu seinem mündlichen Bericht über den Gesetzentwurf, betr. Einführung einer Altersgrenze (Nr. 2661), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3277, S. 5747–5749.

⁸ Kleine Anfrage Dr. *Gumpert* und Genossen (DDP), betr. Einbringung eines Feuerbestattungsgesetzes, in: ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 3024, S. 5088. – Ein Feuerbestattungsgesetzentwurf wurde in dieser Legislaturperiode nicht mehr vorgelegt. Vgl. auch die Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 692 der Abg. Dr. *Gumpert* und Genossen (DDP) (Nr. 3024), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3299, S. 5776.

⁹ Im Original durchgestrichen: »Es wird dementsprechend beschlossen, *Gumpert* zu beauftragen.«

179.

29.9.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 11f. Beginn: 10.08 Uhr. Ende: 12.55 Uhr. Protokollführer: Sommer. Vorsitz: Dominicus.

Entschuldigt sind die Abg. *Rade* und Frl. *Dönhoff*.

1. Plenum.

Zu Punkt 2 [Zweite Beratung der Anträge *Hergt* und Genossen (DNVP), Dr. von *Richter* (Hannover) und Genossen (DVP), Dr. *Faßbender* und Genossen (Z) auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920 (Gesetzsamml. S. 123), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2904, S. 4779, Nr. 2919, S. 4824, Nr. 2943, S. 4872, Nr. 2991, S. 4953–4956 (Antrag des 17. Ausschusses zu seinem mündlichen Bericht über die Anträge)] (Bildung von Groß-Berlin) spricht *Dominicus*.¹

Punkt 4 [Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend das Gemeindewahlrecht in Helgoland, ebd., Nr. 2953, S. 4880f.] (Helgoland): *Struve*.²

Punkt 5 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 537, S. 829–831, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2939, S. 4843–4870 (Bericht des verstärkten Unterrichtsausschusses über den Gesetzentwurf), Nr. 3006, S. 4988–4990 (Abdruck der §§ 44, 45, 47, 50, 51, 53 des Gesetzes, betr. die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen)] (Schuldeputation): *Otto*.³ Der von der Fraktion beabsichtigte Antrag wird nur dann eingebracht, wenn auch von anderer Seite Abänderungen an dem Beschlusse des Ausschusses geplant werden.⁴

Punkt 6 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Überführung der standesherrlichen Bergregale an den Staat, ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2528, S. 4142–4156,

¹ Vgl. auch Dok. Nr. 171, 173, 175 und 177. Die Rede des Abg. *Dominicus* in der 160. Sitzung am 29. September 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 10, Sp. 12568–12570.

² Die Fraktion vertrat in der 161. Sitzung am 30. September 1920 der Abg. *Schmiljan*, in: ebd., Bd. 10, Sp. 12622f.

³ Die Fraktion vertrat in der zweiten Lesung in der 161. Sitzung am 30. September 1920 der Abg. *Juds*. Vgl. ebd., Bd. 10, Sp. 12631. Die Vorlage wurde in der 164. Sitzung am 7. Oktober 1920 angenommen.

⁴ Vgl. den Antrag der Abg. Dr. v. *Richter* (Hannover), *Otto* (Charlottenburg), *Herrmann* und Genossen (DVP, DDP, DNVP) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen (Nr. 537, 2939, 3006), in: ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 3011, S. 4994f. Der Antrag wurde zur dritten Lesung des Gesetzentwurfs am 6. Oktober 1920 erneut eingebracht. Vgl. ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3061, S. 5161. Der Antrag, der die Wahl und Ernennung der Mitglieder der Schuldeputation regelte, versuchte, die Stellung des Bürgermeisters und der Schulaufsichtsbehörde und damit die autoritäre Komponente zu stärken. So sollte der Vorsitzende der Schuldeputation nicht wie nach den Ausschlußbeschlüssen von den Mitgliedern der Deputation aus ihrer Zahl gewählt, sondern vom Bürgermeister ernannt werden. Auch sollte der Bürgermeister nicht nur jederzeit mit vollem Stimmrecht selbst in die Schuldeputation eintreten, sondern auch den Vorsitz übernehmen können. Ferner sollte der Vorsitzende des Schulvorstandes nicht von dessen Mitgliedern aus seiner Zahl gewählt, sondern von der Schulaufsichtsbehörde aus der Zahl seiner Mitglieder ernannt werden. Die Ausschlußbeschlüsse, in: ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 2939, S. 4843–4870, hier S. 4868f.

Anlagen, Bd. 9, Nr. 2951, S. 4875–4879 (Bericht des Handels- und Gewerbeausschusses)] (Bergregal).⁵

Es sprechen hierzu **Barteld, Riedel, Düker**.

Dem Gesetzentwurf wird zugestimmt; Redner im Plenum: *Frentzel*.⁶

Punkt 7 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den Schleppbetrieb auf dem Rhein-Weser-Kanal und dem Lippe-Kanal, ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2657, S. 4327–4334, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2969, S. 4923–4925 (Bericht des Hauptausschusses)]: (Schleppverkehr auf dem Rhein-Weser-Kanal): eventuell *Rebehn*.⁷

2. Entwurf zu den Wahlen für Provinzial- und Kreistag: Referent *Meyer*.⁸

3. Vertretung für *Rade* im Ältestenausschuß: *Schloßmann*.

4. Siedlungsausschuß für heute: *Rebehn, Beutler*.

Eingabenausschuß: *Schulze, Ommert*.

Unterrichtsausschuß: *Wittrock*.

Hauptausschuß: *Barteld, König, Düker, Hagemeister, Kopsch*

5. Gesetzentwurf: Altersgrenze.⁹

Hierzu sprechen **Schloßmann**, der seinen Antrag erläutert¹⁰, **Kimpel, Schümer, Beutler, Grund, Juds, Riedel, Barteld, Höfler**.

Antrag *Schloßmann* wird abgelehnt, dem Entwurf wird zugestimmt.

6. Das Befinden des erkrankten Koll. *Cassel* bessert sich andauernd in erfreulicher Weise. Die **Fraktion** nimmt mit sichtlicher Teilnahme davon Kenntnis.

7. Der **Vorsitzende** gibt noch Wesentliches über die kommenden Neuwahlen bekannt;¹¹ aus technischen Gründen können diese in diesem Jahre nicht mehr stattfinden. Die Verfassung dürfte Ende November zur Verabschiedung gelangen. Zu empfehlen wäre als Zeitpunkt Anfang oder Mitte Februar 1921. Die Deckungsfrage müßte vielleicht auch noch erledigt werden.

Schümer schlägt vor, zuvor darüber sich klar zu werden, welche Gesetzentwürfe noch verabschiedet werden müßten.

⁵ Die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs fanden in der 165. Sitzung am 19. Oktober 1920 statt.

⁶ Die Rede des Abg. Dr. *Frentzel*, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Sp. 12957–12959.

⁷ Die Vorlage wurde in zweiter Lesung in der 163. Sitzung am 6. Oktober 1920 beraten und an den Hauptausschuß verwiesen. Der Abg. *Rebehn* meldete sich nicht zu Wort.

⁸ Gesetzentwurf, betr. die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 3001, S. 4962–4967.

⁹ Gesetzentwurf, betr. Einführung einer Altersgrenze, in: ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2661, S. 4371–4374, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3277, S. 5747–5749 (Antrag des Hauptausschusses zu seinem mündlichen Bericht), mit den Anträgen, Nr. 3351–3358, S. 5806f. Vgl. Dok. Nr. 178.

¹⁰ Die Fraktion brachte am 3. November 1920 den Antrag der Abg. *Dominicus* und Genossen (DDP) ein. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3352, S. 5806. Danach sollte das Gesetz auch auf die Lehrer an den von Patronaten unterhaltenen, höheren Schulen, an den höheren Mädchenschulen und an den städtischen Mittelschulen Anwendung finden. Ferner sollten durch Orts- (Provinzial- oder anderes) Statut auch Kommunalbeamte mit einbezogen werden. Die durch dieses Gesetz freiwerdenden Stellen sollten u.a. auch mit Beamten aus Elsaß-Lothringen besetzt werden.

¹¹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats am 21. September 1920, 10.15 bis 13.50 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2. Vgl. auch Dok. Nr. 175.

Als solche bezeichnet die **Fraktion** folgende: Verfassung, Mittellandkanal, Hebammengesetz, Beamtenbesoldung, Wahlordnung.¹² – Es wird beschlossen, dahin zu wirken, daß die Wahlen alle an einem Tage für alle Wahlarten – Reich und Preußen – (Großwahltag) stattfinden.

Hierzu sprechen **Riedel, Meyer, Berndt**, der gegen Festlegung eines bestimmten Termins sich wendet, **Schloßmann, Preuß, Rebehn, Crüger, Jansen, Schümer, Frentzel**, welcher die Stellungnahme der Mehrheitssozialisten hierzu – März, eventuell Februar oder Ende Januar – mitteilt, **Gumpert, Kopsch, Böer**; für die Vorbesprechung zwischen den Vertretern der Mehrheitsparteien wird folgender Vorschlag *Meyer* angenommen. Die Wahlen sollen innerhalb von 3 Monaten nach Verabschiedung der Verfassung stattfinden.

8. Punkt: Grenzmark Ost berichtet **Ruszezynski**.

Hierzu spricht **Aronsohn** (Bromberg), [der sich ebenso wie *Ruszezynski*] gegen *Berndts* Haltung im Verfassungsausschuß [wendet]¹³, **Berndt**, welcher das gegen ihn gerichtete Treiben lediglich als ein agitatorisches Mäusern der Rechtsparteien kennzeichnet, **Preuß**, der *Berndt* in Schutz nimmt und dessen Ausführungen unterstreicht; es soll eine ausführliche Darstellung der Angelegenheit durch *Berndt* in der »Demokratischen Parteikorrespondenz« erfolgen. *Ruers* Stellungnahme in dem betreffenden Ausschuß wird scharf bemängelt.¹⁴

9. Wahlaufruf (vertagt).

Nächste Sitzung: 30.9.20. Vormittags 10 [Uhr].

¹² Entwurf einer Verfassung für Preußen, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2000, S. 3005–3009; Gesetzentwurf, betr. die Vollendung des Mittellandkanals und die durch sie bedingten Ergänzungsbauten an vorhandenen Wasserstraßen, in: ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2659, S. 4347–4368, in Verbindung mit dem Antrag der Abg. *Ludwig* und Genossen (USPD) über eine Abzweigung vom Mittellandkanal zur Saale und die Verbesserung des Fahrwassers der Saale, in: ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 2713, S. 4599, und mit dem Gesetzentwurf, betr. die Verbesserung der Oderwasserstraße unterhalb Breslau, in: ebd., Nr. 2660, S. 4369–4371; Gesetzentwurf, betr. das Hebammenwesen, in: ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 2983, S. 4939–4949; Entwurf einer Neufassung der Besoldungsordnung für die planmäßigen unmittelbaren Staatsbeamten und der Nachweisung der Dienstbezüge für die nichtplanmäßigen unmittelbaren Staatsbeamten, in: ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3176, S. 5496–5529; Gesetzentwurf über die Wahlen zum Preußischen Landtag, in: ebd., Nr. 3051, S. 5135–5155.

¹³ Im Original: »Hierzu sprechen *Aronsohn* (Bromberg), die sich beide gegen [...] wenden.«

¹⁴ Im Verfassungsausschuß war es bei der Beratung des § 24 über den Staatsrat zu einer heftigen Kontroverse zwischen den Demokraten und den Rechtsparteien gekommen. Ausgangspunkt war die Frage, ob die einzelnen Provinzen, die Vertreter in den Staatsrat entsenden sollten, ausdrücklich aufgeführt werden sollten. Die Regierungsvorlage hatte darauf verzichtet, der Verfassungsausschuß dies jedoch in erster Lesung geändert. Auch die Grenzmark Posen-Westpreußen, der erst 1922 der Status einer Provinz zuerkannt werden sollte, wurde dabei genannt. Nachdem die Staatsregierung sich gegen eine Auflistung der Provinzen ausgesprochen hatte, hatte die demokratische Fraktion im Ausschuß beantragt, von einer Festlegung der Provinzen abzusehen. Daraufhin wurde den demokratischen Vertretern von den Rechtsparteien »in erregter Weise der Vorwurf gemacht [...], sie lasse die Grenzmark im Stich«. Die »Demokratische Partei-Korrespondenz« stellte jedoch klar, daß es »hierfür an jedem sachlichen Grunde« fehle. »Es handelte sich offenbar um ein rein agitatorisches Vorgehen der Rechtsparteien. Dies muß umsomehr gelten, als der Abg. *Berndt* in warmen Worten für die Grenzmark eingetreten war und gerade ausgeführt hatte, daß, auch wenn die Provinzen nicht in der Verfassung festgelegt würden, dadurch die Rechte der Grenzmark in keiner Weise beeinträchtigt werden dürften.« DEMOKRATISCHE PARTEI-KORRESPONDENZ, 218, 30.9.1920. Vgl. auch SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3120 B, S. 5224–5382, hier S. 5353–5357; ferner Dok. Nr. 174.

180.

30.9.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 13. Beginn: 11.15 Uhr. Ende: 11.50 Uhr. Protokollführer: Degenhardt. Vorsitz: Schmiljan.

1. Plenum.

Redner zu 4 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. das Hebammenwesen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2983, S. 4939–4949]: *Schloßmann*, eventuell *Struve*.¹

2. Besetzung der Ausschüsse auf die nächste Tagesordnung.

181.

1.10.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 13f. Beginn: keine Angaben. Ende: 11.40 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Kleine Anfrage des Abg. *Gumpert*, betr. Feuerbestattung, wird genehmigt.¹

Abg. *Schmiljan* wird beauftragt werden, mit dem Reichswirtschaftsrat zu verhandeln wegen Überlassung von Räumen im ehemaligen Herrenhaus.²

Abg. *Dominicus* weist darauf hin, daß er im Ältestenausschuß sich im Namen der Fraktion bereit erklärt hat, noch die Deckungsfrage zu bearbeiten, worauf keine der anderen Fraktionen eingegangen sei. Bezüglich des Wahltermins hat er unseren Standpunkt formuliert – innerhalb [von] 3 Monaten nach Verabschiedung der Verfassung.³

Zum Punkt 2 [Kleine Anfrage Nr. 650 der Abg. *Hauschildt* und Genossen (SPD) über die Maul- und Klauenseuche, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2854, S. 4710] und [Punkt] 9 der Tagesordnung [Beratung des Antrages der Abg. Adolph *Hoffmann* und

¹ Die Fraktion vertrat in der 161. Sitzung am 30. September 1920 der Abg. Dr. *Schloßmann*, in: SBpLV 1919/21, Bd. 10, Sp. 12646–12648.

² Kleine Anfrage des Abg. *Gumpert* und Genossen (DDP), betr. Einbringung eines Feuerbestattungsgesetzes, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 3024, S. 5088.

³ Das Gebäude des ehemaligen preußischen Herrenhauses in der Leipziger Str. 3 und 4 war seit 1920 der Sitz des Ministeriums für Volkswohlfahrt, seit Mai 1921 auch des neu gebildeten preußischen Staatsrats. Vgl. Christoph FISCHER/Sigrid HOFFNER, Planungs- und Nutzungsgeschichte des ehemaligen Preußischen Herrenhauses, in: Der Bundesrat im ehemaligen Preußischen Herrenhaus. Hrsg. v. Bundesrat, Berlin 2002, S. 65–81, hier S. 76f.; ferner Hartwin SPENKUCH, Herrenhaus und Staatsrat in der preußischen Verfassungsgeschichte (1849/54–1933). »Familiientag der ostelbischen Junker« und »Futterkrippe für politische Nullen«, in: ebd., S. 43–61, bes. S. 54–59.

³ Der Vorschlag der DDP, die Neuwahlen innerhalb von drei Monaten nach Verabschiedung der Verfassung stattfinden zu lassen, wurde in der Sitzung des Ältestenrats vom 30. September 1920, 10.15 bis 12.30 Uhr, angenommen. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep.169 D I, Nr. 44, Bd. 2. Vgl. auch die Fraktionssitzung des preußischen Zentrums vom 1. Oktober 1920, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 162, S. 256f.

Genossen (USPD) über die Maul- und Klauenseuche, ebd., Nr. 2914, S. 4782] wird Abg. *Köller* in Vertretung des Abg. *Westermann* sprechen.⁴

Zusatz zu den Anträgen, betr. Groß-Berlin, zur 3. Lesung wird angenommen.⁵

Abg. *Schümer* bittet die Vertreter im Ältestenausschuß dafür zu sorgen, daß der Antrag, betr. Schulgelderhöhung⁶, beraten wird – soll gelegentlich Etatsberatung dran kommen.

Abg. *Jansen* berichtet über Vorschläge zur Besetzung des Preußenausschusses, wird gebeten zum 6. X. Vorschlagsliste vorzulegen.

In der Fraktionssitzung Mittwoch den 6. [Oktober], 10 Uhr, soll über eine etwaige Kundgebung an die Wähler beraten werden.

182.

6.10.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 14–16. Beginn: keine Angaben. Ende: 13.10 Uhr. Protokollführer: *Dönhoff*. Vorsitz: *Dominicus*.

Für Vertretung der Fraktion zur Tagung des Vereins für das mittlere Schulwesen wird Abg. *Otto Sorge* tragen. Der Antrag der Fraktion zum Gesetz über Zusammensetzung der Schuldeputationen, betr. Wahl des Vorsitzenden, wird wiederholt werden in der 3. Lesung, [und] vom Abg. *Schnackenburg* vertreten werden.¹

Abg. *Berndt* berichtet über die Ausschußsitzung des Gesetzes, betr. Forstdiebstahl.²

⁴ Zu diesen Tagesordnungspunkten sprach kein Abgeordneter der DDP.

⁵ Antrag der Abg. *Dominicus*, *Lüdicke*, *Dr. Leidig*, *Dr. Faßbender* und Genossen (DDP, DNVP, DVP, Z) zur dritten Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin (Nr. 2919, 2943, 2991, 3013), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3047, S. 5109. Nach dem Antrag sollten bis zur Bildung des Magistrats der neuen Stadtgemeinde Berlin dessen Zuständigkeiten durch den Magistrat der alten Stadtgemeinde, die Obliegenheiten des Oberbürgermeisters der neuen Stadtgemeinde bis zu dessen Bestätigung von dem Oberbürgermeister der alten Stadtgemeinde Berlin ausgeübt werden. Die dritte Lesung des Gesetzentwurfs fand in der 164. Sitzung am 7. Oktober 1920 statt. Der Gesetzentwurf wurde in der namentlichen Schlußabstimmung mit 161 Stimmen von DDP, DVP, DNVP und Zentrum gegen 122 Stimmen von SPD und USPD bei 4 Enthaltungen angenommen. Vgl. ebd., Bd. 10, Sp. 12849.

⁶ Antrag der Abg. *Schümer* und Genossen (DDP) über die Festsetzung des Schulgelds an den staatlichen Schulen, in: ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 2717, S. 4600.

¹ Der Änderungsantrag der DDP zum Gesetzentwurf, betr. die Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 3, Nr. 537, S. 829–831, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2939, S. 4843–4870 (Bericht des verstärkten Unterrichtsausschusses). Vgl. auch Dok. Nr. 179. Der Änderungsantrag von DVP, DDP und DNVP wurde in der 146. Sitzung am 7. Oktober 1920 im Plenum angenommen. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 10, Sp. 12869f. Die Rede des Abg. *Schnackenburg* in der 164. Sitzung am 7. Oktober 1920, in: ebd., Sp. 12856–12859.

² Gesetzentwurf, betr. die Abänderung des Forstdiebstahlgesetzes vom 15. April 1878 (Gesetzsamml. S. 222), in: ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1724, S. 2417–2419, Anlagen, Bd. 9, Nr. 3002, S. 4968–4974 (Bericht des Rechtsausschusses).

Abg. *Wittrock* wird den Antrag [Nr.] 3040 begründen, Abg. *Gottschalk* zu dem Punkt allgemein sprechen.³

Zum Antrag, betr. Mittelschulen, wird Abg. *Rebehn* sprechen⁴, dem Antrag v. *Richter* unter 1 wird zugestimmt, 2 abgelehnt.⁵

Antrag *Haseloff* über Steuerniederschlagung für Kriegsteilnehmer wird wegen Unstimmigkeit in den betreffenden Drucksachen im Ältestenausschuß angebracht werden.⁶

Abg. *Berndt* berichtet über Behandlung des Antrags über ein Gesetz, betr. Straferlaß für Dienstvergehen; wird die Fraktion vertreten.⁷

Nach Verabredung mit dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, Abg. *Schiffer*, wird eine gemeinsame Sitzung der Fraktionen bald stattfinden, außerdem wird Exz. *Schiffer* am 7. oder 8. [Oktober] an einer Fraktionssitzung teilnehmen.

Zur Beschleunigung der Etatbehandlungen im Plenum wird für einzelne Etats nur 1 Redner, für andere, z.B. Kultusministerium, Ministerium des Innern werden 2 Redner mit beschränkter Redezeit vorgeschlagen werden.

Für einen vorläufigen Preußenausschuß werden nach Vorschlag vom Abg. *Jansen* bestimmt die Abg. *Winkler*, *Dominicus*, *Meyer*, *Berndt*, *Frentzel*, *Westermann*, *Struwe*, *Barteld*, *Dönhoff*, *Kimpel*, *Schloßmann*, *Schreiber*, *Riedel*.

³ Der Antrag der Abg. *Wittrock* und Genossen (DDP) auf Auszahlung der Valutaausgleichs- und Besatzungszulage in Nordschleswig, ebd., Nr. 3040, S. 5097, wurde in der 163. Sitzung am 6. Oktober 1920 verhandelt und an den 20. Ausschuß (für Besoldungsfragen) überwiesen. Die Reden des Abg. *Wittrock* (Antragsteller) und des Abg. Dr. *Gottschalk* (Gummersbach), in: ebd., Bd. 10, Sp. 12790–12794 und Sp. 12796–12798.

⁴ Der Antrag der Abg. *Gräf* (Frankfurt) und Genossen (SPD) auf Errichtung volkswirtschaftlicher Mittelschulen, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1322, S. 1799, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2536, S. 4187–4189 (Ausschußbericht), wurde in der 163. Sitzung am 6. Oktober 1920 verhandelt. Die Rede des Abg. *Rebehn*, in: ebd., Bd. 10, Sp. 12805 f. Vgl. auch den Änderungsantrag der Abg. *Dominicus* und Genossen (DDP), in: ebd., Anlagen, Nr. 9, Nr. 2921, S. 4825.

⁵ Änderungsantrag der Abg. Dr. v. *Richter* (Hannover) und Genossen (DVP) zum Antrag *Gräf* (Frankfurt) und Genossen (SPD) auf Errichtung volkswirtschaftlicher Mittelschulen (Nr. 1322), in: ebd., Nr. 2928, S. 4835 (1: in Abs. 1 Zeile 1 und 2: statt »Arbeitern und Angestellten« – geeignete Personen aus allen Volkskreisen; 2: Abs. 2 soll gestrichen werden). Nach dem Antrag der SPD, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1322, S. 1799, sollte die Landesversammlung beschließen: »die Staatsregierung zu ersuchen, um Arbeitern und Angestellten in steigendem Maße die Beteiligung an der berufsmäßigen Verwaltung sozialer und wirtschaftlicher Angelegenheiten zu ermöglichen, besondere volkswirtschaftliche Mittelschulen nach Art der technischen Mittelschulen (z.B. Maschinenbau- und Baugewerkschulen) einzurichten, die sich auf Volks- und Fortbildungsschulen aufbauen. Die Studienzeit soll zwei bis drei Jahre betragen. Lehrgegenstände sind besonders: Volkswirtschaft, Sozialwissenschaft, Rechts-, Gesetzes- und Verwaltungskunde.« H.i.O. Absatz 2 lautete: »Zweck der Schule ist: Ausbildung geeigneter Personen aus allen Volkskreisen für die Ausübung mittlerer und höherer Verwaltungstätigkeit im öffentlichen Dienst und im freien Organisations- und Wirtschaftsleben.« Der Änderungsantrag der Abg. *Dominicus* und Genossen (DDP), ebd., Anlagen, Nr. 9, Nr. 2921, S. 4825, vom 16. September 1920 forderte, den Passus »mittlerer und höherer Verwaltungsdienst« durch »der Verwaltungsdienst« zu ersetzen.

⁶ Der Antrag der Abg. *Haseloff* und Genossen (DNVP) über Steuerniederschlagungen für Kriegsteilnehmer und Auslandsdeutsche, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1510, S. 2197, wurde in der 163. Sitzung am 6. Oktober 1920 verhandelt. – Hugo *Haseloff* (geb. 1863), Eisenbahn-Oberinspektor, 1919/21 MdpLV, 1921–1928 MdpLT (DNVP).

⁷ Antrag der Abg. *Gräf* (Frankfurt) und Genossen (SPD) auf Annahme eines Gesetzes über Straferlaß für Dienstvergehen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1199, S. 1608 f., Anlagen, Bd. 9, Nr. 3003, S. 4974–4977 (Bericht des Rechtsausschusses). Die zweite und dritte Beratung des Antrags fanden in der 165. Sitzung am 19. Oktober 1920 statt. Die Fraktion vertrat der Abg. Dr. *Schreiber* (Halle), in: ebd., Bd. 10, Sp. 12978 f.

In der Aussprache über den Antrag *Rade*, Kundgebung an die Wähler, hält Abg. **Rade** den Zeitpunkt für eine solche für überholt durch die Beschlüsse des Ältestenrates über den Wahltermin.⁸

Abg. **Riedel** hält den Anlaß gegeben durch die bevorstehende erste Lesung des Wahlgesetzes.⁹

Abg. **Dominicus** stellt fest, daß Veröffentlichung vor Verständigung mit den Koalitionsparteien untunlich war.

Abg. **Schreiber** hält Aufstellung eines positiven Wahlprogramms für dringend. Die geplante Kundgebung wird nach der ersten Lesung des Wahlgesetzes erfolgen.

Abg. **Rade** wirft Frage nach unserer Stellungnahme gegenüber dem Kultusminister *Haenisch* auf.

Abg. **Meyer** stellt die gleiche Notwendigkeit bezüglich des Ministeriums des Innern fest, wo in der Ämterbesetzung fortlaufend gegen die von uns vertretenen Grundsätze verstoßen wird.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. **Meyer, Berndt, Schümer, Schmiljan, Dominicus**.

Die Auffassung des Abg. *Meyer*, nach der neben der persönlichen Eignung des zu berufenden Landrats die Mehrheitsverhältnisse des Kreises zu berücksichtigen sind, wird unterstützt und er ermächtigt, diese Auffassung [gegenüber] dem Ministerium mit allen Konsequenzen zu vertreten.

Abg. **Schloßmann** macht auf Verstärkung des reaktionären Einflusses in den Zentralbehörden aufmerksam.

Abg. **Meyer** berichtet über die Gesetzesvorlagen über die Wahlen zum preußischen Landtag und den Kreistagen.¹⁰

Zum Gegenstand sprechen die Abg. **Berndt, Riedel, Ruer, Schreiber, Moritz, Meyer**.

Anschauung der Fraktionsmehrheit geht in der Richtung auf größere Wahlbezirke, eine Ausgleichsliste für den Kreis- und Provinzialbezirk zur Sicherung der Minderheiten. Festhaltung an der Wohnpflicht des Kandidaten im Wahlbezirk wird nach Antrag *Berndt* mit 17 – 13 Stimmen abgelehnt. Entscheidung der Fraktion soll der 2. Lesung vorbehalten [werden], als Redner wird Abg. *Berndt* bestimmt.

An einer Besprechung mit dem Finanzminister über die Beamtenbesoldung am 6. X. werden teilnehmen Abg. *Dominicus, Crüger, Schümer, Höfler*.

Auf Wunsch des Zentrums wird in Absetzung des Schuldeputationsgesetzes von der heutigen Tagesordnung eingewilligt.

Abg. **Meyer** berichtet über einzelne Fragen des Wahlgesetzes; stellt sich auf den Boden des Antrags *Hergt*¹¹, in dem Sinn, daß er provisorisches Wahlgesetz befürwortet.

Es sprechen zur Sache die Abg. **Riedel, Schreiber, Berndt, Ruszezynski, Jordan**.

Bei einer informatorischen Abstimmung über die Frage, ob wir für endgültige oder provisorische Regelung des Wahlgesetzes eintreten werden, stimmen 8 für endgültige,

⁸ Vgl. Dok. Nr. 181, Anm. 3.

⁹ Die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Wahlen zum Preußischen Landtag, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3051, S. 5135–5155, fand in der 164. Sitzung am 7. Oktober 1920 statt.

¹⁰ Der Gesetzentwurf über die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 3001, S. 4962–4967, wurde in erster Lesung in der 164. Sitzung am 7. Oktober 1920 ohne Aussprache einem besonderen Ausschuß von 29 Mitgliedern überwiesen.

¹¹ Antrag der Abg. *Hergt* und Genossen (DNVP) auf Annahme eines Notwahlgesetzes zum Preußischen Landtag, in: ebd., Nr. 3048, S. 5109–5113.

15 für provisorische Regelung. Der Abg. *Jansen* wird als Redner bestimmt: die Frage morgen auf die Tagesordnung der Fraktionssitzung erscheinen.¹²

Abg. *Rebehn* beantragt die Frage der Schulgelderhöhung auf die Tagesordnung der morgigen Fraktionssitzung zu setzen.¹³

183.

7.10.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 17f. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: 12.20 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Abg. *Dominicus*, der den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion Exz. *Schiffer* begrüßt und als Punkt 1 der Tagesordnung den vierten Gegenstand des Plenums [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Wahlen zum Preußischen Landtag, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3051, S. 5135–5155, und die Berichtigungen zu dem Gesetzentwurf, ebd., Nr. 3062, S. 5162]: Wahl zum Preußischen Landtag zur Erörterung stellt. Es liegt dazu ein Antrag *Riedel* vor.¹

Exz. *Schiffer* stellt gelegentliche beiderseitige Zuziehung der Fraktionsvorsitzenden zu den Beratungen der anderen Fraktion in Aussicht.² Anerkennt Übereinstimmung beider Fraktionen in dem Wunsch nach baldigen Neuwahlen in Preußen, rät zur Festlegung eines möglichst frühen Termins.

Die Redezeit der Diskussionsredner wird auf 5 Minuten festgesetzt.

Es spricht der Abg. *Rade*, der anregt, wenn Übereinstimmung der Regierung im Reich und Preußen für notwendig anerkannt wird, eine entsprechende Bestimmung über gleichzeitige Wahlen in dem preußischen Wahlgesetz festzulegen.

Abg. *Berndt* wendet sich dagegen, daß wir uns für frühen Wahltermin einsetzen, der nur im Interesse der Rechtsparteien liegt und gegen eine Homogenität der Regierungen in der Richtung der jetzigen Reichsregierung, warnt vor Ruck nach rechts.

Exz. *Schiffer* stellt fest, daß Reichstagsfraktion durchaus nicht für bürgerliche Sammelpolitik eintritt.

Abg. *Schreiber* hält Anfang Februar für geeigneten Termin, um nach Weihnachten noch genügende Agitationszeit zu haben; hält Aussicht für derzeitige preußische Koalition für günstig, gleichzeitige Wahl mit dem Reich für notwendig.

Abg. *Schloßmann*: Gleichzeitige Wahl garantiert nicht gleichen Ausfall der Mehrheit im Reich und Preußen. Festlegung des Wahltermins nach Verabschiedung der Verfassung, alsdann durch die Mehrheitsparteien. Gegen Bürgerblock.

¹² Die Rede des Abg. *Jansen* in der 164. Sitzung am 7. Oktober 1920, in: ebd., Bd. 10, Sp. 12909–12913.

¹³ Vgl. dazu den Antrag der Abg. *Schümer* und Genossen (DDP) vom 8. Juli 1920 über die Festsetzung des Schulgelds an den staatlichen Schulen, in: ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 2717, S. 4600.

¹ Der Antrag wurde nicht gestellt.

² Gemeint sind die DDP-Fraktionen der Weimarer Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung.

Abg. **Barteld** tritt für selbständige Bestimmung des Wahltermins und für eine Wahltaktik der Offensive ein, gegen Bürgerblock im Interesse der deutschen Volkseinheit und der Wirtschaft.

Abg. **Schümer** bezweifelt Klärung der Situation durch Neuwahlen, die Krisen in den Parteien nicht überwinden, sondern eher versteifen wird. Hält Terminfestsetzung für Januar für zu früh, wenn vorgesehene Aufgaben erledigt werden sollen, warnt vor nachträglichem Verschieben des einmal angesetzten Tages.

Abg. **Rebehn**: Gegen frühen Wahltermin, fragt nach Erledigung der Reichsbeamtenbesoldung und, ob Reichstagsfraktion Einfluß auf Bestimmung des Reichstagswahltermins hat.

Abg. **Jansen** lehnt Beeinflussung in der Terminbestimmung von rechts und links ab. Schlägt als Stellungnahme zum Wahlgesetz vor, Ablehnung der Regierungsvorlagen. Anlehnung an Reichswahlgesetz.

Abg. **Riedel** hält Wahltermin im Januar für unerträglich für die Partei und für das Vaterland; sieht offene Opposition der Sozialdemokraten voraus, sobald preußische Koalition aufgelöst ist. Für eigene Politik der Partei nach positivem Programm.

Exz. **Schiffer** betont die Gefahr einer stark anwachsenden Sozialdemokratie – ebenfalls die Unmöglichkeit eines Bürgerblocks, der Bürgerkrieg bedeuten würde.

Die Stellungnahme der Fraktion [zum] Spezialbericht des Wahlgesetzes wird abgebrochen. Der Redner der Fraktion wird nur die Punkte herausheben, die uns zum Einspruch Anlaß geben, ohne jede Festlegung.

Nächste Fraktionssitzung am 8. X., nachmittags 3 ½ Uhr.

Kleine Anfrage des Abg. *Schnackenburg* über den in den an Polen abgetretenen Gebieten auf die Deutschen ausgeübten Druck zu optieren, wird genehmigt.³

Kleine Anfrage des Abg. *Rebehn* über Beförderung von Regierungs- und Bauräten, als durch Besoldungsvorlage in der Schwebe befindlich abgelehnt.⁴

Kleine Anfrage *Barteld* über Erweiterung der Kinderzulagen entsprechend dem Reich genehmigt.⁵

Durch Abstimmung dahin festgelegt: Befristung der Neuwahl entsprechend dem demokratischen Vorschlag im Ältestenausschuß, innerhalb [von] 3 Monaten nach Verabschiedung der Verfassung, alsdann Festlegung des Wahltages.⁶

³ Kleine Anfrage der Abg. *Schnackenburg* und Genossen (DDP) über polnische Einwirkung auf Deutsche, vor Ablauf der im Friedensvertrag vorgesehenen Frist zu optieren, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3075, S. 5167.

⁴ Kleine Anfrage der Abg. *Rebehn* und Genossen (DDP) über die Zurücksetzung der älteren Regierungs- und Bauräte gegenüber den juristisch vorgebildeten Regierungsräten, in: ebd., Nr. 3164, S. 5491 f., vom 22. Oktober 1920.

⁵ Antrag der Abg. *Barteld* (Hannover) und Genossen (DDP) auf Gewährung von Kinderzulagen a) für Kinder nach vollendetem 21. Lebensjahre, b) für Stief- und Pflegekinder, in: ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3340, S. 5803, vom 23. November 1920.

⁶ Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 30. September 1920, 10.15 bis 12.30 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2. Vgl. auch Dok. Nr. 181, Anm. 3.

184.

8.10.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 19. Beginn: 15.30 Uhr. Ende: 17.50 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Zur Teilnahme am 1. Vertretertag des Reichsbundes technischer Beamter in Stuttgart findet sich der Abg. *Degenhardt* bereit.

In der Aussprache über die Verhältnisse im Kultusministerium stellt einleitend Abg. **Rade** die Notwendigkeit fest, daß die Fraktion zu einer einheitlichen Stellungnahme gegenüber der vielseitigen Kritik kommen müsse, die am Ministerium *Haenisch* geübt werde.¹

Unterstaatssekretär **Troeltsch** und der als Gast anwesende Geheimrat **Blankenburg** vom Kultusministerium charakterisieren die Situation und die Personalverhältnisse in demselben.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. **Schümer**, **Dominicus**, **Degenhardt**, **Meyer**, **Frentzel**, **Troeltsch**, **Rade**.

Eine zurückhaltende, aber nicht gegnerische Haltung gegenüber dem Ministerium wird vorgesehen.

Als Vertreter für den Ausschuß für die Wahlrechtsfragen werden benannt: die Abg. *Jansen*, *Schreiber*, *Kopsch*, *Berndt*. Zu der demnächstigen Besprechung in der Fraktion wird der Abg. *Jansen* ein Referat vorbereiten.

Als Redner für die Besprechung der Allgemeinen Finanzverwaltung wird der Abg. *Frentzel* bestimmt.²

Abg. **Schümer** spricht über Erhöhung des Schulgeldes, ferner dazu Abg. **Degenhardt**, **Frentzel**, Geh. Rat **Blankenburg**.

Es soll dahin gewirkt werden, daß der betreffende Antrag *Schümer* bei Beratung des Kultusetats im Ausschuß nachdrücklich vertreten wird.³

¹ Die Kritik am preußischen Kultusminister Konrad *Haenisch* betraf die als Reaktion auf einen Schülerstreik erfolgte Einrichtung von Notklassen, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen mußten, sowie die ohne Berücksichtigung des Votums der Fakultät vorgenommene Berufung von Hochschullehrern. Vgl. den Bericht des Hauptausschusses über den Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für 1920 (1. Teil), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 13, Nr. 3530, S. 6312–6346, hier S. 6331 f., und S. 6334 f. In einigen Großstädten und im rheinisch-westfälischen Industriebezirk hatten Lehrer von ihrem verfassungsmäßigen Recht (Art. 149 Abs. 2 WRV) Gebrauch gemacht und sich geweigert, Religionsunterricht zu erteilen. Da die Schulen trotz heftiger Kritik der Eltern an den Lehrern festhielten, war es zu zahlreichen Schulstreiks gekommen. In der Folge setzte *Haenisch* schließlich die Errichtung von Notklassen, d.h. die Zusammenfassung von Lehrern, die keinen Religionsunterricht erteilen, und Schülern, die am Religionsunterricht nicht mehr teilnehmen wollten, durch. Diese Vorgehensweise stieß auf Kritik, weil sie eine Umgehung der Weimarer Reichsverfassung, insbesondere des den Status quo im gesetzlichen Verhältnis von Schule und Konfession festschreibenden Sperrparagraphen Art. 174 WRV bedeutete. Vgl. auch EIMERS, S. 409 f., insgesamt S. 203–209, 408–419; SCHULZE, Braun, S. 325.

² Die zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar allgemeine Finanzverwaltung, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2916, S. 4783–4792, fand in der 166. und 167. Sitzung am 20. und 21. Oktober 1920 statt. Die Rede des Abg. Dr. *Frentzel* in der 166. Sitzung am 20. Oktober 1920, in: ebd., Bd. 10, Sp. 13033–13042.

³ Antrag der Abg. *Schümer* und Genossen (DDP) über die Festsetzung des Schulgeldes an den staatlichen Schulen, in: ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 2717, S. 4600.

185.

19.10.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 20. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.00 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Plenum.

Zum Punkt Bergregale ist Abg. *Frentzel* Redner der Fraktion, spricht für den Auschußantrag, lehnt Antrag *Garbe* ab.¹

Zum Antrag *Gräf* Dienstvergehen spricht eventuell Abg. *Schreiber*, für Rückverweisung, eventuell Ablehnung.²

Der Redner zum Staatshaushaltsplan Finanzverwaltung, *Frentzel*, skizziert seine geplanten Ausführungen, **Fraktion** erklärt sich einverstanden.³

Über die Vorlage, Abfindung der Krone, wird der Fraktionsvorsitzende unter [Hinz]ziehung des Abg. *Aronsohn* mit der SPD-Fraktion Fühlung nehmen, ob Hinwirkung unsererseits auf baldige Verabschiedung angängig erscheint.⁴

Eine Vorlage des Finanzministers über vorläufige Deckung des Staatsdefizits wird in der Fraktionssitzung Mittwoch besprochen werden, nach einem Referat von [...]⁵.

Herr **Dominicus** teilt mit, daß der Preußenausschuß am 18. [Oktober] getagt, eine gemeinsame Sitzung der Reichstags- und Landtagsfraktion auf Donnerstag 19.30 Uhr verabredet hat, u.a. zur Behandlung der Frage Oberschlesien, Rednerverteilung im Reiche.

Als Redner zum Staatshaushalt wird für den Titel Bauverwaltung Abg. *Rebehn*⁶, Handel und Gewerbe Abg. *Wiglow*⁷, Justiz Abg. *Berndt*⁸ bestimmt.

¹ Die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Überführung der standesherrlichen Bergregale an den Staat, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2528, S. 4142–4156, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2951, S. 4875–4879 (Bericht des Handels- und Gewerbeausschusses), fanden in der 165. Sitzung am 19. Oktober 1920 statt. Die Rede des Abg. Dr. *Frentzel*, in: ebd., Bd. 10, Sp. 12957–12959. Antrag der Abg. *Garbe* und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs zur Überführung der standesherrlichen Bergregale an den Staat (Nr. 2528), in: ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3069, S. 5164. Danach sollte auf die Reichsregierung eingewirkt werden, schleunigst einen Gesetzentwurf einzubringen, »durch den Preußen die Ermächtigung erhält, die sogenannten standesherrlichen Bergregale ohne Entschädigung auf den Staat zu überführen (Reichsverfassung Artikel 153 Abs. 2 Satz 2).«

² Der Antrag *Gräf* (Frankfurt) und Genossen (SPD) auf Annahme eines Gesetzes über Straferlaß für Dienstvergehen, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1199, S. 1608 f., Anlagen, Bd. 9, Nr. 3003, S. 4974–4977 (Bericht des Rechtsausschusses), wurde in zweiter und dritter Lesung in der 165. Sitzung am 19. Oktober 1920 beraten. Die Rede des Abg. Dr. *Schreiber* (Halle), in: ebd., Bd. 10, Sp. 12978 f.

³ Vgl. Dok. Nr. 184, Anm. 2.

⁴ Gemeint ist der Gesetzentwurf über die Vermögensauseinandersetzungen zwischen dem Preußischen Staate und dem Preußischen Königshause, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1722, S. 2388–2407.

⁵ Im Original fehlt der Name.

⁶ Die zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar Bauverwaltung, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2968, S. 4910–4923, wurde in der 183. und 186. Sitzung am 29. November und 1. Dezember 1920 verhandelt. Die Rede des Abg. *Rebehn* in der 186. Sitzung am 1. Dezember 1920, in: ebd., Bd. 10, Sp. 14335–14340.

⁷ Die zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar Handels- und Gewerbeverwaltung, ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 2917, S. 4792–4808, fand in der 168., 169. und 175. Sitzung am 22., 27. Oktober und 15. November 1920 statt. Die Rede des Abg. *Wiglow* in der 169. Sitzung am 27. Oktober 1920, in: ebd., Bd. 10, Sp. 13188–13197.

⁸ Die zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar Justizverwaltung, ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 2954, S. 4881–4894 (Bericht des Hauptausschusses), fand in der 176.,

Bei der Beratung des Landessteuergesetzes im Hauptausschuß wird die Fraktion durch die Abg. *Ruer, Berghaus, Schulze, Schloßmann, Gumpert* vertreten.⁹

Abg. **Dominicus** und **Jansen** machen Mitteilung über die gestrigen Verhandlungen des Preußenausschusses, Ende November soll ein Preußentag nach Hannover berufen werden, bestehend aus den preußischen Mitgliedern des Parteivorstandes, Parteiausschusses, der preußischen Fraktion und je 2 Vertretern aus jeder preußischen Wahlkreisorganisation (nach der Reichstagswahleinteilung).¹⁰

Abg. **Schloßmann** wird die Einladungen zur Gründungsversammlung der Hochschule für Politik vermitteln.

Abg. **Degenhardt** regt Besprechung des Hebammengesetzes in der Fraktion an.¹¹

186.

20.10.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 21. Beginn: 10.22 Uhr. Ende: 13.20 Uhr. Protokollführer: Sommer. Vorsitz: **Dominicus**.

I. Plenum.

Die Große Anfrage Dr. *Löwenstein*.¹ Bei eben eintretender Besprechung wird *Dominicus* zum Redner bestimmt.²

2. Zur II. Beratung des Forstdiebstahlgesetzes³ bringt **Berndt** einen Abänderungsantrag (Haftpflicht der Eltern) in Anregung; hierzu äußern sich **Schreiber, Gumpert, Aronsohn** (Thorn), **Juds**; die Einbringung wird abgelehnt.

Zu 4 (Neuorganisation der Polizei). Zurückverweisung an den Ausschuß.

Hierzu sprechen **Kopsch, Dominicus, Struve, Schloßmann, Goll**.

Redner: *Schloßmann*.⁴

177. und 179. Sitzung am 16., 23. und 25. November 1920 statt. Die Rede des Abg. Dr. *Berndt* (Stettin) in der 177. Sitzung am 23. November 1920, in: ebd., Bd. 11, Sp. 13769–13785.

⁹ Zum Landessteuergesetz vgl. Dok. Nr. 176, Anm. 5.

¹⁰ Der Preußentag der DDP fand am 28. November 1920 in Hannover statt. Vgl. BERLINER TAGEBLATT, 548, 30. November 1920.

¹¹ Zum Hebammengesetz vgl. Dok. Nr. 179, Anm. 12.

¹ Große Anfrage der Abg. *Hergt* und Genossen (DNVP) über die Wahl des Dr. *Löwenstein* zum Stadtschulrat für Groß-Berlin, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2925, S. 4826. – Kurt *Löwenstein* (1885–1939), Stadtrat, Berlin-Neukölln, 1920–Mai 1924, Dezember 1924–April 1933 MdR (USPD/SPD).

² Die Rede des Abg. *Dominicus* in der 166. Sitzung am 20. Oktober 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 10, Sp. 13010–13012.

³ Der Gesetzentwurf, betr. die Abänderung des Forstdiebstahlgesetzes vom 15. April 1878 (Gesetzssamml. S. 222), ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1724, S. 2417–2419, Anlagen, Bd. 9, Nr. 3002, S. 4968–4974 (Bericht des Rechtsausschusses), wurde in der 166. Sitzung am 20. Oktober in dritter Lesung ohne Aussprache wieder an den Rechtsausschuß überwiesen.

⁴ Die Frage der Neuorganisation der Polizei erfolgte im Rahmen der ersten Beratung des Gesetzentwurfs zur Ergänzung des Gesetzes, betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1920 vom 6. Mai 1920 (Gesetzssamml. S. 159), ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3084, S. 5175, der in der 166. Sitzung am 20. Oktober 1920 wieder an den Hauptausschuß überwiesen wurde.

Zu Punkt 7 [Beratung der Anordnung über die Beschäftigung von weiblichen Angestellten in Gast- und Schankwirtschaften, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2860, S. 4716f., in Verbindung mit dem Antrag der Abg. *Hauschildt* und Genossen (SPD) zur Beratung der Anordnung (Nr. 2912), ebd., Nr. 2912, S. 4781, und Nr. 2971, S. 4926–4929 (Mündlicher Bericht des Ausschusses für Bevölkerungspolitik)] (weibliche Angestellte in Gastwirtschaften); hierzu sprechen: Frl. **Dönhoff, Barteld, Struve**.

Es wird beschlossen, Absetzung von der Tagesordnung zu beantragen und durchzusetzen, um Zeit für nochmalige gründliche Durchsprechung der Vorlage zu ermöglichen.⁵ – Zum Vertreter der Fraktion bei der Verteilung der Räume des ehemaligen Herrenhauses wird *Schreiber* bestimmt.⁶

Der Vorsitzende macht noch aufmerksam auf eine Veranstaltung der Stadt Schöneberg, die Entwicklung des Orts vom Dorfe zur Stadt betreffend und lädt hierzu ein (Nachmittag 5 [Uhr]).⁷

II. Finanzreform.⁸

Hierüber berichtet **Frentzel**.

Nachdem der Vorsitzende noch in knappen Worten die ersten Wirkungen der Reform (Grundsteuer) hervorgehoben, beleuchtet der eigens hierzu erschienene Staatssekretär *Weber* das geplante Gesetz in seinen Hauptzügen und empfiehlt, da eine andere Möglichkeit ausgeschlossen erscheine, das scheinbar Unerträgliche auf sich zu nehmen, um den völligen Zusammenbruch zu verhüten.

Das Wort hierzu nehmen **Crüger, Grund, Berndt, Schümer, Schreiber, Ruer, Struve, Goll**.

Zu Vertretern in der nachmittags 6 Uhr heute stattfindenden Besprechung werden entsandt: *Frentzel, Crüger, Schreiber*.

In den Hauptausschuß tritt für *Otto* Abg. *Rebehn* ein.

III. Ein Antrag *Rebehn* regt den Antrag an, im Verkehrsministerium wieder 27 (wie bisher) statt 24 vortragende Räte einzustellen.⁹

Dem wird nur zugestimmt, falls die anderen Fraktionen damit vorgehen.

IV. Der Antrag *Friedberg* (rechtliche Gleichstellung der Freimaurerlogen betr.) wird

⁵ Der Gegenstand wurde in der 166. Sitzung am 20. Oktober 1920 von der Tagesordnung abgesetzt und in der 193. Sitzung am 10. Dezember 1920 verhandelt.

⁶ Vgl. Dok. Nr. 181.

⁷ Am 20. Oktober 1920 fand die Eröffnung einer kommunal-historischen Ausstellung in Schöneberg statt, die die Entwicklung des Orts vom Bauerndorf zur Großstadt aufzuzeigen versuchte. Vgl. BERLINER TAGEBLATT, 482, 21.10.1920, 1. Beiblatt.

⁸ Dieser Tagesordnungspunkt bezieht sich auf die geplante Vorlage des Finanzministers über die vorläufige Deckung des Staatshaushaltsdefizits. Nach der auf Initiative des Finanzministers erfolgten interfraktionellen Besprechung vom 20. Oktober ging der Landesversammlung am 17. November 1920 der Gesetzentwurf, betr. die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundbesitz, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3310, S. 5784–5790, zu. Um den Haushaltsfehlbetrag von fast zwei Milliarden Mark decken zu können, sollte vom 1. Januar 1921 ab von allen inländischen Grundstücken eine Grundsteuer in Höhe von 1 v. H. des Wertes erhoben werden. Vgl. auch die Fraktionssitzung des preußischen Zentrums vom 20. Oktober 1920, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 165, S. 262–264, hier S. 264.

⁹ Antrag der Abg. *Siering, Rebehn, Kloft* (Essen), *Garnich* (Berlin), Dr. Ing. *Kloß* und Genossen (SPD, DDP, Z, DVP, DNVP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Bauverwaltung für 1920, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3285 zu a, S. 5769, vom 9. November 1920.

nach dem Berichte *Sommer* über die diesbezüglichen Verhandlungen des Rechtsausschusses zurückgezogen.¹⁰

187.

21.10.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 22f. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.50 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Otto.

Abg. **Grund** wirft die Frage auf, ob eine absichtliche Verschiebung des Termins für die Behandlung der oberschlesischen Frage anzunehmen sei¹, über die vom Auswärtigen Ausschuss heute vormittag verhandelt wird, während die gemeinsame Sitzung der demokratischen Fraktionen heute Abend stattfindet, so daß eine Ausschaltung des preußischen Einflusses eintritt.²

Die Besprechung der Frage Oberschlesien soll erster Punkt der Tagesordnung für Freitag sein.

Abg. **Hoffmann** berichtet über Schwierigkeiten, die beim Unterausschuss zur Feststellung von Mißständen bei den staatlichen Zechen im Ruhrrevier vorliegen. Die Angelegenheit soll möglichst bald im Ältestenausschuss zur Verhandlung kommen.³

Wegen Abwesenheit des ersten Vorsitzenden wird der Punkt 2 der Tagesordnung, Ministerium des Innern, auf seinen Wunsch abgesetzt.⁴

Plenum.

Falls die Anträge [Nr.] 3124 und 3127 als geschäftsordnungsmäßig zulässig abgestimmt werden [sic], wird zugestimmt.⁵

¹⁰ Der Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen (DDP) auf verfassungsmäßige Gleichstellung der freimaurerischen Richtungen, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1230, S. 1625, wurde in der 123. Sitzung am 26. Februar 1920 verhandelt und an den Rechtsausschuss überwiesen.

¹ In Oberschlesien fand am 20. März 1921 die im Versailler Vertrag vorgeschriebene Abstimmung über die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich oder zu Polen statt. Vgl. SCHULTHESS 1921/II, S. 281.

² Zur gemeinsamen Sitzung der demokratischen Fraktionen des Reichstags und der Preußischen Landesversammlung vgl. BERLINER TAGEBLATT, 482, 21.10.1920.

³ In der Sitzung des Ältestenrats vom 20. Oktober 1920, 12.15 bis 13.25 Uhr, wurde der Antrag des Unterausschusses zur Untersuchung der Betriebsverhältnisse der staatlichen Bergwerke im Bezirk Recklinghausen auf Hinzuziehung von Buchprüfern und Sachverständigen zu den Ausschusssitzungen abgelehnt, da der Unterausschuss kein verfassungsmäßiger Untersuchungsausschuss sei. Der Landtagspräsident betonte zudem, daß der Hauptausschuss im vorliegenden Fall keinen Unterausschuss hätte bilden dürfen, da ein solcher nur für Angelegenheiten in Betracht käme, die den Hauptausschuss selbst angängen. Diese Frage wurde in den folgenden Sitzungen nicht mehr angesprochen. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

⁴ Der Etat des Innenministeriums, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3275, S. 5713–5746, wurde in der 186. bis 189. Sitzung vom 1. bis 4. Dezember 1920 verhandelt.

⁵ Die Anträge der Abg. *Hergt* (DNVP) und *Meyer* (Herford) (DVP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Allgemeinen Finanzverwaltung für 1920, in: ebd., Nr. 3124, S. 5475, Nr. 3127, S. 5476. Nach dem Antrag der DNVP sollten den Ruhegehaltsempfängern und Hinterbliebenen die nach der

Abg. **Frentzel** berichtet über die interfraktionelle Besprechung über die Finanzfrage⁶, die Abg. **Schreiber** und **Crüger** ergänzen seine Ausführungen. In der Aussprache, an der sich die Abg. **Schloßmann**, **Schulze**, **Frentzel**, **Degenhardt**, **Ruer**, **Crüger**, **Schreiber**, **Gumpert**, **Frentzel**, **Rade**, **Degenhardt**, **König** beteiligen, wird Übereinstimmung der Fraktion mit der Stellungnahme ihrer Vertreter festgestellt und Festhalten an dem Standpunkt beschlossen, die Deckungsvorlage nur mit Heranziehung der Rechtsparteien in Angriff zu nehmen.

Eine Große Anfrage, betr. Mißstände in der Sicherheitspolizei, wird zurückgezogen, bis bei der Besprechung des Ministeriums des Innern in der Fraktion die Frage im Zusammenhang erörtert [worden] ist, wozu Herr Geheimrat *Abegg*⁷ eingeladen werden wird.

Als Vertreter in den Hauptausschußsitzungen am 25. und 26. [Oktober] werden an Stelle von Abg. *Ruer* Abg. *Schloßmann* an Stelle von Abg. *Wenke* Abg. *Otto* eintreten. Am 27. werden die Abg. *Dominicus*, *Hoffmann*, *Rebehn*, *Barteld* die Fraktion vertreten.

Abg. **Wiglow** referiert über seine Ausführungen zum Etat für Handel und Gewerbe.⁸ In der Aussprache, an der sich die Abg. **Goll**, **Degenhardt**, **Meyer**, **Grund**, **Schloßmann**, **Gumpert**, **Crüger**, **Meyer** beteiligen, werden hauptsächlich die Fragen der Indeziffer, Ausfuhrbewilligungen, Messen, der Reichswirtschaftsbank, der Fach- und Fortbildungsschulen und der Börse [besprochen].

Ein Antrag *Goll* auf Unterstützung der Messen in Frankfurt und Breslau findet keine Mehrheit; die Angelegenheit wird vom Redner befürwortend erwähnt werden.⁹

Besoldungsnovelle vom 7. Mai 1920 zustehenden erhöhten Beträge, auf die diese seit fast einem halben Jahr warten würden, sofort ausgezahlt werden. Der Antrag der DVP forderte wiederum, daß die überhobenen Beträge den in großer Notlage befindlichen jungen Lehrern und Lehrerinnen des westlichen Industriegebiets, die bisher örtliche Zulagen von Seiten der Gemeinden erhalten hätten und nach dem Gesetz vom Mai 1920 unter Zugrundelegung des noch gültigen Ortsklassenverzeichnisses geringer besoldet würden, gestundet werden sollten bis zur endgültigen Verabschiedung des Lehrerdienst-einkommensgesetzes und dem Inkrafttreten des neuen Ortsklassenverzeichnisses.

⁶ Gemeint ist der am 16. November 1920 der Landesversammlung zugeleitete Gesetzentwurf, betr. die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundbesitz, ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3310, S. 5784–5790, der der vorläufigen Deckung des Staatshaushaltsdefizits dienen sollte. Vgl. auch die Fraktionssitzung des preußischen Zentrums vom 20. Oktober 1920, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 165, S. 262–264.

⁷ Wilhelm *Abegg* (1876–1951), Dr. jur., 1920 stellvertretender Leiter des Landespolizeiamtes Berlin, Ministerialrat im preußischen Innenministerium, Dirigent der Polizeiabteilung und stellvertretender Bevollmächtigter Preußens zum Reichsrat (1926 im Hauptamt), 1923 Ministerialdirektor, 1926–1932 Staatssekretär, Mitglied der DDP und des Reichsbanners, nach dem 21. Juli 1932 in den einstweiligen Ruhestand versetzt, im Februar 1933 Emigration in die Schweiz, Rechtsanwalt in Zürich, Funktionär der Bewegung Freies Deutschland, bis 1949 Anwalt für internationales Recht.

⁸ Vgl. Dok. Nr. 185, Anm. 7.

⁹ Vgl. Dok. Nr. 188 (TOP 2).

188.

22. 10. 1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 23–25. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.45 Uhr. Protokollführer: Schümer und Wittrock. Vorsitz: Schloßmann.

Plenum.

1. Dr. **Schreiber** berichtet über das Landwirtschaftskammergesetz.¹

Böer unterstützt die Anregung, die Landfrauen zu beteiligen.

Siemen schließt sich dem Bericht an.

Schreiber verweist auf Stimmen aus landwirtschaftlichen [...]².

2. **Goll** wünscht einen Antrag auf Unterstützung der Frankfurter Messe.³

Schloßmann hat Bedenken, Dr. **Berndt** und **Rebehn** und **König** unterstützen den Antrag.

Es wird beschlossen, den Antrag unter Wahrung der Forderung an die preußische Regierung zu stellen.⁴

(Die Kleinen Anfragen *Goll*, *Rebehn*, *Juds* werden genehmigt.)⁵

3. **Wiglow** berichtet über die Anträge, die zum Handelsetat eingebracht sind. Er empfiehlt Annahme des Zentrumsantrags, Ablehnung des deutschnationalen Antrags.⁶

Goll widerspricht im Interesse des Gewerbes, Dr. **Ruer** unterstützt die Anregung *Wiglows*, hält die Verweisung an den Ausschuß für richtig.

Dr. **Gumpert** und **Düker** treten ebenfalls dafür ein.

¹ Der Entwurf eines Landwirtschaftskammergesetz, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2883, S. 4728–4745. Vgl. auch Dok. Nr. 174.

² Wort unleserlich.

³ Vgl. Dok. Nr. 187.

⁴ Antrag der Abg. *Goll* und Genossen (DDP) auf Gewährung einer Unterstützung für die Messen von Frankfurt a.M. und Breslau, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3171, S. 5494.

⁵ Kleine Anfrage des Abg. *Goll* (DDP) über die Erschießung der Else *Kaiser* aus Frankfurt a.M. in Nieder-Ingelheim durch französische Soldaten, in: ebd., Nr. 3163, S. 5491; Kleine Anfrage des Abg. *Rebehn* über die Zurücksetzung der älteren Regierungs- und Bauräte gegenüber den juristisch vorgebildeten Regierungsräten, in: ebd., Nr. 3164, S. 5491 f.; Kleine Anfrage des Abg. *Juds* (DDP) über die Notlage der bei den »Wissenschaftlichen Unternehmungen« beschäftigten Gelehrten, in: ebd., Nr. 3162, S. 5491.

⁶ Zur zweiten Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar Handels- und Gewerbeverwaltung (Fortsetzung), ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 2917, S. 4792–4808, wurden die Anträge der Abg. Dr. *Schmedding* und Genossen (Z), Nr. 3136, *Mentzel* (Stettin) und Genossen (DNVP), Nr. 3159, und *Haberland* und Genossen (SPD), Nr. 3174, gestellt. Vgl. ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3136, S. 5479, Nr. 3159, S. 5490 und Nr. 3174, S. 5495. Nach dem Antrag des Zentrums sollte die Staatsregierung ersucht werden, den Kommunalaufsichtsbehörden die Genehmigung zu neuen Zuschlägen zur Gewerbesteuer nicht mehr zu erteilen, wenn diese eine angemessene Höhe überschreiten. Nach dem Antrag *Mentzel* (DNVP) sollte der Landesversammlung bald ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt werden. Der SPD-Antrag forderte wiederum die Einführung des Frauenwahlrechts bei den Wahlen zu den Gewerbe-, Kaufmanns- und Arbeitsgerichten sowie die Erhöhung der Grenze für den Jahresarbeitsverdienst in den genannten Gesetzen.

Dr. **Ruer** macht zur Geschäftsordnung auf die Sitzung des Gemeindeausschusses aufmerksam, in der über die Höchstmietenverordnung⁷ gesprochen werden soll.

Es wird beschlossen, Vertagung zu beantragen, bis die Regelung durch das Reich erfolgt ist.

Zum Justizetat berichtet Dr. **Berndt**, die Besprechung wird abgebrochen und die Besprechung in Oberschlesien begonnen.⁸

Dominicus berichtet über die Verhandlungen mit dem Staatsministerium. Das Staatsministerium will seinen Widerspruch aufgeben. Dominicus hat die Erklärung abgegeben, und bedauert die Meinungsverschiedenheit zwischen Reichsregierung und Staatsregierung und die Veröffentlichung durch [das] Wolffsche Telegraphenbüro.^{9 10}

Frentzel ergänzt die Mitteilungen von Herrn *Dominicus*. Das Staatsministerium könne dem Vorgehen des Reichsministeriums bezüglich [der] Selbständigmachung Oberschlesiens nur folgen, wenn sämtliche drei Mehrheitsparteien zustimmen.

Minister **Fischbeck** erklärt, daß er im Staatsministerium nicht für den Beschluß stimmen könne. Er glaubt, daß auch ohne Selbständigmachung Oberschlesiens die Abstimmung günstig ausfallen wird, daß aber trotzdem Oberschlesien verloren gehen wird, weil die Entente es will.

Schloßmann spricht sich gegen das Autonomiegesetz, betr. Oberschlesien, aus. Er hält es für geradezu verhängnisvoll wegen der Wirkung auf [das] Rheinland. Ein selbständiger Rheinstaat würde kein deutscher, sondern ein neutraler Staat werden.

Grund spricht sich in gleichem Sinne aus. Er kann wegen der ungeheuerlichen Folgen, die das Autonomiegesetz haben kann, ihm nicht zustimmen.

Crüger kommt aus Erwägungen mit Bezug auf Rheinland, Hannover, Schleswig-Holstein und andere Gebiete auch zur Ablehnung des Autonomiegesetzes. Jeder müsse nach eigenem persönlichen Überlegungen heraus entscheiden.

Kochmann gibt einige Aufklärungen über die Verhältnisse in Oberschlesien. Die deutsche Organisation ist durch polnischen Terror beeinträchtigt worden. Er hält die Autonomie für einflußlos auf die Einstimmung, glaubt aber, nachdem der Gedanke aufgeworfen ist, [daß] die Nichtgewährung von polnischer Seite agitatorisch gegen Deutschland ausgenutzt wird.

⁷ Gemeint ist die Anordnung des Ministers für Volkswohlfahrt vom 9. Dezember 1919, betreffend Einführung einer Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen, sowie den Ausführungserlaß vom gleichen Tage, in: ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 2076, S. 3068–3078. Vgl. auch Dok. Nr. 119 und 154.

⁸ Vgl. Dok. Nr. 187. Nachdem die polnische Regierung Oberschlesien im Juli 1920 bereits weitgehende Autonomiezusagen für den Fall, daß die Volksabstimmung am 20. März 1921 zu ihren Gunsten ausfallen sollte, gemacht hatte, verabschiedete das Reichskabinett am 29. Oktober 1920 den Gesetzentwurf über die oberschlesische Autonomie. Vgl. ADR. DAS KABINETT FEHRENBACH, Nr. 100, S. 257 f. Nach dem Gesetz vom 27. November 1920 (RGBl. 1920 I, S. 1987) sollte nach der Volksabstimmung vom 20. März 1921 innerhalb von zwei Monaten eine weitere Abstimmung über die Frage anberaumt werden, ob Oberschlesien ein selbständiges Land im Reichsverband oder eine Provinz innerhalb des preußischen Staatsverbandes bilden solle. Das preußische Staatsministerium stand dem Gesetz mit Blick auf die möglichen Auswirkungen auf das Rheinland zunächst ablehnend gegenüber, doch stimmte es dem Gesetz im Reichsrat schließlich zu. Vgl. ADR. DAS KABINETT FEHRENBACH, S. LIX f.; EIMERS, S. 321–326. Ferner die Fraktionssitzung des preußischen Zentrums vom 22. Oktober 1920, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 167, S. 265–267, hier S. 266 f.

⁹ Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 518, 21.10.1920: »Die Autonomie für Oberschlesien«. Die Frage Oberschlesiens fiel in die gemeinsame Zuständigkeit des Reichsinnenministeriums, des Reichsaußenministeriums und der preußischen Ressorts.

¹⁰ Ab hier Handschrift *Wittrock*.

Rade weist hin auf die aus der Zwangslage sich ergebende Verantwortung für die Fraktion. Wenn keine Möglichkeit vorhanden ist, Reichstag und Reichsregierung von dem Plane abzubringen, müssen auch wir zustimmen.

Ruer hält es für notwendig, daß nicht nur die Mehrheits-, sondern auch die Oppositionsparteien zu der Frage Stellung nehmen. Es sei das nicht nur [aus] parteitaktischen, sondern [auch aus] allgemeinpolitischen Gründen wünschenswert.

Dominicus hält es für wünschenswert, die Verbindung mit der Deutschen Volkspartei in dieser Frage aufzunehmen.

Berndt glaubt, daß die Rücksicht auf Oberschlesien nicht alleine bestimmend sein dürfe. Hätten die Wirkung auf andere Landesteile in Betracht zu ziehen. Es sei Bestreben des Zentrums, selbständige katholische Staaten zu schaffen. Er ist dagegen, daß unsere Fraktion dem Plane der Reichsregierung zustimmt.

Kopsch teilt mit, daß die Reichstagsfraktion noch keine Stellung zu der Frage genommen habe.¹¹

Beschlossen wird, um 14.00 Uhr die Fraktionssitzung fortzusetzen.¹² *Dominicus*, *Grund* und *Kochmann* werden für Verhandlung mit der deutschen Volkspartei delegiert. *Dominicus* bittet, die Verhandlungen als streng vertraulich zu behandeln.

189.

27.10.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 25–27. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Schümer und Beutler. Vorsitz: *Dominicus*.

2 Kleine Anfragen *Schreiber* und *Dominicus* werden genehmigt.¹ Die Anfrage *Schreiber* soll im Namen der Fraktion gestellt werden.

Zu der Frage Oberschlesien teilt *Dominicus* mit, daß die [...]² Deutsche Volkspartei voraussichtlich zustimmen werde.

Düker regt an, dem Minister *Koch* Gelegenheit zu geben, in der Fraktion über die Angelegenheit Aufklärung zu geben.

Diese Anregung findet Zustimmung. Die Besprechung soll in der nächsten Woche stattfinden.

¹¹ Vgl. auch den Artikel »Bundesstaat Oberschlesien«, in: BERLINER TAGEBLATT, 488, 24.10.1920.

¹² Das Protokoll der Nachmittagssitzung fehlt.

¹ Kleine Anfrage der Abg. Dr. *Schreiber* (Halle) und Genossen (DDP) über eine Feier des fünfzigsten Gründungstags des Deutschen Reiches, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3167, S. 5492; Kleine Anfrage des Abg. *Dominicus* (DDP) über den Spielplatz der Berliner Turngaue im Grunewald, in: ebd., Nr. 3166, S. 5492.

² Im Original: »Zustimmung der«.

Verfassung.³

Zum Antrag [Nr.] 3120 C wird beschlossen: 1) abzulehnen, 2) anzunehmen.⁴ Zu 2) soll morgen Abstimmung über [...]⁵ Fraktionszwang stattfinden. Die Einführung eines Staatspräsidenten (Antrag *Hergt*) wird abgelehnt.⁶ Zu § 7 wird beschlossen, einen Antrag des Zentrums, der erwartet wird, die Körperschaften des öffentlichen Rechts anzunehmen, abzulehnen.⁷ Ein Antrag auf Änderung der Zusammensetzung des Wahlprüfungsgerichtes (*Hergt*) soll abgelehnt werden.⁸ Zu § 10 ist ein Antrag *Hergt* eingebracht, dem Staatsrat die Befugnis der Auflösung des Landtags zu geben.⁹ Soll abgelehnt werden. Zu § 66 liegt ein Antrag *Hergt* vor, [...]¹⁰ »die ... ausmachen müssen«, zu streichen.¹¹ Es soll erreicht werden, die beiden anderen Mehrheitsparteien für Zustimmung zu veranlassen. Sonst soll der Antrag auch von uns abgelehnt werden.¹² Zu § 24 aff. Antrag *Hergt*, der berufsständische Vertretung im Staatsrat verlangt. Wird abgelehnt.¹³

Ein Antrag, bez. Grenzmark als Provinz, soll abgelehnt werden.¹⁴

³ Die zweite Beratung des Verfassungsentwurfs, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2000, S. 3005–3009, begann in der 170. Sitzung am 28. Oktober 1920.

⁴ Zusammenstellungen der Beschlüsse des 12. (Verfassungs-) Ausschusses zu dem Entwurf einer Verfassung für Preußen (Nr. 2000), in: ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3120 C, S. 5383–5432. Punkt 1 bezog sich auf die Regierungsvorlage, Punkt 2 auf die Beschlüsse des Ausschusses in erster Lesung.

⁵ Wort unleserlich.

⁶ Der Antrag der Abg. *Hergt* und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Entwurfs einer Verfassung für Preußen (Nr. 2000, Nr. 3120 C), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3146, S. 5483 f.

⁷ § 7 a des Verfassungsentwurfs nach den Beschlüssen des Ausschusses erster Lesung bestimmte, daß Beamte, Angestellte und Arbeiter des Staates und der Körperschaften des öffentlichen Rechts zur Ausübung ihrer Tätigkeit als Abgeordneter keines Urlaubes bedurften. Vgl. ebd., Nr. 3120 C, S. 5383–5432, hier S. 5386. Ein entsprechender Antrag des Zentrums ist nicht nachgewiesen. Die Anträge des Zentrums zu § 7 a bezogen sich auf die Rechte der Religionsgesellschaften, in: ebd., Nr. 3201, S. 5560, und Nr. 3220, S. 5571.

⁸ Antrag der Abg. *Hergt* und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Entwurfs einer Verfassung für Preußen (Nr. 2000), in: ebd., Nr. 3147, S. 5485. Danach sollte das Wahlprüfungsgericht aus zwei statt drei Landtagsmitgliedern und drei statt zwei richterlichen Mitgliedern bestehen.

⁹ Nach dem Antrag der Abg. *Hergt* und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Entwurfs einer Verfassung für Preußen (Nr. 2000), ebd., Nr. 3148, S. 5485, sollte der Landtag durch eigenen Beschluß, durch Beschluß des Staatsrats oder durch Volksentscheid aufgelöst werden können.

¹⁰ Wort unleserlich.

¹¹ § 66 des Verfassungsentwurfs bestimmte, daß Verfassungsänderungen nur mit der Zustimmung von wenigstens zwei Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags möglich sein sollten. Nach den Ausschlußbeschlüssen in dritter Lesung sollte § 66 wegfallen und durch § 24¹ ersetzt werden. Danach wurde für eine Verfassungsänderung die Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl und die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Anwesenden, »die gleichzeitig mehr als die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl ausmachen müssen«, vorgeschrieben. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3120 D, S. 5444 f., insgesamt S. 5433–5471. Der deutsch-nationale Antrag *Hergt*, ebd., Nr. 3156, S. 5489, forderte die Streichung dieses Nebensatzes.

¹² Der Antrag *Hergt*, ebd., Nr. 3156, S. 5489, wurde in der 171. Sitzung am 29. Oktober 1920 abgelehnt.

¹³ Antrag der Abg. *Hergt* und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Entwurfs einer Verfassung für Preußen (Nr. 2000, 3120 C), in: ebd., Nr. 3149, S. 5485 f. Nach dem Antrag der DNVP sollte der Staatsrat aus Vertretern der Berufsstände und aus Vertretern der Provinzen bestehen (§ 24 a¹ und 2). § 24 der Verfassung regelte die Zusammensetzung und die Befugnisse des preußischen Staatsrats. Vgl. ebd., Nr. 3120 C, S. 5383–5432, hier S. 5389–5391, und Nr. 3120 D, S. 5433–5471, hier S. 5444–5451.

¹⁴ Gemeint ist die im Antrag der Abg. *Hergt* und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Entwurfs einer Verfassung für Preußen (Nr. 2000, 3120 C), ebd., Nr. 3149, S. 5485 f., vorgeschlagene

§ 24 b soll in Ausschlußfassung angenommen werden.¹⁵

§ 24 c des Gesetzentwurfs ebenso 24 g, gegen einen Antrag *Hergt*.¹⁶ Auch ein Änderungsantrag zu 24 m ³¹⁷ soll abgelehnt werden.

Zu 24 m 4 schlägt Dr. **Berndt** die Fassung vor.^{18 19}

Zurückgestellt bis zur 3. Lesung.^{20 21}

Es soll Einvernehmen zwischen den Mehrheitsparteien angestrebt werden.

§ 26 soll [...] ²² angenommen werden.²³ Ebenso die folgenden §§ bis § 60.²⁴

Auch zu § 60 soll ein Änderungsantrag *Hergt* abgelehnt werden, da der Inhalt in der Reichsverfassung steht.²⁵ Unser Vertreter im Plenum soll Angriff des Herrn v. *Kries* zurückweisen.²⁶ Herr *Barteld* soll die Vertretung in dieser [...] ²⁷ übernehmen.²⁸

Neufassung des § 24 b, in dem von der preußischen Provinz »Grenzmark Posen-Westpreußen« gesprochen wurde.

¹⁵ Nach § 24 b sollte sich der Staatsrat aus den Vertretern der Provinzen zusammensetzen. Vgl. ebd., Nr. 3120 D, S. 5433–5471, hier S. 5446 f.

¹⁶ § 24 c des Verfassungsentwurfs nach den Ausschlußbeschlüssen der zweiten Lesung regelte die Wahl der Mitglieder des Staatsrats durch die Provinziallandtage bzw. in Berlin durch die Stadtverordnetenversammlung und in den Hohenzollernschen Landen und in der Grenzmark Posen-Westpreußen durch die Kommunallandtage. § 24 g bestimmte, daß der Staatsrat seinen Vorsitzenden und seine Schriftführer und deren Stellvertreter wählte. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3120 C, S. 5383–5432, hier S. 5422 f. Nach dem Antrag der Abg. *Hergt* und Genossen (DNVP), ebd., Nr. 3150, S. 5486, zu § 24 c sollten Mitglieder des Landtages nicht gleichzeitig dem Staatsrat angehören dürfen; nach dem Antrag zu § 24 g, ebd., Nr. 3151, S. 5486, sollte der Präsident des Staatsrates und seine Stellvertreter durch ein zur Hälfte aus Staatsrats- und Landtagsmitgliedern zusammengesetztes Gremium gewählt werden.

¹⁷ § 24 m bestimmte, daß der Staatsrat gegen die vom Landtag beschlossenen Gesetze Einspruch einlegen könne. Nach Absatz 3 konnte der Einspruch nur mit Zweidrittelmehrheit des Landtags aufgehoben werden. Bei einer einfachen Mehrheit würde der Landtagsbeschluß hinfällig, falls er nicht durch einen vom Landtag herbeigeführten Volksentscheid bestätigt würde. Vgl. ebd., Nr. 3120 C, S. 5383–5432, hier S. 5424. Der Antrag der DNVP, ebd., Nr. 3152, S. 5486 f., räumte seinerseits dem Staatsrat das Recht ein, gegen einen mit Zweidrittelmehrheit bestätigten Beschluß des Landtages einen Volksentscheid herbeizuführen.

¹⁸ Im Original durchgestrichen: »Siehe S. 28.«

¹⁹ Ab hier Handschrift *Beutler*.

²⁰ § 24 m Absatz 4 legte fest, daß die Zustimmung des Staatsrats erforderlich sei, wenn der Landtag Ausgaben beschließen wolle, die über die vom Staatsministerium vorgeschlagene oder bewilligte Summe hinausgehen würde. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3120 C, S. 5383–5432, hier S. 5424.

²¹ Ab hier Handschrift *Schümer*.

²² Wort unleserlich.

²³ Nach § 26 wählt der Landtag den Ministerpräsidenten; dieser wiederum ernennt die übrigen Staatsminister. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3120 C, S. 5383–5432, hier S. 5424. Nach dem Antrag der DNVP, ebd., Nr. 3153, S. 5487, sollten der Ministerpräsident und auf dessen Vorschlag auch die übrigen Staatsminister durch den Staatsratspräsidenten berufen werden.

²⁴ Gemeint sind die Abschnitte IV (Staatsministerium), V (Gesetzgebung), VI (Finanzwesen), VII (Selbstverwaltung). Mit § 60 a begann der Abschnitt VIII (Staatsbeamten). Vgl. ebd., Nr. 3120 C, S. 5383–5432, hier S. 5406–5413.

²⁵ Antrag der Abg. *Hergt* und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Entwurfs einer Verfassung für Preußen (Drucksachen Nr. 2000, 3120 C), in: ebd., Nr. 3155, S. 5488.

²⁶ Vgl. die Reden der Abg. Dr. v. *Kries* (DNVP) und Dr. *Preuß* in der 170. Sitzung am 28. Oktober 1920, in: ebd., Bd. 10, Sp. 13245–13252 und Sp. 13252–13259.

²⁷ Wort unleserlich.

²⁸ Vgl. die Rede des Abg. *Barteld* in der 174. Sitzung am 5. November 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 10, Sp. 13598–13609.

Zu einen deutschnationalen Antrag über Kirchenwesen wird noch nicht Stellung genommen.²⁹

Die Mitglieder des Verfassungsausschusses werden mit der Vertretung im Plenum beauftragt.³⁰

Es wird beschlossen dem Antrag *Haberland*, betr. Kaufmanns- und Gewerbegerichte, zuzustimmen, zu 1 und 2.³¹

Besprechung der Stellungnahme zum Justizetat.³²

Es wird beschlossen, daß die Oberpräsidenten in ihrer Stellung den Staatssekretären gleichgestellt bleiben sollen ebenso in der Besoldung. Dieser Beschluß soll den Mitgliedern der Fraktion vom Besoldungsausschuß zur Kenntnis gebracht werden.

Bezüglich des Abfindungsgesetzes³³ wird als Ansicht der Fraktion festgestellt, daß über das Gesetz im Rechtsausschuß weiter beraten werden soll.

Dominicus wird beauftragt, im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung über die eventuelle Nachfolgerschaft von *Blankenburg*, Dr. *Israel*³⁴ und *Varrentrapp*³⁵ Rücksprache zu nehmen.

Dr. *Struwe* wird die Angelegenheit der Feststellung derjenigen Mitglieder der Fraktion erledigen, die am Sonnabend, den 23. 10., die Fraktion im Hauptausschuß vertreten haben.

²⁹ Antrag der Abg. *Hergt* und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Entwurfs einer Verfassung für Preußen (Drucksachen Nr. 2000, 3120 C), in: ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3154, S. 5487 f.

³⁰ Ab hier Handschrift *Beutler*.

³¹ Der Antrag der Abg. *Haberland* und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung für 1920, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3174, S. 5495, forderte die Regierung im Punkt 1 auf, sicherzustellen, daß das aktive und passive Wahlrecht der Frauen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten sowie bei den in Aussicht genommenen Arbeitsgerichten unter Bedingungen wie das der Männer gewährt werde. Nach Punkt 2 sollte die Grenze für den Jahresarbeitsverdienst in den entsprechenden Gesetzen auf 30 000 M erhöht werden.

³² Die zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar Justizverwaltung, ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 2954, S. 4881–4894, fand in der 176. bis 179. Sitzung am 16., 23., 24. und 25. November 1920 statt.

³³ Gemeint ist der Gesetzentwurf über die Vermögensauseinandersetzungen zwischen dem preußischen Staate und dem Preußischen Königshause, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1722, S. 2388–2407. Vgl. auch Dok. Nr. 174 und 185.

³⁴ Carl *Israel* (geb. 1882), 1920 Justitiar, Verwaltungsrat im Provinzialschulkollegium Berlin und Geheimer Regierungsrat im Wissenschaftsministerium, Ministerialrat, 1924 Abteilungs-Dirigent und Oberregierungsrat im Provinzialschulkollegium Berlin, 1932 i.e.R.

³⁵ Franz *Varrentrapp*, 1920 Regierungsrat im Wissenschaftsministerium, Referent in der Abteilung U III (Volksschulwesen) im preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Provinzialschulkollegium Berlin, 1926 1. Stellvertreter des Provinzialkirchenrats und 2. Stellvertreter des Rechtsausschusses der Kirchenprovinz Mark Brandenburg.

190.

28.10.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 27f. Beginn: keine Angaben. Ende: 13.10 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Der **Vorsitzende** begrüßt den nach dem Abstimmungsergebnis in Schleswig zurückgetretenen Abg. *Jansen*.¹

Abg. **Kopsch** übermittelt eine Einladung zu einer Besprechung im Reichstag über Wahlrecht und Wahlkreisfragen, an der von der Fraktion die Abg. *Jansen* und *Schreiber* teilnehmen werden.

Plenum.

Ein Antrag *Berndt* auf andere Formulierung der Einleitung des Verfassungsgesetzes wird genehmigt.²

Eine Beschränkung des Wahlrechts durch Verlängerung der Wohnpflicht wird für die Provinziallandtage einstimmig, für die Kreistage gegen 4 Stimmen abgelehnt.³ Bezüglich des passiven Wahlrechts stimmen 18 Stimmen für eine Karenzzeit. – Wegen schwacher Besetzung der Fraktion wird auf Abstimmung über Fraktionszwang in der Frage schwarz-weiß verzichtet;⁴ die Mehrheit spricht den Wunsch aus, daß die Vertreter der abweichenden Auffassung keine Stimme abgeben.

Abg. **Barteld** wünscht Streichung aller Bestimmungen der Verfassung, die nur Wiederholung von Bestimmungen der Reichsverfassung sind.

Soll als richtig anerkannt werden, aber keine Änderung des vorliegenden Textes beantragt werden. Dem Abg. *Barteld* wird zugestanden, seine abweichende Meinung zum Ausdruck zu bringen gegenüber dem Antrag vom Abg. *Struve*, zur 3. Lesung eine Verständigung mit anderen Parteien auf Streichung aller solcher Wiederholungen herbeizuführen, wird von den Abg. *Meyer* und *Ruer* erwidert, daß ohne jede derartige Wiederholung die Verfassung ein Torso bleiben, die Aufnahme aller von den Deutschen nationalen beantragten Zusätze von bedenklicher Tragweite sein würde. Mit 12 gegen 7 Stimmen wird Abg. *Barteld* ermächtigt, den Wunsch nach Abänderung der Verfassung

¹ Die Abstimmungen in Schleswig erfolgten in zwei Zonen am 10. Februar und 14. März 1920 und führten zur Abtretung Nordschleswigs an Dänemark.

² Antrag des Abg. Dr. *Berndt* (Stettin) zur zweiten Beratung des Entwurfs einer Verfassung für Preußen (Nr. 2000, 3120 C), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3204, S. 5561.

³ Nach dem Antrag der Abg. *Hergt* und Genossen (DNVP), ebd., Nr. 3200, S. 5560, sollte die Wahlberechtigung von einer Aufenthaltsdauer in Provinz, Kreis und Gemeinde von bis zu einem Jahr abhängig gemacht werden. Ein entsprechender Zentrumsantrag, ebd., Nr. 3203, S. 5561, bezog sich nur auf die Gemeindeverbände oder die Gemeinden, in denen die Wahlberechtigung von einer Aufenthaltsdauer von bis zu einem Jahre abhängig gemacht werden könne. Das Zentrum sollte am 24. November 1920 zur dritten Lesung den Antrag *Beyer* (Oberschlesien), ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3389, S. 5816, stellen, der forderte, daß nicht nur für die Gemeinde-, sondern auch für die Kreistagswahlen die Wahlberechtigung durch Gesetz von der Dauer des Aufenthalts abhängig gemacht werden sollte.

⁴ Nach dem Antrag der Abg. *Hergt* und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Entwurfs einer Verfassung für Preußen (Nr. 2000, 3120 C), ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3145, S. 5483, und dem Antrag der Abg. Dr. von *Krause* (Ostpreußen) und Genossen (DVP), ebd., Nr. 3190, S. 5556, sollten in § 1 der preußischen Verfassung die Landesfarben schwarz-weiß festgelegt werden.

im Sinne der Streichung von Bestimmungen, die die Beamten betreffen und sich in der Reichsverfassung finden, zum Ausdruck zu bringen.⁵

Der Abg. **Barteld** wird seine Ablehnung der Abs. 4 § 24 m⁶ zum Ausdruck bringen.

Abg. **Hoffmann** berichtet über den Unterausschuß zur Untersuchung von Mißständen auf staatlichen Zechen im Ruhrrevier. Dem von der Sozialdemokratie zu erwartenden Antrag auf Umwandlung des Unterausschusses in einen Untersuchungsausschuß wird im Hauptausschuß Abg. *Schulze* im Namen der Fraktion widersprechen.⁷ Sachlich besteht kein Bedenken gegen Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Zurückverweisung des Gesetzes über die Forstdiebstähle⁸ an den Rechtsausschuß: hält Fraktion an der Ausschlußfassung fest.

191.

29.10.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 28. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Schümer. Vorsitz: Dominicus.

Hoffmann berichtet über die Auflösung des Unterausschusses des Hauptausschusses zur Untersuchung der Mißstände auf den fiskalischen Gütern.¹

Die SPD will die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses beantragen.

Die Frage soll morgen auf die Tagesordnung gestellt und Minister *Fischbeck* dazu eingeladen werden.

Grund soll für die [...] ², *Rebehn* für den Mittellandkanal die Vertretung übernehmen.³ Die Vertreter für den Haushaltsausschuß für das Kultusministerium werden nach den hierzu vorgelegten Vorschlägen bestimmt.

⁵ Die Rede des Abg. *Barteld* (Hannover) in der 174. Sitzung am 5. November 1920, in: ebd., Bd. 10, Sp. 13598–13609.

⁶ Zu § 24 m Absatz 4 vgl. Dok. Nr. 189, Anm. 20.

⁷ In der Sitzung des Hauptausschusses vom 28. Oktober 1920, 18 Uhr, sprach an Stelle des Abg. *Schulze* der Abg. *Rebehn* die Bedenken seiner Fraktion gegen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der »viel Staub aufwirbeln würde«, aus. Der Ausschuß beschloß, die Tätigkeit des Unterausschusses als erledigt anzusehen, und überließ es dem Landtag, einen Untersuchungsausschuß in dieser Frage einzusetzen. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169DI, Nr. 32 h, Beiheft 1, Bd. 6, das Zitat S. 6. Die Erörterungen mündeten am 29. Oktober 1920 in den parteiübergreifenden Antrag der Abg. *Limbertz*, *Stieler*, *Hoffmann* (Lichtenberg), *Tegeder*, *Martin*, *Berten* (Düsseldorf) und Genossen (SPD, Z, DDP, DVP, DNVP, USPD) auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der Betriebsverhältnisse der staatlichen Bergwerke im Direktionsbezirk Recklinghausen. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3229, S. 5674 f.

⁸ Der Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes, betr. den Forstdiebstahl, vom 15. April 1878 (Gesetzsamml. S. 222), ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 1724, S. 2417–2419, Anlagen, Bd. 9, Nr. 3002, S. 4968–4974, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3513, S. 6272–6274 (Ausschußanträge), wurde in der 166. Sitzung am 20. Oktober 1920 in dritter Lesung an den Rechtsausschuß zurückverwiesen. Die Wiederholung der zweiten und dritten Lesung, in der die Vorlage nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen wurde, fand in der 197. Sitzung am 14. Dezember 1920 statt.

¹ Vgl. Dok. Nr. 190.

² Wort unleserlich.

³ Gemeint ist die Vertretung im 24. Ausschuß (Mittellandkanal).

192.

4. 11. 1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 29f. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.45 Uhr. Protokollführer: Wittrock. Vorsitz: Dominicus.

Frentzel wird über den Nachtragsetat berichten.¹ Am Mittwoch wird die Beamten- und Lehrerbesoldungsvorlage in der Fraktion beraten werden.² Koll. *Otto* wird über das Lehrerbesoldungsgesetz berichten.

Ein von Rechtsanwalt Dr. *Seyffert*, Berlin, eingegangenes Schreiben wird verlesen. Es betrifft die Höchstmietenverordnung.³ Es wird in Aussicht genommen, die Koll. *Ruer* und *Degenhardt* zum Bericht über die Frage aufzufordern.

Neue zum Verfassungsentwurf vorliegende Anträge werden beraten.

Dr. **Berndt** berichtet darüber.

Die **Fraktion** erklärt sich gegen die Annahme des Antrages des Zentrums Nr. 3202⁴, behält sich aber vor, in Erwägung zu ziehen, ob sich eine andere Form finden läßt, um das durch den Antrag *Porsch* erstrebte Ziel, betr. Auflösung des Hauses, zu erreichen. Die Fraktion behält sich in der Frage Freiheit für die 3. Lesung vor.

Abschnitt IV der Verfassung (Staatsministerium) wird besprochen.

§ 27 b soll gestrichen werden.⁵

Zu Abschnitt V [Gesetzgebung] und VI [Finanzwesen] liegen neue Anträge nicht vor.

Abg. **Berndt** erklärt sich gegen den Antrag der Konservativen [Nr.] 3206, da er rein agitatorischen Charakter habe.

¹ Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1920 und zur Ergänzung des Gesetzes, betreffend die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1920, vom 6. Mai 1920 (GS S. 159), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3184, S. 5542–5554.

² Der Gesetzentwurf, betr. das Diensteinkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen (Volksschullehrer-Dienstleistungsgesetz – V.D.G.), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2547, S. 4211–4226, war in der 148. Sitzung am 6. Juli 1920 in erster Lesung beraten und an einen Ausschuß verwiesen worden, wo er in drei Lesungen bis zum 16. Dezember 1920 verhandelt wurde. Vgl. den Ausschußbericht, in: ebd., Anlagen, Bd. 13, Nr. 3659, S. 6567–6753.

³ Gemeint ist die Anordnung des Ministers für Volkswohlfahrt vom 9. Dezember 1919, betreffend Einführung einer Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen, sowie den Ausführungserlaß vom gleichen Tage, in: ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 2076, S. 3068–3078. Vgl. auch Dok. Nr. 119, 154 und 188.

⁴ Nach dem Antrag der Abg. Dr. *Porsch* und Genossen (Z) zur zweiten Beratung des Entwurfs einer Verfassung für Preußen, ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3202, S. 5560, sollte die Auflösung des Landtags auf »Beschluß des aus den Präsidenten des Landtags, des Staatsministeriums und des Staatsrats zusammengesetzten Staatsausschusses« erfolgen.

⁵ § 27 b regelte nach den Beschlüssen des Ausschusses in dritter Lesung die Besoldung der Minister. Ein Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung sollte ihnen, soweit sie nicht durch eine frühere Tätigkeit im Staatsdienst Anspruch darauf erworben hätten, nicht zustehen. Vgl. ebd., Nr. 3120 D, S. 5433–5471, hier S. 5452f. Der Paragraph stand ursprünglich nicht in der Regierungsvorlage. Vgl. auch die Rede des Abg. Dr. *Berndt* (Stettin) in der 173. Sitzung am 4. November 1920, in: ebd., Bd. 10, Sp. 13458f. Angenommen wurde schließlich der § 27 b in der Fassung des Antrags der Abg. Dr. *Leidig* und Genossen (DVP), ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3252, S. 5704. Er lautete: »Die Minister haben Anspruch auf Besoldung. Über Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung bestimmt ein besonderes Gesetz.« Vgl. auch ebd., Bd. 10, Sp. 13461.

Die **Fraktion** stimmt zu.⁶

[Zu] Abschnitt VII [Selbstverwaltung] [ist] nichts besonderes zu sagen. Antrag [Nr.] 3238 zu § 58 wird von uns gestellt.⁷ Der dazu vorliegende Zentrumsantrag wird abgelehnt.⁸

Herr **Dominicus** berichtet über die Verhandlung, die gestern zwischen Herrn Staatsminister a. D. *Drews* und den Oberpräsidenten und Landeshauptleuten stattgefunden hat.

Koll. Dr. **Struve** regt an, die Orgesch-Organisation⁹ gemeinsam mit der Reichstagsfraktion zu besprechen.

Herr **Dominicus** wird sich deswegen mit Herr *Schiffer* und Herrn Minister *Koch* in Verbindung setzen.

Abschnitt VIII (Staatsbeamte): keine Bemerkungen.

Ebenso nicht zu den anderen Abschnitten.

Koll. **Aronsohn** (Thorn) berichtet über die Verhandlungen im Rechtsausschuß, die die Vermögensauseinandersetzung zwischen Staat und Krone betreffen.¹⁰

Koll. **Berndt** und Koll. **Kochmann** ergänzen die Ausführungen.

Koll. **Gumpert** hält die Erledigung der Gesetzesvorlage in dieser Session nicht für möglich.

Minister **Fischbeck** weist darauf hin, daß eine Ablehnung wie Annahme der Vorlage unsererseits agitatorisch gegen uns ausgenützt würde. Er hält es für wünschenswert, daß die Vorlage jetzt nicht verabschiedet wird.

Dr. **Struve** stimmt dem zu. Er beantragt, daß unsere Freunde im Rechtsausschuß dahin wirken, daß die Vorlage in dieser Session nicht mehr erledigt werde.

Dr. **Schreiber** wünscht, daß wir in dieser Sache nicht führend vorgehen.

⁶ Nach dem Antrag Hergt und Genossen (DNVP), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3206, S. 5562, sollte in Abschnitt VI a des Entwurfs der preußischen Verfassung, der § 49 b eingefügt werden: »Der selbständige Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel ist in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Überlastung und Aufsaugung zu schützen.«

⁷ Nach dem Antrag der Abg. Dr. *Berndt* (Stettin) und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Entwurfs einer Verfassung für Preußen (Drucksachen Nr. 2000, 3120 C), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3238, S. 5678, sollte der § 58 a einen Zusatz erhalten, wonach bei den Wahlen zu den Gemeindevertretungen durch Gesetz die Wahlberechtigung von einer bestimmten Aufenthaltsdauer abhängig gemacht werden könne.

⁸ Antrag der Abg. Dr. *Porsch* und Genossen (Z), in: ebd., Nr. 3203, S. 5561.

⁹ Der preußische Justizminister *am Zehnhoff* (Z) hatte in einem Gutachten vom 11. Oktober 1920 das Verbot der Organisation *Escherich* (Orgesch) durch Innenminister *Severing* (SPD) vom August für unbegründet und mit den Gesetzen in Widerspruch stehend erklärt. *Severing* hielt jedoch in einem Runderlaß vom 1. November an dem Verbot fest. Am 4. und 5. November brachten dazu DVP und DNVP zwei Große Anfragen ein. Vgl. SEVERING, Bd. 1, S. 295; PPS, Bd. 11/1, Nr. 157, S. 206–208, hier S. 207 (TOP 6). Große Anfrage der Abg. Dr. v. *Richter* (Hannover) und Genossen (DVP) und der Abg. *Lüdicke* und Genossen (DNVP) über das Verbot der Organisation *Escherich*, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3258, S. 5706, Nr. 3273, S. 5712. Vgl. auch Dok. Nr. 176.

¹⁰ Der am 22. Januar 1920 zwischen dem Hause Hohenzollern und der preußischen Regierung parahierte Vergleich war in der 128. Sitzung am 2. März 1920 an den Rechtsausschuß überwiesen worden. Vgl. Dok. Nr. 140. Da die Sozialdemokraten die Vorlage ablehnten und auch DDP und Zentrum ihr distanziert gegenüberstanden, wurde sie nicht verabschiedet. Vgl. auch Dok. Nr. 148 und 174. Vielmehr bat die Landesversammlung das Staatsministerium in der 200. Sitzung am 17. Dezember 1920 in eine erneute Prüfung des Vergleichs zu treten. So der Antrag des Rechtsausschusses, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 13, Nr. 3654, S. 6559.

Die **Fraktion** stimmt dem Antrage *Struve* nach dem Vorschlage Dr. *Schreibers* zu. Die Fraktion soll also nicht führend vorgehen, sondern der Sozialdemokratie, wenn von ihrer Seite die Anregung auf Hinausschiebung der Angelegenheit kommt, nicht hindernd in den Weg treten.

Der Antrag *Struve*, durch unsere Ausschußmitglieder den Rechtsausschuß aufzufordern, sich das Rechtsgutachten *Schücking*¹¹ über die Rechtsansprüche der Krone geben zu lassen, wird angenommen mit 11 gegen 8 Stimmen.

Die **Fraktion** stimmt der Einbringung eines Abänderungsantrages der Koll. *Höfler*, *Kimpel*, *König* zum Antrage Nr. 3157 zu.¹²

Koll. *Höfler* schlägt vor, dafür einzutreten, daß die beiden Anträge dem Besoldungsausschuß überwiesen werden.

Die **Fraktion** stimmt zu.

Dr. *Schreiber* macht Mitteilungen über Beschlüsse des Wahlrechtsausschusses.¹³

Die **Fraktion** wird die Frage, ob Ausscheiden einer Partei Verluste des Mandates zur Folge haben soll, noch einmal erörtern, ehe im Wahlrechtsausschuß darüber entschieden wird.

Abg. Dr. *Struve* rügt, daß häufig Ausschußmitglieder unserer Fraktion in Ausschußsitzungen gefehlt haben. Er regt weiter an, daß häufiger Fraktionsvorstandssitzungen stattfinden [sollten].

¹¹ Professor Walther *Schücking* erhielt im Rechtsausschuß am 6. November 1920 Gelegenheit, sein im Auftrag des Hauses Hohenzollern erstelltes Gutachten näher zu erläutern. Vgl. GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D II b F Nr. 14 b, Bd. 1, Bl. 101–172, hier Bl. 137–146 (*Schücking*) (6.11.1920). In seinem Rechtsgutachten kam *Schücking* zu dem Schluß, daß Teile der Kronfideikommißrente privatrechtlicher Natur seien. Allerdings bliebe es dem Staat unbenommen, »durch ein besonderes Gesetz eine Regelung zu schaffen«, die »jede Schadloshaltung für die zu Grunde gegangene Kronrente, auch soweit sie sich als privatrechtlicher Anspruch darstellt«, verweigern könne. Das Rechtsgutachten von Walther *Schücking*, in: BA Koblenz, NL Schücking, N 1051, Nr. 12, hier S. 39 f.

¹² Änderungsantrag der Abg. *Dominicus* und Genossen (DDP) zum Antrage der Abg. *Neumann* (Bärenberg) und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Forstverwaltung für 1920 (Nr. 3157), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3256, S. 5706. Der Antrag der Abg. *Neumann* (Bärenberg) und Genossen (DNVP), ebd., Nr. 3157, S. 5489, forderte die Staatsregierung auf, den Staatsförstern in erweitertem Umfange Aufstiegsmöglichkeiten zu schaffen. Der Änderungsantrag der DDP empfahl den Zusatz »unter Ausschluß einer Vermehrung der derzeitigen Revierförsterstellen in ihrer jetzigen Art«.

¹³ Am 3. November 1920 fand eine gemeinsame Sitzung des Unterausschusses des 25. Ausschusses (Neuwahlen) mit Fraktionsvertretern des Reichstages zur Besprechung der Frage statt, ob für die Wahlen zum Reichstag und zukünftigen Preussischen Landtag nicht gemeinsame Bestimmungen über Wahlsystem und Wahlkreiseinteilung erlassen werden sollten. Alle Redner des Reichstages und der Preussischen Landesversammlung hielten zwar eine Verständigung beider Parlamente über Wahlsystem und Wahlkreiseinteilung für durchaus zweckmäßig, meinten jedoch, daß es zweifelhaft sei, ob die Verständigung angesichts der drängenden Zeit bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt herbeigeführt werden könne. Deswegen wurde die Empfehlung ausgesprochen, die entsprechenden Bestimmungen des Reichstagswahlgesetzes in Preußen zu übernehmen. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 53 adh. 2, Bd. 1, Bl. 13–15. Vgl. auch die Sitzung des Wahlrechtsausschusses vom 6. November 1920, in: ebd., Bd. 2, Bl. 20–34.

193.

5. 11. 1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 31f. Beginn: keine Angaben. Ende: 11.25 Uhr. Protokollführer: Schümer. Vorsitz: Dominicus.

In dem Antrag über die Kirchenpatronate soll der Abschnitt über die Ablösung geändert werden, so daß die Ablösung der Patronate nicht ohne Ablösung der Lasten stattfinden kann.¹

Dr. **Struve** regt an, die 3. Lesung der Verfassung erst am Dienstag² stattfinden zu lassen, da die Protokolle nicht eher vorliegen werden.³

Meyer [...] ⁴ diese Anregung, ebenso **Berndt**.

Es soll versucht werden, durch den Ältestenausschuß eine solche Änderung herbeizuführen.⁵

Dr. **Frentzel** berichtet über den Nachtragshaushalt.⁶ Er wendet sich gegen die Einsetzung des Ertrags aus der beabsichtigten Grundsteuer in Höhe von 500 Millionen und die [...] ⁷ der verauslagten 1600 Millionen vom Reiche; er bemängelt ferner bei den Ausgaben die Kosten für die Sicherheitswehr und das Fehlen der Kosten für [...] ⁸ und für Ausgaben in [den] besetzten Gebieten.⁹

Schreiber meint, in der Kritik vorsichtig zu sein, um nicht die Opposition zu stützen.

¹ Antrag der Abg. Dr. *Berndt* (Stettin) und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Entwurfs einer Verfassung für Preußen (Nr. 2000, 3120 C), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3237, S. 5677. Vgl. auch die Rede des Abg. Dr. *Berndt* (Stettin) in der 174. Sitzung am 5. November 1920, in: ebd., Bd. 10, Sp. 13575–13577.

² Dienstag, den 9. November 1920.

³ Die dritte Lesung des Verfassungsentwurfs begann in der 180. Sitzung am 26. November 1920. Die zweite Lesung wurde in der 174. Sitzung am 5. November 1920 abgeschlossen. Vgl. auch die Zusammenstellung des preußischen Verfassungsentwurfs mit den Beschlüssen der Landesversammlung in der zweiten Lesung, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3280, S. 5750–5767.

⁴ Wort unleserlich.

⁵ In der Sitzung des Ältestenrats vom 4. November 1920, 13.15 bis 14.00 Uhr, wurde eine Einigung nur dahin gehend getroffen, daß die zweite Beratung der Verfassungsvorlage am 5. November 1920 beendet werden müsse und eine Verzögerung in den Beratungen über die Verfassung nicht eintreten dürfe. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

⁶ Der Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1920 und zur Ergänzung des Gesetzes, betreffend die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1920, vom 6. Mai 1920 (Gesetzsamml. S. 159), wurde in der 175. Sitzung am 15. November 1920 in erster Lesung beraten und dem Hauptausschuß überwiesen. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3184, S. 5542–5554. Bei dem Nachtragshaushalt handelte es sich um Mehrausgaben in Höhe von über 4 Milliarden Mark. Davon entfiel über die Hälfte auf Dienststeinkommensverbesserungen für Beamte, Geistliche, Angestellte usw. Für die Reorganisation der Polizei waren 750 Millionen Mark veranschlagt worden. Die Deckung sollte zum Teil durch erwartete Mehreinnahmen aus den Reichssteuern und Holzverkäufen erfolgen. Der verbleibende Fehlbetrag von 2,1 Milliarden Mark sollte zum einen durch Grundsteuereinnahmen in Höhe von 500 Millionen Mark abgedeckt werden. Diese Einnahmen sollten nach der erwarteten Verabschiedung des vorläufigen Grundsteuergesetzes ab dem 1. Januar 1921 erfolgen. Der Restbetrag in Höhe von 1,5 Milliarden Mark sollte durch Erstattungen vom Reich erbracht werden.

⁷ Wort unleserlich.

⁸ Wort unleserlich.

⁹ Vgl. auch die Rede des Abg. Dr. *Frentzel* in der 175. Sitzung am 15. November 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 10, Sp. 13642–13644.

Schulze erklärt, daß man auch bei solchen Gelegenheiten auf Sparsamkeit dringen solle.

Barteld berichtet über die Stellung des Hauptausschusses über Dienstaltersgrenze.¹⁰ SPD dafür, Deutschnationale dagegen, Zentrum und DVP schwankend, fordern Material, [...] ¹¹ die Sache verzögern würde. Er regt an, einen Antrag einzubringen, daß die Kommission die Ermächtigung geben werde, dieselbe Altersgrenze einzubringen.

Es wird dementsprechend beschlossen.

Dominicus teilt die Disposition des Hauptausschusses mit. Die Vertretung der Fraktion nicht geregelt.

Gumpert berichtet über Verhandlungen im Rechtsausschuß über das *Schückingsche* Gutachten.¹² Die demokratischen Mitglieder des Ausschusses wünschen zu vermeiden, daß der Versuch der Verschleppung gemacht werden könne, und wollen deshalb das *Schückingsche* Gutachten nur fordern, wenn es sich taktisch zweckmäßig zeigt.

Kochmann hat mit *Schücking* verhandelt und die Auskunft erhalten, daß er bereit sei, dem Rechtsausschuß sein Gutachten zu erstatten.

Aronsohn wendet sich gegen die Verschleppung der Sache.

Meyer wünscht, daß die Angelegenheit noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Die Angelegenheit soll am 16. [November] auf die Tagesordnung gesetzt werden. Koll. *Aronsohn* bleibt im Ausschuß, *Gumpert* soll *Ruer* vertreten. Die Orgeschangelegenheit soll am 15. [November] auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der Landwirtschaftsausschuß soll verstärkt werden. Die Fraktion wird *Barteld* entsenden.

Degenhardt will beantragen, in der preußischen [...] ¹³ die [...] ¹⁴ zu streichen.

Die Beschlußfassung wird ausgesetzt.

¹⁰ Gesetzentwurf, betr. Einführung einer Altersgrenze, in: ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2661, S. 4371–4374, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3277, S. 5747–5749 (Antrag des Hauptausschusses zu seinem mündlichen Bericht über den Gesetzentwurf). Nach der Regierungsvorlage (Nr. 2661) sollten unmittelbare Staatsbeamte, Volksschullehrer sowie Lehrer an wissenschaftlichen Hochschulen nach Vollendung des 65. Lebensjahres, richterliche Beamte dagegen erst nach Vollendung des 68. Lebensjahres in den Ruhestand gehen. Im Ausschuß wurde die Altersgrenze für Lehrer an wissenschaftlichen Hochschulen auf das 68. Lebensjahr angehoben.

¹¹ Zwei Wörter unleserlich.

¹² Vgl. Dok. Nr. 192.

¹³ Wort unleserlich.

¹⁴ Wort unleserlich.

194.

15. 11. 1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 32f. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Zur Frage der Orgesch: Die Besprechung wird abgesetzt, da eine endgültige Stellungnahme des Staatsministeriums noch nicht getroffen ist und die Verhandlung im Plenum noch nicht unmittelbar bevorsteht.¹

Auf Anregung des Abg. *Schloßmann* faßt **Fraktion** die Entschließung, sich gegen die Besetzung der Oberregierungsratsstellen bei den Provinzialregierungen nach parteipolitischen Gesichtspunkten zu verwahren.²

Abg. **Rade** wünscht, daß wir stärker zum Ausdruck bringen, daß wir die parteipolitische Beamtenberufung nur innerhalb bestimmter Grenzen mitmachen.

Abg. **Meyer** hält es für zweckmäßig, die Fraktion über die Angelegenheit Orgesch zu unterrichten, berichtet über die betreffenden Verhandlungen im Staatsministerium und den Erlaß des Ministers des Innern vom 1. November und die Diskrepanz der Anschauung zwischen dem Ministerium des Innern und dem Justizminister.

Minister **Oeser** zeigt die politischen Zusammenhänge des Vorgehens des Ministers des Innern auf.

Von Erörterung und Stellungnahme wird abgesehen.

Auf Wunsch des Abg. *Meyer* werden einige noch strittige Fragen der Verfassung beraten:

1. Betr. Auflösung des Landtags.³

Abg. **Meyer** schlägt vor, dem Staatsministerium uneingeschränkte Befugnis zur Auflösung zu geben.

Unter der Voraussetzung, daß der neu gewählte Landtag unter allen Umständen ein neues Ministerium beruft, hält Abg. **Preuß** den Vorschlag für annehmbar.

Abg. **Berndt** hält Auflösung durch Ministerium für unvereinbar mit dem parlamentarischen System, ist für Ausschlußbeschlüsse.

Abg. **Schreiber** schließt sich der Auffassung *Meyer-Preuß* an, Abg. **Ruer** wünscht, die Befugnis dem Staatsrat mit Zustimmung des Ministeriums zu übertragen.

Abg. **Struve** regt vorherige Einigung der Verfassungsausschußmitglieder vor Entscheidung der Fraktion an, schlägt seinerseits die Lösung vor, dem Ministerpräsidenten, Landtagspräsidenten und Vorsitzenden des Staatsrats gemeinsam die Auflösungsbezugnis zu geben.

¹ Vgl. Dok. Nr. 176 und 192.

² Vgl. auch die Rede des Abg. Dr. *Ruer* in der 186. Sitzung am 1. Dezember 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 11, Sp. 14365–14375, hier Sp. 14370.

³ § 10 der Regierungsvorlage bestimmte: »Das Staatsministerium kann den Landtag auflösen«. Nach den Beschlüssen der Landesversammlung in zweiter Lesung sollte dagegen das Recht zur Auflösung des Landtags durch eigenen Beschluß oder durch Volksentscheid, der auch durch Beschluß des Staatsrats herbeigeführt werden konnte, erfolgen. Der Auflösungsbeschluß des Landtags sollte nur mit der Zustimmung von mehr als der Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl möglich sein. Vgl. die Zusammenstellung des Entwurfs einer Verfassung für Preußen (Nr. 2000) mit den Beschlüssen der verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung in der zweiten Beratung, in: ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3280, S. 5750–5767, hier S. 5753.

Minister **Oeser** hält es für unmöglich den Landtagspräsidenten mit der Auflösung in Beziehung zu bringen; spricht für Auflösung durch Staatsministerium.

Abg. **Gumpert** und **Struve** äußern dagegen Bedenken.

Abg. **Preuß** tritt für eine Einigung mit den Koalitionsparteien à tout prix ein, damit Verabschiedung der Verfassung gesichert bleibt.

Fraktion ermächtigt die Vertreter im Ausschuß, falls Sozialdemokraten und Zentrum sich über Auflösung durch Staatsministerium einigen, dem zuzustimmen.⁴

Abg. **Otto** berichtet über Stand der Besoldungsvorlage.⁵ Auf die Erklärung des Finanzministers, daß unmöglich über die Sätze der Regierungsvorlage hinausgegangen werden kann, haben die Parteien sich dahin geäußert, daß ihre Zustimmung nur möglich sein wird, wenn sie einhellig von allen Parteien erfolgt. Zur Einigung darüber wird heute Nachmittag eine interfraktionelle Besprechung stattfinden.

Als Vertreter werden zu derselben entsandt: Abg. *Otto* und *Höfler*.

Fraktion besteht unter allen Umständen auf Erhöhung der Bezüge der Altpensionäre.⁶ Bei Zustimmung aller Parteien gegenüber dem Vorschlag des Finanzministers kann die Fraktion die Verantwortung nicht übernehmen, auf einzelne Mehrforderungen zu bestehen, hält aber fest an einer Durchberatung der Vorlage nach den einzelnen Positionen.

⁴ Am 24. November 1920 stellten Zentrum und DDP einen Gemeinschaftsantrag zu § 10 Abs. 1 des Verfassungsentwurfs über die Auflösung des Landtags. Danach sollte die Auflösung des Landtags nicht nur durch eigenen Beschluß oder Volksentscheid, der auch durch Beschluß des Staatsrats herbeigeführt werden konnte, sondern auch durch den Beschluß eines Dreimännergremiums, bestehend aus dem Ministerpräsidenten, dem Landtagspräsidenten und dem Vorsitzenden des Staatsrats, möglich sein. Vgl. den Antrag der Abg. Dr. Dr. *Porsch*, *Dominicus* und Genossen (Z, DDP) zur dritten Beratung des Entwurfs einer Verfassung des Freistaates Preußen, in: ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3342, S. 5803.

⁵ Gemeint sind die Verhandlungen des 20. Ausschusses, der mit der Überprüfung der Besoldungsreformgesetze vom 7. Mai 1920 beauftragt worden war. Die Ausschlußbeschlüsse lagen am 13. Dezember 1920 vor. Vgl. die Anträge des 20. Ausschusses (für die Beamtenbesoldungsfrage) zu seinem mündlichen Bericht, in: ebd., Anlagen, Bd. 13, Nr. 3576–3781, S. 6372–6493.

⁶ Nach dem Beamtendiensteinkommengesetz vom 7. Mai 1920 wurden mit den Beamtenbesoldungen auch die Pensionsbezüge erhöht. Die Ruhestandsbeamten erhielten zudem einen Versorgungszuschlag und Kinderbeihilfen. Altpensionäre und Althinterbliebene, die vor dem 1. April 1920 in den Ruhestand getreten waren, sollten hingegen neben dem Versorgungszuschlag und Kinderbeihilfen nur einen Zuschuß zu ihrer Pension erhalten, der nur die Hälfte des Unterschiedsbetrages zwischen der alten und der neuen Pension ausmachen sollte. Nach den Ausschlußbeschlüssen wurden jedoch die Altpensionäre den Neupensionären materiell gleichgestellt. Vgl. die Ausschlußberichte, in: ebd., Anlagen, Bd. 13, Nr. 3577 und 3578, S. 6375–6386. Die Ausschlußbeschlüsse wurden in der 200. Sitzung am 17. Dezember 1920 angenommen. Vgl. ebd., Bd. 12, Sp. 15253f.

195.

16. 11. 1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 34f. Beginn: 10.11 Uhr. Ende: 13.12 Uhr. Protokollführer: Sommer. Vorsitz: Dominicus.

I. Plenum.

[Punkt] 12 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Beseitigung der Konflikterhebung bei gerichtlicher Verfolgung der Beamten und Personen des Soldatenstandes wegen Amts- und Diensthandlungen und bei Klagen gegen den Staat wegen Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1629, S. 2343f., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3179, S. 5536–5540 (Bericht des Rechtsausschusses)], betr. Gesetzentwurf über die Beseitigung der Konflikterhebung bei gerichtlicher Verfolgung der Beamten.

Hierzu spricht Abg. **Berndt**, der Zustimmung empfiehlt.

Noch weitere Bemerkungen von **Schreiber, Grund, Dominicus, Juds**.

Die **Fraktion** ist damit einverstanden. Vertreter im Plenum: *Berndt*.¹

Abg. **Degenhardt** berichtet über Vorgänge im Ältestenrat, Entscheidung in Oberschlesien, Wahltermin, Neubesetzung der Ausschüsse, Arbeitsplan.²

Eine lebhafte Aussprache entspinnt sich über den Wahltermin; es sprechen hierzu: **Degenhardt, Schümer, Berndt, Dominicus, Rade, Schloßmann, Grund**, [...]³.

Beschlossen wird am 13. II. 21 festzuhalten, eventuell auch für den 20. II. 21 einzutreten.

Otto berichtet dann über den gestrigen Verlauf der Verhandlungen mit dem Finanzminister; hierzu äußern sich ferner **Dominicus, Höfler, Grund, Degenhardt, Rade, Beutler**.

Es wird beschlossen, dem Finanzminister heute vorzuschlagen, an der Gleichstellung der Alt- und Neupensionäre festzuhalten, Bereitschaft, an der Regierungsvorlage, wenn das Reich in seinen Sätzen nicht darüber hinausgeht, festzuhalten, falls das Zentrum und die Deutsche Volkspartei dafür seien; ferner soll in der Besoldungsfrage enges Zusammengehen mit der Reichstagsfraktion erfolgen.⁴

Meyer regt sodann eine Andersbewertung des Vaters der Verwaltungsreform, Staatsminister a. D. *Drews*, an, dessen Stellung in dem Ausschusse eine zu wenig freie und selbständige sei.

Beschlossen wird, interfraktionell die Sache zu regeln durch Einwirkung eines Staatskommissars.

Vorher sprechen hierzu noch **Berndt, Ruer, Preuß**.

Abg. *Meyer* wird mit dem weiteren Verfolg der Angelegenheit beauftragt.

¹ Die Rede des Abg. Dr. *Berndt* in der 176. Sitzung am 16. November 1920, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Sp. 13702–13705.

² In der Sitzung des Ältestenrat vom 15. November 1920, 18.30 bis 19.50 Uhr, kam eine Einigung über den Wahltermin nicht zustande, so daß diese Frage vertagt werden mußte. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

³ Wort unleserlich.

⁴ Vgl. die Anträge des 20. Ausschusses, der die Besoldungsreformgesetze vom 7. Mai 1920 zu überprüfen hatte, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 13, Nr. 3576–3781, S. 6372–6493. Vgl. auch Dok. Nr. 194.

Etat der Justizverwaltung.⁵

Dem Antrag der Deutschnationalen Volkspartei wird zugestimmt.⁶ – Dem Antrag der Mehrheitssozialdemokratie, betr. Fortführung der Untersuchungssache *Esser*, wird zugestimmt.⁷ – Dem Antrage, betr. Auflösung der Fideikomisse, stellt eine Resolution⁸ entgegen [sic]; von einem Einbringen bei der 2. Lesung wird abgesehen. Referat im Plenum: *Berndt*.⁹

Auf die Tagesordnung der nächsten Fraktionssitzung wird auf Vorschlag *Höflers*: Erhöhung der Teuerungszuschläge für Beamte gesetzt.¹⁰

II. Kronabfindung:¹¹

Hierüber berichtet *Kochmann*, der besonders das Gutachten *Schückings* bespricht; er empfiehlt von jeder Obstruktion abzustehen und lediglich den Rechtsstandpunkt einzunehmen.

Hierzu äußern sich *Ruer*, *Preuß*, *Meyer*, *Gumpert*, *Aronsohn* (Thorn).

Die Fraktion tritt dem Vorschlage *Kochmann* bei.

⁵ Vgl. Dok. Nr. 185.

⁶ Antrag der Abg. Dr. Erich *Seelmann* und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Justizverwaltung für 1920 (Neuordnung des Strafvollzugs und des Anstaltswesens), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3302, S. 5777.

⁷ Antrag der Abg. *Bubert* und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Justizverwaltung für das Rechnungsjahr 1920 (Exzesse in Osnabrück), in: ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3173, S. 5494. In Osnabrück hatten Angehörige des Korps Lichtschlag systematisch Versammlungen von Sozialisten und Pazifisten gesprengt. Auf einer Versammlung der Deutschen Friedensgesellschaft am 8. März 1920, auf der der Linksliberale und Pazifist v. *Gerlach* eine Rede gehalten hatte, hatte der Husar *Esser* in die Menge geschossen und den Sohn des Vorsitzenden der Versammlung so schwer verletzt, daß dieser seitdem linksseitig gelähmt war. Die Untersuchung gegen den Schuldigen wurde von den Behörden eingestellt. Der Antrag forderte die Fortführung des Verfahrens.

⁸ Gemeint ist vermutlich der Antrag der Abg. *Hauschildt* und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Justizverwaltung für das Rechnungsjahr 1920 (Auflösung der Familienfideikomisse usw.), in: ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3306, S. 5782, vom 16. November 1920.

⁹ Die DDP brachte gleichwohl am 23. November 1920 den Antrag der Abg. *Dominicus* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Justizverwaltung für 1920, ebd., Nr. 3339, S. 5802, ein, in der der Justizminister ersucht wurde, die Zwangsauflösung der Familiengüter unter Berücksichtigung der Agnatenrechte ohne Verzögerung durchzuführen und der Landesversammlung demnächst eine entsprechende Verordnung vorzulegen. In seiner Rede in der 177. Sitzung am 23. November 1920 betonte der Abg. Dr. *Berndt* (Stettin): »Wir fordern, daß das Rechtsinstitut der Fideikomisse sofort aus unserem Rechtsleben verschwindet, und zwar so gründlich, daß eine Wiederauferstehung nicht möglich ist.« Ebd., Anlagen, Bd. 11, Sp. 13769–13785, hier Sp. 13775, H.i.O. Die SPD hatte bereits am 16. November 1920 den Antrag der Abg. *Hauschildt* und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Justizverwaltung für 1920 (Auflösung der Familienfideikomisse), ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3306, S. 5782, eingebracht. Da der Justizminister bereits am 19. November 1920 die Verordnung über die Zwangsauflösung der Familiengüter und Hausvermögen erlassen hatte, zogen DDP und SPD ihre Anträge in der 79. Sitzung am 25. November 1920 wieder zurück. Vgl. ebd., Bd. 11, Sp. 13926.

¹⁰ Die Teuerungszuschläge für Beamte standen im 20. Ausschusses im Rahmen der Überprüfung der Besoldungsreformgesetze vom 7. Mai 1920 zur Diskussion. Die Anträge des 20. Ausschusses (für die Beamtenbesoldungsfrage) zu seinem mündlichen Bericht lagen am 13. Dezember 1920 vor. Vgl. ebd., Anlagen, Bd. 13, Nr. 3576–3781, S. 6372–6493.

¹¹ Vgl. Dok. Nr. 140, Anm. 5, Dok. Nr. 192, Anm. 11. Ferner BERLINER TAGEBLATT, 511, 6.11.1920.

III. Landessteuergesetz.¹²

Hierüber spricht **Ruer**; dieser [...] ¹³ zwecks Einbringung eines Antrags interfraktionelle Fühlungnahme.

IV. Abg. **Beutler** bringt noch zwei einander widersprechende Verfügungen des Staatsministeriums für das Memelgebiet.¹⁴

V. Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung wünscht **Schümer** das Wahlgesetz gestellt zu sehen.

VI. Zum Vertreter für die Tagung des deutschen Gewerkschaftsbundes wird *Ommert* bestimmt.

196.

23.11.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 35–38. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: 13.00 Uhr. Protokollführer: **Wittrock**. Vorsitz: **Dominicus**.

1. Die **Fraktion** stimmt der Einbringung einer Kleinen Anfrage, das Memelgebiet betreffend, durch den Abg. *Beutler* zu.¹ – Ein Antrag *Beutler*, das Altruhegehalt betr., wird den Mitgliedern des Staatshaushaltsausschusses übergeben.²

Zu der Tagung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen am 2. Dezember 1920 werden die Koll. *Struve* und *Riedel* delegiert.³

Die Einbringung eines Antrags *Barteld*, Kinderbeihilfen für Beamte und Lehrer betr., stimmt die **Fraktion** zu.⁴

¹² Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2658, S. 4335–4346, Nr. 2670, S. 4382 (Regierungsvorlage), Anlagen, Bd. 14, Nr. 4030, S. 7452, Nr. 4080, S. 7593 (Ausschußanträge), Anlagen, Bd. 15, Nr. 4107, S. 7623 (endgültige Fassung), wurde in der 150. Sitzung am 8. Juli 1920 in erster Lesung beraten und einem Ausschuß überwiesen; die zweite und dritte Lesung fand in der 208. Sitzung am 14. Januar 1921 statt. Ein Antrag ist nicht nachgewiesen.

¹³ Wort unleserlich.

¹⁴ Gemeint sein könnten die Bekanntmachung des preußischen Justizministers vom 31. März 1920, betr. Beschäftigung von preußischen Justizbeamten im Memelgebiet (IMBl. 134), und die Bekanntmachung des preußischen Justizministers vom 2. November 1920 über den Rechtshilfeverkehr mit dem Memelgebiet (IMBl. 600), in: PREUBISCHES ARCHIV, 27. Jg., 1920, Bd. 1, S. 297, und Bd. 3, S. 1848. Zur Lage des seit Januar 1920 unter alliierter Verwaltung stehenden Memelgebiets vgl. Ernst-Albrecht **PLIEG**, Das Memelgebiet 1920–1939. Deutsche Autonomiebestrebungen im litauischen Gesamtstaat, Würzburg 1962, S. 12–18.

¹ Kleine Anfrage *Beutler* (DDP) über die Regelung der Verwaltung der Kreise Ragnit und Tilsit-Land, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3338, S. 5802.

² Der Antrag ist nicht nachzuweisen. Vgl. auch die Ausschlußberichte, in: ebd., Anlagen, Bd. 13, Nr. 3577 und 3578, S. 6375–6386.

³ Gegenstand des Allgemeinen deutschen Krankentages am 2. Dezember 1920 in Berlin war die Neuordnung des ärztlichen Dienstes in der Krankenversicherung. Vgl. BERLINER TAGEBLATT, 544 und 552, 27.11. und 2.12.1920.

⁴ Antrag der Abg. *Barteld* (Hannover) und Genossen (DDP) auf Gewährung von Kinderzulagen a) für

Eine Einladung des Reichsministers *Koch* zu einem parlamentarischen Abend am 23. 11. im Reichstage wird verlesen, und die Eintrittskarten werden verteilt.

Ein Telegramm der Gemeindebeamten – Konferenz in Rheinland-Westfalen, betr. Teuerungszulagen, wird der Koll. *Otto* übergeben.⁵

1. Dienstaltersgesetz.⁶

Koll. **Barteld** berichtet darüber.

Besprechung wird zurückgestellt bis nach Erscheinen *Schümers*.

Fraktion erklärt sich bereit, dem Wunsch des Zentrums, die 3. Lesung des Gesetzes heute auszusetzen, zuzustimmen.

2. Plenum.

Über den Gesetzentwurf, betr. eine erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit der Beamten, berichtet Koll. **Barteld**.⁷

Die **Fraktion** stimmt dem Gesetz zu.

Zum Gesetzentwurf, betr. Erhebung von Kirchensteuern in den katholischen Kirchengemeinden, wird keine Stellung genommen.⁸

3. Beratung des Staatshaushaltsplanes, Justizverwaltung.⁹

Koll. **Schloßmann** weist darauf hin, daß die Angelegenheit der Kapitalverschiebung¹⁰ wahrscheinlich zur Sprache kommen werde und wir zur Stellungnahme genötigt würden.

Kinder nach vollendetem 21. Lebensjahr, b) für Stief- und Pflegekinder, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3340, S. 5803.

⁵ Die Beamten im rheinisch-westfälischen Industriebezirk hatten bereits Mitte November 1920 eine sofortige Erhöhung der Teuerungszulage von 50 auf 75 Prozent gefordert, andernfalls gedroht, in den Ausstand zu treten. Die DDP hatte daraufhin dem Reichskanzler ein Telegramm geschickt, in dem sie auf die Notlage der Beamten und auf die Gefahren eines Beamtenstreiks in dieser Region aufmerksam gemacht hatte. Vgl. BERLINER TAGEBLATT, 529, 19.11.1920. Am 2. Dezember 1920 hatte schließlich die Reichsregierung nach dringlichen Vorstellungen der Beamtenvertreter dem Reichstag eine weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für 1920 vorgelegt. Danach sollte zwar keine allgemeine Erhöhung der Teuerungszulagen vorgenommen, aber ein Teuerungszuschlag zu den Kinderzuschlägen mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 festgesetzt werden. Vertreter des Deutschen Beamtenbundes kritisierten allerdings diese Maßnahme als ungenügend. Vgl. BERLINER TAGEBLATT, 554, 3.12.1920.

⁶ Punkt 1 der Tagesordnung des Plenums vom 23. November 1920 war die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Einführung einer Altersgrenze, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2661, S. 4371–4374, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3277, S. 5747–5749 (Antrag des Hauptausschusses zu seinem mündlichen Bericht über den Gesetzentwurf). Vgl. auch die Fraktionssitzung des preußischen Zentrums vom 23. November 1920, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 174, S. 276 f. Das Zentrum wünschte eine Zurückverweisung des Gesetzentwurfs an die Kommission, die jedoch in der 177. Sitzung am 23. November 1920 abgelehnt wurde, so daß die zweite Lesung des Gesetzentwurfs in der 178. Sitzung am 24. November 1920 auf der Tagesordnung der Landesversammlung stand. Vgl. SBpLV 1919/21, Bd. 11, Sp. 13760f.

⁷ Gesetzentwurf über eine erhöhte Anrechnung der von den Staatsbeamten und Volksschullehrerpersonen während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit, ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2662, S. 4375–4377, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3278, S. 5749 (Ausschußantrag).

⁸ Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes, betr. die Erhebung von Kirchensteuern in den katholischen Kirchengemeinden und Gesamtverbänden, vom 14. Juli 1905 (Gesetzsamml. S. 281), in: ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3292, S. 5772f.

⁹ Vgl. Dok. Nr. 185 und 195.

¹⁰ Gemeint ist die Verschiebung von Kapital ins Ausland.

Kopsch und **Ruer** empfehlen Zurückhaltung.

Die **Fraktion** stimmt zu.

Juds bespricht den Antrag [Nr.] 3311 (Zulassung der Lehrer zur Schöffen- und Geschworenenstellung)¹¹ und den Antrag *Dominicus, Berndt*¹², der eine Erweiterung des sozialdemokratischen Antrages [Nr.] 3306¹³ bedeutet (betr. Auflösung der Familiengüter).

Koll. **Ruer** äußert Bedenken gegen Einbringung des Antrages.

Ebenso Koll. **Aronsohn**.

Die **Fraktion** beschließt, den Antrag vorläufig nicht einzubringen.

Koll. **Ruer** wird einen die Angelegenheit betreffenden Antrag der Fraktion vorlegen.

Koll. **Dominicus** macht Mitteilungen aus dem Ältestenausschuß.¹⁴ Sie betreffen zunächst das Vorgehen von etwa 30 Helgoländern.

Koll. **Ruer** befürwortet, für baldige Verabschiedung des Gesetzentwurfes, betr. Gemeindewahlrecht in Helgoland, einzutreten.¹⁵

Fraktion tritt ein für Begrenzung der Geltungsfrist des Gesetzes.

Die 2. Mitteilung betrifft den Wahltermin (20. Februar) und den Arbeitsplan des Hauses. Die **Fraktion** tritt ein für eine Kontingentierung der Reden im Staatshaushaltsausschuß. Die 3. Lesung des Kultusetats¹⁶ soll am 11.–14. Januar stattfinden.

Eine Frage *Ruers*, welche Gesetzentwürfe noch bis zum 18. Dezember noch erledigt werden sollen, wird dahin beantwortet: Ausführungsgesetz zum Landessteuergesetz, Etat, Landwirtschaftskammergesetz, Wahlgesetze, Besoldungsgesetz, Kirchenaustrittsgesetz, Mittelland-Kanal-Gesetz.

¹¹ Antrag der Abg. *Juds* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Justizverwaltung für 1920 (Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3311, S. 5790.

¹² Antrag der Abg. *Dominicus* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Justizverwaltung für 1920 (Auflösung der Familiengüter), in: ebd., Nr. 3339, S. 5802.

¹³ Antrag der Abg. *Hauschildt* und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Justizverwaltung für 1920 (Auflösung der Familienfideikommisse usw.), in: ebd., Nr. 3306, S. 5782.

¹⁴ Gegenstand der Ältestenratssitzung vom 16. November 1920, 17.20 bis 20.00 Uhr, war die Behandlung des Gesetzentwurfs über das Gemeindewahlrecht in Helgoland. Die Regierung wünschte die Zurückstellung der Vorlage mit Rücksicht auf die Stimmung auf Helgoland. Der Gesetzentwurf, so betonte der Geheime Legationsrat v. *Schubert* vom Auswärtigen Amt, käme den Helgoländern »nicht besonders entgegen, da sie weitgehendere Wünsche hätten. Die Regierung stehe auf dem Standpunkt daß man der Entente keine Gelegenheit, sich einzumischen, geben dürfe. Die Situation habe sich insofern geändert, als die Helgoländer auch an den Völkerbund herantreten wollten.« Die Frage wurde vertagt. Einigung wurde dagegen in Bezug auf den Wahltermin erzielt, der auf den 20. Februar 1921 festgesetzt wurde. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169DI, Nr. 44, Bd. 2. Vgl. auch BERLINER TAGEBLATT, 497, 29.10.1920.

¹⁵ Der Gesetzentwurf, betreffend das Gemeindewahlrecht in Helgoland, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2953, S. 4880f., wurde in der 161. Sitzung am 30. September 1920 in erster Lesung beraten und einem Ausschuß überwiesen. Die zweite und dritte Lesung fand in 195. Sitzung am 11. Dezember 1920 statt. Der Gesetzentwurf wurde nach den Beschlüssen in zweiter Lesung angenommen. Vgl. auch die Rede des Abg. Dr. *Ruer* in der 195. Sitzung am 11. Dezember 1920, in: ebd., Bd. 11, Sp. 14910f.

¹⁶ Die zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 (Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung), ebd., Anlagen, Bd. 13, Nr. 3530, S. 6312–6346, Anlagen, Bd. 14, Nr. 3947, S. 7283–7298, fand in der 207. Sitzung am 13. Januar 1921 statt. Die dritte Beratung des Staatshaushaltsplans für 1920, ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 2109, S. 3160f., fand in der 216. bis 219. Sitzung am 14. Januar 1921 statt.

Dem von Koll. *Ruer* entworfenen Antrag, betr. Auflösung der Familiengüter, stimmt die **Fraktion** zu.¹⁷

Besprechung des Entwurfes des Grundsteuer-Gesetzes.¹⁸

Koll. **Dominicus** berichtet darüber. Er schlägt vor, ein möglichst schnelles Begräbnis des Gesetzes herbeizuführen.

Koll. **Ruer** weist besonders hin auf die schwere außenpolitische Wirkung des Gesetzes mit Bezug auf Oberschlesien.¹⁹

Die **Fraktion** beauftragt *Dominicus*, dafür einzutreten, daß das Gesetz nicht auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Koll. **Schümer** beantragt, die Sache vorher mit den Ministern *Fischbeck* und *Oeser* zu besprechen.

Aussprache über den Entwurf des Landwirtschaftskammergesetzes.²⁰

Koll. **Dominicus** berichtet über den Antrag *Siering*, *Dominicus* und Genossen, Nr. 3331. Er betrifft die Wahlen zur Landwirtschaftskammer.

Die **Fraktion** stimmt der Einbringung des Antrages zu.²¹ Koll. *Iversen* wird den Antrag im Plenum begründen.²²

Es wird nun eingetreten in die Besprechung des Dienstaltesgesetzes.²³

Koll. **Schümer** spricht dazu. Er tritt dafür ein, daß das Gesetz auch auf die Lehrer an höheren und Mittelschulen der Gemeinde ausgedehnt werde. Anders liege die Sache für die übrigen Kommunalbeamten. Die finanzielle Belastung, die durch Ausdehnung des Gesetzes eintrete, sei gering. Er beantragt, daß ein seinem Vorschlage entsprechender Zusatz in das Gesetz aufgenommen werde.

Koll. **Ruer** bezweifelt, ob eine solche Änderung in dieser Lesung noch möglich sei. Er schlägt nochmalige Zurückverweisung an die Kommission vor.

Koll. **Barteld** äußert Bedenken gegen Ausdehnung des Gesetzes auf alle Kommunalbeamten, schlägt vor, daß vielmehr den Kommunen das Recht zugestanden werde, durch

¹⁷ Gemeint ist der Antrag der Abg. *Dominicus* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Justizverwaltung für 1920 (Auflösung der Familiengüter), in: ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3339, S. 5802.

¹⁸ Der Gesetzentwurf, betr. die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundbesitz, ebd., Nr. 3310, S. 5784–5790, ging am 17. November 1920 der Landesversammlung zu. Er blieb unerledigt. Vgl. auch Dok. Nr. 186.

¹⁹ Die von den Alliierten dekretierte Volksabstimmung in Oberschlesien über den Verbleib beim Reich fand am 20. März 1921 statt. Vgl. SCHULTHESS 1921/II, S. 281.

²⁰ Der Antrag der Abg. *Siering*, *Dominicus* und Genossen (SPD, DDP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Abänderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammern vom 30. Juni 1894 (Gesetzsamml. S. 126), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3331, S. 5798 f., wurde in der 179. Sitzung am 25. November 1920 dem verstärkten Landwirtschaftsausschuß überwiesen, der am 1. und 2. Dezember den Antrag beriet. Vgl. den Ausschlußbericht, in: ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3518, 6287–6301.

²¹ Der Antrag (Nr. 3331) wurde bereits am 20. November 1920 gestellt.

²² Die zweite und dritte Beratung des Antrages der Abg. *Siering*, *Dominicus* und Genossen (SPD, DDP) (Nr. 3331) fanden in der 199. Sitzung am 16. Dezember 1920 statt. Redner der DDP waren *Schreiber* und *Westermann*. Vgl. ebd., Bd. 12, Sp. 15154–15161, 15178 f. und Sp. 15174.

²³ Gesetzentwurf, betr. Einführung einer Altersgrenze, in: ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2661, S. 4371–4374, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3277, S. 5747–5749 (Antrag des Hauptausschusses zu seinem mündlichen Bericht über den Gesetzentwurf). Vgl. Dok. Nr. 193.

Ortsstatut die Sache zu regeln. Er hat Bedenken, keinen Unterschied zu machen zwischen Lehrern und Gemeindebeamten.

Schloßmann äußert nochmals seine Bedenken gegen das ganze Gesetz [aus] finanziellen Gründen. Hält es für bedenklich, die Gemeindebeamten in das Gesetz einzubeziehen.

Ein Antrag *Barteld*, dem § 7 einen § 7^a hinzuzufügen, wird verlesen.²⁴ Er verlangt, daß die Bestimmungen des Gesetzes auf die Kommunalbeamten ausgedehnt werden können.

Koll. **Rade** regt an, ob wir nicht versuchen sollten, für Lehrer an Hochschulen das 70. Jahr als Altersgrenze einzuführen.

Koll. **Ruer** äußert Bedenken gegen den Vorschlag *Barteld*, die Angelegenheit durch Ortsstatut zu regeln. Er tritt nochmals ein für Rückverweisung des Gesetzes an den Ausschuß.

Koll. **Barteld** spricht gegen den letzten Vorschlag. Den Bedenken gegen das Gesetz kann er nicht zustimmen.

Antrag *Ruer*, den Antrag auf Rückverweisung an die Kommission im Plenum zu stellen, wird abgelehnt. Ebenso der Antrag *Rade*, die Altersgrenze für Hochschullehrer auf 70 Jahre festzusetzen. Der Antrag *Schümer*, das Gesetz auf Lehrer an höheren und mittleren Gemeindeschulen auszudehnen, wird angenommen. Ebenso Antrag *Barteld*, die Sache für Gemeindebeamte durch Orts- oder Provinzialstatut zu regeln.

Angenommen wird, in der Entschließung a zum Gesetz einzuschieben die Worte: »und Elsaß-Lothringen.«²⁵

Als Redner für das Gesetz wird Koll. *Barteld* bestimmt.²⁶

Koll. **Kochmann** berichtet über Zulassung der Frauen zum Vorbereitungsdienst für den Justizdienst und zu den juristischen Prüfungen.

Die **Fraktion** beschließt, für den sozialdemokratischen Antrag [Nr.] 3305 einzutreten.²⁷

Koll. **Schloßmann** berichtet über den Stand des Hebammengesetzes.²⁸ Er schlägt vor, den Provinzen die Anstellung der Hebammen zu übertragen.

²⁴ Antrag der Abg. *Dominicus* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Einführung einer Altersgrenze (Nr. 2661, 3277), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3352 zu 2, S. 5806. § 7a sollte lauten: »Die Bestimmungen dieses Gesetz können durch Orts- (Provinzial- oder anderes) Statut auch für Kommunalbeamte in Kraft gesetzt werden.« Nach § 7 der Regierungsvorlage sollte das Staatsministerium die Wirkung der im Gesetz vorgeschriebenen Altersgrenze bis zu einem späteren Zeitpunkt hinausschieben können. Vgl. ebd., Nr. 3277, S. 5747–5748, hier S. 5748. Der Antrag wurde in der 178. Sitzung am 24. November 1920 abgelehnt.

²⁵ Die Initiativen mündeten in den Antrag der Abg. *Dominicus* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Einführung einer Altersgrenze (Nr. 2661, 3277), in: ebd., Nr. 3352, S. 5806.

²⁶ Die Rede des Abg. *Barteld* in der 198. Sitzung am 15. Dezember 1920, in: ebd., Bd. 12, Sp. 15062f.

²⁷ Antrag der Abg. *Hauschildt* und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Justizverwaltung betr. Zulassung der Frauen zu den juristischen Vorprüfungen usw., in: ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3305, S. 5782.

²⁸ Der Gesetzentwurf, betr. das Hebammenwesen, ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 2983, S. 4939–4949, Anlagen, Bd. 14, Nr. 3885 A (Ausschußbericht), Nr. 3885 B (Zusammenstellung des Gesetzentwurfs mit den endgültigen Ausschlußbeschlüssen), wurde in der 161. Sitzung am 30. September 1920 in erster Lesung beraten und an den Ausschuß für Bevölkerungspolitik überwiesen. Vgl. auch Dok. Nr. 180. Die zweite Lesung fand in der 203. und 205. Sitzung am 11. und 12. Januar 1921 statt. Die Vorlage blieb allerdings in der laufenden Legislaturperiode unerledigt.

Schümer schlägt vor, um das Gesetz durchzubringen, für Anstellung durch die Kreise einzutreten, wenn Anstellung durch die Provinzen abgelehnt wird.²⁹

Die **Fraktion** stimmt dem Vorschlage *Schloßmann* zu.

Koll. **Jansen** berichtet über den Stand der Beratung der Wahlgesetze.³⁰

Koll. **Barteld** bittet, daß die Kollegen bei den Abstimmungen über die Wahlgesetze möglichst alle zugegen sein möchten.

Die Kollegen sollen dementsprechend vor den Abstimmungen aufgefordert werden.

197.

24.11.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 39. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Otto.

Plenum.

Zum Punkt 3 [Erste Beratung des Antrags der Abg. *Siering, Dominicus* und Genossen (SPD, DDP) auf Annahme eines Gesetzes über Landwirtschaftskammern vom 30. Juni 1894 (Gesetzsamml. S. 126), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3331, S.5798f.] Landwirtschaftskammergesetz wird Abg. *Iversen* sprechen.¹

Zu Punkt 6 [Beratung des Antrages des Geschäftsordnungsausschusses, betreffend die Genehmigung zur Fortführung einer Widerklage gegen den Abgeordneten *Müller* (Harmeln), ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr.3057, S. 5158f.] wird beschlossen, den Ausschußanträgen zuzustimmen.

Eine Kleine Anfrage *Dönhoff*, betr. Zulassung zur Staatlichen Akademie für Kirchenmusik, wird gut geheiß.²

Abg. **Rade** wünscht rechtzeitige Orientierung der Fraktion zu der Frage der Zuschußforderungen des Evangelischen Oberkirchenrats³ – wird Donnerstag auf die Fraktionsgesetzgebung gesetzt.

²⁹ Während die Regierungsvorlage die Anstellung der Hebammen in die Zuständigkeit der Kreise legte, sollten nach den Ausschlußbeschlüssen die Provinzialverbände für die Anstellung zuständig sein. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 14, Nr. 3885 B, S. 7146 f.

³⁰ Der Gesetzentwurf über die Wahlen zum Preußischen Landtag, ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3051, S.5135–5155, und der Gesetzentwurf, betr. die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen, ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 3001, S. 4962–4967, wurden in der 188. Sitzung am 3. Dezember 1920 in zweiter Lesung beraten.

¹ Die Rede des Abg. *Iversen* in der 179. Sitzung am 25. November 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 11, Sp. 13926 f.

² Kleine Anfrage der Abg. Frau Dr. *Heine* und Frau *Dönhoff* (DDP) über die Zulassung weiblicher Bewerber zum Besuch des akademischen Instituts für Kirchenmusik in Charlottenburg, in: ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3461, S. 6190.

³ Dies bezieht sich auf den Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Mitteln zur Aufbesserung des Dienststeinkommens der Geistlichen der evangelischen Landeskirchen, ebd., Anlagen, Bd. 7, Nr.2340, S. 3671 f., Nr. 2437, S. 3931 f., Anlagen, Bd. 13, Nr. 3579, S. 6387–6390 (Ausschußantrag).

In dem Konflikt des Abg. *Höfler* mit den Deutschnationalen, die auf Grund einer ihm vorgeworfenen Indiskretion dessen Abberufung aus dem 20. Ausschuß⁴ fordern, beschließt **Fraktion** einstimmig mit wenigen Enthaltungen: das Verhalten des Abg. *Höfler* zu billigen und ihm sein Mandat im 20. Ausschuß zu belassen.

Abg. **Barteld** zu Punkt 1 des Plenums [Zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Einführung einer Altersgrenze, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2661, S. 4371–4374, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3277, S. 5747–5749 (Antrag des Hauptausschusses zu seinem mündlichen Bericht über den Gesetzentwurf)], tritt ein für einen Vermittlungsvorschlag zum Gesetz über die Altersgrenze unter Voraussetzung der Zustimmung der Sozialdemokratie, einen Zentrumsantrag anzunehmen, der das 68. Jahr als Altersgrenze annimmt.⁵

Abg. **Höfler** teilt mit, daß Sozialdemokratie alle Abänderungsanträge ablehnen wird, so daß obiger Vorschlag hinfällt. In Betreff 1. der Anwendung durch Ortsstatut auf die Kommunalbeamten – 2. der Ausnahmestellung der richterlichen Beamten – 3. Ausdehnung auf nichtstaatliche höhere Lehranstalten, wird auf Ausschußanträge zurückgegangen. Zurücknahme des letzteren soll vom Redner ausdrücklich begründet werden.

Abg. **Ruer** wendet sich gegen das ganze Gesetz, nachdem die Voraussetzung der Zustimmung aller Fraktionen nicht mehr zutrifft.

Abg. **Schümer** beantragt, die Stellungnahme dem Gesetz im Ganzen gegenüber nicht noch mal zur Diskussion zu stellen.

Abg. **Schloßmann** warnt vor geteilter Abstimmung.

Abg. **Ruer** erklärt, sich einem entsprechenden Wunsch der Fraktion nicht fügen zu können.

198.

25.11.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 40. Beginn: 10.20 Uhr. Ende: 11.15 Uhr. Protokollführer: Sommer. Vorsitz: Schmiljan.

Als entschuldigt fehlt *Dominicus*. Dann gibt der Vorsitzende den Geschäftsplan der nächsten Vollsitzungen an.

I. Plenum.

a) Landwirtschaftskammergesetz. Redner: *Iversen*. Das Gesetz soll an den Ausschuß zurückverwiesen werden.¹

b) Landeskulturämter: Abg. *Degenhardt* Redner im Plenum.²

⁴ Ausschuß für Beamtenbesoldung.

⁵ Das Zentrum hatte die Anhebung der Altersgrenzen von 65 auf 68 bzw. 68 auf 70 Jahre beantragt. Vgl. den Antrag der Abg. *Schulte* (Breslau) und Genossen (Z) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Einführung einer Altersgrenze (Nr. 2661, 3277), in: SBpLV 1919/21 Anlagen, Bd. 11, Nr. 3351, S. 5806.

¹ Vgl. Dok. Nr. 197.

² In der zweiten und dritten Beratung des Gesetzentwurfs über die Errichtung neuer Landeskulturämter, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2861, S. 4718f., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3242, S. 5690–5701,

c) Eingabe von Lottereeinnahmen³ (Antrag [...])⁴.

Hierzu sprechen **Otto, Berndt, Grund**.

Die **Fraktion** wird der EntschlieÙung zustimmen.⁵

II. ZuschuÙforderungen des Evangelischen Oberkirchenrats.⁶

Hierüber berichtet **Schümer**.

Weiter äußert sich **Rade**, der mitteilt, daß der Finanzminister einen die Wünsche der evangelischen Geistlichen entsprechenden Zusatzantrag, betr. zu gewährende Vorschüsse, einbringen will, ferner **Otto**.

Die Mehrheit der **Fraktion** (11:1) tritt für den Vorschlag *Schümer* [ein]: Einreihung der Geistlichen in Klasse X bzw. XI und Gewähr der Ausgleichsentschädigung ab 1.4.20.

III. Einreihung der in kommunalen höheren und mittleren Schulen tätigen Lehrer in das Gesetz.

Berichterstatter **Schümer**.

Die **Fraktion** beschließt die Einbringung eines dementsprechenden Antrags.⁷

IV. Abstimmungstag in Oberschlesien:⁸

Berichterstatter **Grund**, der den 17. Januar 1921 wegen seiner Nähe an der Preußenwahl gegenüber [für] bedenklich hält.

Hierzu sprechen **Rade, Schümer, Schmiljan, Kochmann, Buers, Schreiber, Beutler, Wittrock, Berndt**.

Es wird beschlossen, im Einvernehmen mit den anderen Parteien dahin zu wirken, daß die Parteitagitation bis zum 17. I. 21 in Rücksicht auf Oberschlesien unterbleibe, und falls dies nicht anginge, im ÄltestenausschuÙ eine Verschiebung der Preußenwahl in Anregung zu bringen.

in der 179. Sitzung am 25. November 1920 sprach für die DDP kein Abgeordneter. Der Gesetzentwurf wurde nach den Ausschußbeschlüssen angenommen.

³ Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 (Lotterieverwaltung) mit dem Antrag des Haushaltsausschusses, ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3210, S. 5568.

⁴ Wort unleserlich.

⁵ Mit der EntschlieÙung ist ein Antrag *Struve* gemeint, der während der Beratung des Haushalts der Lotterieverwaltung in der 101. Sitzung des Hauptausschusses am 23. Oktober 1920 eingebracht worden war und bezweckte, für Kriegsbeschädigte und Berufsverletzte neue Lottereeinnahmestellen zu schaffen. Nach Verhandlungen zwischen DDP, Zentrum und SPD wurde der Antrag von der SPD als Antrag *Peters*, ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3363, S. 5809, in der 179. Sitzung am 25. November 1920 eingebracht. Vgl. ebd., Bd. 11, Sp. 13943 f., und die Rede des Abg. *Struve* in der 179. Sitzung am 25. November 1920, in: ebd., Bd. 11, Sp. 13948 f.

⁶ Vgl. Dok. Nr. 197.

⁷ Antrag der Abg. *Dominicus* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Einführung einer Altersgrenze (Nr. 2661, 3277), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3352, S. 5806.

⁸ Nach dem Friedensvertrag fand in Oberschlesien am 20. März 1921 die Volksabstimmung über den Verbleib Oberschlesiens bei Deutschland statt. Vgl. SCHULTHESS 1921/II, S. 281.

199.

26.11.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 41. Beginn: 10.20 Uhr. Ende: 11.25 Uhr. Protokollführer: Sommer. Vorsitz: Dominicus, zeitweise Schreiber.

I. Plenum:

Verfassung.¹

a. Über die Frage des Konkordats (Zentrumsantrag *Porsch*) verbreitet sich **Rade**.

Es sprechen hierzu **Meyer, Berndt, Struve**.

Beschlossen wird, dem Antrag [Nr.] 3244 (*Porsch*) unter scharfer staatspolitischer Begründung zuzustimmen.²

b. **Schreiber** regt an, sich über die Frage der Karenzfrist innerhalb der Fraktion auszusprechen, angesichts der neuen Kreistagswahlen.³

Hierzu sprechen **Dominicus, Barteld, Meyer**.

Dem Antrage *Beyer*⁴, welcher den Kreisen diese Übergangsfrist zugestehen will⁵, wird nicht zugestimmt.

II. Der **Vorsitzende** bespricht darauf den gegenwärtigen Stand des Grundsteuergesetzesentwurfs und die Stellung des Finanzministers hierzu; besonders ist Rücksichtnahme auf Oberschlesien geboten. Der **Vorsitzende** wird beauftragt, im Ältestenausschuß dafür zu wirken, daß dieser Gesetzentwurf als nicht spruchreif nicht mehr zur Behandlung im Plenum kommt.⁶

Hierzu sprechen noch: **Schreiber, Grund, Juds, Schümer**.

III. Der Anfrage *Iversen* über die eventuelle Losbröckelung von Teilen Schleswig-Holsteins zwecks Angliederung an ein Groß-Hamburg steht nichts im Wege.

Hierzu sprechen: **Struve, Schümer, Meyer, Schloßmann**.

¹ Die dritte Beratung des Verfassungsentwurfs, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2000, S. 3005–3009, begann in der 180. Sitzung am 26. November 1920 und endete in der 185. Sitzung am 30. November 1920 mit der Annahme der Verfassung.

² Nach der vom Zentrum im Antrag der Abg. Dr. Dr. *Porsch* und Genossen (Z) zur dritten Beratung des Entwurfs einer Verfassung des Freistaates Preußen vorgeschlagenen Fassung des § 63 Abs. 3 der Verfassung sollten die bisher vom König gegenüber der katholischen Kirche ausgeübten Rechte »einem Verträge mit dem päpstlichen Stuhl vorbehalten« bleiben. Vgl. ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3344, S. 5804.

³ Vgl. Dok. Nr. 192, Anm. 8. Ferner die Zusammenstellung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen (Nr. 3001) mit den Beschlüssen des 25. Ausschusses, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3451, S. 6169–6181. Nach den §§ 2 und 12 der Regierungsvorlage sollte derjenige wahlberechtigt zu den Provinziallandtagen und Kreistagen sein, der seit sechs Monaten in der Provinz bzw. im Kreis seinen Wohnsitz hatte. Diese Befristung fiel im Ausschuß. Vgl. ebd., S. 6169, 6172.

⁴ Eduard *Beyer* (1854–1926), Amtsgerichtsrat Neustadt (Oberschlesien), 1908–1918 MdpAH, 1919–1921 MdpLV, 1921–1924 MdpLT (Z).

⁵ Gemeint ist der im Ausschuß in der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs gestellte Zentrumsantrag Nr. 23. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3451, S. 6127–6181, hier S. 6153.

⁶ In der Sitzung des Ältestenrats vom 9. Dezember 1920, 12.15 bis 13.20 Uhr, wurde gleichwohl beschlossen, die Grundsteuervorlage am 11. Dezember auf die Tagesordnung zu setzen. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

Die **Fraktion** gestattet *Struve* eine gleichlautende Kleine Anfrage.⁷

IV. **Schloßmann** gibt die Gesichtspunkte bei Behandlung des Etats des Wohlfahrtsministeriums im Plenum, wo er Vertreter der Fraktion [ist], an, die seinen Ausführungen zu Grunde liegen werden.⁸

Die von dem Berichterstatter in Anregung gebrachte Forderung der freien Wirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungsmarktes wird als bedenklich von **Schreiber**, **Dominicus**, **Grund** bezeichnet und vorsichtige Behandlung dieser Frage gewünscht.

Die **Fraktion** ist damit einverstanden.

200.

29. 11. 1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 42 f. Beginn: 10.20 Uhr. Ende: 12.20 Uhr. Protokollführer: Sommer. Vorsitz: Dominicus.

I. Grundsteuer.¹

Dr. **Schreiber** berichtet über die Verhandlungen mit dem Finanzminister.

Grund tritt grundsätzlich für eine Grundsteuer im Staate ein, hält aber die Bedenken wegen der Abstimmung in Oberschlesien für sehr erheblich.

Es wird beschlossen, dem Finanzminister mitzuteilen, daß wir aus nationalen Gründen und aus Gründen der Geschäftsordnung gegen die jetzige Regelung [Bedenken] haben.

Minister **Oeser**, der erst nach dem Beschluß erscheint, schließt sich an.

Eine Kleine Anfrage *Aronsohn* wird genehmigt.² Es wird beschlossen, eine Zurückziehung der Vorlage zu empfehlen.

Schloßmann bespricht die geplante Eingemeindung von Langerfeld und Nächstebreck in Barmen.³

Schloßmann berichtet über die Anträge zum Volkswohlfahrtshaushalt.⁴

⁷ Kleine Anfrage *Iversen* (DDP) über Angliederung von Teilen der Provinz Schleswig-Holstein an Hamburg, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3431, S. 5846.

⁸ Die zweite Beratung des Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt für 1920, ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3050, S. 5114–5134, fand in der 179., 181. und 182. Sitzung am 25., 27. und 29. November 1920 statt. Die Rede des Abg. *Schloßmann* in der 181. Sitzung am 27. November 1920, in: ebd., Bd. 11, Sp. 14136–14146.

¹ Gesetzentwurf, betr. die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundbesitz, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3310, S. 5784–5790. Vgl. auch Dok. Nr. 199.

² Kleine Anfrage des Abg. *Aronsohn* (Thorn) (DDP) über die Internierung von Thorner Bürgern deutscher Nationalität, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3435, S. 5848.

³ Vgl. den Antrag der Abg. *Hauschildt*, Dr. *Schloßmann* und Genossen (SPD, DDP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die Erweiterung des Stadtkreises Barmen, in: ebd., Nr. 3439, S. 5861 f.

⁴ Vgl. die Anträge zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt für 1920 der Abg. *Hauschildt* und Genossen (SPD) (Nr. 3080), der Abg. *Siering* und Genossen (SPD) (Ausbildung von Sozialarbeiterinnen) (Nr. 3181), der Abg. *Ludwig* und Genossen (USPD) (Sozialisierung der ärztlichen Heiltätigkeit) (Nr. 3182) und der Abg. Frau Dr. *Lauer* und Genossen (Z) (Mittel für so-

Es wird beschlossen, die Forderungen zu bewilligen, sobald der Finanzminister zugestimmt hat.

II. **Düker** erbittet die Zustimmung der Fraktion zur Einbringung eines Antrags, betr. Gewähr von Lebensmittelzulagen und Überschichtengelder für die Staatsbeamten des Bergwerksbezirks Recklinghausen.

Es spricht hierzu Minister **Fischbeck**, welcher vor allem die Tätigkeit des ad hoc gewählten Untersuchungsausschusses bald abgeschlossen wissen will, um klar sehen zu können.

Der endgültige Beschluß hierzu wird auf morgen vertagt.⁵

III. Besprochen wird sodann der Entwurf zum Gesetz, die Wahlen zum Staatsrat betreffend.⁶

Hierzu äußern sich **Schreiber, Meyer, Ruer, Dominicus**.

Dem Entwurfe wird im allgemeinen zugestimmt. Als Vertreter der Fraktion bei der interfraktionellen Besprechung werden *Preuß, Meyer, Ruer* bestimmt.

IV. **Meyer** spricht sodann über die Zusammensetzung des Reichsrats (Vertreter der Provinz) und schlägt die Wahl der Provinzvertreter durch den Staatsrat vor.⁷

Es reden hierzu **Ruer, Schreiber, Oeser, Schloßmann, Goll, Struve**.

Es wird beschlossen, daß die Vertreter der Fraktion sich eine gewisse Zurückhaltung auferlegen und die Stellung des Zentrums abwarten. Die Angelegenheit soll dann nochmals der Fraktion vorgetragen werden.⁸

V. Morgen abend 19.30 Uhr soll die Fraktion mit den Mitgliedern der Reichstagsfraktion gemächlich im Reichstage zusammenkommen.

ziale Ausbildungszwecke) (Nr. 3257), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3180–3182, S. 5540 f., Nr. 3257, S. 5706. Vgl. auch Dok. Nr. 199.

⁵ Antrag der Abg. *Limbertz, Harsch, Düker, Tegeder, Martin, Berten* (Düsseldorf) und Genossen (SPD, Z, DDP, DVP, DNVP, USPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für 1920 (Vergütung für Pflichtüberschichten an die Bergwerksbeamten des Bergwerksdirektionsbezirks Recklinghausen), vom 3. Dezember 1920, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3472, S. 6202. Zum Untersuchungsausschuß vgl. Dok. Nr. 190.

⁶ Die erste Beratung des Antrages der Abg. *Siering* und Genossen (SPD) auf Annahme eines Gesetzes über die Wahlen zum Staatsrat, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3454, S. 6183–6186, fand in der 189. Sitzung am 4. Dezember 1920 statt.

⁷ In der 189. Sitzung am 4. Dezember 1920 erfolgte die erste Lesung des Antrags der Abg. *Siering, Dr. Dr. Porsch, Dominicus, Hergt, Dr. v. Krause* (Ostpreußen), *Ludwig* und Genossen (SPD, Z, DDP, DNVP, DVP, USPD) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen. Vgl. ebd., Nr. 3463, S. 6191 f. Die den Provinzialverwaltungen gemäß Artikel 63 der Reichsverfassung zustehende Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats sollte durch die Provinzialausschüsse der elf Provinzen bzw. den Wahlkörper der Grenzmark Posen-Westpreußen und den Magistrat der Stadt Berlin erfolgen (§ 1). Jede der Provinzen, die Grenzmark und die Stadt Berlin sollten je ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied in den Reichsrat entsenden (§ 2). In Verbindung damit wurde der Antrag der Abg. *Siering, Dr. Dr. Porsch, Dominicus, Hergt, Dr. v. Krause* (Ostpreußen), *Ludwig* und Genossen (SPD, Z, DDP, DNVP, DVP, USPD) über die Erhöhung der preußischen Stimmen im Reichsrat, ebd., Nr. 3464, S. 6192, verhandelt. Der Antrag forderte, im Wege der Reichsgesetzgebung die preußischen Stimmen derart zu erhöhen, daß jede Provinz einen Vertreter in den Reichsrat entsenden konnte. Der Antrag Nr. 3464 wurde angenommen, der Antrag Nr. 3463 dem Verfassungsausschuß überwiesen.

⁸ Vgl. die Fraktionssitzung des preußischen Zentrums vom 2. Dezember 1920, in: ZENTRUMSFRAKTION, Nr. 179, S. 282 f.

VI. Plenum.

Bauverwaltung. Referent: *Rebehn*.⁹

VII. **Schümer** bespricht sodann einen Antrag, betr. Versetzung unmittelbarer Staatsbeamter, Lehrpersonen [in den Ruhestand].¹⁰

Dieser soll morgen endgültig abgetan werden.

VIII. Gleichstellung der Alt- und Neupensionäre (Antrag der DNVP).¹¹

Es wird bedauert, daß die DNVP diese von allen Parteien gutgeheißene und vertretene Gleichstellung so parteipolitisch ausschachtet.

IX. **Preuß** regt an, die einzelstaatliche diplomatische Vertretung innerhalb des Reichs (Gesandtschaften) durch entsprechenden Antrag zu beseitigen.

X. **Schreiber** gibt eine Reihe von Zuschriften bekannt: a) Staatliche Zuschüsse zu den Siedlungsgesellschaften; *Berghaus* wird mit der Vertretung der Fraktion im landwirtschaftlichen Ausschuß in dieser Frage beauftragt. – b) Entschließung des Beamtenausschusses der demokratischen Fraktion (Erhöhung der Teuerungsgelder auf 75 %) wird dem Besoldungsausschuß überwiesen.

Nachträglich erscheint noch Staatssekretär **Troeltsch** und teilt die Stellung des Zentrums zum § 63 [der Verfassung hinsichtlich] des Kirchengesetzes (Konkordat) mit und weist auf die Gefahren hin, welche die Annahme des 3. Satzes der Bestimmungen für den Staat gegenüber der Kurie in sich birgt.¹²

Es soll ein die Sache regelnder Abänderungsantrag von seiten der Demokraten eingebracht werden, des Inhalts, daß § 137 der Reichsverfassung¹³ davon nicht berührt werde. Es wird folgende Fassung vorgeschlagen: »Die Neuregelung der bisher vom König gegenüber der katholischen Kirche ausgeübten Rechte, soweit sie auf den nach Vereinbarungen mit der römischen Kurie ergangenen Zirkumskriptionsbullen beruhen, bleibt einem Verträge mit dem geistlichen Stuhl vorbehalten«. ¹⁴

⁹ Die zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 (Bauverwaltung), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2968, S. 4910–4923, fand in der 183. und 186. Sitzung am 29. November und 1. Dezember 1920 statt. Die Rede des Abg. *Rebehn* in der 186. Sitzung am 1. Dezember 1920, in: ebd., Bd. 11, Sp. 14335–14340.

¹⁰ Vgl. Dok. Nr. 201.

¹¹ Kleine Anfrage der Abg. *Hergt* und Genossen (DNVP) über die Gleichstellung der Bezüge der Alt- und Neupensionäre, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3349, S. 5805.

¹² In der 184. Sitzung am 30. November 1920 wurde die dritte Beratung des Entwurfs einer Verfassung des Freistaates Preußen (Nr. 2000), ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3120 A–D, S. 5213–5471 (Ausschußbericht), Anlagen, Bd. 11, Nr. 3280, S. 5750–5767, fortgesetzt. Beraten wurde der Antrag der Abg. Dr. Dr. *Porsch* und Genossen (Z) (zu § 63) vom 29. November 1920, ebd., Nr. 3420, S. 5821, der den Zentrumsantrag vom 24. November, ebd., Nr. 3344, S. 5804, ersetzte. Nach Abs. 3 des am 24. November eingebrachten Antrags sollte die Neuregelung der bisher vom König gegenüber der katholischen Kirche ausgeübten Rechte einem Verträge mit dem päpstlichen Stuhl vorbehalten bleiben. Nach Abs. 3 des fünf Tage später gestellten Antrags sollten die bisher vom König gegenüber den Religionsgesellschaften ausgeübten Rechte im Sinne des Artikels 137 der Reichsverfassung neu geregelt werden. Nach Abs. 4 sollten die bisher vom König auf Grund von Vereinbarungen mit dem Päpstlichen Stuhl ausgeübten Rechte durch eine neue Vereinbarung ersetzt werden. Vgl. auch Dok. Nr. 199.

¹³ Artikel 137 der Reichsverfassung regelte die Rechtsstellung der Religionsgesellschaften.

¹⁴ Ein Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Der Abg. D. *Rade* äußerte allerdings in der 184. Sitzung am 30. November 1920 die Bedenken seiner Fraktion gegenüber dem vierten Absatz des Zentrums-

201.

30.11.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 44. Beginn: 10.10 Uhr. Ende: 11.25 Uhr. Protokollführer: Sommer. Vorsitz: Dominicus, zuletzt Otto.

Tagesordnung:

I. **Struve** bespricht einige Abänderungsvorschläge für den Wortlaut der Verfassung.

Es äußern sich hierzu **Meyer, Goll, Dominicus, Sommer** und **Schreiber**.¹

II. Antrag Dr. Dr. *Porsch* zu Art. 63 der Verfassung.² [...] ³

Zur Besprechung wird der frühere Abg. P[farrer] *Graue*⁴ zugezogen.

Schreiber berichtet sodann über die zwischen den Parteien gepflogene Vorbesprechung.

Es ergreifen hierzu das Wort **Meyer, Struve, Rade, Troeltsch, Goll, Gottschalk, Schümer, Schreiber**.

Es wird beschlossen, für § 1–3 des Antrags zu stimmen und § 4 abzulehnen. Referent im Plenum: *Rade*.⁵

III. Antrag *Hauschildt*, betr. Entschädigung der Hohenzollern.⁶

Hierzu sprechen **Kochmann, Minister Fischbeck, Aronsohn** (Thorn), **Struve, Meyer**.

antrags. Zwar würden abänderungsbedürftige Vereinbarungen auf dem Verhandlungswege mit der Kurie modifiziert werden müssen, doch sei es nicht ganz zu rechtfertigen, wenn man »jetzt eine Macht wie den päpstlichen Stuhl, den wir in seiner Bedeutung für die katholische Kirche in unserm Vaterlande und zugleich damit für den Preußischen Staat ganz gewiß nicht unterschätzen, an dieser Stelle als einen Faktor mit in unsere preußische Verfassung« einführen würde. Deshalb bat er das Zentrum auf den vierten Absatz des Antrags zu verzichten. Dies lehnte jedoch das Zentrum ab. In der folgenden Abstimmung wurde der Absatz 4 des Zentrumsantrags im Plenum abgelehnt. Vgl. ebd., Bd. 11, Sp. 14264 f. und Sp. 14270.

¹ Vgl. die Anträge zur dritten Beratung des Entwurfs einer Verfassung des Freistaates Preußen (Nr. 3280), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3322, S. 5795 f., Nr. 3330, S. 5798, Nr. 3369, S. 5813, Nr. 3411–3415, S. 5818 f., Nr. 3420, S. 5821.

² Antrag der Abg. Dr. Dr. *Porsch* und Genossen (Z) zur dritten Beratung des Entwurfs einer Verfassung des Freistaates Preußen (Nr. 3280), in: ebd., Nr. 3420, S. 5821. Vgl. Dok. Nr. 200.

³ Im Original: »siehe vorige Seite«.

⁴ Der Pfarrer Dietrich *Graue* gehörte von 1913 bis 1918 dem Preußischen Abgeordnetenhaus an. 1925 und 1928 wurde er für die DDP wieder ins preußische Parlament gewählt.

⁵ Die Rede des Abg. D. *Rade* in der 184. Sitzung am 30. November 1920, in: SBpLV 1919/21, Bd. 11, Sp. 14264 f.

⁶ Der Antrag der Abg. *Hauschildt* und Genossen (SPD) über den Erlaß eines Reichsgesetzes, betr. entschädigungslose Übereignung des Vermögens der Hohenzollern an die Republik Preußen und über die Gewährung einer angemessenen Unterhaltsrente an Mitglieder des Hauses Hohenzollern, ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3415, S. 5819 (Antrag *Hauschildt*), Nr. 3423, S. 5822 (Abänderungsantrag *Ludwig*), Nr. 3424, S. 5822 (Antrag *Siering* (SPD)), wurde in der 184. und 185. Sitzung am 30. November 1920 verhandelt und abgelehnt. Der Antrag *Siering* (SPD), Nr. 3424, nach dem die Staatsregierung den Gesetzentwurf zurückziehen und in neue Verhandlungen mit Vertretern des Hauses Hohenzollern eintreten sollte, wurde dem Rechtsausschuß überwiesen. Vgl. auch Dok. Nr. 192, Anm. 11.

Es wird beschlossen, den Antrag abzulehnen; durch den Rechtsausschuß soll die Rückverweisung der Vorlage zwecks neuer Basierung beantragt werden. *Aronsohn* (Thorn) soll in diesem Sinne eine formulierte Erklärung abgeben.

IV. **Schloßmann** gibt die weitere Tagesordnung des Plenums bekannt.⁷

V. Zu dem Etat der Polizeibeamten soll *Degenhardt* im Plenum sprechen.⁸

Minister **Fischbeck** äußert sich sodann zu dem von *Düker* [...] eingebrahten Antrage zum Bergetat¹⁰, der eine Andersfassung des Antrags für geboten erklärt.

Es sprechen hierzu **Schümer, Düker**.

Dem Wunsche *Fischbecks* wird entsprochen.

VI. **Schümer** teilt sodann einen Antrag *Oelze*, betr. Versetzung der unmittelbaren Staatsbeamten und Lehrpersonen in den Ruhestand, [mit].¹¹

Es wird beschlossen, falls vom Finanzminister kein Widerstand geleistet wird, zuzustimmen.

⁷ Auf der Tagesordnung der 185. Sitzung am 30. November 1920 stand neben der Fortsetzung der dritten Beratung des Entwurfs einer Verfassung des Freistaates Preußen (Nr. 2000, Nr. 3120 A–D) die wiederholte namentliche Schlußabstimmung über den Gesetzentwurf, betreffend den Austritt aus den Religionsgesellschaften öffentlichen Rechts. Vgl. ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 2822, S. 4683–4685, Nr. 2937, S. 4839f.

⁸ Die Rede des Abg. *Degenhardt* in der 189. Sitzung am 4. Dezember 1920 anlässlich der zweiten Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 (Ministerium des Innern) (Nr. 3275), in: ebd., Bd. 11, Sp. 14571–14574.

⁹ Im Original: »siehe vorige Seite«.

¹⁰ Antrag der Abg. *Limbertz, Harsch, Düker, Tegeder, Martin, Berten* (Düsseldorf) und Genossen (SPD, Z, DDP, DVP, DNVP, USPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für 1920 (Vergütung für Pflichtüberschichten an die Bergwerksbeamten des Bergwerksdirektionsbezirks Recklinghausen), vom 3. Dezember 1920, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3472, S. 6202. Die zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 (Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung), ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2687, S. 4388–4583, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2918, S. 4808–4824, fand in der 192. Sitzung am 9. Dezember 1920 und in der 194. und 195. Sitzung am 10. und 11. Dezember 1920 statt.

¹¹ Gemeint ist der Antrag der Abg. *Hergt* und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Einführung einer Altersgrenze (Nr. 2661, 3277), in: ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3354, S. 5806. Der Antrag forderte die Heraufsetzung der Altersgrenze von 65 Jahren für unmittelbare Staatsbeamten und Volksschullehrer und 68 Jahren für richterliche Beamte auf 68 bzw. 70 Jahre. – Friedrich *Oelze* (geb. 1873), Oberstudiendirektor, Bunzlau (Schlesien), 1915–1918 MdpAH, 1919–1921 MdpLV, 1921–1933 MdpLT (DNVP).

202.

1. 12. 1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 45. Beginn: 10.15 Uhr. Ende: 12.20 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Otto.

Tagesordnung:

I. Zum Etat der Bauverwaltung spricht *Rebehn* und entwickelt seine Anschauungen.¹
Es wird beschlossen, ihn zum Redner zu bestimmen.²

II. Zum Etat des Ministeriums des Innern³ werden bestimmt als Redner *Ruer* und *Degenhardt*; der erste für die Redezeit von 1 Stunde, der letztere für die Redezeit von ½ Stunde.⁴

III. Der **Vorsitzende** teilt den Arbeitsplan für den Rest der Woche mit.

Kollege **Aronsohn** teilt mit, daß er eine Kleine Anfrage über die Internierung Thorner Bürger eingebracht habe. Sie wird gebilligt.⁵

Es wird die von den Vertretern der Fraktion heute im Rechtsausschuß, betr. die Abfindungsvorlage der Hohenzollern, einzunehmende Haltung erörtert.⁶

Kollege **Aronsohn** regt an, die Frage, ob die Entschädigungssumme des Friedensvertrages in einer Summe jetzt festzusetzen ist, dem Parteivorstand bzw. dem künftigen Parteitag zur Erwägung zu überweisen.

Kollege **Düker** bespricht eine Kleine Anfrage über die Bevorzugung des Großunternehmertums bei Vergebung öffentlicher Arbeiten und erörtert die Notwendigkeit einer Erörterung über Handwerksfragen auf dem Nürnberger Parteitag.⁷

¹ Die zweite Lesung des Haushalts der Bauverwaltung für 1920, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2968, S. 4910–4923, fand in der 183. und 186. Sitzung am 29. November und 1. Dezember 1920 statt.

² Die Rede des Abg. *Rebehn* in der 186. Sitzung am 1. Dezember 1920, in: ebd., Bd. 11, Sp. 14335–14340.

³ Die zweite Lesung des Haushalts des Ministeriums des Innern für 1920, ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3275, S. 5713–5746, fand in der 186. bis 189. Sitzung vom 1. bis 4. Dezember 1920 statt.

⁴ Die Rede des Abg. *Ruer* in der 186. Sitzung am 1. Dezember 1920, in: ebd., Bd. 11, Sp. 14365–14375. Die Rede des Abg. *Degenhardt* in der 189. Sitzung am 4. Dezember 1920, in: ebd., Sp. 14571–14574.

⁵ Kleine Anfrage des Abg. *Aronsohn* (Thorn) (DDP) über die Internierung von Thorner Bürgern deutscher Nationalität, in: ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3435, S. 5848.

⁶ Der zwischen der preußischen Regierung und dem Haus Hohenzollern abgeschlossene Vergleichsentwurf vom Januar 1920 war im März vom Preußischen Landtag an den Rechtsausschuß überwiesen worden. Vgl. Dok. Nr. 192 und 195. In der Sitzung des Rechtsausschusses vom 1. Dezember 1920 sprach sich der demokratische Abg. *Aronsohn* für seine Fraktion zwar für einen Vergleich aus. Da aber »über eine Anzahl grundsätzlicher Fragen und nicht unwichtiger Einzelheiten tiefgehende Meinungsverschiedenheiten beständen, die zu einer erschöpfenden Klärung nicht hätten geführt werden können, sei eine weitere Klarstellung empfehlenswert.« Deshalb unterstützte er für seine Fraktion den Antrag des Zentrums, nach dem die Staatsregierung in eine erneute Prüfung des Vergleichs und seiner Unterlagen unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Verhandlungen des Rechtsausschusses eintreten sollte. GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D II b F Nr. 14 b, Bd. 1, Bl. 393–429, hier Bl. 404. Diese Empfehlung sprach schließlich auch der Rechtsausschuß in seinem Antrag vom 14. Dezember 1920 aus. Vgl. SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 13, Nr. 3654, S. 6559.

⁷ Auf dem 2. ordentlichen Parteitag der DDP in Nürnberg vom 11. bis 14. Dezember 1920 spielten Wirtschaftsfragen eine wichtige Rolle. Vgl. das Referat des Reichstagsabgeordneten Philipp *Wieland* am 12. Dezember über »Die Not der deutschen Wirtschaft«, in: BERICHT ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DES 2. ORDENTLICHEN PARTEITAGES DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN PARTEI, abgehalten in Nürnberg, 11.–14. Dezember 1920, Berlin 1920, S. 106–124, die Aussprache, S. 124–152.

Es wird beschlossen, die Kleine Anfrage zu richten [sic].⁸

Kollege **Degenhardt** spricht zur Frage der Polizei bzw. deren Reorganisation.

Es spricht ferner Kollege **Barteld**, **Degenhardt** nochmals, **Barteld** nochmals.

Es wird anerkannt, daß die Fragen der Polizei im Fluß sind und daß eine definitive Stellungnahme nicht möglich ist, jedoch [wird] im allgemeinen den *Degenhardtschen* Ausführungen zugestimmt.

Kollege **Kochmann** berichtet über die Verhandlungen mit der Zentrumsfraktion, betr. die Abfindungsvorlage der Hohenzollern.

203.

2. 12. 1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 46. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: 11.35 Uhr. Protokollführer: Schümer. Vorsitz: Dominicus.

I. Plenum.

Die Vertretung der Partei im 2. Rednergang für das Ministerium des Innern übernimmt *Degenhardt*.¹

II. Über das Wahlgesetz berichtet **Schreiber**. Es wird beschlossen, einen Antrag vorzubereiten, daß die Wahlzettel [...]² beschafft und verbreitet werden.³

III. Zum Mittellandkanal wird *Barteld* die Fraktion vertreten. Er berichtet über den Inhalt seiner Rede.⁴

IV. **Düker** will eine Kleine Anfrage einbringen, die das Anlegen von Wasser- und Windmühlen betrifft.⁵

⁸ Kleine Anfrage der Abg. *Düker* und Genossen (DDP) über die Fürsorge für den gewerblichen Mittelstand, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3457, S. 6188.

¹ Vgl. Dok. Nr. 202, Anm. 4.

² Wort unleserlich.

³ Antrag der Abg. *Jansen* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Wahlen zum Preußischen Landtag (Nr. 3440 B), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3467, S. 6193. Nach dem Antrag sollten die Wahlvorsteher verpflichtet werden, »die ihnen von den Parteileitungen zur Verfügung gestellten Stimmzettel vor dem Wahllokal während der ganzen Dauer der Wahl für die Wähler bereitzuhalten.« Die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Wahlen zum Preußischen Landtag, ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3051, S. 5135–5155, Nr. 3062, S. 5162, und des Gesetzentwurfs über die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen, ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 3001, S. 4962–4967, fanden in der 188. Sitzung am 3. Dezember 1920 statt. Vgl. auch Dok. Nr. 182, Anm. 9.

⁴ Die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Vollendung des Mittellandkanals und die durch sie bedingten Ergänzungsbauten an vorhandenen Wasserstraßen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2659, S. 4347–4368, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3441, S. 5973–6071 (Ausschußantrag), fanden in der 189. Sitzung am 4. Dezember 1920 statt. Die Rede des Abg. *Barteld* (Hannover), in: ebd., Bd. 11, Sp. 14600–14602.

⁵ Kleine Anfrage der Abg. *Düker* und Genossen (DDP) über die Ausnützung der Wasserkräfte bei der Ausmahlung von Getreide, in: ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3460, S. 6189.

V. **Kimpel** berichtet über das Reichsschulgesetz, dessen Erlaß durch Preußen verhindert sein soll. *Haenisch* habe das Reichsschulgesetz fordern wollen, sei aber von allen seinen Kollegen überstimmt worden. Man habe in Preußen nur die Aufhebung des Sperrparagraphen verlangt.⁶

Minister **Fischbeck** berichtet, daß Reichsminister *Koch* für seinen 1. Entwurf selbst noch eingetreten sei.⁷ Ein neuer Entwurf sei dem Ministerium nicht vorgelegt [worden]. Es sei auch noch nicht in den Reichsrat gekommen.

Die **Fraktion** ist sich darin einig, daß unsere Forderungen im Schulprogramm entschieden vertreten werden [sollen]. Der Zeitpunkt, vor oder nach den Wahlen, ist nicht wichtig.

204.

3.12.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 47. Beginn: 11.00 Uhr. Ende: 13.40 Uhr. Protokollführer: Beutler. Vorsitz: Schmiljan.

I. Plenum.

Für die Behandlung des Landtagswahlgesetzes im Plenum wird Dr. *Schreiber*, für die des Provinziallandtags- und Kreistagswahlgesetzes *Barteld* zum Sprecher bestimmt.¹

Für die Verhandlungen im Plenum über den Etat des Ministeriums des Innern wird *Degenhardt* ermächtigt, sich zunächst von der Rednerliste streichen und gegebenenfalls sich später wieder in dieselbe eintragen zu lassen.²

Einer von dem Abg. Dr. *Struwe* vorgeschlagenen EntschlieÙung, betreffend die Wahlen der Landesdirektoren, stimmt die **Fraktion** gegen 5 Stimmen nicht zu.

Der von Abg. *Düker* befürworteten Einbringung eines Antrages des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, die Vergütung für Pflichtüberschichten betreffend, wird zugestimmt.³

⁶ Die Sperrvorschrift des Artikels 174 Satz 1 der Weimarer Reichsverfassung garantierte bis zum Erlaß eines Reichsschulgesetzes die bestehende Rechtslage.

⁷ Reichsinnenminister Erich *Koch* (DDP) hatte im Oktober 1920 einen Vorentwurf des Reichsschulgesetzes auf einer Konferenz mit Vertretern der Landesunterrichtsverwaltungen zur Diskussion gestellt. Der im Januar 1921 im Reichsinnenministerium fertiggestellte Entwurf hielt an der Gemeinschaftsschule als »Regelschule« fest. Bekenntnisschulen und bekenntnisfreie Schulen waren als »Antragsschulen« vorgesehen. Der Entwurf fand jedoch im Reichstag keine Mehrheit. Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 6, S. 950–952.

¹ Während der in der 188. Sitzung am 3.12.1920 stattfindenden zweiten und dritten Beratung des Gesetzentwurfs über die Wahlen zum Preußischen Landtag, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3051, S. 5135–5155, Nr. 3062, S. 5162, und des Gesetzentwurfs, betr. die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen, ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 3001, S. 4962–4967, kamen Vertreter der DDP nicht mehr zu Wort.

² Vgl. Dok. Nr. 202, Anm. 4.

³ Diese Initiative mündete in den Gemeinschaftsantrag der Abg. *Limbertz*, *Harsch*, *Düker*, *Tege-der*, *Martin*, *Berten* (Düsseldorf) und Genossen (SPD, Z, DDP, DVP, DNVP, USPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für 1920 (Vergütung für Pflichtüberschichten an die Bergwerksbeamten des Bergwerksdirektionsbezirks Recklinghausen), in: SBpLV 1919/21, An-

205.

4. 12. 1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 47. Beginn: 11.45 Uhr. Ende: keine Angaben. Protokollführer: Kimpel. Vorsitz: Schmiljan.

1. Plenum.

Es wird über Orgesch verhandelt.¹

Alle Redner sind [sich] darüber einig, daß die Orgesch [...]² werden muß. Sämtliche Sprecher sind gegen die Orgesch.

[Zu] Punkt 7 der Tagesordnung soll *Grund* sprechen (Schleppbetrieb).³

Düker bringt eine Kleine Anfrage zur Besprechung. *Düker* will die Sache (Handwerkerfrage) [...]⁴ erledigen.

Von einer Kleinen Anfrage wird abgesehen.

206.

7. 12. 1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 48. Beginn: keine Angaben. Ende: 13.00 Uhr. Protokollführer: Dönhoff, später Wittrock. Vorsitz: Dominicus.

Tagesordnung:

Plenum.

Auf Anregung des Abg. *Degenhardt* wird beschlossen, schleunigst einen Antrag einzubringen zur 2. Lesung der Haushaltsberatung der Domänenverwaltung, der Berücksichtigung der Regierungslandmesser bei Bestellung des Vorsitzenden der Landeskulturämter.¹

lagen, Bd. 11, Nr. 3472, S. 6202. Zu dem im November und Dezember 1920 tagenden Untersuchungsausschuß »Bergbau (Recklinghausen)« vgl. STEFFANI, S.133–137; ferner Dok. Nr.187, 190 und 200.

¹ Zur Orgesch vgl. Dok. Nr. 176, 192 und 194.

² Wort unleserlich.

³ Die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den Schleppbetrieb auf dem Rhein-Weser-Kanal und dem Lippe-Kanal, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2657, S. 4327–4334, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2969, S. 4923–4925 (Ausschußbericht), Anlagen, Bd. 10, Nr. 3215, S. 5569 (Ausschußantrag), fanden in der 189. Sitzung am 4. Dezember 1920 statt. Ein Vertreter der DDP ergriff nicht das Wort.

⁴ Wort unleserlich.

¹ Nicht nachgewiesen. Die zweite Beratung des Haushalts der Domänenverwaltung für 1920, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3446, S. 6101–6123, fand in der in der 191. Sitzung am 7. Dezember 1920 statt.

Zur Beratung des Landessteuergesetzes wird Abg. *Schnackenburg* an Stelle des Abg. *Rebehn* in den Hauptausschuß eintreten.²

Abg. *Aronsohn* referiert über die Ansiedlungskommission.³

Abg. *Ruer* berichtet über Vorgang im Ausschuß für das Ausführungsgesetz zum Landessteuergesetz, wo der Finanzminister *Lüdemann* eine Erklärung abgegeben hat.^{4 5}

Die Abg. *Ruer* und *Schnackenburg* werden beauftragt, wegen der Inangriffnahme der Beratung über das Landessteuergesetz sich mit dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei in Verbindung zu setzen.

Abg. *Westermann* wird ermächtigt, die Zustimmung der Fraktion zu dem Entwurf eines Gesetzes, betr. die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Selbstbewirtschaftung von Domänen, zu erklären.⁶

Abg. *Iversen* macht aufmerksam auf die viel zu billige Verpachtung der Domänen.

207.

9.12.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 49 f. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Wittrock. Vorsitz: Dominicus.

Punkt 1 und 2 des Plenums [vom] 9.12. [P. 1: Beratung der Mitteilung des Ministers des Innern über die Verwaltung des Land- und Stadtkreises Elbing, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3452, S. 6182; P. 2: Erste Beratung des Antrags der Abg. *Hauschildt*, Dr. *Schloßmann* und Genossen (SPD, DDP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die Erweiterung des Stadtkreises Barmen, ebd., Nr. 3439, S. 5861 f.] werden besprochen.

Abg. *Ruer* macht Mitteilungen über die Vorgänge im Hauptausschuß am 8.12. Der Antrag des Finanzministers, das Ausführungsgesetz zum Landessteuergesetz und Grundsteuergesetz miteinander zu beraten, sei von der Mehrheit des Hauptausschusses abge-

² Der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz, ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2658, S. 4335–4346, Nr. 2670, S. 4382 (Regierungsvorlage), Anlagen, Bd. 14, Nr. 4030, S. 7452, Nr. 4080, S. 7593 (Ausschußanträge), Anlagen, Bd. 15, Nr. 4107, S. 7623 (endgültige Fassung), wurde in der 108. Sitzung am 14. Januar 1921 in zweiter und dritter Lesung nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen. Vgl. auch Dok. Nr. 176 und 195.

³ Gemeint ist die zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 (Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2517, S. 4095–4105, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3444, S. 6083–6087, in der 191. Sitzung am 7. Dezember 1920.

⁴ Finanzminister *Lüdemann* (SPD) hatte anlässlich der Beratung des Entwurfs eines Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz (Nr. 2658) im Hauptausschuß in der 127. Sitzung am 6. Dezember 1920 erklärt, daß die Regierung der Verabschiedung der Vorlage ohne vorherige Klärung der Deckungsfrage nicht zustimmen könne. Als »Weg zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahme und Ausgabe« empfahl er die gleichzeitige Beratung und Verabschiedung des Grundsteuergesetzesentwurfs. Vgl. GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169DI32h, Beiheft 1, Bd. 7.

⁵ Ab hier Handschrift *Wittrock*.

⁶ Gesetzentwurf, betreffend die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Selbstbewirtschaftung von Domänen, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3437, S. 5853–5859.

lehnt worden, worauf die Sozialdemokraten die Teilnahme an der Weiterberatung abgelehnt hätten.¹

Minister **Fischbeck** macht Mitteilungen über Verhandlungen im Reichs- und Staatskabinett, betr. Oberschlesien und das Grundsteuergesetz.²

Minister *Fischbeck* wird gebeten, alsbald mit dem Ministerpräsidenten Rücksprache zu nehmen und eine Ministerialsitzung zu veranlassen, um über die weitere Behandlung der Steuergesetze zu beraten.

Die Mitglieder des Ältestenausschusses werden beauftragt, im Ältestenausschuß dagegen zu stimmen, das Grundsteuergesetz schon morgen auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen.³

Abg. **Schloßmann** beantragt, daß unsere Vertreter im Ältestenausschuß für Überweisung der Steuergesetze an einen Sonderausschuß von 27 Mitgliedern eintreten.

Die **Fraktion** stimmt zu.

Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.⁴

Die **Fraktion** stimmt der Einbringung eines Antrages *Crüger* zu.⁵ Als Redner zum Etat wird Abg. *Frentzel* bestimmt.⁶

Abg. *Aronsohn* teilt mit, daß er wegen Krankheit zunächst verhindert sei, an den Arbeiten des Hauses teilzunehmen.

Abg. **Riedel** bittet, in kurzen, bestimmten Worten eine Wahlparole aufzustellen.

Abg. **Dominicus** teilt mit, daß in den nächsten Tagen die Gesetzesvorlage über die Altersgrenze in 3. Lesung beraten werde.

Abg. **Meyer** ist gegen das Gesetz, bittet aber doch, bei den Beschlüssen der 2. Lesung zu bleiben, da die Mehrheit der Fraktion sich für das Gesetz entschieden habe.⁷

Abg. **Ruer** schlägt vor, die Gesetzesvorlage über Altersgrenze nochmals eingehend zu beraten.

Der **Vorsitzende** verspricht, die Frage nochmals auf die Tagesordnung der Fraktion zu setzen.

Abg. **Meyer** schlägt vor, die Frage morgen auf die Tagesordnung der Fraktionssitzung zu setzen, die der Beratung im Plenum unmittelbar vorausgeht.

¹ Vgl. das Protokoll der 129. Sitzung des Hauptausschusses am 8. Dezember 1920, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I 32 h, Beiheft 1, Bd. 7. Vgl. auch Dok. Nr. 206, Anm. 4.

² Vgl. die Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 2. Dezember 1920, in: PPS, Bd. 11/I, Nr. 160, S. 210f. (TOP 5 und 6); sowie die Sitzung des Reichskabinetts vom 7. Dezember 1920, in: ADR. DAS KABINETT FEHRENBACH, Nr. 130, S. 333–336 (TOP 6), hier S. 334.

³ Auf Beschluß des Ältestenrats vom 9. Dezember 1920, 12.15 bis 13.20 Uhr, wurde die Grundsteuer-vorlage auf die Tagesordnung der Sitzung am 11. Dezember gesetzt. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

⁴ Vgl. Dok. Nr. 201.

⁵ Antrag der Abg. Dr. *Crüger* (Charlottenburg) und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Gesetz-entwurfs zur Aufschließung von Steinkohlen, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3507, S. 6269.

⁶ Die Rede des Abg. *Frentzel* in der 192. Sitzung am 9. Dezember 1920, in: ebd., Bd. 11, Sp. 14804–14813.

⁷ Die dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Einführung einer Altersgrenze, ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2661, S. 4371–4374, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3277, S. 5747–5749 (Antrag des Hauptausschusses zu seinem mündlichen Bericht), Anlagen, Bd. 11, Nr. 3367, S. 5811 f., fand in der 196. Sitzung am 14. Dezember 1920 statt.

208.

11.12.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 50. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift, später Wittrock. Vorsitz: Schümer.

1. Gemeindevahlrecht in Helgoland.

Abg. *Ruer* wird zum Berichterstatter bestellt.¹

2. Punkt 2–4 der Tagesordnung [P. 2: Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend das Gemeindevahlrecht in Helgoland, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2953, S. 4880f., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3178, S. 5533–5536 (Ausschußbericht); P. 3: Erste, zweite und dritte Beratung des Antrages der Abg. *Weißermel*, *Wiglow*, *Neumann* (Allenstein), *Drinneberg*, Dr. v. *Krause* (Ostpreußen), *Ludwig* und Genossen (DNVP, DDP, SPD, Z, DVP, USPD) auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Staatsschuldenverwaltungsgesetzes, ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3510, S. 6270, und P. 4: Beratung der Mitteilung des Ministers des Innern über die Verwaltung von Gebietsteilen im Osten des Staates anlässlich der Ausführung des Friedensvertrages, ebd., Nr. 3496, S. 6258].

3. Berg-, Hütten-pp. Etat.²

4. Forstetat. Zum Redner wird Abg. *Kochmann* bestimmt.³

5. Zentralgenossenschaftskasse.⁴

6. Preußische Staatsbank.⁵

7. Es wird Genehmigung zur Einbringung einer Kleinen Anfrage erteilt, welche sich auf den Verkauf von Vieh zu höheren Preisen als den festgesetzten in Hessen bezieht.⁶

8. Desgleichen zu einer Kleinen Anfrage, betreffend einseitige Verwendung von Steuerbeträgen im Kreise Blumenthal.⁷

9. Gesetz, betreffend Erhebung einer vorläufigen Grundsteuer.⁸

¹ Die Rede des Abg. Dr. *Ruer* in der 195. Sitzung am 11. Dezember 1920 zur zweiten und dritten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend das Gemeindevahlrecht in Helgoland (Nr. 2953, Nr. 3178), in: SBpLV 1919/21, Bd. 11, Sp. 14910f.

² Vgl. Dok. Nr. 201 und 207.

³ Die zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 (Forstverwaltung), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2830, S. 4689–4693 (Nachweisung), Anlagen, Bd. 11, Nr. 3492, S. 6233–6253 (Ausschußbericht), fand in der 195. und 197. Sitzung am 11. und 14. Dezember 1920 statt. Zum Forstetat sprach in der 195. Sitzung am 11. Dezember 1920 der Abg. *Beutler*. Vgl. ebd., Bd. 11, Sp. 15021–15027.

⁴ Die zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 (Preußische Zentralgenossenschaftskasse), ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3493, S. 6253–6256 (Bericht des Hauptausschusses), fand in der 197. und 198. Sitzung am 14. und 15. Dezember 1920 statt.

⁵ Die zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 (Preußische Staatsbank (Secundum)), ebd., Nr. 3442, S. 6073–6080 (Bericht des Hauptausschusses), fand in der 197. Sitzung am 14. Dezember 1920 statt.

⁶ Kleine Anfrage der Abg. *Kimpel* und Genossen (DDP) über Viehaufkäufe in Hessen, in: ebd., Nr. 3521, S. 6302.

⁷ Kleine Anfrage des Abg. *Düker* (DDP) über Verwendung von Steuerbeträgen zur Vergrößerung des Arbeitersekretariats in Vegesack, in: ebd., Nr. 3523, S. 6303.

⁸ Die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundbesitz, ebd., Nr. 3310, S. 5784–5790, fand, nachdem sie in der 195. Sitzung am 11. Dezember 1920 von der Tagesordnung abgesetzt wurde, in der 198. Sitzung am 15. Dezember 1920 statt.

Es wird beschlossen, eine schriftliche Erklärung zu formulieren und diese in der Voll-sitzung zur Verlesung zu bringen.^{9 10}

10. Abg. **Winkler** beantragt, daß wir der Einbringung einer Anfrage, betr. Ankauf deut-scher Zeitungen, durch sämtliche Fraktionen zustimmen.

Die **Fraktion** stimmt zu.¹¹

209.

14. 12. 1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 51. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: 13.05 Uhr. Protokollführer: Sommer. Vorsitz: Dominicus, später Schreiber.

I. Plenum.

Punkt 4 [Abstimmung über die Anträge zu der Anordnung über die Beschäftigung von weiblichen Angestellten in Gast- und Schankwirtschaften (Nr. 2860), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2912, S. 4781, Nr. 2971, S. 4926–4929, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3129, S. 5477, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3512, S. 6271].¹ Abstimmung über Anträge über die weiblichen Angestellten in Gast- und Schankwirtschaften.

Hierüber spricht **Barteld**, außerdem **Schümer**.

Abgelehnt wird Antrag [Nr.] 3512.² Es wird ebenso § 12 in der Fassung des Ausschus-ses abgelehnt und für § 12 in der Fassung der Regierungsvorlage eingetreten.³ Die Mehrheit der Fraktion entscheidet sich dafür, falls § 12 in der Fassung des Ausschusses angenommen werden sollte, gegen das Gesetz zu stimmen.

⁹ Der Abg. *Ruer* (DDP) beantragte in der 195. Sitzung am 11. Dezember 1920 die Absetzung des Ta-gesordnungspunktes, da ein großer Teil der Fraktionsmitglieder auf dem Nürnberger Parteitag der DDP sei. Ebd., Bd. 11, Sp. 14900–14903.

¹⁰ Ab hier Handschrift *Wittrock*.

¹¹ Gemeint ist die Große Anfrage der Abg. *Dominicus*, Dr. *Hoetzsch*, *Richert*, *Bensch*, *Siering* und Ge-nossen (DDP, DNVP, DVP, Z, SPD) über die Unterdrückung der deutschen Presse in Polen, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 13, Nr. 3575, S. 6371 f.

¹ Vgl. auch Dok. Nr. 186.

² Der Antrag der Abg. Frau *Hanna* und Genossen (SPD) zur Beratung der Anordnung, betr. die Be-schäftigung weiblicher Angestellter in Gast- und Schankwirtschaften (Nr. 2860, 2971), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3512, S. 6271, forderte den § 5 der Anordnung außer Kraft zu setzen. Nach § 5 der Anordnung konnte die Ortspolizeibehörde weiblichen Angestellten, »gegen die Tatsachen vor-liegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß sie bei Ausübung ihres Berufs die guten Sitten oder den Anstand verletzt«, die Beschäftigung in einer Gast- oder Schankwirtschaft untersagen. Ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 2860, S. 4717, insgesamt S. 4716 f.

³ § 12 der Regierungsvorlage legte fest, daß die Bestimmungen der Anordnung nicht für die Beschäfti-gung der Ehefrau des Betriebsinhabers und seiner Verwandten und Verschwägerten auf- und abstei-gender Linie gelten sollten. § 12 der Ausschlußbeschlüsse schränkte diesen Passus insofern ein, als für Verwandte und Verschwägte nur die Forderung nach Anzeige bei der Ortspolizeibehörde über Ein- und Austritt weiblicher Angestellter und die Bestimmungen über die Entlohnung keine Anwendung finden würden. Vgl. ebd., Nr. 2971, S. 4929, insgesamt S. 4927–4929.

Punkt 5 (Altersgrenze).⁴

Hierüber berichtet **Schümer**; es äußert sich weiterhin **Barteld**.

Die Anträge [Nr.] 3552 zu 1 und 2 der Vorlage werden aufs neue eingebracht.⁵ Dem Antrag *Schulte* ([Nr.] 3448) (Erhöhung der Altersgrenze auf 68 bzw. 70 Jahre) wird nicht beigegeben.⁶ Antrag [Nr.] 3462 (*Lüdicke*) zu § 5 wird unterstützt.⁷

Zu Punkt 8 (Forstetat) wird *Beutler* zum Berichterstatter bestimmt.⁸

II. Volksschullehrerdienststeuergesetz.⁹

Hierüber berichtet kurz **Kimpel**.

Es äußern sich weiterhin: **Degenhardt, Schulze, Schümer, König, Struve, Berndt, Beutler, Meyer, Schloßmann, Ruer, Iversen, Gottschalk**.

Es soll versucht werden, in letzter Stunde morgen für eine gehaltliche Besserstellung der politischen Beamten (Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten) erfolgreich einzutreten und eventuell [sich] mit den Parteiführern [in Verbindung zu setzen]; mit der Führung dieser Angelegenheit wird *Meyer* betraut.¹⁰ Vorgeschlagen werden soll für

⁴ Vgl. Dok. Nr. 207.

⁵ Antrag der Abg. *Dominicus* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Einführung einer Altersgrenze (Nr. 2661, 3277), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3352, S. 5806. Nach Punkt 1 des Antrags sollte das Altersgrenzengesetz auch auf die Lehrer an den von Patronaten unterhaltenen höheren Schulen, an den höheren Mädchenschulen und an den städtischen Mittelschulen Anwendung finden (Abs. 1 a zu § 5); ferner sollten die Bestimmungen des Gesetzes durch Orts- (Provinzial- oder anderes) Statut auch für Kommunalbeamte in Kraft gesetzt werden (zu § 7 a).

⁶ Der Antrag der Abg. *Schulte* und Genossen (Z) zur dritten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Einführung einer Altersgrenze (Nr. 2661), ebd., Nr. 3448, S. 6124, forderte die Altersgrenze auf 68 bzw. 70 Jahre festzulegen.

⁷ Der Antrag der Abg. *Lüdicke* und Genossen (DNVP) zur dritten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Einführung einer Altersgrenze (Nr. 2661), ebd., Nr. 3462, S. 6190, forderte, in dem den Geltungsbereich des Gesetzes umschreibenden § 5 auch die Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts, die Direktoren der Oberversicherungsämter und die Mitglieder des Landwasseramtes mit einzubeziehen.

⁸ Zur zweiten Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 (Forstverwaltung) vgl. Dok. Nr. 208. Die Rede des Abg. *Beutler* in der 195. Sitzung am 11. Dezember 1920, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Sp. 15021–15027.

⁹ Der Gesetzentwurf, betr. die Dienststeuern der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen (Volksschullehrer-Dienststeuergesetz – V.D.G.), ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2547, S. 4211–4226, war in der 148. Sitzung am 6. Juli 1920 in erster Lesung beraten und einem besonderen Ausschuss überwiesen worden. Die zweite und dritte Lesung fand in der 200. Sitzung am 17. Dezember 1920 statt.

¹⁰ Dies bezieht sich auf die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über das Dienststeuergesetz der unmittelbaren Staatsbeamten (Beamten-Dienststeuergesetz), ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 3176, S. 5496–5529, ebd., Anlagen, Bd. 13, Nr. 3581, S. 6395–6493 (Ausschußbericht), die in der 200. Sitzung am 17. Dezember 1920 stattfanden. Im Ausschuss wurden die Bezüge der Beamten in Gruppe II, unter denen auch die Regierungspräsidenten fielen, von 24 000 auf 25 000 Mark jährlich heraufgesetzt. Gleichzeitig wurde jedoch die Aufwandsentschädigung der Regierungspräsidenten um den gleichen Betrag gekürzt. Die Bezüge der Beamten der Gruppe IV, nach den Ausschlußbeschlüssen der Gruppe III, zu denen die Oberpräsidenten gehörten, blieben mit jährlich 28 000 Mark unverändert. Vgl. den Ausschlußbericht vom 15. Dezember 1920, in: ebd., Anlagen, Bd. 13, Nr. 3581, S. 6395–6493, hier S. 6472f., 6474f., 6485. Mit dem am 16. Dezember 1920 eingebrachten Antrag der Abg. *Neumann* (Magdeburg), *Blank, Degenhardt, Dr. v. Kries, Meyer* (Herford) und Genossen (SPD, Z, DDP, DNVP, DVP) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über das Dienststeuergesetz der unmittelbaren Staatsbeamten (Nr. 3176, 3581), ebd., Anlagen, Bd. 13, Nr. 3811, S. 6981–6983, sollten nur die Gehälter der Beamten der Preussischen Staatsbank und der Preussischen Zentral-Genossenschaftskasse erhöht werden.

den Ministerpräsidenten eine Aufwandsentschädigung von 30 000 M, für jeden Minister eine solche von 20 000 M.¹¹

Eine längere Auseinandersetzung entspinnt sich bei der Frage der Lehrerberufung; es beteiligen sich hieran **Ruer, Berghaus, Schreiber, Iversen, Beutler, Kimpel, Gottschalk**; die Sache soll morgen zum endgültigen Abschluß gebracht werden.

III. Eingemeindung nach Barmen:¹²

Es werden in den Ausschuß entsandt: *Schloßmann, Gottschalk, Barteld*.

Meyer stellt einen Antrag auf Vertagung der Angelegenheit bis zur nächsten Session, dem widerspricht **Schloßmann**.

Es soll in dem Sinne des Antrags *Meyer* abgestimmt werden.

IV. Grundsteuergesetz:¹³

Hierzu spricht **Ruer**, eine die Ablehnung aussprechende Erklärung, deren Fassung einem Ausschuß: *Dominicus, Schümer, Ruer, Schreiber*: übertragen wird; kommt morgen durch *Ruer* im Namen der Fraktion im Plenum zur Verlesung.¹⁴

V. In den Hauptausschuß werden entsandt (Domänen): *Westermann, Köller, Iversen, Bollert, Schreiber*.

¹¹ Die Aufwandsentschädigungen für den Präsidenten der Preußischen Staatsregierung und die Staatsminister blieben mit 18 000 bzw. 14 000 Mark jährlich unverändert. Vgl. den Ausschußbericht, in: ebd., Anlagen, Bd. 13, Nr. 3581, S. 6395–6493, hier S. 6485.

¹² Die erste Beratung des Antrags der Abg. *Hauschildt, Dr. Schloßmann* und Genossen (SPD, DDP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die Erweiterung des Stadtkreises Barmen, ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3439, S. 5861 f., fand in der 192. Sitzung am 9. Dezember 1920, die zweite in der 208. Sitzung am 14. Januar 1921 statt. Der Gegenstand wurde in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr erledigt.

¹³ Die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundbesitz, ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3310, S. 5784–5790, fand in der 195. und 198. Sitzung am 11. und 15. Dezember 1920 statt.

¹⁴ Die DDP vertrat in der Debatte zum Grundsteuergesetz in der 198. Sitzung am 15. Dezember 1920 der Abg. *Dominicus*, in: ebd., Bd. 12, Sp. 15092–15094.

210.

16.12.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 52 f. Beginn: 11.20 Uhr. Ende: 12.30 Uhr. Protokollführer: Schümer. Vorsitz: Dominicus.

Der **Vorsitzende** verliest eine Einladung des Abg. *Siering*¹ zur Besichtigung des [...]². *Hoffmann* wird das Weitere veranlassen.

Plenum:

Zu Punkt 3 [Zweite und dritte Beratung des Antrags der Abg. *Siering*, *Dominicus* und Genossen (SPD, DDP) auf Annahme eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über Landwirtschaftskammern vom 30. Juni 1894 (Gesetzsamml. S. 126), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3331, S. 5798 f., Nr. 3518, S. 6287–6301 (Bericht des verstärkten Landwirtschaftsausschusses), Anlagen, Bd. 13, Nr. 3671, S. 6758 (Zusammenstellung des Gesetzentwurfs mit den Beschlüssen in III. Beratung)] berichtet **Schreiber**. Er bittet dringend, daß alle Kollegen zugegen sind, da alle Hinderungsversuche von der Rechten und dem Zentrum zu erwarten sind. Er schlägt vor, alle Änderungsanträge³ abzulehnen und schlägt *Westermann* als Fraktionsredner vor.

Iversen schlägt dagegen *Schreiber* vor.

Es wird beschlossen, *Schreiber* spricht zu § 1, die Landwirte in der Debatte [sic].⁴

Berghaus berichtet über den Gesetzentwurf zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes und des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes.⁵ Er beantragt Streichung des Artikel 2 Abs. 3, um nicht noch größere Verwirrung in die Gemeindefinanzen zu bringen.⁶

Die **Fraktion** wird ihre Zustimmung zum Gesetz aussprechen, im Ausschuß ihre Bedenken gegen Artikel 2 Abs. 3 äußern, ihre Stellung dazu soll aber noch nicht festgelegt werden.

¹ Wilhelm *Siering* (geb. 1875), 1920–1921 Beirat im preußischen Handelsministerium, 1921–1925 preußischer Handelsminister, 1919–1921 MdpLV, 1921–1932 MdpLT (SPD).

² Wort unleserlich.

³ Vgl. die Anträge der Abg. *Herold* und Genossen (Z) sowie der Abg. *Koch* (Oeynhausens) und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Antrages *Siering*, *Dominicus* und Genossen (SPD, DDP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammern (Nr. 3331, 3518), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 13, Nr. 3647–3652, S. 6557 f., Nr. 3662–3668, 3673, S. 6755 f., 6787.

⁴ Die Rede des Abg. Dr. *Schreiber* (Halle) in der 199. Sitzung am 16. Dezember 1920, in: ebd., Bd. 12, Sp. 15154–15161. Mit § 1 ist der die Reform des Wahlrechts zu den Landwirtschaftskammern betreffende Artikel 1 des Antrags der Abg. *Siering*, *Dominicus* und Genossen (SPD, DDP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammern, ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3331, S. 5798 f., gemeint. Dr. *Schreiber* betonte in seiner Rede, daß seine Fraktion die direkte Wahl der Landwirtschaftskammern fordere »an Stelle der Wahl durch die Kreistage«, damit »alle Landwirte, nicht nur die großen Landwirte das Wahlrecht bekommen.« Ebd., Bd. 12, Sp. 15158. Vgl. auch die Rede des Abg. *Westermann* in der 199. Sitzung am 16. Dezember 1920, in: ebd., Sp. 15174. Hermann *Westermann* war Landwirt.

⁵ In der 199. Sitzung am 16. Dezember 1920 fand die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes und des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes, ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3525, S. 6305 f., statt.

⁶ In Artikel 2 Abs. 3 des Gesetzentwurfs (Nr. 3525) sollte in Abänderung des § 6 Abs. 1 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 23. April 1906 (Gesetzsamml. S. 159) der Kreistag die Befugnis erhalten, mittels Erlasses von Steuerordnungen indirekte Steuern zu erheben.

Zu Punkt 8 übernimmt *Jordan* die Vertretung der Fraktion.⁷

Zu Punkt 9 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über Kahlschläge in Privatwäldungen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 13, Nr. 3528, S. 6309f.] schlägt **Schreiber** vor, diesen Punkt nicht mehr zu erledigen, wenn nicht ganz besondere Dringlichkeit besteht.

Westermann unterstützt diesen Vorschlag.

Schloßmann weist darauf hin, daß das Gesetz einem Antrag *Friedberg* entspreche.⁸

Siemen fragt, ob nicht schon ein Forstschutzgesetz bestehe. Die Frage wird verneint. Es wird beschlossen, wenn Absetzung des Gesetzes beantragt wird, dieser Absetzung zuzustimmen.

Ruer schlägt vor, den Fall *Lüdemann* zu [...] ^{9,10}

Dominicus berichtet, daß *Fischbeck* gegen eine große Aktion sei, da dadurch die Koalition zerbrechen würde und dadurch die Sache nur schwerer sei.

Meyer schlägt vor, *Fischbeck* solle im Staatsministerium die Angelegenheit zur Sprache bringen und dahin wirken [...] ¹¹, daß alle Minister dem Minister *Lüdemann* ihr Mißfallen aussprechen.

Nachtrag: **Beutler** bedauert, daß sein Antrag für die Altruhgeltsempfänger im Memelgebiet nicht zur Beratung kommen könne. Er wird den Antrag heute abend im Haushaltsausschuß vorbringen.¹²

Grund bedauert, daß der [...] ¹³ nicht durchgeführt werden kann zu Drucksache [Nr.] 3646.¹⁴

⁷ Anhand der Sitzungsprotokolle der Preußischen Landesversammlung läßt sich der Tagesordnungspunkt 8 nicht mehr eindeutig zuordnen.

⁸ Die DDP hatte am 27. März 1919 den Antrag der Abg. Dr. *Friedberg* und Genossen über die Behandlung der Privatforsten, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 142, S. 179, gestellt, der in der 66. Sitzung am 16. Oktober 1919 einem Ausschuß überwiesen worden war, aber in dieser Legislaturperiode nicht mehr erledigt wurde. Nach dem Antrag sollten Rodungen und Abholzungen in Privatforsten der vorherigen Genehmigung des zuständigen Regierungspräsidenten bedürfen. Zu Kahlschlägen, die 1/60 der Betriebsfläche überschritten, sollte die Genehmigung des Landrats bzw. der Ortspolizeibehörde eingeholt werden. Vgl. Dok. Nr. 79.

⁹ Wort unleserlich.

¹⁰ Der preußische Finanzminister Hermann *Lüdemann* hatte unmittelbar nach dem *Kapp*-Putsch im April 1920 zwei konservative, hohe Beamte seines Ministeriums, Unterstaatssekretär *Busch* und den Geheimen Oberfinanzrat *Löblein*, entlassen. Dieser Fall kam am 7. Juli 1920 während der Haushaltsdebatte zur Sprache und wurde erneut am 25. Oktober 1920 im Hauptausschuß und am 6. Dezember im Plenum verhandelt. Vgl. PIKART, Berufsbeamtentum. Zur Person *Lüdemanns* vgl. auch SCHULZE, Braun, S. 301.

¹¹ Im Original: »solle«.

¹² Der Antrag des Abg. *Beutler* bezog sich auf die ungeklärte Situation des Memelgebiets und die Notlage der dortigen preußischen Ruhestandsbeamten, Altruhestandsbeamten und Hinterbliebenen, denen aufgrund einer Verfügung des Finanzministers ihre Pensionsbezüge nicht mehr gezahlt worden waren. Nachdem der preußische Ministerpräsident *Braun* im Hauptausschuß in der 137. Sitzung am 16. Dezember 1920 abends eine Klärung der Situation und die Abstellung der Notstände versprochen hatte, zog der Abg. *Beutler* den Antrag zurück. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D 1, Nr. 32 h, Beiheft 1, Bd. 7, S. 16f.

¹³ Wort unleserlich.

¹⁴ Die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Bereitstellung weiterer Geldmittel für die nach dem Gesetze vom 12. August 1905 (Gesetzsamml. S. 335) durchzuführende Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse an der oberen und mittleren Oder, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 13, Nr. 3646, S. 6547–6556, fand in der 200. Sitzung am 17. Dezember 1920 statt. Redner der DDP war Dr. *Grund*. Vgl. ebd., Bd. 12, Sp. 15291f.

211.

17.12.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 53 f. Beginn: 11.15 Uhr. Ende: 13.00 Uhr. Protokollführer: Schümer. Vorsitz: Dominicus.

Struve berichtet über die gestrige Sitzung des Hauptausschusses.

Eine Kleine Anfrage *Barteld* wird genehmigt.¹

Plenum.

Zu Punkt 18 [Zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Selbstbewirtschaftung von Domänen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3437, S. 5853–5859, Anlagen, Bd. 13, Nr. 3769, S. 6962–6964 (Antrag des Hauptausschusses)] berichtet **Schreiber**. Er schlägt vor, dem Gesetz zuzustimmen, sich aber vorzubehalten, ob die Anlagen dem [...]² entsprechen.

Berghaus hält das [...]³, das vorgesehen ist, zu gering.

Aronsohn ist derselben Meinung und bemängelt die Zusammensetzung der Treuhandgesellschaft⁴, [...]⁵ und Zentralgenossenschaft [...]⁶.

Schreiber antwortet, diese Gesellschaften seien im Gesetz nicht genannt.

Ommert führt hierzu Beispiele an, die beweisen, wie [...]⁷ die [...]⁸ ist.

Es wird beschlossen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen und für die Anlagen die Bedenken des Kollegen *Aronsohn* geltend zu machen.

Zum Landwirtschaftsetat soll *Siemen* die Fraktion vertreten.⁹

Schreiber beanstandet eine Entschließung des Lehrerbesoldungsausschusses, über die Wahl des Schulleiters.¹⁰

¹ Kleine Anfrage der Abg. *Barteld* (Hannover) und Genossen (DDP) über die Anordnung, betr. die Beschäftigung weiblicher Angestellter in Gast- und Schankwirtschaften, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 13, Nr. 3816, S. 6997. Im Wege der Ausführungsanweisung sollte die Staatsregierung bestimmen, daß die Anordnung auf Hotelbetriebe und dergleichen keine Anwendung finde.

² Zwei Wörter unleserlich.

³ Wort unleserlich.

⁴ Nach dem Gesetzentwurf sollte eine Preußische Domänen-Treuhandgesellschaft AG mit Sitz in Frankfurt/Oder eingerichtet werden zur Bewirtschaftung preußischer Staatsdomänen nach landwirtschaftlichen und kaufmännischen Grundsätzen.

⁵ Wort unleserlich.

⁶ Drei Wörter unleserlich.

⁷ Wort unleserlich.

⁸ Wort unleserlich.

⁹ Die zweite Beratung des Haushalts der Landwirtschaftlichen Verwaltung für 1920, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 13, Nr. 3672, S. 6759–6787, fand in der 201. und 202. Sitzung am 18. Dezember 1920 und 11. Januar 1921 statt. Die Rede des Abg. *Siemen* in der 202. Sitzung am 11. Januar 1921, in: ebd., Bd. 12, Sp. 15457–15468.

¹⁰ Der 23. Ausschuß hatte in seinem Bericht über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend das Dienst-einkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen (Volksschullehrer-Dienst-einkommengesetz – VDG.–) (Nr. 2547), ebd., Anlagen, Bd. 13, Nr. 3659, S. 6567–6753, hier S. 6649, die Einbringung eines Gesetzentwurfes über die Wahl der Schulleiter gefordert (Entschließungs-antrag Nr. 2 h). Danach sollten die Schulleiter auf Grund eines Wahlvorschlages des Lehrkörpers auf sechs Jahre von der Schulaufsichtsbehörde ernannt bzw. auf Grund dieses Vorschlags vom Schulverband gewählt werden. »Besondere Prüfungen dürfen von dem Schulleiter nicht verlangt werden.«

Otto, Kimpel und **Schümer** verteidigen die EntschlieÙung.

Goll ist sachlich gegen die EntschlieÙung, empfiehlt aber, nicht gegen die EntschlieÙung zu stimmen.

An der Aussprache beteiligen sich noch **Beutler, Kimpel, Rade, Kopsch**.

Zum Stempelsteuergesetz¹¹ bemängeln **Ruer** und **Gumpert**, daß das Gesetz nicht mehr gründlich beraten werden könne.

Es wird beschlossen, im ÄltestenausschuÙ darauf hinzuwirken, daß neue Gesetze nicht mehr beraten werden können.¹²

Berghaus berichtet über die Sitzung des Gemeindeausschusses über die Eingemeindung Langerfeld u.s.w. in Barmen.¹³ Er hält die Eingemeindung für notwendig.

Crüger bittet, die Sache auf dem nächsten Landtag zu vertagen.

Ruer meint, man dürfe die alte Stellung der Fraktion, die die Wahl habe verschieben wollen, nicht ändern.

Es wird beschlossen, in diesem Sinn zu stimmen.

Sommer berichtet über die Lage des Hebammengesetzes im BevölkerungsausschuÙ.¹⁴

Die Fraktion wird im Ausschuß das Gesetz weiter beraten.

Zur EntschlieÙung des Lehrerbesoldungsausschusses wird beschlossen, daß die Abstimmung frei gegeben wird.

¹¹ Der Antrag der Abg. *Siering, Rhiel* (Fulda), Dr. *Bollert* und Genossen (SPD, Z, DDP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895/26. Juni 1909 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 1909 (Gesetzsamml. 1909, S. 535), ebd., Anlagen, Bd. 14, Nr. 4051, S. 7461 f. und Nr. 4081, S. 7593 (Antrag des Hauptausschusses), wurde in der 206. Sitzung am 13. Januar 1921 in erster Lesung und in der 219. Sitzung am 14. Januar 1921 in zweiter und dritter Lesung beraten. Der Antrag wurde nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen.

¹² In der Sitzung des Ältestenrats vom 18. Dezember 1920, 11.15 bis 12.20 Uhr, wurde von verschiedenen Seiten betont, daß man sich auf die Erledigung der wichtigsten Gegenstände beschränken müsse. Eine Reihe von Vorlagen, wie das Grundsteuergesetz und das Stempelsteuergesetz, sollten nicht mehr beraten werden. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

¹³ Gemeint sind die Ausschußberatungen über den Antrag der Abg. *Hauschildt*, Dr. *Schloßmann* und Genossen (SPD, DDP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die Erweiterung des Stadtkreises Barmen, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3439, S. 5861 f.

¹⁴ Vgl. den Ausschußbericht über den Gesetzentwurf, betreffend das Hebammenwesen, in: ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 2983, S. 4939–4949.

212.

18.12.1920: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 54. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: keine Angaben. Protokollführer: Heine. Vorsitz: keine Angaben.

Abg. **Schümer** wünscht einen Antrag zur Gleichstellung der Philologen mit den Juristen einzubringen.

Die **Fraktion** beschließt, daß dieser Antrag nicht gestellt wird.

Nach Erscheinen des Abg. *Schümer* wird die Debatte wieder aufgenommen und er selber wird ermächtigt, mit den anderen Fraktionen in Verbindung zu treten, um einen eventuellen gemeinsamen Antrag vorzubereiten.¹

Abg. *Rade* wird als Redner zum Kultusetat für Kirchen und Universität², für Höheres Schulwesen werden Abg. *Gottschalk*³, für Volksschule Abg. *Juds*⁴, für Kunst und Wissenschaft Frau Abg. *Heine* bestimmt.⁵

213.

11.1.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 55 f. Beginn: 10.05 Uhr. Ende: 14.00 Uhr. Protokollführer: Sommer. Vorsitz: Dominicus, später Otto.

Eingangs bringt der **Vorsitzende** einen Gruß des schwer erkrankten Abg. *Wittrock* zur Verlesung; Gegengruß und Wunsch auf Genesen wird beschlossen.

I. Eingegangene Gesetzentwürfe:

a. Verlegung des Fischhafens Altona: Berichterstatter: *Schnackenburg*.¹

b. Gesetzentwurf, betr. elektrische Anlagen zwischen Braunschweig – Hannover: Referent: *Barteld*.²

¹ Antrag der Abg. *Schümer*, *Wildermann*, *Oelze*, *Richert* und Genossen (DDP, Z, DNVP, DVP) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (Stellung der Studiendirektoren, Oberschulräte und Direktoren der Provinzialschulkollegien), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 14, Nr. 4041, S. 7458.

² Die zweite Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für 1920, ebd., Anlagen, Bd. 13, Nr. 3530, S. 6312–6346, Anlagen, Bd. 14, Nr. 3947–3950, S. 7283–7359, fand in der 207., 209. bis 216. Sitzung am 13. und 14. Januar 1921 statt. Die Rede des Abg. *D. Rade* in der 207. Sitzung am 13. Januar 1921, in: ebd., Bd. 12, Sp. 15673–15677.

³ Die Rede des Abg. *Gottschalk* in der 207. Sitzung am 13. Januar 1921, in: ebd., Sp. 15732–15735.

⁴ Die Rede des Abg. *Juds* in der 207. Sitzung (Abendsitzung) am 13. Januar 1921, in: ebd., Sp. 15752–15755.

⁵ Abg. Frau Dr. *Heine* meldete sich im Plenum nicht mehr zu Wort.

¹ Der Gesetzentwurf, betr. Verlegung des Fischmarkts in Altona, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 14, Nr. 3965, S. 7369–7372, wurde in der 202. Sitzung am 11. Januar 1921 in erster Lesung ohne Aussprache dem Hauptausschuß überwiesen.

² Der Gesetzentwurf, betr. den Bau elektrischer Anlagen zwischen Braunschweig und Hannover, ebd., Nr. 3966, S. 7372–7376, wurde in der 205. Sitzung am 12. Januar 1921 in erster Lesung dem Hauptausschuß überwiesen.

c. Gesetzentwurf, betr. Kleinbahnen, Referent: *Juds.*³

d. Entwurf, betr. Enteignung von Grundstücken in Festungsbezirken, Referent: *Bollert.*⁴

e. Entwurf zur Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder: Referent *Struve.*⁵

II. Der **Vorsitzende** empfiehlt, hinweisend auf das am 13. [Januar] abends im Demokratischen Klub stattfindende gemeinsame Essen, die Beteiligung daran.

III. Plenum:

1. **Schreiber** berichtet eingehend über den Gesetzentwurf, betr. Bereitstellung von Staatsmitteln zur Selbstbewirtschaftung von Domänen.⁶ Er empfiehlt Zustimmung.

Der **Vorsitzende** verliest noch dazu zwei Briefe des behinderten [sic] Abg. *Goll* und des früheren Reichstagsabgeordneten Abg. *Schmidthals*⁷, die vor der Annahme des Gesetzentwurfs warnen.

Es sprechen hierzu **Crüger, Schümer, Riedel, Bollert, Dominicus, Ruer, Struve, Berghaus, Goll.**

Es wird beschlossen, zuzustimmen mit dem Antrage *Schreiber* (50 Mill. für Siedlungszwecke bereitzustellen).⁸ – Eine Vertagung der namentlichen Abstimmung wird damit verknüpft. Der betreffende Antrag wird von *Schreiber* eingebracht. Berichterstatter im Plenum: *Siemen.*⁹

Schnackenburg berichtet über den Stand der Verhandlungen, das Landessteuergesetz¹⁰ betreffend.

Es sprechen hierzu: **Berghaus, Ruer.**

Die **Fraktion** tritt grundsätzlich dem den Neuentwurf der Regierung abweisenden Standpunkt bei, der jeder verhängnisvollen Benachteiligung der Gemeinden entgegentritt.

³ Der Gesetzentwurf eines Anleihegesetzes zur Bereitstellung von Mitteln für Kleinbahnen, ebd., Nr. 3941, S. 7273–7276, wurde in der 205. Sitzung am 12. Januar 1921 in erster Lesung ohne Aussprache dem Hauptausschuß überwiesen.

⁴ Der Gesetzentwurf über Anwendung der Vorschriften, betr. ein vereinfachtes Enteignungsverfahren auf die Enteignung von Grundstücken in Festungsbezirken, ebd., Nr. 3967, S. 7376f., wurde in der 205. Sitzung am 12. Januar 1921 in erster und zweiter Lesung verhandelt. Eine Aussprache fand nicht statt.

⁵ Der Gesetzentwurf, betr. die Bereitstellung weiterer Geldmittel für die nach dem Gesetze vom 4. August 1904 (Gesetzsamml. S. 185) durchzuführende Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder, ebd., Nr. 3920, S. 7230–7233, wurde in der 205. Sitzung am 12. Januar 1921 in erster Lesung beraten und an den Hauptausschuß überwiesen.

⁶ Gesetzentwurf, betreffend die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Selbstbewirtschaftung von Domänen, in: ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3437, S. 5853–5859, Anlagen, Bd. 13, Nr. 3769, S. 6962–6964 (Antrag des Hauptausschusses).

⁷ Wilhelm *Schmidthals* (1873–1951), Rittergutspächter in Riemberg/Schlesien, 1919–1920 MdNatVers (DDP).

⁸ Der Antrag der Abg. *Dominicus* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1920, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 14, Nr. 4003, S. 7441, ersuchte die Staatsregierung, die Staatsbeteiligung bei den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften um den doppelten Betrag, mindestens um 50 Millionen Mark, zu erhöhen.

⁹ Die Rede des Abg. *Siemen* in der 202. Sitzung am 11. Januar 1921, in: ebd., Bd. 12, Sp. 15457–15468.

¹⁰ Vgl. Dok. Nr. 206, Anm. 2.

2. Hebammenwesen.¹¹Referent: **Schloßmann**.

Der **Vorsitzende** gibt eine Anzahl von zugehörigen, an die Fraktion ergangenen Zuschriften bekannt. Das Gleiche geschieht von Seiten *Struves*.

Hierzu sprechen: **Gottschalk, Schnackenburg, Schümer, Frl. Dönhoff, Struve, Dominicus, Schmiljan, Meyer**.

Eine informatorische Abstimmung ergibt, daß dem Gesetz mit 17:11 zugestimmt wird. Betont werden soll: ausreichende Besoldung, Gleichbewertung in der Hebammenversorgung von Stadt und Land, freie Wahl. Es wird gegen Vertagung gestimmt.

3. Nach Beschluß des Ältestenausschusses werden nur 3 Redner für den Kultusetat zugelassen;¹² Berichterstatter: *Rade, Juds, Gottschalk*. Ein Antrag, Notlage der Privatdozenten betreffend, wird morgen in der Fraktionssitzung vorgelegt werden.¹³

Zu III. wird beschlossen, [...] dem Antrage *Lukassowitz* Nr. 3271, betr. Änderung der Landgüterordnung in Schlesien, nicht beizutreten.¹⁴

4. Ein Antrag *Schümer*, Gleichstellung der Studiendirektoren mit den Senatspräsidenten der Oberlandesgerichte usw., wird von der **Fraktion** aufgenommen und eingebracht werden.¹⁵

5. **Meyer** spricht über die geplante Etatisierung des Verwaltungsreformkommissariats.¹⁶

Es äußern sich hierzu: **Dominicus, Struve**, – der *Vorsitzende* wird beauftragt, dieserialb mit der sozialdemokratischen Fraktion in Verbindung zu treten.

6. **Meyer** bringt ferner den Fall des Landrats *Lang v. Langen* in Sigmaringen zur Sprache.¹⁷

¹¹ Gesetzesentwurf, betreffend das Hebammenwesen, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 9, Nr. 2983, S. 4939–4949. Vgl. Dok. Nr. 196, Anm. 28.

¹² Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 18. Dezember 1920, 11.15 bis 12.20 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

¹³ In der Fraktionssitzung vom 12. Januar 1921 kam man auf diese Anregung nicht mehr zurück. Ein entsprechender Antrag wurde nicht gestellt. Vgl. Dok. Nr. 214.

¹⁴ Antrag der Abg. *Lukassowitz* und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1920 (Gesetzesentwurf zur Änderung der Landgüterordnung für die Provinz Schlesien), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3271, S. 5711. – Victor *Lukassowitz* (geb. 1879), Rektor, Schweidnitz, 1919–1921 MdpLV, 1921–1932 MdpLT (DNVP).

¹⁵ Antrag der Abg. *Schümer, Wildermann, Oelze, Richert* und Genossen (DDP, Z, DNVP, DVP) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (Stellung der Studiendirektoren, Oberschulräte und Direktoren der Provinzialschulkollegien), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 14, Nr. 4041, S. 7458.

¹⁶ In der Sitzung der preußischen Staatsregierung vom 22. Dezember 1920 wurde die Etatisierung der Stelle des Staatskommissars für Verwaltungsreform besprochen. Da die Tätigkeit des Staatskommissars »eine zeitlich begrenzte und die Schaffung neuer Ämter mit den Grundsätzen über eine sparsame Finanzwirtschaft nicht vereinbar« sei, wurde bei der Haushaltsberatung keine Zustimmung erwartet. Am 12. Januar 1921 lehnte das Staatsministerium zudem die Etatisierung der Stelle des Staatskommissars für Volksernährung ab, dessen Geschäfte ab dem 1. April 1921 auf das Landwirtschaftsministerium übertragen werden sollten. PPS, Bd. 11/I, Nr. 165, S. 214f., hier S. 215 (TOP 9), und Nr. 168, S. 217 (TOP 1).

¹⁷ 1919 hatte der Redakteur und badische Landtagsabgeordnete Karl *Großhans* in der sozialdemokratischen Schwenninger »Volkstimme« (Nr. 86) den Behörden des Oberamts Sigmaringen, insbesondere dem stellvertretenden Oberamtman Dr. Georg *Lang von Langen*, Mißachtung von Dienstvor-

Es wird beschlossen, die Sache auf sich beruhen zu lassen.

7. **Meyer** bespricht sodann die gegen den Staatssekretär *Freund* erhobenen Vorwürfe und gibt bekannt, daß dieser in keinem Stadium der *Kapp*-Putschtage irgend etwas Bedenkliches getan oder unternommen hätte.

In der Vollsitzung wird von der **Fraktion** keine besondere Stellung einzunehmen [sein].¹⁸

8. Frl. **Heine** befürwortet einen Antrag, betr. Abänderung des Besoldungsgesetzes zwecks besserer Gehaltsstellung der Volksschullehrerinnen (§§ 1 und 2 des Gesetzes).¹⁹

Auf Vorschlag *Schümers* soll eine von den meisten Fraktionen unterschriebene Entschließung eingebracht werden. Die **Fraktion** ist damit einverstanden.

9. **Jordan** bespricht und begründet einen von ihm entworfenen Antrag, schulärztliche Versorgung aller Gemeinden betreffend.

Bei der Geringbesetzung soll der Antrag in der morgigen Fraktionssitzung zu Ende geführt werden.

schriften vorgeworfen. *Lang von Langen* hatte daraufhin eine Beleidigungsklage angestrengt, die allerdings nach der Zurücknahme der Vorwürfe wieder fallen gelassen wurde. Vgl. Staatsarchiv Sigmaringen, Ho 199 T 4, Nr. 335. – Dr. Georg *Lang von Langen*, 1919 stellvertretender Oberamtmann des Oberamtes Sigmaringen, 1920–1921 Oberamtmann ebendort, März 1921 kommissarischer Landrat im Kreis Ziegenrück, August 1921 Oberamtsvorstand in Sulz/Württemberg.

¹⁸ Das Verhalten des Staatssekretärs Dr. *Freund* während des *Kapp*-Putsches wurde während der dritten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Feststellung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1921, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2109, S. 3160f., in der 216. Sitzung am 14. Januar 1921 angesprochen. Der Deutschnationale Freiherr v. *Braun* hatte in der »Deutschen Tageszeitung« Anklagen gegen den Staatssekretär Dr. *Freund* erhoben. Vgl. DEUTSCHE TAGESZEITUNG, 564, 3.12.1920: »Freund, Severing und die Glaubwürdigkeit.« Am 3. Dezember 1920 hatte daraufhin der Zentrumsabgeordnete *Gronowski* Innenminister *Severing* aufgefordert, das Verhalten *Freunds* während des *Kapp*-Putsches zu untersuchen. Die Untersuchung ergab jedoch, daß die Vorwürfe des Freiherrn v. *Braun* unbegründet waren. Vgl. die Reden des Zentrumsabgeordneten *Gronowski* in der 188. Sitzung am 3. Dezember 1920 und in der 216. Sitzung am 14. Januar 1921, in: SBpLV 1919/21, Bd. 11, Sp. 14534–14544, hier Sp. 14537, ebd., Bd. 12, Sp. 15906–15912, hier Sp. 15910f.; vgl. auch SEVERING, Bd. 1, S. 277 f.

¹⁹ Antrag der Abg. *Pischke*, *Otto*, *König* (Frankfurt), *Gottwald* (Berlin), *Herrmann* und Genossen (DVP, DDP, SPD, Z, DNVP) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Besoldung der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen mittleren Schulen (Nr. 3992), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 14, Nr. 4091, S. 7607.

214.

12. 1. 1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 57 f. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: 11.20 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Otto.

Plenum.

Zum Punkt 9 [Erste Beratung des Entwurfs eines Anleihegesetzes zur Bereitstellung von Mitteln für Kleinbahnen, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 14, Nr. 3941, S. 7273–7276] berichtet Abg. **Juds** über den Entwurf zur Bereitstellung von Mitteln für Kleinbahnen. Es wird beschlossen, der Vorlage zuzustimmen.¹

Zum Punkt 12 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Bereitstellung weiterer Geldmittel für die nach dem Gesetze vom 4. August 1904 (Gesetzsamml. S. 185) durchzuführende Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder, ebd., Nr. 3920, S. 7230–7233, Nr. 4061, S. 7570 (Ausschußantrag)]² – Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder – wendet sich Abg. **Grund** gegen den Abstrich an den geforderten Mitteln und Heranziehung der Interessenten zu Kostenbeiträgen – Zustimmung zu den Ausschußanträgen wird beschlossen.

Punkt 13 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. den Bau elektrischer Anlagen zwischen Braunschweig und Hannover, ebd., Nr. 3966, S. 7372–7376]: Abg. **Barteld** berichtet über das Projekt der elektrischen Anlage zwischen Braunschweig und Hannover und bemängelt die kurzfristige Einbringung der Vorlage. Der Ausschußberatung wird zugestimmt.³

Abg. **Schümer** zu der Entschließung, betr. Gleichstellung der Studiendirektoren – einige textliche Änderungen der vorliegenden Fassung werden gut heißen.⁴

Abg. **Düker** zu einem Antrag, betr. Bereitstellung von Staatsmitteln für Entlohnung der Überschichten von Beamten im Kohlenbergbau.⁵

Beim Punkt 16 [Zweite Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend das Hebammenwesen, ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 2983, S. 4939–4949] – Hebammengesetz⁶ – setzt Besprechung der Geschäftslage ein. Falls die Obstruktion der Rechtsparteien wieder einsetzen sollte, wird Fraktion auf Verabschiedung des Gesetzes verzichten, um Erledigung des Etats nicht zu gefährden.

Zum Punkt 21 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen, ebd., Anla-

¹ Vgl. Dok. Nr. 213, Anm. 3.

² Vgl. auch ebd., Anm. 5.

³ Vgl. ebd., Anm. 2.

⁴ Antrag der Abg. *Schümer, Wildermann, Oelze, Richert* und Genossen (DDP, Z, DNVP, DVP) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (Stellung der Studiendirektoren, Oberschulräte und Direktoren der Provinzialschulkollegien), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 14, Nr. 4041, S. 7458. Vgl. auch Dok. Nr. 212.

⁵ Antrag der Abg. *Limbertz, Stieler, Düker, Tegeder, Martin, Berten* (Düsseldorf) und Genossen (SPD, Z, DDP, DVP, DNVP, USPD) zur dritten Beratung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für 1920, in: ebd., Nr. 4066, S. 7572. Nach dem Antrag sollten in Kap. 14 der dauernden Ausgaben unter Tit. 9 a des Haushalts Nebenbezüge für Pflichtüberschichten in Höhe von 650 000 M eingesetzt werden.

⁶ Die Vorlage wurde in der 203. und 205. Sitzung am 11. und 12. Januar 1921 in zweiter Lesung beraten. Sie wurde in dieser Legislaturperiode nicht mehr erledigt. Vgl. auch Dok. Nr. 213.

gen, Bd. 14, Nr. 3529, S. 6310 f., 3954, S. 7361] und [Punkt] 24⁷ wird auf Vorschlag des Abg. *Schulze* beschlossen, sie auf die Tagesordnung für den 13. I. zu setzen.

Beim Punkt 29 [Antrag der Abg. *Hauschildt*, Dr. *Schloßmann* und Genossen (SPD, DDP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die Erweiterung des Stadtkreises Barmen, ebd., Anlagen, Bd. 11, Nr. 3439, S. 5861 f.] legt Abg. *Schloßmann* eine Erklärung vor, die er zu der Vorlage Eingemeindung Langerfeld-Barmen verlesen will – der **Fraktion** zustimmt.⁸

Abg. **Otto** berichtet über Ausschußverhandlung über das Berufsschullehrergesetz.

Fraktion beschließt – entgegen dem Widerstand der Regierung – an den Ausschußbeschlüssen, Einstufung nach 9 und 10 – festzuhalten.⁹

Als Redner für die 3. Lesung des Etats wird Abg. *Dominicus* bestimmt, als eventueller Redner zum Nachtrag zum Staatshaushalt Abg. Dr. *Struwe*.¹⁰

Abg. **Ruer** berichtet über die Ausschußbehandlung des Kommunalabgabengesetzes.¹¹

Punkt 23 des Plenums.¹² – Besprechung wird zum 13. I. verschoben.

Ein Antrag *Jordan* auf Anstellung von Schulärzten wird gut geheißt.¹³

Das Finanzministerium wünscht Einbringung eines Initiativantrags zur Erhöhung der Stempelsteuer.¹⁴

Fraktion hält es aus grundsätzlichen und geschäftsordnungsmäßigen Bedenken nicht für angezeigt der Anregung zu folgen. – Stellungnahme gegenüber einem etwa zur Vorlage kommenden Notgesetzentwurf bleibt vorbehalten.

⁷ Punkt 24 der Tagesordnung läßt sich anhand der Sitzungsprotokolle der Preußischen Landesversammlung nicht mehr eindeutig zuordnen.

⁸ Der Antrag wurde in der 208. Sitzung am 14. Januar 1921 verhandelt. Für die DDP meldete sich kein Abgeordneter zu Wort. Der Antrag wurde in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr erledigt.

⁹ Vgl. den Antrag des verstärkten Handels- und Gewerbeausschusses zu seinem mündlichen Bericht über den Gesetzentwurf über das Dienstekommen der Gewerbe- und Handelslehrer- und lehrerinnen an den gewerblichen, kaufmännischen und hauswirtschaftlichen Berufsschulen (Nr. 3848), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 14, Nr. 3997, S. 7429–7438.

¹⁰ Die Rede des Abg. *Dominicus* in der 216. Sitzung am 14. Januar 1921, in: SBpLV 1919/21, Bd. 12, Sp. 15905 f. Der Gesetzentwurf, betr. die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1920 (Schutzpolizei), ebd., Anlagen, Bd. 14, Nr. 3968, S. 7378–7390, wurde nach kurzer Beratung, an der kein Vertreter der DDP teilnahm, in der 205. Sitzung am 12. Januar 1921 verhandelt und dem Hauptausschuß überwiesen.

¹¹ Vgl. den Antrag des Gemeindeausschusses zum Gesetzentwurf zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes und des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes (Nr. 3525), in: ebd., Nr. 3990, S. 7410–7413. Der Gesetzentwurf wurde in der 199. Sitzung am 16. Dezember 1920 in erster Lesung beraten und dem Gemeindeausschuß überwiesen. Er wurde in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr erledigt.

¹² Punkt 23 der Tagesordnung läßt sich anhand der Sitzungsprotokolle der Preußischen Landesversammlung nicht mehr eindeutig zuordnen.

¹³ Der Antrag der Abg. Dr. *Jordan* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (Schulärzte), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 14, Nr. 4042, S. 7458, wurde in der 207. Sitzung am 13. Januar 1921 angenommen. Nach dem Antrag sollten für alle Schulen Schulärzte und Schulärztinnen angestellt werden.

¹⁴ Antrag der Abg. *Siering*, *Rbiel* (Fulda), Dr. *Bollert* und Genossen (SPD, Z, DDP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895/26. Juni 1909 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 1909 (Gesetzsamml. für 1909 S. 535), vom 12. Januar 1921, in: ebd., Nr. 4051, S. 7461 f.

215.

13.1.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 58 f. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: keine Angaben. Protokollführer: Kimpel. Vorsitz: keine Angaben.

1. Mitteilungen aus dem Ältestenrat.¹

a. Abendsitzungen für Donnerstag und Freitag.

b. In den Ausschuß (29 Mitglieder), der in der Zwischenzeit tagt, sollen eintreten *Frentzel, Rade* und die drei Vorsitzenden der Fraktion *Dominicus, Schmiljan, Otto*.

c. Der Landtag (Preußische Landesversammlung) soll als aufgelöst gelten, wenn der neue Landtag zusammentritt.²

d. Kommunalabgabengesetz.³

e. Großwahltag.

Schmiljan berichtet über Ausschußverhandlungen: Wahlzettel. Farbe betreffend großen Zettel zwischen [sic] Landtag, Kreistag, Provinziallandtagen.

Es beteiligen sich an der Debatte **Schnackenburg, Rebehn**.

f. Notgesetz über Änderung des Etats.⁴

g. Freitag 3. Lesung des Etats.⁵

h. Besoldungsplan.

König, Schümer, Dominicus, Meyer, Schmiljan.

Besoldungsplan soll an den 20. Ausschuß verwiesen werden.⁶

2. Plenum.

Es reden zum Kultusetat⁷ **Rade, Gottschalk, Juds**.

Die gestellten neuen Anträge werden von der **Fraktion** angenommen.

Kommunalabgabengesetz:

Schmiljan führt aus, daß das Gesetz verabschiedet werden muß. Er plädiert für Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

¹ Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 12. Januar 1921, 10.10 bis 11.40 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 2.

² Die Wahl zum ersten Preußischen Landtag fand am 20. Februar 1921 statt. Der Landtag trat am 10. März 1921 zusammen.

³ Der Gesetzentwurf zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes und des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 11, Nr. 3525, S. 6305f., Anlagen, Bd. 14, Nr. 3990, S. 7410–7413 (Ausschußbericht), wurde in der 199. Sitzung am 16. Dezember 1920 in erster Lesung dem Gemeindeausschuß überwiesen, wurde allerdings in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr erledigt.

⁴ Vgl. Dok. Nr. 214.

⁵ Die dritte Beratung des Staatshaushaltsplans für 1920, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2109, S. 3160f., fand in der 216. bis 219. Sitzung am Freitag, den 14. Januar 1921, statt.

⁶ Der Besoldungsplan für das Rechnungsjahr 1920, ebd., Anlagen, Bd. 14, Nr. 4055, S. 7462–7565, wurde in der 208. Sitzung am 13. Januar 1921 dem 20. Ausschuß überwiesen und in der 219. Sitzung am 14. Januar 1921 genehmigt.

⁷ Zur zweiten Lesung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vgl. Dok. Nr. 212.

Schnackenburg: Alle Parteien waren [sich] einig, Dr. *Ruer* dagegen. Er ist auch für Verabschiedung. *Ruer* ist dagegen.

Die Verhandlungen werden abgebrochen.

Punkt 1 Uhr Festsetzung der Fraktionssitzung.

Siemen erhält Zustimmung zur Stellung einer Kleinen Anfrage bzw. Antrag⁸,

Frau Dr. *Heine* ebenfalls Zustimmung zur Stellung einer Kleinen Anfrage bzw. Antrag.⁹

216.

13. 1. 1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 59 f. Beginn: 13.15 Uhr. Ende: 14.30 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Der Redner zum Staatshaushalt Abg. **Dominicus** wird gegen einen Beschluß des Staatsministeriums auf Aufhebung des Staatskommissariats für Ernährungswesen Stellung nehmen¹, ferner Verwahrung einlegen dagegen, daß der Ministerpräsident der demokratischen Fraktion Steuerscheu vorwirft wegen der Ablehnung der Grundsteuer – während der wahre Grund, die Rücksicht auf Oberschlesien, nicht von uns angeführt werden kann. Im übrigen wird die Politik der Koalition als durch die Ergebnisse der Fraktion zu bestimmten Wirtschaftsfragen betont werden.²

Bei der Fortsetzung der Besprechung des Kommunalabgabengesetzes³ sprechen die Abg. **Hagemeister, Schulze, Meyer, Schnackenburg, Dönhoff** für Annahme, die Abg. **Goll, Kopsch, Bollert, Ruer, Düker, Grund, Gumpert** gegen dieselbe.

⁸ Antrag der Abg. *Siemen* und Genossen (DDP) über die Verteilung der Deichlasten in den holsteinschen Elbmarschen, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 14, Nr. 4074, S. 7589.

⁹ Antrag der Abg. Frau Dr. *Heine, König* (Frankfurt), Frau *Poehlmann, Richter* (Lichtenberg), Frau *Arendsee*, Frau Dr. *Spobr*, Frau *Giese* und Genossen (DDP, SPD, DVP, USPD, VKP, DNVP, Z) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, in: ebd., Nr. 4072, S. 7576. Der Antrag forderte die Staatsregierung auf, Artikel 128 Abs. 2 der Reichsverfassung (»Alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt.«) und die entsprechenden Vorschriften des Beamten-Diensteinkommengesetzes anzuwenden auf die endgültig angestellten Leiterinnen, Konrektorinnen, Lehrerinnen und technischen Lehrerinnen sowie auf die antragsweise vollbeschäftigten und einstweilig angestellten Lehrerinnen. Am selben Tag wurde auch der Antrag der Abg. Frau *Heiser-Jaquet*, Frau Dr. *Heine*, Frau *Poehlmann*, Frau *John* und Genossen (SPD, DDP, DVP, USPD) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für 1920 (Weiterbeschäftigung der verheirateten Lehrerinnen), ebd., Nr. 4070, S. 7575, gestellt. Danach sollten die Erlasse des Kultusministers über die Weiterbeschäftigung der verheirateten Lehrerinnen bis zur reichsgesetzlichen Regelung der Angelegenheit in Kraft bleiben.

¹ Vgl. Dok. Nr. 213, Anm. 16.

² Vgl. die Rede des Abg. *Dominicus* in der 198. Sitzung am 15. Dezember 1920 anlässlich der ersten Beratung des Gesetzes, betr. die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundbesitz (Nr. 3310), in: SBpLV 1919/21, Bd. 12, Sp. 15092–15094.

³ Zum Kommunalabgabengesetz vgl. Dok. Nr. 215.

Die Abstimmung ergibt ablehnende Stellungnahme der Fraktion.

Der **Vorsitzende** bittet den Berichterstatter, sie mit den Bedenken auf die Geschäftslage zu begründen.

Abg. **Degenhardt** berichtet, daß auf Grund der Stellung der Lehrer durch das Berufsschulgesetz⁴ eine Aktion der Volkspartei im Interesse der Mittelschullehrer zu erwarten ist.

Fraktion stimmt dem ersten Teil der gestellten Forderungen zu.⁵

Abg. **Otto** berichtet über Einigung mit der Regierung über das Berufsschulgesetz.

Abg. **Struve** ersucht, daß Fraktion mit dazu beiträgt Verabschiedung des Hebammengesetzes zu verhindern unter Hinweis auf Geschäftslage.⁶ – Die irrtümliche Ablehnung des Gesetzes über Besteuerung der Wanderlager muß unwirksam gemacht werden.⁷

Abg. **Kochmann** spricht für Ablehnung des Stempelsteuergesetzes im Hauptausschuß.⁸

⁴ Die zweite und dritte Lesung des Gesetzes über das Dienstinkommen der Gewerbe- und Handelslehrer und -lehrerinnen an den gewerblichen, kaufmännischen und hauswirtschaftlichen Berufsschulen (Pflichtfortbildungsschulen [Berufsschullehrer-Dienstinkommengesetz]), SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 14, Nr. 3848, S. 7028–7034, Nr. 3997, S. 7429–7438, fand in der 219. Sitzung am 14. Januar 1921 statt. Vgl. auch Dok. Nr. 214.

⁵ Daraus erwuchs der überparteiliche Antrag der Abg. *Pischke, Otto, König* (Frankfurt), *Gottwald* (Berlin), *Herrmann* und Genossen (DVP, DDP, SPD, Z, DNVP) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Besoldung der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen mittleren Schulen (Nr. 3992), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 14, Nr. 4091, S. 7607.

⁶ Der Gesetzentwurf, betreffend das Hebammenwesen, ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 2983, S. 4939–4949, wurde in der Legislaturperiode nicht mehr erledigt. Vgl. auch Dok. Nr. 196, Anm. 28.

⁷ Die dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes vom 27. Februar 1880, betr. die Besteuerung des Wanderlagerbetriebes, ebd., Anlagen, Bd. 14, Nr. 3824, S. 7011 f., fand in der 207., 216. und 219. Sitzung am 13. und 14. Januar 1921 statt. Der Gesetzentwurf wurde angenommen.

⁸ Der Antrag der Abg. *Siering, Rhiel* (Fulda), Dr. *Bollert* und Genossen (SPD, Z, DDP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895/26. Juni 1909 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 1909 (Gesetzsamml. für 1909 S. 535), ebd., Nr. 4051, S. 7461 f., Nr. 4081, S. 7593 (Antrag des Hauptausschusses), wurde in der 206. Sitzung am 13. Januar 1921 in erster Lesung, in der 219. Sitzung am 14. Januar 1921 in zweiter und dritter Lesung beraten und nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen.

217.

14. 1. 1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 60 f. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: 11.15 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Schmiljan.

Vorsitz: Abg. **Schmiljan** – berichtet über die Beratungen des Ältestenausschusses am 13. I.¹

Die Abstimmung über das Gesetz, betr. Wanderlager, wird wiederholt werden, **Fraktion** stimmt für den Ausschlußantrag.²

Abg. **Schümer** berichtet über den Verlauf der Abendsitzung des Plenums – bedauert lebhaft die mangelhafte Vertretung der Fraktion, durch die Ablehnung der Kirchengesetze herbeigeführt werde, ebenfalls des Antrags, betr. 18. Januar.³

Plenum.

Den am 12. im Hauptausschuß verabschiedeten Gesetzen über: Übergangsgelälter für die Staatsminister, Vorflut der Oder, Elektrizitätswerk Hannover, Baukostenzuschüsse wird **Fraktion** zustimmen.⁴ – Ebenfalls dem Landessteuergesetz nach den Ausschlußbeschlüssen.⁵ – Dem Gesetz über den Fischereihafen Geestemünde mit der Ausschlußerhöhung von 6 auf 9 Millionen Mark.⁶

¹ In der Sitzung des Ältestenrats vom 13. Januar 1921, 18.10 bis 19.15 Uhr, wurde die Geschäftslage des folgenden Tages besprochen. Beschlossen wurde unter anderem, daß der Besoldungsplan dem 20. Ausschuß überwiesen werden sollte, dessen Sitzungen am 25. Januar beginnen sollten. Dabei fiel von Seiten eines demokratischen Abgeordneten die Bemerkung: »Der sozialdemokratische Präsident werde die Erledigung der Sache wieder verhindern.« Von allen Anwesenden, »auch von seiten der Demokraten, die diese Angelegenheit noch in der Fraktion besprechen werden, wird diese Äußerung im höchsten Maß gemißbilligt.« Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 DI, Nr. 44, Bd. 2.

² Die Abstimmung über den Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes vom 27. Februar 1880, betr. die Besteuerung des Wanderlagerbetriebes, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 14, Nr. 3824, S. 7011 f., Nr. 3991, S. 7414–7416, fand nach der zweiten und dritten Lesung in der 219. Sitzung am 14. Januar 1921 statt.

³ In der 207. Sitzung (Abendsitzung) am 13. Januar 1921 fanden die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Neuregelung der Verfassungen der evangelischen Landeskirchen der neuen Provinzen Preußens, ebd., Anlagen, Bd. 14, Nr. 3866, S. 7079–7095, statt. Der Gesetzentwurf wurde abgelehnt ebenso der Antrag der Abg. Dr. von *Krause* (Ostpreußen) und Genossen (DVP) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für 1920, ebd., Nr. 4012, S. 7443, nach dem in den Schulen der 18. Januar durch Ausfall des Unterrichts usw. als nationaler Feiertag würdig gefeiert werden sollte.

⁴ Antrag der Abg. *Siering*, Dr. Dr. *Porsch*, *Dominicus*, Dr. *Görck*, Dr. v. *Kries* und Genossen (SPD, Z, DDP, DVP, DNVP) auf Annahme eines Gesetzes über das Übergangsgeld der Staatsminister, ebd., Nr. 3880, S. 7101 f., Nr. 4060, S. 7570 (Ausschußantrag); Gesetzentwurf, betr. die Bereitstellung weiterer Geldmittel für die nach dem Gesetze vom 4. August 1904 (Gesetzssaml. S. 185) durchzuführende Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder, in: ebd., Nr. 3920, S. 7230–7233; Gesetzentwurf, betr. den Bau elektrischer Anlagen zwischen Braunschweig und Hannover, in: ebd., Nr. 3966, S. 7372–7376, Nr. 4062, S. 7570 (Ausschußantrag); Gesetzentwurf, betr. die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Abbürdung der Baukostenüberteerung, in: ebd., Nr. 3969, S. 7390–7392, Nr. 4063, S. 7570 (Ausschußantrag).

⁵ Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Ausführungsgesetz zum Landessteuergesetz, ebd., Anlagen, Bd. 8, Nr. 2658, S. 4335–4346, Nr. 2670, S. 4382 (Regierungsvorlage), Anlagen, Bd. 14, Nr. 4030, S. 7452, Nr. 4080, S. 7593 (Ausschußanträge).

⁶ Gemeint ist der Gesetzentwurf, betr. Verlegung des Fischmarkts in Altona, in: ebd., Anlagen, Bd. 14, Nr. 3965, S. 7369–7372, Nr. 4031, S. 7453 f. (Ausschußbericht). Der Gesetzentwurf wurde in der 219. Sitzung am 14. Januar 1921 in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Abg. **Otto** bringt eine Einladung zum 18. Vortrag von Anna *Siemsen*⁷ über Fortbildungsschulfragen.

Abg. Dr. **Heine** wird hingehen, wenn sie nicht, wie alle anderen Anwesenden, durch Vortragsverpflichtungen verhindert ist.

Im Plenum wird den noch ausstehenden Abstimmungen zum Kultusetat entsprechend den früheren Beschlüssen zugestimmt werden.⁸

Der **Vorsitzende** schließt mit Abschiedswünschen die letzte Sitzung der Fraktion.

218.

8.3.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 63–66. Beginn: 11.00 Uhr. Ende: 14.20 Uhr. Protokollführer: **Dönhoff**. Vorsitz: **Dominicus**.

Abg. **Schiffer**, der nur kurze Zeit anwesend sein kann, gibt eine Darstellung der durch den Abbruch der Verhandlungen in London geschaffenen Lage.¹

Bei der Konstituierung des vorläufigen Vorstandes der Fraktion werden die bisherigen Vertreter der Ämter gebeten, sie weiter zu versehen: Abg. *Dominicus* und *Otto* als 1. und 2. Vorsitzender, Abg. *Dönhoff* als Schriftführer, Abg. *Schreiber* als Geschäftsführer.

Abg. **Dominicus** berichtet über eine vorhergegangene Besprechung mit Vertretern der bisherigen Koalitionsparteien über die Regierungsbildung in Preußen, an der von unserer Seite die Abg. *Dominicus* und *Schiffer* teilnehmen.² Die Verhandlungen waren

⁷ Anna *Siemsen* (1882–1951), Pädagogin und Bildungspolitikerin, 1921–1923 Oberschulrätin in Berlin, 1923–1924 Oberstudienrätin in Jena, 1923–1932 Honorarprofessorin für Pädagogik an der Universität Jena, 1933 Emigration in die Schweiz, 1928–1930 MdR (SPD). Vgl. August *SIEMSEN*, Anna *Siemsen*. Leben und Werk, Hamburg 1951; Inge *HANSEN-SCHABERG*, Anna *Siemsen* (1882–1951). Leben und Werk einer sozialistischen Pädagogin, in: Die Töchter der Alma mater Jenensis. Neunzig Jahre Frauenstudium an der Universität Jena. Hrsg. v. Gisela Horn, Rudolstadt 1999, S. 113–136.

⁸ Vgl. Dok. Nr. 215.

¹ Im Januar 1921 hatten sich die Alliierten in Paris auf eine deutsche Reparationsschuld von 226 Milliarden Goldmark, verteilt auf 42 Annuitäten, verständigt. Hinzu trat eine zusätzliche Reparationsleistung von 12 Prozent der deutschen Ausfuhr. Auf der am 1. März beginnenden Londoner Konferenz unterbreitete die deutsche Delegation einen Gegenvorschlag, der eine Gesamtsumme von 50 Milliarden Goldmark vorsah, auf die allerdings die deutschen Vorleistungen von 30 Milliarden Mark angerechnet werden sollten. Vgl. ADR. KABINETT FEHRENBACH, Nr. 181, S. 485–491; SBR I. WP 1920/24, Bd. 366, Nr. 1640. Die deutschen Gegenvorschläge wurden jedoch für unzureichend erklärt, so daß am 8. März die angedrohten Sanktionen in Kraft traten. Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort wurden besetzt. Gleichzeitig übernahm die Interalliierte Rheinlandkommission die Zollverwaltung für das gesamte besetzte Gebiet. Vgl. KRÜGER, S. 127–132; HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 7, S. 169–174.

² Bei der preußischen Landtagswahl vom 20. Februar 1921 hatten die bisherigen Regierungsparteien SPD, Zentrum und DDP erhebliche Stimmenverluste hinnehmen müssen und nur 224 der 428 Mandate erhalten. Die Zahl der DDP-Mandate war von 65 auf 26 gesunken. Angesichts der unsicheren Mehrheitsverhältnisse forderte das Zentrum am 22. Februar die Bildung einer Großen Koalition von der SPD bis zur DVP im Reich und in Preußen. Im Reich amtierte ein Minderheitskabinett der bürgerlichen Mitte aus Zentrum, DVP und DDP unter Reichskanzler *Fehrenbach* (Z). Die preußische

durchaus unverbindlich; am 9. III. abends treten die Vertreter der drei Fraktionen nochmals zusammen, für unsere Stellungnahme dort sind jetzt die Beschlüsse zu fassen.

An der Aussprache beteiligt sich der Abg. **Riedel**, der Homogenität der Reichs- und preußischen Regierung nicht für unerlässlich, Wiederherstellung der alten Koalition für unmöglich, Zuziehung der Volkspartei für die Sozialdemokraten als untragbar erachtet und sich für Ausscheiden der Demokraten aus der Regierung ausspricht, um die demokratische Partei, die zur Erhaltung der Republik notwendig ist, zu erhalten. Sieht in einer Rechtskoalition von Deutschnationalen bis Zentrum das einzig natürliche und demokratische Ergebnis der Wahl.

Abg. **Preuß** wendet sich gegen diese Abstimmung; ist für Zurückhaltung unsererseits bei den Abmachungen über Zuziehung der Volkspartei, die Sache der Sozialdemokratie und Volkspartei ist. Wir dürfen uns aber nicht weigern, die bisherige Blockpolitik mitzumachen, wenn Einbeziehung der Volkspartei nicht möglich. Nach London ausgesprochene Linksrichtung der Regierung notwendig.

Abg. **Schreiber** weist auf staatspolitische und parteipolitische Seite der Frage der Regierungsbildung hin; fürchtet, daß wir in der Regierung in jedem Fall ohne Einfluß sein und doch der vollen Kritik ausgesetzt sein würden. Hält Stellungnahme der Parteien zu dem aufzustellenden Programm für entscheidend für Möglichkeit des Zusammengehens; wenn Einigung bezüglich Siedlungsfragen, Steuergesetzen und dergleichen nicht möglich ist, Verzicht auf Regierung für uns geboten. Vorbehalte bezüglich des Verhaltens der Volkspartei in der Agitation, in den Provinziallandtagen – persönliche Vorbehalte gegen *Braun* als Landwirtschaftsminister, gegen einen Nichtrepublikaner als Kultusminister.

Abg. **Nuschke** erklärt Regierungsbildung ohne uns für unmöglich, wir müssen mitarbeiten oder wohlwollende Neutralität üben. Persönlich gegen letztere Stellungnahme, für Berücksichtigung der Gesamtlage, Vorbereitung der Koalition im Reich und in Preußen, dahin wirkender Druck auf Sozialdemokraten, im übrigen Zurückhaltung.

Abg. **Berndt**: Wir dürfen Rechtsregierung nicht zulassen, um staatliche Machtmittel nicht in Hand der Reaktion zu geben. Tritt für Einbeziehung der Volkspartei ein, von der allerdings Garantien zu verlangen wären hinsichtlich republikanischer Treue und der Personenfrage. Wenn Einbeziehung nicht möglich, für alte Koalition.

Abg. Minister **Fischbeck** hält wohlwollende Neutralität für ausgeschlossen; Linksregierung ohne uns ausgeschlossen, gegen Rechtsregierung nur Opposition möglich. Beteiligung der Sozialdemokraten notwendig in Rücksicht auf Volksstimmung unter dem Druck der Londoner Beschlüsse – unerfreuliche Vorkommnisse bei der Ämterbesetzung müssen in Kauf genommen werden. Dafür sorgen, daß im zukünftigen Ministerium nicht eine Partei ausschlaggebend ist. Spricht sich gegen parlamentarische Staatssekretäre, vor allem gegen parlamentarische Beiräte in den Ministerien aus.

Abg. **Hartmann** will Gesamtinteresse der Nation bei Regierungsbildung in Preußen vorangestellt sehen, daher gegen Rechtsregierung. Hält Widerspruch der Sozialdemokraten gegen Zuziehung der Volkspartei für unüberwindlich. Demokraten sollen sich bei Regierungsbildung nicht aufdrängen, sich aber der Wiederherstellung der alten Koalition nicht versagen.

Abg. Minister **Oeser** weist auf Bedingtheit aller Äußerungen hin, da Gesamtlage sich ändern kann. Notwendigkeit einer Rechtsregierung im Verlauf der Session ist nicht

SPD lehnte jedoch am 8. März eine Zusammenarbeit mit der DVP ab. Vgl. STANG, S. 241f.; SCHULZE, Braun, S. 330–332; MÖLLER, Parlamentarismus, S. 339f.

ausgeschlossen, heute untragbar wegen der Volksstimmung gegenüber dem Druck, den London uns auferlegt. – Das Versagen der parlamentarischen Staatssekretäre lag an ihrer falschen Plazierung. – Sozialdemokratie hat kein Interesse am Eintritt in Reichsregierung, die von ihrem Wohlwollen abhängig ist. Gegen Zusammenarbeit mit Volkspartei in Preußen liegen für sie große Bedenken vor. – Wir sollten unseren Eintritt in Regierung nicht von Einbeziehung letzterer abhängig machen, Verhandlung Zentrum und Sozialdemokratie überlassen. Vorbehalte bezüglich des Regierungsprogramms und Personalfragen erwünscht gegenüber allen beteiligten Parteien. Im Fall der alten Koalition starke Sicherungen für Durchführung eines zu vereinbarenden Programms notwendig.

Abg. **Wendorff**: Rechtsregierung würde parteitaktisch für uns nicht günstig sein; Homogenität und Regierung der breiten Mitte hat wenig Aussicht, verwirklicht zu werden. Alte Koalition mitmachen – ohne Präntionen und zu weit gehende Ansprüche, entsprechend unserer Minderheit.

Abg. **Jansen** weist hin auf nationalistische Strömungen im Zusammenhang mit London. Trotzdem gegen Rechtsregierung. Vom künftigen Ministerpräsidenten Programm abwarten, von Stellungnahme der Parteien hängt dann Beteiligung an der Regierung ab.

Abg. **Barteld** wünscht Volkspartei in Verantwortung besonders die für die Steuergesetze, einzubeziehen. Hält Mehrheit der alten Koalition für diese nicht genügend. Will vom Ministerpräsidenten und seinem Programm Stellungnahme abhängig machen – legt auf Vorbehalte geringes Gewicht, da die Parteien sie nicht durchdrücken können.

Abg. **Gottschalk** betont Zurückhaltung, will dem Zug nach rechts nicht nachgeben durch Rechtsregierung, für Hinwirken auf Eintritt der Volkspartei.

Abg. **Westermann** ist dafür, Verbleiben in der Regierung vom Eintritt der Volkspartei abhängig zu machen.

Abg. **Hoff** hält Wiederaufleben der alten Koalition für parteivernichtend, tritt für nachdrückliche Versuche zur Regierungsverbreiterung ein.

Abg. **Dominicus** stellt zusammenfassend die Auffassung der Fraktion fest: für größte Zurückhaltung bei den Verhandlungen mit den anderen Parteien, gegen Zulassung einer Rechtsregierung mit allen gegen 2 Stimmen, Aufnahme der Volkspartei für erforderlich zu erklären mit allen gegen 2 Stimmen. Falls dieses keine Zustimmung findet, nehmen unsere Vertreter nur zuhörend an weiteren Verhandlungen teil.

Die **Fraktion** bestimmt als dritten Vertreter durch Zettelwahl den Abg. *Preuß* mit 11 Stimmen.

Nächste Sitzung Donnerstag, 10 Uhr.

Zur Frage der Aufnahme von Hospitanten wird Herr Abg. *Hoff* mit dem Abgeordneten der holsteinischen Landespartei Fühlung nehmen über seinen etwaigen Anschluß.³

³ Gemeint ist der Abgeordnete Wilhelm *Iversen*. Vgl. DER DEMOKRAT, 7, 2.12.1920, S. 127.

219.

10.3.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 67 f. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: 12.30 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Zur Besprechung über die Wahl der Präsidenten, 11 Uhr, wird Abg. *Otto* entsandt; Fraktion ist mit Präsidium *Leinert*, *Porsch* und [v.] *Kries*, [Deutsche] Volkspartei, einverstanden.¹

Von den vorliegenden Gesetzentwürfen, Drucksachen [Nr.] 6, 7, 9² wird Kenntnis genommen, Drucksache [Nr.] 8, Staatsvertrag zwischen Preußen, Bayern etc.³, wird in der nächsten Fraktionssitzung besprochen. Referent Abg. *Schreiber*.

Als Vertreter für den Ältestenrat wird Abg. *Dominicus* benannt, die Vertretung wird unter den Fraktionsvorsitzenden wechseln.

Abg. *Barteld* wünscht Frage der Gewährung von Kinderzulagen über das 21. Lebensjahr hinaus wieder aufzugreifen, wird eventuell einen Kleine Anfrage stellen.⁴

Abg. *Dominicus* berichtet über den Verlauf der Besprechung mit Vertretern des Zentrums und der Sozialdemokratie.⁵ Letztere Partei erklärte ihren Beschluß für feststehend, zur Zeit nicht mit der Deutschen Volkspartei zusammenzuarbeiten, und die Möglichkeit für Verhandlungen ihrerseits mit derselben nicht für gegeben. Zentrum und Demokraten betonten die Notwendigkeit der Zuziehung der Volkspartei. Da keine Einigung zu erzielen war, wurde vorgesehen, die bisherigen Minister führen vorläufig die Geschäfte weiter. Die Versuche, sich innerhalb der bisherigen Koalitionsparteien über die Regierungsbildung zu verständigen, sind nicht abgebrochen, ein Termin für neue Verhandlungen ist nicht festgesetzt, den einzelnen Parteien ist Fühlungnahme mit anderen, außerhalb der bisherigen Koalition stehenden Parteien frei gegeben. Die demokratischen Vertreter haben dem Zentrum anheim gegeben, an die Volkspartei heranzutreten.

Der Vorsitzende verliest ein Schreiben der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei, welches Bezug nimmt auf Ablehnung der Sozialdemokraten, sich im Reich und in Preußen an einer Verbreiterung der Regierungsbasis zu beteiligen, und [auf] Bereit-

¹ Am 10. März 1921 trat der erste auf Grund der neuen Verfassung gewählte Preußische Landtag zusammen. Der Sozialdemokrat Robert *Leinert* wurde als Landtagspräsident wiedergewählt. Zu Vizepräsidenten wurden durch Zuruf Felix *Porsch* (Z), Wolfgang v. *Kries* (DNVP) und Hugo *Garnich* (DVP) bestimmt. Vgl. SBpLT 1921/24, Bd. 1, Sp. 5–8.

² Gesetzentwurf, betr. Verlängerung der im Gesetz über Gemeindebeamte im Gebiet der künftigen Stadt Groß-Berlin gesetzten Frist, in: ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 6, S. 67; Gesetzentwurf, betr. die Änderung der Amtsgerichtsbezirke Willenberg und Ortelsburg, in: ebd., Nr. 7, S. 68; Antrag der Abg. *Schulich*, Dr. Dr. *Porsch*, Dr. v. *Kries*, Dr. v. *Krause*, *Otto* (Charlottenburg) und Genossen (SPD, Z, DNVP, DVP, DDP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betr. vorläufige Wahlen zum Staatsrat in der Provinz Oberschlesien, in: ebd., Nr. 9, S. 71.

³ Staatsvertrag zwischen den Freistaaten Preußen, Bayern und Thüringen über die Aufhebung von Gemeinschaftsverträgen, in: ebd., Nr. 8, S. 69f.

⁴ Kleine Anfrage der Abg. *Barteld* (Hannover) und *Hoff* (DDP), betr. Kinderzulagen für Kinder nach vollendetem 21. Lebensjahre, in: ebd., Nr. 30, S. 78.

⁵ Zur Regierungsbildung vgl. Dok. Nr. 218.

schaft der Deutschnationalen, die Last der Verantwortung mitzutragen, ausspricht, unter Berufung auf den Willen der Wählerschaft.⁶

An der allgemeinen Aussprache beteiligen sich die Abg. **Barteld, Riedel, Hoff, Preuß.**

Sie wird unterbrochen durch den Abg. **Fischbeck** zur Geschäftsordnung, der wünscht die Stellungnahme für heute zu etwaiger Vertagung des Hauses festzustellen.

Zur Geschäftsordnung die Abg. **Riedel, Schiffer, Nuschke, Oeser.**

In Folge der Geschäftsordnungsaussprache wird der Abg. *Jansen* zu der Besprechung über die Präsidiumswahl entsandt mit dem Auftrag, der Fraktion Mitteilung zu machen, wann dort die Frage der Vertagung angeschnitten wird.

Fortsetzung der Aussprache durch die Abg. **Grund, Berndt, Westermann, Oeser, Schiffer.**

Betr. Beantwortung des Briefes der Deutschnationalen wird mit dem Zentrum Fühlung genommen und die Abfassung danach noch in der Fraktion besprochen werden. In der Frage der Regierungsbildung wird nicht Stellung genommen; **Fraktion** bleibt bei abwartender Haltung, wird eventuell für Vertagung des Hauses stimmen, um Entwicklung im Reich wirken zu lassen.

Abg. **Schiffer** macht darauf aufmerksam, daß es notwendig ist, die geäußerten Befürchtungen über reaktionäre Haltung der Reichswehr mit Herrn Minister *Gefßler*⁷ zu besprechen.

Abg. **Jansen** und **Otto** berichten: Einer Erklärung des Alterspräsidenten über die Besetzung von Oberschlesien wird Fraktion zustimmen, sich Gegenerklärung der Linken gegenüber schweigend verhalten.⁸ Der vorgesehenen Präsidentenwahl wird Fraktion zustimmen. – In der Frage, die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung zu setzen oder das Haus zu vertagen, wird von der [Deutschen] Volkspartei verlangt werden, gegen den Antrag der Opposition Stellung zu nehmen.

Aussprache über Verhältnisse in der Reichswehr und der Sicherheitspolizei.

Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr. Tagesordnung: Arbeitsverteilung in der Fraktion. Ständiger Treffpunkt der Fraktion Kochelbräu, Brakstraße.

⁶ Gleichlautende Schreiben der preußischen DNVP gingen auch an Zentrum und DVP. Vgl. JANSEN, Regierungsbildung, S. 13–15; ferner die DDP-Parteiausschußsitzung vom 12. März 1921, in: LINKS-LIBERALISMUS, Nr. 75 a, S. 166–171, hier S. 168 f.

⁷ *Otto Gefßler* (1875–1955), 1914–1919 Oberbürgermeister von Nürnberg, 1919–März 1920 Reichsminister für Wiederaufbau, März 1920–Januar 1928 Reichswehrminister, 1920–Dezember 1924 MdR (DDP).

⁸ Alterspräsident *Herold* (Z) teilte am 10. März 1921 nach der Begrüßung der neu gewählten Landtagsabgeordneten das Scheitern der Londoner Verhandlungen über die von Deutschland zu tragenden Reparationsverpflichtungen und das Inkrafttreten der alliierten Sanktionen, d.h. die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, mit. Gleichzeitig wies er auf die am 20. März 1921 stattfindende Abstimmung in Oberschlesien hin: »Wir haben die Überzeugung, daß die Oberschlesier sich in altbewährter Treue mit überwältigender Majorität für den Anschluß an das deutsche Vaterland entscheiden werden.« SBpLT 1921/24, Bd. 1, Sp. 1–3, Zitat S. 2 f., H.l.O. Die Vertreter von KPD und USPD, *Adolph Hoffmann* und *Konrad Ludwig*, nutzten die Gelegenheit, um scharfe Kritik an der Politik der Reichsregierung zu üben. Ebd., Sp. 3 f.

220.

12.3.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 69–71. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: 12.30 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Otto.

Plenum Punkt 1, 2, 3, 4 [P. 1: Beratung des Antrags der Abg. *Ludwig* (Hagen) und Genossen (USPD) auf Aufhebung des Strafverfahrens gegen den Abg. *Freund* (USPD), SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 24, S. 76; P. 2: Beratung des Antrags der Abg. *Adolph Hoffmann* und Genossen (VKPD) auf Einstellung des Strafverfahrens gegen die Abg. *Wolfstein* (VKPD), ebd., Nr. 23, S. 76; P. 3: Beratung des Antrags der Abg. *Adolph Hoffmann* und Genossen (VKPD) auf Einstellung des Untersuchungsverfahrens gegen den Abg. *Knoth* (VKPD), ebd., Nr. 21, S. 76; P. 4: Beratung des Antrags der Abg. *Adolph Hoffmann* und Genossen (VKPD) auf Einstellung des gerichtlichen Verfahrens gegen den Abg. *Scholem* (VKPD), ebd., Nr. 22, S. 76], um Aufhebung des Strafverfahrens gegen Abgeordnete. Es wird angeregt, daß der Ältestenrat sich mit den Anträgen beschäftigt, dessen Beschluß sich die Fraktion anschließen wird.

Zu Punkt 7, Staatsvertrag zwischen Preußen, Bayern, Thüringen, berichtet Abg. **Schreiber** – Zustimmung beschlossen.¹

Zur Arbeitsteilung in der Fraktion wird eine Aufstellung bestimmter Interessengebiete vorgenommen, deren Angelegenheiten sich einzelne Abgeordnete der Fraktion besonders annehmen werden. Die Aufstellung geht den Fraktionsmitgliedern zu.

Auf Anfrage des Abg. *Barteld* erklärt Staatssekretär **Troeltsch**, daß die in der vorigen Session nicht verabschiedeten Kirchengesetze für die neuen preußischen Provinzen sofort wieder eingebracht werden und das besondere Interesse der Fraktion erfordern.²

Abg. **Jansen** gibt dem Wunsch Ausdruck, daß auf der morgigen Parteiausschußsitzung die zwischen dem Minister *Fischbeck* und dem Reichsminister *Koch* bestehenden Divergenzen nicht zum Ausdruck kommen möchten.³

Minister **Fischbeck** erklärt, daß auf Anschuldigungen gegen das preußische Staatsministerium geantwortet werden muß.

Abg. **Riedel** bezweifelt, ob der Abg. *Dominicus* der berufene Berichterstatte über die Regierungsbildung in Preußen gegenüber dem Parteiausschuß ist.⁴

¹ In der 2. Sitzung am 11. März 1921 fanden die erste, zweite und dritte Beratung des Staatsvertrags vom 15., 17. und 22. Februar 1921 zwischen den Freistaaten Preußen, Bayern und Thüringen über die Aufhebung von Gemeinschaftsverträgen, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 8, S. 69f., statt. Die Vorlage wurde angenommen.

² Vgl. Dok. Nr. 217.

³ Der Parteiausschuß tagte am 12. und 13. März 1921. Auf der Parteiausschußsitzung am 12. März 1921 stand die Regierungsbildung in Preußen, am 13. März die auswärtige Politik auf der Tagesordnung. Vgl. LINKSLIBERALISMUS, Nr. 75 a und b, S. 166–175. Erich *Koch* betonte am 12. März die Notwendigkeit, eine möglichst breite Koalition von der SPD bis zur DVP im Reiche und in Preußen herzustellen. Gelingen dies in Preußen nicht, »dann muß die Demokratische Partei darauf verzichten, in der alten Koalition zu bleiben.« Ebd., S. 169f., hier S. 170. *Fischbeck* meldete sich nicht zu Wort. Der Parteiausschuß billigte schließlich die Haltung der preußischen Landtagsfraktion in der Frage der Regierungsbildung und sprach sich für eine »Regierungsbildung der Mitte auf möglichst breiter Grundlage« und für die Übereinstimmung der Regierungskoalitionen im Reich und in Preußen aus. Ebd., S. 171.

⁴ Der Fraktionsvorsitzende Alexander *Dominicus* erstattete dem Parteiausschuß am 12. März 1921

Abg. **Wendorff** widerspricht der Auffassung, daß nicht einer der Minister den Bericht geben könne, da er für das Reich vom Minister *Koch* erstattet wird.⁵

Abg. **Goll** betont, daß es sich nur um eine sachliche Darstellung der Verhandlungen handle.

Abg. **Hoff** hält nochmalige Beratung über die Regierungsbildung in der Fraktion vor dem Auseinandergehen nach der Ausschußsitzung für notwendig.

Abg. **Jansen** hält Zusammentreten der Fraktion nach den Montagsverhandlungen für wichtig.

Abg. **Schreiber** bestätigt, daß Mißhelligkeiten zwischen unseren Reichs- und Staatsministerien vor den Partei- und Pressevertretern peinlich empfunden sind [sic].

Abg. **Goll** wünscht Besprechung der Ursachen des Niedergangs der Partei, sieht ihn in der Verärgerung der Bevölkerung durch noch bestehende Bundesratsverordnungen und schikanöses Vorgehen der Regierungsorgane.

Fraktion beschließt, den Abg. *Dominicus* mit Erstattung des Referats zu betrauen.

Abg. **Oeser** stellt fest, daß die Konflikte zwischen demokratischen Vertretern der Reichs- und Staatsregierung, wie auch innerhalb der Fraktion zurückgehen auf die verschiedene Auffassung über die Stellung Preußens zum Reich.

An der Aussprache über den Zeitpunkt und die Fassung der Antwort auf den Brief der Deutschnationalen⁶ beteiligen sich die Abg. **Schreiber**, **Riedel**, **Preuß**, **Nuschke**, **Goll**, **Fischbeck**, der auf die Möglichkeit hinweist, sich mit dem Parteiausschuß vor der Entscheidung zu verständigen. Ferner **Dominicus**, **Berndt**, **Schreiber**, **Hoff**, **Nuschke**, **Riedel**.

Abg. *Dominicus* wird beauftragt, im Ältestenausschuß einem Vertagungsantrag zuzustimmen, bis äußerst [sic] 6. IV.⁷ – , als Redner dazu im Plenum wird Abg. *Dominicus* bestimmt.⁸ Zur Beantwortung des Briefes soll der Parteiausschuß sich grundsätzlich äußern, nach Auffassung der **Fraktion** soll sie betonen: Ablehnung des Bürgerblocks, Bereitwilligkeit zur nationalen Einheitsregierung. Die endgültige Abfassung wird den Herren *Preuß*, *Dominicus*, *Otto*, *Schreiber*, *Berndt* übertragen.

Nächste Fraktionssitzung Montag, eine Stunde nach Schluß der Parteisitzung, im Reichstag. Der Beschluß der äußersten Zurückhaltung bei der Regierungsbildung wird aufrecht erhalten, Festlegung der Fraktion auf die neue Stellungnahme abgelehnt. – Fraktion tritt um halb 2 nochmals zusammen, um Bericht aus dem Ältestenausschuß zu erhalten.

Abg. **Schreiber** verliest ein Schreiben aus dem Wahlkreis Potsdam II, das auf Notwendigkeit einer preußischen Landesorganisation der Partei hinweist.

Die Zusammenfassung in dem gebildeten Preußenausschuß erachtet **Fraktion** für genügend.

Bericht über die Regierungsbildung in Preußen. Vgl. ebd., S. 166 f. Zur Regierungsbildung vgl. auch Dok. Nr. 218 und 219.

⁵ Erich *Koch* war Korreferent. Vgl. LINKSLIBERALISMUS, Nr. 75a, S. 166–171, hier S. 169 f.

⁶ Vgl. Dok. Nr. 219.

⁷ Vgl. die Sitzung des Ältestenausschusses vom 12. März 1921, in: GSTA PK, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 3. Die Forderung der DNVP nach sofortiger Wahl eines neuen Ministerpräsidenten fand im Landtag keine Mehrheit. Vgl. SBpLT 1921/24, Bd. 1, Sp. 38–59.

⁸ Die Rede des Abg. *Dominicus* in der 2. Sitzung am 11. März 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 1, Sp. 43 f.

221.

13.3.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 71 f. Beginn: keine Angaben. Ende: 11.30 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Betr. Vertagung bleibt **Fraktion** bei dem Beschluß: für Vertagung bis 7.IV., Möglichkeit der Einberufung vorher.¹

Abg. **Schreiber** regt an, einen Druck auf die beiden anderen Koalitionsparteien auszuüben zur Beschleunigung der Regierungsbildung – durch Ankündigung, daß wir unsere Minister zurückziehen, falls nicht bis zum 16. [März] der Ministerpräsident gewählt ist.²

Abg. **Berndt** stimmt dem zu, ebenfalls Abg. **Gottschalk**, im Gedanken an Wirkung nach draußen, Diskreditierung des Parlamentarismus. Nur die Aussicht auf entscheidende Wirkungen vom Reich aus könnte weitere Verzögerung rechtfertigen.

Abg. **Grund** warnt vor Übereilung.

Abg. **Dominicus**: Zentrum stellt erneute Verhandlung gelegentlich seiner Ausschußsitzung in Aussicht; preisgeben des gestrigen Beschlusses im Ältestenausschuß bedenklich.

Abg. **Riedel** hält im Hinblick auf Entwicklung im Reich abwartenden Standpunkt für gerechtfertigt, Abg. **Hartmann** schließt sich dem an.

Abg. **Nuschke** weist auf Oberschlesien als Argument für Vertagung hin.

Abg. **Fischbeck** im Interesse der Reputation der Fraktion gegen Preisgeben des gestrigen Standpunktes.

Abg. **Preuß** gleichfalls.

Abg. **Berndt** für Verhandlungen in dem Sinn, daß 7.IV. als äußerster Termin für Wiedereinberufung gilt, in der Zwischenzeit verhandelt und Einberufung zum 22.III. in Aussicht genommen wird.

Abg. **Hartmann** für bessere Berichterstattung unserer Presse.

Abg. **Schreiber** rechtfertigt seinen Vorschlag als Versuch, wenigstens bis zum 7.IV. eine fertige Sachlage zu schaffen.

Abg. **Dominicus** wünscht Direktive für den Fall, daß Zentrum dem Plan zuschwenkt, mit Volkspartei und Demokraten eine Minderheitsregierung zu bilden. Soll nach den Parteiausschußverhandlungen³ in der Fraktionssitzung Montag beschlossen werden.

Abg. **Nuschke** stellt Frage, ob Gesetz für Oberschlesien⁴ so wichtig, daß für Möglichkeit der Verabschiedung den Kommunisten Zustimmung zu den Immunitätsanträgen⁵ zuzubilligen wäre.

Abg. **Kochmann** verneint, berichtet über Verhandlungen des Geschäftsordnungsausschusses, der Zustimmung zu Antrag 1 (*Freund*), zu den anderen Vertagung vorschlägt.⁶

¹ Vgl. Dok. Nr. 220. Zur Regierungsbildung vgl. auch Dok. Nr. 218 und 219.

² Die preußische Regierung war bereits am 10. März 1921 zurückgetreten und war nur noch geschäftsführend im Amt. Vgl. SBpLT 1921/24, Bd. 1, Sp. 8.

³ Vgl. Dok. Nr. 220, Anm. 3.

⁴ Vgl. Dok. Nr. 219, Anm. 2.

⁵ Vgl. Dok. Nr. 220.

⁶ Vgl. den Antrag des Geschäftsordnungsausschusses zu seinem mündlichen Bericht über den Antrag der Abg. *Ludwig* (Hagen) und *Genossen* (USPD) auf Aufhebung eines Strafverfahrens gegen den

Fraktion beschließt so.

Abg. **Gottschalk** wünscht einen Antrag zu stellen, bezüglich Teilung eines Schulaufsichtsbezirks in Siegburg.⁷

Abg. **Kimpel** wünscht Erweiterung des Antrags auf ähnliche Fälle allgemein. Stellung des Antrags wird genehmigt.

Abg. **Schreiber** macht Mitteilung über Verteilung der Ausschußsitze, Besetzung erfolgt Montag.

Antrag *Porsch* ([Nr.] 26) wird von Abg. *Gottschalk* vertreten.⁸ Antrag [Nr.] 17 [(Handel im Umherziehen): Abg. *Goll*.⁹ Antrag Höchstmietenfrage (Drucksache [Nr.] 33): *Riedel*, eventuell *Berndt*.¹⁰ Antrag [Nr.] 16 (Katechismus Friedensvertrag): *Kimpel*.¹¹ [...] ¹² Antrag [Nr.] 20, Auflösung [des] Landesökonomiekollegiums: *Wenddorff*.¹³ Antrag [Nr.] 18, Ruhegehaltsempfänger in abgetretenen Gebieten, Ostmarken: *Herrmann*.¹⁴ Antrag [Nr.] 34, Industriegebiet – Vorortstarif [...] ¹⁵: Abg. *Höpker Aschoff*.¹⁶

Abg. *Freund*, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 44, S. 85, der sich für die Annahme des Antrags aussprach. Vgl. auch Dok. Nr. 220.

⁷ Kleine Anfrage der Abg. *Gottschalk* (Gummersbach) und Genossen (DDP) über die Schaffung neuer Kreisschulratsstellen und Teilung großer Aufsichtsbezirke, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 218, S. 193 f.

⁸ Der Antrag der Abg. Dr. *Porsch* und Genossen (Z) auf Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigung der Generalsuperintendenten usw. und Erhöhung der Besoldungen für katholische Geistliche usw., SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 26, S. 77, wurde in der 4. Sitzung am 7. April 1921 beraten und dem Hauptausschuß überwiesen. Die Rede des Abg. *Gottschalk* (Gummersbach), in: ebd., Bd. 1, Sp. 129 f.

⁹ Der Antrag der Abg. *Esser* und Genossen (Z) auf Vorlage eines Gesetzentwurfs, betr. die zeitgemäße Erhöhung der Steuer für Gewerbebetriebe im Umherziehen, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 17, S. 74, wurde in der 44. Sitzung am 28. September 1921 verhandelt und an den Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen. Die DDP vertrat der Abg. *Grund*, in: ebd., Bd. 3, Sp. 3019–3021.

¹⁰ Der Antrag der Abg. *Conradi* und Genossen (DNVP) über Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 33, S. 79, wurde in der 19. Sitzung am 9. Mai 1921 verhandelt und an den Ausschuß für Siedlungs- und Wohnungswesen überwiesen. Die DDP vertrat der Abg. *Berndt*, in: ebd., Bd. 1, Sp. 1075–1081.

¹¹ Der Antrag der Abg. *Oelze* und Genossen (DNVP) auf Behandlung des Volkskatechismus über die Hauptbestimmungen des Friedensvertrages von Versailles im Schulunterricht, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 16, S. 74, ersetzt durch ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 2068, S. 2431, wurde in der 102. und 112. Sitzung am 20. Februar und 10. März 1922 verhandelt und schließlich abgelehnt. Vgl. ebd., Bd. 6, Sp. 8005.

¹² Im Original: »Antrag 17 (Handel im Umherziehen): *Goll*.« Auf diesen Punkt wurde bereits verwiesen.

¹³ Der Antrag der Abg. *Weißermel* und Genossen (DNVP) auf Nichtauflösung des Preußischen Landesökonomiekollegiums, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 20, S. 75, wurde von den Antragstellern als erledigt betrachtet.

¹⁴ Der Antrag der Abg. Dr. von *Kries* und Genossen (DNVP) über die Aufbesserung der Bezüge der aus den Abtretungsgebieten nach Deutschland verzogenen Ruhegehaltsempfänger des mittelbaren Staatsdienstes und deren Hinterbliebenen, ebd., Nr. 18, S. 74 f., wurde in der 35. Sitzung am 6. Juli 1921 verhandelt und an den Ausschuß für Beamtenfragen überwiesen. Die DDP vertrat der Abg. *Barteld* (Hannover), in: ebd., Bd. 2, Sp. 2306.

¹⁵ Im Original: »im«.

¹⁶ Der Antrag der Abg. *Hirtsiefer* und Genossen (Z) auf Einführung der Berliner Vororttarife im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 34, S. 80, wurde im Rahmen der zweiten Lesung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung für 1924 in der 322., 323., 324., 325. und 328. Sitzung am 30. Juni, 1., 2., 3. und 15. Juli 1924 verhandelt und angenommen. Vgl. auch die Rede des Abg. *Fischbeck* in der 323. Sitzung am 1. Juli 1924, in: ebd., Bd. 16, Sp. 22885–22893, hier Sp. 22886.

222.

5. 4. 1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 72–74. Beginn: 17.00 Uhr. Ende: 18.30 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Dominicus.

Tagesordnung: Regierungsbildung.¹

Der **Vorsitzende** berichtet über die Verhandlungen, welche in der Osterpause bezüglich der Regierungsbildung stattgefunden haben.² Am Sonntag, den 3. dieses Monats, vormittags, fand eine Sitzung auf Einladung des Reichspräsidenten *Ebert* statt, an der die Abg. *Dominicus*, *Herold*³ und *Siering* teilnahmen. Seitens des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion wurden keine grundsätzlichen Bedenken gegen den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung erhoben, ebenso nicht von dem Reichspräsidenten. – Am Nachmittag fand eine Sitzung der Vorstände der bisherigen Regierungsparteien statt. Hier wurden u.a. seitens des Abg. *Heilmann*⁴ Bedenken gegen den Eintritt der Deutschen Volkspartei vorgebracht, u.a. Garantien in der Frage der Abfindung der Krone gefordert. – Vereinbart wurde, daß am Montag vormittag eine Unterredung mit dem Abg. von *Krause*⁵ von der Deutschen Volkspartei stattfinden solle. – Infolge des Eingreifens der in Berlin anwesenden Vorstandsmitglieder der Sozialdemokratischen Partei fand diese Unterredung nicht statt. – Dem Zentrum und der demokratischen Fraktion aber wurde ein Brief des Herrn *Siering* übergeben, – ein weiteres Exemplar für die Deutsche Volkspartei – in dem für den Fall des Eintretens der deutschen Volkspartei in die Koalition 4 Bedingungen formuliert sind.

1. Die Deutsche Volkspartei müsse sich – auch in der Agitation im Lande – unzweideutig auf den Boden der Republik stellen. 2. Die Demokratisierung der Verwaltung sei in der bisherigen Weise fortzusetzen. 3. Bezüglich der Abfindung der Krone müßten Garantien gegeben werden. 4. Das Ministerium des Innern und dasjenige für Landwirtschaft müssen den Sozialdemokraten verbleiben. – In einer Besprechung der Herren *Dominicus* und *Herold* mit Abg. v. *Krause* lehnte dieser die Bedingungen ab. – Der Stand der Angelegenheit sei der, daß das Zentrum die alte Koalition ablehne, die Sozialdemokratie dieselbe einstweilig bis zur Entscheidung über Oberschlesien beibehalten wolle, während die Deutsche Volkspartei offenbar auf eine Minderheitsregierung nach dem Vorbilde des Reiches hinarbeite. – Die Vertreter der Demokratischen Fraktion haben, ihrem Auftrage entsprechend, eine Erweiterung der Koalition durch Aufnahme der Deutschen Volkspartei für notwendig erklärt. – Der Vorsitzende hält auch eine Minderheitsregierung für ausgeschlossen.

¹ Vgl. Dok. Nr. 218–221.

² Vgl. auch das Referat von *Dominicus* auf der Sitzung des Parteivorstandes am 6. April 1921, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 77, S. 176–180, hier S. 177–179; JANSEN, Regierungsbildung, S. 16f.

³ Carl *Herold* (1848–1931), 1889–1918 MdpAH, 1898–1918 MdR, 1919/20 MdNV, 1920–1931 MdR, 1919–1921 MdpLV, 1921–1931 MdpLT (Z) (stellvertretender Fraktionsvorsitzender).

⁴ Ernst *Heilmann* (1881–1940), 1919–1921 MdpLV, 1921–1933 MdpLT, seit November 1921 Fraktionsvorsitzender, 1928–1933 MdR (SPD).

⁵ Paul v. *Krause* (1852–1923), Rechtsanwalt, August 1917–Februar 1919 Staatssekretär des Reichsjustizamts, 1888–1917 MdpAH, 1919–1921 MdpLV, 1921–1923 MdpLT (Nationalliberale Partei/DVP), Fraktionsvorsitzender.

Abg. Dr. **Wendorff** meint, daß man insofern weiter gekommen sei, als weder die Sozialdemokratie noch die Deutsche Volkspartei grundsätzlich eine Erweiterung der Koalition ablehnen. Er wünscht, den Standpunkt der Fraktion festzuhalten.

Abg. Dr. **Schreiber** regt an, als Druckmittel eventuell die demokratischen Minister zurückzuziehen.

Abg. Dr. **Berndt** regt an, unsererseits bestimmte Bedingungen zu formulieren, eventuell die Ausdehnung der Koalition auf die Provinzen zu fordern.⁶ Wie vom Landwirtschaftsminister müßten auch von dem Justizminister *am Zehnhoff*⁷ bestimmte Garantien gefordert werden.

Abg. **Jansen** berichtet über die Stimmung in Süddeutschland, wo dringend der Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Verantwortung gefordert werde.

Abg. **Goll** wünscht bestimmte Formulierung unserer Forderungen.

Abg. **Riedel** meint, man könne andeuten, daß wir uns dauernd einem Antrage, die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung zu setzen, nicht widersetzen könnten.

Abg. Dr. **Grund** hält den Rücktritt der demokratischen Minister für wünschenswert.⁸ Wir müßten den ehrlichen Makler spielen.

Abg. **Schiffer** will der Deutschen Volkspartei diesen Liebesdienst nicht erweisen.

Abg. **Fischbeck** weist auf die sachlichen Schwierigkeiten hin, die einer Verlängerung des bisherigen Zustandes entgegenstehen. Er ist bereit, auf Wunsch abzutreten.

Abg. **Oeser** gibt dieselbe Erklärung ab, hält aber das Mittel des Rücktritts kaum für wirksam.

Die **Fraktion** beschließt, die Vertreter zu beauftragen, bei den weiteren Verhandlungen zu erklären, daß die Fraktion sowohl die Beibehaltung der alten Koalition als auch eine Minderheitsregierung ablehne, vielmehr auf ihrem bisherigen Standpunkt verharre. – In den Verhandlungen soll auf die sachlichen Schwierigkeiten – im Sinne *Fischbecks* – hingewiesen werden, welche die bisherigen Verhältnisse mit sich bringen. Auch soll betont werden, daß wir dauernd einen Antrag, die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung zu setzen, nicht ablehnen könnten.

Abg. **Riedel** hat eine Große Anfrage bezüglich der kommunistischen Unruhen angeregt. Die Sozialdemokratie ist einverstanden, das Zentrum hat Bedenken. Es soll versucht werden, eine Einigung der bisherigen Regierungsparteien in diesem Punkte herbeizuführen.⁹

⁶ DVP und DNVP arbeiteten in zahlreichen Provinziallandtagen sowie im Staatsrat in einer gemeinsamen Fraktion, der sog. »Arbeitsgemeinschaft«, zusammen. Vgl. MÖLLER, Parlamentarismus, S. 508; LILLA, S. 18^o.

⁷ Hugo *am Zehnhoff*, Rechtsanwalt, 1919–1927 preußischer Justizminister, 1899–1918 MdR, 1899–1908 MdpAH, 1921–1928 MdpLT (Z).

⁸ Die DDP hatte in der preußischen Regierung zwei Staatsminister gestellt, den Handelsminister (Otto *Fischbeck*) und den Minister für öffentliche Arbeiten (Rudolf *Oeser*).

⁹ Nicht nachgewiesen. Zwischen dem 20. und 30. März 1921 war es im mitteldeutschen Industriegebiet Merseburg-Halle-Mansfeld zu einer von den Kommunisten geführten Aufstandsbewegung gekommen, die die preußische Polizei erst nach schweren Kämpfen hatte niederschlagen können. Vgl. SCHULTHEISS 1921/I, S. 105–107.

223.

6.4.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 75 f. Beginn: 16.00 Uhr. Ende: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Antrag *Barteld*, der um Nachweis der in Beamtenstellen tätigen Personen, die nicht aus der Beamtenkarriere hervorgegangen sind, ersucht – wird zurückgestellt, um vorher Unterlagen über die Tragweite der Feststellung zu gewinnen.

Abg. **Dominicus** berichtet über Fortgang der Bemühungen um die Regierungsbildung.¹

Abg. **Schiffer** ergänzt durch Mitteilungen über eine interfraktionelle Besprechung im Reichstag. Als einziger Ausweg erscheint Wahl eines Ministerpräsidenten möglich, der seinerseits persönlich versucht, ein Kabinett zusammenzubringen. Falls diese Lösung von anderer Seite angeregt wird, werden unsere Vertreter ihr zustimmen.

Abg. **Preuß** wirft die Frage auf, ob es sich mit unserem Standpunkt der Zurückstellung vertragen würde, wenn wir versuchen würden, Aufstellung eines ad hoc Regierungsprogramms anzuregen.

Abg. **Schiffer** glaubt, daß Beschreiten dieses Weges durch die Fraktionen zu viel Zeit erfordern würde. Die Aufgabe könnte nur von dem vorgesehenen Ministerpräsidenten ausgeführt werden.

Abg. **Preuß** sieht die Bestellung dieser Vermittlungspersönlichkeit dadurch erschwert, daß er nur aus den Fraktionen des Zentrums oder der Demokraten genommen werden könnte, was den Sozialdemokraten die Zustimmung erschweren würde.

Fraktion hält an den gestern gefaßten Beschlüssen fest.

Plenum vom 7. IV. – Dem Punkt 7, Antrag v. *Krause*, Drucksache [Nr.] 64, wird zugestimmt.² Im Fall Redner notwendig [sic], wird Abg. *Westermann* sprechen.³ Punkt 8, Antrag *Ebersbach*, Drucksache [Nr.] 67, wird zugestimmt, Redner Abg. *Barteld*.⁴ Punkt 9, Antrag v. *Krause*, Drucksache [Nr.] 62, Vertreter Abg. *Goll*.⁵ Punkt 10, Antrag *Rüffer*, Drucksache [Nr.] 81, Abg. *Gottschalk*.⁶ Punkt 11, Drucksachen [Nr.] 53, 63, Anträge *Koch* und v. *Krause*, Vertreter Abg. *Berndt*.⁷ Falls der Entwurf dem der

¹ Vgl. Dok. Nr. 218–222.

² Antrag der Abg. Dr. von *Krause* und Genossen (DVP) auf Bildung je eines Ausschusses für a) das ländliche Siedlungswesen, b) das städtische Wohnungs- und Heimstättenwesen, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 64, S. 91.

³ Der Antrag wurde nach kurzer Aussprache, an der kein Vertreter der DDP teilnahm, in der 4. Sitzung am 7. April 1921 dem Siedlungsausschuß überwiesen.

⁴ Der Antrag der Abg. *Ebersbach* und Genossen (DNVP) auf Bestellung eines ständigen Ausschusses für Beamtenangelegenheiten, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 67, S. 92, wurde in der 4. Sitzung am 7. April 1921 angenommen. Ein Vertreter der DDP ergriff nicht mehr das Wort.

⁵ Antrag der Abg. Dr. von *Krause* und Genossen (DVP), betr. Vorbereitung der gesetzlichen Regelung des Vergebungswesens, in: ebd., Nr. 62, S. 90 f. Die Rede des Abg. *Goll* in der 4. Sitzung am 7. April 1921, in: ebd., Bd. 1, Sp. 114.

⁶ Der Antrag der Abg. *Rüffer* und Genossen (DNVP), betr. Einreisen in das besetzte Gebiet, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 81, S. 96, wurde wieder zurückgezogen.

⁷ Antrag der Abg. *Koch* (Oeynhausener) und Genossen (DNVP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die Neuregelung der Verfassungen der evangelischen Landeskirchen der neuen Provinzen Preußens, in: ebd., Nr. 53, S. 87 f.; Antrag der Abg. Dr. von *Krause* und Genossen (DVP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die Neuregelung der Verfassungen der evangelischen Landeskirchen der

vorigen Session entspricht, wird Ausschußberatung für überflüssig gehalten und gegen einen entsprechenden Antrag gestimmt. Punkt 12, Antrag *Porsch*, Drucksachen [Nr.] 26, 54, [wird] zugestimmt. Vertreter Abg. *Gottschalk*.⁸ Punkt 13, Antrag *Siering*, Drucksache [Nr.] 51, Vertreter Abg. Dr. *Höpker Aschoff*.⁹ Punkt 14, Antrag *Rüffer*, Drucksache [Nr.] 82, Vertreter Abg. *Riedel*.¹⁰

Nächste Fraktionssitzung Mittwoch, 12 ½ Uhr.

224.

7.4.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 76 f. Beginn: 12.30 Uhr. Ende: 13.00 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: *Dominicus*.

[*Dominicus*:] In der Frage der Regierungsbildung ist ein geringer Fortschritt zu verzeichnen.¹

Herr v. *Krause* hat Herrn *Dominicus* und *Porsch* gegenüber geäußert, daß seine Fraktion glaube, zu einer Verständigung mit der sozialdemokratischen Fraktion über die von dieser aufgestellten Bedingungen zu kommen.² Eine von den genannten Herren verfaßte Formulierung der Zugeständnisse der Volkspartei konnte der sozialdemokratischen Fraktion noch nicht übermittelt werden, weil Herr v. *Krause* nicht auffindbar war, um seine Zustimmung festzustellen.

Bezüglich der Tagesordnung der nächsten Plenarsitzungen werden unsere Vertreter den Standpunkt einnehmen: gegen Besprechung der Interpellation über die Kommunistenunruhen³, für Wahl des Ministerpräsidenten am Sonnabend, [den 9. April 1921,]

neuen Provinzen Preußens, in: ebd., Nr. 63, S. 91. *Berndt* sprach in seiner Rede in der 4. Sitzung am 7. April 1921 die Zustimmung seiner Fraktion zu den Anträgen aus. Vgl. ebd., Bd. 1, Sp. 123.

⁸ Antrag der Abg. Dr. *Porsch* und Genossen (Z) auf Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigung der Generalsuperintendenten usw. und Erhöhung der Besoldungen für katholische Geistliche usw., in: ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 26, S. 77; Antrag der Abg. *Koch* (Oeynhaus) und Genossen (DNVP) zu dem Antrage der Abg. Dr. *Porsch* und Genossen (Z) auf Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigung der Generalsuperintendenten usw. (Nr. 26), in: ebd., Nr. 54, S. 88. Die Rede des Abg. *Gottschalk* (Gummersbach) in der 4. Sitzung am 7. April 1921, in: ebd., Bd. 1, Sp. 129f.

⁹ Antrag der Abg. *Siering* und Genossen (SPD) über den Bau von Eisenbahnen im Sauer- und Siegerland zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit, in: ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 51, S. 87. An der Beratung des Antrags nahm kein Vertreter der DDP teil.

¹⁰ Antrag der Abg. *Rüffer* und Genossen (DNVP), betr. Maßnahmen zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit, in: ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 82, S. 96. Der Antrag wurde in der 15. und 17. Sitzung am 3., 4. und 6. Mai 1921 verhandelt. Die DDP vertrat der Abg. *Hartmann* in der 16. Sitzung am 4. Mai 1921. Vgl. ebd., Bd. 1, Sp. 937–944.

¹ Vgl. Dok. Nr. 218–223.

² Vgl. auch die Rede von *Dominicus* auf der Sitzung des Parteiausschusses am 6. April 1921, in: LINKS-LIBERALISMUS, Nr. 77, S. 176–180, hier S. 177f.; JANSEN, Regierungsbildung, S. 19.

³ Die Beratung der Großen Anfrage der Abg. *Graef* (Anklam) und Genossen (DNVP) über den kommunistischen Aufstand in der Provinz Sachsen, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 91, S. 99, in Verbindung mit mehreren Anträgen und Großen Anfragen fand in der 6. bis 9. Sitzung am 14., 15., 16. und 18. April 1921 statt.

zur Vorbereitung den Freitag sitzungsfrei, eventuell schon Wahl des Ministerpräsidenten am Freitag.⁴

Auf Anfrage des Abg. *Nuschke* über Nachrichten der »Vossischen Zeitung« zur Regierungsbildung werden deren Mutmaßungen vom **Vorsitzenden** als gegenstandslos erklärt.⁵

Der Antrag des Abg. *Barteld*, betr. der Beamten, wird von ihm in Form einer Kleinen Anfrage eingebracht werden.⁶

Auf Anregung des Abg. *Riedel* wird eine Kleine Anfrage, betr. der Beamten der früheren preußischen Eisenbahnverwaltung, beschlossen.⁷

Abg. **Hoff** schlägt eine Anfrage zu Gunsten pensionierter Beamter, deren Pensionserhöhung nicht ausgezahlt wird, Abg. **Kimpel** eine solche wegen der Aufrückungsstellen vor. Formulierung wird vorgelegt werden.⁸

Um 2 Uhr neue kurze Sitzung zur Feststellung des Termins der nächsten [Sitzung].

225.

8.4.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 77–82. Beginn: keine Angaben. Ende: 17.10 Uhr. Protokollführer: Dönhoff und unbekannte Handschrift. Vorsitz: Dominicus.

Die Aussichten der Regierungsbildung stehen sehr ungünstig durch das Verhalten der Volkspartei, die den Brief der Sozialdemokraten veröffentlicht hat.¹ Daraufhin erklären die Sozialdemokraten ein Zusammengehen mit der Volkspartei für ausgeschlossen. Sie erheben den formellen Vorwurf gegen die Veröffentlichung überhaupt; den materiellen gegen die Zusätze bei der Veröffentlichung, die einen beabsichtigten Affront bedeuten.

Abg. **Preuß** hat in der Besprechung dieser verschärften Auffassung der beiden Flügelparteien den Vorschlag gemacht, einen Ministerpräsidenten zu wählen, der ein Regierungsprogramm aufstellen solle, Abg. *Porsch* regt an, einen Außenstehenden für diesen

⁴ Die Wahl des Ministerpräsidenten fand in der 5. Sitzung am 9. April 1921 statt. Zum Ministerpräsidenten wurde der Minister für Volkswohlfahrt, Adam *Stegerwald* (Z), gewählt. Vgl. ebd., Bd. 1, Sp. 159f.

⁵ Die »Vossische Zeitung« hatte in ihrer Morgenausgabe vom 7. April 1921 geschrieben, daß alles darauf hindeuten würde, »daß man sich aus der Verlegenheit dadurch helfen wird, daß ein Uebergangskabinet, teils aus politischen, teils aus Fachministern, gebildet wird.« Als Ministerpräsident sei ein Zentrumsolitiker ausersuchen. VOSSISCHE ZEITUNG, 160, 7.4.1921.

⁶ Kleine Anfrage des Abg. *Barteld* (Hannover) und Genossen (DDP) über Beschäftigung von Angestellten in planmäßigen Beamtenstellen, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 161, S. 162.

⁷ Kleine Anfrage der Abg. *Riedel* und Genossen (DDP) über die Notlage der Rentempfänger aus der Pensionskasse für die Arbeiter der früheren preußisch-hessischen Staatseisenbahngemeinschaft, in: ebd., Nr. 142, S. 155.

⁸ Kleine Anfrage der Abg. *Kimpel*, *Herrmann* (Breslau) und *Hoff* (DDP) über die Ausschließung der nach dem 1. April 1920 in den Ruhestand tretenden Lehrer von Aufrückungsstellen, in: ebd., Nr. 144, S. 155.

¹ Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 161, 7.4.1921: »Ein Mann und ein Programm«. Zur Regierungsbildung vgl. Dok. Nr. 218–224.

Posten heranzuziehen, eventuell *Drews*: beides von Sozialdemokraten abgelehnt, die auf Wiederherstellung der alten Koalition hindrängen, mit Hinweis, daß der Ministerpräsident eine allgemein anerkannte Vertrauensperson sein könne, etwa *Oeser* und mit starkem Entgegenkommen ans Zentrum, Anerbieten des Handelsministeriums. – Bei Unterredung mit dem Reichspräsidenten *Ebert* wurde auf den Vorschlag des Abg. *Preuß* hingewiesen und von ihm aufgegriffen. Wir stehen vor zwei Möglichkeiten: uns dem Vorschlag auf Wahl eines Ministerpräsidenten, der ein Programm aufzustellen hat, anzuschließen – oder der Wiederherstellung der alten Koalition zuzustimmen. Im Fall, [daß] sich das Zentrum der Ministerpräsidentenwahl gegenüber durch Abgabe von weißen Zetteln verhält, können wir nicht die Aussicht des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten verstärken. Abg. *Preuß* stellt fest, daß er sich ehrlich bemüht hat, zur Übereinstimmung der Volkspartei und Sozialdemokraten hinzuarbeiten, was am Verhalten der Volkspartei gescheitert ist, die Minderheitsregierung erzwingen will. Durch Verhandlung der Fraktionen wird nicht zum Ziel zu kommen sein. Es bleibt nur die Möglichkeit eine Persönlichkeit hinzustellen, die ganz ungebunden an ihre Aufgabe herangehen muß, ohne Bedingung von Seiten der Sozialdemokraten auf eine Regierung ohne Volkspartei – ohne Bedingung unsererseits mit Volkspartei. Abg. *Preuß* ist der Meinung, daß wir dem Druck der Volkspartei auf Rechtskoalition nicht nachgeben können, daß wir uns dem Eintritt in die alte Koalition nicht versagen dürfen, wenn das Zentrum sie eingeht. Eventuell Bereitschaft mit dem Zentrum allein.

Abg. **Nuschke** hält es für dringend, zum Abschluß zu kommen, deshalb ist es ausgeschlossen, ohne feste Abmachung mindestens der alten Koalitionsparteien den Ministerpräsidenten zu wählen, dem freie Hand zu lassen ist. Redner ist für Aufgabe der Zurückhaltung – für öffentliche Erklärung, daß wir Minister zurückziehen. Alternative stellen: rein sozialistische Regierung oder solche aus Zentrum und Demokraten, die Grundlage für große Koalition werden könnte.

Abg. **Schreiber** hat Bedenken nach allen gegenteiligen Erklärungen, nun doch der alten Koalition zuzustimmen. Scheint nur tragbar nach Schaffung einer neuen Lage, dadurch daß Volkspartei ein volkstümliches Programm ablehnt.

Abg. **Fischbeck** hat frühzeitig auf Möglichkeit hingewiesen, daß Voraussetzungen für unsere Kombinationen nicht da sind. Lehnt Verantwortung dafür ab, daß Rechtsregierung durch unser Versagen gegenüber der alten Koalition unvermeidlich wird. Ausscheiden der Sozialdemokraten untragbar in Rücksicht auf wirtschaftliche Entwicklung, auf Außenpolitik, auf die Rückwirkung auf's Reich.

Abg. **Schiffer** sieht die Verhältnisse der Außenpolitik und in Folge davon die des Reichs für so kritisch an, daß Preußens Interesse dagegen bald in den Hintergrund treten wird. Hält es für ausgeschlossen, die Sozialdemokraten zur Wahl eines Ministerpräsidenten ohne Bindung bereit zu finden. Diese Bedingung ist aber für uns Voraussetzung, Beamtenregierung ausgeschlossen, ebenso Rechtsregierung, die auch für Zentrum nicht tragbar wäre. Unser Eintritt in die alte Koalition würde Auseinanderbrechen der Partei bedeuten und der Regierung nichts nützen – uns bleibt nur freundliche Neutralität gegenüber einer Zentrums- und sozialdemokratischen Regierung. Die weitere Möglichkeit Zentrum und Volkspartei ist praktisch kaum vorzusetzen, eine Kombination Zentrum und Demokratie möglich, aber für uns sehr schwierig.

Abg. **Riedel** hält es für notwendig, sich auf einzige bleibende Möglichkeit einzurichten, die alte Koalition, und die Persönlichkeit des Ministerpräsidenten festzustellen und einen Demokraten dafür vorzusehen.

Abg. **Gottschalk** stellt fest, daß Veröffentlichung des sozialdemokratischen Briefes der Volkspartei gute Trümpfe in die Hand gibt. Hält Minderheitsregierung auf Grund ei-

nes demokratischen Programms für möglich, die Kombination Zentrum und Sozialdemokraten für uns für verhängnisvoll, da uns die Verantwortung doch mit treffen würde – Kombination Zentrum – Demokratie für annehmbar, aber aussichtslos, daß sie Mehrheit findet.

Abg. **Grund** ist gegen Rechtsregierung, gegen Eintritt in alte Koalition – hält Kombination Zentrum und Demokratie für erträglich, Zentrum und Sozialdemokratie für uns, in Rücksicht z.B. auf Steuergesetzgebung für untragbar. Regt Fühlungnahme zunächst mit Zentrum, dann mit Sozialdemokraten über Kombination Zentrum – Demokratie an und Stellung als Ministerpräsident *Oeser*.

Abg. **Schreiber** berichtet, daß Zentrum seinen Beschluß, nicht in die alte Koalition einzutreten festhält und Verhandlungen über große Koalition für nicht aussichtslos hält.

Abg. **Oeser** glaubt, daß große Koalition am Widerstand der Sozialdemokraten scheitern wird. Veröffentlichung des Briefes durch Volkspartei würde Handhabe zu Angriffen wegen Vertrauensbruch geboten haben, wird durch Bemerkung des »Vorwärts« abgeschwächt.² Sieht Vorteile in der Kombination Zentrum und Sozialdemokraten – die letzteren dürfen keinesfalls herausgeschoben werden in Rücksicht auf innenpolitische noch in Entwicklung befindliche Verhältnisse. Hält Koalition von Zentrum und Demokratie für zu schwach gegenüber dem Widerstand von rechts und links. Verantwortung für Nichtzustandekommen der alten Koalition nicht zu tragen – Mitarbeit akzeptabel unter bestimmten Bedingungen, Brechen des Übergewichts der Sozialdemokraten – Hereinnahme eines Vertrauensmannes der Volkspartei eventuell *Kardorff*³. Wünscht Stellung des Ministerpräsidenten lieber durch Zentrum, welches aber wohl keine geeignete Persönlichkeit stellen kann. Bittet von seiner Person abzusehen, da anderweitig festgelegt. [Erklärt] den Zeitpunkt für Zustandekommen einer Koalition auf breiter Basis durch einen Ministerpräsidenten für verpaßt.

Abg. **Hoff** scheint unter der Voraussetzung, daß dem Zentrum Eintritt in eine Rechtsregierung unmöglich ist, unsere Situation erleichtert, da sie uns den Ausschluß von der alten Koalition ermöglicht, ist für Vertrauenserklärung für eine Regierung aus Zentrum und Sozialdemokraten.

Abg. **Fischbeck** hält entgegen der Ansicht *Schiffers* im Fall der Zustimmung zu einem Regierungsprogramm die Aufnahme der Volkspartei in eine Koalition nicht für unabweichlich. Diejenigen, die für unseren Ausschluß aus der Regierung eintreten, sind von parteitaktischen Erwägungen geleitet, bedenken nicht, daß wir durch Zustimmung zur Politik mit belastet sind und keinen Einfluß haben.

Abg. **Jansen** sieht im Herausbleiben aus der Regierung Konsequenz des Wahlausfalles, hält Eintritt in alte Koalition für parteizerstörend.

Abg. **Dominicus** resümiert, daß wir vorschlagen, Wahl eines Ministerpräsidenten unter Festhalten aller Fraktionen an ihrem Standpunkt und freier Hand für denselben betreffs der Grundlage für eine Verständigung – Auseinandersetzung über die Persönlichkeit bleibt vorbehalten.

Fortsetzung der Besprechung 4 Uhr.

² Vgl. VORWÄRTS, 163, 8.4.1921: »Klärung in Preußen!«

³ Siegfried von *Kardorff* (1873–1945), 1980–1920 Landrat in Lissa (Schlesien), 1909–1918 MdpAH (Freikonservative Partei), 1919–1921 MdpLV (DNVP), 1921–1924 MdpLT (DVP), 1920–1932 MdR (DNVP/DVP), 1928–1932 Vizepräsident.

Abg. **Dominicus** verliest folgende Erklärung der Sozialdemokraten: Ablehnung jedes Zusammengehens mit der Volkspartei. Das Zentrum hat erklärt, daß es sich nicht bereit findet zu einer solchen Rolle – daß es Beteiligung an der alten Koalition ablehnt. Die Kombination Zentrum – Sozialdemokratie wird von ersteren rundweg abgewiesen.

Abg. **Westermann** spricht für eine positive Stellungnahme der Fraktion, Sozialdemokraten zu fragen, ob sie sozialdemokratische Regierung übernehmen wollen, oder uns für eine rein bürgerliche Regierung entscheiden.

Abg. **Preuß** hält einzige noch bestehende Möglichkeit auf dem Boden der alten Koalition, sieht nur ein volles Fiasko des Parlamentarismus.

Abg. **Schiffer** hält Wahl des Ministerpräsidenten für möglich, der bei der Regierungsbildung scheitert. Das Nachgeben, weil die anderen eigensinnig sind, würde die ganze Last auf uns legen.

Nuschke: Die Öffentlichkeit sieht die Sache so an, daß sie anfang mit dem Diktat der Sozialdemokraten – dem wir uns heute nicht mehr fügen können.

Abg. **Riedel**: Die von *Schiffer* vorgeschlagene Gewaltkur kann vielleicht die Sozialdemokraten zur Vernunft bringen, kann aber auch dazu führen, eine Rechtsregierung für die Dauer zu etablieren.

Abg. **Schreiber** gegen Umfall zugunsten der alten Koalition. Taktische Situation günstig beeinflussen, indem Sozialdemokratie gezwungen wird, ein vernünftiges demokratisches Programm abzulehnen, indem mit Hilfe der Volkspartei ein Zentrums-Ministerpräsident gewählt wird, der ein solches aufstellt.

Abg. **Dominicus** regt an, in diesem Sinn mit dem Zentrum zu verhandeln.

Abg. **Fischbeck** ist dagegen, hält es letzten Endes für unumgänglich, eine Regierung der alten Koalition zu bilden, was je später desto schwieriger sein wird.

Abg. **Grund** bringt Kombination Zentrum – Demokratie wieder in Erinnerung, Abg. **Gottschalk** erinnert an das Zahlenverhältnis, bei dem beide Flügelgruppen stärker sind als die Mitte: Zentrum und Demokratie.⁴

Abg. **Oeser**: Falls das Zentrum seinen Entschluß ändert und für die alte Koalition zu haben ist, schafft das eine neue Situation, zu der neu Stellung zu nehmen ist. Ohne diese Voraussetzung Festhalten am Beschluß gegen alte Koalition.

Abg. **Hartmann** erinnert an drohende Gefahr einer Rechtsregierung, daher für Versuch der Wiederherstellung der alten Koalition.

Abg. **Preuß** gegen Initiative unsererseits. Wie verhalten wir uns gegenüber Fühlungnahme des Zentrums. Wie verhalten wir uns, vor die Wahl gestellt zwischen einem Präsidenten der Rechten oder der Sozialdemokraten?⁵

Der **Vorsitzende** stellt fest, daß die Fraktion an ihrem bisherigen Standpunkt festhält.

Das Zentrum soll aufgefordert werden, einen Kandidaten für den Ministerpräsidenten zu stellen.

⁴ Bei den preußischen Landtagswahlen vom 20. Februar 1921 erhielt die SPD 114, das Zentrum 81, die DDP 26, die DVP 58, die USPD 29, die Vereinigte Kommunistische Partei 30, die DNVP 75, die Deutsch-Hannoversche Partei 11 und die Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes 4 Sitze. Zentrum und DDP stellten somit im neuen Landtag nur 107 der 428 Abgeordneten. Vgl. DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 1921/I, S. 150f.

⁵ Ab hier unbekannte Handschrift.

226.

9. 4. 1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 83. Beginn: keine Angaben. Ende: 11.05 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Dominicus.

Der **Vorsitzende** regt an, die Punkte 8 ff. [P. 8: Beratung des Antrages der Abg. *Siering* und Genossen (SPD) über die Sondergerichte und ihre Zuständigkeit, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 141, S. 154; P. 9: Beratung des Antrages der Abg. *Ebersbach* und Genossen (DNVP) über die Aufhebung der Verordnung des Reichsfinanzministers, betreffend das Inkrafttreten des § 13 des Gesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung, im Interesse der Ruhegehalts-, Witwen- und Waisengeldempfänger, ebd., Nr. 66, S. 92; P. 10: Beratung des Antrages der Abg. *Siering* und Genossen (SPD) über den Bau von Eisenbahnen im Sauer- und Siegerlande zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit, ebd., Nr. 51, S. 87, Nr. 139, S. 154] von der heutigen Tagesordnung abzusetzen. Die anderen Fraktionen haben zugestimmt. Der Vorsitzende teilt mit, daß der Abg. *Stegerwald* als Ministerpräsident in Aussicht genommen ist.¹

Abg. **Riedel** bringt Bedenken gegen die Person und die politische Richtung des Herrn *Stegerwald* vor.

Ebenso Abg. **Grund**, der die Wohnungspolitik *Stegerwalds* kritisiert.

Abg. **Gottschalk** nimmt an, daß *Stegerwald* eine bürgerliche oder Rechtsregierung bilden werde.

Der **Vorsitzende** teilt mit, daß *Stegerwald* eine Art Geschäftsministerium erstrebe. Eine Verpflichtung für später gehen wir mit der Wahl *Stegerwalds* nicht ein.

Abg. **Nuschke** empfiehlt, sich mit *Stegerwald* abzufinden. Beim Vertrauensvotum haben wir freie Hand.

Abg. Dr. **Wendorff** schließt sich den Ausführungen *Nuschkes* an.

Abg. **Oeser** teilt mit, daß *Stegerwald* schon verhandelt hat. Die Verhandlungen gehen nicht nach rechts. Wir müssen zustimmen. Im Kabinett hat er uns oft unterstützt.

Abg. **Schiffer**: Das Zentrum macht durch die Wahl *Stegerwalds* die sogenannte *Stegerwaldsche* Bewegung tot. Wir müssen für ihn stimmen.

Abg. **Riedel** spricht gegen *Stegerwald*.

Abg. **Gottschalk** fürchtet, daß das Zentrum eine Rechtsregierung bilden wolle.

Abg. **Fischbeck**: Wenn alle Parteien für *Stegerwald* stimmen, können [wir] nicht anders handeln. Im Kabinett hatten wir an *Stegerwald* eine Stütze. *Stegerwalds* Ziel sei wahrscheinlich die alte Koalition.

Abg. **Schiffer** meint, daß weiße Zettel zulässig seien; doch sei Einmütigkeit wünschenswert.

Abg. **Preuß** regt an, bei der Sozialdemokratie anzufragen.

¹ Am 9. April 1921 wurde Adam *Stegerwald* (Z) mit 332 von 388 Stimmen zum neuen preußischen Ministerpräsidenten gewählt. Vgl. SBpLT 1921/24, Bd. 1, Sp. 159. *Stegerwalds* Versuch, eine Regierung der Großen Koalition von der SPD bis zur DVP zu bilden, scheiterte am inhaltenden Widerstand der beiden Flügelparteien, so daß *Stegerwald* am 20. April 1921 seinen Rücktritt erklärte. Am folgenden Tag wurde er jedoch erneut zum Ministerpräsidenten gewählt und bildete daraufhin ein Minderheitskabinett aus Zentrum und DDP. Vgl. JANSEN, Regierungsbildung, S. 21; STANG, S. 258–263; HÖMIG, S. 98–103; MORSEY, S. 356 f.; MÖLLER, Parlamentarismus, S. 345–349.

Abg. **Dominicus** teilt offiziell mit, daß *Stegerwald* präsentiert sei.

Beschlossen wird: »Die **Fraktion** ist bereit, Herrn *Stegerwald* zu wählen«. Fraktionszwang wird nicht ausgeübt.

Die **Fraktion** verhandelt über einen Antrag *Barteld*, betr. Teuerungszulagen der Beamten.

Die Abg. **Riedel** und **Höpker Aschoff** äußern Bedenken.

Abg. **Barteld** begründet den Antrag.

Die Beschlußfassung wird vertagt.

Abg. *Barteld* wird ermächtigt, eine Kleine Anfrage, betr. Geheimakten der Beamten einzubringen.²

227.

9.4.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 84 f. Beginn: 13.00 Uhr. Ende: 14.00 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: keine Angaben.

Tagesordnung: Verteilung der Referate über die vorliegenden Anträge:

Antrag Nr. 16 [Antrag der Abg. *Oelze* und Genossen (DNVP) auf Behandlung des Volkskatechismus über die Hauptbestimmungen des Friedensvertrages von Versailles im Schulunterricht, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 16, S. 74]: Referent Abg. *Kim-pel*.

Antrag Nr. 17 [Antrag der Abg. *Esser* und Genossen (Z) auf Vorlage eines Gesetzentwurfs, betr. die zeitgemäße Erhöhung der Steuer für Gewerbebetriebe im Umherziehen, ebd., Nr. 17, S. 74]: Referent Abg. *Goll*.

Antrag Nr. 18 [Antrag der Abg. Dr. v. *Kries* und Genossen (DNVP) über die Aufbesserung der Bezüge der aus den Abtretungsgebieten nach Deutschland verzogenen Ruhegehaltsempfänger des mittelbaren Staatsdienstes und deren Hinterbliebenen, ebd., Nr. 18, S. 74 f.]: Referent Abg. *Herrmann*.

Antrag Nr. 19 [Antrag der Abg. *Mentzel* (Stettin) und Genossen (DNVP), betr. Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung des Handwerks, ebd., Nr. 19, S. 75]: Referent Abg. *Mackenthun*.

Antrag Nr. 20 [Antrag der Abg. *Weißermel* und Genossen (DNVP) auf Nichtauflösung des Preußischen Landesökonomiekollegiums, ebd., Nr. 20, S. 75]: Referent Abg. Dr. *Wendorff*.

Antrag Nr. 25 [Antrag der Abg. *Graef* (Anklam) und Genossen (DNVP), betr. Abänderung der Städteordnungen und Landgemeindeordnungen, ebd., Nr. 25, S. 76]: Referent Abg. Dr. *Preuß*.

Antrag Nr. 33 [Antrag der Abg. *Conradt* und Genossen (DNVP) über Maßnahmen zur Hebung der Wohnungsnot, ebd., Nr. 33, S. 79]: Referent Abg. Dr. *Berndt*.

² Kleine Anfrage der Abg. *Barteld* (Hannover) und Genossen (DDP) über Führung von geheimen Personalnachweisen und Akten bei Behörden, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 162, S. 162.

Antrag Nr. 34 [Antrag der Abg. *Hirtsiefer* und Genossen (Z) auf Einführung der Berliner Vororttarife im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, ebd., Nr. 34, S. 80]: Referent Abg. *Höpker Aschoff*.

Antrag Nr. 43 [Antrag *Lukassowitz* und Genossen (DNVP) auf Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung von Braunkohle, ebd., Nr. 43, S. 84]: Referent *Riedel*.

Antrag Nr. 45 [Antrag der Abg. *Weißermel* und Genossen (DNVP) gegen die Rektorwahlen für die Forstakademien Eberswalde und Hannoversch Münden, ebd., Nr. 45, S. 85]: Referent Abg. Dr. *Preuß*.

Antrag Nr. 51 [Antrag der Abg. *Siering* und Genossen (SPD) über den Bau von Eisenbahnen im Sauer- und Siegerland zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit, ebd., Nr. 51, S. 87]: Referent Abg. *Höpker Aschoff*.

Antrag Nr. 52 [Antrag der Abg. *Lukassowitz* und Genossen (DNVP), betr. Lehrer, die weitergehende Prüfung (Mittelschul-Rektorprüfung) abgelegt haben, ebd., Nr. 52, S. 87]: Referent Abg. *Herrmann*.

Antrag Nr. 55 [Antrag der Abg. *Hergt* und Genossen (DNVP), betr. Reform des Mädchenschulwesens, ebd., Nr. 55, S. 88]: Referent Abg. *Gottschalk*.

Antrag Nr. 61 [Antrag der Abg. Dr. v. *Krause* und Genossen (DVP), betr. die Vorlage einer Übersicht der auf Grund des Überalterungsgesetzes verabschiedeten Beamten, ebd., Nr. 61, S. 90]: Referent Abg. *Barteld*.

Antrag Nr. 65 [Antrag der Abg. *Ebersbach* und Genossen (DNVP) auf Anwendung der Bestimmungen über die Anrechnung des Besoldungsdienstalters der Militäranwärter, ebd., Nr. 65, S. 92]: Referent Abg. *Barteld*.

Antrag Nr. 66 [Antrag der Abg. *Ebersbach* und Genossen (DNVP) auf Aufhebung der Verordnung des Reichsfinanzministers, betr. das Inkrafttreten des § 13 des Gesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung, im Interesse der Ruhegehalts-, Witwen- und Waisengeldempfänger, ebd., Nr. 66, S. 92]: Referent Abg. *Barteld*.

Antrag Nr. 78 [Antrag der Abg. *Graef* (Anklam) und Genossen (DNVP) auf Herausgabe amtlichen Materials über den Weltkrieg und Bekanntgabe der den Feinden zur Last fallenden Kriegsschäden und Kriegsverbrechen, ebd., Nr. 78, S. 95]: Referent Abg. *Oeser*.

Antrag Nr. 79 [Antrag der Abg. Dr. v. *Kries* (Potsdam) und Genossen (DNVP) über Besetzungszulagen in den neu besetzten Gebieten, ebd., Nr. 79, S. 96]: Referent Abg. *Gottschalk*.

Antrag Nr. 80 [Antrag der Abg. Dr. v. *Kries* (Potsdam) und Genossen (DNVP) auf Vorlage eines Gesetzentwurfs, betr. die Regelung des Verfahrens beim Volksbegehren und Volksentscheid, ebd., Nr. 80, S. 96]: Referent Abg. Dr. *Preuß*.

Antrag Nr. 82 [Antrag der Abg. *Rüffer* und Genossen (DNVP), betr. Maßnahmen zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit, ebd., Nr. 82, S. 96]: Referent Abg. *Riedel*.

Antrag Nr. 89 [Antrag der Abg. Dr. v. *Krause* und Genossen (DVP) auf Vorlage eines Gesetzes über die Zuteilung der Restkreise von Westpreußen zu dem Kommunalverband Ostpreußen, ebd., Nr. 89, S. 99]: Referent Abg. Dr. *Wendorff*.

Antrag Nr. 90 [Antrag der Abg. *Rüffer* und Genossen (DNVP) über Steuerung der Wohnungsnot durch Neubauten, ebd., Nr. 90, S. 99]: Referent Abg. *Hartmann*.

Antrag Nr. 111 [Antrag der Abg. Dr. v. *Kries* (Potsdam) und Genossen (DNVP) auf Gewährung von Entschädigungen für die durch die Polen von ihrer Scholle vertriebenen Deutschen, ebd., Nr. 111, S. 146]: Referent Abg. Dr. *Wendorff*.

Anträge Nr. 114, 115, 116 [Antrag der Abg. Dr. *Meyer* (Ostpreußen) und Genossen (VKP) auf Aufhebung des über preußische Gebietsteile verhängten Ausnahmezustandes und Beseitigung der Ausnahmegerichte, ebd., Nr. 114, S. 147; desgl., betr. Schadensersatz für kommunistische Zeitungen, ebd., Nr. 115, S. 147; desgl., auf Übernahme der Bestattungskosten für den Obermaschinen *Sült* auf die Staatskasse usw., ebd., Nr. 116, S. 147]: Referent Abg. Dr. *Schreiber*.

Antrag Nr. 117 [Antrag der Abg. *Eberlein* und Genossen (VKP), betr. Maßnahmen im Interesse der Erwerbslosen und der Kurzarbeiter, ebd., Nr. 117, S. 148]: Referent Abg. *Riedel*.

Antrag Nr. 118 [Antrag der Abg. *Eberlein* und Genossen (VKP), betr. die *Hörsingsche* »Polizeiaktion«, ebd., Nr. 118, S. 148]: Referent Abg. Dr. *Schreiber*.

Antrag Nr. 128 [Antrag der Abg. Dr. *Meyer* (Ostpreußen) und Genossen (VKP) über außerordentliche Maßnahmen der Besatzungstruppen im besetzten Gebiet, ebd., Nr. 128, S. 150]: Referent Abg. *Gottschalk*.

Antrag Nr. 140 [Antrag der Abg. Dr. *Kaufhold* und Genossen (DNVP) auf Aufhebung der Verordnung über Schrotmühlen, ebd., Nr. 140, S. 154]: Referent Abg. *Westermann*.

Antrag Nr. 138 [Antrag der Abg. Dr. v. *Krause* und Genossen (DVP), betr. Feststellung des Ortsklassenverzeichnisses, ebd., Nr. 138, S. 153]: Referent Abg. *Barteld*.

Antrag Nr. 137 [Antrag der Abg. Dr. v. *Krause* und Genossen (DVP) über den Büsumer Hafenanbau, ebd., Nr. 137, S. 153]: Referent Abg. *Hoff*.

Antrag Nr. 136 [Antrag der Abg. Dr. v. *Krause* und Genossen (DVP) über Fortbestehen des Regierungsbezirks Marienwerder als Regierungsbezirk Westpreußen, ebd., Nr. 136, S. 153]: Referent Abg. Dr. *Wendorff*.

Antrag Nr. 149 [Antrag der Abg. *Lüdicke* und Genossen (DNVP) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Stärkung der Selbständigkeit der Verwaltungsbezirke in Groß-Berlin durch Beschränkung der Zentralgewalt, ebd., Nr. 149, S. 157]: Referent Abg. *Dominicus*.

Antrag Nr. 156 [Antrag der Abg. *Herrmann* (Friedersdorf) und Genossen (DNVP) auf Befreiung der Lehrer von der Verpflichtung der niederen Küsterdienste, ebd., Nr. 156, S. 160]: Referent Abg. *Kimpel*.

[Antrag Nr.] 147 [Antrag der Abg. *Siering*, Dr. Dr. *Porsch*, *Lüdicke*, Dr. *Leidig*, *Kilian*, *Ludwig*, *Dominicus* und Genossen (SPD, Z, DNVP, DVP, VKP, USPD, DDP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Staatsschuldenverwaltungsgesetzes, ebd., Nr. 147, S. 156 f.]: *Wiglow*.

[Antrag Nr.] 155 [Antrag der Abg. *Herrmann* (Friedersdorf) und Genossen (DNVP) auf Trennung des Vermögens vereinigter Kirchen- und Schulstellen und angemessene Besoldung der Kantoren und Organisten, ebd., Nr. 155, S. 159]: *Kimpel*.

[Drucksache Nr.] 105 [Gesetzentwurf über den Staatsvertrag, betr. den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich, ebd., Nr. 105, S. 122]: *Riedel*.

Als Vertreter in den Ausschüssen werden bestimmt:

1. Ausschuß für den Haushaltsplan: Abg. *Oeser*.
2. Ausschuß für Bevölkerungspolitik: Frau *Dönhoff* und *Hartmann*.
3. Ausschuß für Siedlungs- und Wohnungswesen: Dr. *Schreiber*, *Westermann*.
4. Ausschuß für Landwirtschaft: Dr. *Wendorff*.

5. Ausschuß für Handel und Gewerbe: Abg. *Grund*.
6. Ausschuß für Rechtswesen: Abg. *Berndt* und *Kochmann*.
7. Ausschuß für Gemeindewesen: *Goll*.
8. Ausschuß für Unterrichtswesen: *Kimpel*.
9. Ausschuß für Eingaben: *Herrmann* und *Hoff*.
10. Ausschuß für Geschäftsordnung: Abg. *Nuschke*.
11. Ausschuß für Beamtenfragen: Abg. *Barteld* und *Riedel*.
12. Ausschuß für Vergabungswesen: *Wiglow*, *Mackenthun*.

Abg. Dr. **Schreiber** regt an, in der nächsten Zeit eine planmäßige Aufklärung über die Regierungsbildung – besonders in der Presse – zu betreiben und dabei besonders zu betonen: die Unmöglichkeit eines Ausscheidens der Sozialdemokratie, die Schwierigkeiten, welche die unklare Stellung der Deutschen Volkspartei zur unserer Staatsordnung bereitet, die Unmöglichkeit einer Minderheitsregierung.¹

Die **Fraktion** schließt sich der Anregung an.

228.

14. 4. 1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 85–88. Beginn: 11.00 Uhr. Ende: 13.45 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Der **Vorsitzende** berichtet über die Bemühungen des Ministerpräsidenten *Stegerwald* zur Bildung des Kabinetts, die noch nicht über den toten Punkt hinaus gediehen sind.¹ Die verschiedenen, von *Stegerwald* vorgesehenen Kombinationen scheitern am Widerspruch der Sozialdemokratie oder der Volkspartei. Der Versuch einer Lösung durch Änderung der Reichsregierung – Aufnahme der Sozialdemokraten in die dortige Koalition – wird unter den zeitlichen Bedingungen vom Reichspräsidenten für unzulässig gehalten, da die in naher Aussicht stehenden schweren Erschütterungen durch das Vorgehen der Entente eine stetige Weiterarbeit des gegenwärtigen Reichskabinetts bedingen. Gegenwärtig wird über eine Bildung einer preußischen Regierung verhandelt, in welche die Volkspartei ihrerseits einen ihr genehmen Beamtenminister entsendet, neben 3 sozialdemokratischen, 2 Zentrums- und 1 demokratischen Minister.

Abg. **Preuß** hält bei diesen Bedingungen eine Verstärkung des demokratischen Einflusses für unerlässlich.

Abg. **Schiffer** warnt eine solche Forderung zu stellen, da wir nicht für Schaffung eines neuen Ministeriums eintreten können und uns am besten dabei stehen werden, wenn wir die mit den Geschäften vertraute, von allen Seiten anerkannte Vertretung des Ministers *Fischbeck* behalten. Hält die Lösung für sachlich unbefriedigend, für politisch tragbar.

¹ Vgl. auch den Artikel »Partei und Vaterland« von Alexander *Dominicus* in: VOSSISCHE ZEITUNG, 165, 9.4.1921 (Abend-Ausgabe).

¹ Vgl. Dok. Nr. 226.

Abg. **Fischbeck** sieht die Initiative für ein Übergangsministerium für erträglich an, legt Wert auf Stellung eines parlamentarischen Staatssekretärs.

Abg. **Gottschalk** findet, daß wir keine Ressortforderungen stellen können, findet die durch *Severing* und *Haenisch* bestehenden für uns untragbar.

Abg. **Wendorff** weist auf Übergangscharakter der vorgesehenen Lösung hin. Fragt, ob bei Verhandlungen auf Vorgänge in Mecklenburg hingewiesen worden ist, wo Sozialdemokraten und Volkspartei zusammengebracht wurden.²

Abg. **Dominicus** rückt die Frage des parlamentarischen Staatssekretärs in den Vordergrund – für Ministerium des Innern.

Abg. **Schreiber** regt an, unter den für uns ungünstigen Verhältnissen zu versuchen, aus der Regierung auszuschneiden, so daß Sozialdemokraten, Zentrum, Volkspartei allein das Kabinett bilden.

Abg. **Barteld** sieht im Ausscheiden aus dieser Konstellation Eingeständnis, daß Demokratie überflüssig ist. Hat Bedenken gegen *Braun* als Finanzminister, wünscht dieses Ministerium der Volkspartei zuzuschieben.

Abg. **Hoff** weist darauf hin, dass der Lehrerverein für *Haenisch* eintritt.

Auf dahin gehende Frage erklärt Abg. **Dominicus**, daß die Sozialdemokratie es ablehnt, einen parlamentarischen Minister der Volkspartei anzuerkennen. Die Zeitungsmeldung, daß Zentrum und demokratische Vertreter bei den Verhandlungen die Forderung der großen Koalition preisgegeben hätten, ist irrig.³ Allerdings ist dem Ministerpräsidenten nach beiden Seiten freie Hand gelassen, in der stillschweigenden Voraussetzung, daß er sein Mandat niederlegt, wenn Verständigung auf der Basis der großen Koalition nicht gelingt.

Abg. **Nuschke**: Im Fall, daß Volkspartei die vorgesehene Lösung annimmt, für Zustimmung unsererseits, keinesfalls für Preisgabe unseres Ministeriums, für Forderung von 2 Staatssekretären.

Abg. **Oeser** macht auf die Unzuträglichkeiten des Systems der parlamentarischen Staatssekretäre aufmerksam, will angesichts unserer ungenügenden Vertretung im Kabinett sie trotzdem akzeptieren, wünscht schärfere Präzisierung der Stellung derselben.

Abg. **Dominicus** resümiert, daß wir im Fall der Annahme des schwebenden Vorschlags ihm zustimmen, mit Forderung von 2 Staatssekretären – im Ministerium des Innern und Kultus.

Der **Vorsitzende** legt eine vom Abg. *Otto* verfaßte Große Anfrage vor, betr. Strafversetzung des Direktor *Burg*⁴ von einer Charlottenburger Mädchenschule. Wird genehmigt.⁵

² Nach den Landtagswahlen vom 13. März 1921 hatte die SPD in Mecklenburg-Schwerin eine Regierung mit der DVP gebildet. Bereits im Februar war in Lippe eine Große Koalition zustande gekommen. Vgl. WINKLER, Von der Revolution, S. 450f.

³ VORWÄRTS, 171, 13.4.1921: »Bindung oder freie Hand?«

⁴ *Burg*, Dr., Prof., Oberstudiendirektor der Fürstin-Bismarck Schule in Berlin-Charlottenburg.

⁵ Große Anfrage der Abg. *Otto* (Charlottenburg) und Genossen (DDP) über die Vorgänge an der Fürstin-Bismarck-Schule zu Charlottenburg, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 193, S. 174f. Durch das Auftreten zweier Studienräte, die dem Bund der Entschiedenen Schulreformer angehörten, waren im Kollegium der Fürstin-Bismarck-Schule in Charlottenburg ernste Auseinandersetzungen entstanden, in deren Folge nach Eingreifen des Kultusministers der Direktor und mehrere Lehrkräfte versetzt worden waren.

Betr. Verhalten gegenüber dem Ableben der früheren Kaiserin⁶ wird scharfe Kritik daran geübt, daß ein Beschluß gefaßt ist, einen Kranz niederzulegen, ohne Beschlußfassung der Fraktion. Der Kranz soll nach Auffassung der Fraktion, da an der Ausführung des Beschlusses der Reichstagsfraktion nichts mehr zu ändern ist, im Namen der Partei bzw. der Reichstagsfraktion gesandt werden. – Der Abg. *Jansen* wird beauftragt, dem Parteivorstand von der Verhandlung Mitteilung zu machen. – Dem Antrag, am Beisetzungstage die Plenarsitzung des Landtags ausfallen zu lassen, wird begegnet werden durch Aussetzung am Montag und Dienstag in Rücksicht auf die Geschäftslage.

Plenum:

Fraktion beschließt Stellungnahme gegen die Große Anfrage Nr. 9, Drucksache [Nr.] 130⁷, ebenfalls gegen den Antrag *Siering*, Drucksache [Nr.] 141⁸,⁹ und die übrigen Anträge und Anfragen der Linksparteien zu den Kommunistenaufständen.¹⁰

Der Redner der Fraktion, Abg. **Schreiber**, gibt seine geplanten Ausführungen zur Kenntnis, als zweiter Redner wird Abg. *Nuschke* vorgesehen.¹¹

Kleine Anfrage des Abg. *Barteld* wird genehmigt.¹²

⁶ Die frühere Kaiserin *Auguste Viktoria* war am 11. April 1921 verstorben. Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 167, 11.4.1921.

⁷ Große Anfrage der Abg. *Ludwig* (Hagen) und Genossen (USPD) über außerordentliche Sondergerichte usw., in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 130, S. 151.

⁸ Antrag der Abg. *Siering* und Genossen (SPD), betr. Sondergerichte, in: ebd., Nr. 141, S. 154.

⁹ Im Original durchgestrichen: »Abg. *Wendorff* wünscht Erwähnung des straffreien Wegkommens der *Kapp*-Putschisten«.

¹⁰ Vgl. SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 91, S. 99, Nr. 114–116, S. 147, Nr. 118, S. 148, Nr. 121, 122, S. 149, Nr. 128, S. 150. Zur kommunistischen Aufstandsbewegung vom März 1921 vgl. Dok. Nr. 222, Anm. 9.

¹¹ Die Rede des Abg. *Schreiber* (Halle) in der 7. Sitzung am 15. April 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 1, Sp. 320–332; die Rede des Abg. *Nuschke* in der 9. Sitzung am 18. April 1921, in: ebd., Sp. 446–451. *Schreiber* führte in seiner Rede aus: »Es ist bei der Natur dieser Aufrührbewegung, die wir erlebt haben, leider nicht zu erwarten, daß es die letzte gewesen ist, die über Deutschland kommt. Aber wir sollten aus diesen Debatten doch ersehen haben, daß die Bekämpfung des moskowitzischen Verbrechens eine Lebensfrage für das gesamte deutsche Volk ist, in der es, wie wir hoffen, über den Tagestreit der Parteien hinweg, auch in Zukunft jederzeit einmütig beieinandersteht.« Ebd., Sp. 332.

¹² Kleine Anfrage der Abg. *Barteld* (Hannover) und Genossen (DDP), betr. Kinderzulagen für über 21 Jahre alte Kinder von Ruhegehaltsempfängern und von verstorbenen Beamten usw., in: ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 187, S. 172.

229.

15. 4. 1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 88 f. Beginn: 11.45 Uhr. Ende: 12.30 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Schreiber.

Eröffnung 11,45 in Abwesenheit der Vorsitzenden durch Abg. Dr. *Schreiber*.

Abg. **Jansen** gibt Kenntnis von Mitteilung, die ihm Ministerpräsident *Stegerwald* gemacht hat, da die Fraktionsvorsitzenden nicht erreichbar waren. Ihr Standpunkt ist, daß er nicht die alte Koalition wiederherstellen, auch nicht ohne Ergebnis zurücktreten will. Er schlägt zwei Lösungen vor: I. Kabinett aus 3 politischen Ministern (*Stegerwald*, *Fischbeck*, *Severing*), 3 parlamentarischen Staatssekretären und 4 Beamtenministern. Oder II: Kabinett aus 2 Zentrums-, 2 demokratischen und 2 Beamtenministern. Beides als Übergangsministerium gedacht, nach dem 1. Mai wird *Stegerwald* zurücktreten und dem Parlament die Wahl des Kabinetts freistellen.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. **Nuschke**, **Barteld**, **Grund**, **Hartmann**, **Preuß**, **Fischbeck**, **Berndt**, **Riedel**, **Wendorff**, **Dominicus**, **Jansen**, **Gottschalk**.

Eine vom Abg. *Nuschke* formulierte Entschließung wird mit getrennter Abstimmung angenommen: Satz I: »Fraktion erklärt sich in erster Linie für Vorschlag I *Stegerwald*« mit großer Mehrheit. Satz II: »um Regierungsbildung zu ermöglichen, treten wir auch hinter Vorschlag II als provisorische Regelung« mit 11 zu 9 Stimmen.

Der *Vorsitzende* wird ermächtigt, dem Ministerpräsidenten mitzuteilen, daß beim Nichtzustandekommen einer Regierung in kürzester Frist, die **Fraktion** gewillt ist, aus den interfraktionellen Besprechungen auszuschneiden und ihre Minister zurückzuziehen.

Abg. **Hoff** macht Mitteilung aus dem Ältestenausschuß. Er hat einer Nachprüfung des Verteilungsschlüssels für die Ausschüsse zugestimmt.

Mit Vorlage eines Diätengesetzes, für die alle Fraktionen sich erklärten, ist **Fraktion** einverstanden.¹

Kleine Anfrage Dr. *Höpker Aschoff*, betr. Stilllegung Zeche Maxweiler, wird genehmigt.²

¹ In der Sitzung des Ältestenrats vom 15. April 1921, 11.15 bis 12.20 Uhr, wurde bei der Frage der Zusammensetzung der Ausschüsse von verschiedenen Seiten bemerkt, daß nach der rein rechnerischen Aufstellung einzelne Fraktionen geschädigt würden. In der Diätenfrage einigte man sich dahin, daß noch am selben Tag ein Gesetzentwurf über die Aufwandsentschädigung als Antrag aller Parteien eingebracht werden sollte. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 3.

² Kleine Anfrage der Abg. Dr. *Höpker Aschoff* und Genossen (DDP) über den Beschluß der Generalversammlung der Eisenwerksgesellschaft Maximilianshütte, betr. Einstellung der Arbeiten auf der Zeche Maximilian bei Hamm, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 189, S. 173.

230.

16. 4. 1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 89. Beginn: 11.45 Uhr. Ende: 11.55 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Tagesordnung:

Besprechung der Lage.¹ Neue Momente liegen nicht vor.

Große Anfrage und Anträge.

Abg. **Nuschke** regt an, die Frage der Großanfragen in der Geschäftsordnungskommission im Sinne einer Kontingentierung zur Sprache zu bringen.

Abg. Dr. **Preuß** regt an, die Schwerinstage² wieder einzufügen.

Als Referenten werden bestellt für:

Antrag Nr. 180 [Antrag der Abg. Dr. von *Krause* und Genossen (DVP) auf Bereitstellung eines Fonds für die Universität Königsberg, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 180, S. 169]: Abg. Dr. *Wendorff*.

Antrag Nr. 190 [Antrag der Abg. Dr. *Kaufhold* und Genossen (DNVP) auf Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung von Milch, Butterfett und Zucker, ebd., Nr. 190, S. 173]: Abg. Dr. *Wendorff*.

Anträge Nr. 196 und 197 [Große Anfrage der Abg. *Schulz* (Neukölln) und Genossen (VKP) über das Koalitionsrecht der Landarbeiter, ebd., Nr. 196, S. 185; desgl. über die Brachlegung landwirtschaftlich nutzbaren Bodens, ebd., Nr. 197, S. 185]: Abg. *Westermann*.

Antrag Nr. 198 [Große Anfrage der Abg. *Schulz* (Neukölln) und Genossen (VKP) über Pachtpreissteigerung, ebd., Nr. 198, S. 185]: Abg. *Herrmann*.

Anträge Nr. 164, 176, 192 [Antrag der Abg. *Haseloff* und Genossen (DNVP) auf Vorlage eines Gesetzentwurfs, betr. die Pensionsansprüche der Schutzpolizeibeamten usw., ebd., Nr. 164, S. 163; Antrag der Abg. *Ludwig* (Hagen) und Genossen (USPD) auf Einstellung des Verfahrens gegen den Abgeordneten *Rabold*, ebd., Nr. 176, S. 168; Antrag der Abg. *Eberlein* und Genossen (VKP) auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Dr. *Meyer* (Ostpreußen), ebd., Nr. 192, S. 174]: Abg. *Nuschke*.

Anträge Nr. 166, 177 [Antrag der Abg. *Rüffer* und Genossen (DNVP) auf Sicherstellung einer Überfahrtsgelegenheit zwischen der Insel Fehmarn und dem Festlande, ebd., Nr. 166, S. 164; Antrag der Abg. *Ludwig* (Hagen) und Genossen (USPD) auf Wiederaufnahme der Befestigungs- und Landgewinnungsarbeiten im Kreise Süderdithmarschen, ebd., Nr. 177, S. 168]: Abg. *Hoff*.

Antrag Nr. 179 [Antrag der Abg. *Schlange-Schöningen* und Genossen (DNVP) auf Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Getreides, ebd., Nr. 179, S. 169]: Abg. *Westermann*.

Antrag Nr. 200 [Antrag der Abg. *Siering*, Dr. Dr. *Porsch*, *Winckler*, Dr. v. *Krause*, *Ludwig* (Hagen), *Dominicus* und Genossen (SPD, Z, DNVP, DVP, USPD, DDP) auf

¹ Gemeint ist die Regierungsbildung. Vgl. Dok. Nr. 229.

² Als Schwerinstag wurde derjenige Tag (gewöhnlich Mittwoch) bezeichnet, der im Parlament für die Behandlung von Anträgen und Petitionen freigehalten zu werden pflegte. Der Brauch geht auf eine Anregung des Grafen Maximilian v. *Schwerin-Putzar* (1804–1872) im Preussischen Abgeordnetenhaus zurück.

Annahme eines Gesetzentwurfs über die Entschädigung der Mitglieder und des Präsidenten des Preußischen Landtags, ebd., Nr. 200, S. 186 f.], Gesetzentwurf, betr. Entschädigung der Mitglieder und des Präsidenten des Preußischen Landtages.

Abg. **Fischbeck** erhebt Bedenken gegen die §§ 2 und 6.³

Abg. **Barteld** wünscht Ausschußberatung.

Abg. **Riedel** ist dagegen.

Besondere Anträge werden nicht gestellt.

231.

18.4.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 90–92. Beginn: 11.00 Uhr. Ende: 12.15 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

Abg. **Berndt** berichtet über die Ausschußverhandlung über den Antrag, Drucksache [Nr.] 113 – [mit dem Antrag des Rechtsausschusses Nr.] 202 (Immunität der Abgeordneten im besetzten Gebiet).¹

Abg. **Jansen** macht Mitteilung über Vorkommnisse, die befürchten lassen, daß die »Hohe Kommission« mit Erfolg auf Aufhebung des Postens des Reichs- und Staatskommissars für das besetzte Gebiet hinwirken wird.²

Fraktion nimmt Kenntnis vom Ausschußbeschuß, Immunität des Abg. *Plenge*³ auszusprechen.

³ § 2 des im Antrag Nr. 200 vorgeschlagenen Gesetzentwurfs über die Entschädigung der Mitglieder und des Präsidenten des Preußischen Landtags bestimmte, daß die Mitglieder des Landtags zusätzlich zu ihrer Aufwandsentschädigung ein Tagegeld von fünfzig Mark für jeden Tag ihrer durch das Sitzungsprotokoll nachgewiesenen Anwesenheit erhalten sollten in der Zeit, in der der Landtag länger als eine Woche zu einer Vollsitzung nicht zusammentrat, während gleichzeitig einer seiner Ausschüsse tagte. Nach § 6 durfte ein Landtagsabgeordneter, der gleichzeitig im Reichstag saß, nur dann eine Vergütung beziehen, wenn er als Reichstagsabgeordneter keine Entschädigung erhielt. SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 200, S. 186 f., hier S. 186.

¹ Antrag der Abg. *Eberlein* und Genossen (VKP), betr. Enthaftung des Abgeordneten *Plenge* und die Immunität der Abgeordneten im besetzten Gebiet, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 113, S. 147; Antrag des Rechtsausschusses zu seinem mündlichen Bericht über den Antrag der Abg. *Eberlein* und Genossen (Nr. 113), in: ebd., Nr. 202, S. 188. Der Rechtsausschuß empfahl die Annahme des Antrags *Eberlein*. Der Abg. *Oskar Plenge* (VKP) war unter Verletzung seiner Immunität von der englischen Besatzungsbehörde in Solingen verhaftet und nach Köln verbracht worden.

² Am 10. April 1921 hatte die Interalliierte Rheinlandkommission ein besonderes Zollregimes in den Rheinlanden erlassen, gegen das die deutsche Regierung am 18. April Protest einlegte. Vgl. SCHULTESS/II, S. 261. In den besetzten rheinischen Gebieten lag die oberste Zivilgewalt bei der Internationalen Rheinlandkommission mit Sitz in Koblenz, während die deutschen Interessen durch den Reichskommissar für die besetzten Gebiete, seit 1923 den Reichsminister für die besetzten Gebiete wahrgenommen wurden. Reichs- und Preußischer Staatskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete war von Juni 1919 bis Mai 1921 *Karl v. Starck* und von 1921 bis 1923 *Hermann Fürst v. Hatfeldt-Wildenburg*. Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1175; EIMERS, S. 228–241.

³ *Oskar Plenge* (geb. 1890), Redakteur, 1921–1928 MdpLT (VKP/KPD).

Abg. **Hartmann** regt gesonderte Besprechung des Abs. 2 des Antrags *Siering* über Sondergerichte an, hat Bedenken die Jugendlichen den Sondergerichten zur Aburteilung zuzuweisen.⁴

Abg. **Schiffer** stellt fest, daß Absonderung einzelner Fälle praktisch unmöglich – wünscht, daß eine Neuregelung der Gesetze über Hochverratsdelikte der allgemeinen Justizreform vorweg von uns angeregt wird. Da die Debatte über den Gegenstand jetzt geschlossen ist, soll diese Anregung im Auge behalten werden.

Über die Verhandlung zur Regierungsbildung berichtet Abg. **Preuß**. Ministerpräsident *Stegerwald* hat ein Geschäftskabinett aus folgenden Persönlichkeiten vorgesehen: *Drews*, *Roedern*⁵, *Warmbold*⁶ oder *Ramm*⁷, *Schmidt*⁸ oder *Becker*⁹ für Inneres, Finanz, Landwirtschaft, Kultus, dazu die bisherigen Minister *Stegerwald*, *Fischbeck*, *am Zehnhoff* – hält Zusammenstellung persönlich für uns annehmbar, politisch für höchst bedenklich, da durchaus oppositionelle Haltung der Sozialdemokraten zu erwarten.

Abg. Minister **Fischbeck** unterstreicht die zu erwartende verhängnisvolle Wirkung dieser Lösung, hält es aber für unbedingt geboten, aus dem gegenwärtigen Zustand heraus zu kommen, wünscht, daß Demokraten parlamentarisch aus der vorgesehenen Kombination ausscheiden, da sie Verantwortung für das voraussichtliche Abrutschen des Kurses nach rechts nicht tragen können.

Abg. **Schiffer** würde das vorgesehene Ministerium als ein links gerichtetes betrachten, allerdings auf Unterstützung der Rechten angewiesen. Stimmt dem Ausscheiden *Fischbecks* zu, ist trotzdem für Unterstützung des Ministeriums durch uns.

Abg. **Gottschalk**: Wir müssen mit dem Gedanken an große Koalition endgültig brechen – nach Erfahrungen der letzten Plenaraussprache – zur Verhütung der letzten Möglichkeit, der Rechtsregierung, tritt er für Unterstützung eines links gerichteten Beamtenministeriums ein.

Abg. **Berndt** warnt vor Rechtsregierung, auch im Hinblick auf Entente – und Folgen im Reich. – Sieht in der von *Stegerwald* vorgeschlagenen eine verkappte Rechtsregierung. – Da Wiederherstellung der alten Koalition jetzt nicht mehr möglich scheint, tritt Redner für reines Beamtenministerium ein.

Abg. Minister **Fischbeck** teilt mit, daß *Drews* und *Roedern* Eintritt abgelehnt haben.

⁴ Antrag der Abg. *Siering* und Genossen (SPD), betr. Sondergerichte, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 141, S. 154. Absatz 2 des Antrags lautete: »Jugendliche Personen werden ausschließlich vor den ordentlichen Gerichten abgeurteilt.« Vgl. auch Dok. Nr. 228.

⁵ Siegfried Graf v. *Roedern* (1870–1935), Mai 1916–November 1918 Staatssekretär des Reichsschatz-amts, Dezember 1916–November 1917 Wahrnehmung der Geschäfte des stellvertretenden Reichskanzlers, 1920 Vorsitzender der Zentralstelle für die Gliederung des Reichs.

⁶ Hermann *Warmbold* (1876–1976), 1919–1921 Ministerialdirektor im preußischen Landwirtschaftsministerium, April 1921–November 1921 preußischer Landwirtschaftsminister, Oktober 1931–Mai 1932 und Juni 1932–Januar 1933 Reichswirtschaftsminister.

⁷ Eberhard *Ramm* (1861–1935), Januar 1919–Oktober 1927 Unterstaatssekretär/Staatssekretär im preußischen Landwirtschaftsministerium.

⁸ Vermutlich Hermann *Schmidt* (1880–1945), 1919–1925 Stadtverordneter (zunächst Lichtenberg, dann Groß-Berlin), 1920 Kammergerichtsrat, 1927 Senatspräsident des Kammergerichts, 1927–1933 preußischer Justizminister, 1925–1933 MdpLT (Z).

⁹ Carl Heinrich *Becker* (1876–1933), April 1919–April 1921 Unterstaatssekretär/Staatssekretär im preußischen Kultusministerium, April–November 1921 Kultusminister, November 1921–Februar 1925 Staatssekretär, Februar 1925–Januar 1930 Kultusminister.

Abg. **Dominicus** nimmt an, daß Sozialdemokraten sich auch gegen Beamtenministerium durchaus ablehnend verhalten werden, da sie der Wahl *Stegerwald* zugestimmt haben unter der Voraussetzung, daß er zurücktritt, wenn es ihm nicht gelingt, die Gegensätze zwischen den Parteien der alten Regierung zu überbieten.

Abg. Minister **Oeser** sieht als einzige Möglichkeit Übergangministerium mit Unterstützung von rechts. Durch unseren Eintritt würden wir den Leitgedanken unserer Politik preisgeben, stimmt daher dem Vorschlag *Fischbeck* zu.

Abg. **Preuß** für Beamtenministerium ohne unsere Beteiligung, wenn das nicht möglich für alte Koalition.

Abg. **Hartmann** in erster Reihe für letztere.

Abg. **Dominicus** erinnert an unsere dem entgegenstehende Beschlüsse und Verhandlungen.¹⁰

Abg. **Schiffer** warnt vor dieser Schwenkung, deren Folgen mit ganzer Schwere auf uns fallen würden.

Gottschalk, Hoff gegen alte Koalition, beide wünschen Einflußnahme unsererseits auf Auswahl der Minister.

Abg. **Fischbeck** wünscht Rücksprache mit Sozialdemokraten über unsere Antwort an den Ministerpräsidenten, um ihnen die Verantwortung für den kommenden Rechtskurs zuzuschieben.

Unsere Antwort ist: Wir halten Beteiligung der **Fraktion** in dem geplanten Kabinett für untragbar und willigen deshalb mit Bedauern in den Entschluß unseres Ministers *Fischbeck*, zurückzutreten, [ein]. Einem reinen Beamtenministerium, mit dessen Persönlichkeiten wir uns einverstanden erklären können, werden wir die Vertrauenserklärung nicht versagen, unsere dauernde Stellungnahme von seinem Programm abhängig machen.

Abg. **Barteld** berichtet aus dem Ältestenausschuß.¹¹

Abg. **Riedel** bittet auf die Zustände in der Ostmark zu achten, wo mit der Begründung der Gefahr eines polnischen Angriffs für Selbstschutzorganisationen agitiert wird und die sozialdemokratische Regierung dem gegenüber untätig bleibt.

¹⁰ Vgl. Dok. Nr. 222.

¹¹ Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 18. April 1921, 11.15 bis 12.00 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 3.

232.

19.4.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 92 f. Beginn: keine Angaben. Ende: 14.25 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Dominicus.

[Punkt] 1: Plenum.

Zu Punkt 1 [Beratung der Notverordnung über den Zusammentritt des Provinziallandtages der Provinz Niederschlesien und die nachträgliche Erhebung von Provinzialsteuern für die Provinzen Ober- und Niederschlesien, vom 2. März 1921, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 165, S. 163] werden Ausführungen nicht gemacht.

Punkt 2 [Beratung des Antrages der Abg. *Hirtsiefer* und Genossen (Z) auf Einsetzung eines ständigen Ausschusses von 29 Mitgliedern zur Wahrnehmung der preußischen Verkehrsinteressen, ebd., Nr. 208, S. 190]: Der Einrichtung eines ständigen Ausschusses zur Wahrnehmung der preußischen Verkehrsinteressen wird zugestimmt.

Punkt 2: Verschiedenes.

Abg. **Dominicus** macht Mitteilung von einer Veröffentlichung der »Sozialistischen Korrespondenz«, betr. Privatgespräch zwischen ihm und dem Abg. Dr. *Heß*.¹

Die **Fraktion** stimmt folgendem Antrag des Vorsitzenden einstimmig zu: a) Keine interfraktionelle Sitzung mit der Sozialdemokratie, solange dieselbe nicht den Abgeordneten *Heilmann* Mißbilligung ausgesprochen habe. b) Keine weitere Verhandlung in Gegenwart des Abg. *Heilmann*, solange dieser sich nicht formell bei der Fraktion entschuldigt habe.

Abg. **Dominicus** referiert über die letzten Verhandlungen in der Kabinettsfrage mit Herrn *Stegerwald*. Im Vordergrund steht der Plan eines Ministeriums Zentrum – Demokratie, ergänzt durch Beamte. – Herr *Stegerwald* stellt ein weiteres Ministerium für die Demokraten in Aussicht. Die alte Koalition wird vom Zentrum abgelehnt.

Abg. **Grund** berichtet über die Stimmung in Schlesien: Hier fordert man die Erweiterung der Koalition durch die Deutsche Volkspartei. – Das Ministerium müßte als Fachministerium aufgebaut werden.

Abg. Dr. **Gottschalk** bespricht einen Artikel des »Berliner Tageblatts«.²

¹ Bei den interfraktionellen Besprechungen der bisherigen Koalitionsparteien war am 8. April 1921 vereinbart worden, am folgenden Tag einen Ministerpräsidenten zu wählen, der für die Bildung seines Kabinetts freie Hand haben sollte unter der Bedingung, zurückzutreten, wenn es ihm nicht gelingen würde, ein Kabinett zu bilden, dem alle drei Koalitionsparteien ihre Zustimmung zu geben in der Lage seien. Die von dem Sozialdemokraten *Heilmann* herausgegeben »Sozialistische Korrespondenz« glaubte anhand eines mitgehörten Gesprächs zwischen dem Zentrumspolitiker *Heß* und dem demokratischen Fraktionsvorsitzenden *Dominicus* die Absicht des Zentrums erkennen zu können, »den von ihr geschlossenen Vertrag zu brechen und abzuleugnen.« Der Artikel der »Sozialistischen Korrespondenz« abgedruckt in: BERLINER TAGEBLATT, 181, 19.4.1921. Zum Artikel der »Sozialistischen Korrespondenz« vgl. auch JANSEN, Regierungsbildung, S. 28f.; STANG, S. 261; HÖMIG, S. 102. – Joseph *Heß* (1878–1932), Lehrer, 1920 Oberregierungsrat Koblenz, 1930 Dirigent der Finanzabteilung der preußischen Bau- und Finanzdirektion, 1908–1918 MdpAH, 1919–1921 MdpLV, 1921–1932 MdpLT, 1928 Mdr (Z).

² Gemeint ist vermutlich die Meldung über die Arbeitsgemeinschaft der SPD des Kreises Cottbus, die die Haltung der preußischen Landtagsfraktion der SPD bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung in Preußen bedauerte, da sie »die Gefahr dringend gemacht hat, daß die Partei durch gänzlichliches Ausscheiden aus der Regierung jeden direkten Einfluß in dem Verwaltungsstaat Preußen verliert.« BERLINER TAGEBLATT, 181, 19.4.1921.

Abg. **Nuschke** gibt Aufklärung über den betreffenden Artikel, der der [...]³ entnommen ist, die von 2 Sozialdemokraten herausgegeben wird.

Abg. **Berndt** führt aus, daß ein Kabinett Zentrum – Demokratie einem Bürgerblock gleichkäme; es sei unmöglich.

Der **Vorsitzende** macht weitere Mitteilungen in Sachen *Heilmann*. (Verhandlungen mit dem Abg. *Siering*. Beschluß des Zentrums.)

Abg. **Fischbeck** meint, die Mitteilung der [...]⁴ müsse auf Indiskretion aus der Partei beruhen. Redner tritt für den Vorschlag *Stegerwald* ein, da sonst das Rechtsministerium oder das Chaos eintrete.

Abg. **Nuschke** stimmt den Ausführungen zu, da die Sozialdemokraten ein reines Beamtenministerium abgelehnt haben.

Abg. **Riedel** erhebt Bedenken.

Abg. **Oeser**: Die Lage ist kritisch, eine Regierung muß gebildet werden, aber ein politisches Ministerium aus Zentrum – Demokratie.

Abg. Dr. **Preuß** spricht gegen den *Stegerwaldschen* Plan. Erträglich wäre ein politisches Ministerium.

Abg. Dr. **Schreiber** spricht für den *Stegerwaldschen* Plan.

Abg. **Gottschalk** tritt für ein politisches Ministerium ein.

Abg. **Fischbeck** erklärt, die alte Koalition wäre ihm auch heute am liebsten. – Sie sei aber unmöglich.

Die **Fraktion** beschließt mit allen gegen 3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung, einem Ministerium Zentrum – Demokraten zuzustimmen, eventuell mit Hinzuziehung einiger Fachminister.

233.

20.4.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 93 f. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.10 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: *Dominicus*.

1. Plenum:

Punkt 1 [Erste Beratung des Antrags der Abg. *Siering*, Dr. Dr. *Porsch*, *Winckler*, Dr. v. *Krause*, *Ludwig* (Hagen), *Dominicus* und Genossen (SPD, Z, DNVP, DVP, USPD, DDP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 220, S. 194 f.]. Abg. *Preuß* wird die Fraktion vertreten.¹

Punkt 2 [Beratung des Antrags der Abg. Dr. v. *Krause* und Genossen (DVP) über die Zuteilung der Restkreise von Westpreußen zum Kommunalverband Ostpreußen, ebd., Nr. 89, S. 99, in Verbindung damit Beratung des Antrages der Abg. Dr. v. *Krause* und

³ Abkürzung unleserlich.

⁴ Abkürzung unleserlich.

¹ Die Rede des Abg. *Preuß* in der 11. Sitzung am 20. April 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 1, Sp. 520f.

Genossen (DVP) über das Fortbestehen des Regierungsbezirks Marienwerder (Rest) unter der Bezeichnung »Westpreußen«, ebd., Nr. 136, S. 153]. Referat Abg. *Wendorff*, eventuell *Grund*.²

Punkt 3 [Beratung des Antrags der Abg. Dr. v. *Krause* und Genossen (DVP) über den Büsumer Hafenausbau, ebd., Nr. 137, S. 153]: Büsumer Hafen. Referat Abg. *Hoff*.³

Punkt 4 [Beratung des Antrages der Abg. *Schlange-Schöningen* und Genossen (DNVP) über die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Getreides usw., ebd., Nr. 179, S. 169, in Verbindung damit a) Beratung des Antrags der Abg. Dr. *Kaufhold* und Genossen (DNVP) auf Aufhebung der Verordnung über Schrotmühlen, ebd., Nr. 140, S. 154, b) Beratung des Antrags der Abg. Dr. *Kaufhold* und Genossen (DNVP) über die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Milch, Butterfett und Zucker, ebd., Nr. 190, S. 173]: Referat Abg. *Westermann*, *Wendorff* oder Dr. *Schreiber*.⁴

Vorsitzende teilt mit, daß die Angelegenheit erledigt sei.

Abg. **Schiffer** referiert über die Verhandlungen mit *Stegerwald*.⁵ *Stegerwald* wird sein Amt niederlegen. Wiederwahl ist anzunehmen. Redner teilt die eventuelle Ministerliste mit. Als Minister des Innern ist Abg. *Dominicus* in Aussicht genommen.

Abg. **Dominicus** erklärt sich zur Annahme bereit, falls die Fraktion einverstanden ist.

Abg. **Fischbeck** hält Abg. *Schiffer* für geeigneter.

Abg. **Berndt** hält Abg. *Oeser* für den geeignetsten. Herr *Oeser* hat abgelehnt.

Abg. Dr. **Grund** hält den Abg. *Schiffer* für den richtigen Ministerpräsidenten, falls *Stegerwald* zurücktritt.

Abg. **Oeser** hält dieses Kabinett für die einzige Möglichkeit, das Rechtskabinett zu vermeiden. *Schiffer* wäre der bessere Ministerpräsident.

Abg. **Herrmann** meint, wir sollten uns ganz zurückhalten.

Abg. **Jansen** tritt dem entgegen.

Abg. **Hoff** würde ein Kabinett *Schiffer* für stärker halten. Die Sozialdemokratie würde demselben leichter das Vertrauen aussprechen als einem Ministerium *Stegerwald*.

Abg. **Nuschke** hält das aus formalen Gründen für unmöglich.

Abg. **Fischbeck**: Die Sozialdemokratie wird jedes Kabinett ablehnen. Wir dürfen unsere Linie nicht verlassen.

Abg. **Oeser** fragt, ob bereits ein Programm vereinbart sei. Die Aufmachung in der Presse ist entscheidend.

Abg. **Schiffer** betont, daß die Sozialdemokratie jedes Kabinett ohne Rücksicht auf das Programm ablehne.

Die Personenfrage wird dem Ministerpräsidenten überlassen.

Abg. **Barteld** macht Mitteilung aus dem Hauptausschuß.

² Die Rede des Abg. *Wendorff* in der 11. Sitzung am 20. April 1921, in: ebd., Sp. 530–532.

³ Die Rede des Abg. *Hoff* in der 11. Sitzung am 20. April 1921, in: ebd., Sp. 538 f.

⁴ Die Rede des Abg. *Wendorff* in der 12. Sitzung am 21. April 1921, in: ebd., Sp. 594–599.

⁵ Vgl. Dok. Nr. 226, Anm. 1.

234.

21.4.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 95. Beginn: keine Angaben. Ende: 13.00 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Dominicus.

[**Dominicus:**] Für die Tagesordnung des Plenums der nächsten Tage ist vorgesehen: Donnerstag[, den 21. April 1921,] Wahl des Ministerpräsidenten, Freitag Vorstellung des neuen Ministeriums, nachmittags, und Sonnabend fortgesetzt, Aussprache zur Stellungnahme der Parteien gegenüber der neuen Regierung – nächste Woche sitzungsfrei.

Einige Kleine Anfragen etc. werden vorweg erledigt. **Fraktion** stimmt zu einer solchen vom Abg. *Kimpel* vorgebrachten über Schulstreik in Remscheid;¹ [eine] vom Abg. *Barteld* betr. Beamtenräte oder Beamtenkammern angeregte [Anfrage] wird zurückgestellt, um Äußerung unserer Minister einzuholen.

Als Mitglied des Ausschusses zur Wahrung preußischer Verkehrsinteressen wird außer dem Vorsitzenden der Abg. Minister *Oeser* bestimmt.

Abg. **Barteld** berichtet über Ausschußverhandlungen des Diätengesetzes; Stellungnahme wird ihm frei gegeben.²

Abg. **Schiffer** macht Mitteilung über die Verhandlungen zur Regierungsbildung.³

Fraktion beschließt *Stegerwald* als Ministerpräsidenten zu wählen und ihm mitzuteilen, falls er dem Druck der Volkspartei nachgebend von der Berufung eines Demokraten als Minister des Innern absieht, er darauf gefaßt sein muß, daß die Fraktion seinem Ministerium das Vertrauen versagt. Die weiteren Entschließungen werden bis zur gemeinsamen Sitzung mit der Reichstagsfraktion zurückgestellt, die im Lauf des Nachmittags stattfinden soll.⁴

Abg. **Riedel** wird ermächtigt, einen Antrag auf Einsetzung eines 21gliedrigen Ausschusses für sozialpolitische Angelegenheiten zu stellen.⁵

In den Verfassungsausschuß werden die Abg. *Preuß* und *Berndt* als Vertreter entsandt.

¹ Kleine Anfrage der Abg. *Dominicus* und Genossen (DDP) über den Schulstreik in Remscheid wegen des Verhaltens des kommunistischen Studienrats *Resch* während der Märzunruhen, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 232, S. 212. *Resch* hatte während der Märzunruhen den Generalstreik in Remscheid und Umgegend unterstützt. Daraufhin brach in Remscheid ein Schulstreik aus. Die Eltern der Schüler des dortigen Lyzeums weigerten sich, ihre Kinder weiterhin auf die Schule zu schicken. Das Lehrerkollegium bat schließlich den preußischen Kultusminister, die sofortige Beurlaubung oder Versetzung des Studienrats zu veranlassen.

² Zum Diätengesetz vgl. Dok. Nr. 229 und 230.

³ Vgl. auch Dok. Nr. 233.

⁴ Auf der gemeinsamen Sitzung der Reichstags- und preußischen Landtagsfraktion der DDP am Nachmittag des 21. April 1921 lehnte *Schiffer* einen Eintritt in das Ministerium *Stegerwald* ab und erklärte, weiterhin Vorsitzender der Reichstagsfraktion bleiben zu wollen. Vgl. JANSEN, Regierungsbildung, S. 32.

⁵ Urantrag der Abg. *Riedel* und Genossen (SPD) auf Einsetzung eines ständigen Ausschusses für sozialpolitische Angelegenheiten, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 235, S. 213.

235.

22. 4. 1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 96–98. Beginn: 10.45 Uhr. Ende: 12.10 Uhr. Protokollführer: Herrmann. Vorsitz: Otto.

In Abwesenheit von *Dominicus* leitet *Otto*.

Hoff bringt Kleine Anfrage, betreffend Sperrgesetz über Mittelschullehrerbesoldungsgesetz.

Einspruch von *Schiffer*.

Es soll bei Kleinen Anfragen etc. 1. Beschränkung geübt werden, 2. mit der Regierung bzw. den einzelnen Ministern vor Einbringung Fühlung genommen werden. Zustimmung.

Oeser: Bei vorliegender Anfrage ist Fühlungnahme nicht notwendig.¹

Dominicus und *Fischbeck* erscheinen.

Otto spricht Glückwunsch der Fraktion aus.²

Nuschke: [...] ³ Vorstandswahl vertagen. Redner zur Programmdebatte bestimmen.

Fraktion stimmt zu. Vorstandswahl zunächst vertagt.

Oeser lehnt Auftrag, zum Programm der Regierung⁴ zu sprechen, ab.

Nuschke widerspricht. Es ist notwendig, daß irgend jemand spricht, der Autorität auch bei der SPD besitzt.

Hartmann in gleicher Richtung. SPD wollte *Oeser* als Ministerpräsidenten. Gewisse Bedenken der SPD zerstört.

Schiffer: Die Fraktion hegt einstimmig den Wunsch, daß *Oeser* spricht.

Otto stellt fest, daß kein anderer Vorschlag gemacht worden ist.

Abstimmung. Einstimmigkeit für *Oeser* als Redner.

[*Oeser*] Nimmt an.⁵

Materielle Behandlung der Programmrede.

Oeser äußert sich zunächst nicht.

Fischbeck zur Zustimmung der DNVP zu den *Stegerwaldschen* Ausführungen.

¹ Kleine Anfrage der Abg. *Hoff* und Genossen (DDP) über den Einspruch des Reichsfinanzministers gegen das Mittelschullehrer- und das Gewerbe- und Handelslehrer-Diensteinkommengesetz, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 244, S. 219.

² Am 22. April 1921 stellte Ministerpräsident *Stegerwald* dem Landtag sein neues Kabinett vor. In dem bürgerlichen Minderheitskabinett stellte die DDP mit Alexander *Dominicus* den Innen- und mit *Otto Fischbeck* den Handelsminister. Das Zentrum vertraten *Stegerwald* (Präsidium und Volkswohlfahrt) und *am Zehnhoff* (Justiz) im Ministerium, dem noch drei parteilose Minister angehörten: *Saemisch* (Finanzen), *Warmbold* (Landwirtschaft) und Carl Heinrich *Becker* (Kultur). Vgl. SBpLT 1921/24, Bd. 1, Sp. 630–636; STANG, S. 263; MÖLLER, Parlamentarismus, S. 348, 608; HÖMIG, S. 103–105.

³ Im Original: »z. G.«.

⁴ Die Regierungserklärung des preußischen Ministerpräsidenten *Stegerwald* in der 13. Sitzung am 22. April 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 1, Sp. 630–636.

⁵ Die Rede des Abg. *Oeser* in der 14. Sitzung am 23. April 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 1, Sp. 712–727. *Oeser* hob hervor, daß die Regierung eine Übergangslösung darstellen und das Ziel einer Großen Koalition weiter verfolgt würde.

Grund: Demonstration; wahrscheinlich nicht in der Lage für die Verwirklichung der Grundsätze einzutreten. Neu erfragen. Änderung der steuerlichen Beziehung von Reich und Staat.

Otto hat Auffassung, daß Kulturprogramm mager. Die gegenwärtig zur Diskussion innerhalb der Lehrerschaft stehenden Fragen sind mit Geschick herausgehoben. Polemisiert über den Absatz, der sich über konfessionelle, weltliche und Simultanschule äußert. Unser Redner Standpunkt betonen: Simultanschule.

Dazu äußern sich **Hoff, Fischbeck, Hoff:** Simultanschule ist Normalschule.

Kimpel: Die preußische Regierung muß sich genau an die Verfassung halten. Keine Verschiebung und Neudeutung gestatten. Unser Redner Stellung klar nehmen.⁶

Schreiber: Warum steht nichts über Abfindung der Krone?⁷ Angriffe durch SPD Stellungnahme: Im Zweifelsfalle immer zu Gunsten des Volkes. Freut sich, daß zur Heimstätten- und Siedlungsfrage entschieden geäußert. Wünscht ferner, daß eindeutig festgestellt wird, keine Rechtsregierung. Ansicht des Auslandes. Amerikanischer Journalist vertrat Redner gegenüber Anschauung, daß in Preußen Rechtsregierung. Unzutreffend. Darum deutlich aussprechen. Ferner Auffassung, daß nicht Parteiministerium.

Schiffer: Kronabfindung ist Rechtsfrage. Nicht weiter gehen. Polemisiert gegen Satz: Im Zweifelsfalle zugunsten des Volkes.

Fischbeck über Kronabfindung. SPD hat sich seinerzeit (in Weimar) gegen Reichsgesetz gewandt. Vergleich. Wiederauflösung der Angelegenheit. War nicht möglich, Finanzminister *Haenisch* zu binden. *Haenisch* erklärt: In meinem Ministerium nur sachlich gearbeitet.

Schiffer: Ist Gedanke eines Schiedsgerichts erwogen? Angelegenheit eignet sich nicht zum Prozeß. Falls Vergleich nicht möglich, besser Schiedsgericht als Prozeß.

Fischbeck äußert sich in gleichem Sinne.

Nuschke: Wirkung auf unsere Wähler. Staatsinteresse wieder vor Parteiinteresse gestellt. Redner darum stark betonen, daß wir nicht gegen die SPD Stellung nehmen, mit Arbeiterschaft. Republik betonen. Fühlt ängstlich in Programmrede [sic]. Stellung gegen Selbstschutzordnung. In Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung kann selbstbewußte Regierung sich nicht mit einem Verein teilen. Über gesondertes Vertrauensvotum für Innenminister. Ministerium soll sich dann solidarisch erklären.

Otto bittet ihn, falls vorgehen oder beabsichtigt, ihn nicht zum 2. Vorsitzenden der Fraktion zu wählen.

Berndt berichtet über Mitteilung von Sozialdemokraten, gegen DDP agitatorisch in Versammlungen vorzugehen. Befürchtungen. Wünscht, daß *Oeser* klar betont, daß keine Schwenkung nach rechts.⁸ Beanstandet Passus über Republik.⁹

Oeser verliert Stelle. Ist nicht schwächlich im Ausdruck.

⁶ *Oeser* betonte in seiner Rede, daß die Simultan- oder Gemeinschaftsschule »die Grundlage der Schule« sein müsse und die weltlichen und konfessionellen Schulen nur Ausnahmen darstellen dürften. Ebd., Sp. 719.

⁷ Zur Vermögensauseinandersetzung zwischen dem preußischen Staat und dem Haus Hohenzollern vgl. auch Dok. Nr. 192, Anm. 10.

⁸ Vgl. *Oeser* erklärte im Namen seiner Fraktion, daß bei einem Abrutschen der Regierung nach rechts, »wir nicht in der Lage wären, die Regierung weiter zu unterstützen«. SBpLT 1921/24, Bd. 1, Sp. 712–727, hier Sp. 726, H.i.O.

⁹ *Oeser* hob anerkennend hervor, daß Ministerpräsident *Stegerwald* in seiner Regierungserklärung »ein klares und unbegrenztes Bekenntnis zur Republik« abgelegt habe. Gleichzeitig gab er dem Wunsch Ausdruck, daß sich auch die Rechte auf diesen Boden stellen möge. Ebd., Sp. 724 (H.i.O.).

Berndt fortfahrend: Betonung der Demokratisierung der Verwaltung, für Kronabfindung.

Jansen: Wird unvermeidbar sein, gegen Taktik der SPD zu polemisieren. Dagegen feststellen, daß Programmforderung nicht den Auffassungen der Rechten entspreche. Dringender Wunsch, [daß] die Interessen der Bevölkerung in den besetzten Gebieten stark von der Regierung vertreten werden.

Fischbeck: Zur Form des Vertrauensvotums. Vorsichtig abfassen. Formulierung [muß] von uns gesucht werden.¹⁰

Hoff: Nochmals Schutz der Republik und Verfassung nur durch die Regierung, nicht [durch] Selbstschutzorganisationen. Wird auch Note der Reichsregierung an Amerika einbezogen werden?

Oeser: Reichssache.

Westermann: Programm [darf] nicht nur auf dem Papier stehen. Wie so oft.

Oeser bittet nicht zu starke Bindungen. Will in seiner Rede bedauern, daß SPD nicht in Regierung einbezogen. Schuld der SPD. Schulfragen: Fachleute sollen einige Sätze formulieren. Kronabfindungsprogramm abhängig von außenpolitischen Wirkungen. Hätte einmal klar betont werden müssen. Vertrauen, weil Hoffnung, daß Regierung nicht nach rechts schwenkt, sondern auch Entgegenkommen gegen Arbeiterschaft bezeigt.

Barteld zur falschen Taktik der SPD. Demokratisierung der Verwaltung. Steuerfrage. Neue Steuern unvermeidbar; wir aber dafür, daß sie erträglich und gerecht ausfallen.

Schreiber: Ältestenrat: 1. Unsere Anfrage zur Charlottenburger Schulstreikfrage. Anfrage kürzen.¹¹ 2. Diätengesetz nicht zu verabschieden, solange [es] nicht Staatsrat vorgelegt. Widerspruch.¹² 3. Besprechung des Regierungsprogramms.¹³ 4. Heute bis 6 Uhr tagen. Morgen ab 10 Uhr. Bis 3.5. Vertagung. 3.5. – 11.5. Tagung. Ab 11.5. Vertagung bis 24.5.¹⁴

Barteld: Über Diätengesetz.

Es wird über Vorstandswahl diskutiert. Vorstandswahl morgen ½ 10 Uhr.

Barteld: Anfrage über Beamtenräte. Mit *Oeser* gesprochen. Dieser zugestimmt. Einbringung der Anfrage genehmigt.¹⁵

¹⁰ Zentrum und DDP stellten am 22. April 1921 den Antrag der Abg. Dr. *Porsch*, *Oeser* und Genossen zu der am 22. April 1921 vom Ministerpräsidenten abgegebenen Erklärung, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 252, S. 222, in dem sie der Regierung ihr Vertrauen aussprachen, gleichzeitig der Erwartung Ausdruck verliehen, daß die Regierung entsprechend den Erklärungen des Ministerpräsidenten die Politik des Landes führen werde. Der Antrag von Zentrum und DDP wurde in der 14. Sitzung am 23. April 1921 mit 215 gegen 130 Stimmen angenommen.

¹¹ Gemeint ist die Große Anfrage der Abg. *Otto* (Charlottenburg) und Genossen (DDP) über die Vorgänge an der Fürstin-Bismarck-Schule zu Charlottenburg, in: ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 193, S. 174f. Vgl. Dok. Nr. 228, Anm. 5.

¹² Der Antrag der Abg. *Siering*, Dr. *Porsch*, *Winckler*, Dr. *v. Krause*, *Ludwig* (Hagen), *Dominicus* und Genossen (SPD, Z, DNVP, DVP, USPD, DDP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die Entschädigung der Mitglieder und des Präsidenten des Preußischen Landtags, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 1, Nr. 200, S. 186f., Nr. 243, S. 216–219 (Antrag des Hauptausschusses), wurde in der 14. Sitzung am 23. April 1921 in zweiter und dritter Lesung angenommen.

¹³ Die Besprechung der Erklärung des Staatsministeriums fand in der 13. und 14. Sitzung am 22. und 23. April 1921 statt.

¹⁴ Das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats vom 21. April 1921, 17.20 bis 17.45 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 3.

¹⁵ Kleine Anfrage *Barteld* (Hannover) und Genossen (DDP) über Beamtenvertretungen, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 254, S. 223.

236.

23. 4. 1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 99. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: 10.30 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Abg. **Jansen** macht Mitteilung von einem Beschluß des Reichsausschusses demokratischer Beamten: *Freund* müßte beseitigt, *Drews* in eine Stellung gebracht werden, in der er die Verwaltungsreform vertreten könne.¹

Beschlüsse werden nicht gefaßt.

Abg. **Grund** regt die Angelegenheit der Kleinrentner an.

Abg. **Wendorff** erklärt sich bereit, in dieser Frage mit der Reichstagsfraktion in Verbindung zu treten.

Abg. **Grund** bespricht die Frage der Unterstützung der preußischen Messestädte [...]². Die in Frage kommenden Abgeordneten sollen zu einer Besprechung zusammentreten.³

Schlußantrag soll im Plenum von uns nicht gestellt, eventuell aber unterstützt werden. Als zweiter Redner wird Abg. *Jansen* in Aussicht genommen.⁴

Die Vorstandswahl wird zurückgestellt.

¹ Friedrich *Freund* war von Oktober 1918 bis Februar 1924 Unterstaatssekretär bzw. Staatssekretär im preußischen Innenministerium, Bill *Drews* von August 1917 bis November 1918 preußischer Innenminister und von Mai 1919 bis Oktober 1923 preußischer Staatssekretär für die Vorbereitung der Verwaltungsreform.

² Im Original: »zur Sprache«.

³ Die DDP hatte am 22. Oktober 1920 den Antrag der Abg. *Goll* und Genossen (DDP) auf Gewährung einer Unterstützung für die Messen von Frankfurt a. M. und Breslau, SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3171, S. 5494, gestellt. Der Antrag wurde in der Legislaturperiode 1919/21 nicht mehr erledigt. Vgl. Dok. Nr. 187 und 188.

⁴ Der Antrag, nach dem der Landtag der Regierung das Vertrauen aussprechen sollte, wurde von Zentrum und DDP gemeinsam eingebracht. Vgl. Dok. Nr. 235, Anm. 10. Der Abg. *Jansen* ergriff in der Debatte über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten nicht mehr das Wort.

237.

3.5.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 99 f. Beginn: keine Angaben. Ende: 14.00 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Jansen.

Jansen teilt aus einer Sitzung im Ministerium des Innern die Tatsache des feindlichen, polnischen Einbruchs in Oberschlesien mit.¹

Abg. **Hoff** regt an, eine gemeinsame Sitzung mit der Reichstagsfraktion zu ermöglichen, um übereinstimmende Stellungnahme u.a. in der Frage der Orgesch herbeizuführen.²

Abg. **Nuschke** wünscht gemeinsame Sitzung besonders im Hinblick auf die zugespitzte außenpolitische Lage.³

Plenum:

Die Anträge über Aufhebung der Zwangswirtschaft sollen eventuell ohne Ausschußberatung angenommen, der über Milchbewirtschaftung als gegenstandslos geworden, zurückgezogen werden.⁴ Die Anträge, betr. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit⁵, werden von Abg. **Riedel** im Plenum besprochen.⁶

¹ Am 3. Mai 1921 brach im Abstimmungsgebiet Oberschlesien ein Polenaufstand aus. Am 20. März hatte in Oberschlesien die im Friedensvertrag geforderte Abstimmung über die Zugehörigkeit zu Deutschland stattgefunden, in deren Folge sich sechzig Prozent für den Verbleib beim Reich erklärt hatten. Die Entscheidung der Alliierten stand jedoch noch aus. Polnische Truppen versuchten deshalb mit der Besetzung Oberschlesiens vollendete Tatsachen zu schaffen. Die deutsche Abwehr übernahm Freikorpsverbände. Erst im Juni fanden sich die deutschen und polnischen Verbände auf Druck der Interalliierten Kommission zur Räumung Oberschlesiens bereit. Vgl. SCHULTHESS 1921/II, S. 281–290; HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 7, S. 185–187, 203–206.

² Vgl. auch Dok. Nr. 176, 192, 194 und 205.

³ Eine offensichtlich auch von Vertretern der preußischen Landtagsfraktion besuchte Sitzung der Reichstagsfraktion der DDP fand am 4. Mai 1921 statt. Vgl. ADR. DAS KABINETT FEHRENBACH, S. 663, Anm. 3.

⁴ Gemeint sind die Anträge der Abg. *Schlange-Schöningen* und Genossen (DNVP) über die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Getreides usw., in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 179, S. 169, der Abg. Dr. *Kaufhold* und Genossen (DNVP) auf Aufhebung der Verordnung über Schrotmühlen, in: ebd., Nr. 140, S. 154, und der Abg. *Kaufhold* und Genossen (DNVP) über die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Milch, Butterfett und Zucker, in: ebd., Nr. 190, S. 173. Die Beratung der Anträge wurde in der 15. Sitzung am 3. Mai 1921 fortgesetzt. Der Antrag Nr. 140 wurde angenommen. Die Anträge Nr. 179 und 190 wurden dem Landwirtschaftsausschuß überwiesen.

⁵ Gemeint ist die Fortsetzung der Beratung des Antrages der Abg. *Siering* und Genossen (SPD) über den Bau von Eisenbahnen im Sauer- und Siegerlande zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit, ebd., Nr. 51, S. 87, in Verbindung damit a) Beratung des Antrages der Abg. *Rüffer* und Genossen (DNVP) über die Einschränkung der Arbeitslosigkeit, ebd., Nr. 82, S. 96, b) Beratung des Antrages der Abg. *Eberlein* und Genossen (VKP) über die im Interesse der Erwerbslosen und Kurzarbeiter zu ergreifenden Maßnahmen, ebd., Nr. 117, S. 148, Nr. 281, S. 238, c) Große Anfrage der Abg. *Eberlein* und Genossen (VKP) über Arbeitslosenfürsorge, ebd., Nr. 120, S. 149, d) Beratung des Antrages der Abg. *Ludwig* (Hagen) und Genossen (USPD) über Landgewinnungsarbeiten im Kreise Süderdithmarschen zur Beschäftigung Erwerbsloser und Förderung der Viehzucht, ebd., Nr. 177, S. 168, e) Beratung des Antrages der Abg. *Ludwig* (Hagen) und Genossen (USPD) über die Instandsetzung der Hafenanlage in Friedrichskoog, ebd., Nr. 178, S. 169, f) Beratung des Antrages der Abg. *Esser* und Genossen (Z) über die Vergebung staatlicher Arbeiten zur Behebung der Arbeitslosigkeit in Handwerkerkreisen, ebd., Nr. 227, S. 211, g) Beratung des Antrages der Abg. *Siering* und Genossen (SPD) auf Förderung des Kleinwohnungsbaus und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, ebd., Nr. 251, S. 222,

Abg. **Goll** wünscht Behandlungen der Frage unter grundsätzlichen sozialpolitischen Gesichtspunkten.

Abg. Minister **Dominicus** teilt mit, daß Staatsministerium wahrscheinlich einen größeren Betrag für Zwecke der Arbeitslosenbekämpfung beantragen wird. – Wegen der bedrohlichen Nachrichten aus Schlesien wird Reichs- und Staatskabinett nachmittags zusammen tagen.⁷ – Macht Mitteilungen über die Personalpolitik im Ministerium des Innern. – Bezüglich der obigen Anträge wird Überweisung an sozialpolitischen Ausschuß beantragt werden.

Abg. Dr. **Wendorff** hat festgestellt, daß im Reichstag noch nichts geschehen ist zur Erleichterung der Lage der Kleinrentner.⁸

Abg. **Kochmann** berichtet über Besetzungsmöglichkeiten der Staatsratsplätze für Oberschlesien. Der Versuch für einen Demokraten einen Platz zu gewinnen, soll gemacht werden.

Abg. Dr. **Wendorff** legt einen Antrag vor um Bereitstellung von Mitteln für Siedlungszwecke – wird genehmigt.⁹

1. Punkt der Tagesordnung für den 4. V.: Wahl des Vorstands der Fraktion.

238.

4.5.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 100f. Beginn: 11.00 Uhr. Ende: 12.15 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: keine Angaben.

1. Wahl des Vorstandes:

Durch Zuruf werden gewählt: 1. Vorsitzender Abg. *Oeser*. 2. Vorsitzender Abg. *Schreiber*. 3. Vorsitzender Abg. *Jansen*. Geschäftsführer: Abg. *Nuschke*. Schriftführer: Abg. *Hoff*. Die Kassengeschäfte wird Herr *Jansen* führen.

2. Beiträge zum Fraktionsbüro und zur Fraktionskasse.

Beschlossen wird: Ab 1. Mai erhoben werden 70 M monatlich für das Fraktionsbüro,

sowie h) Beratung des Antrages der Abg. *Riedel* und Genossen (DDP) auf Einsetzung eines ständigen Ausschusses für sozialpolitische Angelegenheiten, ebd., Nr. 235, S. 213. Die Beratung der Anträge und Anfragen fand in der 4., 15., 16., 17. Sitzung am 7. April, 3., 4. und 6. Mai 1921 statt. Die Anträge wurden an die Ausschüsse überwiesen.

⁶ Die Rede des Abg. *Riedel* in der 15. Sitzung am 3. Mai 1921, in: ebd., Bd. 1, Sp. 850–854.

⁷ Nachgewiesen ist neben der Sitzung des Reichskabinetts vom 3. Mai 1921, 15 Uhr, eine weitere Sitzung nach 16.30 Uhr, an der neben dem Reichskabinett auch Mitglieder des preußischen Staatsministeriums teilgenommen haben dürften. Vgl. ADR. DAS KABINETT FEHRENBACH, Nr. 243 und 244, S. 661–663.

⁸ Vgl. auch Dok. Nr. 236.

⁹ Antrag der Abg. Dr. *Schreiber* (Halle) und Genossen (DDP) über die Erhöhung der Mittel für Zwischenkredite zur Förderung der Bildung von Rentengütern, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 282, S. 238.

30 M Fraktionsbeitrag. Der letztere soll vorläufig 3 Monate, dann nach Bedarf erhoben werden.¹

3. Plenum:

Als Redner wird Kollege *Hartmann* bestimmt.² Der agitatorische Charakter der Verkehrsanträge soll hervorgehoben werden: Preußens Wünsche werden nur dann Erfolg haben, wenn sie sich auf Lebensfragen beschränken.

Der **Vorsitzende** regt an, daß über die Geschäftsführung des Hauses (Etatberatung) ein bestimmter Plan aufgestellt werde.

Abg. **Kochmann** berichtet über die Sitzung des Ältestenausschusses.³ – Über die Vorgänge in Oberschlesien wird der Minister des Innern eine Erklärung abgeben.⁴ – Die Sitzungen werden bis zum 11. bzw. 12. Mai dauern. – Dann Ferien bis zum 31. Mai. – Der sozialpolitische und Verkehrsausschuß sollen nicht eingerichtet werden.

Die demokratischen Staatsratsmitglieder sollen zu den Fraktionssitzungen eingeladen werden.

4. Verschiedenes:

Abg. *Barteld* erhält die Genehmigung zur Einbringung einer Kleinen Anfrage.⁵ – Ebenso Abg. Dr. *Grund* (Verkehrerschwerungen in Oberschlesien).⁶

Abg. **Nuschke** erklärt, wegen Überlastung die Wahl zum Geschäftsführer nicht annehmen zu können. – Eine Neuwahl soll in der nächsten Sitzung erfolgen.

Abg. Dr. *Höpker Aschoff* wird eine Kleine Anfrage, betr. Beschäftigung pensionierter Richter, einbringen.⁷

¹ Seit Oktober 1919 mußten die preußischen Landtagsabgeordneten der DDP monatlich 50 Mark, seit April 1920 30 Mark ihrer Aufwandsentschädigungen als Fraktionsbeitrag an die Parteikasse abführen. Vgl. Dok. Nr. 83 und 157.

² In der 16. Sitzung am 4. Mai 1921 wurde die Beratung der Anträge und Anfragen über die Arbeitslosigkeit fortgesetzt. Vgl. Dok. Nr. 237. Die Rede des Abg. *Hartmann* (DDP), in: SBpLT 1921/24, Bd. 1, Sp. 937–944.

³ Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 4. Mai 1921, 11.05 bis 12.00 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 3.

⁴ Die Rede des preußischen Innenministers *Dominicus* (DDP) in der 17. Sitzung am 6. Mai 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 1, Sp. 951–953.

⁵ Kleine Anfrage der Abg. *Barteld* (Hannover) und Genossen (DDP) über die Verwahrlosung zweier Güter bei Königswusterhausen, in: ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 291, S. 242.

⁶ Kleine Anfrage der Abg. Dr. *Grund* und Genossen (DDP) über die Einreisebeschränkung nach Oberschlesien, in: ebd., Nr. 292, S. 243.

⁷ Kleine Anfrage der Abg. Dr. *Höpker Aschoff* und Genossen (DDP) über die Beschäftigung der in den Ruhestand getretenen richterlichen Beamten, in: ebd., Nr. 293, S. 243.

239.

6.5.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 101 f. Beginn: 13.00 Uhr. Ende: 13.15 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Oeser.

Punkt 1: Wahl eines Geschäftsführers wird vertagt.

Punkt 2: Plenum:

Abg. **Hartmann** wünscht Klärung über die geschäftliche Behandlung der vorliegenden Anträge.¹

Zu Punkt 6 [Antrag der Abg. Dr. Dr. *Porsch* und Genossen (Z) über die Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigungen der Generalsuperintendenten usw. und die Erhöhung der Besoldungen für katholische Geistliche usw., SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 26, S. 77, Nr. 225, S. 210 (Ausschußantrag)]: Beratung des Antrages *Porsch*. – (Dr. *Gottschalk*).²

Zu Punkt 7 [Große Anfrage der Abg. *Kloft* (Essen) und Genossen (Z) über die Einfuhr holländischer Speisekartoffeln für die Bevölkerung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, ebd., Nr. 35, S. 80]: Drucksache [Nr.] 35: fürs Plenum: Dr. *Wendorff*.³

Zu Punkt 8 [Beratung der Anträge der Abg. *Conradt* und Genossen (DNVP) und *Rüffer* und Genossen (DNVP) über die Wohnungsnot, ebd., Nr. 33, S. 79, Nr. 90, S. 99]: Drucksachen [Nr.] 33, 90: Referent Dr. *Berndt*.⁴

Wohnungsnot: Ziel muß die freie Wirtschaft sein. Jetzt ist eine gewisse Regelung notwendig. Die Bautätigkeit, auch die private, ist zu heben. Das Reichsmietengesetz wird den Weg dazu bahnen. Eine Vertretung der Mieter ist notwendig; sie kann aber nur Mitberatung und Kontrolle ausüben. Ein Berufungsantrag gegenüber den Entscheidungen der Mietseinigungsämter ist bedenklich; die Mietseinigungsämter müssen den ordentlichen Gerichten angegliedert werden.

Ein diesbezüglicher Abänderungsantrag wird von dem Referenten vorgelegt.⁵

Abg. **Hartmann**: Im Vordergrund muß die Förderung der Bautätigkeit stehen. Die Zuschüsse dürfen nicht in die Taschen der Unternehmer fließen. Die Rohstoffe sind zu verbilligen. Hier ist eine gewisse Gemeinwirtschaft notwendig.

¹ Gemeint sind die Anträge über die Arbeitslosigkeit, die in der 17. Sitzung am 6. Mai 1921 an die Ausschüsse überwiesen wurden. Vgl. Dok. Nr. 237 und 238.

² Die Anträge (Nr. 26, Nr. 225) wurden in der 18. und 19. Sitzung am 7. und 9. Mai 1921 verhandelt und in der 20. Sitzung am 10. Mai 1921 in namentlicher Abstimmung angenommen. Dr. *Gottschalk* (Gummersbach) sprach in der 18. Sitzung am 7. Mai 1921 als Berichterstatter die Empfehlung des Hauptausschusses auf Annahme des Antrags aus. Vgl. SBpLT 1921/24, Bd. 1, Sp. 1023 f.

³ Eine Aussprache über die Große Anfrage (Nr. 35) fand nicht statt.

⁴ Die deutschnationalen Anträge drangen auf den beschleunigten Erlaß des Reichsmietengesetzes, um die Grundlagen für die Beseitigung der Höchstmietenverordnung zu schaffen. Die Hausbesitzer sollten wieder in der Lage sein, mit ihren Mieteinnahmen ausreichende Instandsetzungsarbeiten durchzuführen, um damit den Verfall der Bausubstanz verhindern zu können. Zudem sollte eine Berufungsinstanz für die Mieteinigungsämter geschaffen werden. Die Rede des Abg. *Berndt* in der 19. Sitzung am 9. Mai 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 1, Sp. 1075–1081.

⁵ Antrag der Abg. Dr. *Berndt* (Stettin) und Dr. *Schreiber* (Halle) (DDP, SPD) zum Antrag *Conradt* usw. über die Wohnungsnot (Nr. 33), in: ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 312, S. 255. Obwohl der Antrag nur von den DDP-Abgeordneten Dr. *Berndt* und Dr. *Schreiber* unterzeichnet wurde, wird er in den Anlagen auch als Gemeinschaftsantrag von DDP und SPD ausgewiesen.

Abg. **Kochmann**: Berufungsinstanz gegen Entscheidungen der Mietseinigungsämter sollte nicht eingeführt werden. Genossenschaften haben oft unpraktisch und teuer gebaut. Private würden zweckmäßiger und billiger bauen.

Abg. **Oeser** gibt Beispiele von unpraktischen Bauten. – Hauptsache ist Förderung der Bautätigkeit. Die Zuschüsse winken als Kontingentierung.

Abg. **Grund**: Wir müssen aus der Zwangswirtschaft heraus.

Abg. **Hartmann**: Die jetzigen Mietervertretungen vertreten nicht die Meinung der Mieter.

Abg. **Goll**: Nur die freie Wirtschaft kann helfen. Die Genossenschaften haben vielfach versagt.

Abg. **Schreiber**: Die alten Häuser können nicht in der Miete gesteigert werden bis zur Höhe der neuen Häuser. Zinslose Darlehen sind notwendig.

Abg. **Grund**: Gewerbliche Räume müssen anders behandelt werden.

Die Wohnungsanträge sollen dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen werden.

Punkt 9 [Beratung des Antrages der Abg. Dr. von *Krause* und Genossen (DVP) über die Grundsätze für die Einreihung der Orte in das Ortsklassenverzeichnis, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 138, S. 153]. – Redner fürs Plenum Abg. *Barteld*.⁶

Punkt 10 [Beratung des Antrages der Abg. *Lüdicke* und Genossen (DNVP) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Stärkung der Selbständigkeit der Verwaltungsbezirke in Groß-Berlin und die Beschränkung der Zentralgewalt usw., ebd., Nr. 149, S. 157]. – Groß-Berlin. Redner fürs Plenum: Abg. *Nuschke*.⁷

Abg. Dr. *Schreiber* erhält Genehmigung zur Einbringung einer Kleinen Anfrage.⁸

⁶ Die Rede des Abg. *Barteld* (Hannover) in der 19. Sitzung am 9. Mai 1921, in: ebd., Bd. 1, Sp. 1102 f.

⁷ Die Beratung des DNVP-Antrages (Nr. 149) fand in der 23., 34. und 35. Sitzung am 1. Juni und 6. Juli 1921 statt. Die Rede des Abg. *Nuschke* in der 34. Sitzung am 6. Juli 1921, in: ebd., Bd. 2, Sp. 2277–2283. Der Antrag wurde einem besonderen Ausschuß überwiesen.

⁸ Kleine Anfrage der Abg. Dr. *Schreiber* (Halle) und Genossen (DDP) über den Erlaß des preußischen Ausführungsgesetzes zum Reichsheimstättengesetz, in: ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 300, S. 246.

240.

7.5.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 103 f. Beginn: 11.00 Uhr. Ende: 13.15 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Oeser.

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht Abg. **Barteld** vom Treiben der Antisemiten an der Handelsschule in Hildesheim Mitteilung.

Die Angelegenheit soll am Dienstag in der Fraktion behandelt werden, zu der der Herr Handelsminister besonders eingeladen werden soll.

Tagesordnung:

1. Plenum.

Zu Punkt 6 [Antrag der Abg. Dr. von *Krause* und Genossen (DVP) über die weltlichen Schulen, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 209, S. 190]: Antrag [Nr.] 209 (Weltliche Schulen) Vertreter im Plenum: Abg. *Kimpel*.¹ Antrag [Nr.] 61 und 98 (Überalterungsgesetz): Abg. *Barteld*.² Antrag [Nr.] 180 (Königsberger Universität): Abg. Dr. *Wendorff*.³

2. Vertretung der Anträge und Großen Anfragen.

Als Referenten werden bestellt.

Antrag [Nr.] 209 [Antrag der Abg. Dr. von *Krause* und Genossen (DVP), betr. die Einrichtung weltlicher Schulen auf dem Umwege der Zusammenlegung von Klassen, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 209, S. 190]: Abg. *Kimpel*,

[Drucksache Nr.] 210 [Antrag der Abg. *Lukassowitz* und Genossen (DNVP) auf Gewährung von Kinderbeihilfen für Kinder, die das 21. Lebensjahr bereits vollendet haben, ebd., Nr. 210, S. 190]: *Barteld*,

[Drucksache Nr.] 211 [Antrag der Abg. *Richtarsky* und Genossen (Z) über Naturalleistungen und Erhöhung der Geldrente im Altenteils- usw. Vertrag bei Übergabe landwirtschaftlicher Grundstücke, ebd., Nr. 211, S. 191]: *Berndt*,

[Drucksache Nr.] 213 [Große Anfrage der Abg. *Held* und Genossen (DVP) über die Versorgung der Landwirtschaft mit Stickstoff und Erteilung der Einfuhrerlaubnis für Chilesalpeter, ebd., Nr. 213, S. 191]: Dr. *Wendorff*, *Westermann*,

[Drucksache Nr.] 219 [Große Anfrage der Abg. *Husemann* und Genossen (SPD) über die Stilllegung der Zeche Maximilian bei Hamm, ebd., Nr. 219, S. 194]: *Höpker Aschoff*,

¹ Die DVP ersuchte das Staatsministerium, eine Denkschrift über die Zahl der bisher eingerichteten weltlichen Schulen vorzulegen und eine Erklärung abzugeben, wie es bis zum Erlaß eines Reichsschulgesetzes die Rechte der Lehrer und Leiter solcher Schulen, die sich weigern, an weltlichen Schulen zu unterrichten, zu schützen gedenke. Der Antrag wurde wieder zurückgezogen.

² Die Beratung des Antrags der Abg. Dr. von *Krause* und Genossen (DVP), betr. die Vorlage einer Übersicht der auf Grund des Überalterungsgesetzes verabschiedeten Beamten, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 61, S. 90, fand in der 27. und 35. Sitzung am 14. Juni und 6. Juli 1921 statt. Die DDP hatte dazu den Antrag der Abg. *Barteld* (Hannover) und Genossen, ebd., Nr. 98, S. 101, gestellt. Die Rede des Abg. *Barteld* (Hannover) in der 27. Sitzung am 14. Juni 1921, in: ebd., Bd. 2, Sp. 1747–1755. Das vorzulegende Material wurde dem Ausschuß für Beamtenangelegenheiten überwiesen.

³ Der Antrag der Abg. Dr. von *Krause* und Genossen (DVP) über die Förderung der Königsberger Universität, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 180, S. 169, wurde in der 44. und 45. Sitzung am 28. und 29. September 1921 beraten und dem Hauptausschuß überwiesen. Die Rede des Abg. Dr. *Wendorff* in der 45. Sitzung am 29. September 1921, in: ebd., Bd. 3, Sp. 3052–3055.

- [Drucksache Nr.] 223 [Antrag der Abg. Dr. *Schwering* (Köln) und Genossen (Z), betr. Gleichstellung der Philologen mit den Juristen, ebd., Nr. 223, S. 209]: Dr. *Gottschalk*,
[Drucksache Nr.] 226 [Antrag der Abg. *Hirtsiefer* und Genossen (Z) auf Änderung der Besoldungsordnung zur Beseitigung der unterschiedlichen Behandlung der Lehrer an höheren Schulen, ebd., Nr. 226, S. 210]: ,
[Drucksache Nr.] 233 [Antrag der Abg. *Altegoer* und Genossen (Z), betr. die Erhebung von Realsteuern durch die Gemeinden, ebd., Nr. 233, S. 213]: *Goll*,
[Drucksache Nr.] 240 [Große Anfrage der Abg. *Siering* und Genossen (SPD) über die Kündigung von Heuerlings-Pachtverträgen, ebd., Nr. 240, S. 215]: *Westermann*,
[Drucksache Nr.] 242 [Große Anfrage der Abg. *Fritsch* und Genossen (SPD) über beim Rangieren in Brand geratene mit Flachs bzw. Werg beladene Waggons, ebd., Nr. 242, S. 216]: *Kimpel*,
[Drucksache Nr.] 250 [Antrag der Abg. *Jacoby-Raffauf* und Genossen (Z), betr. Entziehung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte für Bahn- und Wegebauten, ebd., Nr. 250, S. 222]: *Hartmann*,
[Drucksache Nr.] 255 [Große Anfrage der Abg. *Oelze* und Genossen (DNVP) über die Planwirtschaft auf dem Gebiete des höheren Schulwesens, ebd., Nr. 255, S. 224]: *Gottschalk*,
[Drucksache Nr.] 256 [Antrag der Abg. Frau *Arendsee* und Genossen (VKP), betr. Tuberkulosebekämpfung, ebd., Nr. 256, S. 224]: *Dönhoff*,
[Drucksache Nr.] 262 [Große Anfrage der Abg. Dr. Dr. *Porsch* und Genossen (Z) über religionslose Konfessionsschulen usw., ebd., Nr. 262, S. 228]: *Kimpel*,
[Drucksache Nr.] 273 [Große Anfrage der Abg. *Kilian* und Genossen (VKP) über die Beschlagnahme eines Flugblatts und die Verhaftung des Geschäftsführers der Halle-schen Genossenschaftsbuchdruckerei, ebd., Nr. 273, S. 233]: Dr. *Schreiber*.

3. Wahl von Stellvertretern in den Ausschüssen.

Als Stellvertreter werden bestellt:

1. Haushaltsausschuß: Stellvertreter Abg. *Schreiber*.
2. Kommission für Bevölkerungspolitik: Stellvertreter *Gottschalk*, *Hoff*.
3. Kommission für Siedlungs- und Wohnungswesen: Stellvertreter *Berndt*, *Hartmann*.
4. Kommission für Landwirtschaft: Stellvertreter *Westermann*.
5. Kommission für Handel und Gewerbe: Stellvertreter *Mackenthun*.
6. Kommission für Rechtswesen: Stellvertreter *Höpker Aschoff*, *Schreiber*.
7. Kommission für Gemeindewesen. Stellvertreter *Hoff*.
8. Kommission für Unterrichtswesen: Stellvertreter *Otto*.
9. Kommission für Eingaben: Stellvertreter *Gottschalk*, *Riedel*.
10. Kommission für die Geschäftsordnung: Stellvertreter *Preuß*.
11. Kommission für Beamtenfragen: Stellvertreter *Kimpel*, *Herrmann*.
12. Kommission für das Vergabungswesen: Stellvertreter *Grund*, *Goll*.
13. Untersuchungsausschuß: Stellvertreter *Nuschke*.

Auf Anregung der Abg. *Barteld* und *Berndt* sollen auf die Tagesordnung der Dienstag-Sitzung »Personalfragen« gesetzt werden, zu der die Minister *Fischbeck* und *Dominicus* besonders eingeladen werden sollen.

Von einer Eingabe des demokratischen Vereins Charlottenburg in Angelegenheit der Regierungsbildung wird Kenntnis genommen.

Auf Anregung des Abg. Dr. *Wendorff* wird in eine Besprechung über die »Außenpolitische Lage und die Regierungsbildung im Reich« eingetreten.⁴ – Bedauert wird, daß die Fraktion zu der heute stattfindenden Sitzung der Reichstagsfraktion nicht eingeladen ist.

An der Besprechung, in deren Verlauf Abg. **Jansen** Mitteilung von einer Abstimmung der Reichstagsfraktion in der Ultimatumangelegenheit macht, beteiligen sich die Abg. **Oeser, Grund, Schreiber, Hoff, Barteld** und **Mackenthun**. Die überwiegende Zahl der Redner tritt unter gewissen Voraussetzungen für die Annahme des Ultimatums ein. Die Reichstagsfraktion hat sich in einer vorläufigen Abstimmung mit 6 gegen 2 Stimmen gegen die Annahme erklärt.

241.

9.5.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 104 f. Beginn: 12.00 Uhr. Ende: 12.45 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht Abg. **Jansen** Mitteilung aus der Reichstagsfraktion.¹

1. Plenum.

Die Verteilung der Punkte 1-8 ist bereits erfolgt.²

Zu Punkt 9: Große Anfrage *Siering*, betr. Vorlegung eines Gesetzes zur Abänderung des Kommunal-, Kreis- und Provinzialabgabengesetzes – Drucksache [Nr.] 112 – wird Abg. *Goll* als Vertreter bestellt.³

⁴ Am 5. Mai 1921 hatten die Alliierten im sog. Londoner Ultimatum Deutschland unter Androhung der Besetzung des Ruhrgebiets aufgefordert, die alliierten Reparationsforderungen in Höhe von 132 Millionen Goldmark zuzüglich eines variablen Postens in Höhe von 26 Prozent der deutschen Ausfuhr anzunehmen. Das Londoner Ultimatum, in: SBR I. WP 1920/24, Bd. 67, Nr. 1979, S. 1712–1720. Nachdem bereits am 4. Mai die Reichsregierung *Fehrenbach* zurückgetreten war, wurde am 10. Mai 1921 das neue Kabinett *Wirth* aus Mitgliedern des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Demokraten gebildet. Noch am selben Tag stimmte der Reichstag für die Annahme des Ultimatums. Die DDP war in dieser Frage gespalten. 17 Abgeordnete der DDP votierten für, 21 gegen die Unterzeichnung des Ultimatums. Vgl. SBR 1920/21, Bd. 349, S. 3651–3654; ULTIMATUM UND REGIERUNGSBILDUNG. DIE HALTUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN PARTEI. Hrsg. v. d. Reichsgeschäftsstelle der DDP, Berlin 1921; SCHULTHESS 1921/I, S. 151, 157–165. Ferner ADR. DAS KABINETT FEHRENBACH, S. LXVIII–LXX, Nr. 243–252, S. 661–672; ADR. KABINETTE WIRTH I UND II, Bd. 1, S. XIX–XXVII; KRÜGER, S. 127–132.

¹ Vgl. Dok. Nr. 240.

² Anhand der Sitzungsprotokolle des Preußischen Landtags können die Tagesordnungspunkte nicht mehr eindeutig verifiziert werden.

³ Große Anfrage Nr. 4 der Abg. *Siering* und Genossen (SPD) über die Vorlegung eines Gesetzes zur Abänderung des Kommunal-, Kreis- und Provinzialabgabengesetzes, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 112, S. 146.

Abg. **Wendorff** gibt einen Bericht über die Sitzung des Ältestenausschusses.⁴ »Oberschlesien« wird morgen auf die Tagesordnung gesetzt werden.⁵

Vertreter der Fraktion: Abg. *Herrmann*.⁶ Für den Verfassungsausschuß werden die Abg. Dr. *Wendorff* und *Kochmann* als Stellvertreter bestellt. (Mitglieder Abg. Dr. *Preuß* und Dr. *Berndt*.)

242.

10. 5. 1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 105 f. Beginn: keine Angaben. Ende: 13.00 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Abg. **Jansen** macht Mitteilungen aus der Reichstagsfraktion. Dieselbe hat sich mit 16 gegen 15 Stimmen gegen die Annahme des Ultimatums entschieden. Sonst ist die Lage noch ungeklärt.¹

Plenum:

Punkt 1-3 [P. 1: Kleine Anfrage der Abg. Frau Dr. *Wegscheider* und Genossen (SPD) über die Neuausgabe des Lesebuches für die Rheinprovinz, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 175, S. 168; P. 2: Kleine Anfrage der Abg. *Peters* (Hochdonn) und Genossen (SPD), betr. Landgewinnungsarbeiten an der Nordseeküste, ebd., Nr. 185, S. 171; P. 3: Namentliche Abstimmung über den Antrag, betreffend die Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigungen der Generalsuperintendenten usw. und die Erhöhung der Besoldungen für katholische Geistliche usw., ebd., Nr. 26, S. 77, Nr. 54, S. 88, Nr. 225, S. 210 (Ausschußantrag)] erledigt.

Punkt 4 [Erste Beratung des Antrags der Abg. *Kloft* (Essen) und Genossen (Z) auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betreffend Erhebung von Nachtragsumlagen durch Gemeinden und Gemeindeverbände, ebd., Nr. 337, S. 267]: Referent Abg. **Höpker Aschoff**: Nachtragsumlagen durch Gemeinden und Gemeindeverbände (Drucksache [Nr.] 337).²

⁴ Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 9. Mai 1921, 11.40 bis 13.00 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 3.

⁵ In der 20. und 21. Sitzung am 10. und 11. Mai 1921 wurde die Große Anfrage der Abg. *Siering* und Genossen (SPD) über den Aufstand in Oberschlesien und die Verhütung kriegerischer Verwicklungen, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 333, S. 266, in Verbindung mit dem Antrag der Abg. Dr. *Meyer* (Ostpreußen) und Genossen (VKP) auf Rückgängigmachung etwaiger kriegerischer Maßnahmen gegen Polen, ebd., Nr. 329, S. 265, und dem Antrag der Abg. Dr. *Porsch*, *Winckler*, Dr. von *Krause*, *Oeser* und Genossen (Z, DNVP, DVP, DDP) über den Aufstand in Oberschlesien und die Wiederherstellung von Ruhe, Sicherheit und Ordnung, ebd., Nr. 334, S. 266, verhandelt. – In der im Versailler Vertrag vorgesehenen Volksabstimmung in Oberschlesien stimmten am 20. März 1921 60 Prozent der Oberschlesier für den Verbleib bei Deutschland und 40 Prozent für den Anschluß an Polen. Am 20. Oktober 1921 beschloß der Völkerbundrat, das Abstimmungsgebiet zu teilen. Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 7, S. 185–187, 218–220.

⁶ Die Rede des Abg. *Herrmann* (Breslau) in der 21. Sitzung am 11. Mai 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 1, Sp. 1204–1212.

¹ Vgl. Dok. Nr. 240 und 241.

² In der 20. Sitzung am 10. Mai 1921 fand die erste Beratung des Antrags (Nr. 337) statt. Der Antrag forderte den Erlaß eines Gesetzes, das den Gemeinden das Recht geben sollte, für das Rechnungsjahr

Abg. **Barteld** erhebt Bedenken gegen nachträgliche Steuererhebungen.

Abg. Dr. **Schreiber**: Bedenken liegen vor, aber das Gesetz ist notwendig.

Redner Plenum: Abg. *Herrmann*.³ – Redner gibt eine Übersicht über die von ihm beabsichtigten Ausführungen.

Abg. Dr. **Schreiber**: Auf die Notwendigkeit einer Einheitsfront ist hinzuweisen.

Abg. Dr. **Wendorff**: Auch gegen etwaige Übertreibungen der Deutschnationalen ist Front zu machen.

Punkt 6 [Antrag der Abg. *Lüdicke* und Genossen (DNVP) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Stärkung der Selbständigkeit der Verwaltungsbezirke in Groß-Berlin und die Beschränkung der Zentralgewalt usw., ebd., Nr. 149, S. 157]: Stärkung der Selbständigkeit in Groß-Berlin. Redner: Abg. *Nuschke*.⁴

Punkt 9 [Große Anfrage Nr. 4 der Abg. *Siering* und Genossen (SPD) über die Vorlegung eines Gesetzes zur Abänderung des Kommunal-, Kreis- und Provinzialabgabengesetzes, ebd., Nr. 112, S. 146]: Abänderung des Kommunal-, Kreis- und Provinzialabgabengesetzes. Redner: Abg. Dr. *Höpker Aschoff*.⁵

Punkt 10: [Große Anfrage der Abg. *Otter* (Bochum) und Genossen (USPD) über das Explosionsunglück auf der Zeche »Konstantin der Große«, ebd., Nr. 199, S. 185] Unglück auf Zeche »Konstantin der Große« (Drucksache [Nr.] 199). Redner: Abg. *Hartmann*.⁶

Punkt 11 [Zweite und dritte Beratung des Antrags der Abg. *Siering*, Dr. Dr. *Porsch*, *Winckler*, Dr. v. *Krause*, *Ludwig* (Hagen), *Dominicus* und Genossen (SPD, Z, DNVP, DVP, USPD, DDP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen, ebd., Nr. 220, S. 194f., Nr. 317, S. 257-260 (Ausschußbericht)]: Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats. Redner Plenum: Abg. Dr. *Berndt*.⁷ Ein Antrag auf gesetzliche Festlegung einer einheitlichen Abstimmung ist abzulehnen. – Der Antrag, den Landeshauptleuten die Stimme zu geben, soll nicht wiederholt werden.

Abg. Dr. **Preuß** hält einen solchen Antrag für sachlich richtig.

Punkt 12 [Antrag der Abg. *Altegoer* und Genossen (Z), betr. die Erhebung von Realsteuern durch die Gemeinden, ebd., Nr. 233, S. 213]: Erhebung der Realsteuern in den Gemeinden (Drucksache [Nr.] 233). Der Antrag muß dem Hauptausschuß überwiesen werden. Redner Plenum: Abg. Dr. *Höpker Aschoff*.⁸

1920 auch nach dem 1. April 1921 Nachtragumlagen in Höhe von höchstens einem Viertel der für 1920 bewilligten Umlagen zu erheben. Der Antrag wurde dem Gemeindeausschuß überwiesen.

³ Die DDP vertrat in der Debatte der Abg. Dr. *Höpker Aschoff* in der 20. Sitzung am 10. Mai 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 1, Sp. 1118f.

⁴ Der Antrag der DNVP (Nr. 149) wurde in der 23. Sitzung am 1. Juni 1921 in erster Lesung verhandelt. Ein Vertreter der DDP meldete sich nicht zu Wort.

⁵ Die Große Anfrage (Nr. 112) wurde in der 22. und 23. Sitzung am 31. Mai und 1. Juni 1921 verhandelt. Die DDP vertrat in der 23. Sitzung am 1. Juni 1921 der Abg. *Goll*. Vgl. SBpLT 1921/24, Bd. 1, Sp. 1342-1344.

⁶ Die Rede des Abg. *Hartmann* in der 27. Sitzung am 14. Juni 1921, in: ebd., Bd. 2, Sp. 1743-1745.

⁷ Die zweite und dritte Beratung des SPD-Antrags (Nr. 220, 317) fanden in der 21. Sitzung am 11. Mai 1921 statt. Die Rede des Abg. Dr. *Berndt* (Stettin), in: ebd., Bd. 1, Sp. 1230-1234.

⁸ Der Zentrumsantrag (Nr. 233) wurde in der 22. und 23. Sitzung am 31. Mai und 1. Juni 1921 verhandelt und dem Gemeindeausschuß überwiesen. Redner der DDP in der 23. Sitzung am 1. Juni 1921 war der Abg. *Goll*. Vgl. ebd., Sp. 1342-1344.

Punkt 13 [Antrag der Abg. *Esser* und Genossen (Z) auf Vorlage eines Gesetzentwurfs, betr. die zeitgemäße Erhöhung der Steuer für Gewerbebetriebe im Umherziehen, ebd., Nr. 17, S. 74]: Hausiersteuer (Drucksache [Nr.] 17). Abg. *Mackenthun*.⁹

Punkt 14 [Antrag der Abg. *Weißermel* und Genossen (DNVP) gegen die Rektorwahlen für die Forstakademien Eberswalde und Hannoversch Münden, ebd., Nr. 45, S. 85]: Rektorwahlen in Eberswalde und Münden – (Drucksache [Nr.] 45).¹⁰ Wenn morgen zur Verhandlung: Redner Abg. *Barteld*, sonst Dr. *Preuß*.

Punkt 15 [Antrag *Herrmann* (Friedersdorf) und Genossen (DNVP) auf Trennung des Vermögens vereinigter Kirchen- und Schulstellen und angemessene Besoldung der Kantoren und Organisten, ebd., Nr. 155, S. 159]: Trennung des Vermögens vereinigter Kirchen- und Schulstellen (Drucksache [Nr.] 155). Redner Plenum: Abg. *Kimpel*.¹¹

II. Personalfragen:

Die Minister *Fischbeck* und *Dominicus* sind verhindert.

Abg. **Barteld** macht Mitteilungen über Mißgriffe auf diesem Gebiete. Es müßte der Versuch gemacht werden, einen zuverlässigen Beamten ins Kultusministerium zu bringen.

Abg. **Oeser** meint, daß damit die Frage nicht gelöst werde: Die Öffentlichkeit müßte in Bewegung gesetzt werden. Genannt wird: Prof. *Bergsträsser*.¹²

Abg. **Schreiber**: Die Kabinettsmitglieder müssen mit der Frage befaßt werden. Rechtzeitige Orientierung der Minister notwendig.

Die **Fraktion** wird mit einem Schreiben an unsere Kabinettsmitglieder herantreten.

Abg. **Jansen** gibt Mitteilungen über die Reichskabinettsbildung.¹³ – Die Sozialdemokratie will sich an der Kabinettsbildung beteiligen.

Abg. Dr. **Berndt** hält die Erörterung der pommerschen Angelegenheit¹⁴ für notwendig.

⁹ Der Zentrumsantrag (Nr. 17) wurde in der 44. Sitzung am 28. September 1921 zusammen mit dem demokratischen Antrag der Abg. *Oeser* und Genossen über die Bekämpfung der Auswüchse des Hausier- und Straßenhandels, ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 699, S. 751, verhandelt und an den Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen. Die Rede des Abg. Dr. *Grund* als Antragsteller, in: ebd., Bd. 3, Sp. 3019–3021. Der Abg. *Mackenthun* nahm nicht mehr das Wort.

¹⁰ Der Antrag der DNVP (Nr. 45) wurde in der 68., 69. und 74. Sitzung am 19., 21. und 24. November 1921 verhandelt und zurückgezogen. In der Debatte vertrat die Partei in der 69. Sitzung am 21. November 1921 der Abg. *Westermann*. Vgl. ebd., Bd. 3, Sp. 4514–4517.

¹¹ Der DNVP-Antrag (Nr. 155) wurde in der 47. und 52. Sitzung am 1. und 7. Oktober 1921 verhandelt und dem Ausschuß für das Unterrichtswesen überwiesen. Die Rede des Abg. *Kimpel* in der 52. Sitzung am 7. Oktober 1921, in: ebd., Sp. 3606–3614.

¹² Ludwig *Bergsträsser* (1883–1960), Professor für Neuere Geschichte in Greifswald, 1924–1928 MdR (DDP), 1930 Übertritt zur SPD.

¹³ Vgl. Dok. Nr. 240.

¹⁴ Der Regierungspräsident in Stralsund, Hermann *Haußmann* (DDP), war mit seinem Stellvertreter, Leopold *Höhnen* (DVP), in offenen Konflikt geraten. Beide verkehrten zuletzt nur noch schriftlich miteinander. *Haußmann* wurde von Innenminister *Severing* zum Vorwurf gemacht, daß er nicht energisch genug gegen seinen Untergebenen vorgehen würde. Deshalb sollten *Haußmann* und *Höhnen* aus Stralsund abberufen werden. Doch im Februar 1922 hatten sich *Haußmann* und *Höhnen* bereits wieder ausgesöhnt. *Haußmann* blieb bis 1932 Regierungspräsident in Stralsund, während *Höhnen* 1923 zum Regierungspräsidenten in Stettin berufen wurde und diesen Posten bis 1927 bekleiden sollte. Vgl. das Schreiben des preußischen Innenministers *Severing* an das Staatsministerium vom 29. Dezember 1921, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 77, Nr. 274, Bl. 6 f. Ferner PPS, Bd. 11/I, Nr. 236, S. 282 f., hier S. 283 (TOP 2).

Soll morgen auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Abg. Dr. **Schreiber** macht Mitteilung über ein Schreiben des Demokraten *Riedel*.

Als Geschäftsführer wird Abg. Dr. *Höpker Aschoff* gewählt.

Abg. **Barteld** bringt Berichterstattung über die Ausschußsitzung¹⁵ zur Sprache. Abg. Barteld übernimmt dieselbe, soll aber von den Mitgliedern unterstützt werden.

243.

11.5.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 107-109. Beginn: keine Angaben. Ende: 13.15 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Oeser.

Abg. Dr. **Schreiber** macht Mitteilung von einer Anregung der Sozialdemokratie, betr. Umbildung der preußischen Regierung.¹ – Ferner: ob morgen noch getagt werden soll.

Oeser: Grundsätzlich ist eine Umbildung der Regierung nicht abzulehnen; jedoch ist die Entwicklung im Reich abzuwarten; das Ziel bleibt Erweiterung der Koalition.

Abg. **Dominicus** teilt mit, daß die Pressenachricht über die Umbildung der Regierung – nach einer Mitteilung *Stegerwalds* – unrichtig sei.

Abg. **Westermann** hält die Umbildung der Regierung nicht für eilig.

Abg. **Nuschke**: Heute muß Schluß gemacht werden. Verhandlungen über die Regierungsbildung sind grundsätzlich nicht abzulehnen.

Zur Geschäftsordnung teilt Abg. **Herrmann** mit, daß auf Anregung des Auswärtigen Amtes eine Besprechung (11.30 Uhr) über eine gemeinsame Kundgebung bezüglich Oberschlesien stattfinden soll.²

Abg. **Herrmann** wird für die Besprechung im Ministersaal entsandt.

In der Frage der Regierungsbildung sprechen noch die Abg. **Hoff**, **Gottschalk**, **Schreiber**, **Berndt**, **Riedel**, **Barteld**, **Hartmann**. Einmütigkeit besteht, daß wir heute praktisch in die Regierungsbildung nicht eintreten können. Die Schwierigkeiten bezüglich der alten Koalition bleiben bestehen.

In der interfraktionellen Sitzung 2 Uhr werden die Abg. *Oeser* und *Schreiber* die Fraktion vertreten.

¹⁵ Gemeint ist offenbar die Sitzung des Hauptausschusses.

¹ Seit dem 21. April 1921 regierte in Preußen ein Minderheitskabinett aus Zentrum und DDP unter Ministerpräsident *Stegerwald* (Z).

² Eine gemeinsame Kundgebung kam nicht zustande. Die demokratische Reichstagsfraktion veröffentlichte vielmehr am 12. Mai 1921 eine eigene Erklärung, in der sie betonte, »daß es unumgänglich geboten sei, zur Durchführung der jetzt zu lösenden Aufgaben die zur Mitwirkung ehrlich bereiten und fähigen Kräfte ohne Rücksicht auf ihre bisherige Stellungnahme zur Frage des Ultimatums selbst unter besonderer Beteiligung der Kreise des wirtschaftlichen Lebens heranzuziehen und nach diesem Gesichtspunkt die Ergänzung und Ausgestaltung des Reichskabinetts vorzunehmen.« BERLINER TAGEBLATT, 280, 12.5.1921; VOSSISCHE ZEITUNG, 222, 13.5.1921.

Personalfragen:

Abg. **Berndt** bespricht die Verhältnisse in Pommern. Was soll mit dem Oberregierungsrat *Höhnen*³, der gegen seinen direkte[n Vorgesetzten] schroff Stellung genommen hat, [passieren]? Er muß unbedingt entfernt werden. Diese Ansicht wird von den 3 Regierungspräsidenten und einzelnen Volksparteilern und Deutschnationalen geteilt.⁴

Abg. **Oeser** teilt mit, daß die Fraktion eine engere Fühlungnahme mit den Ministern in Personalfragen für notwendig hält. Das Zentrum ist so verfahren.

Abg. Minister **Dominicus** erklärt seine Bereitwilligkeit in diesem Sinne. Im Fall *Lippmann-Höhnen* hat das Staatsministerium grundsätzlich Stellung genommen.⁵ Das Auftreten des Oberregierungsrats *Höhnen* sei sehr bedenklich. Seine Versetzung im Interesse des Dienstes beantragt. *Höhnen* bestreitet, eine führende Rolle im Fall *Lippmann* gespielt zu haben. Darauf sei eine neue Befragung des Oberpräsidenten und der Regierungspräsidenten erfolgt. Die Sache sei grundsätzlich von größter Bedeutung. Die Entscheidung sei zunächst vertagt. – Durch das Hineinbringen von Parteileuten sei die innere Verwaltung ernsthaft gefährdet. Wir haben 59 sozialdemokratische Landräte in Preußen. 2 Sozialdemokraten seien neu bestätigt.⁶ – In Baden und Württemberg seien alle Oberamtmänner Fachleute. – Ich werde nur meine Unterschrift geben, wenn die Anwärter sachlich geeignet sind.

Abg. **Fischbeck** spricht in demselben Sinne. Der Fall *Höhnen* sei grundsätzlich schwierig. Es könnten Konsequenzen schwerster Art eintreten. Die Fälle der Zurücksetzung von Demokraten müssen zur Kenntnis der Minister gebracht werden. Wir dürfen die Sozialdemokraten nicht grundsätzlich ausschließen, aber dem Kreise dürfe kein Mann aufgezwungen werden, der die Mehrheit gegen sich habe.

Abg. **Jansen** stimmt dem Minister des Innern zu. Die Stellungnahme müsse öffentlich bekannt werden.

Abg. **Schreiber**, die Regierung müsse bei gleicher Qualifikation dem Republikaner den Vorzug geben. Redner führt Einzelfälle der Zurücksetzung an. Das Ministerium müsse grundsätzlich Stellung nehmen.

(Abg. Dr. **Wendorff** macht Mitteilung aus dem Ältestenausschuß.⁷ Schluß heute. Wiederbeginn 31. Mai.)

Abg. Dr. **Berndt**: Pommern sei die reaktionärste Provinz. Die Sozialdemokraten seien dort sehr verständig. Ein gewisses Entgegenkommen sei notwendig. Sonst sei die Stellung des demokratischen Oberpräsidenten gefährdet. Bei *Höhnen* handle es sich um eine »Versetzung im Interesse des Dienstes.«

Die Abg. *Westermann* und *Riedel* stimmen dem Minister des Innern zu.

Der **Vorsitzende** stellt ebenfalls die Zustimmung der Fraktion fest.

³ Leopold *Höhnen* (geb. 1870), 1919 Oberregierungsrat und Vertreter des Regierungspräsidenten in Allenstein (Ostpreußen), 1920 in Stralsund, 1923–1927 Regierungspräsident in Stettin, 1927–1933 in Hildesheim, Mitglied der DVP.

⁴ Vgl. Dok. Nr. 242.

⁵ Vgl. die Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 3. Mai 1921, in: PPS, Bd. 11/I, Nr. 183, S. 230f., hier S. 231 (TOP 3).

⁶ Vgl. dazu auch RUNGE, S. 121–134, bes. S. 134.

⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats vom 10. Mai 1921, 12.05 bis 12.45 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 3.

Die Abg. *Hoff* und *Otto* erhalten die Ermächtigung, einen interfraktionellen Antrag, betr. Mittelschullehrergesetz, einzubringen.⁸

Verteilung von Anträgen und Großen Anfragen.

Als Referenten werden bestimmt:

Drucksache [Nr.] 277 [Antrag der Abg. Dr. von *Krause* und Genossen (DVP), betr. die Erhebung des Reichsnotopfers, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 277, S. 236 f.]: Abg. *Goll*.⁹

[Drucksache Nr.] 282 [Antrag der Abg. Dr. *Schreiber* (Halle) und Genossen (DDP) über die Erhöhung der Mittel für Zwischenkredite zur Förderung der Bildung von Rentengütern, ebd., Nr. 282, S. 238]: *Wendorff*,

[Drucksache Nr.] 283 [Große Anfrage der Abg. *Knoth* (Frankfurt) und Genossen (VKP) über die Rückkehr russischer Staatsangehöriger in ihre Heimat über Deutschland, ebd., Nr. 283, S. 238]: *Riedel*,

[Drucksache Nr.] 287 [Antrag der Abg. *Winckler* und Genossen (DNVP), betr. die Förderung einer planmäßigen und umfassenden landwirtschaftlichen Siedlung, ebd., Nr. 287, S. 241]: *Westermann*,

[Drucksache Nr.] 288 [Antrag der Abg. Dr. von *Krause* und Genossen (DVP) auf Erlaß eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes, betreffend die Bereitstellung weiterer Geldmittel für die nach dem Gesetze vom 12. August 1905 (Gesetzsamml. S. 335) durchzuführende Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse an der oberen und mittleren Oder, vom 12. Januar 1921 (Gesetzsamml. S. 341), ebd., Nr. 288, S. 241]: *Riedel*,

[Drucksache Nr.] 294 [Antrag der Abg. Dr. von *Krause* und Genossen (DVP) auf eine Nachprüfung der Frachttarife für den Transport von künstlichem Dünger, ebd., Nr. 294, S. 243 f.], [Drucksache Nr.] 302 [Antrag der Abg. *Siering* und Genossen (SPD) auf Vorlage eines Moorschutzgesetzes, ebd., Nr. 302, S. 246.]: *Westermann*,

[Drucksache Nr.] 303 [Antrag der Abg. *Siering* und Genossen (SPD), betr. Ausführungsbestimmungen zum Volksschullehrer-Diensteinkommensgesetz, ebd., Nr. 303, S. 246.]: *Otto*,

[Drucksache Nr.] 304 [Antrag der Abg. *Siering* und Genossen (SPD) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über das Hebammenwesen, ebd., Nr. 304, S. 247-252]: Frau *Dönhoff*,

[Drucksache Nr.] 307 [Antrag der Abg. Dr. von *Krause* und Genossen (DVP) zum Antrage *Lüdicke* und Genossen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Stärkung der Selbständigkeit der Verwaltungsbezirke in Groß-Berlin und die Beschränkung der Zentralgewalt usw. (Nr.149), ebd., Nr. 307, S. 253], [Drucksache Nr.] 330 [Antrag der Abg. Dr. *Meyer* (Ostpreußen) und Genossen (VKP) auf Rückgängigmachung etwaiger kriegerischer Maßnahmen gegen Polen, ebd., Nr. 330, S. 265], [Drucksache Nr.] 331 [Große Anfrage der Abg. Dr. *Meyer* (Ostpreußen) und Genossen (VKP) über die Beschlagnahme der »Roten Fahne«, ebd., Nr. 331, S. 265], [Drucksache Nr.] 332 [Desgl. über die Verhaftung des Vorsitzenden der Bezirksorganisation Berlin-Brandenburg der Vereinigten Kommunistischen Partei Ernst *Reuter*, ebd., Nr. 332, S. 265]: *Nuschke*,

⁸ Antrag der Abg. *Gottwald* (Berlin), *Lukassowitz*, *Pischke*, *Hoff* und Genossen (Z, DNVP, DVP, DDP), betr. das Mittelschullehrer-Diensteinkommensgesetz, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 361, S. 275.

⁹ Der Antrag wurde zurückgezogen.

[Drucksache Nr.] 311 [Antrag der Abg. *Siering* und Genossen (SPD) auf Ausbau der Handfertigkeitsseminare, ebd., Nr. 311, S. 255]: *Kimpel*,

[Drucksache Nr.] 315 [Antrag der Abg. *Siering* und Genossen (SPD) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über Kahlschläge in Privatwaldungen, ebd., Nr. 315, S. 256f.]: *Wendorff*,

[Drucksache Nr.] 325 [Antrag der Abg. *Schüling* und Genossen (Z, DHann) über die Festsetzung des Ortsklassenverzeichnisses, ebd., Nr. 325, S. 263]: *Barteld*,

[Drucksache Nr.] 316 [Antrag der Abg. Dr. von *Krause* und Genossen (DVP) über Ausgleichszulagen und Kinderbeihilfen, ebd., Nr. 316, S. 257]: *Barteld*,

[Drucksache Nr.] 314 [Antrag der Abg. *Siering* und Genossen (SPD) auf Herstellung einer landfesten Verbindung zwischen dem Festlande und der Nordseeinsel Sylt, ebd., Nr. 314, S. 256]: *Hoff*,

[Drucksache Nr.] 335 [Antrag der Abg. *Kollmann* (Dramburg) und Genossen (USPD) über die Zahlung der Notzuschläge und erhöhten Kinderbeihilfen an Volksschullehrer, ebd., Nr. 335, S. 266]: *Kimpel*,

[Drucksache Nr.] 343 [Antrag der Abg. *Braun* und Genossen (SPD) über die Versorgung der Kinder und Kranken mit Milch, ebd., Nr. 343, S. 269], [Drucksache Nr.] 344

[Antrag der Abg. *Koch* (Berlin) und Genossen (DNVP) über Fahrpreise im Vorortverkehr usw., ebd., Nr. 344, S. 269]: *Wendorff* und *Westermann*,

[Drucksache Nr.] 340 [Antrag der Abg. Dr. von *Krause* und Genossen (DVP) auf Abänderung der Höchstmietenverordnung, ebd., Nr. 340, S. 268]: *Barteld*.

244.

31.5.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 109 f. Beginn: keine Angaben. Ende: 13.40 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Oeser.

Der **Vorsitzende** macht Mitteilung von einem Schreiben des Provinzialverbandes der deutschen demokratischen Partei in Pommern, betr. Treibereien gegen den Oberpräsidenten *Lippmann*.¹

Plenum:

Bis Punkt 11 erledigt.²

Punkt 12 [Antrag der Abg. *Lüdicke* und Genossen (DNVP) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Stärkung der Selbständigkeit der Verwaltungsbezirke in Groß-Berlin und die Beschränkung der Zentralgewalt usw., SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 149, S. 157]: Groß-Berlin. Redner: Abg. *Nuschke*.³

¹ Zum Fall *Höbner* vgl. Dok. Nr. 242 und 243.

² Zu den Tagesordnungspunkten 1 bis 11 vgl. SBpLT 1921/24, Bd. 1, Sp. 1333f.

³ Der Antrag der DNVP (Nr. 149) wurde in der 23., 34. und 35. Sitzung am 1. Juni und 6. Juli 1921 beraten und einem besonderen Ausschuß überwiesen. Der Antrag wurde in dieser Legislaturperiode nicht mehr erledigt. Die Rede des Abg. *Nuschke* in der 34. Sitzung am 6. Juli 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 2, Sp. 2277–2283. *Nuschke* lehnte im Namen seiner Fraktion eine grundlegende Abänderung des

Punkt 13 [Erste Beratung des Antrages der Abg. *Siering* und Genossen (SPD) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über das Hebammenwesen, ebd., Nr. 304, S. 247–252]: Frau *Dönhoff*.⁴

Punkt 14 [Beratung des Antrages der Abg. *Esser* und Genossen (Z) auf Vorlage eines Gesetzentwurfs, betr. die zeitgemäße Erhöhung der Steuer für Gewerbebetriebe im Umherziehen, ebd., Nr. 17, S. 74, Nr. 363, S. 275]: Hausiersteuer: Abg. *Goll*.⁵

Punkt 15 [Beratung des Antrages der Abg. *Weißermel* und Genossen (DNVP) gegen die Rektorwahlen für die Forstakademien Eberswalde und Münden, ebd., Nr. 45, S. 85, Nr. 341, S. 268]: Abg. *Barteld*.⁶

Punkt 16 [Beratung des Antrages der Abg. Dr. von *Krause* und Genossen (DVP) über die Förderung der Königsberger Universität, ebd., Nr. 180, S. 169]: Abg. Dr. *Wendorff*.⁷

Verschiedenes:

Abg. **Barteld** erhält die Ermächtigung zur Einbringung mehrerer Kleiner Anfragen.⁸

Abg. **Nuschke** macht Mitteilung über die Tagung der Geschäftsordnungskommission: Schwerinstage können nicht eingerichtet werden.⁹ Ein sozialpolitischer Ausschuß wird nicht eingerichtet.¹⁰ Der Ausschuß für »Verdingungswesen« ist in Frage gestellt.¹¹

Über die Störung der Sitzungen ist beraten.¹² Der Präsident *Leinert* hat angeregt, Ab-

Berlin-Gesetzes ab, zeigte sich gleichwohl bereit, über die Zurückbildung der Berliner Bezirke oder über sonstige kleine Abänderungen im Ausschuß zu reden.

⁴ Der Antrag der SPD (Nr. 304) wurde in der 44. Sitzung am 28. September 1921 ohne Aussprache dem Ausschuß für Bevölkerungspolitik überwiesen.

⁵ Der Zentrumsantrag (Nr. 17) wurde zusammen mit dem Antrag der DNVP (Nr. 363) und dem der Abg. *Oeser* und Genossen (DDP) über die Bekämpfung der Auswüchse des Hausier- und Straßenhandels, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 699, S. 751, in der 44. Sitzung am 28. September 1921 verhandelt und dem Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen. Die DDP vertrat der Abg. Dr. *Grund* als Antragsteller. Vgl. ebd., Bd. 3, Sp. 3019–3021.

⁶ Der Antrag der DNVP (Nr. 45) wurde in der 68., 69. und 74. Sitzung am 19., 21. und 24. November 1921 verhandelt. Der Antrag wurde schließlich zurückgezogen. Die DDP vertrat in der 69. Sitzung am 21. November 1921 der Abg. *Westermann*. Vgl. ebd., Sp. 4514–4517.

⁷ Der Antrag der DVP (Nr. 180) wurde in der 44. und 45. Sitzung am 28. und 29. September 1921 verhandelt und dem Hauptausschuß überwiesen. Die Rede des Abg. Dr. *Wendorff* in der 45. Sitzung am 29. September 1921, in: ebd., Sp. 3052–3055.

⁸ Kleine Anfrage der Abg. *Barteld* (Hannover), *Herrmann* (Breslau) und *Otto* (Charlottenburg) (DDP) über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst, in: ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 415, S. 314; Kleine Anfrage der Abg. *Barteld* und *Otto* (Charlottenburg) (DDP) über die Weigerung der Stadt Hannover zur Nachzahlung erhöhter Bezüge an entlassene Schulamtsbewerber, in: ebd., Nr. 416, S. 314 f.; Kleine Anfrage der Abg. *Barteld* und *Otto* (Charlottenburg) (DDP) über die rechtzeitige Zahlung des Dienst-einkommens der Lehrer und Lehrerinnen in Hannover, in: ebd., Nr. 417, S. 315.

⁹ Vgl. Dok. Nr. 230.

¹⁰ Der Urantrag der Abg. *Riedel* und Genossen (DDP) auf Einsetzung eines ständigen Ausschusses für sozialpolitische Angelegenheiten, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 235, S. 213, Anlagen, Bd. 2, Nr. 1070 A, Sp. 67 zu 2, S. 1298, insgesamt S. 1265–1328 (Ausschußantrag), wurde in der 17. Sitzung am 6. Mai 1921 an den Ausschuß für die Geschäftsordnung überwiesen, in der 72. und 73. Sitzung am 22. und 23. November 1921 verhandelt und schließlich abgelehnt.

¹¹ Ein Ausschuß für das Verdingungswesen wurde nicht eingerichtet.

¹² In der 18. Sitzung am 7. Mai 1921 war es anlässlich der Besprechung der Lage in Oberschlesien zu Tumultszenen der Kommunisten gekommen, so daß der Landtagspräsident zweimal die Sitzung aufheben mußte. Vgl. SBpLT 1921/24, Bd. 1, Sp. 1017–1030.

geordnete, die die Verhandlungen stören, auf Antrag des Hauses auf Tage die Diäten zu entziehen.

Abg. **Nuschke** hat angeregt, daß alle Fraktionen in allen Ausschüssen vertreten sein müssen.

Die Beratung über diese Fragen wird später erfolgen.

Abg. **Jansen** macht Mitteilung über die Umbildung der Regierung im Reich und Preußen.¹³ Die Verhandlungen schweben noch.

Die Debatte wird auf morgen vertagt. Die Minister *Dominicus* und *Fischbeck* werden besonders eingeladen werden. – Über die Frage der Etatberatung soll im Ältestenausschuß Klarheit geschaffen werden.

Verteilung der Anträge und Großen Anfragen. – Wird durch Fraktionsmitglieder durch Umdruck bekannt gegeben.

Die Abg. **Riedel** und Dr. **Wendorff** führen Beschwerde über Äußerungen namhafter Parteimitglieder in der Öffentlichkeit, die die Agitation erschweren.¹⁴ Die Angelegenheit wird weiter verfolgt werden (*Kopsch, Wachhorst de Wente*).

245.

1.6.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 111–115. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: 12.20 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

[Schreiber] Behandelt: Tagesordnung.

Punkt 1 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über das Wahlprüfungsgericht, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 404, S. 300–302]. Gesetzentwurf über das Wahlprüfungsgericht. *Nuschke* Referent.¹

Punkt 3 [Fortsetzung der Besprechung der Großen Anfrage Nr. 4 der Abg. *Siering* und Genossen (SPD) über die Vorlegung eines Gesetzes zur Abänderung des Kommunal-, Kreis- und Provinzialabgabengesetzes, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 112, S. 146, in Verbindung damit Fortsetzung der Beratung des Antrages der Abg. *Altegoer* und

¹³ Zur Regierungsumbildung im Reich vgl. Dok. Nr. 240. In Preußen stand seit dem 21. April 1921 Ministerpräsident Adam *Stegerwald* (Z) einem Minderheitskabinett aus Zentrum und DDP vor. Im Zuge der Regierungsumbildung im Reich kam es auch in Preußen zu Überlegungen, die auf eine Erweiterung der bürgerlichen Minderheitsregierung abzielten. Vgl. FORSTER, S. 290–305; STANG, S. 267–269; SCHULZE, Braun, S. 340 f.; MÖLLER, Parlamentarismus, S. 348–352; HÖMIG, S. 98–108.

¹⁴ Für Irritationen sorgten die Äußerungen von Prof. Dr. *Schücking* auf dem demokratischen Parteitag im hessischen Marburg am 28. und 29. Mai 1921, der sich, ungeachtet der Zusammenarbeit von DDP und SPD im Reich, für die Bildung eines Bürgerblocks ausgesprochen hatte. Vgl. BERLINER TAGEBLATT, 250, 31.5.1921. Meinungsverschiedenheiten herrschten innerhalb der DDP auch in der Frage der Annahme des Londoner Ultimatums. Vgl. BERLINER TAGEBLATT, 219, 12.5.1921. Ferner auch BERLINER TAGEBLATT, 224, 228 und 234 vom 14., 18. und 21.5.1921.

¹ Der Gesetzentwurf wurde in der 23. Sitzung am 1. Juni 1921 auf Empfehlung des Abg. *Nuschke* dem Verfassungsausschuß überwiesen. Vgl. SBpLT 1921/24, Bd. 1, Sp. 1341.

Genossen (Z) über die Realsteuern und ihre Erhebung durch die Gemeinden, ebd., Nr. 233, S. 213]. *Goll* wird sprechen.²

Punkt 5 [Große Anfrage Nr. 31 der Abg. *Braun* und Genossen (SPD) über die Rechtspflege, ebd., Nr. 377, S. 282]: *Barteld*.³

Punkt 6 [Beratung des Antrages der Abg. *Siering* und Genossen (SPD) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über das Hebammenwesen, ebd., Nr. 304, S. 247–252]: Frau *Dönhoff*.⁴

Punkt 7 [Beratung des Antrages der Abg. *Esser* und Genossen (Z) auf Vorlage eines Gesetzentwurfs, betr. die zeitgemäße Erhöhung der Steuer für Gewerbebetriebe im Umherziehen, ebd., Nr. 17, S. 74, Nr. 363, S. 275]:

Goll regt an, daß Fraktion Antrag, Straßenhandel betreffend, stellt.

Debatte:

Nuschke gibt Aufklärung.

Koll. **Grund**: Die Anträge sollen augenscheinlich Straßenhandel betreffen. Seine Ausbreitung schädigend. Gemüsehandel im Straßenvertrieb soll bleiben. Redner regt nochmals Stellung eines geschickt gefaßten Antrages an.

Hartmann: Unterscheiden: Bedürfnisse von Stadt und Land. Vorschlag.

Barteld: Die interessierten Herren sollen Antrag formulieren.⁵

Punkt 11: *Wendorff* wird morgen Stellungnahme klarlegen.⁶

Punkt 12: *Höpker Aschoff* Referent. Fraktion wird morgen in Debatte über diesen Punkt eintreten.⁷

Zu Punkt 13 [Beratung der Anträge der Abg. *Braun* und Genossen (SPD) über die Milchversorgung, SBpLT, 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 343, S. 269, und der Abg. *Ludwig* (Hagen) und Genossen (USPD) über die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Milch, ebd., Nr. 386, S. 284] äußert sich **Wendorff**. Verbilligung des Milchpreises soll durch die Gemeinden erfolgen.

Es beteiligen sich an der Aussprache: **Hoff**, **Schreiber**.

Wendorff wird für die Fraktion zum Sprecher bestellt.⁸

Punkt 14 [Beratung des Antrages der Abg. *Braun* und Genossen (SPD) über die Behebung der finanziellen Schwierigkeiten der Landesversicherungsanstalten, ebd., Nr. 372, S. 280]: **Hartmann**: Die Beitragsleistungen müssen erhöht werden.

Punkt 15. **Berndt**: Wir müssen zustimmen.⁹

² Die Rede des Abg. *Goll* in der 23. Sitzung am 1. Juni 1921, in: ebd., Sp. 1342–1344.

³ Die Anfrage wurde wieder zurückgezogen.

⁴ Die erste Beratung des Gesetzentwurfs fand in der 86. und 87. Sitzung am 19. und 20. Januar 1922 statt. Die Rede der Abg. Frau *Dönhoff* in der 87. Sitzung am 20. Januar 1922, in: SBpLT 1921/24, Bd. 4, Sp. 6271–6274.

⁵ Ein Zusatzantrag zum Antrag, betr. Hausiersteuer, ist nicht nachgewiesen.

⁶ Anhand der Sitzungsprotokolle des Preußischen Landtags kann der Tagesordnungspunkt nicht mehr eindeutig zugeordnet werden.

⁷ Anhand der Sitzungsprotokolle des Preußischen Landtags kann der Tagesordnungspunkt nicht mehr eindeutig zugeordnet werden.

⁸ Die Anträge von SPD und USPD wurden in der 45. und 46. Sitzung am 29. und 30. September 1921 verhandelt und dem Hauptausschuß überwiesen. Die Rede des Abg. *Westermann* in der 46. Sitzung am 30. September 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 3, Sp. 3153–3155.

⁹ Anhand der Sitzungsprotokolle des Preußischen Landtags kann der Tagesordnungspunkt nicht mehr eindeutig zugeordnet werden.

Punkt 16. Da im Rechtsausschuß gewesen, *Berndt* als Referent.¹⁰

Nuschke: Bericht des Geschäftsordnungsausschusses. Fall *Scholem* wird von Nuschke dargelegt.¹¹

Beschluß: [Es] soll morgen darüber debattiert werden.

Hartmann: Vorgänge im Zuchthaus Görlitz. Wollen wir Anfrage stellen?

Barteld: Verbandstag der Strafanstaltsbeamten; wo ebenfalls die unerfreulichen Verhältnisse der Gefängnisse geschildert worden [sind]; Abhilfe wurde erbeten. Schlägt vor, daß Anfrage gestellt wird. *Nuschke* [wird] mit Geheimrat *Finkelnburg*¹² vorher sprechen. Desgl. *Berndt*. Große Anfrage stellen.¹³

Schreiber berichtet ebenfalls über Zuchthaus Lichtenberg.

Nuschke: Diäten des Staatsrats (Freikarte).¹⁴ Freikarte scheint berechtigt. Diäten an R[eichs]W[irtschafts]R[at] angleichen.¹⁵ Wohnung des Präsidenten?

Goll: Bei Beratung der Verfassung absichtlich Bindungen eintreten lassen, um Staatsrat nicht zur 1. Kammer werden zu lassen. Abwarten, Bewährungsfrist lassen.

Schiffer: Nur über Regierungsbildung.¹⁶ Nicht als abgeschlossen betrachtet, Angliederung nach rechts vorgesehen. Heranziehung aller, ehrlich zur Durchführung des Ultimatums¹⁷ bereiten Parteien. Dem Reichskanzler unumwunden erklärt, daß Bedenken gegen ihn.¹⁸ Erklärung der Deutschen Volkspartei. Enge Beziehung zu *Erzberger*.

¹⁰ Anhand der Sitzungsprotokolle des Preußischen Landtags kann der Tagesordnungspunkt nicht mehr eindeutig zugeordnet werden.

¹¹ In der 24. Sitzung am 2. Juni 1921 wurde der Antrag des Justizministers auf Erteilung der Genehmigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten *Scholem* wegen Hochverrats, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 409, S. 304–309 (Bericht des Geschäftsordnungsausschusses), beraten und bewilligt. – Werner *Scholem* (1895–1940), Redakteur der »Roten Fahne«, 1921 MdP/LT, Mai 1924–1928 MdR (KPD).

¹² Karl *Finkelnburg* (geb. 1867), 1918 Geheimer Oberjustizrat und Ministerialrat im preußischen Justizministerium (Abt. Straftaten), 1922 Präsident des Strafvollzugsamtes Berlin.

¹³ Vgl. die am 7. Juni 1921 gestellte Kleine Anfrage der Abg. *Hartmann* und Genossen (DDP) über Meutereien in den Strafanstalten, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 468, S. 499. Die DDP forderte die Staatsregierung auf, geeignete Maßnahmen gegen die Überfüllung der Strafanstalten zu treffen. Hintergrund der Anfrage waren die Meutereien und Ausbruchsversuche in der überfüllten Strafanstalt in Görlitz, denen das Aufsichtspersonal nur mit größter Mühe Herr werden können.

¹⁴ In der 38. Sitzung am 12. Juli 1921 wurde der Gesetzentwurf, betr. Reisekosten und Aufwandsentschädigung für die Mitglieder und den Präsidenten des Staatsrats, ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 727, S. 831 f., in erster Lesung beraten und an den Hauptausschuß überwiesen. Die Mitglieder des Staatsrats sollten für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Staatsrat und die folgenden 8 Tage das Recht zur freien Fahrt zwischen ihrem Wohnort und dem Tagungsort des Staatsrats und als Aufwandsentschädigung ein Tagegeld von 150 Mark erhalten. Die Mitglieder des Staatsrats erhielten mithin keine Diäten, sondern nur Tagegelder und Fahrtkostenersatz. Vgl. LILLA, S. 19*. MÖLLER, Parlamentarismus, S. 507 f., zum Staatsrat insgesamt S. 151–160, 507–513.

¹⁵ Die Mitglieder des Reichswirtschaftsrats waren hinsichtlich ihres Anspruchs auf Diäten den Reichstagsabgeordneten gleichgestellt. Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 6, S. 399, zum Reichswirtschaftsrat insgesamt ebd., S. 390–402

¹⁶ Zur Regierungsumbildung im Reich vgl. Dok. Nr. 240, 242 und 244. Zu Preußen vgl. Dok. Nr. 243.

¹⁷ Gemeint ist das Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921. Vgl. Dok. Nr. 240.

¹⁸ Joseph *Wirth* war Vertreter des linken Zentrumsflügels. – Joseph *Wirth* (1879–1956), geboren in Freiburg, Gymnasiallehrer im Fach Mathematik, 1914–1918, 1920–1933 MdR (Z), 1919/20 MdNatVers, 1920/21 Reichsfinanzminister, 1921/22 Reichskanzler, 1929/30 Reichsminister für die besetzten Gebiete, 1930/31 Reichsinnenminister, 1933–1948 im Schweizer Exil. – Keine hohe Meinung von *Wirth* und seinem Kabinett hatte Alexander *Dominicus*. »Im neuen Reichskabinett, das den Namen *Wirth* trägt«, so vermerkte *Dominicus* am 10. Mai 1921 in seinem Tagebuch, »ist ein erheblicher Rückschritt

Wirth in Abrede gestellt. *Wirth* stellte Amt zur Verfügung, falls andere Persönlichkeit gefunden wird. Nicht möglich. Wir stellten Antrag, daß DVP zugezogen. *Wirth* diesen Gedankengängen geneigt. Später Ablehnung.

Grund: Behandlung der alten Regierung durch DVP. Nach Pfingsten Besprechung über Besetzung des Auswärtigen Amtes. Starker Eingriff von *Ebert* auf Besetzung. *Schiffer* erhob *Wirth* gegenüber Bedenken, daß man die Dinge laufen lasse. Konsequenzen. Aussprache mit *Ebert*. Standpunkt desselben: Verbreiterung nötig. Zeitpunkt ungünstig, richtiger Zeitpunkt verpaßt, Ziel solle im Auge behalten werden. Stimmungsumschwung bei SPD möglich. Postenbesetzung so gestalten, daß keine Erschwerung für späteren Eintritt der DVP. Eintritt *Rathenaus*¹⁹ ins Kabinett als Aufbauminister. Erregung innerhalb der DVP und eines Teils der Industrie. Presse ruhige und sachliche Stellungnahme. Erklärung *Rathenaus* über die Durchführung seiner Wirtschaftstheorien. Zeitpunkt nicht angemessen. Unterstützung der Kandidatur *Rathenaus* durch SPD. – Besprechung mit *Stresemann*:²⁰ DVP wolle sachliche Stellungnahme eintreten lassen. Keine grundsätzliche Opposition. Späterer Zeitpunkt für Eintritt. Für Resolution, die nicht nackte Vertrauensresolution sei, stimmen. An Aussprache im interfraktionellen Ausschuß zu beteiligen bereit. DVP verschiedene Anschauungen.²¹ Ein starker Flügel beglückt, daß in Opposition. Ein anderer Teil Katzenjammer. Sich selbst kaltgestellt. Unklare Rolle spielt *Stinnes*.²² Bislang geschwiegen. DVP richtet Angriffe gegen *Wirth*. DVP hat ihn ja in den Sattel geholfen. Jeder Angriff gegen *Wirth* stärkt aber seine Stellung. Baldige Vertagung des Reichstags. Regierungsprogramm Grundlage für Resolution; DVP zustimmen; nach einiger Zeit Zutritt der DVP. In Preußen DVP bereit, mit SPD in Regierung einzutreten. In der Bereitwilligkeit zur Mitarbeit mit der SPD ist DVP nie wankend geworden. Ministerpräsident *Stegerwald* [wird] abwarten, bis Situation im Reich geklärt. Sonst bleibt er fest. Wartet ab,

zu verzeichnen. *Wirth* selbst wurde von allen, die ihn kannten, bisher als derjenige neben *Scholz* genannt, der zweifellos wegen mangelnder Bewährung ausscheiden würde. Jetzt ist er Reichskanzler, angeblich Platzhalter für *Erzberger*. Daneben tauchen die bekannten sozialdemokratischen Gesichter, Robert *Schmidt* und Gustav *Bauer*, auf, ordentliche Leute, Kleinbürger, ohne jede Möglichkeit der Beherrschung ihrer Ressorts, und der gescheiteste, wenn auch vielleicht im Charakter nicht sonderlich zuverlässige Minister des Innern *Koch* muss ausgeschiff werden, da die Sozialdemokraten auf dieses Ministerium bestehen und dort *Gradnauer* hineinschieben, der im Ministerium vielleicht bis zur zweiten Tür sehen kann. [...] Möge dieses Kabinett nur eine ganze kurze Erscheinung sein.« Landesarchiv Berlin, NL Dominicus, E. Rep. 200–41, Nr. 26, S. 9 f.

¹⁹ Walther *Rathenau* (1867–1922), Sohn Emil *Rathenaus*, des Gründers der AEG, seit 1915 Präsident der AEG, 1919 bei den Vorbereitungen zur Friedenskonferenz in Versailles tätig, 1922 Reichsaußenminister. *Rathenau* übernahm am 29. Mai 1921 den Posten des Wiederaufbauministers. Er stand der DDP nahe. Zu *Rathenau* vgl. SCHÖLZEL.

²⁰ Gustav *Stresemann* (1878–1929), 1901 Syndikus des Dresden-Bautzener Bezirksvereins im BdI, 1912 Geschäftsführer des BdI, 1912–1918 Syndikus des Bundes Sächsischer Industrieller, Mitglied der Nationalliberalen Partei und des Alldeutschen Verbands, Dezember 1918 Gründer und Vorsitzender der DVP, August bis November 1923 Reichskanzler, zugleich Führung der Geschäfte des Auswärtigen Amtes, November 1923 bis Oktober 1929 Reichsaußenminister, 1926 Friedensnobelpreis, 1907–1912 und 1914–1918 MdR (1917 Fraktionsvorsitzender), 1919/20 MdNatVers, 1920–1929 MdR (1920–1923 Fraktionsvorsitzender).

²¹ Zur DVP im Reich vgl. RICHTER, S. 236–239; auch die Sitzung des Zentralvorstandes der DVP in Hamburg vom 11. Juni 1921, in: NATIONALLIBERALISMUS, Bd. 1, Nr. 40, S. 420–430.

²² Hugo *Stinnes* (1870–1924), Kaufmann in Mülheim/Ruhr; aus Unternehmen des Bergbaus, des Kohlenhandels und der Binnenschifffahrt entwickelte er den *Stinnes*-Konzern. Er war zudem führend in der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG, Bochum, tätig, die er zum Elektro-Montan-Konzern Siemens-Rheinlbe-Schuckert-Union ausbaute. Nach seinem Tod wurde der Konzern wieder aufgelöst. *Stinnes* war von 1920 bis 1924 MdR (DVP). Zu *Stinnes* vgl. Gerald D. FELDMAN, Hugo *Stinnes*: eine Biographie eines Industriellen 1870–1924, München 1998; WULF.

ob man ihn stürzt. *Schiffer* spricht über *Rosen*;²³ Arbeit des Ministeriums (stark in Anspruch genommen durch die bayrischen Verhältnisse.)

Schreiber dankt, eröffnet Debatte.

Zur Sache:

Schreiber: Große Koalition muß kommen. Nicht von SPD drängen lassen. Ruhig abwarten. Neubildung in Preußen nicht vornehmen. DVP könnte es passen, im Reich Verantwortung ablehnen, in Preußen in der Regierung sitzen. Homogene Regierung notwendig. Die alte Vormachtstellung der SPD in Preußen darf nicht wiederkehren. Unsere starke Position ausnutzen. Zahlenmäßige Ansprüche der SPD zurückweisen. Besprechungen mit SPD werden notwendig sein. Richtlinie für Unterhändler aufstellen.

Nuschke: Unsere Taktik auf das »Wie« der Regierungsbildung beschränken. Zunächst Ruhe. Kann man in Ferien gehen, ohne Vorlagen (wenigstens in 1. Lesung) zu erledigen? Parteikämpfe. Dem Ausland klar machen, daß keine Regierung möglich, wenn nicht Entscheidung Oberschlesien zu unseren Gunsten fällt. Verweist auf Presse der DVP. Stellungnahme, starke, dagegen. *Höfle*²⁴ als Pressechef. Organisation schaffen, die sämtliche Kreisblätter der Regierung dienstbar macht. Das Erfüllungsprogramm nicht durchführbar, wird keine Anerkennung finden, wenn allein Großindustrie beteiligt. Weitere Kreise des Mittelstandes zurückgesetzt, erbittert. Beispiel (Eisenbahnschwellen). Staatsaufträge weiten Kreisen zuleiten. Mannesmann Auftrag Holzhäuser, stellt sonst Röhren, Stahlwaren etc. her. *Rathenaus* Aufgabe: Hier aufpassen und eingreifen. – Presse und Vergebung der Aufträge. – *Stresemann* hat am 10.5. seinen geschichtlichen Augenblick verpaßt. Hätte er ja gesagt, Gegensatz zwischen SPD und DVP aufgehoben.²⁵

Schiffer: Berücksichtigung des Handwerks. *Rathenau* versprach Mannesmann Patent für Holzhäuser. Warnt vor Weg *Nuschkes*. Zerschlagung unserer Partei. Auflösung des Reichstages. Wenn jetzt SPD in Preußen eintritt, ungeheure Schwierigkeiten. Regierungsbildung nicht abgeschlossen. Wenn DVP in Preußen draußen bleibt, Opposition. Nachwirkung im Reich. Bruch vollenden. Warum, den Eintritt der SPD zu fördern.

Grund: *Schiffer* anschließen. Wir bringen DVP in Opposition. Steuerpolitik ohne DVP durchbringen, für uns bedenklich. Sollte in Preußen der Eintritt der SPD erfolgen, dann die Vormachtstellung der SPD nicht gestatten. Wichtige Ministerien in Preußen behalten. Innenministerium behalten. Im Reich und in Preußen sonst im Innenministerium Sozialdemokraten. Spricht über Landesauftragsstelle. Reichsaufträge werden ohne Benutzung der Landesauftragsstelle vergeben. Stimmt in diesem Punkte *Nuschke* zu.

Gottschalk: Homogenität der Reichs- und Landtagsfraktion. Starke Zurückhaltung betonen. Wenn zur neuen Koalition kommen, dann unsere starke Stellung ausnutzen.

Westermann: Erweiterung nur nach links unmöglich. Nicht nachgeben.

Berndt: Große Koalition notwendig. Möglich? Innere Verfassung der DVP. Dort erst Klärung abwarten. Wenn große Koalition nicht möglich, kleine Koalition mit SPD

²³ Friedrich v. *Rosen* war am 23. Mai 1921 zum Reichsaußenminister ernannt worden. – Friedrich v. *Rosen* (1856–1935), Orientalist, seit 1890 im auswärtigen Dienst, 1905 Konsul in Tanger, 1908 Gesandter in Teheran, 1910 in Bukarest, 1912 in Lissabon, 1916 in Den Haag, 1920 in Madrid. Vom 23. Mai bis 26. Oktober 1921 Reichsaußenminister. Vgl. auch Friedrich ROSEN, Aus einem diplomatischen Wanderleben, Berlin 1931.

²⁴ Anton *Höfle* (1882–1925), Volkswirt, 1920–1923 Direktor des Gesamtverbandes Deutscher Beamten-gewerkschaften, August 1923 bis Januar 1925 Reichspostminister, seit November 1923 auch Reichsminister für die besetzten Gebiete, Rücktritt wegen Verwicklung in den *Barmat*-Skandal, 1920–1925 MdR (Zentrum, Mandatsverzicht).

²⁵ Die DVP lehnte am 10. Mai 1921 das Londoner Ultimatum mit 54 gegen 5 Stimmen ab. Dadurch schied *Stresemann* aus dem Kreis der Kanzlerkandidaten aus. Vgl. RICHTER, S. 236–239.

nicht gewollt, dann SPD in Opposition. Folge Bürgerblock. SPD will Klarheit haben. Anfragen der SPD (Rechtssprechung und Verwaltungsreform). SPD zunächst aufnehmen und mit der DVP verhandeln. DVP zeigen, wir können auch ohne dich regieren, sonst maßlos in Ansprüchen. Die DVP muß sich erklären, ob sie Rechts- oder Mittelpartei sein will, ablassen von rein agitatorischem Wirken, Verantwortungsgefühl bezeigen. Stimmung unserer Wähler.

Barteld: Alte Koalition keine Mehrheit. Zahlenmäßiger Nachweis. DVP geht zudem sofort in Opposition. Schwierigkeiten bei der Steuergesetzgebung. *Höfle* – (Barteld unterstützt die Einwendungen *Nuschkes*).

Schiffer: *Höfle*. Gegen ihn Bedenken. *Höfle* nur kommissarisch. Abwarten.

Preuß: Unterhaltung lehrreich, resigniert. Beschlüsse, es geschieht meist etwas anderes. Unterschätzen die Gutmütigkeit der SPD. Homogenität, kein Herausdrängen der SPD jetzt? Eintritt der DVP in Preußen allein – undenkbar. Leitende Gedanken unserer demokratischen Politik: Wie bekommen wir die DVP herein? Machen jedoch dadurch jede Regierungsbildung der großen Koalition unmöglich. *Stresemann* – Nachweis seiner Unfähigkeit am 10.5.21. *Wirth:* Bedeutung als Vertreter der demokratischen Richtung. Wir, statt mit Freude eine starke demokratische Politik zu betreiben, dauernd auf Eintritt der DVP hinwirken. [Mit] Eiserner Hand Front gegen Rechtskommunisten. Kann Regierung das machen. Wenn wir der DVP nachlaufen und der Regierung in den Arm fallen, in der Hoffnung, daß die DVP sich in ½ Jahr zum Eintritt entscheidet. Unsere Politik von der Taktik bestimmt, das falsch, wenn Taktik keine Erfolge bringt.

Hoff: *Stegerwalds* Erklärung: bald über Verbreiterung der Regierung in Preußen zu verhandeln. Wohlwollende Neutralität in Preußen und Reich von der DVP zu erzielen versuchen. Reichsregierung hat doch keine Mehrheit. Nicht von taktischen Erwägungen leiten lassen. Regierung mit SPD in Preußen schwächer als die gegenwärtige Regierung. Opposition rechts. Regierung dann nicht tragfähig. Krisen. Auf keine Experimente einlassen.

Nuschke: Äußerungen von *Stegerwald:* bald nach Pfingsten Regierungsbildung. SPD nicht klar machen, daß Regierungsbildung im Reiche nicht abgeschlossen. Nicht DVP, sondern SPD erzwingt die Reichstagswahl. SPD zuziehen, schriftlich verpflichten, daß falls im Reiche die DVP Zutritt, auch in Preußen Umstellung erfolgt.

Schreiber faßt zusammen.

Oeser: Ältestenrat über Behandlung des Etats. Beschleunigung der Etatberatung. Tagung bis 15.7., in sechs Wochen beraten. Finanzminister redet. Vertagung bis Montag. Dann Beratung. Zwei Rednerreihen. Dienstag beendet. Vertagung bis Montag. Dann erneuter Zusammentritt. Sonnabend und Montag sollen freigehalten werden. Tagung des Plenums von 12–5 Uhr.²⁶

Wahlprüfungsgerichtsentwurf ohne Debatte. Verfassungsausschuß.²⁷

Morgen Sitzung um 12 Uhr.

Debatte über Fraktionssitzung.

Morgen Fraktionssitzung. 11 Uhr.

²⁶ Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 1. Juni 1921, 10.35 bis 12.00 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 3.

²⁷ Der Gesetzentwurf über das Wahlprüfungsgericht, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 404, S. 300–302, wurde in der 23. Sitzung am 1. Juni 1921 auf Empfehlung des Abg. *Nuschke* (DDP) dem Verfassungsausschuß überwiesen. Vgl. ebd., Bd. 1, Sp. 1341.

246.

2.6.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 115 f. Beginn: 11.00 Uhr. Ende: 13.20 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Oeser.

1. Plenum:

Im Hauptausschuß hat die Fraktion nur einen Sitz. Das Zentrum hat die Überlassung eines Platzes abgelehnt. Es soll versucht werden, den Verteilungsschlüssel zu ändern.¹ Etatsredner: *Oeser* und *Schreiber*.²

Immunität *Scholem*:

Dr. **Höpker Aschoff** spricht gegen den Schutz bei Hochverrat mit gewaltsamen Mitteln. Die Mehrheit entscheidet sich für den Antrag auf Erteilung der Erlaubnis zur Strafverfolgung *Scholems*.³

2. Entschuldigung der Mitglieder des Staatsrats. Eingegangen ist ein Schreiben der demokratischen Mitglieder des Staatsrats auf Gewährung des Freifahrtscheins und 150 M Tagesdiäten.⁴

Abg. Dr. **Preuß** spricht gegen die Freikarte.

Minister **Dominicus** berichtet über die Verhandlungen im Staatsrat.⁵

Die **Fraktion** spricht sich aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die Gewährung der Freikarte aus. Diäten womöglich in Übereinstimmung mit dem Reichswirtschaftsrat.

3. Verschiedenes.

Kleine Anfrage *Riedel*, betreffend Agitation der Rechtspresse in der Eisenbahntarifffrage.

Die Sache wird vertagt. Das Material soll gesammelt werden.

Große Anfrage *Barteld*, betreffend Disziplinarrecht der Beamten.

Die Angelegenheit wird in Form einer Kleinen Anfrage erledigt.⁶

Nächste Sitzung: Montag, 10 Uhr.

¹ Im 29köpfigen Hauptausschuß saßen 8 Abgeordnete der SPD, 7 des Zentrums, 5 der DNVP, 4 der DVP, je 2 der Vereinigten Kommunistischen Partei und der USPD sowie ein Abgeordneter der DDP. Vgl. SBpLT 1921/24, Bd. 1, Sp. 575 f.

² Die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1921, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 420, S. 316–318, fand in der 25. und 26. Sitzung am 6. und 7. Juni 1921 statt. Die Rede des Abg. *Oeser* in der 25. Sitzung am 6. Juni 1921, in: ebd., Bd. 2, Sp. 1571–1580; die Rede des Abg. Dr. *Schreiber* (Halle) in der 26. Sitzung am 7. Juni 1921, in: ebd., Sp. 1670–1681.

³ Vgl. Dok. Nr. 245. Die Reden der Berichterstatter *Nuschke* und Dr. *Berndt* sowie des Abg. *Kochmann*, in: SBpLT 1921/24, Bd. 1, Sp. 1436–1438, 1438–1442 und 1491–1495.

⁴ Vgl. Dok. Nr. 245.

⁵ Der Staatsrat war am 6. Mai 1921 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten.

⁶ Kleine Anfrage Nr. 151 des Abg. *Barteld* (Hannover) über den Gesetzentwurf zu einem neuen Disziplinarrecht für die preußischen Beamten, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 436, S. 333 f.

247.

6.6.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 116–118. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: 12.15 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Oeser.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Abg. **Barteld** macht Mitteilung von der Besetzung des Landratspostens in Winsen.¹

Ebenso Abg. Dr. **Wendorff** von derjenigen des Kreises Marienburg.²

Ebenso: Dr. **Höpker Aschoff**.

Herr Minister **Dominicus** wird zu einer Besprechung dieser Angelegenheit gebeten werden.

1. Lesung des Etats:

Justizverwaltung: Berichterstatter Abg. **Kochmann**.³

Kultusministerium: Kap. 119 bis 124: Berichterstatter: Abg. Dr. **Gottschalk**.⁴

Erster Redner zum Etat: Abg. **Oeser**.⁵ – Die Regierungsbildung wird zur Sprache

¹ Bei der Beschlußfassung des Kreistages des Kreises Winsen, Bezirk Lüneburg, über die Besetzung des Landratspostens am 13. Mai 1921 entfielen auf den kommissarischen Verwalter, Regierungsassessor von *Windheim* 9, auf Amtsgerichtsrat *Bleckwenn* 10 Stimmen. Ein Abgeordneter nahm an der Wahl nicht teil. Von den 20 Kreistagsabgeordneten gehörten sieben der Deutsch-Hannoverschen Partei, fünf der SPD und je vier der Deutschnationalen bzw. der Deutschen Volkspartei an. Da nach dem Bericht des Oberpräsidenten von Hannover, Gustav *Noske*, *Bleckwenn* offen für die Lostrennungsbestrebungen der Deutsch-Hannoveraner eintrat, kam seine Ernennung nicht in Betracht, so daß von *Windheim* zum Landrat bestellt wurde. Vgl. die beiden Schreiben des Innenministers *Dominicus* an die Staatsminister vom 30. Mai und 8. Juni 1921, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 77, Personalakten, Nr. 286, Bl. 86 und 88. Gegen *Bleckwenn* sprachen auch außerdienstliche Vorkommnisse. So soll *Bleckwenn* »nach einem dienstlichen Termin in einer Karre betrunken im Dorf herumgefahren« worden sein. Vgl. das Schreiben des Regierungspräsidenten in Lüneburg, Dr. *Mauve*, an den Innenminister vom 17. Oktober 1921, sowie das Schreiben des Landrats a.D. *Eckert* an den Regierungspräsidenten Dr. *Mauve*, vom 20. Mai 1921, in: ebd., Rep. 77, Personalakten, Nr. 146, Bl. 8 f. und 10.

² 1920 war Georg *Rebehn*, der als demokratischer Abgeordneter der Preußischen Landesversammlung angehörte, zum kommissarischen Landratsamtsverwalter in Marienburg ernannt worden. Da gegen seine Ernennung zum Landrat von der deutschnationalen Partei des Kreises eine heftige Agitation betrieben wurde, wollte Innenminister *Dominicus* ihn anfangs anderweitig verwenden. Doch auf Drängen der Fraktion wurde *Rebehn* schließlich als Landrat von Marienwerder bestätigt. *Rebehn* amtierte von 1921 bis 1933. Vgl. Dok. Nr. 250; die Reden von Innenminister *Dominicus* und des Abg. *Krüger* (Potsdam) (SPD) in der 56. Sitzung am 14. Oktober 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 3, Sp. 3796–3817, hier Sp. 3801, und Sp. 3845–3876, hier Sp. 3859f.

³ Die zweite Beratung des Haushalts der Justizverwaltung für 1921, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 500, S. 512 f., fand in der 28., 29., 30., 31. und 32. Sitzung am 15., 16., 17., 30. Juni und 1. Juli 1921 statt. Berichterstatter im Plenum war in der 28. Sitzung am 15. Juni 1921 der Abg. Dr. *Berndt* (Stettin), in: ebd., Bd. 2, Sp. 1778–1785.

⁴ Die zweite Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für 1921, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1590, S. 1694–1696, fand in der 81. bis 83. Sitzung am 10., 13. und 14. Dezember 1921 statt. Die Reden des Abg. Dr. *Gottschalk* (Gummersbach) in der 81. Sitzung am 10. Dezember 1921, in: ebd., Bd. 4, Sp. 5704 f. (als Berichterstatter über die geistliche Verwaltung) und Sp. 5751–5756.

⁵ Die Rede des Abg. *Oeser* (DDP) in der 25. Sitzung am 6. Juni 1921, in: ebd., Bd. 2, Sp. 1571–1580. *Oeser* betonte, daß seine Fraktion auch weiterhin dazu bereit sei, die Regierung auf eine breite Basis

kommen. *Stegerwald* will eine zweiseitige Vorbereitung. – Das Vorgehen der Reichstagsfraktion wird von dem Referenten bemängelt.⁶

Abg. Dr. **Preuß** macht Mitteilung von [einem] Rundschreiben an die Parteisekretäre, das im Widerspruch mit der Haltung der Reichstagsfraktion steht (Rede Dr. *Petersen*).⁷

Abg. **Barteld** tritt ebenfalls der Haltung der Reichstagsfraktion entgegen.

Abg. **Riedel**: Alles muß auf die Erfüllung des Ultimatums eingestellt werden. Wir sollten positive Vorschläge machen, z. B. Ausnutzung der Wasserkräfte.

Abg. Dr. **Schreiber** empfiehlt Vorsicht in der Frage der Regierungsbildung. – Der Zuschuß zur Justizverwaltung ist mit mehr als 600 Mill. M zu hoch. Der Etat ist nicht hoffnungslos, da die ordentlichen Einnahmen und Ausgaben sich die Waage halten. Ungedeckt sind die außerordentlichen Ausgaben. – Umsatzsteuer und Einkommensteuer werden höhere Beträge bringen. Die Staatssteuer sollte nur auf ungebauten Besitz gelegt werden. – Selbsteinschätzung ist notwendig, ebenso die progressive Steuer. – 8-Studentag in Verbindung mit der Siedlungsfrage. – Die Anliegersiedlung macht Arbeitsplätze frei. – Die Deutschnationalen treiben politischen und wirtschaftlichen Boykott.

Abg. Dr. **Wendorff** wirft die Frage der landwirtschaftlichen Gewerbesteuer auf.

Abg. Dr. **Berndt**: Der städtische Grundbesitz kann nichts mehr tragen. Die Gefangenearbeit muß ertragreicher gestaltet werden. – Die Volkspartei ist kühl zu behandeln.

Abg. Dr. **Gottschalk** bespricht die Frage der Arbeitslosenunterstützung.

Abg. **Hartmann**: Über den 8-Studentag soll man möglichst streng reden; es wird tatsächlich länger gearbeitet. Volkspartei und Sozialdemokratie können nicht in der Regierung zusammenarbeiten.

Abg. **Höpker Aschoff**: Der städtische Grundbesitz kann nicht mehr tragen, nur der nackte Grund und Boden darf herangezogen werden.

Abg. **Hoff** erhebt Bedenken gegen die [...] nach Selbsteinschätzung. Die Schuld der Volkspartei bei der Regierungsbildung ist hervorzuheben.

zu stellen. Allerdings müßte dann »eine sachliche Grundlage für eine derartige Regierungsbildung vorhanden oder geschaffen sein.« Ebd., Sp. 1573.

⁶ Ein Teil der demokratischen Reichstagsfraktion hatte am 10. Mai 1921 gegen die Annahme des Londoner Ultimatums in der Reparationsfrage gestimmt. Vgl. Dok. Nr. 240. Vgl. auch die Vorstandssitzungen der DDP vom 9. Mai und 13. Juni 1921, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 79, S. 181 f., Nr. 81, S. 183–185. In seiner Landtagsrede setzte sich *Oeser* kritisch mit der Reichstagsfraktion auseinander: »Wenn in jeder auswärtigen Frage die Parteien rein parteipolitisch Stellung nehmen und diese Frage von innerpolitischen Gesichtspunkten aus behandeln, so werden wir schwer zu einer stetigen auswärtigen Politik kommen«. Auch könne er, so *Oeser*, der Ansicht nicht zustimmen, »als ob es möglich gewesen wäre, unsere Situation durch Ablehnung dieses Ultimatums zu verbessern.« SBpLT 1921/24, Bd. 2, Sp. 1571–1580, hier Sp. 1574. Andere preußische Demokraten dachten ähnlich. »Die demokratische Partei«, so schrieb Alexander *Dominicus* am 10. Mai 1921 in sein Tagebuch, »zur Hälfte gespalten, zeigt das übelste Bild von allen Parteien. So wenig man jedem einzelnen aus seiner Entscheidung für oder gegen irgendeinen Vorwurf machen kann, so verhängnisvoll ist für eine Partei die Gespaltenheit in einer solchen Frage.« Landesarchiv Berlin, NL Dominicus, E. Rep. 200–41, Nr. 26, S. 9.

⁷ Vgl. die Vertraulichen Mitteilungen der Reichsgeschäftsstelle über die »Die parteipolitische Lage« vom 1. Juni 1921, in: BA Koblenz, R 45 III, Nr. 30, Bl. 79 f., sowie die Rede von Dr. Carl *Petersen* in der 111. Sitzung des Reichstags am 3. Juni 1921, in: SBR 1920/24, Bd. 349, S. 3765–3770.

⁸ Wort unleserlich.

Geschäftsverteilung:

Justiz: Abg. *Kochmann*, *Höpker Aschoff*.⁹ – Ministerium des Innern: Abg. *Nuschke* und *Berndt*.¹⁰ – Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung: Abg. *Riedel* und Dr. *Höpker Aschoff*.¹¹ – Handel und Gewerbe: Dr. *Grund* und *Hartmann*.¹² – Finanzministerium: *Oeser* und *Schreiber*. Staatsschuldenverwaltung: *Wiglow*. – Allgemeine Finanzverwaltung: *Oeser*, *Schreiber*. Preußische Zentral-Genossenschaftskasse, Preußische Staatsbank: *Wiglow*.¹³ – Landwirtschaftliche Verwaltung, Domänenverwaltung, Forstverwaltung, Gestütverwaltung: Dr. *Wendorff*, *Westermann*.¹⁴ – Staatliche Porzellanmanufaktur: *Mackenthun*, *Riedel*.¹⁵ – Ministerium für Volkswohlfahrt: *Hartmann*, *Dönhoff*.¹⁶ Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: Universitäten: *Preuß* und *Gottschalk*.¹⁷ – Höhere Schulen: *Gottschalk*.¹⁸ – Elementarschulwesen: *Kimpel* und

- ⁹ Die DDP vertrat der Abg. *Höpker Aschoff* in der 29. Sitzung am 16. Juni 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 2, Sp. 1896–1915. Vgl. auch die Rede des Berichterstatters Dr. *Berndt* (Stettin) in der 28. Sitzung am 15. Juni 1921, in: ebd., Sp. 1778–1785.
- ¹⁰ Die zweite Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern für 1921, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 600, S. 620 f., fand in der 75., 76., 78. und 84. Sitzung am 25., 29. November, 6. und 15. Dezember 1921 statt. Die DDP vertrat der Abg. Dr. *Berndt* (Stettin) in der 76. Sitzung am 29. November 1921, in: ebd., Bd. 4, Sp. 5038–5051.
- ¹¹ Die zweite Beratung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für 1921, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 660, S. 677–679, fand in der 79. bis 82. Sitzung am 7., 9., 10. und 13. Dezember 1921 statt. Die Rede des Abg. *Riedel* in der 80. Sitzung am 9. Dezember 1921, in: ebd., Bd. 4, Sp. 5606–5626. An Stelle des Abg. Dr. *Höpker Aschoff* sprach in der 81. Sitzung am 10. Dezember 1921 der Abg. *Hartmann*, in: ebd., Sp. 5691–5695.
- ¹² Die zweite Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung für 1921, ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 1040, S. 1146–1154, fand in der 48., 49., 50. und 51. Sitzung am 3., 4., 5. und 6. Oktober 1921 statt. Die Rede des Abg. *Grund* in der 49. Sitzung am 4. Oktober 1921, in: ebd., Bd. 3, Sp. 3342–3360; die Rede des Abg. *Hartmann* in der 51. Sitzung am 6. Oktober 1921 in: ebd., Sp. 3475–3487.
- ¹³ Die zweite Beratung des Haushalts der Zentralgenossenschaftskasse, der Preußischen Staatsbank (Seebehandlung), der Staatsschuldenverwaltung, des Finanzministeriums und der Allgemeinen Finanzverwaltung für 1921, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1610, S. 1815, fand in der 83. und 84. Sitzung am 14. und 15. Dezember 1921 statt. Für die DDP sprach kein Abgeordneter.
- ¹⁴ Die zweite Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1921, ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 1040 zu 3, S. 1147, insgesamt S. 1146f., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1171, S. 1441–1445, fand in der 49. bis 51., in der 78. bis 80. Sitzung am 4. bis 6. Oktober und am 6., 7. und 9. Dezember 1921 statt. Der Haushalt der Domänenverwaltung, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 540, S. 539 f., wurde in der 32. bis 34. Sitzung am 1., 5. und 6. Juli 1921, der Haushalt der Forstverwaltung für 1921, ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 1041, S. 1152–1154, in der 68., 69., 74. und 75. Sitzung am 19., 21., 24. und 25. November 1921 und der Haushalt der Gestütverwaltung, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 650, S. 671 f., in der 67., 68. und 72. Sitzung am 18., 19. und 22. November 1921 in zweiter Lesung beraten. Die Rede des Abg. *Wendorff* zum Haushalt der Domänenverwaltung in der 33. Sitzung am 5. Juli 1921, in: ebd., Bd. 2, Sp. 2197–2208. In seiner Eigenschaft als preußischer Landwirtschaftsminister (Ernennung am 7. November 1921) sprach *Wendorff* in der 67. Sitzung am 18. November 1921 zum Haushalt der Gestütverwaltung, in: ebd., Bd. 3, Sp. 4389–4397; die Rede des Abg. *Westermann* zum Haushalt der Forstverwaltung in der 69. Sitzung am 21. November 1921, in: ebd., Bd. 3, Sp. 4514–4517; die Rede des Abg. *Hartmann* zum Haushalt der landwirtschaftlichen Verwaltung in der 51. Sitzung am 6. Oktober 1921, in: ebd., Sp. 3475–3487.
- ¹⁵ Die zweite Beratung des Haushalts der Staatlichen Porzellanmanufaktur in Berlin für 1921, ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 691, S. 748, fand in der 51. Sitzung am 6. Oktober 1921 statt. Für die DDP sprach kein Abgeordneter.
- ¹⁶ Die zweite Beratung des Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt für 1921, ebd., Nr. 970, S. 1042f., fand in der 76. bis 78. Sitzung am 29. und 30. November und 6. Dezember 1921 statt. Die Reden der Abg. Dr. *Höpker Aschoff* und Frau *Dönhoff* in der 77. Sitzung am 30. November 1921, in: ebd., Bd. 4, Sp. 5252–5257 und Sp. 5302–5308.
- ¹⁷ Die zweite Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für 1921, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1590, S. 1694–1696, fand in der 81. bis 83. Sitzung am 10., 13. und 14. Dezember 1921 statt. Die Reden des Abg. Dr. *Gottschalk* (Gummersbach) in der 81. Sitzung am 10.

Otto.¹⁹ – Staatsministerium und Ministerpräsident: Oeser, Preuß. – Preußischer Landtag: Riedel.²⁰ – Lotterieverwaltung, Münzverwaltung, Oberrechnungskammer: Abg. Wiglow. – Gesetzsamlungsamt: Dr. Höpker Aschoff. – Deutscher Reichs- und Preußischer Staatsanzeiger: Nuschke.²¹

248.

7.6.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 119 f. Beginn: 10.15 Uhr. Ende: 11.40 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: keine Angaben.

Zunächst wird Punkt 3 der Tagesordnung [der Fraktionssitzung: Einbringung von Anträgen und Anfragen] erledigt.

Herrmann erbittet Genehmigung der Fraktion zur Stellung eines Antrags betreffend Übernahme der in den Abtretungsgebieten verbliebenen bzw. der aus diesen Gebieten abgewanderten mittelbaren Staatsbeamten i. R. Es soll zunächst Rücksprache über Abs.2 des Antrags mit der Regierung gepflogen werden.¹

Besprechung einer Kleinen Anfrage **Hartmann**, betreffend Zustände in den Strafanstalten. Genehmigung erteilt.²

Koll. **Wendorff**: Anfrage betreffend Zulassung der Junglehrer zum Studium der Handelsschulen.

Die **Fraktion** stimmt zu.³

Dezember 1921, in: ebd., Bd. 4, Sp. 5704 f. (als Berichterstatter über die geistliche Verwaltung) und Sp. 5751–5756; die Rede des Abg. Dr. *Preuß* in der 82. Sitzung am 13. Dezember 1921, in: ebd., Sp. 5814–5819.

18 Die Rede des Abg. Dr. *Gottschalk* (Gummersbach) zu Provinzialschulkollegien, Prüfungssämter, Höhere Lehranstalten und Turnwesen in der 83. Sitzung am 14. Dezember 1921, in: ebd., Sp. 5893–5900.

19 Zum Lehrerbildungswesen und Volksschulwesen sprach in der 83. Sitzung am 14. Dezember 1921 der Abg. *Herrmann* (Breslau), in: ebd., Sp. 5947–5955.

20 Die zweite Beratung des Haushalts des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten sowie des Preußischen Landtags, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1334, S. 1519, Nr. 1705, S. 1905 f., wurde in der 84. Sitzung am 15. Dezember 1921 verhandelt. Für die DDP meldete sich kein Abgeordneter zu Wort.

21 Zur zweiten Beratung des Haushalts der Lotterieverwaltung, ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 680, S. 725, der Münzverwaltung, ebd., Nr. 681, S. 725, des Gesetzsamlungsamts in Berlin, ebd., Nr. 692, S. 748, und des Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeigers für 1921, ebd., Nr. 693, S. 748, in der 51. Sitzung am 6. Oktober 1921 sowie zur zweiten Beratung des Haushalts der Oberrechnungskammer, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1704, S. 1905, in der 84. Sitzung am 15. Dezember 1921 meldete sich kein Vertreter der DDP zu Wort.

1 Der Antrag ist nicht nachzuweisen. In der laufenden Legislaturperiode wurde dem Landtag jedoch ein Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Unterbringung von mittelbaren Staatsbeamten und Lehrpersonen (Unterbringungsgesetz) vom 30. März 1920, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 14, Nr. 7958, S. 8870 f., vorgelegt und verabschiedet.

2 Kleine Anfrage der Abg. *Hartmann* und Genossen (DDP) über Meutereien in den Strafanstalten, in: ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 468, S. 499. Vgl. auch Dok. Nr. 245.

3 Kleine Anfrage der Abg. Dr. *Wendorff* und Genossen (DDP) über die Zulassung der beschäftigungslosen Junglehrer zum Besuch der Handelshochschule, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 467, S. 498.

Behandelt [wird] Punkt 1 der Tagesordnung [Aufhebung der Familienfideikomisse]. Referent Koll. **Berndt**. Antragsentwurf liegt vor und wird eingehend von Berndt begründet.

Koll. **Oeser** über Entstehungsgeschichte der Verordnung. Bezweifelt die Möglichkeit der Einbringung eines Antrags ohne Verständigung mit unseren Ministern und, ohne Fühlung zu nehmen mit der Zentrumspartei.

Berndt befürchtet die Besprechung gelegentlich der Beratung des Justizetats. Hat auch Fühlung mit Vertreter des Zentrums genommen.

Wendorff: Bedenken wegen innerer Krisis. Verständigung vorher erforderlich. Sicherung des Waldbestandes muß gewährleistet werden, eventuell Überführung des Waldes in Staatsbesitz.

Westermann stimmt *Berndt* zu.

Berndt: Falls [die Frage] beim Justizetat zur Sprache [kommt], soll ich Standpunkt der Fraktion oder nur den meinigen vertreten?

Oeser: Wenn keine Bedenken [bestehen], dann [soll] *Berndt* Standpunkt der Fraktion aussprechen. Frage der Agnaten vorsichtig behandeln.

Berndt: Rechtsansprüche der Agnaten müßten wir anerkennen. Werden Agnaten entschädigt – mit Land – entstehen neue selbständige Existenzen. Siedlungsgedanken!

Fraktion einverstanden: mit Zentrum und Minister Fühlung nehmen und beim Etat unseren Standpunkt vertreten. Zur Agnatenfrage persönlichen Standpunkt darlegen.⁴

Schreiber: Zur Regierungsbildung.⁵ Verliest Absatz aus »Vorwärts«-Leitartikel. Wir müssen unseren abweichenden Standpunkt begründen (Personalfragen). Nur zur Sprache bringen, wenn der sozialdemokratische Etatredner darauf eingeht.⁶

Barteld: Besetzung des Landratsamtes Winsen⁷ nicht, ohne daß Minister Stellung der Fraktion gehört.

Hoff: Über Ältestenausschuß.⁸

⁴ Bei der Beratung des Haushalts für 1921 wurde dieses Problem von den Fraktionsrednern nicht mehr angeschnitten. Der Abg. Dr. *Schreiber* (Halle) ging anlässlich der ersten Beratung des Haushalts in der 26. Sitzung am 7. Juni 1921 nur auf die Siedlungsproblematik ein. Vgl. ebd., Bd. 2, Sp. 1670–1681.

⁵ Vgl. auch Dok. Nr. 245.

⁶ Der VORWÄRTS, Nr. 289, hatte am 20. Oktober 1918 geschrieben: »Deutschland soll – das ist unser fester Wille als Sozialisten – seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letztmal siegreich heimgebracht zu haben.« Der DNVP-Abgeordnete von der *Osten* hatte in der 25. Sitzung am 6. Juni 1921 diese Stelle zitiert, als er den Vorwurf des Sozialdemokraten *Otto Braun*, die Rechtsparteien trügen die Schuld an der Verlängerung des Krieges, zu kontern versuchte. Die Rede *Brauns* in: SBpLT 1921/24, Bd. 2, Sp. 1510–1522, hier Sp. 1511, die Rede von der *Ostens*, in: ebd., Sp. 1530–1541, hier Sp. 1531. *Schreiber* ging in seiner Etatrede in der 26. Sitzung am 7. Juni auf den »Vorwärts«-Artikel nicht mehr ein, kritisierte jedoch *Braun*, weil dieser behauptet habe, die Reichsregierung sei vom Geist des Militarismus und der Revanche erfüllt. Die Rede Dr. *Schreibers*, in: ebd., Sp. 1670–1681, hier Sp. 1670f.; zur Rede *Brauns* vgl. ebd., Sp. 1512f.

⁷ Vgl. Dok. Nr. 247, Anm. 1.

⁸ Gegenstand der Sitzung des Ältestenrats vom 7. Juni 1921, 10.10 bis 11.30 Uhr, waren die vom Vorsitzenden des Staatsrats am 10. Mai 1921 geäußerten Wünsche des Staatsrats nach Reisekostenerstattung, Aufwandsentschädigung und angemessener räumlicher Unterbringung der Staatsratsmitglieder. Die Behandlung dieser Frage wurde in der Sitzung vom 17. Juni 1921 fortgesetzt. Vgl. die Sitzungsprotokolle, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 3.

Über Antrag zum Reichsschulgesetzentwurf.⁹

Beschluß: Die interessierten Kollegen sollen Wortlaut feststellen. Genehmigung der Fraktion erteilt.

Höpker Aschoff bittet, andere Anfrage über Gehälter [zu] fassen.

Nächste Fraktionssitzung. Montag.

249.

14. 6. 1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 120 f. Beginn: 13.00 Uhr. Ende: 13.15 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Oeser.

Das Mitglied des Staatsrats Dr. *Böß*¹ nimmt an der Sitzung teil. Er wird vom **Vorsitzenden** warm begrüßt.

1. Plenum: Die Angelegenheiten sind bereits verteilt.

2. Unter [dem Punkt] Verschiedenes wird die Frage der Regierungsbildung besprochen.² Der Ministerpräsident hat den Vorsitzenden zu einer Rücksprache gebeten.

Abg. **Nuschke** berichtet über Beratungen im Parteivorstand.³ – Er tritt für baldige Erledigung ein, damit wir nicht vom Reich genötigt werden.⁴ Die Sozialdemokraten müssen sich verpflichten, die breite Basis zu machen, sobald sie im Reiche erfolgt sein sollte.

Abg. **Jansen** teilt mit, daß der Parteivorstand mit baldigen Reichstagswahlen rechnet.⁵ – Redner ist für den Standpunkt *Stegerwalds*.

⁹ Große Anfrage der Abg. *Hoff* und Genossen (DDP) über den Entwurf des Reichsschulgesetzes, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 469, S. 499. Die DDP beklagte, daß der Entwurf des Reichsschulgesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung in weiten Teilen der Bevölkerung auf lebhafteste Kritik stoße, weil die »bekenntnismäßige Absonderung der Volksschuljugend« auf die Spitze getrieben worden sei. Sie ersuchte deshalb die Staatsregierung, die Reichsregierung zu veranlassen, den Entwurf zurückzuziehen. Vgl. auch Dok. Nr. 203.

¹ Gustav *Böß* (1873–1946), 1921–1930 Oberbürgermeister Berlins, wegen seiner Verwicklung in den *Sklarek*-Skandal 1930 zum Rücktritt genötigt, 1921–1930 Mitglied des preußischen Staatsrats, 1927 und 1928 zweiter Vizepräsident des Staatsrats, seit 1918 Mitglied der DDP. Vgl. ENGELI, *Böß*; ders., Gustav *Böß*, in: Ribbe, Wolfgang (Hrsg.): *Stadtoberhäupter. Biographien Berliner Bürgermeister im 19. und 20. Jahrhundert* (Berlinische Lebensbilder 7), Berlin 1992, S. 185–201.

² Vgl. auch Dok. Nr. 245.

³ Vgl. die Sitzung des Parteivorstands der DDP vom 13. Juni 1921, in: LINKSLIBERALISMUS, Nr. 81, S. 183–185.

⁴ Erich *Koch* hatte in der Parteivorstandssitzung vom 13. Juni 1921 den Antrag gestellt, »der Vorstand solle beschließen, in Preußen sei für die Neubildung der alten Koalition kein Raum, solange im Reiche keine Klarheit geschaffen sei.« Dieser Antrag traf auf den Widerspruch mehrerer Vorstandsmitglieder. Auch *Nuschke* lehnte diesen Antrag ab und plädierte für eine Erweiterung der preußischen Regierung. *Koch* zog seinen Antrag schließlich wieder zurück. Vgl. ebd., S. 184.

⁵ Der Parteivorsitzende Carl *Petersen* hatte auf der Vorstandssitzung am 13. Juni 1921 ausgeführt, »daß unter der gegenwärtigen Situation die Sozialdemokratische Partei, die sich in ihrem Verhalten von rein parteitaktischen Gründen leiten lasse, es zu einer Auflösung des Reichstags bringen werde«. Ebd., S. 183.

Abg. **Riedel** tritt für den Standpunkt *Stegerwalds* ein. – Das Spielen mit Reichstagswahlen ist gefährlich.

Abg. **Barteld** vertritt denselben Standpunkt.

Abg. **Oeser**: Im Reiche sind Versprechungen gemacht, ohne uns zu fragen. Darin liegen Schwierigkeiten. Gegen Verhandlungen können wir uns nicht wehren. Der Eintritt der Volkspartei darf nicht Vorbedingung sein.

Abg. **Wendorff** bemängelt das Vorgehen der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes und schließt sich den Ausführungen *Oesers* an.

Abg. **Jansen**: *Schiffer* hat kein Versprechen abgegeben.

Abg. **Hartmann** tritt für den Standpunkt *Oesers* ein.

Abg. **Hoff** empfiehlt Zurückhaltung, bis die Verhältnisse im Reiche sich geklärt haben.

Abg. **Schreiber**: Initiative können wir nicht ergreifen, wir können aber auch nicht ausweichen. Stellt die Sozialdemokratie zu weitgehende Bedingungen, so können wir ablehnen.

Abg. Dr. **Preuß**: Die Reichstagswahlen würden unter der Parole: Bürgerblock erfolgen. Das wäre unser Untergang. Die Sozialdemokratie müßte zu einer vernünftigen Politik veranlaßt werden.

Staatsratsmitglied Dr. **Böß**: Das Gerücht über Versprechungen an die Sozialdemokratie, betr. Regierungsbildung in Preußen, ist auf ein Gespräch zwischen *Trimborn*⁶ und Hermann *Müller*⁷ zurückzuführen.

Abg. **Goll**: *Schücking* ist für einen Bürgerblock eingetreten.⁸ Der Weg ist gefährlich. Wir sollen der Volkspartei nicht nachlaufen.

Abg. **Nuschke**: Persönlich: Initiative sollen wir nicht ergreifen.

Vorsitzender: Zunächst sollte *Stegerwald* eine Besprechung der 4 Parteien herbeiführen; aber nicht bis zum letzten für den Eintritt der Volkspartei eintreten.

⁶ Karl *Trimborn* (1854–1921), Oktober/November 1918 Staatssekretär des Reichsamts des Innern, 1919–1921 Vorsitzender der Zentrumsparlei, 1896–1918 Mdr und MdpAH, 1919/1920 MdNatVers, 1920/21 Mdr.

⁷ Hermann *Müller* (1876–1931), 1919–1929 Vorsitzender der SPD, 1919/20 Reichsaußenminister, 1920, 1928–1930 Reichskanzler, 1916–1918, 1920–1931 Mdr.

⁸ Vgl. Dok. Nr. 244.

250.

15. 6. 1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 121 f. Beginn: 11.00 Uhr. Ende: 12.30 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Oeser.

1. Verteilung von Drucksachen.

2. **Minister** berichtet über Verhandlungen, betr. Diäten der Staatsratsmitglieder.¹

Abg. Dr. **Schreiber** regt eine Besprechung mit den republikanischen Landräten an, die heute in Berlin weilen. 8 Uhr im Demokratischen Klub.

Personalpolitik:

Abg. Dr. **Berndt** bespricht die Fälle in Pommern: *Milenz, Höhnen*.²

(Das Mitglied des Staatsrats Herr *Fegter*³ nimmt an der Sitzung teil.)

Minister Dominicus: Regierungspräsident *Haußmann* hat den Fall *Höhnen* wesentlich anders dargestellt. Von dem Regierungspräsidenten wird eine neue Erklärung eingeholt werden. – Der Fall *Milenz* liegt schwieriger. Mangel an Unparteilichkeit. Eine Verlängerung des Provisoriums ist in Aussicht genommen. Es ist zweifelhaft, ob davon aus allgemein parteipolitischen Gründen abgegangen werden kann.

Oeser: Durch die Verfassung ist die Personalpolitik sehr erschwert. Im Fall *Milenz* kommen parteipolitische Interessen in Frage. Unruhen in Neuvorpommern stehen bevor.

Minister Dominicus: Die Sozialdemokratie könnte den Druck überall wiederholen. – Abg. **Jansen** stimmt *Dominicus* zu, bringt den Fall *Rebehn* zur Sprache.⁴ Oberpräsident *Siehr* tritt für *Rebehn* ein.

Minister Dominicus nimmt dazu Stellung: Ministerpräsident *Stegerwald* hat Bedenken. Der Minister wird die Bestätigung nicht empfehlen. Es wird der Versuch gemacht, *Rebehn* anderweitig unterzubringen.

Abg. **Riedel**: *Rebehn* ist durch *Severing* als kommissarischer Landrat bestellt.

Zu dem Fall äußern sich die Abg. **Goll**, Dr. **Wendorff**, Dr. **Berndt**, **Kochmann**, Dr. **Preuß**. Dr. **Preuß** macht grundsätzliche Bemerkung: in Einzelfällen können wir keinen Druck ausüben. Dezentralisation und Qualifikationsbedingungen sind zu erstreben.

Abg. **Barteld** bringt einen Fall aus Hannover zur Sprache.⁵

Minister Dominicus: Die Abtrennung Hannovers kommt in Frage.

¹ Vgl. Dok. Nr. 245.

² Richard *Milenz*, von Beruf Lagerhalter einer Stettiner Konsumgenossenschaft und seit 1919 unbesoldeter Stadtrat in Stettin, war zum Landrat des Kreises Rügen ernannt worden, obwohl sich die Mehrheit des Kreistages aus DNVP, DVP, DDP und Gewerblicher Vereinigung wiederholt gegen seine Ernennung ausgesprochen hatte. Vgl. SBpLT 1921/24, Bd. 3, Sp. 3137. *Milenz*, so vermerkte der preußische Innenminister *Dominicus* in seinem Tagebuch, sei »ein Biedermann«, »ein anständiger Kerl, nur eins ist schade, er ist kein Landrat, sondern ein Gemeindevorsteher.« Landesarchiv Berlin, NL *Dominicus*, E. Rep. 200–41, Nr. 26: Die Reise des Herrn Staatsminister *Dominicus* nach Stettin und Rügen vom 10. bis 12. September 1921, S. 7. Zum Fall *Höhnen* vgl. Dok. Nr. 242 und 243.

³ Jan *Fegter* saß von 1921 bis 1926 und von 1928 bis 1933 sowie 1927 als Stellvertreter für die Provinz Hannover im preußischen Staatsrat. Vgl. LILLA, S. 41.

⁴ Vgl. Dok. Nr. 247.

⁵ Gemeint ist vermutlich der Fall *Bleckwenn*. Vgl. ebd.

Herr **Fegter** äußert sich im Sinne *Bartelds*.

Ebenso: **Hoff**.

Justizetat: Referat Dr. **Berndt**.⁶

Fraktionsredner Dr. **Höpker Aschoff** referiert über seine geplanten Ausführungen.⁷

Dr. **Schreiber** berichtet über den Ältestenausschuß. Die Geschäftslage hat sich geändert: Der Etat wird bis zum 15. Juli nicht erledigt. – Pause vom 15. Juli bis 27. September. – Der Hauptausschuß soll im August zusammentreten.⁸

251.

16. 6. 1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 123 f. Beginn: 10.20 Uhr. Ende: 12.15 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Hoff.

1. Antrag *Riedel-Barteld* – Beamtenrätegesetz.¹

Riedel begründet den Antrag.

Dr. **Böer** macht Bedenken aus praktischen Gesichtspunkten geltend.

Für den Antrag sprechen **Goll** und **Hartmann, Kimpel**.

2. Frage der Entschädigung der Mitglieder des Staatsrats.²

Höpker Aschoff referiert. Staatsratsmitgliedern soll eine Reisekostenentschädigung zu Reise Heimat – Berlin und umgekehrt und Aufwandsentschädigung [gezahlt werden].

Hoff macht Mitteilungen aus dem Ältestenausschuß über diese Sache.³ Die sozialdemokratischen Parteien haben sich mit aller Schärfe gegen eine gleiche Behandlung der Staatsratsmitglieder mit den Mitgliedern des Landtags gewendet. Wohlfahrtsministerium solle aus dem früheren Herrenhaus entfernt werden. Für den Vorsitzenden solle eine Dienstwohnung hergerichtet werden.⁴

⁶ Vgl. auch die Rede des Abg. Dr. *Berndt* (Stettin) als Berichterstatter in der 28. Sitzung am 15. Juni 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 2, Sp. 1778–1785.

⁷ Die Rede des Abg. Dr. *Höpker Aschoff* in der 29. Sitzung am 16. Juni 1921, in: ebd., Sp. 1896–1915.

⁸ Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 15. Juni 1921, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 DI, Nr. 44, Bd. 3.

¹ Antrag der Abg. *Riedel* und Genossen (DDP) auf Verabschiedung eines Beamtenrätegesetzes und die Errichtung einer paritätischen Schiedsinstanz, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 539, S. 538.

² Vgl. Dok. Nr. 245 und 250.

³ Der Ältestenrat stimmte in seiner Sitzung am 17. Juni 1921, 11.10 bis 12.45 Uhr, nicht nur der freien Fahrt zwischen Wohnort und Berlin, sondern auch einer Aufwandsentschädigung von 150 Mark für die Staatsratsmitglieder zu. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 3.

⁴ Der preußische Staatsrat wurde im Gebäude des ehemaligen preußischen Herrenhauses untergebracht. Vgl. die Sitzung des Ältestenrats vom 7. Mai 1921, 12.05 bis 11.40 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 3. Ferner auch Dok. Nr. 181.

Fegter: Wir sind nun die demokratischen Mitglieder. Wir danken für Aufnahme in die Landtagsfraktion. Beziehungen zwischen Staatsrat und Landtag sollen möglichst harmonisch sein. Staatsrat kann Gesetzesvorschläge machen, hat Vetorecht usw. Die Mitglieder sollten deshalb dieselben Rechte und Bezüge haben wie diejenigen des Landtags. Die Unterstützungsmöglichkeiten sind augenblicklich skandalös. Die Mitglieder des Staatsrats sind Volksvertreter. Die Sozialdemokratie ist grundsätzliche Gegnerin des Staatsrats überhaupt. Aber der Staatsrat ist doch nun einmal da. Die demokratische Landtagsfraktion muß dahin wirken, die grundsätzliche Gleichbehandlung der Staatsratsmitglieder zu erlangen. Die Freifahrtkarte muß unter allen Umständen gegeben werden, wie sie früher die Mitglieder des alten Preußischen Landtags innehatten.

Dr. Berndt: Staatsrat kann nicht erste Kammer sein oder werden. Er ist Vertretung der Provinzen. Die Mitglieder sind nicht Vertreter des ganzen Volkes. Die Demokratie würde alleine stehen, wenn sie Anträge im Sinne *Fegters* stellen.

Dr. Grund: Durch den Reichswirtschaftsrat ist [...] ⁵ behandelt worden. Das Herrenhaus setzte früher der Erweiterung der Freikarte für Landtagsabgeordnete schärfsten Widerstand entgegen.

Fegter erwidert und sucht die Einwendungen zu entkräften.

Dr. Böer schließt sich den Ausführungen *Fegters* an. Im Staatsrat sind alle Fraktionen für volle Gleichberechtigung eingetreten.

Dr. Berndt spricht gegen gleiche Entschädigung.

Dr. Grund: 100 M pro Tag, auch für Hin- und Rückfahrt.

Hoff resümiert. Jede Kleinigkeitskrämerei ist vollkommen unangebracht.

Justizetat.⁶

Dr. Höpker Aschoff bespricht die Anträge zum Justizetat.⁷

Den Anträgen des Hauptausschusses soll zugestimmt werden.⁸ Antrag *Katz* (Kommunisten) wird abgelehnt.⁹ Antrag [Nr.] 524 (*Braun-Heilmann*) wird angenommen.¹⁰

⁵ Wort unleserlich.

⁶ Vgl. Dok. Nr. 247.

⁷ Vgl. SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 500, S. 512 f., Nr. 523–525, S. 529, Nr. 528, S. 531, Nr. 531, S. 535, Nr. 537 und 538, S. 538.

⁸ Antrag des Hauptausschusses zu seinem mündlichen Bericht über a) den Haushalt der Justizverwaltung für 1921, b) Anträge: 1. Arbeitslöhne der Gefängnisverwaltungen, 2. Anstellung von Anstaltsärzten, 3. Irrenabteilungen an größeren Strafanstalten, 4. Bildungs- und Schulwesen in den Strafanstalten, 5. persönlicher Verkehr der Leiter größerer Strafanstalten mit den Gefangenen, 6. Mitteilung der Inhaftierung, 7. Eisenbahnsammeltransporte, 8. Feststellung des Körpergewichts jedes Strafgefangenen, 9. Vorwürfe gegen Gerichtsurteile oder richterliche Handlungen, c) Entschließungen: 1. Erlaß eines Reichsstrafvollzugsgesetzes, 2. Aufseherschulen für Beamte an den Straf- und Erziehungsanstalten, 4. Gleichstellung der weiblichen Aufsichtsbeamten mit den männlichen, 5. Wach- und Diensthunde, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 500, S. 512 f.

⁹ Antrag der Abg. *Katz* und Genossen (VKP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Justizverwaltung für 1921, in: ebd., Nr. 531, S. 535. Der Antrag forderte u. a., allen aus politischen Gründen Verurteilten die Strafe zu erlassen und überall den Ausnahmezustand aufzuheben.

¹⁰ Der Antrag der Abg. *Braun* und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Justizverwaltung für 1921, ebd., Nr. 524, S. 529, ersuchte den preußischen Justizminister, die Staatsanwälte aufzufordern, bei Verfolgung von Preßvergehen die Beschädigung von Rotationsmaschinen, die Wegnahme von Maschinenteilen und andere im Pressegesetz nicht vorgesehene Eingriffe in Druckereibetrieben zu unterlassen.

Antrag [Nr.] 525 (*Braun-Heilmann*) wird zum Teil angenommen, zum anderen Teile abgelehnt.¹¹ Antrag [Nr.] 528 ist anzunehmen.¹²

Dr. **Preuß** spricht zu Auswahl der Schöffen und Geschworenen.

Dr. **Berndt**: In Revisionsgerichten sind Laien unmöglich.

Goll spricht gegen allgemein gehaltene Anträge, die gar keinen Zweck haben (Schieber- und Wuchertum).

Dr. **Grund** hat Bedenken gegen einige Anträge.¹³

Kochmann.

252.

17.6.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 124 f. Beginn: keine Angaben. Ende: 13.00 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Oeser.

Der Abg. **Hoff** erhält die Ermächtigung einen Antrag, betr. Kieler Schloß, einzubringen.¹

Plenum:

Justizetat.²

Die Aussprache über Antrag [Nr.] 525, Ziffer 5, wird wieder aufgenommen.³ Eine Abstimmung wird nicht vorgenommen, da die Fraktion schwach besucht ist.

¹¹ Nach dem Antrag der Abg. *Braun* und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Justizverwaltung für 1921 (Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung), ebd., Nr. 525, S. 529, sollten Laienrichter zu allen Gerichten, die in Strafsachen urteilen, hinzugezogen werden. Der Teil, den die DDP ablehnen wollte, bezog sich offenbar auf die von der SPD geforderte Volkswahl der Laienrichter nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht unter Anwendung des Verhältniswahlsystems und Berufung von Außenseitern zu Laienrichtern. Vgl. auch Dok. Nr. 252.

¹² Antrag der Abg. *Braun* und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Justizverwaltung für 1921 (Entschädigung der Schöffen und Geschworenen für entgangenen Arbeitsverdienst), in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 528, S. 531.

¹³ Gemeint ist offenbar der Antrag der Abg. *Esser* und Genossen (Z) zur zweiten Beratung des Haushalts der Justizverwaltung für 1921 (Verfahren wegen Wucher- und Schieberverbrechen), ebd., Nr. 523, S. 529, der eine schnellere Erledigung der Verfahren wegen Wucher- und Schieberverbrechen und die Heranziehung von Sachverständigen der Handels- und Handwerkskammern und der Verbraucherorganisationen in gewerblichen und die Volksversorgung betreffenden Fragen forderte.

¹ Antrag der Abg. *Bayer* (Kiel), *Brecour*, Dr. *Görck*, *Hoff* und Genossen (DNVP, SPD, DVP, DDP) auf Ausnutzung des Kieler Schlosses für Kulturzwecke, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 545, S. 542.

² Vgl. Dok. Nr. 247 und 251.

³ In Ziffer 5 des Antrags der Abg. *Braun* und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Justizverwaltung für 1921 (Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung), SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 525, S. 529, forderte die SPD die Staatsregierung auf, die Reichsregierung zur Vorlage eines Gesetzentwurfs zu veranlassen, der eine Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung bezwecken sollte. Danach sollten »hervorragend befähigte und praktisch erfahrene Personen aus allen Kreisen des Volkes durch Ablegung der Gerichtsassessorprü-

Punkt 10 der Tagesordnung [Zweite Beratung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1921 – Justizverwaltung, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 500, S. 512 f.] wird ohne Erörterung angenommen werden.

Über die Besprechungen zwischen [den] Fraktionen [des Reichstags und des Preußischen Landtags] und [dem] Parteivorstand berichtet Abg. **Schreiber**, nachdem zuvor Dr. **Grund** über einen im Auftrage der Fraktion entworfenen Antrag zum Straßenhandel und zur Erhöhung der Hausiersteuer gesprochen hat. Zu letzterem Punkte wird der Entwurf einem Ausschuß zur anderweitigen Fassung überwiesen.⁴

Sodann begründet Abg. **Barteld** einen weiteren Antrag auf Einrückung der Beamten in planmäßige Stellen:

Die **Fraktion** ist damit einverstanden.⁵

Abg. Dr. **Gottschalk** behandelt einen Zusatz der DVP zu einem sozialdemokratischen Antrag wegen baldiger Trennung von Staat und Kirche, der dahingeht, daß dabei die Stellung und Bedeutung der Kirche für das Volks[...]⁶ voll berücksichtigt werden.

Es soll versucht werden, auf die DVP einzuwirken, den Antrag zurückzustellen.

Nunmehr berichtet Dr. **Schreiber** über die gestrige gemeinsame Sitzung zwischen je 3 Vorstandsmitgliedern der Fraktionen [des Reichstags und des Preußischen Landtags] und den demokratischen Ministern. Reichstagsfraktion ist der Meinung, daß die preußische Regierung nicht umgebildet werden könne, ehe die Reichsregierung fest gebildet sei, was erst bei den Steuervorlagen möglich sein werde. Hierbei sei die Bildung der Regierung breiter Mitte wahrscheinlich, eine Neuwahl zum Reichstag sei zu vermeiden. Im übrigen habe die Reichstagsfraktion einen Ausschuß gebildet, der Steuervorlagen oder Gegenvorschläge zu den Regierungsvorlagen auszuarbeiten habe.

Der Vorsitzende **Oeser** ergänzt die Ausführungen. Ähnliche Besprechungen sollten häufiger stattfinden.

Zur Sache sprechen Abg. **Nuschke**, **Kochmann**, Dr. **Preuß**.

Abg. **Wiglow** berichtet über eine Sache rein formaler Bedeutung im Rechnungsausschuß; **Fraktion** tritt seiner Auffassung bei.

Um 12 Uhr wird die Sitzung um eine halbe Stunde vertagt, um die Beschlüsse des Ältestenrats entgegenzunehmen.⁷ Vertagung bis 30. Juni hat der Ältestenausschuß beschlossen; der Justizetat soll heute zum Abschluß gebracht werden einschließlich der Abstimmungen.⁸

Über den Staatsrat berichtet weiter Abg. **Hartmann**, daß – wenn die Reichstagsdiäten auf 2500 M monatlich erhöht werden – die Tagegelder auf 150 M festgesetzt werden

fung die Befähigung zum Richteramt erlangen können, auch wenn sie den bisher vorgeschriebenen Ausbildungsgang nicht durchgemacht haben.«

⁴ Diese Initiative mündete am 7. Juli 1921 in den Antrag der Abg. **Oeser** und Genossen (DDP) über die Bekämpfung der Auswüchse des Hausier- und Straßenhandels, in: ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 699, S. 751.

⁵ Antrag der Abg. **Barteld** (Hannover) und Genossen (DDP) über die Anwärterdienstzeit der Beamten, in: ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 555, S. 549.

⁶ Wortteil unleserlich.

⁷ Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 17. Juni 1921, 11.10 bis 12.45 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 3.

⁸ Die zweite Beratung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1921 – Justizverwaltung, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 500, S. 512 f., konnte erst in der 32. Sitzung am 1. Juli 1921 abgeschlossen werden.

müssen. Den Mitglieder des Staatsrats sollen Freifahrkarten vom Wohnort nach Berlin bewilligt werden. Der Vorsitzende des Staatsrats soll eine Aufwandsentschädigung nicht erhalten.⁹

253.

30.6.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 126. Beginn: keine Angaben. Ende: 13.15 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Jansen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Abg. **Barteld** macht Mitteilung über die Nachprüfung der Ausführungsbestimmung zum Lehrerdienststeinkommengesetz.¹

Plenum:

1. Erweiterung der Stadt München-Gladbach.²

Die **Fraktion** wird dem Gesetzentwurf zustimmen.

2. Justizverwaltung.³

Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe.⁴

Die **Fraktion** wird gegen den Antrag stimmen, da diese Frage innerhalb der Justizreform erledigt werden müsse.

Antrag [Nr.] 561.⁵

Es soll mit dem Geheimrat *Finkelburg* Rücksprache genommen [werden].

⁹ Zur Forderung nach Diäten für Mitglieder des Staatsrats vgl. Dok. Nr. 245 und 246. Der Gesetzentwurf der Regierung über die Reisekosten und die Aufwandsentschädigung für die Mitglieder und den Präsidenten des Staatsrats, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 727, S. 831 f., sah für den Präsidenten des Staatsrats neben Freifahrt und Tagegeld eine jährliche Aufwandsentschädigung von 12 000 M vor. Ebd., S. 831.

¹ Die Ausführungsbestimmungen zum Volksschullehrer-Dienststeinkommengesetz, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 649, S. 646–671, wurden in der 38. Sitzung am 12. Juli 1921 dem Ausschuß für Beamtenfragen überwiesen und in der 79. Sitzung am 7. Dezember 1921 nach den Ausschußbeschlüssen, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1588, S. 1683–1692, angenommen.

² Der Gesetzentwurf, betreffend Erweiterung des Stadtkreises München-Gladbach, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 430, S. 322–331, war in der 26. Sitzung am 7. Juni 1921 in erster Lesung beraten und dem Gemeindeausschuß überwiesen worden. Die zweite und dritte Lesung des Gesetzentwurfs fand in der 31. Sitzung am 30. Juni 1921 statt.

³ Vgl. auch Dok. Nr. 247, 251 und 252.

⁴ Die Abschaffung der Todesstrafe hatten am 15. Juni 1921 die Kommunisten im Antrag der Abg. *Katz* und Genossen (VKP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Justizverwaltung für das Rechnungsjahr 1921, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 531, S. 535, in Ziffer II, am 16. Juni die Unabhängigen Sozialdemokraten im Antrag Dr. *Cohn* und Genossen (USPD), ebd., Nr. 537, S. 538, in Punkt 2 e, und am 17. Juni die Sozialdemokraten im Antrag *Braun* und Genossen (SPD), ebd., Nr. 556, S. 549, gefordert.

⁵ Antrag der Abg. *Braun* und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Justizverwaltung für das Rechnungsjahr 1921 (Reform des Strafvollzuges), in: ebd., Nr. 561, S. 551.

Abg. **Nuschke** berichtet über Besprechungen der Geschäftsordnungskommission über Maßnahmen gegen renitente Abgeordnete. Es liegt ein Antrag auf Ausschließung bis zur Dauer von 4 Wochen vor unter Entziehung der Diäten und des Freifahrtscheins. Widerspruch wird nicht erhoben.⁶

Abg. **Jansen** bringt die Frage der Erhöhung der Diäten auf 2500 M monatlich zur Sprache, die im Reichstag angeregt ist.

Die **Fraktion** wird bei der Reichstagsfraktion ernste Bedenken gegen einen solchen Antrag erheben. Die Landtagsfraktion wird sich einem solchen Vorgehen nicht anschließen.

Abg. **Barteld** erhält die Ermächtigung zur Einbringung einer Kleinen Anfrage, betr. Urlaub von Beamten.⁷

254.

1.7.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 127. Beginn: 11.20 Uhr. Ende: 12.15 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Hoff.

Vom Vorstand niemand anwesend.

Abstimmung zum Justizetat:¹

Dr. **Höpker Aschoff** macht einige Mitteilungen. Die einzelnen Anträge werden nochmals klargelegt.

Plenum:

Zum Gesetzentwurf – Zusammenlegung Steinkohlenfelder – wird Dr. *Höpker Aschoff*, zum Gesetzentwurf – Verpflichtung des Knappschaftsvereins Saarbrücken – *Kochmann* sprechen.²

Domänenverwaltung.³

Dr. **Wendorff**: Er gibt einen Überblick über seine Etatrede.⁴

⁶ Vgl. Dok. Nr. 244.

⁷ Kleine Anfrage der Abg. *Barteld* (Hannover) und Genossen (DDP) über die Befreiung von Beamten, Angestellten und Arbeitern vom Dienst behufs Übernahme öffentlicher Ehrenämter, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 599, S. 619.

¹ Vgl. auch Dok. Nr. 247, 251, 252 und 253.

² Der Gesetzentwurf über die Vereinigung von Steinkohlenfeldern im Oberbergamtsbezirk Dortmund, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 530, S. 532–535, und der Gesetzentwurf, betreffend Übernahme von Verpflichtungen des Saarbrücker Knappschaftsvereins in Saarbrücken gegenüber dem Knappschaftlichen Rückversicherungsverband in Charlottenburg durch den Preussischen Staat, ebd., Nr. 551, S. 544–546, wurden in der 32. Sitzung am 1. Juli 1921 in erster Lesung ohne Debatte dem Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen.

³ Vgl. auch Dok. Nr. 247.

⁴ Die Rede des Abg. Dr. *Wendorff* in der 33. Sitzung am 5. Juli 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 2, Sp. 2197–2208.

Eingebracht werden sollen zwei Anträge zum Domänenetat: Übereignender Grundbesitz.⁵ – 10 Millionen zu Siedlungszwecken – Ein direkter Antrag soll von Dr. *Berndt* und Dr. *Wendorff* formuliert werden. Selbstbewirtschaftung der Domänen. Eine Kleine Anfrage, Seehospiz Norderney betreffend, soll eingebracht werden.⁶ Eine Kleine Anfrage Kurator Königsberg.⁷

255.

4.7.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 127 f. Beginn: keine Angaben. Ende: 13.15 Uhr. Protokollführer: *Dönhoff*. Vorsitz: *Schreiber*.

Verteilung von Drucksachen.

Tagesordnung: Plenum.

Punkt 1–5 erledigt.¹

[Punkt] 6 [Zweite Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern für 1921, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 600, S. 620 f.]. Ministerium des Innern.²

Abg. *Goll* teilt mit, daß Mißstimmung über das Ministerium des Innern vorhanden sei.

Abg. *Berndt* gibt Mitteilungen aus dem Ausschuß.³

⁵ Antrag der Abg. Dr. *Wendorff* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Domänenverwaltung für 1921 (Erhöhung der Summe der außerordentlichen Einnahmen in Tit. 10), in: ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 622, S. 635; desgl. (Überlassung der pachtfrei werdenden Domänen an gemeinnützige Siedlungsgesellschaften), in: ebd., Nr. 623, S. 636.

⁶ Kleine Anfrage der Abg. Frau *Dönhoff* (DDP) über die Gewährung eines Darlehens zur Wiederinstandsetzung des Seehospizes Kaiserin Friedrich in Norderney für erholungsbedürftige Kinder, in: ebd., Nr. 629, S. 638.

⁷ Kleine Anfrage der Abg. Dr. *Wendorff* und Genossen (DDP) über die Schaffung einer hauptamtlichen Kuratorstelle an der Universität Königsberg, in: ebd., Nr. 625, S. 636.

¹ Anhand der Sitzungsprotokolle des Preußischen Landtags lassen sich die Tagesordnungspunkte nicht mehr eindeutig zuordnen.

² Die zweite Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern für 1921 sollte in der 33. Sitzung am 5. Juli 1921 stattfinden, wurde aber von der Tagesordnung abgesetzt. Sie fand schließlich in der 75., 76., 78. und 84. Sitzung am 25., 29. November, 6. und 15. Dezember 1921 statt. Die DDP vertrat der Abg. Dr. *Berndt* (Stettin) in der 76. Sitzung am 29. November 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 4, Sp. 5038–5051. Vgl. auch Dok. Nr. 247.

³ Vgl. die Verhandlungen des Hauptausschusses über den Haushalt des Ministeriums des Innern für 1921, in: SBpLT 1921/24, Hauptausschuß, 13. bis 19. Sitzung vom 18. bis 25. Juni 1921. – Der preußische Innenminister *Dominicus* vermerkte unter dem 21. Juni 1921 in seinem Tagebuch: »Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern im Haushaltsausschuß dauert schon zwei Tage. Meine 1½stündige Antwort auf die Anschuldigungen der SPD und USPD gipfelt in der Notwendigkeit eines einheitlichen Verwaltungsbeamtenstandes. Diese Ausführungen rufen meinen Amtsvorgänger *Severing* auf den Plan, was, wie ich fürchte, zu erheblichen Verschärfungen der Situation Anlass geben wird.« Am 25. Juni 1921: »Nach 7 Tagen wird glücklich der Haushalt des Ministeriums des Innern in dem Haushaltsausschuß unverändert angenommen. Im letzten Moment nochmals Vorstoss der SPD zur Beseitigung des Verbots der parteipolitischen Betätigung in der Schupo, der aber abgeschlagen wird.« Landesarchiv Berlin, NL *Dominicus*, E. Rep. 200–41, Nr. 26, S. 31 f.

Abg. **Grund** berichtet über seine Eindrücke im Ausschuß. Der Minister hat einen üblen Erwerb [sic] übernommen. Es besteht die Gefahr eines neuen Rechtsputsches, von Schlesien aus. *Aulock*⁴ und *Jagow*⁵ sind mit im Spiele.

Abg. **Hoff** bringt Verhältnisse der Sicherheitspolizei zur Sprache.

Abg. **Riedel** bespricht den Fall des Landrats in Schlochau, wo ein Zentrumsanhänger Landrat wurde, der 7 Stimmen erhielt, gegen 17 Stimmen für einen Demokraten. Das Zentrum treibt rücksichtslose Machtpolitik.⁶

Abg. **Wiglow** äußert sich zu *Jagow* und dem Landrat in der Westprieignitz.⁷

Minister **Dominicus**: *Jagow* wird überwacht. Im Falle *Willigmann* ist eine Anordnung vom Ministerium nicht ergangen. In Schlochau ist die Entscheidung erfolgt auf Antrag des Regierungspräsidenten. – Der Minister bespricht die Angelegenheit der Schutzpolizei.⁸ – Die Schutzpolizei hat militärische Aufgaben. Der Selbstschutz in Oberschlesien hat Verdienste. Gefahren aber sind hier vorhanden. Der Selbstschutz kann nicht aufgelöst werden, da ein neuer politischer Aufstand möglich sei. Die Beratung des Etats muß Freitag unterbrochen werden, da der Minister nach Schlesien reisen muß.⁹

Abg. **Grund** weist noch einmal auf die Gefahr eines Rechtsputsches von Oberschlesien aus hin.

⁴ Hubertus v. *Aulock* (1891–1979), preußischer Offizier (Oberleutnant), führte 1918/19 das nach ihm benannte Freikorps, das 1920 beim *Kapp-Lüttwitz*-Putsch und 1921 bei den Kämpfen in Oberschlesien aktiv wurde. Im November 1921 wurde sein Freikorps verboten. Im Zweiten Weltkrieg war v. *Aulock* Generalmajor d.R.

⁵ Traugott v. *Jagow* (1865–1941), Jurist, 1895 Landrat in West-Prignitz (Perleberg), 1909–1916 Polizeipräsident von Berlin, 1916–1919 Regierungspräsident von Breslau (nominell, da im Kriegsdienst – Vertretung durch Amtsvorgänger), 1920 von *Kapp* zum preußischen Innenminister ernannt, 1921 Verurteilung wegen Hochverrats zu 5 Jahren Festung, 1925 begnadigt.

⁶ Im Kreis Schlochau wurde der Zentrumspolitiker Wilhelm *Happ* zum Landrat gewählt. *Happ* war bereits 1920 kommissarischer Landratsamtsverwalter in Schlochau. Von 1930 bis 1933 amtierte er als Regierungspräsident in Breslau. Vgl. PPS, Bd. 11/II, S. 593.

⁷ Der Regierungspräsident von Potsdam, Frank *Schleusener* (DDP), hatte den Landrat der Westprieignitz, Karl *Willigmann*, aufgefordert, sich in der Form der parteipolitischen Betätigung größere Zurückhaltung aufzuerlegen. Vgl. die Kleine Anfrage Nr. 197 der Abg. *Siering* und Genossen (SPD) über das an den Landrat *Willigmann* ergangene Verbot der Teilnahme an politischen Versammlungen, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 577, S. 556. Ferner auch Innenminister *Dominicus* in der 17. Sitzung des Hauptausschusses am 23. Juni 1921, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 32 h, adh. 1, Bd. 8, hier S. 20; sowie den Vertreter des Staatsministeriums, Regierungsassessor Dr. *Delbrück*, in der 37. Sitzung am 8. Juli 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 2, Sp. 2402 f.

⁸ Die »grüne«, d.h. grünuniformierte Schutzpolizei Preußens entstand 1920 aus der Verschmelzung der »grünen« Sicherheitspolizei mit der »blauen« Ordnungspolizei. Die Sicherheitspolizei war 1919 zur Bekämpfung innerer Unruhen und Aufstände ins Leben gerufen worden, mußte jedoch auf Druck der Alliierten nach der Konferenz von Spa vom Juli 1920 aufgelöst werden. Vgl. GÖTZ, S. 401–407; SEVERING, Bd. 1, S. 312–317.

⁹ Vgl. dazu die Tagebucheinträge des preußischen Innenministers *Dominicus* vom 8. und 9. Juli 1921, in: Landesarchiv Berlin, NL Dominicus, E. Rep. 200–41, Nr. 26, S. 38–42.

256.

6.7.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 128 f. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.30 Uhr. Protokollführer: Dönhoff und unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Tagesordnung:

Plenum:

Ministerium des Innern.¹

Abg. **Berndt** referiert über die Verhandlungen im Hauptausschuß.

Zur Frage der Kreisblätter sprechen die Abg. **Höpker Aschoff**, **Nuschke**. Der dazu vorliegende Antrag wird wahrscheinlich in eine Entschließung umgewandelt werden.²

Abg. **Nuschke** referiert über die Schutzpolizei. Die Kosten sind nicht genau zu überschauen; ca. 4 Milliarden.³

Berndt über Selbstschutz in Oberschlesien. Bedenken gegen seine Aufrechterhaltung.⁴ Aussprache wird zurückgestellt bis Minister *Dominicus* anwesend ist.

Abs. 2 e: **Nuschke**. Zentrumsantrag. Man muß zustimmen. Regierung einverstanden.⁵

Abs. 3 I und II soll angenommen werden.⁶

Frage der Ostjuden wird erörtert (**Nuschke**). Internierungslager Stargard. Über dieses soll im Beisein von Minister *Dominicus* verhandelt werden. Arbeiterfürsorge für Ostjuden. Dieser sucht auf stillem Wege weiter zu bringen [sic]. Amtlicherseits sollen dieser keine Schwierigkeiten gemacht werden.

Berndt formuliert die ungefähr zu machenden Ausführungen. [Abs. 3] III⁷ zustimmen,

¹ Vgl. Dok. Nr. 247 und 255.

² Absatz 2 c des Antrags des Hauptausschusses, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 600, S. 620 f., hier S. 620, forderte das Staatsministerium auf, alle noch bestehenden Verträge mit privaten Zeitungen, die diese zu alleinigen amtlichen Publikationsorganen für Kreise oder Regierungsbezirke machen, zum nächst möglichen Termin zu kündigen.

³ Zum Problem der Schutzpolizei vgl. den Ausschußantrag Absatz 2 d I, ebd., S. 620; ferner Dok. Nr. 255.

⁴ Der Antrag des Hauptausschusses forderte in Absatz 2 d III, das Verbot der Orgesch auf das Strengste durchzuführen und auf alle gleichgerichteten Selbstschutzorganisationen auszudehnen. SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 600, S. 620 f., hier S. 620.

⁵ Nach Abs. 2 e des auf eine Initiative des Zentrums zurückgehenden Ausschußantrags, ebd., S. 620 f., sollte den Landesschutzbeamten, denen auf Erlaß des Innenministers zum 1. April 1921 gekündigt worden war, mit denen aber dreijährige, beiderseits unkündbare Dienstverträge bis Ende 1922 abgeschlossen worden waren, ein Ersatz für den Umzug in ihren Dienstort bzw. eine Entschädigung für die Führung eines doppelten Haushalts nachträglich gezahlt werden. Ferner sollte ihnen nach Möglichkeit die Einstellung in geeignete Staatsstellungen oder wenigstens die Einreihung in die Anwärterlisten garantiert werden.

⁶ Nach Abs. 3 I sollten dem Staatsministerium Anträge unterbreitet werden, nach dem das Paßwesen neu geordnet werden sollte, um der Bevölkerung Zeitverluste zu ersparen; nach Abs. 3 II sollte das Reich möglichst bald ein einheitliches Fremdenrecht erhalten. In der Zwischenzeit sollte Preußen die Bestimmungen für Ausländer beseitigen, die als unzweckmäßig und kulturwidrig angesehen werden könnten. Ebd., S. 621.

⁷ Nach Abs. 3 III sollte an den Beratungen der Finanzminister der Länder mit den zuständigen Reichsministerien über eine Reform des Steuerwesens auch das Ministerium des Innern als Aufsichtsbehörde der Gemeindeverwaltungen teilnehmen. Ebd.

[Abs. 3] IV Abs. 1⁸ zustimmen. Abs. 2.⁹ (**Nuschke** legt die Absichten dieser auf einem alten Zentrumsantrag fußenden Antragsätze dar.)¹⁰

Hierzu sprechen **Schreiber, Goll, Berndt**.

Goll spricht gegen die frühe Polizeistunde.

Getrennte Abstimmungen beantragen, Abs. 2 ablehnen. Abs. 3¹¹ ablehnen, mit Motivierung. Abs. 4¹² Antrag stellen, letzten Satz streichen. Abs. 5¹³ ablehnen mit Motivierung.

[Abs. 3] V.¹⁴ Rechtliche Sachlage will Koll. **Höpker Aschoff** nachprüfen.

Beschluß vertagt.

[Abs.] 4 [Eingaben]. Entsprechend der Kommissionsfassung erledigt.¹⁵

Besprechung der Tagesordnung.

Zu 5 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Bewilligung weiterer Staatsmittel für die Erweiterung und Einschleusung des Fischereihafens zu Geestemünde, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 611, S. 629–631]¹⁶. **Barteld** soll die Fraktion im Ausschuß in dieser Frage vertreten.

Zu 8.¹⁷ **Wendorff** zu a. Namentliche Abstimmung soll nicht beantragt werden.

⁸ Nach Abs. 3 IV Abs. 1 sollte der Ausbau der »Deutschen Zentralpolizeistelle zur Bekämpfung unzüchtiger Schriften, Abbildungen und Inserate« mit einem besonderen Haushaltsplan unverzüglich in Angriff genommen werden. Ebd.

⁹ Nach Abs. 3 IV Abs. 2 sollte bei der Bekämpfung der Mißstände im Kabarett, Konzertkaffee und Varieté, bei denen eine Vorprüfung durch die Verfassung ausgeschlossen ist, der § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts Anwendung finden. Ebd. § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts von 1794 lautete: »Die nöthigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Rechte, Sicherheit und Ordnung, und zur Abwendung der dem Publico, oder einzelnen Mitgliedern desselben, bevorstehenden Gefahr zu treffen, ist das Amt der Polizey.« ALLGEMEINES LANDRECHT FÜR DIE PREUSSISCHEN STAATEN VON 1794. Mit einer Einführung von Hans Hattenhauer, Berlin⁷ 1996, S. 626.

¹⁰ Vgl. die Kleine Anfrage des Abg. Dr. **Faßbender** (Z) über die Bekämpfung des Schmutzes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, vom 3. März 1920, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 6, Nr. 2064, S. 3063, sowie den Antrag der Abg. Dr. **Faßbender** und Genossen (Z) zur dritten Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern für 1920 (Bekämpfung der Unsittlichkeit), vom 11. Januar 1921, in: ebd., Anlagen, Bd. 14, Nr. 3994, S. 7428.

¹¹ Nach Abs. 3 IV Abs. 3 sollte der Jugendschutz durch ein preußisches Landesgesetz bald geregelt werden. Vgl. SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 600, S. 620 f., hier S. 621.

¹² Nach Abs. 3 IV Abs. 4 sollten Rummelplätze als dauernde Einrichtungen beseitigt werden und der Polizei Geld für Eintrittskarten für solche Schaustellungen zur Verfügung gestellt werden, die keine eigenen Polizeilogen besitzen. Ebd.

¹³ Nach Abs. 3 IV Abs. 5 sollte die Polizei angewiesen werden, »genaue Kontrolle darüber auszuüben, ob die von der Filmprüfstelle zugelassenen Lichtspielstreifen entsprechend den geforderten Ausmessungen auch tatsächlich laufen und ob von den Jugendlichen Ausweise überall gefordert und geprüft werden, die ihre Berechtigung zum Besuche der Vorstellungen dartun«. Ebd., H.i.O.

¹⁴ Nach Abs. 3 V sollte das Staatsministerium aufgefordert werden, schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der in Niederschlesien eine sofortige Neuwahl des Provinzialrates und der Bezirksausschüsse vorsieht. Die Neuwahl sollte nach den Grundsätzen der Verhältniswahl erfolgen. Ebd.

¹⁵ Ebd., S. 621.

¹⁶ Der Gesetzentwurf wurde in der 34. Sitzung am 6. Juli 1921 dem Hauptausschuß überwiesen.

¹⁷ Anhand der Sitzungsprotokolle des Preußischen Landtags kann der Tagesordnungspunkt 8 nicht mehr eindeutig zugeordnet werden.

Zu 8 b.

Berndt: Gemeindeverfassung Wunsch einheitlich zu gestalten. Aufhebung der Gutsbezirke.¹⁸ Selbstverwaltung aufrecht erhalten und gestärkt (Finanzverwaltung!). Aufhebung des Bestätigungsrechts der Beamten, zum mindesten Versehen der Nichtbestätigung mit Gründen. Landräte entpolitisiert? Bedenken. Provinzielle Autonomie. Besetzung höherer Beamtenposten. Letzte Entscheidung [soll] dem Staat verbleiben. Bessere Gehälter für Landräte. Oberpräsident soll nicht in der Einstufung unter den provinziellen höchsten Militärbeamten stehen. Abbau der Bezirksinstanz. Vereinfachung der Verwaltungsarbeit. Konferenzen der höheren Instanz mit der niederen zur Erschwerung des Schriftverkehrs. Verwaltungsgerichtsbarkeit unabhängig machen. Grundsätzliche Änderung des Disziplinalgesetzes. Aufhebung des Ausnahmezustandes Schutzpolizei (Anstellung, politische Betätigung). Personalfragen.

Debatte über Koll. *Berndts* Ausführungen auf morgen vertagt.

Minister **Dominicus** gibt Anregungen.

Höpker Aschoff zu geschäftlichen Mitteilungen.

Jansen: Zum Diätengesetz des Reichstags.¹⁹ Reichstagsfraktion wird zustimmen – Reichstag geht morgen in Ferien. Reichskanzler wird noch sprechen.²⁰ Finanzprogramm. Reichstag tritt vom 6.-10. 9. zusammen. Grund hierfür.

Barteld: Zuziehung preußischer Abgeordneter zur Beratung des Ortsklassengesetzes.²¹ Abgeordnete der bestimmten Gebiete abwechselnd [hin]zuziehen.

Fraktion einverstanden.

¹⁸ Zur Aufhebung der Gutsbezirke vgl. MÖLLER, *Parlamentarismus*, S. 473–490; SCHULZE, Braun, S. 576 f.

¹⁹ Am 7. Juli 1921 wurde im Reichstag die Diätenvorlage in allen drei Lesungen ohne Debatte verabschiedet. Danach erhielten die in Berlin wohnenden Reichstagsabgeordneten eine monatliche Zulage von 500 Mark und eine Kommissionszulage von 20 Mark, die übrigen Abgeordneten eine monatliche Zulage von 1000 Mark und eine Kommissionszulage von 35 Mark täglich. Vgl. DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 1921/II, S. 24.

²⁰ Die Rede des Reichskanzlers Dr. *Wirth* in der 132. Sitzung am 6. Juli 1921, in: SBR I. WP 1920/24, Bd. 350, S. 4467B–4473B.

²¹ Der Gesetzentwurf, betr. das Ortsklassenverzeichnis, wurde am 14. Dezember 1921 in erster Lesung vom Reichstag beraten und an den Beamtenausschuß überwiesen. Die Vorlage wurde am 15. Dezember ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen. Vgl. DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 1921 /II, S. 306 f.

257.

7.7.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 129 f. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.15 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Schreiber.

Der Tagung der demokratischen Frauen in Eisenach wird ein Begrüßungstelegramm gesandt werden.¹

Ein Antrag *Oeser*, *Grund*, betr. Hausier- und Straßenhandel, wird eingebracht.²

Plenum:

Punkte 1–7 [P. 1: Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die vorläufige Regelung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1921, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 672, S. 695–718; P. 2: Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Ermächtigung des Staatsministeriums zur Feststellung der Beendigung des Kriegszustandes, ebd., Nr. 652, S. 673; P. 3: Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Witten, ebd., Nr. 670, S. 683–687; P. 4: Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Staatsverträge zwischen Thüringen und Preußen über das gemeinschaftliche Landgericht in Meiningen vom 28. Mai/18. Juni 1921 und über den Anschluß thüringischer Gebietsteile an den Landgerichtsbezirk Erfurt und den Oberlandesgerichtsbezirk Naumburg a.S. vom 15./20. Juni 1921, ebd., Nr. 671, S. 688–694; P. 5: Beratung des Antrages der Abgeordneten Dr. von *Krause* und Genossen (DVP) über den Büsumer Hafenanbau, ebd., Nr. 137, S. 153, Nr. 674, S. 719; P. 6: Beratung des Antrages der Abg. *Ludwig* (Hagen) und Genossen (USPD) über die Instandsetzung der Hafenanlage in Friedrichskoog, ebd., Nr. 178, S. 169, Nr. 675, S. 719; P. 7: Erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetzsamml. S. 152) sowie des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 23. April 1906 (Gesetzsamml. S. 159) und einiger sonstiger Vorschriften des kommunalen Abgabenrechts, ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 683, S. 727–737] erledigt.

Punkt 8 [Besprechung der Großen Anfrage Nr. 17 der Abg. *Siering* und Genossen (SPD) über allgemeine Kündigungen von Heuerlings-Pachtverträgen in Westfalen und im Regierungsbezirk Osnabrück, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 240, S. 215]: Kündigung von Heuerlings-Pachtvertretungen in Westfalen.

Fraktionsredner *Barteld*.³

Abg. **Schreiber** weist auf eine Pächterbewegung in Westfalen hin.

Punkt 19 [Große Anfrage Nr. 33 der Abg. *Braun* und Genossen (SPD) über die fachliche Durchbildung der Anwärter des höheren Justiz- und Verwaltungsdienstes, ebd., Nr. 379, S. 282]: Große Anfrage über die Durchbildung der Anwärter des höheren Justiz- und Verwaltungsdienstes. Fraktionsredner Abg. *Preuß*.⁴

¹ Vgl. DER DEMOKRAT, 28, 14.7.1921, S. 546–550.

² Antrag der Abg. *Oeser* und Genossen (DDP) über die Bekämpfung der Auswüchse des Hausier- und Straßenhandels, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 699, S. 751. Vgl. auch Dok. Nr. 252.

³ Die Rede des Abg. *Barteld* (Hannover) in der 36. Sitzung am 7. Juli 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 2, Sp. 2387–2392.

⁴ Die Große Anfrage wurde in der 37. Sitzung am 8. Juli 1921 besprochen und dem Unterrichtsausschuß überwiesen. Nach der Rede des der DDP nahestehenden preußischen Kultusministers *Becker*, ebd., Bd. 2, Sp. 2444 f., meldete sich kein Vertreter der DDP mehr zu Wort.

An der Tagung der Beamten der besetzten Gebiete am 18. und 19. Juli werden die Abg. *Jansen* und *Gottschalk* teilnehmen.

An den Beratungen über die Ortsklasseneinteilung werden die Abgeordneten für ihre Provinz teilnehmen.⁵

Diätenvorlage: Antrag *Siering* auf Gleichstellung mit dem Reichstag.

Die **Fraktion** hat Bedenken.⁶

258.

8.7.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 130. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.15 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Schreiber.

Plenum:

Punkt 5 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über Änderung a) der Verordnung, betreffend ein vereinfachtes Enteignungsverfahren, vom 11. September 1914, b) des Gesetzes, betreffend die Bekanntmachung landesherrlicher Erlasse durch die Amtsblätter, vom 10. April 1872, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 684, S. 737–739]. – Unbedenklich. Vertreter Abg. *Höpker Aschoff*.¹

Punkt 6 [Fortsetzung der zweiten Beratung und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über den Staatsvertrag, betreffend den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 105, S. 122–145, Nr. 447, S. 357–360 (Antrag des Hauptausschusses), Nr. 676, S. 720 (Mitteilung des preußischen Ministerpräsidenten)]. – Unbedenklich.

Punkt 7 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Bewilligung weiterer Staatsmittel für die Erweiterung und Einschleusung des Fischereihafens zu Geestemünde, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 611, S. 629–631, Anlagen, Bd. 2, Nr. 690, S. 748 (Antrag des Hauptausschusses)].² Geestemünde. Annehmen.

Punkt 8 [Fortsetzung der Besprechung der Großen Anfrage Nr. 17 der Abg. *Siering* und Genossen (SPD) über allgemeine Kündigungen von Heuerlings-Pachtverträgen in Westfalen und im Regierungsbezirk Osnabrück, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 240, S. 215]. Erledigt.

Punkt 9 [Besprechung der Großen Anfrage Nr. 33 der Abg. *Braun* und Genossen (SPD) über die fachliche Durchbildung der Anwärter des höheren Justiz- und Verwal-

⁵ Vgl. Dok. Nr. 256.

⁶ Der Antrag wurde am 13. Juli 1921 als Gemeinschaftsantrag der Abg. *Braun*, Dr. Dr. *Porsch*, *Winkler*, Dr. von *Krause*, *Leid*, *Oeser* und Genossen (SPD, Z, DNVP, DVP, USPD, DDP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Ergänzung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder und des Präsidenten des Preußischen Landtags (Nr. 260), eingebracht. Vgl. SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 794, S. 901. Mit diesem Antrag sollten durch entsprechende Teuerungszuschläge die Diäten der Landtagsabgeordneten denen der Reichstagsabgeordneten angepaßt werden. Vgl. auch Dok. Nr. 256.

¹ Der Gesetzentwurf wurde in der 37. Sitzung am 8. Juli 1921 in erster Lesung verhandelt und dem Rechtsausschuß überwiesen. Für die DDP ergriff kein Abgeordneter das Wort. Vgl. auch Dok. Nr. 256.

² Vgl. auch Dok. Nr. 256.

tungsdienstes, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 379, S. 282]. Justizreform. Vertreter Abg. *Preuß*.³

Punkt 10 [Besprechung der Großen Anfrage Nr. 38 der Abg. *Hoff* und Genossen (DDP) über den Entwurf des Reichsschulgesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Absatz 2 der Reichsverfassung, betreffend Bekenntnis- und Weltanschauungsschulen, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 469, S. 499, in Verbindung damit Beratung des Antrags der Abg. Frau *Kunert* und Genossen (USPD) über den Wegfall des Religionsunterrichts in den Schulen, ebd., Nr. 460, S. 491]. Reichsschulgesetz.⁴ Berichterstatter: *Hoff*.⁵ 2. Redner: Abg. *Gottschalk*.⁶

Besprechung der Diätenfrage.⁷

Eine Besprechung der Angelegenheit im Ältestenrat wird stattfinden.⁸ – Die **Fraktion** wird ihren ablehnenden Standpunkt im Ältestenrat zum Ausdruck bringen. Sollten wir in demselben überstimmt werden, so wird die Fraktion ihre abweichende Meinung nach außen nicht in Erscheinung treten lassen. In diesem Sinne werden die Vertreter Dr. *Höpker Aschoff* und *Jansen* instruiert.

Ein Antrag, betr. Selbstbewirtschaftung der Domänen, soll nicht eingebracht werden.

³ In der Debatte in der 37. Sitzung am 8. Juli 1921 ergriff der Abg. Dr. *Preuß* nicht mehr das Wort. Die Anfrage wurde dem Unterrichtsausschuß überwiesen.

⁴ Die Große Anfrage der DDP wurde zusammen mit dem Antrag der USPD in der 38. Sitzung am 12. Juli 1921 sowie in der 53. und 55. Sitzung am 11. und 13. Oktober 1921 verhandelt. Vgl. auch Dok. Nr. 248. Am 7. Juli 1921 begann im Reichstag die erste Lesung des von Reichsinnenminister Erich *Koch* (DDP) ausgearbeiteten Reichsschulgesetzentwurfs. Nach dem Entwurf sollte die Gemeinschaftsschule Regelschule sein, während Bekenntnisschulen und bekenntnisfreie oder weltliche Schulen als Antragsschulen vorgesehen waren. Der Religionsunterricht sollte in der Gemeinschaftsschule ordentliches Lehrfach bleiben. Vgl. auch Dok. Nr. 203. Die erste Lesung wurde am 23. und 24. Januar 1921 fortgesetzt und die Vorlage dem Bildungsausschuß des Reichstags überwiesen. Da eine Einigung in der Frage der Bekenntnisschule nicht gefunden werden konnte, stellte der Ausschuß am 6. Dezember 1923 die weitere Beratung der Vorlage ein. Vgl. GRÜNTAL, S. 114–144.

⁵ Die Rede des Berichterstatters *Hoff* in der 38. Sitzung am 12. Juli 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 2, Sp. 2497–2513.

⁶ Der Abg. *Gottschalk* meldete sich nicht zu Wort. Die DDP vertraten der Abg. *Kimpel* in der 53. Sitzung am 11. Oktober 1921 und der Abg. *Hoff* in der 55. Sitzung am 13. Oktober 1921. Vgl. ebd., Bd. 3, Sp. 3665–3679 und Sp. 3729–3735.

⁷ Vgl. Dok. Nr. 256 und 257.

⁸ In der Sitzung des Ältestenrats vom 12. Juli 1921, 12.10 bis 13.20 Uhr, wurde beschlossen, den Antrag auf Erhöhung der Aufwandsentschädigung der Abgeordneten mit allen drei Beratungen auf die Tagesordnung der Sitzung des folgenden Tages zu setzen. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 3.

259.

12.7.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 131. Beginn: 12.00 Uhr. Ende: 13.45 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

1. Diätenfrage:¹

Beschluß nach Abstimmung: Unter nochmaliger Erklärung unseres Standpunktes und des Wunsches, daß die Diätenerhöhung erst nach den Ferien einsetzen möge, wollen wir Zustimmung und Unterschrift geben. Abstimmung der **Fraktion**: Annahme mit allen gegen drei Stimmen.

Anschließend Erörterung über Änderung der Geschäftsordnung (Ausschließung störender Abgeordneter).²

Im Ältestenausschuß werden uns *Schreiber* und *Höpker Aschoff* vertreten.³

2. Plenum.

Punkt 4 [Beratung der Ausführungsbestimmungen zum Volksschullehrer-Dienstleistungsgesetz, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 649, S. 646–671, in Verbindung damit Beratung der Ausführungsbestimmungen zum Beamtendienstleistungsgesetz, ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 726, S. 789–830].

Otto berichtet über bisherigen Verlauf. Kompetenzkonflikt zwischen Ausschuß und Ministerpräsident.

Bei der vom Ausschuß vorausgesehenen Sitzung ab 6.9. soll *Otto* uns vertreten, für die Beamten *Riedel*. *Kimpel* vertritt die Fraktion im Hauptausschuß (Beratung des Kultusetats).

Punkt 5 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Förderung der Ansiedlung, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 708, S. 779–781]: Überweisung an Siedlungsausschuß.

Punkt 9 [Beratung des Antrags der Abg. *Rüffer* und Genossen (DNVP) über die Milderung der Wohnungsnot, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 90, S. 99, Anlagen, Bd. 2, Nr. 685, S. 739–746 (Ausschußantrag)]: Beschluß, so wie vorliegt, zustimmen.⁴

[Punkt] Nr. 10 [Besprechung der Großen Anfrage Nr. 38 der Abg. *Hoff* und Genossen (DDP) über den Entwurf des Reichsschulgesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Absatz 2 der Reichsverfassung, betreffend Bekenntnis- und Weltanschauungsschulen, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 469, S. 499]. Referent: **Hoff** und **Kimpel**.⁵

¹ Vgl. Dok. Nr. 256–258.

² Vgl. auch Dok. Nr. 244.

³ Vgl. Dok. Nr. 258.

⁴ Der Ausschußantrag (Nr. 685) sah vor, der Wohnungsnot in stärkerem Umfang als bisher durch Neubauten zu begegnen und zu diesem Zweck die für 1922 geplanten Bewilligungen schon für 1921 zu genehmigen. Gleichzeitig sollten weitere Mittel zur Förderung des Wohnungsbaus durch die Reichsregierung bewilligt und der Bau von Wohnungen unter Verwendung der Überteuerungszuschüsse durch Kreise und Gemeinden veranlaßt werden. Der Antrag wurde in der 38. Sitzung am 12. Juli 1921 angenommen.

⁵ Vgl. auch die Rede des Berichterstatters *Hoff* (DDP) in der 38. Sitzung am 12. Juli 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 2, Sp. 2497–2513.

[Punkt] Nr. 11 [Beratung des Antrags der Abg. Frau *Kunert* und Genossen (USPD) über den Wegfall des Religionsunterrichts in den Schulen, ebd., Nr. 460, S. 491].

Otto berichtet. 3 Anfragen liegen vor. Reihenfolge Anfrage der DNVP. Dann DDP. Zuletzt SPD.⁶ Neue Entscheidung des Ministers *Becker*. Sie hebt Entscheidung des Ministers *Haenisch* auf. Wir könnten uns daraufhin sehr kurz fassen. **Otto** legt Tendenz und Inhalt seiner Ausführungen im Plenum dar. – Große Anfrage kann Ausschuß überwiesen werden.⁷ Jetzt nachdem der Minister entschieden [hat], nicht mehr nötig. Empfehlenswert gegen eventuellen gestellten Antrag auf Überweisung an Ausschuß stimmen.

Ferner berichtet **Gottschalk**.

Otto vertritt uns auch in der Debatte.⁸

3. Verschiedenes.

Besetzung der Ausschüsse.

Kollege **Riedel**: Die Fraktion muß bei allen Ausschußsitzungen vertreten sein. Vorsorge für Besetzung des Hauptausschusses. Morgen Bericht von *Riedel* über Notetat⁹ und *Goll* über Kommunalabgabengesetz.¹⁰

Gottschalk berichtet über Tagung der Philologen. Antrag auf Schaffung einer 2. Landesturnanstalt im Westen (Köln).

Falls keine materiellen Bedenken bestehen, soll *Goll* Antrag stellen.¹¹

2 Stunden vor Plenum morgen zusammentreten.

Höpker Aschoff gibt Arbeitsplan bekannt.

⁶ Die Großen Anfragen Nr. 2, Nr. 10 und Nr. 57 der Abg. Frau *Lehmann* und Genossen (DNVP), *Otto* (Charlottenburg) und Genossen (DDP) und *Braun* und Genossen (SPD) über die Vorgänge an der Fürstin-Bismarck-Schule in Charlottenburg, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 77, S. 95, Nr. 193, S. 174 f., Nr. 715, S. 783, wurden in der 55. und 84. Sitzung am 13. Oktober und 15. Dezember 1921 verhandelt. Im Kollegium der Fürstin-Bismarck-Schule zu Charlottenburg war es im Februar 1920 durch das Auftreten zweier Studienräte, die dem Bund Entschiedener Schulreformer angehörten, zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Im März 1921 veranlaßte Kultusminister *Haenisch* (SPD) die Versetzung des Schuldirektors und dreier Lehrerinnen. *Becker*, der *Haenisch* im April im Amt folgte, hob die Verfügungen seines Vorgängers im Juni wieder auf. Vgl. auch Dok. Nr. 228.

⁷ Gemeint ist die Große Anfrage Nr. 38 der Abg. *Hoff* und Genossen (DDP) über den Entwurf des Reichsschulgesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Absatz 2 der Reichsverfassung, betreffend Bekenntnis- und Weltanschauungsschulen, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 469, S. 499, die in der 38. Sitzung am 12. Juli 1921 sowie in der 53. und 55. Sitzung am 11. und 13. Oktober 1921 verhandelt wurde.

⁸ Die Reden des Abg. *Otto* (Charlottenburg) in der 84. Sitzung am 15. Dezember 1921, in: ebd., Bd. 4, Sp. 6123–6127 (als Antragsteller) und Sp. 6165–6167.

⁹ Der Gesetzentwurf, betreffend die vorläufige Regelung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1921, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 672, S. 695–718, Anlagen, Bd. 2, Nr. 742, S. 842 (Ausschußantrag), war in der 36. Sitzung am 7. Juli 1921 in erster Lesung beraten und an den Hauptausschuß verwiesen worden. Die zweite und dritte Beratung des Nothaushalts fanden in der 39., 40. und 41. Sitzung am 13., 14. und 15. Juli 1921 statt.

¹⁰ Die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetzsamml. S. 152) sowie des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 23. April 1906 (Gesetzsamml. S. 159) und einiger sonstiger Vorschriften des kommunalen Abgabenrechts, ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 683, S. 727–737, Nr. 753, S. 852–873 (Ausschußantrag), fanden in der 39. und 40. Sitzung am 13. und 14. Juli 1921 statt.

¹¹ Antrag der Abg. Dr. *Gottschalk* (Gummersbach) und Genossen (DDP) auf Errichtung einer Zweiganstalt der Landesturnanstalt in Köln, in: ebd., Nr. 755, S. 874.

260.

13.7.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 132 f. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.10 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

I. Plenum:

Punkt 2 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die vorläufige Regelung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1921, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 672, S. 695–718]. Gesetzentwurf, betreffend die vorläufige Regelung des Haushaltsplanes.¹

Riedel berichtet über die Verhandlungen im Ausschuß.² In bezug auf etwaige politische Aussprache empfiehlt Riedel Zurückhaltung. Es müsse aber zum Ausdruck gebracht werden, bedauerlich sei, daß es wieder zu einem Notetat gekommen sei. Dringlichkeit und Notwendigkeit der Ausgaben soll noch geprüft werden. In bezug auf Regierungsbildung soll betont werden, daß eine bürgerliche Regierung nicht bestehe, daß es jedenfalls nicht unsere Schuld sei, wenn die Regierungsbildung auf breiter Basis nicht zustande gekommen sei.³

Debatte soll erst am 14. Juli erfolgen.

Punkt 1 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetzsamml. S. 152) sowie des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 23. April 1906 (Gesetzsamml. S. 159) und einiger sonstiger Vorschriften des kommunalen Abgabenrechts, ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 683, S. 727–737, Nr. 753, S. 852–873 (Ausschußantrag)]. Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes.⁴

Goll berichtet.⁵ Es wurden 70 Anträge gestellt.⁶

Neuerungen sind:

1. Gemeinden [haben] das Recht, Gebühren zu erheben. So bemessen, daß Kosten die Einnahmen nicht übersteigen.
2. Auch das Bauen von Kleinwohnungen mit Beiträgen belegt. Nur Arbeitgeber heranzuziehen, die 30 Arbeiter beschäftigen.
3. Beitragsgemeinschaften vorgesehen. Unsere Vertreter haben zugestimmt.
4. Wohnungsluxussteuer. Von der Steuer befreit auf Räumen, die zu ehrenamtlicher Tätigkeit nötig sind.
5. Gemeindevertretung soll Steuerausschuß bestimmen.

Alle Anträge der Regierung als Material überwiesen.

Dr. **Schreiber** mit Änderung in § 9⁷ einverstanden, fragt aber, ob nicht Arbeitgeber, die selbst stark zur Beseitigung der Wohnungsnot beitragen, auszunehmen sind.⁸

¹ Vgl. auch Dok. Nr. 257.

² Vgl. den Ausschlußantrag, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 742, S. 842.

³ Zur Regierungsbildung vgl. Dok. Nr. 240, 242–245 und 249.

⁴ Vgl. Dok. Nr. 257.

⁵ Vgl. auch die Rede des Abg. *Goll* in der 39. Sitzung am 13. Juli 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 2, Sp. 2604–2606.

⁶ Während der Ausschlußberatungen. Vgl. die Rede *Golls*, ebd., Sp. 2606.

⁷ Nach der Ausschlußfassung des § 9 des Gesetzentwurfs zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes sollten zu Beiträgen für den Bau von Kleinwohnungen nur Arbeitgeber herangezogen werden dürfen,

Jansen: Das wurde im Ausschuß abgelehnt.

Schreiber: Einschränkungen des § 9 sollen noch im besonderen Antrag erzielt werden.

Goll spricht sich dagegen aus.

Schreiber verlangt, daß Redner im Plenum sich für Änderung ausspricht: Arbeitgeber, die in letzter Zeit gebaut haben, sind befreit. Termin: 1. Januar 1919.

Die **Fraktion** spricht sich im Sinne *Schreibers* aus.⁹

Dr. **Preuß** äußert Bedenken hinsichtlich der Wohnungsluxussteuer.¹⁰

Fraktion will aber zustimmen.

II. Erhöhung der Diäten:¹¹

Schreiber berichtet. Die Kommunisten lehnen ab wegen der Behandlung durch die anderen Parteien. Ohne Kommunisten wollte man nicht einbringen. Heute soll neu verhandelt werden. Haltung der Kommunisten wird für Partei nicht maßgebend sein.

III. Antrag Oeser.¹² Einbringung unbedenklich.

IV. Fideikommission.¹³

Dr. **Berndt.** Sofortige Auflösung. Entschädigung der Agnaten. Agnaten zum Teil arm, z. T. an Unterernährung leidend. Berndt spricht sich für den Schutz dieser wirtschaftlich Schwachen aus. Die großen Landkomplexe sind möglichst zu verkleinern. Es werden Bauerngüter, nicht Parzellen entstehen. Hier ist praktische Siedlungspolitik zu betreiben. Berndt bittet Antrag stellen zu dürfen auf angemessene Entschädigung der Agnaten.

Dr. **Wendorff:** Rechtliche und wirtschaftliche Bedenken – bezweifelt, daß Bauerngüter entstehen – will aber keinen abweichenden Antrag stellen.

Fraktion ermächtigt Dr. *Berndt*, Antrag in dem angegebenen Sinne zu stellen.¹⁴

die in der Gemeinde mehr als 30 Arbeitnehmer beschäftigten. Die Arbeitgeber sollten auch zu Beitragsgemeinschaften zusammengelegt werden können. Vgl. ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 753, S. 852–873, hier S. 854.

⁸ Dies forderte das Zentrum in dem am 13. Juli 1921 eingebrachten Änderungsantrag der Abg. Dr. *Horster* und Genossen zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes (Nr. 683, 753), in: ebd., Nr. 774, S. 888.

⁹ Vgl. die Rede *Golls* in der 39. Sitzung am 13. Juli 1921, in: ebd., Bd. 2, Sp. 2604–2606, hier Sp. 2606.

¹⁰ Nach § 16 a des Gesetzentwurfs zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (Regierungsvorlage) sollten die Gemeinden befugt sein, von Wohnungen, die im Verhältnis zur Zahl der Bewohner und zur Zweckbestimmung der Räume als übergroß angesehen werden konnten, eine Wohnungsluxussteuer zu erheben. Nach den Ausschlußbeschlüssen sollten die Räume für dienstliche, berufliche oder gewerbliche Zwecke oder solche, die zur ehrenamtlichen öffentlichen Tätigkeit notwendig waren, von der Steuer befreit sein. Auch sollte die Steuer den Betrag der auf den steuerpflichtigen Teil der Wohnung entfallenden Miete oder des Mietwerts nicht übersteigen. Ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 753, S. 852–873, hier S. 855.

¹¹ Vgl. Dok. Nr. 256–259.

¹² Gemeint ist die Kleine Anfrage der Abg. *Oeser* und Genossen (DDP), betr. die Durchführung des Krüppelfürsorgegesetzes, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 785, S. 896, die Auskunft erbat über den Stand der Vorbereitungen für die Einbringung eines Notgesetzes, das den Provinzialverbänden und den Stadt- und Landkreisen die nötigen Mittel für 1921 zur Verfügung stellen sollte.

¹³ Vgl. auch Dok. Nr. 248.

¹⁴ Der Antrag der Abg. Dr. *Berndt* (Stettin) und Genossen (DDP) auf Aufhebung der Familienfideikommission, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 788, S. 897, ersuchte das Staatsministerium, »die sofortige Aufhebung der Familienfideikommission anzuordnen« und »den Agnaten eine angemessene Abfindung zuzubilligen, welche bei Landfideikommissionen, soweit nicht im Einzelfalle zwingende wirtschaftliche Notwendigkeiten entgegenstehen, in Land zu erfolgen hat.«

261.

14.7.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 134 f. Beginn: keine Angaben. Ende: 13.20 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Schreiber.

Tagesordnung:

Plenum.

Punkte 1–5 [P. 1: Fortsetzung der dritten Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetzsamml. S. 152) sowie des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 23. April 1906 (Gesetzsamml. S. 159) und einiger sonstiger Vorschriften des kommunalen Abgabenrechts, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 683, S. 727–737, Nr. 753, S. 852–873 (Ausschußantrag), Nr. 791–793, S. 898–900; P. 2: Erste, zweite und dritte Beratung des Antrags der Abg. *Braun*, Dr. Dr. *Porsch*, *Winckler*, Dr. von *Krause*, *Leid*, *Oeser* und Genossen (SPD, Z, DNVP, DVP, USPD, DDP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Ergänzung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder und des Präsidenten des Preussischen Landtags vom 23. April 1921 (Nr. 260), ebd., Nr. 794, S. 901; P. 3: Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über den Staatsvertrag, betr. den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich, ebd., Nr. 707, S. 756–779, Nr. 768, S. 882–886 (Ausschußantrag); P. 4: Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Staatsverträge zwischen Thüringen und Preußen über das gemeinschaftliche Landgericht in Meiningen vom 28. Mai/18. Juni 1921 und über den Anschluß thüringischer Gebietsteile an den Landgerichtsbezirk Erfurt und den Oberlandesgerichtsbezirk Naumburg a. S. vom 15./20. Juni 1921, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 671, S. 688–694, Anlagen, Bd. 2, Nr. 767, S. 881; P. 5: Fortsetzung der Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die vorläufige Regelung des Haushaltsplans für 1921, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 672, S. 695–718, Anlagen, Bd. 2, Nr. 742, S. 842 (Ausschußantrag)] erledigt.

Notetat.

Abg. *Wendorff* tritt für Einsetzung des Ost- und Westfonds ein. (Antrag [Nr.] 744¹). Die Behauptung im Antrag [Nr.] 787², der Oberpräsident von Ostpreußen³ sei gegen die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes, ist unzutreffend.

Antrag [Nr.] 744: [Fraktion] wird zustimmen.

Antrag [Nr.] 782:⁴ (Betr. Orgesch),

¹ Antrag der Abg. *Rhiel* (Fulda) und Genossen (Z) auf Bereitstellung von Mitteln zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den westlichen und östlichen Provinzen, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 744, S. 843.

² Der Antrag Dr. *Meyer* (Ostpreußen) und Genossen (VKP) zur dritten Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushaltsplans für 1921 (Nr. 672, 742), ebd., Nr. 787, S. 896, forderte das Staatsministerium auf, bei der Reichsregierung auf sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes hinzuwirken.

³ Oberpräsident von Ostpreußen war von 1920 bis 1932 Ernst *Siebr* (DDP).

⁴ Der Antrag der Abg. *Leid* und Genossen (USPD) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushaltsplans für 1921 (Nr. 672, 742), SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 782, S. 892, forderte den preussischen Innenminister auf, den Erlaß vom 26. Juni 1921 über die Zulässigkeit der Selbstschutz-Organisationen, die sich von der Organisation *Escherich* losgesagt hatten, aufzuheben und die Bildung und den Bestand Orgesch-ähnlicher Organisationen unmöglich

Antrag [Nr.] 759:⁵ (Vorstoß gegen *Dominicus*) Über den Antrag wird namentlich abgestimmt werden.

Antrag [Nr.] 752:⁶ – Die **Fraktion** stimmt zu (Umwandlung von Försterstellen in Forstsekretärstellen).

Antrag [Nr.] 758:⁷ (Aufhebung des Belagerungszustandes),

[Antrag Nr.] 781:⁸ [desgl.],

[Antrag Nr.] 787:⁹ [desgl.],

[Antrag Nr.] 331:¹⁰ (Rote Fahne),

[Antrag Nr.] 334:¹¹ (Flugblätter): [Zu Nr. 331 und 334] Keine Stellungnahme.

[Antrag Nr.] 456:¹² (Aufhebung der Sanktionen) – Die **Fraktion** wird dazu eine Erklärung abgeben.¹³

Abg. **Goll** bittet, auf die Schädigung Preußens durch die Sanktionen hinzuweisen. – Steuerfreiheit der Wiedergutmachungsfonds. Der Erklärung des Finanzministers wird zugestimmt.

Minister **Dominicus** äußert sich zu den Anträgen [Nr.] 758, 781, 787. – In Sachsen ist der Belagerungszustand zum größten Teil aufgehoben. – In Ostpreußen sei die Aufhebung noch nicht möglich. Zu den Anträgen [Nr.] 759 und 782 bemerkt der Minister, daß sein Erlaß vom 26. Juni 1921 einwandfrei sei.

zu machen. Der Antrag wurde am 14. Juli ersetzt durch den gleichgerichteten Antrag *Leid* und Genossen (USPD) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die vorläufige Regelung des Haushaltsplans für 1921 (Nr. 672, 742), ebd., Nr. 807, S. 907. Zur Orgesch vgl. Dok. Nr. 176, 192, 194, 205 und 237.

⁵ Der Antrag der Abg. *Braun* und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushaltsplans für 1921 (Nr. 672, 742), SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 759, S. 877, forderte wie schon der Antrag der USPD (Nr. 782) die Aufhebung des Erlasses vom 26. Juni 1921. Vgl. Anm. 4.

⁶ Der Antrag der Abg. *Ebersbach* und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushaltsplans für 1921 (Nr. 672, 742), ebd., Nr. 752, S. 852, betraf die Umwandlung von 631 Försterstellen in Forstsekretärstellen.

⁷ Antrag der Abg. *Braun* und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushaltsplans für 1921 (Nr. 672, 742) (Aufhebung des Belagerungszustandes), ebd., Nr. 758, S. 876, forderte die unverzügliche Aufhebung des Belagerungszustandes.

⁸ Der Antrag der Abg. *Leid* und Genossen (USPD) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushaltsplans für 1921 (Nr. 672, 742), ebd., Nr. 781, S. 892, forderte das Staatsministerium auf, bei der Reichsregierung die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in Ostpreußen zu bewirken. Vgl. dazu auch EIMERS, S. 355, 360f.

⁹ Der Antrag Dr. *Meyer* (Ostpreußen) und Genossen (VKP) zur dritten Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushaltsplans für 1921 (Nr. 672, 742) (Aufhebung des Belagerungszustandes), SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 787, S. 896, forderte die Aufhebung des Belagerungszustandes in allen Landesteilen.

¹⁰ Große Anfrage Dr. *Meyer* (Ostpreußen) und Genossen (VKP) über die Beschlagnahme der »Roten Fahne«, in: ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 331, S. 265.

¹¹ Große Anfrage Nr. 47 der Abg. Dr. *Meyer* (Ostpreußen) und Genossen (VKP) über Beschlagnahme von Flugblättern der Kommunistischen Partei durch den Polizeipräsidenten in Berlin, in: ebd., Nr. 534, S. 537.

¹² Große Anfrage Nr. 37 der Abg. Dr. *Deerberg* und Genossen (DNVP) über die Aufhebung der sogenannten Sanktionen und der rheinischen Zollgrenze, in: ebd., Nr. 456, S. 488.

¹³ Vgl. die Rede des Abg. *Riedel* in der 41. Sitzung am 15. Juli 1921, in: ebd., Bd. 2, Sp. 2887–2900, hier Sp. 2889f.

Abg. **Herrmann**: Die schlesische Organisation sei eine Selbstschutzorganisation. – Antrag [Nr.] 782 wendet sich an die verkehrte Adresse.

Wir werden einen Antrag bringen und gegen [Nr.] 759 stimmen.¹⁴ – Antrag [Nr.] 782 wird abgelehnt.

Abg. Dr. **Preuß** weist hin auf eine Rechtsrichtung im Kultusministerium.

Abg. **Otto** bestätigt, daß Vorsicht angebracht sei.

Antrag [Nr.] 784¹⁵ wird abgelehnt.

Punkt 7 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Förderung der Ansiedlung, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 708, S. 779–781, Nr. 762, S. 878, in Verbindung mit der zweiten Beratung a) der Rechnungen über die Verwendung des Zwischenkredits, der zur Errichtung von Rentengütern gewährt worden ist, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 195, S. 176–184, Anlagen, Bd. 2, Nr. 762, S. 878, und b) des Antrages der Abg. Dr. *Schreiber* (Halle) und Genossen (DDP) über die Erhöhung der Mittel für Zwischenkredite zur Förderung der Bildung von Rentengütern, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 282, S. 238, Anlagen, Bd. 2, Nr. 762, S. 878]: Siedlungswesen. [...]^{16,17}

Abg. **Otto** erhält die Ermächtigung [zu] einer Kleinen Anfrage.¹⁸

¹⁴ Der Antrag der Abg. Dr. *Schreiber* (Halle) und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushaltsplans für 1921 (Nr. 672, 742), ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 808, S. 908, ersuchte das Staatsministerium, gegen Umgehungen der Bekanntmachung der Reichsregierung über die Auflösung der Orgesch, soweit sie vorliegen würden, vorzugehen. Auch sollte das Staatsministerium auf die Reichsregierung einwirken, die Bekanntmachung vom 26. Juni 1921 »nachdrücklichst und schleunigst« gegenüber allen Selbstschutzorganisationen, die die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdeten, durchzusetzen.

¹⁵ Der Antrag der Abg. *Braun*, *Leid* und Genossen (SPD, USPD) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushaltsplans für 1921 (Nr. 672, 742), ebd., Nr. 784, S. 895, forderte die Beseitigung der Internierungslager für Ausländer.

¹⁶ Im Original erneut: »Siedlungswesen«.

¹⁷ Dieser Tagesordnungspunkt wurde in der 41. Sitzung am 15. Juli 1921 verhandelt.

¹⁸ Kleine Anfrage der Abg. *Otto* (Charlottenburg) und Genossen (DDP) über die Vorlage eines Gesetzentwurfs, betr. den Schutz der Natur und der Heimat, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 815, S. 913.

262.

27. 9. 1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 135. Beginn: 14.00 Uhr. Ende: 16.30 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Oeser.

Tagesordnung:

Politische Lage.

Oeser teilt mit, daß er sich mit der Reichstagsfraktion wegen gemeinsamen Vorgehens in der Regierungsbildung in Verbindung gesetzt habe.¹ Eine gemeinsame Sitzung wird heute 16.30 Uhr im Reichstag stattfinden. Der Vorsitzende berichtet über die Regierungsbildung. Die Besprechung verlief ergebnislos, ließ aber bereits ein Einlenken der Sozialdemokratie erkennen. Weitere Besprechungen haben beim Reichskanzler stattgefunden. Der Vorsitzende hat außerdem den Reichspräsidenten besucht, der sich voll auf unseren Boden gestellt hat.

Minister **Fischbeck** meint, daß es sich zur Zeit nur um die Frage handle, ob Preußen in der Regierungsbildung vorangehe.

Die Sitzung wird abgebrochen, um an der Besprechung im Reichstag teilzunehmen.

Entschuldigt: Abg. *Riedel*.

¹ Zur Regierungsbildung vgl. Dok. Nr. 260. Ferner auch Dok. Nr. 240, 242, 244, 245 und 249. »Am vorigen Freitag«, so vermerkte Innenminister *Dominicus* am 26. September 1921 in seinem Tagebuch, »erklärte *Stegerwald* in der Sitzung des Staatsministeriums, »nachdem nunmehr in Görlitz die SPD ihren vorjährigen Casseler Beschluss über das Verbot der Zusammenarbeit mit der DVP aufgehoben hat, würde er in der nächsten Woche energisch die Bildung der neuen Regierung in Preußen von der DVP bis zur SPD in die Hand nehmen. Von dem Reichspräsidenten *Ebert* sei ihm dabei mitgeteilt worden, dass die SPD als *conditio sine qua non* die Überlassung des Innen- und des Justizministeriums beanspruche.« Schon bei dieser Mitteilung habe ich den Eindruck, dass *Stegerwald* bereit sei, dem Wunsche der SPD nachzugeben, schon aus dem persönlichen Grunde heraus, dass er auf diese Weise sein Ministerpräsidium rettet.« Am Abend teilte *Schiffer* dem Innenminister mit, daß die Koalitionsverhandlungen mit der SPD weitgehend abgeschlossen seien. »Die morgigen Verhandlungen in den Fraktionen werden, wie ich fürchte, an diesem Ergebnis nicht mehr viel ändern, da ja leider sich hierbei wieder zeigt, wie entscheidend für alle politischen Beschlüsse im letzten Moment die politische Macht, d. h. die Stimmenzahl der Fraktion, ist.« Landesarchiv Berlin, NL *Dominicus*, E. Rep. 200–41, Nr. 26, S. 48 f. Auf dem Kasseler Parteitag vom Oktober 1920 hatte sich die SPD gegen eine Zusammenarbeit mit einer nicht eindeutig prorepublikanischen Partei ausgesprochen. Dagegen war auf dem Görlitzer Parteitag der SPD vom 18. bis 24. September 1921 eine Resolution zur Koalitionsfrage angenommen worden, wonach sich die Sozialdemokratie unter bestimmten Bedingungen zu einer Zusammenarbeit mit der DVP bereit erklärte. Vgl. WINKLER, Von der Revolution, S. 436–454; ders., Klassenbewegung oder Volkspartei? Zur Programmdiskussion der Weimarer Sozialdemokratie 1920–1925, in: GuG 8 (1982), S. 9–54, hier S. 21–26.

263.

28. 9. 1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 135–137. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: 13.00 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Oeser.

Entschuldigt: Abg. *Riedel*.

Abg. **Barteld** macht Mitteilung von einer Beschwerde des Beamtenbundes.

Tagesordnung:

1. Plenum.

Punkt 3 [Beratung der Abänderung der Anordnung vom 10. August 1920 über die Beschäftigung weiblicher Angestellter in Gast- und Schankwirtschaften, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 860, S. 935, Nr. 1069, S. 1264, Nr. 1071, S. 1384]: Weibliche Angestellte.¹ Eventuelle Zurückverweisung an die Kommission für Handel und Gewerbe.

Punkt 5 [Beratung des Antrages der Abg. Dr. von *Krause* und Genossen (DVP) auf Einsetzung je eines ständigen Ausschusses für a) das ländliche Siedlungswesen, b) das städtische Wohnungs- und Heimstättenwesen, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 64, S. 91, Nr. 677, S. 721–724 (Ausschußbericht)]: Antrag *Krause* – Drucksache [Nr.] 64, 677. – Ausschüsse für ländliches Siedlungswesen und städtisches Wohnungs- und Heimstättenwesen. – Der in dem Ausschuß von demokratischer Seite gestellte Antrag wird wieder eingebracht werden.² Redner Abg. *Hoff*.³

Punkt 7 [Beratung des Antrags der Abg. *Siering* und Genossen (SPD) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über das Hebammenwesen, ebd., Nr. 304, S. 247–252]: Hebammenwesen. Soll abgesetzt werden. Fr. *Dönhoff*.⁴

Punkt 8 [Beratung des Antrages der Abg. *Esser* und Genossen (Z) über die Erhöhung der Hausiersteuer, ebd., Nr. 17, S. 74, Nr. 363, S. 275 (Antrag der DNVP), in Verbindung mit der Beratung des Antrages der Abg. *Oeser* und Genossen (DDP) über die Bekämpfung der Auswüchse des Hausier- und Straßenhandels, ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 699, S. 751]. Hausiergewerbe. – Überweisung an den Ausschuß für Handel und Gewerbe. – Redner Abg. *Grund*.⁵

Punkt 9 [Beratung des Antrages der Abg. *Weißermel* und Genossen (DNVP) gegen die Rektorwahlen für die Forstakademien Eberswalde und Hannoversch Münden, ebd.,

¹ Der Gegenstand wurde dem Ausschuß für Bevölkerungspolitik überwiesen. Vgl. auch die Rede des Abg. *Barteld* (Hannover) in der 44. Sitzung am 28. September 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 3, Sp. 3000–3002.

² Nach dem Antrag der Abg. *Hoff* und Genossen (DDP) zum Antrag der Abg. Dr. von *Krause* und Genossen (DVP) auf Einsetzung je eines ständigen Ausschusses für das ländliche Siedlungswesen und das städtische Wohnungs- und Heimstättenwesen (Nr. 64, 677), ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 1064, S. 1261, sollten die Namen der Kommissionen auf »für das ländliche Siedlungs- und Landheimstättenwesen« und »für das Wohnungs- und Wohnheimstättenwesen« lauten. Damit sollte eine klarere Abgrenzung der Arbeitsgebiete erreicht werden.

³ Die Rede des Abg. *Hoff* (DDP) in der 44. Sitzung am 28. September 1921, in: ebd., Bd. 3, Sp. 3005–3007.

⁴ Der Antrag der SPD wurde in der 44. Sitzung am 28. September 1921 ohne Debatte dem Ausschuß für Bevölkerungspolitik überwiesen.

⁵ Die Rede des Abg. Dr. *Grund* (DDP) als Antragsteller in der 44. Sitzung am 28. September 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 3, Sp. 3019–3021.

Anlagen, Bd. 1, Nr. 45, S. 85, Nr. 341, S. 268]. Forstakademie Eberswalde, Münden. – Redner Abg. Dr. *Wendorff*.⁶

Punkt 10 [Beratung des Antrags der Abg. Dr. von *Krause* und Genossen (DVP) über die Förderung der Königsberger Universität, ebd., Nr. 180, S. 169]. Universität Königsberg: Dr. *Wendorff*.⁷

Punkt 11 [Beratung des Antrages der Abg. *Siering* und Genossen (SPD) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über Kahlschläge in Privatwäldungen, ebd., Nr. 315, S. 256 f.]: Kahlschläge in Privatwäldungen. – (Drucksache [Nr.] 315) – Redner: *Wendorff*. Ausschuß für Landwirtschaft.⁸

Punkt 12 [Besprechung der Großen Anfrage Nr. 31 der Abg. *Braun* und Genossen (SPD) über die Rechtspflege, ebd., Nr. 377, S. 282]. Große Anfrage: Rechtspflege – Soll abgesetzt werden.⁹

Punkt 13 [Beratung der Anträge der Abg. *Braun* und Genossen (SPD) und der Abg. *Ludwig* (Hagen) und Genossen (USPD) über die Milchversorgung, ebd., Nr. 343, S. 269, Nr. 386, S. 284, in Verbindung mit der Beratung des Antrages der Abg. *Braun* und Genossen (SPD) auf Anlegung von Viehweiden zur Vermehrung der Milcherzeugung, ebd., Nr. 592, S. 616]. Milchversorgung. Viehweiden (Drucksache [Nr.] 343, 386) – Abg. *Goll*.¹⁰

Punkt 14 [Beratung des Antrages der Abg. *Braun* und Genossen (SPD) über die Behebung der finanziellen Schwierigkeiten der Landesversicherungsanstalten, ebd., Nr. 372, S. 280]. Schwierigkeiten der Landesversicherung. Abg. *Hartmann*.¹¹

Politische Aussprache:

Minister **Fischbeck** bittet, den Namen der Minister nur nach Befragen unter die Anträge zu setzen. – Minister Fischbeck macht Mitteilungen aus Besprechungen im Staatsministerium. – Die Sache der Regierungsbildung¹² muß möglichst rasch gemacht werden, **Oeser** tritt für gleichzeitige Lösung ein.

Minister **Dominicus**: Stetigkeit in den Ministerien ist notwendig. – Ein interfraktioneller Ausschuß mit bestimmten Richtlinien muß gebildet werden. Eine schriftliche Bindung der Parteien ist notwendig, ein tüchtiger Vorsitzender erforderlich.

Abg. **Berndt**: Die neue Koalition muß ein Einrücken der Deutschen Volkspartei in die republikanische Front bedeuten. – Bestimmte Grundlagen müssen geschaffen werden. – Für den Ministerpräsidenten muß ohne Rücksicht auf die Partei der beste Mann gefunden werden.

⁶ Die Beratung des Antrages der DNVP wurde in der 44. Sitzung am 28. September 1921 von der Tagesordnung abgesetzt und erst in der 68., 69. und 74. Sitzung am 19., 21. und 24. November 1921 verhandelt.

⁷ Der Antrag der DVP wurde in der 44. und 45. Sitzung am 28. und 29. September 1921 beraten und dem Hauptausschuß überwiesen. Die Rede des Abg. Dr. *Wendorff* in der 45. Sitzung am 29. September 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 3, Sp. 3052–3055.

⁸ Der SPD-Antrag wurde in der 45. Sitzung am 29. September 1921 verhandelt und dem Landwirtschaftsausschuß überwiesen. Die Rede des Abg. Dr. *Wendorff* (DDP) in der 45. Sitzung am 29. September 1921, in: ebd., Sp. 3089–3091.

⁹ Die Anfrage wurde wieder zurückgezogen.

¹⁰ Die Anträge der SPD und USPD wurden in der 45. und 46. Sitzung am 29. und 30. September 1921 beraten und dem Hauptausschuß überwiesen. Für die DDP sprach in der 46. Sitzung am 30. September 1921 der Abg. *Westermann*. Vgl. SBpLT 1921/24, Bd. 3, Sp. 3153–3155.

¹¹ Der Antrag der SPD wurde wieder zurückgezogen.

¹² Vgl. Dok. Nr. 260 und 262.

Abg. **Hartmann**: Wenn die sachliche Grundlage für die große Koalition nicht gefunden wird, stehen wir vor einer neuen Lage. Gleichzeitige Lösung in Preußen und im Reich ist wünschenswert, ein Festlegen aber nicht zweckmäßig. Koalition mit USPD ist zur Zeit ausgeschlossen.

Abg. **Nuschke**: Wir müssen beide Ministerien behalten. – *Heilmann* hat stark gegen *Dominicus* gearbeitet.¹³ Deshalb müssen wir auf das Innenministerium bestehen. – Minister *Dominicus* hat Kredit im Lande. – Dasselbe gilt für *Fischbeck*. – Über alles andere lassen wir mit uns reden.

Abg. **Goll**: Wir dürfen nicht ausgeschieden werden.

Abg. **Jansen**: Es wird schwer sein, unsere Machtposition zu halten. Darum keine Bindungen.

Abg. **Barteld**: Innen und Kultus dürfen nicht in die Hand der Deutschen Volkspartei kommen.

Abg. **Hoff**: Rasche Entscheidung ist notwendig.

Abg. **Höpker Aschoff** tritt dem bei. Unerfüllbare Bedingungen dürfen nicht gestellt werden. – Einheit zwischen Verwaltung und Chef ist notwendig.

Abg. **Gottschalk**: Die große Koalition ist notwendig. Gegen ein Kultusministerium v. *Campe*.¹⁴

Abg. **Herrmann**: Bestimmte Forderungen sind notwendig. Der Erfolg der demokratischen Verwaltung ist zu gering. – Gegen die Kandidatur v. *Campe*.

Abg. **Westermann**: Unsere beiden Minister müssen bleiben.

Abg. **Oeser**: Das Ministerium soll eine Konzentration nach der Mitte sein, nicht abrutschen nach rechts oder links. Der Görlitzer Beschluß läßt der Sozialdemokratie freie Hand.¹⁵ – Der interfraktionelle Ausschuß ist notwendig (*Leinert*). – Die volksparteiliche Agitation muß beseitigt werden.¹⁶ – Die Sozialdemokratie will wieder ihre alte Personalpolitik treiben. – Sie müssen auf das Kultusministerium gewiesen werden. – Wir müssen 2 Ministerien haben. – Die Frage *Stegerwald* sollten wir nicht anschneiden.¹⁷

Die Verhandlungen werden die Abg. *Oeser*, *Schreiber* und *Jansen* führen.

¹³ Der preußische Innenminister Alexander *Dominicus* wurde wegen seiner Personalpolitik von der SPD wiederholt heftig kritisiert. Vgl. STANG, S. 335; zu *Heilmann* vgl. MÖLLER, Heilmann.

¹⁴ Rudolf v. *Campe* (1860–1939), 1917–1920 Regierungspräsident in Minden, 1920–1932 Mitglied des DVP-Zentralvorstandes, 1904–1917 MdpAH (Nationalliberale Partei), 1921–1932 MdpLT (DVP), 1924–1928 Fraktionsvorsitzender.

¹⁵ Zum Görlitzer Parteitag der SPD vgl. Dok. Nr. 262, Anm. 1.

¹⁶ Über die in der DVP herrschenden Widerstände gegen eine Große Koalition mit der SPD vgl. RICHTER, S. 244–247.

¹⁷ Gemeint ist die Frage, wer im Falle einer Regierungsumbildung neuer Ministerpräsident werden sollte.

264.

29. 9. 1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 138 f. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.15 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Oeser.

Der **Vorsitzende** berichtet über Unterredungen mit Vertretern des Zentrums und der Sozialdemokratie. Beide Parteien werden keine Initiative ergreifen.¹

Minister **Dominicus** berichtet über eine Besprechung beim Reichskanzler.² Dieselbe soll einen günstigen Verlauf genommen haben. Es sei Aussicht vorhanden, daß das neue Reichskabinett sich Anfang nächster Woche vorstellen werde. – *Stegerwald* wird in Preußen vorgehen.

Tagesordnung:

Personalpolitik des Innenministers.³

Abg. **Barteld** bespricht Fragen aus Hannover.

Abg. **Höpker Aschoff** gibt Kenntnis von einer Beschwerde der Parteileitung in Hannover in dieser Frage.

Abg. **Mackenthun** bespricht ebenfalls die Verhältnisse in Hannover.⁴

Minister **Dominicus** bemerkt, daß ein Wahlrecht der Kreistage⁵ nicht bestehe und nimmt darauf Stellung zu den Fällen in Hannover. Die dortigen Verhältnisse werden von der Wahlfrage beherrscht. Eine Abstimmung sei nicht erwünscht in Rücksicht auf die Rheinprovinz. – Aus diesem Grunde habe er sich dem Standpunkt des Oberpräsidenten *Noske*⁶ angeschlossen. In der Frage der Kreisblätter sei ein Erlaß herausgegeben, der Entziehung der staatlichen Druckaufträge in Aussicht stelle, falls diese die Politik der Regierung gehässig bekämpfen.⁷ – Der Minister gibt dann eine Darstellung seiner Verwaltungsgrundsätze. Sein Ziel sei eine Versöhnung der alten Beamten mit dem neuen Staate.

Reichsminister **Schiffer** berichtet über eine vertrauliche Besprechung beim Reichskanzler.

¹ Zur Regierungsbildung vgl. Dok. Nr. 260, 262 und 263.

² Am 28. September 1921 fand bei Reichskanzler *Wirth* eine Besprechung mit Vertretern der vier Reichstagsfraktionen, SPD, Zentrum, DDP und DVP, sowie dem preußischen Ministerpräsidenten *Stegerwald* statt, in der sich, wie *Dominicus* in seinem Tagebuch festhielt, »eine überraschende Übereinstimmung über die Gründung der neuen breiten Koalition ergeben hätte. *Stegerwald* hätte dabei erneut betont, dass er mit seinem Kabinett in Preussen so gut wie fertig sei.« Landesarchiv Berlin, NL *Dominicus*, E. Rep. 200–41, Nr. 26, S. 51 f.

³ Zur Personalpolitik des preußischen Innenministers Alexander *Dominicus* vgl. STANG, S. 334–336; RUNGE, S. 72–74.

⁴ Zu Hannover vgl. SEVERING, Bd. 1, S. 328; ferner die Rede des Innenministers *Dominicus* in der 56. Sitzung am 14. Oktober 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 3, Sp. 3796–3817, hier Sp. 3804; vgl. auch die Rede des Abg. *Krüger* (Potsdam) (SPD), in: ebd., Sp. 3845–3876, hier Sp. 3867.

⁵ In bezug auf den Landrat.

⁶ Gustav *Noske* (1868–1946), Korbmacher und sozialdemokratischer Politiker, Februar 1919–März 1920 Reichswehrminister, seit Juni 1920 kommissarischer Verwalter des Oberpräsidiums in Hannover, von Oktober 1920–März 1933 Oberpräsident von Hannover. Zu *Noske* vgl. WETTE.

⁷ Auf diesen Erlaß vom 6. Oktober 1921 ging auch der preußische Innenminister *Dominicus* in seiner Rede in der 56. Sitzung am 14. Oktober 1921 vor dem Landtag ein. Vgl. SBpLT 1921/24, Bd. 3, Sp. 3796–3817, hier Sp. 3797 f.

Abg. Dr. **Wendorff** billigt die grundsätzliche Stellung des Ministers des Innern. Die Stimmung in Hannover sei sehr erregt.

Tagesordnung:

Punkt 26 [Beratung des Antrages der Abg. *Braun* und Genossen (SPD) über die Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgemeinschaften, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 375, S. 281, Nr. 593, S. 616]: Staatsleistungen an die Religionsgemeinschaften. – Vertreter: Abg. Dr. *Gottschalk*.⁸

Punkt 27 [Große Anfrage Nr. 20 der Abg. *Herrmann* (Friedersdorf) und Genossen (DNVP) über die Lehrkräfte an einklassigen Volksschulen, ebd., Nr. 247, S. 221, in Verbindung mit a) der Beratung des Antrages der Abg. *Herrmann* (Friedersdorf) und Genossen (DNVP) über die Trennung des Vermögens vereinigter Kirchen- und Schulstellen und die Aufbesserung der Kantoren- und Organisten, ebd., Nr. 155, S. 159, und b) der Beratung des Antrages der Abg. *Herrmann* (Friedersdorf) und Genossen (DNVP) auf Befreiung der Inhaber organisch verbundener Kirchen- und Schulstellen von den niederen Küsterstellen, ebd., Nr. 156, S. 160]: Einklassige Volksschulen – Abg. *Kimpel*.⁹

Punkt 28 [Beratung des Antrages der Abg. *Wormit* und Genossen (DNVP) über Frachtermäßigungen zwischen Ostpreußen und dem Reich für landwirtschaftliche usw. Bedarfsgegenstände und Erzeugnisse, ebd., Nr. 346, S. 270, in Verbindung mit der Beratung des Antrages der Abg. Dr. von *Krause* und Genossen (DVP) auf Verbilligung der Lebenshaltung für die ostpreußische Bevölkerung, ebd., Nr. 445, S. 356]: Frachtermäßigung nach Ostpreußen. – Abg. *Wendorff*.¹⁰

Zu den Kleinen Etats ist nichts zu bemerken.¹¹

⁸ Der Antrag der SPD, der in der 46. und 47. Sitzung am 30. September und 1. Oktober 1921 beraten wurde, ersuchte das Staatsministerium, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die Grundsätze für die Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgemeinschaften gemäß Art. 138 der Reichsverfassung baldigst aufgestellt werden. Der Antrag wurde abgelehnt. Die Rede des Abg. Dr. *Gottschalk* (Gummersbach) in der 47. Sitzung am 1. Oktober 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 3, Sp. 3201–3204. *Gottschalk* betonte, daß seine Fraktion in dieser Frage auf dem Boden der Reichsverfassung stünde, die bestimme, daß bis zur Ablösung der bisherige Zustand maßgebend sein solle.

⁹ Die Große Anfrage Nr. 20 wurde zusammen mit den beiden Anträgen in der 47. und 52. Sitzung am 1. und 7. Oktober 1921 verhandelt. Die Anträge wurden dem Unterrichtsausschuß überwiesen. Die Rede des Abg. *Kimpel* in der 52. Sitzung am 7. Oktober 1921, in: ebd., Sp. 3606–3614.

¹⁰ Die Beratung der Anträge von DNVP und DVP fand in der 53. Sitzung am 11. Oktober 1921 statt. Die Anträge wurden dem Verkehrsausschuß überwiesen. Die Rede des Abg. *Wendorff*, in: ebd., Sp. 3653–3655.

¹¹ Mit den Kleinen Etats gemeint sind der Haushalt der Zentralgenossenschaftskasse, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1610, S. 1815, der Preußischen Staatsbank (Seehandlung), ebd., Nr. 1335, S. 1519, der Staatsschuldenverwaltung, ebd., Nr. 1611, S. 1815, des Staatsministeriums und Ministerpräsidenten, ebd., Nr. 1334, S. 1519, der Oberrechnungskammer, ebd., Nr. 1704, S. 1905, des Preußischen Landtags, ebd., Nr. 1705, S. 1905 f. Die Kleinen Etats wurden in der 83. und 84. Sitzung am 14. und 15. Dezember 1921 verhandelt. Für die DDP ergriff kein Abgeordneter das Wort.

265.

30. 9. 1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 139 f. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.30 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Oeser.

Der **Vorsitzende** macht Mitteilung von privaten Unterredungen in der Frage der Regierungsbildung.¹ Auf 10 ½ Uhr liegt eine Einladung des Ministerpräsidenten vor.

Schreiber wünscht allgemeine Erörterung der Fragen der Personalpolitik. Stellt fest, daß Minister *Dominicus* es verstanden habe, wieder Vertrauen zur Verwaltung sowohl in der Öffentlichkeit wie unter den unterstellten Beamten zu erreichen. Bestreitet die Richtigkeit der Methode *Dominicus*, durch Nachsicht und vorsichtiger Behandlung die Beamtenschaft zu gewinnen. Entgegenkommen wird als Schwäche gedeutet. Beispiel hierzu. Vergleich des Verhaltens der früheren Beamten früher und jetzt. Die höheren Beamten tun ihre Pflicht – den Staat zu schützen – nicht. Nachwuchs. Nicht ganz richtig, was hier Minister darlegt. Die Möglichkeit, den Nachwuchs auch aus der kommunalen Verwaltung heranzuziehen. Die Zustände werden besser, in zwei Jahren genügend Nachwuchs. Erörtert Fall *Bleckwenn* (Hannover).²

Dominicus: Sachliche Einwände. Optimist, glaube, den großen Teil der Beamtenschaft zu gewinnen. Wenn nicht diesen Glauben, dann anerkennen, daß $\frac{4}{5}$ der Beamtenschaft, also die Mehrheit, dauernd in Verbitterung dem Staat ablehnend und feindlich gegenüberstehen bleibt. Dann dauernde Etatverweigerung, wenn man Beamten aufzwingt. Schäden in der Verwaltung. Minister erklärt, daß er entschieden gegen rechts stehende Beamte vorgeht, falls notwendig. Erörtert Frage des Nachwuchses, Gebiet der Schutzpolizei. – Hier schwere Befürchtung wegen der zukünftigen Entwicklung. Nimmt Stellung gegen die Darlegungen des Kollegen *Wendorff* von gestern in bestimmten Personalfragen (von *Velsen* – *Bartels*).³

Barteld: Über die Verhältnisse in Hannover. Minister *Dominicus* ist dauernd unterrichtet worden. Schildert eingehend den Fall *Bleckwenn*. Frage des selbständigen Hannovers. Polemisiert gegen *Leinert* und *Noske*.⁴ Weist die gegen Dr. *Bleckwenn* erhobenen Vorwürfe, als sei dieser eine politische Wetterfahne usw., unter aktenmäßiger Darstellung zurück. Ruhe in Hannover nur eintreten, wenn man endlich zur Abstimmung kommt. In der Abstimmung werden die Anhänger des selbständigen Hannovers unter-

¹ Vgl. Dok. Nr. 260 und 262–264.

² Dr. Wilhelm *Bleckwenn* (geb. 1882), 1922 Regierungsrat, Juli 1925 vertretungsweise Landrat im Landratsamt Genthin, Kreis Jerichow II, Februar 1926 Landrat ebendort. – Zum Fall *Bleckwenn* vgl. Dok. Nr. 247, Anm. 1.

³ Ludwig *Bartels* (1876–1944), SPD, Lithograph, 1907 Redakteur der »Chemnitzer Volksstimme«, 1911 Leitung der »Märkischen Volksstimme« in Cottbus, April 1919 kommissarischer Regierungspräsident in Frankfurt/Oder, November 1919–1930 Regierungspräsident. – Zu *Bartels* vgl. auch W. RUNGE, Politik und Beamtentum, 1965, S. 50f. – Friedrich Carl Ludwig v. *Velsen* (1871–1953), DNVP, Jurist, Vortragender Rat im Finanzministerium (Regierungsassessor), 1917–1933 Regierungspräsident von Hannover. – *Noske* urteilte über den unter ihm amtierenden Regierungspräsidenten v. *Velsen*, daß dieser von seiner deutschnationalen Gesinnung »amtlich keinen Gebrauch gemacht« und »nie gegen den Stachel gelockt« habe. Vgl. NOSKE, S. 292.

⁴ Robert *Leinert* war von November 1918 bis Dezember 1924 Oberbürgermeister von Hannover, Gustav *Noske* seit Juni kommissarischer und von Oktober 1920 bis März 1933 Oberpräsident von Hannover.

liegen. Diese Klarstellung wird die hannoversche Partei erledigen. Ein kleiner Rest, der bedeutungslos ist, wird übrig bleiben. Fall des Landrats *von Asseburg*.⁵

Nuschke: Über Kreisblätter. Kritisiert den Antrag der SPD, alle Verträge mit den Kreisblattverlegern zu kündigen.⁶ Die Regierung muß die Möglichkeit haben, ihre Anschauungen bis in den letzten Kreis hineinzubringen.

Grund: Lobt die Wirksamkeit des Ministers *Dominicus*. Bespricht zunächst allgemein die Verhältnisse in der Verwaltung. Für Verführungspolitik, andererseits doch energisches Zugreifen notwendig. Kurz über Fall *Menzel*.⁷ Über Wege zur Gewinnung geeigneten Nachwuchses.

Herrmann: Fall *Leder* – Guhrau – *Diekmann* – Breslau – Einbürgerungsantrag *Lenger*.

Hartmann: Über Stimmung der mittleren und unteren Beamten.

Berndt: Gegen Politik der Versöhnung. Macht eingehende Ausführungen über die Schaffung des Nachwuchses. Fall des Landrats *Abrendts*.⁸

Über Plenum.

Die Tagesordnung ist erledigt. Nur die gestern eingetretene Debatte über Milchversorgung⁹ macht die Stellung eines Redners erforderlich.

Koll. *Goll*, der bestimmt worden ist, ist abgereist. Debatte über Stellung eines Redners. *Westermann* wird sprechen.¹⁰

⁵ Dr. v. *Asseburg-Neindorf*, Regierungsrat, auftragsweise Landrat in Stolzenau, Provinz Hannover.

⁶ Gemeint ist der von der SPD initiierte Antrag des Hauptausschusses zum Haushalt des Ministeriums des Innern, nach dem alle Verträge mit privaten Zeitungen, die diese zu alleinigen amtlichen Publikationsorganen für Kreise oder Regierungsbezirke machen, gekündigt werden sollten. Vgl. SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 600 zu 2c, S. 620f., hier S. 620.

⁷ Der republikanisch gesinnte Landrat des Kreises Trebnitz, Dr. *Menzel*, war Ende September 1921 infolge eines gegen ihn laufenden strafrechtlichen Verfahrens auf Veranlassung des Regierungspräsidenten Dr. *Jaenicke* durch den Innenminister *Dominicus* vom Amt suspendiert worden. Zuvor war von rechten Kreisen ein Kesseltreiben gegen *Menzel* veranstaltet worden. Vgl. die Kleine Anfrage der Abg. *Scholich* (Breslau) und *Kuttner* (VSPD), ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 4255, S. 5197f., und die Antwort, ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 5005, S. 5888. – Hans *Menzel* (geb. 1887), Jurist, 1920 kommissarischer Landratsamtsverwalter in Trebnitz, 1921 Regierungsrat an der Regierung in Magdeburg, 1923 ständiger Vertreter des Polizeipräsidenten in Magdeburg, 1924–1929 kommissarischer Polizeipräsident, 1929 Ministerialdirektor am Reichsinnenministerium, 1932 i.e.R.

⁸ Im Kreis Belgard in Pommern war der Demokrat Dr. *Abrendts* zum kommissarischen Landrat bestellt worden, gegen den rasch eine systematische Hetze der Konservativen unter dem ehemaligen Landrat v. *Kleist-Retzow* einsetzte. Innenminister *Dominicus* ließ den Landrat schließlich aus dem Kreis entfernen. Vgl. die Rede des Abg. *Krüger* (SPD) in der 56. Sitzung am 14. Oktober 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 3, Sp. 3845–3876, hier Sp. 3857–3859. Vgl. auch die Rede des Staatssekretärs Dr. *Freund* in der 14. Sitzung des Hauptausschusses am 20. Juni 1921, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 32 h adh. 1, Bd. 8; sowie die Rede des Innenministers *Dominicus* in der 56. Sitzung am 14. Oktober 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 3, Sp. 3796–3817, hier Sp. 3800f. – Karl *Abrendts* (geb. 1881), 1919 Landrat in Belgard, Oberregierungsrat beim Oberpräsidium Brandenburg, 1927 Finanzministerium, 1928 Ministerialrat, Januar 1933 Mitglied der NSDAP.

⁹ Die Beratung der Antrags der Abg. *Braun*, *Wittich* und Genossen (SPD) über die Versorgung der Kinder und Kranken mit Milch und des der Abg. *Ludwig* (Hagen) und Genossen (USPD) über die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Milch, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 343, S. 269, Nr. 386, S. 284, in Verbindung mit der Beratung des Antrages der Abg. *Braun* und Genossen (SPD) auf Anlegung von Viehweiden zur Vermehrung der Milcherzeugung, ebd., Nr. 592, S. 616, erfolgte in der 45. und 46. Sitzung am 29. und 30. September 1921. Die Anträge wurden dem Hauptausschuß überwiesen.

¹⁰ Die Rede des Abg. *Westermann* in der 46. Sitzung am 30. September 1921, in: ebd., Bd. 3, Sp. 3153–3155.

Dominicus bespricht die von den Vorrednern vorgebrachten Fälle. Über neue Wege zur Aus- und Durchbildung des Nachwuchses für die gesamte Verwaltung. Unterstützungsfond für Referendare (Nachtragsetat). Frage der Kreisblätter.

Fischbeck: Ausbildung des Nachwuchses.

Grund entgegnet der Auffassung *Fischbecks*.

Höpker Aschoff: Welche Antwort soll dem hannoverschen Parteiverbande erteilt werden?

Mackenthun: Disziplinarverfahren v. *Windheim*?¹¹ Minister *Dominicus* wird Untersuchung anstellen.

Schreiber: Die Fraktion muß nachmittags ½ 6 Uhr zusammentreten. Regierungsbildung.

Referiert über Verhandlungen im interfraktionellen Ausschuß.

266.

30. 9. 1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 140 f. Beginn: 17.30 Uhr. Ende: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Oeser.

Abg. **Jansen** referiert über die Besprechung der 4 Koalitionsparteien mit dem Ministerpräsidenten.¹ – Eine neue Einladung zu einer Besprechung bei *Stegerwald* auf 11 ½ Uhr morgen liegt vor.

Gottschalk: Wenn nur ein Ministerium, so müssen wir ein bedeutsames haben: Inneres oder Kultus.

Abg. **Jansen:** Die Reichstagsfraktion lehnt es ab, das Ministerium des Innern im Reich und Preußen den Sozialdemokraten zu geben.

Dr. **Preuß:** Reich und Preußen müssen gleichzeitig zur Lösung kommen.

Hartmann: Reich und Preußen gemeinsam. – Das Handelsministerium ist nicht unbedeutend. Wir sollten es nicht fallen lassen.

Grund: Wir müssen beide Ministerien behalten.

Nuschke: Beide Ministerien behalten oder wir scheiden ganz aus?

Oeser: Bis jetzt haben Verhandlungen nicht stattgefunden. 1. müsse die sachliche Grundlage geschaffen werden. 2. Reich und Preußen gleichzeitig. 3. aus sachlichen Gründen beide Ministerien behalten.

Schreiber tritt für die vorstehenden Forderungen ein. Wir müssen festbleiben.

Dr. **Berndt:** Ein Staatssekretär wäre wichtig.

¹¹ Horst v. *Windheim* (1886–1935), 1920 Hilfsarbeiter beim Landratsamt Essen, Referent bei der Regierung in Lüneburg und kommissarischer Landratsamtsverwalter in Winsen, 1921–1932 Landrat, September 1932 kommissarischer Landratsamtsverwalter in Gardelegen, 1932/33 Landrat. 1933–1935 in Wanzeleben.

¹ Vgl. auch die Tagebucheintragung von Alexander *Dominicus* zum 30. September 1921, in: Landesarchiv Berlin, NL Dominicus, E. Rep. 200–41, Nr. 26, S. 53. Ferner Dok. Nr. 260 und 262–264.

Hoff: Es stehen 5 Ministerien zur Verfügung.

Barteld: Festbleiben.

Gottschalk: Wir sollten ein wesentliches Ministerium haben.

Dr. **Preuß:** Die Drohung mit unserem Austritt würde wirksam sein können. – Leider würden die sachlichen Gesichtspunkte nicht genügend berücksichtigt. – Den Verbindungsmann kann nur unsere Partei stellen.

Höpker Aschoff: Im Interesse der Kontinuität müßten die freien Posten den neueren Parteien gegeben werden.

Dr. **Berndt:** Wir sollten uns auf den Boden der Verfassung stellen, die dem Ministerpräsidenten die Zusammenstellung des Kabinetts zuweist.² – Die Fraktionen könnten Kandidaten benennen.

Oeser: Der letztgenannte Weg dürfte nicht gangbar sein.

Die **Fraktion** tritt den oben genannten 3 Punkten des Vorsitzenden bei.

267.

4.10.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 142. Beginn: 11.00 Uhr. Ende: 12.20 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: keine Angaben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung spricht Koll. **Jansen** über die von den Fraktionskollegen zu zahlenden Parteibeiträge (die Reichstagsfraktion zahlt jetzt 200 M).¹ Dieser Punkt soll morgen auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Koll. **Oeser** gibt Mitteilungen über die vorangegangenen Besprechungen in der Frage der Regierungsbildung. Zur Gewinnung von Richtlinien programmatischer Art soll morgen von einzelnen Kollegen referiert werden über: Kronabfindung, Demokratisierung der Verwaltung, Grundsteuer und finanzielle Not der Gemeinden, die neuen Verwaltungsgesetze.

Die **Fraktion** stimmt zu. Referenten werden bestimmt.

Kollege **Grund** legt die Richtlinien seiner Ausführungen zum Handels- und Gewerbeetat dar.²

² Artikel 45 der preußischen Verfassung bestimmte: »Der Landtag wählt ohne Aussprache den Ministerpräsidenten. Der Ministerpräsident ernennt die übrigen Staatsminister.«

¹ Die preußischen Abgeordneten der DDP zahlten seit Oktober 1919 einen Fraktionsbeitrag in Höhe von 50 Mark, der im Mai 1921 auf 100 Mark erhöht wurde. Vgl. Dok. Nr. 79, 83 und 238.

² Die zweite Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung für 1921, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 451, S. 362–376, Anlagen, Bd. 2, Nr. 978, S. 1046, Nr. 1040, S. 1146–1154 (Ausschußbericht), fand in der 48., 49., 50. und 51. Sitzung am 3., 4., 5. und 6. Oktober 1921 statt. Vgl. die Rede des Abg. Dr. **Grund** in der 49. Sitzung am 4. Oktober 1921, in: ebd., Bd. 3, Sp. 3342–3360.

Koll. **Hartmann** über Resolution: Unglück in Oppau.³ Erörtert eingehend die Frage des 6-Uhr Ladenschlusses.⁴

Koll. **Goll** zur völligen Sonntagsruhe, Lehrlingsfrage.⁵

Koll. **Höpker Aschoff**: Flachbau oder Mietskaserne?

Koll. **Wendorff** ebenfalls.

Koll. **Hartmann** zur Frage der tariflichen Einordnung der Lehrlinge.⁶

Koll. **Schreiber** zum 6-Uhr-Ladenschluß. Wünscht eine bestimmte klare Stellung, möglichst so, daß nicht Reichstags- und Landtagsfraktion verschieden entscheiden. Siedlungsbau.

Koll. **Grund** nimmt Stellung zu den von den Vorrednern aufgeworfenen Fragen.

Koll. **Oeser** zum 6-Uhr Ladenschluß und zur Sonntagsruhe, Siedlungsfragen (Wohnhausbau).

Nochmals Debatte über Lehrlingsfrage.

Nächste Sitzung: morgen 10 Uhr.

³ In der 52. Sitzung am 7. Oktober 1921 wurden die Anträge der Abg. Dr. *Meyer* (Ostpreußen) und Genossen (VKP) und der Abg. *Oeser, Braun, Rhiel* (Fulda), Dr. von *Krause* (Königsberg) und Genossen (DDP, SPD, Z, DVP) auf Unterstützung der durch die Explosion in Oppau geschädigten Personen, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1148, S. 1418, Nr. 1154, S. 1428, beraten und dem Hauptausschuß überwiesen. Während der am 6. Oktober eingebrachte Antrag der Kommunisten für die Unterstützung der Geschädigten 5 Millionen Mark forderte, erbat der einen Tag später eingebrachte Gemeinschaftsantrag 6 Millionen Mark. Die Rede des Abg. *Hartmann* (DDP), in: ebd., Bd. 3, Sp. 3551 f. Am 3. November 1921 bewilligte der Landtag ohne Aussprache 6 Millionen Mark zur Unterstützung der Geschädigten. Am 21. September 1921 war das Stickstoffwerk der Badischen Anilin- und Sodawerke (Ludwigshafen) in Oppau explodiert. Über 500 Menschen waren dabei umgekommen. Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 445, 446, 450, 456, vom 21., 22., 24., 28.9.1921.

⁴ Zum Antrag der Abg. Frau *Ludewig* (Berlin) und Genossen (KPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung für das Rechnungsjahr 1921, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 1104, S. 1398, auf Einführung des 18-Uhr-Ladenschlusses betonte Dr. *Grund* in seiner Rede in der 49. Sitzung am 4. Oktober 1921, daß der 18-Uhr-Ladenschluß solange nicht durchgeführt werden könne, solange die Zeit von 18 bis 19.00 Uhr Hauptverkaufszeit sei und eine Verkürzung eine erhebliche Schädigung des Kleingewerbes bedeuten würde. Vgl. ebd., Bd. 3, Sp. 3342–3360, hier Sp. 3356.

⁵ In seiner Rede forderte Dr. *Grund*, Ausnahmen von der Sonntagsruhe, die bisher von der örtlichen Polizeiverwaltung geregelt wurde, in Zukunft einer zentralen Stelle zu überlassen, da es in der Vergangenheit nicht selten zu Machtpöben zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gekommen sei, die nicht im Interesse des Wirtschaftsfriedens liegen würden. Ebd., Sp. 3342–3360, hier Sp. 3356. Auf die Klage der Abg. *Hanna* (SPD) über die starke Ausnutzung von Lehrlingen im Handwerk eingehend, warnte Dr. *Grund* entschieden davor, derartige Angriffe zu verallgemeinern. Vielmehr sei es ganz außerordentlich zu begrüßen, daß »sich gerade das Handwerk neuerdings wieder kräftig regt.« Ebd., Sp. 3353. Die Rede der Abg. *Hanna* in der 48. Sitzung am 3. Oktober 1921, in: ebd., Sp. 3256–3281, hier Sp. 3260.

⁶ Der Abg. *Hartmann* sprach sich in seiner Rede in der 51. Sitzung am 6. Oktober 1921 sowohl für den Achtstundentag als auch für das Koalitionsrecht der Lehrlinge aus. Vgl. ebd., Sp. 3475–3487.

268.

5. 10. 1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 142–144. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: 12.40 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Oeser.

Tagesordnung:

Ältestenrat:

Die **Fraktion** wird einer längeren Vertagung entgegnetreten.

2. Regierungsbildung.¹

Abg. **Jansen** referiert über das Verhältnis zu den Unabhängigen. Referent teilt Stimmen aller Parteien mit.

Abg. **Schreiber** meint, daß eine Koalition von den Unabhängigen bis zu der Volkspartei möglich, ohne Volkspartei unmöglich sei. – Die USPD müsse sich zur Demokratie bekennen.²

Dr. **Berndt** für die Koalition mit USPD, falls diese für Demokratie.

Dr. **Preuß**: Das bisherige Verfahren ist falsch.

Abg. **Hoff** gegen die Verbreiterung nach links ohne Volkspartei.

Abg. Dr. **Gottschalk** wäre eventuell für kleine Koalition.

Abg. **Oeser**: Erst Programm, Verbreiterung nach rechts, wenn dann USPD mitgeht, so gut.

2. Demokratisierung der Verwaltung.

Abg. **Schreiber** referiert. Die Regierung ließ sich zuviel von den Beamten gefallen. Dazu kamen ungeeignete Beamte in die Verwaltung. Die politischen Beamten und Leiter der Behörden sind zu verpflichten, die Politik der Regierung zu vertreten. Nur qualitativ hoch stehende Beamte sind anzustellen. Verlangt: Stärkung der Staatsautorität, der Beamte darf nicht Vertreter einer Partei sein, sondern muß die Regierung unterstützen. Unterbreitet der Fraktion hierauf bezügliche Leitsätze, die bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung vorgelegt werden sollen.

Gottschalk kritisiert das Verhalten gewisser Beamter bei Gelegenheit der Vereidigung auf die Verfassung.³

Oeser betont, daß eine Anzahl Beamter auf Grund der Verordnung vom 13.2.19 ausgeschieden sind, die Verbleibenden müssen nun auch für die Verfassung eintreten.

¹ Vgl. Dok. Nr. 260 und 262–265.

² Nach der Spaltung der USPD im Oktober 1920 und dem Übertritt der USPD-Linken zur KPD im Dezember strebte die USPD-Rechte den Zusammenschluß mit den Mehrheitssozialdemokraten an, der im September 1922 vollzogen werden konnte. Vgl. WINKLER, Von der Revolution, S. 468–501; Hartfrid KRAUSE, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt/Main, Köln 1975, S. 207–215, 231–239.

³ Die Beamten mußten 1919 den im Art. 176 WRV geforderten Eid auf die Verfassung ablegen. Um der mehrheitlich monarchistischen Beamtenschaft den Übergang in die Republik zu erleichtern, stufte die Reichsregierung im September 1919 den Verfassungseid lediglich als ein Versprechen zur Wahrung der Verfassung und somit nicht als persönliches Bekenntnis zur republikanischen Staatsform ein. Denjenigen Beamten, die auch diesen Eid nicht ablegen wollten, wurde durch die preußische Verordnung vom 12. September 1919 die Möglichkeit eröffnet, sich pensionieren zu lassen. Vgl. WUNDER, S. 117 f.; RUNGE, S. 41–44, 100–109.

Preuß stimmt dem zu.

Reichsminister **Schiffer** erklärt, daß die Reichstagsfraktion hierzu noch nicht Stellung genommen hat.

Schreiber weist darauf hin, daß in Preußen die ganze Verwaltung stockt, wenn nicht bald eine Umbildung der Regierung erfolgt.

Schiffer: Die Industrie will bis nächsten Dienstag Stellung nehmen⁴, kurz darauf soll im Reich die Umbildung erfolgen, vielleicht bis zum 20. Oktober.

Gottschalk hält auch eine Reform des Geschichtsunterrichts in den Schulen für notwendig.

Die weitere Aussprache erstreckt sich auf die bei der Regierungsbildung zu erwartenden Möglichkeiten.

Höpker Aschoff unterstützt den Vorschlag *Gottschalks*, betr. des Geschichtsunterrichtes.

3. Abfindung der Krone.⁵

Gottschalk: Das Eigentum der Krone muß ihr verbleiben, das Staatseigentum gehört diesem. Als Ausführung eventuell gelten: Vergleich, Rechtsspruch oder gesetzliche Regelung. Ein Schiedsspruch müsse ausscheiden, gesetzliche Regelung sei vorzuziehen.

Höpker Aschoff hegt Zweifel an der gesetzlichen Regelung, ebenso **Wendorff**, der sich für ein Schiedsgericht ausspricht.

Ruer bezweifelt, daß der von *Berndt* vorgeschlagene Weg richtig ist.

Dr. **Grund** hält ein Reichsgesetz für notwendig.

Höpker Aschoff hält es für erforderlich sich zunächst in der Sache selbst zu einigen unter dem Gesichtspunkt, daß nur unzweifelhaftes Eigentum der Krone dieser gehören soll.

Preuß bezweifelt, ob sich eine Scheidung zwischen Eigentum und Nichteigentum der Krone ermöglichen läßt, gesetzliche Regelung wird nicht zu umgehen sein. So soll zunächst verfahren werden.

4. Grundsteuer.

Höpker Aschoff bespricht die Frage der Zusammenhänge der bestehenden Steuern im Hinblick auf die Steuerrechte der Gemeinden und des Reiches. Hält eine Staffelung der Grundsteuer für notwendig, die den Großgrundbesitz mehr belasten [würde], um auch auf diese Weise die Siedlungsmöglichkeiten zu fördern. Grundsätze: Steuer auf einen Rentmaßstab, stärkere Staffelung nach oben, Besteuerung nach dem Ergänzungssteuergesetz von 1917.

Schreiber wendet sich gegen das Letztere und empfiehlt Besteuerung nach dem gemeinen Rent, weil bei dem Ertragsrent die kleinen Leute stärker belastet werden.

Oeser: Die Hauptfrage ist, ob die Parteien, die die Regierung bilden sollen, bereit sind, den Fehlbetrag im Etat auf die Grundsteuer zu legen.

5. Verwaltung.

Preuß: Dezentralisation der Provinzialverwaltung ist erforderlich unter Berücksichtigung der verfassungsmäßigen Bestimmungen

Fortsetzung: 4 Uhr nachmittags.

⁴ Zum Zusammenhang zwischen der Kreditaktion der deutschen Industrie und der Frage der Koalitions-erweiterung vgl. WULF, S. 266–293; ALBERTIN, Verantwortung, S. 588–590.

⁵ Vgl. Dok. Nr. 192, Anm. 10. Ferner Dok. Nr. 140, 142, 174, 195, 201 und 202.

269.

7.10.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 145. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: 11.15 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: keine Angaben.

1. Entschädigung an die Mitglieder des Staatsrats.¹

Koll. **Berndt** referiert. Er hat sämtlichen Ausschlußbeschlüssen zugestimmt.

Kurze Debatte über den Staatsrat.

Koll. **Oeser** spricht sich stark kritisch über die Entwicklung des Staatsrats [aus].

2. Geschäftslage.

Erörtert wird die Frage, ob wir darauf drängen sollen, daß der Etat des Innenministeriums zur Verhandlung gelangt.

Beschluß: Nicht beantragen, aber auch nicht widerstreben.²

3. Plenum.

Zum Antrag der KPD über Oppau.³ Welche Stellung soll die Fraktion einnehmen? Gesonderten Antrag stellen? Mit anderen Parteien einen gemeinsamen Antrag stellen?

Koll. **Schiffer**: Antrag mit anderen Parteien stellen. Feststellen, ob andere Staaten Mittel bewilligt haben.

Koll. **Wendorff** soll Antrag formulieren und mit anderen Parteien Fühlung nehmen.⁴

Anträge des Geschäftsordnungsausschusses.⁵

Koll. **Nuschke** empfiehlt, für die Beschlüsse des Ausschusses einzutreten.

4. Da Koll. **Schiffer** erschienen ist, erörtert Koll. **Oeser** nochmals Frage 2. (s.o.)

Koll. **Schiffer** wäre [für] Behandlung des Innenetats, glaubt jedoch, daß wir das nicht durchsetzen. Eventuell die Große Anfrage über *Liebermann*⁶ usw., Breslau auf die Tagesordnung bringen.⁷

¹ Vgl. Dok. Nr. 245, 246 und 252. Die zweite Lesung des Gesetzentwurfs, betr. Reisekosten und Aufwandsentschädigung für die Mitglieder und den Präsidenten des Staatsrats, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 727, S. 831 f., Nr. 766, S. 879–881 (Bericht des Hauptausschusses), Anlagen, Bd. 6, Nr. 3095, S. 3565–3575 (Ausschußanträge), fand in der 41., 42. und 87. Sitzung am 15. Juli 1921 und 20. Januar 1922 statt. Der Gesetzentwurf wurde an den Verfassungsausschuß überwiesen und in dritter Lesung in der 157. und 160. Sitzung am 28. Juni und 5. Juli 1922 verhandelt.

² Vgl. Dok. Nr. 247, 255 und 256.

³ Vgl. Dok. Nr. 267, Anm. 3.

⁴ Vgl. ebd.

⁵ In der 52. Sitzung am 7. Oktober 1921 wurden die Anträge des Geschäftsordnungsausschusses über die strafgerichtliche Verfolgung des Abg. *Otto Kunze* (VKP) wegen Aufforderung zu hochverräterischem Unternehmen, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 1054, S. 1165–1168, des Abg. *Willy Ziegler* (VKP) wegen Beleidigung, ebd., Nr. 907, S. 1007 f., und wegen Aufreizung, hochverräterischen Unternehmens usw., ebd., Nr. 1053, S. 1162–1164, ferner des Abg. *Oswald Riedel* (DNVP) wegen Beleidigung, ebd., Nr. 956, S. 1036, und des Abg. *Gustav Schneider* (VKP) wegen Aufreizung, ebd., Nr. 1037, S. 1143–1145, beraten.

⁶ Ernst *Liebermann* (geb. 1868), 1920–1921 (i.e.R.) Polizeipräsident in Breslau.

⁷ Gemeint sind die Großen Anfragen Nr. 76 und 78 der Abg. *Braun* und Genossen (SPD) und *Leid* und Genossen (USPD) über die Anschuldigungen gegen das Breslauer Polizeipräsidium und seinen dorti-

11.10.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 145 f. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Jansen.

Tagesordnung:

Punkt 5 [Beratung des Antrags der Abg. Dr. von *Kries* (Potsdam) und Genossen (DNVP) über die Aufbesserung der Bezüge der aus den Abtretungsgebieten nach Deutschland verzogenen Ruhegehaltsempfänger des mittelbaren Staatsdienstes und deren Hinterbliebenen, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 18, S. 74f., Anlagen, Bd. 2, Nr. 977, S. 1046 (Ausschußantrag)]: Ruhegehaltsempfänger aus dem abgetretenen Gebiet. – Nr. 18, 997: – Vertreter *Herrmann*.¹

Punkt 6 [Beratung des Antrags der Abg. *Wormit* und Genossen (DNVP) über Frachtermäßigungen zwischen Ostpreußen und dem Reich für landwirtschaftliche usw. Bedarfsgegenstände und Erzeugnisse, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 346, S. 270] – Frachtermäßigung und Lebensmittelversorgung Ostpreußen. – Dr. *Wendorff*.² Nr. 346: Hauptausschuß. [Nr.] 445: Plenum ablehnen.³

Punkt 7 [Fortsetzung der Besprechung der Großen Anfrage Nr. 38 der Abg. *Hoff* und Genossen (DDP) über den Entwurf des Reichsschulgesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung, betreffend Bekenntnis- und Weltanschauungsschulen, ebd., Nr. 469, S. 499, in Verbindung damit: der Antrag der Abg. Frau *Kunert* und Genossen (USPD) über den Wegfall des Religionsunterrichts in den Schulen, ebd., Nr. 460, S. 491, und der Antrag der Abg. Dr. *Quaet-Faslem* und Genossen (DNVP) auf Unterstützung der Privatschulen, ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 1074, S. 1384] – Große Anfrage *Hoff*.⁴ Redner: *Kimpel*.⁵ – Verbindung mit Nr. 460 [und] 1074. – Privatschule

gen früheren Leiter Polizeipräsidenten Dr. *Liebermann* usw., in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 1134, S. 1410, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1160, S. 1430. Der frühere Polizeipräsident in Breslau, Geheimer Regierungsrat Dr. *Liebermann*, war zur Disposition gestellt worden, weil er unter anderem der schlesischen Orgesch streng vertrauliche Schreiben des Ministers mitgeteilt und die Organisation durch Warnungen und Ratschläge unterstützt hatte. Während der Gerichtsverhandlung sagte Dr. *Liebermann* jedoch aus, daß er vom Innenminister angewiesen worden sei, die schlesische Orgesch zu warnen. Daraufhin habe er sie zu ihrem Schutz zu einer Satzungsänderung veranlaßt. Die Großen Anfragen Nr. 76 und 78 wurden in der 56. und 57. Sitzung am 14. und 18. Oktober 1921 zusammen mit der Großen Anfrage Nr. 32 der Abg. *Braun* und Genossen (SPD) über die Personalpolitik des Ministers des Innern, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 378, S. 282, und der Großen Anfrage Nr. 67 der Abg. *Braun* und Genossen (SPD) über das Vorgehen der Verwaltung des Preußischen Statistischen Landesamts gegen Angestellte, die eine schwarz-rot-goldene Fahne gehißt hatten, ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 968, S. 1041, verhandelt.

¹ Der Antrag der DNVP wurde in der 53. Sitzung am 11. Oktober 1921 ohne Aussprache angenommen.

² Die Rede des Abg. Dr. *Wendorff* in der 53. Sitzung am 11. Oktober 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 3, Sp. 3653–3655.

³ Der Antrag der Abg. Dr. von *Krause* und Genossen (DVP) auf Verbilligung der Lebenshaltung für die ostpreußische Bevölkerung, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 445, S. 356, wurde in der 53. Sitzung am 11. Oktober 1921 beraten und dem Verkehrsausschuß überwiesen. Nach dem Antrag Dr. von *Krause* sollte das Staatsministerium auf die Reichsregierung einwirken, daß die für den Reichsnachtragsetat geplanten Beihilfen für den Abbau der Preise für Kohlen, Düngemittel und Lebensmittel, die vom Reich nach Ostpreußen geliefert wurden, unverzüglich zur Verfügung gestellt werden.

⁴ Die Große Anfrage der DDP wurde in der 38., 53. und 55. Sitzung am 12. Juli, 11. und 13. Oktober 1921 verhandelt. Ihre Überweisung an den Unterrichtsausschuß wurde mit den Stimmen der Rechten und des

([Nr.] 1074) – Staatliche Unterstützung soll in der Regel nur dann gewährt werden, wenn auch die Gemeinden zahlen.⁶

Punkt 8 [Beratung der Großen Anfrage Nr. 2, Nr. 10 und Nr. 57 der Abg. Frau *Lehmann* und Genossen (DNVP), *Otto* (Charlottenburg) und Genossen (DVP) und *Braun* und Genossen (SPD) über die Vorgänge an der Fürstin-Bismarck-Schule in Charlottenburg, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 77, S. 95, Nr. 193, S. 174 f., Nr. 715, S. 783]: Fürst Bismarck-Schule. Abg. *Otto*.⁷

Punkt 9 [Beratung des Antrags der Abg. *Riedel* und Genossen (DDP) über das Beamtenrätegesetz, ebd., Nr. 539, S. 538]. Beamtenräte.⁸ – Abg. *Riedel* oder *Barteld*.⁹

Punkt 10 [Zweite Beratung des Haushalts der Gestütverwaltung für 1921, ebd., Nr. 650, S. 671 f.]. – Gestütverwaltung.¹⁰ – Abg. *Wendorff*.¹¹

Für die Mittwoch[sitzung]: Ministerium des Innern – Abg. *Oeser*.¹²

Erhöhung der Fraktionsbeiträge:

Abg. *Jansen* referiert. Die Reichstagsfraktion hat Erhöhung auf 200 M monatlich beschlossen. – Die Parteifinzen stehen sehr schlecht.

Die Erhöhung auf 200 M monatlich wird beschlossen.¹³

Zentrums abgelehnt. Während der Antrag der USPD abgelehnt wurde, ging der deutschnationale Antrag an den Unterrichtsausschuß. Zur Großen Anfrage der DDP vgl. auch Dok. Nr. 248, 258 und 259.

⁵ Die Rede des Abg. *Kimpel* in der 53. Sitzung am 11. Oktober 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 3, Sp. 3665–3679.

⁶ Nach dem Antrag der Abg. Dr. *Quaet-Faslem* und Genossen (DNVP) auf Unterstützung der Privatschulen, ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 1074, S. 1384, sollten »in den Staatshaushaltsplan erweiterte Mittel zur Unterstützung der für die Erziehung unserer Jugend unentbehrlichen Privatschulen« eingestellt werden. H.i.O.

⁷ Vgl. Dok. Nr. 259.

⁸ Der Antrag der DDP wurde in der 186. Sitzung am 27. November 1922 beraten und dem Ausschuß für Beamtenfragen überwiesen. In der 261. Sitzung am 22. Juni 1923 wurde er für erledigt erklärt. Der Antrag forderte das Staatsministerium auf, im Reichsrat »mit allem Nachdruck auf die alsbaldige Verabschiedung eines Beamtenrätegesetzes zu dringen«. Gleichzeitig sollte ein Gesetz erlassen werden, das die Errichtung einer paritätischen höchsten Schiedsinstanz zur Behebung der aus dem Mitwirkungsrecht der Beamtenräte und dem parlamentarischen Budgetrecht sich ergebenden Widersprüche und das Verfahren vor einer solchen regelt. H.i.O.

⁹ Die Rede des Abg. *Barteld* (Hannover) in seiner Eigenschaft als Berichterstatter in der 186. Sitzung am 27. November 1922, in: SBpLT 1921/24, Bd. 10, Sp. 13490.

¹⁰ Vgl. auch Dok. Nr. 247.

¹¹ Die Rede des Landwirtschaftsministers Dr. *Wendorff* in der 67. Sitzung am 18. November 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 3, Sp. 4389–4397. Die DDP vertrat Abg. *Westermann* in der 68. Sitzung am 19. November 1921, in: ebd., Sp. 4435–4438.

¹² Der Etat des Ministeriums des Innern wurde erst in der 75. und 76. Sitzung am 25. und 29. November 1921 in zweiter Lesung verhandelt.

¹³ Im Mai 1921 war der Fraktionsbeitrag auf 100 Mark festgelegt worden. Vgl. Dok. Nr. 238.

271.

12.10.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 146. Beginn: keine Angaben. Ende: 11.15 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Oeser.

Plenum:

Der *Vorsitzende* wird die Fraktion bei der Debatte über die Personalpolitik vertreten.¹

272.

14.10.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 146. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Zum Plenum wird nichts bemerkt.

Unter Verschiedenem kommen Anträge bezüglich der Beamtenbesoldung [zur Sprache]^{1,2}

Abg. **Riedel** berichtet über die Vorgänge in dem Ausschuß für Beamtenangelegenheiten.³

¹ In der 56. und 57. Sitzung am 14. und 18. Oktober 1921 wurden die Großen Anfragen der SPD und der USPD zur Personalpolitik des Innenministers verhandelt. Vgl. Dok. Nr. 269.

¹ Im Original: »statt«.

² Gemeint sind die Anträge der Abg. *Richter* (Lichtenberg) und Genossen (USPD) sowie der Abg. *Knoth* (Frankfurt) und Genossen (KPD) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über eine Änderung der Dienst- und Versorgungsbezüge der unmittelbaren Staatsbeamten (Nr. 1385, 1395, 1403), in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1404, S. 1578 (USPD), Nr. 1406 und 1407, S. 1579 f. (KPD).

³ Vgl. die Sitzung des Ausschusses für Beamtenangelegenheiten vom 8. Oktober 1921, in der die Ausführungsbestimmungen zum Beamtendienststeuergesetz beraten wurden. Vgl. GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D III c, Nr. 47 adh. 3, Bd. 8.

273.

19.10.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 146–148. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.30 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Oeser.

Der **Vorsitzende** berichtet aus dem Ältestenausschuß über eine Einladung zu einem Besuch in Bremen. Dr. *Schreiber* oder *Hoff*.¹

Plenum:

Kartoffelversorgung.²

Abg. **Riedel** teilt mit, daß eine Große Anfrage eingebracht sei und referiert über seine Ausführung im Plenum.³ Die Kartoffelernte sei stellenweise wenig befriedigend. Die Versorgung der Industriegebiete sei äußerst schwierig. Schwierigkeiten im Abtransport seien im Oktober die Regel. – Die Stimmung der Bevölkerung sei sehr gereizt. – Die Zwangswirtschaft könne nicht helfen. – Verkehrsmaßnahmen. – Lieferungsverträge.

Abg. **Oeser** teilt mit, daß in der Provinz Sachsen den Beamten die Gehaltserhöhung in einer Summe ausgezahlt [worden] sei. Die Gefahr der Ausfuhr ist groß. Die Fettnot sei groß.

Abg. **Goll** sagt, daß die Kontrolle im Westen schlecht sei. Das Loch im Westen sei verderblich.⁴

Abg. Dr. **Wendorff**: Die Rolle des preußischen Staatskommissars sei bedenklich.⁵ Er sei passiv.

¹ In der Sitzung des Ältestenrats vom 13. Oktober 1921, 12.10 bis 13.05 Uhr, wurde beschlossen, der Einladung des Präsidenten der Bremer Bürgerschaft zum Besuch der Hansestadt am 7. und 8. November 1921 nachzukommen. Gegenstand der Reise sollten die Frage der Eingemeindung preußischer Gebietsteile nach Bremen und die der Verbesserung der bremisch-preußischen Wasserstraße sein. In der Sitzung vom 10. November 1921 wurde die Reise auf die Zeit vom 1. bis 3. Dezember verlegt. Vgl. die Sitzungsprotokolle, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 3.

² In der 57. Sitzung am 18. Oktober 1921 wurden die Großen Anfragen Nr. 80, 81, 82, 83 und 85 der Abg. *Winckler* (DNVP), Dr. Dr. *Porsch* (Z), *Braun* (SPD), *Klaußner* (USPD), *Oeser* (DDP) und Genossen über die Kartoffelversorgung, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1213, S. 1457, Nr. 1214, S. 1458, Nr. 1216, S. 1459, Nr. 1225, S. 1464, Nr. 1282, S. 1488, verhandelt. In Verbindung damit erfolgte a) die Beratung des Antrages der Abg. *Winckler* und Genossen (DNVP) über die Kartoffelmißernte, ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 848, S. 928, b) die des Antrages der Abg. *Jacoby-Raffauf* und Genossen (Z) auf Herabsetzung der Eisenbahntarife für die Beförderung von Speisekartoffeln, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1146, S. 1417, c) die der Anträge der Abg. *Schulz* (Neukölln) und Genossen (KPD) und Dr. von *Krause* und Genossen (DVP) über die Kartoffelversorgung, ebd., Nr. 1234, S. 1467, Nr. 1242, S. 1470, und d) die des Antrages der Abg. *Kilian* und Genossen (KPD) über den Verkauf von Saatkartoffeln, ebd., Nr. 1251, S. 1474.

³ Gemeint ist die Große Anfrage der Abg. *Oeser* und Genossen (DDP) über Maßnahmen zur Sicherung der Kartoffelversorgung, in: ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1282, S. 1488. Die Rede des Abg. *Riedel* in der 58. Sitzung am 19. Oktober 1921, in: ebd., Bd. 3, Sp. 4017–4028.

⁴ »In diesem Zusammenhang«, so betonte *Riedel* in seiner Rede, »möchte ich auch auf das so viel genannte Loch im Westen hinweisen, das leider Gottes bei den gegenwärtigen Valutaschwankungen die große Gefahr in sich birgt, daß alles, was erst einmal bei Köln oder Frankfurt über die Grenze des besetzten Gebietes gekommen ist, der Kontrolle des Inlandes entzogen wird.« *Riedel* forderte die Staats- und Reichsregierung auf, das »Loch im Westen gründlich zu verstopfen«. Ebd., Sp. 4020. Zum »Loch im Westen« vgl. auch KRÜGER, S. 105, 124 f., 146 und 255.

⁵ *Riedel* kritisierte in seiner Rede auch die Rolle des Staatskommissars für Volksernährung. »Meine Freunde meinen, daß man von einer Behörde, die im Etat mit 13½ Millionen Ausgabe in die Erscheinung tritt, eigentlich auch praktisch mal etwas merken mußte. Sie halten es nicht für angängig, daß

Abg. **Hoff**: Die Gefahr der Verfütterung ist groß. Einfuhr von Futtermitteln. Posen sei verloren.

Abg. **Dönhoff** weist auf die Spiritusbrennereien hin.

Abg. Dr. **Berndt**: Staatliche Zwangsmittel müssen eingesetzt werden. Wuchergefahr.

Abg. **Wendorff**: Verbrennen von Kartoffeln müsse verboten werden. – Saatkartoffeln sollen nicht versandt werden.

Abg. **Höpker Aschoff** macht Mitteilung von einem Briefe des Kollegen *Westermann*. – Redner im Plenum: Frau *Dönhoff*.⁶

Außerhalb der Tagesordnung:

Abg. **Nuschke** teilt mit, daß die Geschäftsordnungskommission sich mit den Kleinen Anfragen beschäftigt habe.⁷ Das englische System müsse eingeführt werden. Präsident empfiehlt Beschränkung und schriftliche Antwort. Soll Kontingentierung eintreten?

Abg. **Kimpel**: Eine Antwort aus dem Handgelenk sei bedenklich.

Abg. **Oeser**: Ein Unfug besteht.

Beamtenbesoldung:⁸

Abg. **Barteld** begründet einen vorliegenden Antrag und berichtet über die Verhandlungen im Beamtenausschuß. – (Erklärung des Finanzministers). Eine relative Einschichtung der Beamten sei notwendig. – Die Bezüge der Arbeiter sind um das 9½–14fache gestiegen. Beamten: 4 ⅓ bis 8 ½fache.

Fraktionsantrag.⁹

der Staatskommissar für Volksernährung die Dinge fatalistisch so laufen läßt, wie sie laufen.« Ebd., Sp. 4026. Und: »Für unproduktive Behörden haben meine Freunde kein Geld übrig.« Ebd., Sp. 4027. – Preussischer Staatskommissar für Volksernährung war von 1920 bis 1922 der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Andreas *Hermes*. Zu *Hermes'* Tätigkeit als Staatskommissar für Volksernährung vgl. auch EIMERS, S. 369–372.

⁶ Die Rede der Abg. Frau *Dönhoff* in der 59. Sitzung am 20. Oktober 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 3, Sp. 4098–4102.

⁷ Im Entwurf der endgültigen Geschäftsordnung, der in der 72. und 73. Sitzung am 22. und 23. November 1921 beraten und angenommen wurde, bezog sich § 37 auf die Gestaltung von Kleinen Anfragen. Danach sollten sich Kleine Anfragen darauf beschränken, »knapp und rein sachlich anzuführen, worüber Auskunft gewünscht wird. Anfragen, die hiergegen verstoßen, hat der Präsident zurückzuweisen.« Vgl. die Zusammenstellung der Beschlüsse des Landtags zu dem Entwurf einer Geschäftsordnung für den Preussischen Landtag (Nr. 1070 A), in: ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1509, S. 1623.

⁸ In der 64. Sitzung am 10. November 1921 wurden die Vorlagen über die Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten und Lehrer in erster Lesung in der 65. Sitzung am 11. November in zweiter und dritter Lesung beraten und angenommen. Es handelte sich um a) den Gesetzentwurf über eine Änderung der Dienst- und Versorgungsbezüge der unmittelbaren Staatsbeamten und den Beschluß des Staatsrats hierzu (Nr. 1385, 1395), b) den Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes, betr. das Dienst Einkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen, vom 17. Dezember 1920 (Nr. 1386), c) den Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über die Besoldung der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen mittleren Schulen vom 14. Januar 1921 (Nr. 1387), d) den Gesetzentwurf über eine Änderung der Dienst- und Versorgungsbezüge der Gewerbe- und Handelslehrer (Nr. 1388), in: ebd., Nr. 1385, S. 1560–1564, Nr. 1395, S. 1574 (unmittelbare Staatsbeamte), Nr. 1386, S. 1564–1567 (Volksschullehrer), Nr. 1387, S. 1567 f., Nr. 1403, S. 1578 (Mittelschullehrer), Nr. 1388, S. 1568 f. (Gewerbe- und Handelslehrer). Vgl. auch Dok. Nr. 272.

⁹ Der Antrag der Abg. *Oeser* und Genossen (DDP), betr. Neuregelung der Beamtenbesoldung usw., SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1320, S. 1497 f., forderte, den Beamten und Lehrern, den staatlichen Angestellten und Arbeitern, den Wartegeld- und Ruhegehaltsempfängern sowie den Hinterblie-

Abg. **Goll**: Das Grundgehalt muß erhöht werden. Keine Sonderzulagen.

Abg. **Riedel** ist für Abschnitt 2.¹⁰ Die Begründung muß vorsichtig sein. – Für Angestellte und Arbeiter muß auch etwas gesagt werden.

Abg. **Kimpel**: Sofortige Hilfe ist notwendig.

Abg. **Herrmann**: Noch sind nicht die Ausführungsbestimmungen heraus. – Eine automatische Anpassung ist notwendig.

Abg. **Hoff** für automatische Anpassung.

Der Beamtenantrag wird als Fraktionsantrag eingebracht. Ein Absatz über die automatische Angleichung der Gehälter soll eingefügt werden.

Abg. Dr. **Preuß** spricht über die Regierungsbildung.¹¹ In Preußen müsse die Sache in Gang gebracht werden.

Abg. **Oeser** macht Mitteilungen über die letzten interfraktionellen Verhandlungen.

Abg. **Barteld**: Das Reich muß vorangehen.

274.

21.10.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 148. Beginn: keine Angaben. Ende: 11.15 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Der **Vorsitzende** berichtet über die interfraktionellen Verhandlungen über die Regierungsbildung.¹ Es ist nichts zustande gekommen.

benen Mittel zur Beschaffung der notwendigsten Bedarfsgegenstände zur Verfügung zu stellen. Ferner sollte eine Neuregelung der Beamten- und Lehrerbesoldung sowie der Ruhegehalts- und Hinterbliebenenbezüge vorbereitet werden. So sollten die Dienstinkommen der Beamten und Lehrer gegenüber den Bezügen von 1913 um den gleichen Prozentsatz erhöht werden, um den im Durchschnitt die Arbeitslöhne gestiegen waren. Auch sollten sich die Dienstinkommen usw. automatisch den veränderten Preisverhältnissen in kurzen Fristen anpassen. Die Ortsklassen sollten beseitigt werden.

¹⁰ Abschnitt 2 des Fraktionsantrags (Nr. 1320) bezog sich auf die Neuregelung der Beamten- und Lehrerbesoldung sowie der Ruhegehalts- und Hinterbliebenenbezüge.

¹¹ Vgl. Dok. Nr. 260, 262–266 und 268.

¹ Vgl. Dok. Nr. 273.

275.

31.10.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 148–150. Beginn: keine Angaben. Ende: 15.30 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Oeser. Entschuldigt: Abg. Kochmann, Dr. Höpker Aschoff.

Der **Vorsitzende** berichtet über die interfraktionellen Verhandlungen, die sachlich einen günstigen Verlauf genommen haben.¹ Die Sozialdemokraten aber zeigen nicht mehr den alten Eifer. Infolge der Vorkommnisse im Reich lehnen die Sozialdemokraten zur Zeit eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei ab.² Sie verlangen aber den Eintritt in die preußische Regierung. Brief von *Fischbeck*. Unterredung beim Reichspräsidenten. Die Stimmung im Innern ist sehr gespannt: Brief von *Severing*.

Minister **Dominicus** bittet, auf seine Person keine Rücksicht zu nehmen. Er bitte aber, bei seinem Ausscheiden aus der Regierung eine geeignete Form zu wählen. Die Lage im Reich sei kritisch. *Severing* müsse seine alte Personalpolitik fortsetzen. Dadurch entstehen Gefahren, besonders bei der Schutzpolizei. Das Kraut der Gewerkschaft drohe zu überwuchern. Siehe: Freistaat Sachsen.³ Disziplinlosigkeit drohe. Die besten Offiziere würden ausscheiden. Wir müßten *Severing* decken. Das sei für die Partei bedenklich. Die Sozialdemokratie versuche Erpressung.

Abg. **Berndt**: Die heutige Situation hätte kommen müssen. Sie sei Folge der bisherigen Politik. Wir müssen uns mit Zentrum und Sozialdemokraten einigen, ehe die Volkspartei hinzukommt. Sonst käme der Bürgerblock.

Abg. **Hoff** macht Mitteilung von der Haltung des Ministers *Becker* im Hauptausschuß, die ihn als demokratischen Minister unmöglich mache.⁴

Abg. Dr. **Preuß**: Ohne die kleine Koalition gibt es keine große Koalition. Die Führung im Reich sei unglücklich gewesen. Die Spannung im Reiche könne durch Preußen gemildert werden. Das Verbindungsministerium könne geschaffen werden.⁵

¹ Zur Regierungsbildung in Preußen vgl. auch Dok.Nr. 260, 262–266, 268, 273 und 274.

² Im Reich trat nach der für Deutschland nachteiligen Entscheidung des Völkerbundes in der Oberschlesienfrage vom 20. Oktober 1921 das Erste Kabinett *Wirth* aus SPD, Zentrum und DDP am 22. Oktober zurück. Da DVP und DDP sich am Vollzug der von den Alliierten erzwungenen Teilung Oberschlesiens nicht beteiligen wollten, wurde am 26. Oktober das Zweite Kabinett *Wirth* aus SPD und Zentrum gebildet, in dem die DDP allerdings durch den als Fachminister geltenden Reichswehrminister *Gefßler* vertreten war. Erst am 31. Januar 1922 trat für die DDP *Walther Rathenau* als Reichsaußenminister in das Kabinett ein. ADR. DIE KABINETTE WIRTH I UND II, Bd. 1, S. XXIII–XXXIII; HÖRSTER-PHILIPPS, S. 131–147.

³ Im Freistaat Sachsen regierte seit Dezember 1920 ein von SPD und USPD getragenes Minderheitskabinett unter dem Ministerpräsidenten *Wilhelm Buck* (SPD), das auf die Unterstützung der KPD angewiesen war. Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 7, S. 804.

⁴ Der preußische Kultusminister *Carl Heinrich Becker* hatte am 27. Oktober 1921 im Hauptausschuß seine Absicht deutlich werden lassen, angesichts der in der Verfassung festgeschriebenen Garantie der Bekenntnisschule bei der Reform der Lehrerbildung am konfessionellen Prinzip festhalten zu wollen. Vgl. die Rede *Beckers*, in: SBpLT 1921/24, Hauptausschuß, 61. Sitzung vom 27. Oktober 1921, Sp. 22–34, hier Sp. 25–29; zur Kritik an *Becker* vgl. auch die Rede des Abg. Dr. *Gottschalk* (Gummersbach) in der 62. Sitzung am 28. Oktober 1921, in: ebd., Sp. 9–13.

⁵ Zum Verhältnis zwischen preußischem Staatsministerium und Reichsregierung sowie zu den Überlegungen über eine engere Verbindung Preußens mit dem Reich vgl. EIMERS, S. 291–315; SCHULZE, Braun, S. 397–409.

Abg. **Schiffer**: Den Sozialdemokraten sind im Reich keine Versprechungen gegeben [worden]. Wir können am Reich nicht vorbeigehen. Da sachliche Übereinstimmung vorhanden sei, müsse die große Koalition jetzt herbeigeführt werden. Wenn diese nicht erreichbar sei, müsse *Dominicus* bleiben.

Abg. Dr. **Grund** stellt sich auf den Standpunkt *Schiffer*. Unser Standpunkt müsse festgehalten werden.

Abg. **Jansen** hält die Entscheidung im Reich für richtig. Das alleinige Ausscheiden *Dominicus* würde nicht zu ertragen sein.

Minister **Fischbeck**: Die konfessionelle Lehrerbildung sei Privatsache *Beckers*. Wir hätten uns immer vom Reich ins Schlepptau nehmen lassen. Die Reichspolitik sei falsch gewesen. Die Lage in den Einzelstaaten sei anders als im Reich. Wir brauchen die Sozialdemokratie. Diese müssen das Ministerium des Innern haben. *Severing* sei der richtige Mann. *Ebert* und *Severing* wollen nicht erpressen. Die kleine Koalition werde zur großen Koalition führen.

Abg. **Riedel**: Die Revolution ist noch nicht liquidiert. Die Volkspartei könne nur durch Zwang, nicht durch Vernunft, in die große Koalition gebracht werden. Der Weg *Stegerwalds* sei nicht gangbar. *Becker* könne nicht als demokratischer Minister gelten.

Abg. **Hartmann** tritt *Riedel* bei. Die Mehrheitssozialdemokratie müsse in die Regierung.

Abg. Dr. **Preuß**: *Schiffer* hält die Reichstagspolitik für falsch, wie er selber. Diese Politik können wir im Reich nicht nachmachen.

Abg. **Oeser**: Wir sind immer für die große Koalition eingetreten. In Preußen wäre sie möglich gewesen, aus Rücksicht auf das Reich aber unterblieben. Die Gefahren von links seien groß. Wir müssen uns mit den Sozialdemokraten verständigen. Nach dem Brief *Severings* können die großen Aufgaben des Landes erst mit der großen Koalition gelöst werden. Statt *Becker* könnte *Dominicus* Kultusminister werden.

Abg. Dr. **Gottschalk** macht Mitteilung von einer neuen Erklärung *Beckers*. Er habe die Frage der Akademie auf später verschoben.

Abg. Dr. **Wendorff** tritt *Oeser* bei. Die Reichstagspolitik sei falsch gewesen.

Abg. **Barteld**: Die Linkskoalition ist ohne die Unabhängigen nicht möglich. (Führt die Stärkezahlen an.) Anwesenheitszwang wäre notwendig. Würde das Haus arbeitsunfähig, hätte die Volkspartei alle Trümpfe in der Hand.

Abg. **Nuschke**: Die Sozialdemokratie wünscht ein Übergangsministerium. Es sei daher nicht logisch, das Ministerium des Innern zu fordern. Die große Koalition sei auf Jahre tot.

Abg. **Herrmann**: Die Politik der Reichstagsfraktion sei falsch gewesen. Das Kultusministerium dürfe nicht bei *Becker* bleiben. *Dominicus* müsse an seine Stelle treten.

Minister **Dominicus**: Er schätze *Becker* sehr und möchte ihn nicht gerne verdrängen. Das Kultusministerium stelle sehr hohe Anforderungen. Vielleicht sei er dem Zentrum nicht genehm, da er geborener Katholik sei. Auf seine Person sei keine Rücksicht zu nehmen.⁶

Abg. Dr. **Grund**: Die Deutsche Volkspartei werde sich nicht spalten.

⁶ »Was die Frage der Übertragung des Kultusministeriums auf mich anbelangt,« so vertraute *Dominicus* am 31. Oktober 1921 seinem Tagebuch an, »so nehme ich an, dass das Zentrum seine Zustimmung für mich, den katholischen Renegaten, nicht erteilen wird. Rein persönlich gesprochen, würde mir die Übernahme dieses Ministeriums auch ein erhebliches Wagnis sein. Einmal würde ich mich nicht genügend allgemein gebildet erachten, um diesen Komplex von Arbeit wirklich meistern zu können.

Abg. **Riedel**: Die Zahlen *Bartelds* seien rein theoretisch.

Abg. **Hoff** tritt dem Standpunkt des Vorsitzenden bei.

Abg. **Oeser**: Das Ministerium sei ein Übergangsministerium.

Die **Fraktion** erklärt sich mit allen gegen 4 Stimmen bereit, in die Bildung eines Übergangsministeriums einzuwilligen.

Minister *Becker* kann als demokratischer Minister nicht anerkannt werden. Neben dem Handelsministerium muß ein zweites wichtiges Ministerium verlangt werden.⁷

276.

3. 11. 1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 150 f. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.00 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Abg. **Riedel** berichtet über die Vorgänge, die zur Regierungskrise geführt haben.¹

Abg. **Jansen** übermittelt einen Wunsch der Reichstagsfraktion auf eine gemeinsame Besprechung. Dieselbe soll möglichst heute abend stattfinden.

Abg. **Goll** wünscht in solchen Fällen frühere Nachricht.

Abg. **Nuschke**: Wir müssen Klarheit über unsere Haltung in der Öffentlichkeit haben. Leitartikel in der »Germania«.² Unsere Presse sei günstig. Es könnte der Eindruck entstehen, daß persönliche Motive den Ausschlag gegeben hätten.

Dazu kann sich nur ein *Humboldt* berufen fühlen. Sodann ist die Arbeit wegen des Fehlens der finanziellen Möglichkeiten auf diesem Gebiete besonders drückend. Personalreform hier ganz besonders schwierig. Die Gegensätze der Schulreformer zu der bisherigen Arbeitsweise schwer überbrückbar, und die Forderungen der Lehrer, insbesondere der Volksschullehrer, vielfach so radikal, dass ich sie nicht mitmachen könnte.« Landesarchiv Berlin, NL Dominicus, E. Rep. 200-41, Nr. 26, S. 87 f.

⁷ In seinem Tagebuch notierte *Dominicus* am 31. Oktober 1921: »Die Fraktionssitzung von 12-3 Uhr beschließt unter 16 Anwesenden gegen 4 Stimmen (*Grund, Schiffer, Jansen* und *Barteld*) und bei meiner Stimmenthaltung, ihr Einverständnis zu meiner Zurückziehung aus dem Amte zu erklären, weil es der Fraktion angesichts der zu befürchtenden schweren innerpolitischen Kämpfe richtig erscheint, dass ein Sozialdemokrat in dem Ministerium des Innern sitzt. [...] Mir war ein energisches Eingreifen in die Diskussion unmöglich gemacht durch das nur zu leicht vermutete persönliche Interesse. Bei aller Anerkennung der Bedeutung der Gründe, die die Fraktion geleitet haben, stimme ich mit dieser Haltung, die ich für unkonsequent und schädlich halte, nicht überein.« Ebd., S. 87.

¹ Vgl. Dok. Nr. 273-275.

² Die *GERMANIA*, 674, 2.11.1921, gab in ihrem Leitartikel »Der Rücktritt des Kabinetts *Stegerwald*« den Demokraten die Schuld an der Regierungskrise. Man werde »nun wieder ein Trauerspiel parteipolitischer Kurzsichtigkeit erleben [...], und das danken wir dann den Demokraten!«

277.

3.11.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 151. Beginn: 13.30 Uhr. Ende: 15.00 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Abg. Dr. **Schreiber** berichtet über Besprechungen mit *Braun* und *Severing*.¹ Die Sozialdemokraten verlangen jetzt 3 Minister. In der kleinen Koalition sollen wir 2, in der großen aber nur 1 Minister haben. – Die große Koalition werde spätestens im Januar erfolgen. – Besprechung mit *Leinert*: Die Volkspartei will jetzt in die große Koalition.

Abg. **Jansen**: Sollen wir in die kleine Koalition gehen? Nein! Wir machen nur die große!

Abg. Dr. **Berndt**: Ist die große Koalition nicht zu erreichen, so die kleine als Übergang.

Abg. **Nuschke**: Wir müssen unseren Standpunkt festhalten.

Minister **Dominicus**: Wir müssen mit der Reichstagsfraktion verhandeln.

Abg. Dr. **Höpker Aschoff**: Im Lande ist man jetzt für kleine Koalition. Man will nicht die Abhängigkeit von der Volkspartei.

Abg. **Preuß**: Wir wollten [sic] nicht unbedingt an der großen Koalition festhalten.

278.

4.11.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 151. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Oeser.

[Der] Vorsitzende Abg. **Oeser** macht Mitteilungen über die Verhandlungen, die noch nicht abgeschlossen sind.¹

Abg. **Goll** und **Hartmann** treten für die Beibehaltung des Handelsministeriums ein.

Abg. **Barteld** hält das Landwirtschaft[s]ministerium für wichtiger.

Minister **Fischbeck**: Ein Sozialdemokrat darf das Handelsministerium nicht haben. Oberschlesien. Bergwerke. Handelskammer. Handwerkerkammer. Gewerbliches und Fortbildungsschulwesen. Steuersätze. Loch im Westen und in Oberschlesien.

Abg. **Oeser** teilt die Bedenken *Fischbecks*.

¹ Zur Regierungsbildung vgl. Dok. Nr. 273–276.

¹ Vgl. Dok. Nr. 273–277.

279.

5. 11. 1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 152. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Jansen.

[Der] Vorsitzende Abg. **Jansen** berichtet über die interfraktionellen Verhandlungen.¹

280.

21. 11. 1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 152. Beginn: keine Angaben. Ende: 13.00 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Dem Anspruch der Kommunisten auf Abänderung der Tagesordnung (Hungerstreik) soll widersprochen werden.¹ In den Siedlungsausschuß werden zur Beratung des Gesetzentwurfes: Landeskulturamt Schleswig-Holstein², die Abg. *Hoff* und Dr. *Höpker Aschoff* entsandt.

¹ Vgl. Dok. Nr. 273–278.

¹ In der 69. Sitzung am 21. November 1921 stellten die Kommunisten den Antrag auf sofortige Bepflichtung des Hungerstreiks der politischen Gefangenen in der Strafanstalt Lichtenburg. Die Angelegenheit wurde in einer auf 7 Uhr angesetzten Abendsitzung am selben Tag verhandelt. Die Abstimmung erfolgte in der 71. Sitzung am 22. November 1921. Vgl. SBpLT 1921/24, Bd. 3, Sp. 4471–4479, Bd. 4, Sp. 4523–4644.

² Der Gesetzentwurf über den Sitz des Landeskulturamts für die Provinz Schleswig-Holstein, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1354, S. 1536, wurde in der 66. Sitzung am 17. November 1921 an den Ausschuß für Siedlungs- und Wohnungswesen überwiesen. Vgl. auch den Antrag des Ausschusses für das Siedlungs- und Wohnungswesen zu seinem mündlichen Bericht über den Gesetzentwurf über den Sitz des Landeskulturamts für die Provinz Schleswig-Holstein (Nr. 1354), in: ebd., Nr. 1543, S. 1650.

281.

22.11.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 152 f. Beginn: keine Angaben. Ende: 13.15 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Die **Fraktion** nimmt Stellung zur Abstimmung über den Haushalt der Gestütverwaltung.¹

Drucksache [Nr.] 650, 2 I a² angenommen,

[Drucksache Nr. 650, 2 I] b³ angenommen in Fassung Drucksache [Nr.] 1421⁴,

[Drucksache Nr.] 1422⁵ angenommen.

Desgleichen Anträge des Hauptausschusses, Drucksache Nr. 650.

Abg. **Nuschke** berichtet über eine Änderung der Geschäftsordnung.⁶

¹ In der 72. Sitzung am 2. November 1921 fand die Abstimmung über den Haushalt der Gestütverwaltung für 1921, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 464, S. 493–497, Nr. 650, S. 671 f., statt.

² Antrag des Hauptausschusses zu seinem mündlichen Bericht über a) den Haushalt der Gestütverwaltung, b) Entschließungen, c) den Nachweis über die Ab- und Zugänge an Beschälern 1920 und die Betriebsergebnisse der Haupt- und Landgestüte 1916/17 bis einschließlich 1918/19 (Nr. 464), in: ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 650, S. 671 f. In der Entschließung, Punkt 21 a, wurde das Staatsministerium ersucht, die Gestütverwaltung nicht mehr den Betriebsverwaltungen einzureihen, sondern in der Reihe der Staatsverwaltungen zu belassen. Ebd., S. 671.

³ Nach der Entschließung, Punkt 21b, sollte das Sprung- und Füllengeld aus der Deckzeit des Jahres 1922 entsprechend der Geldentwertung erhöht werden, das Sprunggeld auf mindestens 150 M, das Füllengeld auf mindestens 400 M. Ebd., S. 672.

⁴ Der Antrag der Abg. *Westermann* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Gestütverwaltung für das Rechnungsjahr 1921, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1421, S. 1591, forderte das Sprung- und Füllengeld zusammen auf durchschnittlich 550 Mark zu erhöhen.

⁵ Der Antrag der Abg. *Bachem* und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Gestütverwaltung für das Rechnungsjahr 1921, ebd., Nr. 1422, S. 1591, bezog sich auf die Entschließung des Antrags des Hauptausschusses (Nr. 650), Punkt 21 f. Dieser forderte, bei Vorlage des nächsten Haushalts der Gestütverwaltung die Mittel so zu erhöhen, daß bei den erhöhten Anschaffungspreisen für gute zuchtaugliche Hengste eine Gewährung von Darlehen in weiterem Umfang als bisher erfolgen könne. Ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 650, S. 672. Der Antrag der DNVP forderte dagegen die Gewährung von Darlehen in Höhe von 75 v. H.

⁶ In der 72. und 73. Sitzung am 22./23. November 1921 wurde der Entwurf der endgültigen Geschäftsordnung beraten und angenommen. Nach den vom Ausschuß gestellten Abänderungsanträgen sollte der Landtag künftig über einen wirksameren Schutz gegen Ordnungsstörungen verfügen. So wurde im § 49 der Landtagspräsident ermächtigt, einen Abgeordneten, der in grober Weise die Ordnung verletzt habe, von der weiteren Teilnahme an der Sitzung auszuschließen. Sollte sich der Abgeordnete weigern, den Saal zu verlassen, konnte er für die folgenden acht Sitzungen, in besonders schweren Fällen für 15 Sitzungen ausgeschlossen werden. Vgl. den Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über 1. den Entwurf einer Geschäftsordnung für den Landtag, 2. den Antrag der Abg. *Riedel* und Genossen (DDP) auf Einsetzung eines ständigen Ausschusses für sozialpolitische Angelegenheiten (Nr. 235), 3. den Antrag Dr. *Meyer* (Ostpreußen) und Genossen (VKP) auf Änderung des § 70 Abs. 1 der Geschäftsordnung (Nr. 330), in: ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 1070 A, S. 1265–1328; sowie die Vergleichende Darstellung der Geschäftsordnung für die verfassunggebende Preußische Landesversammlung mit den Beschlüssen des Geschäftsordnungsausschusses in erster, zweiter und dritter Lesung über den Entwurf einer Geschäftsordnung für den Preußischen Landtag, in: ebd., Nr. 1070 B, S. 1329–1383. Vgl. auch die Zusammenstellung der Beschlüsse des Landtags zu dem Entwurf einer Geschäftsordnung für den Preußischen Landtag (Nr. 1070 A), in: ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1509, S. 1623. Hintergrund dieser Abänderungsanträge waren Tumultszenen der Kommunisten in der 18. Sitzung am 7. Mai 1921 nach dem Ende der von Kommunisten und Unabhängigen geforderten sofortigen Besprechung der Lage in Oberschlesien. Vgl. ebd., Bd. 1, Sp. 1017–1030. Vgl. Dok. Nr. 244.

Abg. **Hoff** berichtet über die Sitzung des Ältestenrates. Tagung bis 16. Dezember unter Freilassung von Sonnabenden und Montagen. Ab nächste Woche mittwochs und donnerstags Abendsitzungen.⁷

Genehmigt wird eine Kleine Anfrage Dr. *Grund*.⁸

In bezug auf den Gesetzentwurf: Landeskulturamt Schleswig-Holstein, wird die Abstimmung freigegeben.⁹

Dr. **Grund** berichtet über Preissteigerungen usw.

Abg. Dr. *Grund* wird gebeten, wegen eines gemeinsamen Vorgehens mit den Koalitionsparteien und der Reichsregierung zu verhandeln.

Abg. Dr. *Schreiber* wird gebeten, sich wegen der Einrichtung eines interfraktionellen Ausschusses unter den Regierungsparteien mit diesen in Verbindung zu setzen.

282.

25.11.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 153. Beginn: keine Angaben. Ende: 11.15 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Jansen.

Tagesordnung:

Ministerium des Innern.¹

Referent: Abg. **Berndt**.² – Redner bespricht die verschiedenen Gebiete der inneren Verwaltung: Verwaltungsreform, Selbstverwaltung, Kreisverwaltung, Stellung des Landrats, Stellung der mittleren Beamten, Disziplinalgesetz, Personalfrage, Personalakte, Beseitigung der Geheimberichte, Verbot der »Täglichen Rundschau«, Wucherfrage.

In der Debatte wird Vorsicht in der Frage der Ordnungsstrafen und der Wucherbestimmungen gewünscht, Mitwirkung der Provinzen bei der Besetzung der Beamtenstellen.

Abg. Dr. **Höpker Aschoff** wünscht Freiheit der Städte in der Wahl der Bürgermeister- und Magistratsverfassung. Das Verwaltungsstreitverfahren bei der Bestätigung von Bürgermeistern ist bedenklich, hier kann nur ein Beschlußverfahren in Frage kommen. Die Besoldung der Landräte ist nach der letzten Aufbesserung ausreichend. Die Bezirksregierungen können zur Zeit noch nicht beseitigt werden.

⁷ Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 22. November 1921, 11.05 bis 11.45 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 3.

⁸ Kleine Anfrage der Abg. Dr. *Grund* und Genossen (DDP) über die Plünderung von Ladengeschäften in Groß-Berlin, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1512, S. 1630.

⁹ Vgl. Dok. Nr. 280.

¹ Die zweite Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern, mit Ausnahme der dauernden Ausgaben Kap. 91 und der einmaligen Ausgaben Kap. 17 Tit. 7 bis 19 (Schutzpolizei), erfolgte in der 75. und 76. Sitzung am 25. und 29. November, die Abstimmung in der 78. Sitzung am 6. Dezember 1921. Vgl. Dok. Nr. 247.

² Vgl. auch die Rede des Abg. Dr. *Berndt* (Stettin) in der 76. Sitzung am 29. November 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 4, Sp. 5038–5051.

Anträge: Drucksache [Nr.] 600: Anträge zu 2 werden angenommen.³

Abg. Dr. **Grund** macht Mitteilung über eine interfraktionelle Besprechung in der Wucherfrage.

283.

30.11.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 154. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Jansen.

Tagesordnung:

Wohlfahrtsministerium.¹

284.

6.12.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 154. Beginn: keine Angaben. Ende: 13.00 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Tagesordnung:

Plenum.

Zu Punkt 1–3 [P. 1: Erste Beratung des Gesetzentwurfs über den Ausbau von Wasserkraften der unteren Fulda, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1521, S. 1634–1640; P. 2: Erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des § 101 Abs. 2 des Allgemeinen Berggesetzes für die Preußischen Staaten vom 24. Juni 1865, ebd., Nr. 1549, S. 1652 f.; P. 3: Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Änderung der Schiedsmannsordnung vom 29. März 1879 (Gesetzsamml. S. 321), ebd., Nr. 1573, S. 1676] ist nichts zu bemerken.

³ Vgl. den Antrag des Hauptausschusses zu seinem mündlichen Bericht über a) den Haushalt des Ministeriums des Innern für 1921, b) Entschließungen, c) Eingaben, in: ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 600, S. 620 f. Die Anträge zu Punkt 2 bezogen sich: auf Dienstwohnungen der Beamten, das Anlegen einer Produktions-, Lohn- und Preisstatistik, die Bezüge der Beamten des Statistischen Landesamtes, auf Verträge mit privaten Zeitungen, die diese zu amtlichen Publikationsorganen für Kreise und Regierungsbezirke machten, auf die Anstellungsbedingungen für Beamte der Schutzpolizei, auf die Bekanntgabe der Zahl der Toten und Verwundeten während des mitteleuropäischen Aufstandes, auf die Durchführung des Verbots der Orgesch und auf die Landeschutzbeamten, denen zum 1. April 1921 gekündigt worden war, obwohl mit ihnen 3jährige, unkündbare Dienstverträge abgeschlossen worden waren.

¹ Zur zweiten Lesung des Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt vgl. Dok. Nr. 247.

Punkt 4: Abstimmung Ministerium des Innern.¹

Den Anträgen auf Drucksache [Nr.] 600² – mit Ausnahme IV³ – wird zugestimmt, ebenso den Anträgen [Nr.] 668 zu 2⁴ und [Nr.] 1516.⁵ – Abgelehnt werden die Anträge [Nr.] 630–635, 638, 639⁶, 645⁷, 647, 648⁸, 656⁹, 668 zu 1 und 3¹⁰, 1243¹¹, 1563¹².

Punkt 5: Landeskulturamt Schleswig-Holstein.¹³

Die **Fraktion** stimmt zu.

Punkt 6: Abstimmung: Ministerium für Volkswohlfahrt.¹⁴

Punkt 7: Landwirtschaftliche Verwaltung.¹⁵ 2. Lesung: 6 sozialdemokratische Anträge werden abgelehnt.¹⁶

¹ Vgl. Dok. Nr. 282.

² Antrag des Hauptausschusses zu seinem mündlichen Bericht über a) den Haushalt des Ministeriums des Innern für 1921, b) Entschließungen, c) Eingaben, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 600, S. 620 f.

³ Punkt IV der dem Staatsministerium zu unterbreitenden Anträge betraf die 1911 beim Berliner Polizeipräsidentium eingerichtete »Deutsche Zentralstelle zur Bekämpfung unzüchtiger Schriften, Abbildungen und Inserate«, die Bekämpfung von Mißständen im Kabarett und Variété, die Beseitigung von Rummelplätzen sowie die polizeiliche Kontrolle von »Lichtspielstreifen«. Ebd. Zitate im Original hervorgehoben.

⁴ Antrag der Abg. Frau *Kunert* und Genossen (USPD) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern für 1921, in: ebd., Nr. 668, S. 682. Nach Punkt 2 des Antrags sollten Prostituierte durch Gesundheitsämter überwacht werden.

⁵ Antrag der Abg. *Graef* (Anklam) und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern für 1921 (Abänderung der Städteordnungen und Landgemeindeordnungen), in: ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1516, S. 1631.

⁶ Anträge der Abg. *Geschke* und Genossen (VKP) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern für 1921, in: ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 630, S. 638 (Auflösung der staatlichen Polizeiverwaltung), Nr. 631, S. 638 (Auflösung der Sittenpolizei), Nr. 632, S. 639 (Ausgaben für die politische Geheimpolizei), Nr. 633, S. 639 (Beamtenbesoldung), Nr. 634, S. 639 (Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, Kreise und Provinzen), Nr. 635, S. 639 (Zeitgemäße Umgestaltung des Eherechts), Nr. 638, S. 640 (Untersuchungsausschuß zur Besichtigung der Internierungslager), Nr. 639, S. 640 (Gebührenfreiheit der In- und Auslandspässe).

⁷ Antrag der Abg. Dr. *Cohn* und Genossen (USPD) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern für 1921 (Aufhebung der Internierungslager Stargard und Sielow), in: ebd., Nr. 645, S. 645.

⁸ Anträge der Abg. *Leid* und Genossen (USPD) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern für 1921, in: ebd., Nr. 647, S. 645 (Übertragung der Leitung des Polizeiwesens an die Gemeinden) und Nr. 648, S. 645 (Aufhebung des Belagerungszustandes).

⁹ Antrag der Abg. Dr. *Faßbender* und Genossen (Z) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern für 1921 (Nr. 600) (Strafbestimmungen bezüglich unzüchtiger Handlungen), in: ebd., Nr. 656, S. 675.

¹⁰ Antrag der Abg. Frau *Kunert* und Genossen (USPD) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern für 1921, in: ebd., Nr. 668, S. 682. Punkt 1 des Antrages forderte, sittlich gefährdete, der Prostitution noch nicht verfallene Frauen und Mädchen sozialpflegerischer Fürsorge zu überweisen. Nach Punkt 3 sollte die Sittenpolizei aufgelöst werden.

¹¹ Antrag der Abg. *Dolezych* und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern für 1921 (Nachwuchs in der Verwaltungslaufbahn), in: ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1243, S. 1471.

¹² Antrag der Abg. *Winckler* und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern für 1921 (Verbot der »Täglichen Rundschau«), in: ebd., Nr. 1563, S. 1668.

¹³ Vgl. Dok. Nr. 280 und 281.

¹⁴ Vgl. Dok. Nr. 283.

¹⁵ Vgl. Dok. Nr. 247.

¹⁶ Es handelte sich insgesamt nur um drei sozialdemokratische Anträge zum Haushalt der landwirtschaftlichen Verwaltung, und zwar um den Antrag der Abg. *Limbertz* (Essen) und Genossen (SPD) zur

285.

7.12.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 154–156. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.20 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Tagesordnung:

Plenum.

Punkt 1–4 [P. 1: Beratung der Ausführungsbestimmungen zum Beamten-Diensteynkommensgesetz vom 17. Dezember 1920 (Gesetzsamml. 1921 S. 135), SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 726, S. 789–830, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1592, S. 1737–1755; P. 2: Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Änderungen des Beamten-Diensteynkommensgesetzes vom 17. Dezember 1920, ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 836, S. 921 f., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1503, S. 1618–1621; P. 3: Beratung der Ausführungsanweisung zum Volksschullehrer-Diensteynkommensgesetz vom 17. Dezember 1920 (Gesetzsamml. S. 623), ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 649, S. 646–671, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1588, S. 1683–1692; P. 4: Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes, betreffend das Diensteynkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen, vom 17. Dezember 1920 (Gesetzsamml. S. 623), ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 706, S. 754 f., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1579, S. 1679].

Es wird angenommen, daß zu diesen Vorlagen nur die Berichterstatter sprechen.

Koll. **Barteld** hält dies nach der Stimmung im Ausschuß für wahrscheinlich.

Die Punkte 5–11 [P. 5–11: Gemeinsame Beratung der Anträge der Abgeordneten a) *Lukassowitz* und Genossen (DNVP) auf Gewährung von Kinderbeihilfen für Kinder, die das 21. Lebensjahr vollendet haben, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 210, S. 190, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1451, S. 1608 f. (Ausschußantrag), b) Dr. von *Krause* und Genossen (DVP) über Ausgleichszulagen und Kinderbeihilfen, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 316, S. 257, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1446, S. 1604 (Ausschußantrag), in Verbindung damit der Mündliche Bericht des Ausschusses für Beamtenangelegenheiten über Eingaben, betreffend Kinderbeihilfen, ebd., Nr. 1515, S. 1631, c) *Kollmann* (Dramburg) und Genossen (USPD) über die Zahlung der Notzuschläge und erhöhten Kinderbeihilfen an die Volksschullehrer, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 335, S. 266, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1585, S. 1682 (Ausschußantrag), d) Dr. Dr. *Porsch* und Genossen (Z) auf Verleihung der Aufrückungsstellen an Beamte und Lehrer nach dem Stande vom 1. April 1920, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 366, S. 277, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1448, S. 1608 (Ausschußantrag), e) *Braun* und Genossen (SPD) auf Neuregelung der Teuerungszuschläge zu den Beamtenegehältern usw., ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 812, S. 910, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1586, S. 1682 (Ausschußantrag), f) *Blank* und Genossen (Z) über die Erhöhung der Teuerungszulagen für die preußischen Beamten, ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 943, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1587, S. 1682 (Ausschußantrag), g) des Beamtenausschusses über Eingaben, betreffend Kinderzulagen, Teuerungszuschläge, Besoldung der Lehrer usw., ebd., Nr. 1577, S. 1678] stehen auf der

zweiten Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1921 (Verbot der Schleppnetzerei auf dem Stettiner Haff), in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1453, S. 1609, den Antrag der Abg. *Limbertz* (Essen) und Genossen (SPD) (Forderung nach einem Reichsgesetz für die Milchbehandlung), in: ebd., Nr. 1615, S. 1816, und den Änderungsantrag der Abg. *Limbertz* (Essen) und Genossen (SPD) zum Antrag *Schulz* (Neukölln) und Genossen (VKP) (Nr. 1605), ebd., Nr. 1630, S. 1842. Nach diesem Antrag sollte der Einsatz der »Technischen Nothilfe« als Streikbrecherorganisation verhindert werden.

Tagesordnung unter der Voraussetzung, daß sie ohne Besprechung angenommen werden.

Zu Punkt 13 [Zweite Beratung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für 1921, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 452, S. 377–486, Nr. 660, S. 677–679]¹ spricht Koll. **Riedel**.² – Entbürokratisierung der Verwaltung. Entfiskalisierung. Die Bergverwaltung soll sich im nächsten Etat ausführlich dazu äußern. Kohlenwirtschaft und Wärmewirtschaft. Die Ergebnisse der neueren Forschung auf dem Gebiete der Wärmewirtschaft sind stärker zu berücksichtigen. Redner empfiehlt die Ablehnung der kommunistischen Anträge.³ Antrag [Nr.] 1120 (SPD):⁴ Verlangt wird Erhöhung des Etatspositionen, die Gehälter der Bergwerksbeamten usw. betreffen. Empfiehlt Annahme.

Debatte:

Hartmann zu [Punkt] 2 h [des Hauptausschußantrags].⁵ Zustimmung des Betriebsrates? – Nach Verhandlung mit dem Betriebsrat. Redner spricht für letztere Forderung. Antrag des Ausschusses durch vorangegangene Verhandlungen erledigt. [Punkt] 2 p.⁶ Klarheit verlangen. Die Kosten bislang für Knappschaftsversicherung von Arbeitgebern und -nehmern aufgebracht. Soll das anders werden, Folgen für die gesamte Sozialversicherung.

Riedel: Auch andere Parteien verlangen zu [Punkt] 2 h nur Anhörung des Betriebsrates. [Punkt] 2 p: Zentrum und Sozialdemokraten haben für diesen Passus gestimmt. Sollen wir Abänderungsantrag stellen?

Dominicus empfiehlt bzw. stimmt **Riedel** zu. [Punkt] 2 h: dadurch wird Zentrum Brücke gebaut.⁷ Gleicher Gegenstand bei Behandlung der Mont-Cenis⁸-Sache bereits angenommen. Deshalb [hat sich] Ausschlußantrag [er]übrig[t].

¹ Vgl. Dok. Nr. 247.

² Zum Haushalt der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung sprach in der 81. Sitzung am 10. Dezember 1921 der Abg. **Hartmann**. Vgl. SBpLT 1921/24, Bd. 4, Sp. 5691–5695.

³ Anträge der Abg. **Sobottka** und Genossen (KPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung, in: ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1181–1194, S. 1450–1452. Die Kommunisten forderten u. a. die Einführung der Sechs-Stundenschicht auf allen staatlichen Gruben (Nr. 1190) und die Beseitigung der Kohlensteuer (Nr. 1186).

⁴ Antrag der Abg. **Braun** und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für 1921, in: ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 1120, S. 1404.

⁵ Nach Punkt 2 h des Antrages des Hauptausschusses zu seinem mündlichen Bericht über den Haushalt der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für 1921, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 660, S. 677–679, sollte die Außerkraftsetzung von bergpolizeilichen Vorschriften oder von Teilen derselben für einzelne Gruben oder Grubenteile nur mit Zustimmung des Betriebsrates erfolgen können. Vgl. ebd., S. 678.

⁶ Punkt 2 p des Antrages des Hauptausschusses ersuchte das Staatsministerium, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß bei der Reform des Knappschaftswesens ein Reichsknappschaftsgesetz vorgelegt werde, das auf die Bildung eines einheitlichen Reichsknappschaftsvereins abziele und die Beiträge auf die Selbstkosten des Bergbaus umlege. Vgl. ebd.

⁷ Nach dem Antrag der Abg. **Riedel** und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für 1921, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1626, S. 1841, sollte Ziffer 2 h durch die bereits erfolgte Beschlußfassung des Landtags über den gleichen Gegenstand für erledigt erklärt werden. Vgl. ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 741, S. 841 f., hier S. 841. Im Antrag der Abg. **Riedel** und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für 1921, ebd., Nr. 1627, S. 1841, sollte Ziffer 2 p des Antrages des Hauptausschusses (Nr. 660) dahin geändert werden, daß bei der Reichsregierung auf die baldige Vorlage des Entwurfs des Reichsknappschaftsgesetzes hingewirkt werden sollte.

⁸ In der 43. Sitzung am 15. Juli 1921 wurden die Großen Anfragen der Abg. **Brust** und Genossen (Z) und der Abg. **Braun** und Genossen (SPD) über die Schlagwetterkatastrophe auf Grube Mont Cenis, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 574, S. 555, Nr. 591, S. 616, verhandelt.

[Punkt] 2 p: Dazu äußern sich Koll. **Dominicus, Schreiber, Hartmann, Riedel, Höpker Aschoff.**

Riedel beantragt letzten Teil von [Punkt] 2 p zu streichen.⁹

Hartmann: Entwurf eines Reichsknappschaftsgesetzes ist fertig.¹⁰ Zentrum und SPD zugestimmt. Beiträge werden nach dem Entwurf von Arbeitgebern und -nehmern aufgebracht. Nimmt man [Punkt] 2 p an, dann muß Gesetz wieder umgebaut werden.

Riedel: Die Regierungsvertreter haben den Anträgen leider in der Ausschußverhandlung nicht opponiert.

Schreiber: Wir lehnen [Punkt] 2 p motiviert ab.

Dominicus: Versuch, Zentrum zu unserer Auffassung zu bekehren.

Abbrechen dieser Besprechung. Verhandelt wird über Punkt 12 der Tagesordnung [Zweite Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1921, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 900, S. 980–1004, Nr. 1040 zu 3, S. 1146–1154, hier S. 1147, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1171, S. 1441–1445].¹¹

Westermann spricht zu den Anträgen des Ausschusses.¹²

Anträge B 1 – 2 – 3 – 4 – 5 – 6 – 7 – 8 angenommen.¹³

Zu 9¹⁴ äußert **Westermann** Bedenken.

Wir stimmen *motiviert* zu. Anträge B 10 – 11 a–c – 12 – 13 – 14 – 15 a und b¹⁵ – 16¹⁶ (soll offen bleiben bis nach Rücksprache mit *Wendorff*) – 17 – 18 a–d. – Zu 19 liegt ein Antrag *Fischbeck* vor.¹⁷

⁹ Der letzte Teil des Antragspunktes 2 p bezog sich auf die Umlage der Beiträge zum Reichsknappschaftsvereins auf die Selbstkosten des Bergbaus. SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 660, S. 677–679, hier S. 678.

¹⁰ Das Knappschaftswesen wurde durch das Reichsknappschaftsgesetz von 1923 neu geregelt. Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 6, S. 1098.

¹¹ Vgl. auch Dok. Nr. 247 und 284.

¹² Vgl. den Antrag des Hauptausschusses zu seinem mündlichen Bericht über den Haushalt der landwirtschaftlichen Verwaltung, hierzu gehörige Anträge und Entschlieûungen des Ausschusses und Eingaben sowie die Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes, betr. die Beförderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen (Nr. 900), in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1171, S. 1441–1445.

¹³ Die Anträge 1–8 des Ausschußantrags, ebd., Nr. 1171, S. 1441–1445, hier S. 1442, beschäftigten sich mit dem Ausbau von Licht-, Kraft- und Wasserversorgung (P. 1), der Lebensmittelversorgung (P. 2 und 3), dem vom Landbund der Provinz Brandenburg angedrohten Lieferstreik (P. 4), der Unterbindung von Streiks in der Landwirtschaft (P. 5), der Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung (P. 6), der Verarbeitung von Vollmilch zu Trocknungspräparaten (P. 7) und der Ausfuhr von milch- und landwirtschaftlichen Produkten (P. 8).

¹⁴ Punkt 9 des Antrags, ebd., forderte das Verbot des Brennens von Kartoffeln und Getreide, solange ein Mangel an diesen Gütern bestünde.

¹⁵ Die Anträge 10–15, ebd., S. 1442 f., forderten die vorzugsweise Beförderung von Kartoffeln (P. 10), die Beförderung von Kartoffeln zu einem niedrigen Ausnahmetarif (P. 11 a), die Nichtanwendung der beschlossenen 30prozentigen Tarifierhöhung (P. 11 b), die ausreichende Wagengestellung im Interesse einer schnellen Kartoffelversorgung (P. 11 c), die Aufhebung des Staatskommissariats für Volksernährung (P. 12), die planmäßige Förderung der Saatgutwirtschaft (P. 13), die Beschaffung und Verteilung von Sämereien für die Winter- und Frühjahrssaat (P. 14) sowie die beschleunigte Einfuhr von Futtermitteln (P. 15 a) und die Nachprüfung und Herabdrückung des brotverteuernden Verwaltungspreises des Umlagegetreides (P. 15 b).

¹⁶ Der Antrag 16, ebd., S. 1443, forderte ausreichende Mittel zur Unterstützung und Fortentwicklung der örtlichen Viehversicherungsvereine.

¹⁷ Die Anträge 17–19, ebd., S. 1443, forderten die Förderung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens (P. 17), die Ausnutzung der städtischen Abwässer für Zwecke der Landwirtschaft (P. 18 a–d)

Zu 16 empfiehlt **Wendorff** gegen den Antrag zu stimmen.

Zu 20:¹⁸ **Höpker Aschoff** empfiehlt motivierte Ablehnung.

Hartmann für Antrag.

Schreiber in ähnlicher Ausführung.

Höpker Aschoff widerspricht.

Wendorff: Unser Redner soll sachlich zustimmen, nur betonen, daß dieser Antrag überflüssig.

Ziffer 20 ablehnen. **Westermann** begründet.

Angenommen 21 (unser Antrag) – 22 – 23 (unser Antrag) – 24 a und b – 25 – 26 – 27 – 28 – 29 – 30 – 31 – 32 – 33 – 34 – 35 – 36.¹⁹

Abschnitt C, betr. Entschliefungen, die der Ausschuß zur Annahme empfiehlt. 1 – 2 – 3 – 4 – 5 a–d – 6 – 7 – 8 – 9 – 10 a und b – 11 – 12 – 13 – 14 zur Annahme empfehlen.²⁰

Rest erledigt unter Abschnitt D, E.²¹

Anträge:

Nr. 1431:²²

und die Übernahme der Halden und des in den Tagebau abgestürzten Abraums in Kultur (P. 19); Antrag der Abg. *Fischbeck*, *Graw* (Wormditt) und Genossen (DDP, Z) zur zweiten Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung für das Rechnungsjahr 1921 (Nr. 1171 zu B 19), in: ebd., Nr. 1616, S. 1817.

¹⁸ Antrag 20, ebd., Nr. 1171, S. 1441–1445, hier S. 1443, forderte die Ausdehnung der Pflicht zur Beschaffung von Pachtland auf Stadtgemeinden. Auch nichtlandwirtschaftliche Arbeiter und Angestellte sowie minderbemittelte Personen sollten einen Anspruch auf Pachtland erhalten.

¹⁹ Die Anträge 21–36, ebd., S. 1443 f., bezogen sich auf die Ausführungsbestimmungen zur Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung (P. 21 und 22), Lehrwirtschaften auf Domänenvorwerken (P. 23), die Nachweisung über das zu Siedlungszwecken zur Verfügung gestellte Land (P. 24 a und b), die Unterhaltung der staatlichen Fischereihäfen (P. 25), die Förderung von Meliorationen (P. 26), die Auf- führung eines festen Damms zwischen den Inseln Amrum und Föhr (P. 27), die nötigen Mittel zur Landgewinnung an der Nordseeküste (P. 28), die Schutzanlagen an den Seeküsten und auf den Mee- resinseln (P. 29), das Koalitionsrecht der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiter und Angestellten (P. 30), die obligatorische Fortbildungsschulpflicht auch für die in der Landwirt- schaft beschäftigten jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen (P. 31), den Ausbildungsgang der Wie- senbauschüler (P. 32), Vorschriften über die Annahme und Ausbildung von Kulturamtsvorstehern (P. 33), die Besetzung der Stellen der Mitglieder des Landesschätzungsamts (P. 34), die Anstellung der an dem Staatlichen chemischen Untersuchungsamt in Frankfurt am Main angestellten Nahrungs- mittelchemiker als Beamte (P. 35) und die Verlegung der landwirtschaftlichen Hochschule Berlin nach Dahlem (P. 36).

²⁰ Die Entschliefungen des Antrags des Hauptausschusses, ebd., S. 1444 f., betrafen das Brennen von Mais und die schnelle Einfuhr von Futtermittel (P. 1 und 2), die Fischzucht in den Flüssen 2. und 3. Ord- nung (P. 3), die hauptamtlichen Oberfischmeisterstellen (P. 4), die Transportgebühren (P. 5), die aus- reichende Wagengestellung für die Kalibeförderung (P. 6), die Verlängerung der Reichspacht- schutz- ordnung (P. 7), die Umgestaltung des naturwissenschaftlichen Unterrichts im Sinne der Vertiefung und Verbreiterung landwirtschaftlicher Kenntnisse (P. 8), die Erhaltung und Förderung der land- wirtschaftlichen Forschungsinstitute in Landsberg a. W. (P. 9), den Ausbau des landwirtschaftlichen Versuchswesens und die Förderung des Obstbaues (P. 10), die Vermessungssekretärstellen und die Landmesser (P. 11 a und b), die staatlichen Gutsverwalter in jetzt polnisch gewordenen Gebieten (P. 12), das Landeskulturamt für Schleswig-Holstein in Kiel (P. 13) und die Gärtnerlehranstalt Dahlem in ein Staatsinstitut (P. 14).

²¹ Nach Abschnitt D des Antrags des Hauptausschusses, ebd., S. 1445, sollte die Denkschrift der Jahre 1919 und 1920 über die Ausführung des Gesetzes, betreffend die Beförderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen vom 26. April 1886 für erledigt erklärt werden. Abschnitt E, ebd., führte die verschiedenen Eingaben auf.

²² Antrag der Abg. Dr. von *Krause* und Genossen (DVP) zur zweiten Beratung des Haushalts der land-

Riedel begründet Annahme.

Fraktion beschließt in diesem Sinne.

[Nr.] 1453:

Wendorff empfiehlt Ablehnung.²³

Aus sachlichen Gründen kann nicht Stellung genommen werden. Frage wird wissenschaftlich und praktisch geklärt.

[Nr.] 1548 dafür stimmen.²⁴

[Nr.] 1601–1608 ablehnen.²⁵

[Nr.] 1615: **Westermann** empfiehlt Annahme.²⁶

Wendorff: Neue Organisation ist notwendig. Entwurf eines Reichsmilchgesetzes lag 1920 vor. Bedenken. Gedanke ist richtig.

Westermann wird motivieren.²⁷

[Nr.] 1616 Annahme.²⁸

Hoff: Bericht aus Ältestenausschuß:²⁹ Freitag Bergetat, allgemeine Finanzverwaltung³⁰ usw. Anschließend Kultusetat:³¹ 1. Ministerium [für] geistliche Angelegenheiten [und] Kunst, 2. Hochschulen – technische Hochschulen, 3. Höhere Schulen, 4. Volksschulen, Lehrerbildung. Da 8 Berichterstatter, Redner kurz halten. Weihnachtsferien bis 19. Januar. Nachmittags 15.00 Uhr [...] ³², Sonnabend Tagung.

wirtschaftlichen Verwaltung für 1921 (Einrichtung der Landwirtschaftskammer Grenzmark), in: ebd., Nr. 1431, S. 1595.

²³ Antrag der Abg. *Limbertz* (Essen) und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1921 (Verbot der Schleppnetzfischerei auf dem Stettiner Haff), in: ebd., Nr. 1453, S. 1609. Durch die Schleppnetzfischerei, so der Antrag, würde das Fischereigewerbe schwer geschädigt.

²⁴ Antrag der Abg. *Wilberg* und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1921 (Verbindung der Insel Fehmarn mit dem Festlande), in: ebd., Nr. 1548, S. 1651.

²⁵ Antrag der Abg. *Schulz* (Neukölln) und Genossen (KPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1921 (1. Enteignung des Großgrundbesitzes, 2. Sozialisierung der für die Belieferung der landwirtschaftlichen Betriebe mit Rohstoffen usw. in Betracht kommenden Produktionszweige, 3. Vergünstigungen für Genossenschaften der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe beim Bezug von landwirtschaftlichen Bedarfsgütern, 4. Umgestaltung des landwirtschaftlichen Fortbildungs-, Mittel- und Hochschulwesens zu einem einheitlichen Bildungsgange), in: ebd., Nr. 1601, S. 1813; desgl. (Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter), in: ebd., Nr. 1602, S. 1813; desgl. (Ausbau der Pachtschutzordnung), in: ebd., Nr. 1603, S. 1813; desgl. (Auflösung der Ansiedlungskommission für Ost- und Westpreußen), in: ebd., Nr. 1604, S. 1813; desgl. (Auflösung der als Arbeitsgemeinschaften bezeichneten militärischen Formationen und der »Technischen Nothilfe«. Preise für Pferderennen), in: ebd., Nr. 1605–1608, S. 1814.

²⁶ Antrag der Abg. *Limbertz* (Essen) und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1921 (Reichsgesetz für die Milchbehandlung), in: ebd., Nr. 1615, S. 1816.

²⁷ Die Rede des Abg. *Westermann* in der 79. Sitzung am 7. Dezember 1921, in: ebd., Bd. 4, Sp. 5466–5472.

²⁸ Antrag der Abg. *Fischbeck*, *Graw* (Wormditt) und Genossen (DDP, Z) zur zweiten Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1921 (Nr. 1171 zu B 19), in: ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1616, S. 1817.

²⁹ Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 7. Dezember 1921, 11.07 bis 12.19 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 3.

³⁰ Vgl. Dok. Nr. 247.

³¹ Vgl. ebd.

³² Wort unleserlich.

Referenten für Kultusetat (10., 13., 14. Dezember) sollen in nächster Fraktionssitzung bestimmt werden.

Verschiedenes:

Hartmann: Eingemeindung der Gemeinden um Barmen.³³

286.

9.12.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 157. Beginn: keine Angaben. Ende: 11.10 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: keine Angaben.

Besprechung:

Tagesordnung.

Punkt 1 und 2 der Tagesordnung [des Plenums] [P. 1: Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung. P. 2: Abstimmung über den Haushalt der landwirtschaftlichen Verwaltung]:¹

1. *Riedel* Referent zum Berg- usw. Etat. Besprochen wird die Abstimmung der Anträge. *Hartmann* zweiter Redner.²

2. Redner zum Kultusetat: *Preuß*, *Gottschalk*, *Herrmann*.³

3. Zum Essen der Fraktion am 13.12. sollen auch die Staatsratsmitglieder und die früheren Kollegen aus Berlin geladen werden.

4. **Jansen** berichtet über die Verhandlungen aus dem interfraktionellen Ausschuß.

Wegen der Wichtigkeit der Abstimmung über Diätenabzug (Geschäftsordnungsabänderung) ist volles Erscheinen der Fraktionsmitglieder erwünscht. Namentliche Abstimmung.⁴

³³ Der Gesetzentwurf, betr. Erweiterung des Stadtkreises Barmen, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 6, Nr. 3131, S. 3631–3640, Nr. 3225, S. 3810 (Ausschußantrag), wurde in der 158. Sitzung am 3. Juli 1922 in erster Lesung beraten und an den Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten überwiesen. In der 160. Sitzung am 5. Juli 1922 fanden die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, der unverändert angenommen wurde, statt.

¹ Vgl. Dok. Nr. 285.

² Die Rede des Abg. *Riedel* in der 80. Sitzung am 9. Dezember 1921, in: SBpLT 1921/24, Bd. 4, Sp. 5606–5626; die Rede des Abg. *Hartmann* in der 81. Sitzung am 10. Dezember 1921, in: ebd., Sp. 5691–5695.

³ Die Reden von Dr. *Gottschalk* (Berichterstatter) in der 81. Sitzung am 10. Dezember und in der 83. Sitzung am 14. Dezember, ebd., Bd. 4, Sp. 5704f., 5893–5900, von Dr. *Preuß* in der 82. Sitzung am 13. Dezember, ebd., Sp. 5814–5819, von *Herrmann* in der 83. Sitzung am 14. Dezember 1921, in: ebd., Sp. 5947–5955.

⁴ In der 89. Sitzung am 21. Januar 1922 wurde der Antrag der Abg. *Limbertz* (Essen), Dr. Dr. *Porsch*, Dr. v. *Krause*, *Oeser* und Genossen (SPD, Z, DVP, DDP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder und des Präsidenten des Preußischen Landtages vom 23. April 1921 (Nr. 260), ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1649, S. 1849, angenommen. Der Antrag forderte bei Fernbleiben oder Ausschluß aus der Vollsitzung einen Diätenabzug in Höhe von 50 Mark.

5. **Grund** berichtet über Besprechung, betr. Wuchergesetzgebung.

Die Vertreter der Interessenten sollen vor Erlaß der Verordnung gehört werden.⁵

287.

10.12.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 157. Beginn: keine Angaben. Ende: 11.00 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Abg. **Dominicus** berichtet über die Eingemeindung von Langerfeld. Ein gemeinsamer Antrag soll von einzelnen Mitgliedern unterzeichnet werden.¹

Kultusministerium.

Referent Abg. Dr. **Gottschalk**.²

In der Debatte wird der Wunsch zum Ausdruck gebracht, die evangelischen Geistlichen den anderen akademischen Berufen gleichzustellen.

Kleine Etats:³

Referent Abg. **Wiglow**.

Erledigt. Den gestellten Anträgen wird zugestimmt.⁴

⁵ Vgl. dazu auch die Sitzungen des Staatsministeriums vom 29. November 1921, 28. April 1922 und 1. September 1922, in: PPS, Bd. 11/I, Nr. 222, S. 269 f., hier S. 269 (TOP 1), Nr. 244, S. 289 f., hier S. 290 (TOP 1), Nr. 264, S. 311 (TOP 3).

¹ Antrag der Abg. *Limbertz* (Essen), *Kloft* (Essen), *Waltraf*, *Garnich* (Berlin), *Leid*, *Riedel* und Genossen (SPD, Z, DNVP, DVP, USPD, DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts des Preußischen Staatsministeriums für 1921 (Eingemeindung der Gemeinden Langerfeld und Nächstebreck nach Barmen), in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1695, S. 1899. Das Staatsministerium wurde ersucht, dem Landtag die 1920 in zweiter Lesung von der Landesversammlung angenommene, aber nicht mehr in dritter Lesung verabschiedete Vorlage über die Eingemeindung der genannten Orte nach Barmen vorzulegen.

² Die Rede von Dr. *Gottschalk* (Berichterstatter) in der 81. Sitzung am 10. Dezember 1921, in: ebd., Bd. 4, Sp. 5704 f. Vgl. auch seine Rede in der 83. Sitzung am 14. Dezember, ebd., Sp. 5893–5900.

³ Mit den Kleinen Etats gemeint sind der Haushalt der Zentralgenossenschaftskasse, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1610, S. 1815, der Preußischen Staatsbank (Seehandlung), ebd., Nr. 1335, S. 1519, der Staatsschuldenverwaltung, ebd., Nr. 1611, S. 1815, des Staatsministeriums und Ministerpräsidenten, ebd., Nr. 1334, S. 1519, der Oberrechnungskammer für 1921, ebd., Nr. 1704, S. 1905, des Preußischen Landtags, ebd., Nr. 1705, S. 1905 f. Die Kleinen Etats wurden in der 83. und 84. Sitzung am 14. und 15. Dezember 1921 verhandelt. Für die DDP ergriff kein Abgeordneter das Wort.

⁴ Gemeint sind die Anträge des Hauptausschusses (Nr. 1334, 1335, 1610, 1611, 1704 und 1705).

288.

13.12.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 157 f. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.15 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Dr. **Höpker Aschoff** über Besprechungen des interfraktionellen Ausschusses über die Steuerfrage und die Änderung des Diätengesetzes.¹

Plenum:

Abg. **Gottschalk** berichtet über den Abschnitt »Höheres Schulwesen«, Abg. Dr. **Preuß** über »Universitäten usw.«²

Abg. **Nuschke** regt an, staatsrechtliche Professuren (Staatsbürgerkunde) zu errichten, die direkt vom Kultusministerium zu besetzen sind.

Nach Weihnachten soll die Frage »Groß-Hamburg« besprochen werden.³ Oberbürgermeister *Schnackenburg*⁴ soll zu den Beratungen hinzugezogen werden.

289.

15.12.1921: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 158. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.20 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Punkt 1–7 der Tagesordnung [P. 1: Erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Ruhrtalsperrengesetzes vom 5. Juli 1913, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1594, S. 1775 f.; P. 2: Erste Beratung des Gesetzentwurfs über Bereitstellung von Staatsmitteln zur Förderung von Bodenverbesserungen, ebd., Nr. 1693, S. 1897–1899; P. 3: Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs wegen Änderung des Gesetzes vom 3. Juli 1876, betreffend die Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen, in Verbindung mit der zweiten Beratung a) des Antrages der Abg. *Esser* und Genossen (Z) über die Erhöhung der Hausiersteuer, b) des Antrages der Abg. *Oeser* und Genossen (DDP) über die Bekämpfung des Hausier- und Straßenhandels, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 17, S. 74, Nr. 363, S. 275, Anlagen, Bd. 2, Nr. 699, S. 751, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1376, S. 1548–1551, Nr. 1708, S. 1911–1918, Nr. 1733, S. 1934; P. 4: Zweite und dritte Beratung des

¹ Vgl. Dok. Nr. 286.

² Zu den Reden der Abg. Dr. *Gottschalk* und Dr. *Preuß* vgl. Dok. Nr. 286.

³ Am 24. Januar 1922 gab die Zentralstelle für die Gliederung des Reichs ihr Gutachten zur Frage »Groß-Hamburg« ab, in dem sie Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg über eine Änderung der bestehenden Grenzen empfahl: »Die Zerschneidung des zwischen Süder- und Norderelbe gelegenen Seehafengebiets durch eine Landesgrenze und die Gemengelage der Stadt Hamburg mit einer großen Anzahl preußischer Gemeinden ergeben bei der heutigen Rechtslage erhebliche Schwierigkeiten für die volle wirtschaftliche Ausnutzung, die bauliche Erschließung und die Verwaltung des Gesamtgebiets.« Vgl. DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 1922/I, S. 41 f., Zitat S. 41.

⁴ Bernhard *Schnackenburg* war von 1910 bis 1924 Oberbürgermeister von Altona.

Gesetzentwurfs über die Änderung der Gesetze, betreffend die Ablösung von Reallasten, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1343, S. 1525–1528, Nr. 1726, S. 1931 f.; P. 5: Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Ergänzung der Verordnung über die Zwangsauflösung der Familiengüter und Hausvermögen vom 19. November 1920, der Familiengüterverordnung in der Fassung vom 30. Dezember 1920 und des Gesetzes über die Aufhebung der Standesvorrechte des Adels und die Auflösung der Hausvermögen vom 23. Juni 1920, ebd., Nr. 1350, S. 1531–1533, Nr. 1710, S. 1919–1923; P. 6: Beratung des Antrages der Abg. Dr. Dr. *Preyer*, Frau *Poehlmann*, Frau *Wronka*, Dr. *Wendorff*, *Braun* und Genossen (DNVP, DVP, Z, DDP, SPD) über den Königsberger Hafenaufbau, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1241, S. 1470, Nr. 1729, S. 1933; P. 7: Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts der Zentralgenossenschaftskasse, ebd., Nr. 1610, S. 1815, der Preußischen Staatsbank (Seehandlung), ebd., Nr. 1335, S. 1519, der Staatsschuldenverwaltung, ebd., Nr. 1611, S. 1815, des Finanzministeriums, ebd., Nr. 1340, S. 1522 f., der Allgemeinen Finanzverwaltung für 1921, ebd., Nr. 1609, S. 1814] erledigt.

Punkt 8 [Zweite Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern für 1921 (Schutzpolizei), ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 600, S. 620 f.]: Schutzpolizei:

Abg. **Nuschke** berichtet.

Abg. **Riedel** wünscht Eintreten für die Mannschaften der Schutzpolizei.

Abg. **Goll** tritt für Sparsamkeit ein.

Abg. **Dominicus** weist auf die Ansprüche der Entente hin. Deshalb sei der Nachtragsetat nicht eingebracht [worden]. Die Schutzpolizei müsse ebenso gut untergebracht wie die Reichswehr, das Polizeiversorgungsgesetz¹ müsse vorgelegt werden.

Redner: Abg. *Dominicus*.²

Die Anträge unter Nr. 600 werden angenommen.³

Beim Etat des Landtags⁴ bespricht Abg. **Riedel** die Flaggenfrage. Es soll ein Antrag eingebracht werden, neben der preußischen die Reichsflagge zu hissen.⁵ – Namentliche Abstimmung.

Strafverfolgung *Eberlein*.⁶

Die **Fraktion** wird für die Verhaftung *Eberleins* stimmen.

¹ Vgl. allgemein dazu auch GÖTZ, S. 406 f.

² Zum Haushalt des Ministeriums des Innern (Schutzpolizei) meldete sich in der 84. Sitzung am 15. Dezember 1921 kein Abgeordneter der DDP zu Wort.

³ Antrag des Hauptausschusses zu seinem mündlichen Bericht über a) den Haushalt des Ministeriums des Innern für 1921, b) Entschließungen, c) Eingaben, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 600, S. 620 f.

⁴ Die zweite Beratung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1921, Haushalt des Preußischen Landtags, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1705, S. 1905 f. (Antrag des Hauptausschusses), fand in der 84. Sitzung am 15. Dezember 1921 statt.

⁵ Antrag der Abg. *Riedel* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts des Landtags für 1921 (Nr. 1705 zu B 4), in: ebd., Nr. 1743, S. 1943.

⁶ Gemeint ist der Ausschußantrag auf Genehmigung zur strafgerichtlichen Verfolgung und Inhaftnahme des Abg. *Eberlein* (VKP) wegen Hochverrats sowie weiterer Straftaten, insbesondere der Anstiftung zur schweren Inbrandsetzung nach §§ 81 Nr. 2, 311, 306, 307 Nr. 2, 48 des Reichsstrafgesetzbuches, ebd., Nr. 1684, S. 1887–1890, der in der 90. und 91. Sitzung am 21. und 23. Januar 1922 verhandelt wurde. *Eberlein* war in der mitteldeutschen Aufstandsbewegung vom März und April 1921 führend beteiligt gewesen. Der DDP-Vertreter im Ausschuß sprach sich für die Genehmigung der Strafverfolgung, aber gegen eine Inhaftnahme aus. Ebd., S. 1890. Die Genehmigung zur Strafverfolgung wurde erteilt. – Hugo *Eberlein* (geb. 1887), Zeichner, 1921–1933 MdP/LT (VKP/KPD).

290.

19. 1. 1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 159–161. Beginn: keine Angaben. Ende: 13.45 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

[Der Vorsitzende Dr. **Schreiber** b]egrüßt die anwesenden Mitglieder der Fraktion. Entschuldigt Koll. *Oeser* und *Dominicus*.

Zur Tagesordnung (der Fraktionssitzung):

Geplant war eine interfraktionelle Sitzung der Regierungsparteien zur Behandlung der Grundsteuer.¹ Die veranstaltete Sitzung ging ergebnislos aus, da alle Parteien geladen waren. Es soll versucht werden, morgen früh vor der Fraktionssitzung eine Aussprache mit dem Finanzminister herbeizuführen. Aus diesem Grunde wird von einer vorläufigen Diskussion über die Grundsteuer zunächst abgesehen.

Anregung des Koll. **Berndt**-Stettin: Im Staatsrat usw. halten die Mitglieder der Deutschen Volkspartei noch immer eine fraktionsähnliche Arbeitsgemeinschaft mit der Deutschnationalen Volkspartei. Das ist auf die Dauer unerträglich.

Koll. *Schreiber* wird dieserhalb mit [v.] *Campe* Fühlung nehmen.

Zu Punkt 1 der Tagung des Plenums [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Vereinigung des zu Waldeck-Pyrmont gehörigen Gebietsteils Pyrmont mit dem Freistaate Preußen, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1762, S. 1971–1980] referiert Koll. **Jansen**.

In der Diskussion äußern sich die Koll. **Schreiber**, **Nuschke**, **Preuß**, **Barteld**, **Fischbeck**, Oberbürgermeister Dr. **Böß**, Koll. **Otto**. Dr. Böß schlägt eine Aussprache über Groß-Berlin vor. Dazu sollen die Mitglieder der demokratischen Stadtverordnetenfraktion und deren Mitglieder der Bezirksämter geladen werden.

Wird zugestimmt.

Falls im Plenum über Punkt 1 debattiert wird, soll Koll. *Nuschke* die Fraktion vertreten.²

Zu Punkt 2 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über das Wahlprüfungsgericht, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 404, S. 300–302, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1625, S. 1821–1840 (Bericht des Verfassungsausschusses)]: Referiert wird von Koll. Dr. **Preuß**. Schlägt vor, den Ausschlußbeschlüssen zuzustimmen.

In der Debatte:

Nuschke: Über die Bestimmung des Gesetzes, daß alle, auch die nicht beanstandeten Wahlen der Prüfung des Wahlprüfungsgerichts unterliegen sollen. Wenn dies der Fall bleibt, ist das Parlament bis zur erledigten Prüfung aller Wahlen nicht legal. Schlägt Zusatz vor.

¹ Die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1591, S. 1697–1736, stellte ursprünglich den fünften Tagesordnungspunkt der 86. Sitzung vom 19. Januar 1922 dar. Der Punkt wurde jedoch von der Tagesordnung abgesetzt. Die erste Lesung des Gesetzentwurfs fand schließlich in der 95. und 96. Sitzung am 27. und 28. Januar 1922 statt.

² Der Gesetzentwurf wurde in der 86. Sitzung am 19. Januar 1922 in erster Lesung beraten und dem Verfassungsausschuß überwiesen. Die Rede des Abg. *Nuschke*, in: ebd., Bd. 5, Sp. 6202 f.

Preuß erläutert an einem speziellen Fall die Frage der Protesterhebung bei Nichtvorliegen einer Frist. Die Mandate sind durch Landeswahlausschuß zunächst als gültig erklärt. Damit fallen *Nuschkes* Einwendungen.

Berndt: Zur Prüfung aller Wahlen. Bekennt sich zur Notwendigkeit der Durchprüfung – allgemeiner Art (§ 4³) – aller Wahlen. Gesetz möge verändert von uns angenommen werden.

Fraktion ist einverstanden. Koll. *Preuß* soll die Fraktion vertreten.⁴

Zu Punkt 3 [Beratung der Abänderung der Anordnung vom 10. August 1920 über die Beschäftigung weiblicher Angestellter in Gast- und Schankwirtschaften, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 860, S. 935, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1338, S. 1521 (Mündlicher Bericht des Ausschusses für Bevölkerungspolitik), Anlagen, Bd. 4, Nr. 1957, S. 2222 f. (Ausschußantrag)].⁵

Goll referiert und erklärt sich bereit, im Plenum zu sprechen, wenn sich die Fraktion auf seinen Standpunkt zu stellen vermag. Er schlägt Ablehnung vor.

Koll. **Schreiber:** Wendet sich Koll. *Goll* gegen die Verordnung vom 10. 8. 20⁶ oder gegen die Abänderung?

Koll. **Goll** erklärt, daß er sich gegen die Abänderung wendet.

Koll. **Schreiber:** Eine Aussprache ist notwendig, weil ein deutschnationaler Antrag vorliegt.⁷

An der Debatte beteiligen sich noch: Koll. **Barteld, Dönhoff, Berndt, Mackenthun.**

Koll. **Schreiber** verliert die Abänderung, da er der Auffassung ist, daß die Abänderung von uns nicht zu beanstanden ist, was sich bei Durchsprechen des Wortlauts ergeben dürfte.

Koll. **Barteld** widerspricht, desgleichen **Goll.**

Koll. **Schreiber** legt nochmals seine Ansicht dar, daß nicht die Abänderung zu beanstanden ist, sondern die Anordnung selbst, darüber sei aber nicht zu befinden.

Abänderungsantrag soll gestellt werden, daß Zimmermädchen nicht unter die Anordnung vom 10. 8. 20 fallen. Wird beschlossen.⁸ Mit Stimmenmehrheit wird weiterhin beschlossen, den Abänderungsantrag im Plenum abzulehnen.

³ § 4 des Gesetzentwurfs über das Wahlprüfungsgericht legte in Absatz 1 fest, daß die Geschäftsordnung die Reihenfolge bestimmen sollte, in der die Mitglieder des Gerichts an den einzelnen Sitzungen teilzunehmen hatten. Nach Absatz 2 sollte das Wahlprüfungsgericht die einzelnen Prüfungssachen in der gleichen Zusammensetzung zu Ende führen. Ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 404, S. 300–302, hier S. 300.

⁴ In der zweiten und dritten Beratung des Gesetzentwurfs über das Wahlprüfungsgericht (Nr. 404, 1625) in der 86. Sitzung am 19. Januar 1922 meldete sich kein Vertreter der DDP mehr zu Wort.

⁵ Der Gegenstand wurde auf Vorschlag des Ältestenrats in der 86. Sitzung am 19. Januar 1922 an den Ausschuß für Bevölkerungspolitik zurückverwiesen.

⁶ Verordnung vom 10. August 1920, betr. die Beschäftigung weiblicher Angestellter in Gast- und Schankwirtschaften (MBliV. S. 328), in: PREUSSISCHES ARCHIV, 1920/II, S. 1598–1600.

⁷ Antrag der Abg. Frau *Noack* und Genossen (DNVP) zur Abänderung der Anordnung vom 10. August 1920 über die Beschäftigung weiblicher Angestellter in Gast- und Schankwirtschaften (Nr. 860), in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 1071, S. 1384. Das Wort »gröblich« sollte in § 5 der Anordnung (Nr. 860) gestrichen werden. Nach § 5 sollte die Ortspolizeibehörde einer weiblichen Angestellten, die bei Ausübung ihres Berufs die guten Sitten oder den Anstand gröblich verletzt, die Beschäftigung in einer Gast- oder Schankwirtschaft untersagen.

⁸ Antrag der Abg. *Goll* und Genossen (DDP) zur Beratung der Abänderung der Anordnung vom 10. August 1920 über die Beschäftigung weiblicher Angestellter in Gast- und Schankwirtschaften (Nr. 860, 1069, 1071, 1338), in: ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1859, S. 2088.

Debatte über die vom Bevölkerungsausschuß vorgeschlagene EntschlieÙung, Drucksache Nr. 1338 (3 a und b).⁹

Die **Fraktion** beschließt Ablehnung.

Punkt 4 [Beratung der Mitteilung des Herrn Ministerpräsidenten vom 13. Juni 1921, betreffend die Eingangsformel des Gewerbe- und Handelslehrerdieneinsteinkommengesetzes vom 10. Juni 1921, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1419, S. 1587–1590].

Koll. **Berndt-Stettin** referiert.

In der Debatte spricht: Koll. **Fischbeck**.

Die **Fraktion** wird dieselbe Stellung einnehmen, wie sie der Vertreter im Ausschuß eingenommen hat.

Punkt 5 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1591, S. 1697–1736].¹⁰

Koll. **Böß** legt die Stellung dar, die der Staatsrat zur Grundsteuer angenommen hat. Der Staat darf nicht die Grundsteuer für sich in Anspruch nehmen. Not der Gemeinden. Der Staat braucht zudem die Steuer nicht. Gefahr auf der anderen Seite, daß das Reich die Grundsteuer für sich in Angriff nimmt.

Fischbeck glaubt nicht an das Zustandekommen des Gesetzes. Schließt sich der Auffassung des Vorredners an; glaubt auch, daß das Zentrum gegen die Grundsteuer stimmt. Redner spricht über die Wirkung der Grundsteuer auf den Hausbesitz, schildert die Not des Hausbesitzes. Wenn die Gemeinden nicht die Grundsteuer für sich in Anspruch nehmen können, dann steigen die Preise der Produkte der städtischen Betriebe. Diese Steigerungen wirken längst als indirekte Steuern.

Im gleichen Sinne spricht zunächst Dr. **Grund**, verweist insbesondere auf die Nöte der Gemeinden. Bleibt die Grundsteuer den Gemeinden, so steht fest, daß der Grundbesitz die Steuer auf die Mieter abwälzt. Die Landbevölkerung, der häusliche Grundbesitz jedoch, der erheblich beisteuern könnte, würde frei ausgehen. Spricht für die Grundsteuer gerade aus dem letzteren Grunde. Zudem würde das Reich doch die Steuer machen. Redner glaubt der Zustimmung weitester Wählerkreise sicher zu sein, wenn gerade der ländliche Grundbesitz in stärkerem Umfange durch die Grundsteuer zu den staatlichen Lasten herangezogen wird.

Ähnlich äußert sich Koll. **Preuß**. Glaubt, daß wir uns der Notwendigkeit der stärkeren Anfassung des bäuerlichen Grundbesitzes, bei Schonung des städtischen, nicht entziehen können.

Das Wort nehmen noch die Koll. **Höpker Aschoff** (für Schaffung des Gesetzes); **Goll** (Ablehnung); **Schreiber** (1. Aufklärung vom Finanzminister verlangen, ob die Grundsteuer notwendig ist. 2. Die Grundsteuer müssen wir uns rechtzeitig sichern. 3. Nicht

⁹ Mündlicher Bericht des Ausschusses für Bevölkerungspolitik über die Abänderung der Anordnung vom 10. August 1920 über die Beschäftigung weiblicher Angestellter in Gast- und Schankwirtschaften (Nr. 860), in: ebd., Nr. 1338, S. 1521. Nach der EntschlieÙung 3 a sollten in § 11 der Anordnung vom 10. August 1920 die Worte »soweit möglich« gestrichen werden; nach der EntschlieÙung 3 b sollte die Aufsicht über Gast- und Schankwirtschaften mit weiblicher Bedienung weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten übertragen werden.

¹⁰ Die erste Beratung des Gesetzentwurfs fand in der 95. und 96. Sitzung am 27. und 28. Januar 1922 statt. Der Gesetzentwurf wurde einem besonderen Ausschuß überwiesen. Mit dieser Vorlage wurde die 1895 den Gemeinden übertragene Grundsteuer dem preußischen Staat zugewiesen. Vgl. auch ebd., Nr. 1591, S. 1697–1736, hier S. 1700–1703.

notwendig, Grund- und Gebäudesteuer zu verkoppeln. Gebäudesteuer ist immer eine Reichssteuer. 4. Geringe finanzielle Wirkung der Grundsteuer auf den Betroffenen); **Berndt** (für Grundsteuer; verlangt unterschiedliche Behandlung von Groß- und Kleingrundbesitz); **Böß** (die Steuer wird vom Agrarier abgewälzt auf den Konsumenten); **Jansen** (Unterschied zwischen Grund- und Gebäudesteuer notwendig; lehnt den vorliegenden Entwurf, weil zu oberflächlich, ab; Steuern auf dem Naturalertragswert aufbauen; empfiehlt, neuen Entwurf zu fordern); **Höpker Aschoff** (Entwurf ist verbesserungsfähig; die kleinen Gemeinden haben keine Grundsteuer).

Verschiedenes:

Hartmann: Über Einberufung neuer Mitglieder des Parlaments, falls der Vorgänger auf der Liste verstorben ist. Kann das nicht anstelle des Landeswahlausschusses durch den Präsidenten des Landtags geschehen?

Hierzu äußert sich **Preuß**.

Trinkgelder an die Amtsgehilfen.

Trinkgelder werden nicht mehr gegeben, da die Amtsgehilfen monatlich 150 M bekommen sollen.

Vertretung auf der Tagung des Bundes deutscher Militäranwärter 22. 1. 22.

Bewilligt 500 M (wegen Todesfall in der Familie) an den Amtsgehilfen *Schneider*.

291.

20. 1. 1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 162–164. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.15 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Punkt: Fortsetzung der Beratung des Gesetzentwurfes über das Hebammenwesen.¹

Referiert wird von Kollegin **Dönhoff**. Obwohl unsere Wünsche weitergehend sind, als der Entwurf verwirklicht, empfiehlt Referentin, daß wir uns auf den Boden der Vorlage stellen.

Koll. *Dönhoff* wird die Fraktion vertreten.

Punkt: Antrag des Koll. *Grund* über Diätanzahlung der Landtagsabgeordneten, die gleichzeitig Reichsratsmitglieder sind. Notwendig ist die Einbringung eines gemeinsamen Antrags der Parteien.

Die **Fraktion** stimmt dem Antrage zu.²

Punkt 6 der Tagesordnung des Plenums [Erste Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend die Einverleibung der Landgemeinde Worringen in die Stadtgemeinde Köln und

¹ Die erste Beratung des Gesetzentwurfes über das Hebammenwesen, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1593, S. 1756–1774, fand in der 87. Sitzung am 19. und 20. Januar 1922 statt. Die Rede der Abg. Frau *Dönhoff* (DDP) in der 87. Sitzung am 20. Januar 1922, in: ebd., Bd. 4, Sp. 6271–6274.

² Nicht nachgewiesen.

Regulierung der zukünftigen Grenze zwischen dem Stadtkreise Köln und dem Landkreise Neuß, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1826, S. 2067–2072]:

Koll. **Goll** gibt Aufklärung und wird auch die Fraktion im Plenum vertreten. Redner soll sich zunächst nicht festlegen.³

Punkt 8 der Tagesordnung des Plenums [Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Regelung der Grenzen von Bergwerksfeldern, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd.3, Nr. 1804, S. 2052–2054]:

Koll. **Höpker Aschoff** ist reiches Material aus Bergwerkskreisen zugegangen. Er empfiehlt jedoch erst, für Überweisung der Vorlage an den Ausschuß zu stimmen und dann im Ausschuß unsere Stellungnahme zu treffen.

Koll. **Fischbeck** soll seine Ansicht noch äußern.

Punkt 1 der Tagesordnung des Plenums [Fortsetzung der zweiten und dritten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Reisekosten und Aufwandsentschädigung für die Mitglieder und den Präsidenten des Staatsrats, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 727, S.831 f., Nr. 766, S. 879–881 (Bericht des Hauptausschusses)]:⁴

Koll. **Preuß** referiert. Für die Staatsratsmitglieder ist die allgemeine Freifahrtkarte abgelehnt, dagegen freie Fahrt zwischen Heimat und Berlin und für dienstliche Reisen gewährt worden. Tagegeld von 150 M stehen nach der Vorlage den Staatsratsmitgliedern zu.

Koll. **Kimpel**: Bei uns entscheiden die Interessenten selbst. Bei Beschlußfassung über andere üben wir Kritik.

Koll. **Preuß**: Die Festsetzung der Diäten des Staatsrats ist erfolgt vor der Diätenerhöhung im Landtage. Soll darum dem für den Staatsrat nicht Rechnung getragen werden. Ich würde das empfehlen.

Koll. **Schreiber** stimmt ebenfalls für eine Erhöhung.

Koll. **Höpker Aschoff**: Für Erhöhung von 150 auf 200 M. Im übrigen handelt es sich um die namentliche Abstimmung über den § 4 der Vorlage.⁵ Es handelt sich um die Festsetzung der Aufwandsentschädigung des Präsidenten des Staatsrats. Die Erhöhung der Diäten [sind] nur in der 3. Lesung zu beantragen.

Koll. **Fischbeck**: Über die Dienstwohnung des Präsidenten des Staatsrats.

Koll. **Höpker Aschoff**: Bedeutet die Abstimmung eine Verfassungsänderung? Gibt Darstellung des Vorgangs.

Koll. **Nuschke** berichtet über Besprechung mit Vertretern der DVP und des Zentrums. Die Staatsratsmitglieder sollen Diäten beziehen, die in einem festen Verhältnis zu den Diäten des Landtagsabgeordneten stehen. Freifahrtkarte für Heimat bis Berlin und in die Heimatprovinz. Freifahrt für den Heimatbezirk hält Nuschke technisch für un-

³ Der Gesetzentwurf wurde in der 86. Sitzung am 20. Januar 1922 ohne Aussprache dem Gemeindevorschuß überwiesen.

⁴ Nach dem Gesetzentwurf sollte den Mitgliedern des Staatsrats neben dem Recht zur freien Fahrt zwischen ihrem Wohnort und dem Tagungsort des Staatsrats ein Tagegeld in Höhe von 150 Mark als Aufwandsentschädigung zustehen.

⁵ Nach § 4 des Gesetzentwurfs (Nr. 727, 767) sollte der Vorsitzende des Staatsrats für die Dauer seines Amtes eine jährliche Aufwandsentschädigung von 12000 M erhalten. SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 767, S. 881.

durchführbar. SPD gegen solche Regelung. *Schmedding* (vom Zentrum) hält nur Freifahrtkarte im Direktionsbezirk für möglich.

Koll. **Preuß**: Nur Freifahrtkarte bis Berlin und sonst Liquidation der Dienstreise. Gegen die Festlegung: Die Staatsratsmitglieder bekommen das Doppelte des Tagegeldsatzes der Abgeordneten. Festen Satz verlangen. 200 M sind angemessen. Redner äußert sich über das Vorliegen oder Nichtvorliegen einer Verfassungsänderung.

Koll. **Schreiber**: Die Fraktion stimmt gegen allgemeine Fahrkarte. Provinzielle Fahrkarte wäre wohl gerechtfertigt, aber technisch nicht durchführbar.

Es sprechen noch **Hoff**, **Nuschke**, **Fischbeck**, **Goll** über Diätensatz.

Koll. **Schreiber**: Fraktion wird für 200 M Diätensatz stimmen.

Koll. **Höpker Aschoff**: Gegen Festlegung eines bestimmten Verhältnisses zwischen Landtagsabgeordneten und Staatsratsmitgliedern im Diätensatz.

Koll. **Preuß**: Stellung nehmen, daß bei dieser Vorlage keine Verfassungsänderung vorliegt.

Koll. *Preuß* wird Fraktion vertreten und Abstimmung leiten.⁶

Ältestenrat:⁷ Fraktion soll mitteilen, welche Anträge beschleunigt erledigt werden sollen.

Koll. **Barteld** wünscht Verhandlung über seinen zuletzt gestellten Antrag (Kündigungsklausel).⁸

Arbeitsplan: Durchtagen und dann nach je 2 Wochen Dienstag und Freitag frei lassen.

Koll. **Goll**: Lieber jede Woche Sonnabend und Montag frei lassen.

Stimmung scheint dafür zu sein, daß in jeder Woche Sonnabend und Montag frei bleibt. Mehrheit für konzentrierte parlamentarische Arbeit.⁹

Es wird noch einmal zurückgegriffen auf Punkt 1 der Tagesordnung des Plenums, ob § 4 eine Verfassungsänderung bedeutet. Es äußern sich hierzu **Preuß**, **Fischbeck**, **Hoff**, **Schreiber**.

Ältestenrat: Die Strafverfolgungsanträge¹⁰ gelangen zur Verhandlung. Unsere Stellung

⁶ In der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs in der 87. Sitzung am 20. Januar 1922 meldete sich kein Vertreter der DDP zu Wort. Der Gesetzentwurf wurde an den Verfassungsausschuß überwiesen.

⁷ Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 19. Januar 1922, 14.05 bis 15.15 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 3.

⁸ Antrag der Abg. *Barteld* (Hannover) und Genossen (DDP) auf Streichung der Kündigungsklausel bei allen auf Kündigung angestellten Beamten, vom 10. Januar 1922, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1827, S. 2073. Der Antrag wurde wieder zurückgezogen.

⁹ Vgl. auch das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 21. Januar 1922, 11.05 bis 12.00 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 3.

¹⁰ In der 88. Sitzung am 20. Januar 1922 standen die Anträge des Geschäftsordnungsausschusses, betreffend die strafgerichtliche Verfolgung des Abg. *Severing* (SPD) wegen Beleidigung, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1565, S. 1669, des Abg. Dr. *Negenborn* (DNVP) wegen Beleidigung, ebd., Nr. 1567, S. 1674 f., des Abg. *Becker* (Magdeburg) (DVP) wegen Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften über die Bereitung von Kleingebäck usw., ebd., Nr. 1682, S. 1886, des Abg. *Knoth* (Frankfurt) (VKP) wegen Beleidigung, ebd., Nr. 1683, S. 1886, des Abg. *Dablem* (VKP) wegen Beleidigung, ebd., Nr. 1685, S. 1891, des Abg. *Bubert* (SPD) wegen Landfriedensbruchs, ebd., Nr. 1738, S. 1940 f., des Abg. *Kilian* (VKP) wegen Beleidigung, ebd., Nr. 1739, S. 1941 f., und des Abg. *Hempel* (SPD) wegen Beleidigung, ebd., Nr. 1740, S. 1942 f., zur Debatte.

zur Strafverfolgung des Abg. *Eberlein*.¹¹ Koll. *Nuschke* hat seiner Zeit [von] der Strafverfolgung *Scholems*¹² abgeraten. Nun ist er vom Staatsanwalt außer Verfolgung gesetzt. *Eberlein* hat Erklärung abgegeben, daß er nicht flüchtet, wenn nicht Verhaftung beschlossen wird. Lieber moralische Bindung, um später in allen Fällen auf die Vorgänge verweisen zu können.

Nuschke empfiehlt, dagegen zu stimmen. Erst soll das Gericht die vorgebrachten Beschuldigungen festhalten. Unterscheiden zwischen Verhaftung und Strafverfolgung. Für Strafverfolgung, aber nicht für Verhaftung. Im Falle *Ziegler*¹³ so entschieden.

Mehrheit beschließt, bei unserem Beschlusse zu bleiben.

Tagesordnung der nächsten Woche. Montag: *Gottschalk* oder *Jansen*, Dienstag: *Goll* Referenten.

Koll. *Hoff* vertritt uns auf der Tagung der Militäranwärter, *Jansen* auf der Tagung des Saarvereins.

¹¹ Vgl. Dok. Nr. 289.

¹² Der Antrag des Justizministers auf Erteilung der Genehmigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten *Scholem* (VKP) wegen Hochverrats, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 409, S. 304–309 (Bericht des Geschäftsordnungsausschusses), wurde in der 24. Sitzung am 2. Juni 1921 beraten und bewilligt. Vgl. auch Dok. Nr. 245. Vgl. auch den Antrag des Geschäftsordnungsausschusses auf Genehmigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. *Scholem* wegen Beleidigung, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 739, S. 839f., der in der 41. Sitzung am 15. Juli 1921 verhandelt wurde. Die Genehmigung wurde nicht erteilt. In der 90. Sitzung am 21. Januar 1922 wurde der Antrag auf Genehmigung zur strafgerichtlichen Verfolgung und Inhaftnahme des Abg. *Scholem* wegen versuchten Hochverrats, ebd., Nr. 737, S. 836f., beraten und an den Ausschuß rückverwiesen. – Werner *Scholem* (geb. 1895), Schriftleiter, 1921/24 MdpLT (VKP).

¹³ In der 89. Sitzung am 21. Januar 1922 wurde der Antrag auf Genehmigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. *Ziegler* (VKP) wegen Aufreizung, hochverräterischen Unternehmens usw., SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 1053, S. 1162–1164, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1566, S. 1670–1674, verhandelt. Die Genehmigung wurde nicht erteilt. *Ziegler* wurde beschuldigt, der geistige Führer der auf den Sturz der verfassungsmäßigen Regierung gerichteten kommunistischen Bewegung in Schlesien zu sein. Ebd., Nr. 1053, S. 1162. Der Antrag auf Genehmigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. *Ziegler*, ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 907, S. 1007 f. (Bericht des Geschäftsordnungsausschusses), hatte bereits in der 52. Sitzung am 7. Oktober 1921 keine Mehrheit erhalten. – Willy *Ziegler* (geb. 1879), Parteisekretär, Breslau, 1919/21 MdpLV, 1921–1924 MdpLT (VKP).

292.

25.1.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 164 f. Beginn: 15.00 Uhr. Ende: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Oeser.

Abg. **Herrmann** berichtet über Verhandlungen des interfraktionellen Ausschusses, betr. Oberschlesien. Die Beamtenfragen sollen in diesem Ausschuß weiter behandelt werden.

Abg. *Herrmann* wird in diesen Ausschuß entsandt.

Etatsberatungen:¹

Abg. **Oeser** weist darauf hin, daß in der finanziellen Abhängigkeit vom Reich Gefahren liegen und referiert weiter über die Rede des Finanzministers. Bedenken habe auch die mechanische Regelung der Beamtenfragen durch das Reich. Ein beweglicher Faktor in den Einnahmen sei erwünscht. Ohne Bereinigung der auswärtigen Politik sei kein Etat möglich. Die im Reich getroffene Regelung (Post, Eisenbahn) führe nicht zum Ziel. Preußen sei finanziell nicht mehr selbständig. Auffallend seien die geringen Einnahmen aus den Domänen.

Minister Dr. **Wendorff** gibt in diesem Punkte Aufklärung. Die Pachtschutzordnung wird angewandt. Die Einnahmen aus den Forsten würden bedeutend höher sein.

Abg. **Goll**: Die Verantwortlichkeit des Parlaments sei zu betonen und der Einfluß auf den Etat sicherzustellen. Jeder Etatsposten müsse genau untersucht werden. Die bisherige Finanzwirtschaft sei unhaltbar.

Abg. **Hoff** befürwortet Abgabe von Holz an die Siedlungsgesellschaften.

Abg. Dr. **Höpker Aschoff**: Neue Beamtenstellen sollten grundsätzlich abgelehnt werden. Den Gemeinden muß rechtzeitig Mitteilung über die Zuweisungen gemacht werden. Der außerordentliche Etat könnte durch einmalige Einnahmen entlastet werden.

Abg. **Barteld**: Eine gewisse Gleichmäßigkeit in der Beamtenbesoldung sei notwendig unbeschadet einer gewissen Bewegungsfreiheit. Neue Beamtenstellen sollten nicht errichtet werden. Beamte könnten in andere Verwaltungen übernommen werden. Vielleicht könne das Wohlfahrtsministerium entbehrt werden. In der Schutzpolizei sind zuviel Offiziere vorhanden. Die Steuern müßten sofort eingezogen werden.

Abg. **Grund**: Die Finanzlage sei nahezu aussichtslos. Auf das Reich müsse eingewirkt werden. Den Streiks der Eisenbahner müsse entgegengetreten werden.²

Abg. Dr. **Höpker Aschoff**: Gewisse mittlere Gemeindebeamte seien zu hoch besoldet. Mißstände seien bei den Ministerpensionen bzw. -abfindungen vorhanden.

¹ In der 93. Sitzung am 25. Januar 1922 wurde der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1922 im preußischen Landtag eingebracht und vom preußischen Finanzminister Dr. von *Richter* begründet. Vgl. SBpLT 1921/24, Bd. 5, Sp. 6537–6562. Der Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1922, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1930, S. 2140f., wurde in der 94. und 95. Sitzung am 26. und 27. Januar 1922 in erster Lesung beraten und dem Hauptausschuß überwiesen.

² Vom 21. bis 23. Januar 1922 war es zu einem wilden Streik der Dresdner Eisenbahner gekommen. Am 27. Januar kündigte die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter einen allgemeinen Ausstand an, sollte ihrer Forderung nach einer automatischen Anpassung aller Bezüge an die sinkende Kaufkraft des Geldes und nach der Beseitigung der einschränkenden Bestimmungen über den Achtstundentag nicht entsprochen werden. Vgl. SCHULTHESS 1922, S. 7, 11f.; SEVERING, Bd. 1, S. 339–346. Zum Generalstreik der Eisenbahner vgl. WUNDER, S. 116f.

Dr. **Wendorff**: Den Wünschen der Siedlungsgesellschaft könne entsprochen werden.

Abg. **Fischbeck**: Das Ernährungsministerium sei entbehrlich. Das Parlament müsse mit Resolutionen aufhören.

Abg. **Hoff**: Wie steht es mit dem Volkskommissar für Volksernährung in Preußen?³

Minister Dr. **Wendorff**: Das Plenum habe den Antrag, den Volkskommissar aufzuheben, abgelehnt.

Abg. **Fischbeck**: Bei Aufhebung des Staatskommissars müssen den Ministern ihre Kompetenzen zurückgegeben werden.

Fraktionsredner: *Oeser*, Dr. *Höpker Aschoff*.⁴

Beim Kultusetat Vertreter: *Hoff*, Dr. *Preuß*, *Otto*, Dr. *Gottschalk*, *Herrmann*.⁵

Not der Gemeinden:⁶ Vertreter Abg. *Goll*.⁷

³ Zum Staatskommissar für Volksernährung vgl. Dok. Nr. 273.

⁴ Für die DDP sprach nur der Abg. *Oeser* in der 94. Sitzung am 26. Januar 1922, in: SBpLT 1921/24, Bd. 5, Sp. 6635–6646. *Oeser* forderte in seiner Rede die strengste Durchführung des Grundsatzes: keine Ausgabe ohne Deckung. Gleichzeitig sprach sich *Oeser* auch für die Erfüllungspolitik aus, mit der die Revision des Versailler Friedensvertrages erreicht werden könne.

⁵ Die zweite Beratung des Haushalts für das Rechnungsjahr 1922, und zwar Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für 1922, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 2050, S. 2395–2404, fand in der 102., 103., 104., 105., 106., 107., 110., 111. und 112. Sitzung vom 20. bis 25. Februar und vom 8. bis 10. März 1922 statt. Die Rede des Abg. *Hoff* in der 102. Sitzung am 20. Februar 1922, in: ebd., Bd. 5, Sp. 7260–7270, und in der 105. Sitzung am 23. Februar 1922, in: ebd., Sp. 7473–7478; die Rede des Abg. Dr. *Preuß* in der 104. Sitzung am 22. Februar 1922, in: ebd., Sp. 7373–7380; die Rede des Abg. *Herrmann* in der 106. Sitzung am 24. Februar 1922, in: ebd., Sp. 7539–7548. An Stelle der Abg. *Otto* und *Gottschalk* sprachen die Abg. *Dominicus* und *Kimpel*. Vgl. die Rede des Abg. *Dominicus* in der 106. Sitzung am 24. Februar 1922, in: ebd., Sp. 7588 f., und die Rede des Abg. *Kimpel* in der 110. Sitzung am 8. März 1922, in: ebd., Bd. 6, Sp. 7857–7869.

⁶ Gemeint ist die gemeinsame Beratung a) der Großen Anfrage Nr. 41 der Abg. *Braun* und Genossen (SPD) auf schleunige Überweisung des Anteils der Reichseinkommenssteuer an die Gemeinden und die Erschließung neuer Steuerquellen für die Gemeinden, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 496, S. 511, b) der Antrag der Abg. *Sprenger* und Genossen (Z) über die Berücksichtigung der finanziellen Notlage der Gemeinden bei den neuen Reichssteuergesetzen, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1390, S. 1572, c) der Großen Anfrage Nr. 28 der Abg. *Wallraf* und Genossen (DNVP) über die finanzielle Notlage der Gemeinden und Gemeindeverbände, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 347, S. 270, und d) des Antrags der Abg. *Dominicus* und Genossen (DDP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetzsamml. S. 152) (Weitererhebung von Gemeindeabgaben), ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1955, S. 2222. Die erste und zweite Beratung der Anträge sowie die der Großen Anfragen fanden in der 97. und 98. Sitzung am 14. und 15. Februar 1922 statt. Die Anträge wurden dem Gemeindeausschuß überwiesen.

⁷ Die Rede des Abg. *Goll* (DDP) in der 98. Sitzung am 15. Februar 1922, in: ebd., Bd. 5, Sp. 6857–6865.

293.

27.1.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 165–168. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: 11.30 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Oeser.

Tagesordnung der Fraktionssitzung:

1. Grundsteuer [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1591, S. 1697–1736].¹

Es referiert Koll. **Höpker Aschoff** (Drucksache Nr. 1591). Er gibt zunächst einen kurzen Überblick über die Grundsätze des Entwurfs. Anschließend bespricht er die in verschiedenen Zuschriften an die Fraktion zum Ausdruck kommenden gegensätzlichen Auffassungen; besonders aus Mieterkreisen werden Bedenken erhoben. Sollen wir die Steuer für den Staat in Anspruch nehmen? Dies bejaht der Referent, um besonders eine stärkere Heranziehung des Landes zu erreichen. Für die Städte kann die Steuer außer Erhebung bleiben. Bei der Veranlagung müssen wir [uns] auf die schon bestehende Feststellung stützen, da sonst die Veranlagung aufgrund neuer Erhebung nicht durchzuführen wäre, die Leistungsfähigkeit der Katasterämter überschritten würde. Zudem würde die Steuer nicht in Fluß kommen, während notwendig ist, daß sie möglichst sofort fließt.

In der Debatte: Koll. **Jansen**. Bei Bildung der Koalition ist beschlossen worden, daß über prinzipielle Gesetze vorher eine Verständigung stattfinden soll.

Koll. **Oeser** stellt fest, daß unsererseits der Versuch der Verständigung gemacht worden ist.

Koll. **Jansen** teilt mit, daß die Städte Wert darauf legen, daß die Grundsteuer für die Städte bleibt, spricht dann über die Staffelung.

Koll. **Grund**: Müssen die Steuer für uns in Anspruch nehmen, damit das Reich [uns] nicht zuvor kommt. Es bleibe die Möglichkeit, das Inkraftsetzen der Steuer [uns] vorzubehalten. Über die Belastung von Groß- und Kleingrundbesitz; Notwendigkeit, die Grundsteuer als Staatssteuer zu machen. Belastung der Städte durch die Grundsteuer; Folgen für die Verteuerung der Mieten; Steigerung der Unzufriedenheit der Mieter; schwierige Lage des Vermieters. – Soll die Steuer auf das landwirtschaftliche Inventar mit erstreckt werden? Betont die Notwendigkeit einer Verständigung mit den Koalitionsparteien.

Koll. **Westermann**: Landwirte der verschiedenen Fraktionen gegen Grundsteuer als Staatssteuer. Über wirtschaftliche Lage des ländlichen Grundbesitzes. Gegen Progression der Grundsteuer. Wenn nicht zur Balancierung des Etats notwendig, dann Grundsteuer nicht als Staatssteuer machen.

Koll. **Hoff**: Schleswig-Holsteinischer Städtetag wünscht, daß Grundsteuer den Gemeinden verbleibt. Über die Gewinne der Landwirtschaft: kleiner und mittlerer Grundbesitz stärker verdient als Großgrundbesitz [sic]. Not der Landgemeinden. Ist die Steuer notwendig? Die Überzeugung vermag Redner nicht zu gewinnen. Begründet dies. Gebäude- und Grundsteuer müssen getrennt werden.

Koll. **Oeser**: Land ist steuerlich begünstigt. Daher Mißstimmung. Landwirtschaftliche Produkte sind im Preise gestiegen (Kartoffeln!). Grundpreise und Pachten sind in die

¹ Vgl. Dok. Nr. 290.

Höhe gegangen. Dieser Stimmung der Bevölkerung ist realpolitisch Rechnung zu tragen. Ist es notwendig, die starke Gesundung des Staates in finanzieller Hinsicht nach außen merkbar werden zu lassen. Passive Resistenz im Hinblick auf die Entente. Die Landwirtschaft ist kraftstrotzend, verträgt Belastung. Man kann Schwierigkeiten anerkennen. Aber die Schonung der Landwirtschaft, das Einsetzen hierfür, ist bei der Stimmung nicht erträglich. Zwang zur Sparsamkeit. Beteiligt an der Verschwendung ist vor allem die Jugend. Gleichmacherei der Tarife usw. möge in der Rede betont werden. Über Staffelung, Vorsichtige Stellungnahme. Steuern auf Vorrat, wenn nicht als Überweisungssteuer, können wir nicht gutheißen.

Koll. **Höpker Aschoff**: Die alte Grundsteuer beträgt 55 Pf. je Morgen. Erhöhung erträglich. Pachtpreise je Morgen 600–900 M.

Koll. **Oeser**: Bedarf an Lebensmitteln, daraus resultiert dauernder hoher Preis; steuerliche Leistung also erträglich.

Koll. **Westermann**: Gegen die planlose Wirtschaft im Reich; Durcheinanderregieren der Ressorts.

Koll. **Barteld**: Über das unglückliche Verhalten der Reichsregierung bei den gegenwärtigen Tarifverhandlungen. Stimmung auch bei der städtischen Bevölkerung heischt Berücksichtigung. Notwendigkeit der Fühlungnahme mit der SPD seitens der Reichsregierung. SPD doppeltes Spiel. Muß gezwungen werden, hinter die Regierungsinstanz zu treten.

Koll. **Oeser**: Vorher mit der SPD verhandeln. Früher – in seinem Ministerium – immer geschehen.

Koll. **Hoff**: Ungeschicktes Arbeiten: Steuernachlaß und Besoldungssteigerung.

Die **Fraktion** bestellt *Höpker Aschoff* als Redner.²

Versuch, heute noch interfraktionellen Ausschuß zusammenrufen. Besonderer Ausschuß? Hauptausschuß? Für Letzteres.

Koll. **Oeser**: Beschwerden Prof. *Bergsträssers* über Besetzung verschiedener Stellen an Universitäten.³

Koll. **Preuß** wird (soll) [sic] die Angelegenheiten beim Kultusetat zur Sprache bringen.

Koll. **Grund**: Sitzung des Ausschusses für Handel und Gewerbe. Erhöhung der Zahl der Kuxe, Drucksache Nr. 1549 (Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des § 101 des Allgemeinen Berggesetzes für die Preußischen Staaten von 24. Juni 1865).⁴

² Die Rede des Abg. Dr. *Höpker Aschoff* in der 96. Sitzung am 28. Januar 1922, in: SBpLT 1921/24, Bd. 5, Sp. 6761–6766. Nach dem Gesetzentwurf sollten neben dem Grundbesitz und den Gebäuden auch die Betriebsmittel zu der Steuer herangezogen werden, wogegen *Höpker Aschoff* im Namen seiner Fraktion Bedenken äußerte, da Betriebsmittel bereits durch die Gewerbesteuer belastet würden. *Höpker Aschoff* sprach sich dafür aus, die Steuer nach der Größe des landwirtschaftlichen Besitzes zu staffeln, um somit den Großgrundbesitz stärker heranziehen zu können. Voraussetzung für die Verabschiedung dieser Steuer sei aber, daß »in den Ausgaben des Staates aufs äußerste gespart« werde. Ebd., Sp. 6766.

³ Unter den preußischen Kultusministern *Boelitz* und *Becker* änderte sich an der konservativen Berufungspraxis der wilhelminischen Zeit wenig. In den Fakultäten führten die mehrheitlich konservativ und monarchistisch gesinnten Professoren das Wort. Nur wenige ausgewiesene Demokraten erhielten nach 1918 eine ordentliche Professur an preußischen Hochschulen. Vgl. Dietmar RIMMELE, Die Universitätsreform in Preußen 1918–1924. Ein Beitrag zur Geschichte der Bildungspolitik der Weimarer Zeit, Hamburg 1978, S. 316–319; MÜLLER, Weltpolitische Bildung, S. 335–352.

⁴ Gesetzentwurf zur Abänderung des § 101 Abs. 2 des Allgemeinen Berggesetzes für die Preußischen Staaten vom 24. Juni 1865, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1549, S. 1652 f. Der Gesetzentwurf war in der 78. Sitzung am 6. Dezember 1921 in erster Lesung beraten und dem Ausschuß für

Koll. **Herrmann** berichtet über die Verhandlung im interfraktionellen Ausschuß über Oberschlesien. Es wird notwendig sein, über die Autonomiebestrebungen [in] Oberschlesien zu sprechen.⁵

Koll. **Oeser**: Verliest Antwortbrief *Severings* über Autonomiebestrebungen der SPD in Oberschlesien.

Hierzu äußert sich noch Koll. **Grund**. Hält die Gefahr in Oberschlesien für sehr groß. Autonomie für ganz Schlesien.

Koll. **Hoff** über Ältestenrat.⁶ 1. Zwei Sitze im Hauptausschuß. 2. Schnelle Verabschiedung des Etats. 3. Geschäftsplan nach der Vertagung: Not der Gemeinden⁷ – Pos. Ansiedler⁸ – 2. Beratung des Etats.

Koll. **Jansen**: Herr *Belian*⁹ möchte an der Sitzung der Fraktion, die über die Not der Gemeinden stattfindet, teilnehmen.

Hierzu: **Höpker Aschoff** (richtig stellend), **Barteld** (Schiedsgerichte¹⁰).

Handel und Gewerbe überwiesen worden. Die zweite und dritte Beratung fanden in der 129. Sitzung am 6. April 1922 statt. Ziel der Vorlage war die Erhöhung der Zahl der gewerkschaftlichen Anteile (Kuxe) auf ein Vielfaches von tausend, höchstens jedoch auf zehntausend.

⁵ Nach der Entscheidung des Völkerbundesrates über die Teilung Oberschlesiens vom Oktober 1921 gab es in Oberschlesien Bestrebungen, die auf eine Loslösung Oberschlesiens von Preußen und einen eigenen Staat innerhalb des Reiches abzielten. Ein auf Grund eines von Zentrum, DVP, DDP und SPD eingebrachten Urantrages ergangenes Gesetz vom 25. Juli 1922 sprach der Provinz weitgehende Sonderrechte, nicht zuletzt auf kulturpolitischem Gebiet, zu und kam damit dem Wunsch nach Autonomie entgegen. Bei der am 3. September 1922 durchgeführten Volksabstimmung entschieden sich schließlich 91 Prozent der Oberschlesier für den bisherigen Rechtszustand und damit für das Verbleiben der Provinz bei Preußen. Vgl. HITZE, S. 491–559; HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 7, S. 248f.; SCHULZE, Braun, S. 412–414; EIMERS, S. 326–328.

⁶ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats vom 26. Januar 1922, 10.40 bis 11.00 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 3.

⁷ Vgl. Dok. Nr. 292.

⁸ Gemeint ist die gemeinsame Beratung a) des Antrags der Abg. Dr. von *Kries* (Potsdam) und Genossen (DNVP) über die Entschädigung der Ansiedler, die aus den an Polen abgetretenen Gebieten nach Deutschland zurückgekehrt sind, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 111, S. 146, b) des Antrags der Abg. *Winckler* und Genossen (DNVP) über die Berücksichtigung der aus den besetzten Gebieten vertriebenen Landwirte bei Neuverpachtung von Domänen usw., ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 846, S. 926, und c) des Antrags der Abg. *Winckler* und Genossen (DNVP) über die von der polnischen Regierung erhobene Abzugsabgabe und die Unterbringung der Flüchtlinge aus den polnisch gewordenen Gebieten, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1892, S. 2112. Die Beratung fand in der 92. und 98. Sitzung am 24. Januar und 15. Februar 1922 statt. Der Antrag (Nr. 111) wurde dem Landwirtschaftsausschuß überwiesen.

⁹ Alfred *Belian* (geb. 1873), Dr., Oberbürgermeister der Stadt Eilenburg, Vorsitzender des Reichsstädtebundes.

¹⁰ Die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Errichtung eines Landesschiedsgerichts, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1868, S. 2092–2094, fand in der 94. Sitzung am 26. Januar 1922 statt. Die Vorlage wurde dem Ausschuß für Beamtenfragen überwiesen.

14.2.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 168 f. Beginn: 12.15 Uhr. Ende: 13.30 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Koll. **Schreiber** eröffnet die Sitzung mit Besprechung der Plenartagesordnung. Punkt 1 [Kleine Anfrage Nr. 310 der Abg. *Lichtenstein* und Genossen (USPD) über die Verteilung der Notstandszulage an die oberschlesischen Beamten, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 1031, S. 1140] und [Punkt] 2 [Kleine Anfrage Nr. 378 der Abg. Dr. *Meyer* (Ostprien) und Genossen (KPD) über die von der Berliner Polizei verhafteten angeblichen Mörder des früheren spanischen Ministerpräsidenten, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1362, S. 1541]: Kleine Anfragen.

Punkt 3 [Gemeinsame Beratung a) der Großen Anfrage Nr. 41 der Abg. *Braun* und Genossen (SPD) auf schleunige Überweisung des Anteils der Reichseinkommenssteuer an die Gemeinden und die Erschließung neuer Steuerquellen für die Gemeinden, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 496, S. 511, b) der Antrag der Abg. *Sprenger* und Genossen (Z) über die Berücksichtigung der finanziellen Notlage der Gemeinden bei den neuen Reichssteuergesetzen, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1390, S. 1572, c) der Großen Anfrage Nr. 28 der Abg. *Waltraf* und Genossen (DNVP) über die finanzielle Notlage der Gemeinden und Gemeindeverbände, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 347, S. 270, und d) des Antrags der Abg. *Dominicus* und Genossen (DDP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetzsamml. S. 152) (Weitererhebung von Gemeindeabgaben), ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 1955, S. 2222]: Not der Gemeinden.¹

Koll. **Goll** als Fraktionsredner legt die Gesichtspunkte dar, nach denen er sprechen will. Er will entweder die Selbstverwaltung der Gemeinden weiterführen oder den unitarischen Gedanken stärker ausbauen. Statt der Realsteuern ist ein stärkerer Anteil an den Reichsteuern sicherzustellen und gesetzlich festzulegen. Danach hätten die Gemeinden sich wirtschaftlich einzurichten.

Koll. **Dominicus** bittet um nachträgliche Genehmigung eines von ihm eingebrachten Antrages [Nr.] 1955 zu § 66 des Kommunalabgabengesetzes.² Die Beseitigung der Finanznot der Gemeinden sei wichtiger als die Gemeindeverfassungsgesetze.

Koll. **Fischbeck** ist mit *Goll* einverstanden, weist ferner auf die aus dem jetzigen Gemeindegewahlrecht herrührenden Verhältnisse hin. Eine das [be]treffende Bestimmung im Landessteuergesetz sei wünschenswert.

Koll. **Schreiber**: Die Realsteuern sind noch besser auszuschöpfen als seither. Die Veranlagung dazu sei aber veraltet.

Koll. **Höpker Aschoff** unterstützt *Fischbecks* Gedanken. Die Verrechnung zwischen Reich und Gemeinden widerspreche der gesetzlichen Regelung. Er betont das Interesse der Gemeinden an der Umsatzsteuer.³

¹ Vgl. auch Dok. Nr. 292, Anm. 6.

² Urantrag der Abg. *Dominicus* und Genossen (DDP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1955, S. 2222. Nach dem Antrag sollten die Gemeinden bis zur endgültigen Veranlagung der wiederkehrenden Gemeindesteuern und Kanalisationsgebühren die für das Vorjahr erhobenen Abgabenbeträge von den Steuerpflichtigen vorläufig weiter erheben können.

³ Nach dem Finanzausgleich erhielten Länder und Gemeinden seit 1920 10 Prozent, seit 1926 30 Pro-

Koll. **Schreiber** hat ernste Bedenken gegen Gemeindegzuschläge zur Einkommensteuer. Das Beste wäre eine Wohnsteuer.

Koll. **Goll** ist dagegen, hierzu bestimmte Vorschläge zu machen.

Koll. **Kimpel** erörtert die Belastung der Gemeinden mit Schullasten. Der jetzige Zustand sei unübersichtlich.

Koll. **Dominicus** verweist auf die Eingabe des Städtetages vom 22.12.21.⁴ Er unterstreicht die Dringlichkeit der ganzen Angelegenheit.

Koll. **Schreiber** faßt das Ergebnis der Aussprache zusammen.

Punkt 4 [Zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Vereinigung des zu Waldeck-Pyrmont gehörigen Gebietsteils Pyrmont mit dem Freistaate Preußen, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1762, S. 1971–1981, Nr. 2002, S. 2363–2367 (Antrag des (15.) Verfassungsausschusses)]: falls gesprochen wird, *Nuschke*.⁵

Punkt 5 [Fortsetzung der gemeinsamen Beratung a) des Antrags der Abg. Dr. von *Kries* (Potsdam) und Genossen (DNVP) über die Entschädigung der Ansiedler, die aus den an Polen abgetretenen Gebieten nach Deutschland zurückgekehrt sind, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 111, S. 146, b) des Antrags der Abg. *Winckler* und Genossen (DNVP) über die Berücksichtigung der aus den besetzten Gebieten vertriebenen Landwirte bei Neuverpachtung von Domänen usw., ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 846, S. 926, und c) des Antrags der Abg. *Winckler*, Dr. von *Kries* (Postdam), Dr. *Reinhard*, *Weißermel* und Genossen (DNVP) über die von der polnischen Regierung erhobene Abzugsabgabe und die Unterbringung der Flüchtlinge aus den polnisch gewordenen Gebieten, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1892, S. 2112]:⁶ Fraktionsredner schon gesprochen, Stellung zu Anträgen:

Antrag [Nr.] 111 zustimmen, Antrag [Nr.] 846 zustimmen, Antrag [Nr.] 1892 zustimmen.

Punkt 6 [Gemeinsame Beratung der Anträge der Abg. Dr. *Meyer* (Ostpreußen) und Genossen (KPD) (Nr. 1996 und 2012) und *Leid* und Genossen (USPD) (Nr. 2003) über den Eisenbahnerstreik (Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar 1922, betreffend das Streikverbot, und der Ausführungsbestimmungen des Polizeipräsidenten von Berlin dazu), SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1996, S. 2361, Nr. 2003, S. 2368, Nr. 2012, S. 2371]: Koll. **Riedel** beantragt, diese Anträge von der Tagesordnung absetzen zu lassen. – Es soll mit den anderen Parteien gesprochen werden.⁷

zent der Umsatzsteuer. Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 6, S. 496–498; ferner THIERAUF, passim.

⁴ Eingabe des Preussischen Städtetages in Berlin vom 22. Dezember 1921, betr. Ablehnung des Gesetzentwurfs über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen (Nr. 1591), in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 4, Nr. 2321, S. 2687–2711, hier S. 2711 (18. Ausschuß, Nr. 10).

⁵ Die zweite Beratung der Vorlage fand in der 97. Sitzung am 14. Februar und die dritte in der 99. Sitzung am 16. Februar 1922 statt. Der Gesetzentwurf wurde nach den Ausschußbeschlüssen angenommen. Für die DDP meldete sich kein Abgeordneter mehr zu Wort. Vgl. auch Dok. Nr. 290.

⁶ Vgl. Dok. Nr. 293.

⁷ Auf Beschluß des Ältestenrats wurde in der 97. Sitzung am 14. Februar 1922 Punkt 6 von der Tagesordnung abgesetzt. Am 1. Februar 1922 hatte der Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter in Berlin zum Streik aufgerufen. Da dadurch das Verkehrswesen und damit auch die allgemeine Versorgung lahmgelegt worden wäre, hatte Reichspräsident *Ebert* in einer Verordnung vom gleichen Tag den Beamten der Reichsbahn die Arbeitsniederlegung untersagt. Nach einem Gespräch des Reichskanzlers und der betroffenen Ressortchefs mit den Spitzenverbänden der drei Gewerkschaftsrichtungen am 3. Februar konnte die Arbeit fünf Tage später in den meisten Bezirken wieder aufgenommen werden. Der Reichspräsident setzte daraufhin seine Verordnung am 9. Februar

Verschiedenes:

Kommissionsbesetzung: Abends »Handel und Gewerbe« im Hauptausschuß.

Koll. **Fischbeck** berichtet, daß er bei verschiedenen Etats (Seehandlung und Finanzministerium) im Ausschuß war.

Zu »Handel und Gewerbe« gehen *Fischbeck* und *Wiglow* weiter. Am folgenden Tage: Porzellanmanufaktur und Bergetat. Zu beiden *Fischbeck*, zu Porzellanmanufaktur außerdem *Mackenthun*, zum Bergetat *Hartmann* oder *Riedel*.

Frl. **Dönhoff** bringt Beschwerden der Gewerbelehrerinnen zur Sprache.

Fischbeck schlägt vor, daß Frl. *Dönhoff* mit in den Etatausschuß geht.

Koll. **Berndt** beschwert sich darüber, daß die Deutsche Volkspartei im Staatsrat mit den Deutschnationalen in einer Fraktion sitze. Das Gleiche sei in Provinziallandtagen der Fall.

Koll. **Schreiber** hat mit v. *Campe* schon einmal darüber gesprochen und will es noch einmal tun.

Koll. **Fischbeck**: Das Gleiche muß dann auch für die Sozialdemokratie gelten.

Koll. **Schreiber** trägt ein Schreiben des Landtagspräsidenten, betr. Aufsichtsrat Hibernia, vor.⁸

295.

17.2.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 170. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Plenum:

Streikanträge.¹ – Vertreter: Abg. *Riedel* und *Fischbeck*.² – Die Angelegenheit wird zurückgestellt.

¹ 1922 wieder außer Kraft. Vgl. SCHULTHESS 1922, S. 7, 11 f., 15 f.; SEVERING, Bd. 1, 1950, S. 339–346. Zum Generalstreik der Eisenbahner vgl. WUNDER, S. 116 f.

⁸ Zur staatlichen Bergbaugesellschaft Hibernia im Ruhrgebiet vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 950.

¹ Vgl. Dok. Nr. 294. In der 100. und 101. Sitzung am 17. und 18. Februar 1922 fand die gemeinsame Beratung der Anträge a) der Abg. *Leid* und Genossen (USPD) auf Außerkraftsetzung der anlässlich des Streiks erlassenen Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten vom 1. Februar und Einleitung eines Verfahrens gegen den Polizeipräsidenten wegen Überschreitung seiner Amtsbefugnisse, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 4, Nr. 2003 zu 2, S. 2368, und b) der Abg. *Dr. Meyer* (Ostpreußen) und Genossen (KPD) über Maßregelungen von Beamten und Arbeitern, die am Eisenbahnerstreik und am Streik in Berlin teilgenommen haben, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 2038, S. 2387, statt. Nach der Außerkraftsetzung der Verordnung des Reichspräsidenten am 9. Februar 1922 hatte die KPD ihre Anträge (Nr. 1996, 2012) zurückgezogen. Die Anträge der KPD und der USPD wurden in der 103. Sitzung am 21. Februar 1922 abgelehnt. In der Debatte in der 100. Sitzung am 17. Februar 1922 verteidigte der preußische Innenminister *Severing* (SPD) gegen die Kommunisten die Einsetzung der Nothilfe und das Streikverbot der Schupo. Vgl. ebd., Bd. 5, Sp. 7053–7068.

² Die Reden der Abg. *Riedel* und *Fischbeck* in der 101. Sitzung am 18. Februar 1922, in: ebd., Sp. 7085–7099 und Sp. 7156–7160.

296.

18.2.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 170. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Plenum.

Eisenbahnerstreik.¹

Abg. **Riedel** legt seine Ansichten dar.

Der Entwurf einer Großen Anfrage, betr. Börsenspekulation, soll nicht unterschrieben werden.²

297.

22.2.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 170 f. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

1. Besetzung der höheren Verwaltungsstellen.

Nach einer Darlegung des Abg. *Berndt* wird beschlossen, das Verhalten der Volkspartei im Lande (besonders Pommern) im interfraktionellen Ausschuß zur Sprache zu bringen.

2. Wasserwirtschaft.

Minister Dr. **Wendorff** weist darauf hin, daß die Zuständigkeitsfrage auf diesem Gebiete geklärt werden müsse. Es liegen Anträge vor, die wasserwirtschaftlichen Angelegenheiten dem Handelsministerium zu überweisen.¹ Das sei für das Landwirtschaftsministerium nicht tragbar.

Abg. **Oeser** macht Mitteilung von Vorgängen im Ministerium. – Preußen versage zur Zeit in diesen Fragen. Die Verkehrsinteressen kämen zu kurz. Was Landeskulturinteresse ist, gehöre ins Landwirtschaftsministerium; die Verkehrsinteressen ins Handelsministerium. Eine Vorbesprechung der Parteien sei erwünscht.

Abg. Dr. **Höpker Aschoff** teilt mit, daß eine solche Besprechung stattgefunden habe.

Abg. **Westermann**: Die Produktionsinteressen müssen bei der Wasserwirtschaft an erster Stelle stehen.

Abg. **Oeser**: Das Landwirtschaftsministerium sei in Wasserbaufragen immer gehört worden.

¹ Vgl. Dok. Nr. 295.

² Gemeint ist die Große Anfrage der Abg. *Limbertz* (Essen), Dr. *Hager*, Dr. *Grundmann* und Genossen (SPD, Z, DVP) über die wilde Spekulation in Devisen, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 4, Nr. 2120, S. 2441.

¹ Nicht nachgewiesen.

Abg. Dr. **Wendorff**: Unbeschadet der Verkehrsinteressen müsse das Landwirtschaftsministerium federführend sein.

Abg. **Hartmann**: Verkehrsfragen gehören ins Handelsministerium.

Die **Fraktion** tritt der Ansicht des Ministers Dr. *Wendorff* bei, daß an den gegenwärtigen Zuständigkeitsverhältnissen nichts zu ändern sei.

3. Fideikommißgesetz.² Wird vertagt.

298.

23.2.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 171–173. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.40 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Tagesordnung:

Fideikommission.¹

Abg. **Berndt** berichtet, verweist auf den von ihm im Einverständnis mit der Partei gestellten Antrag.²

Westermann zweifelt, ob wir durch unseren Antrag viel erreichen; doch sei er notwendig und zu begrüßen.

Dominicus stimmt sachlich den Ausführungen des Koll. *Berndt* zu, stellt die Bedenken dar, die der Justizminister [gegen] unseren Antrag seinerzeit vorgebracht hat. Schlägt vor, im interfraktionellen Ausschuß eine Besprechung, auch über unsere Motive, zu beantragen.

Höpker Aschoff: Die Zwangsauflösung ist eigentlich keine Auflösung, soweit freiwillige Auflösung nicht erfolgt; bestimmen, daß von einem bestimmten Zeitpunkte ab das Fideikommiß freies Vermögen wird.

Fegter: Die Auflösung des Fideikommisses ist noch keine Auflösung des Besizes, sondern nur Auflösung der Bindung. Unterscheiden zwischen Auflösung der Bindung und Auflösung des Besizes.

Berndt: Die gegenwärtige Verordnung läßt sich nicht aufrecht erhalten.³ Auflösung muß nach der Reichsverfassung erfolgen. Die Entschädigung der Fideikommiß-Anwärter kommt in zweiter Linie. Wir müssen an unserem Antrage festhalten, zumal er uns nicht in Einzelfragen festlegt. Verlauf: nicht abgelehnt, sondern Antrag wird Ausschuß überwiesen werden. Redner erörtert die Möglichkeit einer Mehrheit für den Antrag.

² Vgl. auch Dok. Nr. 248 und 260.

¹ Vgl. Dok. Nr. 248, 260 und 297.

² Vgl. Dok. Nr. 260.

³ Verordnung über die Zwangsauflösung der Familiengüter und Hausvermögen vom 19. November 1920 (GS 1920 S. 463). Vgl. auch die Verordnung über Familiengüter (Familienfideikommission, Erbstatmmgüter und Lehen) vom 10. März 1919 in der Neufassung vom 30. Dezember 1920 (GS 1921, S. 77).

Höpker Aschoff: Nach dem Gesetz fällt die Bindung. Redner erörtert die verschiedenen Möglichkeiten.

Berndt will etwas anderes. Er will die Aufteilung des Besitzes.

Schreiber: Wir müssen auf dem einmal beschrittenen Wege bleiben.

Berndt: Bestehen Bestrebungen, die Frage reichsrechtlich zu regeln. Vorläufig [ist] nichts geschehen. Wir [können] durch den Verlauf der landesrechtlichen Lösung vielleicht Reich zur Lösung der Frage veranlassen. Hält die Erörterung der Frage im interfraktionellen [Ausschuß] nicht für opportun.

Schreiber: Über Auflösung der Waldfideikomissee.

Berndt: Waldgüter sind möglich.

Schreiber: Die Fraktion wünscht, daß im Ältestenausschuß beantragt wird, unseren Antrag bald zur Verhandlung zu bringen.⁴

Dominicus: Nochmals die Zweckmäßigkeit einer vorhergehenden Besprechung im interfraktionellen Ausschuß.

Dem wird zugestimmt.

Dominicus: Über Teilung der Referate zum Kultusetat IV. [Teil] (höhere Schulen und körperliche Erziehung) (*Dominicus* und *Herrmann*).⁵

Fraktion einverstanden.

Preuß über Ernennung *Gronowskis* zum Oberpräsidenten von Westfalen.⁶ Gegen das Präsentieren der höheren politischen Beamten durch die Parteien.

Höpker Aschoff stimmt *Preuß* zu. Zudem wird außer *Gronowski* noch *Reineke*⁷ vorgeschlagen. Erörtert die prinzipielle Frage, auch nach der Richtung des Nachwuchses unserer höheren Beamten.

Dominicus über die Qualitäten *Gronowskis*. Wünscht, daß wir uns mit solchen Maßnahmen nicht identifizieren. *Wendorff* soll mit der Fraktion Besprechung haben und beauftragt werden, gegen *Gronowski* zu votieren.

Berndt mahnt zur Vorsicht und vorheriger Feststellung, ob Zentrum präsentiert hat oder Druck auf Innenminister ausgeübt hat.

Riedel: Wenn wir ablehnen, daß Fraktionen nicht präsentieren, dann auch nicht bei Ablehnung irgend eines bestimmten höheren Beamten Druck ausüben.

Preuß: Über Art der Einwirkung auf das Zentrum.

Dominicus legt seine persönliche Auffassung nochmals dar.

Kimpel fragt an, welchen Bescheid Koll. *Oeser* und *Preuß* geben können auf neulichen [sic] Schritt im Kultusministerium.

⁴ Vgl. das Protokoll der auf 11 Uhr angesetzten Ältestenratssitzung vom 15. März 1922, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 3.

⁵ Die Rede des Abg. *Herrmann* in der 106. Sitzung am 24. Februar 1922, in: SBpLT 1921/24, Bd. 5, Sp. 7539–7548; die Rede des Abg. *Dominicus* in der 106. Sitzung am 24. Februar 1922, in: ebd., Sp. 7588 f. Vgl. auch Dok. Nr. 292.

⁶ Johannes *Gronowski* löste im April 1922 Bernhard *Wuermeling* (1854–1937) (Z) als Oberpräsidenten von Westfalen ab. – Johannes *Gronowski* (1874–1958), Maschinenschlosser, christlicher Gewerkschaftsführer im Ruhrrevier, 1908–1918 MdpAH, 1919–1921 MdpLV, 1921–1933 MdpLT (Z), April 1922–Februar 1933 Oberpräsident von Westfalen.

⁷ Werner *Reineke* (1878–1964), Stadtverordneter, Justitiar des Westfälischen Bauernvereins, Vorstandsmitglied der Ländlichen Zentralkasse Münster, 1919–1921 MdpLV (Zentrum).

Verteilung der Besetzung der Ausschüsse. Vertretung muß noch geregelt werden.

Schreiber: Wollen wir die Rede des Koll. *Preuß*⁸ nicht in den in Betracht kommenden Kreisen verbreiten?

Fraktion beschließt.

Zur Arbeitsgemeinschaft der Volkspartei und der Deutschnationalen in Pommern. Eingabe derselben. Unterredung mit [v.] *Eynern*⁹ hat stattgefunden. Redner macht Mitteilung darüber.

Soll die Angelegenheit im interfraktionellen Ausschuß vorgebracht werden? Rät eine andere, bessere als die pommersche Angelegenheit abzuwarten.

Berndt: Entgegengesetzt. Schnell und energisch vorgehen, sonst zu spät. Möglich, daß Oberpräsident *Lippmann*¹⁰ zurücktritt. Wünscht, daß heute Nachmittag die Angelegenheit im interfraktionellen Ausschuß vorgebracht wird.

299.

6.3.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 173. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: keine Angaben.

1. *Höpker Aschoff* wird als Vertreter der Fraktion zu Punkt 1 der Tagesordnung [Gemeinschaftliche Beratung a) des Antrags der Abg. *Kilian* und Genossen (KPD, USPD) über den Hungerstreik in den Strafanstalten, seine Ursachen usw. und über den Erlaß einer Amnestie, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1539, S. 1648, b) des Antrags der Abg. *Menzel* (Halle) und Genossen (KPD) über die Unterstützung der Angehörigen der politischen Gefangenen, ebd., Nr. 1870, S. 2094, c) der Großen Anfrage Nr. 99 der Abg. *Menzel* (Halle) und Genossen (KPD) über die Lage der Gefangenen, die Nachprüfung der Urteile der Sondergerichte und die Amnestierung der politischen Gefangenen, ebd., Nr. 1871, S. 2095, und d) des Antrags der Abg. *Scholem, Klodt* (Adlershof) und Genossen (KPD, USPD) über die Rückforderung der des Mordes beschuldigten, vom Preußischen Staatsministerium ausgelieferten spanischen Staatsangehörigen *Fort* und *Concepcion*, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 2190, S. 2517, mit dem Entschließungsantrag der Abg. *Liebknecht* und Genossen (USPD) zum Antrag *Scholem*, ebd., Nr. 2239, S.2596] bestimmt. Die Anträge sollen abgelehnt werden. Die **Fraktion** kann sich nicht zu Gunsten einer Amnestie aussprechen.

⁸ Gemeint ist die Rede des Abg. Dr. *Preuß* in der 104. Sitzung am 22. Februar 1922 anlässlich der zweiten Beratung des Haushalts für das Rechnungsjahr 1922, und zwar Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Vgl. SBpLT 1921/24, Bd. 5, Sp. 7373–7380.

⁹ Hans v. *Eynern* (1874–1957), Vortragender Rat im preußischen Ministerium des Innern, Oberverwaltungsgerichtsrat, 1921–1932 MdpLT (DVP).

¹⁰ Zum Oberpräsidenten von Pommern Julius *Lippmann* vgl. Dok. Nr. 243, 244 und 271.

2. Die **Fraktion** stimmt der Einbringung eines gemeinsamen Antrags, betr. des Körnungswesen, zu.¹
3. Am Mittwoch, den 15. III., soll um 10 Uhr pünktlich eine Fraktionssitzung zur Beratung der Kirchenverfassung² stattfinden. Pfarrer *Geibel* (Apollendorf)³ soll referieren, *Schümer* (Magdeburg) und Pfarrer *Graue* (Berlin) sollen eingeladen werden.

300.

7.3.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 173 f. Beginn: 11.00 Uhr. Ende: 12.10 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: keine Angaben.

Zur Besprechung gelangt die Tagesordnung des Plenums.

Im folgenden werden die einzelnen Tagesordnungspunkte durchgesprochen, die Haltung der Fraktion festgelegt und die Fraktionsredner bestimmt.

Zur Tagesordnung der Fraktionssitzung (Grundsteuer):¹

Bericht über den bisherigen Verlauf der Ausschußberatungen erstattet Koll. **Höpker Aschoff**. Seitens unserer Fraktion sind Abänderungsanträge zu § 1 Abs. 2², § 1 Abs. 3³, § 2 Abs. 2⁴ gestellt worden.⁵

Barteld: Über Vertragswert und gemeinen Wert.

Höpker Aschoff und **Schreiber** für grundsätzliche Auffassung der Regierungsvorlage, d.h. Berechnung der Steuer nach dem Ertragswert, zumal im Reiche derselbe Grundsatz festgelegt worden ist.

¹ Urantrag Dr. *Schreiber* (Halle), *Limbertz* (Essen), *Loenartz* (Bitburg), *Schifftan* und Genossen (DDP, SPD, Z, DVP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die Regelung des Körnungs- und Pferde-Rennwettwesens durch Polizeiverordnung, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 4, Nr. 2274, S. 2645.

² Vgl. Dok. Nr. 54, ferner auch Dok. Nr. 126 und 144.

³ *Geibel*, Pfarrer in Apollendorf bei Wittenberg.

¹ Der Gesetzentwurf über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1591, S. 1697–1736, war in der 95. und 96. Sitzung am 27. und 28. Januar 1922 in erster Lesung beraten und einem besonderen Ausschuß überwiesen worden. Die zweite und dritte Beratung fanden in der 193., 194., 203. und 206. Sitzung am 12., 13. Dezember 1922 und 24. und 27. Januar 1923 statt.

² Nach § 1 Abs. 2 des Gesetzentwurfs, ebd., Nr. 1591, S. 1697–1736, hier S. 1697, wurden Grundstücke mit allen Bestandteilen, einschließlich der Betriebsmittel, als steuerbares Grundvermögen bezeichnet.

³ Nach § 1 Abs. 3 gehörten zum steuerbaren Grundvermögen auch Gebäude und Werke, die mit dem Grund und Boden dauernd oder vorübergehend verbunden waren. Ebd.

⁴ § 2 legte den Steuersatz mit jährlich 4 vom Tausend des Wertes fest. Nach Abs. 2 sollte das dauernd land-, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienende Grundvermögen mit dem Dreifachen, das sonstigen Zwecken dienende Grundvermögen mit dem Eineinhalbfachen desjenigen Wertes besteuert werden, der für die Veranlagung zur Ergänzungssteuer für den Veranlagungsabschnitt 1917/19 festgesetzt worden ist. Ebd.

⁵ Vgl. den Ausschußbericht, in: ebd., Anlagen, Bd. 7, Nr. 4020 A–C, S. 4621–4722.

Verschiedenes:

Koll. **Barteld** schlägt eine Erörterung der Polizeifrage⁶ in der Fraktion vor. Herr Ministerialdirigent *Abegg* könnte in der Fraktion sprechen.

Koll. **Dominicus** äußert Bedenken.

Fraktion wird einen Vortrag des Herrn *Abegg* vorsehen.

Koll. **Schreiber** über die Steigerung der Getreidepreise.

Hierzu äußert sich noch Koll. **Hoff**; hat Bedenken gegen eine gänzliche Beseitigung des Umlageverfahrens.⁷

Ferner sprechen noch Koll. **Dominicus** und **Hartmann**. Letzterer für Beibehaltung der Zwangswirtschaft.

Die ganze Frage soll eingehend in Gegenwart von *Wendorff* behandelt werden.

Koll. **Höpker Aschoff** über die an den Hauptausschuß zurückzuverweisenden Anträge von finanzieller Tragweite. Besprechung darüber, damit Fraktionsvertreter bei Abstimmung im [...] ⁸ informiert sind.

301.

11.3.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 174 f. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Schreiber.

Als eventuelle Vertreter der Fraktion zu den Punkten des Plenums wird zu 1 [Erste Beratung des Antrages der Abg. Dr. von *Krause* und Genossen (DVP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes, betreffend die Bereitstellung weiterer Geldmittel für die durch die nach dem Gesetze vom 12. August 1905 durchzuführende Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse an der oberen und mittleren Oder, vom 12. Januar 1921, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 896, S. 978] Abg. *Grund*¹,

[zu] 2 [Beratung des Antrages der Abg. *Mentzel* (Stettin) und Genossen (DNVP) gegen die Sozialisierung von Handwerk und Gewerbe usw., über die Neuregelung der Gewerbe- und Betriebssteuern im Interesse des Kleingewerbes, die Regelung des öffentlichen Verdingungswesens, den Abbau der staatlichen Regiebetriebe und die Förderung der Ausstellung von Lehrlingsarbeiten usw., ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 19, S. 75] Abg. *Wiglow*²,

⁶ Vgl. Dok. Nr. 255.

⁷ Nach dem 1920 eingeführten Umlagesystem mußte der Produzent nur noch einen Teil seiner Erzeugnisse an den Staat abliefern, während er den Rest auf dem freien Markt verkaufen konnte. Zum Abbau der Zwangswirtschaft und dem damit verbundenen Preisanstieg vgl. EIMERS, S. 169–190, 369–382; SCHUMACHER, Land und Politik, S. 130–186, 271–293; MERKENICH, S. 172–177.

⁸ Abkürzung unleserlich.

¹ Die Rede des Abg. *Grund* (DDP) in der 113. Sitzung am 11. März 1922, in: SBpLT 1921/24, Bd. 6, Sp. 8051 f.

² Die Rede des Abg. *Wiglow* in der 113. Sitzung am 11. März 1922, in: ebd., Sp. 8063–8065.

[zu] 3 und 4 [P. 3: Beratung des Antrages der Abg. *Leid* und Genossen (USPD) auf Aufhebung des Erlasses des Ministers für Volkswohlfahrt über die Neuregelung der Besoldung der Kassenangestellten, ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 831, S. 919, in Verbindung mit der Beratung des Antrages der Abg. *Braun* und Genossen (SPD) über die Neuregelung der Besoldung der Krankenkassenangestellten nach dem Erlaß des Ministers für Volkswohlfahrt (Aussetzung der Ausführung dieses Erlasses), ebd., Nr. 806, S. 907; P. 4: Beratung des Antrages der Abg. Dr. *Meyer* (Ostpreußen) und Genossen (KPD) über die Hungersnot in Rußland, ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 1135, S. 1411] Abg. *Jansen* bestimmt, mit der Anweisung bei der Besprechung des Antrags, betr. Hungersnot in Rußland, besonders der Wolga-Deutschen zu gedenken.³

Punkt 5⁴ wird abgesetzt werden wegen Abwesenheit des Abg. *Berndt*. – Falls die Apothekenfrage⁵ im Ausschuß zur Verhandlung kommt, ist auf zweckentsprechende Besetzung seitens der Fraktion – Abg. *Grund* und *Dominicus* – zu achten.

Bei Besprechung des Hebammengesetzes⁶ wird der bisher im Unterausschuß vertretene Standpunkt gebilligt.⁷

Eine vom Abg. *Gottschalk* übermittelte Anregung des Abg. *Barteld*, in einer der nächsten Fraktionssitzungen den Polizei-Beamten *Abegg* zuzuziehen, wird zurückgestellt, da die Stoffverteilung noch nicht zu übersehen ist.⁸

³ In der Diskussion über die beiden Anträge über die Neuregelung der Besoldung der Krankenkassenangestellten in der 113. Sitzung am 11. März 1922 meldete sich kein Abgeordneter der DDP zu Wort. Die Anträge wurden dem Hauptausschuß überwiesen. Der Antrag der Kommunisten wiederum forderte die Bereitstellung von 20 Millionen Mark zur Linderung der Hungersnot in Rußland. Dieser Betrag sollte beim Haushalt der Schutzpolizei gestrichen werden. Der Antrag der Kommunisten wurde in der 113. und 114. Sitzung am 11. und 13. März 1922 verhandelt und dem Hauptausschuß überwiesen. In der 153. Sitzung am 22. Juni 1922 wurde der Antrag schließlich abgelehnt. Vgl. auch den Ausschußantrag, in: ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 2484, S. 2898. Die DDP vertrat der Abg. *Nuschke* in der 114. Sitzung am 13. März 1922. Vgl. ebd., Bd. 6, Sp. 8136–8139.

⁴ Anhand der Sitzungsprotokolle des Preussischen Landtags läßt sich der Tagesordnungspunkt nicht mehr eindeutig zuordnen.

⁵ In der 112. Sitzung am 10. März 1922 waren die Anträge der Abg. *Braun* und Genossen (SPD) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Berechtigung der Gemeinden, Krankenkassen usw. zur Errichtung von Apotheken, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 1, Nr. 616, S. 634, und auf Änderung der Reichsversicherungsordnung (Lieferung von verbilligten Arzneimitteln), ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 725, S. 788, beraten worden. Nach den sozialdemokratischen Anträgen sollten die Gemeinden, Krankenkassen usw. zur Errichtung von Apotheken und zur Lieferung von verbilligten Arzneimitteln berechtigt sein. Der Antrag wurde nach kurzer Aussprache, an der kein Vertreter der DDP teilnahm, an den Ausschuß für Bevölkerungspolitik überwiesen. In der 190. Sitzung am 1. Dezember 1922 wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt.

⁶ Der Gesetzentwurf über das Hebammenwesen, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1593, S. 1756–1774, war in erster Lesung in der 86. und 87. Sitzung am 19. und 20. Januar 1922 verhandelt und dem Ausschuß für Bevölkerungspolitik überwiesen worden. Die zweite und dritte Beratung erfolgten in der 147. Sitzung am 14. Juni 1922.

⁷ Vgl. den Antrag des Ausschusses für Bevölkerungspolitik zu seinem mündlichen Bericht über den Gesetzentwurf über das Hebammenwesen (Nr. 1593) in Verbindung mit dem Urantrag der Abg. *Sieving* und Genossen (SPD) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über das Hebammenwesen (Nr. 304), in: ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 2731, S. 3178–3191.

⁸ Vgl. Dok. Nr. 300.

302.

14. 3. 1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 175. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Plenum:

Handelsetat.¹

Vertreter zu Abschnitt 1 (Ministergehalt) und 2 (Verkehrsfragen) Abg. *Fischbeck*.² Abschnitt 3 (Gewerbliches Unterrichtswesen) Abg. *Hartmann*.³

303.

15. 3. 1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 175. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Tagesordnung:

Kirchenverfassung.¹

Referent Pfarrer *Geibel*. Als Gäste außerdem anwesend: [die] frühere[n] Abg. *Schümer* und *Graue*. – Der Referent berichtet über die Zusammensetzung und Aufgaben der Generalsynode. – Der Staat garantiert der Kirche das Steuerrecht und gewisse Einnahmen und hat daher das Recht, das Wahlrecht nachzuprüfen. – Bedeutsam ist die Bekenntnisfrage für Pfarrer und Lehrer.

Beschlossen wird, eine Kommission einzusetzen, die die Fraktion in diesen Fragen beraten soll. Die Abg. *Oeser* und *Gottschalk* werden dieser Kommission angehören.

¹ In der 114., 115., 116., 117. und 118. Sitzung am 13., 14., 15., 16. und 17. März 1922 fand die zweite Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung für 1922, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 978, S. 1046, Nr. 1063, S. 1172–1260, Anlagen, Bd. 4, Nr. 2197, S. 2555, Nr. 2240, S. 2597 f., statt.

² Die Reden des Abg. *Fischbeck* in der 115. Sitzung am 14. März 1922 zu Abschnitt I, in: ebd., Bd. 6, Sp. 8216–8224, und in der 117. Sitzung am 16. März 1922 zu Abschnitt II, in: ebd., Sp. 8330–8337, 8340.

³ Die Rede des Abg. *Hartmann* in der 117. Sitzung am 16. März 1922, in: ebd., Sp. 8381–8388.

¹ Vgl. Dok. Nr. 299.

304.

17.3.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 175 f. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.35 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Abg. *Barteld* erhält die Ermächtigung zur Einbringung einer Kleinen Anfrage, ebenso Dr. *Höpker Aschoff*.¹

Polizeiverwaltung:²

Referent Herr Geheimrat Dr. **Abegg**. Der Referent gibt eine Übersicht über die Entwicklung der Polizei nach dem Zusammenbruch. – Die von der Entente angeordnete Umwandlung der Sicherheitspolizei brachte große Schwierigkeiten. Das Offizierskorps besteht aus 45 früheren Polizei- und 2.300 Armeeeoffizieren. Mehr als 2.000 Beauftragte der Entente kontrollierten die Polizei in allen Orten Deutschlands. Feste Formationen sind notwendig. Offene und loyale Ausführung der Forderung der Entente. Schwierig war die Verschmelzung der Sicherheitspolizei mit der Schutzmannschaft. Sie ist gelungen. Entpolitisierung ist notwendig. Sie sind durch Presse und Agitation gestört. Wirtschaftliche Sicherstellung muß erreicht werden. Regelung der Polizeikosten. Das Polizeikostengesetz ist gegenüber der Schutzpolizei nicht aufrecht zu erhalten. Referent gibt eine Übersicht über die Noten und Eingriffe der Entente. Die Polizeioffiziere zeigten nicht immer das nötige Verständnis für die Lage. Gegenwärtig ist die Lage besonders ernst. Die Entente verlangt Entlassung der Armeeeoffiziere und Beseitigung der festen Verbände. – Die Beamten haben nach der Reichsverfassung das Vereinigungsrecht. Die Fachverbände müssen zur Mitarbeit herangebildet werden. Streik ist ausgeschlossen. Das erkannten die Verbände mehr und mehr an.³

Abg. **Goll** beklagt den mangelhaften polizeilichen Schutz in den Städten. Der Pferdebestand ist viel zu groß.

Dr. **Abegg** erkennt die Berechtigung dieser Beschwerden an.

Abg. **Dominicus**: Die Einheitsreviere haben ihre Schattenseite. Sie sind in schwierigen Lagen machtlos. Kasernierung ist unvermeidlich.

Dr. **Abegg**: Einzelreviere und eine kasernierte Reserve müssen sich ergänzen.

Abg. *Barteld* erhält die Ermächtigung zur Unterzeichnung eines gemeinsamen Antrags, Frau *Dönhoff* zur Einbringung einer Kleinen Anfrage.⁴

¹ Kleine Anfrage Nr. 517 der Abg. Frau *Dönhoff* und *Barteld* (Hannover) (DDP) über die Kürzung der Wirtschaftsbeihilfen für weibliche Beamte um 10 v.H., in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 4, Nr. 2373, S. 2735. Am 17. März 1922 brachte die DDP nur noch die Kleine Anfrage des Abg. Dr. *Schreiber* (Halle) über den Erlaß einer Dienstanweisung für die Landesgewerbearzte, ebd., Nr. 2337, S. 2722, ein.

² Vgl. Dok. Nr. 255. Vgl. auch GÖTZ, S. 398–407.

³ Im Art. 130 Abs. 2 der Weimarer Reichsverfassung wurde zwar allen Beamten uneingeschränkte Koalitionsfreiheit zugesichert, doch wurde diese Verfassungsbestimmung 1922 materiell wieder aufgehoben, als eine Notverordnung des Reichspräsidenten im Februar des Jahres den Generalstreik der Eisenbahner für illegal erklärte. Vgl. WUNDER, S. 116 f.

⁴ Antrag der Abg. *Wittich*, *Schmelzer*, Graf zu *Stolberg-Wernigerode*, *Barteld* (Hannover) und Genossen (SPD, Z, DVP, DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Forstverwaltung für das Rechnungsjahr 1922 (Überführung von Forstkassenverwaltern in das Beamtenverhältnis), in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 4, Nr. 2359, S. 2727. Zur Kleinen Anfrage der Abg. Frau *Dönhoff* vgl. Anm. 1.

305.

18. 3. 1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 177. Beginn: 11.00 Uhr. Ende: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Plenum:

Forstetat. Referent Abg. **Barteld**.¹

306.

28. 3. 1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 177. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.20 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Landwirtschaftsetat:¹

Referent Dr. **Schreiber**: Umlageverfahren und freie Wirtschaft.² – Änderung der Wucherbestimmungen. – Ausschaltung des Zwischenhandels.³

Abg. **Jansen**: In der Umlagefrage muß eine bestimmte Entscheidung getroffen werden.

Abg. **Fischbeck** stimmt dem zu. – Tritt für die freie Wirtschaft ein.

Abg. **Hoff**: Die Valutaverhältnisse machen zur Zeit eine freie Wirtschaft unmöglich.

Abg. **Hartmann** stimmt dem zu. Der wirkliche Wucher muß gefaßt werden.

Abg. **Nuschke** steht auf dem Standpunkt *Hoff*.

Abg. **Jansen**: Bei Wucherprozessen müssen Sachverständige gehört werden.

Abg. **Barteld**: Das Umlageverfahren hält die Preise nicht niedrig. Es wird kaum durchführbar sein. Über die Anträge soll später Beschluß gefaßt werden.

¹ Die zweite Beratung des Haushalts der Forstverwaltung für 1922, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 4, Nr. 2063, S. 2426, Nr. 2246, S. 2604–2606, fand in der 118., 119. und 120. Sitzung am 17., 18. und 27. März 1922 statt. Die Rede des Abg. *Barteld* (Hannover) in der 119. Sitzung am 18. März 1922, in: ebd., Bd. 6, Sp. 8512–8523.

¹ Die zweite Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1922, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 4, Nr. 2241, S. 2599–2601, fand in der 120. bis 125. Sitzung vom 27. März bis 1. April 1922 statt.

² Vgl. auch Dok. Nr. 300.

³ Vgl. auch die Rede des Abg. Dr. *Schreiber* (Halle) in der 121. Sitzung am 28. März 1922, in: SBpLT 1921/24, Bd. 6, Sp. 8646–8655.

307.

29.3.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 177. Beginn: keine Angaben. Ende: 11.25 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Anträge zum Landwirtschaftsetat.¹ Den Anträgen des Hauptausschusses wird zugestimmt mit Ausnahme der Anträge Nr. 20 und 21.² Antrag [Nr.] 2412 wird abgelehnt.³ Über Antrag [Nr.] 2413 sollen weitere Verhandlungen gepflogen werden.⁴ Abgelehnt werden die Anträge [Nr.] 2414, 2415, 2417.⁵ Zugestimmt [wird] den Anträgen [Nr.] 2418⁶, 2430, 2431⁷, 2457.⁸

¹ Vgl. Dok. Nr. 306.

² Antrag des Hauptausschusses über den Haushalt der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1922, hierzu gehörige Anträge und eine Entschliebung des Ausschusses sowie Eingaben, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 4, Nr. 2241, S. 2599–2601. Der Antrag Nr. 20, ebd., S. 2600, forderte die tatkräftige Förderung der Bestrebungen, landwirtschaftliche Produkte durch landwirtschaftliche Genossenschaften unmittelbar an Verbrauchergenossenschaften zu liefern. Antrag Nr. 21, ebd., ersuchte das Staatsministerium, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß bis zum Erlaß eines allgemeinen Reichsgesetzes über Arbeitsgerichte eine Novelle zum Gesetz über Gewerbegerichte erlassen werde. Danach sollten Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zwischen landwirtschaftlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern den ordentlichen Gerichten entzogen und an die Gewerbegerichte überwiesen werden.

³ Änderungsantrag der Abg. *Limbertz* (Essen) und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1922 (Übernahme der Einfuhr und Produktion von künstlichem Dünger in staatliche Regie), in: ebd., Nr. 2412, S. 2803.

⁴ Änderungsantrag der Abg. *Limbertz* (Essen) und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1922 (Sicherstellung eines Teils der nächsten Ernte zur Ernährung der Bevölkerung), in: ebd., Nr. 2413, S. 2803.

⁵ Änderungsantrag der Abg. *Limbertz* (Essen) und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1922 (Technische Nothilfe), in: ebd., Nr. 2414, S. 2803. Der Antrag forderte das Staatsministerium auf, »alle Schritte zu unternehmen, um zu verhindern, daß die Technische Nothilfe als Streikbrecherorganisation benutzt werden« könne. H.i.O. Desgl. (Bekämpfung des ländlichen Grundstückhandels), in: ebd., Nr. 2415, S. 2803f. Desgl. (Änderung der Mieterschutzordnung), in: ebd., Nr. 2417, S. 2804.

⁶ Änderungsantrag der Abg. *Rhiel* (Fulda) und Genossen (Z) zur zweiten Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1922 (Besoldungen), in: ebd., Nr. 2418, S. 2804. Nach dem Antrag sollten in den entsprechenden Haushalt im Kap. 99 Tit. 1 der dauernden Ausgaben der Posten eines Ministerialdirigenten als Leiter der Veterinärabteilung und dafür statt 34 nur 33 Ministerialräte und Landforstmeister eingestellt werden.

⁷ Änderungsantrag der Abg. Graf zu *Stolberg-Wernigerode* und Genossen (DVP) zur zweiten Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1922 (Baukostenzuschüsse für Werkwohnungen), in: ebd., Nr. 2430, S. 2811; desgl. (Befähigungsnachweis für landwirtschaftliche Gutsbeamte), in: ebd., Nr. 2431, S. 2811.

⁸ Hier scheint ein Schreibfehler vorzuliegen, da es sich bei Drucksache Nr. 2457 um das 6. Verzeichnis der von den Ausschüssen für ungeeignet zur Beratung im Landtag erachteten Gutachten, ebd., Nr. 2457, S. 2836–2838, handelt.

308.

30.3.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 178. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

1. Abstimmung zum Handelsetat.¹

Den Anträgen des Hauptausschusses wird zugestimmt.² – Zugestimmt wird ferner dem Antrag [Nr.] 2197³ (Gewerbelehrerinnen), 2302, 2303, 2304 Abs. 2, 2305⁴, 2309⁵, 2311, 2312, 2313.⁶ – Abgelehnt werden die Anträge [Nr.] 2300⁷, 2304 Abs. 1⁸, 2306, 2307, 2308, 2310, 2314.⁹

¹ Vgl. Dok. Nr. 302.

² Antrag des Hauptausschusses zu seinem mündlichen Bericht über den Haushalt der Handels- und Gewerbeverwaltung für 1922, Kap. 69 Tit. 1 a (Wegfall der Baugewerkschule in Kattowitz), hierzu gehörige Anträge des Ausschusses, den Urantrag Dr. von *Krause* und Genossen (DVP) auf Bereitstellung einer Beihilfe zum Bau einer Lehrwerkstätte für die Zieglerschule in Frankfurt (Oder) (Nr. 978), den Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der vereinigten preußischen und hessischen Staatseisenbahnen im Rechnungsjahre 1919 nebst Baubericht und Rechenschaftsberichten (Nr. 1063) und Eingaben, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 4, Nr. 2240, S. 2597–2599.

³ Entschließungsantrag der Abg. Frau Dr. *Wegscheider*, Frau *Stoffels*, Frau *Lehmann*, Frau von *Luesza*, *Christange*, Frau *Dönhoff* und Genossen (SPD, Z, DNVP, DVP, USPD, DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung für 1922 (Eingruppierung der Gewerbelehrerinnen in die Besoldungsgruppe VIII), in: ebd., Nr. 2197, S. 2555.

⁴ Änderungsantrag der Abg. *Dallmer*, Graf zu *Stolberg-Wernigerode*, *Graw* (Wormditt), *Schulich* (Breslau), Dr. *Berndt* (Stettin) und Genossen (DNVP, DVP, Z, SPD, DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung für 1922 (Ausbau des Fischereihafens Neukuhren), in: ebd., Nr. 2302, S. 2671. Für den Ausbau des Fischereihafens sollten 2,5 Millionen Mark in den Etat eingestellt werden. Änderungsantrag der Abg. *Leid* und Genossen (USPD) (Verbot der Fischausfuhr), in: ebd., Nr. 2303, S. 2672; desgl. (Entstaatlichung der Duisburg-Ruhrorter Häfen, der Ruhrschifffahrt usw.), in: ebd., Nr. 2304, S. 2672. Der Absatz 2 des Antrags forderte, die Betriebsverwaltungen beweglicher zu gestalten und dem Landtag rasch eine entsprechende Vorlage zugehen zu lassen. Änderungsantrag der Abg. *Vennen* und Genossen (Z) (Unterhaltung von Berufsschulen und Fachschulen), in: ebd., Nr. 2305, S. 2672. Für Berufsschulen und Fachschulen sollten die Mittel in einem den angewachsenen Ausgaben entsprechenden Umfange erhöht werden.

⁵ Entschließungsantrag der Abg. *Conradt* und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung für 1922 (Anhörung Sachverständiger vor Erlaß von Verordnungen der Preisprüfungsstellen), in: ebd., Nr. 2309, S. 2674.

⁶ Entschließungsanträge zur zweiten Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung für 1922 der Abg. *Conradt* und Genossen (DNVP) (Schaffung weiterer Stellen für Regierungs- und Bauräte für die Elektrizitätsverwaltung), in: ebd., Nr. 2311, S. 2674, der Abg. *Brunk* (Charlottenburg) und Genossen (DVP) (Beseitigung jeder Zwangswirtschaft), in: ebd., Nr. 2312, S. 2674, der Abg. *Blank* und Genossen (Z) (Ausbildungsvorschriften für höhere und mittlere Baubeamte der Elektrotechnik), in: ebd., Nr. 2313, S. 2675.

⁷ Änderungsantrag der Abg. *Rogg* und Genossen (KPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung für 1922 (Unterstützung der Arbeiter-Konsum- und Produktivgenossenschaften), in: ebd., Nr. 2300, S. 2671.

⁸ Änderungsantrag der Abg. *Leid* und Genossen (USPD) (Entstaatlichung der Duisburg-Ruhrorter Häfen, der Ruhrschifffahrt usw.), in: ebd., Nr. 2304, S. 2672. Absatz 1 des Antrages forderte das Staatsministerium auf, allen Bestrebungen zur Durchführung der Entstaatlichung der Duisburg-Ruhrorter Häfen und der Ruhrschifffahrt entschieden entgegenzutreten.

⁹ Entschließungsanträge der Abg. *Leid* und Genossen (USPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung für 1922 (Einrichtung usw. der Berufsschulen), in: ebd., Nr. 2306, S. 2673, und (Verpflichtung des Arbeitgebers zur Vergütung der Schulzeit als Arbeitszeit), in: ebd.,

[2.] Abstimmung zum Forstetat.¹⁰

Den Ausschlußanträgen¹¹ wird – mit einigen Ausnahmen – zugestimmt; ebenso den Anträgen [Nr.] 2359¹², 2360¹³, 2411.¹⁴

Abgelehnt werden Anträge [Nr.] 2358¹⁵, 2361–2364.¹⁶

Siedlungsfragen.¹⁷

Vertreter: Abg. Dr. *Schreiber*.¹⁸

Nr. 2307, S. 2673; Entschließungsantrag der Abg. *Limbertz* (Essen) und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung für 1922 (Konsumentenkammern), in: ebd., Nr. 2308, S. 2673; desgl. der Abg. *Conradt* und Genossen (DNVP) (berufsständische Vertretung des Einzelhandels), in: ebd., Nr. 2310, S. 2674, ersetzt durch den Antrag Nr. 2314, S. 2675 (berufsständische Vertretung des Einzelhandels). Der Einzelhandel sollte eine berufsständische Vertretung auf öffentlich-rechtlicher Grundlage erhalten. Antrag Nr. 2310 bezog sich auf Kammern, Antrag Nr. 2314 auf Innungen und Gilden.

¹⁰ Vgl. Dok. Nr. 305.

¹¹ Antrag des Hauptausschusses zu seinem mündlichen Bericht über den Haushalt der Forstverwaltung für 1922, hierzu gehörige Anträge und die Denkschrift über die Möglichkeit einer Verstärkung des Holzeinschlages in den preußischen Staatsforsten (Nr. 2063) sowie Eingaben, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 4, Nr. 2246, S. 2604–2606.

¹² Antrag der Abg. *Wittich*, *Schmelzer*, Graf zu *Stolberg-Wernigerode*, *Barteld* (Hannover) und Genossen (SPD, Z, DVP, DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Forstverwaltung für 1922 (Überführung von Forstkassenverwaltern in das Beamtenverhältnis), in: ebd., Nr. 2359, S. 2727.

¹³ Desgl. (Nutzbarmachung der Forstnebennutzungen durch Verpachtung und Abgabe von Forstnebennutzungen), in: ebd., Nr. 2360, S. 2728.

¹⁴ Entschließungsantrag der Abg. *Wittich*, *Schmelzer*, *Barteld* (Hannover) und Genossen (SPD, Z, DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts der Forstverwaltung für 1922 (Einrichtung selbständiger Forstabteilungen), in: ebd., Nr. 2411, S. 2803.

¹⁵ Antrag der Abg. *Limbertz* (Essen) und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Forstverwaltung für 1922 (Verpachtungen), in: ebd., Nr. 2358, S. 2727.

¹⁶ Antrag der Abg. *Leid* und Genossen (USPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Forstverwaltung für 1922 (1. Überführung des Forstbesitzes in Staatsbesitz; 2. Errichtung von Betrieben zur Weiterverarbeitung des in den Staatsforsten geschlagenen Holzes), in: ebd., Nr. 2361, S. 2728; desgl. (Holz aus dem Forstwirtschaftsjahre 1922), in: ebd., Nr. 2362, S. 2728; desgl. (Beschaffung von Insthäusern für Arbeiter), in: ebd., Nr. 2363, S. 2728; desgl. (Unterhaltung und Neubau der Gebäude sowie Beschaffung fehlender Gebäude usw.), in: ebd., Nr. 2364, S. 2728.

¹⁷ Gemeint ist die zweite Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1922, Abschnitt III (Landesschätzungsamt, Oberlandeskulturamt, Landeskulturämter usw., Landesmeliorationen usw., Ansiedlungskommission sowie sonstige Siedlungsfragen), in Verbindung mit der Beratung der Anträge des Hauptausschusses und der Abg. *Westermann* und Genossen (DDP) über eine Novelle zum Reichssiedlungsgesetz (Beschaffung von Pachtland) über die Ausführungsbestimmungen zur Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung und über die Verlängerung der Reichspachtenschutzordnung, ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 1171, S. 1441–1445 (Antrag des Hauptausschusses), hier S. 1443 f. (zu B 20, 21, 22, C 7), Anlagen, Bd. 3, Nr. 1628, S. 1841 (DDP-Antrag), Anlagen, Bd. 4, Nr. 2436, S. 2813 (Ausschußantrag), Nr. 2456, S. 2835 (Änderungsantrag). Sie fand in der 124. und 125. Sitzung am 31. März und 1. April 1922 statt.

¹⁸ Die Rede des Abg. Dr. *Schreiber* (Halle) in der 124. Sitzung am 31. März 1922, in: ebd., Bd. 6, S. 8865–8872.

309.

1.4.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 178. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Jansen.

Tagesordnung:

Erhöhung der Diäten.¹

Abg. **Hoff** referiert über eine von dem Abg. *Limbertz* eingeladene interfraktionelle Besprechung über die Diätenfrage.

Die **Fraktion** beschließt:

1. einer Erhöhung der Diäten ab 1. April auf 5000 M monatlich zuzustimmen,
2. die Abzüge beim Fehlen und Vergütungen bei Kommissionssitzung außerhalb der Tagung dieser Summe entsprechend zu erhöhen,
3. entsprechend dem Brauch im Reichstag die Abzüge auch beim Fehlen bei namentlichen Abstimmungen eintreten zu lassen,
4. bezüglich der geringeren Vergütung für die in Berlin wohnenden Abgeordneten es bei dem bisherigen Zustand zu belassen.

310.

5.4.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 179. Beginn: 11.15 Uhr. Ende: 12.30 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: keine Angaben.

Besprechung der oberschlesischen Autonomiefrage.¹

Referent Koll. **Kochmann**. Referent legt die Sachlage objektiv dar und zeichnet die Stellung der einzelnen Parteien zu den Autonomiebestrebungen. Haltung der DDP – gegen Autonomie. Vorläufig, um der noch zu erreichenden gemeinsamen Ziele willen, abwarten. Später sachliche Widerlegung, nämlich Nachweis, daß finanziell Oberschlesien die bundesstaatliche Autonomie nicht rechtfertigen kann (Zuschußland).

¹ Vor dem Hintergrund der rasch fortschreitenden Inflation wurde am 4. April 1922 der Antrag der Abg. *Limbertz* (Essen), Dr. Dr. *Porsch*, *Winckler*, Dr. von *Krause*, *Leid*, *Oeser*, *Kunze* und Genossen (SPD, Z, DNVP, DVP, USPD, DDP, Kommunistische Arbeitsgemeinschaft) auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes vom 23. April 1921 über die Entschädigung der Mitglieder und des Präsidenten des Preußischen Landtags, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 5, Nr. 2489, S. 2922, gestellt. Danach sollte der Teuerungszuschlag zur Aufwandsentschädigung auf monatlich 3500 Mark, der Teuerungszuschlag zum Tagegeld auf 70 Mark und der auf 50 Mark festgesetzte Abzug nach § 3 auf 150 Mark erhöht werden. Der Antrag wurde in der 130. Sitzung am 7. April 1922 angenommen.

¹ Zur Oberschlesienfrage vgl. Dok. Nr. 293.

Debatte:

Koll. **Fischbeck**: Autonomie versprechen nur, sofern Oberschlesien ganz bei Preußen bleibt. Unter dem Druck und im Hinblick auf die Abstimmung nachgegeben, daß auch bei Abtretung Autonomieabstimmung stattfinden soll. Überweisung der Einkommenssteuer, auf die Preußen Anspruch hat, bleibt auch nach Autonomie Oberschlesiens Preußen (Verhandlungen des Reichs mit den Ländern), so daß Oberschlesien keine Einnahmen hat.

Koll. **Preuß**: Wiederherstellung des Zusammenhangs Oberschlesiens mit Schlesien. Beseitigung der »Provinz« Oberschlesien.

Fischbeck: Wie liegen die konfessionellen Verhältnisse bei Autonomie Gesamtschlesiens?

Koll. **Kochmann** antwortet. Preußen [soll] bald die Selbständigkeit der Provinzen durchführen. Frage nicht nur in Oberschlesien entscheiden, sondern hier.

Hierzu macht noch Ausführungen Koll. **Herrmann**.

Erörtert werden die Presseverhältnisse (staatliche Subventionen).

Koll. **Höpker Aschoff**: Interfraktioneller Ausschuß. Besprechung mit Minister.

Plenum:

a. Koll. **Barteld** nimmt Stellung zu den vorliegenden Anträgen zum Etat der Gestütverwaltung.²

In der Debatte sprechen: Koll. **Westermann, Fischbeck, Hartmann**.

b. Besprechung des Arbeitsplanes.

c. Koll. **Goll**. Über Veröffentlichung der Städte- und Gemeindeordnung im »Staatsanzeiger« (30.III.22).³

d. Koll. **Höpker Aschoff** über die Diätenvorlage und ihre Behandlung in der Fraktion.⁴
Hierzu Koll. **Höpker Aschoff, Jansen, Goll, Westermann, Gottschalk**.

² Die zweite Beratung des Haushalts der Gestütverwaltung für 1922, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 4, Nr. 2324, S. 2713 f., fand in der 127., 128., 130. und 132. Sitzung am 4., 5., 7. April und 4. Mai 1922 statt.

³ Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger, 76, 30.3.1922, 1.–3. Beilage: Entwürfe für eine Preußische Landgemeindeordnung und für eine Preußische Städteordnung.

⁴ Vgl. Dok. Nr. 309.

311.

4.5.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 180 f. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.00 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift und Hartmann. Vorsitz: Schreiber.

1. Plenum:

Ein eigener Redner zur Berliner Rathausdebatte¹ soll nicht gestellt werden, wenn ein Zentrumsredner eine gemeinsame Erklärung für Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten abgibt. Andernfalls Fraktionsvertreter *Hartmann*.²

2. **Hartmann** gibt Kenntnis von einem Koalitionsantrag zum Bergetat.³

3. **Oeser** berichtet über die unerledigte Abfindung der Krone.⁴ Preußen sei der einzige rückständige Staat hierbei, das sei ein schwerer politischer Fehler, der durch die große Koalition beseitigt werden müsse.⁵ Mit dem Finanzminister sei der Gedanke eines Schiedsgerichts beim Reichsgericht erwogen worden.

Hierzu sprechen Dr. **Berndt**, der das Schiedsgericht ablehnt, **Dominicus**, **Oeser**, Dr. **Schreiber**, Dr. **Höpker Aschoff**, der das Schiedsgericht für den einzig gangbaren Weg hält.⁶

Dr. **Grund** rät davon ab, die Angelegenheit auf das Reich abzuschieben, bezweifelt jedoch, ob die Sozialdemokratie auf ein Schiedsgericht eingehen werde.

Dr. **Gottschalk** hält es für notwendig, daß die Art der Abfindung gesetzlich geregelt wird, während über das Objekt ein Schiedsgericht entscheiden soll.

¹ In der 132. und 133. Sitzung am 4. und 5. Mai 1922 erfolgte die gemeinsame Beratung a) der Großen Anfrage Nr. 118 der Abg. *Schulz* (Neukölln) und Genossen (KPD) über die Demonstration vor dem Berliner Rathause am 2. Mai und das Vorgehen der Schutzpolizei gegen die Demonstranten, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 5, Nr. 2639, S. 3079, b) der Großen Anfrage Nr. 119 der Abg. *Winckler* und Genossen (DNVP) über Straßenkundgebungen vor dem Berliner Rathause am 2. Mai 1922, ebd., Nr. 2671, S. 3097, c) des Urantrags der Abg. *Leid* und Genossen (USPD) über den Waffengebrauch der Schutzpolizei, ebd., Nr. 2670, S. 3096, und d) des Urantrags der Abg. D. Dr. von *Campe* und Genossen (DVP) über die Befriedung des Berliner Rathauses und der Rathäuser sonstiger Großstädte, ebd., Nr. 2675, S. 3104. Am 2. Mai 1922 war es vor dem Berliner Rathaus zu einer Demonstration von Gemeindearbeitern gekommen, die ihren Lohnforderungen Geltung verschaffen wollten. Nach Eintreffen eines größeren Aufgebots der Schutzpolizei entstanden Tumulte, in deren Folge mehrere Demonstranten schwer verletzt wurden. Zur Verschärfung der Situation hatten kommunistische Stadtverordnete wesentlich beigetragen. Vgl. SCHULTHESS 1922, S. 55.

² Die Rede des Abg. *Hartmann* (DDP) in der 133. Sitzung am 5. Mai 1922, in: SBpLT 1921/24, Bd. 7, Sp. 9439–9443.

³ Mit dem Koalitionsantrag gemeint ist der Antrag der Abg. *Hartmann*, *Osterroth*, *Brust* und Genossen (DDP, SPD, Z) zur zweiten Beratung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für 1922 (Stellung und Arbeitsgebiete der Beiräte bei den Oberbergämtern und des sozialpolitischen Referenten im Handelsministerium), in: ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 2663, S. 3094. Die zweite Beratung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für 1922, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 4, Nr. 1944, S. 2159–2189, Nr. 1994, S. 2247–2352, Nr. 1995, S. 2353–2360, Nr. 2058, S. 2423, Nr. 2420, S. 2805–2807, fand in der 135., 136., 137. und 138. Sitzung am 15., 16., 17. und 18. Mai 1922 statt.

⁴ Vgl. Dok. Nr. 192, 195, 201 und 268.

⁵ Gesetzliche Regelungen der Vermögensauseinandersetzungen mit den vormals regierenden Häusern waren vor 1922 bereits in Württemberg, Baden, Anhalt, Lippe, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin, Waldeck und Thüringen getroffen worden. Vgl. SCHÜREN, S. 283–298.

⁶ Ab hier Handschrift *Hartmann*.

Die **Fraktion** ist der Meinung, daß die Abfindungsfrage jetzt in die Hand genommen wird, daß die Reichstagsfraktion um ihre Meinung angegangen werden soll und daß der **Präsident** des Reichsgerichts einen Senat als Schiedsgericht bestimmt, nicht aber das gesamte Präsidium. Die Frage, ob auch Parlamentarier am Schiedsgericht beteiligt sein sollen, wird zurückgestellt. Es soll dem Schiedsgericht der Auftrag erteilt werden, nach billigem Ermessen, unter Berücksichtigung des Ursprungs der Vermögenswerte, zu entscheiden. Es soll nur über die strittigen Punkte geurteilt werden. Die Steuergesetze in ihrem ganze Umfang sind anzuwenden.

4. Zur heutigen Tagesordnung des Plenums sollen nötigenfalls sprechen Dr. *Schreiber* zum Siedlungsgesetz⁷, Dr. *Berndt* zum Kraftwerk Ost-Preußen.⁸ Dr. *Höpker Aschoff* zum Gesetz über Gewinnung von Steinkohlen⁹, *Fischbeck* zum Gesetz über den Sonderstock¹⁰, *Fischbeck* zum Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.¹¹

5. Dr. **Schreiber** gibt Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses über das Grundsteuergesetz.¹² Die Verhandlungen sind auf Wunsch des Finanzministers vertagt. An den Beratungen des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung sollen teilnehmen *Oeser*, als Vertreter *Fischbeck* und *Höpker Aschoff*.¹³

6. Zum Bergetat sollen reden *Fischbeck* und eventuell *Hartmann*.¹⁴

7. Nächste Woche ist sitzungsfrei, das Plenum tagt vom 15.–27. V., dann Pause bis 13. VI., Plenarsitzungen vom 13. VI. bis 1. Juli, dann Beginn der großen Ferien.

8. Die demokratischen Mitglieder des Staatsrats sollen bei der nächsten Tagung zur Fraktionssitzung eingeladen werden.

⁷ Der Gesetzentwurf über die Genehmigung von Siedlungen nach § 1 des Reichssiedlungsgesetzes, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 4, Nr. 2587, S. 2997–3005, wurde in der 133. Sitzung am 5. Mai 1922 in erster Lesung beraten und dem Ausschuß für Siedlungs- und Wohnungswesen überwiesen. An der kurzen Aussprache nahm kein Vertreter der DDP teil.

⁸ In der 133. Sitzung am 5. Mai 1922 fanden die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Beteiligung Preußens an der Ostpreußenwerk Aktiengesellschaft, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1835, S. 2076–2079, Anlagen, Bd. 4, Nr. 2425, S. 2809 (Ausschußantrag), statt. An der Debatte nahm kein Vertreter der DDP teil.

⁹ In der 133. Sitzung am 5. Mai 1922 fand die erste Beratung des Gesetzentwurfs über Aufsuchung und Gewinnung von Steinkohlen, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 2564, S. 2983 f., statt, in Verbindung damit die Beratung der Verträge auf Grund des Gesetzes zur Aufschließung von Steinkohlen vom 11. Dezember 1920, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1803, S. 2035–2051, Anlagen, Bd. 4, Nr. 2171, S. 2501–2503, Nr. 2264, S. 2619. Die zweite und dritte Beratung erfolgten in der 134. Sitzung am 6. Mai 1922. An der kurzen Aussprache beteiligte sich kein Vertreter der DDP.

¹⁰ In der 133. Sitzung am 5. Mai 1922 fanden die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über einen Sonderstock zu Ausgleichszwecken und zur Selbstbewirtschaftung bei den Bergwerks-, Hütten- und Salinenbetrieben, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1775, S. 1987–1990, Anlagen, Bd. 4, Nr. 2449, S. 2830 (Ausschußantrag), statt. Der Gesetzentwurf wurde ohne größere Aussprache angenommen.

¹¹ Die Rede des Abg. *Fischbeck* in der 136. Sitzung am 16. Mai 1922, in: ebd., Bd. 7, Sp. 9650–9663.

¹² Zum Grundsteuergesetz vgl. Dok. Nr. 290 und 293.

¹³ Die zweite Beratung des Haushalts der Allgemeinen Finanzverwaltung für 1922, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 6, Nr. 3112, S. 3593 f., fand in der 158., 159. und 160. Sitzung am 3., 4. und 5. Juli 1922 statt. An den Beratungen im Plenum beteiligte sich kein Abgeordneter der DDP.

¹⁴ Zur Rede *Fischbecks* vgl. Anm. 11; die Rede des Abg. *Hartmann* in der 137. Sitzung am 17. Mai 1922, in: SBpLT 1921/24, Bd. 7, Sp. 9735–9743.

312.

16. 5. 1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 181. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Tagesordnung:

I. Plenum.

Punkt 8 [Beratung des Antrages der Abg. Dr. *Meyer* (Ostpreußen) und Genossen (KPD), betreffend die Auslieferung der Italiener *Boldrini*, *Ghezzi* und *Vachi*, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 5, Nr. 2730, S. 3178]. Auslieferung der Italiener *Boldrini* usw. – Vertreter Abg. Dr. *Berndt*.¹

Punkt 10 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend den Bau eines Dampfkraftwerks bei Hannover und Gründung einer Aktiengesellschaft »Großkraftwerk Hannover«, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 2404, S. 2795–2798, Anlagen, Bd. 5, Nr. 2691, S. 3119 (Ausschußantrag)]: Großkraftwerk Hannover.²

Abg. *Barteld* spricht gegen die Vorlage.

Die *Fraktion* lehnt die Vorlage ab.

II. Anträge auf Sozialisierung der Apotheken.³

Berichterstatter Abg. *Hartmann*: Die Krankenkassen sollen das Recht haben, Apotheken zu errichten. – Referent verspricht sich keinen Erfolg davon. – Handverkaufsartikel könnten von den Kassen direkt verabreicht werden. – Beim Verkauf der Apotheken könne anders als bisher verfahren werden.

Abg. Dr. *Höpker Aschoff*: Die Realkonzession führe zum Wucher. Die Gemeinwirtschaft sei nicht ausgeschlossen. – Die Gemeinden könnten die Apotheken verpachten.

Abg. Dr. *Berndt* spricht gegen die Sozialisierung.

Abg. *Hoff* und Dr. *Schreiber* sprechen in ähnlichem Sinne. – Erstrebt werden müsse: Ablösung der Realkonzession, Neukonzessionierungen.

¹ Der Antrag wurde in der 136. Sitzung am 16. Mai 1922 verhandelt und abgelehnt. Ein Vertreter der DDP meldete sich nicht zu Wort. Der Italiener *Boldrini* war unter dem Verdacht, an einem Bombenattentat beteiligt gewesen zu sein, in Deutschland verhaftet und an Italien ausgeliefert worden. Gegen zwei weitere in Deutschland inhaftierte Italiener lag ebenfalls ein Auslieferungsersuchen der italienischen Regierung vor. Die Kommunisten beklagten, daß die Auslieferung *Boldrini*s unter Verletzung der Bestimmungen des deutsch-italienischen Auslieferungsvertrages, der eine bestimmte Frist zwischen dem Festnahme- und dem Auslieferungsantrag vorsah, erfolgt sei. Gleichzeitig forderten sie, dem italienischen Gesuch nach Auslieferung der beiden noch inhaftierten Italiener nicht statt zu geben.

² Die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs fanden in der 139., 142., 144. und 160. Sitzung am 19., 23., 26. Mai und 5. Juli 1922 statt.

³ Zur Sozialisierung der Apotheken vgl. Dok. Nr. 301.

313.

17.5.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 181 f. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

An den Hauptausschuß zurückgewiesene Anträge.

Die **Fraktion** wird [...] ¹ im allgemeinen den Vereinbarungen zwischen dem Finanz- und Fachminister beitreten. – Den Anträgen zum Kultusetat ² (u. a. 12 Mill. für Junglehrer) wird zugestimmt.

Wohlfahrtsministerium: ³

Abg. **Dominicus** regt an, einen Antrag einzubringen, wonach für Wohnungsfürsorge in Mitteldeutschland 500 Mill. M zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die **Fraktion** stimmt zu. ⁴

Abg. **Höpker Aschoff** macht Mitteilungen über die Finanzlage in Preußen. – Der Etat ist durch die Entwicklung völlig überholt. – Fortsetzung morgen.

314.

18.5.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 182. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Oeser.

1. Abstimmungen über den Bergetat. ¹

Abg. **Barteld** berichtet über Verhandlungen, betr. Kraftwerk Hannover. ²

Abg. **Oeser** bzw. **Fischbeck** treten [in die] betreffende Kommission ein.

Die **Fraktion** wird [für] die Schaffung einer neuen planmäßigen Stelle im Handelsministerium (**Prose** ³) stimmen.

¹ Im Original: »sich«.

² Die zweite Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für 1922, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 4, Nr. 2050, S. 2395–2404, fand in der 102. bis 107. und von der 110. bis 112. Sitzung vom 20. bis 25. Februar und vom 8. bis 10. März 1922 statt.

³ Die zweite Beratung des Haushalts des Wohlfahrtsministeriums für das 1922, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 2688, S. 3110–3117, fand in der 143., 144. und 145. Sitzung am 24., 26. und 27. Mai 1922 statt.

⁴ Änderungsantrag der Abg. **Oeser**, **Heidenreich** und Genossen (DDP, DVP) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt für 1922 (Mittel zur Milderung der ganz besonderen Wohnungsnot im mitteldeutschen Industriebezirk), in: ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 2795, S. 3250.

¹ Zum Bergetat vgl. Dok. Nr. 311.

² Vgl. Dok. Nr. 312.

³ **Alfons Prose** (1881–1950), Dr. jur., 1920 Oberpräsidialrat am Oberpräsidium Niederschlesien, stellvertretender Kurator der Universität Breslau, September 1922 bis 1923 Regierungspräsident in Marienwerder, August 1923 bis 1929 Oberpräsident von Oberschlesien, Mitglied des Zentrums.

Abg. **Hoff** macht Mitteilungen aus dem Ältestenrat.⁴
Wohlfahrtsministerium: Vertreter Frau *Dönhoff* und *Dominicus*.⁵

315.

19.5.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 182 f. Beginn: 10.15 Uhr. Ende: 11.15 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: keine Angaben.

1. Kraftwerk Hannover.¹

Wahrscheinlich wird Absetzung der Vorlage beantragt werden. Regierung soll neue Vorlage machen.²

2. Berichterstattung über den Haushalt des Wohlfahrtsministeriums.³ Referent Koll. **Dominicus**.⁴ Stellung der Fraktion zu den vorliegenden Anträgen. Zu den Anträgen des Hauptausschusses Nr. 19 und 20.⁵ Unser Vertreter im Hauptausschuß hat die Vornahme einer Enquete über die Alkoholgesetzgebung der Vereinigten Staaten gefordert. Hierzu spricht **Dominicus**, **Fischbeck**, **Kochmann**, Frau **Dönhoff**, **Berndt**, **Oeser**, **Hartmann**; Berndt hat beim Innenetat verlangt, daß bei der Feststellung der Konzessionserteilung Gastwirte gutachtlich gehört werden.

Herrmann zu Antrag [Nr.] 15 und 16, betr. Fürsorge zur Beschaffung von Wohnungen für Flüchtlinge (Breslauer Verhältnisse).⁶

⁴ Vgl. das Sitzungsprotokoll der Ältestenratssitzung vom 17. Mai 1922, 12.10 bis 13.30 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 3.

⁵ Zur zweiten Beratung des Haushalts des Wohlfahrtsministeriums vgl. Dok. Nr. 313. Die Rede der Abg. Frau *Dönhoff* in der 143. Sitzung am 24. Mai 1922, in: SBpLT 1921/24, Bd. 7, Sp. 10298–10302, des Abg. *Dominicus* und des Abg. *Oeser* in der 144. Sitzung am 26. Mai 1922, in: ebd., Sp. 10359–10364 und Sp. 10365–10367.

¹ Vgl. Dok. Nr. 312 und 314.

² Der Antrag auf Absetzung der Vorlage von der Tagesordnung wurde in der 139. Sitzung am 19. Mai 1922 abgelehnt. Die am selben Tag durchgeführte Abstimmung ergab allerdings die Beschlußunfähigkeit des Hauses. Die zweite Beratung wurde in der 142. Sitzung am 23. Mai 1922 fortgeführt. Die dritte Beratung erfolgte in der 144. Sitzung am 26. Mai 1922, eine nochmalige Beschlußfassung in der 160. Sitzung am 5. Juli 1922.

³ Zur zweiten Beratung des Haushalts des Wohlfahrtsministeriums vgl. Dok. Nr. 313 und 314.

⁴ Vgl. auch die Rede des Abg. *Dominicus* in der 144. Sitzung am 26. Mai 1922, in: SBpLT 1921/24, Bd. 7, Sp. 10359–10364.

⁵ Der Antrag Nr. 19 des Hauptausschusses forderte zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs ein völliges Verbot des Alkoholausschanks an Kinder und Jugendliche sowie eine Verschärfung des Bedürfnisnachweises. Nach Antrag Nr. 20 sollte das Staatsministerium auf die Reichsregierung dahin gehend einwirken, daß eine gründliche und objektive Veröffentlichung über die Wirkungen des Alkoholverbots in den USA durchgeführt werde. Ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 2688, S. 3110–3117, hier S. 3115.

⁶ Der Antrag Nr. 15 des Hauptausschusses, ebd., S. 3114, forderte zur Erzielung eines genügenden Nachwuchses gelernter Bauarbeiter beim Abschluß von Arbeitertarifverträgen eine stärkere Differenzierung der Löhne gelernter Arbeiter von denen ungelernter. Nach Antrag Nr. 16, ebd., sollte das Staatsministerium an die Reichsregierung herantreten, damit zur Bekämpfung der durch die Flücht-

Ähnliche Anregungen **Kochmann**.

Zum Antrag der SPD 1 Milliarde für Wohnzwecke:⁷ **Oeser, Dominicus, Kochmann**.

Zur Entschließung zu D:⁸ Streichung des Absatzes: gegebenenfalls durch Erreichung eines Neubaus, soll gestrichen werden. Stellung eines dahin gehenden Antrags wird beschlossen.⁹

Anträge der KPD und USPD zum Wohlfahrtshaushalt.¹⁰ Antrag Nr. 2804 wird debattiert (**Dönhoff, Oeser, Hoff, Dominicus**).

Antrag wird abgelehnt.

linge aus den abgetretenen deutschen Gebieten hervorgerufenen drückenden Wohnungsnot in den Grenzprovinzen, insbesondere Schleswig, Ostpreußen, Pommern und Schlesien, Reichsbaukostenzuschüsse für deren Unterbringung zur Verfügung gestellt werden.

⁷ Antrag der Abg. *Limbertz* (Essen) und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt für 1922 (Mittel zur Bekämpfung der Wohnungsnot), in: ebd., Nr. 2834, S. 3270.

⁸ In der Entschließung, Punkt D, des Antrags des Hauptausschusses wurde das Staatsministerium ersucht, wegen der ungenügenden räumlichen Unterbringung des Wohlfahrtsministeriums in dem Gebäude des früheren Herrenhauses, aber auch um dem Landtag und dem Staatsrat weitere Räume zur Verfügung zu stellen, der Frage einer anderweitigen Unterbringung des Wohlfahrtsministeriums und gegebenenfalls der Errichtung eines Neubaus näher zu treten. Ebd., Nr. 2688, S. 3110–3117, hier S. 3116.

⁹ Änderungsantrag der Abg. *Oeser* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt für 1922 zum Antrag des Hauptausschusses (Nr. 2688), in: ebd., Nr. 2833, S. 3270.

¹⁰ Änderungs- und Entschließungsanträge der Abg. Dr. *Meyer* (Ostpreußen) und Genossen (KPD) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt für 1922, Nr. 2759–2763: (Prüfungsgebühren für Wohlfahrtspflegerinnen), ebd., Nr. 2759, S. 3211; (Pflegegeld in den staatlichen Erziehungsanstalten), ebd., Nr. 2760, S. 3211; (Volle Besoldung der Kreisärzte), ebd., Nr. 2761, S. 3211; (Übernahme der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge auf den Staat), ebd., Nr. 2762, S. 3211; (Fürsorge für die gefährdete und verwaarloste Jugend usw. durch die Kommunen), ebd., Nr. 2763, S. 3211; Entschließungsanträge der Abg. Dr. *Meyer* (Ostpreußen) und Genossen (KPD) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt für 1922, Nr. 2776–2779: (Errichtung von Rechtsauskunftsstellen), ebd., Nr. 2776, S. 3217; (Erzeugung von Alkohol nur für technische und medizinische Zwecke), ebd., Nr. 2777, S. 3217; (Erhöhung der Mittel für Beihilfen zur Bekämpfung der Tuberkulose), ebd., Nr. 2778, S. 3217; (Erhöhung der Mittel für soziale Ausbildungszwecke usw.), ebd., Nr. 2779, S. 3217; Entschließungsanträge der Abg. Dr. *Weyl* und Genossen (USPD) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt für 1922 (Sozialisierung der Kurorte und Heilquellen), in: ebd., Nr. 2742, S. 3197, sowie (Sozialisierung der ärztlichen Heiltätigkeit), in: ebd., Nr. 2743, S. 3197; Änderungs- und Entschließungsanträge der Abg. Frau *Christmann* und Genossen (USPD) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt für 1922, Nr. 2752–2758: (Unterstützungen an körperlich Gebrechliche zur Rückkehr in die Heimat sowie für arme Kranke), ebd., Nr. 2752, S. 3210; (Allgemeine Fürsorge), ebd., Nr. 2753, S. 3210; (Unterbringung von der Verwahrlosung ausgesetzten Kindern in Waisenhäusern), ebd., Nr. 2754, S. 3210; (Einsetzung eines Beirats zur Kontrolle der Durchführung hygienischer und sanitärer Forderungen und Notwendigkeiten in den Fürsorgeanstalten), ebd., Nr. 2755, S. 3210; (Zuschüsse an gemeinnützige Baugenossenschaften für Arbeiterwohnungen), ebd., Nr. 2756, S. 3210; (Erhöhung der Renten für die unter 50 % erwerbsbeschränkten Unfallrentner), ebd., Nr. 2757, S. 3210; (Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung), ebd., Nr. 2758, S. 3211; Änderungsanträge der Abg. *Bock* und Genossen (USPD) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt für 1922 (Mittel zur Milderung der ganz besonderen Wohnungsnot im mitteleuropäischen Industriebezirk), ebd., Nr. 2796, S. 3250; Entschließungsantrag der Abg. Frau *Christmann* und Genossen (USPD) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt für 1922 (Übernahme desselben Kostenanteils für die Anstaltserziehung gefährdeter Kinder wie bei der Jugendfürsorgeerziehung), ebd., Nr. 2804, S. 3254.

3. Wahl von 2 Mitgliedern zur Studienreise nach Bremen-Geestemünde.¹¹ **Hoff** referiert: Vorgeschlagen: *Fischbeck, Dominicus, Hoff*.

Fischbeck legt die Verhältnisse in Geestemünde klar.

Fischbeck und *Hoff* sind für die Studienreise gewählt worden.

4. Justizetat¹² soll Sonnabend und Montag zur Verhandlung gelangen. Fraktionssitzung Montag vormittag.

5. **Dominicus**: Erhöhung der Provinzialdotationen auf 500 Millionen.¹³ Verdienst unserer Fraktion.

316.

20. 5. 1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 183 f. Beginn: 10.20 Uhr. Ende: 11.25 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: keine Angaben.

Tagesordnung: Plenum (Justizetat).¹

Referent Koll. **Berndt**: Wir lehnen ab, Wahl der Richter durch das Volk; Beseitigung der Unabhängigkeit der Richter.² Nicht Ressortfrage, sondern fachpolitische Frage. Verbreiterung der Basis des Richterstandes. Änderung der Stellung und Lage der Referendare. Zulassung von Personen, die nicht den vorgeschriebenen Weg der Vorbildung zurückgelegt haben, zu Assessoren. Heranziehung der Laienrichter in größerem Um-

¹¹ In der Sitzung des Ältestenrats vom 17. Mai 1922, 12.10 bis 13.30 Uhr, wurde die Reise der Landesvertretung nach Bremen, Bremerhaven und Geestemünde besprochen. Sie wurde auf die Zeit vom 10. bis 12. Juni 1922 angesetzt. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 DI, Nr. 44, Bd. 3.

¹² Die zweite Beratung des Haushalts der Justizverwaltung für 1922, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 5, Nr. 2727, S. 3169–3174, fand in der 140., 141., 142 und 143. Sitzung am 20., 22., 23. und 24. Mai 1922 statt.

¹³ In der 136. Sitzung des Hauptausschusses am 17. Mai 1922 wurde bei der Beratung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung für 1922 die Erhöhung der Provinzialdotationen von 165 auf 500 Millionen Mark beschlossen. Die Provinzialdotationen waren unter anderem dazu bestimmt, die Lasten der Provinzen bei der Unterhaltung der Straßen auszugleichen. Ursprünglich hatte die Partei eine Erhöhung auf 800 Millionen Mark gefordert. Vgl. das gedruckte Protokoll der Sitzung vom 17. Mai 1922 sowie die Reden des Abg. *Oeser* in der 132. Sitzung des Hauptausschusses am 11. Mai 1922 und des Abg. *Dominicus* am 17. Mai 1922 sowie der in der 133. Sitzung am 12. Mai 1922 gestellte Antrag der DDP, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 DI, Nr. 32 h, Beiheft 1, Bd. 14.

¹ Vgl. Dok. Nr. 315.

² Der Antrag der Abg. *Menzel* (Halle) und Genossen (KPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Justizverwaltung für 1922, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 5, Nr. 2871, S. 3281, ersuchte das Staatsministerium, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß durch eine Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes Berufsrichter, Geschworene und Schöffen aus den Reihen der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten beiderlei Geschlechts nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Verhältniswahlrecht gewählt würden. »Ausbeuter und Spekulanten sind vom Richteramt ausgeschlossen.« Demgegenüber hatte die DNVP den Antrag der Abg. *Winckler* und Genossen auf Beibehaltung des Berufsrichtertums gestellt. Vgl. ebd., Nr. 2851, S. 3277.

fange.³ Gewisse Zivilkammern (Ehekammern) können Laienrichter durchaus gebrauchen (Frauen). Gleichstellung der Frauen. Änderung im bisherigen Modus der Wahl der Laienrichter. Angemessene Entschädigung. Anträge zu diesem Punkte liegen vor.⁴ Konsequente und klare Personalpolitik. Nur solche Persönlichkeiten in höhere Stellen, die fest auf dem Boden der Verfassung stehen. Berücksichtigung der Angehörigen der Linksparteien. Übertritt aus der Anwaltschaft in die Richterlaufbahn ermöglichen. Besetzung des Postens des Kammergerichtspräsidenten. Verhältnisse der Staatsanwaltschaft. Nur Persönlichkeiten verwenden, die absolut zuverlässig sind. Reform des Justizministeriums (Personaldezernent für Staatsanwaltschaft). Ministerialräte zur Disposition stellen? Zulassung der außerpreußischen Gerichtsassessoren zur Anwaltschaft.⁵ (Gegenseitigkeit verbürgt) Strafvollzug. Einverständnis zu den Grundsätzen des Ministers.⁶

Debatte:

Dominicus: Wir halten unter allen Umständen an dem Prinzip der fachlichen Berufsausbildung fest. Nur Ausnahmecharakter des vorjährig gestellten Antrags betonen. Zurdispositionsstellung der Ministerialräte. Mangelnde Beschäftigung der Amtsrichter. Stellen streichen. Sparsamkeitspolitik.

Oeser: Dispositionsstellung der Ministerialräte. Bedenken. Reichsverfassung Art. 129.⁷ Änderung der Reichsverfassung notwendig. Grundsätzliches zur Personalpolitik. Über Beteiligung des Laienelements. Verteuerung der Justiz.

Hartmann: Laienrichter. Auswahl derselben.

Kochmann: Verminderung der Amtsrichterstellen. Entlastungsverordnung.

³ Der Antrag der Abg. *Limbertz* (Essen) und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Justizverwaltung für 1922, ebd., Nr. 2879, S. 3282, forderte neben der Abschaffung der Todesstrafe und der Erweiterung der Zuständigkeit der Amtsgerichte in Punkt 3 die Zuziehung von Laienrichtern zu allen Gerichten und die Auswahl der Laienrichter durch Wahlen nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Verhältniswahlrecht.

⁴ Der Antrag der Abg. *Menzel* (Halle) und Genossen (KPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Justizverwaltung für 1922, ebd., Nr. 2872, S. 3281, forderte eine Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes dahin gehend, daß Schöffen und Geschworenen neben Fahrtkosten auch Tagegelder in der vollen Höhe des entgangenen Arbeitsverdienstes gezahlt werden sollten. Ein Gemeinschaftsantrag der Abg. *Rosenfeld*, *Goebel*, *Dr. Seelmann*, *Eichhoff*, *Dr. Berndt* (Stettin) und Genossen (SPD, Z, DNVP, DVP, DDP), ebd., Nr. 2889, S. 3284, forderte die Gewährung einer festen Besoldung an Referendare. Die USPD hatte in dem Antrag der Abg. *Leid* und Genossen, ebd., Nr. 2885, S. 3283, die Ernennung der nach der ersten juristischen Prüfung sich zum Vorbereitungsdienst meldenden Kandidaten zu Referendaren und deren Gleichstellung mit den Justizsekretären hinsichtlich ihrer Rechte und Pflichten und ihrer Besoldung gefordert.

⁵ Die DDP hatte im Ausschuß einen Antrag gestellt, der als Antrag Nr. 2 des Hauptausschusses, ebd., Nr. 2727, S. 3169–3174, hier S. 3170, firmierte. Danach sollten Gerichtsassessoren ohne Rücksicht, in welchem Land sie die Assessorprüfung bestanden hätten, zur Rechtsanwaltschaft zugelassen werden.

⁶ Vgl. auch die Rede des preußischen Justizministers *Dr. am Zehnhoff* und die des Berichterstatters *Abg. Kochmann* (DDP) in der 140. Sitzung am 20. Mai 1922, in: ebd., Bd. 7, Sp. 9939–9942 und Sp. 9943–9949. Ferner die Rede des Abg. *Dr. Berndt* (Stettin) in der 141. Sitzung am 22. Mai 1922, in: ebd., Sp. 10017–10040. *Dr. Berndt* beklagte in seiner Rede die Personalpolitik des Justizministers. Die »politische Gesinnung, und zwar die reaktionäre Gesinnung,« sei »bei der Besetzung der höheren Stellen innerhalb der Justizverwaltung heute immer noch maßgebend.« Ebd., Sp. 10025.

⁷ Artikel 129 der Weimarer Reichsverfassung garantierte den Beamten in Absatz 1 die Unverletzlichkeit ihrer »wohlerworbenen Rechte« und damit die gesetzlich geregelte Lebenszeitstellung sowie die Alters- und Hinterbliebenenversorgung. Absatz 2 lautete: »Die Beamten können nur unter den gesetzlich bestimmten Voraussetzungen und Formen vorläufig ihres Amtes enthoben, einstweilen oder endgültig in den Ruhestand oder in ein anderes Amt mit geringerem Gehalt versetzt werden.« In Absatz 3 wurde disziplinarrechtlich ein Beschwerdeweg gegen Dienststrafen festgelegt.

Höpker Aschoff: Verminderung der Richterzahl. Vermehrung der Stellen der mittleren Beamten ohne Verminderung der Richter. Ersparnisse. Personalpolitik.

Dönhoff: Auswahl der Frauen zu Schöffen und Geschworenen.⁸

Berndt zum Schlußwort.

Oeser zur Personalpolitik.

317.

23. 5. 1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 184–186. Beginn: 10.15 Uhr. Ende: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Oeser.

Zum Punkt 1 der Tagesordnung: Interfraktionelle Besprechung, berichtet Abg. **Schreiber**, daß auf Beschluß der Mehrheitsparteien regelmäßig einmal wöchentlich eine Zusammenkunft von Vertretern der Koalitionsparteien stattfinden soll zur Verständigung über die Stellungnahme zu politischen Fragen.

Abg. **Oeser** teilt eine Beschwerde des Staatssekretärs *Freund* mit, der trotzdem er Mitglied der demokratischen Partei sei, über unfreundliches Verhalten der Demokraten ihm gegenüber klagt.

Abg. **Dominicus** teilt einige Fälle mit, aus denen er schließt, daß *Freund* nicht im Staatsinteresse wirkt und nicht aufrichtig demokratischer Gesinnung ist.

Abg. **Oeser** sieht die Schuld an den Vorkommnissen mehr an anderer Stelle als bei *Freund* persönlich, der auch schon in der früheren Regierung eine demokratische Richtung gefördert habe. Er würde eine Stellungnahme gegen *Freund* bei einer interfraktionellen Besprechung für politisch unklug halten.

Abg. **Barteld** schließt sich dem an, erbittet eine Klarstellung des Falles *Abegg*.¹

Abg. **Jansen** berichtet von Mißstimmung in der demokratischen Beamtenschaft, die sich nicht genügend gestützt fühlt durch die Fraktion. Befürchtet, daß Fallenlassen des als Demokraten bekannten *Freund* sehr ungünstig beurteilt werden würde.

Abg. **Schreiber** sieht in *Freund* nicht politischen Vertreter, so daß Verhalten in seinem Fall die Partei nicht belasten kann; seine ausgezeichnete Fachkenntnis spricht für ihn. Ohne sichere Garantie für sachliche Neubesetzung sehr vorsichtig gegenüber Absetzung verhalten.

Abg. **Dominicus** weist auf seine genaue Kenntnis des Charakters und des Verhaltens von *Freund* hin; hält die vom Minister *Severing* vorgesehene Besetzung der Beamtenposten nach dem Schlüssel der Parteizahlen für verhängnisvoll und charakterfeste Gegenwirkung für unerläßlich. Diese traut er weder *Freund* noch *Abegg* zu, ist daher für deren Beseitigung.

⁸ Am 6. April 1922 hatte der Reichstag den Gesetzentwurf über die Heranziehung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamt verabschiedet. Vgl. SCHULTHESS 1922, S. 48.

¹ Zu Wilhelm *Abegg* vgl. auch SCHULZE, Braun, S. 306.

Abg. **Hartmann** führt Beispiele für schwierige Stellung von Demokraten innerhalb des Beamtenkörpers an; hält es daher für untragbar, demokratische Beamte unsererseits fallen zu lassen, schlägt Versuch vor, auf sie einzuwirken in Bezug auf demokratische Zuverlässigkeit.

Abg. **Gottschalk** stellt fest, daß Sozialdemokratie Grund hat, mit Ämterbesetzung unzufrieden zu sein im Vergleich mit Zentrum.

318.

24.5.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 186. Beginn und Ende: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Oeser.

Der **Vorsitzende** berichtet über die Verhandlungen im interfraktionellen Ausschuß über die Beamtenpolitik.

Abg. **Dominicus** bespricht die Zentrums-Beamtenpolitik.¹

Abg. **Kimpel** beklagt den Mangel an Initiative bei der Regierung, insbesondere beim Ministerpräsidenten.

Abg. **Oeser**: Die Regierung muß die Grundsätz[e] der Koalition in der Beamtenpolitik zur Durchführung bringen.

Abg. Dr. **Höpker** [**Aschoff**] wünscht Auskunft über die Kronabfindung.

Abg. **Dominicus** berichtet über die gehaltliche Besserstellung der Landräte und legt einen diesbezüglichen Antrag vor.

Die **Fraktion** stimmt der Einbringung des Antrages zu.²

Abstimmung über den Justizetat.³ – Den Ausschuß-Anträgen⁴ wird zugestimmt, die kommunistischen Anträge⁵ werden abgelehnt.

¹ Vgl. auch die Rede des Abg. Dr. **Berndt** (Stettin) in der 141. Sitzung am 22. Mai 1922, in: SBpLT 1921/24, Bd. 7, Sp. 10017–10040, bes. Sp. 10025, zur Personalpolitik des preußischen Justizministers Dr. *am Zehnboff* (Z).

² Nicht nachgewiesen.

³ Vgl. Dok. Nr. 316.

⁴ Vgl. SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 5, Nr. 2727, S. 3169–3174.

⁵ Entschließungs- und Änderungsanträge der Abg. **Menzel** (Halle) und Genossen (KPD) zur zweiten Beratung des Haushalts der Justizverwaltung für 1922, Nr. 2852–2878: (1. Streichung der Einnahmen aus der Beschäftigung der Gefangenen, 2. Erhöhung der Bewilligungen an die Gefangenen aus dem Arbeitsverdienste), ebd., Nr. 2852, S. 3278; (Streichung der Stellen der 58 Strafanstaltspfarrer), ebd., Nr. 2853, S. 3278; (Erhöhung der Ausgaben für Gefangenepflege), ebd., Nr. 2854, S. 3278; (Erhöhung der Entschädigungen an Gefangene und deren Angehörige usw.), ebd., Nr. 2855, S. 3278; (Fürsorge für die aus der Strafhaft Entlassenen durch den Staat), ebd., Nr. 2856, S. 3278; (Mittel zur Ungezieferbekämpfung), ebd., Nr. 2857, S. 3278; (Anstellung geeigneter Lehrkräfte in allen Strafanstalten), ebd., Nr. 2858, S. 3279; (Erhöhung der Zahl der Anstaltsärzte), ebd., Nr. 2859, S. 3279; (a) Beschäftigung der Gefangenen nach Wunsch und Fähigkeit, b) Festsetzung der Löhne und Arbeitsbedingungen nach den örtlichen Berufstarifen), ebd., Nr. 2860, S. 3279; (Feststellung der Erwerbsfähigkeit der Häftlinge), ebd., Nr. 2861, S. 3279; (1. Berechtigung der Gefangenen zum Lesen politischer Zeitungen usw., 2. Ausgestaltung der Gefängnisbibliotheken), ebd., Nr. 2862, S. 3279; (Neuregelung

Abg. **Hartmann** bespricht eine Beschwerde der Deutsch-Österreicher über Kosten und Schwierigkeiten bei der Einbürgerung.

Eine Kleine Anfrage soll eingebracht werden.⁶

Abg. **Höpker** [**Aschoff**] bespricht Differenzen mit der Reichstagsfraktion über die Jagdschutzordnung.

Eine gemeinsame Besprechung soll stattfinden.

319.

13. 6. 1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 187. Beginn und Ende: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Jansen.

Plenum: Zentralgenossenschaftskasse: Referent Abg. *Wiglow*.¹

des Gefangenentransportwesens), ebd., Nr. 2863, S. 3279; (Keine Verhaftung von Schwangeren), ebd., Nr. 2864, S. 3279; (Besuch des Ehegatten), ebd., Nr. 2865, S. 3279; (Aufhebung der Beschränkungen des Briefwechsels der Gefangenen), ebd., Nr. 2866, S. 3279; (Anrechnung der in einer Irrenanstalt verbüßten Zeit auf die Strafe), ebd., Nr. 2867, S. 3279; (Mitteilung der Gesetze, Gesetzesänderungen und Verordnungen hinsichtlich des Strafvollzugs an die Gefangenen), ebd., Nr. 2868, S. 3280; (Erwerbslosenfürsorge für die aus der Strafhaft Entlassenen), ebd., Nr. 2869, S. 3280; (Ausbildung des Aufsichtspersonals der Strafanstalten), ebd., Nr. 2870, S. 3281; (Wahl der Berufsrichter, Geschworenen und Schöffen aus den Reihen der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten), ebd., Nr. 2871, S. 3281; (Tagegelder für Schöffen und Geschworene), ebd., Nr. 2872, S. 3281; (Straffreiheit für aus Not begangene Eigentumsdelikte), ebd., Nr. 2873, S. 3281; (Straffreiheit für Verbrechen und Vergehen gegen den § 218 St.G.B.), ebd., Nr. 2874, S. 3281; (Asylrecht für politische Flüchtlinge), ebd., Nr. 2875, S. 3281; (Regelung der Auslieferung), ebd., Nr. 2876, S. 3281; (Berechtigung der Mitglieder des Landtags zum Besuch der preußischen Strafanstalten), ebd., Nr. 2877, S. 3281; (Straffreiheit für politische Straftaten zum Zweck der Befreiung der Arbeiterklasse), ebd., Nr. 2878, S. 3282.

⁶ Nicht nachgewiesen.

¹ Die zweite Beratung des Haushalts der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse für das Rechnungsjahr 1922, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 5, Nr. 2729 zu 1, S. 3177, fand in der 146. Sitzung am 13. Juni 1922 statt. Die Rede des Abg. *Wiglow*, in: ebd., Bd. 7, Sp. 10508–10511.

320.

14.6.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 187 f. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.15 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Schreiber.

Ministerium des Innern: Vertreter der Fraktion Abg. *Dominicus*, Dr. *Berndt*, *Barteld*.¹

Abg. *Dominicus*: Zur Frage der Städteordnung ist eine grundsätzliche Stellungnahme zur Zeit nicht notwendig. Am dringendsten ist die Regulierung der Kommunal Finanzen. Die Zentralisation müsse gemildert werden. Die Rechtsunsicherheit auf steuerlichem Gebiete ist groß. – Die inneren Verhältnisse der Schutzpolizei sind sehr unerfreulich: Ein starkes Abfliehen der Beamten in andere Berufe ist zu verzeichnen. Die Verbände der Schutzpolizei sind gegen den Streik. – Gegen die Besetzung des Rheinlands müsse protestiert werden. – Über Personalpolitik ist in der Kommission wenig gesprochen worden. – Zu den Vorkommnissen in Ostpreußen muß Stellung genommen werden. *Hindenburgs* Stellung zu Ostpreußen sei eine besondere.²

Abg. *Goll*: Dem Mißbrauch des Namens *Hindenburg* durch die Reaktion muß entgegengetreten werden. – In der Polizei werde in Personen- und Sachfragen nicht immer sparsam gewirtschaftet. – Die Magistratsverfassung sei kein Zweikammersystem.

Abg. Dr. *Höpker* [*Aschoff*] bespricht die Kleine Anfrage, in der der Oberpräsident *Siebr* angegriffen wird.³ – In Königsberg seien Differenzen zwischen den Anordnungen des Ministers des Innern und des Reichswehrministers unverkennbar. Der Mißbrauch der sogenannten vaterländischen Kundgebungen müsse gerügt werden.

Abg. *Barteld*: Den Anträgen des Hauptausschusses könne zugestimmt werden. Die im Dienst verletzten Polizeibeamten müssen nach dem Unfallfürsorgegesetz abgefunden werden. – Die Stellung in der Schutzpolizei sei unsicher. Das Polizeiversorgungsgesetz müsse deshalb schnell verabschiedet werden.⁴ Die früheren Armeeeoffiziere behandeln die Polizeibeamten nicht immer als Beamte. Die Armeeeoffiziere seien vielfach bevorzugt worden. Die Reviere müssen wiederhergestellt werden. Die Verbände müssen gleichmäßig behandelt werden. Für die Technische Nothilfe! – Die demokratischen Beamten müssen geschützt werden. – *Hindenburg* läßt sich für nationalistische Zwecke mißbrauchen. – In den Regimentsfeiern liegen Gefahren.

¹ Die zweite Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern für 1922, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 5, Nr. 2490, S. 2923–2928, fand in der 147. bis 151. Sitzung vom 14. bis 20. Juni 1922 statt. Die Reden der Abg. *Dominicus* und Dr. *Berndt* (Stettin) in der 149. Sitzung am 17. Juni 1922, in: ebd., Bd. 8, Sp. 10744–1757 und Sp. 10820–10830, 10912; die Reden des Abg. *Barteld* (Hannover) in der 150. und 151. Sitzung am 19. und 20. Juni 1922, in: ebd., Sp. 10876–10882, 10917 f., 10927 f., 10929, 10931 f., 10937 f.

² Anlässlich des Besuchs des ehemaligen Generalfeldmarschalls von *Hindenburg* hatte am 11. Juni 1922 in Königsberg/Ostpreußen eine Parade der Reichswehr stattgefunden. Dabei war es zu Zusammenstößen zwischen Reichswehrsoldaten und Demonstranten gekommen. Diese Vorkommnisse waren am 16. und 17. Juni 1922 auch Gegenstand der Beratungen des preußischen Landtags. Vgl. SCHULTHESS 1922, S. 71; ferner die Rede des Abg. *Dominicus* in der 149. Sitzung am 17. Juni 1922, in: SBpLT 1921/24, Bd. 8, Sp. 10744–10757, hier Sp. 10752 f.

³ Kleine Anfrage der Abg. Dr. *Preyer* und Genossen (DNVP) über die zur Unterstützung eines Parteiangehörigen vorgenommene Einmischung des Oberpräsidenten von Königsberg in eine innere Angelegenheit der Handwerkskammer in Elbing usw., in: ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 2786, S. 3220.

⁴ Der Entwurf eines Schutzpolizeibeamtengesetzes, ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 3132, S. 3641–3666, ging dem Landtag am 24. Juni 1922 zu.

Abg. **Preuß**: Die Frage der Städteverfassung jetzt anzuschneiden, ist kaum zweckmäßig. – Die Stellung *Hindenburgs* in Ostpreußen ist eine besondere. – Die nationalistische Gefahr ist nicht gering. – Auf die Beamtenfrage müsse eingegangen werden. Die politisch leitenden Stellen dürfen nicht in der Hand der Gegner sein. Fraktionsgünstlinge dürfen nicht bevorzugt werden. Kardinalfehler der Beamtenpolitik müssen von uns offen gerügt werden.

Abg. Dr. **Schreiber**: Es müsse nach der Novelle zum Gewerbesteuergesetz gefragt werden. – Die Schützenfeste sind keine Orgesch-Veranstaltungen. – Die Regimentsfeiern bringen große Gefahren. – Antrag *Scholem* Nr. 3001.⁵ Ein eigener Antrag müsse vorbereitet werden.⁶

Abg. **Westermann** tritt den Ausführungen [von] *Preuß* bei.

Abg. **Hartmann**: Die Reaktion mache sich in der Verwaltung breit. – In Zossen hat sich die Reichswehr an der nationalistischen Kundgebung beteiligt.⁷

Abg. **Nuschke** tritt den Ausführungen [von] *Hartmann* bei.

Abg. **Dominicus**: Innerhalb der Verwaltung fehle oft das gegenseitige Vertrauen.

321.

20.6.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 188 f. Beginn: keine Angaben. Ende: 11.20 Uhr. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Schreiber.

Zu der vom Ältestenrat vorgelegten Drucksache: für das Plenum reifer Anträge usw. – wird beschlossen, zur Drucksache [Nr.] 2943 das Wort anzumelden.¹

Plenum: Staatsministerium.²

Referent: Abg. **Fischbeck**. Es wird getrennt über »Ernährungsfragen« und allgemein politische Fragen verhandelt werden.³

⁵ Urantrag der Abg. *Scholem* und Genossen (KPD) über die Vorfälle bei Kundgebungen von *Hindenburg* in Ostpreußen usw., in: Nr. 3001, S. 3426.

⁶ Auf die Einbringung eines Antrages wurde verzichtet.

⁷ In Zossen sollen während einer monarchistischen Kundgebung am Sonntag, den 11. Juni 1922, jugendliche Gegendemonstranten von der Ortspolizei »zu Boden geschlagen, misshandelt und zum Teil verwundet« worden sein. Vgl. SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 5, Nr. 3001, S. 3426.

¹ Bericht des Ausschusses für Beamtenfragen über den Urantrag der Abg. Dr. von *Krause* und Genossen über eine Änderung in der Berechnung der Ausgleichszulagen für die Beamten (Nr. 724), in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 5, Nr. 2943, S. 3363–3366.

² Die zweite Beratung des Haushalts des Preußischen Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten für 1922, ebd., Nr. 2728, S. 3175 f., fand in der 151. bis 154. Sitzung vom 20. bis 23. Juni 1922 statt. Abschnitt I bezog sich auf Ernährungsfragen und die Abschnitte im Haushalt über den Staatskommissar für Volksernährung (Einnahme Kap. 25 d, dauernde Ausgaben Kap. 44 d, einmalige Ausgaben Kap. 13 Tit. 5), Abschnitt II auf allgemeine politische Fragen und den Haushalt des Staatsministeriums selbst mit Ausnahme der zu I bezeichneten Kapitel und Titel.

³ Vgl. auch die Reden der Abg. Dr. *Schreiber* (Halle) und Dr. *Gottschalk* (Gummersbach) in der 152. Sitzung am 21. Juni 1922 und des Abg. Dr. *Preuß* in der 153. Sitzung am 22. Juni 1922, in: ebd., Bd. 8, Sp. 11013–11025, 11088–11093, 11135–11144.

Abg. **Dominicus** referiert über die im Hauptausschuß gestellten Anträge.

Abg. **Preuß**: »Vertretung in München und Dresden.«⁴ Diese Vertretungen haben außen- und innenpolitische Bedenken.⁵

Die Ernährungsfrage wird auf morgen vertagt.

322.

21. 6. 1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 189 f. Beginn: keine Angaben. Ende: 11.35 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Ernährungsfrage.¹

Dr. **Schreiber** referiert. Referent bespricht die Fragen der Umlage², Kartoffel- und Zuckerversorgung, der Ausländer.

Abg. **Hartmann** tritt für die Umlage ein.

Abg. **Grund**: Für die Umlage. In der Landwirtschaft herrscht Kreditnot. Die Abgabe von Fremden bietet Schwierigkeiten.

Dominicus bespricht die Zuckerbewirtschaftung.

Abg. **Hoff**.³

Westermann: Getreideumlage ohne Anbauzwang zwecklos. Die Verbilligung des Brotpreises durch die Umlage (Nachweis). Freilassungsgrenze höchstens 20 Morgen. Preisbemessung für das Umlagegetreide. Zuckerverwirtschaftung.

Höpker Aschoff: Frage für uns politisch. Übereinstimmung mit der Reichstagsfraktion nötig. Freilassungsgrenze. Angemessener Preis. Zuckerverbrauch der verarbeitenden Industrie. Verzollung von Kakao. Likörherstellung.

Schreiber: Stelle fest, daß Fraktion einverstanden, daß ich sie vertrete.⁴ Über Ausländerbesteuerung. Kartoffelerzeugung und -verbrauch. Futtermittel und Kartoffelfütterung. Stellung zu den Anträgen: [Nr.] 3085⁵, 3086⁶ abgelehnt, 3087⁷ zustimmen, 3088⁸ ab-

⁴ Die kommunistischen Anträge Nr. 1 und 2 (Aufhebung der Vertretungen Preußens in München und Dresden) wurden am 9. und 10. Mai 1922 im Hauptausschuß beraten und abgelehnt. Vgl. ebd., Hauptausschuß, 130. und 131. Sitzung vom 9. und 10. Mai 1922.

⁵ Vgl. dazu auch die Rede des Abg. Dr. *Preuß* in der 153. Sitzung am 22. Juni 1922, in: ebd., Bd. 8, Sp. 11135–11144, hier Sp. 11140 f.

¹ Vgl. Dok. Nr. 321.

² Zum Umlageverfahren vgl. Dok. Nr. 300.

³ Ab hier anderer Protokollant.

⁴ Die Rede des Abg. Dr. *Schreiber* (Halle) in der 152. Sitzung am 21. Juni 1922, in: SBpLT 1921/24, Bd. 8, Sp. 11013–11025.

⁵ Entschließungsantrag der Abg. *Leid* und Genossen (USPD) zur zweiten Beratung des Haushalts des Preußischen Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten für 1922 (1. Erhöhung der durch die Umlage zu erfassenden Getreidemenge, 2. Einführung des Umlageverfahrens für die Kartoffel-, Zucker- und Milchversorgung), in: ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 3085, S. 3562.

⁶ Entschließungsantrag der Abg. *Leid* und Genossen (USPD) zur zweiten Beratung des Haushalts des

lehnen, 1578⁹ Stimme enthalten, weil überholt, 1674¹⁰ ([Nr.] 386 Teil 1 enthalten, Teil 2 und 3 zustimmen) Nr. 386 erledigt, [Nr.] 703¹¹ Kommission, [Nr.] 1547 Stimme enthalten (Teil 1), desgleichen Teil 2, Teil 3 (Härteparagraf) ebenso.¹² Nr. 2966 Abs. 1 ablehnen, Abs. 2 Ausschuß verweisen, sonst dagegen, Abs. 3 ablehnen.¹³ Nr. 2259 zugunsten von 3090 ablehnen.¹⁴

Preußischen Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten für 1922 (Erweiterung der Befugnisse der Preisprüfungsstellen), in: ebd., Nr. 3086, S. 3562.

⁷ Entschließungsantrag der Abg. *Leid* und Genossen (USPD) zur zweiten Beratung des Haushalts des Preußischen Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten für 1922 (Auflösung der ländlichen Arbeitsgemeinschaften), in: ebd., Nr. 3087, S. 3562.

⁸ Entschließungsantrag der Abg. *Leid* und Genossen (USPD) zur zweiten Beratung des Haushalts des Preußischen Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten für 1922 (Bekämpfung der Bestrebungen des Reichslandbundes), in: ebd., Nr. 3088, S. 3562.

⁹ Mündlicher Bericht des Ausschusses für die Landwirtschaft über den Urantrag der Abgeordneten *Schlange-Schönigen* und Genossen (DNVP) auf Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Getreides (Nr. 179), in: ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1578, S. 1679.

¹⁰ Mündlicher Bericht des Hauptausschusses über den Urantrag der Abg. *Ludwig* (Hagen) und Genossen (USPD) auf Versorgung der Kranken und Kinder mit Milch (Nr. 386), in: ebd., Nr. 1674, S. 1874. Der erste Teil des Ausschußantrags empfahl die Annahme des Antrags Nr. 386, nach dem die minderbemittelte Bevölkerung in die Lage gesetzt werden sollte, »Kranken und Kindern die unentbehrliche Milch zu erschwinglichen Preisen zuzuführen«. Der zweite Teil forderte, die vom Reich zum Zwecke der Verbilligung der Milch zur Verfügung gestellten Mittel für die Hebung der Milcherzeugung in den Abmelkwirtschaften und für die Verbilligung des Milchkleinhandelspreises in den notleidenden Gebieten zu verwenden. In Teil 3, gemeint ist der zweite Absatz des zweiten Teils des Antrags, wurde u. a. die Erweiterung der Milchversorgungsgebiete und die Förderung des Molkereiwesens gefordert.

¹¹ Urantrag des Abg. Dr. *Stemmler* und Genossen (Z), Roggen und Gerste in erster Linie für unterernährte Kinder, Schwangere usw. zur Verfügung zu stellen, in: ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 703, S. 753.

¹² Urantrag der Abg. *Held* und Genossen (DVP) über die Belieferung der Landwirte mit Kleie und Mais und über die Getreideumlage, in: ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1547, S. 1651. Nach dem ersten Teil des Antrags sollte angesichts der großen Futtermittelnot den Landwirten ein im Verhältnis zu der erfolgten Getreideablieferung stehendes Quantum Kleie zur Verfügung gestellt und die verfallenen Maisbezugsscheine wieder in Gültigkeit gesetzt werden. Nach dem zweiten Teil sollte denjenigen, die ihr Getreideumlagesoll nicht rechtzeitig zur Ablieferung bringen konnten, die Frist auf Antrag verlängert werden. Der dritte Teil forderte schließlich, daß denjenigen Getreideproduzenten, denen nach Ablieferung des Umlagesolls in der Ernährung ihrer Familie Schwierigkeiten erwachsen, eine entsprechende Ermäßigung gewährt werden sollte.

¹³ Urantrag der Abg. *Limbertz* (Essen) und Genossen (SPD) über das Umlageverfahren für Getreide, die Deckung des Kartoffelbedarfs und die Bewirtschaftung des Zuckers durch das Reich, in: ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 2966, S. 3388. Absatz 1 forderte die Erhöhung der Umlage für die Erfassung des Brotgetreides auf 4,5 Millionen Tonnen. Absatz 2 betraf die Kartoffelversorgung, die auf dem Weg privatrechtlicher Lieferungsverträge sichergestellt werden sollte. Der Preis der Kartoffeln sollte auf der Grundlage der Produktionskosten festgesetzt werden. Absatz 2 war der DDP zu unklar gefaßt. Vgl. die Rede des Abg. Dr. *Schreiber*, in: ebd., Bd. 8, Sp. 11013–11025, Sp. 11023. Im Absatz 3 des Antrags wurde die Wiedereinführung der Zwangsbewirtschaftung für Zucker gefordert.

¹⁴ Der Entschließungsantrag der Abg. Dr. von *Kries* (Potsdam) und Genossen (DNVP) zur zweiten Beratung des Haushalts des Staatsministeriums für 1922 (Verleihung von Kriegsauszeichnungen), ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 2259, S. 2616, ersuchte das Staatsministerium, die Gesuche um Verleihung von Kriegsauszeichnungen »restlos« der Erledigung zuzuführen. Der Entschließungsantrag der Abg. Dr. Dr. *Porsch* und Genossen (Z) zur zweiten Beratung des Haushalts des Preußischen Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten für 1922 (Verleihung des Eisernen Kreuzes), ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 3090, S. 3563, bat das Staatsministerium, die am 21. Dezember 1921 eingestellte Prüfung der Gesuche auf Verleihung des Eisernen Kreuzes unverzüglich wieder aufzunehmen und unter besonderer Berücksichtigung von Kriegsgefangenen und Auslandsdeutschen zu Ende zu führen.

[Nr.] 3089 zustimmen¹⁵, Anträge [Nr.] 78¹⁶ und 2789¹⁷ zustimmen.

Preuß: Rechtliche Lage des Staatsrats.

Gottschalk: Zur Schuldfrage. Legt gegenteilige Auffassung zu der gestrigen Ausführung von *Nuschke* dar. Artikel der »Kölnischen Zeitung«. ¹⁸

Nuschke: *Foerster* war ein Demokrat. ¹⁹ Mantelnote zum Versailler Vertrag. ²⁰ Warnt vor der Art der Agitation der Deutschnationalen (Alleinschuld der Entente). Zum *Fechenbach*-Prozeß. ²¹

Hartmann schlägt *Gottschalk* als Vertreter des besetzten Gebiets zum Redner vor.

Berndt: Für Nichterörterung, nur den vorliegenden Anträgen zustimmen.

Höpker Aschoff: *Berndt* erkennt die politische Wirkung. Wir müssen Stellung nehmen und zwar klar und entschieden nicht einerseits oder andererseits. *Dirrschen* Veröffentlichungen. ²² Was kann die Regierung tun? Einheitsfront.

¹⁵ Entschließungsantrag der Abg. Dr. Dr. *Porsch* und Genossen (Z) zur zweiten Beratung des Haushalts des Preußischen Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten für 1922 (Maßnahmen gegen neue Unruhen in Oberschlesien usw.), in: ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 3089, S. 3563.

¹⁶ Urantrag der Abg. *Graef* (Anklam) und Genossen (DNVP) über die Schuld am Weltkriege, in: ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 78, S. 95.

¹⁷ Große Anfrage Nr. 122 der Abg. *Winckler* und Genossen (DNVP) über die Schuld am Weltkriege (Veröffentlichungen *Eisers* aus den bayerischen Staatsarchiven), in: ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 2789, S. 3246.

¹⁸ Gemeint ist der Artikel »Reichsminister Dr. *Rathenau* über die Schuldfrage« in der KÖLNISCHEN ZEITUNG, 414, 14.6.1922. Der Artikel bezog sich auf eine Veranstaltung der »Deutschen Gesellschaft 1914« mit führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Anlaß des Erscheinens der ersten sechs Bände der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Dr. *Rathenau* gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Publikation helfen möge, »die ganze Wahrheit über die Genesis des Weltkrieges« zu enthüllen. H.i.O.

¹⁹ Friedrich Wilhelm *Foerster* (1869–1966), Pädagoge, Pazifist, Herausgeber der Wochenschrift »Die Menschheit«, 1901 Professor in Zürich, 1912 in Wien, 1914 in München, 1918–1919 bayerischer Gesandter in Bern. *Foerster* verzichtete 1920 nach scharfen Angriffen aus dem Kreis der Münchener Universität auf sein Lehramt; seitdem in Zürich, 1942 in New York, seit 1963 erneut in der Schweiz. Vgl. Maria HOSCHKE, Friedrich Wilhelm Foerster (1869–1966), mit besonderer Berücksichtigung seiner Beziehungen zu Österreich, Frankfurt a. M. 2002.

²⁰ Reichsgesetz, betreffend den Friedensschluß zwischen Deutschland und den alliierten und den assoziierten Mächten vom 16. Juli 1919 (RGBl. S. 687) mit Friedensvertrag (S. 688 ff.) und Rheinlandabkommen (S. 1336 ff.).

²¹ Felix *Fechenbach* (1894–1933), Journalist und Mitglied der USPD, war von November 1918 bis Februar 1919 Sekretär des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt *Eiser* (USPD). Wegen der Veröffentlichung eines Telegramms des bayerischen Gesandten am Vatikan Otto Frhr. Ritter zu *Groenestein*, das Deutschland in der Kriegsschuldfrage belastete, wurde er vom Volksgericht München am 20. Oktober 1922 wegen Landesverrats zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt. Ende 1924 wurde er wegen öffentlicher Proteste vorzeitig aus der Haft entlassen. Im Dezember 1926 hob das Reichsgericht das Urteil auf. Seit 1929 arbeitete er als Redakteur des sozialdemokratischen »Volksblatts« in Detmold, bis er 1933 von den Nationalsozialisten festgenommen und ermordet wurde. Vgl. FELIX FECHENBACH, 1894–1933. Journalist, Schriftsteller, Pazifist. Symposium zum 100. Geburtstag am 28. und 29. Januar 1994 in Detmold. Hrsg. v. Landesverband Lippe, Detmold 1994; Hermann SCHUELER, Auf der Flucht erschossen: Felix Fechenbach 1894–1933. Eine Biographie, Köln 1981.

²² BAYERISCHE DOKUMENTE ZUM KRIEGSAUSBRUCH UND ZUM VERSAILLER SCHULDSPRUCH. Im Auftrag des Bayerischen Landtages hrsg. vom Abg. Pius *Dirr*, München/Berlin 1922. – Pius *Dirr* (1875–1943), Dr. phil., seit 1899 im Archivdienst, seit 1919 im Vorstand des Münchner Stadtarchivs, 1912–1924 MdbayrLT, zunächst nationalliberal, seit 1919 in der DDP (Vorsitzender der Landtagsfraktion).

Schreiber: Fraktion für Rednerstellung. *Gottschalk* soll sprechen.²³ Über Staatsrat soll *Preuß.*

Preuß legt seinen Standpunkt, den er vertreten wird, dar.²⁴

Zu geschäftlichen Mitteilungen nimmt **Höpker Aschoff** das Wort.

Barteld: Vertretung im Gemeindeausschuß mangelhaft.

Otto: Grüße von *Cassel*; Dienstag interfraktioneller Ausschuß Ministerium *Boelitz*.²⁵

Barteld über Antrag zur Beamtenbesoldung.²⁶

323.

23. 6. 1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 190. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: Dönhoff. Vorsitz: Jansen.

Zunächst werden Beamtenfragen besprochen.¹ Schaffung von Aufrückungsstellen in den Provinzen.²

Kronabfindung:

Referent Dr. **Berndt**.

Die **Fraktion** hält an den früher aufgestellten Richtlinien fest.

²³ Die Rede des Abg. Dr. *Gottschalk* (Gummersbach) in der 152. Sitzung am 21. Juni 1922, in: SBpLT 1921/24, Bd. 8, Sp. 11088–11093.

²⁴ Die Rede des Abg. Dr. *Preuß* in der 153. Sitzung am 22. Juni 1922, in: ebd., Sp. 11135–11144.

²⁵ *Otto Boelitz* (1867–1951), Dr. phil., 1904 Oberlehrer Oberrealschule Bochum, 1905 Deutsches Realgymnasium Brüssel, 1909 Direktor der Deutschen militärberechtigten Realschule Barcelona, 1915 Direktor des staatlichen Gymnasiums Soest, kulturpolitischer Sprecher der DVP-Landtagsfraktion, November 1921–Januar 1925 preußischer Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 1919–1921 MdpLV (DVP), 1921–1932 MdpLT, nach 1945 Mitglied der CDU.

²⁶ Gemeint ist der Entschließungsantrag der Abg. *Barteld* (Hannover), *Müller* (Hannover), *Blank*, *Meyer* (Herford) und Genossen (DDP, SPD, Z, DVP) über die Erhöhung der den versetzten Beamten zu gewährenden Vergütung für die Führung eines doppelten Haushalts, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 6, Nr. 3107, S. 3589, der am 22. Juni 1922 eingebracht wurde.

¹ In der 154. Sitzung am 23. Juni 1922 wurde im Rahmen der zweiten Beratung des Haushalts des Finanzministeriums, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 4, Nr. 2035, S. 2385, unter Punkt 2 die Mitteilung des Finanzministers über Aufwandsentschädigungen der politischen Beamten, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 2997, S. 3418, Anlagen, Bd. 6, Nr. 3108, S. 3590, besprochen.

² Da die preußischen Beamten in ihren Aufstiegsmöglichkeiten mit den Reichsbeamten gleichgestellt werden sollten, legte die preußische Regierung die Änderungen zum Staatshaushalt für 1922, betr. die Aufstiegsmöglichkeiten der preußischen Beamten, ebd., Nr. 3224, S. 3796–3809, vor, die in der 163. Sitzung am 8. Juli 1922 nach den Ausschlußbeschlüssen, ebd., Nr. 3300, S. 3863, angenommen wurden.

324.

24.6.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 191 f. Beginn: 10.10 Uhr. Ende: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Oeser.

Geschäftliches:

Umbesetzung der Ausschüsse. Soll auf einer der nächsten Fraktionssitzungen erledigt werden.

Beschluß des interfraktionellen Ausschusses über Antragstellung mit anderen als Koalitionsparteien.

Dank der DDP-Hannover wegen unserer Stellung zum Großkraftwerk.¹

Unterstützung der demokratischen Zeitung durch Druckaufträge.

Tagesordnung:

Punkt 1 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Änderung des Gesetzes vom 10. Juni 1921 über das Dienstekommen der Gewerbe- und Handelslehrer und -lehrerinnen an den gewerblichen, kaufmännischen und hauswirtschaftlichen Berufsschulen (Pflichtfortbildungsschulen), SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 5, Nr. 3048, S. 3440–3442]: Ausschlußüberweisung.

Punkt 2 [Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts des Finanzministeriums für 1922, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 2035, S. 2385; in Verbindung damit I. die Beratung der Mitteilung des Finanzministers über Beihilfen für Kinder, für die wegen des Schulbesuches oder der Berufsausbildung außerhalb des Wohnortes der Eltern erhöhte Aufwendungen gemacht werden müssen, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 2893, S. 3292, und II. die Beratung der Mitteilung des Finanzministers über Aufwandsentschädigungen der politischen Beamten, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 2997, S. 3418]: schon besprochen.

Punkt 3 [Zweite Beratung des Haushalts des Preußischen Landtags, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 2995, S. 3415–3417, in Verbindung damit der Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über eine Änderung des § 66 der Geschäftsordnung vom 24. November 1921 (Beschränkung der Redezeit), ebd., Nr. 2906, S. 3298–3305]. Redner: Koll. Jansen.²

Punkt 4 [Dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Reisekosten und Aufwandsentschädigung für die Mitglieder und den Präsidenten des Staatsrats, ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 727, S. 831 f., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1873, S. 2096 f., Anlagen, Bd. 6, Nr. 3095, S. 3565–3575, Nr. 3111, S. 3591 f.].

Bericht erstattet: Koll. **Berndt** (Ausschußbeschlüsse).³

¹ Gemeint ist der Gesetzentwurf, betreffend den Bau eines Dampfkraftwerks bei Hannover und Gründung einer Aktiengesellschaft »Großkraftwerk Hannover«, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 4, Nr. 2404, S. 2795–2798, Anlagen, Bd. 5, Nr. 2691, S. 3119. Die zweite und dritte Beratung hatten in der 139., 142., 144. Sitzung am 19., 23. und 26. Mai 1922 stattgefunden. Eine nochmalige Beschlußfassung erfolgte in der 160. Sitzung am 5. Juli. Vgl. Dok. Nr. 311, 312, 314 und 315.

² Der Tagesordnungspunkt wurde in der 157. Sitzung am 28. Juni 1922 verhandelt. An der Diskussion nahm kein Vertreter der DDP das Wort.

³ Vgl. auch die Rede des Abg. Dr. **Berndt** (Stettin) in der 157. Sitzung am 28. Juni 1922, in: SBpLT 1921/24, Bd. 8, Sp. 11436–11438.

Falls Antrag der SPD erfolgt, die Tagesdiäten der Staatsratsmitglieder auf 1/15 der Diäten der Landtagsabgeordneten zu bemessen⁴, wollen wir zustimmen.⁵ Präsident oder Vorsitzender des Staatsrats?

Koll. **Oeser** schlägt vor, Antrag nach dieser Richtung hin zu stellen.

Koll. **Höpker Aschoff**: Zur politischen Kundgebung des Staatsrats. Interpellationsrecht des Staatsrats. Wünscht Erörterung der prinzipiellen Fragen.

Mit **Oeser** stimmt **Jansen** überein, wünscht selbständigen Antrag.

Koll. **Berndt**: Zur Aufwandsentschädigung des Vorsitzenden des Staatsrats.

Fraktion für 20000 M.⁶

Punkt 5 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Erhaltung des Baumbestandes und Erhaltung und Schaffung von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1510, S. 1624–1629, Anlagen, Bd. 5, Nr. 2908, S. 3307–3335 (Ausschußbericht), Nr. 3007, S. 3430, Nr. 3008, S. 3430, Nr. 3009, S. 3431; in Verbindung mit der zweiten Beratung, und zwar mit dem § 1 des Gesetzentwurfs, die Beratung des Urantrages der Abg. *Katz* und Genossen, betreffend den Schutz des Waldbestandes in der Umgebung von Berlin und von anderen Großstädten, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 2803, S. 3254]. *Höpker [Aschoff]* wird die Fraktion vertreten.⁷

Punkt 6/7 [P. 6: Zweite und dritte Beratung des Antrags der Abg. Dr. Dr. *Porsch*, D. Dr. von *Campe* und Genossen (Z, DVP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Ergänzung des Gesetzes über die Bereitstellung von Mitteln zur Aufbesserung des Dienst Einkommens der Geistlichen der evangelischen Landeskirchen vom 17. Dezember 1920, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 2368, S. 2732 f., Anlagen, Bd. 6, Nr. 3102, S. 3582–3584 (Ausschußantrag), Nr. 3110, S. 3590, Nr. 3124, S. 3622). P. 7: Zweite und dritte Beratung des Antrags der Abg. Dr. Dr. *Porsch*, D. Dr. von *Campe* und Genossen (Z, DVP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur weiteren Ergänzung des Gesetzes über die Bereitstellung von Mitteln zur Aufbesserung des Dienst Einkommens der katholischen Pfarrer vom 17. Dezember 1920, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 2369, S. 2733, Anlagen, Bd. 6,

⁴ Der am 26. Juni 1922 gestellte Änderungsantrag der Abg. *Limbertz* (Essen) und Genossen (SPD) zur dritten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Reisekosten und Aufwandsentschädigung für die Mitglieder und den Präsidenten des Staatsrats (Nr. 727, 3111), in: ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 3181, S. 3699, forderte, das Tagegeld der Staatsratsmitglieder auf den zwanzigsten Teil der den Landtagsmitgliedern jeweils für den Monat zustehenden Aufwandsentschädigung zu bemessen.

⁵ Am 28. Juni 1922 wurde daraufhin der Änderungsantrag der Abg. *Brust*, Dr. *Kalle*, *Fischbeck* und Genossen (Z, DVP, DDP) zur dritten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Reisekosten und Aufwandsentschädigung für die Mitglieder und den Präsidenten des Staatsrats (Nr. 727, 3111), ebd., Nr. 3197, S. 3711, gestellt, nach dem das Tagegeld der Staatsratsmitglieder den fünfzehnten Teil der monatlich den Abgeordneten zustehenden Aufwandsentschädigung ausmachen sollte. Das Gesetz sollte zudem rückwirkende Kraft haben, so daß den Staatsratsmitgliedern für die Zeit vom 1. Mai bis 30. November 1921 150 Mark und vom 1. Dezember 1921 bis zum 1. Juli 1922 250 Mark für den Tag gezahlt werden sollten. In dieser Form wurde der Gesetzentwurf auch schließlich angenommen.

⁶ Dem Präsidenten des Staatsrats, der nach der Regierungsvorlage, ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 727, S. 831 f., hier S. 831 (§ 4), nur eine jährliche Aufwandsentschädigung von 12000 Mark erhalten sollte, wurden im Verfassungsausschuß 20000 Mark zugebilligt. Vgl. die Zusammenstellung des Gesetzentwurfs, betreffend Reisekosten und Aufwandsentschädigung für die Mitglieder und den Präsidenten des Staatsrats (Nr. 727) – mit den Beschlüssen des Verfassungsausschusses (Nr. 3095) –, in: ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 3111, S. 3591 f., und die Zusammenstellung des Gesetzentwurfs mit den Beschlüssen des Landtags in der dritten Beratung, in: ebd., Nr. 3357, S. 3912 f., hier S. 3913.

⁷ Der Gesetzentwurf wurde in der 158. und 160. Sitzung am 3. und 5. Juli 1922 verhandelt und ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Nr. 3103, S. 3585–3587 (Ausschußantrag), Nr. 3110, S. 3590]. *Gottschalk* wird die Fraktion vertreten bzw. *Herrmann*.⁸

Punkt 8 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Bereitstellung von Staatsmitteln zur Urbarmachung von staatlichen Mooren, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 2286, S. 2654 f., Anlagen, Bd. 5, Nr. 2918, S. 3346–3348 (Ausschußbericht)]. *Westermann* oder *Schreiber*.⁹

Ausbau der Kunstakademie Düsseldorf.

Höpker Aschoff berichtet über die Verhandlungen im Hauptausschuß.

Jansen äußert sich hierzu. Begründet die Notwendigkeit der Bewilligung der erforderlichen Mittel.

Koll. **Oeser**: Über die Art des Vorgehens des Finanzministers (Ohne Landtag). Folgen. Präzedenzfall.¹⁰ Liegen Verpflichtungen des Staats vor? Verlangt Prüfung der Angelegenheit. Regierung soll Unterlagen beibringen.

Es äußern sich noch: **Hoff**, **Höpker Aschoff**, **Hartmann**, **Nuschke**, **Dönhoff**, **Gottschalk**.

Fraktionsstellung: Unterlagen, einwandfreie Erledigung (Etat), Prüfung, die Möglichkeit zustimmen zu können, offen lassen.

Höpker Aschoff: Mittel für Kinderklinik in Bonn.

Fraktion: In den Etat einsetzen; Ermächtigung, sofort die Mittel ausgeben zu können.

Verschiedenes: DDP Harburg. Besetzung des Regierungspräsidiums Lüneburg.¹¹

Jansen berichtet über die Verhandlungen der Koll. *Petersen* und *Erkelenz*¹² mit *Severing*.

Oeser zum Eingreifen der Reichstagskollegen.

Otto: Über die im interfraktionellen Ausschuß geäußerten Wünsche der DVP.

Nächste Sitzung: Dienstag.

⁸ Die beiden Tagesordnungspunkte wurden in der 158. und 160. Sitzung am 3. und 5. Juli 1922 in zweiter und dritter Lesung, in Verbindung mit dem Entschließungsantrag der Abg. *Koch* (Oeynhausener) und Genossen (DNVP) über Aufrückungsstellen in Gruppe 11 für die Geistlichen der evangelischen Landeskirchen und die katholischen Pfarrer, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 4, Nr. 2146, S. 2459, Anlagen, Bd. 6, Nr. 3104, S. 3588, verhandelt. Die Ausschlußanträge wurden angenommen. An der Diskussion beteiligte sich kein Vertreter der DDP.

⁹ Der Gesetzentwurf wurde in der 158. Sitzung am 3. Juli 1922 in zweiter und dritter Lesung ohne Aussprache angenommen.

¹⁰ In der 140. Sitzung des Hauptausschusses vom 21. Juni 1922 hatte der preußische Finanzminister Dr. von *Richter* mitgeteilt, daß der Ausbau der Düsseldorfer Kunstakademie einen Betrag von 30 Millionen Mark erforderlich mache. Es sei erwünscht, daß zur Fortsetzung der Bauarbeiten die Verwendung dieses Betrags das Einverständnis des Hauptausschusses fände. In der folgenden Sitzung am 26. Juni 1922 kritisierte Dr. *Höpker Aschoff* das Vorgehen des Ministers. Seine Partei lehne die Forderung zwar nicht grundsätzlich ab, doch könne sie eine derartige Summe in dieser unverbindlichen Form ohne eingehende sachliche Prüfung nicht bewilligen. Der Ausschuß genehmigte letztlich dem Finanzminister die geforderte Summe. Vgl. die Sitzungsprotokolle, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 32 h, Beiheft 1, Bd. 14.

¹¹ Das Regierungspräsidium Lüneburg, dem von 1917 bis 1922 Dr. Karl *Mauve* (parteilos) vorstand, war bis zur Ernennung von Hans *Krüger* (SPD) zum Regierungspräsidenten im Oktober 1923 unbesetzt. Vgl. STANG, S. 404.

¹² Anton *Erkelenz* (1878–1945), Schlosser, Sekretär der Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine in Düsseldorf seit 1902, seit 1907 bei der Hauptleitung in Berlin, 1923–1930 Herausgeber der »Hilfe«, November 1921–August 1929 Vorsitzender des Parteivorstands, Oktober 1929–Juli 1930 Stellvertreter der Vorsitzender des Parteiausschusses, 1919–1930 MdR (DDP), 1930 Übertritt zur SPD.

325.

26. 6. 1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 192 f. Beginn: 12.15 Uhr. Ende: 15.00 Uhr. Protokollführer: Grund. Vorsitz: Schreiber.

Zu Beginn der Sitzung gedachte der Vorsitzende Dr. **Schreiber** des ermordeten Reichsministers Dr. *Rathenau*.¹

Tagesordnung:

Plenum:

Zu Punkt 3 der Tagesordnung [Erste Beratung des auf Beschluß des Staatsrats vorgelegten Gesetzentwurfs, betr. die Außerkraftsetzung des Gesetzes, betr. Einführung einer Altersgrenze, vom 15. Dezember 1920, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 5, Nr. 3047, S. 3439] (Außerkraftsetzung des Gesetzes, betr. Altersgrenze) wird Dr. *Höpker Aschoff* als Redner bestimmt.²

Zu Punkt 5 der Tagesordnung [Zweite Beratung des Haushalts des Preußischen Landtags, ebd., Nr. 2995, S. 3415–3417, in Verbindung mit dem Bericht des § 66 der Geschäftsordnung vom 24. November 1921 (Beschränkung der Redezeit), ebd., Nr. 2906, S. 3298–3305] (Beschränkung der Redezeit): Als Redner wird *Nuschke* bestimmt.³

Punkt 6 der Tagesordnung [Dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Reisekosten und Aufwandsentschädigung für die Mitglieder und den Präsidenten des Staatsrats, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 2, Nr. 727, S. 831 f., Nr. 766, S. 879–881 (Bericht des Hauptausschusses), Anlagen, Bd. 3, Nr. 1865, Nr. 1865, 1866 und 1867, S. 2091 f., Anlagen, Bd. 6, Nr. 3095, S. 3565–3575 (Ausschußbeschlüsse), Nr. 3111, S. 3591 f. (Zusammenstellung des Gesetzentwurfs)] (Aufwandsentschädigung und Reisekosten der Staatsratsmitglieder):⁴ Redner Dr. **Berndt**.⁵

Zu Punkt 5 (Etat des Landtags) wird *Riedel* zum Redner bestimmt.

Die **Fraktion** tritt alsdann in eine Besprechung der politischen Lage ein, wie sie durch den Mord an Reichsminister *Rathenau* geschaffen ist.

Es sprechen hierzu Dr. **Schreiber**, Dr. **Preuß**, Dr. **Grund**, Dr. **Berndt**, **Goll**, **Hartmann**, **Fischbeck**, Frau **Dönhoff**, **Kochmann**.

Zu dem interfraktionellen Antrage, der im Zusammenhange mit diesem Gegenstande von Beginn der heutigen Plenarverhandlung verhandelt werden soll, wird Dr. *Schreiber* als Redner bestimmt.⁶

¹ Reichsaußenminister Walther *Rathenau* (DDP) wurde am 24. Juni 1922 in Berlin von Angehörigen der Organisation Consul erschossen. Vgl. DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 1922/I, S. 289 f.

² Die DDP vertrat der Abg. *Barteld* (Hannover), in: SBpLT 1921/24, Bd. 8, Sp. 11363–11366.

³ Die zweite Lesung fand in der 157. Sitzung am 28. Juni 1922 statt. Ein Vertreter der DDP meldete sich nicht zu Wort.

⁴ Die dritte Lesung fand in der 157. und 160. Sitzung am 28. Juni und 5. Juli 1922 statt.

⁵ Die Rede des Abg. Dr. *Berndt* (Stettin) in der 157. Sitzung am 28. Juni 1922, in: SBpLT 1921/24, Bd. 8, Sp. 11436–11438.

⁶ Der Urantrag der Abg. *Heilmann* (Berlin), Dr. Dr. *Porsch*, Dr. *Kalle*, Dr. *Schreiber* (Halle) und Genossen (SPD, Z, DVP, DDP), auf Ergreifung von Maßnahmen zur Sicherung des Staatsbestandes, ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 3182, S. 3699, wurde zusammen mit anderen Anträgen und Anfragen in der 156. Sitzung am 26. Juni 1922 verhandelt. Walther *Schreiber* forderte im Namen seiner Fraktion einen

Höpker Aschoff teilt als Ergebnis des Ältestenrats mit, daß Plenarsitzung um 4 beginnend soll mit einer Regierungserklärung.⁷

Nächste Sitzung 3 Uhr.

326.

4.7.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 193–195. Beginn: 9.45 Uhr. Ende: 11.35 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: keine Angaben.

1. Besichtigung von Landgewinnungs- und Küstenbefestigungsarbeiten 17. bis 21. [Juli].

Fraktion beauftragt Koll. *Schreiber* und *Hoff* mit der Vertretung.

2. Tagesordnung (Plenum).

Punkt 1 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Verwaltung von Helgoland, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 6, Nr. 3204, S. 3714–3716] und 2 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Ergänzung und Abänderung der Wahlvorschriften für die Provinzialräte, Bezirksausschüsse und andere Verwaltungsbeschluß- und -streitbehörden, ebd., Nr. 3206, S. 3776–3778] bereits erledigt.¹

Punkt 3 [Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts für das Rechnungsjahr 1922, und zwar Allgemeine Finanzverwaltung, ebd., Nr. 3112, S. 3593 f. (Ausschußantrag), Nr. 3230, S. 3813];²

Die Fraktion wird durch Koll. *Dominicus* vertreten. Gesprochen soll nur werden, falls die Notwendigkeit vorliegt.³ Zur Abstimmung: Vorliegt Abänderungsantrag *Barteld-H[annover]*, v. *Hoff – Herrmann*, sofern Zustimmung der Koalitionsparteien erreicht wird, sollen die Anträge zur 3. Beratung des Haushalts eingebracht werden.⁴

Koll. *Dominicus* zu Punkt 1 der Tagesordnung des Plenums. Instruktion unseres Vertreters im Ausschuß (Helgoland).

»rücksichtslosen Kampf gegen jedes politische Verbrechen, gegen jedes Verbrechen an der deutschen Republik, gleichviel auf welcher Seite der Verbrecher steht. (Sehr richtig! links) Es darf nicht sein, daß alle diejenigen, die in vorderster Reihe für die Republik und die Demokratie und damit im besonderen Maße für das Vaterland kämpfen, ständig am Rande des Grabes wandeln, wie das bisher der Fall war.« Ebd., Bd. 8, Sp. 11334–11342, hier Sp. 11339, H.i.O.

⁷ Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 26. Juni 1922, 12.40 bis 13.45 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 3.

¹ Die beiden Gesetzentwürfe wurden in der 159. Sitzung am 4. Juli 1922 ohne Aussprache dem Gemeindeausschuß überwiesen.

² Die zweite Lesung fand in der 159. Sitzung am 4. Juli 1922 statt.

³ Ein Vertreter der DDP meldete sich nicht zu Wort.

⁴ Änderungsantrag der Abg. *Bartels* (Berlin), *Kloft* (Essen), Dr. *Wiemer*, *Wiglow* und Genossen (SPD, Z, DVP, DDP) zur dritten Beratung des Haushalts des Finanzministeriums, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 6, Nr. 3245, S. 3838.

Zu Punkt 5 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Neuordnung der kommunalen Verfassung und Verwaltung in der Ostmark, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 4, Nr. 2299, S. 2662–2670, Anlagen, Bd. 6, Nr. 3115, S. 3612–3618 (Ausschußantrag)] vertritt die Fraktion Koll. *Berndt*.⁵ Wir haben uns für Ragnit entschieden. Mehrheit für Tilsit. Werden für Wiederherstellung der Regierungsvorlage stimmen oder [für] Anträge, die für Ragnit eintreten, uns erklären.⁶

Besprechung der Beschlüsse der Verfassungsausschusses.⁷

Berichterstatter: Koll. *Berndt*: Stellung nehmen zur Amnestie. Umfang derselben. Einsetzung einer Amnestiekommission. Änderung der Disziplingesetze (Unwürdigkeit). Dienstentlassung und Strafversetzung – von uns beantragt.

Beschlossen: Im Rückfalle Dienstentlassung (Zentrumsantrag).⁸ Besondere Disziplinarkammer. Zusammensetzung. 2 Kammergerichtsräte, die anderen werden vom Staatsministerium auf 1 Jahr berufen.⁹

Anträge:¹⁰ [Antrag der] USPD betrifft Verhältnisse der Studierenden an den Hochschulen.¹¹ [Anträge der] SPD: Schüler- und Lehrerbibliotheken betreffend¹², Lehrbü-

⁵ Die Rede des Abg. Dr. *Berndt* (Stettin) in der 159. Sitzung am 4. Juli 1922, in: ebd., Bd. 8, Sp. 11578–11580.

⁶ Nach der Vorlage sollte der Restkreis Tilsit mit dem Restkreis Ragnit zum Landkreis Tilsit-Ragnit vereinigt werden. Sitz des Landratsamtes sollte nach den Ausschlußbeschlüssen Tilsit sein. Ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 3115, S. 3612–3618, hier S. 3613 (§ 2). Der Änderungsantrag der Abg. *Dallmer* und Genossen (DNVP), ebd., Nr. 3228, S. 3811, trat für Ragnit ein.

⁷ Der mündliche Bericht des Verfassungsausschusses über die Uranträge der Abg. *Katz* und Genossen (KPD), *Heilmann* (Berlin), Dr. Dr. *Porsch*, Dr. *Kalle*, Dr. *Schreiber* (Halle) und Genossen (SPD, Z, DVP, DDP), *Leid* und Genossen (USPD), betreffend den Schutz der Republik, ebd., Nr. 3175 und 3176, S. 3696 f., Nr. 3182, S. 3699, Nr. 3184–3188, S. 3703–3705, Nr. 3232, S. 3814 (Ausschußbericht), wurde zusammen mit verschiedenen Anträgen in der 161., 162. und 164. Sitzung am 6., 7. und 11. Juli 1922 verhandelt. In Verbindung damit wurden in erster, zweiter und dritter Lesung die auf Antrag des Verfassungsausschusses angenommenen Gesetzentwürfe a) über die Gewährung von Straffreiheit, ebd., Nr. 3233, S. 3815, b) zur Änderung des Gesetzes, betreffend die Dienstvergehen der nichtrichterlichen Beamten, die Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand, vom 21. Juli 1852, ebd., Nr. 3234, S. 3815 f., und c) zur Änderung des Gesetzes, betreffend die Dienstvergehen der Richter und die unfreiwillige Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand, vom 7. Mai 1851, ebd., Nr. 3235, S. 3816, sowie der Antrag der Abg. *Heilmann* (Berlin), *Oeser* und Genossen (SPD, DDP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über Festigung der republikanischen Staatsform, ebd., Nr. 3274, S. 3854, verhandelt.

⁸ Vgl. Artikel 2 des Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Dienstvergehen der nichtrichterlichen Beamten, ebd., Nr. 3234, S. 3815 f., hier S. 3816, und Artikel 2 des Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Dienstvergehen der Richter, ebd., Nr. 3235, S. 3816.

⁹ Vgl. Artikel 5 des Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Dienstvergehen der nichtrichterlichen Beamten, ebd., Nr. 3234, S. 3815 f., hier S. 3816: »Der Disziplinarhof entscheidet in der Besetzung von 7 Mitgliedern, von denen 2 Richter des Kammergerichts sind.« Vgl. auch Artikel 3 des Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Dienstvergehen der Richter, ebd., Nr. 3235, S. 3816.

¹⁰ Gemeint sind die im Antrag des Verfassungsausschusses empfohlenen Entschlieûungen, in: ebd., Nr. 3232, S. 3814.

¹¹ Der Verfassungsausschuß forderte in seinem Antrag zu Punkt B 7 einen Gesetzentwurf, »durch den die Verhältnisse der Studierenden an den preußischen Hochschulen in republikanischem Geiste geregelt werden« sollten. Ebd.

¹² In Punkt B 4 forderte der Verfassungsausschuß, in den Schüler- und Lehrerbüchereien sämtlicher preußischer Schulen diejenigen Bücher zu entfernen, die mit der republikanischen Staatsform nicht vereinbar seien. Ebd.

cher betreffend¹³, Verbot von Verbänden betreffend¹⁴, Reichsflagge auf öffentlichen Gebäuden betreffend.¹⁵

Fischbeck: Zuerst die preußische Fahne, nur falls zwei Masten auch die Reichsflagge.

Dazu sprechen: **Barteld, Preuß, Schreiber** (Gesetz Nr. 4;¹⁶ zur Amnestiefrage), **Preuß** (zur Amnestie), **Dominicus** (Umschlag der Stimmung, führende, starke Politik der Mitte, wünscht Abstimmung in der Fraktion über Amnestierung der Eisenbahner; zum Disziplinargesetz (Begriff der Verächtlichmachung der Republik)).¹⁷

Berndt ergänzt: Anträge: Über Personalpolitik; Personalreferate; Ernennung von wichtigen Beamten in der Provinzialinstanz im Benehmen mit dem Ministerium;¹⁸ Erweiterung des Kreises der politischen Beamten, um ihre Zurdispositionsstellung zu erreichen;¹⁹ Kreisblätter;²⁰ 11. August allgemeiner Feiertag – Antrag gegen das Zentrum gefallen).

Gottschalk zur Kreisblatt- und Personalfrage.

Berndt zu den Einwendungen des Koll. *Dominicus*.

Dominicus beantragt, sofort die Stellung der DVP und des Zentrums zu den Anträgen festzustellen.

Wird abgelehnt.

Preuß: Über die Möglichkeit der Änderung des Amnestieantrages. Zum Disziplinargesetz. Stimmung in der Partei. Begriff der Verächtlichmachung muß bleiben. Über Einspruch des Staatsrats.

¹³ In Punkt B 5 forderte der Verfassungsausschuß, die die Monarchie oder die Hohenzollerndynastie verherrlichenden Schulbücher außer Gebrauch zu setzen. Ebd.

¹⁴ Diese Forderung fand keinen Eingang in den Antrag des Verfassungsausschusses.

¹⁵ Nach Punkt B 6 der Antrags des Verfassungsausschusses sollte jedes preußische Dienstgebäude eine Reichsfahne besitzen. Wenn nur ein Flaggenmast vorhanden war, sollte immer dann die Reichsfahne gehisst werden, wenn das Staatsministerium nicht besonders das Hissen der preußischen Fahne vorschrieb. SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 6, Nr. 3232, S. 3814.

¹⁶ Gemeint ist der Antrag der Abg. *Heilmann* (Berlin), *Oeser* und Genossen (SPD, DDP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über Festigung der republikanischen Staatsform, ebd., Nr. 3274, S. 3854. Danach sollte der Kreis der politischen Beamten um Ministerialdirigenten, Oberpräsidialräte, Oberregierungsräte bei den Regierungen als erste Vertreter der Regierungspräsidenten erweitert werden.

¹⁷ Nach Artikel 1 des Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Dienstvergehen der nicht-richterlichen Beamten verstieß ein Beamter gegen seine Amtspflichten, wenn er monarchistische und antirepublikanische Bestrebungen durch »Verleumdung, Beschimpfung oder Verächtlichmachung der Republik oder von Mitgliedern der im Amt befindlichen oder einer früheren republikanisch-parlamentarischen Regierung des Reichs oder eines Landes« unterstützte. Ebd., Nr. 3234, S. 3815 f., hier S. 3816. Vgl. auch Artikel 1 des Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Dienstvergehen der Richter, in: ebd., Nr. 3235, S. 3816.

¹⁸ In Punkt B 3 forderte der Verfassungsausschuß, daß die Personalreferate in allen Zweigen der Verwaltung und Justiz nur mit republikanisch zuverlässigen Beamten besetzt werden sollten. Für die Ernennung von Personalreferenten bei den Provinzialbehörden war die Bestätigung durch den zuständigen Minister erforderlich. Ebd.

¹⁹ Nach Punkt B 1 des Antrags des Verfassungsausschusses sollte der Kreis der politischen Beamten um Ministerialräte, Abteilungsdirigenten bei den Bezirksregierungen, Präsidenten der Landeskulturämter und Direktoren der Provinzialschulkollegien erweitert werden. Ebd.

²⁰ Nach Punkt B 8 des Antrags des Verfassungsausschusses sollte den Kreisblättern, die auf die Wiederherstellung der Monarchie oder gegen den Bestand der Republik gerichtete Bestrebungen unterstützten, die amtlichen Bekanntmachungen entzogen werden und an deren Stelle amtliche Publikationsorgane geschaffen werden. Ebd.

Fischbeck: Zur Amnestierung der Eisenbahner. Das Ministerium hätte längst auf dem Verwaltungswege eingreifen müssen. Wirkung und Durchführung der Disziplinarverordnungen.

Es sprechen noch: **Barteld, Westermann, Kimpel, Hoff, Hartmann.**

Schreiber: Feststellung: 1. Zu den Disziplinarbestimmungen: Fraktion einig. 2. Bei der Amnestie: Unsere Vertreter sollen bremsen, wo es möglich ist. Eisenbahnerstreik. Paragraph 3 a wird von der Fraktion abgelehnt (Abstimmung).²¹ 3. Zum angenommenen Antrag der USPD bessere Fassung, sonst ablehnen. Bei den Besprechungen im Plenum soll Koll. *Preuß* die Fraktion vertreten.²²

Koll. **Berndt:** Antrag bzw. Entwurf zur Oberschlesien-Autonomie des Zentrums und unsere Stellungnahme.

Dazu sprechen: **Fischbeck, Schreiber.**

Fraktion wird zustimmen, wenn alle Koalitionsparteien unterzeichnen. Sonst soll Zentrum allein unterzeichnen.²³

327.

5.7.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 196–198. Beginn: 10.15 Uhr. Ende: 11.55 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Oeser.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird eine Beileidskundgebung der DVP und der SPD bekanntgegeben.¹

Zuschrift von Marienwerder. Betrifft Demokratisierung.

Zuschrift der Ortsgruppe der Bezirksstadt Friedrichshain.

Zuschrift der demokratischen Mitglieder des Staatsrats, betrifft Diäten.

Tagesordnung des Plenums.

Punkt I [Nochmalige Beschlußfassung über den Gesetzentwurf, betreffend die weitere

²¹ Nach § 3 des Gesetzentwurfs über die Gewährung von Straffreiheit, ebd., Nr. 3233, S. 3815, sollte für Straftaten aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks vom Februar 1922 Amnestie gewährt werden. Am 7. Juli 1922 wurde dieser Paragraph in zweiter Lesung verworfen. Ebd., Bd. 8, Sp. 11783 f., 11861–11870. Ein Paragraph 3 a ist nicht nachgewiesen.

²² Die Rede des Abg. Dr. *Preuß* in der 161. Sitzung am 6. Juli 1922, in: ebd., Sp. 11708–11717.

²³ Vgl. den am 4. Juli 1922 eingebrachten Urantrag der Abg. *Beyer* (Oberschlesien), Dr. *Kalle*, Dr. *Schreiber* (Halle), *Scholich* (Breslau) und Genossen (Z, DVP, DDP, SPD) auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betr. die Regelung der Selbständigkeitsrechte der Provinz Oberschlesien, in: ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 3231, S. 3813 f. Nach dem Antrag sollten die Ober- und Regierungspräsidenten sowie die Vorsitzenden des Provinzialschulkollegiums und des Landeskulturamtes in Übereinstimmung mit dem Provinzialausschusse ernannt werden. Ferner sollte die Provinz Oberschlesien ermächtigt werden, Bestimmungen auf dem Gebiet des öffentlichen Schulrechts, über die Zulassung einer anderen Amtssprache neben der deutschen Sprache in gemischtsprachigen Landesteilen und über die Jugendpflege zu erlassen.

¹ Zur Ermordung *Rathenaus* vgl. Dok. Nr. 325.

Versorgung des Gebietes an der mittleren und unteren Weser mit elektrischem Strom, gegen den der Staatsrat Einspruch erhoben hat, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 6, Nr. 3172, S. 3692–3694]:² Kraftwerk Hannover. Koll. *Barteld* wird die Fraktion vertreten.³

Punkt II [Zweite Beratung des auf Beschluß des Staatsrats vorgelegten Gesetzentwurfs, betreffend die Außerkraftsetzung des Gesetzes, betreffend Einführung einer Altersgrenze, vom 15. Dezember 1920, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 3047, S. 3439]: erledigt.

Punkt III [Fortsetzung der dritten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Reisekosten- und Aufwandsentschädigung für die Mitglieder und den Präsidenten des Staatsrats, und zwar Abstimmung über die einzelnen Paragraphen und die Änderungsanträge sowie Schlußabstimmung, ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 727, S. 831 f., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1873, S. 2096 f., Anlagen, Bd. 6, Nr. 3095, S. 3565–3575 (Ausschußbericht), Nr. 3111, S. 3591 f. (Zusammenstellung des Gesetzentwurfs), Nr. 3181, S. 3699, Nr. 3196 und 3197, S. 3711, Nr. 3200, S. 3712].⁴ Wir werden bei den Beschlüssen (1/15) bleiben.

Koll. **Berndt** wird Herrn *Böß* auf seine Zuschrift antworten.

Punkt IV [Abstimmung über die zum Haushalt des Finanzministeriums gestellten Anträge usw., ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 2035, S. 2385 (Anträge des Hauptausschusses), Anlagen, Bd. 6, Nr. 3101, S. 3582, Nr. 3105–3107, S. 3588 f., Anlagen, Bd. 5, Nr. 2893, S. 3292, Nr. 2997, S. 3418, Anlagen, Bd. 6, Nr. 3108, S. 3590, Nr. 3128, S. 3624]: zurückgesetzt.

Punkt V [Fortsetzung der dritten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Erhaltung des Baumbestandes und Erhaltung und Schaffung von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit, und zwar Abstimmung über die einzelnen Paragraphen und Schlußabstimmung, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1510, S. 1624–1629, Anlagen, Bd. 5, Nr. 2908, S. 3307–3335 (Ausschußbericht), Anlagen, Bd. 6, Nr. 3223, S. 3794 f. (Zusammenstellung des Gesetzentwurfs)]: Koll. *Schreiber* wird die Abstimmung leiten.

Punkt VI [Fortsetzung der zweiten Beratung, und zwar Abstimmung über die einzelnen Artikel und die Änderungsanträge, sowie dritte Beratung der Gesetzentwürfe (Uranträge der Abg. Dr. Dr. *Porsch*, D. Dr. von *Campe* und Genossen (Z, DVP) a) zur Ergänzung des Gesetzes über die Bereitstellung von Mitteln zur Aufbesserung des Diensteinkommens der Geistlichen der evangelischen Landeskirchen vom 17. Dezember 1920, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 2368, S. 2732 f., Anlagen, Bd. 6, Nr. 3102, S. 3582–3584 (Ausschußantrag), Nr. 3110, S. 3590, Nr. 3124, S. 3622, b) zur weiteren Ergänzung des Gesetzes über die Bereitstellung von Mitteln zur Aufbesserung des Diensteinkommens der katholischen Pfarrer vom 17. Dezember 1920, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 2369, S. 2733, Anlagen, Bd. 6, Nr. 3103, S. 3585–3587 (Ausschußantrag), Nr. 3110, S. 3590. Nach Erledigung der beiden Gesetzentwürfe: Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abg. *Koch* (Oeynhaus) und Genossen (DNVP) über Aufrückungsstellen in Gruppe 11 für die Geistlichen der evangelischen Landeskirchen und die katholischen Pfarrer, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 2146, S. 2459, Anlagen, Bd. 6, Nr. 3104, S. 3588]: Koll. *Gottschalk* wird die Abstimmung leiten.

² Vgl. Dok. Nr. 324.

³ Die Rede des Abg. *Barteld* (Hannover) in der 160. Sitzung am 5. Juli 1922, in: SBpLT 1921/24, Bd. 8, Sp. 11598–11602.

⁴ Vgl. auch Dok. Nr. 324.

Antrag *Kaehler* (Nr. 3103) wird abgelehnt.⁵

Antrag [Nr.] 3128: desgleichen (Antrag *Bredt*).⁶

Punkt VII [Abstimmung über die Anträge des Hauptausschusses zu den bei der zweiten Beratung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1922 an den Hauptausschuß zurückverwiesenen oder überwiesenen Anträgen, ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 3113, S. 3595–3601, Nr. 3114, S. 3602–3611, Nr. 3201, S. 3712]: Wir werden den Anträgen Nr. 3113, 3114, 3201 zustimmen.

Punkt VIII [Abstimmung über die zum Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung gestellten Anträge, ebd., Nr. 3112, S. 3593 f. (Ausschußantrag), Nr. 3230, S. 3813]: ebenso.⁷

Punkt IX [Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Neuordnung der kommunalen Verfassung und Verwaltung in der Ostmark und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, ebd., Anlagen, Bd. 4, Nr. 2299, S. 2662–2670, Anlagen, Bd. 6, Nr. 3115, S. 3612–3618 (Ausschußantrag), Nr. 3221, S. 3793, Nr. 3228, S. 3811]: Koll. *Berndt* wird die Abstimmung leiten. Wir stimmen für Ragnit.⁸

Punkt X [Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Gehaltsverhältnisse der Beamten der Preußischen Staatsbank (Seehandlung) und der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, ebd., Nr. 3229, S. 3812]: zustimmen.

Punkt XI [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Erweiterung des Stadtkreises Barmen, ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 3131, S. 3631–3640, Nr. 3225, S. 3810 (Ausschußantrag)].⁹

Hierzu referiert Koll. **Gottschalk**.

Koll. **Dominicus** rät, im Plenum nicht mehr zur Sache zu sprechen. Abstimmung soll freigegeben werden. Für die Eingemeindung.

Desgleichen Koll. **Goll**.

Koll. **Gottschalk** schlägt vor, die Fraktion möge eine Erklärung abgeben.

Ähnlich Frau **Dönhoff**.

Die Abstimmung wird freigegeben.

Koll. **Fischbeck** gegen Eingemeindung.

Koll. **Schreiber** legt den Verlauf der Verhandlung klar.

Dazu sprechen noch: **Dominicus, Goll, Fischbeck, Frau Dönhoff, Oeser**.

⁵ Entschließungsantrag der Abg. Dr. Dr. *Kähler* (Greifswald) und Genossen (DNVP) zur Beratung der Mitteilung des Finanzministers über Aufwandsentschädigungen der politischen Beamten (Nr. 2997) (Bewilligung der Erhöhung der Aufwandsentschädigung auch für den Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats), in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 6, Nr. 3108, S. 3590.

⁶ Änderungsantrag der Abg. Dr. Dr. *Bredt, Hermann* (Neviges) und Genossen (Wirtschaftspartei, DVP) zu dem zur Beratung der Mitteilung des Finanzministers über Aufwandsentschädigungen der politischen Beamten (Nr. 2997) gestellten Entschließungsantrag Dr. Dr. *Kaehler* (Greifswald) und Genossen (DNVP) (Nr. 3108), in: ebd., Nr. 3128, S. 3624.

⁷ Vgl. auch Dok. Nr. 326.

⁸ Vgl. Dok. Nr. 326.

⁹ Vgl. Dok. Nr. 285.

Zur Sache soll im Plenum gesprochen werden. Ein Redner. Koll. *Gottschalk* wird für die Fraktion sprechen.¹⁰

[Punkt] XII [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Erhöhung des Grundkapitals und Neufestsetzung des Geschäftsjahres der Preußischen Staatsbank (Seehandlung), SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 5, Nr. 3000, S. 3420–3425, Anlagen, Bd. 6, Nr. 3226, S. 3810 (Ausschußbericht)]. Falls gesprochen werden muß, soll Koll. *Wiglow* die Fraktion vertreten.¹¹

[Punkt] XIII [Erste Beratung des Antrags der Abg. *Beyer* (Oberschlesien), Dr. *Kalle*, Dr. *Schreiber* (Halle), *Scholich* (Breslau) und Genossen (Z, DVP, DDP, SPD) auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betr. die Regelung der Selbständigkeitsrechte der Provinz Oberschlesien, ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 3231, S. 3813 f. In Verbindung damit: Erste Beratung des Urantrags der Abg. *Scholich* (Breslau), Dr. *Berndt* (Stettin), Dr. *Kalle* und Genossen (SPD, DDP, DVP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über eine vorläufige Regelung der Verwaltung in den zum ober-schlesischen Abstimmungsgebiet gehörigen Kommunalverbänden, ebd., Nr. 3247, S. 3838].¹²

Hierzu spricht Koll. *Dominicus*, äußert formale Bedenken.

Koll. *Berndt* hat sachliche Bedenken, wünscht, falls gesprochen wird, daß die Zustimmung kein Präjudiz bedeutet. Redaktionelle Änderung: Präsident des Provinzialschulkollegiums.¹³

[Die Punkte] XIV–XVIII [P. 14: Eingabenberichte des Ausschusses für Handel und Gewerbe, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 3002–3006, S. 3427–3429; P. 15: Eingabenberichte des Ausschusses für die Eingaben, ebd., Nr. 3049–3053, S. 3443–3445; P. 16: Eingabenberichte des Ausschusses für das Rechtswesen, ebd., Anlagen, Bd. 3, Nr. 1660, S. 1868 f., Anlagen, Bd. 6, Nr. 3133–3141, S. 3667–3672; P. 17: Eingabenberichte des Verfassungsausschusses, ebd., Nr. 3142–3145, S. 3672–3674; P. 18: Eingabenberichte des Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten, ebd., Nr. 3151–3159, S. 3677–3682]: erledigt.

[Punkt] IV nichts zu bemerken.

Im erweiterten Handels- und Gewerbeausschuß wird Koll. *Gottschalk* die Fraktion vertreten.

Koll. *Preuß* berichtet über die Verhandlungen des Verfassungsausschusses.¹⁴ Unsere Stellung zu § 3 wurde im Ausschuß bekanntgegeben.¹⁵ Das Zentrum und wir enthielten uns der Stimme. Der § 3 fand eine Mehrheit. Im interfraktionellen Ausschuß kam

¹⁰ Die Rede des Abg. Dr. *Gottschalk* (Gummersbach) in der 160. Sitzung am 5. Juli 1922, in: SBpLT 1921/24, Bd. 8, Sp. 11641 f.

¹¹ Ein Vertreter der DDP ergriff nicht mehr das Wort.

¹² Vgl. Dok. Nr. 326.

¹³ § 1 des von Zentrum, DVP, DDP und SPD beantragten Gesetzentwurfs über die Regelung der Selbständigkeitsrechte der Provinz Oberschlesien, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 6, Nr. 3231, S. 3813 f., lautete: »Die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und die Vorsitzenden des Provinzialschulkollegiums und des Landeskulturamtes sind in Übereinstimmung mit dem Provinzialausschusse zu ernennen.«

¹⁴ Vgl. Dok. Nr. 326.

¹⁵ Gemeint ist § 3 des Gesetzentwurfs über die Gewährung von Straffreiheit, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 6, Nr. 3233, S. 3815, nach dem für Straftaten aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks vom Februar 1922 Amnestie gewährt werden sollte. Vgl. Dok. Nr. 326.

[man] zu keiner endgültigen Stellungnahme. Zur Amnestie (Ausnahmebestimmungen).
Notwendig: Übereinstimmung mit der Amnestie im Reich.

Wie sichert man die Durchführung der Amnestie gegen die Erkenntnisse der Gerichte.
§ 5 im Einvernehmen mit dem Justiz-Ministerium.¹⁶

Hierzu sprechen: **Hartmann, Dominicus, Preuß, Oeser, Barteld, Fischbeck, Schreiber** (Wir stimmen gegen § 3. Dafür eine Resolution, die Begnadigungsrechte verlangt).

Preuß rechtfertigt die Haltung der Mitglieder unserer Fraktion im Verfassungsausschuß.

Oeser: Wir stimmen gegen § 3, wollen aber Resolutionen, in denen Nachprüfung der Urteile verlangt werden.

Schreiber: Verliest eine von ihm verfaßte Resolution.

Fraktion stimmt ihr zu.¹⁷

Koll. **Preuß** zu dem Disziplargesetz. Erläutert die Beschlüsse des Verfassungsausschusses.

Zur Debatte: **Schreiber**: für Streichung einiger Teile des § 1 (agitatorisch und demonstrativ);¹⁸ ferner **Preuß, Oeser, Nuschke, Berndt**.

Berndt zu Anträgen (zur Dispositionsstellung der höheren Beamten).¹⁹

Koll. **Hoff** aus dem Ältestenrat: die Geschäftslage hängt von dem eventuellen Einspruch der Deutschnationalen ab (Fristen). Morgen: 3. Lesung des Etats. Gesetz über den Schutz der Republik (eine Besprechung; Redezeit 1 Stunde) [...] ²⁰. (ohne Debatte), Altersgrenzengesetz wenn möglich, Sonnabend vertagen.²¹

Morgen vormittag, 1 Stunde vor Plenum, Fraktionssitzung.

¹⁶ § 5 a des Gesetzentwurfs über die Gewährung von Straffreiheit regelte die Einsetzung eines Ausschusses, den das Staatsministerium zur Mitwirkung bei der Ausführung des Gesetzes berufen sollte. Erachtete der Ausschuß die Voraussetzungen für Straffreiheit für gegeben, konnte das Staatsministerium auch gerichtlich anhängige Strafsachen niederschlagen. Vgl. SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 6, Nr. 3233, S. 3815.

¹⁷ Entschließungsantrag der Abg. *Oeser* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Gewährung von Straffreiheit (Nr. 3233) (Nachprüfung der aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks vom Februar 1922 anhängig gemachten Disziplinarverfahren), in: ebd., Nr. 3275, S. 3854.

¹⁸ Artikel 1 des Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Dienstvergehen der nichtrichterlichen Beamten bzw. Richter, ebd., Nr. 3234, S. 3815f., Nr. 3235, S. 3816, definierte den durch die Unterstützung und Förderung republikfeindlicher Bestrebungen erfüllten Tatbestand der Amtspflichtverletzung. So verstieß ein Beamter, der monarchistische oder antirepublikanische Bestrebungen »in der Öffentlichkeit demonstrativ oder agitatorisch« förderte, gegen die ihm durch sein Amt auferlegten Pflichten. Am 5. Juli 1922 brachte die Fraktion den Änderungsantrag der Abg. Dr. *Schreiber* (Halle) und Genossen zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes, betreffend die Dienstvergehen der nichtrichterlichen Beamten, die Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand, vom 21. Juli 1852 (Gesetzsamml. S. 465) (Nr. 3234), ebd., Nr. 3256, S. 3846, ein, nach dem die Worte »demonstrativ oder agitatorisch« ersetzt werden sollten durch »gehässig oder aufreizend«.

¹⁹ Am 6. Juli 1922 wurde der Urantrag der Abg. *Heilmann* (Berlin), *Oeser* und Genossen (SPD, DDP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über Festigung der republikanischen Staatsform, ebd., Nr. 3274, S. 3854, eingebracht, nach dem der Kreis der politischen Beamten um Ministerialdirigenten, Oberpräsidialräte, Oberregierungsräte bei den Regierungen als erste Vertreter der Regierungspräsidenten erweitert werden sollte. Vgl. Dok. Nr. 326. Vgl. auch den Entschließungsantrag der Abg. *König* (Swinemünde) und Genossen (SPD) vom 6. Juli 1922, ebd., Nr. 3291, S. 3860.

²⁰ Abkürzung unleserlich.

²¹ Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 5. Juli 1922, 10.10 bis 11.35 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 3.

328.

6.7.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 198. Beginn: 10.15 Uhr. Ende: 11.15 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Oeser.

Vor Eintritt in die Tagesordnung legt Koll. **Barteld** 2 Entwürfe zu Anträgen vor, betreffend Hissung der Reichsflagge auf Staatsgebäuden und Schulen am Jahrestage der Reichsverfassung. Ferner in allen Schulklassen eine Tafel mit bildlichen Darstellungen der Reichsflagge anzubringen.

Fraktion genehmigt die Anträge.¹

Koll. **Barteld** berichtet über die gestrige Sitzung des interfraktionellen Ausschusses (Ständiger Ausschuß).

Koll. **Otto** und **Hartmann** und als Stellvertreter Dr. **Berndt** werden für diesen Ausschuß gewählt.

Tagesordnung:

Koll. Dr. **Preuß** und Dr. **Berndt** berichten über ihre Stellungnahme zu den Disziplinargesetzen etc.² im Ausschuß und über ihre beabsichtigten Ausführungen im Plenum. Es sprechen hierzu Koll. **Dominicus**, **Fischbeck**, **Oeser**, **Grund**, **Barteld**, Dr. **Berndt**, **Dominicus**.

Zu Redner werden Dr. *Preuß* und Dr. *Berndt* bestimmt.³

Über das Gesetz für Oberschlesien⁴ berichtet Dr. **Berndt**; die vom Abg. *Goebel*⁵ vorgelegte EntschlieÙung⁶ wird verlesen, und von den Erklärungen des Herrn *Ulitzka*⁷

¹ EntschlieÙungsantrag der Abg. *Barteld* (Hannover) und Genossen (DDP) zur dritten Beratung des Haushalts des Preußischen Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten für 1922 (Beflagung aller staatlichen Gebäude und Schulen am Jahrestage der Reichsverfassung), in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 6, Nr. 3264, S. 3850; desgl. zur dritten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für 1922 (Anbringung einer Tafel mit bildlichen Darstellungen der Reichsflagge in allen Schulen Preußens), in: ebd., Nr. 3265, S. 3851.

² Vgl. Dok. Nr. 326 und 327.

³ Die Rede des Abg. Dr. *Preuß* in der 161. Sitzung am 6. Juli 1922, in: SBpLT 1921/24, Bd. 8, Sp. 11708–11717; der Abg. Dr. *Berndt* (Stettin) meldete sich in der 162. Sitzung am 7. Juli 1922, in: ebd., Sp. 11806, und in der 164. Sitzung am 11. Juli 1922, in: ebd., Sp. 11948, 11949, nur noch kurz zur Abstimmung zu Wort.

⁴ Vgl. Dok. Nr. 326 und 327. In der 162. Sitzung am 7. Juli fand die zweite, in der 164. Sitzung am 11. Juli 1922 die dritte Beratung des von Zentrum, DVP, DDP und SPD eingebrachten Uranspruchs über die Regelung der Selbständigkeitsrechte der Provinz Oberschlesien (Nr. 3231, 3303) und des von SPD, DVP und DDP gestellten Uranspruchs über eine vorläufige Regelung der Verwaltung in den zum ober-schlesischen Abstimmungsgebiet gehörigen Kommunalverbänden (Nr. 3247, 3304) statt. Die Uransprüche wurden angenommen.

⁵ Hermann *Goebel* (geb. 1873), Amtsgerichtsrat, Myslowitz (Oberschlesien), 1908–1918 MdpAH, 1919/21 MdpLV, 1921–1928 MdpLT (Z).

⁶ Vgl. die Rede des Abg. *Goebel* (Z) in der 164. Sitzung am 11. Juli 1922, in: SBpLT 1921/24, Bd. 8, Sp. 11952–11955.

⁷ Carl *Ulitzka* (1873–1953), katholischer Geistlicher, 1910 Stadtpfarrer der St. Nicolaus-Kirche Ratibor, 1919 Vorsitzender des Kreiswahlkomitees des Zentrums im Kreis Ratibor, Vorsitzender des Zentrums für Oberschlesien, Vorsitzender des Provinzialausschusses, 1922–1933 stellvertretender Landeshauptmann für Schlesien, Ehrendomherr der Kathedrale Breslau und Päpstlicher Hausprälat, Mitglied des

und *Ehrhardt*⁸, M.d.R., im Ausschuß wird Kenntnis genommen.⁹ Es sprechen hierzu Koll. *Oeser*, Dr. *Berndt*, *Barteld*.

329.

7.7.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 199. Beginn: 10.00 Uhr. Ende: 11.10 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: *Oeser*.

Der Vorsitzende berichtet über die gestrige Sitzung des Ältestenrats.¹

Für den Verkehrsbeirat im Handelsministerium wird Koll. *Oeser*, als Stellvertreter Koll. *Fischbeck* gewählt.

Für den Ausschuß Groß-Hamburg² wird Koll. *Hoff* bestimmt.

Koll. *Dominicus* macht weiter Mitteilungen aus dem Ältestenrat, betreffend Geschäftslage des Hauses.

Tagesordnung:

Anträge für Plenum.³

Hierzu berichtet Koll. Dr. *Berndt*.

Es sprechen dazu Koll. *Oeser*, *Dominicus*, *Otto*, *Grund*, *Westermann*.

Als eventueller Redner wird Koll. *Oeser* bestimmt.⁴

Provinziallandtags, 1919/20 MdNatVers, 1920–1933 MdR, am 9. März 1933 von SA-Leuten mißhandelt und in »Schutzhaft« genommen, 1944 erneut verhaftet und in ein KZ gebracht.

⁸ Franz *Ehrhardt* (geb. 1880), Maurer, Gewerkschaftssekretär des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter, Landesrat in Ratibor, 1919–1933 MdR (Z).

⁹ Der obererschlesische Ratrumsabgeordnete Carl *Ullitzka* (Z), der sich bisher für ein von Preußen unabhängiges »Reichsland Oberschlesien« ausgesprochen hatte, revidierte im Juli 1922 seinen Standpunkt und erklärte seine Zustimmung zu dem Gesetzentwurf über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinz Oberschlesien. Vgl. auch die Sitzung des Verfassungsausschusses vom 5. Juli 1922, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D IV d, Nr. 11b adh.1, Bd. 1. Ferner HITZE, S. 547–550.

¹ Gegenstand der Sitzung des Ältestenrats am 6. Juli 1922, 17.45 bis 19.05 Uhr, waren die tumultuari-schen Szenen im Landtag, die zur gewaltsamen Entfernung eines Redners von der Rednertribüne und der anschließenden Vertagung der Landtagssitzung geführt hatten. Landtagspräsident *Leinert* betonte, daß er sich zwar alle Mühe gebe, »unparteiisch sein Amt auszuüben«. Er »werde aber trotzdem von einer Partei immer wieder in der schimpflichsten Weise angegriffen, so daß es keine Ehre mehr sei, den Vorsitz zu führen.« Der Ältestenrat beschloß zudem die Dauer der Sommervertagung. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 3.

² In der 84. Sitzung am 15. Dezember 1921 wurde auf Antrag des Hauptausschusses ein 21er Ausschuß zur Beratung des Staatsministeriums in den Angelegenheiten, betreffend Schaffung eines Groß-Hamburg eingesetzt. Zu den Verhandlungen zwischen Hamburg und Preußen über eine Vergrößerung des Hamburger Hafengebiets vgl. SCHULTHESS 1922, S. 82f.

³ Gemeint ist die Besprechung der Republikschutzgesetze. Vgl. Dok. Nr. 326–328.

⁴ Der Abg. *Oeser* ergriff in der 162. Sitzung am 7. Juli 1922 nicht mehr das Wort.

Es wird beschlossen, auf Anregung von Frau *Dönhoff* die Kandidatur von Dr. *Schloßmann* für die Stelle eines Ministerialdirektors im Ministerium für Volkswohlfahrt zu unterstützen.⁵

Für den Unterausschuß, betreffend Frage der Klein- und Sozialrentner⁶, wird Koll. *Gottschalk* bestimmt.

Dr. **Grund** beantragt, daß in den Antrag Nr. 3291⁷ eingefügt wird »zur Zeit lebenden« hinter den Worten »Königs oder von«.

Dieser Antrag wird mit 7 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Zur Frage Auseinandersetzung mit der Krone (Antrag *Schücking*) berichtet Dr. **Berndt**.⁸ Dazu sprechen Koll. Dr. **Preuß**, **Fischbeck**.

Fraktion stimmt zu.

330.

27. 9. 1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 200–203. Beginn: keine Angaben. Ende: 10.35 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Oeser.

[Der] Vorsitzende Abg. **Oeser** begrüßt die Fraktion nach den Ferien.

Abg. **Höpker Aschoff** berichtet aus dem Ältestenrat¹, ebenso Abg. **Wiglow**.

Minister Dr. **Wendorff** bittet, die Frage eines amtlichen Pressedienstes² in der Fraktion zu erörtern.

⁵ Bei der Neubesetzung der Ministerialdirektorenposten im Ministerium für Volkswohlfahrt im Jahr 1922 kam *Schloßmann* nicht zum Zuge.

⁶ In der 144. Sitzung des Hauptausschusses am 6. Juli 1922 wurde bei der Beratung der Uranträge der Abg. D. Dr. von *Campe* und Genossen (DVP), der Abg. *Winckler* und Genossen (DNVP), der Abg. Frau Dr. *Lauer* und Genossen (Z), der Abg. *Limbertz* (Essen) und Genossen (SPD), betreffend die Unterstützung von Sozial- und Kleinrentnern, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 5, Nr. 2472, S. 2867, Nr. 2530 und 2531, S. 2955–2957 (Anträge der DNVP), Nr. 2568 und 2569, S. 2987 (Anträge des Zentrums), Nr. 2577 und 2578, S. 2992 f. (Anträge der SPD), beschlossen, einen Unterausschuß zur weiteren Beratung dieser Frage einzusetzen, in den jede Fraktion ein Mitglied entsenden sollte. Der Bericht des Unterausschusses lag dem Hauptausschuß in der folgenden Sitzung am 8. Juli 1922 vor. Vgl. die Sitzungsprotokolle, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 32 h, Beiheft 1, Bd. 14.

⁷ Entschließungsantrag der Abg. *König* (Swinemünde) und Genossen (SPD) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes, betr. die Dienstvergehen der nichtrichterlichen Beamten, die Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand, vom 21. Juli 1852 (Nr. 3234) (1. Entfernung der Bilder oder Büsten des letzten Königs aus allen Schul- und Diensträumen, 2. Durchführung des Disziplinarverfahrens im Falle der Nichtbefolgung dieser Anordnung gegen den verantwortlichen Beamten), in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 6, Nr. 3291, S. 3860. Abschnitt I des Antrags forderte, »daß aus allen Schul- und Diensträumen Bilder oder Büsten des letzten Königs oder von Mitgliedern seiner Familie sofort entfernt werden« sollten. H.i.O.

⁸ Zu den Vermögensauseinandersetzungen mit dem Haus Hohenzollern vgl. Dok. Nr. 192, Anm. 10.

¹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats vom 27. September 1922, 14.05 bis 15.28 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 3.

² Die 1919 ins Leben gerufene Pressestelle des preußischen Staatsministeriums unter Hans *Goslar* war für die Herausgabe des seit 1928 täglich erscheinenden »Amtlichen Preußischen Pressedienstes« verantwortlich. Vgl. SCHULZE, Braun, S. 382 f.

Interpellationen.³

Abg. **Goll** und **Riedel** wünschen mehr Aktivität der Regierung. Die Presse treibt eine gefährliche Agitation, der die Regierung nicht genügend entgegentritt.

Riedel: Die Politik der freien Gewerkschaften in dieser Frage sei unehrlich. – Der Minister Dr. **Wendorff** müsse zunächst Aufklärung über die Absichten der Regierung geben.

Minister Dr. **Wendorff**: Die Aufklärung in der Öffentlichkeit sei mangelhaft. Die Entwicklung sei eine zwangsläufige. Auf die Einbringung der Getreideumlage⁴ werde mit allen Mitteln hingearbeitet. Die Ernte sei um 20–30% schlechter; die Ernte spät. – Die Ablieferung sei sehr mangelhaft. Die Preisfrage werde im Reichstag erledigt. – Die Zuckerversorgung solle durch ein Zwangssyndikat geregelt werden. Kundenlisten sollen angelegt werden. Bezüglich der Kartoffelversorgung liegen die Dinge günstiger als im vorigen Jahre. Rechtzeitige Wagengestellung ist notwendig. Lieferungsverträge. Aus Polen werden Kartoffeln gegen Kali eingeführt. – Sehr ungünstig liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete der Fleisch-, Milch- und Fettversorgung. Einfuhr von Gefrierfleisch scheitert an der Valuta. – Gegen das Butterauktionswesen müsse eingeschritten werden. Die Butterpreise werden durch ausländische Fette beeinflusst. Infolge der schlechten Futtermittelernte sei die Milchversorgung schlecht.

Abg. **Nuschke**: Die inneren Preise richten sich nach dem Dollarpriese. Das sei unbillig. – Man hat bei uns auf eine Entwertung der Mark hingearbeitet. Es hätte möglich sein müssen, den Devisenhandel zu beschränken. Der Dollar steht heute in Berlin 200 als in New York [sic]. – Das Bankgeheimnis müsse wiederhergestellt werden. – Die großen Verträge (*Stinnes-Lubersac*)⁵ haben eine bedenkliche Folge. Die Baumaterialien werden schwindelhaft [sic] steigen. Die Regierung müsse einen Teil der Baustoffe für das Inland festlegen. – Der kleine Kaufmann sei in einer schwierigen Lage. Die Ein-

³ In der 165. Sitzung am 27. September 1922 lagen mehrere Große Anfragen vor: die Große Anfrage der Abg. *Limbertz* (Essen) und Genossen (SPD) über die Lebensmittelverteuerung, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 6, Nr. 3460, S. 4144; die Große Anfrage der Abg. *Limbertz* (Essen) und Genossen (SPD) über die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze, in: ebd., Anlagen, Bd. 7, Nr. 3585, S. 4276; die Große Anfrage der Abg. *Limbertz* (Essen) und Genossen (SPD) über die Wohnungsnot, in: ebd., Nr. 3586, S. 4276; die Große Anfrage der Abg. Dr. *Meyer* (Ostpreußen) und Genossen (KPD) über das Verbot der Zeitung »Die Rote Fahne«, in: ebd., Nr. 3429, S. 4040; die Große Anfrage der Abg. *Sobotka* und Genossen (KPD) über das Verbot der »Westfälischen Arbeiter-Zeitung«, in: ebd., Nr. 3430, S. 4041. Vgl. auch ebd., Bd. 9, Sp. 11989. Ferner wurden zwischen dem 25. und 27. September 1922 mehrere Kleine Anfragen eingebracht: der Abg. *Wormit* und Genossen (DNVP) über eine Nachprüfung der Getreideumlage für Ostpreußen, in: ebd., Anlagen, Bd. 7, Nr. 3579, S. 4274; der Abg. Dr. von *Dryander* und Genossen (DNVP) über die Verpachtung der in der Bürgermeisterei Griethausen gelegenen fiskalischen Rheinweiden an ein Konsortium von Viehhändlern, in: ebd., Nr. 3580, S. 4274; der Abg. *Hartwig* und Genossen (SPD) über den Verkauf der zu Siedlungszwecken bestimmten Domäne Gersdien durch die Pommersche Landgesellschaft, in: ebd., Nr. 3581, S. 4274f.; der Abg. Dr. *Steffens* und Genossen (DVP) über das Aufkäuferunwesen in Ostpreußen, in: ebd., Nr. 3582, S. 4275; der Abg. Graf zu *Stolberg-Wernigerode* und Genossen (DVP) über die Propaganda für eine Angliederung des Memelgebietes an Litauen, in: ebd., Nr. 3583, S. 4275.

⁴ Vgl. Dok. Nr. 300.

⁵ Das *Stinnes-Lubersac*-Abkommen vom 30. August bzw. 4. September 1922 war ein Abkommen über umfangreiche Sachlieferungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Nach dem Abkommen, von dem weder Regierung noch Parteien zuvor informiert worden waren, sollten vor allem Baumaterialien nach Frankreich geliefert werden. Die getätigten Leistungen sollten auf das Reparationskonto angerechnet werden. Text: URSACHEN UND FOLGEN, Bd. 4, Nr. 987, S. 411–414. – Guy Jean *Marquis de Lubersac* (1878–1932), französischer Industrieller, Präsident der Vereinigung der französischen Wiederaufbauverbände.

standspreise dürften nicht berücksichtigt werden. – Schwere Unterlassungsfehler sind begangen.

Abg. **Jansen**: Gegen die Kundenliste. – Die Länder sollen beteiligt werden.

Abg. **Oeser**: Ich bemühe mich, Verständnis für die Wirtschaftspolitik zu gewinnen. Bin ratlos. Die Zügel schleifen am Boden. Die Interpellationen beweisen, daß die Parteien der Regierung über den Kopf gewachsen sind. – Der Kampf geht um die Substanz. – Der *Stinnes-Lubersac* powert das Volk aus. – Die Reichsregierung hat auf die Kohlenproduktion nicht genügend hingewirkt, wie 1919. – Selbst Reichseisenbahn führt englische Kohle ein. – Hier fehlt die Führung. – Die Einfuhr von Kartoffeln aus Polen ist vernünftig. – Die autonome Reichsbank sperrt auch alle vernünftigen Kredite. Das ist unvernünftig. – *Nuschkes* Kritik an dem *Stinnes-Lubersac* [Abkommen]. – Wiederbeschaffungspreis muß berücksichtigt werden. – Die Koalition versagt in einer weit-schauenden Wirtschaftspolitik.

Hoff bespricht die Ernährungsfrage.

Dr. **Höpker Aschoff**: Die englische Kohle war für die Eisenbahn notwendig. – Die Überschichten werden durch Kommunisten sabotiert. – Gegen Zuckervergeudung und Alkohol muß eingeschritten werden. – Verschwendung der jugendlichen Arbeiter muß beseitigt werden, durch Soziallohn. – Baumaterial muß trotz *Lubersac* zur Verfügung gestellt werden.

Dr. **Berndt**: Die Preise sind über das notwendige Maß gestiegen. Das Bankgeheimnis hat auch Vorzüge. Volle Einstandspreise sind nicht berechtigt. Wucher wird getrieben. Der Wucher muß bekämpft werden. Die Wucherer sitzen weniger im Handel als bei den Urproduzenten.

Westermann: Was eingetreten ist, habe er vorausgesagt. Die Erfüllungspolitik ist die Ursache. – Die Produktion muß gehoben werden. Die Arbeitswilligen müssen geschützt werden. – Es genügt, das 2. und 3. [...]⁶ genügend zu erhöhen statt für das 1. Drittel nachzuzahlen.

Staatsratsmitglied Oberbürgermeister **Böß**: Über Wucher wird viel geredet. In der Praxis sieht es anders aus. – Die Unruhe macht die Presse. Es wird zuviel auf die Landwirtschaft gescholten. Die Gegensätze zwischen Stadt und Land müßten gemildert werden. – Die Frage der Melioration muß herangezogen werden. Es ist bis jetzt wenig getan. – Die Kinderspeisungen müssen beibehalten werden. Die Gefahr der Einschränkung ist vorhanden. Das Reich muß größere Mittel geben. – Die Milchversorgung ist erbärmlich. In der Schweiz und Amerika ist Überschuß. Einfuhr? Irrenhäuser sind voll. Schnaps muß eingeschränkt werden. Die Löhne der Jugendlichen sind zu hoch. Das Reich muß vorgehen.

Abg. **Riedel**: Der Vorsitzende hat die Dinge beim rechten Namen genannt (Robert *Schmidt*⁷). Die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokraten ist verhängnisvoll. – Die Lohnpolitik ist die Quelle allen Übels. Jugendliche und Ungelernte gegenüber dem gelernten Arbeiter. Bei Soziallohn muß man vorsichtig [sein]. – Die Schwerindustrie geht

⁶ Abkürzung unleserlich.

⁷ Robert *Schmidt* (1864–1943), Klavierbauer, Redakteur und sozialdemokratischer Politiker, Oktober 1918 Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt, Februar 1919 bis März 1920 Reichsernährungs- und Reichswirtschaftsminister, Februar bis September 1919 preußischer Staatskommissar für Volksernährung, Mai 1921 bis November 1922 Reichswirtschaftsminister, August bis Oktober 1923 Vizekanzler und Reichsminister für Wiederaufbau, Dezember 1929 bis März 1930 Reichswirtschaftsminister, 1893–1898, 1903–1918 MdR, 1919/20 MdNatVers, 1920–1933 MdR.

in den Löhnen voran. – Kohlen- und Eisenpreiserhöhung belasten die Familie durchschnittlich mit 6000 M. – Die Deutschnationalen geben billige Lebensmittel gegen Mitgliedskarte.⁸

Abg. **Goll**: Wir müssen die Dinge darlegen, wie sie sind. – Jeder treibt rücksichtslose egoistische Politik. – *Stinnes* und Dr. *Hugo*⁹ setzten Löhne höher, als [sie] gefordert wurden, erhöhten dafür die Kohlenpreise [um] 1000 M.

Abg. **Fischbeck** ist mit dem Gang der Debatte einverstanden. In der Kohlenfrage haben die Gewerkschaften schuld. – Die Regierung konnte sich nicht durchsetzen. – Die Überschichten haben bis jetzt nichts erbracht. Jugendliche machen nicht mit. – Die Nivellierung geht zu weit. – Der Fehler der Preisbildung liegt bei den Fabrikanten, die doppelt und dreifach aufschlagen. – *Stinnes-Lubersac* ist die Konsequenz der *Rathen-auschen* Pläne. – Die Wohnungsfrage ist durch *Stegerwald* heillos verfahren. Die Mieten hätten mitsteigen müssen. – Ohne große Krise kommen wir nicht zur Gesundung. – Zwangswirtschaft ist nicht durchführbar.

Staatsratmitglied **Fegter**: Umlage war notwendig. Die Preisfestsetzung war falsch. – Die Produktionskosten der Landwirtschaft sind riesig gestiegen.

331.

28.9.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 203 f. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Entschuldigt: Frau *Dönhoff*.

Vors. Dr. **Schreiber**: Der Vorsitzende legt die Entwürfe einer Großen Anfrage vor.¹

Abg. **Goll**: In den Entwürfen darf nicht das völlige Verbot des Schnapses gefordert werden.

Abg. Dr. **Gottschalk** empfiehlt Vorsicht in der Alkohol- und Mietsfrage.

⁸ Vgl. dazu auch *LIEBE*, S. 34; zur Entwicklung der DNVP im Jahre 1922, ebd., S. 61–73.

⁹ *Otto Hugo* (1878–1942), Erster Syndikus der Industrie- und Handelskammer Bochum, 1919/20 MdNatVers, 1920–1933 MdR (DVP).

¹ Große Anfrage der Abg. *Oeser* und Genossen (DDP) über Maßnahmen gegen die unaufhörliche Verteuerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 7, Nr. 3605, S. 4283. In ihrer Großen Anfrage ersuchte die DDP das Staatsministerium, zusammen mit der Reichsregierung den wirtschaftlichen Verwerfungen durch außerordentliche Maßnahmen entgegenzuwirken. So sollte die Verschleuderung des Nationalvermögens an das Ausland verhindert, der Devisenspekulation wirksamer begegnet, der Schnapsgenuß durch Verminderung der Schankstätten und Verschärfung der Bestimmungen über die Erteilung der Konzessionen und der Nachprüfung der nach dem Kriege erteilten Konzessionen eingedämmt werden. Schul- und Volksspeisungen sollten weiter durchgeführt, arbeitsunfähige Kleinrentner wirksam unterstützt, bei der Besteuerung auf den Familienstand stärker Rücksicht genommen, die Wuchergesetzgebung den damaligen Verhältnissen angepaßt und die Lohnpolitik wieder differenzierter gestaltet werden. Neben der Förderung der Landwirtschaft und des gewerblichen Mittelstandes sollte auch der Wohnungsbau weiter gefördert und die Zuschläge zur Friedensmiete so bemessen werden, daß sie nicht nur den Interessen der Mieter, sondern auch denen der Hauswirte Rechnung tragen könnten.

Dr. **Wendorff**: Das unbedingte Verbot des Verbrennens von Korn und Kartoffeln ist nicht durchführbar.

Dr. **Fischbeck**: Verbot Alkohol nicht durchführbar. – Einfuhr von Kartoffeln aus Polen sollte nicht gefordert werden.

Abg. **Schiffer**: Die Aufhebung des Bankgeheimnisses bedeutet die Kapitulation vor dem Steuerdrückeberger. Daher bedenklich. Depotzwang könnte fallen.

Abg. **Goll**: Die Einfuhr von Fleisch muß erleichtert werden. Die Veterinärpolizei sei kleinlich.

Die **Fraktion** beschließt, eine Interpellation einzubringen. Ein Ausschuß wird die Formulierung vornehmen.

Redner: Abg. *Oeser, Riedel, Westermann*.²

Preußentag:³

Abg. **Fischbeck** empfiehlt einen Preußentag.

Dr. **Höpker Aschoff** ist gegen eine preußische Organisation.

Dr. **Preuß**: An eine feste Organisation denkt niemand.

Dr. **Schreiber** und **Hartmann** sind ebenfalls gegen eine feste Organisation. Nach Bedarf ist ein Preußentag notwendig.

Abg. **Jansen**: Wenn keine feste Organisation geplant ist, wird der Parteivorstand nichts dagegen haben.

Abg. **Oeser**: Wir haben ein Interesse daran, mit unseren Wählern in Fühlung zu bleiben. Allerdings nur die preußischen Abgeordneten mit ihren Wählern.

Abg. **Fischbeck**: Preußische Fragen müssen von Zeit zu Zeit erörtert werden. Ein besonderer Vorstand ist nötig.

Die **Fraktion** ist einverstanden.

Abeitsgemeinschaft:

Abg. **Jansen** teilt mit, daß der Vorstand die Haltung des Reichstagsfraktion [gebilligt hat].⁴ Die Besprechung wird vertagt auf Dienstag abend 7 Uhr.

² Die Rede des Abg. *Riedel* als Antragsteller in der 167. Sitzung am 29. September 1922, in: ebd., Bd. 9, Sp. 12124–12142; die Reden der Abg. *Oeser* und *Westermann* in der 169. Sitzung am 2. Oktober 1922, in: ebd., Sp. 12247–12259 und Sp. 12286–12291.

³ Am 28. und 29. Oktober 1922 hielt die demokratische Partei Preußens in Magdeburg ihren Parteitag ab. Vgl. DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER, 1922/II, S. 287.

⁴ Vor dem am 9./10. Oktober 1922 in Elberfeld stattfindenden Reichsparteitag hatte der Vorstand der DDP auf seiner Sitzung am 27. September 1922 die Haltung der Reichstagsfraktion in der Frage der im Reichstag am 19. Juli gebildeten »Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte« aus Zentrum, DVP und DDP, die als Antwort auf die fünf Tage zuvor gegründete Arbeitsgemeinschaft von SPD und USPD gedacht war, gebilligt. Vgl. LINKSLIBERALISMUS, Nr. 98, S. 273 f.; SCHULTHESS 1922, S. 92, 96.

332.

3.10.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 204–206. Beginn: 10.15 Uhr. Ende: 11.30 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Oeser.

Tagesordnung der Fraktion:

1. Bericht des Koll. **Jansen** über Fraktionsbeiträge;¹ gibt zunächst Abrechnung der Fraktionskasse. Vorschlag von Abg. *Erkelenz*: 1000 M je Monat.

Debatte:

Gottschalk über Beschäftigung der Stenotypistin.

Höpker Aschoff: Über Tätigkeit des Büros, Vorschlag, möglichst hohe Fraktionsbeiträge.

Barteld über Ausnützung der Stenotypistin; Ausschußberichte; Bericht über Reden im Plenum durch das Korrespondenzbüro.

Gottschalk, Höpker Aschoff zur Arbeitseinteilung im Fraktionsbüro.

Zum Gleichen: **Westermann, Oeser, Barteld**.

Vorschlag: **Oeser**: Die Fraktion soll aufmerksam gemacht werden über die Abgaben von Ausschußberichten und kurzen Skizzierungen der Parlamentsreden.

Mit der bisherigen Regelung der Arbeitszeit der Stenotypistin ist die **Fraktion** einverstanden.

Der **Vorsitzende** erteilt die Entlastung.

Über die Fraktionsbeiträge: Koll. **Höpker Aschoff** über Staffelung der Fraktionsbeiträge bei auswärtigen und hiesigen Abgeordneten. Schlägt Staffelung vor (1000 M Auswärtige, 3000 M für Berliner Kollegen).

Gottschalk über Abstimmung.

Desgleichen **Oeser, Goll.** (Nur 1 Berliner Kollege anwesend).

Schlußfassung aussetzen.

2. Wahl des Geschäftsführers.²

Koll. **Oeser** spricht dem Geschäftsführer den Dank der Fraktion aus.

Vorschlag: **Westermann** für *Gottschalk*.

Oeser Vorschlag **Herrmanns**.

Höpker Aschoff über Geschäftsführung.

Gottschalk wird zur Geschäftsführung bestimmt. Nimmt an.

3. Plenum: Was geschieht mit dem gegenwärtig vorliegenden Interpellationen?³ Ausschuß? (Hauptausschuß oder Sonderausschuß.)

¹ Im Zuge der Inflation mußten die Fraktionsbeiträge wiederholt erhöht werden. Hatten die demokratischen Landtagsabgeordneten im Oktober 1919 noch 50 Mark monatlich an die Parteikasse abzuführen, so erhöhte sich der Betrag im Mai 1921 auf 100 und im Oktober 1921 auf 200 Mark. Vgl. auch Dok. Nr. 270.

² Die Geschäftsführer der Fraktion waren vom 7. bis 26. März 1919 *Oscar Meyer*, von März 1919 bis Mai 1921 *Walther Schreiber* und vom 10. Mai 1921 bis 5. Oktober 1922 *Hermann Höpker Aschoff*. Vgl. Dok. Nr. 1, 15, 238 und 242.

³ Von der 167. bis 170. Sitzungen vom 29. September bis 3. Oktober 1922 wurden mehrere Anfragen und Anträge beraten, die sich mit der Teuerung und den damit zusammenhängenden wirtschaftlichen

Für die Oberschlesien-Debatte wird Koll. *Herrmann* bestimmt.⁴

Soll zur gegenwärtigen Debatte noch gesprochen werden?⁵

Koll. *Goll* über noch erforderliche Ergänzungen (Schlemmersteuer;⁶ gemeindliche Besteuerungen der Gaststätten; Wuchergesetzgebung).

Hierzu: Koll. *Westermann* (Zuckersteuer).

Koll. *Barteld* über Fühlungnahme mit dem Ministerium.

Koll. *Höpker Aschoff*: Bei der Herbergssteuer⁷ (Gemeindeausschuß) Schuld an der Konzessionserteilung ist die Gemeinde, nicht Regierung.

Koll. *Goll* über die Auswirkungen der Gastbesteuerung in politischer Hinsicht.

Koll. *Goll* wird ersucht zu sprechen.

Anregung gibt noch Koll. *Fischbeck, Oeser*.

Westermann über »Berliner Tageblatt« (das Versagen der Landwirtschaft).⁸ Erklärung verlangt auf Parteitag, daß »Berliner Tageblatt« nicht Parteiblatt.⁹

4. Mitglied im verstärkten Handels- und Gewerbeausschuß. Bestimmt Koll. *Herrmann*.

5. Koll. *Fischbeck* über Ausschußverhandlungen (zur Umwandlung der Staatsbergwerke in eine A.-G.¹⁰ Beschwerzt sich über seine Zurücksetzung.)

Verhältnissen, der Devisenspekulation, der Lebensmittelversorgung, der Erwerbslosenunterstützung, der Wohnungsnot, beschäftigten. Am 3. Oktober 1922 standen 13 Große Anfragen, 14 Uranträge und ein Entschließungsantrag auf der Tagesordnung. Vgl. SBpLT 1921/24, Bd. 9, Sp. 12325–12328. Vgl. auch Dok. Nr. 330.

⁴ In der 170. Sitzung am 3. Oktober 1922 wurden mehrere Anträge und Anfragen beraten, die sich auf die Verhältnisse in Oberschlesien bezogen. Vgl. SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 7, Nr. 3602, S. 4282 (VSPD), Nr. 3610, S. 4285 (VSPD), Nr. 3611, S. 4286 (VSPD), Anlagen, Bd. 1, Nr. 565, S. 552 (Z, DNVP, DVP, DDP), Anlagen, Bd. 7, Nr. 3588, S. 4277 (Z), Nr. 3589, S. 4278 (Z), Nr. 3646, S. 4338 (Z), Anlagen, Bd. 1, Nr. 111, S. 146 (DNVP), Anlagen, Bd. 5, Nr. 2890, S. 3285 f. (Ausschußbericht), Anlagen, Bd. 3, Nr. 1697, S. 1902 (DNVP), Anlagen, Bd. 5, Nr. 3071, S. 3530 f. (DNVP), Anlagen, Bd. 4, Nr. 2279, S. 2651 (DVP), Nr. 2280, S. 2651 (DVP). Die Rede des Abg. *Herrmann* (Breslau) in der 172. Sitzung am 5. Oktober 1922, in: ebd., Bd. 9, Sp. 12494–12503.

⁵ In der 170. Sitzung am 3. Oktober 1922 ergriff kein Vertreter der DDP das Wort.

⁶ Am 5. September 1922 erließ der preußische Innenminister eine Verfügung zur Bekämpfung des Schlemmens in Gasthäusern, Dielen, Bars etc. Vgl. SCHULTHESS 1922, S. 110.

⁷ Gemeint ist der Gesetzentwurf über die Besteuerung des Herbergsvertrages durch die Gemeinden, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 6, Nr. 3183, S. 3700–3702, der in der 158. Sitzung am 3. Juli 1922 dem Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten überwiesen wurde. In der zweiten Lesung in der 199. Sitzung am 20. Januar 1923 wurde er jedoch wieder an den Ausschuß rückverwiesen und später zurückgezogen. Zu diesem Thema hatte die DDP bereits die Kleine Anfrage Nr. 546 der Abg. Dr. *Schreiber* (Halle) und Genossen zur Erhebung einer Steuer beim Aufenthalt von Ausländern in Deutschland, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 2701, S. 3129, vom 6. Mai 1922, gestellt. Da durch den Aufenthalt von Ausländern in Deutschland der Lebensmittelvorrat verringert und die Lebenshaltungskosten erhöht würden, sollten Ausländer an den mit dieser Verteuerung verbundenen Kosten beteiligt werden.

⁸ BERLINER TAGEBLATT, 445, 3.10.1922: »Die Teuerungsdebatte im Landtag. Das Versagen der Landwirtschaft.«

⁹ Vgl. den Bericht über die Verhandlungen des 4. ordentlichen Parteitags der Deutschen Demokratischen Partei, abgehalten in Elberfeld am 9. und 10. Oktober 1922, hrsg. von der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei, Berlin o. J., auch in: BA Koblenz, R 45 III, Nr. 3, Bl. 1–142.

¹⁰ Während der Etatdebatte 1922 war die Einsetzung eines Sonderausschusses zur Begutachtung der Umwandlungspläne des Handelsministeriums beschlossen worden. Der Gesetzentwurf, betr. Übertragung der Verwaltung und Ausbeutung des staatlichen Bergwerksbesitzes an eine Aktiengesellschaft, wurde am 18. September 1923 im Landtag angenommen und am 9. Oktober verkündet. Vgl. WINKLER, Preußen als Unternehmer, S. 5–16.

Vorsitzender **Oeser**: Fraktion wird erklären, daß die Landtagsfraktion Wert darauf legt, daß in dem vom Handelsminister einberufenen Ausschuß Koll. *Fischbeck* als Vertreter der Fraktion und Sachverständiger berufen wird.

6. Koll. **Höpker Aschoff**: Bericht über interfraktionellen Ausschuß. (Groß-Hamburgfrage.)¹¹ Anfrage der Koalitionsparteien über Handhabung der Schutzgesetze.¹² (Es soll keine Anfrage gestellt werden, sondern heute Nachmittag 14.00 Uhr im interfraktionellen Ausschuß gesprochen werden).

Hierzu: **Barteld** (über die Tendenzen des Jungdeutschen Orden).¹³ Für Verbot (Antisemitische Tendenzen, antirepublikanische Gesinnung). Beispiele über Nichthandhabung der Schutzgesetze.

Koll. **Nuschke**: Für Verbot des Jungdeutschen Orden. Kritik der Handhabung der Schutzgesetze. Fehler bei Zeitungsverboten. Was tut *Göbre*?¹⁴ Verhalten *Freunds* (Staatssekretär) bei Zeitungsverboten. (Rote Fahne; Fall *Lensch*;¹⁵ »Tägliche Rundschau« und »Deutsche Allgemeine Zeitung«).¹⁶

Koll. **Fischbeck** zum Verbot des Jungdeutschen Ordens.

Koll. **Goll** über Anfrage (Schutzgesetze). Fraktion soll sich gegen Anfrage erklären.¹⁷

Koll. **Herrmann** über Vertretung im interfraktionellen Ausschuß.

Koll. **Oeser**: Anfrage der DVP allein würde Bruch der Koalition bedeuten. Notwendig, der Regierung die Fehler vorhalten.

¹¹ Vgl. Dok. Nr. 329.

¹² Das nach der Ermordung des deutschen Außenministers Walther *Rathenau* mit verfassungsändernder Mehrheit vom Reichstag verabschiedete Republikenschutzgesetz vom 21. Juli 1922 und die erlassenen Republikenschutzverordnungen vom 26. und 29. Juni richteten sich gegen verfassungsfeindliche Organisationen, Veranstaltungen und Verlautbarungen. Vgl. SCHULTHESS 1922, S. 87 f., 90–92, 94 f.; HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 7, S. 255–257; Gotthard JASPER: Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922–1930, Tübingen 1963, S. 56–92.

¹³ Zum Jungdeutschen Orden vgl. HORNING; Alexander KESSLER, Der Jungdeutsche Orden in den Jahren der Entscheidung, München 1975; Heinrich WOLF, Der Jungdeutsche Orden in seinen mittleren Jahren, München 1978.

¹⁴ Paul *Göbre* war Staatssekretär im preußischen Staatsministerium. – Paul *Göbre* (1864–1928), protestantischer Pfarrer, 1897 2. Vorsitzender des Nationalsozialen Vereins Leipzig (April 1899 Austritt), 1899 Mitglied der SPD, November 1918–April 1919 Beigeordneter bzw. parlamentarischer Unterstaatssekretär im preußischen Kriegsministerium, Mai 1919–April 1923 Unterstaatssekretär bzw. Staatssekretär im preußischen Staatsministerium, 1. Juni 1923 i.e.R., 1903 und 1910–1918 MdR (SPD).

¹⁵ Der Journalist Paul Albert *Lensch* (1873–1926), von 1912 bis 1918 Reichstagsabgeordneter der SPD und nach 1914 dem äußersten rechten Flügel der Partei angehörend, war 1922 aus der SPD ausgetreten. Von Juni 1922 bis November 1925 fungierte er als Chefredakteur der »Deutschen Allgemeinen Zeitung«, die zum Konzern des Industriellen und DVP-Reichstagsabgeordneten Hugo *Stinnes* gehörte. *Lensch* entwickelte sich zu einem dem konservativen Lager nahestehenden Gegner der Sozialdemokratie.

¹⁶ Aufgrund der nach der Ermordung des deutschen Außenministers Walther *Rathenau* am 26. Juni 1922 erlassenen Notverordnung zum Schutz der Republik wurden zwischen August und Dezember 1922 in Deutschland 52 Zeitungsverbote ausgesprochen, davon allein 40 in Preußen. Im gleichen Zeitraum wurden in Preußen zehn politische Parteien, darunter auch der Deutsch-Völkische Schutz- und Trutzbund verboten. Das gegen den Jungdeutschen Orden gerichtete Verbot wurde allerdings im Zuge des Abbaus der Ausnahmebestimmungen durch den Staatsgerichtshof im Januar 1923 wieder aufgehoben. Vgl. SCHULZE, Braun, S. 419; HORNING, S. 31 f.

¹⁷ Gemeint ist die geplante Anfrage der Koalitionsparteien zur Handhabung der Schutzgesetze.

Steuer: **Höpker Aschoff, Nuschke, Barteld, Oeser.**

Über Jungdeutschen Orden Materialvorlage verlangen.

Höpker Aschoff, Nuschke, Oeser, Gottschalk werden für den interfraktionellen Ausschluß bestimmt.

Geschäftliches: Koll. *Gottschalk.*

333.

4.10.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 206–208. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.30 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Oeser.

1. Parteitag und Arbeitsgemeinschaft.¹

Abg. **Schiffer** referiert. Der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft ist schon alt. – Veranlassung Zusammenschluß der Sozialdemokratie. Es handelt sich nicht nur um eine politische. Sind die Voraussetzungen gegeben? – Die Volkspartei hat die Bedingungen bezüglich der Stellung zur Verfassung angenommen.² – Sind nicht die Gefahren größer als der Vorteil? – Die »Brückentheorie« bleibt bestehen. Die Gefahr einer Spaltung des Volkes in 2 Lager ist vorhanden. Aber ohne Gefahren kein Schritt. Zum Schwarzsehen ist kein Grund vorhanden. Wir wollen daher den ehrlichen Versuch einer Zusammenarbeit machen.

Dr. **Berndt**: Die Volkspartei hat sich gewandelt. Die große Koalition ist notwendig, die Arbeitsgemeinschaft aber bedenklich. Der Zusammenschluß mit dem Zentrum ist nicht tragbar, besonders auf kulturellem Gebiete. Die Arbeitsgemeinschaft wird zu bedenklichen Schwierigkeiten nach links führen. Die Reichstagsfraktion hätte den Parteiausschluß hören müssen.

Goll: Man soll die Opposition nicht leicht nehmen. Die Partei hätte gehört werden müssen.

Abg. Dr. **Schreiber** ist für ein Zusammengehen der Liberalen, daher gegen die Arbeitsgemeinschaft, weil dort das Zentrum beteiligt ist. Sie kommt nur in Frage als Mittel zur Erzwingung der großen Koalition.

Abg. **Oeser**: Wir stehen vor einer Zerreibung der Parteien. Der Zusammenschluß der Sozialdemokraten ist zu begrüßen.³ Der Kampf gegen die Kommunisten drückt sie nach rechts. Die Industrie treibt auf eine Konzentration hin; das zeigt sich auch in der Presse. Die Reichstagsfraktion war nicht führend. Die Brückentheorie wird durch Ar-

¹ Vgl. Dok. Nr. 331, Anm. 4. Die sich im Juli 1922 im Reichstag gebildete Arbeitsgemeinschaft aus Zentrum, DVP und DDP sollte Thema auf dem am 9./10. Oktober 1922 in Elberfeld stattfindenden Reichsparteitag der DDP sein. Vgl. SCHULTHESS 1922, S. 129.

² Die DVP hatte am 11. Juli 1922 im Preußischen Landtag geschlossen für die Disziplinargesetze und das Amnestiegesetz und auch am 18. Juli 1922 im Reichstag mit großer Mehrheit für das Republikenschutzgesetz gestimmt. Vgl. SBpLT 1921/24, Bd. 8 Sp. 11974–11980; SCHULTHESS 1922, S. 94 f.

³ Am 24. September 1922 wurde die auf den einzelnen Parteitag bereits beschlossene Einigung der beiden sozialistischen Parteien, von USPD und SPD, zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vollzogen. Vgl. DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 1922/II, S. 155 f.

beitsgemeinschaft gefährdet. Parteipolitisch sind erhebliche Bedenken gegen die Arbeitsgemeinschaft vorhanden, anders staatspolitisch. – In Preußen brauchen wir die Arbeitsgemeinschaft nicht. Die Bindung darf nicht zur Lähmung führen. Das Arbeitsgebiet muß abgegrenzt werden.⁴

Höpker Aschoff betont, daß auf Parteitag seines Wahlkreises Stimmung für Arbeitsgemeinschaft nicht gewesen sei. Er selbst sieht parteipolitisch und staatspolitisch in Arbeitsgemeinschaft eine segensreiche Einrichtung.

Barteld: Gefahr von rechts ist groß. Volkspartei wird durch Arbeitsgemeinschaft von rechts abgedrängt. Das wird noch mehr der Fall sein, wenn DVP in die Reichsregierung eintritt. In der Volkspartei wird es zur Klärung und Scheidung der Geister kommen.

Kimpel: In Elberfeld wird große Mehrheit für Arbeitsgemeinschaft sein. Auch Kassel wird sich dafür aussprechen. Die Steuerpolitik muß für Arbeitsgemeinschaft sprechen. Das ist entscheidend. Von einer Rechtsschwenkung braucht nicht die Rede zu sein.

Westermann: Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten werden zur Arbeitsgemeinschaft zwingen.

Schiffer: *Groener*⁵ nicht Vertreter der Deutschen Demokratischen Partei; wir sind politisch im Reichskabinett nicht vertreten. Konzentrierte einheitliche Willensbildung (des Parlaments) der Regierung mit eigener Verantwortung fehle.

Goll zur Geschäftsordnung: Ich werde gegen Arbeitsgemeinschaft sprechen.⁶

Berndt: Kleine Anfrage über Berliner Landgerichte, **Fraktion** stimmt der Einbringung zu.⁷

Gottschalk berichtet Geschäftliches.

Hoff: Bericht über Ältestenrat.⁸

Goll zur Geschäftsordnung: Einen Tag in Woche von der Plenarsitzung freizulassen. Hierüber später gesprochen werden.

Schreiber: Morgen, Donnerstag 10 Uhr Fraktionssitzung.

⁴ Ab hier anderer Protokollant.

⁵ Wilhelm *Groener* (1867–1939), seit 1886 württembergischer Offizier, nach Truppen- und Generalstabsdienst 1912 Chef der Eisenbahn-Abteilung im Großen Generalstab, 1914–1916 Chef des Feld-eisenbahnwesens in der OHL, November 1916–August 1917 Chef des Kriegsamts, Februar 1918 Führer des 1. Armeekorps, März–Oktober 1918 Chef des Generalstabes Heeresgruppe Kiew, Oktober 1918 Generalquartiermeister der Obersten Heeresleitung, Juli 1919 Leiter der Kommandostelle Kolberg, im September 1919 verabschiedet, Juli 1920–August 1923 Reichsverkehrsminister, Januar 1928–Juni 1932 Reichswehrminister und Oktober 1931–Juni 1932 Reichsinnenminister.

⁶ Ab hier anderer Protokollant.

⁷ Kleine Anfrage des Abg. Dr. *Berndt* (Stettin) (DDP) über eine Vereinigung der Zivilabteilungen der drei Berliner Landgerichte, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 7, Nr. 3664, S. 4345.

⁸ In der Sitzung des Ältestenrats vom 4. Oktober 1922, 11.40 bis 12.30 Uhr, wurde unter anderem die Vertagung des Landtags vom 26. Oktober bis zum 20. November 1922 beschlossen. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 3.

334.

5.10.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 208. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Jansen.

Tagesordnung:

1. Personalfragen.

Abg. Dr. **Berndt** berichtet über die Verteilung der Geschäfte. Kultus: *Otto*. Justiz: *Dr. Berndt*. Inneres: *Jansen*. Wohlfahrt, Finanzen, Handel: *Herrmann*. Landwirtschaft: *Barteld*.

2. Fraktionsbeitrag:

Die **Fraktion** beschließt, einen Beitrag von 1000 M monatlich von den auswärtigen, 2000 M monatlich von den Berliner Abgeordneten zu erheben. Über die Verteilung der eingehenden Summen auf die Reichsgeschäftsstelle und die Fraktion soll ein Vorschlag später vorgelegt werden.¹

3. Preußentag:

Es ist in Aussicht genommen, am 28. und 29. Oktober in Magdeburg einen Preußentag abzuhalten.²

Tagesordnung:

Städte- und Landgemeindeordnung: *Dominicus*.

Finanznot der Gemeinden: *Dr. Höpker Aschoff*.

Kirchenverfassung: Pfarrer *Geibel*.

Lehrerbildung: *Dr. Gottschalk*.

Abg. *Oeser* wird den Preußentag durch eine Ansprache eröffnen. Delegation der preußischen Wahlkreise nach den Grundsätzen, die für den Reichsparteitag gelten.

¹ Vgl. Dok. Nr. 332.

² Zum Preußentag vgl. Dok. Nr. 331, Anm. 3.

335.

18. 10. 1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 209. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Plenum:

Große Anfrage *Stubenrauch*:¹

Referent **Hartmann**. Redner gibt eine Schilderung von der Person *Stubenrauchs*.

Abg. **Schreiber** und **Grund** besprechen die Frage der Schülerverbindungen.

Die **Fraktion** ist der Ansicht, daß alle Schülerverbindungen der Genehmigung des Provinzialschulkollegiums unterliegen sollen.²

Große Anfrage: Überfremdung des Hausbesitzes.³

Referent **Dominicus**. Redner schildert die starke Überfremdung des Hausbesitzers. Die Genehmigungspflicht beim Verkauf an Ausländer soll erwogen werden.⁴

Große Anfrage, betr. Berliner Unruhen.⁵ – Redner *Jansen*.⁶

¹ Gemeint sind die Großen Anfragen Nr. 164 und 167 der Abg. *Limbertz* (Essen) und Genossen (VSPD) und Frau *Lehmann* und Genossen (DNVP) über den im Mordprozeß Dr. *Rathenau* genannten Primaner *Stubenrauch* in Steglitz, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 7, Nr. 3709, S. 4379, Nr. 3715, S. 4385. In dem am Leipziger Staatsgerichtshof anhängigen Prozeß über die Ermordung des Reichsaußenministers *Rathenau* war zur Sprache gekommen, daß der achtzehnjährige Generalsohn Hans *Stubenrauch*, der wiederholt Mordabsichten gegen *Rathenau* geäußert habe, noch immer Primaner des staatlichen Realgymnasiums in Berlin-Steglitz sei. Zu *Stubenrauch* vgl. auch die Rede des Abg. *Hartmann* in der 181. Sitzung am 25. Oktober 1922, in: ebd., Bd. 9, Sp. 13127–13133, hier Sp. 13129 f. – Hans *Stubenrauch* (geb. 1905), Sohn eines preußischen Generals, Mitglied des »Bundes der Aufrechten«, einer nationalkonservativen Organisation; Vorsitzender des Bundes war Rittergutsbesitzer Landrat a. D. Hans Joachim v. *Brockhusen-Justin* (1869–1928), der Schwiegersohn *Hindenburgs*.

² *Hartmann* forderte in seiner Rede ein Verbot antirepublikanischer, antisemitischer Schülerverbindungen. Es sei die »Aufgabe der Provinzialschulkollegien und besonders der Lehrerschaft, dafür zu sorgen, daß diese Schülerverbindungen« beseitigt würden. Ebd., Sp. 13127–13133, hier Sp. 13128 f., Zitat Sp. 13129.

³ Die Große Anfrage Nr. 126 der Abg. D. Dr. von *Campe* und Genossen (DVP) über den Verkauf städtischen Hausbesitzes an Ausländer, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 2930, S. 3357, wurde in der 175. Sitzung am 18. Oktober 1922 von der Tagesordnung abgesetzt. Sie wurde in der 178. und 181. Sitzung am 21. und 25. Oktober 1922 besprochen und an den Ausschuß für Siedlungs- und Wohnungswesen überwiesen.

⁴ Vgl. auch die Rede des Abg. *Dominicus* in der 181. Sitzung am 25. Oktober 1922, in: ebd., Bd. 9, Sp. 13026–13029, 13070 f.

⁵ Gemeint sind die Großen Anfragen der Abg. *Winckler* und Genossen (DNVP) über die kommunistischen Ausschreitungen und den mangelhaften polizeilichen Schutz anlässlich der vaterländischen Kundgebung im Zirkus Busch in Berlin, ebd., Anlagen, Bd. 7, Nr. 3712, S. 4380, der Abg. D. Dr. von *Campe* und Genossen (DVP) über die Ausschreitungen und den mangelhaften polizeilichen Schutz anlässlich der Versammlung im Zirkus Busch in Berlin am 15. Oktober 1922, ebd., Nr. 3725, S. 4395, und der Abg. *Limbertz* (Essen) und Genossen (VSPD) über das Verbot des Waffentragens und das Verbot der Selbstschutzvereinigungen (Bund für Freiheit und Ordnung), ebd., Nr. 3726, S. 4396. Die Anfragen wurden zusammen mit dem Urantrag der Abg. *Katz* und Genossen (KPD) über die Vorgänge beim Zirkus Busch in Berlin am 15. Oktober 1922, ebd., Nr. 3713, S. 4380, in der 176., 177. und 178. Sitzung am 19., 20. und 21. Oktober 1922 verhandelt. Am 15. Oktober 1922 wurde eine Versammlung des rechtsradikalen »Bundes für Freiheit und Ordnung« im Zirkus Busch in Berlin von mehreren Tausenden bewaffneten Kommunisten überfallen und gesprengt. Die Polizei griff erst spät

336.

19.10.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 209f. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Preußentag:¹

Referat Abg. **Dominicus**. Verwaltungsgesetze.² Referent macht bestimmte Vorschläge. Die Einführung der Landbürgermeistereien müsse der Provinzialautonomie überlassen werden.

Abg. Dr. **Preuß** weist darauf hin, daß die Landbürgermeistereien die Gutsbezirke überwinden sollen. Die Provinzen würden versagen. – Der Landtag solle den Versuch machen, eine Reform im Ganzen zu machen. Sonst würde Flickwerk entstehen. Staats- und Selbstverwaltung müßten zusammen geregelt werden.

Abg. **Barteld** stimmt *Preuß* zu. *Drews* müßte Staatssekretär für Verwaltung werden. Magistrats- oder Bürgermeistereiverfassung ist den Provinzen zu überlassen.³

Abg. Dr. **Schreiber**: Eine einheitliche Gesetzgebung sei wünschenswert, in diesem Stadium aber schwierig. Die Landbürgermeistereien lägen im staatlichen Interesse.

Abg. **Fischbeck**: Die einheitliche Gesetzgebung könne nur ein Minister machen. *Drews* sei aus der Sache heraus. Wir bedauern, daß das nicht erreichbar sei. Wir müßten aber mitarbeiten.

Abg. Dr. **Höpker Aschoff**: Die große Verwaltungsreform sei zur Zeit nicht erreichbar. Landbürgermeistereien würden sehr kostspielig werden. Provinzialautonomie.

Abg. **Dominicus**: Aus der Städteordnung ließe sich keine allgemeine Verwaltungsreform machen. – Landbürgermeistereien, Provinzialautonomie. – 1 Jahr Ortsanwesenheit beim Wahlrecht nicht bedeutungslos.

Abg. **Berndt**: Der Ausschuß könne Richtlinien für die allgemeine Verwaltungsreform schaffen. Landbürgermeistereien sind wünschenswert. Die Aufhebung der Gutsbezirke ist notwendig.

Abg. **Hoff**: Die Wahl der Magistratsmitglieder durch die Bürgerschaft in Schleswig-Holstein ist nicht bedeutungslos.

ein und vermochte sich auch anfangs nicht durchzusetzen. Drei Tote und zahlreiche Verletzte waren zu beklagen. Vgl. SCHULTHESS 1922, S. 131.

⁶ Die Rede des Abg. *Jansen* in der 177. Sitzung am 20. Oktober 1922, in: SBpLT 1921/24, Bd. 9, Sp. 12768–12774.

¹ Vgl. Dok. Nr. 331 und 334.

² Gemeint sind die Gesetzentwürfe für eine Preußische Städteordnung, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 7, Nr. 4040, S. 4732–4781, und für eine Preußische Landgemeindeordnung, ebd., Nr. 4041, S. 4782–4812, die zusammen mit der Übersicht über die kommunale Verwaltungsreform in Preußen, ebd., Nr. 4042, S. 4813–4822, in der 197., 198. und 199. Sitzung am 18., 19. und 20. Januar 1923 verhandelt wurden. Ziel der Verwaltungsreform war die Schaffung einheitlicher gesetzlicher Vorschriften für den gesamten kommunalen Bereich, die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, die Auflösung der Gutsbezirke und die Bildung leistungsfähiger Landbürgermeistereien durch die Zusammenlegung mehrerer leistungsschwacher Gemeinden. Vgl. auch Dok. Nr. 236, 256, 268 und 282.

³ Sowohl die Magistrats- als auch die Bürgermeistereiverfassung sollten beibehalten werden. Vgl. SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 7, Nr. 4040, S. 4732–4781, hier S. 4749f.

Abg. Dr. **Grund**: Landbürgermeistereien verursachen große Kosten. Im Osten würden Reaktionäre zu Landbürgermeistern gewählt werden. Gutsbezirke würden die Gemeinden schlucken.

Abg. Dr. **Preuß**: Die kommunalen Ehrenämter existieren nicht mehr. Daher habe die Bürgermeistereiverfassung Vorzüge.

Abg. **Dominicus**: Die Aufhebung der Gutsbezirke ist nicht immer möglich. Für Magdeburg genügen allgemeine Richtlinien.

Abg. **Fischbeck**: Die Gutsbezirke würden die bäuerliche Gemeinde vielfach mitregieren.

Abg. Dr. **Schreiber**: Geborene Gemeindevorsteher (Gutsvorsteher) dürfen nicht bestehen bleiben.

Die **Fraktion** kommt zu folgendem Ergebnis: Einheitliche Verwaltungsgesetzgebung ist wünschenswert. Keine Bevorzugung der Bürgermeistereiverfassung. Streichung des § 75 (Kommunalisierung).⁴ Landbürgermeistereien den Provinzen überlassen. Grundsätzliche Aufhebung der Gutsbezirke. Übertragung polizeilicher Befugnisse auf die Gemeinden.

337.

20.10.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 211. Beginn: 11.10 Uhr. Ende: 12.15 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Jansen.

Tagesordnung der Fraktionssitzung:

1. Plenum.¹

Koll. **Riedel** über Teilnahme der Fraktionsmitglieder an den Plenarsitzungen, sofern ein Redner der Fraktion spricht.

Dazu **Barteld, Jansen**.

Vorschlag: Fraktionsdiener soll die Kollegen unterrichten.

2. Magdeburger Tagung.²

Koll. **Jansen**: Zunächst über die Organisation der Preußentagung. Von Pfarrer *Geibel* liegt Zusage vor. Sonstige Vorbereitungen sind getroffen.

Koll. **Höpker Aschoff** berichtet über die Richtlinien seines Referats. Kritik am Landessteuergesetz (Novelle). Kraftfahrzeugsteuer. Grundsteuergesetz. Gewerbesteuer.

⁴ Paragraph 75 des Gesetzentwurfs für eine Preußische Städteordnung bestimmte, daß Städte, die privatwirtschaftliche Unternehmungen in die Gemeinwirtschaft überführten (Kommunalisierung) und die Gründung oder Fortführung gleichartiger Unternehmungen zum Zwecke des alleinigen Betriebes eines Wirtschaftszweiges durch die Stadt untersagten, verpflichtet seien, »den Betrieb so zu führen, daß das öffentliche Bedürfnis befriedigt« werde. Ebd., S. 4740.

¹ In der 177. Sitzung am 20. Oktober 1922 wurden die Großen Anfragen von VSPD, DNVP und DVP sowie der Antrag der KPD über die Ausschreitungen in Berlin am 15. Oktober 1922 verhandelt. Für die DDP sprach der Abg. *Jansen*. Vgl. Dok. Nr. 335.

² Zum Preußentag der DDP in Magdeburg am 28. und 29. Oktober 1922 vgl. Dok. Nr. 331 und 334.

Debatte:

Koll. **Grund** über Finanznot der Gemeinden. Gewerbesteuer. Veranlagung. Einbeziehung der Schuldzinsen. Soll die Landwirtschaft zur Veranlagung herangezogen werden?

Es sprechen noch Koll. **Dominicus** (äußert Zweifel an der Möglichkeit der Sanierung der Gemeindefinanzen; Vereinfachung; Ausschaltung der Länder als Zwischeninstanz); Koll. **Grund** (ergänzt); **Kimpel** (über die Verhandlungen des Hauptausschusses zum Gewerbesteuergesetz); Koll. **Goll** (Prinzipielle Frage: kann diese Art der Steuergesetzgebung weiter bestehen bleiben?); Koll. **Höpker Aschoff** (Gemeinden müssen viel mehr sparen. Beamtenverminderung, Druck des Reichs bei der Zuweisung der Zuschüsse).

Beschluß: Leitsätze werden zur Besprechung und Vorlage gebracht werden.

[3.] Koll. **Preuß**: Über Marktsturz. Mitteilung des Amerikaners³ über Vorgänge am Zirkus Busch. Verfassungsänderungen.

[4.] Vertreter im Ausschuß (Feuerbestattung) Koll. **Riedel**.⁴

338.

24.10.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 212. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannt Hand schrift. Vorsitz: Jansen.

Diätenvorlage:¹

Abg. **Hartmann** macht Mitteilung über Verhandlungen im interfraktionellen Ausschuß.

Gegen die Erhöhung der Diäten werden von verschiedenen Seiten Bedenken erhoben. Der Vorlage wird zugestimmt.

In den Hauptausschuß werden für die Sitzungen vom 7.–9. November die Abg. **Riedel**, **Dominicus**, **Goll**, **Westermann** entsandt.

³ Wer gemeint ist, ist unklar.

⁴ In der 175. Sitzung am 18. Oktober 1922 war der Antrag der Abg. **Braun** und Genossen (SPD) auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes, betr. die Feuerbestattung vom 14. September 1911, SBpLT 1921/24, Bd. 1, Nr. 515, S. 525, an den 21. Ausschuß für Feuerbestattung überwiesen worden.

¹ In der 180. Sitzung am 24. Oktober 1922 wurde der am selben Tag eingebrachte Antrag der Abg. **Limbertz** (Essen), Dr. Dr. **Porsch**, D. Dr. von **Campe**, **Oeser**, Dr. von **Kries** (Potsdam) und Genossen (VSPD, Z, DVP, DDP, DNVP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder und des Präsidenten des Preußischen Landtags vom 23. April 1921, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 7, Nr. 3776, S. 4431, in erster, zweiter und dritter Lesung angenommen. Vor dem Hintergrund der rapide fortschreitenden Geldentwertung sollte die Aufwandsentschädigung auf monatlich 35 000 Mark erhöht werden. Das Tagegeld sollte ein Dreißigstel der Aufwandsentschädigung betragen.

Abg. Frau *Dönhoff* erhält die Ermächtigung zur Einbringung eines Antrags², ebenso Dr. *Höpker Aschoff* für eine Große Anfrage, betr. Reichsmietengesetz.³

339.

25.10.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 212. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: 10.40 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Außerhalb der Tagesordnung: Koll. **Wiglow** über Stellung der Fraktion zum Berufsschulgesetzentwurf.¹ Legt den Verlauf der Ausschußtagung dar.

Koll. **Kimpel**: Für Mußvorschrift.²

Koll. **Hartmann**: Über Besprechung mit dem Vertreter des Handelsministeriums.

Koll. **Dominicus**. Für die Mußvorschrift, aber Bedenken über finanzielle Tragweite. Schlägt vor, zu vertagen und in besonderer Sitzung unter Darlegung der finanziellen Tragweite die Angelegenheit zu erörtern.

Tagesordnung:

Wahlprüfungsgericht.³ Wahl des Vorsitzenden.

Vorgeschlagen: Koll. *Preuß*. Stellvertreter: Mitglied des Oberverwaltungsgerichts. Vorsitz soll ein Parlamentarier führen.

Koll. **Preuß**: Nimmt die Wahl unter der Voraussetzung an, daß alle Fraktionen zustimmen.

² Urantrag der Abg. *Limbertz* (Essen), *Busch*, Dr. von *Waldthausen*, Dr. *Kalle*, *Oeser* und Genossen (VSPD, Z, DNVP, DVP, DDP) auf Bereitstellung von Mitteln zur Erhaltung der photographischen Lehranstalt des Lettevereins, in: ebd., Nr. 3804, S. 4447. Frau *Dönhoff* gehörte zu den Unterzeichnern des Antrags.

³ Große Anfrage der Abg. *Schreiber* (Halle) und Genossen (DDP) über die Festsetzung der Zuschläge zur Grundmiete, in: ebd., Nr. 3801, S. 4445.

¹ Der Gesetzentwurf, betr. die Erweiterung der Berufsschulpflicht, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 6, Nr. 3423, S. 4004–4006, war in der 164. Sitzung am 11. Juli 1922 an den verstärkten Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen worden.

² Nach § 1 des Gesetzentwurfs sollten im Schulbezirk beschäftigte oder wohnhafte unverheiratete Jugendliche unter 18 Jahren, soweit sie nicht mehr volksschulpflichtig waren, durch Satzung der Gemeinde, eines weiteren Kommunalverbandes oder eines Zweckverbandes zum Besuch der Berufsschule verpflichtet werden können. Ebd., S. 4005.

³ Am 19. Januar 1922 war der Gesetzentwurf über das Wahlprüfungsgericht im Preußischen Landtag in zweiter und dritter Lesung angenommen worden. Vgl. DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 1922/I, S. 25.

340.

23.11.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 213. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Jansen.

Tagesordnung:

Plenum.

Gewerbsteuer.¹

Referent Abg. Dr. **Grund**. – Ein Antrag ist vorbereitet.

Abg. **Goll**: Die gewerblichen Kreise wünschen eine Freistellung eines gewissen Einkommens.

Es sprechen noch die Abg. **Hoff**, Dr. **Höpker Aschoff**, Dr. **Grund**.

Der Antrag wird eingebracht.²

Große Anfrage, betr. Bergarbeiter:³

Referent Abg. **Hartmann**. – Ein Antrag soll eingebracht werden.

Es sprechen die Abg. **Höpker Aschoff**, **Fischbeck**. – Deutsche Arbeiter gehen nach Holland, bleiben in Deutschland wohnen.

Dr. **Preuß**: An sich sollten Reichsangelegenheiten im Landtag nicht behandelt werden.

Redner: *Hartmann*.

Punkt 5 und 6 [Gemeinsame Beratung der Großen Anfrage der Abg. *Rüffer* und Genossen (DNVP) über die Terrorisierung deutschnational gesinnter Arbeiter, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 7, Nr. 3653, S. 4341, b) der Großen Anfrage der Abg. *Pieck* und Genossen (KPD) über einen drohenden Rechtsputsch, ebd., Nr. 3842, S. 4490]: Terrorisierung.

Eine Beschränkung der Redezeit soll angestrebt werden.

Arbeitslosigkeit, Kleinrentner usw.⁴ – Referent: Abg. *Riedel*.⁵

¹ Die Beratung des Antrages des Hauptausschusses über die Uranträge auf Änderung des Gewerbesteuergesetzes a) der Abg. *Leid* und Genossen (USPD) (Nr. 2572), b) der Abg. *Janssen* (Barmen), *Moritz*, *Drewitz* und Genossen (DNVP, DVP, Wirtschaftspartei) (Nr. 2576), der Abg. *Winckler* und Genossen (DNVP) (Nr. 2895), d) der Abg. *Altegoer* und Genossen (Z) (Nr. 2931), SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 7, Nr. 3760, S. 4415, in Verbindung mit der ersten Beratung des Urantrages der Abg. *Limbertz* (Essen) und Genossen (VSPD) auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 (Gesetzsamml. S. 205), ebd., Nr. 3851, S. 4494, wurde in der 184. Sitzung am 24. November 1922 von der Tagesordnung abgesetzt.

² Vgl. den Urantrag der Abg. *Grund* und Genossen (DDP), betr. die Zuschläge zur Gewerbesteuer, in: ebd., Nr. 3928, S. 4550. Danach sollte der demnächst dem Landtag vorzulegende Gesetzentwurf über die Gewerbesteuer Bestimmungen enthalten, nach denen die Zuschläge zur Gewerbesteuer einen bestimmten Anteil an den gesamten, durch direkte oder indirekte Steuern zu deckenden Gemeindeausgaben nicht übersteigen durften.

³ Große Anfrage der Abg. Dr. *Porsch* und Genossen (Z) über die Hetze gegen das Überschichtenabkommen im Ruhrkohlengebiet, in: ebd., Nr. 3669, S. 4347. Die Anfrage wurde wieder zurückgezogen. Vgl. ebd., Bd. 18, Sp. 25289.

⁴ In der 185. und 186. Sitzung am 25. und 27. November 1922 wurde der mündliche Bericht des Hauptausschusses I. über die Mitteilung des Finanzministers, betreffend die Deckung von Mehrausgaben, die durch die außerordentlichen Beihilfen für Sozial- und Kleinrentner usw. entstehen (Beschluß des Land-

Politische Lage:

Abg. **Schiffer**. – Das neue Reichsministerium macht einen guten Eindruck.⁶ Bedenken bestehen gegen Dr. *Becker*.⁷ – Die Art der Kabinettsbildung war verkehrt. – Der Wechsel der Regierung hätte in diesem Augenblick nicht erfolgen dürfen. – Die Neutralität der Sozialdemokraten wird keine dauernde sein.

341.

24. 11. 1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 213–215. Beginn: 10.15 Uhr. Ende: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Besprechung der Tagesordnung des Plenums:

Zu Punkt 7 [Mündliche Berichte des Hauptausschusses und des Ausschusses für Beamtenfragen über Besoldungsfragen usw. für Beamte, Lehrer und Arbeiter]:¹

Koll. **Barteld** spricht über den im Ausschuß gestellten Antrag, betr. Beamtenverminderung. Bittet um Erlaubnis, Antrag im Plenum erneut einbringen zu können (7 e).²

Koll. **Schreiber**: Über Vermehrung der Grenzkommissare.

Hierzu: Koll. **Höpker Aschoff**. Über die Verwendung von Justizbeamten für Grenzkommissariate.

tags vom 11. Juli 1922, Nr. 3328, 3344) (Nr. 3468), und II. über mehrere Uranträge, betr. die Arbeitslosenfürsorge, Lebensmittelbeschaffung, Rentnerfürsorge, ebd., Anlagen, Bd. 7, Nr. 3880, S. 4505 f., verhandelt. In Verbindung damit wurde der Antrag der Abg. *Schulz* (Neukölln) und Genossen (KPD) auf Erhöhung der Unterstützungen usw. für Sozial- und Kleinrentner, für Kriegsbeschädigte, Arbeitslose usw., ebd., Nr. 3818, S. 4478, beraten.

⁵ Die Rede des Abg. *Riedel* in der 185. Sitzung am 25. November 1922, in: ebd., Bd. 9, Sp. 13416–13423.

⁶ Am 14. November 1922 war das Kabinett *Wirth* II aus SPD, DDP und Zentrum zurückgetreten, da die SPD die von den bürgerlichen Parteien geforderte Aufnahme der DVP in die Regierungskoalition ablehnte. Vgl. ADR. DIE KABINETTE WIRTH I UND II, Bd. 2, Nr. 408, S. 1168–1170. Am 16. November wurde daraufhin der parteilose Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Wilhelm *Cuno*, vom Reichspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragt. Seinem am 21. November vorgestellten Kabinett gehörten neben Vertretern von DVP, Zentrum, BVP und DDP (*Geffler* als Reichswehrminister und *Oeser* als Innenminister) vier parteilose Fachminister an. Vgl. ADR. DAS KABINETT CUNO, S. XIX–XXI; SCHULTHESS 1922, S. 140; ARNS, S. 138–144.

⁷ Johann *Becker* (1869–1951), 1916–1918 hessischer Finanzminister, November 1922–August 1923 Reichswirtschaftsminister, 1919–1930 MdR (DVP).

¹ Vgl. SBpLT 1921/24, Bd. 9, Sp. 13310.

² 7 e bezieht sich auf die Nummer des im Ausschuß eingebrachten Antrags. Er fand Eingang im Punkt 1 des Antrags des Ausschusses für Beamtenfragen zu der Nachweisung der bei den Preußischen Ministerien am 1. April 1914 und nach dem Haushaltsplan für 1922 beschäftigten Beamten, Hilfsbeamten und Angestellten. Vgl. ebd., Anlagen, Bd. 7, Nr. 3868, S. 4500. Danach sollte das Staatsministerium ersucht werden, »alsbald unter Hinzuziehung der Beamtenvertretung bei den einzelnen Behörden und deren Dienststellen zu prüfen, wie die Zahl der Beamten und Angestellten vermindert werden« könne.

Koll. **Barteld**: (7 g–h)³ Antrag soll gestellt werden. Vereinfachung der Besoldungsregelung der Beamten. Schaffung einer Schlichtungsinstanz.

Koll. **Schreiber** äußert Bedenken.

Koll. **Fischbeck** ähnlich. Einschaltung der Wirksamkeit der zu schaffenden Schlichtungsstelle vor gesetzlicher Verabschiedung der Besoldungsvorlagen.

Zur Abstimmung: Soll der Antrag von uns aus allein eingebracht werden?

Koll. **Dominicus**. Für Schlichtungsinstanz mit gutachtlichem Charakter.

Koll. **Höpker Aschoff**: Bedenken. Schwerfälligkeit der neuen Instanz.

Koll. **Fischbeck**: Rechtliche Bedenken. Stellung des Reichsrats.

Koll. **Barteld**: Instanz ist durch Gesetz zu schaffen. Es tritt eine Vereinfachung der Behandlung ein.

Koll. **Kimpel**: Sieht den gegenwärtigen Augenblick als nicht geeignet an.

Koll. **Barteld**: Der Antrag ist im Mai gestellt.⁴ Wir haben ihn verbessert. Wollen ihn nicht allein einbringen. Sofern die SPD zustimmt, wird Zustimmung auch von uns gegeben.⁵

Fraktion einverstanden.

Schlußfassung über Abstimmung.

Koll. **Barteld** referiert über unsere Abstimmung.

Tagesordnung des Plenums:

Berufsschulpflicht.⁶

Referiert Koll. **Herrmann**. Legt den Verlauf der Ausschußverhandlung dar. Entscheidend Stellungnahme zum § 1. Abstimmung der Fraktionsvertreter. Finanzielle Auswirkung. Denkschrift der Regierung. Welche Stellung nimmt die Fraktion ein?

Koll. **Dönhoff** ergänzt.

Koll. **Kimpel**. Nach der Reichsverfassung müssen wir [uns] für die Mußvorschrift aussprechen. Finanziellen Auswirkungen kann nicht entscheidend gewertet werden [sic]. Taktisches Verhalten. Späteres Eingehen auf die finanziellen Bedeutungen.

Koll. **Fischbeck** über die Unmöglichkeit der Durchführung. Belastung des Gewerbes durch die Schulkosten.

Koll. **Dönhoff** über die Vermehrung der Kosten durch die Einbeziehung der jugendlichen Mädchen.

Koll. **Westermann**: Theorie und Praxis.

Koll. **Herrmann**: Gefahr, daß das Bestehende nicht genügend gesichert ist. Abbau. Kriegsschäden besonders auf dem Lande. Stellung des Städtetages und des Verbands der preußischen Landkreise. Junglehrer.

³ Die Punkte 7 g und h beziehen sich auf die Nummern der im Ausschuß eingebrachten Anträge.

⁴ Offenbar wurde der Antrag im Ausschuß gestellt.

⁵ Änderungsantrag der Abg. *Barteld* (Hannover) und Genossen (DDP) zu dem Antrag des Ausschusses für Beamtenfragen (Nr. 3868), betr. die Nachweisung der bei den Preussischen Ministerien am 1. April 1914 und nach dem Haushaltsplan für 1922 beschäftigten Beamten, Hilfsbeamten und Angestellten (Nr. 3210), in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 7, Nr. 3931, S. 4552. Nach dem Antrag sollte das Staatsministerium ersucht werden, zur Senkung der Personalkosten die Zahl der Beamten und Angestellten durch Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung zu vermindern.

⁶ Vgl. Dok. Nr. 339.

Koll. **Dominicus**: Über die Notlage der Gemeinden. Gegenwärtige Lage durch die neue Besoldungsregelung. Unmöglichkeit, die Schülerzahl ums doppelte Erhöhung [sic]. Für Regierungsvorlage.

Koll. **Kimpel**: Für die Erweiterung der Berufsschulpflicht.

Koll. **Goll**: Es gibt politische Grundsätze. Wir würden unsere ganze Vergangenheit verleugnen, wenn wir die von Koll. *Herrmann* und *Kimpel* dargelegte Haltung nicht verfolgen. Berücksichtigung der finanziellen Schwierigkeiten, aber Weg wird sich finden.

Koll. **Dönhoff** äußert nochmals Bedenken.

Koll. **Herrmann**: Über finanzielle Auswirkungen.

Ältestenrat:

Koll. **Hoff**: Punkt 1 der Plenar-Tagesordnung [Beratung des Antrages des Hauptausschusses über die Uranträge auf Änderung des Gewerbesteuergesetzes a) der Abg. *Leid* und Genossen (USPD) (Nr. 2572), b) der Abg. *Janssen* (Barmen), *Moritz*, *Drewitz* und Genossen (DNVP, DVP, Wirtschaftspartei) (Nr. 2576), der Abg. *Winckler* und Genossen (DNVP) (Nr. 2895), d) der Abg. *Altegoer* und Genossen (Z) (Nr. 2931), SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 7, Nr. 3760, S. 4415, in Verbindung mit der ersten Beratung des Urantrages der Abg. *Limbertz* (Essen) und Genossen (VSPD) auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 (Gesetzsamml. S. 205), ebd., Nr. 3851, S. 4494] soll abgesetzt werden.⁷

Punkt 2 [Gemeinsame Beratung der Großen Anfrage der Abg. *Rüffer* und Genossen (DNVP) über die Terrorisierung deutschnational gesinnter Arbeiter, ebd., Nr. 3653, S. 4341, b) der Großen Anfrage der Abg. *Pieck* und Genossen (KPD) über einen drohenden Rechtsputsch, ebd., Nr. 3842, S. 4490]:⁸ Unser Antrag auf Beschränkung der Redezeit abgelehnt. (Rechtsgutachten).

Punkt 3 [Mündlicher Bericht des Hauptausschusses I. über die Mitteilung des Finanzministers, betreffend die Deckung von Mehrausgaben, die durch die außerordentlichen Beihilfen für Sozial- und Kleinrentner usw. entstehen (Beschluß des Landtags vom 11. Juli 1922, Nr. 3328, 3344) (Nr. 3468), und II. über mehrere Uranträge, betr. die Arbeitslosenfürsorge, Lebensmittelbeschaffung, Rentnerfürsorge, ebd., Nr. 3880, S. 4505 f. In Verbindung damit: Urantrag der Abg. *Schulz* (Neukölln) und Genossen (KPD) auf Erhöhung der Unterstützungen usw. für Sozial- und Kleinrentner, für Kriegsbeschädigte, Arbeitslose usw., ebd., Nr. 3818, S. 4478]:⁹ Beschränkung der Redezeit (Kleinrentner usw.).

Getagt bis 5. Dezember, 6.–9. Dezember (einschließlich) frei. 14. Dezember bis 9. Januar Ferien. Reise nach Stettin (2 Vertreter).¹⁰

Redner zu Punkt 3 der Plenar-Tagesordnung. *Riedel* wird Fraktion vertreten.¹¹

Nächste Sitzung Sonnabend, eine Stunde vor Plenum.

⁷ Der Tagesordnungspunkt wurde nach der Erklärung der Staatsregierung, eine Reform der Gewerbesteuergesetzgebung dem Landtag bald vorlegen zu wollen, in der 184. Sitzung am 24. November 1922 vertagt. Vgl. SBpLT 1921/24, Bd. 9, Sp. 13311–13318. Vgl. Dok. Nr. 340.

⁸ Vgl. Dok. Nr. 340.

⁹ Vgl. ebd., Anm. 4.

¹⁰ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats vom 24. November 1922, 11.10 bis 12.21 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 4.

¹¹ Vgl. Dok. Nr. 340.

342.

28.11.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 216 f. Beginn: 11.30 Uhr. Ende: 12.25 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Fischbeck.

Tagesordnung:

Zum Plenum:

Punkt 1 [Gemeinsame Beratung der Großen Anfragen a) der Abg. Dr. *Schreiber* (Halle) und Genossen (DDP) über eine Verfügung des Ministers für Volkswohlfahrt, betreffend die Zuschläge zur Grundmiete für Instandsetzungsarbeiten, Verwaltungskosten usw., SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 7, Nr. 3801, S. 4445, b) der Abg. *Conradt* und Genossen (DNVP) über die Änderung der bestehenden Wohn- und Mietvorschriften, ebd., Anlagen, Bd. 2, Nr. 754, S. 873].

Es referiert Koll. **Höpker Aschoff**.

Zu den folgenden Punkten schlägt Koll. **Barteld** vor, Antrag auf Zusammenlegung der Punkte 2–7 [Punkt 2: Große Anfrage der Abg. Dr. Dr. *Kähler* (Greifswald) und Genossen (DNVP) über die Einwanderung der Ostjuden nach Deutschland, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 2932, S. 3357f.; P. 3: Beratung des Urantrages der Abg. *Schumann* (Halle) und Genossen (KPD) auf Unterbrechung des Strafvollzugs gegen Max *Hölz*, ebd., Anlagen, Bd. 7, Nr. 3688, S. 4363; P. 4: Gemeinsame Beratung folgender Gegenstände: a) Urantrag der Abg. von *Lindeiner-Wildau* und Genossen (DNVP) über die Auflösung des Jungdeutschen Ordens, ebd., Nr. 3591, S. 4278, b) Große Anfrage der Abg. *Graef* (Anklam) und Genossen (DNVP) über das Verbot des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, ebd., Nr. 3710, S. 4379, c) Große Anfrage der Abg. *Schulz* (Neukölln) und Genossen (KPD) über Veranstaltungen monarchistischen Charakters in verschiedenen Teilen Preußens, ebd., Anlagen, Bd. 5, Nr. 2996, S. 3418, d) Urantrag der Abg. *Scholem* und Genossen (KPD) über monarchistische Kundgebungen beim Besuch des Generalfeldmarschalls von *Hindenburg* in Ostpreußen, ebd., Nr. 3001, S. 3426, e) Große Anfrage der Abg. *Schulz* (Neukölln) und Genossen (KPD) über die Durchführung der Verordnung zum Schutze der Republik, ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 3208, S. 3780; P. 5: Beratung des Urantrages der Abg. Dr. von *Kries* (Potsdam) und Genossen (DNVP) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Regelung des Verfahrens beim Volksbegehren und Volksentscheid, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 80, S. 96; P. 6: Gemeinsame Beratung folgender Gegenstände: a) Große Anfrage der Abg. *Menzel* (Halle) und Genossen (KPD) über die Ausweisung der Redakteure *Süßkind*, *Kraft* und *Möller*, ebd., Anlagen, Bd. 7, Nr. 3923, S. 4537, b) Urantrag der Abg. *Menzel* (Halle) und Genossen (KPD) auf Verweigerung der Auslieferung des russischen Staatsangehörigen *Ghezzi-Witezky* an die italienische Regierung, ebd., Nr. 3788, S. 4434f., P. 7: Gemeinsame Beratung der Großen Anfragen a) der Abg. *Schulz* (Neukölln) und Genossen (KPD) über das Verbot der »Roten Fahne« usw. durch den Berliner Polizeipräsidenten, ebd., Nr. 3930, S. 4551f., b) der Abg. Dr. *Meyer* (Ostpreußen) und Genossen (KPD) über das Verbot der »Roten Fahne«, ebd., Anlagen, Bd. 6, Nr. 3429, S. 4040, c) der Abg. *Sobottka* und Genossen (KPD) über das Verbot der »Westfälischen Arbeiter-Zeitung«, ebd., Nr. 3430, S. 4041, d) der Abg. *Kilian* und Genossen (KPD) über die Beschlagnahme usw. des Flugblattes, in dem die Reden der kommunistischen Landtagsabgeordneten über die Märzvorgänge in Mitteldeutschland wiedergegeben waren, ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 273, S. 233] zu stellen.

Fraktion hat Auffassung, daß Punkt 2 allein erledigt werden muß.

Hierzu: **Fischbeck, Nuschke, Barteld.** Überzeugung, daß unser Antrag keine Aussicht hat, Mehrheit zu finden.

Abstimmung: **Fraktion** will im Ältestenausschuß die Zusammenfassung der verwandten Tagesordnungspunkte beantragen.¹

Punkt 2. Ostjudeneinwanderung.

Es referiert Koll. **Nuschke.**

Ferner: **Fischbeck:** Jede östliche Einwanderung ungeeigneter Elemente ohne Unterschied der Konfession ist unerwünscht. Legt seine früheren Bestrebungen als Handelsminister in dieser Frage dar. Die Bevorzugung der jüdischen Einwanderer durch den *Heimeschen* Erlaß.² Polemisiert gegen diesen Erlaß. Verschärfung der Wohnungsnot durch die Zuwanderung. Arbeitslosenfrage, Verschärfung der Fremdenpolizei.³

Koll. **Dominicus:** Über Umfang der Paßerteilung aus Österreich. Stimmt *Fischbeck* zu.

Koll. **Höpker Aschoff:** Erwerb von Läden durch Ausländer. (Gold etc. -Aufkaufstellen.)

Koll. **Nuschke:** Polemisiert gegen *Höpker Aschoff*. Wehrt sich gegen die Verallgemeinerung des Vorredners. Jüdische Deserteure aus Polen. Fürsorgeamt und Fürsorgemaßnahmen der jüdischen Organisationen.

Koll. **Fischbeck:** Über jüdische Deserteure aus Polen. Gegenteilige Auffassung wie Vorredner.

Koll. **Preuß:** Ein Teil der jüdischen Einwanderer ist auf Veranlassung der O. H. L. nach Deutschland gekommen. Diese können doch nicht gut nach Polen usw. zurückgewiesen werden. Mißstände sind durch die Zuwanderung zweifellos entstanden. Schärfere Polizeimaßnahmen.

Koll. **Fischbeck:** Zuwanderung durch das Hindenburgprogramm.

Koll. **Schiffer:** Es gibt zweifellos gute, des Schutzes werthe Zuwanderer. [In der]⁴ Mehrheit sind [es] jedoch zweifelhafte, kulturell tiefstehende Personen. Gegen diese Aus[...]⁵ muß Stellung genommen werden. Scharf betonen. Vorhandenes Übel muß aufgedeckt werden. Über die private jüdische Fürsorge.

Ferner: Koll. **Fischbeck** über die Stellung der Reichstagsfraktion.

Koll. **Nuschke:** Über die Absichten der Deutschnationalen bei ihrer Anfrage.

Zum Rest der Tagesordnung:

Koll. *Nuschke* wird Fraktion vertreten.⁶

Koll. **Barteld** berichtet über bisherigen Verlauf des Ältestenausschusses.

¹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats vom 28. November 1922, 11.10 bis 12.15 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 4.

² Erlaß des preußischen Innenministers *Heine* vom 1. November 1919, betr. Behandlung der über die Ostgrenze eingereisten Ausländer (MinBliV 1919 S. 489); vgl. auch Trude MAURER, Ostjuden in Deutschland 1918–1933, Hamburg 1986, S. 281–285.

³ Vgl. auch die Rede des Abg. *Fischbeck* in der 188. Sitzung am 29. November 1922, in: SBpLT 1921/24, Bd. 9, Sp. 13588–13593.

⁴ Im Original: »Die«.

⁵ Wortteil unleserlich.

⁶ Die Rede des Abg. *Nuschke* in der 189. Sitzung am 30. November 1922, in: SBpLT 1921/24, Bd. 9, Sp. 13680–13688, zum Punkt 4 (Auflösung des Jungdeutschen Ordens etc.).

Über Antrag: Volksbegehren usw. wird Koll. *Preuß* die Fraktion vertreten.⁷

Koll. **Dönhoff**: Über Ausschußverhandlungen zum Tuberkulosegesetz.⁸

Debatte: Koll. **Fischbeck**, Koll. **Dönhoff**.

Nächste Fraktionssitzung – bleibt offen.

343.

29. 11. 1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 217 f. Beginn: keine Angaben. Ende: 12.30 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Termin der ersten Beratung der Städte- und Landgemeindeordnung.¹

Abg. **Hoff** berichtet aus dem Ältestenrat, wo die erste Lesung für den 11. Dezember in Aussicht genommen wurde, auch wenn das Gutachten des Staatsrats bis dahin nicht vorliege.²

Die Abg. **Jansen** und **Riedel** sprechen dafür, **Fischbeck** dagegen.

Die **Fraktion** beschließt, für die Beratung in erster Lesung am 11. Dezember einzutreten, falls die Vorlage bis dahin dem Hause zugegangen sei.

Unter »Verschiedenes« berichtet der **Vorsitzende** über die Absicht der Regierung, in Ostpreußen Landräte zur Disposition zu stellen.³

Dagegen werden nationale Bedenken geltend gemacht.

Die Abg. **Jansen** und Dr. **Berndt** treten grundsätzlich für die Demokratisierung ein. Die Einzelfälle sind natürlich zu prüfen.

Frl. **Dönhoff**: Die Stimmung der Parteifreunde müsse berücksichtigt werden.

Die **Fraktion** ist der Ansicht, daß – unter Wahrung des grundsätzlichen Standpunktes – die nationalen Belange besonders sorgfältig berücksichtigt werden müssen.

Frl. **Dönhoff** berichtet über das Tuberkulosegesetz.⁴

⁷ Der Antrag der DNVP auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Regelung des Verfahrens beim Volksbegehren und Volksentscheid (Nr. 80), Punkt 5 der Tagesordnung des Plenums, wurde in der 187. Sitzung am 28. November 1922 ohne Aussprache angenommen.

⁸ Der Gesetzentwurf zu einem Tuberkulosegesetz, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 6, Nr. 3453, S. 4139–4142, war in der 166. Sitzung am 28. September 1922 in erster Lesung dem Ausschuß für Bevölkerungspolitik überwiesen worden. Vgl. auch den Antrag des Ausschusses, in: ebd., Anlagen, Bd. 10, Nr. 4990.

¹ Vgl. Dok. Nr. 336. Die erste Lesung begann in der 197. Sitzung am 18. Januar 1923.

² Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats vom 28. November 1922, 11.10 bis 12.15 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 4. Ferner das Schreiben des Staatsministeriums, betr. die Entwürfe für eine Preußische Städteordnung und Landgemeindeordnung, nebst Gutachten des Staatsrats, vom 2. Januar 1923, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 9, Nr. 4235, S. 5125–5153.

³ Der Antrag des preußischen Innenministers *Severing* auf Abberufung von vier Landräten in Ostpreußen stieß in der Sitzung des Staatsministeriums am 29. November 1922 auf Ablehnung. Vgl. PPS, Bd. 11/I, Nr. 275, S. 322 f., hier S. 323 (TOP 3).

⁴ Vgl. Dok. Nr. 342.

Eine [...] ⁵ in der Tagung der Küster zwischen Gemeinde und Staat soll angestrebt werden.

344.

30.11.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 218 f. Beginn: 10.45 Uhr. Ende: 12.30 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Dominicus, später Jansen.

Tagesordnung der Fraktionssitzung:

1. Herbergssteuer:¹

Koll. **Goll** referiert. Gegenwärtige Lage. Einspruch der Entente über Sonderbesteuerung der Ausländer. Wirtschaftliche Nachteile. Reich soll Richtlinien bekannt geben, in welchem Umfange ohne Verstoß gegen den Versailler Vertrag Ausländer besteuert werden können. Verlangt einheitliche Regelung, damit Verschiedenheit in den Ländern beseitigt werden. Wünscht keinen Fraktionszwang, weil persönlich andere Auffassung.

Koll. **Dominicus**: Zu welchen Beschlüssen ist inzwischen der Ausschuß gekommen?

Koll. **Goll**: Legt den Verlauf der Ausschußverhandlungen dar. Die gegenwärtigen Beschlüsse sind einstimmig gegen die Stimmen des Koll. Goll angenommen worden.

Ferner: Koll. **Höpker Aschoff** findet die Belastung der Ausländer durch die kommende Herbergssteuer für nicht zu hoch, gibt Berechnung für seine Auffassung. Warum sollen wir nicht für dieses Gesetz stimmen?

Koll. **Dominicus** wünscht Feststellung der Fraktionsanschauung durch Abstimmung.

Es äußern sich noch: Koll. **Höpker Aschoff**, **Goll**, **Dominicus**, **Hartmann**, **Grund**, **Jansen**.

Abstimmung: 10 : 1 für Herbergssteuer nach Regierungsvorlage.

Koll. **Dominicus** regt an, Antrag einzubringen, der reichsgesetzliche Regelung verlangt.²

Besprechung der Tagesordnung des Plenums.

Im folgenden werden die Redner zu den einzelnen Tagesordnungspunkten benannt.

Zu Punkt 2 der Fraktionstagesordnung:

Personalfragen.

Koll. **Dönhoff**: Unterstützung des Koll. *Gottschalk* in einer Prozeßangelegenheit.

Koll. **Gottschalk** berichtet.

Koll. **Otto** über Verhandlungen mit dem Minister *Boelitz*.

Ferner Koll. **Fischbeck**.

⁵ Wort unleserlich.

¹ Vgl. Dok. Nr. 332.

² Nicht nachgewiesen.

Koll. **Dönhoff, Herrmann, Gottschalk, Dr. Berndt, Jansen, Gottschalk, Otto.**

Verschiedenes:

Verteilung der Plenarreden.

Hierzu: Koll. **Jansen, Höpker Aschoff, Grund, Hoff, Fischbeck, Berndt.**

Festsetzung der Fraktionsbeiträge.

Bericht: Koll. **Wiglow** über Kassenprüfung der Fraktionskasse. Beantragt Entlastung.

Entlastung wird erteilt.

Koll. **Wiglow** über künftige Geschäftslage und Dispositionen. Vorschläge über die notwendigen Fraktionsbeiträge.

Koll. **Jansen** schlägt vor, diese Frage morgen auf die Tagesordnung zu setzen.

345.

1.12.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 220 f. Beginn: 11.35 Uhr. Ende: 12.25 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Jansen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung.

Koll. **Berndt** über Fall *Abrendts* (Landrat im Kreise Belgard).¹ Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts. Forderung des Koll. *Dominicus* an den preußischen Innenminister auf Entlassung des fraglichen Landrats *Abrendts*, der gegenwärtig im Innenministerium als Oberregierungsrat tätig. Artikel des Koll. *Dominicus*.² Beschwerde von Minister *Severing*.

Koll. **Dominicus**: Über seinen Artikel. Fall *Abrendts*. Urteil des Oberverwaltungsgerichts. Äußerung von *Drews*. Bespricht den Verlauf der Angelegenheit. Entfernung *Abrendts* aus dem Verwaltungsdienst hat Koll. *Dominicus* nicht gefordert. Minister vom Sachverhalt unterrichtet. Dieser daraufhin von einer beabsichtigten Beförderung *Abrendts*' Abstand genommen. Der Artikel beschäftigt sich ferner mit der Zurdispositionsstellung der höheren politischen Beamten. Verlauf der Angelegenheit. Gefahr eines sol-

¹ Der Landrat *Abrendts* in Belgard hatte von einem Untergebenen einige Ohrfeigen bezogen. Der Untergebene kam mit einer kleinen Geldstrafe davon, weil er nachweisen konnte, daß er sich ebenso wie *Abrendts* im Zustand der Trunkenheit befunden habe. *Abrendts* wurde daraufhin aus Belgard entfernt und ins preußische Innenministerium als Oberregierungsrat versetzt. Im Hauptausschuß wurde in der 181. Sitzung am 5. März 1923 der Fall besprochen und Kritik an der Beförderung geübt. Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 32 h, Beiheft 1, Bd. 16.

² Der frühere Fraktionsvorsitzende und Innenminister, Alexander *Dominicus*, hatte sich in der »Frankfurter Zeitung« für eine Reform des Preußischen Landtags ausgesprochen. Angesichts der »erheblich verminderten Zuständigkeit der Einzellandtage« plädierte er dafür, »die Hälfte der Abgeordneten im Preußischen Landtag zu streichen. Damit würde für den Staat eine Ersparnis von mehr als 200 Millionen Mark entstehen.« Zudem sollte dafür Sorge getragen werden, »daß längere sitzungsfreie Zwischenräume geschaffen würden, während deren dann keine Diäten zu zahlen wären.« FRANKFURTER ZEITUNG, 857, 30.11.1922: »Sparsamkeit im Parlament.«

chen Verfahrens für die gesamte Staatsverwaltung. Artikel absichtlich in einer Monatschrift erscheinen lassen.

Besprechung wird auf Antrag *Riedel* abgesetzt und Punkt 1 der Fraktionstagesordnung erledigt.

Es referiert über die Erhöhung der Fraktionsbeiträge Koll. **Höpker Aschoff**. Reichstagsfraktion gibt 8% der Diäten an die Reichsgeschäftsstelle. Soll das Simplum erhöht werden? Soll zu dem Simplum, das gegenwärtig besteht, der Prozentschlag erhoben werden?

Koll. **Riedel**: Bedenken gegen Prozentsätze. Artikel des Koll. *Dominicus* in der »Frankfurter Zeitung«. Gegen Abstufung zwischen Berliner und Nichtberlinern. Nicht möglich, diese ungerechtfertigten Unterschiede beizubehalten.

Koll. **Dominicus**: Über Bezahlung der Stenotypistin.

Koll. **Schiffer**: Für Differenzierung, wie im Reichstage (4, 8, 12%). Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse.

Koll. **Höpker Aschoff**: Zwei Mitglieder der Fraktion sollen eine Einschätzung der Fraktionsmittel vornehmen. Nur das Simplum festhalten.

Bedenken äußert Koll. **Riedel**.

Koll. **Schiffer** zerstreut diese.

Koll. **Grund**: Die Kosten des einzelnen Abgeordneten für seinen Wahlkreis.

Koll. **Schiffer**: Dem kann Rechnung getragen werden. Verfahren ist elastisch genug.

Ferner **Barteld, Höpker Aschoff**.

Koll. **Schiffer**: 4, 8, 12 und 15% als Stufen.

Koll. **Höpker [Aschoff]**: Wollen wir über die Unkosten unseres Fraktionsbüros noch die Reichsgeschäftsstelle unterstützen.

Koll. **Schiffer** bejaht das Letztere.

Koll. **Riedel**: Ab Dezember oder rückwirkend für November.

Fraktion ist einverstanden mit Schätzung (4, 8, 12 und 15%). Einziehung nicht mehr mit Liste. Schätzungskommission. *Höpker Aschoff* und *Nuschke*.

Hoff: (Ältestenrat). 1. Geschäftslage. 2. Artikel des Koll. *Dominicus*. Von allen Parteien verurteilt. Auslandswirkung. Vergrößerung der Ausführungen in der Öffentlichkeit. *Katz*³ Kritik an der Tätigkeit des Koll. *Dominicus*.⁴

³ Iwan Katz (1889–1956), Februar 1919 Bürgervorsteher, bis Mitte 1919 Mitglied der SPD, dann USPD und später KPD, 1924 Mitglied des Zentralkomitees, deutscher Vertreter im Exekutivkomitee der Komintern, 1928 Rückzug aus der Politik, in leitender Stellung beim Sozialamt Berlin-Wedding, 1921–1924 MdpLT, 1924–1928 MdR.

⁴ In der Sitzung des Ältestenrats vom 1. Dezember 1922, 11.05 bis 12.17 Uhr, war der Artikel von Alexander *Dominicus* in der »Frankfurter Zeitung« über die hohen Ausgaben des Parlamentarismus Gegenstand einer lebhaften Erörterung. »Ein Abgeordneter bringt diesen Artikel, der ungeheure Erregung hervorgerufen habe, zur Sprache, um dem Ältestenrat Gelegenheit zu geben, dazu Stellung zu nehmen. Der Präsident liest im Laufe der Besprechung die wichtigsten Stellen des Artikels vor und befürchtet, daß der Artikel im Auslande sehr beachtet werden und der Reichsregierung die allergrößten Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über die Reparationen machen werde. Er ist der Ansicht, daß keine Veranlassung vorgelegen habe, dem Landtag derartige Vorwürfe zu machen. Von den Rednern mehrerer Fraktionen wird das Erscheinen dieses Artikels lebhaft bedauert. Der Vertreter der Partei des Abgeordneten *Dominicus* erklärt, daß er von diesem Artikel erst heute erfahren habe, und daß er selbst und, wie er glaube, die Mehrheit seiner Fraktion den Artikel nicht billigen.« GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 4.

Die Debatte wird abgesetzt.
Erörterung des Plenums.
Neue Fraktionssitzung 13.00 Uhr.

346.

2.12.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 221. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Fischbeck.

Plenum.

Verschiedenes:

Beschwerde über einen Artikel des Abg. *Dominicus* über Demokratisierung der Verwaltung.¹ – (Fall *Abrendts*).²

347.

11.12.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 64, Bl. 221 f. Beginn: 18.10 Uhr. Ende: 18.35 Uhr. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Tagesordnung:

Grundsteuer.¹ Geschäftslage.

Über Geschäftslage berichtet Koll. **Hartmann**.

Über Verhandlungen des Grundsteuergesetzes im Ausschuß erstattet Koll. **Höpker Aschoff** Bericht.

In der Debatte: Koll. **Dominicus** äußert Bedenken gegen die Staffelung. Gibt Auffassung von *Wachhorst de Wente* wieder.

Zur Klarstellung: Koll. **Schreiber**.

¹ Nicht nachgewiesen. Zum Artikel von *Dominicus* in der »Frankfurter Zeitung« über die hohen Ausgaben des Parlamentarismus vgl. Dok. Nr. 345.

² Zum Fall *Abrendts* vgl. ebd.

¹ Der Gesetzentwurf über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen, SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 3, Nr. 1591, S. 1697–1736, Anlagen, Bd. 7, Nr. 4020 A–C, S. 4621–4722 (Ausschußantrag), wurde in der 193. und 194. Sitzung am 12. und 13. Dezember 1922 in zweiter Lesung beraten. Vgl. Dok. Nr. 290 und 293.

Ferner: Koll. **Fischbeck** für den von *Höpker Aschoff* in Vorschlag gebrachten Antrag.² Wie ist die Besteuerung bei getrennt liegenden Wirtschaften?

Erklärung: Koll. **Schreiber**.

Besprechung der weiterhin vorliegenden Anträge. Es nimmt das Wort: Koll. **Höpker Aschoff, Schreiber, Fischbeck, Dominicus, Preuß**.

Fischbeck verlangt, daß bei der Abstimmung über den § 3³ getrennt abgestimmt wird und wir dagegen stimmen.

Über die finanziellen Auswirkungen des Grundsteuergesetzes: Koll. **Dominicus, Schreiber, Höpker Aschoff**.

Vertretung im Plenum: Koll. *Höpker Aschoff*, bei der Einzelbesprechung werden *Höpker Aschoff* und *Schreiber* Vereinbarung treffen.⁴

Ferner: Gesetzentwurf über Verkehr mit Grundstücken.⁵

Koll. **Preuß** über geschäftliche Behandlung des Entwurfs. Bedenken über die beabsichtigte überstürzte Beratung.

In der Debatte: **Höpker Aschoff, Fischbeck** (verlangt, daß Zeit bleibt, die Interessenverbände zu hören.), **Nuschke, Preuß**.

Beratung im Ausschuß: Koll. *Dominicus* wird in den Ausschuß gehen (für *Goll*). Wird Fraktion unterrichten.

² Zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen wurden vier Änderungsanträge der Abg. Dr. *Höpker Aschoff* und Genossen (DDP) eingebracht. Vgl. SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 7, Nr. 4056, 4057, S. 4840 (zu § 2), Nr. 4058, S. 4840 (zu § 4), Nr. 4059, S. 4840 (zu § 17). § 2 bestimmte die Höhe der Grundsteuer. Die DDP-Anträge Nr. 4056 und 4057 zielten auf eine stärker differenzierte steuerliche Erfassung der Grundstücke nach der Dauer der Nutzung und der Größe. Nach § 4 der Regierungsvorlage sollten Neubauten, Umbauten und Wiederaufbauten, die nach dem 1. Januar 1922 zu Wohnzwecken dienen würden, bei der Veranlagung unberücksichtigt bleiben. Der DDP-Antrag Nr. 4058 wollte diese Bauten nur für 10 Jahre bei der Veranlagung unberücksichtigt lassen. § 17 wiederum regelte die Fälle, bei denen die Steuer nicht erhoben werden sollte. Nach dem DDP-Antrag Nr. 4059 sollten Grundstücke, die zu dem der Gewerbesteuer unterliegenden Betriebsvermögen gehörten, unberücksichtigt bleiben.

³ § 3 des Gesetzentwurfs über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen (Nr. 1591) lautete: »Bei der Berechnung der Steuer wird der Wert auf volle 100 M nach unten abgerundet.« Ebd., Nr. 4020 b, S. 4682.

⁴ Die Reden des Abg. *Höpker Aschoff* in der 193. und 194. Sitzung am 12. und 13. Dezember 1922, in: ebd., Bd. 10, Sp. 13910–13915, 13940 f.; die Reden des Abg. *Schreiber* in der 194. Sitzung am 13. Dezember 1922, in: ebd., Sp. 13957, 13964 f., 13988–13990.

⁵ In der 193. Sitzung am 12. Dezember 1922 fand die erste Beratung des Gesetzentwurfs über den Verkehr mit Grundstücken, ebd., Anlagen, Bd. 7, Nr. 4051, S. 4833–4838, statt. Nach der Vorlage sollten Grundstücksverkäufe von der Genehmigung des Staates, d.h. des Gemeindevorstands in Stadtkreisen und des Landrats in Landkreisen, abhängig gemacht und den Gemeinden ein Vorkaufsrecht im Interesse einer ordnungsgemäßen Wohnungsfürsorge eingeräumt werden. Im Ausschuß wurde die Geltung des Gesetzes bis zum 1. Juli 1926 befristet (§ 20). Vgl. den Ausschußantrag, in: ebd., Anlagen, Bd. 9, Nr. 4296, S. 5229–5235, hier S. 5235. – Die Vorlage wollte verhindern, daß städtischer Haus- und Grundbesitz angesichts der rapide fortschreitenden Inflation zu einer mobilen Handelsware herabgedrückt und durch finanz- und devisaenkräftige Ausländer aufgekauft würde. So wurden im Jahr 1922 in Berlin-Mitte 6300 Grundstücke verkauft, davon 3300 oder 53 % an Ausländer. In Schöneberg lag die Zahl der verkauften Grundstücke 1922 bei 2000, von denen 1600 oder 80 % von Ausländern erworben wurden. Vgl. die Rede des Berichterstatters *Haas* (VSPD) in der 202. Sitzung am 23. Januar 1923, in: ebd., Bd. 10, Sp. 14359–14362, hier Sp. 14360. Vgl. dazu auch CHLEBOWSKY, Das Eindringen ausländischen Kapitals in den deutschen Grundbesitz, in: Preußisches Verwaltungsblatt, 47, 26. August 1922, S. 551–557. Ferner die Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 17. November 1922, in: PPS, Bd. 11/I, Nr. 273, S. 320 f., hier S. 321 (TOP 2).

Fraktion stimmt zu.

Ferner: Koll. **Höpker Aschoff** berichtet über die Einschätzung der Kollegen zum Fraktionsbeitrag.

Hierzu: Koll. **Jansen, Schreiber, Fischbeck, Nuschke.**

Die Fraktion beschließt nach Vorschlag *Schreiber*.

Fraktionssitzung morgen 11 Uhr.

348.

12.12.1922: Fraktionssitzung

BA Koblenz, R 45 III, Nr. 65, Bl. 223. Zeit: keine Angaben. Protokollführer: unbekannte Handschrift. Vorsitz: Schreiber.

Gesetzentwurf über den Verkehr mit Grundstücken:¹

Referent Abg. **Dominicus**: Besonders zu begrüßen sei das Vorkaufsrecht. Grundsätzlich sei dem Entwurf zuzustimmen. Bei einzelnen §§ bestehen Bedenken. Eine rasche Erledigung ist kaum möglich.

Abg. **Fischbeck**: Die Ursache der Befremdung müsse beseitigt werden, die Zwangswirtschaft. Das Gesetz sei Sozialisierung schlimmster Art. Ein großer Beamtenrat sei notwendig.

Abg. Dr. **Höpker Aschoff** spricht für den Entwurf.

Abg. Dr. **Berndt** stimmt grundsätzlich zu, erhebt aber lebhaft Bedenken besonders gegen das Vorkaufsrecht, gegen die Auflage.²

Abg. **Hoff** erhebt Bedenken. Die Erhaltung der Häuser wird auf diesem Wege nicht erzielt.

Dr. **Preuß** ist gegen Durchpeitschung.

Dr. **Schreiber**: Nicht sofort ablehnend. Gegen Durchpeitschung. Die Grenze der Genehmigungspflicht muß erhöht werden. Wer zahlt die Kosten? – Besteht das Vorkaufsrecht gegenüber nichtigen Verträgen?

Dr. **Höpker Aschoff** meint, daß die Bedenken nicht so groß sind.

Die **Fraktion** beschließt, mitzuarbeiten, aber für gründliche Beratung.

Ständige Vertreter im Hauptausschuß: *Fischbeck, Dominicus*. – Verkehrsausschuß: *Riedel*.

¹ Zum Gesetzentwurf über den Verkehr mit Grundstücken (Nr. 4051) vgl. Dok. Nr. 347, Anm. 5.

² Die Genehmigung konnte nach § 5 auch unter einer Auflage erteilt werden. SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 7, Nr. 4040, S. 4833–4838, hier S. 4834.



Jansen (Sofingen)



Frau Dr. Klausner (Berlin)



Knieft



Kochmann



Mackenthun



Meinde



Merten (Berlin)



Nuschke



Otto (Charlottenburg)



Dr Preuß



Nidel



Schiffer



Schmiljan



Wachhorst de Wente



Dr Wendorff



Westermann



Siglow



Dr. Zeitlin